

***Solidaritätsorientierungen von Studierenden in den neuen  
Bundesländern***

**Dissertation**

**zur Erlangung des akademischen Grades**

doctor philosophiae (Dr. phil.)

**vorgelegt dem Rat der Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften  
der Friedrich-Schiller-Universität  
von Diplom-Soziologe Peter Samol  
geboren am 26.04.63 in Lippstadt / NRW**

**Gutachter**

**1. Prof. Dr. Hans-Joachim Giegel**

**2. Prof. Dr. Frank Ettrich**

**Tag des Kolloquiums: 20.06.2001**

# INHALTSVERZEICHNIS

<b>I</b>	<b>EINLEITUNG.....</b>	<b>5</b>
<b>II</b>	<b>DER THEORETISCHE ZUGANG.....</b>	<b>12</b>
A.	DIE PROBLEMSTELLUNG: EMILE DURKHEIM.....	12
	<i>Mechanische Solidarität</i> .....	13
	<i>Organische Solidarität</i> .....	15
	<i>Kritik</i> .....	18
	<i>Nachbesserungen von Durkheim und die Verabschiedung des Konzeptes</i> .....	21
	<i>Ausblick</i> .....	24
B.	SOZIALE INTEGRATION DURCH LAISSER FAIRE .....	26
	1) <i>Rational-Choice-Ansätze</i> .....	27
	Olsons Problem kollektiven Handelns .....	28
	Hechter.....	29
	Exkurs: Rationale Wahl und das Konzept des Urzustandes von John Rawls .....	32
	Kritik.....	34
	2) <i>Luhmann</i> .....	37
	Inklusion und Exklusion.....	39
	Ein "System sozialer Hilfe"? .....	45
	Kritik.....	47
	<i>Zusammenfassung</i> .....	49
C.	RATIONALE GRUNDLAGEN FÜR SOLIDARITÄT .....	52
	3) <i>Habermas</i> .....	52
	Struktur der Theorie .....	53
	Recht und Öffentlichkeit als Transmissionriemen für Solidarität.....	58
	<i>Zusammenfassung</i> .....	61
D.	MOTIVATIONALE ASPEKTE VON SOLIDARITÄT .....	65
	4) <i>Kommunitarier</i> .....	66
	a) Kritik am atomistischen Menschenbild .....	66
	b) Hermeneutische Methode.....	69
	c) Motivationsprobleme .....	71
	Diskussion.....	74
	5) <i>Richard Rorty</i> .....	79
	<i>Ausblick</i> .....	80
E.	STAATLICH GEWÄHRLEISTETE SOLIDARITÄT .....	81
	6) <i>Der Sozialstaat</i> .....	81
	Theoretische Begründung des Sozialstaates.....	81
	Sozialstaatlich verrechtlichte Solidarität versus Alltagssolidarität .....	83
	Neuere Entwicklungen.....	86
	<i>Fazit</i> .....	88
F.	ZUSAMMENFASSUNG DES THEORETISCHEN DURCHGANGS .....	89

<b>III</b>	<b>EIN NOTWENDIGER EXKURS: ÜBER DEN ZUSAMMENHANG VON SOLIDARITÄT UND GERECHTIGKEIT.....</b>	<b>103</b>
	EINLEITUNG.....	103
	THEORETISCHE GERECHTIGKEITSFORSCHUNG.....	104
	<i>Durkheim</i> .....	104
	<i>Moralphilosophen</i> .....	106
	EMPIRISCHE GERECHTIGKEITSFORSCHUNG.....	109
	<i>Gerechtigkeitsprinzipien</i> .....	110
	Gleichheitsprinzip.....	110
	Bedürfnisprinzip.....	111
	Leistungsprinzip.....	112
	<i>Gerechtigkeitsprinzipien und ihr Verhältnis zu Solidarität und Produktivität</i> .....	113
	FAZIT: DAS VERHÄLTNISS ZWISCHEN SOLIDARITÄT UND GERECHTIGKEIT.....	117
<b>IV</b>	<b>ZUR ANLAGE DER UNTERSUCHUNG.....</b>	<b>119</b>
	ÜBERLEGUNGEN ZUM VORGEHEN.....	119
	STAND DER FORSCHUNG.....	120
	<i>Zoll: Alltagssolidarität durch Kommunikation in Peer Groups</i> .....	121
	<i>Ullrich: Solidarität am Beispiel der Akzeptanz des Systems der Gesetzlichen Krankenversicherung</i> .....	123
	<i>Putnam: Die Bedeutung öffentlichen Engagements für die Effizienz politischen Handelns am Beispiel Italien</i> .....	127
	<i>Krettenauer: Solidarität als subjektive Verbindlichkeit auf der Grundlage moralischer Autonomie</i> .....	132
	<i>Solidarität mit der Dritten Welt</i> .....	137
	<i>Zusammenfassung</i> .....	138
	ZUM UNTERSUCHUNGORT : SOLIDARITÄT UND GERECHTIGKEITSIDEALE DER OSTDEUTSCHEN HERKUNFTS-GESELLSCHAFT.....	141
	A. <i>Das Solidaritätskonzept der DDR</i> .....	142
	1) Offizielle Solidarität.....	142
	2) Nischensolidarität.....	145
	B. <i>Das Gerechtigkeitsideal der DDR und seine Auswirkungen</i> .....	150
	1) Die "Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik".....	150
	2) Sozialistisches Leistungsprinzip.....	154
	C. <i>Ausblick: Übergangsprobleme nach der Vereinigung</i> .....	157
	ZUR UNTERSUCHUNGSGRUPPE: STUDENTEN.....	160
	FORSCHUNGSFRAGEN UND UNTERSUCHUNGSZIELE.....	162
	<i>Solidaritätstypen</i> .....	163
	<i>Zur Genese von Solidarität: Der biographische Sinnkontext</i> .....	163
	<i>Eine abschließende Bemerkung</i> .....	164
	EINIGE VORAUSGESCHICKTE ERWARTUNGEN AN DAS MATERIAL.....	165
<b>V.</b>	<b>ZUR UNTERSUCHUNGSMETHODE.....</b>	<b>168</b>
	A. METHODISCHES VORGEHEN BEI DER DATENERHEBUNG.....	170
	<i>Interviewführung</i> .....	170
	<i>Biographieteil</i> .....	171

Solidaritätsteil .....	172
<i>Auswahl der Fälle</i> .....	172
B. METHODISCHES VORGEHEN BEI DER AUSWERTUNG.....	173
<i>Einzelfallanalyse</i> .....	173
Analyse der Solidaritätsorientierungen .....	177
Biographische Analyse.....	180
Zusammenhangsanalyse.....	181
<i>Typenbildung</i> .....	182
Repräsentativität .....	182
Das Verfahren der Typenbildung .....	183
 <b>VI. DIE UNTERSUCHUNG DER SOLIDARITÄTSPOTENTIALE VON STUDENTEN IN DEN NEUEN BUNDESLÄNDERN</b> .....	 <b>186</b>
KONFORMISTEN .....	186
<i>Typ a) Marktliberale Orientierung</i> .....	186
<b>Britta</b> (Volkswirtschaftslehre):.....	186
<b>Kurzdarstellung: Michael</b> (Medizin).....	213
<i>Typ b) Leistungsgerechtigkeit mit restriktiver Unterstützung Benachteiligter</i> .....	222
<b>Hartmut</b> (Chemie).....	222
<b>Kurzdarstellung: Susanne</b> (Jura) .....	249
KRITIKER .....	262
<i>Typ c) Rationaler Typ</i> .....	262
<b>Axel</b> (Physik).....	262
<b>Kurzdarstellung: Heiner</b> (Geschichte).....	291
<i>Typ d) Solidarität durch zentrale politische Steuerung</i> .....	307
<b>Carsten</b> (Psychologie) .....	307
<b>Kurzdarstellung: Barbara</b> (Psychologie) .....	342
<i>Typ e) Emotional-Gemeinschaftsbezogener Typ</i> .....	355
<b>Rolf</b> (Theologie) .....	355
<b>Kurzdarstellung: Frank</b> (Betriebswirtschaftslehre).....	384
UNENTSCHEIDENE.....	395
<i>Typ f) Diffuser Typ</i> .....	395
<b>Gerd</b> (Bauingenieur) .....	395
<b>Kurzdarstellung: Jana</b> (Lehramt Deutsch / Latein).....	416
 <b>VII. ERGEBNISSE</b> .....	 <b>423</b>
A. KATEGORIEN ZUR BILDUNG DER SOLIDARITÄTSTYPEN .....	423
B. SOLIDARITÄTSTYPEN.....	427
<i>Konformisten</i> .....	428
<i>Kritiker</i> .....	433
<i>Unentschiedene</i> .....	442
<i>Fazit</i> .....	443

C. SYSTEMATISCHE ZUSAMMENHÄNGE ZWISCHEN BIOGRAPHIE UND SOLIDARITÄT .....	445
<b>1. Sichere biographische Entwicklung</b> .....	449
a) Konventionelle Strukturen .....	449
b) Reflexive Strukturen .....	450
<b>2. Erhebliche Unsicherheiten</b> .....	452
c) Konventionelle Strukturen .....	453
d) Reflexive Strukturen .....	454
Fazit .....	456
<i>Bedeutung und Struktur sozialer Beziehungen</i> .....	457
a) Vereinzelung kompensiert durch Systemorientierung .....	457
b) Familie und unmittelbare Umgebung .....	458
c) Selbstbestimmte Beziehungsgefüge .....	459
d) Gemeinschaftsorientierung .....	461
e) Nur oberflächliche Kontakte .....	462
Fazit .....	464
<i>Studienorientierung</i> .....	464
a) Berufsorientiert und karrierebewußt .....	464
b) Berufsorientiert bei innerer Distanz zum Studienfach .....	466
c) Professionell .....	468
d) Enttäuscht trotz wertorientierter Fachwahl .....	469
e) Interessegeleitet, aber prekär .....	471
Fazit .....	471
<i>Einstellung zur neuen Gesellschaftsordnung</i> .....	472
a) Wende als Freisetzungsprozess biographischer Handlungsmöglichkeiten .....	472
b) Wende ohne biographische Relevanz .....	474
c) Wende als bedrohliches Hereinbrechen biographischer Gefährdungen .....	476
Fazit .....	479
<i>Der Zusammenhang von Biographie und Typen der Solidaritätsorientierung</i> .....	480
a) Biographischer Vergleich zwischen den Angehörigen der jeweiligen Solidaritätstypen .....	480
b) Vergleich zwischen biographischen Clustern und den Solidaritätstypen .....	487
Gesamtfazit .....	492
<b>VIII. SCHLUSSFOLGERUNGEN</b> .....	495
ZUM SPANNUNGSVERHÄLTNIS ZWISCHEN RATIONALITÄT, MOTIVATION UND INSTITUTIONEN .....	496
ZUM UMGANG MIT DEM ZIELKONFLIKT ZWISCHEN PRODUKTIVITÄTSORIENTIERTEN UND SOLIDARISCHEN	
GERECHTIGKEITSVORSTELLUNGEN .....	504
ZUR HALTUNG GEGENÜBER NICHTZUGEHÖRIGEN .....	510
HERKUNFTSSPEZIFISCHE MOMENTE .....	511
<b>LITERATUR</b> .....	520

## I. EINLEITUNG

Moderne Gesellschaften sind zunehmend bestimmt durch die Dominanz von Märkten und Bürokratien, die Reduktion von Formen des Gemeinschaftslebens sowie durch eine besonders in den letzten Jahren zunehmende Ökonomisierung der Handlungs- und Lebensentwürfe der Individuen. Ansprüche auf Inklusion, die Unterstützung Bedürftiger selbst in unverschuldeten Notlagen, die Solidarität der Sozialversicherten und viele andere Felder bisher unhinterfragter Solidarität werden zunehmend dahingehend geprüft, ob sie in einer sich modernisierenden Gesellschaft noch bezahlbar sind, und dies, obwohl noch nie zuvor ein größeres Quantum an Gütern und Reichtum produziert wurde. Immer mehr ist dagegen vom Zwang zur Individualisierung und der Betonung von Eigenverantwortlichkeit und Selbstbestimmung die Rede. Je stärker diese Maximen Raum greifen, desto geringer werden zwar die verbindlichen Verpflichtungen jedes einzelnen in der Gesellschaft, um so mehr Menschen geraten aber auch in die Lage, daß sie an den Rand gedrängt werden oder gar keinen Platz mehr in der Gesellschaft finden. Damit wird Solidarität in modernen Gesellschaften zu einer prekären Schlüsselressource, die immer mehr durch das Nadelöhr autonom entscheidender Einzelsubjekte hindurchgelangen muß. Ihr Aufkommen wird zunehmend unsicher, denn die sozialmoralische Infrastruktur der Solidarität, innerhalb derer Personen den Nachteilen anderer nicht indifferent gegenüberstehen, gerät ins Wanken. Die Gefahr besteht, daß diese Entwicklung für mehr und mehr Menschen in einen sich dauernd vertiefenden Zustand der Heimatlosigkeit übergeht, wobei das Aufkommen von Solidaritätspotentialen einerseits weiter erschwert, andererseits für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und als Ressource sozialer Integration immer unverzichtbarer wird. Die Verknappung der Ressource "Solidarität" springt zunehmend ins Auge, und nicht zuletzt aus diesem Grunde hat der Begriff der Solidarität Konjunktur. Er wird in politischen und anderen sozialen Zusammenhängen immer häufiger gebraucht, gleichzeitig ist jedoch sein theoretischer Status weitgehend ungeklärt: das Wort ist in aller Munde, was der Herausbildung eines klaren Begriffes eher schadet als nützt. Selbst in der Soziologie ist das Konzept der Solidarität und sein Gebrauch oft unklar. Zunächst gilt es daher zu klären, welchen systematischen Stellenwert Solidarität in der modernen Gesellschaft inne hat. Diese Frage steht im theoretischen Teil dieser Arbeit zur Klärung an. Anschließend soll auf der Grundlage von Interviews mit ostdeutschen Studenten, die im Rahmen des DFG-Projektes "Gerechtigkeitsorientierungen bei ostdeutschen Jugendlichen im Sinnkontext selbsterzählter Lebensgeschichten" an der Friedrich-Schiller-Universität Jena unter Leitung von Prof. Dr. H.-J. Giegel erhoben wurden, gezeigt werden, welche Funktion und welchen Stellenwert Solidarität in modernen Gesellschaften aus der Perspektive der Individuen einnimmt und wie es um die "Produktion" dieser Ressource bestellt ist.

Ich werde in dieser Arbeit eine Reihe von Ansätzen vorstellen und diskutieren, die sich auf verschiedenen theoretischen Grundlagen mit dem Begriff der Solidarität befassen. Zum erstenmal von Auguste Comte und im Anschluß daran vor allem von seinem Schüler Emile Durkheim in die Theorie eingeführt, hat dieser Begriff eine weitreichende Karriere zu verzeichnen. Nachdem Durkheims Ansatz einer Ablösung der "mechanischen Solidarität" (die der Integration archaischer Gesellschaften

diente) durch das Konzept einer "organischen Solidarität" (die die Integration moderner Gesellschaften gewährleisten sollte) - wie ich zeigen werde - als gescheitert betrachtet werden kann, werde ich verschiedene theoretische Varianten verfolgen, in denen versucht wird, das Gewicht und den Stellenwert von Solidarität im Rahmen der Entwicklung moderner Gesellschaften zu bestimmen. Nach Durkheims Scheitern der Begründung von Solidarität in modernen Gesellschaften eröffnen sich *vier* mögliche theoretische Marschrichtungen: 1) Man kann *erstens* darauf vertrauen, daß sich moderne Gesellschaften von selbst, d.h. ohne spezielle Bemühungen um Solidarität, stabilisieren. Die entsprechenden Theorien fasse ich unter dem Begriff "Laissez-Faire-Theorien" zusammen. Bei ihrer Darstellung konzentriere ich mich auf zwei Hauptvarianten: vertraut man a) darauf, daß sich die Stabilisierung der Gesellschaft bereits auf der Ebene der Individuen ergibt, dann gelangt man zum utilitaristischen Konzept, das ich in der vorliegenden Arbeit anhand seiner neueren Form, der Rational-Choice-Theorien, diskutieren werde. Nimmt man b) statt der Individuen höhere soziale Aggregate, sprich Institutionen bzw. funktionale Teilsysteme zum Ausgangspunkt, dann gelangt man schließlich zu Niklas Luhmanns Theorie autopoietischer Systeme. In beiden Fällen wird sich am Ende herausstellen, daß es kaum zu erwarten ist, daß sich moderne Gesellschaften ohne die Bemühung um Solidarität von selbst integrieren werden, weder auf der Ebene der Individuen noch auf der Ebene höherer Aggregate. 2) Eine *zweite* mögliche Marschroute besteht darin, sich nach Alternativen umzusehen, die den Platz einnehmen könnten, den Durkheim für das Konzept der organischen Solidarität vorgesehen hatte; es geht mit anderen Worten um eine oder mehrere präzise bestimmbare Ressourcen, die den Zusammenhalt funktional differenzierter Gesellschaften gewährleisten können. Es ist vor allem Jürgen Habermas mit seinem Ansatz einer rationalen Integration durch lebensweltliche Kommunikation, der sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten für ein Konzept der Solidarität, das modernen Gesellschaften angemessen ist, stark gemacht hat. Demnach muß der im Laufe der Entwicklung moderner Gesellschaften schrumpfende tradierte Normen- und Wertebestand der Lebenswelt nach und nach durch bewußt erzielte Interpretationsleistungen der Kommunikationsteilnehmer ergänzt werden, um auf diese Weise die Einheit der Lebenswelt und damit des tragenden Fundamentes der Gesamtgesellschaft (wieder-)herzustellen. Während, wie sich zeigen wird, mit Habermas' Ansatz ein Konzept der Solidarität aufgestellt und begründet werden kann, das den hochkomplexen funktional differenzierten modernen Gesellschaften *theoretisch* angemessen ist - insbesondere, weil es sich moralisch aufgrund seines universalistischen Charakters empfiehlt - ergibt sich hinsichtlich der *Praxis* das zentrale Problem, daß dieses Konzept auf einer *sehr schwachen motivationalen Basis* ruht. Die vorgesehenen Prozeduren sind nämlich *faktisch zu abstrakt und zu voraussetzungsreich*, um genügend starke Bindungswirkungen entfalten zu können. Mit anderen Worten: bei aller Analyseschärfe fehlt es dem Habermasschen Konzept an der motivationalen Basis dafür, die als richtig erkannten Zustände auch wirklich herbeizuführen. 3) Man kann *drittens* versuchen, moderne Gesellschaften mit Konzepten zu integrieren, die man mit Durkheims Begriff der "mechanischen Solidarität" vergleichen kann. Darunter befinden sich vor allem jene Ansätze, die in jüngster Zeit unter der Sammelbezeichnung des *Kommunitarismus* vertreten werden. Die zentrale Gemeinsamkeit der Kommunitarier besteht darin, die Revitalisierung



moralischer Traditionen und gewachsener Gemeinschaftsbindungen einzuklagen, wobei sie davon ausgehen, daß diese durchaus auch für moderne Gesellschaften tauglich sind. Dabei stellt sich für diese Gruppe von Theoretikern - anders als für Habermas - das Motivationsproblem erst gar nicht, denn gut und richtig ist dieser Auffassung nach, was die Menschen schon immer getan haben und was sie auch gern und bereitwillig tun. Störungen, die aufgrund der Entwicklungen in der Moderne aufkommen, sollen folgerichtig durch Wiederbelebung von Gemeinschaft und Tradition behoben werden. Dabei gehen die Kommunitarier jedoch einzig von konkret existierenden Zugehörigkeiten aus, wodurch sich ihnen das Problem stellt, daß Moral und Solidarität auf Eigengruppenloyalität reduziert werden. Der Kommunitarismus hat damit zwar die Frage der Motivation für sich gelöst, aber im gleichen Zug das Problem des Partikularismus eingekauft. Außerdem verfällt die kommunitaristische Position in einen radikalen Kontextualismus, der sich der Möglichkeit der kritischen Distanzierung begibt und damit den Weg zum unkritischen Konformismus weist. 4) Die vierte Möglichkeit schließlich besteht darin, auf Durkheims Lehrer Comte zu rekurrieren und den Staat mit der Aufgabe gesellschaftlicher Integration und Solidarität zu betrauen. Ein solcher Staat figuriert unter den Begriffen *Wohlfahrts-* oder *Sozialstaat*. Solidarität würde damit an eine Spezialinstitution delegiert in der Hoffnung, daß die Rationalitäts-Motivations-Problematik auf diese Weise umschifft werden kann. Die Aktivitäten des Sozialstaates können demnach als institutionalisierte Solidarität aufgefaßt werden, wodurch die vordem auf gegenseitiger Verbundenheit beruhende Solidarität zu *verordneter Solidarität* wird, die von staatlichen Institutionen verwaltet und nötigenfalls erzwungen wird. In der Tat garantiert heutzutage der Staat den Löwenanteil materieller Daseinsfürsorge für Bedürftige, und es ist auch kein Substitut in Sicht, das einen vergleichbaren Umfang materieller Unterstützungsleistungen gewährleisten könnte. Aber einerseits gerät der Sozialstaat gerade in jüngster Zeit unter wachsenden ökonomischen Druck, andererseits wirkt er selber modifizierend auf die Solidaritätspotentiale der Menschen zurück, wobei er diese tendenziell schwächt, indem er sie ungewollt in passive Grundhaltungen - vor allem in Routine und Gewohnheit - transformiert.

Im *Ergebnis* dieses theoretischen Durchgangs wird sich zeigen, daß sich Solidarität mittlerweile selbst ausdifferenziert hat und über rationale, motivationale und institutionelle Aspekte verfügt, die eine komplizierte Gemengelage bilden. Es erscheint daher angebracht, nach den spezifischen Konfigurationen Ausschau zu halten, die sich im Spannungsfeld zwischen den verschiedenen Aspekten herausbilden. Zu diesem Zweck wird ein Begriff der Solidarität entwickelt, der es ermöglicht, im empirischen Teil a) die richtigen Fragen an das Material zu stellen und b) eine erste basale Grundlage für die zu erstellende Typologie von Solidaritätsorientierungen bereitstellt.

Die Thematik der Solidarität ist ferner untrennbar verknüpft mit der Frage der sozialen Gerechtigkeit, was schon daraus ersichtlich wird, daß beide Begriffe häufig in einem Atemzug genannt werden. Bereits Durkheim hat seinerzeit dargelegt, daß eine Gesellschaft, deren Regeln nicht auf gerechten Grundlagen beruhen, von Desintegrationsprozessen bedroht ist. Der Zusammenhang zwischen Solidarität und Gerechtigkeit ist aber bedeutend komplizierter, als es auf den ersten Blick den Anschein hat. Ein Versuch, sich diesem Verhältnis anzunähern, wird daher in einem gesonderten Teil

dieser Arbeit vorgenommen. Ausgehend von der Unterscheidung zwischen theoretischer und empirischer Gerechtigkeitsforschung werden die Fragen behandelt, a) welche Regeln wir uns als kritischen Maßstab auferlegen *sollen*, damit Güter auch gerecht verteilt werden, und b) welche Gerechtigkeitsvorstellungen Menschen *tatsächlich* haben.

Die verschiedenen real vorfindlichen Gerechtigkeitsvorstellungen bewegen sich im Spannungsfeld zwischen solidaritätsfördernden einerseits und produktivitätsorientierten Gerechtigkeitskonzeptionen andererseits. Während eine rein produktivitätsorientierte Gerechtigkeitskonzeption statt zu Solidarität mit strukturell Benachteiligten zu deren Abwertung und Ausgrenzung führen kann und auf diese Weise Solidarität erschwert oder gar verhindert, steht eine solidaritätsorientierte Gerechtigkeitskonzeption tendenziell in Konkurrenz zu Effizienz- oder Produktivitätsfaktoren und fordert dagegen die Berücksichtigung der Ansprüche, Interessen und Bedürfnisse anderer ein, selbst wenn sich diese nicht durch Leistung legitimieren können. Erstere tendiert dahin, vielen die Mittel vorzuenthalten, die sie zur Ausübung ihrer Freiheit brauchen, zweiteere dagegen nimmt unter Umständen massive Produktivitätseinbrüche in Kauf. Offensichtlich liegt hier ein Zielkonflikt vor. Es wird sich jedoch zeigen, daß Personen verschiedene Gerechtigkeitsprinzipien in sich tragen und dabei dazu neigen, diese miteinander zu kombinieren.

Anschließend wird ein Blick auf den bisherigen Stand der Forschung ergeben, daß zahlreiche Fragen, die sich im Theorieteil ergeben haben, bisher unbeantwortet geblieben sind. So wurde etwa nicht beantwortet, wie in der Realität die *Spannung zwischen Universalismus und Motivation* überwunden werden kann. Während einige Autoren lediglich "motivierten Partikularismus" untersucht haben, konnten andere zwar das Vorhandensein einer universalistischen Perspektive konstatieren, nicht aber erklären, wie diese zustande kam, und insbesondere nicht, wie das Motivationsproblem überwunden wurde. In einer dritten Variante schließlich wurde *sozialstaatlich* begründete Solidarität unabhängig von den anderen Aspekten untersucht. Ein offener Blick auf möglichst alle vorfindlichen Solidaritätsaspekte - einschließlich solcher, die in der theoretischen Systematik eventuell noch keine Berücksichtigung fanden - könnte hingegen dazu beitragen, die *Bandbreite der vorhandenen Solidaritätstypen* herauszuarbeiten.

Ein gesonderter Abschnitt dieser Arbeit wird der "Herkunftsgesellschaft" der Befragten, sprich der DDR bzw. der ostdeutschen Transformationsgesellschaft gewidmet und zwar besonders unter der Fragestellung nach dem Stellenwert der Begriffe "Solidarität" und "soziale Gerechtigkeit". Ostdeutschland ist ein besonders spannender Untersuchungsort, da hier erst im Durchschnitt fünf Jahre vor der Erhebung die Transformation einer Gesellschaft begonnen hat, die durch relativ geringe Unterschiede zwischen den Menschen hinsichtlich Einkommen und Vermögen, durch das Fehlen von Arbeitslosigkeit sowie durch eine allgemeine Daseinsvorsorge durch den Staat gekennzeichnet war. Von daher ist es eine wichtige Frage, wie die Betroffenen das neue - im wesentlichen das alte westdeutsche - System der sozialen Ungleichheit wahrnehmen und bewerten. Im Kontext der neuen Bundesländer läßt sich also beobachten, ob und wie sich ältere Orientierungen, die in der vorangehenden Gesellschaftsform ausgeprägt wurden, gegenüber den neuen Prozessen behaupten können oder ob sie an Kraft verlieren. Es wird erwartet, daß eine höhere Sensibilität für Gleichheit

und die Notwendigkeit von Solidarität die Ostdeutschen empfänglicher als die Westdeutschen für das Auseinanderfallen der Werte von Gleichheit und Solidarität auf der einen Seite und der von Freiheit und Demokratie auf der anderen Seite macht. Besonders interessant ist in dieser Hinsicht die Entwicklung derjenigen, die in der DDR im Sinne des dortigen Modus vivendi sozialisiert wurden, jetzt aber eher zu den Gewinnern der Einheit zählen dürften. Gemeint sind Studenten in den Neuen Bundesländern. Sofern sie ihr Studium noch zu Zeiten der DDR begonnen haben<sup>1</sup>, handelt es sich dabei um den fachlich talentiertesten Teil eines jeweiligen Altersjahrganges. Sie waren auf hohem Niveau fähig, sich mit den anstehenden Problemen und Anforderungen auseinanderzusetzen und haben sich ihren jetzigen Standpunkt sowie die Neuorientierung ihres Lebens aktiv und weitgehend selbständig erarbeiten müssen. Auch bei ihnen stellt sich aber die Frage, ob und in welchem Maße sie an alten Orientierungen festhalten oder ob und inwiefern sie sich von diesen lösen und sich auf die neue Gesellschaftsform hin orientieren. Ferner bilden Studierende erfahrungsgemäß aufgrund ihrer höheren Qualifikation häufig eine Affinität zu eher solidaritätsorientierten Gerechtigkeitsorientierungen aus. Mit der höheren Qualifikation ist nämlich ein höherer Informationsstand im Hinblick auf gesellschaftliche Tatbestände zu erwarten, so daß von Studenten erwartungsgemäß eher die Erfordernisse für solidarisches Handeln erkannt werden dürften als von anderen. Studenten befinden sich ferner in einer Lebenslage, die sich durch eine gewisse Analogie zur Rawlsschen Positionsungewißheit auszeichnet: solange sie noch nicht in das Erwerbsleben übergewechselt sind, wissen sie nämlich nicht, welche Position sie künftig einnehmen werden, und tendieren daher unter Umständen eher zu egalitären Gerechtigkeitsprinzipien. Nicht zuletzt ist die Beziehung zu der gesellschaftlichen Position, die sie später einmal einnehmen werden, noch wenig identitätsbildend. Aus all diesen Gründen stellen Studenten für die Erzeugung bzw. Annahme gesellschaftlicher Solidaritätspotentiale einen besonders günstigen Resonanzboden dar, weswegen ihnen auch als Indikator für deren Erforschung eine besondere Bedeutung zukommt.

---

<sup>1</sup> Dies trifft nicht auf alle Befragten zu. Ein Teil von ihnen hat sein Studium erst nach der Vereinigung beider Landesteile begonnen.

Nach den ausführlichen theoretischen Vorarbeiten wird in Form von zwölf Einzelfalldarstellungen eine Untersuchung vorgestellt, die auf qualitativen Interviews beruht, welche im Zeitraum von 1992 bis 1996 im Rahmen des genannten DFG-Projektes mit Studenten in den Neuen Bundesländern geführt wurden. Diese Untersuchung befaßt sich mit der Frage, welche Solidaritätspotentiale innerhalb der genannten Untersuchungsgruppe vorliegen und auf welchen individuellen biographischen Sinnstrukturen diese beruhen. Die Falldarstellungen sind das Ergebnis der Analyse des qualitativen Datenmaterials, das aus dieser Erhebung hervorging.

Insgesamt wurden 30 biographische Interviews durchgeführt. Dabei erfolgte sowohl die Erhebung der Forschungsdaten als auch deren Analyse in je zwei Untersuchungsschritten. Der *erste Schritt der Datenerhebung* bestand in der Durchführung offener nicht standardisierter biographischer Interviews, in denen der jeweilige Befragte seine *Biographie in einer frei generierten Erzählung wiedergab*. Er wurde auf diese Weise im Prozeß der Erzeugung der für ihn spezifischen biographischen Sinnstruktur erfahrbar gemacht. Im *zweiten Schritt*, der zu einem gesonderten Termin erfolgte, zielte die Interviewführung darauf, daß der Interviewte eine *elaborierte Präsentation seiner Auffassungen und Orientierungen* zu Fragestellungen vornahm, die einen starken Bezug zu *Fragen der Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit* haben. Auf diese Weise sollte ermöglicht werden, daß sich die weitläufigen Reflexions- und Argumentationsprozesse in ihrer ganzen Breite entfalten und in der Interpretation auf entsprechendem Niveau rekonstruiert werden konnten.

Die *Analyse* der so gewonnenen Interviews erfolgte *in umgekehrter Reihenfolge* zu ihrer Erhebung. Zuerst wurden also die Solidaritätsorientierungen analysiert und im zweiten Schritt die ihnen zugrundeliegenden biographischen Strukturen. Die Methodik der Sequenzanalyse, die in beiden Analyseschritten zur Anwendung kam, lehnt sich an Oevermanns objektive Hermeneutik an. Diese eignet sich nämlich besonders auf wenig erforschten Gebieten und bei neuen, noch wenig bekannten Phänomenen, um hier die typischen, charakteristischen Strukturen dieser Erscheinungen zu entschlüsseln. Dabei hütet man sich tunlichst davor, Maßstäbe und Urteile an das Forschungsmaterial heranzutragen, die von außen kommen und die etwas beweisen wollen, was schon vorher feststeht. Für den Forscher gilt vielmehr der unvoreingenommene Blick auf den jeweiligen Fall vor dem Hintergrund theoretischer Informiertheit.

Im *ersten Analyseschritt* konnte anhand des Materials aus dem besagten Nachfrageteil ein Kern von grundlegenden Solidaritätsorientierungen rekonstruiert werden, der sich unberührt von stimmungsabhängigen Oberflächenveränderungen durchhält. Es geht hier also um ein grundlegendes *solidaritätsspezifisches Orientierungsmuster*. Dabei konnte auch eine Reihe von weiteren Fragen der Beantwortung zugeführt werden, etwa die, ob die grundlegenden Solidaritätsorientierungen eher universell oder partikularistisch angelegt sind, wie die Befragten mit dem Spannungsverhältnis zwischen Rationalität, Motivation und Institutionen sowie dem Zielkonflikt zwischen produktivitätsorientierten und solidarischen Gerechtigkeitsvorstellungen umgehen und ob sich innerhalb der Typologie bestimmte Konfigurationen von Orientierungen finden lassen, die geeignet sind, diese Spannungen zu unterlaufen, oder ob die Befragten nur die Alternative sehen, sich

eindeutig für eine Seite zu entscheiden. Außerdem konnte geklärt werden, welche Haltungen sie gegenüber Benachteiligten entwickeln, welche Bedeutung geographische Grenzen oder die Zugehörigkeiten bzw. Nichtzugehörigkeiten zu bestimmten sozialen Gruppen haben etc.

Auf diese Weise herausgearbeitete Orientierungsmuster sind der erste Schritt zu einer Typenbildung, mit der man der Gesamtheit der im Laufe der Untersuchung vorgefundenen Strukturen eine allgemeine Form geben kann. Um nämlich einen Überblick über das Gesamtfeld der Untersuchung zu gewinnen, war es notwendig, alle Fälle zu einzelnen in sich homogenen Gruppen oder *Typen* zusammenzufassen und für alle diese Typen die für sie charakteristischen allgemeinen Fallstrukturen zu bestimmen. Zu diesem Zweck wurden Fälle mit ähnlicher Struktur zu Gruppen typischer Ausprägung zusammengestellt, wobei gesichert sein mußte, daß in den Typen die gesamte Varianz des Feldes vertreten ist. Letzteres konnte durch die Vorgehensweise des "Theoretical sampling" gewährleistet werden: indem man zu den bereits interpretierten Fällen solche als weitere Fälle heraussucht, von denen man erwartet, daß sie maximal (oder minimal) mit bereits untersuchten Fällen kontrastieren, wird das Ziel verfolgt, in dem durch die Untersuchungskriterien abgesteckten Feld die Heterogenität der vorfindlichen Orientierungen in größtmöglichem Umfang zu erfassen. Die dargestellten Fälle sind also so gewählt worden, daß sie sich möglichst kontrastreich zueinander verhalten und damit möglichst viel von der im Untersuchungsfeld bestehenden Varianz repräsentieren. Auf diese Weise konnte eine Typologie erstellt werden, die aus sechs verschiedenen Solidaritätstypen besteht. Im Ergebnisteil dieser Arbeit wird jeder Typus ausführlich dargestellt.

Im *zweiten Analyseschritt*, dem eine vom ersten Schritt unabhängige Analyse zugrunde lag, ging es um die jeweilige *Biographische Fallstruktur*. Ziel war hier, die vorfindlichen biographisch generierten Sinnstrukturen der Akteure und deren Prägung über Sozialismus und Wende hinweg bis in die heutige Gesellschaft hinein zu rekonstruieren. Aufgrund des angewandten Analyseverfahrens der objektiven Hermeneutik konnten dabei die untersuchten Variablen im Prozeß ihrer Reproduktion beobachtet und Rückschlüsse auf ihre Genese gezogen werden. Damit ist auch ein gewisser Zugriff auf diachrone Entwicklungsmuster gegeben. In der empirischen Sozialforschung ist dagegen häufig die Tendenz zu beobachten, ein Porträt von der ostdeutschen Bevölkerung anhand einmaliger Erhebungen zu zeichnen, ohne die gerade für die Zeit unmittelbar nach der Wende charakteristische Dynamik der Persönlichkeitsentwicklung zu beachten. Ferner ließ sich in Erfahrung bringen, ob die neue Gesellschaftsform aktiv oder zumindest passiv unterstützt wird oder ob die Betroffenen ihr ablehnend gegenüberstehen. Auf dieser Grundlage konnte anschließend in einem weiteren Schritt für jeden Einzelfall der Zusammenhang zwischen der biographischen Struktur und der zuvor herausgearbeiteten Solidaritätsorientierung bestimmt werden. Über den jeweils fallspezifischen Zusammenhang zwischen Solidaritätstypus und Biographie hinaus ist natürlich die allgemeine Struktur eben dieses Zusammenhanges, so wie er im Untersuchungsfeld vorliegt, von Interesse. Daher werden im Ergebnisteil zentrale biographische Determinanten in ihrer Auswirkung auf die Solidaritätsorientierung bestimmt und vorgestellt.

Zum Abschluß dieser Arbeit können schließlich die Fragen, die sich am Ende des Theorieteils gestellt haben, einer Beantwortung zugeführt werden.

## II. DER THEORETISCHE ZUGANG

### A. Die Problemstellung: Emile Durkheim

Emile Durkheim<sup>2</sup> hat in seinem Buch "Über soziale Arbeitsteilung" aus dem Jahre 1893 das Projekt, das von Comte begonnen wurde, nämlich die Etablierung des Begriffes "Solidarität" in der Soziologie, fortgeführt. Dabei stand das Bemühen um die Erkenntnis, welche Bindungen es sind, die Menschen untereinander haben, im Vordergrund, denn dieses stellt nach Durkheim das Anfangsproblem der Soziologie dar. (Schmelter 1991: 19) Für ihn ist Solidarität<sup>3</sup> notwendig zur Konstituierung der Gesellschaft als sozialer Einheit.

Es ist, wie schon gesagt, ursprünglich Durkheims Lehrer Auguste Comte gewesen, der im Kontext seiner "sozialen Statik" die Frage der Solidarität gestellt und sie - wie später auch Durkheim - nachhaltig mit dem Begriff und Problem der Arbeitsteilung verknüpft hat. Bei Comte gilt Solidarität als "Mechanismus des sozialen Zusammenhalts". (Metz 1998: 176) Dabei ist Comte hinsichtlich der Wirkung der Arbeitsteilung auf die Gesellschaft geteilter Meinung. Auf der einen Seite ist er der Ansicht, daß Arbeitsteiligkeit die unabwiesbare Bestandsbedingung für komplexere und "voluminösere" Gesellschaften ist und daß sie zugleich die Quelle ihres Zusammenhaltes darstellt. (Tyrell 1985: 191) Das Wissen um den Sinn der Arbeit des Individuums für das gesellschaftliche Ganze führt nach Comte unweigerlich zu einem Gefühl der Zusammengehörigkeit, das er als "Solidarité" umschreibt. Auf der anderen Seite aber war Comte in Sachen Arbeitsteilung deutlich pessimistisch gestimmt. Er prognostizierte nämlich, daß gesamtgesellschaftlich immer mehr der "Sinn für das Ganze" und "die Gedanken an die Gesamtheit und das Gefühl der gemeinsamen Solidarität" (Comte, zitiert nach Tyrell 1985: 191) abhanden kommen würden. Letztlich obsiegte bei ihm eine negative Auffassung, und er kommt schließlich zu Befunden wie "Zersplitterung", "Zersetzung" und "gesellschaftliche(r) Desintegration", also zur Destruktion von Solidarité. Die Rettung lag für Comte im Eingreifen des Staates, dem die Aufgabe zufiel, die negativen Effekte zu kompensieren. (Schmelter 1991: 16f) Der Staat wurde damit gewissermaßen zum Spezialorgan in Sachen Solidarität. (Tyrell 1985: 192) Durkheim distanziert sich von Comtes etatistischer Ordnungsstiftung. Er betont stattdessen die von Comte genannten positiven Effekte der Arbeitsteilung, wobei er sich im gleichen Zug gegen dessen These wendet, daß die Arbeitsteilung in der Moderne auch Quelle der Desintegration und Zersplitterung sei. Durch diese eigentümliche Interpretation von Comte fühlte sich Durkheim veranlaßt, die Arbeitsteilung als letztlich entscheidende Quelle der gesellschaftlichen Solidarität zu thematisieren. (Ebenda: 186)

Während Comte<sup>4</sup> auf die genannte Weise die positiven Anknüpfungspunkte für Durkheim geliefert hat, wendet sich Durkheim in seinem Buch dezidiert gegen die utilitaristische Perspektive, insbesondere gegen ihren seinerzeit populärsten Vertreter Herbert Spencer. Indem dieser aus

---

<sup>2</sup> In diesem Kapitel stütze ich mich, sofern nicht auf Durkheim (1988) selbst, in erster Linie auf Tyrell (1985) sowie die Aufsätze von Müller (1992, 1992a, 1993).

<sup>3</sup> Durkheim selbst ist dem Begriff der Solidarität gegenüber nicht besonders streng, sondern ersetzt ihn bedenkenlos durch "Kohäsion", "moralische Ordnung", "Integration" und andere. (Tyrell 1985: 188)

<sup>4</sup> Und implizit Tönnies (siehe Fußnote Nr. 6).

sozialdarwinistischer Perspektive vom Konzept individueller Nutzenmaximierer ausgeht, die untereinander Verträge zum gegenseitigen Vorteil schließen, übersieht er nach Auffassung von Durkheim völlig den soziokulturellen Rahmen, in den ökonomisches und politisches Handeln - und damit auch der Abschluß der Verträge selber - stets eingebettet ist. Zu diesem Rahmen gehören vor allem die nichtvertraglichen Grundlagen des Vertrages: "nicht alles ist vertraglich beim Vertrag", wie Durkheim (1988: 267) es in der berühmt gewordenen Wendung ausdrückt. Denn Verträge sind unter anderem auf das Recht auf Privateigentum angewiesen und auf einen Staat, der dieses Recht garantiert. Aber selbst dies reicht nicht aus. Es bedarf einer gemeinsamen Moral oder zumindest eines gemeinsamen Alltagsverständes, der die gleiche Auslegung der Rechtsnormen garantiert. Daher ist das utilitaristische Konzept, wenn es funktionieren soll, auf soziale Grundlagen angewiesen, die es selbst aufgrund seines Topos individueller Interessenzentriertheit theoretisch nicht begründen kann: "Das Interesse ist in der Tat das am wenigsten Beständige auf der Welt. Heute nützt es mir, mich mit Ihnen zu verbinden; morgen macht mich derselbe Grund zu Ihrem Feind. Eine derartige Ursache kann nur zu vorübergehenden Annäherungen und zu flüchtigen Verbindungen führen" (Durkheim 1988: 260), die Interessenzentriertheit taugt aber nicht für dauerhafte, noch dazu krisenfeste Bindungen. Die Rechtssicherheit der Verträge gründet also, wie soeben gezeigt wurde, auf den sogenannten "nichtkontraktuellen Vertragselementen". Damit bezeichnet Durkheim eine moralisch und logisch vorrangige positive Solidarität, die als Vertragsvoraussetzung niemals Gegenstand des Vertrages sein kann, also weder durch Verträge hervorgebracht noch durch sie verändert werden kann.<sup>5</sup> (Durkheim 1988: 267ff) Nur durch einen allzeit möglichen Rückgriff auf einen unverzichtbaren Bestand an Solidarität kann also die Stabilität der vertraglich hergestellten Vergesellschaftung garantiert werden. Worauf aber beruht wiederum diese Solidarität und wie kommt sie zustande? Das soll im Folgenden Gegenstand der Betrachtung werden.

### ***Mechanische Solidarität***

Durkheim untersucht in seinem Buch "Über soziale Arbeitsteilung" (1988 [1893]) die Beziehung zwischen Individuum und Kollektiv anhand der analytischen Unterscheidung zweier Gesellschaftsformen, nämlich der archaischen, welche durch "mechanische Solidarität", und der modernen Gesellschaftsform, die über "organische Solidarität" integriert wird. Dabei betont er insbesondere den Unterschied zwischen den beiden genannten Solidaritätsformen, wobei er die Auffassung vertritt, daß es mit der Modernisierung der Gesellschaften zu einer Abnahme der mechanischen Solidarität und zu einer Zunahme der organischen Solidarität kommt.<sup>6</sup> Zuerst soll hier die Integrationsform der mechanischen Solidarität erklärt werden.

<sup>5</sup> Die Grundlage von Verträgen kann auch nicht wiederum vertraglich definiert werden, denn für den letzteren Vertrag bräuchte man wieder einen, der dessen Grundlagen definiert etc. ad infinitum. (Siehe Cornell u. Kalt 1990: 33, zitiert nach Putnam 1993: 166) Es bleibt also dabei: ein zugrundeliegender Bestand an Solidarität bleibt unverzichtbar.

<sup>6</sup> Durkheim ließ sich bei dieser Einteilung sicherlich durch das bekannte Buch von Ferdinand Tönnies "Gemeinschaft und Gesellschaft" aus dem Jahre 1889 inspirieren. Dieses wird zwar in Durkheims "Über soziale Arbeitsteilung" mit keinem Wort erwähnt, laut Schmelter (1991: 21) findet das von Tönnies erstellte Gemeinschaftskonzept in Durkheims Besprechung von "Gemeinschaft und Gesellschaft" aus dem Jahre 1889 jedoch Durkheims volle Zustimmung. Nach Tönnies ist die neuzeitliche Entwicklung dadurch gekennzeichnet,

Archaische Gesellschaften bestehen aus kleinen überschaubaren Sozialverbänden, sogenannten "Segmenten". Der Ausdruck "Segmente" besagt, daß es sich um gleiche, im Grunde austauschbare Elemente handelt. Bei diesen Elementen handelt es sich nicht um Individuen, sondern um Clans und Verwandtschaftsgruppen (Tyrell 1985: 197; Schmelter 1991: 23), also homogenen Sozialverbänden, die relativ isoliert und autark ein jeweils eigenständiges soziales und wirtschaftliches Leben führen, wobei sie nur wenig Außenbeziehungen zu anderen Segmenten unterhalten.

In diesen kleinen segmentär differenzierten Einheiten erzeugt ein starkes Kollektivbewußtsein eine Solidarität aus Ähnlichkeiten, die *mechanische Solidarität*, die den einzelnen *direkt* in die Gesellschaft integriert. (Müller 1993: 507) Die Überschaubarkeit der Sozialverbände führt nämlich zu einer starken wechselseitigen Kontrolle ihrer Mitglieder untereinander, deren Integration durch gemeinsame Anschauungen und Gefühle bewirkt wird. Diese sind aufgrund von Tradition und Religion bis ins Detail geregelt, man könnte auch sagen, konditioniert, was insbesondere durch die repressive Abwehr bei Verletzungen dieser Gemeinsamkeiten zum Ausdruck kommt. Die gemeinsame Denk- und Sprachtradition und religiös fundierte kollektive Normen stellen damit die alleinige Richtschnur für die Lebensführung des einzelnen dar. In solchen Gesellschaftsformationen sind kulturelle Normen und Praktiken nur einem sehr geringen Veränderungsdruck ausgesetzt. Sie sind äußerst statisch und können daher über viele Generationen hinweg tradiert werden.

Mechanische Solidarität ist bei Durkheim gebunden an das umstrittene Konzept des *Kollektivbewußtseins*. Dieses setzt auf *Gleichheit* bzw. *Ähnlichkeit*, vor allem auf die Gleichheit des Bewußtseins, also auf geteilte kollektive Glaubensvorstellungen, Normen, Gefühle und Praktiken. Das "Kollektivbewußtsein" charakterisiert Durkheim (1988: 129) "als kulturell-normative Instanz über und in den Individuen". Es bedeutet einerseits die direkte, unvermittelte Inregienahme der Individuen durch das Kollektive, durch "die Gesellschaft"; es bedeutet andererseits, soweit es herrscht, die Negierung von Individualisierung durch die Verpflichtung aller auf denselben kollektiven Persönlichkeitstypus und insofern auf Gleichheit bzw. Ähnlichkeit. Aus dieser Gleichheit der Individuen resultiert ganz unmittelbar und zwangsläufig die "mechanische Solidarität". Gesellschaft und Kollektivbewußtsein sind damit in eins gesetzt. (Tyrell 1985: 194f) Für Durkheim ist letztlich die Religion die Kernzone des Kollektivbewußtseins.<sup>7</sup> Der Glaube ist entscheidend, der sich in allen Köpfen festgesetzt hat und im Kult praktiziert und bestätigt wird. Religion steht außerhalb und über uns und befiehlt und zwingt, aber soziale Integration und Domestikation läßt das soziale Band mit disziplinierender Moral koinzidieren. (Ebenda: 202) Mechanische Solidarität wird also durch Brauch, Sitte, Tradition und vor allem Religion dominiert und ist daher intentionaler Veränderung nur sehr schwer zugänglich. (Kaufmann 1984: 167)

---

daß sich in ihr ein Übergang von der Gemeinschaft zur Gesellschaft vollzieht. An die Stelle der auf unmittelbarer Kenntnis und Teilnahme beruhenden Sozialbeziehungen in der überschaubaren Klein-Gruppe (Gemeinschaft) treten die unpersönlichen, über das Geld vermittelten Marktbeziehungen (Gesellschaft). (Watrin 1994: 171; Honneth 1994: 21) Tönnies' Gemeinschaftsbegriff hat viel mit dem hier vorgestellten Konzept der mechanischen Solidarität gemeinsam.

<sup>7</sup> Durkheim (1981) entwickelte später den weiterführenden Gedanken der religiösen "Urstiftung" des sozialen Lebens.



Am Beginn der gesellschaftlichen Evolution steht also die absolute Dominanz des Kollektiven über den Einzelmenschen, der gewissermaßen eine Kopie des Kollektivtyps darstellt. "Die Solidarität, die aus den Ähnlichkeiten entsteht, erreicht ihr Maximum, wenn das Kollektivbewußtsein unser Bewußtsein genau deckt und in allen Punkten mit ihm übereinstimmt: aber in diesem Augenblick ist unsere Individualität gleich Null." (Durkheim 1988: 181) Der evolutionäre Prozeß der Individualisierung der Einzelpersönlichkeit ist hier an seinem absoluten Nullpunkt. Das Kollektive ist dem Individuellen gegenüber das Primäre und Präexistente.<sup>8</sup> (Tyrell 1985: 195f)

Nicht zuletzt können Gesellschaften, die über mechanische Solidarität integriert sind, einen starken Druck auf den Einzelnen ausüben und ihn zur Konformität zwingen, was sie im Regelfall auch tun. Die mechanische Solidarität bzw. das Kollektivbewußtsein ist daher eng liiert mit dem Typus des repressiven Rechts, dem aus heutiger Perspektive das Strafrecht entspricht.<sup>9</sup> Als Sanktion stand neben direkten Bestrafungen auch der Ausschluß aus der Gruppe zur Wahl, was in segmentären Gesellschaften oft gleichbedeutend mit dem Tod des Betroffenen war. (Prisching 1996: 75)

### ***Organische Solidarität***

Die mechanische Solidarität kann nur bei hoher Interaktionsdichte und umfassender persönlicher Bekanntschaft der Akteure untereinander ihre Wirkkraft entfalten und erhalten. Nimmt die Gesellschaft aber an Größe zu, dann wird sowohl die Anzahl der Menschen als auch der Interaktionen unter ihnen unüberschaubar. Damit schwinden die Voraussetzungen für gegenseitiges Kennen, Kontrolle, Ähnlichkeiten sowie die sonstigen Voraussetzungen der mechanischen Solidarität. Die Entwicklung der modernen Großgesellschaften geht daher mit einem Prozeß des Verlustes der inneren Bindungen unter den Menschen einher. Aufgrund dieser Entwicklung drängt sich die Frage nach einer Umstellung der Grundlagen für die Integration der Gesellschaft in den Vordergrund. Damit ist der evolutionäre Wechsel von der "mechanischen" zur "organischen" Solidarität gemeint. Der Übergang von einer Form der gesellschaftlichen Solidarität zur anderen bedeutet also eine Umstellung in den *Grundlagen der Integration* der Gesellschaft; der "segmentäre" geht zugunsten des "organischen" Gesellschaftstypus zurück. (Gulich 1991: 13f)

Der organischen Solidarität liegen schwerpunktmäßig zwei Prinzipien zugrunde, nämlich a) die Verpflichtung, sich ökonomisch zu spezialisieren. D.h. jeder soll lernen, in der Gesellschaft eine nützliche Funktion zu erfüllen. Hieraus resultiert dann b) der sich verstärkende "Kult des Individuums". Aufgrund der Verschiedenheit der persönlichen Standorte und Erfahrungshorizonte

---

<sup>8</sup> Es gibt bei Durkheim folglich auch nicht, wie bei Spencer oder Hobbes, einen individualistisch-präsozialen Naturzustand.

<sup>9</sup> Die organische Solidarität ist dagegen mit dem restitutiven (oder "bürgerlichen") Recht verknüpft.

in der Gesellschaft schwinden nämlich die Grundlagen für ein Kollektivbewußtsein; stattdessen wird ein Prozeß der Individualisierung in Gang gesetzt, und alles, was vom Kollektivbewußtsein noch übrigbleibt, mündet letztlich in den "Kult des Individuums" ein.

a) Zur Arbeitsteilung: Durch das Größenwachstum der Gesellschaft verschärft sich die Konkurrenzsituation zwischen den Menschen. Statt nun, dem seinerzeit vorherrschenden (damals vor allem durch Herbert Spencer vertretenen) Sozialdarwinismus folgend, das Aussterben der weniger Angepaßten zu prognostizieren, sieht Durkheim eine wichtige Möglichkeit, den "Kampf ums Dasein" abzumildern darin, daß sich jeder eine Tätigkeitsnische schafft, in welcher er überleben kann. Dadurch wird die Konkurrenzsituation zwar nicht grundsätzlich beseitigt, aber sehr stark gedämpft: "Es ist nicht die Rolle der Solidarität, die Konkurrenz zu unterdrücken, sondern sie zu mäßigen." (Durkheim 1988: 408) "Dank der Arbeitsteilung brauchen sich die Rivalen nicht gegenseitig zu beseitigen, sie können im Gegenteil nebeneinander existieren." (ebenda: 330). Je mehr sich die Individuen auf eine bestimmte ökonomische Tätigkeit spezialisieren und damit für ihre Existenzsicherung auf den Tausch ihrer Produkte gegen diejenigen anderer Individuen angewiesen sind, desto größer wird ihre gegenseitige Abhängigkeit voneinander. Im Zuge dieser Entwicklung entstehen schließlich "soziale Organe", die analog zu den Organen eines biologischen Organismus (Durkheim 1988: 182f) so sehr aufeinander angewiesen sind, daß der gesamte Organismus in Gefahr gerät, wenn auch nur die Existenz eines einzigen Organs in Frage gestellt wird. Daher nennt Durkheim den zugrundeliegenden Solidaritätstypus auch "organische Solidarität".<sup>10</sup> Während die "Segmente" archaischer Gesellschaften im Grunde austauschbar sind und zwischen ihnen auch kaum eine Interdependenz besteht, sind die Organe in modernen Gesellschaften hochinterdependent. Der auf "organischer" Solidarität beruhende Gesellschaftstypus charakterisiert nach Durkheim die hochdifferenzierten arbeitsteiligen Gesellschaften; somit entspricht dieser auch durchaus dem, was heute "funktional differenziert" heißt.<sup>11</sup>

Durkheim genügt diese rein funktionale Interdependenz aber nicht. Er geht vielmehr davon aus, daß hierin lediglich eine Grundlage für eine weitergehende moralische Integration der Gesellschaft liegt: "Dadurch, daß die Arbeitsteilung zur Hauptquelle der sozialen Solidarität wird, wird sie gleichzeitig zur *Basis* der moralischen Ordnung." (Durkheim 1988: 471; Hervorhebung von mir. PS) Besonders an seiner Auseinandersetzung mit Spencer wird deutlich, daß Durkheim die organische Solidarität nicht in Begriffen einer systemischen, von den Wertorientierungen der einzelnen Akteure abgekoppelten Integration der Gesellschaft erklären möchte, also eben nicht, wie Spencer, in Begriffen eines normfreien Regelmechanismus.<sup>12</sup> Die Interdependenz ist der Neigung zum wechselseitigen Tausch vielmehr vorausgesetzt; der Tausch, so Durkheim (1988: 165f, 267f, 338) -

---

<sup>10</sup> Hier ist aber schon eine erste Ungenauigkeit von Durkheim angelegt: an entscheidender Stelle springt er nämlich zwischen den Individuen und Organen hin und her und es bleibt offen, ob die arbeitsteilig-organische Interdependenz als eine zwischen den individuierten Einzelpersonen oder den funktional spezialisierten Organen gedacht ist.

<sup>11</sup> Die Organismusanalogie ist von verschiedener Seite als "rudimentäre Systemtheorie" bezeichnet worden. (Siehe Tyrell 1985: 241f)

<sup>12</sup> Siehe auch Habermas (1981 II: 175f).

unter anderem in Verbindung mit seiner Wendung über die außervertraglichen Bedingungen des Vertrages - kann nur innerhalb einer bereits moralisch integrierten Gesellschaft stabile Ausprägungen annehmen.

Hat sich die Arbeitsteilung durchgesetzt, dann stellen sich gleichzeitig jene Bedingungen ein, unter denen die Chance zunimmt, daß die Akteure auf spontane Weise dazu in der Lage sein werden, solidarische Interaktionsformen auszubilden. Anders als bei Marx entfremdet Arbeitsteilung die Menschen also nicht, sondern verbindet sie, indem sie ihnen die nutzbare Gelegenheit zum Weben eines haltbaren "sozialen Bandes" bietet. (Ebenda: 111, 158, 201ff u.a.; Tyrell 1985: 181ff) Eine wesentliche Grundlage hierfür ist aber ein Mindestmaß an Vertrauen oder, wie Durkheim sagt, von "Sympathiegefühlen" der Individuen untereinander. Er meint damit ein Gefühl der Zusammengehörigkeit und der Sicherheit in einem Netz fester sozialer "Bindungen". (Gulich 1991: 9) Dazu dient der beständige Kontakt zwischen den Individuen, die differenten Tätigkeiten nachgehen, denn dieser soll zu Gewohnheiten führen, die sich fortschreitend stabilisieren. Diese Gewohnheiten verwandeln sich dann, je stärker sie werden, in Verhaltensregeln (Durkheim 1988: 435) und verfestigen sich außerdem zusätzlich durch das Sanktionspotential eines restitutiven Rechts. (Ebenda: 173ff, 183ff)

Arbeitsteilung integriert also nach Durkheims Auffassung die Gesellschaft auf der Basis von Verschiedenheit, die aufgrund von gegenseitiger Abhängigkeit zu eingelebten Bindungen und damit zu einem solidarischen Miteinander führt. Wie man sieht, bewertet Durkheim hier im Gegensatz zu seinem Lehrer Comte die gesellschaftliche Funktion der Arbeitsteilung uneingeschränkt positiv. (Schmelter 1991: 23) Daher spricht er auch dem Staat zur Lösung der vorliegenden Probleme der Feinabstimmung zwischen arbeitsteiliger Tätigkeit und organischer Solidarität - ganz im Gegensatz zu Comte - keinerlei konstituierende Rolle zu.<sup>13</sup> (Schmid 1989: 623)

b) Der Kult des Individuums: Aufgrund der funktionalen Spezialisierung in einer arbeitsteiligen Gesellschaft erfahren die Lebensverhältnisse der Individuen eine Diversifizierung und Pluralisierung, die differente Fähigkeiten prämiieren, was wiederum individuelle Persönlichkeitsentwicklungen begünstigt. Wegen dieser Verschiedenheit kann sich der Einzelne nun nicht mehr als Träger eines einheitlichen Kollektivbewußtseins entwickeln, sondern er muß vielmehr ein moralisches Bewußtsein ausbilden, das im Einklang mit den jeweiligen sozialen und beruflichen Anforderungen steht. Parallel zur gesamtgesellschaftlichen strukturellen Differenzierung findet damit zwangsläufig eine Ausdifferenzierung individueller Bewußtseinslagen und Persönlichkeiten statt. (Schmid 1989: 621; Krettenauer 1998: 67) In dem Maße, in dem die Individualisierung der Gesellschaftsmitglieder fortschreitet, differenziert sich auch das Kollektivbewußtsein in eine Fülle funktionsspezifischer Normcodes aus, die gleichwohl ihren moralischen Charakter behalten. (Müller 1993: 507) Das Kollektivbewußtsein verschwindet dabei nicht, sondern wird individualistisch umfunktioniert, und es erhält als solches bei Durkheim die Rolle zugewiesen, den strukturell erzwungenen Individualismus

---

<sup>13</sup> Allerdings schlägt Durkheim manchmal Töne an, den Staat als das "Hirn" in der Organismusanalogie doch in Anspruch zu nehmen. Insgesamt bleibt dessen Rolle aber schwach.

der Moderne kulturell legitimatorisch zu decken. Der "Kult des Individuums" (Durkheim 1988: 227) im Rahmen der organischen Solidarität soll zum Ausdruck bringen: alle Gesellschaftsmitglieder müssen darin übereinstimmen, daß es gesellschaftlich notwendig ist, wenn sie ihre persönlichen Fähigkeiten in der verschiedenartigsten Weise entfalten, um sich in ihren ökonomischen und anderen Aktivitäten immer weiter spezialisieren zu können; und es muß ihnen gleichzeitig verdeutlicht werden, daß sie genau deshalb immer mehr voneinander abhängen. In diesem Sinne wird der "Individualismus" zur Basis des "Kollektivbewußtseins". (Gülich 1991: 13)

Im selben Maße, in dem das Kollektivbewußtsein zum Individualismus umgebaut wird, verdrängt der organische Strukturtyp, nachdem er einmal aufgetreten ist, den segmentären bis nahe an dessen Auslöschung. Durkheim ist dezidiert der Auffassung, daß die segmentäre und die organische Gesellschaftsstruktur sich zueinander unverträglich verhalten: je geringer die Arbeitsteilung ist, desto mehr hat man es mit einem "segmentären Gesellschaftstyp" zu tun, der die soziale "Kohäsion" der in ihm assoziierten Individuen über die "mechanische" Solidarität sichert; je weiter dagegen die Arbeitsteilung vorangeschritten ist, desto mehr handelt es sich um den "organischen Gesellschaftstyp" und eine ihm entsprechende "organische" Solidarität. Voll entwickelt können die beiden Typen längerfristig nicht gleichzeitig unter demselben gesellschaftlichen Dach koexistieren. Dafür sind schon ihre Elemente - einerseits Segmente, andererseits Organe - zu heterogen verfaßt. Der segmentäre Typus tritt auch nicht ins zweite Glied zurück, sondern tendiert eindeutig gegen Null. Im Zuge der Evolution wird also das eine Integrationsprinzip der Gesellschaft nahezu vollständig durch das andere substituiert. (Tyrell 1985: 204f)

### ***Kritik***

Es gibt für Durkheim nur zwei Gestalten der Solidarität, die mechanische und die organische. Beide schließen sich wechselseitig aus, Mischformen sind also nicht vorgesehen. Sie haben überdies nur jeweils eine Quelle - jene das Kollektivbewußtsein segmentärer Gesellschaften, diese die Arbeitsteilung organischer Gesellschaften. Durkheim geht dabei von ihrer unbedingten *funktionalen Äquivalenz* aus. Für beide wird außerdem geltend gemacht, daß sie eine Solidarität sui generis darstellen, sie sind ferner gleichrangig moralisch, und eine kann die andere substituieren. (Tyrell 1985: 206f) Dabei besteht nach Durkheim die Tendenz eindeutig darin, daß die jüngere organische Solidarität die ältere mechanische Form ablöst. Die Begründung der "organischen Solidarität" ist in seinem Buch zur Arbeitsteilung Durkheims Hauptanliegen. Gleichzeitig ist dieses Konzept aber das schwächste Glied in der komplexen Argumentationskette. Es ist Durkheims Ziel zu demonstrieren, daß die Arbeitsteilung in modernen Gesellschaften die gleiche segensreiche Rolle spielt wie das Kollektivbewußtsein in primitiven Gesellschaften, daß sie nämlich eine genuine Quelle des sozialen Lebens und Zusammenhalts - eben der Solidarität - darstellt. Damit legt sich Durkheim auf die schwierige Position fest, anders als Comte die desintegrativen Folgen der Arbeitsteilung zu bestreiten bzw. zu bagatellisieren und dagegen auf der kohäsiven Funktion der Arbeitsteilung zu insistieren, die schließlich zur organischen Solidarität führen soll. (Ebenda: 192) Letztlich gelingt es Durkheim aber nicht, sein Konzept der organischen Solidarität auf den Punkt zu bringen. Vor allem der

Zusammenhang von Arbeitsteilung und organischer Solidarität bleibt ungeklärt. Ein wichtiger Unterschied, den Durkheim übersieht, ist der folgende: während es sich im Fall der mechanischen Solidarität um *kulturelle* Integration handelt (Tyrell 1985: 209; Müller 1993: 507), geht es in der organischen Solidarität um *morphologisch-strukturell* bewirkte Integration, eben um Solidarität durch arbeitsteilige Interdependenz.<sup>14</sup> (Tyrell 1985: 203) Durkheims abgemildert darwinistische Erklärung setzt dabei einzig auf morphologische Faktoren, nämlich Volumen und Dichte, und leitet aus diesen die progressive Umstellung der Gesellschaftsstruktur auf Arbeitsteilung und - daraus folgend - auf organische Solidarität ab.<sup>15</sup> Wenn nun aber organische Solidarität nicht einfach mit dem Begriff der Arbeitsteilung kongruent sein soll, dann bedarf es zumindest eines minimalen Bewußtseins, daß jeder auf jeden angewiesen und der Einzelne dazu verpflichtet ist, seine besonderen Fähigkeiten zur Förderung des Ganzen zu verwenden. (Zapotoczky 1987: 203) Unklar bleibt aber, auf welche Weise dieses Bewußtsein bzw. Gefühl entstehen sollte. Durkheim geht davon aus, daß steigende soziale Interdependenz einen Kooperationsdruck bewirkt und damit zu einer rationalen Regelung gesellschaftlicher Interessengegensätze führt. Aber aus der Notwendigkeit ergibt sich nicht automatisch, daß die notwendigen Schritte auch getan werden.<sup>16</sup> Er liefert weder eine systematische Ableitung der organischen Solidarität aus der Arbeitsteilung (Tyrell 1985: 209), noch werden über die Arbeitsteilung hinaus an irgendeiner Stelle die Quellen der organischen Solidarität offengelegt, die ja aufgrund der These des gegenseitigen Ausschlusses verschieden sein müssen von denen der mechanischen Solidarität. (Pope u. Johnson 1983: 685ff)

Pope und Johnson (ebenda) weisen darauf hin, daß Durkheim im Kern zwei Unterscheidungen zwischen organischer und mechanischer Solidarität einführt: *erstens* handelt es sich bei der mechanischen Solidarität um eine Kraft, die gegen individuelle Bestrebungen gerichtet ist, bei der organischen dagegen um eine Folgeerscheinung strukturfunktionaler Differenzierungsvorgänge. Diese erste Unterscheidung legt nahe, daß die organische Solidarität sich entwickeln kann, ohne daß dies prinzipiell zu einer Beeinträchtigung der mechanischen Solidarität führen müßte, da sich beide Solidaritätsformen auf ganz verschiedene Bereiche erstrecken. Dabei ist es Durkheim, wie schon erwähnt, nicht gelungen, die Genese der organischen Solidarität auf der Grundlage der Arbeitsteilung aufzuzeigen. Er weist an keiner Stelle nach, auf welche Weise aufgrund von Arbeitsteilung organische Solidarität entstehen soll. Der Schluß, daß es sich um ein günstiges Ergänzungsverhältnis handeln *würde*, wenn die Arbeitsteilung durch organische Solidarität stabilisiert wäre, kann als Beweis nicht genügen. Durkheims Ausweg besteht daher darin, die mechanische Solidarität von der organischen beerben zu lassen. In der *zweiten* Unterscheidung charakterisiert er die organische Solidarität gegenüber der mechanischen durch eine Reihe von Gegensatzpaaren: Ähnlichkeit der Personen vs.

---

<sup>14</sup> Mit Lockwood (1969) bzw. Habermas (1981) kann man also behaupten, es geht um die Umstellung der Gesellschaft von Sozialintegration auf Systemintegration. Siehe auch Tyrell (1985: 162), Müller (1992: 52).

<sup>15</sup> Tyrell (1985: 204) räumt allerdings ein, daß Durkheim den *kulturellen* Faktoren immerhin den Status von *sekundären* Faktoren in der Evolution zuweist, was von den Kritikern meist übersehen wird.

<sup>16</sup> Man könnte ja auch beispielsweise behaupten, daß die arbeitsteilige Gesellschaft letztlich dem Untergang geweiht ist, oder wie die Utilitaristen auf eine "segensreiche Wirkung" egoistischer Interessenskalküle vertrauen. Zu den verschiedenen Alternativen, die sich bieten, wenn man das Konzept der organischen Solidarität verwirft, siehe das Ende dieses Kapitels.

Differenz der Individuen, Kollektivbewußtsein vs. verschiedene tätigkeitsbezogene Bewußtseine, Hingabe an die Gesellschaft als ganze vs. Hingabe an den Kult des Individuums, geteilte Gefühle vs. einzigartige Gefühle etc. Diese zweite Unterscheidung beinhaltet eine Relation des gegenseitigen Ausschlusses; d.h. der Aufstieg der organischen Solidarität ist hier notwendig mit einem Niedergang der mechanischen Solidarität verknüpft, womit Durkheim zu dem Schluß kommt, daß erstere die zweite verdrängt und schließlich ersetzt. Gleichzeitig behauptet er die graduelle Umformung von mechanischer Solidarität in organische, wobei erstere Schritt für Schritt verdrängt würde. An dieser Stelle kommt insbesondere der Umbau des Kollektivbewußtseins zum Kult des Individuums ins Spiel. Das Kollektivbewußtsein soll einerseits verschwinden, andererseits soll es aber in Form vom "Kult des Individuums" das letzte und höchste Kollektivideal der Moderne darstellen. In diesem Sinne wird der "Individualismus" zur Basis des "Kollektivbewußtseins". Im selben Maße, in dem das Kollektivbewußtsein zum Individualismus umgebaut wird, verdrängt der organische Strukturtyp, nachdem er einmal aufgetreten ist, den segmentären - bis nahe an dessen Auslöschung. Einerseits soll also die organische Solidarität zwar im Gegensatz zur mechanischen stehen, andererseits aber entsteht sie durch deren Umbau, wobei sie sich ihre integrative Kraft von der mechanischen Solidarität ausborgt. Auf die Frage, warum sich dieser Prozeß überhaupt ereignen sollte, verweist Durkheim wieder auf die Arbeitsteilung - und an dieser Stelle beginnt ein unbefriedigender Begründungszyklus von Neuem. Einerseits argumentiert Durkheim strukturfunktionalistisch, indem er für die Arbeitsteilung ganz unrealistische Solidaritätswirkungen postuliert, andererseits genügt ihm aber genau dies nicht, denn es geht ihm vorrangig um das "soziale Band" unter den Individuen. Unter dieser Voraussetzung aber verursacht nicht die Arbeitsteilung jene Solidarität *sui generis*, sondern die soziale Integration resultiert aus dem Restbestand vormoderner moralischer Tradition. Um aber Moral zu begründen, muß Durkheim letztlich auf das Kollektivbewußtsein zurückgreifen, das er eben gerade verabschieden will. Im Übrigen wird auch die Frage nach der Beschaffenheit der organischen Solidarität von Durkheim in seinem Buch nirgendwo klar beantwortet. Er liefert vielmehr eine Vielzahl verschiedener Variationen über dieses Thema.<sup>17</sup>

Man kann die Grundstruktur von Durkheims Argumentation vielleicht folgendermaßen beschreiben: "Solidarität" aufgrund von Arbeitsteilung wird als ungedeckter Scheck benutzt, mit dem die mechanische Solidarität aufgekauft wird. Anschließend beleit Durkheim die wertvollen Inhalte der frisch erworbenen mechanischen Solidarität, um mit diesen die organische Solidarität aufzufüllen; am Ende schließlich kann er den Bankrott der auf diese Weise geplünderten mechanischen Solidarität erklären. Durkheim führt hier im Grunde ein Verwirrspiel nach der Art eines findigen Finanzjongleurs durch, das er offenbar selbst nicht ganz durchschaut hat. Es ist ihm also offensichtlich nicht gelungen nachzuweisen, wie eine neue Form von Solidarität entstehen kann, die der sozialstrukturellen Situation in der Moderne angemessen ist.

---

<sup>17</sup> Tyrell (1985) weist nach, daß der Begriff der organischen Solidarität so unklar gefaßt ist, daß sich sage und schreibe *neun* verschiedene Bedeutungsvarianten aus ihm ableiten lassen. Die Auflistung dieser Varianten ist für die Fragestellung dieser Arbeit nicht sehr ergiebig und soll daher hier nicht aufgeführt werden. Näheres siehe bei Tyrell (1985: 209ff).

### *Nachbesserungen von Durkheim und die Verabschiedung des Konzeptes*

Kollektive Akteure wie etwa Verbände oder Organisationen werden als Träger der organischen Solidarität im Haupttext des Buches zur "Arbeitsteilung" nicht behandelt. Diesen Umstand nahm Durkheim offenbar selbst als Defizit wahr, denn er sah sich veranlaßt, der zweiten Auflage des Arbeitsteilungsbuches sein berühmtes zweites Vorwort voranzustellen, welches Berufsgruppen zum Thema hat. Durkheims Augenmerk liegt insbesondere auf Berufsgruppen, denn er ist ja der Auffassung, daß das berufliche Milieu aufgrund der spezialisierten Tätigkeit in besonderem Maße die Individualität eines Menschen fördert. Der Beruf, die Berufsethik und die Zugehörigkeit zu einer Berufsgruppe eröffnen dem modernen Menschen die Chance, seinen "Platz" in der Gesellschaft zu finden, durch spezialisierte Berufsarbeit seine "Persönlichkeit" zu bilden und einen eigenständigen Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung zu leisten sowie sich durch Austarieren verschiedener Rollenverpflichtungen individuelle Freiräume zu erarbeiten. (Müller 1992: 57) Dabei ergibt sich aber für Durkheim - und hierin liegt der Unterschied zur früheren Auffassung, wie sie im Haupttext des Buches vertreten wird - organische Solidarität nicht einfach von selbst; sie muß vielmehr erst über "Berufsgruppen" auf einer intermediären Ebene konstituiert werden. Diese Ebene ist genau zwischen den Individuen (bzw. ihren Familien) und dem Staat angesiedelt. Während nämlich die Gesellschaft als ganze nicht mehr für ihre eigene Integration aufkommen kann - und auch nicht die Organe (oder mit heutigen Worten die "funktionalen Teilsysteme"), schon gar nicht der Staat<sup>18</sup> - kann diese Aufgabe nach Durkheims späterer Auffassung durch die Berufsgruppen geleistet werden. Als *intermediäre Gruppen* sind sie nämlich den Individuen näher und können sie unmittelbar "in die Pflicht" nehmen. (Tyrell 1985: 225) Nicht zuletzt soll ein Netz von Berufsorganisationen dazu beitragen, der naturwüchsigen Ökonomie ein institutionelles Rückgrat einzuziehen, das mehr Gerechtigkeit verspricht. (Durkheim 1988: 67) Berufsgruppen sollen in diesem Sinne die industriellen Beziehungen im Detail regeln.

Jede Berufsgruppe entwickelt dabei ihren eigenen partikularen Codex, der aufgrund der Probleme und Handlungsanforderungen der einzelnen Berufe konkretisiert und spezifiziert wird. Auf diese Weise wird innerhalb der Berufsgruppen eine moralische und homogene Vereinigung der Beteiligten, gleichsam ein Kollektivbewußtsein im Kleinen, hergestellt. Damit setzt Durkheims Therapieversuch für die moralische Misere der Moderne in erster Linie auf Gleichheit, mit anderen Worten auf *mechanische* Solidarität. (Tyrell 1985: 224) Berufsgruppen weisen also *nach innen mechanische Solidarität* auf, denn sie sollen ein kohäsives moralisches Milieu bilden. *Nach außen* hingegen herrscht *organische Solidarität*, denn es gilt, die Unterschiede zwischen den Berufsgruppen durch ein System industrieller Beziehungen zu regeln. (Müller 1992: 57; Biefait 1999: 125) Durkheims Versuch, die organische Solidarität zu retten, verschafft damit letztlich der mechanischen Solidarität

---

<sup>18</sup> Der Staat selbst ist nach Durkheim weder dazu geeignet, die Wirtschaft zu regulieren, noch kann er alleine die "Kohäsion" der Individuen garantieren; würde er das eine oder das andere versuchen, würde dies unausweichlich in einer völligen Repression aller Individuen enden. (Siehe bei Gülich 1991: 19)

einen neuen Platz in der modernen Gesellschaft, während die organische Solidarität weiterhin ungeklärt und unbegründet bleibt.<sup>19</sup>

Von diesem Rettungsversuch mit Hilfe des Berufsgruppenkonzeptes abgesehen, hat sich Durkheim stillschweigend vom Begriff der organischen Solidarität verabschiedet<sup>20</sup>, wobei er das Scheitern dieses Konzeptes nie explizit eingestanden hat. In seinen späteren Schriften widmet sich Durkheim, soweit sie die Thematik der Solidarität betreffen, ausschließlich dem Konzept des Kollektivbewußtseins. Schon in seinem nächsten Buch "Der Selbstmord" (1973 [1897]) sind etwa verschieden hohe Selbstmordraten seines Erachtens auf das zurückzuführen, was man als Schwankungen und Variationen von *mechanischer* Solidarität bezeichnen kann, während organische Solidarität nicht mehr vorkommt. (Pope u. Johnson 1983: 690) In seinen späteren Bemühungen, die Institutionalisierungsbedingungen einer brauchbaren Moral ausfindig zu machen, ist Durkheim nicht mehr auf die Arbeitsteilung zu sprechen gekommen. Er beginnt stattdessen damit, sich um die moralinduzierenden Gemeinschaftsgefühle zu kümmern, die einem kollektiven Ritus entstammen. In seinem Buch "Die elementaren Formen des religiösen Lebens" aus dem Jahre 1912 untersucht er die Gefühle der Verbundenheit, die durch Religion generiert und aufrechterhalten werden. Eine ähnliche Funktion hat die gefühlsmäßige Wallung, die in "Momenten des Aufruhrs" - also etwa der Französischen Revolution von 1789 - (Durkheim 1970 [1924]: 150ff) entsteht. In beiden Texten betont er, daß moderne Gesellschaften nur über gemeinsamen Glauben, Gefühle, Symbole und Rituale integriert werden können. Auch hier handelt es sich eindeutig um mechanische und nicht um organische Solidarität.

Nicht nur Durkheim selbst hat sich damit vom Konzept der organischen Solidarität verabschiedet. Es ist auch bei den meisten seiner Rezipienten auf Ablehnung gestoßen. Während diese sich weitgehend darüber einig sind, daß das Modell der mechanischen Solidarität sowohl in sich selbst als auch hinsichtlich der zugrundeliegenden Prämissen konsistent ist (etwa Pope u. Johnson 1983: 682; Tyrell 1985: 193), wird die "organische Solidarität" von der überwiegenden Mehrzahl zurückgewiesen.<sup>21</sup> Von ihr erfährt man letztlich nicht, was sie ist, wie sie beschaffen ist oder wie sie zustande kommt, denn das Konzept bleibt vieldeutig und widersprüchlich. Tyrell (1985: 182) kommt zu dem Schluß,

<sup>19</sup> Ferner bleibt eine nähere Bestimmung aus, wie und unter welchen Struktur- und Funktionsbedingungen Staat und Berufsgruppen die ihnen normativ angesonnenen Aufgaben auch tatsächlich erfüllen können. (Müller 1993: 516)

<sup>20</sup> Tyrell (1985: 223). Auch Nisbet (1966, 1974, zitiert nach Pope u. Johnson 1983: 690) stellt fest, daß Durkheim später nie wieder auf die Unterscheidung zwischen organischer und mechanischer Solidarität zu sprechen gekommen ist. Tyrell (ebenda) entnimmt bereits aus den Schlußbemerkungen des Buches "Über soziale Arbeitsteilung", daß Durkheim sich schon hier von der "organischen Solidarität" distanziert und sich wieder zum Konzept des Kollektivbewußtseins zurückwendet.

<sup>21</sup> Die Literatur hat Durkheims Jugendwerk "Über soziale Arbeitsteilung" immer mit Skepsis betrachtet. Laut Schmid (1989: 638) taten dies bereits Schmoller im Jahr 1894 und Tönnies im Jahr 1929. In neuerer Zeit verwerfen Pope u. Johnson (1983), Tyrell (1985), Schmid (1989), Müller (1992, 1992a, 1993) das Konzept der organischen Solidarität. Positiv dagegen ist Krettenauer (1998) eingestellt, der allerdings keine eingehende Theoriereflexion betreibt und das Konzept relativ unkritisch übernimmt, und Macneil (1986: 585); anders als bei Durkheim löst aber für Macneil nicht eine Solidaritätsform die andere ab, sondern beide existieren in modernen Gesellschaften nebeneinander. (Ebenda: 588) Ferner müßte man bei Macneil genaugenommen von einer Verstärkung der mechanischen Solidarität sprechen statt von organischer Solidarität. Letztlich kommt bei ihm wieder die gesamte Problematik des Konzeptes der organischen Solidarität zum Vorschein, die soeben besprochen wurde.



daß systematisch von Durkheim eigentlich nur zu lernen ist, wie die Integration moderner Gesellschaften *nicht* gedacht und konzeptualisiert werden darf. Auch Pope und Johnson (1983: 689f) sowie Schmid (1989: 624) ziehen den Schluß, daß Durkheim das Konzept der organischen Solidarität hätte fallen lassen sollen.

Der bisher genannten Kritik an diesem Konzept sind am Schluß noch einige wenige Punkte hinzuzufügen. So ist bezüglich der Arbeitsteilung die Annahme einer wechselseitigen Abhängigkeit aller Individuen ergänzungsbedürftig; Durkheim unterschlägt nämlich, daß die Individuen voneinander häufig nicht gleich abhängig sind. Die aus diesen Asymmetrien resultierenden Machtgefälle können sich häufig ungünstig auf die Solidarität unter den Betroffenen auswirken.<sup>22</sup> Ferner sind insbesondere in der Arbeitswelt heutzutage viele Kontakte sehr abstrakt, bürokratisch oder geldvermittelt. Solche Interaktionsformen schaffen aber kaum Solidarität. (Prisching 1992: 273) Verschärfend kommt des weiteren das Vorhandensein von Personen hinzu, die keine Tätigkeitsnische finden oder durch Modernisierungsschübe aus diesen verdrängt werden. Durkheim (1992: 107) sah ja die bedeutsamste Wirkung der Arbeitsteilung darin, daß sie die Individuen voneinander abhängig macht. Insofern könnte organische Solidarität heutzutage schon allein deshalb nicht mehr befriedigend die Integration der Gesellschaft bewerkstelligen, weil viele Menschen der arbeitsteiligen Gesellschaft entbehrlich geworden sind. Nicht zuletzt ist zu bemängeln, daß Durkheim keinerlei theoretische Grundlage für reflexive Distanz liefert. Die Rationalität der Akteure wird einzig auf die normative Kraft des Faktischen fixiert, womit Durkheim der Gesellschaft keinen Ort für eine reflexive Normgenerierung zugesteht, die den Subjekten einen kritischen Blick gegenüber dem Gegebenen ermöglichen könnte.<sup>23</sup> (siehe Bienfait 1999: 120)

Für Tyrell (1985: 193) und viele andere Interpreten liegt die große Leistung von Durkheims Buch über die Arbeitsteilung nicht in den Einsichten, die das Buch über die Arbeitsteilung vermittelt, sondern in der Identifizierung und Beschreibung des Integrationsmusters archaischer Gesellschaften, also der bereits dargestellten mechanischen Solidarität, die durch gemeinsame Anschauungen und Gefühle entsteht und die unter anderem in der repressiven Abwehr von Verletzungen dieser Gemeinsamkeiten zum Ausdruck kommt. Die entsprechenden Vorstellungen werden nicht als singulär-subjektiv erlebt, sondern als selbstverständlich, von jedermann geteilt und für jedermann verpflichtend. Eben deshalb hat das Konzept für Tyrell auch heute noch einen besonderen Stellenwert.<sup>24</sup> In die Nähe dieser Ansicht ist auch der spätere Durkheim gerückt, wobei aber

---

<sup>22</sup> Seine Ausführungen zur "erzwungenen Arbeitsteilung" (Durkheim 1988: 443ff) lassen solche Asymmetrien als Ausnahmefall erscheinen. Sie dürften aber eher die Regel darstellen.

<sup>23</sup> Andererseits gehört Durkheim zu den ersten, die auf den Zusammenhang von Solidarität und Gerechtigkeit hingewiesen haben. Durkheim mobilisiert nämlich gegen Ende des Buches unter dem Titel der "erzwungenen Arbeitsteilung" ein Gerechtigkeitsprinzip zur Voraussetzung der organischen Solidarität, das mit dem heutigen Begriff der "Chancengleichheit" treffend gekennzeichnet ist. Soziale Ungleichheiten dürfen demnach nur auf natürlichen Ungleichheiten beruhen. Näheres dazu siehe im Teil III dieser Arbeit, in dem es um den Zusammenhang von Solidarität und Gerechtigkeit geht.

<sup>24</sup> Der Begriff des Kollektivbewußtseins, so wie Durkheim ihn verstand, befindet sich nach Tyrell (1985: 198) in unverkennbarer Nähe zu dem Lebensweltbegriff, wie Habermas (1981 II: 233) ihn beschreibt. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß Habermas an der entsprechenden Stelle explizit die Lebenswelt *archaischer* Gesellschaften beschreibt. Ferner konstatiert letzterer im Gegensatz zu Durkheim, daß auch diese schon eine verhältnismäßig hohe Komplexität aufweisen.

ergänzend zu erwähnen ist, daß er immer der Versuchung widerstanden hat, angesichts der modernen Integrationsprobleme eine bloße Revitalisierung der alten moralischen Kodizes oder Traditionen einzuklagen, wie dies jüngst bei den Kommunitaristen auszumachen ist.

### *Ausblick*

Aus dem Vorangehenden ist deutlich geworden, daß Durkheim die Integrationsprobleme moderner Gesellschaften zwar erkannt und richtig diagnostiziert hat, aber mit seiner Entgegnung auf diese Problematik, dem Entwurf der "organischen Solidarität", gescheitert ist. Dagegen konnte das Konzept der "mechanischen Solidarität" als Integrationsschema archaischer Gesellschaften überzeugen. Mechanische Solidarität kann aber nicht - oder jedenfalls nicht allein - den Zusammenhalt moderner Gesellschaft gewährleisten. Der *Differenzierungsprozeß* der Moderne zieht notwendig Prozesse der *Pluralisierung* und *Enttraditionalisierung* nach sich, d.h. eine Erosion der traditionellen Verhaltensmuster, den Verlust an sozialen und kulturellen Bindungen sowie den Zerfall bislang selbstverständlicher Kollektive, Kollektivbegriffe und Lebensformen.<sup>25</sup> Dabei nehmen Ähnlichkeiten, Interaktionsdichte, Kontrollmöglichkeiten und die sonstigen Voraussetzungen mechanischer Solidarität mehr und mehr ab. Funktional differenzierte Gesellschaften können ferner schwerlich durch die relativ wenigen und monolithischen Regeln vormoderner Gesellschaftsformen integriert werden, ohne daß dies zu massiven Behinderungen in den verschiedenen Funktionssystemen führen würde. Kurz: die Entwicklung der modernen Großgesellschaften geht notwendig mit einem Prozeß des Verlustes der inneren Bindungen unter den Menschen einher, so daß sie nicht mehr durch mechanische Solidarität allein integriert werden können.

Von welcher Art ist aber der Zusammenhalt moderner Gesellschaften, wenn die Formen, die Durkheim beschrieben hat, entweder nicht mehr angemessen sind oder gar nicht erst funktionieren? Diese Fragestellung liegt den folgenden Kapiteln zugrunde. Ausgehend von Durkheims gescheitertem Versuch sind prinzipiell *vier* verschiedene theoretische Marschrouten möglich, die alle schon bei Durkheim entweder durch ihn selbst oder mit Bezug auf seine Zeitgenossen angedeutet wurden.

Man kann *erstens* darauf vertrauen, daß sich moderne Gesellschaften von selbst, d.h. ohne spezielle Bemühungen um Solidarität, integrieren. Hierfür stand zu Durkheims Zeiten der Ansatz von Spencer, der darauf gesetzt hat, daß schon allein das Eigeninteresse der Akteure und die zwischen ihnen geschlossenen Verträge als Garanten für einen reibungslosen Ablauf in der modernen Gesellschaft ausreichen. Während es bei Spencer eindeutig die Beziehungen zwischen Individuen sind, die Zusammenhalt bewirken, bleibt bei Durkheim selbst unklar, auf welcher Ebene die entscheidenden Kohäsionsprozesse ablaufen sollen. Bei ihm sind es teils die Individuen, teils bereits aggregierte

---

<sup>25</sup> Siehe etwa Möhring-Hesse (1995: 93), Krettenauer (1998: 243), Meyer u. Müller (1988: 920), Vobruba (1989: 61). Die Vermittlungsstrukturen zwischen Differenzierung einerseits und Pluralisierung bzw. Enttraditionalisierung andererseits sind vielfältig. In der Literatur finden sich etwa die *Einbindung in unterschiedliche soziale Einheiten* (Peters 1993: 117), die *abnehmende Orientierungsverbindlichkeit überkommener Identitäts- und Lebensentwürfe* (Brose u. Hildenbrand 1988: 17), die *Delegitimierung von Zwangsgemeinschaften* (Vester 1997: 176), die *Sichtbarkeit alternativer Optionen* (Nunner-Winkler 1988: 238), die *gesteigerten geographischen und sozialen Mobilitätsanforderungen* (Strasser 1994: 120f) sowie die *Entwicklung zur Massenkonsumgesellschaft*. (Thome 1998: 244)

soziale Einheiten, mit seinen eigenen Worten die "Organe", zwischen denen zu vermitteln ist. Durkheim selbst springt an den entscheidenden Textstellen zwischen den Individuen und Organen hin und her, wodurch offen bleibt, ob er die arbeitsteilig-organische Interdependenz als eine zwischen individuierten Personen oder funktional spezialisierten Organen gedacht hat. (Pope u. Johnson 1983: 682) Geht man vor dem Hintergrund des Verzichts auf solidarische Bemühungen von ersterem aus, dann gelangt man zum utilitaristischen Konzept, für Durkheim in der Person von Spencer verkörpert. In der vorliegenden Arbeit wird der Utilitarismus anhand seiner neueren Form, den *Rational-Choice-Theorien*, diskutiert. Nimmt man statt der Individuen höhere Aggregate zum Ausgangspunkt, gelangt man im Rahmen der neueren Theorien zur Figur der Sozialintegration durch Systemintegration (siehe Müller 1992: 52f) und damit schließlich zur Theorie funktionaler Systeme. Dieser Weg ist am konsequentesten von *Niklas Luhmann* beschritten worden. Hinsichtlich beider Ansätze werden insbesondere Veröffentlichungen herangezogen und diskutiert, die sich auf das Themenfeld der Solidarität beziehen.

Eine *zweite* Marschroute besteht darin, sich nach Alternativen umzusehen, die in modernen Gesellschaften den Platz einnehmen könnten, der bei Durkheim für die organische Solidarität vorgesehen war; es geht mit anderen Worten um eine präzise bestimmbare Ressource oder ein Set von Ressourcen, die den Zusammenhalt funktional differenzierter Gesellschaften gewährleisten können. Es ist vor allem *Jürgen Habermas* mit seinem Ansatz einer rationalen Integration durch Kommunikation sowie durch intermediäre Prozesse, der sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten für ein Konzept der Solidarität, das modernen Gesellschaften angemessen ist, stark gemacht hat.

Man kann *drittens* versuchen, moderne Gesellschaften mit Konzepten zu integrieren, die man im weitesten Sinne mit Durkheims Begriff der "mechanischen Solidarität" vergleichen kann.<sup>26</sup> Dabei handelt es sich in jüngster Zeit vor allem um jene Ansätze, die unter der Sammelbezeichnung des *Kommunitarismus* vertreten werden. Die Gemeinsamkeit der Kommunitarier besteht vor allem darin, die Revitalisierung moralischer Kodizes und Traditionen einzuklagen, wobei sie implizit oder explizit davon ausgehen, daß diese durchaus auch für moderne Gesellschaften tauglich sind.

Die *vierte* Möglichkeit besteht darin, auf Durkheims Lehrer Comte zu rekurrieren und den Staat<sup>27</sup> mit der Aufgabe gesellschaftlicher Integration und Solidarität zu betrauen. Ein solcher Staat figuriert unter den Begriffen *Wohlfahrts-* oder *Sozialstaat*.

In einer *abschließenden Zusammenfassung* werde ich den Ertrag aus diesem Durchgang darstellen. Am Schluß wird sich nämlich zeigen, daß keines der vorgestellten Konzepte wirklich zufriedenstellend ist. Auch die überzeugendsten sind mit spezifischen Mängeln behaftet, die zwar nicht in anderen Konzepten vorkommen, letztere haben dafür aber wiederum andere spezifische Mängel. Daher liegt bei den Konzepten gewissermaßen eine Komplementarität vor und am Ende

<sup>26</sup> Um zu verdeutlichen, daß es sich hierbei nicht immer um eine *genaue* Entsprechung von Durkheims Terminus im engeren Sinne handelt, werde ich im folgenden den Ausdruck "kleinräumige Solidarität" verwenden.

<sup>27</sup> Nach Durkheims Auffassung ist der Staat selber nur ein Nebenprodukt der sozialen Differenzierung. (Müller 1993: 511) Allerdings schlägt Durkheim selbst im Arbeitsteilungsbuch manchmal Töne an, den Staat als das "Hirn" im Rahmen seiner Organismusanalogie doch in Anspruch zu nehmen, auch wenn seine Rolle insgesamt schwach bleibt.

wird sich folglich ein bestimmtes Spannungsverhältnis ergeben, die nicht zuletzt Räume für empirische Fragestellungen eröffnet.

### **B. Soziale Integration durch Laisser Faire**

Die Theorien rationaler Wahl und die Systemtheorie Luhmannscher Provenienz stellen zwei sehr erfolgreiche Ansätze zur Beschreibung der aktuellen Entwicklungen in modernen Gesellschaften dar. In der ersteren geht es um die Zweckrationalität einzelner Akteure, in der zweiten um die Funktionalität gesellschaftlicher Teilbereiche. Für die Rational-Choice-Theorie bestehen moderne Gesellschaften aus locker gewebten Netzwerken von rationalen Einzelentscheidungen, für die Systemtheorie zerfallen sie in eine Vielzahl unabhängig operierender selbstreferentiell geschlossener Teilsysteme, die Umwelten füreinander bilden und nur indirekt über wechselseitige Beobachtungen miteinander kommunizieren. Beide Konzeptionen stimmen aber darin überein, daß sie ohne Begriffe wie intersubjektiv geteilte Werte, Normen, Verständigungsprozesse u.ä. auskommen. In beiden Fällen ist vielmehr eine unkoordinierte Pluralität von Entscheidungen vorherrschend. (Habermas 1998: 212, vergl. auch derselbe 1981 II: 226) Aus der Perspektive der Luhmannschen Systemtheorie lösen sich Institutionen mit starken konkreten Bindungen auf, wobei es zu einem Austritt der Individuen aus dem Raum gemeinschaftlicher tradiertter Verpflichtungen, gewachsener Bindungen und anderer Formen des sozialen Zusammenhaltes kommt. An ihre Stelle treten politische, ökonomische, wissenschaftliche, rechtliche und andere abstrakte Regulierungen bzw. Automatismen. (Giegel 1999a: 16f) Die Rational-Choice-Theorie hält sich gar nicht erst mit der Beschreibung von Entwicklungsprozessen auf. Ein Modell sozialen Wandels, wonach etwa tradierte Gesellschaftsformen durch die Form des egoistischen Agierens einzelner abgelöst werden, sucht man hier vergebens. Ausgehend von ihrem Stammvater Thomas Hobbes geht es in dieser Theorietradition von vornherein nur darum, das Zusammenspiel egoistischer rationaler Akteure zu analysieren und alle sozialen Prozesse auf diese Grundkategorie zurückzuführen.

### 1) *Rational-Choice-Ansätze*

Unter Rational-Choice-Theorien versteht man eine ganze Familie von Untersuchungsansätzen, die sich in einer Traditionslinie mit utilitaristischen Theorien<sup>28</sup> befinden. (Miller 1994; Trapp 1986) Der Klassiker Thomas Hobbes kann dabei als Stammvater dieser Tradition aufgefaßt werden. Er verstand unter Vernunft die strategische Rationalität des konsequent durchkalkulierten individuellen Eigeninteresses und unter Freiheit Willkür, die vom Eigeninteresse der Individuen motiviert ist. In unserer Zeit setzt sich dieser Theoriestrang in den Theorien rationaler Wahl fort. (Apel 1993: 153) Während diese ihren funktionalistischen Rivalen - darunter auch der Systemtheorie - anlasten, Handlungen auch mit Wirkungen zu erklären, die außerhalb des Wahrnehmungsbereichs der Handelnden auftreten, bestehen sie selbst auf dem Vorrang intentionaler Erklärungen. (Wiesenthal 1987: 444) *Individuen* werden dabei als die Träger eines Sets von gegebenen diskreten, eindeutigen und transitiven Präferenzen aufgefaßt. Sie stellen rationale Egoisten dar, die ihre jeweiligen Ziele nicht alle gleichermaßen erreichen können, da sie in einer Welt der Knappheit leben und sich deswegen zwischen alternativen Handlungsmöglichkeiten entscheiden müssen. Dabei wird davon ausgegangen, daß die Individuen aus einer Menge möglicher Handlungen die Strategie wählen werden, die auf der Grundlage ihrer Informationen den größten Eigennutzen verspricht<sup>29</sup> (Hechter 1987: 30), was nichts anderes bedeutet, als daß sie ihren Nutzen maximieren und ihre Kosten minimieren wollen. Dieser Ansatz verschafft den Rational-Choice-Theorien einen sicheren Zugriff auf Phänomene, die sich nutzenorientiertem Handeln verdanken. (Wiesenthal 1987: 434) Anders als bei rein ökonomischen Theorien, aus denen dieser Ansatz ursprünglich stammt, geht es in den soziologischen Ausprägungen der Rational-Choice-Theorie auch um solche Güter wie Macht, Status und Zuneigung.<sup>30</sup> (Pfaff 1993: 4) Eine "axiomatische Verschärfung" (Wiesenthal 1987: 438) erfuhr die Rational-Choice-Theorie schließlich durch die Entwicklung der mathematischen Spieltheorie<sup>31</sup>, in welcher unter anderem das bekannte Modell des Prisoner's Dilemma<sup>32</sup> entwickelt wurde.

Es stellt sich an dieser Stelle die Frage, warum und inwiefern sich Rational-Choice-Theoretiker überhaupt mit der Frage nach sozialer Solidarität auseinandergesetzt haben. Dies ist damit zu

---

<sup>28</sup> Wiesenthal (1987: 436) unterscheidet zwei traditionell geschiedene Argumentationsstränge der Rational-Choice-Theorien: zum einen nennt er Vertragstheorien (wofür unter den Klassikern Hobbes, Locke und Rousseau stehen), zum anderen Tauschtheorien (Hume, Smith).

<sup>29</sup> Im Unterschied zu Moralthorien (etwa Kants kategorischem Imperativ) interessieren sich ökonomische Theorien rationalen Handelns also lediglich für konditionale Imperative, die sich auf die Mittel zur Erreichung vorgegebener Zwecke und nicht auf die Handlungszwecke selbst beziehen. (Miller 1994: 6)

<sup>30</sup> Eine umfassende Systematik der Rational-Choice-Theorien aus soziologischer Sicht findet sich bei Wiesenthal (1987).

<sup>31</sup> Das spieltheoretische Instrumentarium hatten von Neumann und Morgenstern im Jahr 1944 für ökonomische Fragestellungen entwickelt. Daraus konstruierten Merrill Flood, Melvin Dresher sowie A.W. Tucker das zur stehenden Wendung gewordene "Gefangenendilemma" bzw. "Prisoner's Dilemma". (Wiesenthal 1987: 438)

<sup>32</sup> Das Gefangenendilemma ist eine zugespitzte Fassung des Paradoxes, daß unter bestimmten, aber keinesfalls unwahrscheinlichen Annahmen die isolierte Verfolgung individueller Interessen zu kollektiv und individuell suboptimalen Resultaten führt. Bemerkenswert ist hieran, daß die Logik isolierter utilitaristischer Akteure die Erwartung dementiert, daß rationales Individualhandeln sich zum Vorteil aller addiert. Wiesenthal (1987: 438) schließt hieraus, daß der Schluß von individuell vorteilhaften Handlungsweisen auf kollektiven Nutzen ("invisible hand") als sozialer Mythos enthüllt wurde. Die bekannteste Bearbeitung des Gefangenendilemmas stellen wahrscheinlich die Untersuchungen von Axelrod (v.a. 1984) dar, der im Rahmen eines Wettbewerbs von Computersimulationen den Erfolg der "tit-for-tat-Strategie" herausgefunden hat und infolgedessen von einer Evolution dieser Strategie ausgeht.

erklären, daß ihr Anspruch nicht nur darin besteht, die Entscheidungen einzelner analysieren, sondern auch die Zusammenarbeit und den Zusammenhalt größerer sozialer Einheiten erklären zu können. Daher kommen Fragen sozialer Integration, wenn auch in ganz bestimmter Weise präformiert, auch auf diesen Theorietypus zu. Solche Fragen wurden insbesondere von Mancur Olson in seinem Buch "Logik des kollektiven Handelns" bearbeitet. Später wurde diese Thematik von Michael Hechter im Rahmen seiner Theorie der "Solidarität in kleinen Gruppen" noch einmal aufgegriffen. Neben diesen beiden Ansätzen ist in diesem Zusammenhang auch der Ansatz des Moraltheorikers John Rawls zu erwähnen, der als Versuch angesehen werden kann, die Rational-Choice-Theoretiker auf ihrem eigenen Feld zu schlagen.

### *Olsons Problem kollektiven Handelns*

Das Problem der Solidarität wird im Rahmen des Rational-Choice-Ansatzes schwerpunktmäßig als das Problem *kollektiver Güter* abgehandelt. Im Rahmen von "Theorien kollektiven Handelns" soll das kooperative Verhalten von größeren sozialen Einheiten zurückgeführt werden auf die rationalen Kalküle einzelner. Die wichtigste Arbeit in diesem Zusammenhang ist die Formulierung des *Kollektivgutproblems*, die von Mancur Olson in seinem Buch "Logik des kollektiven Handelns" aus dem Jahr 1965<sup>33</sup> geleistet wurde. Während gewöhnliche Individualgüter durch individuelles Handeln beschafft werden, ist zur Bereitstellung von Kollektivgütern Organisations- bzw. Gruppenhandeln unerlässlich. Ein kollektives Gut wird bei Olson (1992: 13) als ein solches definiert, "das den anderen Personen in einer Gruppe praktisch nicht vorenthalten werden kann, wenn irgendeine Person (...) (der Gruppe) es konsumiert." Es ist also dadurch gekennzeichnet, daß niemand in der Gruppe von seiner Nutzung ausgeschlossen werden kann. Aus der Tatsache, daß alle Mitglieder einer sozialen Gruppe von der gemeinsamen Bereitstellung eines solchen Gutes profitieren würden, folgt aber nicht automatisch, daß diese auch erfolgt. Hier setzt das sogenannte "Free-Rider-Problem" ein: rationale Nutzenmaximierer tendieren nämlich per definitionem dazu, ein kollektives Gut zu konsumieren, ohne daß sie zu seiner Produktion beitragen. Allzu viele Free Rider in der Gruppe können dann dazu führen, daß die betreffende Handlung gar nicht stattfindet bzw. das begehrte gemeinsame Gut erst gar nicht hergestellt wird. Die Rational-Choice-Theorie geht daher davon aus, daß Kollektivgüter nur dann zustande kommen, wenn das Free-Rider-Problem gelöst wird. Dieses Grundproblem hat Olson aber nicht lösen können. Er stellt daher das Unmöglichkeitstheorem des rationalen Kollektivhandelns unter der Prämisse nutzenorientierter Individualentscheidungen auf, dessen theoretische Konsistenz unbestritten ist, wenngleich seine empirische Gültigkeit von Fall zu Fall zu prüfen bleibt. Es lautet folgendermaßen: geht es um die Herstellung eines kollektiven Gutes, von dessen Genuß kein Mitglied einer hinreichend großen Gruppe ausgeschlossen werden kann, dann ist Kooperationsenthaltung die individuell vorteilhafteste Alternative.

---

<sup>33</sup> Ich beziehe mich im folgenden auf die dritte Auflage der deutschen Übersetzung aus dem Jahre 1992.

Weil also der Nutzen aller nicht identisch ist mit dem direkten Nutzen eines jeden, bedürfen individuelle Beiträge zur Herstellung eines Kollektivgutes anderer Motive als solcher der rationalen Nutzenabwägung. (Wiesenthal 1987: 437) Diese sind aber durch die Rational-Choice-Theorie nicht mehr gedeckt.

### *Hechter*

Hechter (1987 u. 1987a) wollte für die Rational-Choice-Theorie den Anspruch, kollektives Handeln erklären zu können, nicht einfach aufgeben. Zu diesem Zweck betont er die Wichtigkeit der Unterscheidung zwischen *kollektiven* und *öffentlichen* Gütern. Während erstere innerhalb einer mehr oder weniger großen Teilgruppe der Gesellschaft hergestellt und konsumiert werden, erstreckt sich die Ausdehnung öffentlicher Güter über die Gesamtgesellschaft. Ein öffentliches Gut ist demnach ein Gut, das, einmal produziert, allen Personen zugute kommt, egal ob sie zu dessen Herstellung beigetragen haben oder nicht. (Hechter 1987: 9) Dies betrifft z.B. die grundlegenden Güter, die vom Staat bereitgestellt werden und die selbst von den Minimaltheoretikern des Staates noch zu seinen Aufgaben gerechnet werden wie z.B. Verteidigung und Polizeischutz. (Ebenda) Selbst wenn es möglich wäre, so wäre es nicht klug, eines von diesen Gütern einer Person nicht zur Verfügung zu stellen, die dafür nicht gezahlt hat.

Öffentliche Güter und Individualgüter können nun als die Extreme eines Kontinuums aufgefaßt werden, zwischen denen jeweils verschiedenartige Kollektivgüter angesiedelt sind. Die großen Gruppen bzw. Organisationen, die Olson seinerzeit untersucht hat, befinden sich dabei relativ nahe an dem Pol, der durch die öffentlichen Güter repräsentiert wird. Da auch hier Solidaritätsbeiträge kaum durch die Vorenthaltung von Leistungen erzwungen werden können, sind sie für ihre Klienten prinzipiell ausbeutbar geworden, d.h. Trittbrettfahrer können von den Leistungen der Organisation profitieren, ohne zu bezahlen. In der Regel gilt daher für die Rational-Choice-Theorie: *je größer der Grad der Öffentlichkeit eines Gutes ist, um so größer sind die Hindernisse, die seiner Produktion im Wege stehen.* (Hechter 1987: 35) Hechters simple Antwort auf Kooperationsprobleme ist der Rekurs auf *kleine exklusive Gruppen*. Eine geringe Mitgliederzahl sichert nämlich einen relativ hohen Grenznutzen des individuellen Kooperationsbeitrages. Aus der geringen Mitgliederzahl entspringt ferner eine hohe Interaktionsdichte, wodurch das Verhalten der einzelnen Gruppenmitglieder genau registriert werden kann. Dies wiederum ist eine wichtige Voraussetzung für positive und negative Sanktionen. Die Umstellung von Inklusivität auf Exklusivität der Nutzenverteilung macht es schließlich möglich, unkooperative Gruppenmitglieder auszuschließen. Solidarität wird dabei von Hechter einfach quantitativ definiert: "The greater the average proportion of each member's private resources contributed to collective ends, the greater the solidarity of the group". (Hechter 1987: 18) Eine Gruppe wird also per Definition nur so solidarisch sein wie die Höhe des Grades, mit dem die einzelnen Mitglieder Ressourcen zu ihr beitragen. Man kann auch sagen: eine Gruppe ist in dem Maße solidarisch, wie die Mitglieder die gemeinsamen Regeln befolgen, ohne hierfür eine direkte Vergütung zu erhalten. Dieses Kriterium sagt aber noch nichts über die Gründe aus, aufgrund derer die Mitglieder der Gruppe zuarbeiten. Dies richtet sich vor

allem gegen Durkheims Annahme, daß die Solidarität mit der Stärke der gefühlsmäßigen Bindungen korrespondiert.<sup>34</sup> Hechter (ebenda: 19) geht vielmehr davon aus, daß die Gefühlsbindungen keine meßbaren Effekte<sup>35</sup> zeitigen und daß die Solidarität zu einem viel größeren Teil auf egoistischen Interessen beruht. An die Stelle des marktförmigen Arrangements von individueller Leistung und Entlohnung treten hier Verpflichtungen zur Bereitstellung von Beiträgen und Zugang zum gemeinsamen Gut. Dabei spielt die *Art der Güter* eine besondere Rolle. Die von Hechter vertretene Form der Solidarität ist nur bei *kollektiven* Gütern möglich, d.h. bei Gütern, über deren Zugang die Gruppe entscheiden kann, etwa die Nutzung einer gemeinsam unterhaltenen Sportanlage. Werden die betreffenden Güter dagegen auf dem Markt angeboten, können die einzelnen Mitglieder auch *individuell* entlohnt werden. Solidarität würde also gar nicht benötigt und der Theorie zufolge gar nicht erst entstehen. Bei *öffentlichen* Gütern wiederum ist Solidarität nicht realisierbar, da keiner zu Beiträgen zur Herstellung des Gutes gezwungen werden kann.<sup>36</sup> Der Genuß eines *kollektiven* Gutes kann dagegen unter bestimmten Umständen auf diejenigen Personen eingeschränkt werden, die auch etwas zu ihrer Produktion beigetragen haben. D.h. Free Ridern wird mit dem Ausschluß aus der Gruppe und damit von der Nutzung des gemeinsamen Gutes gedroht.<sup>37</sup>

Die Theorie von Hechter (1987, 1987a) geht nun davon aus, daß die einzige Lösung für das Free-Rider-Problem in einer ausreichenden *Kontrollkapazität* der betreffenden Gruppe liegt. Rational handelnde Gruppenmitglieder werden nämlich nur dann ihren Beitrag leisten, wenn ihnen aus der Verweigerung der Mitarbeit ein Schaden entsteht. (Hechter 1987: 59) Ohne Kontrolle ist Gruppensolidarität für Hechter (ebenda: 52) dagegen eine Schimäre. Die Kontrollkapazität hängt wiederum vom *Sanktionspotential* der Gruppe und von ihrer *Beobachtungskapazität* ab. (Ebenda: 50) D.h. eine Gruppe muß einerseits in der Lage sein, Mitglieder, die ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, ausfindig zu machen, und sie muß andererseits über die Mittel verfügen, die die betreffenden Personen auch angemessen zu sanktionieren. Beides ist mit Kosten behaftet, die zu Lasten des eigentlichen Gruppenzieles gehen; die Obergrenze dieser Kosten - also der Moment, in dem sämtliche Erträge für Kontrolle aufgewendet werden müssen - begrenzt die Fähigkeit einer

---

<sup>34</sup> Dagegen findet sich eine Parallele zu Durkheims Argumentationsweise, insofern sie strukturlogisch angelegt ist: immerhin konstatiert Hechter, daß in sehr kleinen Gruppen auf formale Kontrollen verzichtet werden kann. Hierdurch entsteht eine Parallele zu Durkheim, für den die Notwendigkeit des Übergangs von mechanischer zu organischer Solidarität bekanntlich auf ein reines Größenproblem zurückführbar ist.

<sup>35</sup> Das Meßbarkeitskriterium allein reicht freilich nicht aus, um ein Theorieelement zu verwerfen. Hechter (1987: 19) gibt ferner selbst zu, daß auch sein Kriterium oft zu Meßproblemen führt.

<sup>36</sup> Hechter (1987: 9f) diskutiert drei Möglichkeiten, das Free-Rider-Problem bei *öffentlichen* Gütern zu lösen, die er aber allesamt verwirft: a) Eine höhere Instanz - etwa der Staat - zwingt alle Beteiligten zur Kooperation und bestraft die Free-Rider. Allerdings ist empirisch festzustellen, daß historisch die Kooperation in einer Bevölkerung eine höhere Rate aufweist, als mit reinem Zwang zu erklären wäre. Außerdem stellt die höhere Instanz selbst ein öffentliches Gut dar, dessen Herstellung mit dem Zwangsargument nicht zu erklären ist, wenn man nicht in einen infiniten Regress geraten will. b) Selektive Anreize: ein bestimmtes Gut wird nur den Mitgliedern einer Gruppe gewährt, die sich auch an dessen Produktion beteiligen. Aber öffentliche Güter können per Definition niemandem vorenthalten werden. c) Wiederholter Austausch, wobei nicht kooperative Individuen bei den folgenden Durchgängen ausgeschlossen oder anderweitig bestraft werden. Aber auch diese Variante funktioniert bei öffentlichen Gütern nicht, da man jederzeit ohne Sanktionsmöglichkeit defektieren kann.

<sup>37</sup> Neben *Gruppengröße* und *Art der Güter* ist dabei das Maß der *Abhängigkeit* von der Gruppe eine entscheidende Variable. Letztere ist am größten, wenn die Gruppe ein Monopol über das begehrte Gut besitzt, und sie ist am geringsten, wenn es eine Vielzahl weiterer Möglichkeiten gibt, an das begehrte Gut zu gelangen.



Gruppe, die Kooperation ihrer Mitglieder zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang ist die Gruppengröße besonders wichtig: da Beobachtungs- und Sanktionskosten exponentiell mit der Gruppengröße steigen, ist Solidarität nämlich leichter in kleinen als in großen Gruppen zu erreichen.<sup>38</sup> (Hechter 1987a: 417) Informelle Kontrollen versagen ab einer bestimmten Größe der Gruppe. Daher müssen in der Großgruppe besondere Kontroll- und Sanktionsinstanzen eingerichtet werden. So werden mit steigender Gruppengröße formalisierte Beziehungen immer wichtiger und mit dem Überschreiten einer bestimmten Fühlbarkeitsschwelle ist nur noch auf solche Mechanismen Verlaß. Entsprechende institutionelle Arrangements sind nach Hechter (1987) darüber hinaus wichtig, um Kontrollkosten zu dämpfen.<sup>39</sup> Hechter glaubt nämlich im Gegensatz zu Durkheim nicht daran, daß es zur Internalisierung von Gruppennormen kommt, die solche Kontrollmechanismen auf lange Sicht überflüssig machen würden. Stattdessen stellt er unter Berufung auf eine Untersuchung Kanter's (zitiert in ebenda: 166f) fest, daß die langlebigsten solidarischen Gruppen bis zum Schluß über solche Kontrollmechanismen verfügt haben. Je stärker auf diese ökonomischen Arrangements zurückgegriffen wurde, um so höher die Überlebensrate der Gruppe.<sup>40</sup>

Nach Hechters (1987: 183) eigener Auffassung ist sein Ansatz nicht in der Lage, bestimmte Arten von Solidarität zu erklären, die in unserer Gesellschaft sehr häufig vorkommen und bei denen keiner der von Hechter diskutierten Kontrollmechanismen vorhanden ist. Darunter fallen spontane Gruppengefühle, der Zusammenhalt, wie er z.B. in Familien oder vielen Gemeinschaften zu beobachten ist, die Hilfsbereitschaft, die z.B. durch Katastrophen evoziert wird, und nicht zuletzt spontane kollektive Aktionen.

Das Hauptproblem seiner Theorie dürfte aber darin bestehen, daß Hechter kaum in der Lage ist, die institutionellen Arrangements zu erklären, die vor allem mittelbar über die Kostendämpfung den

---

<sup>38</sup> Nach Axelrod kann dagegen prosoziales Verhalten auch unter Abwesenheit von Kontrollen bei rationalen Egoisten erwachsen. Gerade beim Prisoner's Dilemma spielt aber die Beobachtungskapazität eine entscheidende Rolle. Hechter (1987: 74f) vermutet, daß diese Bedingung so offensichtlich ist, daß Axelrod sie einfach übersehen hat. Gegen die Evolution der tit for tat-Strategie wendet Hechter ein, daß diese nicht mehr funktionieren kann, sobald mehr als zwei Parteien an dem Spiel beteiligt sind, denn dann ist das Verhalten den einzelnen Akteuren nicht mehr so einfach zuzurechnen und die Kosten für eine adäquate Beobachtung steigen sehr steil an. Von sehr kleinen Gruppen abgesehen, dürfte es demnach unmöglich sein, daß jedes Mitglied genaues Wissen vom vorangehenden Verhalten jedes anderen Gruppenmitgliedes hat.

<sup>39</sup> Dabei sieht Hechter (1987: 150ff) viele Möglichkeiten, die Kontrollkosten abzusenken. Hierzu gehören unter anderem *a) die Erleichterung von Beobachtungen*, etwa durch entsprechende Architektur oder öffentliche Rituale (wie öffentliche Prüfungen); *b) Mechanismen, die zur Enthüllung der jeweiligen Präferenzen führen*, etwa Maßnahmen, die dazu führen, daß Personen ihre Gefühle und Vorlieben offenlegen müssen (vor allem eine Gesprächskultur, bei der Personen ihre Präferenzen darlegen müssen); *c) die Aufteilung der Beobachtungskosten*, etwa indem jedes Gruppenmitglied dazu angehalten wird, auf das kollektive Gut zu achten und Defektierende anzuschwärzen (Ein rationaler Akteur sollte jedoch eigentlich eher den Defektierenden erpressen, da hierdurch wahrscheinlich mehr für ihn herauspringt als durch die Denunziation. PS), ferner ist Klatsch und Tratsch ein Mittel, welches keine Kosten verursacht, aber schwerlich verordnet werden kann. Rationale Egoisten können nach Auffassung von Hechter (1987: 156) aber dazu veranlaßt werden, sich an Klatsch und Tratsch zu beteiligen, um ihren eigenen Gruppenstatus zu festigen oder Konkurrenten um Gruppenpositionen zu diskreditieren, woraus sich die Möglichkeit eines sich steigernden Intrigenspiels ergibt, das unter Umständen einen massiven Kollektivgutschaden in der Gruppe anrichtet.

<sup>40</sup> Mit seinem Ansatz glaubt Hechter (1987: 177) übrigens auch erklären zu können, warum die Deprivilegierten im Laufe der Geschichte bisher nur selten in der Lage waren, sich zu organisieren. Nach seiner Theorie besteht zwar im Grunde eine hohe Abhängigkeit der Betroffenen vom gemeinsamen Handeln; da aber kaum Kontrollkapazität vorhanden ist, kommt eben keine Solidarität zustande.

Bestand von größeren Gruppen erst ermöglichen. Denn institutionelle Arrangements stellen bei genauerer Betrachtung kollektive, wenn nicht gar öffentliche Güter zweiter Ordnung dar, die auf der Grundlage der Rational-Choice-Theorie nicht erklärbar sind.<sup>41</sup> Die meisten Institutionen und Organisationen befinden sich darüber hinaus bezüglich der Personenzahl in einer Größenordnung, welche die Kontrollkosten in astronomische Höhen treiben dürfte. Will man jedoch die Kosten für Institutionen senken, bräuchte man Meta-Institutionen, für diese wiederum noch größere Kontrollinstanzen etc. ad infinitum. Das Vorhandensein von institutionellen Arrangements, von denen das Funktionieren der Kontrollmechanismen abhängt, kann also nicht befriedigend erklärt werden. Hechter kann daher das Bestehen größerer Gruppen nicht erklären, und seine Theorie ist letztlich nur für das Funktionieren äußerst kleiner Gruppen plausibel, in denen sich die Mitglieder gegenseitig im Auge behalten können.

*Exkurs: Rationale Wahl und das Konzept des Urzustandes von John Rawls*

Im Unterschied zu Moralthorien<sup>42</sup> interessieren sich Theorien rationaler Wahl nicht für moralische Normen, sondern lediglich für konditionale Imperative, die sich auf die Mittel zur Erreichung vorgegebener Zwecke beziehen. (Miller 1994: 6) Der Philosoph und Gerechtigkeitstheoretiker John Rawls (1975 [1971]) hat nun versucht, von dieser Prämisse ausgehend ein Verfahren zu konstruieren, das dennoch zu moralischen Prinzipien führt<sup>43</sup>, die auch und insbesondere für die soziale Integration eine entscheidende Rolle spielen.

Seine Grundthese ist, daß sich Gerechtigkeitsprinzipien auf der Basis des rationalen Eigeninteresses gewinnen lassen, sofern dieses unter bestimmten einschränkenden Idealbedingungen, die eine faire Ausgangssituation gewährleisten, agiert. (Kersting 1993: 35, 37) Dabei handelt es sich um das berühmte Konzept des *Urzustandes*, dessen wichtigstes Moment die *Selbstunkenntnis* ist, die durch den "Schleier der Unwissenheit" hergestellt wird. Das hat zur Folge, daß die Wahl universalistischer Gerechtigkeitsprinzipien sich als eine rationale Wahl darstellt, die auf den eigenen Vorteil abzielt. (Tugendhat 1984: 26) Dabei geht Rawls von der Annahme aus, daß rationale Entscheider, die sich unter Unkenntnis der eigenen Fähigkeiten und der eigenen Position, die sie in einer künftigen Gesellschaft einnehmen werden, für die Form eben dieser Gesellschaft entscheiden müssen, risikominimierend agieren werden. D.h. sie gehen vorsichtshalber davon aus, daß sie selber die schlechteste Position in ihr einnehmen werden und entscheiden sich folglich für eine Gesellschaftsordnung, in der die Ärmsten immer noch im Vergleich zu anderen Gesellschaftsformen möglichst gut mit Grundgütern ausgestattet sind (Differenzprinzip oder auch Maximin-Prinzip). Das Differenzprinzip setzt unter diesen Bedingungen lediglich ein rationales und durchaus egoistisches Interessenkalkül der beteiligten Parteien voraus.<sup>44</sup>

---

<sup>41</sup> Diesem Punkt - der Unmöglichkeit, auf der Grundlage von Rational-Choice-Theorien das Vorhandensein von Institutionen zu erklären - ist insbesondere der Schwerpunkt des (nach dem Exkurs) folgenden Kritikteils gewidmet.

<sup>42</sup> Wobei in unserem Zusammenhang vor allem an Kants kategorischen Imperativ zu denken ist.

<sup>43</sup> Siehe hierzu Tugendhat (1984: 10) und Kersting (1993: 19, 25ff).

<sup>44</sup> Der Vollständigkeit halber muß noch erwähnt werden, daß es sich hier nur um einen von zwei Gerechtigkeitsgrundsätzen handelt. Er stellt ein "sozio-ökonomisches Prinzip" dar. (Kersting 1993: 50) Bei dem

Rawls dachte bei der Umformulierung des Problems der Gerechtigkeit in eines der rationalen Wahl daran, daß er hiermit einen entscheidenden Zug gegen den Utilitarismus geleistet habe. Er überlistet hier nämlich den klugen Egoisten, indem er ihn in eine Situation lockt, in der dieser moralisch agieren muß, ohne es zu merken. Allerdings sind die Einschränkungen, die durch den Schleier der Unwissenheit gegeben sind, letztendlich aus den gegebenen moralischen Überzeugungen entwickelt worden. Sie bestimmen nämlich, was als faire Ausgangssituation gilt. Der Urzustand ist folglich ein moralphilosophisches Konstrukt (Kersting 1993: 112) und daher in hohem Maße rechtfertigungsbedürftig. Insofern werden also die Gerechtigkeitsprinzipien gar nicht aus dem Selbstinteresse gewonnen, sondern aus den die Rahmenbedingungen bestimmenden Fairneßvorstellungen des Common Sense. (Kersting 1993: 45, Habermas 1996: 67) Ferner geht Rawls von der Unterstellung des vorsichtig agierenden risikominimierenden Entscheiders aus, er verordnet seinen Prinzipienwählern also eine Risikofurcht und einen Pessimismus, für die weder empirische noch rationale Gründe sprechen und die keinesfalls aus dem Bedingungsgefüge des Urzustandes selber plausibel gemacht werden können. Insofern liegt über die Konstruktion des Urzustandes hinaus noch eine kaum begründete Unterstellung bezüglich der Wertstruktur der betreffenden Personen vor. Viele Kritiker haben deshalb darauf hingewiesen, daß die Wahl der Maximinregel und damit eine Option für eine egalitäre Gesellschaft irrig erscheint. (Tugendhat 1984: 31; Kersting 1993: 79) Wenn man dagegen von risikofreudigen Entscheidern ausgeht, dann würde aus Rawls' Konzept am ehesten die utilitaristische Position folgen, die Rawls mit seiner Konstruktion ja gerade bekämpfen will.<sup>45</sup>

---

anderen Prinzip handelt es sich um ein rechtlich-politisches Prinzip, das besagt, daß Grundfreiheiten absolut gleich zu verteilen sind. (Ebenda) Weiteres siehe bei Rawls (1975) [1971].

<sup>45</sup> Dennoch ist das theoretische Konstrukt des Urzustandes von beträchtlichem heuristischen Wert, insbesondere wenn man moralische Probleme bzw. Probleme kollektiven Interessenausgleichs von allen Seiten beleuchten will. Rawls selbst hat die Grundlagen für seine "Theorie der Gerechtigkeit" mehr und mehr auf andere Momente verlegt. Stellvertretend für alle anderen universalistischen Theorieansätze (unter die Rawls Theorie ohne Zweifel fällt) werde ich jedoch weiter unten die Theorie von Habermas bevorzugen und Rawls nur noch am Rande erwähnen.

### Kritik

Die verschiedenen Kritikansätze und -momente gegenüber der Rational-Choice-Theorie sind Legion, und es würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, sie hier alle adäquat darzustellen.<sup>46</sup> Daher werde ich mich auf denjenigen Aspekt beschränken, der im Rahmen der Solidaritätsproblematik von besonderer Bedeutung ist.

Dieser betrifft die schon bei der Darstellung von Hechters Ansatz angedeutete theoretische Unmöglichkeit von Institutionen. Wie schon Durkheim (1988: 286) über den Utilitarismus sagt, bringt reines Eigeninteresse die Individuen nur für kurze Zeit zusammen, denn in jeder Interessenharmonie schlummert schon der nächste Konflikt: "Das Interesse ist das am wenigsten beständige auf der Welt und befriedet den Kriegszustand zwischen den Individuen immer nur für kurze Zeit." (Ebenda) Am deutlichsten wird dies im Zusammenhang mit Verträgen und denjenigen Institutionen, die gewährleisten sollen, daß die Verträge auch eingehalten werden. Vertragsehrlichkeit ist bereits bei Hobbes, aber auch bei den modernen Vertretern dieser Theorietradition eine grundlegende Funktionsvoraussetzung der Gesellschaft nicht zuletzt für ökonomisches Handeln. Im Sinne der strategischen Vernunft ist auch hier immer die Position des "Free Riders" am rationalsten, d.h. die Position dessen, der so lange kooperiert und geschlossene Verträge hält, wie dies in seinem Interesse liegt, sich aber vorbehält, den Vertrag zu brechen und den Surplus-Vorteil des Parasiten zu genießen, wenn dies ohne Sanktionsrisiko geschehen kann. Hierzu heißt es bei Durkheim (1988: 251): "Nicht alles ist vertraglich am Vertrag (...) der Vertrag (ist) überall dort, wo er existiert, einer Regelung unterworfen, die das Werk der Gesellschaft ist und nicht das der Einzelperson." Die Freiheit der Nutzenmaximierer, Verträge zu schließen, basiert auf rechtlichen Formen, also Institutionen, die politische und soziale Tat sind. (Trapp 1986: 327) Diese rechtlichen Formen sind nichts anderes als Beschränkungen der Freiheit des *einzelnen* Nutzenmaximierers (nämlich den Vertrag zu brechen), die jedoch das rationale Handeln der *Gesamtheit* der Nutzenmaximierer (Verträge überhaupt schließen zu können) erst ermöglichen. Die Rational-Choice-Theorie muß nun, um ihren eigenen Prämissen gerecht zu werden, in der Lage sein, auch politische und rechtliche Normen auf das Nutzenkalkül der jeweils einzelnen Nutzenmaximierer zu reduzieren. Nun gibt es aber keinen Weg, auf dem man von der Betätigung des Eigennutzes auf die Beschränkung des Eigennutzes schließen kann, wenn die einzelnen als reine Nutzenmaximierer vorausgesetzt werden. (Trapp 1986: 333f) Das

---

<sup>46</sup> Um sie hier dennoch kurz zu benennen, muß die folgende Aufzählung genügen: Zweck- und Mittelbegriff sind unterdeterminiert (Trapp 1986; Miller 1994; Wiesenhal 1987), wobei auch die Unterscheidung zwischen beiden in ihrer Strenge artifiziell erscheint (Trapp 1986: 332; Bayertz 1998: 47), die Bestimmung des Bündels an gegebenen Handlungsalternativen ist problematisch (Simon 1972; Franz 1986: 39), insbesondere die Informationsverarbeitungskapazität eines rational Handelnden ist beschränkt (siehe Simons (1972: 162) "Theories of Bounded Rationality"), die menschliche Intentionalität ist entweder unberechenbar oder muß weitgehend geleugnet werden (Wiesenhal 1987: 435; Miller 1994: 6), der Nutzenbegriff ist entweder tautologisch (Trapp 1986: 324; Hirschman 1989: 145; Miller 1994: 7; Rosa 1997: 17) oder muß durch ad-hoc-Hypothesen bestimmt werden (Frey u. Stroebe 1980: 91; Franz 1986: 49), besagt aber in beiden Fällen im Grunde nichts und das Bestehen einer sozialen Ordnung kann nicht erklärt werden. (Trapp 1986: 336; Wiesenhal 1987: 436f; Reese-Schäfer 1994: 172) Nicht zuletzt spricht eine große Zahl empirischer Evidenzen gegen die Rational Choice-Theorie. (Muller u. Opp 1986: 472; Hechter 1987: 61; Peters 1993: 103; Pfaff 1993: 5; Bohnet u. Frey 1994; Sally 1995; Bierhoff u. Küpper 1998: 276) Zu Fehlschlüssen führt ferner die Ausblendung von Machtasymmetrien. (Trapp 1986: 333; Miller 1994: 12)

Kollektivgut der politischen Normen müßte nämlich eigentlich von den rationalen Egoisten geplündert werden, denn es gibt ja nach den Grundannahmen der Rational-Choice-Theorie keine einzige vertrauenswürdige Person, die dieses System unterstützen würde. Es ist schließlich ein Grundzug sämtlicher utilitaristischer Ansätze - einschließlich der Rational-Choice-Theorien -, daß es auf der Grundlage ihrer Logik für die Akteure kein Motiv gibt, sich in ihren egoistischen Nutzenerwägungen einzuschränken. Amts- und Würdenträger würden also ihre Position nur ausnutzen, um eigene Interessen zu verfolgen, so daß alsbald Korruption und Günstlingswirtschaft das politische und rechtliche System dominierten. Setzte man höhere Kontrollinstanzen ein, dann wiederholte sich der Prozeß auf dieser höheren Ebene etc.<sup>47</sup> Daraus folgt, daß die radikale Reduktion menschlicher Motivation auf das rationale Eigeninteresse keine funktionierende Gesellschaft begründen kann, denn Institutionen können offensichtlich nicht selbst für ihren Bestand garantieren, sondern bedürfen der Zustimmung einer hinreichenden Anzahl der beteiligten Akteure.

Offensichtlich können also Rational-Choice-Theorien nicht erklären, warum im Laufe der menschlichen Geschichte soviel Ordnung geherrscht hat. Ihre Axiomatik geht davon aus, daß die Beteiligten defektieren, sobald sich dies für sie auszahlt. Wenn dies zuträfe, könnte es per definitionem gar keine öffentlichen Güter geben. Der reine Eigennutzen hätte also schon längst in den Hobbesschen Naturzustand zurück- bzw. erst gar nicht aus ihm herausgeführt. Daß dies nicht passiert ist, wird ihm Rahmen der Rational-Choice-Theorie in der Regel auf jene institutionellen bzw. organisatorischen Rahmenbedingungen zurückgeführt, von denen soeben gezeigt wurde, daß sie auf der Grundlage der Prämissen der Rational-Choice-Theorie gar nicht existieren können. (siehe auch Trapp 1986: 336; Wiesenthal 1987: 436f)

Diese Bilanz scheint vernichtend. Man muß den Rational-Choice-Theorien aber zugute halten, daß sie einen gewissen zeitdiagnostischen - und damit auch heuristischen - Wert haben<sup>48</sup>, insbesondere hinsichtlich einiger neuerer Entwicklungen innerhalb der modernen Gesellschaften. Angesichts des Verbrauchs von Traditionen, eingelebten Bindungen und Gewohnheiten sowie wachsender Optionsspielräume und der zunehmenden Ausbreitung der marktwirtschaftlichen Rationalität (Blinkert 1988: 398, 412) greifen Individualisierungsprozesse um sich, die es immer schwieriger machen, ein Bewußtsein der gemeinsamen Lage zu entwickeln. Für den einzelnen werden öffentliche Interessen zunehmend ausgeblendet und der Zusammenhang der Privatinteressen mit jenen wird immer weniger wahrgenommen. Die Marktlogik tritt dabei dem einzelnen nicht mehr nur äußerlich gegenüber, sie wird auch in weiten Teilen als eigene Handlungslogik verinnerlicht. Damit entstehen Gelegenheitsstrukturen für die Ausbreitung egoistisch-individualistischer Handlungskalküle, in deren Rahmen nur die eigenen Interessen und nur die eigenen Ansprüche wahrgenommen und anerkannt werden. (Krettenauer 1998: 34) Diese Entwicklung macht die Verwendung von Rational-Choice-

---

<sup>47</sup> Siehe hierzu auch Putnam (1993: 165), der diese Lösung, die letztlich auf Hobbes zurückgeht, ebenfalls verwirft. Demnach würden diejenigen, die an der Regierung sind, einzig zu ihrem eigenen Vorteil und auf Kosten der übrigen Gesellschaft agieren.

<sup>48</sup> "Die Rational-Choice-Theorie tendiert dazu, den Bereich genuin soziologischer Erklärungen nicht unbedeutend zu schmälern, was aber nicht ausschließt, daß aus ihr Anregungen, heuristische Prinzipien und vielleicht sogar einige Erkenntnisse zu gewinnen sind." (Wiesenthal 1987: 447)

Theorien immer brauchbarer, die gewissermaßen als die schärfste theoretische Fassung der modernen Individualisierungsprozesse aufgefaßt werden können. Daß es sich hier um eine "parasitäre" (Apel 1993) Entwicklung handelt und daß die Rational-Choice-Theorie nicht in der Lage ist, das Bestehen der Gesellschaft als Ganzes zu erklären, schließt nicht aus, daß mit ihr bedeutende Trends und Teilmomente erfaßt werden können. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, daß Rational-Choice-Theorien eine Doppelrolle spielen. Anders als in den Naturwissenschaften beschreiben nämlich soziale Theorien nicht einfach nur ihren Gegenstandsbereich, sondern wirken auf diesen zurück und formen ihn dadurch mit. Eine Theorie kann bei entsprechender Sedimentation in das Alltagsdenken sogar zu einem bedeutenden Faktor werden, der zur Fortdauer des entsprechenden Verhaltens beiträgt. In diesem Sinne haben Rational-Choice-Theorien ein gutes Stück weit selbst dazu beigetragen, daß die Logik des individuellen Nutzenmaximierers auf immer mehr soziale Bereiche übergreift, auch auf solche, in denen sie destruktiv zu wirken beginnt. Nicht zuletzt deshalb kann man mit Rational-Choice-Theorien mittlerweile Zustände diagnostizieren, an deren Herbeiführung sie selbst etwa in Form ökonomischer Theorien, die einer hinreichenden Zahl maßgeblicher Akteure zur Orientierung dienen, beteiligt sind.

In diesem Zusammenhang ist nicht zuletzt zu erwarten, daß die Quellen einer uneigennützigen Solidarität spärlicher fließen, da diese mit den Erfordernissen moderner Lebensbewältigung, vor allem dem zunehmenden Zwang, die eigenen Interessen selbst vertreten zu müssen, und dem damit verbundenen zweckrationalen Kalkulieren, um Ressourcen konkurrieren. Eine Abmilderung dieses Konflikts sehen bestimmte Theoretiker allerdings in der Möglichkeit, den Egoismus als Anknüpfungspunkt für solidarisches Handeln zu nutzen. In diesem Sinne sind für Schulze (1994: 342f) allerdings nur noch Argumentationen anschlussfähig, die den fremden Nutzen mit dem Eigennutzen kurzschließen. Hierunter fällt seiner Ansicht nach etwa die Aufteilung von Arbeit und Einkommenschancen, um die Entstehung einer breiten Schicht sozial Deklassierter zu vermeiden, die dem sozialen Frieden im Lande abträglich ist. Begründungen dieses Typs haben eine gewisse Chance, das Bewußtsein der Adressaten zu erreichen, weil sie Altruismus in den Dienst des Egoismus stellen. (Schulze 1994: 343; siehe auch Brock 1994: 71; Homann 1994: 34) Die Chance besteht also nicht darin, eine moralische Wandlung der Menschheit anzustreben, sondern in einem Arrangement mit der elementaren Kraft des Egoismus. (Schulze 1994: 342) Schulze ist damit Vertreter einer Position, die im allgemeinen als "aufgeklärter Egoismus" bezeichnet wird.<sup>49</sup>

---

<sup>49</sup> Aber trotz der Nüchternheit, die dem aufgeklärten Egoismus bereits inhärent ist, bewertet Schulze selbst dessen Chancen als gering: die drei Haupthindernisse sieht er in der negativen Definition von Nutzen (etwa Schaden vermeiden), der relativ großen zeitlichen Distanz zwischen Appell und Nutzen sowie in dem Umweg über den Nutzen anderer. "Aus diesen Gründen wird wohl auch mit dem Konzept des aufgeklärten Egoismus lediglich eine Reflexionselite erreicht werden, aber wohl kaum eine Massenbewegung entstehen." (Schulze 1994: 343)

## 2) *Luhmann*

Bei allen Ausprägungen der Rational-Choice-Theorie handelt es sich letztlich um einen individualistischen Reduktionismus, wobei die Zwecke des einzelnen ohne weitere Untersuchung ihrer Genese, ihres Umfeldes, ihrer Wechselwirkungen mit anderen Faktoren, möglicher Folgen, ihrer womöglich unterschiedlichen Intensität etc. unterstellt werden. (Pfaff 1993: 4; Trapp 1986; Miller 1994; Wiesenthal 1987) Soziales Handeln wird auf diese Weise letztlich zugunsten der mathematischen Modellierbarkeit jeden Inhalts entleert.

Ein ganz anderer Ansatz, der aber hinsichtlich der Problematik der Solidarität bzw. sozialer Integration ebenfalls den Laissez Faire zum Grundsatz erhebt, findet sich in der Systemtheorie von Niklas Luhmann.<sup>50</sup> Diese konzentriert sich ganz im Gegensatz zu den Rational-Choice-Theorien auf die personenübergreifenden Strukturen und Prozesse in den modernen Gesellschaften, also eben auf jene Institutionen, die auf der Grundlage einer beim Wort genommenen Rational-Choice-Theorie gar nicht erst zustande kommen könnten. Dabei hat die Systemtheorie - gewissermaßen komplementär zur Rational-Choice-Theorie - die Individuen lange Zeit gänzlich aus ihrem Blick verloren.

Die Systemtheorie Luhmannscher Prägung betrachtet die moderne Gesellschaft als eine nach dem Strukturprinzip der funktionalen Differenzierung in autonome Teilsysteme ausdifferenzierte Gesellschaft. Diese gesellschaftlichen Teilsysteme - etwa Politik, Ökonomie, Recht, Wissenschaft, Religion - sind jeweils auf bestimmte Aufgabenbereiche festgelegt. Dabei kommt es zu einer ungeheuren Zunahme der Eigenkomplexität dieser Systeme. Im Zuge dieses Prozesses entwickeln die Systeme zunehmend eigene Relevanzkriterien und folgen einer eigenen Entwicklungslogik, wobei alles, was nicht unter die jeweiligen Relevanzkriterien fällt, ausgeschlossen bleibt. Luhmann hat diese Schließungstendenzen funktionaler Systeme mit aller Konsequenz herausgearbeitet, wobei er aus der biologischen Systemtheorie Maturanas und Varelas den Zentralbegriff der Autopoiesis übernommen hat; demnach erzeugt jedes System sich und seine Komponenten aus eben diesen Komponenten und ihrer spezifischen Verknüpfung heraus ständig selbst. Wird die Autopoiesis unterbrochen, dann "stirbt" das System, woraus folgt: ohne Autopoiesis kein System. Dabei ist es bei sozialen Systemen erforderlich, einen bestimmten Typ von Kommunikation anzugeben, der in diesem System vorkommt, genauer gesagt, nur hier vorkommt, das heißt das System vom Rest der Gesellschaft unterscheidet und geeignet ist, durch rekursive Verknüpfung zu einem Netzwerk genau dieser und keiner anderen kommunikativen Operationen das System zu reproduzieren. In der Gesamtgesellschaft gibt es demnach nur noch eine gleichrangige Nebeneinanderreihung von Teilsystemen (Wissenschaft, Wirtschaft, Politik etc.), die, um je spezifische Funktionen (Erzeugung von Wissen, Allokation von Gütern, Treffen allgemeinverbindlicher Entscheidungen etc.) herum kristallisiert, in ihren je eigenen Codes (Wahrheit, Geld, Macht etc.) kommunizieren und sich

---

<sup>50</sup> Die konzeptionellen Grundlagen seiner Systemtheorie der Gesellschaft hat Luhmann in einer allgemeinen Theorie sozialer Systeme (Luhmann 1984) ausgearbeitet. Wenn er auch die Grundbegriffe (v.a. die zentrale Stellung der "Autopoiesis") stets beibehielt, so hat er doch bis zu seinem Tod im Jahre 1998 ständig konzeptionelle Änderungen am Randbereich seiner Theorie vorgenommen, um neuere Entwicklungen in sie aufzunehmen. So geraten etwa die Individuen, die in den früheren Fassungen der Luhmannschen Systemtheorie noch als bloße Umweltfaktoren der Systeme auftraten (z.B. in Luhmann 1984: 348), in den neunziger Jahren wieder stärker in das Blickfeld dieser Theorie (v.a. 1997).

autopoietisch ständig selbst reproduzieren. Sie können dabei nur in den engen Grenzen des jeweiligen Codes auf Probleme, Herausforderungen und Möglichkeiten reagieren. Subsystemübergreifende Orientierungen sind nach dieser Analyse passé. Theoretisch ergibt sich daraus die Konsequenz, daß die moderne Gesellschaft nicht durch einen überwölbenden Gesamtsinn, durch normative Ordnungen oder durch moralische Prinzipien integriert werden kann. Das Signum der gegenwärtigen modernen Gesellschaft scheint darin zu bestehen, daß Gesellschaft nicht mehr nach dem Modell des solidarischen Verbandes, des rechtlichen Vertrages oder einer sinnhaft integrierten Bedeutungskonvergenz gedacht werden kann, sondern daß sie sich in disparate Teile differenziert, die zugleich hochgradig unabhängig und hochgradig abhängig voneinander sind.

Aus diesen Gründen hält Luhmann (v.a. 1984a) auch den Solidaritätsbegriff für obsolet. Zu diesem Befund kommt er, indem er eine Unterscheidung zwischen *Interaktionssystemen* und *Gesellschaftssystemen* einführt. (Luhmann 1984a: 81) Erstere bilden sich unter Anwesenden, d.h. sie entstehen, sobald Menschen sich wechselseitig wahrnehmen und daraufhin in Kommunikation treten. Gesellschaftssysteme sind dagegen die jeweils umfassenden Systeme sinnhafter Kommunikation (also wie gehabt Politik, Wirtschaft etc.). Gesellschaft existiert dabei als Grundvoraussetzung immer schon, denn sonst würden Menschen einander gar nicht als interaktionsfähig erkennen. Dennoch ist die Interaktion ein System für sich. Sie zieht eine eigene Systemgrenze innerhalb der Gesellschaft, wobei die Gesellschaft innerhalb der Interaktion nur durch Anwesende repräsentiert wird. (Ebenda: 81f) Die Gesellschaft selbst ist nun aber dermaßen komplex, daß sie in keiner Interaktion mehr angemessen repräsentiert werden kann. Dadurch verschärft sich die Differenz zwischen Gesellschaftssystem und Interaktionssystem und beide werden jeweils stärker auf ihren eigenen Systemtypus beschränkt *"und das sprengt jede Möglichkeit, in Interaktionssystemen Ansatzpunkte für gesellschaftliche Solidarität zu gewinnen."* (ebenda: 84, Hervorhebung im Original) Mit anderen Worten: nach Luhmanns Auffassung werden *soziale Bindungen* (eben Solidarität) offenbar einzig aufgrund der Operationsweise von Interaktionssystemen gestiftet, während Gesellschaftssysteme vor allem *Differenzen* setzen. Da erstere gegenüber den zweiten in den Prozessen moderner Gesellschaften mehr und mehr an Gewicht verlieren, schwindet die Basis für Solidarität zusehends: "Das Konzept der Solidarität ist kleinräumig, spontan und zeitlich instabil geworden, es rückt wieder in die Nähe der Interaktion unter Anwesenden." (Ebenda: 90) Vor allem besteht nicht mehr der Hauch einer Chance, gesellschaftliche Gesamtbezüge aufgrund von Solidarität herzustellen: "Die moderne Gesellschaft und ihre Eigendynamik sind auf der Interaktionsebene nicht zu fassen." (Ebenda: 88) Mehr als jede andere Gesellschaft zuvor steht damit die heutige vor dem Problem, daß sie sich selbst nicht kennt und daß es ausgesprochen schwierig ist, in annähernd adäquater Weise in ihr über sie zu kommunizieren, d.h. die Gesellschaft über ihre eigene Komplexität aufzuklären.

Gesellschaftliche Integration kann jetzt nach Luhmann (1984a: 86) nur noch als Systemintegration, nicht mehr als soziale Integration gewährleistet werden. Die gesellschaftlichen Teilsysteme können ihre eigene Dynamik steigern, wenn sie sich stärker voneinander ausdifferenzieren und damit von Rücksichten entlastet werden. Wichtig ist für sie insbesondere, daß sie sich von den Zumutungen



einer lebensweltlichen Moral befreien. Die großen Funktionssysteme hängen dann nurmehr von einer innergesellschaftlichen Umwelt ab, in der gesichert ist, daß die übrigen Funktionssysteme ihre Funktion erfüllen.<sup>51</sup> (Ebenda) Fragen der Inklusion von Individuen oder des Erhalts von Interaktionssystemen sind nun zweitrangig und werden jeweils externalisiert. All dies muß auf Solidaritätshoffnungen und -appelle abkühlend wirken. Jedenfalls wird der Direktschluß von Interdependenz auf Solidarität verbaut. Man kann zwar nach wie vor die moderne Gesellschaft durch ein Solidaritätsdefizit kennzeichnen, aber wie sollte man herausfinden, auf welche Weise dieses Defizit behoben werden soll? (ebenda: 91f)

Man stößt hier auf das typische Moment des Luhmannschen Steuerungspessimismus: nach Luhmanns Auffassung kann man etwa im Rahmen der Soziologie *bestenfalls Aufklärung* über Probleme leisten, sie aber nicht mehr gezielt lösen. Hinzu kommt, daß die zentralen Prozesse moderner Gesellschaften seiner Auffassung nach auch meist einem neuen Typus angehören, so daß die Thematisierung alter Probleme in der Regel nur als störendes Rauschen im Gesamtprozeß auftritt. Unter diesen "zentralen Prozessen neuen Typs" verstand Luhmann in den achtziger Jahren vor allem die oben erläuterten funktionalen - also horizontalen - Differenzierungsprozesse. Dem "alten" Problem der vertikalen Differenzierung hat sich Luhmann aber in den neunziger Jahren wieder anhand der Begrifflichkeit von "Inklusion und Exklusion" zugewandt.

### *Inklusion und Exklusion*

In den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften wurde die weiterhin vorhandene vertikale Differenzierung bis in die achtziger Jahre hinein durch Prozesse funktionaler Differenzierung überlagert. (Siehe etwa Giegel 1987: 346) Mittlerweile haben sich jedoch die selbstbezüglich operierenden gesellschaftlichen Funktionssysteme, besonders die Wirtschaft, in einer Art und Weise gewandelt, daß sich als Folge die Klassen- und Schichtungsstruktur wieder wahrnehmbar herauszuschälen beginnt.<sup>52</sup> In einer Gesellschaft, in der die einzelnen umfassend von der Teilnahme an abstrakten Funktionssystemen, insbesondere einer verselbständigten Ökonomie, abhängig geworden sind, bedeuten Veränderungen dieses Teilsystems häufig eine drastische Veränderung der Existenzbedingungen der Individuen. In seiner Selbstbezüglichkeit berücksichtigt das ökonomische System heute das individuelle oder kollektive Schicksal von Beschäftigten bzw. Nichtbeschäftigten ebensowenig aus gutem Willen oder moralischer Verpflichtung, wie es dies schon früher nicht getan hat (Sander u. Heitmeyer 1997: 480); dies geht aber heute in viel höherem Maße als zuvor mit

---

<sup>51</sup> In einem späteren Text zur selben Thematik wendet sich Luhmann in diesem Zusammenhang implizit gegen Habermas' Diskurstheorie: "Im Intellektuellen des 20. Jahrhunderts findet die Vorstellung Anklang, Inklusion in die Gesamtgesellschaft sei durch eine diskutierende Öffentlichkeit zu erreichen, die das Heraussortierte, was jedem Vernünftigen als vernünftig erscheint." (Luhmann 1994: 27) Luhmann (ebenda) kann sich die Faszination dieses Vorschlags nur dadurch erklären, daß hier offenbar geglaubt wird, die Gesellschaft bestehe aus Individuen. Da sie aber seiner Auffassung nach aus Kommunikation in einer Größenordnung besteht, die kein Individuum - und auch keine Gruppe von Individuen (eben ein Interaktionssystem) - mehr in sich repräsentieren kann, besteht keine Chance, sie intentional zu integrieren oder gar zu steuern.

<sup>52</sup> Die vorausgegangene *Überdeckung* sozialer Ungleichheit als gesellschaftliches Problem, war zumindest teilweise auch dem "Fahrstuhleffekt" (Beck 1986: 124), also der breiten und allgemeinen Hebung des materiellen Niveaus und der Ausweitung von Lebenschancen, geschuldet.

Freisetzungen aus dem Arbeitsprozeß oder mit Einkommenseinbußen immer breiteren Bevölkerungsschichten einher.

Zur Beschreibung solcher Phänomene in der Begrifflichkeit der Systemtheorie greift Luhmann (1994, 1997) auf die Termini "Inklusion und Exklusion" zurück, wobei es sich um ein relativ altes Konzept handelt, welches er bereits zuvor (etwa in Luhmann 1981) verwendet hat. Durch sie will er den Begriff der Sozialintegration ersetzen. Dieser wiederum geht auf David Lockwood zurück, der zwischen "Systemintegration" und "Sozialintegration" unterschieden hat. Im ersten Fall geht es - mit Luhmann gesprochen - um den Zusammenhalt innerhalb differenzierter Systeme, im zweiten Fall um das Verhältnis von psychischen Systemen und sozialen Systemen. Die Unterscheidung ist nach Auffassung von Luhmann (1997: 618) zwar berechtigt, hat aber seiner Ansicht nach bei Lockwood zu weit geführt. Sozialintegration möchte Luhmann daher lieber durch die Unterscheidung Inklusion/Exklusion ersetzen. Getreu dem konstruktivistischen Grundsatz, daß ein Begriff nur sinnvoll ist, wenn er einer Unterscheidung dient, gibt es dabei für Luhmann (1997: 621) Inklusionen nur, wenn auch Exklusionen möglich sind. Erst die Existenz nicht integrierbarer Personen läßt nämlich soziale Kohäsion überhaupt sichtbar werden. Wie bei jeder Form der Differenzierung wird die Regelung der Inklusion den Teilsystemen überlassen. Die funktional differenzierte Gesellschaft verzichtet im Gegensatz zu vormodernen Gesellschaften auf Vollinklusion der Personen in die Gesellschaft und sieht nur Teilinklusionen in die Funktionssysteme vor.<sup>53</sup> (Baecker 1994: 103) "Das Prinzip der Inklusion ersetzt jene Solidarität, die darauf beruhte, daß man einer und nur einer Gruppe angehörte." (Luhmann 1980, zitiert nach Nassehi 1997: 124) Inklusion besagt dann, daß jedes Funktionssystem die Gesamtbevölkerung einbezieht, aber nur mit den jeweils funktionsrelevanten Ausschnitten ihrer Lebensführung. (Luhmann 1981: 27, 1994: 25)

Hinsichtlich der Exklusion muß genaugenommen zwischen *drei verschiedenen Formen* unterschieden werden: der Exklusion von Persönlichkeitsaspekten (a), der Exklusion im Sinne verschiedener Grade der Teilhabe am jeweiligen System; hierbei handelt es sich um die Thematik der sozialen Ungleichheit (b), sowie der völligen Exklusion von Personen aus einem Teilsystem, die zwar einen Sonderfall der zweiten Form darstellt, aber gravierende hinzutretende Folgen aufweist und daher gesondert betrachtet werden muß (c).

a) Obwohl der Aspekt der Teilinklusion/-exklusion von Persönlichkeitsaspekten schon bei Luhmann (etwa 1994: 25) anklingt, hat sich Nassehi (1997) am eingehendsten mit diesem Thema beschäftigt. Kritisch verweist Nassehi in diesem Zusammenhang auf die weitgehende Blindheit der Systemtheorie gegenüber den personalen Folgen funktionaler Ausdifferenzierung, die daraus resultiert, daß die Theorieentwicklung bislang eher die Beobachtung von gesellschaftlichen Funktionssystemen in den Vordergrund gestellt hat. Nassehi (1997: 120f) wechselt dagegen die Systemreferenz in Richtung psychischer Systeme bzw. in Richtung auf die Thematisierung individueller Teilhabe an

---

<sup>53</sup> Anders als Durkheim unterscheidet Luhmann bei vormodernen Gesellschaften zwischen Stammesgesellschaften und Hochkulturen; diese Unterscheidung spielt aber in unserem Zusammenhang keine weitere Rolle. Die "Vollinklusion" in diesen beiden älteren Gesellschaftsformen kann dabei mit der mechanischen Solidarität bei Durkheim gleichgesetzt werden.

gesellschaftlicher Autopoiesis. Auf diese Weise bekommt er das Problem der *Inklusion der Person* in den Blick. Der Begriff der Inklusion bezeichnet dann die Art und Weise, wie die spezialisierte Kommunikation der Teilsysteme auf die Menschen zugreift. (Ebenda: 121)

Funktionale Subsysteme moderner Gesellschaften integrieren keine ganzen Personen mehr, sondern sie kommunizieren mit (inkludierten) Publikumsrollen in ihrer jeweiligen Systemlogik. Gleichzeitig mit der sachlichen Ausdifferenzierung funktionaler Subsysteme kommt es demnach zur parallelen Ausdifferenzierung systemspezifischer Publikumsrollen. Entsprechend tritt an die Stelle von gesellschaftlicher Integration/Desintegration das Begriffspaar Inklusion/Exklusion. Die moderne Gesellschaft verlangt von Personen gleichzeitige Zugehörigkeit zu verschiedenen Teilsystemen der Gesellschaft. Jede und jeder nimmt fast automatisch an Politik, Recht, Wirtschaft, Erziehung usw. teil und findet sich damit immer schon in jenen institutionenabhängigen Lebenslagen vor. Lebensverläufe und Lebenslagen befinden sich dann zwar im Exklusionsbereich der Gesellschaft, werden aber durch den Inklusionsbereich der Gesellschaft fast unhintergebar bestimmt. (Ebenda: 132f) Die moderne Gesellschaft bringt folglich eine Form der Multiinklusion hervor, weil sie Personen nicht mehr nur einem gesellschaftlichem Teilsystem zuordnen kann. (Ebenda: 123) Allen Inklusionsformen ist gemeinsam, daß sie ausschließlich ihr jeweiliges Bezugsproblem abarbeiten und keinerlei Inklusion bzw. Integration in das gesellschaftliche Gesamtsystem anbieten. (Ebenda: 124) Die Teilsystemgrenzen gehen in funktional differenzierten Gesellschaften vielmehr durch die Individuen hindurch. Es werden also nicht ganze Menschen inkludiert, sondern lediglich rollen- bzw. inklusionsspezifische Teilaspekte der Person. (Ebenda: 125) Auf diese Weise bringt auch erst der selektive Zugriff der Gesellschaft auf den Menschen moderne Individualität hervor, nämlich Exklusionsindividualität<sup>54</sup> (ebenda: 127), auf der anderen Seite kann sich Gesellschaft erst dadurch an Funktionsgrenzen differenzieren und somit die hohe Komplexität und Pluralität der Moderne bewältigen, daß Personen selektiv, d.h. funktionsspezifisch auf ihre zentralen Instanzen zugreifen und auf vollständige Inklusion oder Integration nicht mehr angewiesen sind. (Ebenda: 126) Individualisierung wird also nicht in Differenz zur Gesellschaft gedacht, sondern in ein wechselseitiges Steigerungsverhältnis zu dieser gebracht. Individualität beruht damit auf der Exklusion all derjenigen Persönlichkeitsaspekte, die für das jeweilige System ohne Belang sind. Im Exklusionsbereich taucht zunehmend der *individuelle*, d.h. der unteilbare Bereich der persönlichen Selbstbeschreibung auf. Da die vollständige Konditionierung der Sozialdimension weggefallen ist, wird das individuelle Leben gewissermaßen zur Meßlatte seiner selbst. (Ebenda: 130) Im Exklusionsbereich kommt aber gerade aus diesem Grunde wieder ein gewisses Bedürfnis nach (kleinräumiger) Solidarität auf. Neben der individualisierenden Exklusion werden nämlich neue Wege der Inklusion gesucht mit womöglich neu entstehenden Solidaritäten und Interessengemeinschaften, die für eine neue Form der Inklusion sorgen und die Folgen der modernen Exklusionsindividualität abzumildern helfen. (Ebenda: 132) Wenn wir uns an dieser Stelle an Luhmanns (1984a) Unterscheidung zwischen Interaktionssystemen und Gesellschaftssystemen erinnern, so dürfte es sich hier vorrangig um erstere handeln. Daraus folgt,

---

<sup>54</sup> Der Grundgedanke findet sich freilich schon bei Simmel (1968: 456ff) unter dem Begriff der "Kreuzung sozialer Kreise".

daß Nassehi an dieser Stelle Luhmanns These vom Ende der Solidarität teilweise widerspricht und sie zugunsten eines bestimmten eingeschränkten Typs zurücknimmt. Genaugenommen handelt es sich hier um eine Präzisierung von Luhmanns Auffassung zu Interaktionssystemen. Nassehi dürfte mit Luhmann darin übereinstimmen, daß moderne funktional differenzierte Gesellschaften nicht mehr als ganze über Solidarität integriert werden können. Dem widerspricht nicht die Vermutung, daß Solidarität in kleineren Einheiten fortbesteht bzw. wiederentsteht. Diese Art von Integration dürfte nämlich nach Auffassung beider kaum über die Gruppengrenzen hinausgehen. Indem Luhmann (1984a: 90) das Konzept der Solidarität seinerzeit als "kleinräumig, spontan und zeitlich instabil" aufgefaßt hat, könnte er es jedoch unterschätzt haben. Sein Blick war damals nämlich auf gesellschaftliche Kommunikation, nicht aber auf die Orientierungsbedürfnisse psychischer Systeme gerichtet. Ob und wie marginal, spontan und instabil diese Solidaritäten wirklich sind, ist letztlich eine empirische Frage. Mit der Unterscheidung zwischen Individualisierung und Solidarisierung (letztere eher im Sinne kleinräumiger Solidarität) werden Formen der Selbstbeschreibung und -positionierung von Personen innerhalb der Gesellschaftsstruktur diskutiert, die gerade dadurch relevant werden, daß die funktional differenzierte Gesellschaft keinen gesellschaftsstrukturellen Ort dafür ausgebildet hat, Personen in toto zu integrieren bzw. zu inkludieren.<sup>55</sup> (Nassehi 1997: 132) Ohne Zweifel führen Individualisierungsprozesse im Exklusionsbereich zu neuen Formen der Orientierung und der Bildung neuer Formen von Primär- und Sekundärgruppen. Die entscheidende Frage ist nur, welcher Art diese Gruppen sind. (Ebenda: 145) Es kann jedenfalls festgestellt werden, daß kleinräumige Solidarität in der modernen Gesellschaft keineswegs verschwindet, sondern in Form von kleineren Gruppen weiterbesteht.

b) Mit der funktionalen Differenzierung des Gesellschaftssystems ist die Regelung des Verhältnisses von Inklusion und Exklusion auf die Funktionssysteme übergegangen und es gibt keine Zentralinstanz mehr - auch wenn die Politik sich in ihrer Selbstbeschreibung gern in dieser Funktion sieht -, welche die Teilsysteme in dieser Hinsicht beaufsichtigt. (Luhmann 1997: 630) Die Inklusion von Individuen, genauer ihrer Publikumsrollen in die Teilsysteme kann nun aber verschiedene Grade bzw. Qualitäten annehmen und damit zu entsprechenden sozialen Ungleichheiten führen. Ob und wieviel Geld dem einzelnen zur Verfügung steht, wird z.B. im Wirtschaftssystem entschieden. (Ebenda) Eine funktional differenzierte Gesellschaft ist zwar in der Lage, sogar extreme Ungleichheiten in der Verteilung öffentlicher und privater Güter zu erzeugen und zu tolerieren, aber von der Semantik dieser Gesellschaft her steht dieser Effekt unter zwei Beschränkungen: *erstens* daß er als nur *temporär* gesehen wird und sich rasch ändern kann; und daß er *zweitens* auf die einzelnen Funktionsbereiche beschränkt wird und zwischen diesen *Interdependenzunterbrechungen* eingerichtet sind. Extrem hoher Reichtum darf demnach nicht Reichtum für alle Zeiten bedeuten. Und er darf nicht bedeuten, daß sich damit quasi automatisch der politische Einfluß oder der Kunstverstand oder auch das

---

<sup>55</sup> Solche "Inklusionen in toto" gibt es heute eigentlich nur noch in Form der "totalen Institution", also z.B. psychiatrischen Anstalten oder Gefängnissen. Wahrscheinlich kann man auch bestimmte Ausprägungen von Sekten hierunter fassen. Man sieht, daß hier die Individualität stark eingeschränkt oder sogar aufgehoben wird.

Geliebtwerden des Reichen einstellen.<sup>56</sup> Aber beides scheint nicht so recht zu funktionieren: was die Temporalisierung angeht, so wirkt diese, zumindest was das ökonomische System anbetrifft, eher in der Gegenrichtung, d.h. die Kluft zwischen Arm und Reich wird zunehmend größer. Und auch die Interdependenzunterbrechung findet nicht statt, sondern hier stößt man, wie Luhmann selber sagt, auf das genaue Gegenteil: "Die Mehrfachabhängigkeit von Funktionssystemen verstärkt den Exklusionseffekt." (Luhmann 1997: 631) Die wieder auf den Plan getretenen *sozialen Ungleichheiten* sind also offensichtlich keine Systemdifferenzierungen des Gesellschaftssystems - dann könnten sie nämlich die Systemgrenzen nicht so leicht überschreiten -, sondern sie *verlaufen quer zu den funktionalen Differenzierungsgrenzen*. Dagegen könnten soziale Ungleichheiten für Luhmann (1994: 26) jedoch allenfalls dann gerechtfertigt werden, wenn sie von dem jeweiligen Funktionssystem selbst ausgehen, während de facto ein im Grunde überkommenes vertikales Differenzierungsschema der Gesellschaft funktionslos reproduziert wird. Diese Problematik wurde von Luhmann selbst leider nicht systematisch verfolgt. Das hat seinen Grund vor allem darin, daß die Reproduktion der Gesellschaft in der theoretischen Fassung von Luhmann nicht auf die *Integration* von Individuen angewiesen ist, sondern in allererster Linie auf die rationale Wechselseitigkeit unvereinbarer funktionaler Beobachtungscores. Daher kann sie in ihren funktionalen teilsystemspezifischen Operationen und Semantiken das Problem sozialer Ungleichheit schnell aus dem Visier verlieren. (Nassehi 1997: 141) Womöglich besteht dann eine der Selbstgefährdungen der modernen Gesellschaft darin, daß ihre funktionale Differenzierungsform in der Lage ist, extreme soziale Ungleichheiten sowohl im regionalen als auch im Weltmaßstab zu tolerieren, gerade weil diese das primäre Differenzierungsprinzip kaum tangieren. (Ebenda: 142) Dieses Problem tritt aber in dem Moment verschärft auf, in dem Personen nicht nur in einer für sie ungünstigen Weise, sondern im Prinzip gar nicht mehr inkludiert sind, wie im folgenden gezeigt wird.

c) Von der Exklusion von Persönlichkeitsaspekten aus dem jeweiligen Funktionssystem und den verschiedenen Graden sozialer Ungleichheit ist die Exklusion der gesamten Person<sup>57</sup> zu unterscheiden. Die konkreten Individuen müssen im Grunde an allen Funktionssystemen teilnehmen können. (Luhmann 1997: 624f) Wenn dabei jemand seine Chance, an Inklusion teilzunehmen, nicht nutzt, wird ihm das individuell zugerechnet. Auf diese Weise erspart die moderne Gesellschaft es sich - zunächst jedenfalls -, die andere Seite der Differenz zwischen In- und Exklusion (nämlich die

---

<sup>56</sup> Hier fällt die Parallele zu Walzers "Sphären der Gerechtigkeit" (1992; engl. Orig.: 1983) auf. Dabei muß man jedoch im Auge behalten, daß es sich bei Luhmann um eine Deskription, bei Walzer dagegen um ein normativ begründetes Prinzip handelt.

<sup>57</sup> Genaugenommen kann es eine Exklusion in toto gar nicht geben: man ist auch dann etwa ins Wirtschaftssystem inkludiert, wenn man *nicht* zahlen kann, in das Rechtssystem, wenn man *kein* Recht bekommt, ins politische System, wenn man sich *nicht* repräsentiert fühlt. Inklusion ist so gesehen pure Faktizität. (Nassehi 1997: 142) Hierbei handelt es sich jedoch um eine begriffliche Spitzfindigkeit, die zwar vor dem theoriearchitektonischen Hintergrund durchaus korrekt ist, die aber weder von Nassehi noch von Luhmann selbst in ihren Texten durchgehalten wird. Man müßte zwar korrekterweise immer nur etwa von "der minimalen Qualität der Inklusion" oder "einem maximalen Grad an Exklusion" etc. sprechen; es ändert aber nichts Entscheidendes am Sinngehalt und dient nicht zuletzt der Verständlichkeit der Texte, wenn man eine Person, die etwa nicht über die Möglichkeit verfügt, sich an Zahlungsprozessen zu beteiligen, als jemanden bezeichnet, der aus dem ökonomischen System exkludiert ist (und nicht überkorrekt etwa als jemanden, der nur in der Hinsicht in das ökonomische System inkludiert ist, als er im Rahmen seiner Publikumsrolle nur die negative Seite des Codes, also "nicht-Zahlungsfähigkeit", bedienen kann).

Exklusion) als sozialstrukturelles Phänomen wahrzunehmen. (Ebenda: 625) Innerhalb der totalitären Inklusionslogik machen sich Exklusionen auf diese Weise nur als "Rest-Probleme" bemerkbar, die so kategorisiert sind, daß sie die totalitäre Logik nicht in Frage stellen. Das gelingt aber offensichtlich zunehmend weniger. Das Gesellschaftssystem selber kann nun zwar trotz hoher Exklusionsgrade und -raten weiterfunktionieren, denn seine Autopoiesis ist - jedenfalls bis auf weiteres - zu robust, als daß die Exklusion breiter Teile der Bevölkerung zu seinem Zusammenbruch führen würde. Dabei versteht es sich aber von selbst, daß die funktionale Differenzierung ihren Exklusionsbereich nicht ordnen kann, was faktisch zur Folge hat, daß die Ausschließung aus einem Funktionssystem das beschränkt, was in anderen Systemen erreichbar ist. Wer z.B. keinen Ausweis hat, ist von Sozialleistungen ausgeschlossen, kann nicht wählen, kann nicht legal heiraten etc. und das deshalb, weil der Ausschluß aus einem Funktionssystem quasi automatisch den Ausschluß aus den anderen nach sich zieht. (Luhmann 1994: 41) Die Grenzen von Inklusion und Exklusion werden zudem gegenwärtig auf eine neuartige Weise markiert, nicht nur sozial, sondern die betreffenden Teile der Bevölkerung werden zunehmend auch räumlich separiert und damit unsichtbar gemacht.<sup>58</sup> (Luhmann 1997: 630) Immer weitere Teile der Bevölkerung fallen so innerhalb wie außerhalb der reichen Industrieländer aus dem Netzwerk der Systeme heraus und bilden eine Sekundärgesellschaft, die weder an der Wirtschaft noch an der Politik, weder an der Erziehung noch an der Religion, weder an der Kunst noch an der Wissenschaft der Primärgesellschaft teilhat. Hier geht es nur noch um das nackte Überleben. (Baecker 1994: 95) Voraussetzungsvollere soziale Erwartungen lassen sich dann nicht mehr anschließen. Man orientiert sich an kurzfristigen Zeithorizonten und an der Unmittelbarkeit der Person. (Luhmann 1997: 632f)

Wenn man also auf Strukturentwicklungen innerhalb und zwischen den Systemen achtet, wird man Effekte einer zunehmenden Härte und Vorordnung der Differenz von Inklusion und Exklusion nicht länger ignorieren können: "Gegenüber dem noch vor kurzem als dominant betrachteten ökologischen Problem hat hier ein Trend begonnen, der mindestens die gleiche Aufmerksamkeit verdient und die gleiche Ratlosigkeit erzeugt." (Luhmann 1994: 42f) Die Gesellschaft wird demnach mehr und mehr durch die Unterscheidung von Inklusion und Exklusion "supercodiert", so daß man sich faktisch erst an dieser Meta-Differenz orientieren muß, wenn man sich zurechtfinden will.<sup>59</sup> (Luhmann 1994: 42; 1997: 632) Ob beispielsweise die Unterscheidung von Recht und Unrecht überhaupt zum Zuge kommt und ob sie nach rechtssysteminternen Programmen behandelt wird, hängt dann in erster Linie von einer vorgängigen Filterung durch Inklusion/Exklusion ab. Zwar führt das nicht zu einer

---

<sup>58</sup> Beispiele für eine um sich greifende räumliche Exklusion sind etwa Bettelverbote in deutschen und französischen Städten (Hengsbach u. Möhring-Hesse 1995: 9; Hillman u. Pries 1996: 1) oder Security Services, die dafür sorgen, daß sozial unerwünschte Gruppen (z.B. Fixer und Bettler) keinen Zutritt zu modernen Einkaufszentren erlangen. (Hengsbach u. Möhring-Hesse 1995: 9; Mueller-Münch 1998: 3) In jüngster Zeit mehren sich auch und vor allem *weltweit* die Anzeichen, daß zunehmend mehr Menschen in die Exklusion "entlassen" werden: in Flüchtlingslager, auf die Straße, in Ghettos oder in die Slums der Großstädte. (Thome 1998: 249)

<sup>59</sup> Es gibt Grenzfälle, wenn es etwa zu Gelegenheitsarbeit mit nicht ausreichendem Verdienst, aber doch mit Geldtransfer kommt. (Luhmann 1994: 45) Daraus zieht Luhmann (ebenda) den Schluß, "die Differenz von Inklusion und Exklusion ist empirisch nie so klar gegeben, daß alle Personen der einen oder anderen Seite zugeordnet werden könnten."

gänzlichen Ausschaltung der Autopoiesis des Rechts, wohl aber zu einer erheblichen Erwartungsunsicherheit und zu einer laufenden Orientierung auch an anderen Faktoren. (Luhmann 1997: 632)

*Zusammenfassend* läßt sich konstatieren, daß aufgrund des ersten Aspektes von Inklusion/Exklusion Solidarität nur noch als kleinräumige Solidarität im Umfang von kleinen Gruppen möglich ist. Die Gesellschaft kann demnach nur noch über ein im großen und ganzen reibungsloses Wechselspiel der verschiedenen Systeme integriert werden. Die Diskussion der beiden anderen Aspekte von Inklusion/Exklusion hat aber gezeigt, daß eine (befriedigende) Integration der Individuen aufgrund des Prozessierens der funktionalen Teilsysteme allein nicht mehr gewährleistet ist. Da sich die Theorie sozialer Systeme lange Zeit schwerpunktmäßig auf die Kommunikationsprozesse zwischen den Systemen konzentriert hat, hat sie sowohl die Dimension der sozialen Ungleichheit als auch die Möglichkeit des totalen Ausschlusses von Personen aus dem Gesellschaftssystem in den letzten Jahren weitgehend aus den Augen verloren und damit ist ihr auch das Verständnis dafür abhanden gekommen, daß unsere Gesellschaftsform brüchiger ist, als es das selbstbewußte Verständnis der Moderne suggeriert. (Nassehi 1997: 140) Die sich vergrößernde Anzahl ausgeschlossener bzw. unterprivilegierter Individuen führt nämlich ganz abgesehen vom individuellen Leid über kurz oder lang zu Störungen in der Autopoiesis der sozialen Systeme. Aber selbst nachdem diese Problematik in der Theorie der autopoietischen sozialen Systeme wieder auf die Tagesordnung gesetzt worden ist, tritt nun der für diesen Theorieansatz typische Steuerungspessimismus auf den Plan. Wird die Exklusion als Problem kommuniziert, kann man zwar die Unterschiede in den Lebensbedingungen nicht mehr ignorieren, aber welche Maßnahmen oder Hoffnungen adäquat sind, bleibt angesichts der Komplexität moderner Gesellschaften ungewiß. Man kann demnach also die moderne Gesellschaft durch ein unter Umständen enormes Inklusionsdefizit kennzeichnen, aber wie sollte man herausfinden, auf welche Weise es und vor allem *wo* dieses behoben werden kann? Nach Luhmanns Auffassung kann man etwa im Rahmen der Soziologie allenfalls Aufklärung über Probleme leisten, sie aber nicht mehr gezielt lösen. Vor allem das Problem der wechselseitigen Verstärkung von Exklusionen läßt sich keinem einzelnen Funktionssystem zuordnen. Luhmann (1997: 633) selbst hofft darauf, daß sich ein neues Funktionssystem bildet, das sich mit den Exklusionsfolgen funktionaler Differenzierung befaßt, sei es auf der Ebene der Sozialhilfe oder auf der Ebene der Entwicklungshilfe: "Vielleicht können wir hier ein Funktionssystem im Entstehen beobachten". (Luhmann 1997: 634) Er weist selber auf einen Ansatz von Baecker (1994) hin, der hier kurz vorgestellt werden soll.

#### *Ein "System sozialer Hilfe"?*

Dirk Baecker (1994: 95) stellt die These auf, daß sich in der modernen Gesellschaft ein *Funktionssystem der Sozialhilfe* ausdifferenziert, das sich mittels des Codes von *Helfen* versus *Nichthelfen* (wobei Helfen der positive Wert ist) mit Inklusionsproblemen der Individuen in die Gesellschaft befassen wird. Helfen ist eine Kommunikation, die darüber informiert, daß ein Defizit besteht, mitteilt, daß dieses Defizit behoben werden soll, und die darüber hinaus verständlich macht,

daß zwischen dem Bestehen eines Defizits und seiner Behebung nicht etwa ein kausal verlässlicher, sondern ein höchst kontingenter Zusammenhang besteht. Das System sozialer Hilfe tritt nach Baecker (1994) zum einen in Form von Organisationen der Wohlfahrtspflege (etwa der Caritas), zum anderen in Form des Sozialstaates in Erscheinung. Das System sozialer Hilfe ist für Exkludierte (sowohl im Sinne von sozialer Benachteiligung als auch von vollständiger Exklusion) gedacht und *inkludiert stellvertretend*. Damit nimmt es sich solcher Probleme an, die nicht von ihm selbst stammen, und erzeugt ein Ersatzproblem, nämlich das der stellvertretenden Inklusion, das wiederum nicht das der Restgesellschaft ist. (Baecker 1994: 103) Als Ziel ist die *Entlassung aus dem System der sozialen Hilfe* definiert. Anders ausgedrückt: so lange es also bei stellvertretender Inklusion bleibt, muß die Inklusion als mißlungen gelten. Das System der Sozialhilfe arbeitet in diesem Punkt gegenläufig zu den meisten regulären Systemen: während sich im Fall von Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Religion etc. dieselben Probleme, die von den Kommunikationen dieser Systeme betreut werden, mit diesen Kommunikationen regenerieren und die jeweiligen Systeme aus ihren eigenen Rekursionen heraus reproduzieren, riskiert das System der Sozialhilfe, sich mit jeder seiner Operationen wieder in die Gesellschaft aufzulösen; soziale Hilfe ist nämlich gerade dann erfolgreich, wenn sie sich erübrigt, also in Nichthilfe übergehen kann. (Baecker 1994: 98) Das System der Sozialhilfe teilt dieses Dilemma mit allen Systemen, die auf die Veränderung der Personen in der Umwelt des Systems abstellen, also z.B. mit dem Gesundheitssystem, dessen Kommunikation mit der Heilung ihren Abschluß findet, und mit dem Erziehungssystem, dessen Kommunikationen mit dem erreichten Bildungsabschluß ihr Ende finden.<sup>60</sup> Positive Werte (Bildung, Gesundheit) sind hier zugleich Abschlußformeln, die in der Lage sind, die erfolgreich veränderten Personen an den Rest der Gesellschaft zu überstellen. (Baecker 1994: 103) Die Rede von sozialer Hilfe ermöglicht in dieser Hinsicht eine unmittelbare Reflexion auf Nichthilfe, wenn nämlich das Potential zu (beispielsweise ökonomischer) Autonomie ausgemacht wird. Das Ende der Hilfsbedürftigkeit wird damit im System sozialer Hilfe zur Abschlußformel.

Was Baecker kaum thematisiert, aber ein zentrales Problem darstellen dürfte, ist die Ressourcenabhängigkeit eines Systems sozialer Hilfe. Diese dürfte recht groß sein. In bezug auf Geld und in bezug auf Recht, beides Ressourcen, auf die ein System sozialer Hilfe angewiesen ist, darf ja nicht übersehen werden, daß die Bedingungen der Möglichkeit dieser Mittel im Wirtschaftssystem und im Rechtssystem garantiert sein müssen, und daß sich daraus Schranken der Disponibilität ergeben. (Vergl. auch Luhmann 1981: 99) Es bleibt vor allem unklar, inwieweit ein solches System autonom gegenüber dem Staat - als Wohlfahrts- oder Sozialstaat - operieren kann. Insofern es sich um Sozialhilfe handelt, ist das System sozialer Hilfe offenbar nur als Subsystem der Politik institutionalisierbar. Wenn man aber das "System sozialer Hilfe" letztlich doch wieder mit dem Sozialstaat (oder Wohlfahrtsstaat) gleichsetzt, dann stößt man auf die gleichen Probleme, die Luhmann bereits im Jahre 1981 zum Thema gemacht hat, nämlich maßlose Aufgabenerweiterung in

---

<sup>60</sup> Ohne an dieser Stelle näher auf diese Frage eingehen zu wollen, wäre es interessant zu überprüfen, ob sich dieser Systemtypus nicht mit den "kontextsensiblen" bzw. "kontextoffenen" Systemen nach Giegel (1993, 1998) deckt.



mehr und mehr Bereiche (Luhmann 1981: 99f) bis hin zur Universalzuständigkeit des Staates, wobei der Staat nicht zuletzt mit den Grundsätzen des "Verfassungsstaates" und der bürgerlichen Freiheit in Konflikt gerät. (Ebenda: 144) Selbst wenn es gelingt, die alten Einwände Luhmanns zu entkräften, stellt sich doch zumindest die Frage, warum dies nicht als originäre Problematik des politischen Teilsystems von Baecker diskutiert wird.<sup>61</sup> Inzwischen hat sich außerdem die Expansionsbewegung des Wohlfahrtsstaates faktisch umgekehrt und man gewinnt den Eindruck, daß zumindest bis auf weiteres die kompensierende Kraft der wohlfahrts- und rechtsstaatlichen Institutionen nicht mehr greift oder zumindest erheblich gestört ist. Gerade vor diesem Hintergrund ist es jedoch schleierhaft, inwiefern Baecker und Luhmann - von der bloßen Hoffnung abgesehen - die Entstehung eines neuen Systems ausmachen können.

Auch Träger der freien Wohlfahrtspflege sind problematisch: zum einen handelt es sich hier genauso wenig wie im Bereich der Politik um ein neues System, zum anderen befindet es sich ebenfalls eher in einer Phase des Rückzugs als im Aufbau (siehe etwa Heuser u. Randow 1999: 26). Vor diesem Hintergrund stellt sich nicht zuletzt die Frage, warum die Vertreter der Theorie autopoietischer Systeme nicht schon früher ein System sozialer Hilfe ausfindig machen konnten.

### *Kritik*

Während die Individuen in den früheren Fassungen der Luhmannschen Systemtheorie noch als bloße Umweltfaktoren der Systeme auftraten (z.B. in Luhmann 1984: 348), geraten sie in den neunziger Jahren wieder in das Blickfeld der Theorie, womit zumindest implizit auch das Thema Solidarität wieder einen Platz in der Theorie autopoietischer sozialer Systeme findet. Dabei greift diese Theorie in zweierlei Hinsicht auf die Thematik der Solidarität zu. Die erste Hinsicht hat einiges mit Durkheims Konzept der mechanischen Solidarität gemein, die zweite befaßt sich mit einem Problem, für das Durkheim ursprünglich eine Lösung innerhalb des Konzeptes der organischen Solidarität vorgesehen hat.

Zum ersten Aspekt: aus einer mikrosoziologischen Perspektive ist die Solidarität in Gruppen, d.h. in Interaktionssystemen, die von Luhmann (1984a) ursprünglich marginalisiert wurde, wieder in den Blick geraten. Diese wurde vor allem durch Nassehis (1997) Zuwendung zur (Teil-)Inklusion der Individuen theorieimmanent erfaßt und damit zu einem Thema gemacht, das nun auch wieder mit dem Vokabular der Systemtheorie bearbeitet werden kann. Im Exklusionsbereich kommt demnach wieder ein Bedürfnis nach (kleinräumiger) Solidarität auf, wodurch sich neue Interaktionssysteme zu diesem Zweck etablieren. Das ändert zwar nichts an der systemtheoretischen Auffassung, daß moderne funktional differenzierte Gesellschaften nicht mehr über Solidarität integriert werden können, es ist jedoch hiermit nachgewiesen, daß eine bestimmte Art von Solidarität in Form kleinerer Gruppen fortbesteht. Mit Blick auf Durkheim kann konstatiert werden, daß mechanische Solidarität in der modernen Gesellschaft keineswegs verschwindet, sondern im Rahmen solcher Gruppen in

---

<sup>61</sup> Ferner würde man sicherlich schnell Kollisionen mit der Selbstreferenz des Politiksystems feststellen, d.h. mit der Problematik des Machterhalts und -zugewinns. Am Ende könnte sich dann z.B. herausstellen, daß symbolische Politik - etwa eine Skandalisierung von "Sozialmißbrauch" - in diesem Teilsystem dem Leisten von Hilfe vorgezogen wird.

gewisser Weise weiterbesteht. Die relative Überschaubarkeit solch kleiner Gruppen führt nämlich zu einer Integration, die wie bei Durkheim schwerpunktmäßig auf gemeinsamen Anschauungen und Gefühlen beruht. Dabei fällt die wechselseitige Kontrolle der Mitglieder untereinander zwar in der Regel nicht mehr so stark aus wie in archaischen Gesellschaften und vor allem verfügen die Gruppenmitglieder in der Regel - im Gegensatz zu damals - über weitgehend risikolose Exit-Optionen, aber letzteres ist nicht ausnahmslos der Fall und vielen fällt es darüber hinaus sehr schwer, ihre Bindungen an die Gruppe aufzugeben. Daher und aus anderen Gründen stellt sich hier die Anschlußfrage, welcher Art diese Gruppen sind, denn es können auch durchaus Formen problematischer Solidarität entstehen bzw. gepflegt werden.

Zum zweiten Aspekt: aus makrosoziologischer Sicht hat die Problematik *sozialer Ungleichheit* und des *Ausschlusses von Individuen aus der sozialen Teilhabe* Eingang in die Differenzierungstheorie systemtheoretischer Provenienz gefunden. Sie hat diese Probleme aber relativ spät, nämlich erst etwa ab 1994 aufgegriffen. Luhmann (1994: 29) stellt in diesem Zusammenhang die These auf, daß die funktional differenzierte Gesellschaft in der Lage ist, extreme Ungleichheiten in der Verteilung öffentlicher und privater Güter zu erzeugen und zu tolerieren, knüpft dies aber an die zwei Bedingungen der Nicht-Determiniertheit eines Zustandes, etwa von Reichtum, für die Zukunft ("Temporalisierung") und daran, daß Probleme in einem Teilsystem sich nicht auf andere Teilsysteme auswirken dürfen ("Inerdependenzunterbrechungen"). Es gibt allerdings hinreichend empirische Gründe, daran zu zweifeln, daß auch nur eine dieser Bedingungen heute noch erfüllt ist. Es verhält sich im Gegenteil eher so, daß eine Tendenz zur *Perpetuierung* sozialer Ungleichheit und zu *Mehrfachexklusionen* besteht. Hinzu tritt, daß Luhmann nicht bestimmen kann, wann der Bogen überspannt ist und welche Konsequenzen dies zeitigen würde.<sup>62</sup>

Diese Problematik verschärft sich dramatisch, wenn es sich nicht nur um Benachteiligungen, sondern um vollständige Ausschlüsse aus Teilsystemen handelt. Der Ausschluß aus einem Funktionssystem zieht nämlich quasi automatisch den Ausschluß aus den anderen nach sich, wodurch immer mehr Menschen aus dem Netzwerk der Systeme herausfallen. Eine befriedigende Integration der Individuen aufgrund des Prozessierens der funktionalen Teilsysteme allein ist dann nicht mehr gewährleistet. Die Gesellschaft wird infolgedessen mehr und mehr durch die Unterscheidung von Inklusion und Exklusion "supercodiert", wodurch neben den Systemreferenzen weitere - aus der Sicht der exkludierten Individuen zwingendere - Faktoren zu den Handlungsorientierungen hinzutreten. Die sich vergrößernde Anzahl ausgeschlossener bzw. unterprivilegierter Individuen führt auf diese Weise - ganz abgesehen vom individuellen Leid - über kurz oder lang zu Störungen in der Autopoiesis der sozialen Systeme.

Während die Theorie der funktional differenzierten Systeme aufgrund dieser Befunde in diagnostischer Hinsicht langsam auf aktuelle Entwicklungen zu reagieren beginnt, fallen die Therapievorschlüsse erwartungsgemäß theorieimmanent mager aus und tragen die bekannten fatalistischen Züge. Welche Maßnahmen oder Hoffnungen adäquat sind, bleibt demnach angesichts der Komplexität moderner Gesellschaften und der konstatierten Unmöglichkeit gezielter Eingriffe in

---

<sup>62</sup> Siehe hierzu auch Heitmeyer (1997: 41).

autopoietische Prozeßabläufe ungewiß. Luhmann selbst kompensiert seinen Steuerungspessimismus durch die Hoffnung, daß ein "rettendes" Teilsystem, nämlich ein "System der sozialen Hilfe", eventuell in der Entstehung begriffen sei. Die Ressourcenabhängigkeit eines solchen Systems wäre aber sehr groß, daher kann es sich entweder nur um ein Alarmsystem handeln, das andere Teilsysteme, etwa die Politik, aktiviert, oder um ein Subsystem eines Teilsystems, z.B. um Sozialpolitik. In beiden Fällen ist das System sozialer Hilfe jedoch auf bereits bestehende Teilsysteme angewiesen. Vor diesem Hintergrund scheint es sehr fraglich, ob der Code Helfen/Nichthelfen wirklich stabil ist und sich dieses System nicht vielmehr wieder in Gesellschaft bzw. in sein "Muttersystem" auflöst. Eine ganz andere, zumindest genauso wahrscheinliche Alternative zur Abwehr der Gefahren, die aus dem Exklusionsbereich stammen, wäre z.B. Ordnungspolitik, mithin die gesteigerte Bekämpfung der Folgen und nicht der Ursachen von sozialer Ungleichheit.

### ***Zusammenfassung***

Beiden hier besprochenen Theorietypen ist gemeinsam, daß eine unkoordinierte Pluralität von Entscheidungen vorherrschend ist. Ihr Hauptunterschied besteht darin, daß sie von verschiedenen Aggregationsebenen der Gesellschaft ausgehen. Während die Rational-Choice-Theorien von der (nicht weiter analysierten) Kategorie des nutzenmaximierenden Individuums ausgehen, bezieht sich die Systemtheorie Luhmannscher Prägung auf ausdifferenzierte autopoietische Teilsysteme.

Hinsichtlich der Rational-Choice-Theorie muß man sich darüber im klaren sein, daß ihr Solidariätsbegriff, sofern er diskutiert wird, ein theoriespezifisch eingeschränkter ist. Das Problem der Solidarität wird im Rahmen dieser Theorietradition nämlich einzig als das Problem *kollektiver* bzw. *öffentlicher Güter* abgehandelt, während alle anderen empirisch beobachtbaren Formen per definitionem ausgeschlossen sind. Das kooperative Verhalten in größeren sozialen Einheiten wird dabei zurückgeführt auf die rationalen Kalküle einzelner, für die Handlungsalternativen lediglich unter Kosten-Nutzen-Aspekten erwogen werden. Im Grunde geht es daher im Hinblick auf Solidarität immer nur um die Verhinderung von Free Riding. Solidarität kann hier auch im günstigsten Fall nur "Interessensolidarität" (Zapotoczky 1987: 202) sein. Daher blendet dieser Ansatz viele andere Formen solidarischen Handelns systematisch aus. Mit ihrem rigorosen Insistieren auf intentionalen Erklärungen und der Prämisse des radikalen, wenn auch rationalen Egoismus verstrickt sich die Rational-Choice-Theorie darüber hinaus in Widersprüche, die sie im Grunde unplausibel machen müßten. Vor allem das Vorhandensein von institutionellen Arrangements, von denen das Funktionieren der Kontrollmechanismen gegen Free Riding abhängt (etwa Rechtszwang und Staatsgewalt), kann nicht befriedigend erklärt werden. An irgendeiner Stelle benötigen daher größere soziale Einheiten ein Kollektivgut als Grundlage - ein Problem, das mit den Mitteln dieser Theorietradition nicht zu lösen ist. Aufgrund dieses Umstandes kann Hechter das Bestehen größerer Gruppen nicht erklären. Sein Ansatz macht aber immerhin das Funktionieren kleiner Gruppen plausibel, in denen sich die Mitglieder gegenseitig im Auge behalten können.

Trotz dieser im Grunde vernichtenden Kritik hat diese Theorie - wie oben erläutert, besonders in neuester Zeit - einen gewissen heuristischen Wert. Nicht zuletzt deshalb stellt sie all ihren

theoretischen Defiziten zum trotz einen wichtigen Ansatz zur Beschreibung der aktuellen Entwicklungen in modernen Gesellschaften dar. Die Tatsache, daß die Rational-Choice-Theorie nicht in der Lage ist, das Bestehen der Gesellschaft als Ganzes zu erklären, schließt nämlich nicht aus, daß mit ihr gewisse Entwicklungstrends und Teilmomente erfaßt werden können. Von der Rational-Choice-Theorie zwar nicht mehr gedeckt, jedoch inspiriert, ist schließlich der Ansatz des "aufgeklärten Egoismus". Unter der handlungsleitenden Prämisse einer Solidarität aus aufgeklärten Eigeninteressen könnte sich unter bestimmten Umständen eine eigentümliche Solidaritätsform herausbilden, für die es ein gewisses Gespür zu entwickeln gilt.

Die Systemtheorie Luhmannscher Provenienz konstatiert das Fortbestehen bzw. ein Wiederaufleben kleinräumiger Solidarität auf der Interaktionsebene, was aber nichts an der Tatsache ändert, daß die moderne Gesellschaft und ihre Eigendynamik auf dieser Ebene nicht mehr zu fassen sind. Hinsichtlich der Problematik gesamtgesellschaftlicher Integration, insbesondere wachsender sozialer Ungleichheiten bzw. des (nahezu) völligen Ausschlusses von Personen aus den Teilsystemen der Gesellschaft hat sich diese Theorie zwar - wenn auch mit Verspätung - der Diagnostik befleißigt, wobei sie große Probleme sowohl für die Inklusion der Individuen als auch für die Autopoiesis der Teilsysteme ausgemacht hat, sie kann aber keinen befriedigenden Lösungsansatz entwickeln. Die Hoffnung auf die Entstehung eines "Systems sozialer Hilfe" stellt nichts grundsätzlich Neues dar; empirisch ist ferner keine Expansion dieses Systems, sondern eher sein Rückzug zu beobachten.

Mit Durkheim gesprochen, kann also festgestellt werden, daß mechanische Solidarität in der modernen Gesellschaft keineswegs verschwindet, sondern in gewisser Weise in Form von kleineren Gruppen weiterbesteht. Darüber hinausgehende Solidaritätsformen haben in der Theorie sozialer Systeme jedoch keinen überzeugenden theoretischen Ort.

Solidarität in kleinen Gruppen kann auf der Grundlage beider Theorietypen begründet werden. Zwischen ihnen besteht jedoch insofern eine Differenz, als daß Rational-Choice-Theorien diese Solidarität lediglich auf besseren Kontrollmöglichkeiten begründen können, während die Systemtheorie ein inneres Bedürfnis der Individuen nach Inklusion und Orientierung in Rechnung stellt, das Gruppen entstehen läßt und sie stabilisiert. Demzufolge müßten die solidarischen Gruppen der Systemtheorie größer ausfallen können, da sie nicht alleine auf dem Instrumentarium der Kontrolle beruhen. Beide Ansätze schließen aber auf ihre je eigene theorietytische Art und Weise die Möglichkeit sozialer Integration, die über solche Gruppen hinausgeht, aus. Vor allem können beide nicht plausibel machen, was die Gesellschaft eigentlich vor selbstdestruktiven Tendenzen bewahrt. Während die Rational-Choice-Theorie sich letztlich kaum um die Integration der Gesamtgesellschaft schert, kann sich die Systemtheorie mit ihrem axiomatisch eingebauten Steuerungspessimismus einzig auf die Hoffnung berufen, daß die Evolution der Gesellschaft rechtzeitig eine Lösung der selbstverursachten Probleme hervorbringen wird.

Damit sind wir bezüglich unseres Ausgangsproblems bisher kaum über den Stand, den wir am Ende des Durkheimkapitels erreicht hatten, hinausgekommen. Mit der Rational-Choice-Theorie sind wir im Grunde sogar noch einen Schritt weiter zurück gegangen, denn auf ihrer Grundlage ist Solidarität

nur in *sehr* kleinen Gruppen möglich, in denen wechselseitige Kontrolle nicht durch Größe behindert wird. Auf der Grundlage der Systemtheorie Luhmannscher Prägung sind wir hingegen zu Ergebnissen gekommen, die starke Parallelen mit unserer Einschätzung des Potentials von Durkheim aufweisen. So sind spezifische Formen mechanischer Solidarität auch in modernen Gesellschaften vorzufinden, wobei sogar der Eindruck vorherrscht, daß sie im Wachsen begriffen sind. Dabei muß es sich jedoch keineswegs nur um eine positive Entwicklung handeln. Ferner hat uns Luhmann auf das Konzept der Systemintegration aufmerksam gemacht. Im Rahmen seiner Theorie kann man jedoch in den letzten Jahren zunehmend die Problematik der Exklusion wachsender Anteile der (Erd-)Bevölkerung ausmachen. Für diese kann die Systemtheorie bisher keinen plausiblen Lösungsansatz ausmachen. Es setzt sich im Gegenteil eine Vorordnung der Metacodierung Inklusion/Exklusion zunehmend gegenüber den Codes der Teilsysteme durch. Damit wird die Thematik der Integration moderner Gesellschaften in einer spezifischen Weise zugespitzt, ohne daß jedoch Potentiale für eine adäquate Bearbeitung dieses Problems ausgemacht werden konnten weder in theoretischer noch in praktischer Hinsicht. Auch dies ist eine Parallele zu unserem Durkheim-Befund.

### C. Rationale Grundlagen für Solidarität

In diesem Kapitel geht es um die Frage, ob es theoretische Ansätze gibt, welche die Stelle einnehmen können, für die Durkheim das gescheiterte Konzept der organischen Solidarität vorgesehen hatte. Dabei geht es unter anderem darum, die desintegrativen Tendenzen moderner Gesellschaften durch neue Formen der Solidarität in ihrer Dynamik zu bremsen und auf ein humanes Maß zurückzuführen. Kann man ferner den Kategorien der individuellen Nutzenmaximierung bzw. dem Steuerungspessimismus der Systemtheorie Konzepte gegenüberstellen, die dazu geeignet sind, neue Formen der Bürgersolidarität theoretisch zu unterfüttern? In dieser Absicht werde ich im folgenden die Theorie von Jürgen Habermas vorstellen, dessen Entwurf für dieses Anliegen geeignet erscheint. In Habermas' theoretischen Arbeiten hat die Sicherung und Erweiterung intersubjektiver wie gesellschaftlicher Solidarität einen wichtigen Stellenwert inne. Er gelangt, ausgehend vom Konzept der herrschaftsfreien Kommunikation, zu dem Schluß, daß die einzige Quelle für eine Solidarität, die über die Erscheinungsform der mechanischen Solidarität hinausgeht, in der aufgeklärten Vernunft der Bürger selbst liegt. Diese wiederum bedarf zu ihrer Entfaltung einer auf den autonomen Kräften der Gesellschaft beruhenden "Civil Society", die in erster Linie auf der Grundlage kommunikativer Selbstbestimmungspraktiken aufrucht. Allein in diesem Rahmen können demnach die Bürger lernen, freiwillig solidarische Bindungen und entsprechende Verpflichtungen wahrzunehmen.

#### 3) Habermas

Komplexe Gesellschaften verfügen nach Habermas über die folgenden drei zentralen Ressourcen: a) die *Produktivität* einer marktwirtschaftlich organisierten Wirtschaft, b) die *Steuerungskapazität* der öffentlichen Verwaltung auf der Grundlage einer Politik, die durch die Beteiligung der Staatsbürger legitimiert ist. Die ungleiche Verteilung von ökonomisch erzeugten Gütern mindert jedoch die Qualität der staatsbürgerlichen Beteiligungschancen und damit die erreichbare Rationalität politischen Handelns. (Habermas 1992: 504) Nicht nur deswegen bedarf es c) der Ressource der gesellschaftlichen *Solidarität*, auf welcher - unter anderem - eine Politik des Ausgleichs der Güterverteilung gründen könnte.<sup>63</sup> (Ebenda: 536) Solidarität ist daher für die Politik eine wichtige Ressource, die vor allem dort gebraucht wird, wo institutionalisierte Mechanismen zur Herstellung und Aufrechterhaltung von Verteilungsgerechtigkeit nicht existieren oder versagen. Gesellschaftliche Solidarität ist aber aufgrund der Ausbreitung strategischer Kalküle vor allem in der Wirtschaft, aber auch in der Politik, von wo aus sie auch in die Sphäre der Solidarität hineinwirken, im Zerfall begriffen und stellt daher die knappste der drei zentralen Ressourcen dar. Im folgenden werde ich die soeben grob skizzierte Konstellation ausführlicher darstellen.

---

<sup>63</sup> Man könnte eine entsprechende Politik mit Habermas (1992: 504) als "Staatsbürgerqualifikationspolitik" rechtfertigen; eine Rechtfertigung dieser Politik kann aber nicht auf der Grundlage der Politik, in welcher Machtkalküle dominieren, selbst aufrufen, sondern es bedarf hierzu der gesellschaftlichen Solidarität.

### *Struktur der Theorie*

Die wesentlichen Züge seiner Theorie hat Habermas in seinem zweibändigen Hauptwerk "Theorie des kommunikativen Handelns" aus dem Jahre 1981 zusammengestellt und ausgearbeitet. Darin begreift er die soziale Evolution als einen doppelten Differenzierungsvorgang, in dem sich System und Lebenswelt verselbständigen, wobei ersteres seine Komplexität steigert und die Rationalität der zweiten wächst, zugleich sich aber beide voneinander differenzieren.<sup>64</sup> Nach Habermas haben sich die Systeme aus der Lebenswelt ausdifferenziert, wobei die vollständige Ausdifferenzierung lediglich beim ökonomischen und beim politischen System stattgefunden hat, während die restlichen Bereiche moderner Gesellschaften noch eng mit den Geltungsansprüchen der Lebenswelt - mithin der Sozialintegration - verknüpft sind.<sup>65</sup> Ferner bleibt die Lebenswelt "das Subsystem, das den Bestand des Gesellschaftssystems im ganzen definiert." (Habermas 1981 II: 230) Die Formen der Systemintegration haben dagegen die Aufgabe, Akteure von der riskanten und zeitintensiven Aufgabe der lebensweltlichen Handlungskoordination zu entlasten, und ermöglichen auf diese Weise große Tempo- und Komplexitätssteigerungen. Jeder dieser drei Bereiche - die beiden genannten Systeme und die Lebenswelt - stellt in modernen Gesellschaften eine der drei unentbehrlichen Ressourcen zur Verfügung, aus denen diese ihren Bedarf an Steuerungsleistungen befriedigen können: in der Ökonomie handelt es sich um *Geld*, in der Politik um *Macht* und im Rahmen der Lebenswelt um *Solidarität*. In der kapitalistischen *Wirtschaft* wird die Produktion über Märkte zugleich dezentralisiert und unpolitisch geregelt. Der *Staat*, der selber nicht produktiv wirtschaftet und die finanziellen Ressourcen für seine Ordnungsleistungen aus privatem Einkommen abzweigt, organisiert und sichert den Rechtsverkehr der Konkurrenten, die als Privatleute den Produktionsprozeß tragen. (Ebenda: 463) Während sich die *soziale Integration* als Teil der symbolischen Reproduktion der Lebenswelt darstellt, die über die Reproduktion von Mitgliedschaften (Solidaritäten) hinaus auf kulturelle Überlieferungen und Sozialisationsvorgänge angewiesen ist, ist die Systemintegration oder *funktionale Integration* gleichbedeutend mit einer materiellen Reproduktion der Lebenswelt, die als Systemerhaltung konzipiert werden kann. (Ebenda: 349) Die Steuerungsmedien der Systeme versagen jedoch in den lebensweltlichen Bereichen der kulturellen Reproduktion, der sozialen Integration und der Sozialisation; sie können den handlungskordinierenden Mechanismus der Verständigung in diesen Funktionen nicht ersetzen. Anders als die *materielle* Reproduktion der Lebenswelt kann daher ihre *symbolische* Reproduktion nicht ohne pathologische Nebeneffekte auf die Grundlage systemischer Integration umgepolt werden. Monetarisierung und Bürokratisierung überschreiten folglich die Grenzen ihres Aufgabenbereiches, sobald sie die eigensinnig strukturierten Zuführen aus der Lebenswelt zugunsten ihrer eigenen Operationsweise instrumentalisieren. (Ebenda:

---

<sup>64</sup> Mit diesem Dualismus knüpft Habermas an die von Lockwood (1964) eingeführte Unterscheidung von Sozialintegration und Systemintegration an: "Während beim Problem der sozialen Integration die Beziehungen der *Handelnden* eines sozialen Systems zur Debatte stehen, dreht es sich beim Problem der Systemintegration um die Beziehungen zwischen den *Teilen* eines sozialen Systems." (Lockwood 1969: 125. Hervorhebungen im Original)

<sup>65</sup> Hierin besteht eine der vielen Differenzen zu Luhmann. Luhmann sieht in seiner Theorie die moderne Gesellschaft gänzlich in einzelne Funktionssysteme aufgelöst und die Lebenswelt spielt, wenn überhaupt, nur noch eine marginale Rolle.

476f) Gerade diese pathogene Entwicklung ist aber eine dominierende Tendenz in modernen Gesellschaften. Habermas macht sich daher für eine normative Sicht der Dinge gegenüber Zwängen zur Anpassung an funktionale Imperative stark. Die Einflußsphären der drei Ressourcen müssen demnach in eine neue Balance gebracht werden, d.h. die sozialintegrative "Gewalt" der Solidarität muß in die Lage versetzt werden, sich gegen die "Gewalten" der beiden anderen Steuerungsressourcen, Geld und administrative Macht, behaupten zu können. (Siehe etwa Habermas 1985: 158)

Bevor wir diese konflikthafte Struktur weiter verfolgen können, muß zuerst die Bedeutung der Habermasschen Zentralkategorie des "Kommunikativen Handelns" erläutert werden. Dabei interessiert uns besonders, wie das kommunikative Handeln zwischen dem traditionell gehegten Fundus gesellschaftlicher Solidarität einerseits und den neuen Problemlagen und Erfordernissen der modernen Gesellschaft andererseits vermittelt. Die Integration der Lebenswelt stellt nämlich unter anderem sicher, daß neu auftretende Situationen in der Dimension des sozialen Raums an die bestehenden Weltzustände angeschlossen werden: sie sorgt für die Koordinierung von Handlungen über legitim geregelte interpersonale Beziehungen und verstetigt die Identität von Gruppen in einem für die Alltagspraxis hinreichenden Maße. Dabei bemessen sich die Koordinierung von Handlungen und die Stabilisierung von Gruppenidentitäten an der *Solidarität* der Angehörigen. (Habermas 1981 II: 213) Normalerweise beziehen die Angehörigen einer Lebenswelt Solidarität aus überlieferten Werten und Normen, d.h. aus eingespielten, unhinterfragten und standardisierten Mustern der Kommunikation. Im Laufe der Entwicklung moderner Gesellschaften schrumpft oder zersplittert jedoch dieser Hintergrundkonsens. Nicht zuletzt aufgrund der sich ausdifferenzierenden Teilsysteme Wirtschaft und Politik etablieren sich nämlich neue Handlungsweisen, die mit den tradierten, also bisher üblichen und erlaubten Korridoren von Handlungsoptionen kollidieren. Der Hintergrundkonsens muß daher im selben Maße durch bewußt erzielte Interpretationsleistungen der Kommunikationsteilnehmer selbst ersetzt werden, um die Einheit der Lebenswelt wiederherzustellen. Diesen Prozeß bezeichnet Habermas als Rationalisierung der Lebenswelt. *Rationalisierte Lebenswelten* verfügen mit der Institutionalisierung der Kommunikationsform "Diskurs" über einen eigenen Mechanismus der Erzeugung neuer Bindungen und normativer Arrangements. Kommunikation im Sinne von Diskursen gelingt dann, wenn die Gesprächspartner auf Machtansprüche verzichten und bereit sind, ihre eigene Position zu hinterfragen und zu korrigieren sowie ihre persönlichen Interessen dem höheren Ziel der Verständigung unterzuordnen. Kommunikatives Handeln liegt vor, "wenn die Handlungspläne der beteiligten Akteure nicht über egozentrische Erfolgskalküle, sondern über Akte der Verständigung koordiniert werden. Im kommunikativen Handeln sind die Beteiligten nicht primär am eigenen Erfolg orientiert; sie verfolgen ihre individuellen Ziele unter der Bedingung, daß sie ihre Handlungspläne auf der Grundlage gemeinsamer Situationsdefinitionen aufeinander abstimmen können." (Habermas 1981 I: 385) Unter diesen Voraussetzungen versetzt der Vollzug kommunikativen Handelns die Beteiligten in die Lage, unterschiedliche Ausgangspositionen so zueinander in Beziehung zu setzen, daß eine vernünftige Gemeinsamkeit des Wollens und Tuns entsteht, die um ihrer selbst willen angestrebt wird. Die Rationalisierung auf der Grundlage von Verständigungsprozessen erschließt auf diese Weise neue



Quellen der Lebenswelt (und damit auch von Solidarität), wo die alten versiegen.<sup>66</sup> (Habermas 1998: 229) Dabei wird aber selbst in kritischen Situationen nur ein kleiner Ausschnitt des Hintergrundwissens ungewiß; dieser wird aus seiner Einschließung in komplexe Überlieferungen, solidarische Beziehungen und Kompetenzen herausgelöst und problematisiert. Das Hintergrundwissen wird also - wenn ein objektiver Anlaß gegeben ist, sich über eine problematisch gewordene Situation zu verständigen - nur Stück für Stück thematisiert und auf diesem Wege in explizites Wissen transformiert. (Habermas 1981 II: 589) Kommunikative Anstrengungen schaffen auf diese Weise neue Verbindlichkeiten. Der wesentliche Unterschied zwischen Systemintegration durch Macht bzw. Geld einerseits und Sozialintegration durch verständigungsorientiertes Handeln in modernen Gesellschaften andererseits besteht in der "Bindungswirkung der Sprache", sofern sie als Medium der Verständigung zur Geltung kommt. In diesem Zusammenhang bedeuten Verständigung und Solidarität nach Auffassung von Meyer (1997: 317) bei Habermas - als moralisches Gegenlager zu den systemspezifischen strategischen Interaktionsformen - weitgehend dasselbe. Der Solidarität einer kommunikativ rationalisierten Lebenswelt wohnt dabei schon immer ein universalistischer Charakter inne, da sowohl die Grundlagen des kommunikativen Handelns selbst als auch die Prinzipien, auf die man sich auf der Grundlage entsprechender Verfahren - eben der Diskurse - einigt, prinzipiell für alle kommunikationsfähigen Wesen, mithin für alle Menschen Geltung beanspruchen.<sup>67</sup> In dieser Hinsicht besteht auch große Gemeinsamkeit mit dem Anliegen von John Rawls, der sich sowohl durch seine Konstruktion des Urzustandes als auch durch seine späteren Entwürfe (siehe Rawls 1975, 1994) für ein universelles Gerechtigkeitskonzept stark macht.<sup>68</sup>

---

<sup>66</sup> Skeptisch ist hier der Habermas ansonsten nahestehende Peters (1993). Seiner Auffassung nach gibt es Formen der Integration, die nicht auf Kontakten oder Kommunikation beruhen - etwa ein (kooperatives) Nebeneinander von Subkulturen oder verschiedenen Milieus. Eine Intensivierung von Kontakt oder Kommunikation muß in solchen Fällen nicht notwendig zu erhöhter Solidarität oder Integration führen. Sie kann zu desintegrierenden Konflikten führen, aber auch zu Indifferenz, bloßer Kuriosität oder schockiertem, aber folgenlosem Interesse für die Probleme anderer. (Peters 1993: 102)

<sup>67</sup> Dies ist im übrigen auch für eine weltweite Solidarität von erheblicher Bedeutung. Solidarität, die auch die Armen dieser Welt einschließt, ist nämlich einzig auf universalistischen Gründen zu bauen. Im Zusammenhang mit der Problematik der Dritten Welt geht es erst einmal primär um die Problematik der materiellen und erst zweitrangig um solche der symbolischen Reproduktion. Mithin handelt es sich also um einen Bereich, in welchem das Wirken der Teilsysteme im Grunde unproblematisch sein sollte, da sie ja laut Habermas für dieses Moment durchaus geeignet sind. Offensichtlich kann man jedoch auch in dieser Hinsicht nicht allein auf die Wirkung systemischer Integrationsmechanismen vertrauen. Die generelle Entwicklungstendenz deutet keinesfalls darauf hin, daß sich das enorme Wohlstandsgefälle zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern automatisch verringern wird. Sie verläuft in diesem Bereich genau gegenteilig. So hat sich der Einkommensabstand zwischen den unteren und den oberen zwanzig v.H. der Weltbevölkerung seit 1960 von 1: 30 auf 1: 61 im Jahre 1991 mehr als verdoppelt. (Perina 1995: 19; Nuscheler 1997: 11) Die Divergenz zwischen Arm und Reich wächst also international, so daß sich unter der Annahme, daß sich die Entwicklungstrends der vergangenen Jahrzehnte fortsetzen sollten, das Nord-Süd-Gefälle weiter vergrößern wird. (Nuscheler 1997: 14) Es genügt also nicht, sich auf Automatismen der Entwicklung, seien diese nun ökonomischer oder anderer Natur, allein zu verlassen, auch dann nicht, wenn diese ein ständiges Wachstum beinhalten. Hinzutreten muß vielmehr die bewußte Entscheidung für eine Unterstützung der Entwicklungsländer, wenn diese nicht weiter ins Hintertreffen geraten sollen. Es bedarf also mit anderen Worten der Solidarität mit diesen Ländern. (Nuscheler 1996: 12) Solidarität mit der Dritten Welt rekurriert dabei letztlich auf universalistische Prinzipien. Habermas (1998: 162f) selbst weist zur Begründung "weltbürgerlicher Solidarität" auf den Universalismus der Menschenrechte hin.

<sup>68</sup> Solidarität ist zwar kein direktes Anliegen von Rawls; besonders der Solidaritätsbegriff, auf den Habermas hinaus will, und der damit verbundene Gerechtigkeitsbegriff weisen aber eine hohe Affinität zu den Entwürfen

Bei der Interaktion zwischen System und Lebenswelt besteht nun allerdings eine *ungleichgewichtige* Arbeitsteilung zwischen den drei Gewalten. Monetarisierung und Bürokratisierung überschreiten die ihnen zugeeigneten Grenzen, indem sie nicht nur Aufgaben der materiellen Reproduktion der Lebenswelt übernehmen, sondern zunehmend auch Momente der symbolischen Reproduktion an sich reißen: "Am Ende verdrängen systemische Mechanismen Formen der sozialen Integration auch in jenen Bereichen, wo die konsensabhängige Handlungskoordination nicht substituiert werden kann: also dort, wo die symbolische Reproduktion der Lebenswelt auf dem Spiel steht. Dann nimmt die Mediatisierung der Lebenswelt die Gestalt einer Kolonialisierung an."<sup>69</sup> (Habermas 1991 II: 293) Damit entgleitet die gesellschaftliche Entwicklung zunehmend der reflektierten Steuerung durch sprachliche Verständigung und gegenüber den kooperativen Verständigungsprozessen gewinnen zunehmend strategische Kalküle monetären bzw. machtakquirierenden Charakters an Raum, was unter anderem zu einer wachsenden Entsolidarisierung führt.

Da sich Interaktionszusammenhänge, wovon Habermas (1992: 43) mit Berufung auf Durkheim ausgeht, nicht allein aufgrund strategischer Operationen zu stabilen Ordnungen verstetigen lassen, muß jedoch die Gesellschaft bei Strafe massiver Zivilisationsverluste *letztlich* über kommunikatives Handeln integriert werden. Der notwendigen Stärkung der lebensweltlichen Komponente durch diskursive Verständigungsprozesse stehen aber *weitere Probleme* im Wege. In der Moderne findet nämlich auch innerhalb der Lebenswelt eine strukturelle Differenzierung statt, aufgrund derer sie in wiederum drei Komponenten aufgespalten wird: Kultur, Gesellschaft und Persönlichkeiten. *Kultur* ist für Habermas (1981 II: 209) der Wissensvorrat, aus dem sich die Kommunikationsteilnehmer während des Verständigungsprozesses mit Interpretationen versorgen. Als *Gesellschaft* bezeichnet er die legitimen Ordnungen, über die die Kommunikationsteilnehmer ihre Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen und damit Solidarität sichern. Unter *Persönlichkeit* schließlich versteht er die Kompetenzen, die ein Subjekt sprach- und handlungsfähig machen, also in die Lage versetzen, an den Kommunikationsprozessen überhaupt teilzunehmen und dabei die eigene Identität zu erhalten. (Ebenda) Die einzelnen Reproduktionsprozesse können nach Maßgabe der Rationalität des Wissens, der Solidarität der Angehörigen und der Zurechnungsfähigkeit der erwachsenen Persönlichkeit bewertet werden. Jeder dieser Reproduktionsprozesse leistet unverzichtbare Beiträge zur Erhaltung aller Komponenten der Lebenswelt. (Ebenda: 216) *Solidarität* stellt nach diesem Modell also das zentrale Moment der *Gesellschaftskomponente* der Lebenswelt dar. Diese Dreiteilung hat nun ganz spezifische Folgen, denn sie begünstigt die Verschiebung von Belastungen zugunsten der Systeme auf Kosten von *Pathologien der Lebenswelt*. Diese Pathologien treten als *Sinnverlust* bei Störungen der kulturellen Reproduktion, als *Anomie* im Bereich der sozialen Integration und als

---

auf, die Rawls ausgearbeitet hat. Habermas (1996: 65ff) bezeichnet denn auch die Differenzen zwischen beiden als Differenzen im Rahmen eines "Familienstreites".

<sup>69</sup> Als Belege für die Kolonialisierung der Lebenswelt führt Habermas (1981 II) die Aushöhlung der Privatsphäre durch das ökonomische System an, das die Alltagspraxis von Konsumenten und Beschäftigten seinen Imperativen unterwirft, was zu Konsumismus und Besitzindividualismus sowie zu Leistungs- und Konkurrenzorientierung führt; gleichfalls wird die Öffentlichkeit der Meinungs- und Willensbildung vom bürokratisch vermachteten Verwaltungssystem unterlaufen. Beim kapitalistischen Weg der Modernisierung übernimmt das Wirtschaftssystem den evolutionären Primat für die Gesamtgesellschaft, beim bürokratisch-sozialistischen tat dies der Staatsapparat.

*Psychopathologien* bei Störungen des Sozialisationsvorgangs auf. Als *Krise*, die auf die Systeme zurückschlägt, wirkt sich die Schieflage zwischen Lebenswelt und Systemen jedoch erst dann aus, wenn die Leistungen von Ökonomie und Staat selbst manifest betroffen werden, indem sie im Rahmen der symbolischen Reproduktion der Lebenswelt Konflikte und Widerstandsreaktionen hervorrufen. Das passiert aber nur, wenn es innerhalb der Gesellschaftskomponente der Lebenswelt zu bestimmten Reaktionen kommt, welche das Operieren der Systeme beeinträchtigen. Bevor jedoch solche Zustände eintreten, setzen in aller Regel zuerst Verlagerungen der lebensweltlichen Belastungen in die Kultur- und Persönlichkeitskomponente ein. Anomische Zustände werden so vermieden oder stark gedämpft und die für die institutionellen Ordnungen bestandswichtigen Legitimationen und Motivationen auf Kosten von und durch Raubbau an den beiden anderen Komponenten der Lebenswelt gesichert. Kultur und Persönlichkeit werden also zugunsten einer krisenbewältigenden Stabilisierung der Gesellschaft angegriffen und anstelle anomischer Erscheinungen entstehen Phänomene der Entfremdung und der Verunsicherung kollektiver Identitäten.<sup>70</sup> (ebenda: 566)

Die Differenzierung der Lebenswelt führt ferner zu einer kulturellen Verarmung. Diese bringt nämlich professionalisierte Expertenkulturen hervor, die ihre Praxis weder vereinheitlichen noch an die des Alltags vermitteln können. Das Alltagsbewußtsein wird dadurch zunehmend seiner synthetisierenden Kraft beraubt, es wird *fragmentiert*: "Erst damit sind die Bedingungen der Kolonialisierung der Lebenswelt erfüllt: Die Imperative der verselbständigten Subsysteme dringen (...) von außen in die Lebenswelt (...) ein und erzwingen die Assimilation; aber die zerstreuten Perspektiven der heimischen Kultur lassen sich nicht soweit koordinieren, daß das Spiel der Metropolen von außen her durchschaut werden könnte." (ebenda: 522).

Habermas sieht in diesem Entwicklungsszenario aber keine Unausweichlichkeit, sondern er vertraut auch auf eine zunehmende kommunikative Vernünftigkeit. Dieser stellt sich die Aufgabe, die Kolonialisierung transparent zu machen, was nichts anderes bedeutet, als Gesellschaft zu kritisieren. Die prozedural hergestellte Allgemeinverbindlichkeit des kommunikativen Handelns soll folglich als normatives Fundament in allen pathogenen Dimensionen der modernen Lebenswelt therapeutisch wirksam werden. (Ebenda: 548ff) Wichtig ist hierbei, Lernpotentiale der Lebenswelt und Solidaritätspotentiale aufzufinden und zu stärken. Dabei ist für Habermas jedoch noch keineswegs ausgemacht, ob aus den vorgefundenen alternativen Praxen wirklich Gegeninstitutionen erwachsen,

---

<sup>70</sup> Inzwischen hat sich dieser Befund aus dem Jahr 1981 jedoch zumindest als ergänzungsbedürftig herausgestellt. Im Rahmen neuerer ökonomischer Entwicklungen sowie knapper öffentlicher Kassen kommt es nämlich mittlerweile auch zu manifesten *Störungen innerhalb der Gesellschaftskomponente*, mit anderen Worten, zu anomischen Zuständen etwa in Form der Verwahrlosung von Stadtvierteln oder zunehmender Benachteiligung von Randgruppen. Solche auf Ungleichverteilung beruhenden Entwicklungen treten zunehmend unverschleiert und wahrnehmbar auf. Entgegen des Befundes, den Habermas seinerzeit nahegelegt hatte, konnten solche Zustände bisher ohne nennenswerte Rückwirkung auf die Systemintegration toleriert werden, wobei eine Bedingung für diese Immunität offenbar in der Begrenzung dieser Entwicklungen auf bestimmte geographische Bereiche bzw. bestimmte Milieus und Bevölkerungsgruppen liegt.

die gegenüber den Systemen lebensweltliche Kontexte sichern und in Richtung auf Partizipation und die Bereitstellung notwendiger Ressourcen - darunter vor allem Solidarität - erweitern.<sup>71</sup>

Neuerdings hat Habermas (1998) sein Lebensweltkonzept um den Aspekt der "subtilen Dynamik der Öffnung und erneuten Schließung sozial integrierter Lebenswelten" (Habermas 1998: 124ff) erweitert. Demnach öffnen sich bei jedem neuen Modernisierungsschub die intersubjektiv geteilten Lebenswelten, um sich anschließend zu reorganisieren und erneut zu schließen. Der Öffnungsimpuls geht von neuen Märkten, Kommunikationsmitteln, Verkehrswegen und kulturellen Vernetzungen aus, wobei die Öffnung selbst für die betroffenen Individuen eine zweideutige Erfahrung zunehmender Kontingenz bedeutet, denn sie beinhaltet die Freisetzung aus gleichermaßen Orientierung bietenden und schützenden sowie präjudizierenden und einengenden Verhältnissen. Der einzelne wird dabei in die Ambivalenz wachsender Optionsspielräume entlassen. Soll ein solcher Liberalisierungsschub nicht sozialpathologisch entgleisen, also nicht in Entfremdung und Anomie steckenbleiben, muß sich eine Reorganisation der Lebenswelt in jenen Dimensionen des Selbstbewußtseins, der Selbstbestimmung und der Selbstverwirklichung vollziehen, die das normative Selbstverständnis der Moderne geprägt haben. "Die unter Öffnungsdruck desintegrierte Lebenswelt muß sich erneut schließen, nun freilich in erweiterten Horizonten."<sup>72</sup> (ebenda: 127; Hervorhebung im Original)

### *Recht und Öffentlichkeit als Transmissionriemen für Solidarität*

Die Lebenswelt selbst ist nicht organisiert und weist daher - von Traditionen und den Regeln der Kommunikation abgesehen - keine festen Strukturen auf. Die sozialintegrative Gewalt der Solidarität hat aber nur dann gegen die "Gewalt" der beiden anderen Steuerungsressourcen, Macht und Geld, eine Chance, wenn geeignete assoziative Kontexte existieren, von denen sie ausgehen kann. (Offe 1989: 762) In seinem Buch "Faktizität und Geltung" aus dem Jahr 1992 benennt Habermas daher zwei wichtige Transmissionsriemen, über die Kritik an gesellschaftlichen Fehlentwicklungen kanalisiert und gebündelt werden kann. Dabei handelt es sich zum einen um *zivilgesellschaftliche und öffentliche Meinungsbildungsprozesse*, zum anderen um die *Rechtsprechung*, die ihm

---

<sup>71</sup> Bei den Protestpotentialen, die Habermas in den siebziger und frühen achtziger Jahren ausmachen konnte, ging es vor allem um die "Grammatik von Lebensformen". Handlungsträger waren in diesem Zusammenhang Gruppen, die im Gegensatz zur traditionellen Arbeiterbewegung nicht unmittelbar am Produktionsprozeß beteiligt sind, sondern an seiner Peripherie auf dessen selbstdestruktive Folgen aufmerksam werden, wie die Umweltbewegung, die Friedensbewegung, die Frauenbewegung etc. Nach Auffassung von Habermas zeichnete sich von diesen Gruppen jedoch allein die feministische Bewegung durch einen universalistisch-offensiven Charakter aus, während die anderen Bewegungen eher partikularistisch auf die "Eindämmung formal-organisierter zugunsten kommunikativ strukturierter Handlungsbereiche" (Habermas 1981 II: 578) ausgerichtet waren. Mittlerweile ist jedoch absehbar, daß sich soziale Konflikte zukünftig nicht mehr vor allem um Fragen "der Grammatik von Lebensformen" drehen werden, sondern zunehmend wieder um Fragen der Verteilung von Gütern und Lebenschancen.

<sup>72</sup> Es ist aber davon auszugehen, daß diese Regeneration der Lebenswelt eine gewisse Zeit benötigt. Folgen die außeninduzierten Reorganisationsschübe in zu kurzen Abständen aufeinander (Stichwort "Turbokapitalismus"), dann kann es zu problematischen Situationen kommen, weil zur Erbringung der notwendigen Integrationsleistungen nicht genügend Zeit zur Verfügung steht. Dieses Problem wurde im Grundzug schon von Durkheim (1988: 421ff) konstatiert. Es ging dort um das Problem zu hoher Geschwindigkeit bei der Arbeitsteilung. Ferner stellt sich hier die Frage, inwiefern es sich bloß noch um "technokratische Anpassungsleistungen" an systemische Prozesse handelt. Es ist ja nicht auszuschließen, daß es gute Gründe geben könnte, sich einem Öffnungsschub zu widersetzen. (Siehe etwa Thaa 1999: 213)

besonders gut dazu geeignet erscheinen, Problematisierungen aus der Lebenswelt aufzunehmen und in die Systeme einzuspeisen. Die durch diese beiden Institutionsformen erfolgenden Transformationen moralischer regulativer Ideen in individuelle Handlungsanreize bilden seiner Auffassung nach die Voraussetzung dafür, regulative Ideen wie z.B. die Solidarität (oder auch Gerechtigkeit)<sup>73</sup> über die Reichweite moralischer Motive und individueller Kontrollmöglichkeiten hinaus auf anonyme Kontexte moderner Gesellschaften auszudehnen. (Habermas 1992: 141; Homann 1994: 24) Im folgenden werde ich erst die Aufgabe, die a) dem Rechtssystem in dieser Hinsicht zufällt, und b) die Möglichkeiten einer kritischen Öffentlichkeit und ihrer Zivilgesellschaft kurz vorstellen.

a) In "Faktizität und Geltung" bildet eine in den rechtlichen Strukturen aufbewahrte und regenerationsbedürftige Solidarität eines der beiden Schwerpunktthemen. Das moderne Recht hat die Aufgabe eines Vermittlers zwischen lebensweltlich generierten Geltungsansprüchen und dem Operieren der Teilsysteme. Recht ist nämlich mit allen drei Ressourcen der gesellschaftlichen Integration - d.h. mit den beiden Systemen und der Lebenswelt - verknüpft, weil sich im Recht Verständigungsorientierung und faktischer Zwang (Habermas 1992: 45f) überschneiden. Rechtsgeltung enthält damit einen Doppelaspekt, der zwischen idealer Rechtsgeltung und pragmatischer Rechtsdurchsetzung angesiedelt ist. (Biefait 1999: 199) Über eine Selbstbestimmungspraxis, die von den Bürgern die gemeinsame Ausübung ihrer kommunikativen Freiheiten erfordert, speist das Recht dabei seine sozialintegrative Kraft letztlich aus Quellen der gesellschaftlichen Solidarität. (Habermas 1992: 59) Ohne religiöse oder metaphysische Rückendeckung kann das Recht seine sozialintegrative Kraft nämlich nur dadurch gewährleisten, daß sich die *Adressaten* einer Rechtsnorm *zugleich als vernünftige Urheber* eben dieser Rechtsnorm verstehen. Insofern zehrt das moderne Recht von einer Solidarität, die letztlich aus kommunikativem Handeln hervorgeht. (Ebenda: 52) Gründe für die Legitimität des Rechts müssen daher in Einklang stehen mit den moralischen Grundsätzen universeller Gerechtigkeit und Solidarität sowie mit den ethischen Grundsätzen einer bewußt entworfenen selbstverantworteten Lebensführung von einzelnen wie von Kollektiven. (Ebenda: 128) Besonders "die dritte Komponente der Lebenswelt, 'Gesellschaft' als die Gesamtheit legitimer Ordnungen, konzentriert sich (...) um so stärker im Rechtssystem, je mehr diesem die Erfüllung der Funktionen gesamtgesellschaftlicher Integration aufgebürdet wird." (Ebenda) Dabei muß mit Bezug auf das Recht auch gewährleistet sein, daß sich die lebensweltlichen Geltungsansprüche gegenüber den Übergriffen und Ungleichgewichten der systemischen Operationen behaupten können.

b) In der bürgerlichen Gesellschaft formieren sich die sozial integrierten Handlungsbereiche gegenüber den systemisch integrierten Handlungsbereichen von Wirtschaft und Staat als Privatsphäre und *Öffentlichkeit*, die komplementär aufeinander bezogen sind. (Habermas 1981 II: 471) Den institutionellen Kern der Öffentlichkeit bilden nach Habermas die durch Kulturbetrieb, Presse und

---

<sup>73</sup> Die Frage der Moral konzentriert sich bei Habermas (1991a: 100ff) auf die Frage der Gerechtigkeit. Da diese aber nur im Kontext der Kommunikation im Rahmen einer rationalisierten Lebenswelt adäquat behandelt und garantiert werden kann, hängen Solidarität und Gerechtigkeit bei Habermas eng zusammen. (Siehe hierzu auch Habermas 1991: 49ff bzw. S. 110ff dieser Arbeit)

Massenmedien verstärkten Kommunikationsnetze<sup>74</sup>, die die Teilnahme eines Publikums an der durch öffentliche Meinung vermittelten sozialen Integration ermöglichen. Die Öffentlichkeit soll dabei ihre Impulse insbesondere aus der privaten Verarbeitung lebensgeschichtlich mitschwingender gesellschaftlicher Problemlagen beziehen. (Habermas 1992: 442f) Als "Netzwerk für die Kommunikation von Inhalten und Stellungnahmen, also von Meinungen" verallgemeinert oder "verdichtet" sie in diesem Zusammenhang die privaten Bedürfnisse und Präferenzen der einzelnen "zu themenspezifisch gebündelten *öffentlichen* Meinungen". (Ebenda: 436) Ein wesentlicher Unterschied zum Recht besteht dabei in ihrer Offenheit gegenüber "Laienorientierungen" und in ihrer partiellen Entlastung von funktionalen Entscheidungszwängen. Aus diesen Gründen kann sie "ihre Impulse aus der privaten Verarbeitung lebensgeschichtlich resonierender gesellschaftlicher Problemlagen" beziehen. (Ebenda: 442f)

Die kulturelle und politische Öffentlichkeit stellt demnach einen sensiblen Resonanzboden für Probleme dar, die vom politischen System bearbeitet werden müssen, weil sie andernorts nicht gelöst werden. Insoweit ist die Öffentlichkeit nach Auffassung von Habermas ein Warnsystem mit unspezialisierten, aber gesellschaftsweit empfindlichen Sensoren: die fortschreitende Verelendung der Dritten Welt, Probleme der Weltwirtschaftsordnung sowie die Gewinnung und Stärkung sozialer Anrechte etwa sind nicht von staatlicher Seite, sondern von Betroffenen, Intellektuellen, "radical professionals" etc. aufgebracht worden. (Ebenda: 460f) Die Öffentlichkeit muß solche Probleme aber nicht nur wahrnehmen und identifizieren, sondern auch überzeugend und einflußreich thematisieren und so dramatisieren, daß sie vom parlamentarischen Komplex übernommen und bearbeitet werden können. (Ebenda: 435) Dabei verschieben sich die Kräfteverhältnisse vor allem dann zugunsten dieser lebensweltlich gestützten Elemente, sobald die Wahrnehmung von relevanten gesellschaftlichen Problemlagen ein Krisenbewußtsein hervorgerufen hat. (Ebenda: 461)

Die unorganisierte Öffentlichkeit mit ihren Ressourcen der Kommunikation und der Lebenswelt wäre für sich genommen jedoch in den meisten Fällen zu schwach, um das Potential solidarischen Handelns in Gang zu setzen.<sup>75</sup> Daher thematisiert Habermas (1992: 444) die *Zivilgesellschaft*, worunter er ein Netz von freien Assoziationen in Form von (etwa Wohlfahrts-) Verbänden, (u.a. Menschenrechts- und Umwelt-) Organisationen und sozialen Bewegungen versteht. Diese nichtstaatlichen und nichtökonomischen Zusammenschlüsse und Assoziationen auf freiwilliger Basis sind seiner Auffassung nach der Raum für problemlösende Diskurse zu Fragen allgemeinen

---

<sup>74</sup> Massenmedial verstärkte Kommunikationsnetze sind aber keinesfalls unkritisch zu betrachten. (Siehe etwa Baringhorst 1999) Die Massenmedien können zwar soziale Probleme mit einer ungeheuren Distributionskraft bekannt machen, wodurch nicht zuletzt die Dimensionen der Öffentlichkeit ins Globale gesteigert sind und damit die medientechnologische Basis für die Überschreitung der nationalen Wir-Gemeinschaft und einer universalen Solidarität gelegt ist. Dabei haben die Medien einen starken Einfluß auf die Wahrnehmung von Themen und auf die Einschätzung ihrer Wichtigkeit. Sie sind allerdings gezwungen, die Fülle potentieller Informationen nach eigenen Opportunitätskriterien zu filtern, die sich selten nach Bedürftigkeit oder Dringlichkeit richten, sondern vor allem nach ästhetischen Kriterien. Dabei werden Publikumsgeschmack und die Präferenzen von Werbekunden leicht zur obersten Instanz der Problemauswahl. Zudem werden die Probleme häufig unzulässig vereinfacht. (Baringhorst 1999: 55, 60) Diese Tendenzen werden außerdem noch durch wachsende Kommerzialisierung und höheren Konkurrenzdruck verschärft.

<sup>75</sup> Eine Ausnahme sind spontane Massenproteste oder -bewegungen, die jedoch schnell ziellos werden, wenn keine Fokussierung und Richtungsbestimmung durch zivilgesellschaftliche Elemente stattfindet.

Interesses. Als ein Forum von Solidaritäten ist demnach die Zivilgesellschaft die "Verankerung" der Öffentlichkeit in der primär verständigungsorientierten Lebenswelt; sie soll das "organisatorische Substrat jenes allgemeinen, aus der Privatsphäre gleichsam hervortretenden Publikums von Bürgern (bilden), die für ihre gesellschaftlichen Interessen und Erfahrungen öffentliche Interpretationen suchen und auf die institutionalisierte Meinungs- und Willensbildung Einfluß nehmen." (Ebenda) Ohne den Unterbau solcher assoziativer Strukturen könnten demnach beispielsweise politische Parteien und Regierungen sehr viel schwerer bewegt werden, bestimmten Themen von öffentlichem Belang Priorität einzuräumen. (Siehe Offe 1994: 122) Assoziative Kontexte haben nach dieser Auffassung für die Solidarität eine katalysatorische Funktion: sie kommen einerseits nur mit Hilfe von Solidarität in Gang, andererseits konstituieren sie Handlungen, in denen Fragen nach Gerechtigkeit und Solidarität des Handelns der Beteiligten überhaupt erst aufkommen. Diese katalysatorischen Funktionen erfüllen die Verbände und andere Institutionen der gesellschaftlichen Interessenpräsentation und -vermittlung dadurch, daß sie in sozialer, sachlicher und zeitlicher Hinsicht Erwartungsstabilitäten und Vertrauensverhältnisse miterzeugen, deren Abwesenheit zu einer Überforderung moralischer Kapazitäten führen würde. (Offe 1989: 764f)

Damit stellen das Rechtssystem und eine Öffentlichkeit, welche über eine unterstützende Zivilgesellschaft verfügt, laut Habermas ein wichtiges Potential zur Einspeisung lebensweltlicher Belange in systemische Prozesse dar. Das Rechtssystem verleiht der Lebenswelt Macht zur Durchsetzung ihrer gerechtfertigten Belange, während Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft dem Rechtssystem Rückendeckung durch zusätzliche kommunikative Macht verschaffen sollen (Habermas 1992: 182ff, 365), indem sie die Ressourcen einer lebendigen und substantiellen Intersubjektivität darstellen.

### ***Zusammenfassung***

Habermas stimmt mit Durkheim darin überein, daß sich Interaktionszusammenhänge nicht allein aufgrund strategischer Operationen zu stabilen Ordnungen verstetigen lassen. So kann man Durkheim mit Habermas dahingehend interpretieren, daß z.B. das Durkheimsche Problem der nichtvertraglichen Grundlagen des Vertrages zu seiner Lösung des lebensweltlichen Hintergrundkonsenses bedarf, um etwa im Rahmen der Durchführung der Vertragsbestimmungen Auslegungsprobleme bewältigen zu können. In dem Maße, wie sich der unhinterfragte tradierte Grundkonsens einer Gesellschaft auflöst und die Staatsgewalt ihre sakrale Rückendeckung verliert, kann sich die Einheit des *Kollektivs* nurmehr als *Einheit einer Kommunikationsgemeinschaft*, nämlich über einen in der politischen Öffentlichkeit kommunikativ erzielten Konsens, herstellen und erhalten. Daher muß die Gesellschaft nach Habermas' Auffassung und bei Strafe massiver Zivilisationsverluste *letztlich* über kommunikatives Handeln integriert werden.

Die Kräfte der Solidarität lassen sich also nach Habermas (1981, 1992) heute nur noch in den Formen kommunikativer Selbstbestimmungspraktiken regenerieren. Die kommunikative Rationalisierung der Lebenswelt läßt sich damit in gewisser Hinsicht als Analogie zu Durkheims Konzeption der Ablösung der mechanischen Solidarität durch organische Solidarität auffassen. Insofern haben wir bei Habermas in den kommunikativen Selbstbestimmungspraktiken ein Moment

gefunden, das in seiner Funktion demjenigen der organischen Solidarität bei Durkheim in vielerlei Hinsicht entspricht. Dabei bestehen jedoch auch deutliche Unterschiede. So kann etwa bei Habermas auf die unhinterfragten Grundlagen der Lebenswelt, also die tradierten Sinnbezüge, Praktiken, Orientierungen etc. niemals ganz verzichtet werden, während die mechanische Solidarität bei Durkheim im Verschwinden begriffen ist. Überkommene lebensweltliche Praktiken und die kommunikative Praxis stehen auch nicht - wie mechanische und organische Solidarität bei Durkheim - in einem strikten Gegensatz zueinander, sondern ergänzen sich im Gegenteil wechselseitig. Es handelt sich mehr um eine - wenn auch fortschreitende, so doch immer nur partielle - Umstellung der Lebenswelt, nicht um ihre vollständige Substitution. Ferner kann man davon ausgehen, daß Ergebnisse von Verständigungsprozessen im Laufe der Zeit selber zu Traditionen sedimentieren. Es handelt sich somit bei Habermas um einen Prozeß ständiger Umgestaltung und nicht wie bei Durkheim um einen einmaligen Substitutionsakt im Rahmen eines Zweiphasenmodells.

Insofern kann an dieser Stelle festgestellt werden, daß Habermas in seiner Theorie kommunikativen Handelns einen Begriff von Solidarität begründet hat, der die Position, die Durkheim für die organische Solidarität vorgesehen hat, in der modernen Gesellschaft einnehmen kann.

Wie bei einem so großen Wurf wie der "Theorie des kommunikativen Handelns" einschließlich der Folgeschritten nicht anders zu erwarten, ist Habermas' Ansatz von verschiedenen Seiten der Kritik ausgesetzt worden, wobei ich mich im Folgenden auf drei Punkte beschränken werde.

a) In das Kreuzfeuer der Kritik ist schon zu Beginn vor allem das Konzept der Rationalisierung der Lebenswelt geraten. Die Hauptlinie dieser Kritik rankt sich dabei um die Frage der *Praktikabilität von Diskursen*. In diesem Zusammenhang ist besonders die Vorstellung einer "idealen Sprechsituation", in der die normativen Minimalbedingungen festgehalten sind, unter denen eine zwischenmenschliche Verständigungssituation - also ein Diskurs - zur gemeinsamen wechselseitigen Selbstvergewisserung und Selbstgesetzgebung führen kann, immer wieder problematisiert worden. Trotz der enormen Relevanz dieser zentralen Institution für die Theorie ist die Frage nach dem konkreten Prozedere bis heute weitgehend offen geblieben. Wie Habermas (1992: 395) selbst zugibt, stellt dieses Modell die Informations- und Entscheidungskosten der Kommunikationsabläufe nicht in Rechnung, berücksichtigt nicht die begrenzten kognitiven Verarbeitungskapazitäten einfacher horizontal vernetzter Kommunikation und abstrahiert insbesondere von der ungleichen Verteilung der Aufmerksamkeit, der Kompetenzen und des Wissens innerhalb eines Publikums. Es ignoriert auch Einstellungen und Motive, die die Verständigungsorientierung durchkreuzen können, ist also blind für den Egozentrismus, die Willensschwäche, die Irrationalität und Selbsttäuschung der jeweils Beteiligten. (Ebenda) Im Lichte dieser starken Idealisierung der Sprechsituation können vor allem Einsichten der System- und Entscheidungstheorie unschwer die Faktizität einer Welt sichtbar machen, die *anders* eingerichtet ist. Auch können dogmatische Weltbilder und rigide Muster der Sozialisation für einen diskursiven Gesellschaftsmodus Sperren bilden. (Ebenda) Ebenso kann Desinteresse an vorhandenen sozialen Problemlagen - erzeugt durch eine von Konsum- und Konkurrenzorientierungen deformierte Lebenswelt - ein Hindernis bilden, den Aufwand eines



diskursiven Verfahrens auf sich zu nehmen. Wie Habermas (ebenda: 396) selbst konstatiert, wird aus diesen Gründen keine komplexe Gesellschaft je völlig dem Modell reiner kommunikativer Vergesellschaftung entsprechen können. Daraus folgt aber nicht, daß nicht dennoch Annäherungen an dieses Modell versucht werden können (und müssen). Nicht nur stellt das Modell des herrschaftsfreien Diskurses mit dem Primärziel gegenseitiger Verständigung eine unverzichtbare Meßlatte für die Rationalität der Integration moderner Gesellschaften dar, unterhalb der Differenzierungsschwelle der Spezialcodes gesellschaftlicher Teilsysteme steht außerdem gar keine andere Ressource als eine gesellschaftsweit zirkulierende Umgangssprache zur Verfügung, die soweit wie möglich auf rationalen Grundlagen aufbauen sollte, wenn man ernsthafte Probleme vermeiden will. Die Lebenswelt bleibt letztlich der einzige Resonanzboden für Probleme der Sozialintegration, und nicht zuletzt wirken die negativen Externalitäten der Systeme weiterhin unablässig auf sie ein, wodurch früher oder später Debatten evoziert werden, deren Qualität wiederum anhand der Meßlatte des Diskursprinzips bestimmt werden kann.

b) Das rationale Konzept von Habermas verfügt nur über eine *sehr schwache motivationale Basis*, was ihm den Vorwurf eingetragen hat, anspruchsvoll und kraftlos zugleich zu sein. Problematisiert wird in diesem Zusammenhang insbesondere das Vorhaben, gelebte Tradition durch reflektierte Prinzipien zu ersetzen. Bei Habermas werden - so diese Kritik - die Subjekte auf ihre intelligible Argumentations- und Rechtfertigungskompetenz hin vereinseitigt. Insofern sind es nicht die konkreten Handlungsakteure, sondern idealisierte Personen, die den Subjektbegriff der Diskursethik bestimmen. Durch diese kognitivistischen "Verzerrungen der praktischen Vernunft", so Taylor (1986, zitiert nach Bienfait 1999: 188f), verfehle die Diskursethik im Vorab den Bezug zum konkreten empirischen Subjekt.<sup>76</sup> Moralische Normen, so sehr sie auch unter funktionalen Gesichtspunkten für komplexe Systeme bestandswichtig sind, sind nach Auffassung der Kritiker nicht durch die Funktionalität selber motiviert, sondern entspringen einer unerzwungenen und gar nicht erzwingbaren moralischen Bindung des Handelnden. Motiv und Funktion fallen daher bei einer rationalisierten Lebenswelt auseinander, und die rationalen Diskurse bekommen es mit einem nicht zu unterschätzenden Motivationsproblem zu tun, das sie selber gar nicht lösen können. (Siehe auch Offe 1989: 759) Auch dieses Problem wird von Habermas (1987: 13f; 1992: 148 u. 566) selber gesehen: "Jede posttraditionale Moral verlangt eine Distanzierung von den Selbstverständlichkeiten unproblematisch eingewöhnter Lebensformen. Die von der konkreten Sittlichkeit des Alltags entkoppelten moralischen Einsichten führen nicht mehr ohne weiteres die motivierende Kraft mit sich, welche die Urteile auch praktisch wirksam werden läßt".<sup>77</sup> (Habermas 1992: 566)

<sup>76</sup> Ferner wäre zu erwägen, ob es nicht eine weit verbreitete Tendenz zum Egoismus gibt, eine verborgene Sorge um die Befriedigung der eigenen Bedürfnisse, die nach Gouldner (1984: 101) durchaus empirisch gerechtfertigt erscheint. Wenn derartige Annahmen über egoistische Dispositionen gültig sind, müßte das Verhältnis von Rechten und Pflichten für jeden einzelnen einer ständigen Spannung ausgesetzt sein, und jeder würde sich demnach zumindest *etwas* aktiver um die Verteidigung und Ausweitung der eigenen Rechte kümmern als um die Verteidigung und Berücksichtigung der Rechte des anderen. (Ebenda)

<sup>77</sup> Wolfgang Engler treibt diese Kritik noch ein Stück weiter: Er sieht nicht nur ein motivationales Problem, sondern geht darüber hinaus von latenten Sinnbeständen aus, die gar nicht zur Debatte gestellt werden: "Man macht sich eine völlig verdrehte Vorstellung von der Demokratie, wenn man sie als eine einzige große Diskursgemeinschaft auffaßt. Nicht nur, weil ihre kräftigsten Wurzeln sehr viel tiefer reichen, sondern vor allem

Sowohl hinsichtlich der Praktikabilität von Diskursen als auch der Problematik der Motivation haben wir es mit einer spezifischen Spannung zwischen philosophischem (bzw. sozialwissenschaftlichem) Professionalismus und den Eigenheiten der Lebenswelt zu tun. Die Anforderungen, die von der Theorie an die Personen gestellt werden, stellen in der Tat ein Manko dar, das nicht auf die leichte Schulter genommen werden kann. In diesem Zusammenhang stellt sich mit großer Dringlichkeit die Frage, inwiefern solch eine Theorie in der Gesellschaft verankert werden kann. Wie könnte der Laie davon überzeugt werden, einer solchen philosophischen (sozialwissenschaftlichen) Theorie zu vertrauen? Über solchen Theorien schwebt erfahrungsgemäß die Möglichkeit, daß sie durch neue Argumente verflüssigt, relativiert oder gar verworfen werden. Oft erleben Laien sie daher als unbeständig und wenig verlässlich. Die Frage der Motivation nimmt in dieser Arbeit eine zentrale Stellung ein und wird uns im Folgenden noch weiter beschäftigen.

c) In diesem Zusammenhang ist das Konzept einer "kritischen Öffentlichkeit", wie Habermas es in "Faktizität und Geltung" entwirft, von Belang. Jedoch zeigen sich auch hier bestimmte Probleme, womit wir zum letzten Kritikpunkt kommen. Gerade vor dem Hintergrund der eigens problematisierten Kolonialisierung der Lebenswelt durch strategische Funktionsimperative (vergl. Habermas 1981 II: 229f u. 292f) ist Habermas' Vertrauen in die verständigungsorientierte Diskursivität der "Öffentlichkeit" nicht unproblematisch. Habermas' Begriff der Öffentlichkeit hält nämlich an der klassischen "Utopie bildungsbürgerlicher Diskursivität" (Eder 1995: 276) fest, die aber vor dem Hintergrund der neuen Öffentlichkeit in fortgeschrittenen Industriegesellschaften fragwürdig ist. Die "chaotische" und "unkoordinierte" Pluralität von Themen, Akteuren, Trägergruppen und Interessen relativiert die Chancen einer Konsensfindung, insbesondere indem sie die Berücksichtigung von "Konkurrenzeffekten", "Free-Rider-Phänomenen" und dem strategischen Gebrauch der Öffentlichkeit zu egoistischen Zwecken verlangt. (Ebenda: 272ff) In dieser neuen Öffentlichkeit, in der die Institutionalisierung "kommunikativer Macht" zum vordringlichen politischen Mittel wird, dient Kommunikation eben nicht mehr allein und noch nicht einmal in erster Linie der kooperativen Wahrheitsfindung und konsensuellen Integration, sondern auch der Durchsetzung eigener partikularer Interessen und dem strategischen Mißbrauch kommunikativ erzeugter Macht gegen andere. (Bienfait 1999: 206) Habermas trivialisiert diese Entwicklung, indem er auf den Einwand einer möglichen Instrumentalisierung der Öffentlichkeit durch die Machtinteressen professioneller kollektiver Akteure (Verbände, Parteien, Machteliten) entgegnet, daß sich deren Glaubwürdigkeit durch das Publikwerden ihres Gruppenegoismus verlieren würde. (Vergl. Habermas 1992: 440f u. 453f) Damit werden aber die Aspekte professioneller Medienmanipulation ausgeblendet. (Siehe Bienfait 1999: 206 (Fußnote)) In diesem Zusammenhang fällt auch auf, daß sich Habermas aus den Momenten von Rechtssprechung und Öffentlichkeit - sowie ihrem Zusammenspiel

---

deshalb, weil sie auf eine wahrhaft existentielle Weise von dem zehrt, was nicht zur Debatte steht, nicht diskutiert und nicht in Frage gestellt wird." (Engler 1997: 10) Hier stellt sich allerdings die Frage, wie Engler den Bestand solcher Ressourcen konstatieren kann, ohne sie benennen zu können. Verzichtet er auf eine Benennung, erhebt sich der Verdacht, daß er mit ungedeckten Schecks handelt, benennt er sie jedoch, dann hebt er sie aus ihrer Latenz heraus und befördert sie in die sprachliche Manifestation hinein, womit sie im gleichen Zuge eben doch zur Debatte gestellt würden.

- einseitig die positiven Momente zur Untermauerung seiner Thesen heraussucht. Aber man kann als Gegenbeispiele auch partikularistische Phänomene finden, z.B. das Zusammengehen von Fremdenfeindlichkeit in der Öffentlichkeit mit einer restriktiven Handhabung des Ausländerrechts in der Rechtssprechung. Nicht zuletzt weist z.B. Heitmeyer (1997: 60) darauf hin, daß gegenwärtig eine rapide Flucht aus den Verbänden, Parteien, Gewerkschaften etc. stattfindet. Mit Habermas muß man diese Abwanderung aus den Institutionen als eine Schwächung der Integrationskraft der Gesellschaft und der Problembearbeitungskapazität der Zivilgesellschaft interpretieren. Insgesamt darf man also feststellen, daß die Öffentlichkeit bei weitem nicht den optimistischen Hoffnungen entspricht, die Habermas (1992) in sie investiert. Dies gilt auch zumindest in so mancher Hinsicht für die Rechtssprechung, etwa wenn sie die Gefahren, die Asylbewerber für Leib und Leben drohen, ignoriert, und nicht zuletzt ist eine Schrumpfung bei den zivilgesellschaftlichen Akteuren zu verzeichnen. Aber auch hier gilt wie schon beim ersten Kritikpunkt, daß die negativen Externalitäten der Systeme weiterhin unablässig auf die Lebenswelt einwirken und durch die daraus resultierenden Problemlagen können öffentliche Debatten evoziert werden, bei denen niemals ausgeschlossen ist, daß sie auch einen hohen Grad an Rationalität erlangen, was nicht zuletzt von den Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Akteure abhängt. (Siehe Habermas 1992: 444)

Fazit: Habermas gelangt, ausgehend vom Konzept der herrschaftsfreien Kommunikation, zu dem Schluß, daß die einzige Quelle für eine Solidarität in modernen Gesellschaften - jedenfalls sofern sie über ein konservatives angesichts neuer Entwicklungen zunehmend problematischer werdendes Beharren auf tradierten Beständen hinausgehen soll - in der säkularisierten Vernunft der Bürger selbst liegt. Insofern haben wir mit dem Entwurf einer rationalisierten Lebenswelt ein funktionales Äquivalent für das gescheiterte Konzept der organischen Solidarität ausfindig machen können. Es ist jedoch keineswegs sicher, daß sich die Lebenswelt, die gegenwärtig sowohl Kampfplatz als auch Beute einer Auseinandersetzung zwischen Diskursen und Kolonialisierung darstellt, als rationalisierte Lebenswelt - und damit als Hort der Vernunft und einer erneuerten Solidarität - erhalten kann. Die Diskurse stoßen auf nicht eben unerhebliche Probleme der praktischen Umsetzung, und auch die Prognosen für eine mit diesem Projekt einhergehende und unterstützende kritische Öffentlichkeit bzw. "Civil Society", die beide ihrerseits auf der Grundlage kommunikativer Selbstbestimmungspraktiken aufrufen müßten, stehen zur Zeit nicht allzu günstig. Aber insbesondere ein solcher Rahmen wird von den Bürgern benötigt, um eine Praxis zu begründen, in welcher sie freiwillige solidarische Bindungen und entsprechende Verpflichtungen wahrnehmen können. Es ist jedoch nicht ausgemacht, daß die gegenwärtigen Trends und Befunde das letzte Wort sind.

## **D. Motivationale Aspekte von Solidarität**

Die Überlebensfähigkeit von Gesellschaften hängt in nicht geringem Maße davon ab, daß sie die für ihren eigenen Erhalt notwendigen Motivstrukturen in ihren Mitgliedern auszubilden vermögen. Dazu bedarf es eingehenderer Mittel als des Zwangs, höherer als der Selbstsucht, verlässlicherer als der philosophischen Theorie, beständigerer als der Übereinkunft, kurz etwas, das die Herzen aller

besetzt, um solidarisches Handeln zu begründen. (Siehe Tyrell 1985: 200) Damit begeben wir uns auf das Feld der Motivation. Ich werde in diesem Zusammenhang im Folgenden die Thematik der gelebten Tradition, die seit geraumer Zeit insbesondere von den Kommunitaristen aufgeworfen wird, sowie das auf Emotionen gründende Solidaritätskonzept von Richard Rorty diskutieren.

#### **4) Kommunitarier**

Motivationale Fragen sind zwar im Zusammenhang dieser Arbeit zentral, sie stellen aber nur einen Teilaspekt innerhalb der kommunitaristischen Denkrichtung dar. Diese Denkrichtung selbst entwickelte sich im Gegenzug zu liberalen Theorien, wobei insbesondere die Reaktion auf das Buch "Eine Theorie der Gerechtigkeit" von John Rawls den Gründungsimpetus geliefert hat.<sup>78</sup>

Zu den bekanntesten Kommunitariern zählen die Philosophen Alasdair MacIntyre und Charles Taylor, die Soziologengruppe um Robert Bellah, der Ökonom Amitai Etzioni, der Historiker Christopher Lasch und der politische Theoretiker Michael Walzer.<sup>79</sup> Ihre ansonsten sehr verschiedenen Arbeiten werden durch die zeitdiagnostische Einschätzung zusammengehalten, daß die Auszehrung religiöser und republikanischer Traditionen das Schlüsselproblem moderner Demokratien sei. "Freisetzung", "Enttraditionalisierung", "Erosion", "ontologische Bodenlosigkeit" oder "Desintegration" sind einige der zentralen Begriffe, mit denen Kommunitarier den Zustand der Moderne charakterisieren. (Dubiel 1987: 426; Kallscheuer 1995: 18; Keupp 1997: 286) Insgesamt bilden sie weniger eine einheitliche Denkschule als vielmehr eine "Familie" rationalismuskritischer Argumentationen. Das kommunitaristische Denken läßt sich interpretieren als ein Ausloten der Frage, welche sinnvollen (und politisch vertretbaren) Gestaltungsformen Gemeinsinn und Gemeinschaftlichkeit heute noch annehmen können. (Reese-Schäfer 1992: 306) Die wichtigsten Gemeinsamkeiten aller Kommunitarier bilden in diesem Zusammenhang die folgenden Punkte: a) die Kritik am atomistischen Menschenbild, b) die hermeneutische Methode c) die motivationale Frage, wonach die Motivation, Prinzipien umzusetzen, sich nicht unmittelbar aus der abstrakten Einsicht in diese Prinzipien ergibt. (Reese-Schäfer 1992: 7ff, Kersting 1993: 187)

Obwohl in dieser Arbeit vor allem der letzte Punkt interessiert, werden der Verständlichkeit und Vollständigkeit halber die beiden ersten Punkte ebenso vorgestellt. Dies ist auch wichtig für das Verständnis der Probleme, die mit dem kommunitaristischen Ansatz verknüpft sind.

##### *a) Kritik am atomistischen Menschenbild*

Die erste Gemeinsamkeit kommunitaristischen Denkens ist die Kritik am Bild des atomistischen Individuums. Die Kommunitarier werfen den "rationalen Ansätzen" - worunter neben Rawls und

---

<sup>78</sup> Rawls versucht in diesem Buch, den Typus des "rationalen Egoisten" zu überlisten, indem er ihn in eine Situation versetzt, in welcher er nur moralisch agieren kann. (Siehe auch S. 33f dieser Arbeit) Daß der rationale Egoist daher - wenn auch in einer sehr spezifischen Art und Weise - im Zentrum seines Buches steht, hat Rawls von kommunitaristischer Seite den Vorwurf des Atomismus eingetragen.

<sup>79</sup> Einen guten Überblick über die Positionen der Genannten bietet das von Honneth (1993) herausgegebene Buch.

anderen nicht zuletzt auch die Position von Habermas fällt - eine unangemessene Sozialanthropologie vor.

*Michael Sandel* war der erste, der auf das Buch von Rawls reagiert hat. Dreh- und Angelpunkt ist bei Rawls das ungebundene Selbst im Urzustand. Gerade dieses Konzept hält Sandel für eine schlechte Abstraktion, denn ohne das Bewußtsein, zu einer bestimmten Gemeinschaft zu gehören, ist seiner Auffassung nach die Individuation gar nicht möglich und das Bild des ungebundenen Individuums folglich nicht selbsttragend.<sup>80</sup> (Reese-Schäfer 1992: 13ff, 309; Sandel 1993: 29f) Ohne die substantiellen vorgängigen Solidaritätsgefühle, die Ego gegenüber Alter in konkreter Verbundenheit empfindet, ist nach Ansicht der Kommunitaristen nicht einmal die konstitutive Bereitschaft der Subjekte, sich freiwillig in den Rawlsschen Urzustand zu versetzen, zu denken. (Reese-Schäfer 1992: 216) Als Konsequenz aus dieser unterstellten Kontextvergessenheit des Urzustands besteht die kommunitaristische Forderung darin, die konkrete (ethische, ethnische, politische und kulturelle) Gemeinschaft als substantiellen Bestimmungsgrund der moral- und demokratietheoretischen Grundbegriffe zu revitalisieren. (Forst 1994: 14f) Der gemeinsame Nenner der kommunitaristischen Ansätze läßt sich diesbezüglich - und im Gegenzug zum "Atomismus" - als *Kontextualismus* bezeichnen. Es handelt sich hier genaugenommen um eine Frage der Anthropologie, also der Konstitution bzw. Verfaßtheit des Subjekts. Der Liberalismus - und darin sind, da sie vermeintlich<sup>81</sup> die jeweiligen spezifischen Besonderheiten ignorieren, *auch alle universalistischen Moralbegründungsprogramme eingeschlossen* - verfügt angeblich über das empirisch falsche Menschenbild. Es verhält sich nach kommunitaristischer Auffassung eben nicht so, daß sich fertige Individuen begegnen und zusammen die Gesellschaft begründen, sondern Subjekte werden zuerst in einem gesellschaftlichen Kontext sozialisiert und sind fest in diesem verwurzelt. Personen beziehen ihre Selbstverständigungsgrundlage daher schon immer aus einem bereitgestellten Vorrat an Beurteilungsperspektiven und bilden diesen nicht erst aus ihrem Eigeninteresse (und sei es auch ein "wohlverstandenes" à la Rawls). (Kersting 1993: 191) Die Identität ergibt sich damit erst aus der Geschichte und dem Sozialisationsprozeß jedes einzelnen. An den Liberalismus gerichtet, folgt daraus: auch was Freiheit heißt, was es bedeutet, sein eigener Herr zu sein, läßt sich gar nicht jenseits der gesellschaftlich geteilten Bedeutungen von Ehre, Würde, Unabhängigkeit, Solidarität und Ungerechtigkeit bestimmen. Ein vollkommen freies und rational handelndes Individuum müßte man sich nicht nur als jemanden ohne Geschichte und Herkunft, sondern auch ohne Charakter und moralisches Rückgrat vorstellen. (Reese-Schäfer 1992: 309; Kallscheuer 1995: 25) Auch die Normen und Tugenden sozialer Solidarität sind demnach kontextualistisch begründet. Eine Gesellschaft, die sich konsequent auf atomisierte, voneinander isolierte und ihrem Eigeninteresse

---

<sup>80</sup> Ein eindeutigerer Gegner als Rawls wäre eigentlich Robert Nozick gewesen. Die wohl radikalste neuere Version des "Atomismus" ist nämlich von diesem im Jahre 1974 mit seinem Buch "Anarchy, State and Utopia" vorgelegt worden. Dieses Buch gilt bis heute als eines der wichtigsten und am konsequentesten durchformulierten Dokumente dessen, was in Amerika die Bewegung der "Libertarians" ausmacht. Zu einer Auseinandersetzung mit Nozick siehe Kersting (1993: 163-183).

<sup>81</sup> "Vermeintlich" deshalb, weil der Vorwurf der Kontextignoranz auf die Theorielinie von Habermas allenfalls bedingt zutrifft, wie sich weiter unten zeigen wird.

folgende Individuen stützen will, untergräbt dagegen ihre eigenen Grundlagen. (Kallscheuer 1995: 25; Keupp 1997: 284; Reese-Schäfer 1994: 7)

Zu dieser anthropologischen Grundlagenannahme des Kontextualismus gesellt sich eine alarmierende Zeitdiagnose, wonach der unentbehrliche Bestand an gemeinsamen Werten, Normen, Tugenden und Moral äußerst gefährdet bzw. schon weitgehend erodiert ist. Neben Sandel hat sich unter den Kommunitariern besonders *Alasdair MacIntyre* in der Kritik am Atomismus hervorgetan.<sup>82</sup> Seine Hypothese ist, daß moderne Gesellschaften den Kontext ihrer moralischen Schlüsselbegriffe schon weitgehend verloren haben. (Reese-Schäfer 1994: 57) Von einem einstmals reichen Bestand an Tugenden sind heute allenfalls noch einige Restbestände und Trümmerstücke erhalten geblieben. Dennoch kommt es MacIntyre auf den Erhalt und die Intensität der Gemeinschaftsbande an, besonders weil man als Bürger einer gemeinsamen "Republik" vieles gemeinsam durchgemacht habe. Die Verbundenheit zum gemeinsamen Staat, zur "Republik", besteht nämlich auf der Grundlage einer gemeinsamen Geschichte und einer gemeinsamen Idee des Guten. Auf dieser Basis rehabilitiert MacIntyre (1993) den Patriotismus als moralische Grundlage.

Ein weiterer wichtiger Protagonist in diesem Zusammenhang ist der Soziologe *Robert Bellah* (1987), der mit einer Gruppe von Mitarbeitern eine großangelegte Feldstudie unternommen hat. Ihr zentraler Befund lautet, daß es vor allem unsere Sprache und damit die Interpretation unseres Handelns ist, die völlig vom individualistischen Liberalismus beherrscht sind. Dies stelle ein schweres Problem dar und es gehe demnach vor allem um die Wiedergewinnung einer Sprache für das reale gemeinschaftliche solidarische Handeln und einer gemeinsamen Moral. Sein Ziel ist die Erneuerung der Bürgergemeinschaft als integrativer Kern der modernen Gesellschaft. Dies verknüpft Bellah mit dem Projekt einer Zivilreligion als Gegenmittel gegen Korruption und Verfall der Republik; für den Zusammenhalt der Gesellschaft sei nämlich irgendeine Art von Religion unverzichtbar. (Reese-Schäfer 1994: 85)

Im Kommunitarismus geht es also um die Frage, ob eine Gesellschaft, die sich konsequent auf atomisierte, voneinander isolierte und ihrem Eigeninteresse folgende Individuen stützt, nicht letztlich ihre eigenen Grundlagen untergräbt. Und dies ist von Bedeutung sowohl in grundlagentheoretischer (anthropologischer) als auch in zeitdiagnostischer Hinsicht. Die Kommunitarier ziehen in Zweifel, ob das liberalistische Menschenbild ausreicht, um den notwendigen inneren Zusammenhalt, den "Gemeinsinn", und die erforderlichen Solidaritätspotentiale zu stiften. Die falschen anthropologischen Voraussetzungen bestärken demnach eine verhängnisvolle soziale Entwicklung. Das liberalistische Menschenbild hat nach dieser Auffassung seine eigene Basis heute schon weitgehend aufgebraucht, denn es kann für die unverzichtbaren Bürgertugenden einer Zivilgesellschaft - wie Zivilcourage und Gemeinsinn - keine überzeugenden Begründungen mehr liefern.<sup>83</sup>

---

<sup>82</sup> MacIntyre bietet in seinen Veröffentlichungen - anders als die meisten anderen Kommunitarier - keinerlei politisch-praktische Lösungen an, sondern beschränkt sich konsequent auf die Kritik. (Siehe Reese-Schäfer 1994: 55)

<sup>83</sup> In dieser Auffassung findet sich unter anderem auch der klassische Zweifel am Glauben an die vermittelnde Rolle des Marktes wieder. (Keupp 1997: 285)

Wie oben bereits angedeutet wurde, schließt Kritik am Atomismus auch Kritik am Universalismus ein, da dieser den jeweils spezifischen Kontext der involvierten Personen ignoriert. Es gibt nach Auffassung der Kommunitarier keinen idealen Standpunkt jenseits des sozialen Kontextes und daher kann kein vorausgesetzter neutraler Grundsatz in Wahrheit jemals neutral sein. Jedes scheinbar neutrale Verfahren spiegelt vielmehr eine bestimmte Konzeption des guten Lebens wider. (Habermas 1992: 376) Das gesellschaftlich konstituierte Individuum ist daher immer und unvermeidlich ein parteiliches, das sich unabhängig von den identitätsbildenden Zugehörigkeiten nicht erkennen und sich losgelöst von kulturellen Interpretationskontexten überhaupt nicht verstehen kann. Damit entbehrt der Universalismus jeglicher Grundlage. Auf den Punkt gebracht, bedeutet dies: man kann seinen eigenen Standpunkt niemals wirklich verlassen und ist daher notwendig immer partikularistisch in seinen Urteilen.

Das kommunitaristische Argument als genetischer oder konstitutionstheoretischer Einwand gegen "kontextvergessene" (Forst 1994) Theorieansätze ist zwar wertvoll, aber kritikwürdig sind viele kommunitaristische Konzepte im Hinblick auf geltungs- und verbindlichkeitstheoretische Fragen. Dies gilt insbesondere für den *substantialistischen Kommunitarismus* (ebenda), der den gesamten Bereich der moral- und politiktheoretischen Auseinandersetzung auf eine wiedererinnerte konkrete Sittlichkeit ausrichten will. Der zugrundeliegende "kommunitaristische Fehlschluß" (vergleiche Forst 1994: 35 u. 38f), d.h. der Schluß von der genetischen Vorgängigkeit der Werte und Identitäten auf ihre ontologische oder normative Priorität in Geltungsfragen, konzipiert eine politisch folgenschwere Festlegung des Moral- und Rechtsbegriffs auf eine vorgängige traditional fixierte Substanz, die ihrerseits alle Negativität der Freiheits- und Grundrechte ausschließt. (Bienfait 1999: 217f) Vor allem Alasdair MacIntyres "ethische Gegenaufklärung" (Tugendhat 1993: 197) reduziert auf diese Weise die individuelle Handlungs- und Zurechnungsfähigkeit zum "Akzidenz" einer gemeinschaftlichen "Substanz". Ein ähnlich problematischer Konstitutionsbegriff läßt sich auch bei Michael Sandel und Robert Bellah aufzeigen. Vor dem Hintergrund einer nicht differenzierten ungebrochenen Gemeinschaft herrscht das Konzept eines übersozialisierten radikal situierten Selbst vor und die Freiheit eines kritischen Individuums droht zur Marginalie zu werden bzw. ganz zu verschwinden. Die Person wird auf ihre Rolle als Gemeinschaftsmitglied reduziert und die Denkfigur eines kritisch distanzierten autonomen Individuums versinkt in einem Ethos der Konformität. (Siehe auch Bienfait 1999: 256) Man kann daher bei vielen Kommunitariern eine Überbetonung und Hypertrophie gemeinschaftsbezogener Werte und Normen ausmachen, die als Reaktion und in Antwort auf einen sich radikalisierenden Individualismus aufgekommen sind.

#### *b) Hermeneutische Methode*

Eine weitere wesentliche Gemeinsamkeit zwischen den verschiedenen Vertretern und Ausrichtungen des Kommunitarismus liegt in der hermeneutischen Methode. Die Kommunitarier treten nämlich für eine wissenschaftliche Argumentationsweise ein, die stark auf hermeneutischer Informiertheit bezüglich des sozialen und historischen Hintergrundes der betreffenden Gesellschaft beruht. Sie analysieren Regeln, Maximen, Konventionen und Ideale, die in der Alltagswelt schon enthalten sind,

wogegen sie die ihrer Ansicht nach realitätsfernen und inhaltsleeren Deduktionen der akademischen Moralphilosophie ablehnen. (Reese-Schäfer 1992: 307, 1994: 10) Für *MacIntyre* (1995: 288) beispielsweise ist der Mensch "ein Geschichten erzählendes Tier," das sich die Frage stellt: "Als Teil welcher Geschichte oder welcher Geschichten sehe ich mich?" In seiner Sicht ist die eigene Lebensgeschichte immer eingebettet in die Geschichte jener Gemeinschaft, aus der man seine Identität herleitet, auch wenn das Selbst keineswegs unbedingt "die moralischen Beschränkungen der Besonderheit jener Gemeinschaftsform anerkennen muß." (Ebenda: 295) Statt an universalistischen Grundsätzen, also dem Begründungsdenken der Moralphilosophie, festzuhalten, geht es den Kommunitariern darum, sich mit hermeneutischen Aufgaben zu bescheiden, d.h. sich mit der Interpretation der tradierten Lebensform und der in sie eingelagerten Wertmuster und Verpflichtungen zu begnügen. Dabei ist das kommunitaristische Denken bezüglich der vorgefundenen Wertmuster und Verpflichtungen keineswegs nur affirmativ, sondern auch - vor allem bei *Michael Walzer* - kritisch gemeint. Auch Walzer bestreitet jedoch, daß es einen sicheren Punkt außerhalb unserer Gesellschaft geben kann, von dem aus die überlegene Perspektive des Kritikers eingenommen werden kann. (Reese-Schäfer 1992: 307) Kritik an herrschenden Zuständen ist demnach nämlich nur als "interne Gesellschaftskritik" möglich. Im Gegensatz zur Idee einer reinen Vernunftmoral bedarf diese einer historischen Hermeneutik ethischer Wertvorstellungen. Im gleichen Zuge soll moralische Empfindsamkeit eine Schlüsselrolle einnehmen. (Kallscheuer 1995: 24) Ohne Zweifel kann unter den Kommunitaristen *Michael Walzer* (insbesondere 1990) als derjenige aufgefaßt werden, der sich am weitestgehenden einer *kritischen Hermeneutik* gewidmet hat. Aber auch nach seiner Auffassung muß die kritische Interpretation dort beginnen, wo wir bereits stehen, denn wo wir stehen, da ist bereits ein wertvoller Ort, sonst hätten wir uns dort nicht niedergelassen. (Walzer 1990: 26) Produktive Kritik bezieht sich auf die Normen, denen sich die Gesellschaft verpflichtet fühlt, und vergleicht sie mit dem Zustand der Gesellschaft selbst. Allein auf der Grundlage einer derartigen immanenten Kritik, die von den tatsächlichen Lebensverhältnissen der Menschen ausgeht, läßt sich eine übergreifende Moral denken. (Ebenda) Prinzipien sind also niemals rein, sondern tragen immer die Spuren ihrer sozialen Herkunft. Im Gegensatz zur Idee einer reinen Vernunftmoral bedarf "interne" Gesellschaftskritik daher einer historischen Hermeneutik ethischer Wertvorstellungen. Gemeinschaftswerte orientieren sich hier zugleich am "universalistisch-ethischen Gut" der Freiheit des einzelnen und an seinem grundrechtlich verbürgten Schutz, aber selbst dieser geht letztendlich auf die Normen der vorgefundenen Gemeinschaft zurück. Diese ist nach Walzers Auffassung in sich so heterogen<sup>84</sup>, daß ein großer Fundus an Grundlagen für Kritik besteht.

---

<sup>84</sup> Als eindruckliches Beispiel für diese Auffassung von gesellschaftlicher Heterogenität kann man u.a. Walzers Buch "Sphären der Gerechtigkeit" aus dem Jahr 1983 (deutsch 1992) heranziehen. Darin unterteilt Walzer die Welt in elf verschiedene Geltungs- und Gerechtigkeitsphären, was der Pluralität der güterbezogenen Anerkennungs- und Rechtfertigungskontexte entsprechen soll, in denen problem- und themenspezifisch begrenzte kritische Interpretationen über den jeweiligen Stand der gerechten Verteilung durchgeführt werden können. Die gleichzeitige Zurückweisung sowohl substantieller als auch formaler Einheitsvorstellungen wird zum Schlüssel eines Konzepts "komplexer Gleichheit", die Walzer detailliert in diesem Buch darstellt. Nicht die Zersplitterung, sondern die institutionellen Entdifferenzierungen stellen aus dieser Sicht das Problem der modernen Freiheit dar - etwa die unheilvolle Allianz zwischen ökonomischem Reichtum und politischer Macht.



Dennoch bleibt Walzers Theorie letztlich partikularistisch, er muß sich nämlich mit seiner "Hermeneutik der Kritik" auf das kontingente Vorhandensein der jeweils benötigten Kritikbestände verlassen. Was soll der Kritiker aber tun, wenn die von ihm benötigten Kritikbestände nicht vorhanden sind, weil er selber gerade dabei ist, eine moralische Pionierleistung zu vollbringen? Originär neue Ideen und Konzepte sind nach kommunitaristischer Auffassung als Grundlage für Kritik oder solidarisches Handeln nicht zulässig. Hier stellt sich aber die Frage, wie unsere Kultur überhaupt zu ihrem gegenwärtigen großen Fundus an Moral gekommen ist, denn wenn die Menschen immer nur auf Bekanntes zurückgegriffen hätten, dann könnten sie eigentlich über einen - wie auch immer gearteten - Naturzustand nicht hinausgekommen sein.<sup>85</sup> Die Schwäche von Walzers Denken liegt darin, daß gerade Überschreitungen des bisher Üblichen in der Tat leichter aus universalistischen, vernunftrechtlichen oder ähnlichen Positionen zu begründen sind. Nach Walzer reicht ein Normativismus und Universalismus aus, der auf reflexive Weise aus den schon vorgefundenen Überzeugungen herausgearbeitet wird, (Reese-Schäfer 1992: 30f) während radikale Kritik und Veränderung bei Walzer nicht vorgesehen sind. (Reese-Schäfer 1994: 126f) Die Moral unterliegt also lediglich der ständigen Diskussion und dem ständigen Streit um die richtige *Auslegung*, nicht aber um ihre prinzipielle *Richtigkeit*. An diesem Punkt bleibt Walzer stehen, während Habermas einen Schritt weiter geht, nämlich hin zur Reflexion auf die gemeinsame Basis dieses Streits in der gegenseitigen Anerkennung der Diskursteilnehmer. (Ebenda: 128) Ein weiteres Problem von Walzers Ansatz liegt dort, wo der Kommunitarier es mit verbrecherischen Gemeinschaften zu tun bekommt, etwa mit einer Nazi-Gemeinschaft. Auch dort könnte er dann im Grunde nur eine Kritik "von innen" akzeptieren. Dieses Problem bleibt ungelöst. In diesem Punkt erweist sich der kommunitaristische Universalismus nicht zuletzt begrenzt auf die Tendenz zur Verallgemeinerung der westlichen Lebensform.<sup>86</sup> (Ebenda: 167)

### c) Motivationsprobleme

Eine letzte Gemeinsamkeit aller Kommunitarier besteht in der Auffassung, daß die Motivation, Prinzipien umzusetzen, nicht unmittelbar aus der abstrakten Einsicht in diese Prinzipien resultiert. (Reese-Schäfer 1992: 310) Motivation entspringt dagegen für die Kommunitarier allein aus

---

(Walzer 1992: 49ff, 53ff, 73ff) In diesem Zusammenhang warnt Walzer auch vor den Gefahren "tugendhafter" lokaler Mehrheiten.

<sup>85</sup> Man kann nun natürlich erkenntnistheoretische Erwägungen darüber anstellen, wie überhaupt das "Neue" in die Welt kommt. Walzer mag insofern Recht haben, als daß neue soziale Prinzipien, Grundvorstellungen etc. immer Rekombinationen aus den Materialien eines überkommenen Fundus darstellen bzw. ein Moralimport aus anderen Kulturkreisen unvermeidbar an bereits Vorhandenes anknüpfen muß, um überhaupt rezipiert werden zu können. Aber dann würden auch die theoretischen Entwürfe von Rawls, Habermas und anderen Moraltheoretikern Rekombinationen tradiert Kulturbestände darstellen, und es würde sich die Frage stellen, worin sich Walzers Hermeneutik prinzipiell von solchen moralphilosophischen Überlegungen unterscheidet.

<sup>86</sup> Ein besseres Beispiel als Nazi-Gemeinschaften wäre das aktuelle Thema der Klitorisbeschneidungen von Mädchen und jungen Frauen in vielen afrikanischen Ländern. Im Fall von Nazi-Deutschland könnte Walzer auf die humanistische Tradition der deutschen Kultur verweisen, die somit über eigene Potentiale einer intrakulturellen Kritik an der Unkultur der Barbarei verfügt hätte, was bekanntlich empirisch leider nahezu bedeutungslos blieb. Im Falle der Klitorisbeschneidungen könnte es ja sein, daß die entsprechende Kultur über keine eigenen kritischen Konzepte verfügt (was allerdings erst noch empirisch zu klären wäre). Ein Anhänger Walzers müßte dann dieser Praxis tatenlos zusehen, denn er hätte keine moralische Grundlage für eine Intervention.

gemeinsamen Bindungen und Nähe. Gegenüber diesen Momenten verhält sich der Universalismus liberaler Theorien aber neutral. Indem sie die Bedeutung partikularer Loyalitäten und Solidaritäten ignoriert, so die Kritik der Kommunitarier, schließt die moderne Ethik die konkrete Situiertheit der Individuen in ihrem sozialen Kontext aus und übersieht damit zugleich die wichtigste Quelle für die Motivation zum moralischen Handeln. Ein Minimum an Identifikation und Nähe ist nämlich unverzichtbare Grundlage für Engagement bzw. die Bereitschaft, Verzicht für andere zu leisten. (Siehe Reese-Schäfer 1992: 310; Bayertz 1998: 15) Aus dieser Auffassung rührt nicht zuletzt die Sorge vieler Kommunitarier, daß moderne Gesellschaften an ihrer Unfähigkeit scheitern, die für die eigene Reproduktion unerläßliche Motivationsbasis zu erzeugen. Den Gesellschaften mangle es an Gemeinsinn, daher seien sie zum eigenen Erhalt und zur eigenen Reproduktion unfähig. Nach Ansicht der Kommunitarier kann kooperatives Handeln - sei es nun gegen eine Kolonialisierung der Lebenswelt oder auch einfach im Sinne von Handlungskoordination zum Nutzen aller - nämlich nur in und durch eine tatsächlich bestehende Gemeinschaft stattfinden; ohne diese "Bürgersolidarität" (Taylor) schwinde dagegen der lebensweltliche Humus, der auch und gerade für entwicklungsfähige Demokratien von Bedeutung sei. (Bohnet u. Frey 1994: 455; Reese-Schäfer 1994: 8; Kallscheuer 1995: 20) Kommunitaristische Kritik beinhaltet daher stets Forderungen nach einer *Revitalisierung kollektivistischer Tugenden* und der *Stärkung partikularer(!) Gemeinschaftsbindungen*.<sup>87</sup> (Reese-Schäfer 1992: 312)

Hinsichtlich der Thematik der Motivation hat sich besonders *Charles Taylor* hervorgetan. Er strebt eine Wiederbelebung der Solidarität der Staatsbürger an. In der dialektisch-reflexionstheoretischen Tradition von Hegel stehend, geht es ihm um die Anerkennung des Allgemeinen, die Menschen im geistigen Sinne verbinde. Solidarität ist demnach unteilbar und insofern ein einheitsstiftender Wert. Die Gesellschaftsmitglieder definieren sich in diesem Zusammenhang als Beteiligte am gemeinsamen Unternehmen der Wahrung ihrer Bürgerrechte. Der Antrieb dafür "kann nur aus einem Gefühl von Solidarität kommen, das die allgemeine Verpflichtung zur Demokratie übersteigt und mich mit jenen anderen, meinen Mitbürgern, verbindet." (Taylor 1993, zitiert nach Keupp 1997: 290) Sinn für gegenseitigen Respekt ist hierfür eine wichtige Bedingung. Besonders die Erfahrungen sozialer Ungleichheit bedrohen die demokratischen Grundwerte und deshalb kommt den "Einrichtungen des Wohlfahrtsstaates" eine so zentrale Bedeutung zu. Dieser hat entscheidend dazu beigetragen, daß die Bürger sich gegenseitig eine gewisse Achtung bezeugen. In dieser Auffassung unterscheidet sich Taylor aber sehr stark von den meisten anderen Kommunitariern, die dem Sozialstaatsgedanken entgegenhalten, daß er einerseits ein erhebliches finanzielles Engagement der Bürger einfordert, andererseits lediglich auf abstrakten Rechtsansprüchen des einzelnen gegründet ist. Abstrakte Rechtsansprüche vermögen aber das erforderliche hohe finanzielle Engagement der Bürger füreinander nicht zu gewährleisten. Gerade hier zeigt sich die Problematik der Motivationsschwäche besonders deutlich. (Reese-Schäfer 1992: 310, 1994: 22) Taylor tritt daher im Interesse des Erhalts

---

<sup>87</sup> Hier trifft sich die Motivationsthematik mit der Kritik am methodischen Atomismus, denn Kommunitarismus bedeutet in diesem Zusammenhang eine Wiederbelebung des Gemeinschaftsdenkens gegen die Vorstellung einer Gesellschaft isolierter und antagonistischer Individuen.

des Sozialstaatsgedankens für eine kontextualistische positive Rekonstruktion derartiger Ansprüche in ihrer politischen Wirklichkeit ein. Er steht dabei auf dem Standpunkt, daß die Forderungen distributiver Gerechtigkeit bei verschiedenen Gesellschaften und in verschiedenen Augenblicken der Geschichte sehr unterschiedlich sind. (Taylor 1992: 163) Dieses müsse man akzeptieren, denn andernfalls würde die Implementierung allgemeiner universaler Gerechtigkeitsvorstellungen dazu führen, "die distributive Gerechtigkeit in diesem Gemeinwesen zu verletzen und damit in der Tat die Substanz zu zerstören, aus der heraus die bestehenden Normen distributiver Gerechtigkeit erwachsen sind." (Ebenda: 165) Universelle Gerechtigkeitsvorstellungen hätten gegenüber den gewachsenen Verteilungsmodi keine Chance, die zu ihrer Durchsetzung notwendige Durchschlagskraft zu erreichen, und würden allenfalls gegenüber den gewachsenen Strukturen destruktiv wirken. Das Band der Solidarität beruht demnach einzig auf einem geteilten Schicksal, in dem das Teilen selbst einen gewachsenen Wert darstellt. (Bayertz 1998: 29) Hier wird langsam deutlich, daß Taylors Konzept auch massive konservative Konnotationen mit sich führt. (Siehe auch Opielka 1995: 56, 61) Diese werden bei Taylor (1993: 44ff, zitiert nach Bienfait 1999: 225f) besonders sichtbar, wenn er im Zusammenhang mit den Sezessionsbestrebungen der frankophonen kanadischen Provinz Quebec das gezielte Hervorbringen einer ethnischen Identität propagiert. Spätestens an dieser Stelle schlägt seine Theorie in "Kontextversessenheit" (Forst 1994) um. Hier läßt sich Taylor nämlich dazu hinreißen, den kommunitaristischen Fehlschluß der "substantialistischen Kommunitaristen"<sup>88</sup> (ebenda: 38f) zu reproduzieren, indem er die genetische Abhängigkeit des einzelnen von einer identitätsstiftenden Sprach- und Kulturgemeinschaft *geltungstheoretisch* verwendet: aus der konstitutionstheoretischen Vorgängigkeit der Gemeinschaft wird umstandslos auf das *normative Primat* der kollektiven Substanz gegenüber jeder individuellen Eigenheit und Andersheit geschlossen. (Bienfait 1999: 227) Es bestehe demnach die grundsätzliche moralische und politische Pflicht, sich mit dem vorgefundenen konkreten Ethos zu identifizieren. Als unvermeidbare Folge dieser nachträglichen Festlegung der demokratischen Partizipation auf eine umfassende *Identifikation* werden die Rechte zur Kritik an der Gemeinschaft drastisch reduziert. Nicht zuletzt ist die Auffassung moderner Großgesellschaften als Schicksalsgemeinschaften nur schwer mit der Realität dieser Gesellschaften in Einklang zu bringen. Schon die Größe und der Grad an Differenzierung (vor allem der funktionalen) machen es unwahrscheinlich, hier so zu empfinden, daß die Bürger starke Gefühle der Brüderlichkeit entwickeln könnten.

Taylor kann als stellvertretend für eine Position aufgefaßt werden, die Fragen der Solidarität (übrigens auch der Gerechtigkeit) zum Thema macht. Das Motivationsproblem ist in der Tat ein ernstzunehmendes Hindernis für die Umsetzung allgemeiner auf der Grundlage von Vernunftabwägungen als richtig erkannter Prinzipien. Die Kommunitarier begehen jedoch den *Fehlschluß, aus den Grundlagen vorhandener Motivationen - Identität, Gemeinschaft und Nähe - auf die Richtigkeit der gelebten Grundsätze zu schließen*. Die damit unvermeidlich verbundenen konservativen Konnotationen müssen zwar nicht unbedingt das Ausmaß einer "wiederentdeckten Ethnizität" wie bei Taylor annehmen, dennoch können sie zum Erhalt vorhandener schreiender

---

<sup>88</sup> Unter diese faßt Forst (1994) unter anderem auch Sandel, MacIntyre und Bellah.

Ungerechtigkeiten oder massiver Integrationsprobleme - etwa von Minderheiten oder Randgruppen - dienen, indem sie diese theoretisch untermauern. So könnte etwa die politische Führung eines Landes das Recht auf Menschenrechtsverletzungen für sich reklamieren, weil diese der gelebten Tradition entsprächen und kein Anlaß zu Änderungen empfunden werde. Ähnlich wie bei der Kritik am methodischen Atomismus verfällt die kommunitaristische Position hier wieder in einen radikalen Kontextualismus, der sich der Möglichkeit von kritischer Distanzierung begibt und letztlich den Weg zum unkritischen Konformismus weist.

### *Diskussion*

Der Kommunitarismus liefert eine Diagnose des modernen Bewußtseins und seiner ethischen Grundlagen, die den Eindruck erweckt, daß es vor allem Entwicklungen eben dieses Bewußtseins waren, die zum Zerfall der Solidaritäten geführt haben. Damit ist in erster Linie der Individualismus der Moderne und die aus ihm erwachsende liberale politische Philosophie gemeint. Es ist in der Tat eines der wichtigsten Verdienste der kommunitarischen Liberalismuskritik, daß sie ihre liberalen Gegenspieler auf die selbstdestruktiven Tendenzen ihrer Theorietradition hingewiesen hat. Hinsichtlich des gesellschaftlichen Atomismus weist diese Kritik etwa auf die Gefahr der Auflösung der "liberalen Tugend" der Vertragstreue hin. Eine solche Blindheit für die eigenen unentbehrlichen Grundlagen hat Forst (1994: 18) treffend als "Kontextvergessenheit" bezeichnet.

Die Kommunitarier liefern dagegen eine Anleitung zu einer politisch-philosophischen Rückbesinnung auf den Wert eines Basiskonsenses, der die notwendige Grundlage von Gemeinschaften bildet. Die Menschen müssen sich demnach vom Atomismus lösen und wieder den gemeinschaftlichen Grundwerten zuwenden. (Bayertz 1996: 327) In diesem Zusammenhang legt die kommunitaristische Kritik einen besonders hohen Wert auf Moralität, die wiederum auf der Grundlage eines zum Teil rigiden Traditionalismus angesiedelt ist. Konkret läuft das kommunitaristische Ideal darauf hinaus, gemeinwohlorientierte - integrationsintensive - Grundbedingungen zu reanimieren: Familie, Gemeinschaft, Patriotismus etc. Dieser selektive Blick auf die symbolische Reproduktion der Gemeinschaft, wobei hier wiederum der Nahbereich tendenziell stärker wahrgenommen wird als weiter ausgreifende Integrationsmodi, prädisponiert aber für negative Auswüchse. Oben haben wir diskutiert, daß das kommunitaristische Denken als kritische Antwort auf den erkenntnistheoretischen Atomismus "liberaler" Theorien aufkam. Ferner wurde das Konzept der hermeneutischen Methodik und die Frage des motivationalen Aspektes erörtert. Alle drei Momente - Atomismuskritik, hermeneutische Methode und die Frage der Motivation - können jedoch ihrerseits wieder in negative Momente umschlagen, was im Falle der kommunitaristischen Theorie auch tatsächlich wiederholt eingetreten ist. Insgesamt kann man mit Forst (1994: 18) feststellen, daß die Kritik an der *Kontextvergessenheit* von Theorien liberaler und libertärer Provenienz bei den meisten Kommunitariern in *Kontextversessenheit* umschlägt, die ein ganzes Bündel negativer Ergebnisse mit sich führt. Ein Festhalten an Überlieferungen, die ihre Rechtfertigung allein aus der Faktizität vorauslaufender Geltungen beziehen, ist mit den Ansprüchen, die an eine moderne Moral gestellt werden müssen, letztlich nicht verträglich. Die Ausschließlichkeit der hermeneutischen Methode, so

wie die Kommunitarier sie auffassen, führt zu einer unhinterfragten Bevorzugung der bestehenden Institutionen bzw. überkommener Praxis- und Wissensbestände vor anderen Denkmöglichkeiten, und ein Moral- bzw. Solidaritätsbegriff, der auf der bloßen Tatsache einer Beziehung zwischen Gemeinschaft und Verpflichtung beruht, schließt Außenstehende ohne weitere Angabe von Gründen aus. Der "kommunitaristische Fehlschluß" (Forst 1994: 35, 37ff) vom genetischen zum normativen Primat des Kollektivs, der - nebenbei bemerkt - einen Sonderfall des naturalistischen Fehlschlusses darstellt, ist folgeschwer: Moral, Erkenntnismöglichkeiten und soziale Integration (bzw. Solidarität) werden einzig im Rekurs auf die normative Tradition bzw. die Gemeinschaft erklärt.

Ein letzter Kritikpunkt am Kommunitarismus, der hier noch genannt werden soll, ist das weitgehende Ignorieren der Zwänge, die von den gesellschaftlichen Funktionssystemen ausgehen.<sup>89</sup> Es ist nämlich zu erwarten, daß das kommunitaristische Denken an den mächtigen Steuerungsrationalitäten der einzelnen Teilsysteme einfach abprallt. Das kommunitaristische Programm einer ethischen Erneuerung (nach MacIntyre 1995 oder Bellah et al 1987) läuft darauf hinaus, gegen die Globalisierung des Marktes und die entsprechende Instrumentalisierung aller Prinzipien eine "erneuerte Moral" in Stellung zu bringen. Dies wird aber versucht - und das ist das wesentliche Problem -, ohne die Steuerungsrationalitäten und Strukturen, welche die kritikwürdigen Zustände herbeigeführt haben, selbst zu thematisieren. Gerade hierdurch wird aber der Ansatzpunkt für den Hebel der Kritik verfehlt. Die Frage nach dem moralisch richtigen Handeln wird nämlich allein auf die Frage des guten Willens und des richtigen Bewußtseins reduziert. Eine fundierte Kritik beinhaltet aber auch, daß die zur Differenzierung führende Dynamik der Moderne ernst genommen wird nicht zuletzt wegen der Tatsache, daß sich der Kritiker selbst ihr nicht entziehen kann. Der Versuch, die strukturellen Grundlagen der modernen Gesellschaft in den Blick zu bekommen, bedeutet aber auch, daß es nicht darum gehen kann, Regulationen einer vergangenen Epoche wiederherzustellen, sondern daß es sich um den schwierigen Versuch handeln muß, im Kontext der fortschreitenden Modernisierung mit ihren neuen Erscheinungen von Differenzierung und Desintegration neue Formen der Regulierung zu entwickeln, die die desintegrativen Prozesse auszubalancieren vermögen. (Giegel 1999a: 18f) Der Kommunitarismus kann in diesem Zusammenhang im Extremfall sogar zur Ideologie werden, indem er die Problematik der Dominanz verselbständigter Funktionssysteme verschleiern.

Was ist nun aber dran an der kommunitaristischen Kritik des Liberalismus, die ja auch universalistische Ansätze - und damit auch den Theorieentwurf von Habermas - miteinbezieht? Die Tatsache, daß der positive Teil der kommunitaristischen Theorietradition hoch problematisch ist, bedeutet ja nicht automatisch, daß die Kritik am Wahlgegner dieser Theorietradition keine Berechtigung hat. In diesem Zusammenhang ist Apels (1993) Kritik am Kommunitarismus instruktiv<sup>90</sup>, die zugleich eine Antikritik hinsichtlich des Liberalismusbildes der Kommunitarier darstellt. Apel (1993: 153ff) hat darin zu Recht darauf hingewiesen, daß die kommunitaristische Kritik nicht

---

<sup>89</sup> Diese sind in dieser Arbeit insbesondere im Zusammenhang mit der Theorie von Habermas erläutert worden.

<sup>90</sup> Von Apel (1993) stammt wohl die produktivste Auseinandersetzung mit dem Kommunitarismus. Dieser Auffassung ist jedenfalls Reese-Schäfer. (1994: 170ff)

zwischen den beiden Hauptsträngen liberaler Theorien unterscheidet, nämlich zwischen a) libertären Theorien, die sich letztlich auf *Hobbes* zurückführen lassen, einerseits und b) liberalen<sup>91</sup> Theorien, deren wichtigste auf Kant rekurrieren, andererseits.

a) Bezüglich des *Hobbesschen Liberalismus*<sup>92</sup> kann Apel der kommunitaristischen Kritik an dessen Atomismus nur zustimmen. Vertragsehrlichkeit ist bei Hobbes - und, wie oben gezeigt, auch bei den modernen Rational-Choice-Theorien - eine Funktionsvoraussetzung des Wirtschaftsliberalismus. Vom rationalen Eigeninteresse aus gesehen aber ist die Position des Free Riders die rationalste: nämlich davon auszugehen, daß die anderen den Vertrag einhalten, während man selber die parasitären Vorteile desjenigen in Anspruch zu nehmen gedenkt, der seinen eigenen Beitrag zurückhält und folglich den Vertrag einseitig bricht. (Siehe auch Reese-Schäfer 1994: 171) Daraus folgt, daß die radikale Reduktion menschlicher Motivation auf das rationale Eigeninteresse keine funktionierende Gesellschaft begründen kann.

b) Die von *Kant* geprägte Variante verteidigt Apel dagegen vor der kommunitaristischen Kritik. Diese ist vor allem bei Rawls - unter Aufnahme von Motiven des Utilitarismus - erneut wirksam geworden.<sup>93</sup> Die praktische Vernunft Kants ist als Rationalität des guten Willens a priori auf das Universalisierungsprinzip der Gerechtigkeit bezogen und transzendiert insofern jedes empirische Eigeninteresse. Unter Freiheit versteht Kant die Selbstgesetzgebung der Vernunft. Schon hieraus ergibt sich, daß der Liberalismus Kantscher Provenienz nicht atomistisch auf die Individuen als Interessenssubjekte gegründet ist. Aus dem Kantschen Standpunkt, daß die Vernunft bei allen Individuen auf den gleichen apriorischen Grundlagen beruht, schließt Apel (1993: 154f) vielmehr, daß - wenn man so will, naturgegeben - ein moralisches Prinzip der Intersubjektivität und Reziprozität vorliegt, das allen Menschen gemeinsam ist. Insbesondere fällt hierunter das Prinzip gleicher Freiheitsrechte aller Menschen.

Apel möchte diesen Ansatz jedoch um zwei zentrale Momente sprachphilosophischer Provenienz ergänzen<sup>94</sup>: einerseits um die Vermittlung durch eine *Tradition* der Kultur und des Sprachgebrauchs, ohne die sich der einzelne gar keine Maximen, Normen oder Institutionen vorstellen könnte. Es handelt sich dabei um das Faktizitätsapriori einer Gemeinschaftstradition, auf das ja gerade der Kommunitarismus so eindringlich hinweist. In genau dieser Hinsicht besteht zwischen der Diskursethik und dem kommunitaristischen Denken eine grundlegende Gemeinsamkeit, die Auffassung nämlich, daß die partikulare und zufällige Gemeinschaft, in der wir kommunizieren, eine unhintergehbare Voraussetzung von Kommunikation darstellt. Die Würdigung dieser Tatsache, die Apel (ebenda: 150) als "Faktizitätsapriori der Vorgeprägtheit all unseres Verstehens und Wertens durch die Zugehörigkeit zur partikularen Tradition einer Sprach- und Kulturgemeinschaft" bezeichnet, ist also beiden Theorietraditionen gemeinsam. Nachdem er diese Gemeinsamkeit konstatiert hat,

---

<sup>91</sup> Besonders im anglo-amerikanischen Sprachgebrauch versteht man unter "liberal" gemeinhin eher politische Positionen, die man kontinentaleuropäisch als "sozialdemokratisch" bezeichnen würde.

<sup>92</sup> Dieser ist in dieser Arbeit schon im Rahmen der Rational-Choice-Theorien erwähnt worden (siehe S. 28).

<sup>93</sup> Siehe hierzu auch S. 33f.

<sup>94</sup> Apel (1993: 158) bezeichnet die beiden folgenden Schritte auch als "die transzendentalpragmatische Transformation der Kantschen Transzendentalphilosophie".

setzt sich Apel jedoch wieder dezidiert von den kommunitaristischen Grundüberzeugungen ab. Die hermeneutisch-verstehende Reflexion auf diese Faktizität genügt ihm nämlich keineswegs als kommunikative Vermittlung des Sinns und der universalen Gültigkeit von moralischen Normen. (Ebenda: 157) Andererseits muß nämlich auch die Differenz zwischen den kontingenten Fakten einer bestimmten Tradition und den Normen einer universalen Konzeption menschlichen Zusammenlebens Berücksichtigung finden. Es muß also darum gehen, das von Kant aufgestellte Universalisierungs-Prinzip des kategorischen Imperativs in *realer Kommunikation mit den Betroffenen* (oder zumindest ihren Vertretern) anzuwenden. Das bedeutet, daß sich Normen gleichgültig, ob sie aktuell vorgeschlagen oder traditionell vorgegeben sind, als *universal konsensfähig* erweisen müssen.<sup>95</sup> (Ebenda) Diese zweite Dimension der kommunikativen Vermittlung, die sich am Universalisierungsprinzip orientiert, setzt nach Apel (ebenda: 158) als regulatives Prinzip die Idee einer unbegrenzten idealen Kommunikationsgemeinschaft voraus. Genau dieser Schritt, der über tatsächlich existierende Gemeinschaften hinausführt, trennt Apel von der kommunitaristischen Position. Gemeinschaft ist bei Apel - und auch Habermas - transzendental und nicht konkretistisch gedacht, in sie ist der Bezug auf eine regulative universelle Idee eingebaut. (Reese-Schäfer 1994: 171) Genau hierin liegt nach Apel (1993: 158) die konzeptionelle Grenze zwischen dem anglo-amerikanischen Kommunitarismus und seiner eigenen bzw. Habermas' Position. Die Diskursethik geht von der Doppelvoraussetzung des regulativen Aprioris der *idealen Kommunikationsgemeinschaft* und des Faktizitätsaprioris der Zugehörigkeit zu einer *realen Kommunikationsgemeinschaft* aus. (Ebenda: 166) Diese Position bezeichnet Apel auch als "transzendentalen Kommunitarismus" bzw. als "nicht-partikularistischen Kommunitarismus des Aprioris der Kommunikationsgemeinschaft". Eine solche Konzeption findet sich bei keinem der repräsentativen Vertreter des anglo-amerikanischen Kommunitarismus. (Ebenda: 158f)

Die schwerwiegendste Folge kommunitarischen Denkens liegt darin, daß es eine rationale Begründung von universal gültigen Normen - wie z.B. von Menschenrechten - nicht ermöglicht. Das Pendant der Gemeinschaft in der Diskurstheorie, die *Lebenswelt*, begründet bei Habermas und Apel zwar die Ausgangssituation, stellt aber nicht wie bei den Kommunitariern einen sakrosankten Urgrund dar. Ferner ist bei den meisten Kommunitariern die Reflexivität der Lebenswelt, sofern überhaupt vorgesehen, sehr gering. Die große Ausnahme ist hier Michael Walzer, der aber darauf baut, daß bereits ein kritischer Fundus in der Lebenswelt vorhanden ist und die benötigten Kritelemente nur wieder "ausgegraben" werden müssen. Soweit diese aber nicht schon vorhanden sind, ist der Theoretiker machtlos, denn er kann keine Kritik von außen einspeisen. Der wichtigste Unterschied zu allen kommunitaristischen Positionen bleibt daher letztlich der, daß Apel und Habermas den allgemeinen Gerechtigkeitsprinzipien *grundsätzlich* den Vorrang einräumen vor allen konkreten Ansprüchen der Gemeinschaft.

---

<sup>95</sup> Dabei haben die traditionellen Normen insofern einen gewissen "Heimvorteil", als sie an andere bereits bestehende Normen, die auch im Laufe eines Diskurses als lebensweltliche Stütze von Argumenten herangezogen werden können, leichter anknüpfen können als neu eingebrachte Normen. Andererseits sind letztere meist stärker reflektiert, was den "Heimvorteil" häufig auszugleichen vermag.

Die meisten Kommunitaristen sprechen darüber hinaus so gut wie niemals von den ethisch oder rechtlich relevanten Beziehungen *zwischen* den verschiedenen Gemeinschaften oder Gesellschaften innerhalb der menschlichen Gesamtgesellschaft - gemeint ist hier die Menschheit -, die in der Gegenwart auch in moralischer Hinsicht zu einer *Schicksalsgemeinschaft* geworden sind (Apel 1993: 163) vor allem in anbetracht der Globalisierungstendenzen in jüngster Zeit. Kommunitarier haben die internationalen Verflechtungen nicht im Blick, sondern bloß einzelne Staaten und Gemeinschaften. Mit einer solchen Denkweise läßt sich aber keine Kritik begründen für den Fall, daß eine von mehreren Beteiligten gemeinsam gefundene Lösung auf Kosten Außenstehender geht. Fazit: während der Vorwurf der Kontextvergessenheit auf die Liberalismustradition von Hobbes zutrifft, kann man dies der Kantianischen allenfalls mit großen Einschränkungen zum Vorwurf machen. Der Atomismusvorwurf prallt an einer Kantschen Konzeption, spätestens jedoch an den Versionen von Apel bzw. Habermas ab. Aus Apels Argumentation ergibt sich des weiteren, daß Vernunft nicht allein auf hermeneutischen Füßen stehen kann, sondern darüber hinaus einer reflexiven Haltung bedarf. Die kommunitaristische Argumentation ist zwar offenbar dort angebracht, wo sie durch hermeneutische Reflexion die Bedingungen und Voraussetzungen liberaler Konzeptionen in den Blick bekommt. Stößt sie aber auf eine liberale Argumentation, die ihrerseits Voraussetzungen und mögliche gefährliche Folgen bestimmter Konzeptionen und Entwicklungsdynamiken erörtert, dann stellt sich der kommunitaristische Gestus der Hinterfragung als insuffizient heraus (siehe auch Reese-Schäfer 1994: 54), und darüber hinaus erweisen sich andere Theorien, die über die reine Besinnung auf Überlieferung hinausgehen - diese aber *auch berücksichtigen* -, als überlegen. Das dritte hier genannte Problem dagegen, nämlich die mangelnde Motivation zu moralischen Handlungen oder eventuell sogar die emotionale Ablehnung moralischer Ansprüche, denen sich Kantianische Moralkonzepte (einschließlich des damit verbundenen Solidaritätsverständnisses) gegenübersehen, besteht auch nach der Apelschen Antikritik weiter. Die universalistischen Moralbegründungen liberaler und prozeduraler Gerechtigkeitstheorien erscheinen offenbar in einer Vielzahl der Fälle zu abstrakt, um genügend starke Bindungswirkungen entfalten zu können. Sie erkennen den realen Zusammenhang zwischen Moral und Identität nicht an, woraus sich ihr häufiges Scheitern und ihre realpolitische Wirkungslosigkeit erklärt. Abstrakte Gerechtigkeitserwägungen werden in erster Linie als Begrenzungen dessen wahrgenommen, was man eigentlich will, und gehen auf diese Weise jeglicher motivierender Kraft verlustig. (Siehe Rosa 1997: 15) Für den Kommunitarismus hingegen stellt sich das Motivationsproblem durch ein weitgehendes Ineinsfallen von Motivation und Moral im Grunde nicht mehr. Man ist hier solidarisch mit Menschen, deren Geschichte und Überzeugungen man teilt. Indem die Kommunitarier einzig von konkret existierenden Zugehörigkeiten ausgehen, stellt sich jedoch das Problem, daß die besondere Zuneigung oder Zuwendung zu bestimmten Menschen in aller Regel *exklusiv* ist, wodurch Moral und Solidarität auf Eigengruppenloyalität reduziert werden. Mit anderen Worten: der Kommunitarismus hat zwar die Frage der Motivation für sich gelöst, dabei hat er sich aber im selben Zug das Problem des Partikularismus eingekauft.



### 5) *Richard Rorty*

Die Position von Richard Rorty (1989)<sup>96</sup> weist eine gewisse Verwandtschaft mit derjenigen der Kommunitaristen auf. Insbesondere ihr Partikularismus und die Zurückweisung des Universalismus finden sich hier in Form eines spezifischen Kulturrelativismus wieder, was Rorty bezüglich der Frage der Solidarität in eine ähnliche Position bringt. Dabei reduziert er Solidarität allein auf ihre emotionale Komponente. Emotionen sind nämlich nach seiner Auffassung die einzige Ressource, auf die man sowohl zur Begründung als auch zur Realisation von Solidarität zurückgreifen kann. Es geht hier also nicht um gemeinsame Auffassungen, etwa politische oder moralische, sondern lediglich um ein Wir-Gefühl und um Empathie mit Menschen, die leiden. Dabei handelt es sich immer um bestimmte Menschen oder zumindest um eine bestimmte Gruppe von Menschen. Identifikation mit der Menschheit als solcher kann es für Rorty nicht geben, da es nach seiner Auffassung keinen gemeinsamen Wesenskern aller Menschen gibt.<sup>97</sup> Rorty (1989: 307) behauptet stattdessen, daß die Kraft des solidarischen "Wir" charakteristisch von dem Kontrast zwischen dem "Wir" und "Ihnen" lebt, die zwar ebenfalls Menschen sind, aber solche von der "falschen"<sup>98</sup> Sorte. Das Solidaritätsgefühl ist demnach am stärksten, wenn die, mit denen wir uns solidarisch erklären, "zu uns" gehören und "wir" etwas enger Begrenztes als die Menschenrasse sind. "Wir" haben nämlich eine Neigung, uns enger mit Menschen verbunden zu fühlen, mit denen wir uns in der Phantasie leichter identifizieren können. (Ebenda: 308) Aus dieser Position folgt, daß Solidaritätsgefühle davon abhängen, welche Ähnlichkeiten und Unähnlichkeiten uns besonders auffallen, und daß der Grad der Auffälligkeit wiederum davon abhängt, was vom historisch kontingenten Vokabular erfaßt wird. (Ebenda: 309)

Rorty ist aber auch der Ansicht, daß es mit seiner Position durchaus verträglich ist, darauf zu drängen, immer mehr Menschen in den "Wir"-Bereich aufzunehmen. (Ebenda) Hier kann es sich aber nur um einen Appell an den guten Willen und nicht um eine berechnete nachdrückliche Forderung handeln. Da Rorty andere - d.h. vor allem rationale - Grundlagen aufgrund des von ihm konstatierten um sich greifenden Kontingenzbewußtseins ablehnt, und da es nach seiner Auffassung kein Kern-Selbst gibt, ist keine rationale Grundlage für eine eindeutige Einforderung von Solidarität vorhanden. Es bleibt allein ein *Gefühl* als Grundlage für Solidarität übrig: etwa "Mitleid gegenüber Schmerz oder Reue gegenüber Grausamkeit". (Ebenda) Aus eben diesem Grunde können Rortys Äußerungen zur Solidarität lediglich appellativen Charakter haben. Nach seinem Dafürhalten gibt es aber dennoch einen moralischen Fortschritt in Richtung auf mehr Solidarität. (Ebenda: 310) Rorty schwankt diesbezüglich jedoch zwischen Diagnose und Appell, wobei er sich aufgrund seiner eigenen Theorie konsequenterweise auf den Appell beschränken müßte, denn seine Diagnose kann nach seiner

---

<sup>96</sup> Rorty zählt zwar nicht zu den Kommunitariern, sondern ist als "liberaler Ironiker", wie er sich selbst bezeichnet, eher ihren Gegnern - den "Liberalen" - zuzuordnen. Vor allem bezieht sich seine Spielart des Partikularismus nicht auf Staaten oder Gemeinschaften, sondern auf Individuen. In einigen Punkten befinden sich seine Auffassungen jedoch in großer Nähe zu den Kommunitaristen. Dies gilt besonders hinsichtlich der Zurückweisung des Universalismus.

<sup>97</sup> Rorty ist dezidierter Anti-Essentialist, wobei er sich u.a. auf den späten Wittgenstein und auf Heidegger beruft.

<sup>98</sup> Ich möchte darauf hinweisen, daß Rorty an dieser Stelle im Original keine Anführungsstriche verwendet.

eigenen Auffassung nur auf historisch kontingenten Umständen beruhen, deren Trend sich auch jederzeit wieder umkehren könnte. Rortys Äußerungen sind noch in einer weiteren Hinsicht ungenau: so kann man sein Prinzip der Vermeidung von Grausamkeit auch lediglich im Sinne einer allgemeinen Nichtschädigungspflicht verstehen. In diesem Fall dürfte der Bereich solidarischen Handelns den Bereich dessen nicht überschreiten, was ohnehin von Rechts wegen geboten und verboten ist. (Denninger 1998: 334)

Rortys Konzept hilft offensichtlich nicht weiter in Fragen nach der Art und Weise, wie sich Solidarität in Handlungen oder auch Grundsätzen manifestieren soll. Auf die Solidaritätsgefühle unter den Menschen ist nämlich keineswegs Verlaß, schon gar nicht ist garantiert, daß es sich dabei um eine Wachstumsbewegung in eine Richtung handelt. Im Zweifelsfall - das zeigt nach Meyer (1997: 314) der geschichtliche Rückblick - lassen sich die Unterscheidungsmerkmale, die die Aufkündigung menschlicher Solidarität rechtfertigen, auch frei erfinden. Und im Glücksfall ist kein Unterschied zu groß, um nicht dennoch solidarisches Zusammenleben möglich zu machen. Vor allem schützen Solidaritätsgefühle allein nicht vor negativen Auswüchsen der Solidarität (z.B. Fundamentalismus, Nationalismus oder Regionalismus), wie sie etwa Prisching (1996) beschreibt. Besonders Bestrebungen, die eigene Identität auf Kosten anderer zu wahren, können den Trend, den Rorty festzustellen meint, sehr wohl umkehren und haben dies auch immer wieder getan.

### *Ausblick*

Am Ende dieses Kapitels stellt sich die Frage, welchen Stellenwert Fragen der Motivation für die Problematik der sozialen Solidarität innehaben. Besonders die Diskussion der kommunitaristischen Kritik hat aufgezeigt, daß der Mangel an Motivation ein großes Manko für solidarisches Handeln darstellt. Ohne Motivation drohen nämlich rational begründete Ansätze zur Solidarität, mögen sie auch elaboriert und wohlerrwogen sein, am Problem mangelnder Handlungsbereitschaft bzw. mangelnden Mobilisierungspotentials zu scheitern, wenn sie zuvor überhaupt in ausreichendem Maße rezipiert wurden. Motivationsformen stellen daher wichtige Mobilisierungsreserven dar, deren Fehlen unter Umständen solidarisches Handeln unmöglich macht oder zumindest erheblich erschwert, denn nur wenige Menschen sind in der Lage, allein aufgrund rationaler Einsichten Opfer und Mühen auf sich nehmen, vor allem wenn sie nicht oder nur mittelbar den eigenen Interessen dienen. Selbst wenn die Frage der Motivation aus theoriearchitektonischer Perspektive belanglos sein mag, so hat sie doch praktisch eine um so größere Relevanz. Solidarität aufgrund von motivationalen Faktoren *allein* birgt jedoch wiederum die Gefahr des Partikularismus bis hin zur Feindseligkeit gegenüber Fremden in sich. Solidarische *Motivationen* sind also häufig exklusiv und relativ, haben aber gleichzeitig eine bedeutend größere mobilisierende Kraft als rein rationale Erwägungen. *Rationale Erwägungen* zur Solidarität sind inklusiv und universell, haben aber nur relativ geringe mobilisierende Kraft. Hier haben wir es offenbar mit einem sehr problematischen *Spannungsverhältnis zwischen Motivation und Vernunft* zu tun.

## E. Staatlich gewährleistete Solidarität

Über die klassische Funktion der Gewährleistung innerer und äußerer Sicherheit hinaus haben moderne Staaten auch die Aufgabe einer mehr oder weniger weit gefaßten materiellen Daseinsvorsorge für ihre Bürger übernommen.<sup>99</sup> (Bayertz 1998: 34) Insofern bezeichnet man sie auch als Sozial- oder Wohlfahrtsstaaten.<sup>100</sup> Empirisch verhält es sich dabei so, daß die Leistungsfähigkeit des Sozialstaates quantitativ alle anderen bekannten Ressourcen materieller Hilfsbereitschaft bzw. Hilfeleistung übersteigt. Hier werden die wichtigsten Entscheidungen bezüglich der materiellen Unterstützung Bedürftiger gefällt. Mit anderen Worten: "Wer überhaupt will, daß den Bedürftigen geholfen wird, der muß auf den Sozialstaat setzen." (Bayertz 1996: 320) Legitimiert werden die sozialstaatlichen Leistungen in der Regel durch die Berufung auf den Begriff der Solidarität (Nullmeier u. Vobruba 1995: 13), wobei man sagen kann, daß die Solidarität in ihrem Durchgang durch die sozialstaatlichen Institutionen in einer ganz spezifischen Form in Erscheinung tritt, denn durch die Vermittlung über staatliche Machtmittel wird sie zu "erzwungener Solidarität" (Bayertz 1996: 307f), woraus sich die theoretischen Fragen ergeben, ob der Zwang zur Solidarität gerechtfertigt werden kann, ob er auf Dauer realisierbar ist und welche Folgen sich aus ihm ergeben.

### 6) Der Sozialstaat

#### *Theoretische Begründung des Sozialstaates*

Die Gewährleistung von sozialstaatlichen Interventionen kann man in einer ersten Annäherung mit Willke (1992: 243ff) folgendermaßen begründen: es ist unstrittig eine legitime Aufgabe des Staates, die Ausübung von Gewalt zu kontrollieren und zu sanktionieren. Warum aber sollte eine Körperverletzung durch physische Gewalt anders bewertet werden als eine solche, die durch Krankheit, Unterernährung, Obdachlosigkeit und ähnliche Lebenslagen herbeigeführt wurde? Zumindest in dem Maße, in dem Personen für die Ursachen ihrer Hilfsbedürftigkeit nicht selbst verantwortlich sind, sondern diese aus bestimmten Momenten und Konstellationen der Gesellschaftsentwicklung resultieren<sup>101</sup>, erwächst der Gesellschaft eine genuin eigene Verantwortung für die Kontrolle auch dieser Formen der Gewalt. In dem Maße, wie z.B. Arbeitslosigkeit nicht individuell zurechenbar ist, muß eine Gesellschaft - und das bedeutet für Willke (ebenda: 244) konkret der für sie handelnde Staat - "die gewalttätigen Folgen individueller Arbeitslosigkeit zu kontrollieren versuchen *als handelte es sich um physische Gewalt*." (Ebenda. Hervorhebung im Original.) Der Staat ist demnach nicht nur legitimiert, sondern sogar verpflichtet, diese Form der Gewalt zu kontrollieren. Der neue Aspekt ist lediglich der, daß es nicht mehr nur um Gewalt durch Personen geht, sondern auch um die Kontrolle von Formen struktureller in die "normale"

---

<sup>99</sup> Instruktiv für das Verhältnis von Solidarität und Sozialstaat sind insbesondere die beiden Aufsätze von Bayertz (1996, 1998).

<sup>100</sup> Auf den Unterschied zwischen Sozial- und Wohlfahrtsstaat gehe ich in dieser Arbeit nicht ein. Im folgenden verwende ich beide Begriffe synonym.

<sup>101</sup> Die Thematik der Eigenverantwortung ist in der Sozialstaatsdebatte nicht unstrittig. In dieser Arbeit komme ich weiter unten, wenn es um das Verhältnis von Solidarität und Gerechtigkeit geht, wieder auf diese Thematik zu sprechen.

Operationsweise hochspezialisierter Funktionssysteme moderner Gesellschaften eingebauter Gewalt. Es geht also um die Restitution individuell nicht zurechenbarer ökonomischer Notlagen.

Im Unterschied zur Legitimität des staatlichen Gewaltmonopols ist jedoch die Legitimität des Sozialstaats kontrovers. Da staatliches Handeln immer mit *Zwang* - zumindest mit seiner Androhung - verbunden ist, schließt auch die sozialstaatlich erzeugte Solidarität Zwang ein. Der Sozialstaat wird nämlich aus den Beitragszahlungen von Pflichtversicherten sowie aus Steuermitteln finanziert, die mit der - in aller Regel latent bleibenden - Androhung von Gewalt eingetrieben werden. (Bayertz 1996: 307f) Ein wichtiger Unterschied zwischen dem sicherheitsgewährleistenden Staat und dem Sozialstaat besteht nun darin, daß alle Bürger gleichermaßen an der Aufrechterhaltung der Sicherheit interessiert sind, was auf die staatliche Sozialpolitik gerade nicht zutrifft. Diese beruht nämlich auf der Umverteilung von Ressourcen und folglich profitiert von ihr nur ein Teil der Bevölkerung, während der andere finanziell geschädigt wird. (Ebenda: 313) Man könnte diese Umverteilung als ein Unrecht auffassen, denn sie läuft darauf hinaus, einem Teil der Bevölkerung rechtmäßig erworbenes Eigentum wegzunehmen, um sie einem anderen Teil zu geben. Diese Auffassung hat jedoch einen entscheidenden Schwachpunkt: ökonomischer Erfolg bzw. Mißerfolg ergibt sich nämlich erst aus dem Zusammenwirken vieler Menschen, deren jeweilige Eigenschaften ebenso sehr individueller wie sozialer Natur sind. Eine Spürnase für Gold etwa wird erst durch die Wertschätzung der Gesellschaft für dieses Metall zu einer Begabung, die sich auszahlt. Nicht nur die Sicherheit, auch der Wohlstand sind nämlich nur in Gesellschaft zu haben. Ausgehend von dem Prinzip, daß Güter, soweit sie kollektiv produziert wurden, auch kollektiv zu nutzen sind, läßt sich hieraus eine Argumentation zugunsten einer *Solidarpflicht* entwickeln. (Bayertz 1996: 315) Eine solche haben ganz im Sinne von Bayertz (ebenda) Hondrich u. Koch-Arzberger (1994: 39) am treffendsten auf den Punkt gebracht: demnach verlangt zwar die Ausweitung des finanziellen Solidarnetzes den Leistungsfähigen immer größere Geldbeträge ab, ohne daß diese einen funktionalen oder persönlichen Zusammenhang mit den Leistungsempfängern erkennen könnten. Andererseits sind jedoch Leistungsfähigkeit und Leistungsversagen Ausdruck desselben gesellschaftlichen Konstruktionsprinzips. Die Beitragsleistenden sollten daher einsehen, daß die durch die Sozialordnung gewährte Chance zur Leistungsentfaltung die Maßstäbe setzt, an denen gemessen die Leistungsschwächeren zu Sozialfällen werden. Eine solche Einsicht steht im Widerspruch zu der Auffassung, wonach das Geldeinkommen und die Entfaltungschancen des einzelnen nur als dessen persönliches Verdienst aufzufassen sind und seine Abgaben an den Sozialstaat als persönliches Opfer statt als wohlverständener Preis für entfaltungsfreundliche Institutionen. Wenn also sozialstaatliche Leistungen als Ausgleich für soziale Arrangements aufgefaßt werden, die ihrerseits Zwang ausüben und die sowohl Beitragszahler als auch Leistungsempfänger erst zu dem gemacht haben, was sie sind, dann ist die zwangsweise Erhebung von Beiträgen und Steuern zur Finanzierung von Leistungen ein legitimer Ausgleich, denn keine der beiden Zwangsarten ist eher gerechtfertigt als die andere. Zieht man an dieser Stelle ferner das oben dargelegte Argument von Willke hinzu, wonach der Staat gegen Gewalteinwirkungen gleich welcher Natur einzuschreiten hat, dann folgt daraus also, daß Solidarität erzwungen werden darf.

Dieser Gedankengang besagt allerdings noch nichts bezüglich der *Reichweite und des Umfangs* sozialstaatlicher Maßnahmen. Von einem minimalen Wohlfahrtsstaat<sup>102</sup> bis hin zur Idee einer umfassenden Daseinsvorsorge wäre alles denkbar. (Bayertz 1996: 316) Zu entscheiden ist also, was als gesellschaftliche Normalität sozialpolitisch anerkannt werden soll, anerkannt im Sinne der Durchsetzung von Ansprüchen und Wertvorstellungen, aber vor allem im Sinne finanzieller und sozialer Absicherung. (Bäcker 1993: 830)

### *Sozialstaatlich verrechtlichte Solidarität versus Alltagssolidarität*

Charakteristisch für den Sozialstaat sind Verrechtlichung und Institutionalisierung der Unterstützung. Das Grundgesetz definiert die **Bundesrepublik** als einen "demokratischen und sozialen Bundes-" (GG.: Art. 20) bzw. "Rechtsstaat" (GG.: Art. 28). So verpflichtet beispielsweise nach dem Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Juli 1967 der Verfassungsgrundsatz des Artikels 20 GG. den Staat, "für den Ausgleich der sozialen Gegensätze zu sorgen." (Stopp 1994: 9) Diese Verrechtlichung des Sozialstaates beinhaltet gewisse Vorteile. Es macht nämlich einen bedeutenden Unterschied, ob man auf private freiwillige Wohltätigkeit angewiesen ist oder ob man einen Rechtsanspruch auf Hilfe geltend machen kann. Dieser Unterschied betrifft nicht nur die Chance, tatsächlich Hilfe zu erhalten, sondern auch die Würde und Selbstachtung des Hilfeempfängers. Durch Abhängigkeit von Hilfsbereitschaft, die jederzeit wieder aufgekündigt werden könnte, würde man nämlich zu einem Bürger zweiter Klasse, der nicht auf gleicher Höhe mit den Wohltätern verkehrt.<sup>103</sup>

Eng mit der Verrechtlichung hängt die Tatsache zusammen, daß die Legitimationsbasis für sozialstaatliche Solidarität nicht mehr auf der emotionalen Verbundenheit der Individuen beruht. Da nämlich frühere soziale Sicherheiten in Familie und Gemeinde, Berufswelt und Kultur an Beständigkeit und Verlässlichkeit verlieren, entsteht ein steigender Sicherheitsbedürfnisdruck, der sich vor allem an staatliche und andere öffentliche Einrichtungen richtet.<sup>104</sup> Insofern haben die Verrechtlichung und die mit ihr einhergehende Formalisierung in modernen differenzierten Gesellschaften mit hohem Individualisierungsgrad eine Substitutionsfunktion inne. Für Zapf (1994: 301) besteht etwa zwischen einer zunehmenden Individualisierung einerseits und der hohen Zuschreibung von bestimmten Aufgaben an den Staat andererseits kein Widerspruch, sondern

<sup>102</sup> In diesem Zusammenhang kann man übrigens davon ausgehen, daß ein minimaler Wohlfahrtsstaat sogar von Radikalliberalen befürwortet würde. Nach Auffassung von Metz (1998: 182) hat nämlich beispielsweise die Gewährung von Armenhilfe auf niedrigstem Niveau lediglich damit zu tun, daß eine gesittete Gesellschaft es sich nicht erlauben kann, einige ihrer Mitglieder verhungern zu lassen. Das Gesetz wird nämlich ohnmächtig, wenn es ein Verbrechen strafen soll, das aus einer Not heraus begangen wird, die größer ist als die Sanktionsmöglichkeiten des Gesetzes. Es handelt sich hier also im Grunde nicht um Solidarität, sondern um Polizei. Und das wurde im Laufe der Geschichte - etwa bezüglich des "poor law" im England des Jahres 1834 - von vielen Libertären auch offen so gesagt. (Siehe Metz 1998: 182)

<sup>103</sup> Dabei sollte allerdings nicht vergessen werden, daß die Abhängigkeit von sozialer Unterstützung auch mit sozialer Stigmatisierung einhergeht. Zumindest in materieller Hinsicht sind die Betroffenen aber vor der Willkür der Geber geschützt.

<sup>104</sup> In zweiter Linie mögen hier auch Freundeskreise oder "soziale Netze" (siehe Beck 1986) eine gewisse Rolle spielen, jedoch sollte man deren materielle Leistungsfähigkeit und -bereitschaft nicht überschätzen. Von ihnen werden im allgemeinen eher nichtmaterielle Unterstützungsformen erwartet.

zunehmende Individualisierung ist nach seiner Auffassung in modernen Gesellschaften gerade an ein ausgebautes System staatlich garantierter Sicherheiten gebunden. In diesem Zusammenhang spielt auch der Gleichheitsgrundsatz eine wichtige Rolle, der für demokratische Gesellschaftsformen essentiell ist. Politische Gleichheit bedarf nämlich, um auch wahrgenommen werden zu können, einer Absicherung in Form sozialer Rechte. (Bayertz 1998: 38) Aus der Diskrepanz von rechtlicher Gleichheit und materieller Ungleichheit begründet sich daher die Aufgabe des Sozialstaats, auf die Sicherung der sozialen Lebensbedingungen hinzuwirken; erst diese ermöglicht nämlich allen eine chancengleiche Nutzung der Bürgerrechte. (Habermas 1998: 101) Eine demokratische Gesellschaft ist nur dann stabil, wenn die Wähler spüren und wissen, daß die Rechte und Interessen eines jeden Bürgers zählen und nicht nur die der wirtschaftlich überlegenen. Demokratische Politiker müssen daher auf den sozialen Ausgleich dringen und die Freiheit des einzelnen zugunsten des Gemeinwohls beschneiden. Mit anderen Worten: der Sozialstaat sichert den Bürgerrechten und -freiheiten erst ihren Gebrauchswert.<sup>105</sup> (Habermas 1995: 4)

Wie oben deutlich wurde, kann man sozialstaatliche Aktivitäten als Institutionalisierung von Solidarität auffassen, in deren Rahmen die Bedingungen für Ansprüche auf Solidarität mehr oder weniger genau definiert werden. Dabei setzt der vorgestellte Begründungsansatz keine emotionale Verbundenheit zwischen den Bürgern voraus und beruht auch nicht auf einer familienähnlichen Brüderlichkeit, auf die sich etwa die Kommunitaristen gern berufen. (Bayertz 1996: 316) Vielmehr praktiziert der Staat Solidarität als Ausfallbürge für die dazu unfähige Gesellschaft der Individuen. (Frankenberg 1994: 214)

Der Staat springt zwar für schwindende direkte Solidarität unter den Bürgern ein, dem wohnt aber nach Auffassung von Bayertz (1996, 1998) und Prisching (1992, 1996) die Tendenz inne, die Solidarität im allgemeinen weiter zu schwächen. Die gesetzliche Fixierung ändert demnach den Charakter von Solidaritätsbeziehungen: durch den Sozialstaat treten nämlich unpersönliche Instanzen zwischen den Geber und den Nehmer der Solidaritätsleistung. Diese stiften lediglich indirekte abstrakte und anonyme Kooperationsbeziehungen, die rein funktionalen Charakter haben und

---

<sup>105</sup> Staatlich garantierte Sicherheit hat aber auch ihre Schattenseiten. Schon in den Zeiten seines "Normalbetriebes" wurde von Sozialwissenschaftlern auf bestimmte Probleme des Sozialstaates hingewiesen, die hier kurz genannt werden sollen. Da wären als erstes die Reibungskosten der sozialstaatlichen Bürokratie. Diese nehmen Ressourcen sowohl an Zeit wie auch an Geld in Anspruch. Sozialstaatliche Bürokratie bedeutet aber darüber hinaus, daß die Empfänger von Leistungen, statt einfache und verständliche Rechte einfordern zu können, oft demütigenden Erfahrungen unterworfen werden, etwa der Offenlegung ihrer Lebensverhältnisse. Ein Resultat der Bürokratisierung besteht nämlich darin, daß individuelle Probleme verallgemeinert, formalisiert und zu unpersönlichen Fällen gemacht werden. Viele Menschen nehmen ihre Anrechte daher nicht in Anspruch, weil ihnen das Verfahren lästig ist oder sie nichts von ihren Rechten wissen. (Dahrendorf 1994: 197) Noch weiter geht die Kritik von Habermas (1981 II: 489ff, 576; 1992: 503; 1998: 133), der wiederholt auf die freiheitseinschränkenden Nebenfolgen der staatlichen Kompensation hingewiesen hat. Einerseits beseitigt der Sozialstaat zwar materielle Notlagen, andererseits übt er aber soziale Kontrolle aus und schränkt Freiheit ein, insbesondere wenn er die Bedürftigkeit oder Arbeitsbereitschaft prüft oder wenn er bei seiner Klientel bestimmte Verhaltens- und Lebensweisen zugrundelegt. Diese Problematik ist jedoch angesichts der jüngsten Debatten um den Erhalt bzw. "Umbau" des Sozialstaats zunehmend in den Hintergrund gerückt. Die "normalisierende Gewalt" von Sozialbürokratien interessiert auch in dieser Arbeit nur am Rande. Es sei hier jedoch erwähnt, daß Habermas (1998: 133) dafür plädiert, gerade angesichts neuester Entwicklungen für diese normalisierende Gewalt von Sozialbürokratien empfindlich zu bleiben, ohne jedoch vor dem skandalösen Preis, den eine rücksichtslose Monetarisierung der Lebenswelt erfordern würde, die Augen zu verschließen.

typischerweise keine persönlichen Beziehungen zwischen den Beteiligten voraussetzen oder erzeugen. Solidarität wird damit in einen bloßen Verwaltungsakt transformiert. Das Personal staatlicher Sozialbürokratien ist insofern auch nicht solidarisch mit seinen bedürftigen Bürgern, sondern befolgt lediglich Gesetze. Das gilt ebenso für diejenigen, die durch Steuern und Sozialabgaben die Hilfe finanzieren. (Bayertz 1998: 37) Die Leistungsfähigen müssen größere Geldbeträge abführen, ohne daß sie einen funktionalen oder persönlichen Zusammenhang mit den Leistungsempfängern erkennen können. (Hondrich u. Koch-Arzberger 1994: 39) Die Solidarität ist auf diese Weise unsichtbar geworden. Aus der Empfängerperspektive betrachtet, wird sozialstaatlich festgeschriebene Solidarität zum Rechtsanspruch gegenüber bestimmten Institutionen. Dabei wird leicht unsichtbar, daß es um Umverteilung geht, und auch die Entgegennahme von Geldern wird dann nicht mehr als Akt gesellschaftlicher Solidarität empfunden. (Prisching 1996: 108) Dies hat auch zur Folge, daß die entsprechenden Leistungen nicht mehr der Legitimation des Staates zugute kommen, denn sie werden zunehmend für selbstverständlich gehalten. (Bayertz 1996: 323) Die Aktivitäten des Sozialstaates führen nach dieser Auffassung paradoxerweise dazu, seine eigene Legitimität zu untergraben. Zugleich wird die Face-to-Face-Solidarität zurückgedrängt, denn wenn staatliche Hilfe bereitsteht, schwindet die Bereitschaft, im Alltag solidarisch zu handeln; es wäre ja irrational, solidarische Opfer auf sich zu nehmen, wenn man sich bewußt ist, daß der Empfänger Hilfe vom Staat bezieht. (Prisching 1996: 113) Wird aber diese Form von Solidarität nicht eingeübt, so nehmen die Fähigkeit und die Bereitschaft, solidarisch zu handeln, nach Prisching (1992: 276) weiter ab.

Diesen Überlegungen widerspricht allerdings der Befund von Ullrich (1996: 186ff), der anhand einer qualitativen Untersuchung über die Einstellung der Versicherten zur Gesetzlichen Krankenversicherung<sup>106</sup> gerade eine *verstärkende* Wirkung auf die (Re-)Produktion solidarischer Orientierungen durch das der Gesetzlichen Krankenversicherung eigene solidarische Finanzierungsprinzip festgestellt hat. Er kommt zu dem Ergebnis, daß die zugrundeliegenden normativen Prämissen der Gesetzlichen Krankenversicherung als Bestandteil einer unhinterfragten sozialpolitischen Kultur nicht mehr in das Bewußtsein gelangen und sich so einer unmittelbaren Bewertung entziehen: "Was ist und immer so war, wird als alternativlos und normativ richtig erlebt." (ebenda: 186) Insofern liegt zwar eine Übereinstimmung mit Prisching bzw. Bayertz vor, denn Solidarität ist demnach gewissermaßen passiv geworden, aber diese Passivität kehrt sich *nicht gegen* die Solidarität, sondern *unterstützt* diese, da sie den gegenwärtigen Modus operandi *bestärkt und* gerade *nicht schwächt*. Darüber hinaus hat Ullrich (ebenda) bei vielen Befragten eine Begrüßung des Versicherungszwangs festgestellt. In diesem wird ein Vorteil gesehen, da das Vertrauen in die eigene "Vorsorgedisziplin" nur sehr gering ist. Er bezeichnet dies als "autopaternalistische Einstellung" der Versicherten, die die Verantwortung für ihre eigene Vorsorge beim Staat bzw. den parastaatlichen Institutionen der Sozialversicherungen sehen. Die Begrüßung

---

<sup>106</sup> Ullrich (1996: 171) untersucht in seiner Studie zur sozialen Akzeptanz der Gesetzlichen Krankenversicherung, die im Rahmen des DFG-Projekts "Gesetzliche Krankenversicherung und sozialpolitische Kultur" am Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen unter Leitung von Prof. Dr. Claus Offe und Karl Hinrichs 1992-1994 durchgeführt wurde, die Solidaritätsbereitschaft derjenigen, die im System der Gesetzlichen Krankenversicherung versichert sind, insbesondere die der Nettozahler.

des Versicherungszwangs kann in diesem Sinne als Ausdruck eines kollektiven Lernprozesses verstanden werden, der als ein Resultat der "historischen Stabilität" der Gesetzlichen Krankenversicherung angesehen werden kann. Diese Haltung ist für Ullrich (1996: 186f) Ausdruck eines institutionellen Sozialisationseffektes, durch den Einstellungen und Handlungsorientierungen reproduziert werden, die zur Akzeptanz der Gesetzlichen Krankenversicherung beitragen. Ferner konnte er feststellen, daß Versicherte, wenn sie institutionell bedingte Entsolidarisierungen beobachten, nicht mit Entsolidarisierung reagieren, sondern im Gegenteil die "Restaurierung der Solidardisziplin" fordern. (Ebenda: 187) Dabei sind sich Versicherte ihrer kollektiv dilemmatischen Situation, die von ihrer Struktur her dem Prisoner's Dilemma entspricht, durchaus bewußt. Sie erkennen daher, daß eine "kollektiv ideale" Lösung dieses Solidaritätsdilemmas möglich ist, die darin besteht, daß alle ihren Beitrag leisten. So geht aus den Äußerungen vieler Versicherter hervor, daß sie eine durch eine allgemeine und gleiche Versicherungspflicht "erzwungene Solidarität als kollektive Selbstbeschränkung" für legitim und funktional angemessen halten. (Ebenda: 188)

Bayertz (1996, 1998) und Prisching (1992, 1996) auf der einen Seite sowie Ullrich auf der anderen stimmen darin überein, daß durch den Sozialstaat eine Transformation der Alltagssolidarität erfolgt, beide Seiten sind sich jedoch über das Ergebnis uneinig. Während Bayertz und Prisching von einer langfristigen Erosion der Solidarität ausgehen, konnte Ullrich im Gegenteil eine Verfestigung und Unterstützung der sozialstaatlichen Institutionen - zumindest im besonderen Fall der Gesetzlichen Krankenversicherung - feststellen. Allerdings räumt Ullrich (1996: 187) ein, daß unter bestimmten Umständen auch ein Entmoralisierungsprozeß eintreten kann, dann nämlich, wenn die auf einen funktionierenden Sozialstaat geeichten Solidaritätsvorstellungen durch den Sozialstaat selber nicht mehr erfüllt werden, wenn also der Eindruck entsteht und sich verfestigt, daß "ohnehin nicht gilt, was gelten sollte". (Ebenda) Neuere Entwicklungen, die den Sozialstaat betreffen, deuten aber gerade in diese Richtung.

### *Neuere Entwicklungen*

Die Debatte, die in den letzten Jahren zur Frage nach der weiteren Finanzierbarkeit des Wohlfahrtsstaates geführt hat, kam weniger aus internen Gründen auf, was für die Position von Ullrich spricht, sondern wurde vor allem aufgrund ökonomischer Entwicklungstendenzen angestoßen. Von letzteren ist nämlich die Finanzierungsweise des Sozialstaates direkt betroffen. Der Sozialstaat hat zur Aufgabe, bestimmte destruktive Tendenzen des gesellschaftlichen Arrangements unschädlich zu machen, allerdings ohne dabei die strukturell ungleichen Eigentums-, Einkommens- und Abhängigkeitsverhältnisse zu berühren. (Habermas 1981 II: 510f) Zu seiner Finanzierung greift er auf Ressourcen zurück, welche er dem ökonomischen System entzieht. Der Sozialstaat ist damit zugleich Kompromiß und Balanceakt zwischen zwei Extremen: dem Ideal einer liberalen marktwirtschaftlichen Ordnung, die sich auf das minimale Erfordernis einer rational-egoistischen Haltung der einzelnen gründet und dadurch Innovation und Dynamik sichert, und dem Ideal einer solidarischen Gemeinschaft, die durch kollektive Vorrichtungen Risiken für das einzelne Mitglied beseitigt und allen ein menschenwürdiges Leben gewährleistet. (Prisching 1996: 105, siehe auch



Vobruba u.a. 1995: 9) Dabei konnte er lange Zeit auf die Voraussetzung bauen, daß er aus ökonomischen Zuwächsen finanziert werden konnte, so daß niemand den Eindruck hatte, ihm würde etwas weggenommen. (Siehe etwa bei Habermas 1981 II: 511, 516) Seitdem aber von einem reibungslosem Wirtschaftsablauf und selbstverständlichen ökonomischen Zuwachsraten keine Rede mehr sein kann, ist auch der Sozialstaat in eine Krise geraten. Hierzu trägt insbesondere die steigende Arbeitslosigkeit bei. Ein Arbeitsloser hat nämlich einerseits Anspruch auf materielle Absicherung aus den Sozialkassen, andererseits fällt er aber auch als Beitrags- und Steuerzahler aus. Weil aber die Lasten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen werden müssen, wird die Arbeit noch teurer. Die Massenarbeitslosigkeit wird auf diese Weise zur Beschäftigungsbremse.<sup>107</sup> Andererseits ist gerade in Krisenzeiten die soziale Sicherung notwendiger denn je. Das Sozialversicherungssystem könnte man also mit einer Heizung vergleichen, die gerade dann zu ernsthaften Funktionsstörungen neigt, wenn es wirklich kalt wird. Wirtschaftliche und gesamtgesellschaftliche Rationalität geraten so zunehmend in Konflikt miteinander<sup>108</sup>, und die finanziellen sozialstaatlichen Ressourcen befinden sich in einem Dilemma zwischen Umverteilung und Konjunkturbelebung. Die große Leistung der westlichen Nachkriegspolitik bestand in dem gelungenen Versuch, zwischen diesen beiden Polen die richtige Balance zu finden. Nichts anderes steht hinter der Idee der sozialen Marktwirtschaft, die den Westdeutschen vier Jahrzehnte lang Stabilität und inneren Frieden sicherte. Dieses Gleichgewicht geht jetzt verloren: der Verfall der staatlichen Lenkungsmöglichkeiten im Weltmarkt läßt das Pendel immer weiter zugunsten der Starken ausschlagen. (Martin u. Schumann 1996: 312) Auch von dieser Seite droht also eine Erosion der institutionalisierten Form der Solidarität mit Namen "Sozialstaat".<sup>109</sup> In engem Zusammenhang mit der ökonomischen Entwicklung stehen bestimmte Normalitätsannahmen und eingeschliffene Operationsweisen des Sozialstaates, die immer weniger der Realität entsprechen. Auf diese Weise entsteht eine wachsende Inkongruenz zwischen sozialstaatlichen Arrangements und der sozialen Realität insbesondere im Beschäftigungssystem. Das So-

---

<sup>107</sup> Ein weiterer Faktor, von dem die Rentenversicherung betroffen ist, besteht in einer demographischen Entwicklung, die zu einer tendenziellen Umkehr der Alterspyramide führt.

<sup>108</sup> Zur Zeit scheinen die Vertreter einer ökonomischen Rationalität die Debatten zu dominieren: von einem bestimmten Standpunkt aus betrachtet, genauer gesagt, aus radikal-liberaler Sicht, erscheinen soziale Bürgerrechte als Lohnnebenkosten und Steuern, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen. Sozialpolitik wird damit zunehmend als Kostenfaktor und als Bremse für den Wettbewerb wahrgenommen. (Prisching 1992: 277; Dahrendorf 1994: 191; Leibfried u. Rieger 1996: 217f; Hinrichs 1995: 653) Theorie und Praxis der Wirtschaftspolitik verlegen sich damit auf die Angebotsseite, also auf unternehmerfreundliche Steuersenkungen, Anreize für Beschäftigte und Subventionen für neue Technologien. (Dahrendorf 1994: 192) Dadurch wird zunehmend wirtschaftliche Rationalität gegen die gesellschaftliche Rationalität ausgespielt. Wie lange dieser Trend jedoch anhält, ob sich die ökonomische Rationalität durchsetzt und bis zu welchem Grad, das kann hier und heute noch nicht als entschieden betrachtet werden.

<sup>109</sup> Verschärft wird diese Problematik durch die beschleunigte Kapitalmobilität im Zuge der Globalisierung, die den staatlichen Zugriff auf Gewinne und Geldvermögen erschwert. Die zunehmende Internationalisierung der Produktion und der Arbeitsmärkte unterhöhlt die Regulierungskapazität aller nationalen Staaten. (Kronauer 1995: 10) Schon die bloße Drohung der Unternehmer mit Kapitalabwanderung setzt zwischen den Staaten einen "race to the bottom" in Gang, d.h. einen kostensenkenden Deregulationswettbewerb, der sozialpolitische Handlungsspielräume einschnürt und soziale Standards beschädigt. (Habermas 1998: 106, 158) Unter dem Druck globalisierter Märkte büßen nationale Regierungen dadurch immer stärker die Fähigkeit zur politischen Einflußnahme auf den gesamtwirtschaftlichen Kreislauf ein, wobei sowohl die fiskalische Grundlage der Sozialpolitik schmaler wird als auch die Fähigkeit zur wirtschaftlichen Makrosteuerung abnimmt. (Ebenda: 118, 122)

zialversicherungssystem ist, wie gerade gezeigt wurde, auf Erwerbsarbeit zentriert. Dabei gründet es auf der Allgemeingültigkeit des Normalarbeitsverhältnisses. (Bäcker 1993: 830; Möhring-Hesse 1995: 95) Weil es sich hierbei um eine Normalität längst vergangener Tage handelt, wird diese von immer mehr Menschen verfehlt und die Beiträge von vollzeitig und dauerhaft Beschäftigten werden in der Wirtschaftswelt zunehmend zur Mangelware. (Heuser 1997: 15) Aufgrund der spezifischen Automatismen steigen damit die Beitragssätze der Sozialkassen, weil ihnen die regelmäßig Beschäftigten zunehmend abhanden kommen, während die Zahl der Anspruchsberechtigten (Rentner, Arbeitslose) wächst. Im Zuge dieser Entwicklung steht zu erwarten, daß die im Arbeitsmarkt verbleibenden Mitglieder zunehmend versuchen werden, sich aus der Sozialversicherungspflicht zu verabschieden. Dies geschieht entweder direkt etwa durch das Ausweichen in die Selbständigkeit bzw. sogenannte Scheinselbständigkeit, des weiteren durch das Aufsuchen marktförmiger Versicherungsformen<sup>110</sup> oder indirekt, indem die steigenden Lohnnebenkosten zum Politikum gemacht werden und auf diese Weise ein zentraler Mechanismus des heutigen Sozialversicherungssystem in Frage gestellt wird. Infolge dieser Entwicklungstendenzen, ferner aufgrund der dauerhaften Massenarbeitslosigkeit und der Umwandlung von Normalarbeitsverhältnissen in prekäre Beschäftigungsverhältnisse werden die substantiellen Voraussetzungen staatlicher Solidarität zunehmend abgetragen.

### *Fazit*

Der Sozialstaat garantiert den Löwenanteil materieller Daseinsfürsorge für Bedürftige und hier ist auch kein Substitut in Sicht, das einen vergleichbaren Umfang materieller Untertützungsleistungen gewährleisten könnte. Ferner steht er für ein Maximum an Zuverlässigkeit und Rechtssicherheit. Dabei geht es auch um eine unverzichtbare Ergänzung der demokratischen bzw. rechtsstaatlichen Freiheiten, die ohne ein materielles Minimum wertlos sind. Die wichtigste Basis für die Akzeptanz des Sozialstaates besteht in der Solidarität seiner Bürger. Gerade in dieser Hinsicht ist sein Wirken vor dem Hintergrund neuester Entwicklungen prekär, denn er tendiert dahin, die Solidarität der Bürger auf seine eigene Operationsweise zu eichen, während andere Grundlagen für Solidarität, insbesondere die spontane Alltagssolidarität, geschwächt werden. Seine Operationsweise wird zwar von einer hinreichenden Anzahl von Bürgern als selbstverständlich aufgefaßt, aufgrund jüngster Entwicklungen werden aber seine Kosten zunehmend zum Problem. Die eingeschliffenen Operationsweisen des Sozialstaates beruhen nämlich auf einer prosperierenden Ökonomie und den damit verbundenen Normalitätsannahmen vergangener Zeiten. Diese Grundlagen brechen jedoch

---

<sup>110</sup> Krämer (1996: 948) warnt in diesem Zusammenhang vor einem Exit der Besserverdienenden aus den gesetzlichen Versicherungen, in denen zunehmend mehr Marginalisierte versammelt sind. In den marktförmigen Versicherungssystemen (z.B. private Renten- und Krankenversicherungen) findet sich dagegen eine "Gemeinschaft" der günstigen Risiken zusammen. (Ebenda) Dadurch wird im sozialstaatlichen Versicherungssystem eine Verschlechterungs-Abwanderungs-Spirale in Gang gesetzt: immer mehr Klienten verlassen die ursprüngliche Versicherung, obwohl sie dies ursprünglich gar nicht wollten, sich jetzt aber zu diesem Schritt gezwungen sehen, wenn sie nicht große Verschlechterungen in Kauf nehmen wollen. Dieser Mechanismus muß sich im übrigen nicht nur auf die Alterssicherung und Krankenversicherung beschränken, sondern kann z.B. auch auf den Bereich der Bildung ausgreifen etwa in Form der Einrichtung von Privatuniversitäten. (Ebenda: 949)

zunehmend weg, so daß der bisherige Modus operandi zunehmend dysfunktional wird. Damit ergibt sich ein steigender Bedarf an Konsolidierung und entsprechenden Umgestaltungsmaßnahmen. Für diese Aufgabe reichen aber die auf der bisherigen Normalität beruhenden Solidaritätseinstellungen der Versicherten nicht mehr aus. Es dominiert daher der Eindruck, daß der Sozialstaat von mehreren Seiten unter Druck geraten ist und diesem Druck offenbar wenig entgegengesetzt werden kann. Hier stellt sich die Frage, ob die zunehmend enttäuschte sozialstaatlich geeichte Solidarität der Bürger angesichts dieser Entwicklung schlicht weiter erodiert oder ob es auch Potentiale gibt, die angesichts der beschriebenen Tendenz die Bereitschaft, Gegendruck zu erzeugen, beinhalten bzw. die soziale Integration als ein so hohes Gut hinstellen, daß eine Bereitschaft für entsprechendes Handeln entsteht, wie auch immer dies konkret aussehen mag.

## **F. Zusammenfassung des theoretischen Durchgangs**

Ausgehend von der Frage, die Durkheim seinerzeit aufgeworfen hat, wie nämlich komplexe moderne Gesellschaften sozial integriert werden können, habe ich eine Reihe von Ansätzen, die sich auf ganz verschiedenen theoretischen Grundlagen mit dem Begriff der Solidarität befassen, vorgestellt. Wie gezeigt wurde, besteht der Bedarf an sozialer Integration insbesondere in Situationen, in denen gesellschaftliche Probleme - etwa Steuerungsprobleme, Probleme der Bereitstellung öffentlicher Güter oder der Inklusion von Individuen - nicht durch Preisbildung oder durch staatlichen Zwang gelöst werden können. In diesem Zusammenhang treten auch zunehmend solche Probleme auf, die durch tradierte Konfliktbewältigungsmuster und überkommene Gemeinschaftsformen nicht bewältigt werden können. Differenzierte Gesellschaften können nämlich schwerlich durch die relativ wenigen und monolithischen Regeln integriert werden, die noch aus den Zeiten vormoderner Gesellschaftsformen stammen, ohne daß dies zu massiven Behinderungen in den verschiedenen Funktionsbereichen führen würde. Die Entwicklung der modernen Großgesellschaften geht nicht zuletzt aus diesem Grunde notwendig mit einem Prozeß der Schwächung der althergebrachten Bindungen unter den Menschen einher. Durkheim erkannte daher den Bedarf eines Bindemittels, das nicht aufgrund systemischer Prozesse und auch nicht aufgrund überkommener Verhaltensmodi allein gewährleistet werden kann. Während es ihm seinerzeit gelungen ist, ein überzeugendes Konzept der Solidarität für archaische Gesellschaften zu entwickeln, konnte jedoch sein Ansatz einer Solidaritätsform für moderne Gesellschaften, die sogenannte "organische Solidarität", nicht überzeugen. Damit hat Durkheim die Integrationsprobleme moderner Gesellschaften zwar erkannt und zutreffend diagnostiziert, ist jedoch mit seiner Entgegnung auf diese Problematik gescheitert. Wir verließen ihn daher mit der ungeklärten Frage, wie Solidarität in modernen Gesellschaften beschaffen ist bzw. sein müßte, um deren Bestand zu garantieren.

Die direkt hierauf folgende Betrachtung von Theorien, die auf verschiedene je spezifische Art und Weise davon ausgehen, daß moderne Gesellschaften keiner expliziten Anstrengung zu ihrer Integration bedürfen, sondern daß diese quasi automatisch erfolgt, hat zu keinem befriedigenden

Ergebnis geführt. Die Ausgangsfrage hat jedoch durch diesen Durchgang immerhin eine Präzisierung erfahren.

a) Ausgehend von den egoistischen Kalkülen einzelner Akteure stellt sich die Gesellschaft aus der Sicht der *Rational-Choice-Theorien* als unkoordinierte Pluralität von Einzelentscheidungen dar. Man kann dieser Theorietradition wohl zugestehen, daß sie in der Lage ist, viele aktuelle Problemstellungen zu beschreiben etwa im Zusammenhang mit Entwicklungen, in deren Rahmen für den einzelnen öffentliche Interessen zunehmend ausgeblendet werden, wodurch ihr Zusammenhang mit Privatinteressen immer weniger wahrgenommen wird. In diesem Sinne werden Rational-Choice-Theorien als Beschreibungen neuerer Entwicklungen immer adäquater, da sie gewissermaßen als die schärfste theoretische Fassung der modernen Individualisierungsprozesse aufgefaßt werden können, zu deren Entwicklung sie nicht zuletzt selbst mit beigetragen haben. Diese Theorietradition ist aber, wie gezeigt wurde, nicht in der Lage, die institutionellen Arrangements zu erklären, die sie selbst als unproblematisch voraussetzt. Die Regeln und Institutionen dieser Arrangements müßten von den Akteuren vielmehr je nach Interessenlage manipuliert oder neu definiert werden. Die radikale Reduktion menschlicher Motivation auf das rationale Eigeninteresse kann daher keine funktionierende Gesellschaft begründen. *Hechter* hat vor diesem theoretischen Hintergrund aber immerhin die Möglichkeit von Solidarität im Rahmen (sehr) kleiner Gruppen, in denen sich die Mitglieder gegenseitig im Auge behalten können, plausibel gemacht. Bei genauer Betrachtung beschränkt sich die Reichweite seines Ansatzes jedoch allein auf diesen sehr geringen Umfang, denn für größere Gruppen benötigt auch er wieder institutionelle Arrangements, die er aber selbst nicht begründen kann. Damit dürfte die Reichweite dieser Solidaritätsform noch geringer sein als diejenige, die nach Durkheim im Rahmen mechanischer Solidarität erreichbar wäre. Immerhin muß anerkannt werden, daß es sich um eine Solidaritätsform handelt, die auch unter extrem egoistischen Individuen möglich wäre.

b) Sofern *Luhmann* im Rahmen seiner *Theorie autopoietischer Systeme* den Ausdruck Solidarität explizit verwendet, ist hierunter einzig eine *interpersonale Integration* im Rahmen von "Interaktionssystemen", also im unmittelbaren Nahbereich, zu verstehen, mithin eine Art der Solidarität, die Durkheims Auffassung von mechanischer Solidarität recht nahe kommt. Ebenso wie jene ist mechanische Solidarität auch kleinräumig, dabei allerdings nicht so spontan und unzuverlässig wie die in Luhmanns Begriff vorgesehene Solidarität. Nassehi, in der Theorietradition von Luhmann stehend, faßt diese Solidarität als Kompensation für die fehlende soziale Integration von Individuen durch die funktional differenzierten Systeme in der modernen Gesellschaft auf und diagnostiziert nicht nur die Persistenz, sondern auch ein Wiederaufleben solch kleinräumiger Solidaritätsformen, wobei allerdings die Ergebnisse nicht in jedem Fall erfreulich sein dürften. Einig sind sich Nassehi und Luhmann darin, daß Interaktionssysteme nicht über das Potential verfügen, gesamtgesellschaftliche Solidarität zu gewährleisten, schon allein deswegen nicht, weil differenzierte Gesellschaften nicht über einen überwölbenden Gesamtsinn verfügen, auf den die Interaktionssysteme zurückgreifen könnten. Moderne Gesellschaften sind ferner dermaßen komplex, daß sie selbst in keiner Interaktion mehr angemessen repräsentiert werden können.

Durkheims Ansatz der organischen Solidarität nimmt ähnlich wie Luhmann in seiner Theorie autopoietischer Systeme eine *morphologisch-strukturell* bewirkte Integration - bei Durkheim bewirkt durch arbeitsteilige Interdependenz - zum Ausgangspunkt. Die Analogie zwischen beiden Ansätzen wird noch deutlicher, wenn man Durkheims Organismusanalogie als rudimentäre Systemtheorie auffaßt, wie es Luhmann (1988) selber tut. Luhmann verneint aber jegliche moralische Auswirkung, die nach Durkheim von dieser Interdependenz ausgehen soll (und an deren theoretischer Begründung Durkheim selbst ja letztlich gescheitert ist). Luhmann bleibt dagegen konsequent bei der Auffassung, daß Integration nur noch als Systemintegration bzw. "Multiinklusion" der Individuen in (nahezu) sämtliche gesellschaftliche Funktionssysteme zu gewährleisten ist. Die Gesellschaft kann demnach nur noch über ein im Großen und Ganzen reibungsloses Wechselspiel der verschiedenen Systeme zusammengehalten werden. Jedoch können die Teilsysteme extreme soziale Ungleichheiten tolerieren, gerade weil diese ihre Funktionen im Normalbetrieb kaum beeinträchtigen. Der Extremfall ist die völlige Exklusion der Person aus dem jeweiligen Teilsystem, was leicht zu *Mehrfachexklusionen* führt, indem der Ausschluß aus einem Funktionssystem quasi automatisch den Ausschluß aus den anderen nach sich zieht. Nach Luhmann gibt es eine wahrnehmbare Tendenz dahin, daß auf diese Weise immer mehr Menschen aus dem Netzwerk der Systeme herausfallen und beginnen, eine Sekundärgesellschaft zu bilden, die an den Operationen der Teilsysteme nicht mehr teilhat. Das führt insgesamt zu einer sozialen "Supercodierung" durch die Unterscheidung von Inklusion und Exklusion, die der funktionalen Differenzierung der Gesellschaft vorgelagert ist. Eine befriedigende Integration der Individuen aufgrund des Prozessierens der funktionalen Teilsysteme ist dann nicht mehr gewährleistet und die sich vergrößernde Anzahl ausgeschlossener bzw. unterprivilegierter Individuen führt über kurz oder lang auch zu Störungen in der Autopoiesis der sozialen Systeme.

*Im Ergebnis* stehen die Befunde der von mir so genannten "Laisser-Faire-Theorien" bezüglich des Schicksals der kleinräumigen Formen der Solidarität innerhalb der modernen Gesellschaft im Gegensatz zu Durkheim. Dieser ging ja davon aus, daß die von ihm als "mechanische Solidarität" bezeichnete kleinräumige Solidarität über kurz oder lang von der modernen großräumigen "organischen Solidarität" verdrängt würde. Dagegen kamen wir sowohl mit Hechter (als Vertreter der Rational-Choice-Theorie) als auch mit Luhmann bzw. Nassehi (als Gründer bzw. Vertreter der Theorie autopoietischer Systeme) zu dem Schluß, daß kleinräumige Solidarität in modernen Gesellschaften keineswegs, wie Durkheim mit Bezug auf mechanische Solidarität angekündigt hat, gegen Null tendiert, sondern ganz im Gegenteil sehr wohl einen festen Platz hat und vielleicht sogar fester im Sattel sitzt als weiträumigere Formen. Der Typus der kleinräumigen Solidarität ist nun aber, wie der Name besagt, keineswegs funktional äquivalent mit großräumiger Solidarität. Beide beziehen sich vielmehr auf ganz verschiedene Ebenen sozialer Integration.<sup>111</sup>

Von dem Erkenntnisgewinn des Fortbestehens kleinräumiger Solidarität abgesehen, ist jedoch eine Lösung des Integrationsproblems moderner Gesellschaften im Vergleich zu Durkheim nicht näher

---

<sup>111</sup> Diese Koexistenz hat Durkheim selbst indirekt mit seinem Konzept der "Berufsgruppen" zugestanden, da diese nach innen durch mechanische und nach außen durch organische Solidarität integriert werden sollten.

gerückt. Man könnte vielleicht sagen, daß mit Luhmann das Integrationsproblem, das sich am Ende des Durkheim-Kapitels gestellt hat, weiter zugespitzt wurde, wobei hier genauso wenig wie dort überzeugende Potentiale für eine adäquate Bearbeitung dieses Problems ausgemacht werden konnten weder in theoretischer noch in praktischer Hinsicht. Daß sich moderne Gesellschaften über kleine Gruppen hinaus von selbst, d.h. ohne spezielle Bemühungen um Solidarität, integrieren, steht offensichtlich kaum zu erwarten weder auf der Ebene der Individuen noch auf der Ebene der sozialen Systeme.

*Habermas* geht zwar wie Luhmann von einer funktionalen Differenzierung moderner Gesellschaften aus, aber für ihn bleibt, was die soziale Integration angeht, eine eigene Sphäre bestehen, nämlich die Lebenswelt, auf welche selbst noch die ausdifferenzierten Systeme - bei Habermas lediglich Politik und Wirtschaft - angewiesen bleiben. Solidarität als die knappste der drei zentralen Ressourcen moderner Gesellschaften hat dabei in der Gesellschaftskomponente der triadisch strukturierten Lebenswelt ihren Ort. Sie wird jedoch von den "Gewalten" der beiden anderen Steuerungsressourcen, nämlich Geld und administrative Macht, bedrängt. Der nicht zuletzt aufgrund dieser Bedrängung im Laufe der Entwicklung moderner Gesellschaften schrumpfende tradierte Normen- und Wertebestand der Lebenswelt muß nach und nach durch bewußt erzielte Interpretationsleistungen der Kommunikationsteilnehmer ergänzt werden, die auf diese Weise die Einheit der Lebenswelt wiederherstellen. Diesen Prozeß bezeichnet Habermas als Rationalisierung der Lebenswelt, einen Prozeß, der nicht zuletzt neue Quellen der Solidarität erschließen soll, wo die alten versiegen. Gesellschaft wird dann mehr und mehr über kommunikatives Handeln integriert.

Genau in der Annahme dieser Möglichkeit liegt die entscheidende Differenz zu Luhmann. Letzterer geht ja, wie gezeigt wurde, davon aus, daß die Dignität lebensweltlicher Kommunikation niemals über den Kreis der Anwesenden hinausgehen kann, während Habermas in eben dieser Kommunikationsform die zentrale integrative Kraft moderner Gesellschaften sieht. Demnach wohnt der Solidarität einer kommunikativ rationalisierten Lebenswelt schon immer ein universalistischer Charakter inne, da den Grundlagen des kommunikativen Handelns eine prinzipielle alle Menschen einbeziehende Geltung zu eigen ist. Gegen diesen Anspruch wendet Luhmann ein, daß Diskurse nicht in der Lage sind, auf die teilsystemspezifischen Kommunikationen einer funktional differenzierten Gesellschaft zuzugreifen, denn die Teilsysteme sind nach seiner Auffassung aufgrund ihrer Spezialcodes intransparent. Nun muß man Luhmann zwar zugestehen, daß die systemischen Prozesse in der Tat nicht problemlos der Beobachtung durch die Lebenswelt zugänglich sind, denn sie laufen mit hoher Geschwindigkeit, hoher Komplexität und über weiträumige soziale Zusammenhänge ab, die von einzelnen Akteuren gar nicht überschaut werden können. Wie sich aber bei Luhmann selbst anhand der Exklusionsproblematik angedeutet hat, scheint eine Gesellschaft, die *nur* aus autopoietischen Systemen besteht, in eine Sackgasse zu führen. Wenn nämlich den Teilsystemen, die ihre Umwelt nur durch den einseitigen Filter ihrer Spezialcodes beobachten können, die Schäden entgehen, die sie anrichten und die letztlich auch auf sie selbst zurückwirken, dann unterliegen sie auf Dauer einer nicht zu unterschätzenden Selbstgefährdung. Auch die

ausdifferenzierten Systeme benötigen daher sowohl die Rückbindung als auch die Akzeptanz der gesellschaftlichen Kontexte, die sie selbst nicht herstellen, sondern allenfalls berücksichtigen und hegen können. Damit ergibt sich die Notwendigkeit und die Gelegenheit von Öffnungen für lebensweltliche Kommunikation, selbst wenn die Systeme weiterhin primär an ihrer Binnenkomplexität orientiert bleiben. Dabei kann die selbstreferentielle Stabilität der Teilsysteme aufgrund ihrer strukturellen Kopplung an ihre jeweilige Umwelt letztlich nur durch die lebensweltliche Alltagssprache gewährleistet werden, wodurch die spezifischen ausdifferenzierten Teilsysteme, wenn auch nicht ungebrochen, so doch an die Lebenswelt zurückgebunden bleiben.<sup>112</sup> (Habermas 1992: 436) Aus der Perspektive der Lebenswelt ist dabei zwar immer nur ein kleiner Teil der systemischen Prozesse beobachtbar und auch diese sind meist nur bruchstückhaft zugänglich, denn die Lebenswelt orientiert sich im Gegensatz zu den Systemen an Lebenszeiten, überschaubarer Komplexität und nahen sozialen Ordnungen, aber sie stellt immer noch ein Reservoir an Deutungsmustern und Orientierungen dar, das für übergreifende und kooperative Deutungen genutzt werden kann. Dabei können sich die Beteiligten immer auf normativ gesicherte bzw. kommunikativ erzielte Konsense berufen, mit denen nicht zuletzt Maßstäbe der Humanität und der Solidarität gesetzt werden. Die Alltagssprache, aus der sich die Teilsysteme einst ausdifferenziert haben, verfügt nämlich über einen universalistischen Verweisungskontext, der sich auf die intuitiv vertrauten Bestände lebensweltlichen Wissens stützt und unter Nutzung dieses Potentials auf ein rational motiviertes Einverständnis der Beteiligten abzielt. Unterhalb der Differenzierungsschwelle der Spezialcodes steht damit jederzeit eine gesellschaftsweit zirkulierende Umgangssprache zur Verfügung. (Habermas 1992: 427; siehe auch Bendel 1993: 159) Die Luhmannsche Systemtheorie ist dagegen in ihren Grundbegriffen zu scharf gefaßt, um eine theoretisch untermauerte Handhabung der diagnostizierten Probleme bereitstellen zu können. Nicht zuletzt ihre Ablehnung außersystemischer Rationalitätspotentiale führt zu einem unangemessenen Steuerungspessimismus, wobei Luhmann und andere Systemtheoretiker insbesondere die Leistungen, die eine multifunktionale Umgangssprache gerade aufgrund ihrer mangelnden Spezialisierung erbringen kann, verkennen. Die Lebenswelt bleibt damit letztlich der Resonanzboden für Probleme der Systemintegration. Dabei können auch Probleme und Ansprüche, die sich auf dem Feld der Sozialintegration - also bezüglich der Solidarität - ergeben, aufgeworfen und zum Thema gemacht werden.

Die Lebenswelt wird zwar, wie gezeigt wurde, durch die systemischen Prozesse beeinträchtigt und sogar teilweise überformt, aber sie ist immer noch in der Lage, eigene Ansprüche zu formulieren. Die negativen Externalitäten der Systeme wirken nämlich weiterhin unablässig auf sie ein, und durch die daraus resultierenden Problemlagen können öffentliche Debatten evoziert werden. (Siehe Habermas 1992: 444) Dabei ist nach Habermas die *Öffentlichkeit* diejenige Kommunikationsstruktur, in der Probleme thematisiert werden können, die von gesamtgesellschaftlicher Relevanz sind. (Ebenda: 435) Sie stellt nach seiner Ansicht einen wichtigen Aspekt der Lebenswelt dar und reproduziert sich

---

<sup>112</sup> Schon allein die prinzipielle Möglichkeit, Alltagssprachensprecher in die Systemsprache einzuführen (z.B. als Auszubildende), oder umgekehrt, Systemsprachen in Alltagssprache zurückzuübersetzen (z.B. durch Lehrbücher, populäre Darstellungen etc.) belegt empirisch diese Rückgebundenheit.

wie diese durch unspezifische Alltagskommunikation - mithin über die natürliche Umgangssprache. Dabei verfügt sie über unspezialisierte, aber gesellschaftsweit empfindliche Sensoren und insbesondere sind ihre Kommunikationsstrukturen von Entscheidungen entlastet, was die Wahrscheinlichkeit der Dominanz von Partikularinteressen entscheidend verringert. Der Einfluß, den die Öffentlichkeit auf die Systeme erringen kann, stützt sich insbesondere auf die Resonanz, die sie bei einem breiten Laienpublikum erzielen kann. Dabei können, so Habermas, die Kommunikationsstrukturen der Öffentlichkeit zu ganz neuen Wahrnehmungen führen, die von den betreffenden Systemen - etwa der Politik - zuvor nicht gesehen wurden. Im Zusammenhang mit unserer Fragestellung ist sie eine wichtige Voraussetzung dafür, daß Solidarität - und andere regulative Ideen - über die Reichweite individueller Kontrollmöglichkeiten hinaus auf anonyme Kontexte moderner Gesellschaften ausgedehnt werden können. Eine wichtige Stütze für die Öffentlichkeit besteht für Habermas in der *Zivilgesellschaft*, einem Netz von freien Assoziationen auf freiwilliger Basis. Sie spielt unter anderem eine wichtige Rolle, um angesichts von dominanten Auffassungen und Prozessen Gegenwissen zu mobilisieren und eigene Expertisen anzufertigen.<sup>113</sup> Beide, Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit, haben demnach für die Solidarität eine wichtige (auto-)katalytische Funktion: sie kommen einerseits nur mit Hilfe von Solidarität in Gang, andererseits konstituieren sie Handlungsfelder, in denen Fragen der Solidarität überhaupt erst aufkommen. In diesem Zusammenhang stellen sie nach Habermas auch einen wichtigen Ausgleich zur Tendenz der Entsolidarisierung und Atomisierung der Individuen dar. An dieser Stelle springen sie als intermediäre Institutionen, Verbände, Vereine etc. ein, über die der in der Öffentlichkeit ausgetragene Prozeß der Kooperation und Konfliktregulierung läuft.<sup>114</sup> (Pollack 1992: 280) Ein weiterer Transmissionsriemen zur Kanalisierung von Kritik an gesellschaftlichen Entwicklungen ist schließlich nach Auffassung von Habermas die *Rechtssprechung*, die insbesondere dazu geeignet ist, Problematisierungen aus der Lebenswelt aufzunehmen und in die Systeme einzuspeisen. Sie stellt der Lebenswelt Macht zur Durchsetzung ihrer gerechtfertigten Belange zur Verfügung, während Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft dem Rechtssystem Rückendeckung durch zusätzliche kommunikative Macht verschaffen. Dabei zehrt auch das moderne Recht von einer Solidarität, die letztlich aus kommunikativem Handeln hervorgeht.

*Habermas* stimmt mit Durkheim darin überein, daß in den Interaktionszusammenhängen moderner Gesellschaften weder allein aufgrund strategischer Operationen noch aufgrund einer Umkehr zu traditionellen Beständen eine stabile Ordnung gewährleistet werden kann. Er hat mit seinem Ansatz einer rationalen Integration aufgrund einer herrschaftsfreien lebensweltlichen Kommunikation, deren Reichweite durch eine lebendige Öffentlichkeit vergrößert und die durch die Kraft einer vermittelnden Rechtssprechung mit Durchsetzungspotentialen versehen wird, ein Konzept der Solidarität aufgestellt, das den hochkomplexen funktional differenzierten modernen Gesellschaften angemessen erscheint. Insofern haben wir bei Habermas in den kommunikativen Selbstbestimmungspraktiken ein Moment

---

<sup>113</sup> Allerdings gilt es zu bedenken, daß zivilgesellschaftliche Akteure nicht immer universalistische Orientierungen entwickeln, sondern auch problematische Richtungen einschlagen können.

<sup>114</sup> Schon Durkheim (1988: 41ff) hat den "Berufsgruppen" diese Funktion zugeordnet. Allerdings ist die Vermittlung hier sehr harmonistisch angelegt, während Momente der Kritik und des Konfliktes fehlen.



gefunden, das in seiner Funktion die Position einnehmen kann, für die Durkheim das Konzept der organischen Solidarität vorgesehen hatte. Ferner läßt sich die kommunikative Rationalisierung der Lebenswelt in gewisser Hinsicht als Analogie zu Durkheims Vorstellung einer Ablösung der mechanischen Solidarität durch organische Solidarität auffassen. Anders als bei Durkheim handelt es sich hier aber nicht um eine relativ rasche und einmalige Umgestaltung, sondern vielmehr um eine allmählich fortschreitende, immer nur partielle Umstellung der Lebenswelt und keineswegs um eine vollständige Substitution. Ferner kann man davon ausgehen, daß Ergebnisse von Verständigungsprozessen im Laufe der Zeit selber zu Traditionen sedimentieren, so daß es sich bei Habermas eher um einen Prozeß permanenter Umgestaltung handelt und nicht - wie bei Durkheim - um einen einmaligen Substitutionsakt im Rahmen eines Zweiphasenmodells.

Von diesen Differenzen abgesehen, liegt damit ein zumindest *theoretisch* konsistentes Konzept für ein Substitut der "organischen Solidarität" vor. Allerdings gibt es, wie oben gezeigt wurde, hinsichtlich der Praxis eine ganze Reihe von Problemen. Zu den genannten Einwänden aus systemtheoretischer Perspektive - hohe Komplexität, Geschwindigkeit und Ausdehnung der systemischen Operationen, auf welche die Alltagskommunikation nur schwer zugreifen kann, und, nicht zu vergessen, die von Habermas selbst aufgeworfene Tendenz zur Überformung der Lebenswelt - treten weitere Einwände aus einer ganz anderen Richtung hinzu. So dient Kommunikation etwa in der Öffentlichkeit nicht allein und noch nicht einmal in erster Linie der kooperativen Wahrheitsfindung und konsensuellen Integration, sondern auch der Durchsetzung partikularer Interessen und dem strategischen Machtmißbrauch gegenüber anderen. Die Öffentlichkeit entspricht daher sehr häufig nicht den optimistischen Hoffnungen, die Habermas in sie investiert. Ähnliches gilt, wenn auch in geringerem Umfang, für die Rechtssprechung, wenn diese beispielsweise Gefahren, die abgewiesenen Asylbewerbern für Leib und Leben drohen, ignoriert. Nicht zuletzt unterliegen Habermas' Annahmen der Praktikabilität von Diskursen starken Idealisierungen, in denen von den Eigeninteressen, kognitiven Beschränkungen, Willensschwäche der Teilnehmer etc. abstrahiert wird. Aus all diesen Gründen wird, wie Habermas (1992: 396) selbst zugibt, keine komplexe Gesellschaft je dem Modell reiner kommunikativer Vergesellschaftung entsprechen können.

All diese Kritikpunkte kann man als schwerwiegende Beschränkungen auffassen, die sehr ernst genommen werden müssen und die es nicht aus dem Auge zu verlieren gilt. Aus ihnen folgt aber noch nicht, daß Habermas' Konzept prinzipiell gescheitert ist. Die systemischen Prozesse mögen schwer erfaßbar, Öffentlichkeit und Rechtssprechung durch strategische Kalküle kontaminiert, die Praktikabilität der Diskurse eingeschränkt und kompliziert sein: die expansive Bewegung der Systeme geht dennoch weiter und läßt der Lebenswelt keine Ruhe, sondern traktiert sie immer wieder aufs Neue. So ist keineswegs auszuschließen, daß Habermas' Lösungsvorschlag nicht zuletzt aus purer Not bzw. geweckten Widerstandsbedürfnissen heraus aufgegriffen wird. Die adäquateste Reaktion auf diesen Prozeß wäre nämlich, die Potentiale diskursiver Vernunft so weit wie möglich zu nutzen und sämtliche vorhandenen Reserven an Rationalität zu mobilisieren. Die entscheidende Frage ist daher, *ob* der Umstand einer bedrängten Lebenswelt auch dazu führt, entsprechende Reaktionen hervorzurufen, und, wenn ja, *wie* diese ausfallen.

Das führt zu der Frage der *Motivation*. Ein letzter in unserem Zusammenhang zentraler Kritikpunkt an Habermas' Konzept einer rationalisierten Lebenswelt auf der Grundlage diskursiver Vernunft liegt nämlich in der *sehr schwachen motivationalen Basis*, weswegen Habermas häufig den Bezug zu den konkreten empirischen Subjekten verfehlt. Die vorgesehenen universalistischen Prozeduren liefern zwar eine *theoretisch schlüssige* Begründung für eine Solidarität, die modernen Gesellschaften angemessen ist, aber sie erscheinen *faktisch zu abstrakt*, um genügend starke Bindungswirkungen entfalten zu können; vielmehr scheinen sie die moralische Leistungsfähigkeit der meisten Menschen zu überfordern. Ihre abstrakten Erwägungen werden nämlich oft vordringlich als Restriktionen der eigenen Freiheit wahrgenommen und gehen auf diese Weise jeglicher motivierenden Kraft verlustig. Der diskursethischen Variante einer prozedural begründeten Solidarität fehlt es daher bei aller Analyseschärfe an der motivationalen Basis dafür, die als richtig erkannten Zustände auch wirklich herbeizuführen. So bestandswichtig die universalen Normen, die als Endprodukte von Diskursen hervorgebracht werden, auch für moderne Gesellschaften sein mögen, so ist doch ihre reine Notwendigkeit beileibe nicht Motiv genug, sie auch zu befolgen oder bei ihrer kommunikativen Konstituierung mitzuwirken. Motiv und Funktion fallen also bei einer rationalisierten Lebenswelt auseinander, und die rationalen Diskurse bekommen es mit einem nicht zu unterschätzenden Motivationsproblem zu tun, das sie selber gar nicht lösen können und aus dem sich auch ihre weitgehende politische und soziale Wirkungslosigkeit erklärt. Das Motivationsproblem ist in der Tat ein ernstzunehmendes Hindernis für die Umsetzung allgemeiner auf der Grundlage von Vernunftabwägungen als richtig erkannter Prinzipien. Ohne Motivation drohen nämlich rational begründete Ansätze zur Solidarität, mögen sie auch elaboriert und wohlerrwogen sein, am Problem mangelnder Handlungsbereitschaft bzw. mangelnden Mobilisierungspotentials zu scheitern, sofern sie zuvor überhaupt in ausreichendem Maße rezipiert wurden.

Das Anliegen der *Kommunitarier* gründet nicht zuletzt in der Sorge, moderne Gesellschaften könnten an ihrer Unfähigkeit scheitern, die für die eigene Reproduktion unerläßliche Motivationsbasis zu erzeugen. Eine zentrale Gemeinsamkeit der Vertreter dieser "Theorienfamilie" besteht darin, die Revitalisierung überkommener moralischer Kodizes und Traditionen einzuklagen, wobei sie - implizit oder explizit - davon ausgehen, daß diese durchaus auch für moderne Gesellschaften tauglich sind. Alle Kommunitarier betonen die Wichtigkeit historisch eingelebter Lebensformen gegen jede Art von abstraktem Universalismus. Die universalistischen Moralbegründungen liberaler und prozeduraler Gerechtigkeitstheorien neigen nach ihrer Auffassung dazu, den realen Zusammenhang zwischen Moral und Identität zu ignorieren, woraus sich nach Ansicht der Kommunitarier ihr häufiges Scheitern und ihre realpolitische Wirkungslosigkeit erklärt. Damit begeben sich die Kommunitarier einerseits in einem zentralen Punkt in Frontstellung zu Habermas (und anderen Theoretikern kantianischer Prägung wie etwa Rawls und Apel), andererseits haben sie in einem Element der Theorie keine Schwierigkeiten, das bei Habermas ein großes Defizit darstellt. Für den Kommunitarismus stellt sich nämlich das Motivationsproblem durch ein weitgehendes Ineinsfallen von Motivation und Moral erst gar nicht, denn für ihn fällt das tradierte und gemeinschaftlich praktizierte "gute Leben" mit dem

moralisch Richtigen zusammen: Moral und Motivation sind demnach kongruent. Vereinfacht ausgedrückt: gut und richtig ist, was die Menschen schon immer getan haben und was sie auch gern und bereitwillig tun. Während die Diskurstheorie aus dieser Perspektive an der Aufgabe scheitert, dem Zusammenhang zwischen Moral und Identität Genüge zu tun, streben die Kommunitarier eine Festlegung der Menschen auf eine umfassende gewachsene *Identifikation* mit tradierten Prinzipien an. Störungen, die aufgrund der Entwicklungen in der Moderne auftreten, sollen folgerichtig durch Wiederbelebung von Gemeinschaft und Tradition behoben werden. In diesem Zusammenhang ist insbesondere an gemeinwohlorientierte und integrationsintensive Grundbedingungen für Gemeinschaft und Tradition, etwa Familie und Patriotismus, zu denken. Solidarität kann nach Auffassung der Kommunitarier ebenfalls nur auf der Basis von konkreten Bindungen und den ihnen entsprechenden historischen Grundlagen wirksam werden. Man ist also solidarisch mit Menschen, deren Geschichte und Überzeugungen man teilt.

Nun trifft es zwar zu, daß eine Moralauffassung, die auf Gemeinschaft und konkrete Bindungen setzt - und zwar ausschließlich -, das Motivationsproblem weitgehend gelöst hat, sie bringt jedoch auch eine ganze Reihe spezifischer Probleme mit sich. Indem die Kommunitarier einzig von konkret existierenden Zugehörigkeiten ausgehen, stellt sich nämlich das Problem, daß die besondere Zuneigung oder Zuwendung zu bestimmten Menschen *exklusiv* ist, wodurch Moral und Solidarität auf Eigengruppenloyalität reduziert werden. Solidaritätsverhältnisse dieser Form tendieren daher zur Abschließung nach außen, denn je stärker sich ein Individuum den partikularen Ansprüchen seiner Familie, seiner Nation oder einer sonstigen Schicksalsgemeinschaft verpflichtet fühlt, desto weniger wird es sich um das Schicksal jener kümmern, die nicht unter diese Kategorie fallen. Mit anderen Worten: der Kommunitarismus hat zwar die Frage der Motivation gelöst, aber sich im gleichen Zug das Problem des Partikularismus eingehandelt. Ein solcher Partikularismus beinhaltet insbesondere die Gefahr von problematischen Solidaritätsformen. Damit zusammenhängend verfällt die kommunitaristische Position in einen radikalen Kontextualismus, der sich der Möglichkeit immanent-kritischer Distanzierung begibt und damit den Weg zu einem unkritischen Konformismus weist. Hieraus resultiert insbesondere der Fehlschluß, aus den Grundlagen vorhandener Motivationen - Identität, Gemeinschaft, Nähe etc. - auf die Richtigkeit der gelebten Grundsätze zu schließen, denn ein Regelungstypus, der mit einer solchen Radikalität auf Tradition beruht, ist einer kritischen Reflexion grundlegender Normen und Prinzipien nicht zugänglich. Ein weiteres Defizit besteht im Ignorieren der Zwänge, die von den gesellschaftlichen Funktionssystemen ausgehen. Die Kommunitarier versuchen, gegen das Vordringen der Systemimperative eine revitalisierte überkommene Moral in Stellung zu bringen. Dies wird unternommen, ohne die Steuerungsrationitäten und Strukturen, welche die kritikwürdigen Zustände herbeigeführt haben, selbst zu thematisieren, geschweige denn zu analysieren. Dadurch wird die Frage nach dem moralisch richtigen Handeln allein auf eine Frage des guten Willens und des richtigen Bewußtseins reduziert. Eine fundierte Kritik würde aber auch beinhalten, daß die zur Differenzierung führende Dynamik der Moderne ernst genommen wird, um so die strukturellen Grundlagen der modernen Gesellschaft selber in den Blick zu bekommen.

All diese genannten Defizite sind gerade bei Habermas nicht anzutreffen, sondern werden dort im Gegenteil scharfsinnig analysiert, wobei über die reine Diagnose der Probleme hinaus sogar ein "Therapiekonzept" ausgearbeitet wird. Angesichts der Motivationsproblematik, die Habermas im gleichen Zug erwachsen ist, kann man nun die Frontstellung zwischen Habermas und den Kommunitariern als komplementär auffassen. Bevor ich hierauf weiter eingehe, möchte ich mich einem weiteren Aspekt der Motivationsproblematik widmen. Die Besinnung auf Tradition und gelebte Gemeinschaft ist nämlich nur *eine* Variante, sich der Frage nach den Motivationen für solidarisches Handeln zu nähern. Eine andere Variante besteht darin, sich die *Emotionen* näher anzuschauen, die in Verbindung mit solidarischem Handeln auftreten. Am radikalsten ist in dieser Hinsicht der Philosoph Richard Rorty, aus dessen Perspektive keinerlei rational begründbare Grundlage für Solidarität existiert. Für ihn kommen als Basis der Solidarität *allein* Gefühle in Frage, insbesondere *Empathie* und Gefühle der *Zugehörigkeit*. Dabei handelt es sich nach seiner Auffassung zwangsläufig um partikuläre Gefühle, denn er ist der Meinung, daß die Kraft des solidarischen "Wir" von dem Kontrast zwischen dem "Wir" und dem "Ihnen" lebt. Allerdings räumt er die Möglichkeit der Ausweitung von Solidarität ein, die darin besteht, daß immer mehr Menschen in das "Wir-Gefühl" mit einbezogen werden. Im Rahmen der Komplexität moderner Gesellschaften erscheinen die von Rorty beschriebenen Gefühle jedoch kaum hinreichend geeignet, umfassende und stabile Integration zu gewährleisten, da sie weder der Komplexität noch der Größe moderner Gesellschaften gerecht werden können. Auf die Solidaritätsgefühle unter den Menschen ist nämlich keineswegs Verlaß, schon gar nicht ist garantiert, daß es sich dabei um eine Ausweitungsbewegung in eine Richtung handelt. Außerdem schützen Gefühle allein nicht vor negativen Auswüchsen der Solidarität (z.B. Fundamentalismus, Nationalismus oder Regionalismus) und so können Bestrebungen, die eigene Identität auf Kosten anderer zu wahren, den positiven Trend, den Rorty festzustellen meint, sehr wohl umkehren und haben dies auch immer wieder getan.

Wie ist es nun insgesamt um das Verhältnis von rationalen Begründungen der Solidarität (also der Position von Habermas, Apel, Rawls etc.) zu den motivationalen Erklärungsansätzen entsprechender Orientierungen bzw. Handlungen bestellt? Die Arbeiten der Kommunitarier und das Konzept von Habermas sind diesbezüglich, wie gezeigt wurde, komplementär. Das Gemeinschaftskonzept der Kommunitarier soll hohe Motivationen für gemeinsames, solidarisches Handeln sicherstellen, ist jedoch partikularistisch. Die universalisierungsfähigen Begründungen von Habermas (und anderen), die an das anknüpfen, was alle Menschen teilen - vor allem Menschsein und Vernunftbesitz -, wirken jedoch nur wenig motivierend. Ferner gilt: je mehr Menschen in eine Solidaritätsverbindung eingeschlossen werden, je größer also die Reichweite der Solidarität, desto schwächer die Solidaritätsgefühle. Nur wenige Menschen sind aber in der Lage, allein aufgrund rationaler Einsichten Opfer und Mühen auf sich nehmen, vor allem wenn diese nicht oder nur mittelbar den eigenen Interessen dienen.

Wir haben es hier offenbar mit einer konflikthaften Grundkonstellation zwischen motivationalen und rationalen (im Sinne von universalen) Bedingungen der Solidarität zu tun, die etwa folgendermaßen beschaffen ist: auf der einen Seite stehen *rationale Erwägungen* zur Solidarität, die zwar inklusiv

und universell sind, die aber gleichzeitig nur über eine geringe mobilisierende Kraft verfügen. Die hieraus resultierende Solidarität ist zwar universalistisch, aber schwach. Solidaritätsstiftende *Motivationen* sind dagegen meist exklusiv und relativ, haben aber gleichzeitig eine bedeutend größere mobilisierende Kraft als rein rationale Erwägungen. Die hieraus resultierende Solidarität ist zwar stark, aber gleichzeitig partikularistisch. *Motivation und Rationalität* scheinen dahin zu tendieren, sich gegenseitig auszuschließen. Es ist aber nicht unmöglich, daß es empirisch nachweisbare Konfigurationen zu entdecken gibt, in denen kognitive und motivationale Komponenten in einer günstigen Weise zusammenkommen.

Eine weitere Frage besteht darin, wie die Institutionen bzw. Funktionssysteme von den Bürgern wahrgenommen und bewertet werden, wobei insbesondere eine wichtige Institution im Zusammenhang mit unserer Fragestellung oben vorgestellt wurde, nämlich der *Sozialstaat*. Dabei legt sich der Gedanke nahe, den Konflikt zwischen Motivation und Rationalität dadurch zu umgehen, daß man die Aufgaben sozialer Integration einfach an den Staat weiterreicht. Solidarität würde damit an eine Spezialinstitution delegiert in der Hoffnung, daß die Rationalitäts-Motivations-Problematik auf diese Weise umschifft werden kann. Von Seiten der Personen wären dann nämlich Dispositionen wie Gewohnheit, Routine, Gleichgültigkeit etc., also gewissermaßen *passive Dispositionen*, völlig ausreichend. Dieser vermeintliche Ausweg ist aber keineswegs so unproblematisch, wie er auf den ersten Blick erscheint.

Die Aktivitäten des Sozialstaates können als institutionalisierte Solidarität aufgefaßt werden, wodurch die vordem auf gegenseitiger Verbundenheit beruhende Solidarität zu *verordneter Solidarität* wird, die von staatlichen Institutionen verwaltet und nötigenfalls erzwungen wird. Auf diese Weise leistet der Sozialstaat einen Ausgleich für die Nachteile, die denjenigen Personen erwachsen, die aufgrund des gegebenen gesellschaftlichen Gesamtarrangements ohne eigenes Verschulden in Bedrängnis geraten sind. Dabei geht es auch um eine unverzichtbare Ergänzung der demokratischen bzw. rechtsstaatlichen Freiheiten und Teilhaberechte, die ohne ein materielles Minimum wertlos sind. Zu diesem Zweck sichert der Sozialstaat seiner Klientel einen einklagbaren Rechtsanspruch auf Hilfe zu, nicht zuletzt um sie vor den Abhängigkeiten und Unwägbarkeiten bloßer Mildtätigkeit zu bewahren. Faktisch übersteigt die Leistungsfähigkeit des Sozialstaates quantitativ alle anderen bekannten Ressourcen materieller Hilfsbereitschaft bzw. Hilfeleistung. Der Sozialstaat garantiert damit den Löwenanteil materieller Daseinsfürsorge für Bedürftige, und es ist auch kein Substitut in Sicht, das einen vergleichbaren Umfang materieller Unterstützungsleistungen gewährleisten könnte, so daß man ohne Umschweife sagen kann: wer überhaupt will, daß den Bedürftigen in angemessenem Umfang geholfen wird, der muß erkennen, daß der Sozialstaat jedenfalls auf absehbare Zeit unverzichtbar ist. Die *verordnete Solidarität des Sozialstaats beginnt* jedoch allmählich *brüchig zu werden*. Der Anlaß rührt primär aus ökonomischen Entwicklungen. Zu seiner Finanzierung ist der Sozialstaat nämlich darauf angewiesen, auf Ressourcen zurückgreifen zu können, die er dem ökonomischen System entzieht. Aus verschiedenen oben dargestellten Entwicklungen ergibt sich jedoch, daß die verfügbaren finanziellen sozialstaatlichen Ressourcen zunehmend in einen Zielkonflikt zwischen

Umverteilung und Konjunkturbelebung geraten. Hieraus resultiert ein zunehmender Konflikt zwischen wirtschaftlicher und gesamtgesellschaftlicher Rationalität.

Im Laufe einer langen sozialstaatlichen Tradition ist die Solidarität der Bürger zunehmend auf einen funktionierenden Sozialstaat geeicht worden, was nicht zuletzt auf Kosten anderer Formen der Solidarität ging. Entsteht nun aber bezüglich der sozialstaatlichen Institutionen der Eindruck, daß ohnehin nicht gilt, was gelten sollte, so kann dies zur Konsequenz haben, daß diese Form der Solidarität relativ rasch erodiert, ohne daß hierfür ein Ersatz bereitstünde. Um dem wachsenden ökonomischen Druck standzuhalten und in diesem Zusammenhang notwendige Umgestaltungs- und Konsolidierungsmaßnahmen in angemessener Weise angehen zu können, reicht das bisherige ohnehin gefährdete Niveau passiver Dispositionen im Publikum des Sozialstaates - also Routine und Gewohnheit - nicht mehr aus. Es bedarf vielmehr einer kollektiven Neuorientierung und -anstrengung, in deren Rahmen der Ressource der Solidarität eine Schlüsselposition zukommt. In ihrer passiven sozialstaatskompatiblen Ausprägung ist die Solidarität aber eher weniger für diese Aufgabe geeignet. In diesem Zusammenhang stellt sich die dringende Frage, wie es in der Gesellschaft um weitere Solidaritätspotentiale bestellt ist, insbesondere um solche, die die Notwendigkeit sozialer Integration vertreten, und welches Gewicht diese bei den anstehenden Umstrukturierungsprozessen aufbringen können.

Der vermeintliche Ausweg einer Delegation der Solidaritätsproblematik an den Sozialstaat entpuppt sich damit am Ende als Bumerang, der offenbar mit größerer Wucht zurückkommt, als er fortgeschleudert wurde. Denn es ist deutlich geworden, daß der Sozialstaat selber modifizierend auf die Solidaritätspotentiale der Menschen zurückwirkt, wobei er diese offenbar tendenziell schwächt, indem er sie in sozialstaatskompatible eher passive Formen der Solidarität transformiert. Inwieweit dies der Fall ist und welchen Stellenwert der Sozialstaat auch angesichts gegenwärtiger Entwicklungen bei den Befragten hat, ist eine weitere empirische Frage.

Insgesamt dürfte deutlich geworden sein, daß die einfachen kleinräumigen vormodernen Solidaritätsformen für moderne Gesellschaften nicht mehr adäquat sind. Solidarität hat sich vielmehr mittlerweile gewissermaßen selbst ausdifferenziert und verfügt über rationale, motivationale und institutionelle Aspekte. Zum Abschluß dieser theoretischen Überlegungen gilt es nun, einen Begriff der Solidarität zu definieren, der dazu dient im empirischen Teil a) die richtigen Fragen an das Material zu stellen und b) eine erste Grundlage für die zu erstellende Typologie von Solidaritätsorientierungen bereitzustellen. Dieser Begriff soll alle wesentlichen Aspekte von Solidarität umfassen, die in den bisherigen theoretischen Überlegungen zutage getreten sind.<sup>115</sup> Dabei geht es letztlich um ein Konzept von Solidarität, das den hochkomplexen und funktional differenzierten modernen Gesellschaften angemessen ist und mehr beinhaltet als ein reibungsloses Wechselspiel der verschiedenen gesellschaftlichen Teilsysteme bzw. der individuellen Akteure, wie es die

---

<sup>115</sup> Da der Begriff der "Solidarität" im täglichen Gebrauch äußerst unscharf verwendet wird, in wissenschaftlichen Kontexten dagegen im Rahmen einer großen Theorienvielfalt mit unterschiedlichen Bedeutungen auftritt, wohnt einem solchen Definitionsversuch unvermeidlich ein gewisses dezisionistisches Moment inne. Dieses ist vertretbar, wenn die Definition ausreichende Klarheit beinhaltet, die die nachfolgenden Arbeitsschritte nachvollziehbar macht.

Systemtheorie Luhmannscher Prägung bzw. die Rational-Choice-Theorie anstreben. Zentral ist vielmehr, wie insbesondere die Kommunitarier verdeutlicht haben, ein Moment der *Bindung*, was nicht nur bedeutet, daß man sich (mit Habermas) verständigungsorientiert verhält, sondern daß man auch bereit ist, Bedürfnisse anderer Gesellschaftsmitglieder wechselseitig anzuerkennen und nötigenfalls unter Hintanstellung von Eigeninteressen zu berücksichtigen.<sup>116</sup> Dabei geht Solidarität über Bindungen wie Liebe, Familienbände, Freundschaften und sonstige auf unmittelbarem Kontakt beruhende Beziehungen hinaus. Sie ist also weit mehr als nur Eigengruppenloyalität. Denn Solidarität wird *problematisch*, wenn sie auf dem Niveau der vorhandenen Bindungen stehenbleibt, insbesondere weil dies implizit eine Abgrenzung von anderen, nämlich von den Außenstehenden, bedeutet. Positiv dagegen ist eine Solidarität zu bewerten, die darauf angelegt ist, andere miteinzubeziehen, wenn dies erforderlich wird. Es handelt sich also im günstigsten Fall um eine Bindungsart, die das Potential in sich trägt, über die konkret existierenden Zugehörigkeiten hinauszugehen, eventuell bis hin zur Solidarität mit allem, was Menschenantlitz trägt.<sup>117</sup> In diesem günstigsten (aber eher unwahrscheinlichen) Fall trägt Solidarität nämlich einen universellen Anspruch in sich und stiftet außerdem genügend Bindungskraft, diesen Anspruch überall geltend zu machen und jedem gewisse Mindeststandards zu garantieren. In der modernen, funktional differenzierten Gesellschaft kommt der Solidarität außerdem und insbesondere die Funktion zu, allen Beteiligten einen Kernbestand von universalen Rechten, darunter auch Teilhaberechten an der Gesellschaft, nicht nur formal zuzugestehen, sondern jeden auch in die Lage zu versetzen, diese Teilhaberechte wahrzunehmen. Die Angehörigen einer Gesellschaft müssen nämlich prüfen können, ob strittige Normen bzw. Regeln des Zusammenlebens auch die Zustimmung aller möglichen Betroffenen finden. (Siehe Habermas 1992:134) Solidarität ist damit auch eine notwendige Voraussetzung, um Anomie bzw. gesellschaftliche Regellosigkeit zu verhindern. Die moderne Gesellschaft muß mit anderen Worten imstande sein, die für das eigene Bestehen unerläßlichen Bindungen zu reproduzieren. Solidarität dient in diesem Zusammenhang nicht zuletzt dazu, den Bestand von Institutionen zu gewährleisten, denn diese bedürfen einer aktiven Unterstützung und können sich nicht dauerhaft aus sich selbst erhalten, auch wenn sie selbst - vor allem in Form des Sozialstaats und seiner Institutionen - wichtige Aufgaben im Rahmen der Solidarität erfüllen; aber gerade hierzu bedürfen sie einer breiten Legitimationsbasis, die sie allenfalls bedingt selbst herstellen können. (Bayertz 1996, 1998; Prisching 1992, 1996)

Der Aspekt der Bindung unterscheidet die Solidarität vom Begriff der Gerechtigkeit, denn bei letzterem geht es vor allem um einen Universalismus, der das Zusammenleben der Menschen nach rein formalen Kriterien regelt. Solidarität beinhaltet dagegen substantielle Gemeinsamkeiten einer Lebensform - etwa kollektive Identität, Staatsbürgerqualifikation und die Sorge um die Autonomie der anderen -, die aber, wie gesagt, potentiell überschritten werden kann: zwar muß eine gewisse

---

<sup>116</sup> Siehe hierzu auch die Definition von Krettenauer (1998: 243).

<sup>117</sup> Dabei gilt es allerdings gleichzeitig mitzubedenken, daß aller Erfahrung nach gilt: je mehr Menschen in eine Solidaritätsverbindung eingeschlossen werden, je größer also die Reichweite der Solidarität, desto schwächer die Solidaritätsgefühle.

Menge an Gemeinsamkeiten vorhanden sein, aber die Bindung ist in ihrer Grundausrichtung inklusiv und nicht exklusiv.<sup>118</sup>

*Solidarisch orientiert* ist demnach, wer sich a) darüber im klaren ist, daß es in der modernen Gesellschaft eines Sets an basalen Gemeinsamkeiten bedarf, die über systemische Operationen bzw. den Eigennutzen hinausgehen, um den Bestand der Gesellschaft zu garantieren. Dies beinhaltet b) jedem Teilhaberechte an der Gesellschaft zuzuerkennen, wobei es nicht nur um die formalen Rechte geht, sondern auch um die Bereitstellung der Grundlagen und Ressourcen, diese Rechte wahrnehmen zu können. Eine solidarisch orientierte Person wird außerdem c) ihre Verbundenheit mit anderen Personen nicht leichtfertig aufkündigen, wenn diese bestimmte Kriterien nicht erfüllen<sup>119</sup>, und d) im Idealfall eine Bereitschaft an den Tag legen, die Solidaritätssphäre im Bedarfsfall auf zuvor ausgeschlossene Personen auszudehnen.

Bei dieser Definition handelt es sich um einen sehr anspruchsvollen Maximalbegriff. Er soll im folgenden so verwendet werden, daß nach verschiedenen Graden der Annäherung gesucht wird. Solidaritätsorientierungen können mit anderen Worten verschiedene Ausprägungen - von gar keiner Solidarität bis hin zur vollständigen Erfüllung der Inhalte dieses Begriffes - annehmen. Ziel der Untersuchung ist mit anderen Worten nicht einfach eine binäre Zuordnung nach dem Muster solidarisch/nicht-solidarisch, sondern vielmehr die Erfassung verschiedener Grade und Ausprägungen von solidarischen Orientierungen.

---

<sup>118</sup> Dabei können sich neue Gemeinsamkeiten mit bisher Ausgeschlossenen beispielsweise durch Ähnlichkeiten, Übernahme oder Verschmelzung etwa kultureller Horizonte ergeben.

<sup>119</sup> Zu solchen Kriterien zählen beispielsweise askriptive Momente oder wirtschaftlicher Erfolg. Kompliziert wird dieses Verhältnis allerdings in dem Moment, in dem das Verhalten einer Person die Bedingungen der Möglichkeit von Solidarität gefährdet. Hier müssen Diskurse einsetzen, um das Verhältnis dieser Person zur Sphäre der Solidarität zu klären.



### III. EIN NOTWENDIGER EXKURS: ÜBER DEN ZUSAMMENHANG VON SOLIDARITÄT UND GERECHTIGKEIT

#### Einleitung

Schon von dem Moment an, in dem der Begriff der Solidarität Eingang in die soziologische Theorie fand, nämlich bei Emile Durkheim (1988 [1893]), wurde er in Verbindung mit dem der Gerechtigkeit gebracht. Heutzutage werden beide Begriffe sowohl in der Alltagssprache als auch in politischen Kontexten und nicht zuletzt in der Fachliteratur sehr häufig in einem Atemzug genannt.<sup>120</sup> Diese Indizien deuten darauf hin, daß die Integration moderner Gesellschaften in starkem Maße von den internalisierten Gerechtigkeitsvorstellungen ihrer Bürger abhängt. Gesellschaft kann vor diesem Hintergrund als allseits nützliches kooperatives System aufgefaßt werden, als ein Unterfangen der Zusammenarbeit zum wechselseitigen Vorteil. Dabei entstehen aber Interessenkonflikte hinsichtlich der *Verteilung* der Kooperationsgewinne, insbesondere der gemeinsam hergestellten Güter. Damit die Gesellschaft nicht durch solche Konflikte zerissen wird und sich in Verteilungskämpfen aufreibt, müssen konfliktregulierende Normen und Verfahren etabliert werden, die die Verteilung der Güter und Lasten regeln. An dieser Stelle kommen Gerechtigkeitsvorstellungen bzw. -orientierungen ins Spiel. (Siehe auch Kersting 1993: 28) Ihre integrative Funktion kommt der Gerechtigkeit insbesondere dadurch zu, daß sie schon immer auf Sozialität bezogen ist, da Gerechtigkeit nie als *nur* individuelle Tugend gedacht werden kann. Denn in ihr werden Regeln gesetzt bzw. gefunden, bei denen man davon ausgeht, daß auch andere sie befolgen oder zumindest befolgen sollten - auch und insbesondere dann, wenn diese Regeln ihren eigennützigen Zielen zuwiderlaufen. Die entsprechenden Verteilungsentscheidungen haben zum Teil weitreichende Konsequenzen für die Lebenschancen und die Wohlfahrt der Betroffenen. (Schmidt 1992: 4) Dies gilt insbesondere in jüngster Zeit, denn in zentralen gesellschaftlichen Bereichen sind die zu verteilenden Ressourcen in den letzten Jahren knapper geworden. Die resultierenden Verteilungskonflikte etwa über den Zugang zu Arbeitsplätzen, zu medizinischer Versorgung oder anderen Sozialleistungen haben daher zugenommen. (Lengfeld, Liebig u. Märker 1999: 9) Innerhalb von Gesellschaften gibt es laufende Konflikte darüber, was als gerecht gilt. Diese werden insbesondere dadurch verschärft, daß eine Vielzahl unterschiedlicher Gerechtigkeitsvorstellungen gleichzeitig existiert, die sich auf viele verschiedene Bereiche des sozialen Lebens beziehen.<sup>121</sup>

<sup>120</sup> Siehe auch Steinvorth (1998: 54). Krettenauer (1998) verwendet in seinem Buch gar den Ausdruck "Solidaritätsgerechtigkeit", worunter er Gerechtigkeitsformen versteht, die der Solidarität förderlich sind.

<sup>121</sup> Der Begriff der Solidarität ist dabei stets mehr oder weniger eng und auf vielfältige und komplexe Art und Weise mit dem der Gerechtigkeit verknüpft. Die Frage, wie die Beziehung der beiden Begriffe näher zu bestimmen ist, kann hier nicht abschließend behandelt werden. Wie sich oben gezeigt hat, ist schon Solidarität ein äußerst komplexer Begriff. Eine ähnliche - vielleicht sogar größere - Komplexität steht bei der näheren Bestimmung von "sozialer Gerechtigkeit" zu erwarten. Bei der Bestimmung der Beziehung *zwischen* beiden Begriffen schließlich ist mit weiteren erheblichen Schwierigkeiten zu rechnen. Ohne mich daher auf die Thematik der sozialen Gerechtigkeit und ihrer Beziehung zur Solidarität in ihrer ganzen Breite einlassen zu können, die einer eigenen Arbeit bedürfte, konzentriere ich mich hier auf einige besonders augenfällige Berührungspunkte zwischen sozialer Gerechtigkeit und Solidarität.

Zum Begriff der Gerechtigkeit möchte ich insbesondere auf den Abschlußbericht des DFG-Projektes "Gerechtigkeitsorientierungen bei ostdeutschen Studierenden im Sinnkontext selbsterzählter

Innerhalb der Gerechtigkeitsforschung gibt es zwei grundsätzlich verschiedene Forschungsrichtungen, nämlich die theoretische und die empirische Gerechtigkeitsforschung. Die "philosophische Richtung" (Lengfeld, Liebig u. Märker 1999: 9) bzw. die "politische Theorie" (Miller 1992: 555) einerseits möchten vor allem *aus theoretischer Perspektive* klären, welche Regeln wir uns als kritischen Maßstab auferlegen *sollen*, damit Güter auch gerecht verteilt werden. Sie möchte verschiedene Gerechtigkeitsprinzipien bzw. Verfahren zur Bestimmung von Gerechtigkeitsprinzipien evaluieren, um schließlich ein richtiges Prinzip bzw. Set von Prinzipien oder ein richtiges Verfahren bestimmen zu können. Der Theoretiker ist dabei selber Teilnehmer am gesellschaftlichen Gerechtigkeitsdiskurs, wobei es ihm letztlich darum geht, andere von seiner Auffassung zu überzeugen. Die *empirische Gerechtigkeitsforschung* beschreibt andererseits, welche Gerechtigkeitsvorstellungen Menschen *tatsächlich haben*, warum sie bestimmte Prinzipien befürworten und wie sie sich verhalten, wenn sie Ungerechtigkeit erfahren. (Lengfeld, Liebig u. Märker 1999: 9) Es geht hier also darum, vorhandene Gerechtigkeitsvorstellungen zu explizieren (Schmidt 1992: 4), ohne diese zu bewerten. Wir haben es hier also mit einer Unterscheidung zwischen normativen und empirischen Untersuchungen bzw. einem evaluierenden und einem explizierenden Ansatz zu tun. Beide sollen im Folgenden kurz vorgestellt werden, wobei, wie schon gesagt, insbesondere ihr Zusammenhang mit Solidarität im Vordergrund stehen wird.

## **Theoretische Gerechtigkeitsforschung**

### ***Durkheim***

Der erste Theoretiker, der Solidarität im Zusammenhang mit Gerechtigkeit thematisiert hat, ist, wie gesagt, *Emile Durkheim*. Er mobilisiert gegen Ende seines Buches "Über soziale Arbeitsteilung" (1988: 443ff) unter der Bezeichnung der "erzwungenen Arbeitsteilung" ein Gerechtigkeitsprinzip zur Voraussetzung der organischen Solidarität, das mit dem heutigen Begriff der "Chancengleichheit" treffend gekennzeichnet ist. Ferner klagt er das Recht auf eine Entlohnung ein, die der erbrachten Leistung gerecht wird.

Seine Argumentation hat die folgende Struktur: in Gesellschaften mit fortgeschrittener Arbeitsteilung gibt es eingespielte Regeln, die nicht nur definieren, was in ihnen erlaubt und verboten ist, sondern die auch den Zugang zu bestimmten Arbeiten und die Entlohnung der geleisteten Arbeit regulieren. Es genügt aber nicht allein die Tatsache, *daß* es Regeln gibt, denn manchmal sind diese selbst die Ursache des Übels. (Ebenda: 443) Der Zugang zu bestimmten Arbeiten und deren Entlohnung kann in diesem Zusammenhang als Kampf aufgefaßt werden, der nach eben diesen Regeln geführt wird. Dabei geht es zwar nicht um Leben und Tod, aber um bessere bzw. schlechtere Plätze im Gesellschaftsgefüge. Dieser Kampf beruht nun in der Realität sehr häufig auf ungleichen

---

Lebensgeschichten" unter der Leitung von Prof. Dr. Hans-Joachim Giegel sowie auf die im Rahmen dieses Projektes erstellte Dissertation "Student und Gerechtigkeit. Ordnungsbezogene Gerechtigkeitsvorstellungen unter ostdeutschen Studierenden und die Bedeutung biographischer Orientierungen" von Matthias Rübner verweisen. Einen guten Überblick über den Forschungsstand zum Thema "Gerechtigkeit" bis zum Jahre 1992 bietet ferner der Artikel von David Miller (1992).

Bedingungen. Problematisch sind dabei insbesondere die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit. Durch Überproduktion und den daraus folgenden Arbeitskräfteüberschuß kommt es nämlich immer wieder zu "Gleichgewichtsbrüchen oder mehr oder weniger langen Störungen". (Ebenda: 409) Ferner besteht durch die Vererbung des Privateigentums an Produktionsmitteln für eine kleine Klasse von Individuen eine automatische Sicherung zumindest ihrer materiellen Existenz, während die Mehrheit der Individuen dazu verurteilt ist, in einen harten Konkurrenzkampf um die angebotenen Arbeitsplätze gegeneinander anzutreten, die auf Grund des ansonsten fehlenden Eigentums ihre einzige Möglichkeit zur Existenzsicherung darstellen. (Gulich 1991: 16) Durkheim (1988: 422ff) sieht angesichts dieser Umstände die Gefahr des Verlustes der Gleichgewichtigkeit in den vertraglich geregelten Tauschbeziehungen. Denn die eine Klasse muß für die Sicherung ihres Existenzminimums ihre Arbeitsleistung buchstäblich um jeden Preis anbieten, während die andere auf Grund des erblich übertragenen Eigentums an Produktionsmitteln sich nicht nur außerhalb jeglicher Zwangslage befindet, sondern insbesondere diese Situation ausnutzen kann, um die anderen materiell zu übervorteilen. Verträge zwischen diesen verschiedenen Gruppen drücken dann nur den jeweiligen Stand der ökonomischen Macht aus, genauso wie die Verträge zweier kriegführender Mächte nur den jeweiligen Stand ihrer militärischen Kräfte ausdrücken. Hier wie dort gilt das Gesetz des Stärkeren, dem sich die unterlegene Seite durch Zwang und nicht aus Einsicht unterwirft, so daß insgesamt kein stabiles Gleichgewicht entsteht. (Gulich 1991: 15) Stattdessen wird eine kleine Elite auf Kosten der Masse privilegiert. Angesichts dieser Konstellation gibt es keine soziale Gerechtigkeit. Dieser Zustand verweist auf einen konstitutiven Defekt im Regelwerk einer Gesellschaft, der nur durch tiefgreifende Veränderungen der Regeln selbst beseitigt und keineswegs den Selbstheilungskräften der Zeit überlassen werden kann. (Müller 1993: 510) Wenn nämlich soziale Ungleichheit nur gerechtfertigt ist, sofern sie auf individuell verantwortetem Verdienst beruht, wird jede Form sozialer Ungleichheit aufgrund *struktureller* Benachteiligungen zu einer Ungerechtigkeit, die gegen das gemeinschaftliche Ideal organisch solidarischer Gesellschaften verstößt. Durkheim (1988: 448) verlangt daher für diesen Kampf die "Gleichheit der äußeren Bedingungen"; d.h. niemand darf aufgrund von Geburt, Erbschaft, Verfügungsgewalt über zentrale Produktionsmittel etc. über gravierende Vorteile im Kampf um die Plätze in der Gesellschaft verfügen, die es ihm ermöglichen, andere durch Zwang auf schlechtere Plätze zu verweisen bzw. in eine schlechtere Lage zu bringen, als diese ohne Zwang erreichen würden. Gefordert ist mit anderen Worten das, was wir heute als Chancengleichheit bezeichnen. Diese Regeln müssen also "Ausdruck der Gerechtigkeit" sein. Damit aber ist nur zu rechnen, wenn sie die unerzwungene Zustimmung der Akteure erhalten. Daher besteht die Notwendigkeit der absoluten Gleichheit der äußeren Bedingungen des Kampfes. Es geht ferner nicht nur darum, daß jeder Akteur die Arbeit bekommt, die seinen Talenten entspricht, darüber hinaus muß er auch angemessen entlohnt werden, d.h. der Wert der Dinge soll genau den geleisteten Diensten und der Mühe, die sie gekostet haben, entsprechen. (Ebenda: 452, 457f)

Wie man sieht, thematisiert Durkheim im Rahmen der Theoriebildung um den Begriff der organischen Solidarität herum den Zusammenhang zwischen Solidarität und Gerechtigkeit und weist bei dieser Gelegenheit insbesondere darauf hin, daß bestimmte gesellschaftliche Konstellationen, die als

"ungerecht" empfunden werden, zu Destabilisierungen und zu einer Gefährdung der sozialen Solidarität führen können. Gerechtigkeit wird erst in modernen Gesellschaften virulent; eine über mechanische Solidarität integrierte Gesellschaft wurde dagegen über den religiösen Glauben legitimiert. Gerechtigkeit tritt nun an die Stelle von Glauben, denn in dem Maße, in dem der Glaube schwächer wird, treten Ungerechtigkeiten zu Tage und werden unerträglicher, weil die Gefühle, die durch sie entstehen, nicht durch Gegengefühle - etwa legitimatorische Glaubensinhalte - gemäßigt werden können. (Ebenda: 454) Durkheim sieht das subjektive Gerechtigkeitsempfinden als Konstitutionselement der sozialen Ordnung selbst: eine Gesellschaft ist demnach nur dann solidarisch und stabil, wenn die Formen der Arbeitsteilung und die institutionellen Verteilungsregeln mit den Gerechtigkeitsprinzipien der herrschenden Moral übereinstimmen. Die Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens, insbesondere die der Arbeitsteilung, müssen also "Ausdruck der Gerechtigkeit" (Durkheim 1988: 457) sein. Damit ist aber nur zu rechnen, wenn sie die *unerzwungene Zustimmung* der Akteure erhalten. (Ebenda 446)

Konsequent weitergeführt wurde diese Theorielinie von Durkheims Schüler *Célestin Bouglé*. (siehe Gülich 1991: 134ff) Demnach verlangt Solidarität "nicht nur, daß die aktuelle Organisation korrigiert wird, so als ob ihre Mitglieder die Bedingungen des gesellschaftlichen Vertrages in aller Freiheit diskutiert hätten, sondern als ob sie sie mit *gleichen* Freiheiten, d.h. in aller Gerechtigkeit, diskutiert hätten." (Bouglé, übersetzt nach Gülich 1991: 145; Hervorhebung von mir. PS) An dieser Stelle erinnert Bouglé stark an neuere Gerechtigkeitskonzepte wie etwa von Rawls und Habermas, denn er deutet hier die Notwendigkeit eines unparteiischen Verfahrens an, auf dessen Grundlage man überprüfen könnte, ob eine bestimmte Verteilungsform gerecht ist.

### ***Moralphilosophen***

Wie einst Bouglé, so verlangen heute insbesondere Moralphilosophen Beweggründe, die sich an universellen und unparteiischen moralischen Prinzipien orientieren.

Für *John Rawls* (1975: 5) ist eine gemeinsame Gerechtigkeitsvorstellung das Grundgesetz einer wohlgeordneten menschlichen Gesellschaft. Seine Theorie der Gerechtigkeit läßt sich in diesem Zusammenhang als Versuch der Formulierung bzw. Formalisierung eines neuzeitlichen Verständnisses von Gerechtigkeit verstehen. Gerecht ist demnach diejenige Verteilung, auf welche sich Personen in einem Unparteilichkeit garantierenden Verfahren unter wechselseitiger Achtung ihres Rechts auf Freiheit und Gleichheit einigen würden. Mit der Absicht, ein solches Verfahren vorzustellen, hat John Rawls (1975) das Gedankenexperiment des Urzustandes mit dem Schleier der Unwissenheit eingeführt.<sup>122</sup> Dieser Schleier hat die Funktion, Parteilichkeit und Verführungen durch spezielle Eigeninteressen auszuschließen. Selbst (rationale) Egoisten sollen sich dabei für eine Gesellschaftsordnung entscheiden, in der die Ärmsten immer noch im Vergleich zu anderen Gesellschaftsformen möglichst gut mit Grundgütern ausgestattet sind. Insbesondere sind soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten nur dann als gerecht anzusehen, wenn sie mit Vorteilen für die am schlechtesten gestellten Mitglieder der Gesellschaft verbunden sind.

---

<sup>122</sup> Siehe auch S. 33f dieser Arbeit.

Ziel der Gerechtigkeitstheorie à la Rawls ist eine wohlgeordnete Gesellschaft, in der alle Mitglieder von gemeinsamen Gerechtigkeitsvorstellungen ausgehen und die grundlegenden Arten und Weisen des Zusammenlebens den allgemeinen Gerechtigkeitsgrundsätzen genügen. Dabei beruft sich Rawls in einer Nebenerwägung auch auf die Idee der "Brüderlichkeit", den historischen Vorläuferbegriff der Solidarität, den "Gedanken nämlich, daß man keine Vorteile haben möchte, die nicht auch weniger Begünstigten zugute kommen (...) Die besser Gestellten wollen ihre Vorteile nur innerhalb eines Systems, in dem sie auch den weniger Begünstigten dienen."<sup>123</sup> (Rawls 1975: 127)

Die von *Habermas* (und *Apel*) begründete Diskursethik operiert mit einem rein prozeduralen Gerechtigkeitsbegriff, legt die Debatte also gewissermaßen ein Stockwerk tiefer; dementsprechend findet man dort auch keine Favorisierung bestimmter inhaltlicher Gerechtigkeitsprinzipien. Die Diskursethik versucht stattdessen, möglichst präzise die Verfahren zu bestimmen, die zu allgemein akzeptieren Gerechtigkeitsprinzipien führen sollen. Dabei verbleibt sie ebenso wie Rawls strikt auf dem Boden des Universalismus, denn nach ihrer Auffassung kann - in expliziter Anlehnung an *Durkheim* - nach der Säkularisierung der Gesellschaft von der Glaubens- zur Kooperationsgemeinschaft allein eine universalistische Moral verpflichtende Prinzipien stiften. (Siehe *Habermas* 1981 II: 137) Im Gegensatz zu Rawls, der seine Gerechtigkeitsgrundsätze aufgrund von einsamer Reflexion am Schreibtisch entworfen hat, steht *Habermas* (ebenda: 145) dabei auf dem Standpunkt, daß das moralisch urteilsfähige Subjekt eben nicht je für sich allein, sondern nur in Gemeinschaft mit allen übrigen Betroffenen prüfen kann, ob eine bestehende oder eine empfohlene Norm im allgemeinen Interesse ist und gegebenenfalls soziale Geltung haben soll. Der Entwurf einer idealen Kommunikationsgemeinschaft dient ihm deshalb als Leitfaden für die Einrichtung von Diskursen, die tatsächlich durchgeführt werden müssen und nicht durch "monologisierende Scheindialoge" (ebenda) ersetzt werden können. In dem Maße, in dem sich die Sprache als Prinzip der Vergesellschaftung dadurch durchsetzt, daß sie die Brüche und Lücken, die der Tradition aufgrund gesellschaftlicher Entwicklungen entstehen, ausgleicht, aufarbeitet und dabei auch traditionelle Bestände ersetzt, konvergieren die Bedingungen der Sozialität mit Bedingungen der kommunikativ hergestellten Intersubjektivität. Die Gültigkeit einer Norm bedeutet am Ende also, daß diese von *allen* Betroffenen mit guten Gründen akzeptiert werden *könnte*. (Ebenda: 143) Gegenstand der moralischen Beurteilung und damit der Frage nach der Gerechtigkeit sind dabei vor allem die Verfahren, in denen Ergebnisse gewonnen werden, weniger die Ergebnisse selbst. Ob die Verfahren bzw. Prozeduren fair sind oder nicht, stellt nämlich eine fundamentale Frage dar für Institutionen und die Gesellschaft als Ganzes. Die Verfahrensregeln spezifizieren, *auf welche Art und Weise* fair zu verhandeln ist, wenn verschiedene, miteinander konfligierende Auffassungen aufeinandertreffen. Die Ergebnisse solcher Aushandlungsprozesse werden dann fair erscheinen, wenn man sich an die Regeln der prozeduralen Gerechtigkeit gehalten hat.

---

<sup>123</sup> Dieser Gedanke ist allerdings nicht systematisch mit dem Konzept des Urzustandes verbunden, sondern steht gewissermaßen additiv daneben. Zur Kritik am Modell des Urzustandes siehe oben, S. 34 dieser Arbeit.

Dieser Vorrang der formal-abstrakten Richtigkeit hat Habermas jedoch - insbesondere von feministischer Seite - den Vorwurf der Weltfremdheit eingetragen. Das Prinzip der Gerechtigkeit führe demnach zu einer mitleidlosen, rein schematischen individuellen Gleichbehandlung. Aufgrund dieser Kritik an der modernen Moralphilosophie, die einen zu formalistischen Gebrauch des Gerechtigkeitskriteriums vermutete, sah sich Habermas (1990, 1991 [1986]) veranlaßt, dem Solidaritätsbegriff einen höheren Stellenwert in der Moralphilosophie einzuräumen. Dabei kommt er zu dem Schluß, daß es einen *internen Zusammenhang von Gerechtigkeit und Solidarität* gibt. Der Sinn eines Gerechtigkeitsprinzips ergibt sich demnach aus den stillschweigenden Voraussetzungen einer Argumentationspraxis, die nur unter der Einbeziehung anderer stattfinden kann. (Habermas 1991: 70) Gerechtigkeit bezieht sich auf die Gleichbehandlung aller innerhalb einer Gruppe hinsichtlich des Maßes individueller Freiheit und umfaßt damit auch den Schutz des einzelnen vor der Gruppe; Solidarität gewährleistet hier genau den Kontext, in dem diese Gerechtigkeit möglich ist; sie bedeutet daher, daß sich jeder einzelne für den Erhalt der Gruppe im Sinne der Erhaltung der Integrität dieser Lebensform einsetzen muß. Die Integrität der einzelnen läßt sich nämlich nicht ohne die Integrität der Lebenswelt, der sie entstammen, bewahren. Solidarität unterliegt dabei einer andauernden prüfenden Selbstreflexion und sie kann daher nicht mehr wie etwa in Nazi-Deutschland mißbraucht werden, denn die Regeln, nach denen sie sich gestaltet, können in einem Prozeß permanenter Diskussion hinterfragt und neu bestimmt werden. Kurz: Gerechtigkeit gewährleistet nach dieser Auffassung die Rechte der Individuen, Solidarität gewährleistet den Erhalt des Ganzen, für das sich die Individuen zwecks Erhaltung ihrer eigenen Rechte einsetzen. Resultat ist demnach eine tatsächliche Wechselwirkung von Solidarität und Gerechtigkeit, in der das eine Moment das andere garantiert.

Habermas rekonstruiert in diesem Zusammenhang auch eine Bewegung von kleinen sozialen Einheiten zu größeren, die mit einer Bewegung vom Partikularen zum Universellen einhergeht. (Habermas 1991: 58f) Die Erfahrung der Solidarität wurzelt demnach in gemeinsamen inter-personalen Beziehungen, in denen das Verhältnis reziproker gegenseitiger Anerkennung gewahrt ist. Solidarität kann also *konkret* nur im Kontext wirklicher Lebensformen erfahren und erlernt werden, die allerdings aufgrund ihrer Kleinräumigkeit notgedrungen immer partikular sind. Im Rahmen einer politisch großräumig integrierten Gesellschaft, erst recht im Horizont eines weltweiten Kommunikationsnetzes, ist solidarisches Zusammenleben jedoch nur in *abstrakter* Form zu haben, denn die Voraussetzungen einer Gemeinsamkeit, die gegenseitiges Einfühlen ermöglicht, sind in dieser Größendimension kaum mehr gegeben. Hier muß auf abstrakte Vernunft bzw. allgemeine Prinzipien umgestellt werden, die nur von institutionalisierten Verfahren einer inklusiven Meinungs- und demokratischen Willensbildung gewährleistet werden können. (Habermas 1990: 195) Die oben dargestellte Rationalisierung der Lebenswelt ist hier eine wichtige Voraussetzung, denn sie ermöglicht, von Partikularismen Abstand zu nehmen und sich auf allgemeine Prinzipien zu verständigen, die auch für Personen und Gruppen gelten können, mit denen noch kein Kontakt besteht und deren Praxis sich unter Umständen stark von der jeweils eigenen unterscheidet. Das führt letztendlich zur Solidarität mit allem, was Menschenantlitz trägt, da die Grenzen der

naturwüchsigen Gemeinschaft transzendiert werden. (Habermas 1991: 72) Als Bestandteil einer universalistischen Moral verliert also Solidarität ihren bloß partikularen, auf die Binnenverhältnisse eines ethnozentrisch gegen andere Gruppen sich abschließenden Kollektivs beschränkten Sinn, denn die mit ihr verbundenen Argumentationen reichen über partikuläre Lebensweisen hinaus und dehnen sich auf eine ideale, alle sprach- und handlungsfähigen Subjekte einbeziehende Kommunikationsgemeinschaft aus. (Ebenda: 70f) In unserer modernen Kultur ist damit nach Habermas ein universalistisches Moralverständnis entstanden, das zumindest theoretisch in der Lage ist, ein moralisches Band unter der ganzen Menschheit zu stiften. Die deliberative Meinungs- und Willensbildung von Diskursteilnehmern bzw. Bürgern stellt letztlich das Medium für eine abstrakte rechtsförmig hergestellte und über politische Teilnahme reproduzierte Form der Solidarität dar. (Habermas 1998: 117) Solidarität ist nach dieser Lesart eng mit sozialer Gerechtigkeit verknüpft, denn nur letztere kann gewährleisten, daß auch jeder seinen Anteil an ihr und damit eine Einsicht in die universelle Solidarität hat. Die Gefahr einer Entsolidarisierung kann folglich nur so lange abgewendet werden, wie den anerkannten Maßstäben sozialer Gerechtigkeit Genüge getan ist.

### **Empirische Gerechtigkeitsforschung**

Die empirische Gerechtigkeitsforschung versucht herauszufinden, welche Gerechtigkeitsvorstellungen die Menschen tatsächlich haben.

Eine wichtige Frage in diesem Zusammenhang ist die nach der *Relation der Betroffenen zu Fragen der Gerechtigkeit*. Welche Grundsätze eine Person akzeptiert und welche sie davon wiederum bevorzugt, hängt nämlich auch davon ab, wie sich ihr die gesellschaftlichen Verhältnisse darstellen. Urteile über die soziale Lage anderer erfolgen dabei zwangsläufig vor dem Hintergrund der eigenen sozialen Lage, die der Urteilende selber als mehr oder minder gerecht wahrnimmt. Die Anerkennung berechtigter Ansprüche anderer ist auf diese Weise immer auch mit der Rechtfertigung eigener Privilegien oder Forderungen verflochten. (Krettenauer 1998: 122) Die Individuen entwickeln daher häufig im Zusammenhang mit ihrer eigenen gesellschaftlichen Position normative Vorstellungen, die ihr Verhalten gegenüber gesellschaftlichen Prozessen beeinflussen; Aufsteiger beispielsweise tendieren demnach eher zu einer individualistischen Gerechtigkeitsorientierung (Wegener u. Liebig 1993: 677), d.h. eher zum Leistungsprinzip.

Neben einer solchen selbstbezogenen Gerechtigkeitsorientierung besteht jedoch auch die Möglichkeit, die Gesellschaft unabhängig von der eigenen Lage auf die in ihr realisierte Gerechtigkeit zu überprüfen. Giegel (1998a: 1) bezeichnet dies als "ordnungsbezogene Gerechtigkeitsorientierung". Hier wird vor allem danach gefragt, ob die Schwächeren in der Gesellschaft von Unrecht betroffen sind. Die hierbei generierten Gerechtigkeitsurteile können die Bereitschaft verstärken, sich für gerechtere gesellschaftliche Verhältnisse einzusetzen. Es geht darum, ob angesichts von bestehender Ungerechtigkeit, von der man nicht notwendigerweise selbst betroffen sein muß, die Bereitschaft besteht, den vorgefundenen Zuständen auch unter Hintenanstellung eigener Interessen entgegenzuwirken. Solche Gerechtigkeitsorientierungen können dazu führen, daß das Gesamtmaß

existierender Ungerechtigkeit verringert wird. Eine solche Haltung kann ohne weiteres als solidarisch bezeichnet werden.

Ob und inwiefern jedoch überhaupt Ungerechtigkeit *wahrgenommen* wird, das hängt wiederum von der Gerechtigkeitsauffassung des Betroffenen ab. Da es jedoch sehr verschiedene Gerechtigkeitsvorstellungen bzw. -prinzipien gibt, ist die Frage, ob der einzelne überhaupt einen Handlungsbedarf sieht, viel komplizierter, als es auf den ersten Blick den Anschein haben mag. Im Folgenden soll zunächst ein Überblick über die Problematik des Vorhandenseins verschiedener Gerechtigkeitsprinzipien gegeben werden.

### ***Gerechtigkeitsprinzipien***

Regeln der Gerechtigkeit sind nicht zuletzt deshalb notwendig, um dem einzelnen Interesse Schranken aufzuzeigen und die Verfolgung des Eigennutzens zu begrenzen. Daher muß man sich bei Gerechtigkeitsurteilen auf allgemeine, die einzelnen Interessen transzendierende Gerechtigkeitsprinzipien beziehen können. Mit den Gerechtigkeitsprinzipien fangen aber die Schwierigkeiten des Forschers erst an, denn es gibt ihrer viele: Reis (1986: 201) unterscheidet beispielsweise zwischen 17 verschiedenen Gerechtigkeitsprinzipien.<sup>124</sup> Zudem ist allzu häufig keineswegs klar, zu welcher Gelegenheit und in welchen Kontexten welches Gerechtigkeitsprinzip gelten soll. Einen vielzitierten Versuch, Ordnung in die Vielzahl der Gerechtigkeitsprinzipien zu bringen, hat Deutsch (1975: 143) vorgelegt. Er unterscheidet drei Kategorien, die er unterschiedlichen sozialen Zusammenhängen zuordnet. Das Leistungsprinzip: "Jedem nach seiner Leistung" findet seinen Platz in ökonomischen Zusammenhängen, in denen es die Produktivität befördern soll, das Gleichheitsprinzip: "Jedem das Gleiche" in Solidargemeinschaften, in denen es der Förderung bzw. Aufrechterhaltung von sozialen Beziehungen dienen soll, schließlich das Bedürfnisprinzip: "Jedem nach seinem Bedarf" in den auf Fürsorge ausgerichteten Beziehungen, wo es der Pflege der persönlichen Entwicklung und des persönlichen Wohlergehens einzelner Personen zu Gute kommen soll.<sup>125</sup>

Diese drei Grundprinzipien sollen im Folgenden jeweils kurz vorgestellt werden.

### ***Gleichheitsprinzip***

Prinzipiell gilt die Gleichheit aller Menschen als Basisnorm der Moderne. Gleichheit beinhaltet hier Respekt vor der Person als Person sowie die grundlegende gleiche moralische Achtung aller Individuen, die jede Form der Ungleichbehandlung *prima facie* ungerechtfertigt erscheinen läßt. Ungleichheit ist damit rechtfertigungspflichtig geworden, denn sie ist in nachmetaphysischer Zeit nicht mehr wie früher durch Gottes Schöpferwillen legitimierbar. (Nunner-Winkler 1987: 364, 379;

<sup>124</sup> Dabei muß allerdings angefügt werden, daß sich diese auf verschiedene Ebenen (der Reflexion, des intellektuellen Anspruches, der Universalisierung etc.) beziehen und sich auch stark untereinander überschneiden; sie sind also weder klar voneinander getrennt noch liegt hier ein eindeutiges Klassifizierungsschema vor.

<sup>125</sup> Dieser Dreiteilung schließt sich neben vielen anderen (etwa Schwinger 1980) auch Miller (1992: 559) an, der allerdings das Rawlssche Differenzprinzip als viertes hinzufügt.



Krettenauer 1998: 71) Die anderen Prinzipien müssen daher letztlich auf Gleichheit - etwa Chancengleichheit - rekurrieren, wenn sie Geltung als Gerechtigkeitsprinzipien beanspruchen wollen. Es ist darüber hinaus im wohlverstandenen Interesse der Mitglieder demokratisch verfaßter Gesellschaften, soziale Ungleichheit nur noch in einem jeweils auszuhandelnden Umfang zuzulassen. Würde nämlich dieser implizite Basiskonsens moderner Gesellschaften mißachtet, dann wäre sozialer Unfriede, der allen teuer zu stehen käme, kaum zu vermeiden.

Im engeren Sinne, nämlich als Verteilungsprinzip, aufgefaßt, bedeutet Gleichheit, daß jeder den gleichen Anteil von einer gemeinsam hergestellten Gütermenge erhalten soll unabhängig von seinem Beitrag zur Herstellung dieser Güter oder seinem Bedarf an denselben. Beim Gleichheitsprinzip entfällt damit auch das Problem, einen Maßstab für die Leistung oder die Dringlichkeit eines Bedürfnisses zu finden. (Schwinger 1980: 114) Auch andere Gründe für einen Anspruch auf ein Mehr oder Weniger an der Gütermenge finden hier keine Geltung.

Im Bezug auf die Auswirkungen des Gleichheitsprinzips auf die Solidarität konstatiert Schwinger (1980: 112), daß die Anwendung des Gleichheitsprinzips Solidarität und Harmonie zwischen den Gruppenmitgliedern schafft und kooperative Tätigkeit fördert. Allerdings ergibt sich hier auch die Möglichkeit einer Ausbeutung der Gruppe durch einzelne Mitglieder, die ihre Leistungsbeiträge verweigern könnten.

### *Bedürfnisprinzip*

Was das einzelne Mitglied einer Gruppe erhält, das richtet sich hier allein nach der Größe seiner Bedürfnisse. Dieses Prinzip setzt voraus, daß man sich über die Vergleichbarkeit und Rangordnung von Bedürfnissen einig ist. Ferner bedeutet es einen relativ hohen Aufwand bezüglich der Feststellung der Bedürfnislagen der jeweiligen Einzelnen. Beides kann nur in langfristigen positiven Beziehungen mit einem hohen Maß an Vertrauen und Ehrlichkeit erreicht werden. (Schwinger 1980: 114) In einem Rahmen, der über die Kleingruppe hinausgeht, wäre das Bedürfnisprinzip daher nur mit einem hohen bürokratischen Aufwand und einer entsprechenden Regelungsdichte zu gewährleisten. Das Bedürfnisprinzip befindet sich darüber hinaus im Grenzbereich zu Fragen der Großzügigkeit oder Menschlichkeit.<sup>126</sup>

Wichtig ist in diesem Fall auch, wer oder was für die Situation der Bedürftigkeit verantwortlich gemacht wird. Ist es der Bedürftige selbst, dann ist die Bereitschaft zur Anerkennung von Bedürftigkeit eher gering. Auch die Möglichkeit, daß er sich selbst helfen könnte, führt eher zur Ablehnung des Bedürfnisprinzips. (Montada u. Bierhoff 1991: 6) Ist die Bedürftigkeit hingegen fremdverschuldet oder beispielsweise auf eine Katastrophe zurückzuführen, dann ist die Hilfsbereitschaft meist sehr groß. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang die aus dem 19. Jahrhundert stammende Unterscheidung zwischen "deserving poor" und "undeserving poor", die heutzutage immer noch weitverbreitet ist. (Miller 1992: 574) Man kann sie sinngemäß mit "unverschuldeter" bzw. "selbstverschuldeter Armut" übersetzen. Demnach müssen Bedürftige

---

<sup>126</sup> Die Auffassung, daß es sich eher um letztere handelt, vertritt etwa Miller (1992: 572).

beweisen, daß sie unverschuldet in die Situation der Bedürftigkeit geraten sind, bevor sie berechnete Ansprüche auf Hilfe anmelden können.

Die Anwendung des Bedürfnisprinzips kann zwar die interpersonale Attraktion und damit die Solidarität erhöhen, aber es können auch Gefühle der Demütigung auf der Seite der Empfänger entstehen. Ferner besteht die Gefahr, daß Bedürfnisse übertrieben werden, um an höhere Zuwendungen zu gelangen (Schwinger 1980: 113), was sich negativ auf die Bereitschaft zur Solidarität auswirkt.

### *Leistungsprinzip*

Aufgrund des Leistungsprinzips soll jeder den Anteil an einer gemeinsam erwirtschafteten Gütermenge erhalten, der seinem Beitrag zur Herstellung dieser Gütermenge entspricht. Es wird demzufolge auch als Beitrags- oder Äquivalenzprinzip bezeichnet. Weil es für sie selbst von Vorteil ist, wird hier davon ausgegangen, daß die Beteiligten möglichst viel zum Gesamtprodukt beisteuern.

Bei genauerer Betrachtung fällt auf, daß das Leistungsprinzip in sich noch einmal differenziert werden kann. Man kann beispielsweise eine *Aufwandsperspektive* einnehmen, bei der die Leistung am erbrachten Aufwand festgemacht und entsprechend entlohnt wird.<sup>127</sup> Man kann sich auch auf die *Ertragsperspektive* beziehen, wonach nicht der Aufwand, sondern Qualität und Menge des erstellten Produktes entlohnt werden; ein geschickter Arbeiter etwa, der mit wenig Aufwand viel herstellt, kann hiervon stärker profitieren als von der vorangehenden Lesart des Leistungsprinzips. Eine weitere Variante des Leistungsprinzips besteht in der *Wettbewerbsperspektive*, bei der es um die Realisierung von Erträgen auf dem Markt geht. Hier schneidet beispielsweise ein talentierter Händler besser ab als ein weniger talentierter. Damit nicht genug, ist ferner häufig strittig, inwiefern etwa *Ausbildungsgrad*, *Engagement*, *Verantwortung* oder die *Arbeitsbedingungen* in die Leistungsbeurteilung mit einbezogen werden sollen oder nicht. (Siehe Miller 1992: 566f)

Häufig ist eine Tendenz auszumachen, das Leistungsprinzip mit dem Marktprinzip kurzzuschließen, also der Wettbewerbsperspektive zu folgen. Demnach ist der Gerechtigkeit bereits Genüge getan, wenn der Markt unbeeinträchtigt funktioniert. Letzterer gilt dann als ein Ort des gerechten Tausches, d.h. er verteilt die Ressourcen korrekt in Abhängigkeit von den jeweiligen Leistungen: je größer der Wert einer Leistung, um so größer das Entgelt, das der Betreffende empfängt. (Hechter 1987: 171) Diese Gleichsetzung des Leistungsprinzips mit dem Laissez-Faire-Prinzip hat den Vorzug, daß auf Regelungen und dementsprechenden Kontroll- und Sanktionsaufwand weitgehend verzichtet werden kann. So betrachtet, ist sie mit wenig Aufwand verbunden. Eine solche weitgehende Abwesenheit von Regelungen hat dann zwar die positive Folge, daß die Ökonomie ihre ungehemmte Dynamik entfalten und für Produktivitätsfortschritte sorgen kann, dies geschieht aber um den Preis

---

<sup>127</sup> Diese Auffassung dürfte auch der häufig anzutreffenden Intuition zugrundeliegen, wonach es ein bestimmtes Maximum an Leistung gibt, das eine Person erbringen kann. Demnach *kann* bei entsprechender Anwendung des Leistungsprinzips ein bestimmtes Maximum an Verdienst gar nicht überschritten werden, da dieses der maximalen Leistungsfähigkeit des Menschen entspricht. Ein noch höherer Verdienst gilt folglich als ungerecht, da dieser nicht mehr auf Leistung beruhen kann. In der vorliegenden Untersuchung ist diese Haltung bei den Fällen *Susanne*, *Carsten*, *Barbara* und *Frank* anzutreffen.

periodischer Ungleichgewichte und bedrohlicher sozialer Ungleichheit. (Müller 1992a: 36) In diesem Zusammenhang wird häufig der Vorwurf erhoben, daß das Leistungsprinzip durch strukturelle sozio-ökonomische Ungleichheiten verfälscht wird, denn der wirkliche Markt kann zum Mittel der Reichen und Mächtigen werden, die Abhängigen noch abhängiger zu machen. (Gulich 1991: 210; Steinvorth 1998: 62) Wie gesagt, hat schon Durkheim (1988) gesehen, daß wohlhabende Personen bzw. die Besitzer von Produktionsmitteln bei Vertragsverhandlungen meist eine stärkere Ausgangsposition haben und so diejenigen, die zur Bestreitung ihres Lebensunterhaltes allein von ihrer Arbeit abhängig sind, zu ungünstigen Abschlüssen zwingen könnten, die beispielsweise zu niedrigen Löhnen und ungünstigen Arbeitsbedingungen führen. Das Leistungsprinzip würde auf diese Weise zugunsten des Rechts des Stärkeren ausgehebelt.

Weitere Kritik am Leistungsprinzip bezieht sich auch auf seine anderen Spielarten, vor allem auf Faktoren, welche die Betroffenen selber nicht beeinflussen können. Darunter fallen etwa die ungleiche Verteilung von Glück, Gelegenheiten und Startchancen sowie kumulative Effekte von Wohlstand und Armut. Hechter (1987: 172) weist ferner auf Folgendes hin: betrachtet man die Leistungskurve einer Person bezogen auf ihre Lebenszeit, dann fällt auf, daß sie aufgrund des Leistungsprinzips genau dann am wenigsten einnehmen kann, wenn sie am meisten benötigt. Dies gilt vor allem für die altersbezogene Leistungskurve, aber auch für bestimmte Fälle von Bedürftigkeit etwa bei Krankheit oder Behinderung. Dabei springt überhaupt ins Auge, daß beim Leistungsprinzip keinerlei Ansprüche auf Bedürfnisbefriedigung bestehen. So können einzelne Personen unter Umständen so geringe Anteile vom Gesamtprodukt erhalten, daß sie in Notlagen geraten. (Schwinger 1980: 114) Insgesamt schafft das Leistungsprinzip nur geringe Bindungen unter den Gruppenmitgliedern (Schwinger 1980: 112); es beschränkt sich nämlich weitgehend auf reine Austauschbeziehungen und tendiert dazu, andere Beziehungsformen zu ignorieren oder gar zu verdrängen.

### ***Gerechtigkeitsprinzipien und ihr Verhältnis zu Solidarität und Produktivität***

Für uns ist von Interesse, daß sich die drei Prinzipien insbesondere darin unterscheiden, *was als gemeinsames Interesse der Beteiligten angesehen wird*. Die Anwendung eines bestimmten Gerechtigkeitsprinzips stellt damit nämlich auch eine Definition der Beziehung unter den Beteiligten dar. (Schwinger 1980: 115) Im Falle des *Bedürfnisprinzips* stehen das Wohlbefinden aller und enge positive Beziehungen zwischen ihnen im Vordergrund. Demzufolge sind es vor allem fürsorgeorientierte Gruppen, die das Bedürfnisprinzip als Grundprinzip, das der jeweiligen Gerechtigkeitsorientierung unterliegen sollte, ansehen. Im Fall des *Gleichheitsprinzips* geht es in erster Linie um Gleichberechtigung, wodurch der Zusammenhalt zwischen den Gruppenmitgliedern gefördert wird. (Deutsch 1975: 147; Schwinger 1980: 115) Ähnlich sieht dies Miller (1992: 571). Seiner Auffassung nach sind es in sehr hohem Grade kooperative bzw. solidarische Beziehungen, die zur Anwendung von Bedürfniskriterien führen, während Gleichheit seiner Meinung nach angemessen ist für Gruppen, die zwar solidarisch genug sind, verschiedene Beiträge zum Gesamtprodukt gleich zu entlohnen, die aber nicht so weit gehen, jenseits von Gleichheit nicht auch noch individuelle Faktoren

berücksichtigen zu wollen. Im Falle des *Leistungsprinzips* geht es dagegen in erster Linie um die Maximierung der Gruppenproduktivität. Folglich herrscht bei ökonomischen bzw. produktivitätsorientierten Gruppen die Tendenz vor, das Leistungsprinzip zu bevorzugen. Dieses läßt aber nur geringe Bindungen der Gruppenmitglieder zueinander entstehen. (Deutsch 1975: 147; Schwinger 1980: 112)

Beim Bedürfnis- bzw. Gleichheitsprinzip haben wir es demnach mit Gerechtigkeitsformen zu tun, die der Solidarität eher förderlich sind, da sie die Bindungen unter den Angehörigen verstärken, während die Frage der Produktivität als zweitrangig eingestuft wird. Im allgemeinen wird bei diesen beiden Prinzipien bezüglich der zu verteilenden Güter implizit von einem Nullsummenspiel ausgegangen: sie sollen gleichmäßig verteilt werden, ohne daß ihr Gesamtvolumen durch den Verteilungsmodus zu- oder abnehme.<sup>128</sup> Das Leistungsprinzip führt dagegen zu hoher Produktivität, denn bei ihm wird (meist explizit) von einem Positivsummenspiel ausgegangen, wobei die Vergütung aufgrund der Leistung das Gesamtvolumen der hergestellten Güter erhöhen soll. Diese Erhöhung ist demnach nur um den Preis von ungleicher Verteilung möglich, während davon ausgegangen wird, daß Gleichverteilung zu einer negativen Bilanz führen würde. Das Leistungsprinzip orientiert sich dabei am Bild des Individuums, das primär seinen eigenen Nutzen im Auge hat. Nicht zuletzt deswegen steht es aber solidarischen Bindungen tendenziell entgegen. Insbesondere in differenzierten, nicht mehr ständisch organisierten, also modernen Gesellschaften sind Leistung, Leistungserwartung und leistungsorientierte Besetzung von Positionen im sozialen System eine notwendige Konsequenz, um den hohen und differenzierten Stand der Produktivität zu gewährleisten. (Lübbe 1984: 67) Dabei stellt sich aber häufig die Frage, unter welchen Bedingungen systemspezifische Leistungserwartungen für unerträglich erklärt und als repressiv angeklagt werden. Leistungsanforderungen gehen nämlich ab einem gewissen Grad auf Kosten alltäglicher wie staatlich vermittelter Solidarität. (Engler 1995: 244) Es dürfte deutlich geworden sein, daß hier offensichtlich ein *Zielkonflikt* zwischen Produktivitätsorientierung und Solidaritätsanforderungen vorliegt. Schon Dahrendorf (1994: 8, passim) hat dieses Dilemma zwischen Verteilung (Dahrendorf nennt dies "Anrecht") und Produktivität (nach Dahrendorf: "Angebot") benannt. Welches Moment man bevorzugt behandelt, entscheidet darüber, ob man eher produktivistisch oder eher distributiv und damit solidaritätsfördernd orientiert ist. Was wiegt schwerer: Menschen in ihren *Anrechten* auf vorhandene Güter zu beschränken oder ihnen ein *Angebot* an Wohlstand vorzuenthalten, das erreichbar wäre? Die Angleichung von Zuweisungen senkt die Leistungsmotivation, aber die Überschreitung von bestimmten (ungewissen) Grenzen im Ausmaß der Zuweisungs differenzierung weckt Empörung und provoziert wiederum Nivellierungsforderungen. (Lübbe 1984: 62f) Dieser Zielkonflikt zwischen solidaritätsorientierten und produktivitätsorientierten Gerechtigkeitsprinzipien bedeutet aber nicht automatisch, daß eine Orientierung an hoher Produktivität, am Markt oder an Leistung per se unsolidarisch ist.

---

<sup>128</sup> Komplizierter wird diese Frage beim Bedürfnisprinzip, denn hier liegt eine andere Bezugsgröße zugrunde: das Bedürfnisprinzip geht angesichts des reinen Vorhandenseins der Güter von einem Nullsummenspiel aus, hinsichtlich des *Nutzens* der betreffenden Güter handelt es sich aber um ein Positivsummenspiel insofern, als die Nutzensumme durch die Verteilung an die Bedürftigsten gemehrt wird, denn diese haben einen größeren Nutzen an den erhaltenen Gütern als die weniger Bedürftigen.

Unsolidarisch wird eine solche Orientierung erst in dem Moment, in dem diese Ziele dem sozialen Zusammenhalt vorgeordnet werden, insbesondere wenn dies in einer Weise geschieht, die der Solidarität in der Gesellschaft den Raum streitig macht. Um nicht unsolidarisch zu werden, muß demnach bei der Verfolgung vom Ziel Produktivität darauf geachtet werden, daß die grundlegenden konstitutiven Bindungen keinen Schaden nehmen. Sollte dies dennoch eintreten, dann bedarf es zumindest einer guten Begründung, warum die verfolgten Ziele die Gefährdung der Solidarität rechtfertigen.

Es gibt sowohl in der Theorie als auch in der Forschung zahlreiche Versuche und Ansätze, diesen Zielkonflikt abzumildern bzw. die verschiedenen Gerechtigkeitsprinzipien miteinander in Einklang zu bringen.

Rawls (1975) hat etwa versucht, durch sein Maximinprinzip, wonach soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten nur dann als gerecht anzusehen sind, wenn sie mit Vorteilen für die am schlechtesten gestellten Mitglieder der Gesellschaft verbunden sind, Gleichheitsprinzip und Produktivität zu verknüpfen. Damit hat Rawls zwar Ungleichheit legitimiert, sie aber gleichzeitig an die Kette gelegt, indem er fordert, daß von ihr nach Möglichkeit die am geringsten Privilegierten profitieren müssen.

In der empirischen Forschung ist man dagegen wiederholt zu dem Ergebnis gekommen, daß den Menschen zwar alle drei der genannten Prinzipien wichtig sind, daß sie ihnen aber in unterschiedlichen Situationen verschiedenes Gewicht beimessen. Welche Gerechtigkeitsprinzipien zum Zuge kommen, hängt demnach stark vom sozialen Kontext ab. Für jedes der genannten Prinzipien gibt es spezifische gesellschaftliche Sphären, in denen es vorrangig verwendet wird: in ökonomischen Zusammenhängen etwa wird das Leistungsprinzip bevorzugt. In Teams und nahen Beziehungen setzen dagegen viele eher auf das Gleichheits- oder Bedürfnisprinzip. (Montada u. Bierhoff 1991: 11) In Kontexten der Persönlichkeitsentwicklung, vor allem im Elternhaus wird am ehesten das Bedürfnisprinzip angewandt. Jennifer Hochschild (1981: 112ff) hat auf der Grundlage einer qualitativen Forschungsarbeit drei "Domänen" der Gerechtigkeit ausfindig gemacht, nämlich die sozialisierende Domäne, die ökonomische und die politische Domäne. In der ersten und der dritten herrschen Gleichheitsprinzipien, in der zweiten das Leistungsprinzip vor.<sup>129</sup> Ähnlich klassifiziert Schmidt (1992: 12), für den gleiche Rechte im Bereich von Staat und Politik vorherrschen, Bedürftigkeit in Familien und anderen kleinräumigen Sozialverbänden und das Verdienst- oder Leistungsprinzip in erwerbswirtschaftlichen Zusammenhängen.

Aber selbst *innerhalb einer Person* sind Gerechtigkeitsvorstellungen nicht durchgängig konsistent, sondern pluralistisch angelegt. Miller (1992: 560) diskutiert Experimente, bei denen die Versuchspersonen relativ schnell vom Leistungs- zum Bedürfnisprinzip überwechselten, wobei oft schon allein die Aufforderung genügte, man solle sich *vorstellen*, mit den anderen Versuchspersonen befreundet zu sein.<sup>130</sup> Gerade Einzelpersonen tendieren häufig dazu, den Zielkonflikt zwischen

---

<sup>129</sup> Am differenziertesten ist der - allerdings wiederum theoretisch begründete - Ansatz der "Sphären der Gerechtigkeit" von Michael Walzer (1992). Er macht insgesamt 11 Gerechtigkeits-sphären aus, darunter Mitgliedschaft und Zugehörigkeit (Nachbarschaften, Vereine, Familien), Sicherheit und Wohlfahrt, Geld und Waren, Politik: Partizipation/Ämter/Macht, Arbeit (dreckige, harte, unangenehme), Freizeit, Bildung, Ansehen.

<sup>130</sup> Dieses Beispiel geht auf den Befund eines Experiments von Tajfel u. Turner (1986) zurück.

Solidarität und Produktivität für sich selber abzumildern, indem sie zu *Kombinationen von verschiedenen Prinzipien* neigen, von denen das eine an Produktivität und das andere an Solidarität orientiert ist. So wird dem Leistungsprinzip oft eine Norm beigeordnet, wonach jeder Bürger a priori Anspruch auf ein bestimmtes gesellschaftlich variierendes Maß an materieller Bedürfnisbefriedigung hat, bezüglich dessen Umfang allerdings beträchtliche Differenzen bestehen. (Schwinger 1980: 118) Bestimmte Kombinationen sind so häufig anzutreffen, daß sie von Seiten der Forschung mit eigenen (englischen) Bezeichnungen versehen wurden. Das *Floor-Constraint-Prinzip* sieht zum Beispiel vor, daß bei weitgehender Leistungsorientierung für jeden ein Existenzminimum gesichert sein muß. Es handelt sich damit bei genauerer Betrachtung um eine Mischform aus Bedürfnis- und Leistungsprinzip (Miller 1992: 568): bis zu einer gewissen - meist niedrigen - Schwelle zählt Bedarf mehr als Produktivität. Das *Ceiling-Constraint-Prinzip* will besagen, daß niemand mehr als ein gewisses Maximum verdienen darf. Damit beinhaltet es eine implizite Grenznutzenannahme und verhält sich folglich ergänzend und komplementär zum Bedürfnisprinzip: was einer nicht gebrauchen kann, das sollte er auch nicht bekommen. (Ebenda) Bis zu der Höhe, in welcher diese Deckelung in Kraft tritt, zählt aber das Leistungsprinzip. Das *Compressed-Range-Prinzip* soll besagen, daß innerhalb einer festgelegten Verdienstspanne das Leistungsprinzip zählt. (Ebenda) Während der festgelegte Korridor letztlich auf das Gleichheitsprinzip rekurriert, geht die Verteilung innerhalb dieses Korridors auf das Leistungsprinzip zurück.

In diesem Zusammenhang sind insbesondere die Experimente von Frohlich, Oppenheimer und Eavey (1987) bzw. Frohlich und Oppenheimer (1990) aufschlußreich. In ihnen ging es um die Frage, welches Gerechtigkeitsprinzip unter bestimmten Umständen ausgewählt wird, wobei die Situation des Rawlsschen Urzustandes möglichst gut simuliert werden sollte. Gruppen von Studenten sollten eines von vier Gerechtigkeitsprinzipien - darunter auch das Rawlssche Maximin-Prinzip - auswählen, auf dessen Grundlage dann reale Geldbeträge (allerdings nur im einstelligen Dollarbereich) an sie ausbezahlt werden sollten. In der elaboriertesten Version ging es darum, eine reale Leistung zu erbringen, aus der sich das Gesamteinkommen einer Gruppe speiste, das anschließend auf der Grundlage des gewählten Gerechtigkeitsprinzips verteilt werden sollte. Weil keiner der Beteiligten im voraus wissen konnte, welche Art von Leistung zu erbringen sein würde, wußte auch niemand, wie gut er selbst darin sein würde. Dadurch ergab sich eine gewisse Annäherung an den Rawlsschen Urzustand, da die Beteiligten nicht wissen konnten, wie die eigene Leistungsfähigkeit bezüglich der gestellten Aufgabe ausfallen würde. Das Maximin-Prinzip wurde dabei von keiner Gruppe ausgewählt. Überwältigend war dagegen die Beliebtheit der Maximierung des Gruppeneinkommens plus Floor-Constraint, also eine Mischform von Leistungs- und Bedürfnisprinzip: drei Viertel der Gruppen haben sich hierauf geeinigt. Die zweite Wahl, die aber weit hinter der ersten zurückfiel, war die Maximierung des Gruppeneinkommens ohne jede Restriktion. Mit diesem Ergebnis konnten die Forscher das Vorhandensein einer Pluralität von Überzeugungen innerhalb der einzelnen Individuen nachweisen: einerseits ist es den Menschen wichtig, daß niemand in Armut lebt, andererseits sollen Personen, die hart arbeiten, auch entsprechende Vergütungen erhalten. Beide Anliegen wurden am besten durch die Kombination eines Mindesteinkommens mit der Maximierung des Durch-

schnittseinkommens getroffen. Das Rawlssche Differenzprinzip, das sich ebenfalls unter den wählbaren Verteilungsmodi befand, wurde vor allem mit der Begründung abgelehnt, daß es ein zu starkes Gewicht auf den ersten Aspekt lege.

### **Fazit: Das Verhältnis zwischen Solidarität und Gerechtigkeit**

Gerechtigkeit stellt ein wichtiges, oft zentrales Element für dauerhafte Solidaritätsbeziehungen dar, denn Überzeugungen auf der Basis von Gerechtigkeitsvorstellungen ändern sich nicht schlagartig und sind daher nicht so unberechenbar wie etwa individuelle Interessen oder momentane Einstellungen. Gerechtigkeit kann daher ein verlässliches Grundelement von Solidarität stellen, weil das Vertrauen der Beteiligten hier in besonderer Weise gerechtfertigt ist. Durkheim hat seinerzeit dargelegt, daß eine Gesellschaft, deren Regeln nicht auf gerechten Grundlagen beruhen, von Desintegrationsprozessen bedroht ist. Wenn ein soziales System stabil sein soll, muß es daher immer einen gewissen Grad von Wechselseitigkeit der Bedürfnisbefriedigung geben. Schon sein Schüler Célestin Bouglé hat daraufhin die Notwendigkeit unparteiischer Verfahren zur Begründung universeller und mithin gerechter Regeln des menschlichen Zusammenlebens gesehen, wie sie schließlich von Rawls bzw. Apel und Habermas in ihrer je spezifischen Form entwickelt wurden. An solche idealen Verfahren, die in ihrer angedachten Form zwar undurchführbar sind, die aber dennoch zu Maßstäben für die Beantwortung der Frage führen, was als gerecht gelten kann, schließt sich die Frage an, welche Gerechtigkeitsvorstellungen die Menschen tatsächlich haben. Gerechtigkeit erfordert nämlich keine gruppenspezifische Gemeinsamkeit und keine emotionale Verbundenheit, sondern beruht auf der distanzierten Betrachtung und Abwägung konkurrierender Ansprüche von einem unparteilichen Standpunkt aus. (Bayertz 1996: 318) Sie kann daher problematische Formen der Solidarität als solche kenntlich machen.

Insbesondere die Frage, ob es sich bei einer gemeinsamen Handlung um eine tiefergehende Solidaritätsbeziehung oder bloß um ein strategisches Bündnis handelt, kann beantwortet werden, indem man feststellt, ob sie mit einem Gerechtigkeitsprinzip einhergehen oder ob es sich lediglich um das Bestreben zur Verbesserung der eigenen Lage handelt.<sup>131</sup> Des weiteren muß insbesondere vor bestimmten Arten der Solidarität gewarnt werden, die nicht nach Recht oder Unrecht fragen, sondern nur nach Gruppenzugehörigkeit. Solidarität hat zwar immer eine gewisse Tendenz, Außenstehende auszuschließen, aber prinzipiell müssen Gruppen bereit sein, ihre Grenzen auf der Grundlage universalistischer Erwägungen neu zu definieren, sie also gegebenenfalls zu ändern oder sie (zumindest zeitweise) aufgrund von Gerechtigkeitserwägungen hintanzustellen. Auch die Gnade privater Mildtätigkeit etwa setzt die Begünstigten der unverlässlichen Laune der Schenker aus noch dazu zu Bedingungen, die diese allein festlegen können; Hilfe, die mit geteilten Gerechtigkeitsprinzipien einhergeht, ist dagegen verlässlich, dauerhaft und beruht potentiell auf Gegenseitigkeit. Mit anderen Worten: wer nicht nur spontanes solidarisches Handeln will, der muß Gerechtigkeitsvorstellungen mobilisieren bzw. zur Begründung heranziehen. Auch innerhalb einer

---

<sup>131</sup> Hier ließe sich auch problemlos das Habermassche bzw. Rawlssche Kriterium der Universalisierbarkeit der in Anschlag gebrachten Kriterien mobilisieren.

Gruppe besteht um so mehr Bereitschaft zur Solidarität, je fairer und gerechter die Lasten der Solidarität verteilt werden. (Küpper u. Bierhoff 1996: 4; Hondrich u. Koch-Arzberger 1994: 19; Strasser 1994: 123)

Dabei ist aber immer mitzubedenken, *welcher* Gerechtigkeitskonzeption gefolgt wird. Bei dem Versuch, sich einen Überblick über die vielfältigen Gerechtigkeitskonzeptionen zu verschaffen, hat sich die Dreiteilung in ein Leistungs-, Gleichheits- und Bedürfnisprinzip von Deutsch (1975) als hilfreich erwiesen. Eine rein produktivitätsorientierte leistungsbezogene Gerechtigkeitskonzeption kann nun aber statt zu Solidarität mit strukturell Benachteiligten zu ihrer Abwertung und Ausgrenzung führen und auf diese Weise Solidarität erschweren oder gar verhindern<sup>132</sup>; eine solidaritätsorientierte Gerechtigkeitskonzeption fordert dagegen die Berücksichtigung der Ansprüche, Interessen und Bedürfnisse anderer, selbst wenn sich diese nicht durch Leistung legitimieren können, und ermöglicht auf diese Weise die Übernahme solidarischer Verantwortung gegenüber anderen. (Krettenauer 1998: 120) Eine solidaritätslose Gerechtigkeit tendiert dahin, vielen die Mittel vorzuenthalten, die sie zur Ausübung ihrer Freiheit bräuchten.<sup>133</sup> Solidarität ist hier insbesondere dann gefordert, wenn die Knappheit lebenswichtiger Güter spürbar wird. Sie verweist ferner auf die Abhängigkeit aller von ihrer sozialen Kooperation. So beruft man sich oft auf Solidarität, um den Zwang zu verhindern, den private Aneigner von Eigentum ausüben. Auch für angeborene, durch die Gesellschaft verursachte oder auf andere Weise entstandene Mängel verlangt die Solidarität häufig Linderung und Beistand. (Steinvorth 1998: 81) Eine rein solidaritätsbezogene und umverteilungsorientierte Gerechtigkeitskonzeption kann jedoch andererseits massive Produktivitätseinbrüche zur Folge haben, da hier das Moment des Leistungsanreizes entfällt. Bei näherer Betrachtung stellt sich heraus, daß Personen verschiedene Gerechtigkeitsprinzipien in sich tragen und darüber hinaus, wie Frohlich und Oppenheimer (1990) nachweisen konnten, dazu neigen, diese miteinander zu kombinieren. In der Realität hat man es daher sehr häufig mit einer Kombination von Gerechtigkeitsprinzipien zu tun, die sich zwischen den Extrempolen des Kontinuums, das zwischen reiner Produktivitäts- und reiner Solidaritätsorientierung angesiedelt ist, bewegt. Wo es dort bei den verschiedenen Menschen genau angesiedelt ist und aus welchen Gründen, das ist eine empirische Frage.

---

<sup>132</sup> Besonders deutlich wird dies bei Lerner (1980).

<sup>133</sup> Hier stellt sich natürlich die Frage, ob ein solches Gerechtigkeitsprinzip überhaupt noch als universell gelten kann, denn die Mittellosen verfügen über gute Gründe, diesem nicht zuzustimmen. Siehe auch Habermas (1991: 69ff). Insofern die wechselseitige Kontrollfunktion von Gerechtigkeit und Solidarität, die sich hier andeutet, einen Hinweis auf die Universalität der zugrundeliegenden Prinzipien darstellt, handelt es sich auch nicht um einen logischen Zirkel, sondern das Rekurren auf ein gemeinsames Gütekriterium.



## IV ZUR ANLAGE DER UNTERSUCHUNG

### Überlegungen zum Vorgehen

Wie wir gesehen haben, ist Solidarität keine anthropologische Konstante, sondern ein Gut, das immer wieder in der Gesellschaft reproduziert werden muß und das in der Moderne knapp zu werden droht. Dabei bleibt am Ende des theoretischen Teils festzustellen, daß viele offene Fragen übriggeblieben sind, die auf die Empirie verweisen. Entwickeln sich in der modernen Gesellschaft, wie Durkheim (1988 [1893]) und nach ihm viele andere Theoretiker angenommen haben, wirklich neue Solidaritätspotentiale? Wenn ja, sind diese den Anforderungen moderner Gesellschaften angemessen? Gibt es die Chancen und Potentiale einer rationalisierten Lebenswelt, wie sie von Habermas postuliert werden, und wenn ja, welche Gestalt haben sie bisher angenommen und welche Entwicklungsperspektive steckt in ihnen? Welche Rolle spielen Traditionen und Gemeinschaftsbezüge in diesem Zusammenhang? Wie ist es um die Chancen bestellt, das Spannungsverhältnis zwischen rationalen, motivationalen und institutionellen Grundlagen der Solidarität in günstiger Weise zu beeinflussen, wie um die Möglichkeiten, den Zielkonflikt zwischen produktivitäts- und solidaritätsorientierten Gerechtigkeitsorientierungen zu unterlaufen?

Bevor diesen Fragen weiter nachgegangen werden kann, muß zuerst geklärt werden, *wie* überhaupt das weite Feld der Solidarität empirisch erfaßt werden kann. Diese Aufgabe läßt es jedoch erst einmal angebracht erscheinen, die wichtigsten Ergebnisse anderer Untersuchungen zum Themenfeld der Solidarität zu betrachten. Dadurch kann nämlich geklärt werden, inwiefern die obigen Fragen bereits beantwortet wurden, so daß die hier vorgestellte Untersuchung auf einem aktuellen Stand beginnen kann. Es wird sich zeigen, daß in der Mehrzahl der vorliegenden Untersuchungen jeweils nur eine bestimmte Unterform von Solidarität in Betracht gezogen wurde. Von dieser Einschränkung abgesehen, ist das Niveau der Auswertungen des Materials in den meisten Fällen sehr hoch; die Frage nach der *Genese* der festgestellten Solidaritätspotentiale wird jedoch nur in einer einzigen Untersuchung gestellt. In dieser wird allerdings eine historische Makroperspektive eingenommen, die den Blick auf die spezifischen Gegebenheiten von geringerer Dimension zu überlagern droht.

Mein Anliegen ist insbesondere die Untersuchung der *Bandbreite* vorhandener Solidaritätstypen sowie deren *spezifischer Genese*. Auf der Basis qualitativen Datenmaterials werden zu diesem Zweck im empirischen Teil dieser Arbeit Solidaritätsorientierungen und die diesen zugrundeliegenden biographischen Sinnstrukturen der Befragten rekonstruiert. Das Datenmaterial besteht aus biographischen Interviews zuzüglich eines themenspezifischen Nachfrageteils, die im Rahmen des DFG-Projektes "Soziale Gerechtigkeit im Sinnkontext selbsterzählter Biographien. Zur Transformation politischer Kulturen in den neuen Bundesländern" an der FSU-Jena unter Leitung von Prof. Dr. Hans-Joachim Giegel erhoben wurden.

Da es sich bei der untersuchten Gruppe um Studenten in den neuen Bundesländern handelt, ist es nach der Diskussion des aktuellen Forschungsstandes angezeigt, als nächsten vorbereitenden Schritt den sozialisatorischen Hintergrund, den die DDR für diese Gruppe in solidaritäts- und gerechtigkeitspezifischer Hinsicht dargestellt hat, zu beleuchten. Die Befragten haben nämlich unter

der Ägide der DDR ihre ersten grundlegenden Wertorientierungen ausgebildet. Es geht dabei insbesondere um die Frage, welche Solidaritätsformen bzw. sozialen Bindungen dort anzutreffen waren und wie sich diese auf die Untersuchungsgruppe ausgewirkt haben. Dabei wird sich bereits zeigen, daß sich solidarisches Verhalten nicht einfach anordnen oder wie ein Rohstoff abfordern läßt, wie dies in der DDR versucht wurde. Neben der offiziell proklamierten Solidarität haben auch bestimmte andere Formen, nämlich die Solidarität in den "Nischen" und bestimmte institutionelle Arrangements im "Versorgungsstaat" DDR, Wirkung gezeitigt. Vor diesem Hintergrund ist die Erforschung des Resonanzbodens für moderne Solidaritätsformen im Osten Deutschlands und hier besonders unter der jüngeren Generation interessant. Dabei kommt auch die Besonderheit des raschen sozialen Wandels einer Transformationsgesellschaft zum Zuge. Mit der Wende haben sich nämlich die vertrauten Verteilungsregeln des politischen und ökonomischen Systems entscheidend verändert. Es sind nun neue Verhaltens- und Verteilungsregeln für die Berufsausbildung, Berufsfindung sowie für die weitere persönliche Orientierung der Betroffenen relevant. Hieraus ergibt sich die Frage, wie die ostdeutschen Studierenden mit dieser Kontrasterfahrung umgehen. Hieran kann in besonderer Weise ersehen werden, inwiefern es in komplexen Gesellschaften zu einem Bindungsverhalten gegenüber anderen Personen sowie gegenüber neuen Institutionen kommt und welche Rolle die alten primär erfahrenen - zum größeren Teil funktionslos gewordenen - Bindungen, Institutionen und Verhaltensweisen dabei eine Rolle spielen. Ferner haben Studierende aufgrund ihrer eigentümlichen Lebenslage, nämlich eines psychosozialen Moratoriums, das durch die weitgehende Entlastung von ökonomischen Entscheidungszwängen ermöglicht wird, günstige Voraussetzungen, verschiedene Solidaritätsorientierungen und Gerechtigkeitsvorstellungen zu entwickeln und zu erwägen. Diese beiden Umstände - Herkunft und soziale Lage - machen die Gruppe der ostdeutschen Studierenden für eine Untersuchung von Gerechtigkeitsvorstellungen besonders interessant.

Nach diesen vorbereitenden Überlegungen können schließlich die Fragen an das Forschungsmaterial konzipiert werden, mit denen dieses Kapitel abschließt.

### **Stand der Forschung**

Bevor ich mich der eigenen Untersuchung zuwende, ist zuerst ein Blick auf den bisherigen Stand der Forschung angezeigt. Dabei wird sich zeigen, daß immer nur bestimmte Teilaspekte von Solidarität im Vordergrund standen. Diese Beschränkung ist größtenteils nicht auf das jeweilige Untersuchungsfeld zurückzuführen, sondern vielmehr theoretischen Vorentscheidungen geschuldet, die das Blickfeld im vorhinein stark eineengt haben. Daher wird deutlich werden, daß die meisten Fragen, die sich im Theorieteil ergeben haben, bislang unbeantwortet geblieben sind.

### ***Zoll: Alltagssolidarität durch Kommunikation in Peer Groups***

Zoll (1993) konstatiert die Herausbildung einer neuartigen "Alltagssolidarität" unter Jugendlichen. Aus seinen qualitativen Untersuchungen mit jungen Arbeitern und Lehrlingen<sup>134</sup> schließt er auf eine kommunikative Orientierung, die im Rahmen von Peer Groups generiert wird, wobei sich die befragten Jugendlichen zwar als "neue Individualisten" aus traditionellen Bezügen herausbegeben, aber gleichzeitig im Rahmen dieser Peer Groups nach "menschlicher Nähe und Alltagssolidarität" suchen. Dabei faßt Zoll insbesondere das in diesen Gruppenkontexten entstehende *Vertrauen* als zentrale Kommunikationskategorie auf. Da Individuen nämlich nicht aus sich selbst heraus existieren können, sondern vielmehr aufeinander in vielerlei Hinsicht angewiesen sind, und da sie nicht in ständiger Unsicherheit leben können, benötigen sie Vertrauen, auf dessen Grundlage sie Sicherheit und Orientierung gewinnen können. Dieses wird eben durch die Kommunikation mit den anderen Peers gewährleistet. Dadurch wird Kommunikation zum "Königsweg" sowohl zu anderen als auch zu sich selbst. (Zoll 1993: 58ff) Aufgrund des Bedürfnisses nach Nähe und Orientierung entsteht schließlich eine neue Form der "Alltagssolidarität", die Zoll (ebenda: 140ff) in Kontrast zur überkommenen Lohnarbeitersolidarität setzt, die bisher in dem betreffenden Milieu tradiert wurde und dort auch dominiert hat. Da Lohnarbeiterinteressen aber im Rahmen der Modernisierung allmählich zu differenziert geworden sind, um sie noch als gemeinsame Interessen zu erkennen, taugt Lohnarbeitersolidarität immer weniger als gemeinsame Orientierung der Betroffenen. Ferner wohnt dieser ein Ghettocharakter inne, der von den Jugendlichen, die die Grenzen der Arbeiterschaft im Rahmen von Cliques, Motorradclubs etc. überschreiten, allmählich aufgehoben wird. Was zählt, ist daher nicht mehr die Gemeinsamkeit von Lohnarbeiterinteressen, sondern die der alltäglichen menschlichen Kommunikation. Und nicht zuletzt ist es für Zoll (ebenda: 143) die Tendenz der kapitalistischen Strukturen, sich alles zu unterwerfen und sowohl Außenwelt als auch Innenwelt völlig zu durchdringen und die Lebenswelt zu kolonisieren, die eine universalistische Gegentendenz im Bezug auf Kommunikation und Solidarität provoziert. Im Rahmen der Kommunikationsstrukturen unter jugendlichen Peers bildet sich daher ein "neuer solidarischer Individualismus" heraus, der die Möglichkeit der Entscheidung für "Alltagssolidarität" und damit eine "neue Basis für kollektives Handeln" in sich tragen soll. (Ebenda: 144) Dieser Alltagssolidarität unterstellt Zoll (ebenda: 146ff) einen universalistischen Charakter, denn sie entspricht nach seiner Auffassung der diskursethischen Forderung, alle der sprachlichen Kommunikation fähigen Wesen als Personen anzuerkennen.

Nun gibt es zwar in der Forschung noch einige weitere Befunde, welche die Bedeutung von Kommunikation in Gruppensituationen belegen. So führt Kommunikation etwa in Prisoner's-Dilemma-Situationen zu einer signifikanten Vermehrung kooperativen Handelns. In einer Metaanalyse von Experimenten mit dem Prisoner's Dilemma weist insbesondere Sally (1995) die Bedeutung von Kommunikation als dem wichtigsten Faktor für kooperatives Verhalten in solchen

---

<sup>134</sup> Zolls Befunde gehen auf eine qualitative Studie mit westdeutschen Jugendlichen aus dem Jahr 1989 zurück, die im Rahmen eines eigenen Projektes unter der Bezeichnung "Arbeitsorientierungen von Jugendlichen" durchgeführt wurde.

Situationen nach. Zu ähnlichen Befunden kommen auch Bohnet und Frey (1996). Im Rahmen solcher Untersuchungen - einschließlich der von Zoll - ist aber die Frage noch nicht beantwortet, ob und wie die gegründete Kooperation bzw. Solidarität über die Grenzen der bestehenden Gruppe hinauswirkt. Die praktizierte Kooperation, das vorgefundene Vertrauen, die gemeinsame Kommunikation etc. begründen bei genauer Betrachtung zunächst einmal nichts anderes als Face-to-Face-Solidarität, die noch dazu rein situativ geprägt ist. Es handelt sich also bei der von Zoll festgestellten Solidarität lediglich um Solidarität unter Anwesenden (oder jedenfalls nur vorübergehend Abwesenden). Damit geht es also um jene Form von Solidarität, die Luhmann (1984a: 90) als letzte Restbestände von Solidarität dem Rahmen der "Interaktionssysteme" zuordnet.<sup>135</sup> Von dieser Form ist aber nach Luhmann (ebenda) nur schwerlich zu erwarten, daß sie in Krisensituationen, bei echter Not oder bei einem hohen Bedarf an Engagement und Mobilisierung anhält. Auch angesichts der Kategorien, die Zoll herausgearbeitet hat, gibt es keinen plausiblen Grund für die Annahme, daß mit ihnen mehr als spontane, kurzlebige und partikularistische Solidarität begründet werden kann.

Zoll erscheint daher insgesamt in seinem Befund zu überschwenglich, wobei er insbesondere die herausgearbeiteten Kategorien stark überhöht. Die Annahme, daß die vorgefundenen Formen von Vertrauen und Solidarität auch zur Integration größerer sozialer Zusammenhänge dienen könnten, beruhen nämlich lediglich auf einer Extrapolation der jeweils vorgefundenen Gruppensituation. Aus der notwendig gewordenen Mobilisierung von Kommunikation im Gruppenkontext, die der Bewältigung der alltäglich gewordenen Orientierungsprobleme dient, schließt Zoll sogleich darauf, daß diese auch als Grundlage der Integration der Gesellschaft eingesetzt werden kann. Kommunikation im ganz allgemeinen Sinne reicht aber noch nicht aus. Es bedarf vielmehr einer qualifizierten Form, die sich letztlich am Maßstab der Diskursethik messen lassen muß. Wichtig wäre in diesem Sinne die Beantwortung der Frage gewesen, ob wirklich alle der sprachlichen Kommunikation fähigen Wesen, insbesondere Nichtanwesende bzw. solche mit ganz anderen Lebensgewohnheiten, Auffassungen und Prinzipien als den in der eigenen Peer-Group üblichen, als Personen anerkannt werden, deren Ansprüche, sofern wohlbegründet, die gleiche Berechtigung haben wie die eigenen und für die man unter Umständen auch bereit wäre, auf eigene Vorteile zu verzichten. Und auch das vorgefundene Vertrauen verharrt auf dem niedrigen Niveau eines Face-to-Face-Vertrauens, während sich etwa für ein umfassenderes Institutionenvertrauen<sup>136</sup> bei Zoll keine Hinweise finden.

Schließlich ist ein gewichtiger *empirischer Einwand* gegen Zolls optimistische Auffassung zur Integrationskraft der von ihm herausgearbeiteten Alltagssolidarität in der empirischen Netzwerkforschung zu finden. Diese hat nämlich bezüglich der Alltagskommunikation einen sogenannten "Matthäus-Effekt"<sup>137</sup> ausfindig gemacht (Keupp 1997: 305): wer demnach über

---

<sup>135</sup> Siehe S. 39ff in dieser Arbeit.

<sup>136</sup> Zum Begriff des Institutionenvertrauens siehe Luhmann (1989) und Giddens (1995: 48f, 114; 1997: 35, 135f, 177).

<sup>137</sup> Dieser Effekt ist benannt nach dem Jesus-Zitat im Matthäus-Evangelium: "Denn wer da hat, dem wird gegeben, daß er die Fülle habe; wer aber nicht hat, von dem wird auch genommen, was er hat". (Matthäus 13,12; zitiert nach Keupp 1997: 308)

zahlreiche (materielle) Mittel und Bildungskapital verfügt und folglich auch für die Pflege seiner Beziehungen mehr einsetzen kann, der hat auch mehr Helfer in der Not und Bindungen im Alltag als Personen, auf die dies nicht zutrifft. Die Anzahl und Qualität kommunikativer Kontakte ist also mitbestimmt vom jeweiligen Zugang zu ökonomischem Kapital. (Ebenda) Die Prognose fällt dabei um so positiver aus, je besser die betreffenden Personenkreise gestellt sind. Mit anderen Worten: je notwendiger die Solidarität gebraucht wird, weil andere Ressourcen fehlen (etwa Geld, Macht oder auch kulturelles Kapital), um so weniger ist sie vorhanden, und umgekehrt: je mehr sie benötigt wird, um so unwahrscheinlicher scheint sie zu sein. Solidarität und kommunikative (und andere) Bindungen werden demnach um so seltener, je mehr sie gebraucht werden. Armut etwa bedeutet insbesondere in einer Gesellschaft mit einem ausgeprägten Zug zur Individualisierung der Tendenz nach immer auch Armut ohne Rückhalt solidarischer Milieus und Gruppen, denn Arme und Ausgegrenzte haben zwar gemeinsame Sorgen, aber keine kollektiven Interessen. Sie teilen ein Schicksal, verfügen aber nicht über eine kollektive Identität und haben daher auch keine Organisationsmacht, wie sie etwa einst die Arbeiterbewegung hatte. (Siehe auch Dettling 1996: 1) Je nötiger kommunikativ erzeugte Alltagssolidarität also gebraucht wird, weil es an anderen Ressourcen mangelt, um so schwieriger ist sie zu erhalten bzw. zu generieren. Dies ist ein schwerwiegender Hinweis darauf, daß einfache, wenn man so will, "naive" Kommunikation keineswegs ausreichen kann, um die Integration moderner stratifizierter Gesellschaften zu gewährleisten. Eine kommunikativ geprägte Alltagskultur ist *bestenfalls ein Ansatzpunkt* für darüber hinausreichende Formen von Solidarität bzw. Integration.

### ***Ullrich: Solidarität am Beispiel der Akzeptanz des Systems der Gesetzlichen Krankenversicherung***

Eine Untersuchung der Solidarität, die sich auf den Sozialstaat bezieht, hat Ullrich (1996) vorgenommen. Der empirisch fundierte Erkenntnisstand bezüglich der sozialen Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates (und der Gesetzlichen Krankenversicherung im besonderen) war laut Ullrich (1996: 173f) bis zum Zeitpunkt seiner Untersuchung insgesamt sehr unbefriedigend. In seiner eigenen Studie zur sozialen Akzeptanz der Gesetzlichen Krankenversicherung<sup>138</sup> untersucht Ullrich daher die Solidaritätsbereitschaft derjenigen, die im System der Gesetzlichen Krankenversicherung versichert sind, wobei er sich insbesondere auf die Subgruppe der "Nettozahler", also derjenigen, die mehr in das Krankenversicherungssystem einzahlen als sie an Leistungen erhalten, konzentriert. Dabei liegt ein Schwerpunkt auf der Frage, inwiefern moderne, nicht an traditionale Gemeinschaften gebundene Solidaritätsbereitschaften festgestellt werden können und auf welchen individuellen Wertüberzeugungen diese beruhen. Auf der Basis qualitativen Datenmaterials wurden hierzu die den Handlungsorientierungen der Versicherten zugrundeliegenden Deutungsmuster rekonstruiert. Ein ausreichendes Maß an Solidaritätsbereitschaft der Versicherten ist Grundvoraussetzung für die Funktionsfähigkeit einer Gesetzlichen Krankenversicherung, in der die Versicherten einen prinzipiell

---

<sup>138</sup> Die Studie wurde im Rahmen des DFG-Projekts "Gesetzliche Krankenversicherung und sozialpolitische Kultur" am Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen unter Leitung von Prof. Dr. Claus Offe und Karl Hinrichs im Zeitraum von 1992 bis 1994 durchgeführt.

gleichen Anspruch auf Gesundheitsleistungen erwerben. Dabei erfolgen Umverteilungen zwischen Versicherten mit unterschiedlichen Risiken, wobei selbst erkennbare Risikounterschiede - beispielsweise familiäre Krankheitsdispositionen oder gesundheitsschädigendes Verhalten (Rauchen, Alkoholabusus, das Betreiben von riskanten Sportarten etc.) - nicht berücksichtigt werden. Hierbei handelt es sich um die Frage des solidarischen *Risikoausgleichs*. Ferner findet eine Umverteilung zwischen Beziehern unterschiedlicher Einkommen statt, denn Bezieher höherer Einkommen haben höhere Beiträge zu zahlen, sowie eine Begünstigung von Familien, denn die Angehörigen Versicherter sind in die Leistungen der Krankenkasse miteinbezogen, ohne daß dies eine Auswirkung auf die Krankenkassenbeiträge hat. Hierbei handelt es sich um die Frage des *sozialen Ausgleichs*. (Ebenda: 171f) Aus beidem ergibt sich die Folgefrage, inwieweit jeweils der *Risikoausgleich* (bei unzureichender Mißbrauchskontrolle) bzw. der *soziale Ausgleich* (also die Einkommensabhängigkeit der Beitragszahlungen und die Bevorzugung von Familien) anerkannt wird. Vom reinen Eigeninteresse der Versicherten ausgehend, erscheint die soziale Akzeptanz der Gesetzlichen Krankenversicherung fragwürdig. Besonders bei den Netto-Zahlern, also denjenigen, die mehr einzahlen als sie an Gegenleistung erhalten und die daher für das Funktionieren des Krankenversicherungssystems unentbehrlich sind, ist mit einem latenten Akzeptanzproblem zu rechnen, denn ihre Bereitschaft, Umverteilungsverluste in Kauf zu nehmen, ist eine *conditio sine qua non* für die Funktions- und Überlebensfähigkeit der Gesetzlichen Krankenversicherung. (Ebenda: 173) Dabei ist auch die Frage entscheidend, wie sich die Versicherten selbst wahrnehmen.

*Im Ergebnis* konnte Ullrich (ebenda: 175) eine hohe Solidaritätsbereitschaft der Versicherten im Sinne einer Akzeptanz der internen Umverteilungsströme in den gesetzlichen Krankenversicherungen feststellen. Die Ursachen dieser faktischen Akzeptanz des Solidarprinzips können aber ganz unterschiedlich sein.

Die erste dieser Ursachen kann darin bestehen, daß die Gesetzliche Krankenversicherung bzw. das Solidarprinzip eine *unhinterfragte Selbstverständlichkeit* darstellt. Die Beiträge werden oft gar nicht bewußt wahrgenommen, da sie sogleich vom Lohn einbehalten werden. Ferner begünstigt die Intransparenz der Verteilungsströme diese Latenz, denn Umverteilungsströme werden oft als solche gar nicht erkannt. (Ebenda: 174) Eine weitere Ursache besteht überraschenderweise in *individuellen Vorteilsrechnungen*. Diese beruhen auf Sicherheits- und Gewinnargumenten, die mit einer extremen Risikoaversion einhergehen. Dabei besteht ein Bedürfnis nach Absicherung gegen das Risiko Krankheit, wobei die eigene Gesundheit als dem eigenen Einfluß nicht oder kaum unterliegend empfunden wird. Versicherte mit einer solchen Risikoaversion nehmen monetäre Umverteilungsverluste bewußt in Kauf, um eine möglichst hohe Risikoabsicherung zu erreichen.<sup>139</sup> Die Gesetzliche Krankenversicherung ist für die Betroffenen ein Spiel, bei dem man eigentlich nur gewinnen kann, nämlich entweder indem man gesund bleibt oder indem man in den Genuß von Umverteilungen kommt. Die oben genannten Umverteilungsaspekte des Risikoausgleichs und des sozialen Ausgleichs werden nicht berücksichtigt oder gelten als natürlicher Bestandteil dieses

---

<sup>139</sup> Hierbei handelt es sich zweifellos um das Phänomen, das in der gegenwärtigen sozialpolitischen Debatte pejorativ als "Vollkaskomentalität" bezeichnet wird.

"Sicherheitspaketes". (Ebenda: 174f) Der nächste Ursachentypus besteht in *Reziprozitätsvorstellungen*, denen im Kern die Erwartung einer intertemporalen Umverteilung und das Vertrauen auf eine allgemeine Geltung und Anerkennung von Reziprozitätsnormen zugrundeliegt. Ullrich unterscheidet dabei zwischen drei Reziprozitätstypen, nämlich: a) *Risikoreziprozität*, die noch sehr eng am Eigennutzen angelehnt ist. Hier wird von einem Anspruch auf Gegenleistungen durch die bereits bezahlten Beiträge ausgegangen; b) *Erwartungsreziprozität*, der die Vorstellung einer intergenerationellen Umverteilung zu eigen ist. Es wird also implizit ein Generationenvertrag zugrundegelegt, der ähnlich wie im Fall der Rentenversicherung funktionieren soll; c) *vollständig generalisierte Reziprozitätsvorstellungen*, bei denen explizit vage und offen gehalten wird, unter welchen Bedingungen Gegenleistungen zu erwarten sind, nicht zuletzt deshalb, weil es gar keinen adäquaten Maßstab für eine adäquate Gegenleistung gibt. Typisch für die vollständig generalisierte Reziprozität ist die Kombination mit dem Deutungsmuster der *sozialen Nützlichkeit* solcher Strukturen. *Gemeinsam ist allen drei Reziprozitätsformen*, daß engere Äquivalenzerwartungen nicht von Bedeutung sind. Dennoch werden sie von den Befragten jeweils als Interessenargumente formuliert. Dabei ist nach Ullrich (ebenda: 175) zu vermuten, daß die Überzeugungskraft von Reziprozitätsvorstellungen darin beruht, zugleich weite und entsprechend unpräzise Interessendefinitionen sowie deren Kompatibilisierung mit relevanten Normen zu ermöglichen. Mit anderen Worten: da man jederzeit selber zum Profiteur solch einer Struktur werden kann, liegt hier eine Verzahnung von Interessenkalkülen und Normen vor. Das Vertrauen darauf, daß auch die anderen Versicherten die Mitfinanzierung der bedürftigen Versicherten als Verpflichtung ansehen, muß als konstitutiv für die Überzeugungskraft von Reziprozitätsvorstellungen zur Begründung, Erzeugung und Aufrechterhaltung der Solidaritätsbereitschaft der Versicherten angesehen werden. (Ullrich 1996: 175f) Spätestens bei vollständig generalisierten Reziprozitätsvorstellungen kann jedoch nicht mehr von einer im engeren Sinne rationalen Interessenverfolgung gesprochen werden, da hier entweder Vorleistungen für zeitlich und wertmäßig unbestimmte Gegenleistungen erbracht werden oder eine kaum konkretisierbare "Reziprozitätsschuld" beglichen wird. Entscheidend scheint hier vielmehr die Einhaltung einer Reziprozitätsnorm zu sein, die von diesen Befragten offensichtlich als verpflichtend empfunden wird. (Ullrich 1996: 179) Ein letzter Ursachenkomplex für die Akzeptanz der Umverteilungsströme innerhalb der Gesetzlichen Krankenversicherung besteht schließlich auf der Grundlage von *normativen Kriterien* - solchen der Verteilungsgerechtigkeit, der Nächstenliebe, der Solidarität etc. -, denen eine verpflichtende Kraft zugeschrieben wird. (Ebenda: 174) Hier spielen oft funktionalistische Momente mit hinein, die an den erwarteten Vorteilen einer solidarischen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung - etwa am Nutzen für die Allgemeinheit - orientiert sind. Ullrich (1996: 181) hat hier im Rahmen seiner Untersuchung eine weitverbreitete Überzeugung vom Primat des Bedürfnisprinzips bei der Leistungsgewährung festgestellt. Wenn auch andere Prinzipien immer mal wieder zur Sprache kamen, so wurde doch insbesondere die Vorrangigkeit des Bedarfsprinzips deutlich.

*Insgesamt* spielten bei den Befragten eine ausgeprägte Aversion gegen das Erkrankungsrisiko, die Vorrangigkeit des Bedarfsprinzips vor anderen Prinzipien der Verteilungsgerechtigkeit und die

Kompatibilisierung von Interessendefinitionen und Normbefolgung in generalisierten Reziprozitätsvorstellungen die herausragendste Rolle. Bezüglich der Gesetzlichen Krankenversicherung faßt Ullrich (1996: 183) Solidarität gewissermaßen als Produkt dieser Faktoren auf. Und in diesem Sinne ist eine hohe Solidaritätsbereitschaft der befragten Versicherten zu konstatieren.

Die Solidaritätsbereitschaft, die Ullrich festgestellt hat, hängt stark von bestimmten sozialstaatlichen *Rahmenbedingungen* ab, die in ihrer Gesamtheit ein eher solidaritätsfreundliches Milieu erzeugen. Keiner möchte der einsame Rufer in der Wüste sein, der entgegen seinen eigenen Interessen als letzter die "Fahne der Solidarität" hochhält. (Ebenda: 183) Im Versicherungszwang wird daher ein Vorteil gesehen nicht zuletzt deshalb, weil das Vertrauen der Befragten in die eigene "Vorsorgedisziplin" nur sehr gering ist. Ullrich (1996: 186) bezeichnet dies als "autopaternalistische Einstellung" der Versicherten, die die Verantwortung für ihre eigene Vorsorge beim Staat bzw. den parastaatlichen Institutionen der Sozialversicherungen sehen. Hier macht er auch einen deutlichen "Anti-Individualismus" aus: der einzelne wird sowohl von der individuellen Vorsorgepflicht als auch von der Verantwortung für die eigene Gesundheit grundsätzlich "freigesprochen". Ullrich (1996: 186) konstatiert auch eine verstärkende Wirkung auf eine (Re-)Produktion solidarischer Orientierungen durch das solidarische Finanzierungsprinzip der Gesetzlichen Krankenversicherung. Der entsprechende Common Sense ist also Ausdruck eines institutionellen Sozialisationseffektes, durch den Einstellungen und Handlungsorientierungen reproduziert werden, die zur Akzeptanz der Gesetzlichen Krankenversicherung beitragen. Als Bestandteil einer unhinterfragten sozialpolitischen Kultur gelangen die zugrundeliegenden normativen Prämissen der Gesetzlichen Krankenversicherung meist nicht mehr in das Bewußtsein der Beteiligten und entziehen sich so einer unmittelbaren Bewertung anhand von Interessenskalkülen. Was ist und immer so war, wird als alternativlos und normativ richtig erlebt. (Ebenda) Insbesondere der hohe Generalisierungsgrad der Reziprozitätsvorstellungen und die durchgängige Unangefochtenheit des Bedarfsprinzips sind zumindest teilweise Lerneffekten zu verdanken. Auch das Systemvertrauen und die Begrüßung des Versicherungszwangs können in diesem Sinne als Ausdruck eines kollektiven Lernprozesses verstanden werden, der als ein Resultat der "historischen Stabilität" der Gesetzlichen Krankenversicherung angesehen werden kann. (Ebenda: 186f) Insofern nämlich Versicherte institutionell bedingte Entsolidarisierungen beobachten, führt dies in der Regel nicht zu einer eigenen Entsolidarisierung, sondern mündet in der Forderung nach einer "Restaurierung der Solidardisziplin". Versicherte sind sich nämlich der kollektiv dilemmatischen Situation, in der sie stecken, durchaus bewußt und sie erkennen, daß und wie eine "kollektiv ideale" Lösung dieses Solidaritätsdilemmas möglich wäre. So geht aus den Äußerungen vieler Versicherter hervor, daß sie eine durch eine allgemeine und gleiche Versicherungspflicht "erzwungene Solidarität als kollektive Selbstbeschränkung" für legitim und funktional angemessen halten. (Ebenda: 188) Es bleibt jedoch eine offene Frage, ob bzw. wann solche Forderungen in einen Entmoralisierungsprozeß umschlagen, wenn wahrgenommene Defizite nicht wirklich beseitigt werden, wenn also "ohnehin nicht gilt, was gelten sollte". (Ebenda: 187)



***Putnam: Die Bedeutung öffentlichen Engagements für die Effizienz politischen Handelns am Beispiel Italien***

Im Jahr 1970 wurden in Italien im Rahmen einer "Regionalreform" Macht und Ressourcen von der bis dato vollständig auf Rom zentrierten Politik auf neu einzurichtende Regionalregierungen übertragen, die in den 20 Regionen des Landes eingerichtet wurden. (Putnam 1993: 15) Von ihrer Form her identisch, wurden diese Regionalregierungen in sehr unterschiedlichen sozialen Umwelten installiert, die hinsichtlich soziokultureller Faktoren, der politischen Kultur, der Dispositionen der Einwohner und insbesondere bezüglich des Standes zivilgesellschaftlicher Vereinigungen und Organisationen sehr verschieden waren. (Ebenda: 7, 11) Als die Regionalreform anstand, wurden die neuen Institutionen daher in sehr verschiedene soziale Kontexte implementiert. Die "bürgergesellschaftlichen"<sup>140</sup> Regionen Norditaliens waren durch ein dichtes Netzwerk lokaler Verbände und Vereine, durch aktives Engagement der Bürger in kommunalen Angelegenheiten, durch egalitäre Politikformen sowie durch Vertrauen und Gesetzestreue gekennzeichnet. In den weniger bürgergesellschaftlichen Regionen Süditaliens war die politische und soziale Beteiligung dagegen vertikal von oben nach unten strukturiert. Der Grad an Eingebundenheit in zivilgesellschaftliche Organisationen war dürftig, Gesetzesbrüche, Mißtrauen und Korruption nichts Außergewöhnliches und die Menschen in diesen Gegenden fühlten sich machtlos und ausgebeutet. (Putnam 1993: 182)

Dieser Umstand - die quasi ad-hoc-Installation von neuen politischen Institutionen in Verbindung mit den regionalspezifischen Unterschieden in der Ausprägung öffentlichen Engagements - stellte für Putnam und seine Mitarbeiter eine einmalige Gelegenheit dar, die Entwicklung von Institutionen unter verschiedenen Bedingungen zu erforschen. Die Frage, wie sich solche Institutionen in ihre soziale Umgebung einpassen und mit ihr interagieren, stand dabei im Mittelpunkt der Untersuchung. Hier interessierte insbesondere, unter welchen sozialen Voraussetzungen starke, aufgeschlossene und effiziente repräsentative politische Institutionen entstehen und aufrechterhalten werden. Putnam und seine Mitarbeiter widmeten diesen Fragen eine Langzeitstudie, die fast zwei Jahrzehnte umfaßt, und bei der sie von Beginn an die Entwicklung neuer Regionalregierungen in Italien verfolgt haben.<sup>141</sup> Dabei gingen sie von der Vermutung aus, daß die Leistungsfähigkeit von Institutionen maßgeblich durch den sozialen Kontext geformt wird, in dem sie operieren. (Ebenda: 8)

---

<sup>140</sup> Im englischen Original verwendet Putnam den Ausdruck "civic", für den es kein adäquates deutsches Wort gibt. Ich habe ihn daher je nach Kontext mit "bürgergesellschaftlich", "zivilgesellschaftlich", "öffentliches Engagement", "aktives Engagement" und ähnlichen Ausdrücken übersetzt.

<sup>141</sup> Die Untersuchungen, die sich über den Zeitraum von 1970 bis 1989 erstreckten, bestanden aus mehreren hundert persönlichen Interviews mit regionalen Abgeordneten und Gemeindeführern, aus postalischen Erhebungen, in die Bankiers, Landwirte, Bürgermeister, Journalisten, Arbeiterführer und Geschäftsleute einbezogen wurden, aus sechs landesweiten statistischen Erhebungen und einem Dutzend Erhebungen der Wählerschaft zwischen 1968 und 1988. Ferner wurde eine Durchsicht verschiedener statistischer Untersuchungen vorgenommen und einmalig ein Experiment im Jahr 1983 durchgeführt; nicht zuletzt wurden Fallstudien der institutionellen Politik und der regionalen Planung sowie eine detaillierte Analyse der Gesetzgebung von 1970 bis 1984 vorgenommen. Alles in allem wurden Putnam (1993: 13f) und seine Mitarbeiter im Rahmen dieser Untersuchungen gut vertraut mit den Regionen und ihren Protagonisten.

Im *Ergebnis* konnte Putnam (1993: 5) dramatische Unterschiede in der Leistungsbilanz der verschiedenen Regierungen ausmachen. Dabei hat er praktisch ohne Ausnahme festgestellt, daß die jeweilige Regionalregierung um so besser arbeitete, je höher das zivilgesellschaftliche Engagement der Bürger in der betreffenden Region war.<sup>142</sup> (Ebenda: 98) Ferner kam er auch zu dem Ergebnis, daß das öffentliche Engagement der Bürger die Leistungsfähigkeit politischer Institutionen stärker beeinflußt als der Stand der ökonomischen Entwicklung. Die Leistungsfähigkeit einer regionalen Regierung steht folglich in sehr enger Beziehung zu dem Engagement der Bürger für das soziale und politische Leben innerhalb der Region. Regionen mit vielen Bürgerverbänden haben auch eindeutig effektivere Regierungen. (Ebenda: 99) Politische Institutionen bekommen hier nämlich mehr und bessere Inputs von ihrer sozialen Umgebung und sie produzieren entsprechende Outputs, um mit diesen auf ihre Umgebung zu reagieren. Daher arbeiten sie um so besser, je stärker die Zivilgesellschaft ausgeprägt ist.

An dieses Ergebnis schloß sich für Putnam die Frage an, warum das öffentliche Engagement der Bürger in den nördlichen Regionen recht stark ausgeprägt ist, während man es in den südlichen kaum antrifft. Der Schlüssel zur Beantwortung dieser Frage liegt seiner Auffassung nach in der eigens von ihm entwickelten Kategorie des "sozialen Vermögens"<sup>143</sup>, das kooperativem Handeln und öffentlichem Engagement der Bürger zugrundeliegt. Soziales Vermögen setzt sich zusammen aus den Elementen Vertrauen, Normen und Netzwerke, die alle drei eng miteinander verzahnt sind. (Ebenda: 167) In den Regionen mit starker bürgerlicher Beteiligung hat insbesondere *Vertrauen* eine Schlüsselstellung inne, denn je größer das Ausmaß des Vertrauens in einer Gemeinschaft, um so größer die Wahrscheinlichkeit von Kooperation. Kooperation führt wiederum zu Vertrauen, so daß hier bereits ein kleiner selbstverstärkender Kreislauf in Gang kommt. (Siehe ebenda: 170f) *Normen* werden durch Sozialisation und Sanktionen eingeschärft und gestützt. Die wichtigste Norm im Zusammenhang mit sozialem Vermögen ist die Norm der Reziprozität, genauer die Norm der generalisierten Reziprozität, die normalerweise mit dichten Netzwerken des sozialen Austausches verbunden ist. Insbesondere ist sie dazu geeignet, Eigeninteresse und Solidarität miteinander zu versöhnen, denn sie vereinigt kurzzeitigen Altruismus mit langfristigem Eigennutzen. (Ebenda: 171f) Dabei ist Reziprozität immer an bestehende *Netzwerke* gebunden. Je dichter solche Netzwerke sind, um so eher sind die Beteiligten in der Lage, zum gegenseitigen Vorteil zusammenzuarbeiten. Dabei können Netzwerke bürgerlichen Engagements prinzipiell auch soziale Unterschiede überwinden und eine weitergehende Kooperation in Gang setzen. (Ebenda: 173, 175)

Soziales Vertrauen, Normen der Reziprozität, Netzwerke bürgerlichen Engagements und erfolgreicher Zusammenarbeit sind eng miteinander verzahnt und verstärken sich, einmal vorhanden, gegenseitig. (Ebenda: 177, 180) Netzwerke unterstützen und hegen Normen der Reziprozität, sie

---

<sup>142</sup> Die Korrelation zwischen den Kategorien "civic community" und "social performance" (der jeweiligen Regionalregierung) ist sehr stark ( $r = 0,92$ ). Damit ist die Vorhersagekraft der Leistungsfähigkeit von Regierungsinstitutionen aufgrund der Ausprägung der "civic community" nach Putnam (1993: 98) größer als aufgrund von ökonomischen Faktoren!

<sup>143</sup> Im Original heißt es "social capital". Die Übersetzung "soziales Vermögen" wurde gewählt, um Verwechslungen mit dem bekannten Begriff des "sozialen Kapitals" von Bourdieu (1983: 190ff) zu vermeiden.

befördern Kommunikation und verstärken auf diese Weise den Informationsfluß bezüglich der Vertrauenswürdigkeit von Personen. (Ebenda: 174) Innerhalb von Netzwerken reziproker gegenseitiger Verpflichtung kann Vertrauen auch übertragbar werden, nach dem Motto: "Ich vertraue dir, weil ich ihr vertraue und sie mir versichert hat, daß sie dir vertraut." (Ebenda: 168f) Vertrauen und Reziprozität tragen wiederum zum Erhalt und Ausbau der Netzwerke bei. Da die verschiedenen Elemente sozialen Vermögens sowohl sich jeweils selbst als auch gegenseitig in Gang halten und dabei zur Expansion tendieren, neigt soziales Vermögen dazu, große selbstverstärkende Kreisläufe, also gewissermaßen *Aufwärtsspiralen*, in Gang zu setzen. Praktiken gegenseitiger Hilfe bedeuten dann "Investitionen" in soziales Vermögen. Analog zu monetärem Vermögen akkumulieren diejenigen, die schon Vermögen besitzen, mehr Kapital als diejenigen, die es nicht besitzen. (Ebenda: 169)

Bei den meisten Formen sozialen Vermögens handelt es sich um Ressourcen (ebenda: 169), die zunehmen, wenn man sie anwendet, und die verschwinden, wenn man sie vernachlässigt. Soziales Vermögen ist daher im günstigen Fall durch Aufwärts-, im ungünstigen Fall durch Abwärtsspiralen bestimmt, niemals aber durch einfachen Stillstand. (Ebenda: 170) Dabei ist es jedoch anders als monetäres Vermögen ein kollektives Gut und kein Privateigentum.<sup>144</sup> Aus diesem Grunde kann es nicht intentional und direkt genutzt werden, sondern entsteht quasi als "Nebenprodukt" anderer sozialer Aktivitäten, etwa bei Vereinstätigkeiten oder durch gemeinsames Handeln im Rahmen zivilgesellschaftlicher Organisationen. (Ebenda: 170) Die fortlaufende Reproduktion und "Akkumulation" von sozialem Vermögen ist dabei ein entscheidender Faktor für die Aufwärtsspiralen öffentlicher Aktivitäten im nördlichen Italien, das sich durch engagierte Bürger auszeichnet. (Ebenda: 171) Umgekehrt ist die Abwesenheit entsprechender Aktivitäten ebenfalls selbstverstärkend und führt infolgedessen zu Abwärtsspiralen, an deren Ende soziale und politische Lethargie stehen. (Ebenda: 177)

Putnam (ebenda) gelangt zu dem Schluß, daß es bei dieser Dynamik sozialen Vermögens mindestens zwei stabile Gleichgewichtszustände gibt, die für alle Gesellschaften Gültigkeit haben und die, einmal erreicht, selbstverstärkend wirken. Da ist im einen Fall die Strategie, niemals zu kooperieren und sich gar nicht öffentlich zu engagieren. Ist diese unterste Stufe politischer bzw. sozialer Nichtaktivität einmal erreicht, ist die betreffende Gemeinschaft in einer Situation gefangen, in der es irrational für jedes einzelne Individuum ist, einen Zustand anzustreben, in dem stärker kooperiert wird. Solch ein Bestreben wäre nämlich an Vorleistungen gebunden, die die anderen Akteure einfach ausbeuten könnten, ohne daß sich insgesamt etwas bewegen würde. Zu einem glücklicheren Gleichgewichtszustand zu gelangen, liegt daher außerhalb der Macht jedes Individuums. (Ebenda: 163f, 178f) Ein solches soziales "bloß-niemals-kooperieren-Gleichgewicht" illustriert die Zukunft einer Welt, in der kein soziales Vermögen mehr existiert. (Ebenda: 183) Dagegen ist die Tendenz, kooperative Lösungen zu wählen und zu realisieren, im Fall des anderen Gleichgewichtszustandes sehr groß und darüber hinaus selbstverstärkend. Bürger, die in Regionen leben, wo öffentliches

---

<sup>144</sup> Hierin liegt sicherlich der wichtigste Unterschied zu Bourdieus Begriff des sozialen Kapitals. Bourdieu (1983: 191) ordnet dieses nämlich genauso wie monetäres Kapital den einzelnen Individuen zu.

Engagement und gemeinsames politisches Handeln an der Tagesordnung sind, erwarten nämlich bessere Regierungen und sie sind deshalb auch bereit, sich für die Erreichung ihrer gemeinsamen Ziele zu engagieren. Die Leistungen repräsentativer Regierungen werden durch eine entsprechende soziale Infrastruktur sozialen Engagements im Rahmen von Bürgergemeinschaften, Vereinen etc. und durch die demokratischen Werthaltungen sowohl der Regierungsvertreter als auch der Bürger enorm gefördert und erleichtert. (Ebenda: 182) Darüber hinaus ist es im Rahmen solcher Netzwerke viel einfacher, Free Rider ausfindig zu machen, so daß die Ausbeutung von Kooperationsleistungen anderer ohne eigene Gegenleistung risikoreich und folglich relativ unattraktiv ist. (Ebenda: 178)

Im Fall Italiens hat Putnam (ebenda: 179) auch eine Erklärung für die unterschiedliche Entwicklung des nördlichen bzw. südlichen Landesteils gefunden. Dabei handelt es sich um historisch kontingente Faktoren. Das bedeutet zwar, daß die Dinge sich auch jeweils ganz anders hätten entwickeln können, einmalige historische Ursachen können aber dennoch extrem langandauernde Konsequenzen haben. Dies gilt besonders im Falle Italiens, denn hier wurden die soeben beschriebenen Aufwärts- bzw. Abwärtsspiralen in Gang gesetzt und zwar in genau entgegengesetzter Richtung: im Süden Italiens wurde kurz nach der Jahrtausendwende ein normannisches Königreich errichtet, das streng obrigkeitstaatlich organisiert war; der Norden dagegen setzte sich in der überwiegenden Zeit aus Stadt- bzw. Kleinstaaten zusammen, in denen die Bürger ein gewichtiges Wort in der Politik mitzureden hatten.<sup>145</sup> Putnam (1993: 121ff) konnte zeigen, daß diese historische Bifurkation in Italien zwei gänzlich verschiedene Traditionen der Bürgerbeteiligung begründet hat, die über fast tausend Jahre hinweg bis zum heutigen Tag andauern. Dabei hat es sich so zugetragen, daß die nördliche Hälfte pfadabhängig durch Aufwärts- und die südliche durch Abwärtsspiralen bezüglich des sozialen Vermögens charakterisiert ist, die jeweils entsprechende organisatorische, kulturelle und mentale Erscheinungsformen des Sozialen hervorgebracht haben, wodurch sie wiederum verstärkt wurden.

Solche unterschiedlichen Entwicklungspfade können sehr verschiedene und langanhaltende Unterschiede in der Leistungsfähigkeit zweier Gesellschaften zeitigen auch und selbst dann, wenn die formalen Institutionen, Ressourcen und individuellen Präferenzen in der Gegenwart gleich sind. Informelle soziale Faktoren ändern sich nämlich erfahrungsgemäß bedeutend langsamer als formelle Regelungen und tendieren sogar dahin, die formalen Regeln eigentümlich zu interpretieren und dabei so umzuformen, daß von außen auferlegte formale Regeln zu ganz verschiedenen Ergebnissen führen können. (Ebenda: 179f) Besonders anschaulich ist im Falle Nord- und Süditaliens die Differenz des Charakters der sozialen Netzwerke. In Norditalien wurden Vertrauen und Normen der Reziprozität in Netzwerken bürgerlichen Engagements, in Gilden, Gesellschaften gegenseitiger Hilfe, Kooperativen, Gewerkschaften und sogar Fußballvereinen gepflegt und verkörpert. Solche Netzwerke kann man auch als horizontale Netzwerke bezeichnen. Im Süden Italiens waren soziale und politische Beziehungen dagegen vertikal strukturiert.

Im Rahmen seiner *horizontalen Netzwerke* verfügt Norditalien über ein historisch geprägtes Repertoire an Formen der Zusammenarbeit, die ihren Wert in der Vergangenheit bewiesen haben, die daher auch zur Lösung neuer Probleme gemeinsamen Handelns zur Verfügung stehen, (Putnam

---

<sup>145</sup> Nähere Einzelheiten siehe bei Putnam (1993: 121ff).

1993: 174) und die sogar in gewissem Maße zu Transformationen fähig sind, wenn etwa aus mittelalterlichen Gilden andere Formen von Berufsverbänden (z.B. Gewerkschaften) entstehen. Wo umgekehrt kein vorhergehendes Beispiel erfolgreicher bürgerlicher Zusammenarbeit vorhanden ist, da ist es schwieriger, die Barrieren gegenseitigen Mißtrauens und wechselseitiger Ausnutzung zu überwinden. (Ebenda) Im Süden kommt es daher bis heute immer wieder zur Hobbesianischen Lösung von Kooperationsproblemen oder - mit anderen Worten - zu *vertikalen Netzwerken*. Durch Zwangsmaßnahmen von oben nach unten werden immer wieder hierarchische Lösungen angewandt, die dem bloßen Naturzustand insofern vorzuziehen sind, als die Menschen hier immerhin vor dem Krieg aller gegen alle geschützt sind. Macht - und im Falle Südtaliens ein ausgeprägter Familismus - stellen aber einen schlechten Ersatz für eine engagierte Bürgergemeinschaft dar (ebenda: 177f), denn sie führen zu extrem hohen Kontroll- und Sanktionskosten und versagen daher häufig bei dem Versuch, soziales Handeln zu koordinieren. Ein vertikal strukturiertes Netzwerk, ganz egal, wie dicht und wie wichtig es seinen Mitgliedern ist, kann kein gegenseitiges Vertrauen und keine wechselseitige Kooperation hervorbringen. Das liegt vor allem daran, daß vertikale Informationsflüsse weniger glaubwürdig als horizontale sind, denn die Informationen von Untergebenen unterliegen der Intention, sich gegen Zugriffe der Obrigkeit zu schützen. Noch schwerer wiegt der Umstand, daß Sanktionen in der Regel nur monodirektional von oben nach unten eingesetzt werden können; selbst wenn in seltenen Fällen einmal Sanktionen in der Gegenrichtung vorkommen, dann zeitigen sie kaum Wirkung. Die vertikale Herr-Klientel-Beziehung fördert daher auf beiden Seiten eigennütziges Verhalten, nämlich Ausbeutung einerseits und Leistungszurückhaltung andererseits. (Putnam 1993: 174f)

Putnam (ebenda: 183ff) äußert sich in einem kleinen Exkurs auch zu postkommunistischen Gesellschaften. Viele von diesen besaßen, bevor sie dem Staatssozialismus unterworfen wurden, nur schwache zivilgesellschaftliche Traditionen, die zudem - sofern vorhanden - durch die totalitären staatssozialistischen Führungen entweder unterdrückt oder funktionalisiert wurden. Bei näherer Betrachtung handelt es sich also im Grunde um die zwangsweise Einführung einer "Hobbesianischen Lösung". Dabei geht Putnam (ebenda: 183) davon aus, daß diese und ihre oben dargestellten Implikationen im Laufe der Zeit von weiten Teilen der Bevölkerung habitualisiert wurden, so daß auch nach den politischen Umbrüchen eher etatistische Orientierungen als öffentliches Engagement im Sinne einer erfolgreichen Demokratisierung und ökonomischen Entwicklung zu erwarten sind. So kann man etwa bei den Bürgern der Neuen Bundesländer eine stärkere Abneigung des ökonomischen "Krieges" aller gegen alle vermuten, die besonders angesichts der gegenwärtigen (und ostspezifisch verschärften) schlechten Arbeitsmarktlage zum Ruf nach einem starken (Sozial-)Staat führt. Hier fehlt das erfahrungsbedingte Vertrauen in eine Bürgergemeinschaft. Das Gros der alten Gemeinschaftsformen, die stark auf dem wechselseitigen Tausch von Mangelwaren beruht haben, funktionierte offenbar nur in einer DDR-spezifischen Einbettung, die heute fortgefallen ist. Die (alte) **Bundesrepublik** hatte dagegen das historische Glück, daß ihre Besatzungsmächte die Entwicklung demokratischer Institutionen forcierten und auf diese Weise die Trajektorie in die andere Richtung

lenkten. Im Gegensatz zu Italien liegt jedoch im deutschen Fall die historische Bifurkationsstelle nur 50 Jahre zurück. Die parallele Existenz der beiden Systeme dauerte also beileibe nicht so lange wie in Italien. Darüber hinaus bestanden aufgrund der modernen Kommunikationsmedien und einer nicht zu unterschätzenden Reisetätigkeit (wenn auch fast ausschließlich in eine Richtung) die ganze Zeit über vergleichsweise intensive Kontakte. So liegt etwa nach Lengfeld, Liebig u. Märker (1999: 9) eine Ost-West-übergreifende deutsche Besonderheit darin, daß eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung auf dem Standpunkt steht, daß sich soziale Gerechtigkeit durch eine staatliche Politik auszeichnet, die jedem einen minimalen Lebensstandard, eine medizinische Grundversorgung und eine angemessene Altersversorgung sichert und die Ungleichverteilung von Einkommen und Besitz nicht allzu groß werden läßt. Hierzu gehört auch die weitverbreitete Erwartung, der Staat müsse aktive Beschäftigungspolitik betreiben.

***Krettenauer: Solidarität als subjektive Verbindlichkeit auf der Grundlage moralischer Autonomie***

Krettenauer (1998) sucht und erforscht die denkbar universellste und ausgeprägteste Form von Solidarität, die er als *"gerechtigkeitssolidarische Verantwortung"* bezeichnet.<sup>146</sup> "Gerechtigkeitssolidarisch" ist eine Gerechtigkeitsorientierung, die die Anerkennung gerechtfertigter Ansprüche von strukturell Benachteiligten auf gesellschaftliche Ressourcen beinhaltet. Eine solche verteilungsorientierte Gerechtigkeitskonzeption muß unabhängig sein von partikularen Gemeinschaftsbindungen und allen Menschen gerechtfertigte Ansprüche auf lebensnotwendige materielle und soziale Güter zuerkennen, so daß sie eine moralisch begründete Umverteilung von Ressourcen zugunsten strukturell Benachteiligter zu fordern vermag. Aber selbst eine solche solidaritätsorientierte Gerechtigkeitskonzeption ist nur dann für die Übernahme gerechtigkeitssolidarischer *Verantwortung* (und für die empirische Erfassung dieses Merkmals) zentral, wenn sie *subjektiv verbindlich* ist, wenn also der Befragte sich zum Handeln verpflichtet fühlt; d.h. er muß bereit sein, sich selber gegebenenfalls auch zum eigenen Nachteil der eigenen Gerechtigkeitsnorm zu unterwerfen. (Krettenauer 1998: 244) Die subjektive Verbindlichkeit der Gerechtigkeitssolidarität beruht nach Krettenauers (ebenda) These ihrerseits wiederum auf der *"moralischen Autonomie"* der Befragten. Moralische Autonomie stellt dabei die unabhängige Variable dar, von der die *"gerechtigkeitssolidarische Verantwortung"* als abhängige Variable bestimmt wird. Moralische Autonomie setzt sich nach Krettenauer zusammen aus der Präskriptivität und der Universalität der Gerechtigkeitsurteile.

Theoretisch wurde in den meisten Vorläuferuntersuchungen davon ausgegangen, daß sozial ungleiche Lebenslagen der Untersuchten - im Falle Krettenauers Jugendlicher - wichtige Ent-

---

<sup>146</sup> *Solidarität* definiert Krettenauer (1998: 243) aus untersuchungsspezifischen Gründen als "eine spezifische Handlungsorientierung, die die Bereitschaft erkennen läßt, die Bedürfnisse und Interessen anderer Gesellschaftsmitglieder anzuerkennen und nötigenfalls unter Hintanstellung von Eigeninteressen zu berücksichtigen." Sie ist hier schon nahezu kongruent mit dem Begriff "gerechtigkeitssolidarische Verantwortung"; es fehlt nur noch der Hinweis auf eine spezifische Gerechtigkeitsorientierung, die die Bereitstellung von Ressourcen zur Umverteilung zugunsten Benachteiligter auf der *Grundlage universeller Prinzipien* fordert.

stehungsbedingungen für moralische Entwicklungsprozesse bedeuten, wobei sie den Einfluß moralischer Faktoren überlagern. Krettenauer führt dagegen die These ins Feld, daß der Strukturwandel der Jugendphase in der Moderne moralische Entwicklungsprozesse weitgehend unabhängig von sozialen Kontexteinflüssen macht. Ferner verfolgt er die weitere These, daß die besondere Belastung infolge der rapiden gesellschaftlichen Transformationsprozesse in Ostdeutschland den Einfluß moralischer Faktoren auf die Entwicklung gerechtigkeits-solidarischer Verantwortung reduzieren könnte. (Krettenauer 1998: 245) Diese beiden Thesen stellten den Ausgangspunkt für Krettenauers Untersuchung dar. Der Inhalt seiner Studie<sup>147</sup> ist auf soziopolitische und moralische Orientierungen Jugendlicher unter besonderer Berücksichtigung der Bereitschaft zur Übernahme von "Gerechtigkeits-solidarischer Verantwortung" fokussiert. (Krettenauer 1998: 131f)

Die Übernahme gerechtigkeits-solidarischer Verantwortung wird dabei durch eine Skala repräsentiert, die auf der Grundlage eines standardisierten Fragebogens entwickelt wurde. Die *subjektive Verbindlichkeit*, also die Handlungsrelevanz gerechtigkeitsbezogener Orientierungen, läßt sich allerdings nicht direkt erfragen. Krettenauer (1998: 144) ist stattdessen davon ausgegangen, daß sie sich aufgrund der Tatsache, daß *moralische Emotionen* wichtige *motivationale Ressourcen* für solidarisches Handeln bereitstellen, erschließen läßt. Anders als zu Kognitionen könne man nämlich zu moralischen Emotionen keine hypothetische Haltung einnehmen, sondern "man hat sie oder man hat sie nicht." (Ebenda) Insbesondere die Erfahrung *existentieller Schuld oder Empörung* angesichts struktureller Benachteiligungen anderer trägt situations- und kontextübergreifende Züge und läßt sich als dispositionsähnliches Personenmerkmal begreifen. Solche Schuldgefühle erfahren aber nur diejenigen, die ihr Handeln an bestimmten moralischen Standards messen. Auch die entsprechende Empörung tritt nur dann auf, wenn das Handeln anderer von den eigenen moralischen Standards abweicht und dieses Handeln nicht rechtfertigbar oder entschuldbar erscheint. Für beide Emotionen ergibt sich daher nach Krettenauer ein substantieller Zusammenhang mit der Bewertung struktureller Benachteiligung anderer als ungerecht, und beide korrelieren mit situationsübergreifenden Gerechtigkeitsorientierungen. Nicht zuletzt sagt das Erleben existentieller Schuld und Empörung die Bereitschaft zu prosozial-solidarischem Engagement zugunsten Benachteiligter gut voraus. Im Erleben moralischer Emotionen als Schuld und Empörung angesichts struktureller Benachteiligungen wird daher nach Auffassung von Krettenauer (1998: 144ff) die Übernahme gerechtigkeits-solidarischer Verantwortung manifest. Krettenauer mußte also mittels eines standardisierten Fragebogens die Parameter für existentielle Schuld erheben, um auf diese Weise die subjektive Verbindlichkeit gerechtigkeits-solidarischer Verantwortung indirekt erschließen zu können.

---

<sup>147</sup> Krettenauers Untersuchung fand im Rahmen des Projekts "Entwicklung und Wandel sozio-moralischer Orientierungen Berliner Jugendlicher im Ost-West-Vergleich" statt. Gefördert wurde es von der DFG im Rahmen des Schwerpunktprogrammes "Kindheit und Jugend vor und nach der Vereinigung - Entwicklungsbedingungen und Lebenslagen im Wandel". Der Erhebungszeitraum des Projekts erstreckt sich von 1991 bis 1994. Er umfaßt zwei querschnittliche Befragungen von 15- und 18jährigen Ost- und Westberliner Schülern, die Ende 1991 und 1994 erfolgten, und eine längsschnittliche Untersuchung 15- bis 18jähriger Jugendlicher im selben Zeitraum. Gefragt wurde nach politischen Wertorientierungen, Handlungsbereitschaften, Gerechtigkeitsvorstellungen und Verantwortungsdispositionen. Es wurde ein Fragebogen entwickelt, ferner ein einstündiges semi-strukturiertes Interview geführt, das aber nur an Teilstichproben realisiert wurde. (Krettenauer 1998: 131f)

Ferner erhob er Parameter, die sich auf das Bildungsniveau, den sozio-ökonomischen Status der Eltern und das Geschlecht der Befragten bezogen. Auf diese Weise fand er als *erstes Zwischenergebnis* heraus, daß das Verantwortungsbewußtsein, das die befragten Jugendlichen artikulierten, unabhängig von Effekten des schulischen Bildungsniveaus, des sozio-ökonomischen Status' der Eltern und des Geschlechts<sup>148</sup> besteht. Die Übernahme gerechtigkeits-solidarischer Verantwortung kann demnach nicht als Epiphänomen der sozialen Lage der untersuchten Jugendlichen erklärt werden. Ferner fand Krettenauer auch heraus, daß offenbar keine Neigung zur Segmentierung (etwa in Ausländer, Arbeitslose, Dritte Welt etc.) der Menschen, denen man bereit wäre zu helfen, vorlag. Dies kann als Hinweis dafür gelten, daß das Verantwortungsbewußtsein der Jugendlichen nicht auf partikularistischen Interessenlagen oder Gemeinschaftsbindungen gründet, sondern universellen Charakter hat. (Krettenauer 1998: 183f)

Nachdem die erhobenen Faktoren bezüglich der sozialen Lage der Jugendlichen als irrelevant ausschieden, war der Weg frei für die weitere Untersuchung der These, ob *moralische Autonomie* die entscheidende unabhängige Variable für die Übernahme gerechtigkeits-solidarischer Verantwortung darstellt. (Ebenda: 184) Die Erfassung der Aspekte moralischer Autonomie stützte sich auf Daten aus halbstandardisierten Interviews, die durch die Interviewkonzeption von Colby und Kohlberg (1987: 230, zitiert nach Krettenauer 1998: 195) angeregt wurden. Dabei definierte Krettenauer moralische Autonomie durch die beiden Kantschen Kriterien der kategorischen Verbindlichkeit moralischer Urteile (Präskriptivität) und der unbedingten und generalisierten Achtung der Interessen und Standpunkte aller involvierten Individuen (Universalität). (Krettenauer 1998: 190ff) Demnach ist *Präskriptivität* moralischer Urteile dann gegeben, wenn deren Verpflichtungsgehalt nicht an die eigenen Motivlagen des Handelnden gebunden ist. (Ebenda: 197) Bei der *Universalität* wird ermittelt, ob die Befragten grundsätzlich imstande sind, moralische Urteile zu fällen, die die unbedingte und generalisierte Achtung des Individuums, den Respekt vor der Person als Person fordern. (Ebenda: 202)

Dabei stellte sich im *Ergebnis* heraus, daß für 53 v.H. der befragten Jugendlichen das moralische Urteil kategorische Verbindlichkeit (Präskriptivität) beansprucht. Die unbedingte generalisierte Achtung jedes Individuums wurde sogar von 62,6 v.H. der Befragten begründet eingefordert. Hinsichtlich der Kombination beider Kriterien stellte sich heraus, daß 41,7 v.H. der Befragten sowohl ein präskriptives als auch ein universalisiertes moralisches Urteil zeigten. Diese Fälle lassen sich also *als autonom* qualifizieren. Partiiell autonom, weil sie nur eines der beiden Merkmale aufwiesen, waren 32,1 v.H. der Befragten und 26,2 v.H. waren heteronom, da sie keines der beiden Merkmale aufwiesen. Aufgrund einer Nachuntersuchung nach drei Jahren mit derselben Gruppe erhielt die Untersuchung auch ein längsschnittliches Element, bei dem Krettenauer herausfand, daß einerseits zwar eine Tendenz zur Bewegung von der Heteronomie zur Autonomie bestand, daß aber andererseits eine einmal erlangte Autonomie nicht zwangsläufig erhalten bleiben muß. Krettenauer (ebenda: 230ff) stellte nämlich auch eine signifikante Anzahl regressiver Verläufe fest. Wie hängt nun moralische Autonomie mit der Bereitschaft zur Übernahme gerechtigkeits-solidarischer

---

<sup>148</sup> Der Befund der Geschlechtsunabhängigkeit richtet sich auch gegen Gilligan (1982).



Verantwortung zusammen? Krettenauer separierte zu diesem Zweck heteronome, partiell heteronome und autonome Jugendliche voneinander und schaute sich die Verteilungskurven der jeweiligen Subgruppen an. Bei *heteronomen Jugendlichen* ist die Bereitschaft zur gerechtigkeitssolidarischen Verantwortungsübernahme annähernd normalverteilt. Verantwortungsübernahme wird also durch Heteronomie nicht begünstigt, aber auch nicht behindert. Bei *partiell heteronomen* Jugendlichen tendiert die Verteilung zu den oberen Skalenwerten, weist also eine Verschiebung hin zur Übernahme gerechtigkeitssolidarischer Verantwortung auf, beinhaltet aber - ähnlich wie bei den heteronomen Jugendlichen - auch Fälle, die eine Verantwortungsübernahme ablehnen. Bei *autonomen Jugendlichen* ergibt sich dagegen eine eindeutige und starke rechtsgipflige Verteilung, d.h. die Übernahme gerechtigkeitssolidarischer Verantwortung tritt um so häufiger auf, je stärker die moralische Autonomie ausgeprägt ist.

Es gibt demnach einen eindeutig positiven Zusammenhang zwischen der Entwicklung moralischer Autonomie und der Verantwortungsübernahme. Erfolgen Entwicklungsschritte hin zur moralischen Autonomie, dann nimmt die Übernahme gerechtigkeitssolidarischer Verantwortung zu. Der Umkehrschluß, daß keine Autonomie bzw. Heteronomie Verantwortungsübernahme generell ausschließt, läßt sich empirisch allerdings nicht stützen: es gibt nämlich auch vereinzelt heteronome Jugendliche, die eine hohe Verantwortungsübernahme zeigen. Jedoch sind im Gegensatz dazu bei moralisch autonomen Jugendlichen in der Mehrzahl hohe Skalenwerte bei der Verantwortungsübernahme gegeben. (Ebenda: 217)

Im Ergebnis kann festgehalten werden:

- 1) Die Entwicklung moralischer Autonomie ist nicht von der geschlechtsspezifischen Sozialisation und nur marginal vom sozio-ökonomischen Status des Elternhauses abhängig. Lediglich ein gewisser Effekt des schulischen Bildungsniveaus ist zu verzeichnen, der darauf hinweist, daß Gymnasiasten im Vergleich zu Gesamtschülern eher in der Lage sind, präskriptive moralische Urteile auszubilden. (Krettenauer 1998: 224)
- 2) Die Wirkung des Zusammenbruchs der DDR auf die Ausbildung moralischer Autonomie konnte statistisch nicht signifikant nachgewiesen werden. Daher konnte Krettenauer (ebenda: 247) diese Frage nicht definitiv beantworten.
- 3) Es gibt einen substantiellen Zusammenhang zwischen der Entwicklung moralischer Autonomie und der Entstehung solidarischer Handlungsorientierungen. Moralische Autonomie geht in keinem einzigen Fall mit einer gering ausgeprägten Bereitschaft zur Übernahme gerechtigkeitssolidarischer Verantwortung einher. Die Entwicklung von moralischer Autonomie kann daher als hinreichende Voraussetzung für die Übernahme gerechtigkeitssolidarischer Verantwortung begriffen werden und damit als entscheidende Grundlage für die Entstehung solidarischer Handlungsorientierungen gelten. (Ebenda: 224) Die Entwicklung hin zu einer moralischen Autonomie ist jedoch reversibel, wie die längsschnittliche Untersuchung Krettenauers (ebenda: 246) gezeigt hat.

### *Kritik und Ausblick:*

Solidarische Handlungsorientierungen sind bei Krettenauer in einem äußerst anspruchsvollen und insofern engen Sinne definiert. Dabei schließt dieser Autor explizit partikulare Gemeinschaftsbindungen und die Vermittlung bloß kollektivistischer Tugenden, wie sie aus kommunitaristischer Sicht (etwa von Bellah u.a. 1987) gefordert wird, aus. (Krettenauer 1998: 253) Die subjektiv verbindliche und universalistische Solidaritätsgerechtigkeit, die Krettenauer dagegensetzt, wird nicht durch Effekte der sozialstrukturellen Herkunft, des schulischen Bildungsniveaus oder des Geschlechts bestimmt, sondern läßt sich als Resultat der Genese eines moralisch autonomen Standpunktes begreifen, der es den Jugendlichen ermöglicht, unabhängig von ihren jeweiligen Interessenstandpunkten genuin moralische Gesichtspunkte geltend zu machen, Ansprüche aller Menschen auf menschenwürdige Lebensbedingungen zu reklamieren und die Umverteilung von Ressourcen gegebenenfalls unter Hintanstellung eigener und fremder Partikularinteressen moralisch begründet einzufordern. (Ebenda: 222)

Die Entwicklung moralischer Autonomie stellt damit am Ende von Krettenauers Untersuchung zwar die erklärende Variable für solidarisches Handeln dar, sie ist aber zugleich gewissermaßen eine freischwebende Kategorie, bei der nicht deutlich wird, ob und inwiefern sie in Kontakt mit anderen Phänomenen der sozialen Welt steht (von den festgestellten geringen Auswirkungen des Bildungsniveaus einmal abgesehen). Fragen der Genese moralischer Autonomie und ihrer Interaktion mit anderen sozialen Phänomenen sind daher nahezu vollständig unbeantwortet geblieben. Was Krettenauer letztlich geleistet hat, ist - über den Umweg der Ermittlung von "existentieller Schuld bzw. Empörung" - der Nachweis des Zusammenhanges von subjektiv verbindlicher universeller Solidarität ("Solidaritätsgerechtigkeit") mit einer präskriptiven universellen Moral ("moralische Autonomie"). Damit hat er lediglich einen Zusammenhang, der schon theoretisch gut begründet war (siehe etwa Habermas 1991: 49ff), empirisch untermauert. Ferner hat er nachgewiesen, daß solche sozialstrukturellen Parameter wie der sozio-ökonomische Status der Eltern und das Geschlecht der Befragten ohne Einfluß auf die moralische Autonomie bleiben, während dem schulischen Bildungsniveau diesbezüglich eine geringe Bedeutung zukommt. Es bleibt daher, wie Krettenauer (1998: 253) selbst bemerkt, immer noch die Frage nach den sozialisatorischen Voraussetzungen für die Reproduktion der sozialen Ressource "Solidarität" bestehen. Welche Sozialisationsbedingungen vermögen denn nun ausreichende Chancen für die Bildung moralischer Autonomie bereitzustellen?<sup>149</sup> Es bleibt immer noch Aufgabe, im Rahmen weiterführender Untersuchungen genauer zu ermitteln, welche mikrosozialen Anregungsbedingungen und intrapsychischen Entwicklungsmechanismen zur Entfaltung und Stabilisierung moralischer Autonomie führen können. (Krettenauer 1998: 249) Dabei hilft es offenbar nicht weiter, sich auf die gängigen Kategorien der empirischen Sozialforschung zu

---

<sup>149</sup> Krettenauer (1998: 252) selbst spekuliert, ob dies ein Entwicklungszusammenhang sein könnte, in dem ein Entdeckungs-, Begründungs- und Anwendungszusammenhang für moralisches Denken und Handeln hergestellt wird, in dem der Respekt vor anderen Personen unabhängig von besonderen Freundschafts- und Vertrauensbeziehungen, unabhängig von Sympathie oder Antipathie das konstitutive Prinzip für die moralische Urteilsfindung darstellt. Dies wäre ein Lernzusammenhang, in dem die Beteiligten eine Achtung ihrer Person als Person erfahren und umgekehrt dieselbe Achtung von ihnen gegenüber anderen gefordert wird.

beschränken. Stattdessen stellt sich die Aufgabe, offen und unvoreingenommen nach neuen sozialisatorischen Grundlagen für solidarisches Handeln zu suchen.

Beeindruckend ist der große Anteil moralisch autonomer Personen unter den Befragten bei Krettenauer. Aber gerade hier drängt sich die folgende Frage auf: wenn es tatsächlich so viele Jugendliche gibt, die "gerechtigkeitssolidarische Verantwortung" als verbindlich empfinden, warum ist dies nicht auch jenseits einer psychologischen Untersuchung anhand von sozialen und politischen Aktivitäten erkennbar? Die Antwort darauf kann nur lauten, daß der Indikator des "Gefühls der existentiellen Schuld" doch nicht so einschlägig für die Verbindlichkeit ist, mit der solidarisches Handeln vollzogen wird. Es ist vielmehr keineswegs ausgeschlossen, daß auch ein so einschlägiges Gefühl wie das der existentiellen Schuld lange Zeit ausgehalten oder vielleicht sogar - etwa aus Distinktionsgründen - gepflegt wird, ohne handlungsrelevant zu werden. Nach Franz u. Herbert (1986: 52) können Engagementbedürfnisse auch in einem beachtlichen Umfang in einem bewußten Latenzzustand gehalten werden, indem man sie in die Zukunft verschiebt, um bei entsprechendem Anlaß auf sie zurückgreifen zu können. Wie Krettenauer (1998: 248) selbst anregt, sollte die Untersuchung daher durch Fragen nach faktischem Verhalten bzw. tatsächlichem sozialen Engagement der Jugendlichen ergänzt werden, um solidarische Handlungsbereitschaften nicht nur auf der Grundlage von moralischen Emotionen und Kognitionen, sondern auch auf der Basis tatsächlich erfolgter Handlungen zu erfassen. Auf diese Weise könnte dann auch die Relation zwischen solchen Kognitionen und Emotionen und tatsächlichen solidarischen Handlungen bestimmt werden.

### ***Solidarität mit der Dritten Welt***

Hinsichtlich der Frage, wie es um die Formen von Solidarität bestellt ist, von denen man nicht selbst profitiert, also um Solidarität zugunsten Dritter, ist es instruktiv, die Solidarität mit der Dritten Welt näher zu betrachten. Dabei ist es nach Rottländer (1997: 123) nicht nur so, daß eine große Mehrheit der Bevölkerung positiv gegenüber Entwicklungsarbeit eingestellt ist, es gibt sogar einen zunehmenden Trend.<sup>150</sup> Das Statement "Ich bin für Entwicklungshilfe, auch wenn sich daraus für eine gewisse Zeit wirtschaftliche Nachteile für uns ergeben" findet immer mehr Befürworter. Die Unterstützungsbereitschaft gegenüber Entwicklungsländern ist demnach nicht nur an Schönwetterzeiten gebunden und die Unterstützung für die Realisierung weltweiter Solidarität größer, als landläufig angenommen wird, vorausgesetzt, es erscheint glaubwürdig, daß mit den zur Verfügung gestellten Mitteln wirklich den Armen geholfen wird. Diese Befunde stehen in einem merkwürdigen Kontrast zur allgemeinen Einschätzung einer abnehmenden Bedeutung weltweiter Solidarität in der Bevölkerung. Rottländer (1997: 124) leitet aus diesen Befunden die These ab, daß wir in den westlichen Gesellschaften eine Integration der Moral in die Selbstverwirklichungsvorstellungen der Menschen erleben, was für einen (positiven) Umbruch im Bezug auf Solidarität bzw. Moral spricht.

---

<sup>150</sup> Rottländer (1997: 123f) bezieht sich dabei auf die Untersuchung: Infratest Sozialforschung, Bürger und Entwicklungspolitik 1993. Abschlußbericht (Untersuchung im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), München 1993.

### *Zusammenfassung*

Ich habe die obigen Untersuchungen und Befunde in einer Reihenfolge vorgestellt, die mit kleinräumigen Bindungen begonnen hat und über immer großräumiger und universeller werdender Solidarität schließlich bei weltweiter bzw. universalistischer Solidarität angelangt ist. In der Mehrzahl der vorliegenden Untersuchungen wurden jeweils nur wenige bestimmte Aspekte von Solidarität in Betracht gezogen. In den meisten Fällen lag diese Beschränkung nicht im Untersuchungsfeld selbst begründet, sondern in theoretischen Vorentscheidungen, die dazu führten, daß die Erfassung anderer Momente systematisch ausgeklammert wurde.<sup>151</sup>

*Rainer Zolls* Befund der Genese einer Alltagssolidarität aufgrund von Kommunikation in Peer-Groups liefert zwar eine empirische Bestätigung für die tendenziell zunehmende Solidarität in kleinen Gruppen, wie sie theoretisch von Luhmann (1984a: 90) und insbesondere Nassehi (1997: 145) herausgearbeitet wurde.<sup>152</sup> Aus solchen Bindungsstrukturen in Kleingruppen kann aber nicht einfach auf ihre bruchlose Übertragbarkeit auf gesamtgesellschaftliche Solidarität geschlossen werden. Die "Kleingruppensolidarität" liefert im besten Fall erste Anknüpfungspunkte für darüber hinausgehende Solidaritätsformen, im schlechtesten könnten sich jedoch auch problematische Solidaritätsformen bzw. Bindungsarten ausbilden, die sich gegen andere soziale Einheiten richten. Ferner darf man annehmen, daß die festgestellte kleinräumige Solidarität weder beständig noch krisenfest ist. Dabei hätte die Untersuchung von Zoll (1993) von ihrer Anlage her das Potential gehabt, eine größere Bandbreite von Solidaritätsformen bzw. Bindungsarten ausfindig zu machen; dieses ist jedoch aufgrund eines geringen Grades an theoretischer Reflexion leider nicht ausgeschöpft worden.

Überzeugender ist dagegen *Ullrich* (1996), der ebenso wie Zoll eine qualitative Untersuchung vorgenommen hat. Wie zu sehen war, steht bei ihm die Wechselbeziehung zwischen der solidaritätsstiftenden Institution des Gesetzlichen Krankenversicherungssystems und der Haltung der Bürger zu dieser im Mittelpunkt. Dabei konnte Ullrich (1996: 175) eine hohe Solidaritätsbereitschaft der Versicherten im Sinne einer Akzeptanz der internen Umverteilungsströme in den gesetzlichen Krankenversicherungen feststellen. Im Ergebnis konnte er nachweisen, daß die Solidaritätsbereitschaft auch von bestimmten (sozialstaatlichen) *Rahmenbedingungen* abhängt, die ein solidaritätsfreundliches oder -abträgliches Milieu erzeugen können. Die Solidarität der Krankenversicherten mit ihren verschiedenen Ausprägungen ist daher Ausdruck eines institutionellen Sozialisationseffektes, durch den Einstellungen und Handlungsorientierungen reproduziert werden, die zur Akzeptanz der Gesetzlichen Krankenversicherung beitragen. Insbesondere der hohe Generalisierungsgrad der Reziprozitätsvorstellungen und die durchgängige Unangefochtenheit des Bedürfnisprinzips sind zumindest teilweise Lerneffekten zu verdanken. Auch das festgestellte Systemvertrauen und die Begrüßung des Versicherungszwangs sind Ausdruck eines kollektiven Lernprozesses.

---

<sup>151</sup> Die einzige Ausnahme ist die Untersuchung von Ullrich (1996), der folgerichtig auch die größte Bandbreite an Solidaritätsformen und ihrer entsprechenden Grundlagen aufweist; bei ihm rühren die Beschränkungen tatsächlich weitestgehend aus dem gewählten relativ engen Themenfeld.

<sup>152</sup> Siehe in dieser Arbeit S. 39ff.

*Putnams* (1993) Untersuchung der Relevanz bürgergesellschaftlichen Engagements für die Effizienz politischer Institutionen am Beispiel Italiens hat zu dem Ergebnis geführt, daß "soziales Vermögen", also Grundlagen der Solidarität wie Reziprozität, Vertrauen und Netzwerke, sowohl für die Integration von Gesellschaften als auch für die Effizienz ihrer Institutionen von herausragender Bedeutung sind. Dabei sind alle drei Momente eng miteinander verzahnt. (Putnam 1993: 167)

Putnams Arbeit ist insbesondere deswegen instruktiv, weil sie auch die Frage nach der Genese der vorgefundenen Solidaritätsformen zu beantworten versucht. Zur Erklärung zieht Putnam das Theorem historischer Trajektorien heran, welche die Ausprägung der informellen sozialen Faktoren (sprich der vorgefundenen Solidaritätsformen) bestimmt haben. Dabei handelt es sich um Jahrhunderte währende historische und damit phylogenetische Entwicklungen. Hier stellt sich dem Sozialforscher allerdings die Frage, ob es nicht auch kurzfristigere bzw. kleinräumigere Bedingungsgefüge gibt, die zur Genese von Solidaritätsformen führen können; ein Beispiel wären die von Ullrich angeführten sozialstaatlichen Rahmenbedingungen. So bleibt die Frage, ob es nicht noch andere soziale Zusammenhänge, unter anderem sozialisatorische bzw. biographische Momente, gibt, welche die Ausprägung von Solidarität bedingen.

Solidarität beruht bei Putnam ferner schwerpunktmäßig auf dem wechselseitigen Vorteil der Beteiligten. Damit ist sie im Grunde partikularistisch angelegt, und insbesondere moralische Standpunkte jenseits des Eigen- bzw. Gruppennutzens finden hier kaum Berücksichtigung. Hinsichtlich des *Organisationsgrades* entspricht sie dem Modell einer kritischen Öffentlichkeit bzw. Zivilgesellschaft, wie es dem späten Habermas (1992) vorschwebt; die Untersuchung von Putnam müßte aber noch um die Frage nach universalistischen Momenten ergänzt werden. Ullrich und Krettenauer sind diesbezüglich einen Schritt weiter als Putnam, der die Frage nach normativen Kriterien jenseits der Reziprozitätsnorm nicht stellt.

*Krettenauers* (1998) Untersuchung ist in ihrer Fragestellung quasi komplementär zu Putnams angelegt. Ersterem geht es gerade nicht um Reziprozität oder andere Grundhaltungen, die mehr oder weniger mit dem Eigennutzen in Verbindung stehen, sondern ausschließlich und explizit um eine *universalistische und präskriptive* Form von Solidarität, die unabhängig ist von partikularen Gemeinschaftsbindungen und allen Menschen gerechtfertigte Ansprüche auf lebensnotwendige materielle und soziale Güter zuerkennt, wobei der Befragte bereit sein muß, sich selber gegebenenfalls auch zum eigenen Nachteil den eigenen Normen zu unterwerfen. Solidarische Handlungsorientierungen sind bei Krettenauer in diesem äußerst anspruchsvollen Sinne definiert. Ferner untersucht er - auch in dieser Hinsicht komplementär zu Putnam - nicht große soziale Einheiten, sondern Individuen. Die der gesuchten - und am Vorhandensein von *Gefühlen der existentiellen Schuld bzw. Empörung* nachgewiesenen - Solidaritätsform zugrundeliegende Akteursdisposition besteht wiederum in der *moralischen Autonomie* des Befragten und den Normen, die auf ihrer Grundlage generiert werden. Den Einfluß bestimmter sozialstruktureller Faktoren wie Bildungsniveau, sozio-ökonomischer Status der Eltern und Geschlecht der Befragten konnte Krettenauer dagegen ausschließen. Die Entwicklung hin zu einer moralischen Autonomie des Individuums ist jedoch reversibel, wie die längsschnittliche Untersuchung Krettenauers (1998: 246)

gezeigt hat. Die Entwicklung moralischer Autonomie stellt damit am Ende von Krettenauers Untersuchung zwar die erklärende Variable für solidarisches Handeln dar, sie bleibt aber zugleich eigentümlich freischwebend. Denn es wird nicht deutlich, inwiefern sie in Kontakt mit anderen Phänomenen der sozialen Welt steht. Fragen der Genese moralischer Autonomie und ihrer Interaktion mit anderen sozialen Phänomenen sind nämlich bei Krettenauer nahezu vollständig unbeantwortet geblieben. Wenn es ferner tatsächlich so viele Jugendliche gibt, die solidarische Verantwortung als verbindlich empfinden, warum ist dies nicht jenseits der psychologischen Untersuchung anhand von sozialen und politischen Aktivitäten erkennbar? Die Antwort darauf könnte lauten, daß der Indikator des "Gefühls der existentiellen Schuld bzw. Empörung" doch nicht so einschlägig für die Verbindlichkeit ist, mit der solidarisches Handeln vollzogen wird. Es bietet sich daher der Versuch an, tatsächlich erfolgte Handlungen zu erfassen.

Hinsichtlich der Frage nach der Solidarität zugunsten Dritter hat schließlich *Rottländer* (1997) am Beispiel der Solidarität mit der Dritten Welt aufgezeigt, daß es einen positiven Trend in der Einstellung der Bevölkerung zur Entwicklungsarbeit gibt. Findet demnach in den westlichen Gesellschaften wirklich, wie Rottländer vermutet, ein Prozeß der Integration von Moral in die Selbstverwirklichungsvorstellungen der Menschen und damit eine Zunahme ihrer Solidarität statt? Oder ist dieses Ergebnis, das lediglich auf einem einzigen Befragungssitem beruht, nicht doch eher mit Vorsicht zu genießen? Leider erfährt man, von einer allgemeinen - immerhin eigene Verzichtseinstellungen einschließenden - Hilfsbereitschaft für die Dritte Welt abgesehen, wenig über andere Aspekte solch einer weltweiten Solidarität.

*Insgesamt* kann festgestellt werden, daß mindestens zwei Fragen, die sich im Theorieteil ergeben haben, unbeantwortet geblieben sind. So wurde a) nicht beantwortet, wie mit der *Spannung zwischen Universalismus und Motivation* umzugehen ist. Während Zoll und Putnam lediglich einen "motivierten Partikularismus" untersucht haben, konnten Krettenauer und Rottländer zwar das Vorhandensein einer universalistischen Perspektive konstatieren, nicht aber erklären, wie diese zustande kommt, und insbesondere nicht darlegen, wie das Motivationsproblem überwunden werden kann. Ullrich dagegen hat die *sozialstaatliche* Karte gespielt, eine Option, die sich entgegen der Annahmen im Theorieteil dieser Arbeit als recht stabil erwiesen hat. Er weist aber auch darauf hin, daß sozialstaatliche Settings mit einem gewissen Autopaternalismus einhergehen und bei größeren Krisen in einen Entmoralisierungsprozeß umschlagen können, wenn wahrgenommene Defizite des Sozialstaates nicht wirklich beseitigt werden, wenn also der Eindruck entsteht, daß nicht mehr gilt, was gelten sollte. b) Auch die Frage nach der *Genese* bzw. den sozialen und sozialisatorischen Voraussetzungen für die Entstehung bzw. Reproduktion der sozialen Ressource "Solidarität" ist bisher unzureichend beantwortet. Diese Frage stellen zwar nahezu alle Autoren, ohne sie aber befriedigend beantworten zu können. Bei Krettenauer wurde immerhin deutlich, daß es offenbar nicht weiterhilft, sich auf die gängigen Kategorien der empirischen Sozialforschung zu beschränken. Ähnlich wie Zoll ist er der Auffassung, daß sich die Befragten im Rahmen der modernen Individualisierungsprozesse aus den traditionellen Bezügen herausbegeben, so daß diese ihre

erklärende Kraft verlieren. Ullrich verweist auf die prägende Kraft sozialstaatlicher Rahmenbedingungen, die immerhin *eine* von erwartbar mehreren erklärenden Variablen darstellt und daher im Auge behalten werden sollte. Putnam schließlich faßt Jahrhunderte umfassende historische Makroentwicklungen ins Auge, vor deren Hintergrund jedoch andere Momente der Genese leicht aus dem Blickfeld geraten. Im Folgenden stellt sich also die Aufgabe, offen und unvoreingenommen nach neuen und alten sozialen bzw. sozialisatorischen Grundlagen für die Genese solidarischen Handelns zu suchen.

### **Zum Untersuchungsort: Solidarität und Gerechtigkeitsideale der ostdeutschen Herkunftsgesellschaft**

Bevor man sich dem Datenmaterial selber zuwendet, ist es zunächst angezeigt zu bestimmen, in welchen historischen und sozialen Kontexten sich die Auffassungen und Biographien konstituiert haben, die im empirischen Teil dieser Arbeit analysiert werden. Bei der Untersuchungsgruppe handelt es sich um Studenten in den neuen Bundesländern. In diesem Abschnitt wird daher der DDR-spezifische Erfahrungshintergrund im Hinblick auf Solidarität dargestellt, während der daran anschließende der besonderen sozialen Lage von Studenten gewidmet ist.

Die neuen Bundesländer sind ein besonders spannender Untersuchungsort, da hier erst im Durchschnitt fünf Jahre<sup>153</sup> vor der Erhebung eine Transformation der Gesellschaft stattgefunden hat. Die ostdeutsche Untersuchungsgruppe hatte nämlich im Bezug auf Fragen der Solidarität und der Verteilungsgerechtigkeit bis zum Zusammenbruch der DDR einen anderen Erfahrungshintergrund als vergleichbare westdeutsche Gruppen. Aus diesem Umstand ergibt sich die Möglichkeit zu beobachten, ob und wie sich ältere Solidaritätsformen bzw. Bindungen, die in einer vorangehenden Gesellschaftsform geprägt wurden, gegenüber neu hereinbrechenden Prozessen behaupten können oder ob sie zunehmend an Kraft verlieren. Die DDR war nämlich durch einen Staat und eine damit zusammenhängende Alltagskultur geprägt, die sich im Hinblick auf Solidarität und soziale Gerechtigkeit in einer Reihe von Merkmalen von den westlichen Gesellschaften unterschieden hat. Solidarität wurde in ihr von offizieller Seite ständig als gemeinsames Gut propagiert, daneben wurden in den sogenannten "Nischen" spezielle Formen der Alltagssolidarität gepflegt und nicht zuletzt gewährte der Staat eine umfassende Daseinsfürsorge, in deren Rahmen etwa die Einkommensverteilung in der DDR eine viel geringere Spannweite aufwies als in westlichen Ländern. Dieser Hintergrund soll im Folgenden skizziert werden. Außerdem läßt sich anhand des Datenmaterials beobachten, wie sich ein plötzlicher Differenzierungsschub, wie er sich im Laufe der Transformationsprozesse ereignet hat, auf den Habitus der Individuen und ihre Auffassungen von der Gesellschaft auswirkt. Nicht zuletzt sind aufgrund des Zusammenbruchs der DDR und den daraus resultierenden Umwälzungen im Osten Deutschlands die Menschen dort auf Unterstützung aus dem Westen angewiesen, so daß sie die Thematik der Solidarität auch aus der Nehmerperspektive erfahren.

---

<sup>153</sup> Die Befragungen fanden zwischen 1992 und 1996 statt. In den Jahren 1997 und 1998 wurden noch einige gezielte Nachfrageinterviews bei besonders ergiebigen Fällen durchgeführt.

### ***A. Das Solidaritätskonzept der DDR***

In Ostdeutschland standen die sozialistischen Werte im Zentrum eines offiziellen Wertesystems, wobei es sich der Staat zur Aufgabe gemacht hatte, diese, wenn nötig, mit Zwang durchzusetzen. (Joas 1995: 77) In diesem Zusammenhang war insbesondere der Wert proletarischer Solidarität einer der wichtigsten Bezugspunkte im Rahmen von Erziehung und Indoktrination durch das Regime. Darüber hinaus erscheint es aber auch sinnvoll, neben dem offiziellen Solidaritätskonzept nach anderen Formen der Solidarität, die in der DDR ebenfalls existiert haben, Ausschau zu halten. Die letzteren werde ich im Anschluß an die Darstellung der "offiziellen Solidarität" unter dem Begriff der "Nischensolidarität" diskutieren.

#### *1) Offizielle Solidarität*

Solidarität galt in der DDR als "klassenmäßig bestimmtes Grundprinzip der Arbeiterklasse" (Kleines politisches Wörterbuch [der DDR] 1973: 745) und sollte nach offizieller Lesart in der sozialistischen Gesellschaft vor allem in der Einheit der Arbeiterklasse und ihrer Partei zum Ausdruck kommen. (Ebenda) Solidarität wurde dabei als "*Klassenpflicht und -prinzip*" (Bolz 1987: 24, Hervorhebung im Original) aufgefaßt, wobei alle sozialen Gruppen bzw. "Klassen und Schichten, Arbeitskollektive, andere Gemeinschaftsformen grundsätzlich (durch) die Gemeinsamkeit der Interessen, die aus den materiellen Erfordernissen der Gesamtgesellschaft erwachsen" (Grundlagen 1971: 503), verbunden waren. Im gleichen Atemzug wurde Solidarität immer auch als Internationale Solidarität im Rahmen eines historischen Auftrags aufgefaßt: die "Internationale Solidarität der Arbeiterklasse beinhaltet den brüderlichen Zusammenhalt (...) mit der internationalen Arbeiterbewegung. Hauptkraft ist die sozialistische Staatengemeinschaft." (Kleines politisches Wörterbuch 1973: 745) Da nach offizieller Lesart die internationale Solidarität entscheidend zur Entstehung des sozialistischen deutschen Staates beigetragen hatte<sup>154</sup> (Bolz 1987: 12), sah sich die DDR selber in der Verpflichtung, die ihr zuteilgewordene Solidarität aufzugreifen und weiterzutragen.<sup>155</sup> Folgerichtig bekundete etwa der XI. Parteitag der SED in seinem "Solidaritätsappell" (wiedergegeben in der Zeitung "Tribüne" vom 21. April 1986: 1) "seine unverbrüchliche Solidarität mit den Kommunisten, mit den revolutionären und demokratischen Kräften, mit allen friedliebenden Menschen der Welt im Kampf um die Befreiung der Menschheit von der drohenden Gefahr eines nuklearen Infernos, von jeglicher sozialer und nationaler Unterdrückung." Dabei sah man sich "aufs engste verbunden mit allen Kämpfern für Frieden, Demokratie, nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt!"<sup>156</sup> (Ebenda) Solidarität war in diesem Sinne immer auch mit "politischer Erziehung" verknüpft und wurde dabei meist mit

<sup>154</sup> Da die Sowjetunion solidarisches Handeln zum Grundprinzip ihrer Außenpolitik erhoben hatte (Bolz 1987: 10), war die Errichtung der DDR per definitionem ein solidarischer Akt der Sowjetunion.

<sup>155</sup> Der Artikel 16, Abschnitt 3 der DDR-Verfassung besagte: "Die Deutsche Demokratische Republik unterstützt die Staaten und Völker, die gegen den Imperialismus und sein Kolonialregime, für nationale Freiheit und Unabhängigkeit kämpfen, in ihrem Ringen um gesellschaftlichen Fortschritt. (...)" Für diese Art solidarischer Hilfeleistungen verwendete die DDR jährlich rund 1 v.H. ihres produzierten Nationaleinkommens. (Bolz 1987: 30)

<sup>156</sup> Genannt wurden konkret: Libyen, Palästina (PLO), Südafrika (Nelson Mandela), Namibia (SWAPO), Nicaragua, Chile, Angola und Mosambik, Paraguay und Afghanistan. (Solidaritätsappell: 1)



Propaganda gegen die für die Not und das Elend in der Welt verantwortlich gemachten Kapitalisten verbunden. Angesichts der damaligen Weltlage, die - wie man sich erinnert - nicht zuletzt von der nuklearen Bedrohung gekennzeichnet war, wurde insbesondere die Friedenspolitik in den Vordergrund gehoben und zugleich als "Politik der Solidarität" (Bolz 1987: 3) bezeichnet. In diesem Zusammenhang wurde die Parole ausgegeben, der Arbeitsplatz sei für jeden einzelnen sein "Kampfplatz für den Frieden" (ebenda: 4), und folgerichtig galt: "Hohe Arbeitsleistungen sind der beste Solidaritätsbeitrag." (Ebenda: 18)

Damit war der Kreis der Argumentation geschlossen: die Gesellschaft wurde auf diese Weise als einheitliches und geschlossenes Kollektiv im Rahmen einer umfassenderen internationalen proletarischen Kampfgemeinschaft aufgefaßt, wobei das für jeden einzelnen angestrebte "sozialistische Bewußtsein" dazu führen sollte, das Interesse aller einschließlich des "Internationalen Proletariats" als das jeweils eigene anzusehen. Wer sich den ihm zugewiesenen Aufgaben aus voller Kraft widmete, arbeitete nach dieser Auffassung letzten Endes auch für sich selbst. Die angestrebte Solidarität hatte dabei im Grunde rein funktionalistischen Charakter, denn mit Blick auf die Bevölkerung wurde Solidarität in erster Linie als *Engagement im Produktionsprozeß* verstanden, womit die Absicht, die Menschen im Sinne der allgemeinen gesellschaftlichen Formierung einzubinden, offen zu Tage lag.

In der Tat wurde die Sozialintegration der Bevölkerung in der DDR weitgehend durch Arbeit und Betriebe realisiert und zwar mittels einer hohen Erwerbsquote sowie einer betriebszentrierten Verteilung von Ressourcen.<sup>157</sup> (Kohli 1994: 46) Aber auch in anderen Lebensbereichen wurde ein umfangreiches System sozialer Kollektiverfahrenen eingerichtet, in denen immer auch Bezüge zum offiziellen Solidaritätsbegriff hergestellt wurden. Schon bei der Kindererziehung sollte ein Verständnis für Menschen, die gegen Unterdrückung, für Freiheit und ein besseres Leben kämpfen, erzeugt und vertieft sowie Solidarität mit diesen hergestellt werden etwa durch emotional betonte Aktionen wie "Blumen für Angela Davis", "Karten-Schreiben für Nelson Mandela" oder etwa auch "Päckchen-Packen für polnische Kinder".<sup>158</sup> Ferner sollten die Aufgaben bei gemeinsamen Vorhaben gerecht untereinander verteilt werden, wobei es sich vorzugsweise um Projekte handelte, die im Interesse des Kollektivs lagen. (Wensierski 1994: 31) Danach folgten verschiedene altersgeschichtete Formen der kollektiven Vergesellschaftung, wozu Schule und Militär gehörten, aber auch die Kinderorganisationen (Junge Pioniere, Thälmannpioniere) und die Jugendverbände (vor allem die FDJ) innerhalb der staatlich organisierten Jugendkultur. (Kohli 1994: 52) Das Leben im Sozialismus war dabei insgesamt gekennzeichnet durch eine inflationäre Politisierung aller Bereiche des Alltags und der Lebenswelt auf der Basis einer totalitären Definitionsmacht der Partei<sup>159</sup>, wobei die Aufhebung der Differenz zwischen Privatsphäre und Öffentlichkeit angestrebt wurde. (Wensierski 1994: 54f) Die Wirksamkeit dieses Versuches ist allerdings stark durch die Tendenz zu einer bloßen

---

<sup>157</sup> Hierzu, insbesondere auch zur betriebszentrierten Sozialpolitik, siehe weiter unten, S. 154f in dieser Arbeit.

<sup>158</sup> Ich danke Katrin Maier, auf deren Erinnerungen diese Beispiele beruhen.

<sup>159</sup> Offe (1994: 44, Hervorhebung im Original) bezeichnet die DDR in diesem Zusammenhang als "verstaatlichte Gesellschaft".

Ritualisierung des Mitmachens und zu einer Verlagerung der Interessen in die informelle Sphäre unterlaufen und damit geschwächt worden. (Kohli 1994: 52)

Insbesondere und explizit haben sich das "Solidaritätskomitee der DDR" und die "Volkssolidarität" mit Aufgaben der Solidarität befaßt. Ausdrücklich war Solidarität auch in der *Satzung des FDGB* ("Freier Deutscher Gewerkschaftsbund")<sup>160</sup> festgeschrieben. (Bolz 1987: 17) Monatliche Solidaritätsspenden waren hier praktisch Pflicht und wurden an das "Solidaritätskomitee der DDR" weitergeleitet, das mit der Verwaltung des Geldes betraut war. Als "Gegenleistung" wurde den Beitragszahlern eine "Solidaritätsmarke" in das Mitgliedsbuch des FDGB eingeklebt.<sup>161</sup> (ebenda: 32) Das *Solidaritätskomitee der DDR* (1960-1990) verstand sich als "Komitee zur Koordinierung der staatlichen und nichtstaatlichen Unterstützung bestimmter, im antiimperialistischen Kampf stehender Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas". Es fühlte sich vor allem den Traditionen des "proletarischen und sozialistischen Internationalismus" verpflichtet und richtete seine politische Tätigkeit und solidarische Unterstützung darauf aus. Es wurden gezielt Länder und Befreiungsbewegungen unterstützt, die sozialistisch orientiert waren (etwa Vietnam, Angola, Chile und Nicaragua). (Herbst, Ranke, Winkler 1994: 868f)

Im Inland war dagegen die *Volkssolidarität* (1945-1990) aktiv. Sie verstand sich als Massenorganisation zur freiwilligen solidarischen Hilfe insbesondere für ältere Menschen. Zu ihren wichtigsten Arbeitsgebieten gehörten die geistig-kulturelle Betreuung der älteren Menschen in den Klubs und Treffpunkten der Volkssolidarität, die Hauswirtschaftspflege, das tägliche Bereitstellen eines warmen Mittagessens für Pflegebedürftige sowie die Mithilfe bei der Organisation sogenannter gesellschaftlich-nützlicher Tätigkeit. (Herbst, Ranke, Winkler 1994: 1152f) Die Volkssolidarität wurde zwar "nach dem Prinzip des demokratischen Sozialismus gelenkt" und bescherte in diesem Zusammenhag der SED einen gewissen propagandistischen Nutzen, andererseits gehörte ihre konkrete Lebenshilfe "zu jenen charakteristischen Unterschieden, an die sich heute (...) manche mit zorniger Wehmut erinnern." (Ebenda)

Die Überordnung gesellschaftlicher Instanzen über individuelle Interessenlagen hatte für die Solidarität zur Folge, daß sie von außen und oben induziert wurde, anstatt sich von unten zu generieren. In diesem Sinne war die DDR eine *verstaatlichte* Gesellschaft. Für eine Solidarität, die sich im Medium der Politik bewegt und über intermediäre Organisationen (etwa freie Gewerkschaften) vermittelt wird, gab es in der DDR keinen vom Staat unabhängigen kollektiven Modus. (Offe 1994: 44; Blum 1995: 49) Es war nämlich keine legale Möglichkeit vorhanden, autonome Gruppen zu organisieren. Diesem völligen Fehlen selbstorganisierter Gruppen stand ein umfassender Zugriff hochzentralisierter Massenorganisationen gegenüber, wobei der Wert proletarischer Solidarität einer der wichtigsten Bezugspunkte im Rahmen von Erziehung und Indoktrination unter dem kommunistischen Regime war. (Joas 1995: 78) Der konkrete Inhalt dieser

<sup>160</sup> Der Einheitsgewerkschaft FDGB gehörten fast alle Berufstätigen an. Sie besaß im Jahr 1987 rund 9,5 Millionen Mitglieder. (Wolle 1998: 112)

<sup>161</sup> Hier legt sich natürlich der Gedanke nahe, daß die Marke eher eine Kontrollfunktion innehatte, als daß sie eine Gegenleistung darstellte.

Solidarität wurde hier monodirektional von oben nach unten bestimmt. Tatsächlich handelte es sich daher um der Gesellschaft äußerliche, von außen oktroyierte Inhalte, die von den zuständigen Kommissionen der Partei bzw. den Instanzen des Staatsapparates verkörpert wurden. (Gorz 1991: 43f) Auf diesem Wege wurden die gesellschaftlichen Interessen den individuellen übergeordnet bzw. letztere von den ersteren her definiert. Das Kollektiv erhielt damit eine Präferenz gegenüber den Individuen, die dazu geführt hat, daß sich objektive Instanzen angemaßt haben, über subjektive Bedürfnisse zu entscheiden und gleichzeitig auch darüber, was die objektiven Interessen sind. (Weigand 1979: 228f) Diese Entscheidungen des "Kollektivs" täuschten dann ein Ausmaß von Gemeinsamkeit vor, das angesichts der unausgetragenen Interessendivergenzen gar nicht vorhanden war. Nach offizieller Lesart jedoch galt innerhalb der DDR Solidarität praktisch als verwirklicht. Wie oben dargelegt, waren hohe Leistungen am Arbeitsplatz in diesem Sinne *der* Beitrag der Werktätigen zur Solidarität. Dadurch wurde Solidarität natürlich auch mit der alltäglichen Routine gleichgesetzt und gleichsam entzaubert sowie aller Romantik weitgehend entkleidet. Darüber hinaus machten Größenordnung, Komplexität und Schwerfälligkeit sowohl des gesamten Produktionsapparats als auch seiner ökonomischen Untereinheiten eine *erlebte* Erfahrung der Zusammenarbeit völlig unmöglich. Die von den Regierenden aufgetragene Pflicht zu solidarischem Verhalten diskreditierte damit letztendlich die Solidarität als erstrebenswerte Handlungskategorie.

Nun kann Solidarität offensichtlich nicht dekretiert werden (Kleine 1992: 153f), was an dem gescheiterten Versuch der DDR-Offiziellen, ihr etatistisches Konzept von Solidarität in der Gesellschaft zu implementieren, deutlich geworden sein dürfte. Was aber ist dran an der spezifischen Erfahrung von "Solidarität" in der DDR, an die sich heute "manche mit zorniger Wehmut erinnern?" (Herbst, Ranke, Winkler 1994: 1152f) Vielleicht gibt die andere, inoffizielle Form der Solidarität, die "Nischensolidarität", hierüber Auskunft.

## 2) Nischensolidarität

Neben der offiziellen Deklarationssolidarität gab es, wie sowohl in der Literatur als auch von Bürgern der neuen Bundesländer immer wieder erwähnt wird, eine inoffizielle unausgesprochene Solidarität des Privatlebens. Diese wies eine spezifische, in westlichen Ländern so nicht vorfindliche Form auf, was insbesondere daran lag, daß zwischen dem Staat, der die Gesellschaft organisierte, statt sich von ihr organisieren zu lassen, und den privaten Gemeinschaften von Familie, Freundeskreisen etc. ein soziales Vakuum existierte, das nicht wie in westlichen Gesellschaften durch vermittelnde intermediäre Organisationen ausgefüllt wurde. Wie im vorangehenden Abschnitt dargestellt, funktionierten zwischengeschaltete Organisationen, sofern vorhanden, nur monodirektional von oben nach unten und vergrößerten eher die Distanz zum alles überwölbenden Staat, als daß sie für Vermittlungsaufgaben geeignet gewesen wären. Für die Individuen hatte dies vielfach eine Aufspaltung der Persönlichkeit in zwei verschiedene Welten zur Folge: in die offizielle Sphäre, in der

Handlungsstrategien der Anpassung dominierten, und in die private "Nischengesellschaft"<sup>162</sup>, die als Kompensation für die Zumutungen der offiziellen Sphäre auf- und ausgebaut wurde. Sporadische Erscheinungsformen einer Zivilgesellschaft wurden dagegen von staatlicher Seite als Versuche einer Gegengesellschaft aufgefaßt (Benzler 1995: 20f) und entsprechend bekämpft. Wo sie existierten, blieben sie daher im Untergrund oder suchten die relativ geschützte Sphäre unter dem Dach der Evangelischen Kirche auf.

In der Nischengesellschaft bildeten sich aufgrund der ständigen Versorgungsmängel große informelle Netzwerke wechselseitiger Hilfe aus, in denen der Austausch und der laufende Kontakt mit "Kumpeln", Bekannten und Verwandten einen wichtigen Teil der Überlebensstrategien ausmachte. Da sich der Alltag zudem in einem relativ kleinen und hermetisch abgeschotteten Land abspielte, überdauerten solche privaten Verbindungen oft lange Zeit. (Wolle 1998: 229)

Über die Art und Intensität der Beziehungen innerhalb dieser Netzwerke gehen allerdings heute die Meinungen weit auseinander. Wegener u. Liebig (1993: 674) sind etwa der Auffassung, daß die Netzwerke, obwohl im Kern instrumenteller Natur, dennoch darüber hinaus mit gemeinschaftsartigen Solidaritätsgefühlen angereichert waren. Auch Kohli (1994: 51) sowie Herbst, Ranke u. Winkler (1994: 1153) sind der Auffassung, daß in der DDR das Gefühl gemeinsamer Solidarität auf der Grundlage der Erfahrung gruppenmäßiger Vernetzung und Unterstützung allgemein verbreitet war - etwa in Form konkret geleisteter Lebens- und Nachbarschaftshilfe, an die man sich heute teilweise mit Wehmut erinnert. Kohli (ebenda) z.B. spricht von informellen Tauschnetzwerken, die auch in persönliche Nähe und Hilfe hineinreichten. Dagegen beurteilt Wolle (1998: 231) diese Solidarität lediglich als "diffuse Nestwärme der Gemeinsamkeit", als eine Solidarität, die, von den Tauschakten abgesehen, praktisch folgenlos blieb: "Keiner hielt sich für gescheitert, weil er im dritten Hinterhof mit Kohlenheizung, Außenklo und einfachen Fenstern wohnte. Niemand protzte mit einem Auto oder teuren Reisen. Es gab keine Konkurrenz im Kampf um Drittmittel oder Stipendien." (Ebenda) Die fehlenden sozialen Vergleichsmöglichkeiten, insbesondere das weitgehende Nichtvorhandensein von Statussymbolen<sup>163</sup> sowie die Vergeblichkeit individueller Anstrengung, diese zu erreichen, entzogen demnach jeglicher kompetitiven Haltung die Grundlage und ließen folglich alle Ambitionen am Ende in ein diffuses Gemeinschaftsgefühl einmünden. Noch weiter in der Kritik geht Engler (1992: 57), der die informellen Netzwerke des Tausches als *rein* instrumentell geprägte auffaßt. Demnach konnte man einen echten Zugang zu den Beziehungskreisläufen nur finden, wenn man selbst exklusiven Zugang zu einem Engpaß hatte; das konnte der Besitz sogenannter Mangelwaren, die Verfügungsmöglichkeiten über Mangeldienstleistungen oder der Besitz frei konvertierbarer Währung sein. Freundlichkeit etc. gehörte nach seiner Auffassung zwar zum guten Ton, machte aber nicht das Wesen der Beziehungen aus. Für Offe (1994: 35) ist die Gemeinschaftlichkeit der Nische gar ein Artefakt, das sich im Zuge der Wende zugleich mit den politischen und ökonomischen Strukturen

---

<sup>162</sup> Das Bild der Nischengesellschaft stammt ursprünglich aus Günter Gaus' Buch "Wo Deutschland liegt" aus dem Jahre 1983. Susanne Benzler (1995: 18, Hervorhebung von mir. PS) schlägt übrigens vor, in Anlehnung an Tönnies von "Nischengemeinschaft" zu sprechen.

<sup>163</sup> Zur Abwesenheit von Prestigeobjekten sei auf Engler (1999: 213ff) hingewiesen, der diesbezüglich einige interessante Gedanken entwickelt, denen hier nicht nachgegangen werden kann.

aufgelöst hat. Spätestens mit dem Überflüssigwerden der Notwendigkeit der zweiten Gesellschaft entfielen dann auch ihre mentalitätsspezifischen Entsprechungen. Es kam spätestens jetzt zu einer stärkeren Entsolidarisierung und Atomisierung der Individuen, denen die Beziehungsnetzwerke aus DDR-Zeiten offenbar nichts entgegenzusetzen hatten, was für Offe (ebenda) ein klares Indiz ihrer Schimärenhaftigkeit ist.

Es dürfte schwierig sein, den solidarischen Charakter der diffusen Netzwerke, die heute aus naheliegenden Gründen nicht mehr untersucht werden können, im Nachhinein adäquat zu beurteilen. Die große Differenz zwischen den Interpreten, die übrigens quer zu deren Ost- bzw. Westherkunft verläuft, gibt jedoch Anlaß zu einer näheren Betrachtung. Dabei fällt auf, daß sie sich vor allem darin unterscheiden, *wie* sie den Austauschprozeß auslegen. Sie gehen jeweils von einem - und *nur* einem - ganz bestimmten Austauschtypus aus, wobei sich offenbar keiner von ihnen darüber bewußt wird, daß Tauschbeziehungen einen sehr unterschiedlichen Charakter haben können. Da wäre auf der einen Seite eines Kontinuums der Extrempol eines zäh ausgehandelten Äquivalententausches, bei dem jeder Tauschpartner nur auf seinen eigenen Vorteil bedacht ist und für möglichst wenig Eigenleistung möglichst viel Gegenleistung erlangen möchte. In einem solchen rein instrumentellen Tauschprozeß figuriert Freundlichkeit in der Tat lediglich als strategisch motiviertes Epiphänomen nach dem Motto: ein Lächeln kostet nichts. Am anderen Extrempol findet sich der Tausch auf der Grundlage von Reziprozität (nach Gouldner 1984)<sup>164</sup>, bei dem nicht die getauschten Güter im Vordergrund stehen, sondern die Aufrechterhaltung einer Beziehung. Die oben zitierten Interpreten legen jeweils nur eine einzige Form, die einem der Extrempole zugeneigt ist, zugrunde und scheren, von dieser ausgehend, sämtliche Beziehungen, die sich auf der Grundlage von Tauschprozessen im Rahmen der Nischengesellschaft ergeben haben, über einen Kamm. Nichts spricht aber dagegen, daß in der DDR ein breites Spektrum vorhanden war, welches das gesamte Kontinuum dieser verschiedenartigen Tauschprozesse erfaßt hat, das also von einer rein instrumentellen Tausch- bis hin zu einer reinen Reziprozitätsbeziehung gereicht hat: vom berechnenden Schwarzmarkthändler, der die Preise kannte und versucht hat, für sich ein Maximum herauszuholen, bis zum sympathischen Freund oder Bekannten, der eine knappe Ressource zwar nicht gleich an den ersten Besten, wohl aber ohne sofortige Gegenleistung an Näherstehende abgab im Vertrauen, daß die Gegenleistung bei

---

<sup>164</sup> Nach Gouldner (1984: 95, 98) geht reiner Äquivalententausch mit keinen weiteren Verpflichtungen einher, während im Falle der Reziprozität die Norm gilt, daß man jemandem, der einem geholfen hat, Dankbarkeit erweisen soll. Der Empfänger ist dem Geber zumindest so lange verpflichtet, bis die Rückzahlung erfolgt ist. Hinzu treten meist bestimmte Mechanismen, die dazu führen, daß Menschen untereinander verschuldet bleiben, insbesondere die Unklarheit, die nach einer gewissen Zeit gegenseitigen Austausches verschiedener Güter und Handlungen darüber besteht, ob eine Schuld tatsächlich beglichen ist bzw. wer eigentlich in wessen Schuld steht. Angesichts dieser gegenseitigen Abhängigkeit können auf Dauer Vertrauensbeziehungen entstehen, die besonders in einem Kontext, in dem man sich häufig verstellen oder zurückhalten muß, von besonderem Wert sind: man kann auf die Zuverlässigkeit und gegebenenfalls Verschwiegenheit des anderen vertrauen nicht nur, weil dieser auf Ressourcen, die man ihm verschafft, angewiesen ist, sondern aufgrund der gemeinsamen Vorgeschichte. Darüber hinaus variieren die konkreten Anforderungen der Reziprozität von Situation zu Situation; die Reziprozitätsnorm ist unterbestimmt und eben deswegen kann sie auf ganz verschiedene Ad-Hoc-Austauschbeziehungen angewendet werden. (Ebenda: 106) Sie stellt ein für alle Zwecke verfügbares Bindemittel dar und kann daher besonders gut in Lücken - darunter auch Versorgungslücken - einspringen, was sie besser für den Kontext der DDR geeignet erscheinen läßt als den reinen Äquivalententausch.

entsprechender Gelegenheit erfolgen würde. Im zweiten Fall ist Freundlichkeit nicht nur Epiphänomen des Austausches, sondern hat eine wichtige Funktion für die Aufrechterhaltung der Vertrauensbeziehung inne. In welchen konkreten Ausprägungen und in welchem Zahlenverhältnis die verschiedenen Abstufungen zwischen hartem Kalkül und wohlwollender Gegenseitigkeit zueinander auftraten, ist eine Frage, die empirisch zu klären heute kaum noch möglich sein dürfte. Es spricht aber nichts dagegen, daß Reziprozitätsbeziehungen einen spürbaren Anteil an den Austauschbeziehungen hatten und daher oft die Grundlage für tiefere Bindungen gebildet haben.

Bevor ich mit der Diskussion der Nischensolidarität fortfahre, möchte ich kurz ein Beispiel für eine weitere Form nichtstaatlicher Solidarität anführen, das für die Diskussion insgesamt instruktiv ist. Eine anders gelagerte, bewußt angestrebte und daher - wenn man so will - konkretere Form der inoffiziellen Solidarität bestand nach Letz (1994) in Form von unabhängigen Dritte-Welt-Solidaritätsgruppen. Diese lehnten die Reduzierung der Solidarität auf die Traditionen und Inhalte der kommunistisch geprägten Arbeiterbewegung und ihre strikte Bindung an SED und Staat ab. Wie oben deutlich geworden sein dürfte, war die zentralistisch-bürokratische Solidaritätspolitik der SED so angelegt, daß basisdemokratische Aktionsformen verhindert wurden. Daher gründeten sich eigene Dritte-Welt-Solidaritätsgruppen, die bis zum Ende der DDR meist unter dem Dach der Kirchen entstanden und arbeiteten, da diese den notwendigen Freiraum für oppositionelle Aktivitäten boten. Seit den siebziger Jahren wurde diese Art der Solidaritätsarbeit in wachsendem Maße auch Umfeld und Mittel zur Reflexion über die Unzulänglichkeiten des realsozialistischen Entwicklungsmodells. (Letz 1994: 51) Derartige Solidaritätsgruppen schlossen sich zum "INKOTA-Netzwerk"<sup>165</sup> zusammen, das bis zum Ende das einzige Netzwerk für Dritte-Welt-Gruppen in der DDR blieb. (Ebenda: 52) Durch die Existenz der INKOTA konnte zwar nach der Wende ohne Brüche eine Neuformierung der Solidaritätsgruppen eingeleitet werden (ebenda: 55), aber dennoch konstatiert Letz (1994: 60), daß der Solidaritätsgedanke zusehends verloren geht, was sich unter anderem in der mangelnden Akzeptanz der Solidaritätsgruppen im Osten manifestiere.

Der Umstand, daß *explizit solidarisch* organisierte Gruppen ebenso wie die privaten Solidaritätsbeziehungen einen Rückgang zu verzeichnen haben, kann nun als Indiz dafür aufgefaßt werden, daß die informellen Netzwerke der "Nischensolidarität" nicht - oder jedenfalls nicht allein - aufgrund eigener Schwäche erodieren, sondern daß mit dem Einbruch westlicher Lebensumstände neue Bedingungen eingetreten sind, die sich erosiv auf vorhandene solidarische Bindungen auswirken, etwa Prozesse der Individualisierung, die im Prozeß der Modernisierung einen durchaus gewöhnlichen Effekt darstellen, wie Pollack (1992: 280) konstatiert.

Es gibt noch weitere Indizien dafür, daß es einen spezifischen Modus der sozialen Integration in der DDR, eine solidarische Lebensweise in den "Nischen", in der Tat gegeben hat.<sup>166</sup> Nur begann dieses

---

<sup>165</sup> Das INKOTA-Netzwerk wurde 1972 gegründet und war ein Zusammenschluß von in der DDR unter dem Dach der Evangelischen Kirche wirkenden Dritte-Welt-Gruppen. Man orientierte sich an dem Leitbild eines "menschlichen Sozialismus". Es wurde jedoch nicht pauschal die sozialistische Orientierung in Entwicklungsländern unterstützt, sondern in erster Linie Formen der Neu- und Selbstorganisation im Süden gefördert. (Letz 1994: 51f)

<sup>166</sup> Neben den Berichten von Ostdeutschen, denen neben Momenten der Verklärung auch ein wahrer Kern zugrundeliegen dürfte, und dem Bestand nachweisbarer Solidaritätsgruppen kann der Autor dieser Arbeit auf

Syndrom sozialer Normen und Traditionen, wenn nicht alle Anzeichen trügen, in dem Augenblick zu zerfallen - und ist heute (etwa von Offe: 1994: 35) als "Schimäre" diskreditiert -, in dem es dem Kontakt mit der westlichen Konsumkultur ausgesetzt wurde. Die alten Tausch- und Reziprozitätsbeziehungen haben sich demnach angesichts des Systemwechsels als wenig resistent herausgestellt. Es greift aber zu kurz, dies allein auf deren eigene Schwäche zurückzuführen. Vielmehr dürften auch die veränderten Rahmenbedingungen eine nicht unwichtige Rolle gespielt haben.

Man kann die Beziehung zwischen den offiziellen Institutionen der DDR und den "Nischen" als spannungsgeladenes, aber gleichzeitig auf paradoxe Weise symbiotisches Komplementärverhältnis begreifen: die Nischen kompensierten nämlich zahlreiche Defizite, insbesondere Versorgungslücken, die durch den offiziellen Modus operandi entstanden, wodurch nicht zuletzt die Lebensfähigkeit des gesamten Systems gesteigert wurde.<sup>167</sup> Andererseits förderte das System, wenn auch nicht intendiert, genau diese Freiräume, indem es aufgrund der "Zweiteilung" der Persönlichkeiten die Nischengesellschaft zur Aufrechterhaltung der eigenen Identität und aufgrund der Versorgungsdefizite die Pflege der Tauschbeziehungen zu unverzichtbaren Komponenten für das alltägliche Leben gemacht hat.

Mit dem Fortfall des DDR-Systems und dem Einzug der Marktwirtschaft entfielen sodann einerseits die *privilegierten* Zugänge zu Engpässen (einschließlich der Westwährung) und andererseits wurde individualistisches Bemühen um Zugänge zu den begehrten Gütern effizienter. Dabei stellt auch der massive Einzug von käuflich erwerbbaaren Statusobjekten einen Ansporn für individuelles Bemühen um Zugänge zum Wirtschaftssystem dar; es ist jetzt sinnvoller, für ein begehrtes Gut zu sparen und darauf hinzuarbeiten, als dieses für eine entsprechende Gegenleistung bei Bekannten einzutauschen. Mit anderen Worten: im Gesellschaftssystem der BRD ist systemkonformes Rollenhandeln häufig der beste Weg, seine eigenen Ziele zu erreichen. Dies gilt insbesondere bezüglich marktkonformen Handelns bei materiellen Zielen.

Auch benötigen Vertrauensbeziehungen keinen geschützten Raum mehr, so daß keine lange Vorgeschichte gemeinsamer Beziehungen mehr erforderlich ist, bis man "offener sprechen kann". Nicht zuletzt tritt das Gegenüber zunehmend als Konkurrent um Arbeitsplätze und begehrte Güter und immer weniger als Leidensgenosse in einem übermächtigen Staat auf.

Insgesamt sind also die Defizite und bedrohlichen Momente fortgefallen, welche die Vertrauensbeziehungen in der Vergangenheit massiv aufgewertet hatten. Die neuen Lebensumstände fordern darüber hinaus große Ressourcen an Zeit und Kraft für individuelle Bemühungen ein, die nicht mehr für die Beziehungspflege zur Verfügung stehen.

---

eine eigene Beobachtung zurückgreifen: während eines Aufenthaltes in Dresden im Jahr 1991 konnte ich in einem von Kleingewerbe und Einzelhandel geprägten Stadtteil beobachten, wie nach Ladenschluß eine Tradition des informellen wechselseitigen Austausches der tagsüber angebotenen Güter und Dienstleistungen gepflegt wurde, die materiell (mittlerweile) funktionslos war und damit offensichtlich schwerpunktmäßig der Beziehungspflege diente.

<sup>167</sup> Siehe hierzu etwa Engler (1995: 45), auch Marz (1992: 8, zitiert nach Engler (ebenda; Fußnote)).

Es kommt jetzt zu einer stärkeren Entsolidarisierung und Atomisierung der Individuen im Prozeß der Modernisierung, dem die alten Beziehungsnetzwerke aus DDR-Zeiten offenbar wenig entgegenzusetzen haben. Man mag dies bedauern oder gutheißen; statt aber die solidarischen Bindungen aus den Zeiten der DDR je nach Gusto zu goutieren oder zu desavouieren, gilt es zunächst, mit nüchternem Blick festzustellen, daß sie einst Funktionen innehatten, derer es heute nicht mehr bedarf. Das hat offensichtlich dazu geführt, daß sie weitgehend fortgefallen sind.

## ***B. Das Gerechtigkeitsideal der DDR und seine Auswirkungen***

### *1) Die "Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik"*

Während die offiziell verlaubte Solidarität nahezu ausschließlich von propagandistischem Wert war und selbst im "(n)ostalgischen" Nachhinein auf wenig Gegenliebe stößt, während des weiteren die Solidarität im kleinen Kreis bzw. in den Netzwerken der Gefälligkeiten schwerlich dem Staat anzurechnen war, wird die Politik der sozialen Gleichstellung, wie sie in der DDR verfolgt wurde, noch heutzutage von vielen Ostdeutschen gutgeheißen.

Der marxistischen Tradition zufolge mußte soziale Ungleichheit an der Quelle geändert bzw. revolutioniert werden, d.h. die kapitalistische Produktionsweise konnte im Gegensatz zum Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, das die BRD verfolgte, nicht im Nachhinein durch staatliche Umverteilung korrigiert werden. Die DDR verfolgte daher bekanntlich zusammen mit anderen Gesellschaften sowjetischen Typs einen Modernisierungspfad, in dem der Staat auf der Grundlage weitgehend verstaatlichter Produktionsmittel und institutionalisierter Einparteienherrschaft die Dominanz über das Wirtschaftssystem und damit über die Produktionsmittel innehatte. Dabei war es das erklärte Ziel aller in Ost- und Mitteleuropa herrschenden kommunistischen Parteien - so auch der SED -, eine Gesellschaft der materiellen Gleichheit und Gerechtigkeit aufzubauen. (Kohli 1994: 46) Daher spielte im Rahmen der offiziellen Selbstthematisierung die Beseitigung sozialer Ungleichheit und insbesondere die Freiheit von materieller Not eine entscheidende Rolle. Auch in der Gesetzgebung der DDR wurde immer wieder die Realisierung der Gleichheit betont, wie z.B. in der Verfassung sowie im Arbeits- und Familiengesetz der DDR ersichtlich ist. Die endgültige Zielsetzung bestand darin, den Übergang in die kommunistische, klassenlose Gesellschaft vorzubereiten. (Veil 1995: 154; Solga 1996: 18) Wie die anderen herrschenden kommunistischen Parteien erklärte auch die SED, eine solche Gesellschaft sei das Ziel der Menschheitsentwicklung, und sie reklamierte hierfür exklusives Wissen um den Weg zu diesem Ziel.<sup>168</sup> Theoretisches Zwischenstadium auf dem Weg zur kommunistischen Gesellschaftsordnung und faktisches Endergebnis bis zum Zusammenbruch war ein planwirtschaftlich-sozialistisch organisiertes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, dem im Rahmen einer verbindlichen Wirtschaftsplanung auf Kosten der Produktivität wirksame Regulierungsinstrumente zur Verfügung standen, um das Ziel einer geringeren

---

<sup>168</sup> Zu diesem Zweck fand ein machtpolitisch durchgesetzter sozialer Entdifferenzierungsprozeß statt, der die ökonomischen, wissenschaftlichen, rechtlichen, kulturellen und sonstigen sozialen Subsysteme ihrer Eigenständigkeit beraubte, ihre Rationalitätskriterien außer Kraft setzte oder politisch-ideologisch überlagerte. (Meuschel 1992: 10)



Ungleichheit der Einkommensverteilung im Vergleich mit marktwirtschaftlichen Systemen zu erreichen. (Hauser 1994: 464)

In erster Linie wurde eine starke Integration der Bevölkerung durch deren nahezu vollständige Einbindung in die Arbeitssphäre mittels hoher Erwerbsquote und betriebszentrierter Verteilung von Ressourcen angestrebt. Das primäre wirtschaftspolitische Ziel war daher die Gewährleistung des Rechts auf Arbeit durch eine *Beschäftigungsgarantie*. Diese hatte Verfassungsrang und die staatsmonopolistische Planwirtschaft hatte sie zu implementieren.<sup>169</sup> (Montada 1995: 318) Die Einkommensungleichheit war dabei erheblich geringer als in kapitalistischen Arbeitsmarkt-Gesellschaften, aber das verfügbare Einkommen war ebenfalls wesentlich niedriger. (Offe 1994: 115) Förmliche Arbeitslosigkeit war zwar nahezu unbekannt; diese soziale Errungenschaft wurde allerdings mit großen Ineffizienzen der Produktion bezahlt<sup>170</sup> und führte zu einer weitverbreiteten versteckten "Arbeitslosigkeit am Arbeitsplatz"; in diesem Sinne war die DDR zwar eine Arbeitsgesellschaft, aber keine Leistungsgesellschaft. (Kohli 1994: 46) Ein weiteres bedeutsames Merkmal des Realsozialismus war die *betriebszentrierte Sozialpolitik*. Betriebe waren ein wichtiger Ort mit vielfältigen sozialen Funktionen und Versorgungsaufgaben. Den Betrieben waren zahlreiche Einrichtungen zugeordnet: Kinderkrippen und -gärten<sup>171</sup>, Erholungseinrichtungen, Betriebsberufsschulen, Institutionen der Erwachsenenbildung und medizinische Betreuung; die Vergabe von Wohnungen, Urlaubsplätzen, Kuren, die Delegierung zum Studium erfolgten z.T. über den Betrieb. Kulturelle Aktivitäten und Freizeitgruppen wurden durch die Betriebe gefördert. Nicht selten dominierten größere Betriebe das kommunale Leben. (Ebenda: 43)

Es gab ferner eine weitreichende *Subventionierung lebensnotwendiger Güter*: Miete, Grundnahrungsmittel, Bekleidung etc.; außerdem die Einheitsschule sowie die besondere Förderung von Arbeitern, Bauern und Frauen. (Offe 1994: 115; Solga 1996: 18) Billig waren durchweg Dienstleistungen, z.B. öffentliche Verkehrsmittel, Strom, Postgebühren. (Friedrich 1989: 175)<sup>172</sup>

---

<sup>169</sup> Demgegenüber wird in einem marktwirtschaftlichen System zwar ebenfalls das Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes verfolgt, aber lediglich eine makroökonomische Steuerung praktiziert, die individuelle Arbeitslosigkeit keineswegs ausschließt. Für Arbeitslose wird nur eine Teilabsicherung des ausfallenden Arbeitseinkommens vorgesehen, um einerseits einen am früheren Einkommen orientierten, aber abgesenkten Lebensstandard zu sichern und um andererseits Arbeitsanreize nicht allzusehr zu schwächen. (Hauser 1994: 464)

<sup>170</sup> Eigenes Engagement oder Eigeninitiative schienen sich bei dieser Form der Arbeitsorganisation nicht zu lohnen oder gar selbstschädigend zu wirken. Der Arbeitsplatz war sowieso gesichert, Eigeninitiative scheiterte an unmotivierten Kollegen und Vorgesetzten, die mit Mißmut oder Abwehr auf sie reagierten, und nicht zuletzt an der Materialknappheit. Aufgrund der Erfahrung der gesellschaftlichen Nutzlosigkeit individueller Leistung ging vor allem in den achtziger Jahren die Arbeitsmotivation stark zurück. (Vollbrecht 1993: 11)

<sup>171</sup> Die Versorgung von Kleinkindern mit Krippen- und Kindergartenplätzen war großzügig geregelt, um die weibliche Arbeitskraft für die Tätigkeit in der Produktion freizusetzen.

<sup>172</sup> Das Buch von Friedrich (1989) ist übrigens insofern sehr interessant, als es eines der letzten westdeutschen Bücher über die DDR war, die vor ihrem Zusammenbruch erschienen sind. Auffällig ist insbesondere der Unterschied im Sprachduktus im Vergleich zu späteren Veröffentlichungen: während bei Friedrich das ernsthafte Anliegen deutlich wird, die westlich orientierte **Bundesrepublik** als den sowohl überlegeneren als auch moralisch integeren Landesteil darzustellen, wobei Friedrich sich ernsthaft, sichtlich bemüht und zum Teil zornig an den Verlautbarungen der offiziellen DDR-Linie abarbeitet, zeichnen sich spätere Darstellungen häufig - allen voran Wölle (1998), aber teilweise auch Engler (1992) - durch einen belustigenden Stil aus, wobei sie die Organisation des Staates DDR als ineffizient und ihr Führungspersonal als lächerliche Dilettanten darstellen.

Soziale Sicherung wurde nicht zuletzt auch über *Transferzahlungen* - vor allem Renten - erreicht. (Kohli 1994: 46) Das mit immer höheren Subventionskosten erkaufte starre Festhalten an "billigen und stabilen" Preisen im Bereich des Grundbedarfs führte allerdings zunehmend zu Verschwendung und Fehlallokation. So war etwa das fast unentgeltliche Wohnen mit einem galoppierenden Verfall der Bausubstanz verbunden (Hockerts 1994: 536), die Gesundheitsdienste und viele andere soziale Dienste waren zwar für die Nutzer kostenfrei, hinkten aber dem Stand im Westen hinterher und waren häufig qualitativ unzulänglich. (Offe 1994: 115)

In der DDR gab es offiziell keine Armut, die ein nahezu unbekanntes Lebensrisiko war, und auch Risiken wie Wohnungs- und Arbeitsplatzverlust wurden fast vollständig ausgeschlossen. (Friedrich 1989: 146; Winter 1995: 5) Alles in allem hat es eine materielle Ungleichheit, wie sie die Bürger der Neuen Bundesländer heute erleben, in der DDR so nicht gegeben. Der Höchstverdienst war nur etwa fünfmal so groß wie das Mindesteinkommen, während der entsprechende Faktor in der **Bundesrepublik Deutschland** laut Höppner (1997: 10) über 50 liegen dürfte.<sup>173</sup>

Die soziale Sicherung war aber keineswegs so dicht und umfassend, wie sie sich heutzutage im Nachhinein oft den Anschein gibt. Der größte Wehrmutstropfen in dieser Hinsicht dürfte in der Tatsache bestanden haben, daß die Altersrenten im Vergleich zu den meisten westlichen Ländern ausgesprochen niedrig waren. Der Durchschnitt aller Renten betrug im Jahr 1988 380,17 Mark (Wolle 1998: 181), eine Summe, die trotz niedriger Mieten und gestützter Preise ein Leben am Rande des Elends bedeutete. Der Übergang von der Berufsarbeit zur Rente bedeutete daher einen erheblichen Einschnitt in die Lebens- und Konsumgewohnheiten; viele mußten sich durch Nebentätigkeit etwas hinzuverdienen. (Friedrich 1989: 173) An die teuren Industrieprodukte jeglicher Art einschließlich Kleidung und Schuhe war überhaupt nicht oder nur selten zu denken. (Wolle 1998: 181; siehe auch Kohli 1994: 45) Das Verhältnis zwischen den Durchschnittseinkommen und den Durchschnittsrenten hat sich sogar ständig zu Ungunsten letzterer verschoben. Wolle (1998: 182) erklärt dies folgendermaßen: die Ursache dafür lag in einer streng ökonomisch orientierten Sozialpolitik. Die SED-Führung brauchte gesunde und leistungsfähige Arbeiter, Spezialisten und Soldaten. Rentner waren aus dieser Sicht für die Gesellschaft irrelevant und konnten sich zudem kaum wehren.<sup>174</sup> Die stark benachteiligten Rentner waren aber in einer ganz anderen Hinsicht privilegiert: sie durften frei reisen. Vor allem diese Freiheit wurde in der DDR als starkes Privileg empfunden. (Friedrich 1989: 185)

Der Gleichheitsgrundsatz wurde durch weitere Fakten durchbrochen, vor allem durch die Existenz einer Nomenklatura, die zahlreiche Privilegien innehatte. Nominell war das Eigentum an Produktionsmitteln zwar vergesellschaftet, aber de facto realisierte sich das gesellschaftliche Eigentum nicht als Volkseigentum, sondern als Staatseigentum. Die politische Macht verband sich so mit der Macht über den Produktions- und Verteilungsprozeß. Aufgrund dieses Umstandes konnte sich die Nomenklatura einen privilegierten Anteil aus dem produzierten Reichtum aneignen. (Solga

---

<sup>173</sup> Auch in den Neuen Bundesländern hat die Einkommensungleichheit mittlerweile deutlich zugenommen, aber immer noch nicht das Ausmaß an Ungleichheit wie in den alten Bundesländern erreicht. (Bohle 1997: 127)

<sup>174</sup> Vor diesem Hintergrund und eingedenk der Anpassung des ostdeutschen Rentenniveaus an westliche Standards wird deutlich, daß insbesondere die Rentner den Gewinnern der Einheit zuzurechnen sind.

1996: 20) Sie verdiente nicht nur mehr Geld, sondern sie erhielt auch bessere Wohnungen, sie konnte sich Autos leisten und bekam diese auch problemlos zugeteilt; dasselbe galt für das Telefon sowie für einen besseren Wohnkomfort (z.B. mit modernem Heizungssystem); ihr standen eigene Geschäfte und Krankenhäuser zur Verfügung; ihr wurden ständig Tische in Restaurants reserviert; sie erhielt Zugang zu westlichen Druckerzeugnissen, konnte freier reisen etc. (Friedrich 1989: 184) Der Zugang zu diesen Gütern war keineswegs nur einkommensabhängig, sondern auch abhängig von der jeweiligen Klassenlage, das heißt selbst bei gleichem Einkommen bei Angehörigen der Nomenklatura weitaus häufiger vorzufinden als bei den Arbeitern. (Solga 1996: 26) Gemessen an den Verhältnissen in der (alten) **Bundesrepublik** waren diese Unterschiede zwar auf einem deutlich niedrigeren Niveau, aber dennoch waren sie mehr als nur ein bloßes "Überbleibsel" an Ungleichheit. Der Sozialismus führte also in der DDR wieder in eine Art Klassengesellschaft, nur daß diese nicht auf Privatbesitz, sondern auf den staatssozialistischen Eigentumsverhältnissen aufruhte. (Ebenda: 26f)

Als weitere Momente der Ungleichheit sind noch zu erwähnen, daß mancher Handwerker ein höheres Einkommen als der Durchschnittsarbeiter erhielt, und daß auch materielle Vorteile besaß, wer über Westwährung verfügte (Friedrich 1989: 184), die einem Zugang zu den "Intershops" verschaffte, einem Angebot, das nur wenigen zur Verfügung stand.

Trotz all dieser Makel herrschte aufgrund der sozialpolitischen Regelungen und Bemühungen in der Bevölkerung selbst bei einer kritischen Sicht auf das System die Auffassung vor, daß es der DDR gelungen sei, eine weitgehende Angleichung der Lebensverhältnisse ihrer Bürger und Bürgerinnen durchzusetzen. Das gesellschaftliche Organisationsmodell der DDR war mit großer Hoffnung auf soziale Gleichheit und ausgleichende Sozialpolitik besetzt und auch die DDR-Medien betonten oft und gern die soziale Sicherheit im allgemeinen und die des Arbeitsplatzes im besonderen. (Wolle 1998: 126) Dem entspricht die auch heute noch weitverbreitete Erfahrung einer als umfassend erinnerten Struktur sozialer Sicherheit in der DDR. (Wensierski 1994: 400) Werte wie Arbeitsplatzsicherheit, niedrige Preise des Grundbedarfs und Unentgeltlichkeit des Gesundheitswesens haben auch die Loyalitätsbereitschaft großer Kreise der Bevölkerung viel stärker getragen, als es der Glaube an die ideologische Doktrin jemals vermochte.<sup>175</sup> Je länger sie fort dauerten, um so mehr waren es gerade solche nichtideologischen Stützbalken, auf denen die Last des Legitimationsanspruchs der DDR ruhte. (Hockerts 1994: 536) Sie dienten vor allem in der Ära Honecker als Legitimationsbeschaffer für die politische Machtelite. Dabei bedeutete insbesondere die Strategie der *"Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik"* in ihrer Konsequenz bescheidene ökonomische Erfolge bei einem hohen Niveau sozialer Sicherheit. (Meier 1990: 3; Riege 1992: 285; Häuser, Schenkel u. Thaa 1992: 62f) Mit dieser seit 1976 immer wiederkehrenden Formulierung konzipierte die Parteiführung faktisch eine Art sozialistischer Konsumgesellschaft und gab damit

---

<sup>175</sup> Was mit den sozialistischen Ideen oder gar mit der Lehre von Marx, Engels und Lenin gemeint war, außer daß sie auf Gerechtigkeit, Gleichheit oder Fortschritt zielten, wußte nach Pollack (1992: 276) in der Normalbevölkerung kaum jemand.

implizit zu, daß die konkreten Lebensvorstellungen der Arbeiter in der DDR sich nicht grundsätzlich von denjenigen ihrer Kollegen in westlichen kapitalistischen Industriestaaten unterschieden.

Die staatliche Selbstverpflichtung zur Existenzsicherung ging jedoch einher mit einem *pater-nalistischen Regime* der Strafen, Vorenthaltungen und der allgemeinen Gewährleistung. Das System wirtschaftlicher Versorgungsleistungen war nämlich mit der Forderung politischer Anpassung verbunden, so daß für den, der sein privates Glück und seine berufliche Position im Auge hatte, klar war, daß er mitmachen und sich den Erwartungen des Systems beugen mußte. Das bedeutete eine weitreichende institutionelle Verregelung und soziale Absicherung des Lebenslaufs, wodurch einerseits die eigenen biographischen Optionen weitgehend vorstrukturiert waren. Andererseits schützte diese institutionelle Rundumversorgung aber nahezu vollständig vor sozialer Marginalisierung. (Wensierski 1994: 377) Die Gesellschaft bewahrte ihre Mitglieder vor dem Abdriften in das soziale Abseits, sie hinderte sie aber auch am Ausbruch aus den engen Grenzen des realsozialistischen Alltags. Zwischen Repression durch den Machtapparat und der Fürsorge durch das Kollektiv bestand eine enge Verflechtung. Die DDR bot ihren Bürgern Geborgenheit und Sicherheit - beides wichtige Schlüsselworte zum Verständnis der DDR. Sicherheit hatte jedoch die schwebende Doppeldeutigkeit von Staatssicherheit und sozialer Sicherheit. (Wolle 1999: 641) Insgesamt war auf diese Weise in der DDR ein hoher Grad an sozialer Sicherung auf relativ niedrigem materiellen Niveau zum Preis des Verzichts auf selbstbestimmte Lebensplanung und gesellschaftliche Mobilität vorzufinden. Sicherheitsgewinn wurde also vom einzelnen durch Autonomiepreisgabe erkaufte und individuelle Ziele wurden auf vorgesehene biographische Bahnungen ausgerichtet. Nach der Auffassung von Offe (1992: 48) hat dieses Arrangement einer verbreiteten Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit durchaus entsprochen, denn anders wäre die lange Stabilität der DDR nicht zu erklären. In diesem Zusammenhang ist in der Literatur auch häufig vom Begriff der "*Versorgungsmentalität*" die Rede, die dazu führte, daß sich nicht nur das System den jeweils einzelnen untergeordnet hat, sondern umgekehrt auch jeder einzelne versuchte, das System - freilich im Rahmen des Erlaubten - für seine Zwecke zu nutzen; Obrigkeitshörigkeit und Versorgungsmentalität gingen also gewissermaßen Hand in Hand. (Pollack 1992: 273; 276) Entscheidungsträger und Betroffene sahen demnach die auftretenden Probleme sehr stark unter dem Aspekt der Verteilung, die eine omnipotente Verwaltung mehr oder weniger gut regeln könne. Folgerichtig machten die Bürger "die da oben" für alles verantwortlich. So war der allgegenwärtige Staat, wenn er schon nicht Glück und Wohlstand garantieren konnte, doch wenigstens die Grundlage für Kritik und Klage, für eine schließlich verinnerlichte Einstellung, die viele nach der Wende auf das marktwirtschaftliche System übertragen haben. (Wolle 1998: 191)

## 2) Sozialistisches Leistungsprinzip

Trotz der proklamierten "Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik", die, wie wir gesehen haben, inhaltlich mit dem Gleichheitsgrundsatz verknüpft war, gab es Ansätze, die "Triebkraft sozialer

Unterschiede"<sup>176</sup> anzuerkennen und zu erschließen insbesondere durch den Versuch, Leistungsanreize zu schaffen. Unterschiedliche Einkommen standen demnach nicht im Gegensatz zur Staatsdoktrin, denn der Sozialismus versprach nicht gleiche Einkommen, auch nicht jedem Bürger ein Leben nach seinen Bedürfnissen, sondern - wie es in Artikel 2 der DDR-Verfassung hieß - die Verwirklichung des sozialistischen Leistungsprinzips, welches lautete: "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung".<sup>177</sup> Die Gesellschaft der DDR sollte also eine Gesellschaft sein, in der das Leistungsprinzip<sup>178</sup> verwirklicht ist allerdings ohne grundlegende Klassenunterschiede. (Friedrich 1989: 172) Dabei sollten Leistung und Lohn des einzelnen in einen unmittelbaren Zusammenhang gestellt werden: "der Anteil des Einzelnen an dem für die individuelle Konsumtion der Werktätigen verfügbaren Einkommen (sei) *seinem Beitrag proportional*." (Rössler, Schmidt u. Seidl 1988: 32, Hervorhebung von mir. PS). Das sozialistische Leistungsprinzip sollte insbesondere der Verfolgung dreier Ziele dienen: in seiner ökonomischen Funktion der Steigerung der Produktionsrate, in seiner erzieherischen Funktion der Schaffung einer hohen Arbeitsmoral und -disziplin und in seiner sozialen Funktion der Optimierung der Bedürfnisbefriedigung bzw. der Steigerung des materiellen Lebensniveaus der Bevölkerung. (Koschwitz u. Mallock 1988: 7f)

Das sozialistische Leistungsprinzip blieb aber ausdrücklich dem Gleichheitsprinzip untergeordnet. Letzteres blieb die Zielperspektive, während man sich mit dem sozialistischen Leistungsprinzip der Faktizität gebeugt hatte, indem man hoffte, auf seiner Grundlage eine höhere Produktivität zu erreichen: "Die Verteilung nach der Arbeitsleistung ist ein spezifisches ökonomisches Gesetz des Sozialismus" (Rössler, Schmidt u. Seidl 1988: 14), aber gleichzeitig bleibt das grundlegende Ziel der Wirtschaftspolitik "die Vervollkommnung der materiellen Bedingungen zur Ausprägung der sozialen Gleichheit *aller* Mitglieder der Gesellschaft (...). Zum Maß der Verteilung können die Bedürfnisse aber erst in der zweiten, höheren Phase der kommunistischen Gesellschaftsformation werden." (ebenda: 34, Hervorhebung von mir. PS) Das langfristige Ziel der materiellen Gleichheit wurde in der Politik also zugunsten einer stärkeren Differenzierung nach Leistung<sup>179</sup> aufgeschoben.

---

<sup>176</sup> Hervorgetan hat sich in der DDR diesbezüglich vor allem der Soziologe Manfred Lötsch (Meuschel 1992: 221-273; siehe auch Hockerts 1994)

<sup>177</sup> Rechtliche Grundlage war nicht nur der Verfassungsartikel 2, sondern auch das "Gesetz der Verteilung nach Arbeitseinkommen", das die planmäßige Übereinstimmung von Leistung und Arbeitseinkommen erforderte und dem Grundsatz folgte: "Was der Gesellschaft nützt, muß auch für den Einzelnen vorteilhaft sein." (Ökonomisches Lexikon [der DDR] Bd. I: 791)

<sup>178</sup> Während der Begriff der "Leistungsgesellschaft" in der DDR ausdrücklich negativ konnotiert war, denn er wurde nach offizieller Auffassung im Westen apologetisch verwendet, um die negativen sozialen Folgen (u.a. Frühinvalidität, Arbeitslosigkeit und Lohneinbußen, Ausschluß aus dem Arbeitsprozeß ab dem 45. Lebensjahr) des westlichen Wirtschaftssystems "zu verschleiern" (Ökonomisches Lexikon, Bd. II: 51), wurde der Begriff "Leistungsprinzip" hingegen als "humanistisches Prinzip" aufgefaßt, welches lautete: "jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung" und das "nicht nur eine sozial gerechtere Verteilung ohne Ausbeutung sichert, sondern vor allem den Weg für ein schnelles Wachstum der Produktion freimacht. (...) Das Prinzip ist so gestaltet, daß der einzelne und das Kollektiv an hohen Leistungen für die Gesellschaft interessiert sind und der gesellschaftliche Nutzen unmittelbar materiell den einzelnen Gliedern der Gesellschaft spürbar wird". (Ebenda Bd. I: 92)

<sup>179</sup> Die *konkrete Umsetzung* des sozialistischen Leistungsprinzips figurierte unter dem Stichwort "Leistungsorientierte Lohnpolitik" und sollte über Lohn und Prämien erfolgen. (Koschwitz u. Mallock 1988: 6f, 11) Hierzu dienten die *Einstufung in die Lohngruppe*, wobei die Unterschiede zwischen zwei Lohngruppen ca. 0,30 M pro Stunde, also rund 50 M im Monat betrugen (ebenda: 15), der *Mehrleistungslohn* und die *Lohnprämie*, die laut Koschwitz u. Mallock (1988: 20) zwischen 20 u. 30 v.H. des Gesamtlohnes ausmachen

*De facto* blieb die Differenzierung nach Leistung aber äußerst schwach ausgeprägt. Die individuell erbrachten Leistungen standen in der Regel in keinem nachvollziehbaren Zusammenhang zu den Gegenleistungen, die der Einzelne erhielt. (Kohli 1994: 46; Riege 1992: 287) Soziale Aufstiege waren in der DDR zwar dem Namen nach am Leistungsprinzip orientiert, wurden jedoch gleichzeitig primär nach dem politischen Loyalitäts- und Belohnungsprinzip organisiert und gesteuert. (Hoerning 1996: 23) Wo die Verteilung von Lebenschancen nicht aufgrund von politischem Wohlverhalten erfolgte, herrschte eine nivellierte Entlohnung<sup>180</sup> und Statuszuweisung vor. Für bestimmte Teile der Bevölkerung wurden auf diese Weise Privilegien geschaffen, während die anderen ihren Platz in der festgefügtten Reichtumshierarchie relativ schnell erreichten und ihn anschließend weder verbessern noch verlieren konnten. (Riege 1992: 288) Änderungen aus individuellem Antrieb waren daher nur schwer möglich, was zu Motivationsverlust und letztlich zur Verweigerung auf vielen Gebieten führte, auch und vor allem zur Zurückhaltung von Leistung.

Nicht zuletzt waren reine Geldprämien relativ wertlos im Vergleich zu anderen inoffiziellen Tauschmedien, denn die Gütermärkte wurden nur begrenzt durch Geld reguliert. Es war zwar eine notwendige, aber oft keine hinreichende Bedingung zum Erwerb eines Gutes und es vermittelte bei vielen knappen Gütern nur das Recht, sich dafür in eine Warteschlange einreihen zu dürfen. Statt dessen gab es andere Formen des Zugangs zu knappen Ressourcen: zum Beispiel politische Privilegierungen, das Westreiseprivileg für Rentner, persönliche Beziehungen und Abhängigkeiten, der Besitz sogenannter Mangelwaren oder die Verfügungsmöglichkeiten über Mangeldienstleistungen und der Besitz von Westgeld. (Ebenda: 289; Kohli 1994: 48) Während das Leistungsprinzip auf diese Weise vollends ausgehebelt wurde, entstand außerdem in der DDR neben der fest etablierten politischen Hierarchie eine unsichtbare Gesellschaftspyramide, in der Oberkellner in Nobelrestaurants oder Inhaber von Fliesenlegerfirmen durchaus über den Repräsentanten des SED-Apparates rangieren konnten. Diese "Auswüchse" der Verteilungsmacht wurden zwar immer wieder öffentlich kritisiert und gelegentlich mit administrativen Mitteln bekämpft, aber gerade solche Versuche staatlicher Reglementierung der Distribution verstärkten auf längere Sicht den Mangel und damit wiederum den Einfluß seiner Verwalter. (Wolle 1998: 213)

---

konnten, sowie ein *Prämienfonds*, der aus dem Gewinn des Betriebes finanziert wurde und aus dem heraus Geld- oder Sachprämien vergeben wurden. (Ebenda: 31) Als *Leistungskriterien* galten bezüglich der Einstufung in die Lohngruppe Qualifikation und Verantwortung, bezüglich des Mehrleistungslohnes und der Lohnprämie das Arbeitsergebnis, das mit entsprechenden Leistungskennzahlen verglichen wurde (ebenda: 2f, 20), wobei gemäß dem Anspruch der Theorie ständig evaluiert werden mußte, welche Bedeutung welche Produkte bzw. Arbeitsschritte für die Erfordernisse der gesellschaftlichen Gesamtentwicklung hatten. Nur "bedeutende Faktoren" sollten durch die Lohnpolitik gefördert werden: "Die Arbeitsleistung ist immer eine nach gesellschaftlich notwendigen und möglichen Maßstäben zu bewertende Größe." (ebenda: 13)

<sup>180</sup> Nach dem Bericht einer Studentin wurden die den Betrieben zur Verfügung stehenden Prämien häufig als ein "gemeinsamer Topf" aufgefaßt, dessen Inhalt einfach gleichmäßig unter den Mitarbeitern aufgeteilt wurde. (Ich danke Monika Matthes für diesen Hinweis. PS)

### *C. Ausblick: Übergangsprobleme nach der Vereinigung*

Solidarität war in der DDR entweder hochambitioniert (wenn auch fragwürdig), stieß aber kaum auf Resonanz und blieb gewissermaßen im Stadium der Proklamation stecken, oder sie war kleinräumig und sehr partikular, wies dafür aber eine hohe Handlungsbereitschaft auf. Das "Gleichheitsideal der DDR" schließlich stieß zwar auf hohe Resonanz, wurde aber lediglich durch den Staat garantiert und generierte in der Bevölkerung eine passive Haltung.

In Ostdeutschland ist ein komplettes Gesellschaftssystem zusammengebrochen, das in ökonomischer Hinsicht durch relativ geringe Einkommens- und Vermögensunterschiede, das Fehlen von Arbeitslosigkeit und durch allgemeine Daseinsvorsorge durch den Staat, wenn auch auf niedrigem Niveau, gekennzeichnet war. (Braun und Kolosi 1994: 41f) Mit dem Beitritt zur BRD im Jahre 1990 setzte für die Bürger der nun "ehemaligen" DDR von einem Augenblick auf den anderen ein erheblicher Anpassungsdruck an die bundesrepublikanische Realität ein, insbesondere an ihr Wirtschafts- und Sozialsystem, die unverändert auf die neuen Länder übertragen wurden. Während das zuvor gestellte Beitrittsge such vielmehr in der Erwartung der Teilhabe am westlichen Wohlstand gestellt wurde (Montada 1995: 321), erforderte dieser Anpassungsdruck gänzlich neue Verhaltensweisen und Orientierungen. Bisheriges Orientierungswissen und frühere Lebensgewohnheiten verloren damit schlagartig an lebenspraktischer Bedeutung und wurden in ihrer Funktion als Entscheidungshilfen massiv entwertet.

Ein zentraler Aspekt ist in dieser Hinsicht die hohe Bedeutung, die große Teile der ostdeutschen Gesellschaft bis heute der Erwerbsarbeit zuschreiben. Diese läßt sich nicht allein aus der reinen Notwendigkeit materieller Existenz erklären. Nicht zu arbeiten, heißt nach Gensicke (1995: 145) für die Betroffenen vielmehr, nichts Sinnvolles zu tun, nicht an dem Prozeß der technischen Bewältigung der Realität teilzunehmen, der letztlich den Sinn des menschlichen Lebens ausmacht und der Garant persönlicher Entwicklung ist. Arbeit war demnach im Leben der Ostdeutschen immer ein zentraler Definitionspunkt ihres Lebens. Sie war ferner tägliches Öffentlichkeitspodium, Informations- und Kommunikationsbörse und nicht zuletzt selbstverständlich auch Erwerbsquelle und Ort persönlicher Bestätigung. (Lindner 1997: 35) Nun begann aber unmittelbar nach dem Beitritt in Ostdeutschland eine rasante Ausgrenzung aus der Arbeitssphäre, die ganze Gruppen (vor allem Ältere und bestimmte Berufsgruppen) und Regionen erfaßt hat, worauf niemand vorbereitet war. (Riedmüller 1994: 74) Dies führte zur Erfahrung gegenseitiger Konkurrenz in einer bis dahin unbekannten Schärfe und zu bis dahin völlig unbekannten, ja undenkbaren Formen existentieller Gefährdung wie Armut, Wohnungs- und Arbeitsplatzverlust. Mit der Übernahme der Marktökonomie löste sich ferner die bis dahin im Vergleich zu Westdeutschland relativ homogene Sozialstruktur auf, und sozialökonomische Spaltungen nach westdeutschem Muster begannen sich abzuzeichnen. (Hanesch u.a. 1994: 33) Der Zusammenbruch des DDR-Regimes führte auch zur Auflösung der Massenorganisationen, und viele Industriebetriebe und LPGs wurden entweder geschlossen oder verloren doch zumindest ihre integrativen Zusatzfunktionen. Auch die Beziehungspflege im Rahmen

der Nischensolidarität wurde in vielerlei Hinsicht funktionslos und ist weitgehend fortgefallen.<sup>181</sup> In der **Bundesrepublik Deutschland** finden die neuen Bundesbürger damit insgesamt soziale und kulturelle Differenzierungsprozesse vor, die der DDR als einer wenig ausdifferenzierten Gesellschaft mit unterdrückten soziokulturellen Darstellungsmöglichkeiten von Distinktion und Ungleichheiten ebenso unbekannt waren wie die Erfahrung der Arbeitslosigkeit. (Blum 1995: 38)

Daher fällt es bis heute vielen schwer, ihre bisherigen Erfahrungen und Lebensmuster einzuordnen und zu bewerten, und es wird absehbar noch geraume Zeit brauchen, bis die entsprechenden Werthaltungen und Umgangsformen "habitualisiert" sind. Bis dahin rangiert die ostdeutsche Bevölkerung zwischen staatssozialistischer Prägung und Neuorientierung in einer marktwirtschaftlich verfaßten Gesellschaft. (Mau 1997: 14; siehe auch Hanesch u.a. 1994: 43) Daher scheint die Feststellung von Bäcker (1993: 835) durchaus angebracht, wonach sich in der **Bundesrepublik nach der Vereinigung** zwei Gesellschaften mit unterschiedlichen Wertorientierungen, Lebensstilen und Ansprüchen befinden. Aus diesem Grunde ist es eine wichtige Frage, wie die Menschen in Ostdeutschland das neue - im wesentlichen das alte westdeutsche - System der sozialen Ungleichheit wahrnehmen, wie sie es bewerten und welche Forderungen sie an den Staat stellen. Dabei ist davon auszugehen, daß die Leitbilder der aufgegebenen Gesellschaftsformation nachwirken und mentale Prägungen hinterlassen haben, die durch Erfahrungen mit dem marktwirtschaftlichen System mitunter noch verstärkt werden können.

So wird insbesondere und trotz aller oben beschriebenen Makel und Mängel auch heutzutage noch die Politik der sozialen Gleichstellung, wie sie in der DDR verfolgt wurde, von vielen Ostdeutschen gutgeheißen. Die ostdeutsche Bevölkerung hat ein hohes Anspruchsniveau bezüglich sozialer Sicherheit, die als politischer Grundwert durchweg von fast allen Ostdeutschen als "sehr wichtig" bzw. "wichtig" angesehen wird. (Offe 1994: 54; Misselwitz 1996: 10) Ungleichheit wird von der ostdeutschen Bevölkerung dagegen extrem kritisch gesehen und insbesondere der Staat soll eine umfassende Korrektur markterzeugter Ungleichheit vornehmen. (Mau 1997: 1) Dabei differiert zwischen Ost- und Westdeutschen auch die *Bewertung* des westdeutschen Sozialsystems, der offenbar Unterschiede in der Sozialisation und der jeweiligen sozialen Lage zugrunde liegen. (Zapf 1994a: 158f) So sieht nur ein Viertel der Ostdeutschen im Gegensatz zu einer knappen Hälfte der Westdeutschen im System der BRD die soziale Sicherheit gewährleistet, eine Errungenschaft, die die Ostdeutschen fast einhellig der DDR zuschreiben.<sup>182</sup> (Ebenda) Dabei herrscht der Eindruck vor, daß

---

<sup>181</sup> Letzteres stützt das Theorem von Hechter (1987), wonach Marktversorgung solidarische Gruppen überflüssig machen kann, wenn bisher gemeinsam hergestellte Güter auf dem Markt billiger beschafft werden können.

<sup>182</sup> Auch die Höhe der vorhandenen Einkommensdifferenzen wird von den Ostdeutschen skeptisch betrachtet. So stimmen 97 v.H. (Westen 83 v.H.) der Ostdeutschen der Aussage zu, die Einkommensdifferenz sei zu groß. Davon stimmen 60 v.H. (Westen 30 v.H.) "voll zu". (Datenbasis: ISSP 1992, zitiert nach Mau 1997: 60) Die Befürwortung eines einschränkenden Einkommenskorridors (Compressed Range) ist zwar ein Muster, das sich in allen Ländern finden läßt, (Mau 1997: 63) aber es ist in Ostdeutschland stärker ausgeprägt als in Westdeutschland. Kontrovers ist unter den Forschern allerdings, wie die Jüngeren soziale Ungleichheit bewerten. Laut Bürklin (zitiert nach Wegener u. Liebig 1993: 677) wird diese von den Jüngeren weit mehr akzeptiert als von den Älteren. Egalitäre sozialistische Ideale dürften nach dieser Auffassung als langfristig sozialisierte Werthaltungen nur bei den Älteren zu finden sein, während die Jüngeren diese ablehnen. (Wegener u. Liebig 1993: 678) Friedrich u. Förster (1997: 50) sind dagegen der Auffassung, daß auch die



in der DDR eine weitgehende Angleichung der Lebensverhältnisse gelungen war. Insbesondere der Eindruck einer als umfassend erinnerten Struktur sozialer Sicherheit, die die Freiheit von materieller Not bzw. die Sicherheit vor Armut und Arbeitsplatzverlust und die Unentgeltlichkeit des Gesundheitswesens umfaßte, ist Zeichen einer positiven Bewertung im Nachhinein, wie sie der Glaube an die ideologische Doktrin zu keinem Zeitpunkt zu erzeugen vermochte. Die DDR-Bürger hatten sich an umfassende staatliche Sozialleistungen gewöhnt, die eine weitgehende Sicherheit für die eigene Lebensplanung boten. (Nickel 1993: 235; Bütow 1995: 106) Während heute die Vielzahl der gesellschaftlichen Einflußquellen irritierend sein kann, versteht man die Sehnsucht vieler Ostdeutscher nach dem mächtigen, wenigstens aber allgegenwärtigen Staat, der sich, wenn er schon nicht Glück und Wohlstand garantieren kann, doch zumindest als Adressat für Kritik und Klage eignet. (Montada 1995: 319) Vor allem faßt ein großer Teil der Ostdeutschen anders als die meisten Westdeutschen sein Schicksal *nicht* als individuell verursacht auf. Zu dieser Sichtweise paßt auch, daß die Ostdeutschen Arbeitslosigkeit aufgrund ihrer weiten Verbreitung primär als kollektives Schicksal erfahren und auffassen. Sie erscheint ihnen nicht als individuelles Leistungsveragen, während es in den westlichen Gegenwartsgesellschaften nach Auffassung von Engler (1995: 216) eine Tendenz zur Überindividualisierung und damit zur Selbstzurechnung fremdverursachten Geschehens gibt. Eine höhere Sensibilität für Gleichheit und die Notwendigkeit von Solidarität macht die Ostdeutschen empfänglicher als die Westdeutschen für das Auseinanderfallen der Werte von Gleichheit und Solidarität auf der einen Seite und der von Freiheit und anderen Werten der Demokratie auf der anderen Seite. Dieses Phänomen ist kein Ostprodukt, sondern hier nur deutlicher sichtbar. (Wolle 1999: 647; siehe auch Meulemann 1999: 651) In dieser Hinsicht ist der Osten gewissermaßen ein "Seismograph" (ebenda: 645) für dieses Phänomen.

Weder diese Haltung, noch ihre spezifische soziale Lage führen aber die Ostdeutschen automatisch zu kollektiven Lösungsstrategien. Indem der offizielle Solidaritätsbegriff in der DDR in die Zielsetzung einer allgemeinen gesellschaftlichen Formierung eingebunden war, wurde Solidarität mit der alltäglichen Routine gleichgesetzt und gleichsam entzaubert. Und für eine Solidarität bzw. eine Strategie gemeinsamen Handelns von unten nach oben, die über intermediäre Organisationen vermittelt wird, gab es in der DDR keinen Modus. Dem völligen Fehlen selbstorganisierter Gruppen stand ein umfassender Zugriff hochzentralisierter Massenorganisationen gegenüber, die für sich eine Deutungshoheit der subjektiven Bedürfnisse und der objektiven Interessen angemaßt haben. Das propagierte Ausmaß von Gemeinsamkeit beruhte jedoch auf reiner Fiktion, war de facto gar nicht vorhanden und wurde auch von kaum jemandem ernst genommen. Der "gelernte DDR-Bürger" bringt daher gegenüber Institutionen, Parteien und Verbänden eine erfahrungsbegründete Skepsis mit. (Pollack 1992: 280) Aus diesen Gründen fällt es ihm schwer, sich in die Öffentlichkeit und in den Erfassungsbereich von Organisationen zu begeben.

### **Zur Untersuchungsgruppe: Studenten**

Die Gruppe der Studenten<sup>183</sup> in den neuen Bundesländern ist aus zwei Gründen besonders interessant. *Zum einen* handelt es sich hier um eine Personengruppe, deren Sozialisation bis zur Hochschulreife in der DDR und d.h. im Sinne des dortigen Modus vivendi stattgefunden hat, wodurch sie sich auf einen dementsprechenden Lebenslauf eingestellt hat. Ihre Zukunft stellt sich aber heute, nach dem Zusammenbruch der DDR, vor dem Hintergrund einer Gesellschaft mit ganz anderen Anforderungen, Möglichkeiten und Schwierigkeiten dar. Tendenziell dürften die Angehörigen dieser Gruppe dabei eher zu den Gewinnern der Einheit zählen. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob und in welchem Maße die Betroffenen an alten Orientierungen festhalten oder ob und inwiefern sie sich von diesen lösen und sich auf die neue Gesellschaftsform hin orientieren. *Zum anderen* bilden Studierende aufgrund ihrer höheren Qualifikation häufig eine Affinität zu eher egalitären Gerechtigkeitsprinzipien aus. Mit der höheren Qualifikation ist nämlich ein höherer Informationsstand im Hinblick auf gesellschaftliche Tatbestände zu erwarten, so daß von ihnen erwartbar eher die Erfordernisse für solidarisches Handeln erkannt werden dürften als von anderen. Studenten befinden sich ferner in einer Lebenslage, die sich durch eine gewisse Analogie zur Rawlsschen Positionsungleichheit auszeichnet: solange sie noch nicht in das Erwerbsleben übergewechselt sind, wissen sie nämlich nicht, welche Position sie künftig einnehmen werden. Wenn die Rawlsschen Grundannahmen<sup>184</sup> sich als richtig erweisen, dann müßte daraus folgen, daß sie tendenziell eine egalitäre Gesellschaft anstreben. Ferner ist für Studenten die Beziehung zu der gesellschaftlichen Position, die sie später einmal einnehmen werden, noch so wenig identitätsbildend, daß sie noch nicht auf die Orientierungen fixiert sind, die sich aus dieser Position ergeben. Selbst wenn diese fehlende Fixierung später aufgehoben werden sollte, so ist doch allein die Tatsache, daß sie überhaupt in einer Gesellschaft hervorgebracht wird, interessant und folgenreich. Studenten stellen aus diesen genannten Gründen für die Erzeugung und Aufnahme gesellschaftlicher Solidaritätspotentiale einen besonders günstigen Resonanzboden dar, weswegen ihnen auch als Indikator für deren Erforschung eine besondere Bedeutung zukommt.

Bei einem kurzen Blick in die Empirie läßt sich die gängige Tendenz beobachten, ein Porträt von der ostdeutschen Jugend anhand einmaliger Erhebungen festzuschreiben, ohne die gerade für die Zeit unmittelbar nach der Wende charakteristische Dynamik und Widersprüchlichkeit der Persönlichkeitsentwicklung zu beachten. (Friedrich u. Förster 1997: 20) In den so gewonnenen Ergebnissen, die mit einer gewissen Vorsicht zu genießen sind, unterscheiden sich die mittleren Jahrgänge im Osten (die im Jahre 1994 16-24-jährig waren und damit auch den Großteil der im Empirieteil behandelten Fälle ausmachen) von allen anderen Jahrgängen dadurch, daß sie einen

---

<sup>183</sup> Im Vergleich zum herkunftsspezifischen Hintergrund (der DDR) gehe ich auf den Aspekt, daß es sich um die Gruppe der "Studenten" handelt, nur relativ cursorisch ein. Mehr dazu siehe in der an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena eingereichten Dissertation von Matthias Rübner: Student und Gerechtigkeit. Ordnungsbezogene Gerechtigkeitsvorstellungen unter ostdeutschen Studierenden und die Bedeutung biographischer Orientierungen (1999).

<sup>184</sup> Siehe hierzu S. 33f in dieser Arbeit.

Extrempol auf der anti-egalitären Skala einnehmen. Sie pendeln sich demzufolge mehr und mehr auf eine Lebensphilosophie ein, die sich immer stärker auf ihre eigenen privaten Ansprüche, auf materielle Lebensziele und politisch auf einen unabhängigen, indifferenten Standpunkt der Mitte (mit leichter Linkstendenz) zentriert. Das Engagement für politische und soziale Werte ist dabei im Rückgang begriffen.<sup>185</sup> (ebenda: 69f) Daran anknüpfend ergibt sich die Frage, ob diese Umpolung auf die Jugend insgesamt zutrifft oder ob sie bei Schichten mit höherer Bildung durch den höheren Informierungsgrad und durch die Rückgriffsmöglichkeit auf andere Ressourcen verhindert bzw. abgemildert wird. Wittich (1994: 157) kommt in einer Untersuchung in den Neuen Bundesländern, die sich auf den Zeitraum von Mai 1990 bis Oktober 1991 erstreckt, zu dem Ergebnis, daß Solidarität mit steigendem Bildungsgrad der Befragten um so wichtiger empfunden wird, und nach Friedrich u. Förster (1997: 49) geht aus den Angaben ostdeutscher Jugendlicher hervor, daß mit höherer formaler Bildung die Bewertung der Idee des Sozialismus immer positiver ausfällt. Wächter (1997: 100) konnte bei ostdeutschen Studenten feststellen, daß sie sich durch die Zunahme von Egoismus in den Beziehungen der Menschen ("Ellenbogengesellschaft") (77 v.H.) und durch Arbeitslosigkeit (immerhin noch 40 v.H) bedroht fühlen, woraus sich indirekt auf ein gewisses Bedürfnis nach Solidarität schließen läßt. Ferner besteht das Verlangen, einerseits das in der bisherigen persönlichen Entwicklung als bewährt Empfundene zu bewahren (z.B. gesicherte Arbeitsplätze und das kostenlose Studium) und andererseits die mit dem Umbruch hinzugewonnenen Freiheiten und Möglichkeiten zur Selbstbestimmung (z.B. Reise- und Meinungsfreiheit) zu nutzen. (Ebenda)

*Bundesweit* stellt sich das Selbstbild, das die Studierenden von sich entwerfen, als das Bild einer Generation ohne besondere Auffälligkeiten dar: mehr als drei Viertel der Studierenden sehen sich als selbstbewußte, leistungsorientierte und karrierebewußte Studentengeneration; 54 v.H. halten sich untereinander für *unsolidarisch*. (Infratest 1995: 15) Andererseits kommt dieselbe Untersuchung auch zu dem Ergebnis, daß 88 v.H. der Aussage zustimmen, wonach in unserer Gesellschaft die Individualisierungstendenzen zu stark ausgeprägt sind und der einzelne sich zu wenig um das Gemeinwohl kümmert. 74 v.H. stimmen der Äußerung zu, daß der Reichtum der Industrieländer auf einer wirtschaftlichen Ausbeutung der Länder der Dritten Welt beruht, und 67 v.H. sind der Auffassung, daß unsere Gesellschaft im Grunde nicht gerecht ist, da die Unterschiede zwischen Arm und Reich immer noch viel zu groß sind. (Infratest 1995: 32) Damit ist aber noch nichts darüber ausgesagt, ob diese Umstände lediglich im Allgemeinen beklagt werden oder ob nicht auch eine gewisse Bereitschaft besteht, etwas dagegen zu tun. Die eigene empirische Untersuchung dient nicht zuletzt dem Zweck, auf der Grundlage einer Typologie Licht und Ordnung in dieses dunkel schillernde Bild zu bringen sowie die Orientierungen und Sinnstrukturen sichtbar zu machen, die diesen Einstellungen zugrunde liegen.

---

<sup>185</sup> Dagegen stellt allerdings Krettenauer (1998: 244) - wie oben gezeigt - fest, daß sich bei den Jugendlichen eine Bereitschaft zur Umverteilung von Ressourcen zugunsten anderer empirisch nachweisen läßt.

### **Forschungsfragen und Untersuchungsziele**

Aus dem bisher Gesagten ergeben sich die folgenden Fragen an das Datenmaterial:

Entwickeln sich in der modernen Gesellschaft neue Solidaritätspotentiale? Wenn ja, sind diese den Anforderungen moderner Gesellschaften angemessen oder handelt es sich eher um insuffiziente, eventuell gar schädliche Überhänge alter Orientierungen bzw. um neue, aber problematische Formen von Solidarität? Gibt es die Chancen und Potentiale einer rationalisierten Lebenswelt, wie sie von Habermas postuliert werden, und wenn ja, welche Gestalt haben sie bisher angenommen und welche Entwicklungsperspektive steckt in ihnen? Welche Rolle spielen Traditionen und Gemeinschaftsbezüge in diesem Zusammenhang? Wie ist es um die Chancen bestellt, das Spannungsverhältnis zwischen rationalen, motivationalen und institutionellen Grundlagen der Solidarität in günstiger Weise zu beeinflussen? Wie um die Möglichkeiten, den Zielkonflikt zwischen produktivitäts- und solidaritätsorientierten Gerechtigkeitsorientierungen zu unterlaufen?

Spezifisch auf die untersuchte Gruppe ostdeutscher Studierender bezogen, ergeben sich ferner die Fragen: Welche sozialisations- bzw. lebensweltsspezifischen Ressourcen bringen die Betroffenen angesichts der Problemlagen der neuen Gesellschaftsformation mit und in welcher Weise kommen diese Ressourcen zum Tragen? Ist eine spezifische solidarische Orientierung von Personen erwartbar, die aus einer Gesellschaft stammen, in welcher Solidarität in den oben geschilderten spezifischen Arten und Weisen thematisiert bzw. praktiziert wurde, von Personen, die darüber hinaus selbst kurz vor dem Berufseinstieg stehen und aufgrund ihres hohen Bildungsniveaus erwartungsgemäß eher zu den besser verdienenden Schichten gehören werden? Wenn ja, um welche Formen von Solidarität handelt es sich dabei? Wenn nein, welche Orientierungen sind an die Stelle von Solidarität getreten und welche Konsequenzen haben diese?

Diese Fragenbündel werden im Empirieteil in die folgenden Untersuchungsschritte umgesetzt:

1) In einen Zugriff auf Solidaritätsorientierungen, die durch Fragestellungen erschlossen werden, die an spezifischen solidaritätsrelevanten Themenfeldern der Moderne orientiert sind. Da ich in besonderem Maße daran interessiert bin, die Argumentationspotentiale der Befragten bzw. die komplexen Strukturen ihrer Argumentation in Erfahrung zu bringen, werde ich auf einem relativ schmalen Feld von Themenbereichen mit interpretativen Mitteln arbeiten. Im einzelnen handelt es sich dabei um die Haltung der Befragten zu Bevorzugten und Benachteiligten in der Gesellschaft, zu Einkommensunterschieden, zu Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern, zu den Unterschieden zwischen Ost und West (hinsichtlich der Transferzahlungen zwischen den Landesteilen und hinsichtlich der Einkommensunterschiede) und um ihre Haltung zur Dritten Welt. Die fünf Themenbereiche haben alle einen Solidaritätsbezug, wobei der Fokus auf dem Umgang mit sozialen Unterschieden liegt. Auf diese Weise werden die Befragten dazu gebracht, die Relevanz von sozialer Integration und von sozialer Gerechtigkeit zu thematisieren. Die Antworten zu diesen Themen sind von den Befragten frei formuliert und möglichst ausführlich darzulegen, um eine möglichst breite Entfaltung der Argumentation zu ermöglichen. Sie werden anschließend in der Analyse der Interviews eingehend interpretiert. Durch die vorgegebenen Themenfelder ist zwar eine gewisse thematische

Vorstrukturierung gegeben, aber da die Antworten frei formuliert werden, kann sich die Argumentation auf verschiedenste Strategien, Richtungen, auf unterschiedliche Niveaus, Schwerpunkte etc. erstrecken. Indem den Befragten auf diese Weise Raum für die Entwicklung ihrer Auffassungen gegeben wird, wird versucht, ein kompliziertes Argumentationsnetz abzubilden, in welchem die entsprechenden Reflexionen in ihrer ganzen Breite rekonstruiert werden können.

2) In einem Zugriff auf die Biographien der Befragten, die in offenen Interviews erhoben werden, sollen die vorfindlichen biographisch generierten Sinnstrukturen der Akteure und deren Prägung über die Zeit des Sozialismus und der Wende hinaus bis in die heutige Gesellschaft hinein rekonstruiert werden. Aufgrund des - im anschließenden Methodenteil skizzierten - Analyseverfahrens der objektiven Hermeneutik können dabei die untersuchten Variablen im Prozeß ihrer Reproduktion beobachtet werden und es können Rückschlüsse auf ihre Genese gezogen werden.

Angeregt durch die Befunde des theoretischen Teils, ergeben sich daraus im einzelnen die folgenden *Untersuchungsziele*:

### ***Solidaritätstypen***

Erstes Untersuchungsziel ist die Aufstellung einer *Typologie* der *Solidaritätsorientierungen*, die bei Studierenden aus den Neuen Bundesländern vorzufinden sind. Die Typologie wird aus den jeweiligen Argumentationsweisen gewonnen, die durch die genannten solidaritätsspezifischen Themenfelder sowie durch ein geschicktes Vorgehen des Interviewers hervorgehoben und möglichst weit zur Entfaltung gebracht werden sollen. Auf diese Weise werden die Befragten nämlich auch dazu animiert, die Relevanz, die die Problematik sozialer Integration für sie hat, zu thematisieren. Von Bedeutung ist dabei insbesondere auch, ob die Solidarität eher universell oder eher partikularistisch angelegt ist und zu welchen konkreten Ausgestaltungen sie hintendiert. Interessant ist dabei auch, wie die Befragten mit dem Spannungsverhältnis von Rationalität und Motivation und dem Zielkonflikt zwischen produktivistischen und solidarischen Gerechtigkeitsvorstellungen umgehen. Dabei kann auch erforscht werden, ob sich innerhalb der Typologie bestimmte Konfigurationen von Orientierungen finden lassen, die geeignet sind, diese Spannungstrukturen zu unterlaufen, oder ob die Befragten nur die Alternative sehen, sich eindeutig für eine Seite zu entscheiden.

### ***Zur Genese von Solidarität: Der biographische Sinnkontext***

Des weiteren geht es mir um den *Zusammenhang der vorgefundenen Solidaritätstypen mit der Biographie*. Biographische Grundlagen - oder, in den Worten Oevermanns, die objektive Sinnstruktur - haben einen entscheidenden genetischen Einfluß auf die Solidaritätspotentiale des jeweiligen Typus. Hier geht es in einem *ersten Schritt* darum, die Art und Weise zu bestimmen, in der sich im jeweiligen Einzelfall objektive Bedingungen in der Selbstkonstitution der Subjekte niederschlagen. Dabei ist die Einwirkung der gesellschaftlichen Kontextbedingungen nicht einfach als kausales Geschehen aufzufassen, denn Biographien haben eigene interne Entwicklungslogiken, die mit den ganz persönlichen und eigensinnigen Voraussetzungen zusammenhängen. (Bude1996: 5) Daher hängt es in hohem Maße von der Art, wie sich das Subjekt selbst bestimmt, ab, auf welche

Weise die äußere Realität auf es einwirken kann. Jeder Einwirkung von außen liegt nämlich eine Bestimmung des Subjekts durch sich selber zugrunde, die das Subjekt für die Aufnahme von Einwirkungen von außen erst öffnet. Fremdeinwirkung und Selbstkonstitution operieren auf diese Weise gleichzeitig.<sup>186</sup> (Siehe Giegel u.a. 1988: 14, 19) Durch den Zugriff auf die Biographie der Befragten wird außerdem ein Zugang zu den weiter zurückliegenden, im Kontext der DDR-Gesellschaft entwickelten Wertorientierungen eröffnet. Dabei kann auch untersucht werden, in welcher Weise diese Orientierungen nach der Wende weitergewirkt haben.

Ausgehend von der Erkenntnis, daß sich biographische Orientierungen umgekehrt auch im jeweils eigenen Gesellschaftsbild niederschlagen und nicht zuletzt wieder auf die sozialen Betätigungsfelder zurückwirken, wird in einem *zweiten Schritt* versucht, den Zusammenhang zwischen der biographischen Struktur und der - in den Schritten zuvor herausgearbeiteten - Solidaritätsorientierung zu bestimmen. Ausgehend von der Annahme, daß die Lebensgeschichte eine individualspezifische Kontextbedingung der jeweils vorgefundenen Solidaritätsorientierung darstellt, wird dabei die Biographie in den Einzelfällen als erklärende Variable für die Genese solidarischer Handlungsorientierungen herangezogen. Darüber hinaus hat es sich als hilfreich erwiesen, in den Einzelfalluntersuchungen dem "Verhältnis zur bestehenden gesellschaftlichen Ordnung" und der "Reichweite der Solidaritätsbeziehung" jeweils einen eigenen kurzen Abschnitt zu widmen, um diese noch einmal gesondert herauszustellen. Es geht dabei, wie der Name schon sagt, a) um das Bild, das sich die Befragten von der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung machen, und um ihr Verhältnis zu dieser Ordnung, und b) um die (potentielle) *Reichweite der angestrebten Solidaritätsbeziehungen*. Über den jeweils fallspezifischen Zusammenhang zwischen Solidarität und Biographie hinaus ist natürlich die allgemeine Struktur eben dieses Zusammenhanges, so wie er im Untersuchungsfeld vorliegt, von Interesse. Daher werden im Ergebnisteil, der diese Arbeit abschließt, zentrale biographische Determinanten in ihrer Auswirkung auf die Solidaritätsorientierung bestimmt.

### ***Eine abschließende Bemerkung***

Der *theoretische Anknüpfungspunkt* für den empirischen Teil dieser Arbeit ist zwar durch den obigen Theorieteil zur Solidarität gekennzeichnet, *während der Analyse sollen die Fälle* aber jeweils *für sich selbst sprechen*. Es geht also nicht darum, mit zuvor festgelegten Kategorien im Kopf subsumptionslogisch nach Hinweisen auf eben diese Kategorien zu suchen, sondern erst einmal die Eigengesetzlichkeit des jeweiligen Falles herauszuarbeiten. Das gewählte Verfahren kann dann nämlich dazu dienen, verursachende bzw. strukturierende Faktoren aufzuspüren, die am Anfang der Untersuchung nicht als solche vermutet wurden. Dadurch gewinnt die Untersuchung einen explorativen Charakter.

---

<sup>186</sup> Mehr dazu wird im anschließenden Methodenteil gesagt.

### **Einige vorausgeschickte Erwartungen an das Material**

Im Folgenden möchte ich noch einige Überlegungen zu den erwarteten Ergebnissen anstellen.

Nach der Wende ist die wechselseitige Beziehung von individueller Selbstkonstitution und gesellschaftlicher Fremdeinwirkung, die bei der Reproduktion von Biographien am Werke ist, für die Einwohner der Neuen Bundesländer in einen starken Spannungszustand geraten. Denn in der ehemaligen DDR bzw. den Neuen Bundesländern kam es praktisch über Nacht zu einem Import von neuen Strukturen, die in vielerlei Hinsicht nur eine geringe Kompatibilität mit den erlernten Orientierungen und Handlungsweisen aus der alten Zeit aufwiesen. Nun tendieren biographische Identitätsformen im allgemeinen dahin, ihre eigene Gültigkeit zu behaupten, wobei sie aufgrund der jeweils hergestellten Konsistenzbeziehung in sich überzeugend und gleichsam als ein zwangsläufiges Resultat erscheinen. Der Handelnde verfügt dabei über eine Deutung der Welt im Ganzen, die ihm in vielen zu bewältigenden Problemen Verhaltenssicherheit und nach allen Richtungen hin die Überzeugung vermittelt, daß die Identitätsform, die er ausgebildet hat, ihr Recht in sich hat. (Giegel u.a. 1988: 345) Durch die Systemtransformation aber, die auf der biographischen Ebene als individuell zu bewältigendes Lebensereignis wirksam wird, werden die einmal eingeschlagenen Lebenswege aus dem Gleis geworfen, und bisherige Erfahrungsregeln verlieren ihre Anwendungskraft oder werden überflüssig. Gleichzeitig sind jedoch die bereits gemachten biographischen Erfahrungen als Erfahrungsablagerungen in der biographischen Erinnerung vorhanden. Diese Erfahrungen als biographische Ressourcen müssen für die Gegenwart neu bearbeitet werden, um als Handlungsmittel fungieren zu können. (Hoernig 1996: 21) Eventuell besitzt nun aber der Gedanke an den Abbruch einer identitätssichernden Kontinuität, die dem eigenen Lebensvollzug Halt und Ausrichtung verlieh, in vielen Fällen etwas so Unerträgliches und Unzumutbares, daß er nicht zugelassen und schon gar nicht handlungswirksam wird. (Siehe Engler 1992: 113) Die biographische Notwendigkeit der Selbstkonstitution, die auch einen Zwang zur Konsistenzsicherung impliziert, kann es daher verlangen, daß dramatische Veränderungen in der Umwelt weggeschoben werden. Selbst politische Kollektivereignisse werden daher oftmals gar nicht oder erst mit einer erheblichen Verzögerung zur Kenntnis genommen. (Bude 1996: 5)

Zentral ist vor diesem Hintergrund die Frage, wie die Betroffenen vor ihrem eigenen Erfahrungshintergrund die neue Gesellschaftsordnung, genaugenommen die alte der Bundesrepublik, beurteilen. Zu erwarten sind große Diskrepanzen zwischen den Einstellungen der neuen Bundesbürger und den Anforderungen, die das gegenwärtige Wirtschafts- und Gesellschaftssystem an diese stellt. Dabei ist davon auszugehen, daß die Leitbilder der aufgegebenen Gesellschaftsformation nachwirken und mentale Prägungen hinterlassen haben, die durch die Erfahrungen mit dem marktwirtschaftlichen System mitunter noch verstärkt werden können. Die Bürger der DDR sahen etwa auftretende Probleme sehr stark unter dem Aspekt der Verteilung, die eine omnipotente Verwaltung mehr oder weniger gut regeln könne. Dabei sind sie auch weitaus weniger als Westdeutsche bereit, sich Mißerfolge selber zuzuschreiben. Der gelernte DDR-Bürger bringt andererseits gegenüber Institutionen, Parteien und Verbänden eine erfahrungsbegründete Skepsis mit, so daß eine formale und effiziente Zusammenarbeit mit anderen Betroffenen eher

unwahrscheinlich ist. Aber gewissermaßen als "Seismograph" (Wolle 1999: 645) für einen Abbau an sozialer Integration dürfte der Osten empfindlicher sein als die alten Bundesländer.

Unsere Untersuchungsgruppe zeichnet sich noch durch ein weiteres Merkmal aus, nämlich durch die Tatsache, daß es sich hier um *Studenten* handelt. Aufgrund dieser Tatsache kommen noch weitere zu bedenkende Aspekte hinzu. Die Ausbildung der jeweiligen Persönlichkeit war nämlich in dieser Gruppe zum Zeitpunkt der Wende noch nicht vollständig abgeschlossen. Wir haben es vielmehr mit Personen zu tun, deren Sozialisation zwar bis zur Hochschulreife in der DDR stattgefunden hat, wobei sie sich auf einen entsprechenden Lebenslauf eingestellt hatten. Ihre Zukunft stellt sich aber nach dem Zusammenbruch der DDR vor dem Hintergrund einer Gesellschaft mit ganz anderen Anforderungen, Möglichkeiten und Schwierigkeiten dar. Dabei handelt es sich auf Grund der spezifischen Lebenslage von Studenten um eine Personengruppe, die sowohl die Zeit als auch das Potential zu einer Neuorientierung mitbringen dürfte. Grundsätzlich besteht laut Giegel u.a. (1988: 360) bei allen Biographien die Fähigkeit zur Selbst-Distanzierung und zur reflexiv gesteuerten Abwandlung von gewählten Perspektiven. Dies dürfte für junge Menschen, deren Identitätsbildung noch nicht vollständig abgeschlossen ist, noch mehr gelten als für ältere.

Es besteht ferner aufgrund der Lebenssituation eine gewisse Analogie zur Rawlsschen Positionierungsungewißheit<sup>187</sup> zuzüglich eines höheren Informationsstandes im Hinblick auf gesellschaftliche Tatbestände als in der Normalbevölkerung. Insgesamt ist hier also am ehesten ein reflektierter und universalistischer Standpunkt zu erwarten, wobei vor dem Erfahrungshintergrund zweier erlebter Gesellschaftsformen die buchstäblich "erlebten" Institutionen und Solidaritätsformen auf ihre Vor- und Nachteile hin reflektiert werden können.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen ist die folgende Bandbreite möglicher Reaktionen auf die Transformation der DDR erwartbar und wahrscheinlich im Datenmaterial vorzufinden:

1. Es besteht die nicht von der Hand zu weisende Möglichkeit, daß idealisierte, aber entfunktionalisierte Leitbilder fortwirken, die ihre Prägung in und durch die DDR erfahren haben. In diesem Falle wirken Handlungsdispositionen und Einstellungen fort, die auf die neuen gesellschaftlichen Strukturen nicht abgestimmt sind, wodurch Fehlgriffe vorprogrammiert wären. Dies würde aber gerade dazu führen, daß noch stärker auf vermeintlich Altbewährtes zurückgegriffen wird. Das würde insbesondere bedeuten, daß weiter auf den Staat gehofft wird, wobei es mit der Bereitschaft zum eigenen Engagement eher schlecht bestellt wäre. Diese Haltung ist jedoch bei Studenten weniger zu erwarten als bei der ostdeutschen Normalbevölkerung.
2. Gesellschaftliche Kräfteverhältnisse verschieben sich, sobald die Wahrnehmung von relevanten gesellschaftlichen Problemlagen ein Krisenbewußtsein hervorruft. (Habermas 1992: 461) Denkbar wäre hinsichtlich der untersuchten Gruppe auch, daß gerade die laufende Erfahrung von Umständen, die den eigenen Wert- und Gerechtigkeitsvorstellungen zuwiderlaufen, bestimmte

---

<sup>187</sup> Siehe Seite 33f sowie Seite 108 der vorliegenden Arbeit.



Solidaritätsorientierungen bzw. Gerechtigkeitsvorstellungen aus ihrer Latenz hervorhebt und diese bewußt macht. Es wäre demnach zu erwarten, daß Ostdeutsche sensibler als Westdeutsche auf soziale Ungleichheiten und unsolidarische Umstände reagieren, so daß sich ein Krisenbewußtsein im Sinne von Habermas zuerst in den neuen Bundesländern entwickelt. Studenten aus den Neuen Bundesländern stellen aus den oben genannten Gründen, insbesondere aufgrund ihrer erwartbar höheren Reflexionspotentiale, für die Erzeugung und Aufnahme gesellschaftlicher Solidaritätspotentiale einen besonders günstigen Resonanzboden dar, so daß Anzeichen für eine entsprechende Entwicklung hier zahlreicher und deutlicher feststellbar sein müßten als in der Normalbevölkerung.

Wenn dem so ist, dann stellt sich die *Anschlußfrage*, ob die Begründungsanforderungen hinsichtlich komplexer Fragen der Solidarität von Seiten der Untersuchungsgruppe erfüllt werden können. Bei Studenten wäre dies eigentlich zu erwarten.

3. Andererseits gehören Studenten einer Personengruppe an, die eher zu den Gewinnern der Einheit zählt. Sie selbst stehen kurz vor dem Berufseinstieg und werden erwartungsgemäß eher zu den besser verdienenden Schichten gehören. Ferner nötigen Strukturwandlungen die Mitglieder von Gesellschaften früher oder später zur Suche nach Erneuerungsmöglichkeiten. Dabei besteht auch insbesondere bei ersten Erfolgserlebnissen die Möglichkeit einer Tendenz zur Überanpassung, um das im Neuen Erreichte nicht gleich wieder zu gefährden. Dieses Phänomen könnte auch bei den Studenten auftreten, insbesondere wenn sie eine starke persönliche Erfolgsorientierung aufweisen.
4. Nicht zuletzt könnte sich aber auch zeigen, daß schon in der DDR-Zeit Einstellungen und Kompetenzen entwickelt wurden, die im damaligen System latent blieben, weil sie keine Gelegenheit zur Manifestation und Entfaltung vorfanden, während sie jetzt unter den neuen Bedingungen aktiviert werden können. Dieses Phänomen könnte auch bei Studenten zu beobachten sein, insbesondere wenn gewisse familiär geprägte Habitusformationen sich durch die Zeit der DDR hindurch erhalten haben.

## V. ZUR UNTERSUCHUNGSMETHODE

Im anschließenden Teil werden, orientiert am Interpretationsverfahren der objektiven Hermeneutik, 12 Einzelfallrekonstruktionen vorgestellt, die auf der Grundlage einer Kombination von offenen biographischen Interviews und einem Nachfrageteil, der sich auf Themenbereiche bezieht, die für die Problematik der Solidarität relevant sind und in dem breiter Raum für differenzierte Argumentationen gelassen wurde, erstellt wurden. Die Interviews wurden im Zeitraum von 1992 bis 1996 mit Studenten in den neuen Bundesländern geführt. Es wurden insgesamt 30 biographische Interviews durchgeführt. In den Jahren zwischen 1996 und 1998 wurden noch einige gezielte Nachfrageinterviews bei besonders interessanten - und daher zentralen - Fällen<sup>188</sup> vorgenommen, um Fragen zu klären bzw. bestimmte neue Aspekte zu beleuchten, die sich im Laufe der Interpretation als wichtig herausgestellt haben.

Die Methodik, die hier zur Anwendung kommt, lehnt sich an Oevermanns objektive Hermeneutik an und gründet sich in einer spezifischen einzelfallbezogenen, nicht-standardisierten Vorgehensweise. Methoden der qualitativen Sozialforschung, zu denen auch die objektive Hermeneutik zählt, eignen sich nämlich nach Oevermann (1996: 1) besonders auf wenig erforschten Gebieten und bei neuen, noch wenig bekannten Phänomenen wie etwa der Entwicklung von Solidaritätsorientierungen junger Menschen mit hohem Bildungsgrad vor dem Hintergrund der Transformation von Gesellschaften sowjetischen Typs in solche, die an Demokratien westlicher Prägung orientiert sind, um hier die typischen, charakteristischen Strukturen dieser Erscheinungen zu entschlüsseln. Das Konzept der objektiven Hermeneutik ist dabei einer der prominentesten Ansätze qualitativer Sozialforschung. Er ist inzwischen in der qualitativen Sozialforschung so gut eingeführt und in einer Vielzahl von Arbeiten dokumentiert, daß ich mich im Folgenden mit der Darstellung des Verfahrens relativ kurz fassen werde.

In dem Verfahren werden Solidarität und Biographie analysiert, wobei den Fällen Gelegenheit gegeben wird, für sich selbst zu sprechen. Dabei hütet man sich tunlichst, Maßstäbe und Urteile an sie heranzutragen, die von außen kommen und die etwas beweisen wollen, was schon vorher feststeht. Für den Forscher gilt vielmehr der unvoreingenommene Blick auf den jeweiligen Fall vor dem Hintergrund theoretischer Informiertheit. (Hildenbrand 1994: 14; Strauss 1994: 36) Der damit verfolgte rekonstruktionslogische Ansatz hat nämlich im Unterschied zu subsumptionslogischen Ansätzen zum Ziel, die jeweils reale Verlaufsdynamik in der praktischen Lebens- und Arbeitsweise des Einzelfalles nachzuzeichnen. Auf diese Weise wird es auch möglich, Konstellationen sichtbar zu machen, die vorher in dieser Gestalt noch gar nicht bekannt waren, denn die Praxis selbst wird zur Sprache gebracht. (Oevermann 1990: 8)

Die Methode ist auf die Interpretation sinnsuchender Sinnsysteme oder in der Ausdrucksweise der objektiven Hermeneutik auf die Rekonstruktion *latenter Sinnstrukturen* ausgelegt. An diese wird die Anforderung gestellt, daß sie sich selbst produzieren und reproduzieren. (Oevermann 1981: 25)

---

<sup>188</sup> Ich schließe mich im Folgenden dem Sprachgebrauch von Oevermann (1981: 40) an, der vorschlägt, die Träger von Strukturen (gleichgültig, ob es sich dabei um Einzelpersonen, Institutionen oder Organisationen handelt) als *Fälle* zu bezeichnen.

In Fallrekonstruktionen geht es darum, eine soziale Struktur so zu erfassen, daß über die vollständige sequenzanalytische Rekonstruktion einer Phase ihrer Reproduktion ihre Gesetzmäßigkeit bestimmt werden kann.<sup>189</sup> Dabei liegt die These zugrunde, daß eine solche Sinnstruktur sich zu jedem Zeitpunkt in jeder Phase ihrer Reproduktion befindet. (Oevermann u.a. 1979: 423) Das Vorgehen während der Untersuchung begründet sich auf dem von Oevermann (1981) eingeführten Verfahren der sequentiellen Analyse, auf das ich weiter unten zu sprechen kommen werde.

Die Analyse des Materials erfolgt in zwei Teilschritten:

In einem *ersten Schritt* geht es im Zugriff auf den themenspezifischen Nachfrageteil um die Rekonstruktion der *Solidaritätsorientierungen*. Diese sind wie Orientierungen überhaupt zwar einerseits situationsübergreifend, andererseits ist jedoch ihre Umsetzung nicht in jeder Situation genau dieselbe, auch bleiben sie im Zeitablauf nicht völlig identisch. Dies ist schon deshalb nicht der Fall, weil jede Lebenssituation ihre eigenen Besonderheiten bzw. immer neue Erfahrungen mit sich bringt. Ich suche daher nach jenem Kern von grundlegenden (Solidaritäts-) Orientierungen, die sich in der Regel unberührt von solchen Oberflächenveränderungen durchhalten. (Vergl. Giegel u.a. 1988: 13) Es geht also mehr um ein grundlegendes *solidaritätsspezifisches Orientierungsmuster*, mit dem der Kern von entsprechenden Orientierungen erfaßt werden soll. Die auf diese Weise herausgearbeiteten Orientierungsmuster sind der erste Schritt hin zu einer Typenbildung, mit denen man der Gesamtheit der im Laufe der Untersuchung vorgefundenen Strukturen eine allgemeine Form geben kann.

In einem *zweiten Schritt*, dem eine vom ersten Schritt unabhängige Analyse zugrunde liegt, geht es um die jeweilige *biographische Fallstruktur*. Ziel ist hier das Herausarbeiten der objektiven Sinnstruktur, die dem jeweiligen solidaritätsspezifischen Orientierungsmuster zugrundeliegt. Aus der jeweiligen biographischen Fallstruktur soll nämlich anschließend die genetische Motivierung, die zu der jeweils vorgefundenen grundlegenden Solidaritätsorientierung geführt hat, herausgearbeitet werden. Als Nebenaspekt ergibt sich ferner die biographische Genese der objektiven Sinnstruktur selbst, die durch einen Rückgriff auf die Familiengeschichte bzw. Kindheit und Jugend des Betreffenden und eventuell andere wichtige Momente der Strukturgenese zu Tage gefördert werden kann.

*Abschließen* möchte ich diese Einleitung mit zwei allgemeinen Bemerkungen zur Methode. Insbesondere bedarf es noch der Erwähnung, daß bei der Analyse der Fallstruktur bzw. ihrer Strukturierungsgesetzmäßigkeit analytisch scharf zwischen dieser und dem Selbstbild der betreffenden Person zu trennen ist. (Oevermann 1990: 8) Erstere operiert nämlich jenseits des bewußtseinsfähigen Selbstbildes und ist umfassender als dieses. In der Theorietradition der objektiven Hermeneutik wird

---

<sup>189</sup> Oevermann (1981: 32) postuliert den *Primat* der objektiven sozialen Strukturen. Der Begriff der latenten Sinnstruktur nimmt bei Oevermann u.a. (1979: 381) eine Ebene der Realität eigener Art in Anspruch, wobei er von der Prämisse der Sinnstrukturiertheit menschlichen Handelns einerseits und dem Prinzip der Determination der Handlungsweisen und Bewußtseinsformen andererseits ausgeht. (Siehe auch Wohlrab-Sahr 1993: 103) Es handelt sich bei Oevermanns objektiver Hermeneutik damit im Kern um eine strukturalistische Auffassung. Nicht zuletzt aus diesem Grunde bezeichnet Jo Reicherts (1988: 209) die der objektiven Hermeneutik zugrundeliegende Theorie auch pejorativ als eine "Metaphysik der Strukturen".

daher mit latent-manifest-Differenzierungen gearbeitet, die die objektive Sinnstrukturiertheit von Handlungen und ihre Wirksamkeit auch dann nachweisbar machen, wenn sie nicht im individuellen Bewußtsein der sie erzeugenden Subjekte vorhanden ist. (Wohlrab-Sahr 1993: 103f)

Damit zusammen hängt der Umstand, daß die Befragten als gesellschaftliche Subjekte in Handlungszusammenhänge eingebunden sind, deren Sinnstruktur sie nur zum Teil deuten können. (Bohnsack 1991: 70) Identitätsbildungsprozesse vollziehen sich daher auf der Grundlage der Sinnstrukturen, die für den spezifischen Charakter eines Gesellschaftssystems als Ganzem konstitutiv sind. (Giegel 1988: 212) Es geht deshalb in der Fallanalyse unter anderem darum, die Art und Weise zu bestimmen, in der sich die objektiven Bedingungen in der Selbstkonstitution der Subjekte niederschlagen. Dabei ist der Zwang der objektiven Bedingungen jedoch nicht einfach als kausale Einwirkung aufzufassen (ebenda: 19), denn jeder Einwirkung von außen liegt auch eine Bestimmung des Subjekts durch sich selber zugrunde, die das Subjekt für die Aufnahme von Einwirkungen von außen erst öffnet. Mit anderen Worten: Fremdeinwirkung und Selbstkonstitution operieren gleichzeitig (ebenda: 14), wobei das Subjekt aber immer nur einen Teil dieses Prozesses selbst erfassen kann und sich erst aus einer rekonstruierenden Außenperspektive ein Gesamtbild ergeben kann.

## **A. Methodisches Vorgehen bei der Datenerhebung**

### ***Interviewführung***

Die Interviewmethode hatte verschiedenen Anforderungen zu genügen. Zum einen mußte den Befragten hinreichend Raum gegeben werden, ihre *eigene Relevanzstruktur möglichst frei* und ohne methodische Restriktionen zu entwickeln. Zum anderen mußte aber durch die Anlage des Interviews auch sichergestellt werden, daß sich der Befragte *zu allen* für die Untersuchung *relevanten Themen* äußerte. Zu diesem Zweck wurden die Interviews in zwei verschiedene Teile gegliedert.

Der *erste Teil* besteht in der Durchführung eines offenen, nicht standardisierten biographischen Interviews, in dem der Befragte seine Biographie in einer frei generierten Erzählung wiedergibt. Diese *autobiographische Erzählung* ist eine wesentliche Form der in ihrer Eigenlogik nicht gestörten Sinnproduktion. In ihr ist nämlich die Vielfalt der Sinnelemente zu einem Sinnzusammenhang verkoppelt, der unter Konsistenzansprüchen steht, also nicht einfach eine beliebige Austauschbarkeit von Elementen zuläßt. (Giegel u.a. 1988: 12) Der Befragte wird so im Prozeß der Erzeugung der für ihn spezifischen Sinnstrukturen erfahrbar gemacht.

Die Artikulation der im *zweiten Teil* angefragten Solidaritätsvorstellungen, die, wie sich zeigen wird, häufig eng mit Gerechtigkeitsfragen verknüpft sind, wird durch dieses Vorgehen an biographische Kontexte geknüpft und steht deshalb unter starken Konsistenzzwängen. Dadurch wird die Möglichkeit, daß der Befragte Einstellungen zum Ausdruck bringt, die von der Interviewsituation künstlich erzeugt werden, stark eingeschränkt. In diesem Teil zielt ferner die Interviewführung darauf, daß der Interviewte eine *elaborierte Präsentation seiner Auffassungen und Orientierungen* zu Fragestellungen vornimmt, die einen starken Bezug zur Solidarität haben. Auf diese Weise soll

ermöglicht werden, daß sich die weitläufigen Reflexions- und Argumentationsprozesse in ihrer ganzen Breite entfalten und in der Interpretation auf entsprechendem Niveau rekonstruiert werden können. Ich halte dieses Vorgehen auch deswegen für geeignet, weil sowohl die biographischen Deutungsmuster als auch die Solidaritätsorientierungen, die ich erforschen will, seit der Wende einem starken Veränderungsdruck ausgesetzt sind. Es wäre schwierig, das komplizierte Argumentationsnetz mit den vergleichsweise wenigen Daten, die etwa eine standardisierte Erhebungsform hervorbringen würde, abzubilden.<sup>190</sup> Mit einer standardisierten Erhebung könnte außerdem nur eine kurze Momentaufnahme eines sehr weitläufigen Reflexionsprozesses erfaßt werden.

### *Biographieteil*

Das biographische Interview wurde zuerst im Rahmen eines offenen Verfahrens geführt, wobei der Befragte in einem ersten Durchgang, nachdem der Interviewer einen allgemein gehaltenen Erzählstimulus gesetzt hat, seine Biographie - in der Regel von seiner Kindheit bis zum Zeitpunkt des Interviews - in einer frei generierten Erzählung wiedergibt. Der Interviewer beschränkt sich dann zunächst darauf, den Beiträgen des Befragten zu folgen. Der Erfahrung nach kann die Länge dieser "Ersterzählung" sehr stark - von ca. einer halben bis zu 20 und mehr Seiten in der verschriftlichten Fassung - variieren. Erst am Schluß der Ersterzählung kommt der Interviewer auf verbleibende Bereiche der Biographie, offenkundige Lücken und weitergehende Fragen, die sich aus dem bisher Gesagten ergeben haben, zu sprechen. Die Antworten auf diese Nachfragen sind wiederum möglichst offen und ohne Intervention des Interviewers zu geben. Dem Befragten muß nämlich in beiden Durchgängen die Gelegenheit eingeräumt werden, vom Interviewer nicht antizipierbare Konstellationen seiner Biographie von sich aus ansprechen zu können. Der Befragte soll die Schwerpunkte seiner Erzählung nämlich selbst setzen können, jedenfalls sofern sie innerhalb des gegebenen Rahmens seiner Biographie bleiben. Dabei wird er nolens volens dazu gezwungen, ein komplexes Netz sinnstruktureller Elemente selbst zu knüpfen<sup>191</sup>; genaugenommen reproduziert er dabei die eigene biographische Sinnstruktur sowohl inhaltlich als auch im Vollzug seiner Darstellung.

---

<sup>190</sup> Häufig ist beispielsweise die Tendenz zu beobachten, ein Porträt von der ostdeutschen Jugend anhand einmaliger Erhebungen festzuschreiben, ohne die gerade für die Zeit unmittelbar nach der Wende charakteristische Dynamik und Widersprüchlichkeit der Persönlichkeitsentwicklung zu beachten. (Friedrich u. Förster 1997: 20)

<sup>191</sup> Hier kommen nämlich die von Schütze ausgearbeiteten "Zugzwänge der Erzählung" zum Zuge. Indem der Erzähler sich auf eine autobiographische Stegreiferzählung einläßt, wird er in die Dynamik eines Erzählvorganges eingebunden, der grundlegend nicht mehr willkürlich gesteuert werden kann. Die reproduzierende Darstellung abgelagerter und reflexiv weniger überformter Ebenen der Selbsterfahrung verleiht dabei der Erzählung eine Selbstläufigkeit, aus der er - hat er sich einmal darauf eingelassen - nur auf Kosten von Brüchen und Implausibilitäten, also Inkonsistenzen, wieder ausbrechen kann. D.h. er kann nur ausscheren, wenn er jene Regeln verletzt, über die wir im Alltag verfügen, wenn wir dem Zuhörer eine plausible, konsistente Geschichte erzählen.

Die Zugzwänge des Erzählens setzen sich im einzelnen zusammen aus: Gestaltschließungszwang, Relevanzfestlegungs- und Kondensierungszwang (Beschränkung auf das Wesentliche) sowie aus dem Detaillierungszwang (zum Zwecke der Plausibilisierung muß der Erzähler eventuell auf Handlungs-, Entscheidungs- und Verlaufsmuster zurückgreifen und diese sichtbar machen, die er ansonsten eher übergangen hätte). Der Erzähler wird also, da er über den Aufbau seiner Erzählung nicht reflektiert, sondern ihn intuitiv vollzieht, aufgrund der Selbstläufigkeit des Erzählvorganges in die Zugzwänge des Erzählens "verwickelt" oder "verstrickt". (Näheres siehe bei Bohnsack 1991: 93f, der die im Original recht sperrigen Auslassungen von Schütze hervorragend kondensiert hat.)

Allen offenen Verfahren ist dies gemeinsam, daß sie nämlich demjenigen, der Gegenstand der Forschung ist, die Strukturierung der Kommunikation im Rahmen des für die Untersuchung relevanten Themas so weit wie möglich überlassen, damit dieser sein Relevanzsystem und sein kommunikatives Regelsystem entfalten kann und auf diesem Wege die Unterschiede zum Relevanzsystem des Forschers überhaupt erst erkennbar werden. (Bohnsack 1991: 21)

### *Solidaritätsteil*

Die zweite Aufgabe der Interviewführung bestand darin, Daten zu gewinnen, die sich auf die Thematik der Solidarität beziehen und dabei ein Mindestmaß der *Vergleichbarkeit* gewährleisten. Der zweite Teil des Interviews wurde daher anhand eines Leitfadens geführt, der themenspezifische Fragen zum Inhalt hatte. Dadurch konnte sichergestellt werden, daß die *relevanten Themen und Aspekte der Untersuchung* in allen Interviews angesprochen wurden. Die Artikulation von Solidaritätsorientierungen war durch die Reihenfolge der Interviewteile an biographische Kontexte geknüpft und stand daher unter starken Konsistenzzwängen. Wiederum sollte der Befragte, diesmal allerdings eingeschränkt durch den Rahmen, der durch die Frage gesetzt war, die Schwerpunkte seiner Antwort in einem ersten Durchgang selbst setzen. Anschließend versuchte der Interviewer durch den Hinweis auf Widersprüche, Inkonsistenzen, weitere Aspekte etc. eine Vertiefung des jeweils angesprochenen Themas zu erreichen.

### *Auswahl der Fälle*

Bei intensiver Bearbeitung dauerte eine Einzelfallanalyse im Schnitt von den ersten Interpretationsschritten bis zur Ausformulierung der Fallstruktur ca. einen Monat. Dabei nahmen die zu Beginn bearbeiteten Fälle bedeutend mehr Zeit in Anspruch, während die Fälle gegen Ende der Untersuchung aufgrund der bereits gewonnenen Kategorien - die selbstverständlich immer noch als prinzipiell falsifizierbar zu betrachten waren - entsprechend rascher bearbeitet werden konnten. Da wegen des zeitaufwendigen Vorgehens nur eine relativ geringe Anzahl der Fälle Gegenstand der Untersuchung werden konnte, erschien es nicht ratsam, einfach auf eine Zufallsstichprobe zurückzugreifen. Solch ein Vorgehen wäre nämlich entweder frappant unökonomisch gewesen oder hätte zu nichtrepräsentativen Ergebnissen geführt. Eine sinnvolle Alternative hierzu stellt dagegen das Verfahren des "Theoretical sampling" (nach Strauss 1994: 70) dar. Im Anschluß an die bisherige Analyse sucht dabei der Forscher weitere Fälle<sup>192</sup>, wobei man nach der Vorgehensweise des "Theoretical sampling" eine Typologie von Fällen bildet, indem man zu den bereits interpretierten Fällen solche als weitere Fälle herausucht, von denen man erwartet, daß sie maximal (oder minimal) mit bereits untersuchten Fällen kontrastieren. Dabei bedeutet maximale Kontrastierung, daß man versucht, einen Fall zu finden, der dem vorhandenen Fall (bzw. einem vorhandenen Bündel von

---

<sup>192</sup> Eine gewisse Ähnlichkeit besteht zu einer Figur von Oevermann: Bei einer Fallrekonstruktion wird demnach nicht nur der vorliegende Fall zur Rekonstruktion gebracht, sondern hier deuten sich bereits weitere mögliche Fälle an, die prinzipiell aus dem vorliegenden Fall hätten werden können. Eine Reihe von Fallrekonstruktionen wird daher orientiert an Fragestellungen und möglichen Strukturierungen vorgenommen, die ebenfalls hätten realisiert werden können. (Siehe Oevermann 1996: 16, 19)

Fällen) möglichst diametral entgegengesetzt ist. Minimale Kontrastierung bedeutet das Heranziehen eines Falles, der einem bereits interpretierten Fall möglichst ähnlich ist. Die Kontrastierung erfolgt dabei immer anhand von bestimmten oft erst im Zuge der Forschung herausgearbeiteten Dimensionen. Dabei wird das Ziel verfolgt, in dem durch die gewonnenen Kriterien abgesteckten Feld die Heterogenität der hier ausgeprägten Orientierungen in größtmöglichem Umfang zu erfassen. In der vorliegenden Untersuchung habe ich mich primär auf die Dimension der vorgefundenen Solidaritätsorientierung konzentriert. Die dargestellten Fälle sind also so gewählt worden, daß sie sich möglichst kontrastreich zueinander verhalten und damit möglichst viel der im Untersuchungsfeld bestehenden Varianz repräsentieren. Dabei wurde jedem Typus nach Möglichkeit ein (kurzgefaßter) Vergleichsfall zugeordnet, um zu verdeutlichen, daß der betreffende Fall nicht für sich alleine steht.

## **B. Methodisches Vorgehen bei der Auswertung**

Die geführten Interviews wurden elektronisch aufgezeichnet und anschließend verschriftet. In ihrer transskribierten Form wurden sie zur Interpretation herangezogen. Nach Oevermann (1996: 24) sind diese "vollkommen unintelligenten" und deshalb nichtselektiven technischen Aufzeichnungen für die Forschung zu bevorzugen. Sie können nämlich als natürliche, nahezu unverfälschende Protokolle gelten. Außerhalb von solchen Protokollen ist soziale Wirklichkeit methodisch gar nicht greifbar (Oevermann u.a. 1986: 47), denn der protokollierte Vorgang selbst steht der Forschung nach Ablauf seiner Dauer nicht mehr zur Verfügung und kann daher auch nicht mehr zu einem kritischen Abgleich mit dem Protokoll herangezogen werden. Er befand sich einmalig an einer bestimmten Raum-Zeit-Stelle und ist später endgültig nicht mehr greifbar, es sei denn eben in den hinterlassenen Protokollen. In diesem Zusammenhang sei angemerkt, daß auch Erinnerungen an einen Vorgang Protokolle sind. (Siehe Oevermann 1996: 3)

### ***Einzelfallanalyse***

Die Interviews werden zunächst so, wie sie erhoben wurden, auch ausgewertet, nämlich als Einzelfälle. Der jeweilige Fall konstituiert sich nach Oevermann (1981: 52) aus den sprachlichen und sozialen Regeln und Normen, die sowohl für den untersuchten Fall als auch für den Forscher Geltung haben und zum Bestand des intuitiven Regelwissens beider gehören. Bei der Anwendung der Methode der objektiven Hermeneutik kann sich daher der Forscher im Hinblick auf diese Regeln auf sein intuitives Urteil der Angemessenheit verlassen, ohne die Regeln selbst explizieren zu müssen.<sup>193</sup> Die damit zusammenhängenden Interpretationsleistungen sind nämlich auch für das Alltagshandeln konstitutiv und keine Besonderheit eines wissenschaftlichen Verfahrens. Die Vorgehensweise bei der qualitativen Datenanalyse unterscheidet sich aus diesem Grunde auch nicht sonderlich von den pragmatischen Analyseverfahren des Alltagsmenschen, wenn er über seine Probleme nachdenkt.

---

<sup>193</sup> Es ist nach Oevermann (1986) sogar viel sicherer, sich auf das intuitive Regelbewußtsein zu verlassen als auf die immer einer Falsifikation vorbehaltene Rekonstruktion dieser Regeln, die dann mechanisch gemäß eines subsumptionslogischen Ansatzes als Deduktionsbasis benutzt würde. Für die Begründung der Richtigkeit einer Interpretation ist die Explikation der sie generativ leitenden Regeln nämlich gar nicht erforderlich. Eine geltende Regel wird immer nur implizit in Anspruch genommen. (Ebenda)

(Strauss 1994: 27) Auch die Forscher verfahren intuitiv, nutzen ihre nicht explizierten Alltagskompetenzen und verfeinern sie im Laufe der Zeit auf der Grundlage ihrer Forschungserfahrung. (Bohnsack 1991: 25) Das Alltagshandeln benötigt allerdings aufgrund des Handlungs- und Entscheidungsdrucks abkürzende Verfahren der Bedeutungsentschlüsselung (Oevermann u.a. 1979: 386; Oevermann 1981: 5; Soeffner 1989: 104, 137; Bohnsack 1991: 23, 28, 70), während sich das wissenschaftliche Verständnis vom Alltagshandeln durch einen höheren Grad an Explizitheit unterscheidet und dies allein schon deshalb, weil es über das Privileg der Handlungsentlastung verfügt. Es geht also bei der Interpretation um den entlasteten und daher unvoreingenommenen Blick auf den jeweiligen Fall vor dem Hintergrund theoretischer Informiertheit. (Hildenbrand 1994: 13f) Dabei fließt auch die Kenntnis von Fachliteratur in die Analyse ein entweder in Form von speziellen Hypothesen und Konzepten oder, etwas diffuser, als eine sachlich gegründete theoretische Sensitivität. (Strauss 1994: 36)

Das Ziel der durchgeführten Fallanalyse ist die Rekonstruktion der konsistent miteinander verknüpften Fallstruktur. Diese läßt sich nur gewinnen, wenn das Textmaterial auf die objektiven Sinnstrukturen (Oevermann 1979, 1981) hin interpretiert wird, die in ihm zum Ausdruck kommen. Ein Fall wird dabei immer zuerst in seiner Eigenlogik rekonstruiert. (Hildenbrand 1994: 12) Zu vermeiden ist dabei subsumptionslogisches, von der Theorie vorherbestimmtes Vorgehen. Denn wenn theoretische Aussagen, die aus allgemeinen Sätzen abgeleitet sind, einem Gegenstandsbereich lediglich auferlegt werden, strukturieren sie die Wahrnehmung und die Analyse in selektiver Weise und verhindern die theoretische Evidenz von Untersuchungsergebnissen, die mit den vorgegebenen Kategorien nicht kompatibel sind. (Siehe Bohnsack 1991: 32) In diesem Zusammenhang ist der Forscher auch von vornherein offen für Revisionen und Erweiterungen, die sich aus dem Material ergeben. Dabei kann das Material selbst an entsprechender Stelle zur Erklärung der herausgearbeiteten Ergebnisse herangezogen werden. Damit die Unvoreingenommenheit gewährleistet bleibt und man sich nicht zu früh in bestimmte Deutungen "verliebt", erfolgt die Einzelfallanalyse in Gruppeninterpretationen, bei denen von den Mitgliedern der Gruppe nach Möglichkeit kontroverse Deutungen vorgeschlagen werden, die wechselseitig miteinander konfrontiert und dabei revidiert, manchmal fusioniert, zum Großteil aber widerlegt werden, bis nur noch eine Deutung übrig ist, die auch im weiteren Fortgang der Analyse nicht mehr durch das Material selbst in Frage gestellt wird.

Die Auswertung des Interviewmaterials bezieht sich auf drei Ebenen: auf die Interaktion zwischen dem Interviewer und dem Interviewten während des Interviews; auf die gelieferten Daten des Interviewten, denn diese stellen eine Selektion von biographischen Optionen dar; und nicht zuletzt auf die Sinnstrukturen, die der Interviewte im Zuge seiner Äußerungen reproduziert, denn diese erlauben direkte Rückschlüsse auf die Person, wobei im Vergleich mit diesen insbesondere die gelieferten (auto-) biographischen Daten des Interviewten auf Kompatibilität und Konsistenz mit der aktuell reproduzierten Sinnstruktur verglichen werden können. Die Methode ist nämlich auf die Interpretation sinnselegierender Systeme, eben der objektiven Sinnstrukturen ausgelegt. Aufgrund dieser sich selbst reproduzierenden Selektivität entfaltet das Erzählte eine eigene Dynamik, denn die



Selektivität strukturiert sich auch selber und wirkt damit zwangsläufig auch während und auf das Interview selbst.<sup>194</sup> Diese Selbststrukturierung kann anschließend im Rahmen der Interpretation rekonstruierend nachvollzogen werden, wobei zu Beginn ein extensives Auslegen, eine Verfolgung aller denkbaren Lesarten erforderlich ist, die später immer weiter eingegrenzt werden können; dies erfolgt, wie gesagt, am besten im Rahmen einer Gruppe.

Das methodische Vorgehen während der Untersuchung beruht auf dem von Oevermann u.a. (1979) eingeführten Verfahren der sequentiellen Analyse.<sup>195</sup> Darunter ist zu verstehen, daß der vorliegende Text - das verschriftete Interview - Schritt für Schritt und ohne Vorgriff auf das, was später kommt, erschlossen wird. Eine Sequenz besteht aus einer möglichst kurzen Sinneinheit des Textes, wobei es sich im Extremfall beispielsweise um eine Pause oder ein Räuspern handeln kann. Dabei gehört es zu den Grundlagen der Sequenzanalyse, daß die vorliegende Sequenz ohne Vorgriff auf das, was später kommt, erschlossen wird. Die nachfolgenden Textsequenzen, d.h. auch das Interview im Ganzen, sind den Interpreten daher nach Möglichkeit unbekannt<sup>196</sup> oder werden zumindest vorübergehend "vergessen". Der Grund hierfür liegt in der anzustrebenden Unvoreingenommenheit bei der Erstellung von Lesarten und Gedankenexperimenten. (Siehe auch Bohnsack 1991: 73)

Die sequenzanalytische Strukturrekonstruktion beinhaltet eine extensive Ausdeutung der vorgefundenen Passage, wobei sämtliche plausiblen Deutungsvarianten durchgespielt und bis zum Zeitpunkt ihrer Widerlegung weiterverfolgt werden. Unplausible Deutungsvarianten werden sukzessive unter Berücksichtigung der in der Fallgeschichte realisierten Kontextbedingungen und Handlungsabläufe sowie durch Abgleichung mit Deutungsvarianten anderer Textsegmente eliminiert. In die Sequenzanalyse ist damit gewissermaßen eine permanente Falsifikation eingebaut, denn an jeder nächsten Sequenzstelle kann grundsätzlich der Möglichkeit nach die bis dahin kumulativ aufgebaute Fallrekonstruktion sofort scheitern. (Oevermann 1996: 9) Die Wirklichkeit hat also tatsächlich eine maximale Chance, die Theorie zu Fall zu bringen. (Ebenda: 26) Die so konsolidierten "Lesarten" werden weiter geprüft, indem systematisch immer mehr Textstellen hinzugezogen werden. Nach und nach kann man auf diese Weise eine die einzelnen Textpassagen übergreifende Sinnstruktur und die Verknüpfung einzelner Sinnelemente zu einem allgemeinen Orientierungsmuster nachweisen. (Giegel u.a. 1988: 408)

---

<sup>194</sup> Alternativen wären lediglich ein konsequenter Abbruch der Kommunikation oder ein konsequentes Umschalten auf stark ritualisierte Kommunikationsformen, wie sie beispielsweise Presseinterviews von Politikern darstellen. Beide Auswege stellen auffällige Diskursbrüche dar. Man kann nicht ohne weiteres von der Form der freien Erzählung in eine ritualisierte Kommunikationsform verfallen, ohne starkes Befremden auszulösen. (In der Tat ziehen beispielsweise Politiker häufig - anders als Menschen im Alltag - das Befremden eines Diskursbruches der verräterischen Preisgabe von Informationen, eigenen problematischen Haltungen etc. vor.)

<sup>195</sup> Das sequenzanalytische Vorgehen hat seine Bedeutung einfach deshalb, weil die Reproduktion einer Struktur nach Oevermann (1981: 50f) selbst ein sequentiell geordneter Prozeß ist. Sequenzialität bedeutet hier die mit jeder Einzelhandlung sich von Neuem vollziehende Schließung vorausgehender Möglichkeiten und Öffnung neuer Optionen in eine offene Zukunft. (Oevermann 1996: 6)

<sup>196</sup> Das bedeutet auch, daß der Interviewer nach Möglichkeit nicht der Interpretationsgruppe angehört. Im Rahmen des Projektes war diese Bedingung aufgrund der günstigen Personalausstattung in der Tat häufig erfüllt. Wo dies nicht zutraf, war zumindest der Rest der Gruppe nicht im Bilde und der Interviewer hielt sich selbst im Laufe der Interpretation eher im Hintergrund.

Ein weiteres Mittel während der Sequenzanalyse ist die gedankenexperimentelle Kontextvariation. Dabei wird die tatsächlich vorgefundene Selektion gedankenexperimentell mit anderen Optionen kontrastiert, die ebenso möglich gewesen wären. Dadurch wird sukzessive die Selektionsstruktur des vorgefundenen Falles herausgearbeitet. Die Struktur des Falles ist nämlich nicht etwas Statisches, sondern eine Prozeßstruktur, die sich auf der Grundlage einer sequentiell verfahrenen Rekonstruktion von Selektionen erschließt. Wiederkehrend werden dieselben Möglichkeiten systematisch ausgeschlossen, die nach allgemeinen Regeln sinnlogisch ebenso richtig gewesen wären. (Bohnsack 1991: 73)

Ziel der Fallanalyse ist das Herausarbeiten einer jeweiligen Fallstruktur, die man sich in ihrer Spezifität, d.h. in ihrer spezifischen Reproduktionsgesetzlichkeit, sukzessive erschließen kann. Je weiter eine Sequenzanalyse voranschreitet, desto reichhaltiger und strukturierter ist das kumulierte Wissen über den inneren Kontext, und an einem bestimmten Punkt wird diese Reproduktionsgesetzlichkeit als hinreichend bestimmt zur Geltung gekommen sein. (Oevermann 1981: 54f) An diesem Punkt kann man die Interpretation der Fallstruktur für abgeschlossen erklären<sup>197</sup>, da man auf nichts wesentlich Neues mehr stoßen wird. Dabei hat es sich im Laufe der Untersuchung zur Formulierung der objektiven Sinnstruktur als forschungspraktisch sinnvoll herausgestellt, eine Schlüsselkategorie (nach Strauss 1994: 49) bzw. ein Bündel von Schlüsselkategorien herauszuarbeiten, um die sich die anderen Struktureigentümlichkeiten des Falles herumgruppieren.<sup>198</sup>

In der vorliegenden Untersuchung gliedert sich die Auswertung der transskribierten Interviewtexte in die folgenden Schritte: a) zuerst werden die Solidaritätsorientierungen der Befragten anhand ihrer Äußerungen zu bestimmten solidaritätsrelevanten Themenfeldern separat analysiert. Dabei geht es neben der spezifischen Selektivität, die aufgrund der soeben geschilderten Methode herausgearbeitet wird, auch um den Inhalt der Äußerungen. Da die entsprechenden Äußerungen nur ein Teilmoment der spezifischen Selektivität des jeweiligen Falles ausmachen, ist b) eine Analyse der biographischen Orientierungen, sprich der objektiven Sinnstruktur in ihrer Gesamtheit angeraten schon allein deshalb, weil man prüfen möchte, ob die Ergebnisse aus der vorangehenden Interpretation wirklich Teil einer konsistenten Gesamtstruktur sind.

Wie man sieht, erfolgt die Interpretation in genau umgekehrter Reihenfolge im Vergleich zur Erhebung der Daten. Der Grund hierfür liegt darin, daß einerseits der Interviewte im solidaritätsbezogenen Teil unter die Konsistenzzwänge der bereits gelieferten biographischen Daten gestellt werden sollte, während andererseits die Interpreten in einem ersten Schritt unbefangen die Solidaritätsorientierungen, um die es ja in der vorliegenden Arbeit primär geht, analysieren sollten. Auf diese Weise können komplexe und auf den ersten Blick vielleicht diskrepant erscheinende Beziehungen zwischen der Solidaritätsorientierung und der Biographie präziser herausgearbeitet werden.

---

<sup>197</sup> Da der Falsifikationstest im Falle eines zutreffenden Ergebnisses niemals zum Ende kommt, haftet dem Abschluß der Interpretationsarbeit notwendigerweise immer ein dezisionistisches Moment an.

<sup>198</sup> Die Vorteile dieser Praxis werden anhand des exemplarischen Falles im beigefügten Materialband deutlich.

### *Analyse der Solidaritätsorientierungen*

Soziales Handeln beinhaltet immer zugleich die Entfaltung der Biographien von Personen und die Reproduktion sozialer Einheiten, denn auch in einer sich differenzierenden Moderne mit ihrem hohen Grad an Entscheidungsmöglichkeiten und -zumutungen im Hinblick auf die Gestaltung der jeweils eigenen Biographie bleibt die persönliche Identitätsbildung verflochten mit der Integration in eine tendenziell wachsende Zahl unterschiedlicher sozialer Einheiten und mit der Partizipation an einer Pluralität kollektiver Einheiten. (Peters 1993: 57, 67, 117) Insbesondere ist das *Sinnmuster einer Identität* weiterhin auch für das Individuum selber *nur aus einem kollektiv produzierten Zusammenhang*, also aus der Kommunikation mit anderen Subjekten heraus identifizierbar. (Giegel u.a. 1988: 348) Nur dadurch, daß der einzelne seine Identitätsform an geltende normative Strukturen anbindet, kann er die *Geltung* seiner eigenen Identitätsform gegenüber anderen Subjekten behaupten und allgemeine Anerkennung für sie beanspruchen. (Giegel u.a. 1988: 348) Hierdurch ist auch eine mehr oder weniger starke Restriktion der Interessenverfolgung vorgezeichnet, denn das Interesse, die eigene Individualität zu behaupten, ist so stark, daß der Handelnde es in der Regel eher hinnimmt, daß er hinsichtlich bestimmter Einzelinteressen Nachteile erfährt, als daß er darauf verzichten würde, die Geltung seiner Lebensform zu demonstrieren. (Ebenda) Nähme er es nämlich in Kauf, seinem Lebensentwurf aus Gründen momentaner Vorteilsnahme zuwider zu handeln, würde er auf diese Weise schrittweise seine eigene Identität demontieren. Mit der Behauptung der Geltung der je eigenen Identitätsform ist daher immer auch ein wie auch immer gearteter Gemeinwohlbezug unterstellt, da dieser letztlich auf verallgemeinerbare Grundsätze rekurriert. Das heißt nicht, daß das Subjekt die vorgegebenen gesellschaftlichen Normen einfach übernehmen müßte. Es kann sie etwa mit Verweis auf höherrangige normative Prinzipien in Frage stellen und zu verändern suchen, aber auch dann ist es in der Behauptung seiner Identität auf die Kommunikation mit anderen Subjekten angewiesen. (Ebenda: 349) Dann werden womöglich neue Wege der Integration gesucht mit womöglich neu entstehenden Solidaritäten und Interessengemeinschaften. In der Regel werden die in den Restriktionen der Handlungswahl implizierten normativen Maßstäbe von den jeweiligen Gesellschaftsmitgliedern nur intuitiv erfaßt und wirken daher mehr oder weniger implizit und unreflektiert auf Handlungen und Erfahrungen ein. (Peters 1993: 95) Sie stellen also als (zumeist implizites) praktisches, ethisches und moralisches Wissen die selbstverständliche Grundlage intuitiver Urteile. (Siehe ebenda: 108) Auch die Solidaritätsorientierungen der Betroffenen sind damit als ein wichtiges, wenn nicht gar zentrales Moment der jeweils eigenen Orientierung bzw. Biographie anzusehen. Darin liegt ein wesentlicher Anhaltspunkt für die Überlegung, wonach das Verfahren der Solidaritätsanalyse ebenso wie die Biographieanalyse sequentiell erfolgen kann. Die Erschließung der entsprechenden Argumentation erfolgt demnach mit den Mitteln der Aufstellung von Lesarten, der Kontextvariation und natürlich der sukzessiven Falsifikation der nicht zutreffenden Deutungen so lange, bis eine bestimmte Reproduktionsgesetzlichkeit als hinreichend rekonstruiert stehen bleiben kann. Diese bedarf aber eventuell noch einer Ergänzung, die sich erst aus dem Abgleich mit der biographischen Analyse ergibt. Denn möglicherweise treten bestimmte Elemente der Reproduktion

der Gesamtstruktur aufgrund der Fokussierung auf bestimmte Fragestellungen nicht oder nicht deutlich genug in den solidaritätsbezogenen Äußerungen zu Tage, weil sie keinen (direkten) Solidaritätsbezug aufweisen.

Bei der Rekonstruktion der Solidaritätsorientierungen ist mit der Explikation des Solidaritätsbegriffes, wie sie im Theorieteil dieser Arbeit erfolgte, eine Orientierungshilfe gegeben. Diese darf aber auf keinen Fall als feste Schablone fungieren, die womöglich alle Strukturen abweist, die nicht exakt ihrer Form entsprechen. Vielmehr steht der offene rekonstruktionslogische Ansatz der qualitativen Methode im Vordergrund, der es auch ermöglicht, praktischen Problemstellungen zugrundeliegende Konstellationen sichtbar zu machen, die vorher in dieser Gestalt noch gar nicht bekannt waren.

Da der Begriff der Solidarität im alltäglichen Gebrauch recht schillernd und komplex ist<sup>199</sup>, hat es wenig Sinn, direkt nach der Haltung der Angehörigen der Untersuchungsgruppe zu diesem Begriff zu fragen. Es erscheint dagegen angebrachter, bestimmte Fragestellungen zu formulieren, die sich auf ein Set von solidaritätsspezifischen gesellschaftlichen Problemfeldern beziehen. Auf diese Weise werden die Befragten dazu gebracht, die Relevanz von sozialer Integration bzw. von Solidarität - sowie auch von sozialer Gerechtigkeit - zu thematisieren. Im Einzelnen handelt es sich dabei um die Haltung der Befragten zu Bevorzugten und Benachteiligten in der Gesellschaft, zu Einkommensunterschieden, zu Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern, zu den Unterschieden zwischen Ost und West (hinsichtlich der Transferzahlungen zwischen den Landesteilen und hinsichtlich der Einkommensunterschiede), und um ihre Haltung zur Dritten Welt. Die fünf Themenbereiche haben alle einen Solidaritätsbezug, wobei der Fokus auf dem Umgang mit sozialen Unterschieden liegt. Da die Antworten frei zu formulieren sind, wird den Befragten Raum für die Entwicklung ihrer Auffassungen gegeben, wobei die Wiedergabe eines komplizierten Argumentationsnetzes hervorgehoben werden soll, anhand dessen die entsprechenden Reflexionen in ihrer ganzen Breite rekonstruiert werden können. Die solidarischen Orientierungen lassen sich auf diese Weise anhand der Einstellungen zu Schlüsselfragen der Gesellschaft erheben<sup>200</sup> und können anschließend, indem die Antworten eingehend mit dem Verfahren der Sequenzanalyse interpretiert werden, aus den themenspezifischen Urteilen rekonstruiert werden. Dabei habe ich im Vorgriff auf die Typenbildung eine Vorgehensweise gewählt, bei der die Themenbereiche zunächst getrennt voneinander analysiert und erst am Ende der Analyse zusammengeführt und miteinander verglichen werden.

Dem Gesamtfeld der solidaritätsbezogenen Fragen liegt der folgende Gedankengang zugrunde: eine Untersuchung, die nach den Solidaritätspotentialen in den neuen Bundesländern sucht, muß von vornherein berücksichtigen, daß es hier nicht nur einen Bezugsrahmen der Solidarität gibt, sondern daß deren mehrere in Betracht gezogen werden müssen, die tendenziell miteinander in Konflikt - etwa um Ressourcen - stehen: a) erstens befinden sich die Bewohner der Neuen Bundesländer untereinander und mit den Bürgern der alten Bundesländer in einer Solidaritätsbeziehung, was in den ersten drei Themenbereichen zum Ausdruck kommt. Die Frage nach den Auffassungen der

---

<sup>199</sup> Für die Untersuchungsgruppe tritt erschwerend der Umstand hinzu, daß der Begriff der Solidarität in der DDR von offizieller Seite tendenziell mißbräuchlich verwendet wurde, was die Gefahr von Mißverständnissen weiter erhöht.

<sup>200</sup> Siehe etwa Meyer (1997: 319).

Befragten zu *Bevorzugten und Benachteiligten* sowie zu *Einkommensdifferenzen* zielt darauf ab herauszufinden, welche sozialen Unterschiede in diesem Rahmen aus welchen Gründen als tolerabel erscheinen. Dabei ist insbesondere interessant, welche *Spanne* der Einkommensdifferenzierung als zulässig empfunden wird und wie über die verschiedenen *Einkommensarten* gedacht wird, etwa über Kapitaleinkommen oder staatliche Transferleistungen. Die Thematik der *Sozialhilfeempfänger bzw. Arbeitslosen* ist hier von Bedeutung, weil Arbeitslosigkeit eines der beherrschenden politischen Themen der neunziger Jahre ist. Sie ist insbesondere in den neuen Bundesländern nach der Wende von einem nahezu unbekannten Lebensrisiko zu einem dominierenden Thema geworden. Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe bieten denjenigen eine Grundsicherung, die ihre Arbeitsstelle verloren haben.<sup>201</sup> (Braun und Kolosi 1994: 44f) Wie denken die Befragten über diese Formen der Grundsicherung? b) Zweitens sind die Bürger der Neuen Bundesländer auf die Solidarität aus dem Westen angewiesen, die auch eingefordert sowie - jedenfalls in monetärer Hinsicht - gewährt wird. Seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten sind mit jährlich ca. 160 Milliarden DM *Transferzahlungen* in einer bisher nicht vorstellbaren Größenordnung in die neuen Bundesländer geflossen. Gleichzeitig ist das *Einkommensniveau in Ostdeutschland* in vielen Branchen nicht auf demselben Niveau wie in den entsprechenden westlichen Berufsständen. Dies dürfte von vielen als ungerecht empfunden werden und die Einschätzung wechselseitiger Solidarität zwischen Ost und West aus Sicht der Ostdeutschen negativ beeinflussen.<sup>202</sup> Während also der Umstand der Transferzahlungen zu dem Eindruck einer höheren Solidarität zwischen Ost und West beitragen dürfte, kommt den Unterschieden im Lohnniveau sicherlich eine gegenteilige Wirkung zu. c) Drittens und letztens sind die Bürger der neuen Bundesländer als Bewohner eines der reichsten Länder der Erde mit Solidaritätsanforderungen konfrontiert, die sich auf die Dritte Welt beziehen. Die Frage ist, welchen Stellenwert die Interviewten der *Forderung* nach Solidarität angesichts der eigenen *Solidaritätsansprüche* einzuräumen bereit sind.

<sup>201</sup> Bezüglich der Unterscheidung zwischen Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern hat es sich gezeigt, daß es zwar für das Erleben der *betroffenen* Personen eine erhebliche Rolle spielt, ob sie "arbeitslos" im Sinne ihres Angewiesenseins auf Arbeitslosengeld (bzw. -hilfe) sind oder ob sie als Sozialhilfeempfänger eingestuft werden; in der Wahrnehmung Nichtbetroffener findet diese Unterscheidung jedoch kaum einen Niederschlag. Daher werden diese Differenzen auch bei den Interviewten kaum vorgefunden. In vielen, wenn auch nicht in allen Fällen wird daher die Problematik von Arbeitslosigkeit bzw. Sozialhilfe gemeinsam und ohne große Unterschiede diskutiert.

Die Unterschiede für die Betroffenen begründen sich darin, daß es sich im einen Fall um ein beitragsfinanziertes Sicherungssystem handelt und mithin der Eindruck entsteht, den Gegenwert von zuvor erbrachten Leistungen zu erhalten, im anderen Fall um kommunal erhobene Steuergelder, die im Rahmen der Sozialhilfe gewissermaßen weitergeleitet werden, wobei man leicht den Eindruck gewinnen kann, "Almosenempfänger" zu sein. Ein weiterer wichtiger Unterschied für die Betroffenen liegt in der Offenlegung persönlicher Vermögensverhältnisse (für Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe) bzw. im Fehlen einer entsprechenden Notwendigkeit (wie im Fall des Arbeitslosengeldes) und nicht zuletzt darin, ob Verwandte in die Unterstützungsleistung miteinbezogen werden können (wie im Falle der Sozialhilfe) oder eben nicht (Arbeitslosengeld u. -hilfe).

<sup>202</sup> So antworteten bei einer Umfrage im Sommer 1993 90 v.H. im Osten, daß West und Ost nicht solidarisch seien. (Montada 1995: 314)

### *Biographische Analyse*

Die Lebensgeschichte stellt eine individualspezifische Kontext- und Konstitutionsbedingung der jeweils vorgefundenen Solidaritätsorientierung dar, die durch den Zugriff auf biographische Daten erhellt werden kann. Im Kontext der Lebensgeschichte drückt sich die Selektivität des Falles aus, also die spezifische Art und Weise, auf die er sich innerhalb eines Möglichkeitsraumes seine Bahn schafft. Diese Selektionsprozesse zu analysieren, ist Gegenstand der biographischen Fallrekonstruktion. Ziel der Interpretation ist, die jeweilige Reproduktion - und ansatzweise die Genese - der vorfindlichen Sinnstruktur des Falles zu rekonstruieren, wobei zugleich der Bezug des Falles auf sein gesellschaftliches Umfeld herausgearbeitet wird.

In einem *ersten Schritt* werden die *objektiven Daten* analysiert. Dabei handelt es sich um einen Extrakt aus dem Interviewmaterial, der sich auf die puren Fakten aus dem Lebenslauf des Befragten bezieht, also auf solche Informationen, die nicht mit den Eigeninterpretationen des Interviewten kontaminiert sind und die demzufolge auch ein unabhängiger Beobachter so wiedergegeben hätte.<sup>203</sup> In den objektiven Daten stellt sich die real gelebte Selektion von biographischen Optionen besonders deutlich dar. Bei ihrer Analyse kommt insbesondere die Vorgehensweise der gedankenexperimentellen Kontextvariation zum Zuge, in der, wie schon gesagt, die tatsächlich vorgefundenen Selektionen gedankenexperimentell mit anderen Optionen kontrastiert werden, die ebenso möglich gewesen wären. In diese Bestimmung des äußeren Kontextes und der alternativen Handlungsoptionen fließt notwendigerweise auch eine Menge an empirischem und theoretischem Wissen über bestimmte Sachlagen ein. (Wohlrab-Sahr 1993: 106) Dabei stellt sich erfahrungsgemäß heraus, daß wiederkehrend dieselben bzw. strukturanaloge Möglichkeiten systematisch ausgeschlossen werden, die nach allgemeinen Regeln ebenso richtig oder gar "günstiger" (günstiger im Sinne der Reproduktion der Fallstruktur) gewesen wären. Die Ergebnisse dieses Untersuchungsschrittes können anschließend mit dem, was an Interpretationen, Selbstdarstellungen etc. der Befragten subjektiv intentional repräsentiert wird, kontrastiert werden.

Im *zweiten Analyseschritt* wird nämlich im direkten Zugriff auf die verschrifteten Interviewprotokolle die Selbststrukturierung des Falles anhand der (*auto-*)biographischen Äußerungen analysiert. In diesen entfaltet das Erzählte eine eigene Dynamik: da jeder Fall eine jeweils eigentümliche Selektivität darstellt, die sich auch selber strukturiert, wirkt diese Selektivität zwangsläufig auch während und auf das Interview selbst. Diese Selbststrukturierung kann im Rahmen der Interpretation rekonstruierend nachvollzogen werden. Dabei zielen die Fallanalysen darauf, den spezifischen Selektionsprozeß - und damit auch den Individuierungsprozeß - nachzuzeichnen, der in einem Fall zutage tritt. Dieser wird im Rahmen der Sequenzanalyse ermittelt durch die Aufstellung einer möglichst großen Bandbreite von Lesarten, die im Laufe der Interpretation sukzessive

---

<sup>203</sup> Die Frage, wo die Trennlinie zwischen objektiven und solchen Daten zu ziehen ist, die bereits Interpretationen und damit subjektive Einfärbungen des Befragten beinhalten, ist kaum eindeutig zu beantworten. Die Grenze ist offenbar äußerst flüchtig. Erfahrungsgemäß kommt es in jeder neu konstituierten Interpretationsgruppe früher oder später zu einer umfassenden Diskussion über dieses Thema, wobei man sich am Ende pragmatisch auf einen Modus operandi einigt, dem unvermeidbar ein dezisionistisches Moment anhaftet.

ausgeschieden werden, bis nur noch diejenige Interpretationsmöglichkeit übrig bleibt, die den fortlaufenden Falsifizierungsprozeß besteht. Im Rahmen der Aufstellung verschiedener Lesarten kommt auch wieder das Verfahren der Kontextvariation zur Anwendung, spielt aber erfahrungsgemäß eine geringere Rolle als bei der Analyse der objektiven Daten.

Während des zuletzt erläuterten Analyseschrittes können auch die im vorhergehenden Schritt analysierten *objektiven Daten* des Interviewten auf Kompatibilität und Konsistenz *mit der aktuell reproduzierten Sinnstruktur verglichen werden*. Durch die Kontrastierung zwischen objektiver Handlungsstruktur bzw. objektiver Struktur der Lebensgeschichte auf der einen Seite und der subjektiv verfügbaren Selbstinterpretation und Selbstpräsentation auf der anderen Seite wird nämlich auch die Selbstdarstellung als ein Element des biographischen Konstruktionsprozesses erkennbar gemacht. Insofern fällt dieses Verfahren gerade nicht auf die subjektiven Eigendramatisierungen und biographischen Illusionen von Individuen herein - wie der Methode etwa von Seiten Bourdieus (1990) vorgeworfen wird -, sondern kann im Gegenteil diese in ihrer Bedeutung für das Spezifische des Falles herausarbeiten. (Siehe auch Wohlrab-Sahr 1993: 105f)

*Ziel* der Fallanalyse ist die Ent-Wicklung einer jeweiligen Fallstruktur, also der spezifischen Reproduktionsgesetzlichkeit des Falles bzw. die Entschlüsselung der Logik der Relationierung zwischen den vorgefundenen Strukturelementen, wodurch die Erzeugungsweise des einzelnen Falls aufgedeckt wird. Ein Fall bestimmt sich nämlich nicht durch eine bestimmte Konstellation von Merkmalsausprägungen, sondern durch die rekonstruierte Sinnstruktur. Die *Reproduktion* dieser Struktur *sichert* der untersuchten sozialen Einheit ihre *Identität*. An einem bestimmten Punkt der Analyse wird diese Reproduktionsgesetzlichkeit als hinreichend bestimmt zur Geltung gekommen sein. (Oevermann 1981: 41, 55) Dabei darf allerdings bei der Bestimmung der Struktur die prinzipielle Möglichkeit ihrer Transformation nicht ausgeschlossen werden. Prozesse der Transformation sind nach Oevermann (ebenda: 41) Prozesse, die sich anlässlich neuartiger innerer oder äußerer Probleme, die gelöst werden müssen, ergeben und die dazu führen, daß die gegebene sich reproduzierende Fallstruktur eine Veränderung erfährt, die in neuen Stufen der Reproduktion resultiert. Wie sich zeigen wird, treten frühere Transformationen im Laufe der Analyse zutage und werden auf diese Weise im Biographieverlauf eines Falles ausgemacht.

### *Zusammenhangsanalyse*

Wie oben schon gesagt, ist die Solidaritätsorientierung im Grunde ein Teilaspekt der Reproduktionsgesetzlichkeit der biographischen Struktur. Ein zentrales Ziel der biographischen Analyse ist daher die Bestimmung der Genese der Solidaritätsorientierung aus dem Gefüge der biographischen Struktur, wobei diese Genese fallspezifisch stark variieren und infolgedessen zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen führen kann. Diese Spezifität herauszuarbeiten, ist das Ziel der Zusammenhangsanalyse.

Interessant ist in diesem Zusammenhang insbesondere die Frage, ob sich die jeweilige Solidaritätsorientierung auf der Grundlage einer autonomen Steuerung entwickelt hat oder ob einfach nur Vorgaben übernommen wurden. Im letzteren Fall hat der Betreffende die Vorgaben aus seinem

biographischen Umfeld reflexionslos übernommen, was daran zu erkennen ist, daß sich die Kausalität der äußeren Einwirkung unerreichbar für Reflexionsprozesse naturwüchsig im jeweiligen Einzelfall fortsetzt. Im ersteren Fall distanziert sich der Betreffende von der Vereinnahmung durch äußere Vorgaben, mißtraut sogar seinen eigenen Präferenzen, die durch die Vorgaben angesprochen werden, und bricht somit durch Prozesse der Reflexion die Wirkung des auf ihn ausgeübten Zwangs. (Siehe hierzu insbesondere Giegel 1988: 216)

Dabei muß aber vor einer bestimmten Sorte von Fehlschlüssen gewarnt werden, die nach Seyfarth (1988: 176ff) auf die folgende Art und Weise zustande kommen können: an die Stelle der unreflektierten konventionellen Wiedergabe normativer Standards, wie sie vielleicht früher vorherrschte, treten nämlich neuerdings, induziert durch die Differenzierungsprozesse und die immer rascher folgenden Umbrüche in der Moderne, zunehmend reflektiert anmutende Urteile bzw. Bekenntnisse. Häufig besteht jedoch das "höhere Informationsniveau" nur vermeintlich und aus zweiter Hand, wobei es spezifischen privaten und öffentlichen Dramatisierungsgesetzen unterliegt. Man kann - mit anderen Worten - oberflächlich abgefragten oder beobachteten Handlungsweisen nur sehr schwer ansehen, ob sie als Ausdruck fester Werte zu qualifizieren sind oder als flüchtige und vorübergehende Einstellungen, die einer momentanen Opportunität oder einer gerade öffentlich gehandelten Meinung geschuldet sind. Aber gerade hier bieten die Methoden qualitativer Sozialforschung einen wichtigen Ansatz, denn mit ihrer Hilfe kann man feststellen, ob es sich tatsächlich um Konkretisierungen tieferliegender Sinnstrukturen handelt oder nur um die unreflektierte Wiedergabe flüchtiger Topoi, Tagesparolen, Modeerscheinungen etc.

### ***Typenbildung***

#### ***Repräsentativität***

Sozialforscher, die mit qualitativen Methoden arbeiten, werden häufig mit der Frage konfrontiert, ob denn die Repräsentativität der Untersuchung in anbetracht der geringen Fallzahl überhaupt gegeben sei. Die Antwort auf diese Frage lautet mit Oevermann (1996: 14f), daß eine Fallrekonstruktion als Strukturgeneralisierung immer eine genuine, ursprüngliche und damit *repräsentative* Typusbestimmung ist. Ist nämlich die Rekonstruktion der Reproduktion einer Sinnstruktur gelungen und damit die Reproduktionsgesetzlichkeit eines Falles expliziert, dann kann die rekonstruierte Struktur als *allgemeingültig* betrachtet werden *unabhängig von der Frage ihrer statistischen Häufigkeit*. Es ist nämlich eine ganz andere Frage, wie häufig ein bestimmter Typus in der Gesellschaft vorkommt. (Wohlrab-Sahr 1993: 107f) Der behauptete Zusammenhang kann also, weil er einer von Sinnstrukturen ist, *an einem einzelnen Fall verifiziert* werden. Dabei weiß man zwar nichts über die Häufigkeit des Vorkommens dieses Musters; was man aber sagen kann, ist, daß die Lebenskonstruktion einen Fall eines typischen Musters darstellt. (Bude 1984: 22) Ferner wird das Gros der biographischen Orientierungsmuster keineswegs individuell generiert, sondern repräsentiert vielmehr ein typisches Muster, das von einer Vielzahl an Individuen (in jeweils modifizierter Weise) realisiert wird. (Giegel 1987: 356) Daher können wir annehmen, daß der entdeckte Zusammenhang auch bei anderen Fällen im Untersuchungsfeld besteht.



In der vorliegenden Untersuchung wird außerdem im Rahmen des "Theoretical sampling", von den bereits herausgearbeiteten Typen ausgehend, eine Typologie von Fällen gebildet, indem man zu den bereits interpretierten Fällen solche als weitere Fälle heraussucht, von denen man erwartet, daß sie maximal (oder minimal) mit bereits untersuchten Fällen kontrastieren. Die Kontrastierung erfolgt dabei immer anhand von bestimmten, oft erst im Zuge der Forschung herausgearbeiteten Dimensionen, wobei das Ziel verfolgt wird, im Untersuchungsfeld die gesamte Bandbreite der vorfindlichen Typen zu erfassen: in der vorliegenden Untersuchung also sämtliche Typen von Solidaritätsorientierungen, wie sie bei ostdeutschen Studenten vorzufinden sind. Das Verfahren wird dann eingestellt, wenn die Typologie gesättigt ist, wenn also kein Fall mehr zu entdecken ist, der etwas wesentlich Neues zur Typologie beiträgt. Die im folgenden Teil dieser Arbeit dargestellten Fälle sind also so ausgewählt worden, daß sie sich möglichst kontrastreich zueinander verhalten und dabei die gesamte im Untersuchungsfeld bestehende Varianz repräsentieren. Darüber hinaus wurde jedem Typus nach Möglichkeit ein (kürzer gefaßter) Vergleichsfall zugeordnet, um zu verdeutlichen, daß der betreffende Fall nicht für sich alleine steht.

#### *Das Verfahren der Typenbildung*

Wie bereits gesagt, wird durch die Auswahltechnik des Theoretical sampling angestrebt, mit den geführten und analysierten Interviews die im Untersuchungsfeld vorhandene Varianz einzufangen. Damit diese Varianz jedoch nicht als ungeordneter "Haufen" von Einzelfallanalysen erscheint und um einen Überblick über das Gesamtfeld der Untersuchung zu gewinnen, ist es notwendig, alle Fälle im einzelnen zu in sich homogenen Gruppen oder *Typen* zusammenzufassen und für alle diese Typen die für sie charakteristischen allgemeinen Fallstrukturen zu bestimmen. Zu diesem Zweck werden Fälle mit ähnlicher Struktur zu Gruppen typischer Ausprägung zusammengestellt, wobei weiterhin gesichert sein muß, daß in den Typen die gesamte Varianz des Feldes vertreten ist. Dazu sind Abstraktionen von den spezifischen Besonderheiten der Einzelfälle erforderlich. Man hat dann in der Gesamtheit dieser Typenstrukturen zwar nicht mehr alle in den Einzelfällen auftretenden spezifischen Merkmalsausprägungen, aber doch alle im Feld vorhandenen "*wesentlichen*" Unterschiede in den Merkmalsausprägungen erfaßt. (Giegel u.a. 1988: 257, 408) Welche Unterschiede für die Typologie zu tragenden Kategorien werden, d.h. welche als wesentlich und welche als peripher gelten, stellt sich im Laufe der Untersuchung auf der Grundlage der Forschungsfrage heraus. Von der Art und Weise, wie dieser Abstraktionsprozeß verläuft, hängt nämlich ab, welche der Fälle auf welche Weise gruppenweise zusammengefaßt werden. Bedingung dabei ist, daß die zentralen Momente der Fallstruktur nicht verloren gehen. Die Fallstruktur eines Typus hat damit eine allgemeinere Form als die im Kontext von Einzelfallanalysen entwickelten Fallstrukturen, denn jede der dargestellten Sinnstrukturen besteht aus einer Vielzahl von den für den jeweiligen Einzelfall ganz spezifischen Sinnelementen. Daraus folgt auch, daß, wenn man für jeden Typus einen repräsentativen Fall bestimmt, der das Typenmuster exemplarisch repräsentieren soll, sich zeigen wird, daß die jeweils zugeordneten Fälle einen unterschiedlichen Grad der Ähnlichkeit im Verhältnis zu diesem

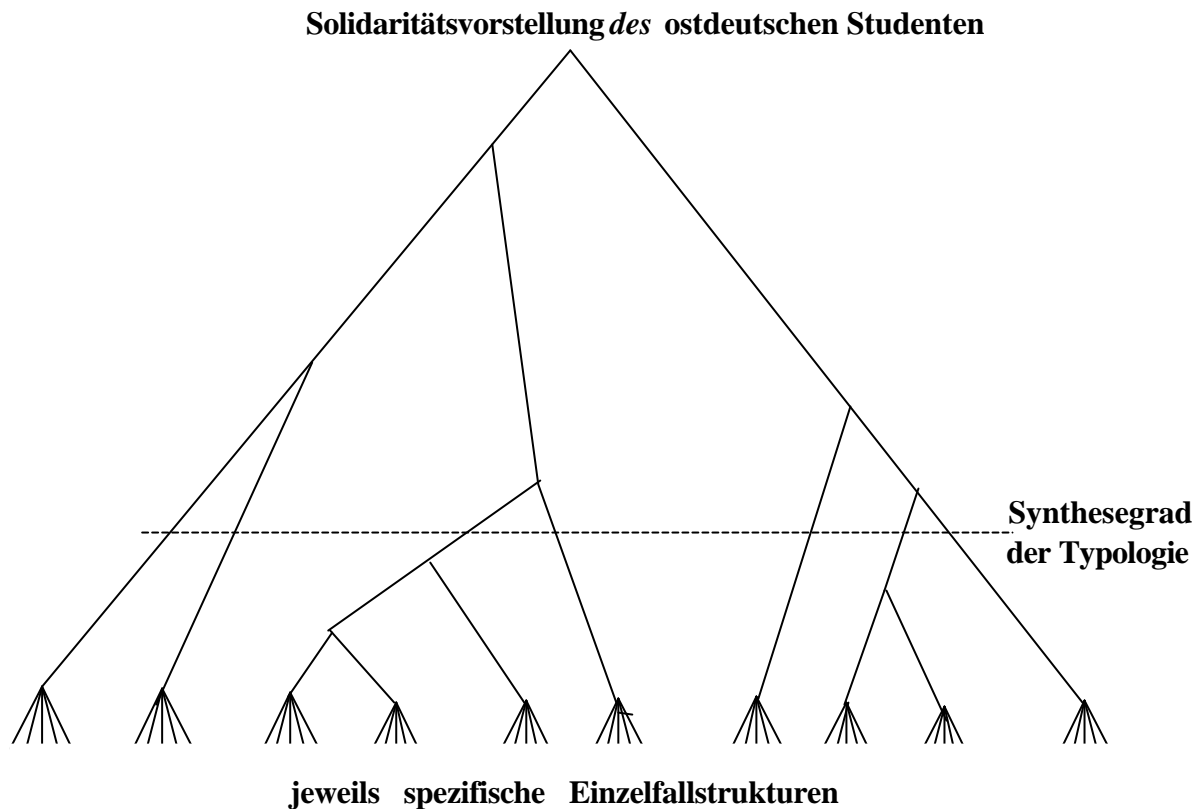
exemplarischen Fall aufweisen, d.h. mehr oder weniger genau dem Typenmuster entsprechen.<sup>204</sup> (ebenda: 410)

Aus dem bisher Gesagten folgt, daß die in den Einzelfallanalysen rekonstruierten komplexen Fallstrukturen nur dann systematisch miteinander zu vergleichen sind, wenn sie auf eine einheitliche Problemstellung bezogen werden. (Ebenda) Die analytische Gliederung der Sinnmuster erfolgt dabei nach tragenden Kategorien, die sich im Verlauf der Analyse auf der Grundlage der Forschungsfrage - im Fall der vorliegenden Untersuchung handelt es sich dabei um die Solidaritätsorientierung der Befragten - herausgebildet haben. Die tragenden Kategorien können auf unterschiedlichen Abstraktionsniveaus entwickelt werden. Je allgemeiner die Fallstruktur, die einen Typus kennzeichnet, gefaßt wird, je höher also das Abstraktionsniveau, um so mehr Fälle wird dieser Typus in sich vereinigen. Treibt man diesen Prozeß ins Extrem, so erhält man eine sehr allgemeine, von aller Fallspezifität absehbende und damit für alle im Untersuchungsfeld vorhandenen Fälle geltende Fallstruktur. Im anderen Extremfall, also bei niedrigstem Abstraktionsniveau, findet man sich dagegen auf der Ebene der Einzelfälle wieder. Bei der Typenbildung ist daher ein mittlerer Grad der Verallgemeinerung der Fallstrukturen anzustreben, der es einerseits erlaubt, möglichst viele Fälle in einer Gruppe zusammenzufassen, es andererseits aber auch gestattet, grundsätzlich die verschiedenen Ausprägungen festzuhalten. (Ebenda: 409) Das folgende Schaubild gibt dieses Problem wieder.<sup>205</sup>

---

<sup>204</sup> Dabei ist es auf der Grundlage der Typologie prinzipiell auch möglich, einen typeninternen Vergleich von Fällen vorzunehmen und dabei das Bestehen von Strukturparallelen zu demonstrieren. (Giegel u.a. 1988: 259) Es wird sich zeigen, daß in einigen Fällen die Ähnlichkeit mit dem exemplarischen Fall so wenig ausgeprägt ist, daß man sie als "Grenzfälle" bezeichnen muß. Solche Grenzfälle sind jedoch unproblematisch, wenn sie sich als Übergangsfälle in einen anderen Typus verstehen lassen. (Ebenda: 410)

<sup>205</sup> Diese Graphik stellt nur den allgemeinen Gedankengang dar und gibt in ihrer Struktur in keiner Weise das Ergebnis der Untersuchung wieder. Sie ist an das Schaubild in Giegel u.a. (1988: 409) angelehnt, wobei ein wichtiger Unterschied darin besteht, daß die vorliegende Graphik zeigt, wie Abzweigungen in "Subtypen" bzw. "Subtypen von Subtypen" etc. relativ ungeordnet und auf ganz verschiedenen Abstraktionsniveaus erfolgen können, während die Darstellung in Giegel u.a. (ebenda) diesbezüglich "idealtypischer" ist.



**Schaubild:** Zum Abstraktionsgrad der Typenbildung

Weil ein Typenbegriff als logischer Allgemeinbegriff weniger Informationen enthält als die Darstellung der jeweiligen Einzelfälle, beinhaltet die Operation der Abstraktion eine Generalisierung, die mit einem Informationsverlust verbunden ist: es geht nämlich das Spezifische des jeweiligen Einzelfalles verloren.

Mit dem gewählten Niveau der Abstraktion werde ich einerseits versuchen, der Komplexität der in den *Einzelfalldarstellungen* erfaßten Sinnstrukturen gerecht zu werden, andererseits mich bemühen, die Darstellung des Feldes möglichst übersichtlich zu gestalten, sprich, auf eine begrenzte Anzahl von *typenspezifischen Sinnstrukturen* auf höherem Abstraktionsniveau zu reduzieren. Da sich beide Ziele in einem unaufhebbaren Spannungsverhältnis zueinander befinden, läuft dieser Anspruch auf einen Kompromiß hinaus.

Um diese Konstellation ein wenig zu lockern, werde ich im *themenbezogenen Analyseschritt* - der Analyse der Solidaritätsorientierungen -, welcher der Typenbildung zugrundeliegt, aus Gründen der Übersichtlichkeit die Darstellung durchgehend nach denselben Gesichtspunkten gliedern. Zur Typenbildung ist es nämlich angeraten, die Sinnstruktur der einzelnen Fälle nach allgemeinen Kategorien systematisch zu gliedern, um auf diesem Wege einen systematischen Vergleich der Sinnstrukturen verschiedener Fälle zu ermöglichen. Im *biographiebezogenen Analyseschritt* werde ich dagegen dem Einzelfall maximalen Raum lassen, sich selbst zur Sprache zu bringen, und so seiner Eigenselektivität eine möglichst breite Entfaltung einräumen.

## VI. DIE UNTERSUCHUNG DER SOLIDARITÄTSPOTENTIALE VON STUDENTEN IN DEN NEUEN BUNDESLÄNDERN

Aus Gründen, die in der weiter unten folgenden Zusammenfassung erläutert werden, wurde eine Typologie aus sechs verschiedenen Typen entwickelt, die auf den folgenden Seiten durch ausführliche Falldarstellungen repräsentiert werden. Dabei wird jedem Typus ein "Zuordnungsfall" beiseite gestellt, dessen Darstellung vergleichsweise knapp ausfällt.<sup>206</sup> Es erfolgt jeweils zuerst die Solidaritätsanalyse, daran anschließend die biographische Analyse des jeweiligen Falles, worauf in einem abschließenden Schritt der Zusammenhang zwischen beiden untersucht wird. Die Solidaritätsanalyse wird auf der Grundlage von fünf angesprochenen Problembereichen vorgenommen - im einzelnen: Einkommensdifferenzen, Sozialhilfeempfänger und Arbeitslose, bevorzugte und benachteiligte Gruppen, Verhältnis zwischen Ost- und Westdeutschland, Dritte Welt, auf deren Grundlage die wesentlichen Grundmomente der Solidaritätsorientierung des jeweiligen Typus in den Antworten hervorgehoben werden sollen, woraufhin sie im Zuge der Interpretation rekonstruiert werden können. Sowohl die Solidaritätsanalyse wie auch die biographische Analyse erfolgen anhand des im vorangehenden Kapitel erläuterten Sequenzanalyseverfahrens.

### Konformisten

#### *Typ a) Marktliberale Orientierung*

*Britta (Volkswirtschaftslehre):*

##### **Solidaritätsanalyse**

##### Einkommensdifferenzen

*I: Hm hm, aber nun war ja [in der DDR] die Tendenz doch ausgeprägt, das Niveau irgendwo gleichzuhalten, denk ich, auch das materielle Niveau (B: hm) bei den Leuten.*

*B: Is das positiv?*

*I: Könnte man annehmen, daß das äh sozusagen äh Ergebnis von Orientiertheit am Allgemeinwohl wäre?*

*B: Ich weiß nicht, was das mit Allgemeinwohl zu tun hat, wenn Leistung nicht bezahlt wird (I: hm) oder nicht honoriert wird, (I: hm) generelles Problem der DDR auch, auch Nachteil ja. (lacht kurz) (2, 5)*

Vom Interviewer auf die Zielgröße eines Lebensniveaus angesprochen, welches sich bei allen Bürgern der DDR in etwa auf gleicher Höhe bewegen sollte, antwortet Britta mit einer direkten Gegenfrage: Ob so ein Ziel denn positiv sei. Sie bringt damit die Fragwürdigkeit einer solchen Zielvorstellung zum Ausdruck und gibt auf diese Weise zu erkennen, daß ein gleiches Lebensniveau ihrer Auffassung nach nichts Gutes ist. Sie ist sich in ihrer Auffassung offenbar recht sicher und

<sup>206</sup> Einige Zuordnungsfälle (Michael, Heiner, Frank und Jana) wurden nicht schwerpunktmäßig von mir selbst, sondern von einem anderen Projektmitarbeiter, nämlich Matthias Rübner, bearbeitet. Umgekehrt wurden auch Zuordnungsfälle in Rübner (1999) in erster Linie von mir bearbeitet und treten hier als Hauptfälle in Erscheinung.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen dem tatsächlichen Interpretationsprozeß und der folgenden Darstellung besteht darin, daß darauf verzichtet wird, alle Lesarten, die im Gang der Analyse aufgetreten sind, darzustellen. Siehe hierzu den beigefügten Materialband, in dem anhand eines exemplarischen Falles sämtliche Arbeitsschritte aufgeführt sind.

erwartet gute Gründe für eine gegenteilige Position. Der Interviewer führt das Allgemeinwohl als Grundlage für den Gleichheitsgrundsatz ins Feld, aber hiermit kann sich Britta nicht einverstanden erklären. Sie vertritt bezüglich des Allgemeinwohls eine andere Position, die auf dem Begriff der Leistung beruht: Leistung soll angemessen honoriert werden, und gerade der Umstand, daß dies nicht der Fall war, war ein grundlegender Fehler der DDR. Britta stellt hier die ökonomische Effektivität eines Gesellschaftssystems in den Mittelpunkt der Beurteilung desselben. Effektivität ist demnach ohne die Honorierung von Leistung nicht gegeben. Das Fehlen von Leistungsanreizen wiederum ist der Orientierung am Gleichheitsprinzip, wie sie in der DDR vorherrschte, geschuldet. Gründe, die für das Gleichheitsprinzip sprechen könnten, z.B. die Ausschaltung von sozialen Notlagen, zieht Britta hier gar nicht erst in Betracht. Sie vertritt damit konsequent das Leistungsprinzip unter Ausblendung seiner Nachteile, während sie das Gleichheitsprinzip dezidiert ablehnt. Das impliziert, daß sie im Hinblick auf den Zusammenhang von Gerechtigkeit und Solidarität eher produktions- als solidaritätsorientiert ist.

*I: Du hast gesagt, äh mit der Arbeit oder mit der Arbeitslosigkeit [in der BRD] das könnte sich geben in ku- in fernerer Zukunft oder in naher Zukunft. Wie könnte das aussehen, wie denkst Du das?*

*B: Hm [...] äh ich denk mir, daß daß man einfach dazu finden muß, [...] ähm ich sag jetzt einfach mal Innovationstechniken un so was hier in Deutschland zu entwickeln, (I: hm hm) weil mit einfacher Produktion wird man hier nich mehr weiterkommen, (I: hm) da sin andre Länder billiger. Also müssen irgendwelche Techniken oder irgendwas her, was was jetzt heutzutage noch Geld bringt, (I: hm) auch auch mit hohen Löhnen Geld bringt un nich denken, das sind innovative Techniken. (I: hm) Un [...] oder dann eben tja es wird es wird da wahrscheinlich stark auch in der Lohnskala auseinanderklaffen werden, eben diese innovativen Sachen, die dann hoch bezahlt sind. Oder dann wenn man bei der Produktion bleibt oder dann bei Hilfsarbeiten oder ich sag jetzt einfach Raumpfleger oder so was, (I: hm) die dann eben niedriger bezahlt sind. (2,8)*

Angesprochen wird Britta auf die Problematik der Arbeitslosigkeit. Im Zuge ihrer Antwort nimmt sie nicht, was ebenfalls möglich wäre, bezug auf die Lage der Arbeitslosen, sondern sie sieht das Problem aus einer allgemeinen Systemperspektive und weist buchstäblich auf technische Lösungsansätze hin. Sie nimmt dabei eine Überblicksperspektive ein, aus der sie konsequent lösungsbezogen denkt. Für Britta ist entscheidend, die produktive Basis der Ökonomie aktiv zu fördern und sich dabei auf die Produktionszweige, die *"noch Geld bringen"*, zu konzentrieren. Hier spielt auch wieder die Anreizfunktion von Verdienstaussichten eine Rolle, wieder kommt also das Leistungsprinzip zum Zuge. Dabei sind Einkommensunterschiede für Britta eine in Kauf zu nehmende Folge, wenn es darum geht, daß Deutschland international ökonomisch konkurrenzfähig bleibt. Eine breite und stark gespreizte Lohnskala versteht sich von selbst und auch große soziale Unterschiede müssen im Namen der Systemeffizienz in Kauf genommen werden: Raumpfleger und ähnliche Berufsgruppen müssen eben damit leben, daß sie nur noch minimale Einkünfte erhalten. Die Frage, ob bzw. in welcher Höhe das Ausmaß der Einkommensdifferenzen aus der Sicht der unteren Einkommensgruppen angemessen ist, kommt Britta gar nicht erst in den Sinn; die konkreten Folgen, die sich für die Niedrigverdiener ergeben, spielen für sie keine Rolle. Allgemein scheinen Fragen der sozialen Integration für sie nicht wichtig zu sein, allenfalls rangieren sie weit hinter ökonomischen

Erfordernissen oder werden im Rahmen der Bedienung ökonomischer Erfordernisse gleich miterledigt. Unter "Allgemeinwohl" versteht Britta demnach ein hohes Niveau vorzugsweise innovativer Güterproduktion, die sich gegenüber ihrer Konkurrenz behaupten kann und damit der Gesamtoökonomie des Landes dient. Große soziale Unterschiede werden im Namen der Systemeffizienz in Kauf genommen. Die Frage nach einem gerechten Ausmaß der Differenzierung bleibt ganz im Hintergrund. Das Leistungsprinzip ist dabei auf die volkswirtschaftliche Relevanz der Arbeitsleistung bezogen, beruht also auf der *Wettbewerbsperspektive*.<sup>207</sup> Diese Verteilungsform ist nämlich funktional im Rahmen einer ökonomischen Gesamtrationalität. Daß diese in der von Britta bevorzugten Form zu einer extremen Differenzierung in den Einkommen führt, stellt für sie kein Problem dar. Die Tatsache, daß ein System wegen seiner Effizienz die Chancen für die Gesellschaft insgesamt erhöht, ist für sich genommen schon ein Beweis für seine Gerechtigkeit.

#### Sozialhilfeempfänger und Arbeitslose

*Wenn man diesen Sozialhilfesatz anhebt, werden die Leute sicherlich auch keine, ich sag jetzt mal, Hilfsarbeiten ausführen wolln, (I: hm) weil se sich einfach sagen, ich krieg ja genauso viel Geld, wenn ich nichts mach, als wenn ich da auf'm Bau schippe oder was weiß ich, Räume putze oder (I: hm) so ne Sachen mach, (I: hm) also arbeite ich doch lieber nich. (I: hm) Un wer soll dann die Arbeit machen? (2,9)*

Eine Anhebung der Sozialhilfe wird von Britta abgelehnt mit dem Hinweis, daß in der Folge dieses Schrittes bestimmte notwendige Arbeiten aufgrund fehlender Leistungsanreize nicht mehr erledigt würden. Die erhöhte Sozialhilfe würde die Vergütung solcher Arbeiten unattraktiv machen und daher einen Eingriff in die Einkommensskala bedeuten, was letztlich zu einer Gefährdung des ökonomischen Systems führen würde. Ergo ist die Sozialhilfe auf dem gegenwärtigen Stand zu belassen, gegebenenfalls abzusenken. Ferner ist Britta Vertreterin des Lohnabstandsgebotes, das sie zwar nicht beim Namen nennt, aber den Inhalten nach wiedergibt. Was demnach zählt, sind die Preise, die der Markt bietet, und Eingriffe in diese Sphäre sind nicht gerechtfertigt, denn sie führen zu Verfälschungen und Verzerrungen.

An dieser Passage - wie auch an anderen Stellen - wird deutlich, daß Britta von Anfang an nicht die Perspektive der gesellschaftlich schlechtgestellten Gruppen wahrnimmt, sondern in einer funktionalistischen Sichtweise, genauer einer ökonomischen, verbleibt. Dabei werden wie selbstverständlich die gegebenen Verteilungsstrukturen legitimiert. Sie erscheinen als funktionales Erfordernis und bedürfen keiner weiteren Rechtfertigung. Die Bedürftigkeit der Sozialhilfeempfänger oder generell die Frage, ob man von den entsprechenden Leistungen auch leben kann, gerät dabei nicht in ihr Blickfeld. Hinsichtlich dieser Frage fühlt ihr der Interviewer mit der folgenden Frage auf den Zahn:

*I: Hm wie sieht das direkt mit äh zum Beispiel Sozialhilfeempfängern aus? Is das gerechtfertigt, daß die so wenig Geld kriegen, weil sie ehm nich arbeiten oder?*

*B: [...] Muß mal sagen, grade hier im Osten is es schwierig (I: hm) mit der mit der jetzigen Arbeitslage zu sagen, es is gerechtfertigt, (I: hm) weil viele ja sicherlich arbeiten würden und*

<sup>207</sup> Siehe S. 114f dieser Arbeit.

wollten und einfach keine Arbeit kriegen und äh da bestraft werden (I: hm) für ne Sache, zu der se eigentlich nichts können. (I: hm) Und insofern is es is es nich gut ne, was was will man machen und wie will man die Leute von Leuten, die wirklich nichts machen wollen unterscheiden und wie wolln wie will man die trennen. (I: hm) [. ] Und es wird ja auch generell, also man sieht ja auch an Beispielen, daß Leute, die noch nie gearbeitet ham, auch zu DDR Zeiten nicht gearbeitet ham, eben, was weiß ich, genauso ne große Wohnung haben wie wir, (I: hm) sag ich jetzt einfach mal so (I: hm) und wahrscheinlich auch nie arbeiten werden un trotzdem die Wohnung bezahlt kriegen, die Möbel gestellt kriegen (I: hm) und so weiter und so fort, (I: hm) nichts dafür tun brauchten un nie was dafür tun brauchten, (I: hm) das hat sich jetzt fortgesetzt. Un die leben trotzdem, ich mein was so, klar, daß die leben und das is auch gut so, daß se leben, (I: ja) aber da sag ich dann wieder, es wäre ungerecht, denen noch mehr Geld zu geben. (I: hm) Aber wo will man die Grenze ziehen, ich weiß es nich. (2,8)

Britta äußert sich erst auf Nachfrage zur Lage schlechtgestellter Gruppen. Zur Rechtfertigung ihrer Situation, die zumindest im Osten Deutschlands nicht in jedem Fall selbstverschuldet ist, führt sie eine Unterscheidung in zwei Sorten von Arbeitslosen ein: die "guten" Arbeitswilligen und die "schlechten" Arbeitsunwilligen.<sup>208</sup> Die erste Gruppe stellt für sie ein räumlich ("*hier im Osten*") und zeitlich ("*mit der jetzigen Arbeitslage*") begrenztes Ausnahmeproblem dar. Dieser gegenüber räumt sie ein, daß den betreffenden Personen Chancen zum eigenen Broterwerb gewährt werden müssen. Mit anderen Worten: Wer leistungsbereit ist, der soll auch die Möglichkeit zur Leistungserbringung erhalten. Es wäre also am besten, wenn Arbeit für alle Arbeitswilligen vorhanden wäre. Ist dies aber nicht der Fall, dann mischen sich diejenigen, die ohne Eigenverschulden keine Arbeit bekommen haben, ununterscheidbar mit denjenigen, die nicht arbeiten wollen. Die Unterstützung von Arbeitslosen ohne Differenzierung zwischen Leistungswilligen und -unwilligen führt zu dem Problem, daß auch Arbeitsverweigerer mitunterstützt würden, was Britta vermeiden will.

Dann folgt eine lange Passage, in der sie feststellt, daß die Empfänger von Unterstützungszahlungen über einen Lebensstandard verfügen, der ihrer Ansicht nach zu hoch ist. Zwar räumt sie ihnen, eher bemüht, ein Recht auf Leben ein, aber die daraus abgeleitete Unterstützung darf keinesfalls in eine Belohnung für Arbeitsunwilligkeit ausarten. Allenfalls ist eine äußerst geringe Unterstützung gerechtfertigt, die dem Ziel dient, das Überleben von Notleidenden zu gewährleisten: Nur die Subsistenz wird zugebilligt. Insgesamt wiegt ihre Ablehnung einer "überzogenen" Unterstützung von Arbeitsunwilligen schwerer als die Gefahr, daß arbeitswillige Arme keine Unterstützung erhalten.

#### Benachteiligte bzw. bevorzugte Gruppen

- I: gabs aber auch richtig schwache Gruppen in der DDR, also Leute, die wirklich vielleicht heute vergleichbar Sozialhilfeempfänger oder so, (B: hm) gabs so was?
- B: Ja sicher, gabs die, (I: hm) die wurden aber in den Betrieben ähm, ich sag jetzt mal mit durchgefüttert, die warn da, ich sag jetzt, mh das is vielleicht en bissel pauschal, wenn ich das jetzt so sag, weil man tut den Leuten, die jetzt wirklich arbeitslos sin und arbeiten würden Unrecht. (I: hm) Aber es warn arbeitsscheue Leute, (I: hm) und die wurden trotzdem von den Betrieben mit durchgefüttert, weil es ja laut DDR-Bestimmung keine Arbeitslosen geben durfte. (2,6)

<sup>208</sup> Sie greift damit auf die klassische Unterscheidung zwischen sog. "deserving" und sog. "undeserving poor" zurück. Siehe auch S. 114 dieser Arbeit.

An dieser Stelle verleiht Britta ihrer Ablehnung von gewissen Bevölkerungsgruppen unter Verwendung der Begriffe "*arbeitsscheu*" und "*durchgefüttert*" Ausdruck. Der Leistungsgedanke, vor allem die Grundhaltung, daß Einkünfte ausschließlich durch die Erbringung von Leistung (im Sinne ökonomischer Aktivität) gerechtfertigt sind, zieht sich durch sämtliche Textstellen, die bisher herangezogen wurden. In konsequenter Affirmation des Leistungsprinzips räumt Britta dabei die negativen Tendenzen dieses Prinzips - nämlich die Gefahr der Unterversorgung von Leistungsschwächeren - aus und schreibt die Ursachen für die Benachteiligung wiederholt den Betroffenen selbst zu. Ihre Äußerungen gehen dabei auch mit einer moralischen Diskreditierung ("*arbeitsscheu*") einher und legen nahe, daß sich die Betroffenen im Sinne des Gesamtsystems hochgradig schädlich und daher unmoralisch verhalten haben.

Probleme bereiten ihr aber wiederholt diejenigen, die trotz guten Willens, sprich Leistungsbe-reitschaft, keine *Möglichkeit* zum eigenen Verdienst eingeräumt bekommen. Dieser Gedanke wird aber, wenn er auch immer wieder zu Tage tritt, stets in die zweite Reihe gedrängt. Es liegt hier offenbar eine Ambivalenz vor, die sich nicht ganz verdrängen läßt, deren Gewichte aber asymmetrisch verteilt sind. Immerhin scheut Britta aber davor zurück zu sagen, daß die Benachteiligung der *deserving poor* einfach in Kauf genommen werden müsse. Sie bleiben ein Problem, das zwar randständig ist, sich aber nicht gänzlich verdrängen läßt.

I: *Hm, Du sprachst grade von, daß zu befürchten is, daß die Gespanne diese Geldspanne weiter auseinanderklappen wird (B: hm) in Zukunft, äh gibts heute Gruppen in der Bundesrepublik, die et- also richtig benachteiligt sind?*

B: *[.] Was verstehst Du unter benachteiligt?*

I: *Sozial, materiell. Entweder überhaupt zu wenig Geld kriegen, weil sie keine Arbeit haben oder auch zu wenig Geld für die Arbeit kriegen.*

B: *[...] Gibts sicherlich hm.*

I: *Hm, is Dir aber nich irgendwie?*

B: *Nur, nee, ich denk jetzt grad über die Sache der Gerechtfertig- der Rechtfertigung nach. (I: hm) Es is sicherlich nich immer gerechtfertigt, (I: hm) einfach weil ich davon ausgeh, daß die daß der Staat äh und die Bürokratie so fehlerhaft ist, daß dann nich immer alles gut sein kann, was gemacht wird. (I: hm) Un aus der Sicht sag ich einfach, es is nich immer, es gibt so ne Leute und es is auch nich immer gerechtfertigt, daß es bringen auch Leute un gerechtfertigt wenig un sozial benachteiligt, (I: hm) obwohl ichs, mh 's is vielleicht en bisschen hart, obwohl sie's vielleicht nich verdient haben, das is natürlich immer die Frage, wie (I: hm) sieht man das dann. (2, 9)*

Das Problem der Leistungswilligen, die trotz ihrer "richtigen" Orientierung und ihres guten Willens benachteiligt sind, beschäftigt Britta weiter. Hier liegt offenbar die Achillesferse ihrer Solidaritäts- bzw. Gerechtigkeitsorientierung. Vom Verlauf des Interviews her hätte sie auch die einfachere Möglichkeit gehabt, sich thematisch auf die Gruppe der Leistungsunwilligen zu beschränken. Stattdessen spricht sie von selber das Problem an, welches darin besteht, daß das Leistungsprinzip nicht richtig umgesetzt ist. Dabei stellt sich die Frage nach der Rechtfertigung der bestehenden Disparitäten.

Überraschenderweise ist sie schnell mit einer Ursache bei der Hand, die bisher noch gar kein Thema war: Es ist auf einmal die Ineffizienz von Staat und Bürokratie, die den Grund für bestehende soziale Disparitäten und Ungerechtigkeiten darstellt. In Brittas Ausführungen wird allerdings nicht klar,



inwiefern diese Institutionen für die Benachteiligungen verantwortlich sind. Man kann hier nur mutmaßen, daß es vielleicht das bekannte Problem der Unterscheidung zwischen arbeitswilligen und arbeitsunwilligen Benachteiligten ist, das Britta gern abdelegieren möchte. Demnach würde sie der Bürokratie den Vorwurf machen, nicht effektiv zwischen beiden unterscheiden zu können, obwohl sie für dieses Problem zuständig ist.

Neben der plötzlichen Thematisierung von Staat und Bürokratie fällt ferner auf, daß ihr Satzbau im Vergleich zum restlichen Interview sehr unsicher ist. Dieser Umstand könnte der obengenannten Ambivalenz in ihren Überzeugungen bezüglich des Leistungsprinzips geschuldet sein. Im Grunde verläuft nämlich die Argumentation zweigleisig, was Britta aber nicht eindeutig artikuliert wiedergibt: Erstens sollen nämlich nur arbeitswillige Leute entlohnt werden und zwar gemäß ihrer Leistung. Zweitens geht Britta, wie bereits zu sehen war, davon aus, daß das marktwirtschaftliche System diesem Prinzip im Großen und Ganzen gerecht wird, jedenfalls wenn man es frei walten läßt. In der Argumentation ist sie nun an eine Stelle gelangt, an der die Deckung dieser beiden Ansätze nicht richtig gelingen will, denn es werden trotz des Primats der Marktwirtschaft Arbeitswillige vom Produktionsprozeß und damit vom Wohlstand ausgeschlossen. Denkbare Konsequenzen aus dieser Erkenntnis wären entweder, daß man a) Bedürftige unterstützt und dabei in Kauf nimmt, arbeitsunwillige Trittbrettfahrer ebenfalls "durchzufüttern". Dies ist aber im Falle Brittas ausgeschlossen, denn sie neigt eher dazu, die Not arbeitswilliger Bedürftiger in Kauf zu nehmen als den Arbeitsunwilligen materielle Güter, die über das bloße Überleben hinausgehen, zuzugestehen. b) Sie äußert, daß man die unschuldigen Opfer - sprich die Benachteiligung der Arbeitswilligen - in Kauf nehmen müsse. In jedem Fall müßte sie eine der beiden Schienen ihrer Gerechtigkeitsvorstellung, *entweder* das Leistungsprinzip (Konsequenz a)) *oder* das Vorhandensein eines effizienten Systems, welches das Leistungsprinzip gewährleistet (Konsequenz b)), in Frage stellen oder zumindest aufweichen. Sie versucht stattdessen, das Dilemma zu unterlaufen, indem sie c) eine andere Ursache für die Nichtdeckung der beiden Momente zu finden versucht, die sie in der Ineffektivität von Staat und Bürokratie zu finden meint. Diese Argumentation wird aber von ihr nicht zu Ende geführt. Sie kommt zu keinem klaren Ergebnis und schließt ihre Ausführungen mit einer offenen Frage: *"das ist natürlich immer die Frage, wie (I: hm) sieht man das dann."* Man darf vermuten, daß nach Brittas Auffassung die Bürokratie für die Unterstützung der Arbeitswilligen zuständig ist. Da sie diese aber aufgrund ihrer Ineffizienz nicht von den Arbeitsunwilligen zu unterscheiden vermag, bleibt eine Gerechtigkeitslücke übrig, die nicht geschlossen wird. Immerhin hat Britta auf diese Weise das Problem der Auflösung ihrer Ambivalenz wegdelegiert. Die Bürokratie bleibt zwar im Rahmen ihrer Äußerungen eine black box, kann aber gerade aus diesem Grunde als Sündenbock fungieren und Britta von ihrem Grundproblem entlasten. Ihre Bevorzugung einer restriktiven Regelung von Unterstützungsleistungen kann daher aufrecht erhalten werden. Bezeichnend ist aber, daß sie ihre Ambivalenz immer noch nicht wirklich entsorgt hat: *"das ist natürlich immer die Frage, wie (I: hm) sieht man das dann"*. Die zweifelhafte Grundstruktur, das "Restproblem" der Deserving poor verfolgt Britta weiter, aber die Asymmetrie, die zugunsten der restriktiveren Regelung ausfällt, bleibt ebenfalls erhalten.

An dieser Stelle kann man einen Reproduktionszyklus ihrer Solidaritäts- bzw. Gerechtigkeitsorientierung in besonderer Deutlichkeit mitverfolgen. Grundstruktur ist eine Spannung, die aus ihrer Leistungsorientierung einerseits und der Affirmation der Marktwirtschaft andererseits resultiert. Im Idealfall decken sich beide, aber im Falle der Exklusion Leistungswilliger tritt ein Widerspruch auf, der in einem ersten Ansatz durch Forcierung der Marktkräfte repariert werden soll. Zielvorstellung ist eine gut laufende Ökonomie, in der jeder, der bereit ist, sich anzustrengen, seinen Platz findet. Eine wesentliche Konsequenz dieser Orientierung ist die Identifizierung einer Gruppe Leistungsunwilliger, ihre moralische Diskreditierung und das daraus folgende Bestreben, sie materiell möglichst kurz zu halten. Diese Gruppe *verdient* die negativen Folgen der ökonomiekonformen Maßnahmen und ihr Vorhandensein bzw. ihre Situation stellt daher für Britta kein Problem dar. Dagegen wird das Problem der exkludierten Leistungswilligen zwar zugestanden, aber - sofern nicht die Forcierung der Marktkräfte als Zukunftsperspektive genannt wird - entweder beiseite gedrängt mit dem Hinweis auf die notwendige Sanktionierung der Leistungsunwilligen oder auf andere Zuständigkeiten (Staat und Bürokratie) verschoben, womit es dann nicht mehr Brittas Problem ist. Beide Strategien befriedigen Britta aber nicht wirklich. Für sie ist das Problem erst dann wirklich gelöst, wenn der Markt alle Arbeitswilligen integriert hat, was sie als wichtige Aufgabe ansieht. Bedingung hierfür ist, dem Marktgeschehen optimale Bedingungen zu verschaffen, womit der gesamte Argumentationsgang wieder von vorn beginnt. Man kann hier einen zentralen Reparaturmechanismus, der aufgrund einer Diskrepanz von Leistungs- und Marktorientierung einsetzt, bei seiner "Arbeit" und seiner Selbstreproduktion mitverfolgen.

### Dritte Welt

Auf die Frage, ob man Entwicklungshilfe an Dritte-Welt-Länder zahlen sollte, antwortet Britta:

- B: *Ja, es ist sicherlich, es ist sicher - sicherlich sinnvoll, den Ländern auch irgendwie zu helfen, einfach aus der Sicht des, daß es den Menschen dort besser geht und (I: hm) [...] ja.*
- I: *Hm, also hältst es für gerechtfertigt?*
- B: *Ja, im großen und ganzen schon.*
- I: *Das könnte natürlich bedeuten für jeden einzelnen ganz persönliche Einschränkungen.*
- B: *Un das ist eh das Problem, so lange hier äh die Verhältnisse so unterschiedlich sind, (I: hm) wenn will man da einschränken. Will man den Sozialhilfe oder will man von jedem irgendwas wegnehmen, (I: hm) generell von jedem gleich, will man dem Sozialhilfeempfänger von seinen achthundert Mark noch mal was weiß ich zehn Mark abknöpfen oder (I: hm) zwanzig (I: hm) oder will man einfach sagen, die besser Verdienenden geben mehr ab, (I: hm) dann hat man aber wieder das Problem, daß man wieder die Leute, die mehr Leistung bringen, einfach wieder mehr bestraft. Es ist halt auch das das generelle Problem mm- mit den ich sag jetzt einfach mal Steuern und so weiter (I: hm) und so fort, (I: hm) wie wie löst man das gerecht. (I: hm) Und da ist hier genau dieselbe Frage, ich weiß es nicht, wenn ich das wenn ich das Patentrezept hätte, (I: hm) wär ich wahrscheinlich, bräucht ich mir kein Kopf mehr um meine Karriere zu machen. (lacht kurz)*
- I: *Hm, hmn und wenn das Problem, ich meine, man kann sich ja mal ganz hypothetisch da reinversetzen, wenn das Problem auf ein selber zukommt, daß gesagt wird, hier wir müssen abgeben, es geht nicht anders, (B: hm) die Probleme werden zu groß in den Ländern der Dritten Welt, jetzt trifft's auch mich.*
- B: *Nun muß ich sagen, würd ich würd ich an konkrete Projekte gebunden sehn wollen, (I: hm hm) ich möchte dann also schon, wenn ich Geld abgebe, äh sehn, was mit dem Geld passiert. (I: hm) Ich möchte also nicht nur sehn, äh das wird genommen und wird für Entwicklungshilfe ausgegeben, (I: ja) weil das ist mir einfach äh zu zu unsicher, ich weiß ja nicht, ob da mit dem Geld*

*dann nich nur irgendwelche Leute, irgendwelche Politiker in die Länder fliegen un das der Flugsprit is oder so was, (I: hm) ähm sondern ich möcht dann auch konkret sehen, da gibts en Projekt, (I: hm) oder vielleicht wärs auch möglich, für irgendwelche Projekte, die da entstehen oder es is ne Art Anteile oder Patenschaften oder so was zu kaufen (I: hm) oder Anteile direkt zu kaufen, wenn meinetwegen neu neue Industrie oder so was gebaut wird, daß man sagt, okay, ich beteilige mich dadran, ich krieg davon dann aber bestimmten Anteil (I: hm) wie auch immer, mir gehört en Stück davon, (I: hm) egal ob das jetzt für hundert Mark is oder so, aber ich möcht dann halt wissen, daß da is das fließt konkret dahin. (2,12)*

Britta zieht keine Grenzen zu den Menschen in der Dritten Welt, im Gegenteil scheint sie auf den ersten Blick von ihnen weniger an Eigenleistung zu verlangen als von den räumlich näherstehenden Landsleuten, die sich - etwa als Sozialhilfeempfänger - in einer schlechten Lage befinden. Britta orientiert sich hier also offensichtlich stärker am Bedürftigkeits- als am Nähekriterium, sofern es um die Gewährung von Hilfe geht. Ihre Solidaritäts- bzw. Gerechtigkeitsorientierung ist demnach nicht partikularistisch, rekurriert nicht auf Bindungen, Nation etc., sondern beruht, wie am Beispiel der Dritten Welt zu sehen ist, auf der Hilfsbedürftigkeit der Betroffenen, mithin auf einem universalistischen Kriterium.

Angeregt durch die Nachfrage des Interviewers sieht sie aber ein großes Problem darin, zur Aufbringung der entsprechenden Geldbeträge auf die Einkünfte der Bürger in den wohlhabenderen Weltgegenden zurückzugreifen. Wenn von jedem die gleiche Unterstützung eingefordert wird, dann werden niedrig Verdienende zu stark belastet. Solch ein Zugriff verstieße im Falle der unteren Einkommensklassen bzw. der Sozialhilfeempfänger und ähnlichen Bevölkerungsgruppen gegen das Bedarfsprinzip, da diese Gruppen im Grunde nichts entbehren können. Bei einer progressiven Belastung werden jedoch Leistungsträger für ihre Leistungen "bestraft". Die Besserverdienenden will sie daher nicht zur Zahlung heranziehen, da ein solcher Zugriff erbrachte Leistungen negativ sanktionieren würde, und damit gegen das Leistungsprinzip verstieße.

Ferner hält Britta es für ineffektiv, einfach und unkontrolliert Geld zu vergeben. Sie fordert dagegen eine an konkrete Projekte gebundene Geldvergabe. In diesem Fall hat man nämlich bessere Möglichkeiten zu kontrollieren, ob das Geld auch effektiv eingesetzt wird und nicht in dunklen Kanälen versickert. Kurz vor der aufgeführten Textstelle erwähnte Britta, daß sie über die Problematik der Dritten Welt eine Hausarbeit in ihrem Studienfach Volkswirtschaft plant. Daran wird ersichtlich, daß sie dieser Problematik selber großes Interesse entgegenbringt, wobei sie offenbar bestrebt ist, die Problematik in den Rahmen der ökonomischen Theorie hineinzuholen und damit gewissermaßen zu einem Heimspiel zu machen. Infolgedessen ist zu erwarten, daß sie eine ökonomiekonforme Lösung dieser Problematik anstrebt, was sich auch in ihrer Äußerung *"wenn ich das Patentrezept hätte, (...) bräucht ich mir kein Kopf mehr um meine Karriere zu machen"* andeutet.

Insgesamt erscheint eine öffentliche Vergabe von Geldern problematisch. Vielmehr bieten sich hier Besitzanteile als Lösung an. Eine ökonomiekonforme Lösung deutet sich daher an, wenn Britta im Bezug auf "Spenden" vorschlägt, Anteile der Entwicklungshilfeprojekte zu verkaufen, womit die Spender per Definition keine Spender mehr sind, sondern zu Anteilseignern werden, die ihren eigennützigen Gewinnabsichten folgen. Nicht zuletzt hofft sie, daß nach erfolgter Anschubfinanzierung

der ökonomische Automatismus greift. Sie versucht also, auf diese Weise eine marktkonforme Lösung zu finden und holt die Problematik damit in den Bereich der ihr vertrauten und von ihr bevorzugten Denkweise hinein.

Im Zuge ihrer Argumentation tritt das Bedürfniskriterium, das nach wie vor eine gewisse Rolle spielen mag, immer weiter in das zweite Glied zurück. Im gleichen Zug werden die Benachteiligten in der Dritten Welt zum Analogon der unverschuldet (d. h. arbeitswilligen) Arbeitslosen. Die Menschen in der Dritten Welt, denen erst einmal prinzipiell Leistungswilligkeit zu unterstellen ist, verfügen demnach einfach (noch) nicht über die Mittel, sich ihren Wohlstand durch eigene Leistung zu schaffen. Der Umstand, daß die Probleme der Dritten Welt nicht vorübergehender Natur und auch nicht aus eigener Kraft der entsprechenden Länder zu lösen sind, sondern ohne Hilfe von außen fortzudauern drohen, rechtfertigt die Hilfe, die Britta den bedürftigen Landsleuten versagt. Die Armut ist nämlich im Fall der Dritten Welt definitiv unverschuldet und macht daher Eingriffe von außen zur Notwendigkeit. Aber auch hier ist nach Möglichkeit eine marktkonforme Lösung anzustreben. Das Bedürfnisprinzip, dem Britta ihre Anerkennung weiterhin nicht ganz versagen kann, wird damit letztlich zugunsten des Leistungsprinzips zurückgedrängt und im gleichen Zug bringt Britta Leistungsprinzip und Marktsystem wieder in Übereinstimmung, was ihr in diesem Fall besser gelingt als bei den vorangehenden Problemfeldern.

#### Ost-West-Unterschiede

- I: Hm, findest du, daß die Ostdeutschen genauso viel verdienen wie die Westdeutschen, die Forderung stellen hundert Prozent? (räuspert sich)*
- B: [...] Mhh [...] es tut der Wirtschaft hier im Osten nicht gut, wenn man diese Forderungen stellt, (I: hm) und es wird sicherlich den Betrieben nicht gut tun, die vielleicht neu sich neu gründen wollen und dann einfach sagen, wir können uns nicht leisten, irgendwelche Leute einzustellen, wenn die so viel Geld wollen. (I: hm hm) Oder generell ja es tut, ich sag jetzt mal der Wirtschaft im allgemeinen nicht gut und ja den Arbeitslosenzahlen nicht gut, (I: hm) insofern würde, ich sag jetzt mal, in der Beziehung mehr Zurückhaltung vielleicht doch langfristig mehr bringen. (2,8)*

Funktionale Erfordernisse rangieren in dem Falle, daß Leistungsprinzip und Marktsystem miteinander in Konflikt geraten, noch vor der Gerechtigkeitsvorstellung der leistungsgerechten Entlohnung. Nach dem Leistungsprinzip müßte konsequent gelten, daß für gleiche Arbeit gleicher Lohn zu zahlen ist. Aber der erforderliche Aufbau Ostdeutschlands wird höher eingestuft. Hieraus kann geschlossen werden, daß das Funktionieren der Ökonomie im Konfliktfall die höhere Priorität genießt und allgemeine Prinzipien zu diesem Zweck zumindest zeitweise außer Kraft gesetzt werden dürfen.

- I: Hm hm, also mal noch mal ganz konkret die Frage, hältst du's für notwendig, daß äh die Leute in den westlichen oder in den alten Bundesländern auf ein Teil verzichten zugunsten von Leistungen hier?*
- B: Ja.*
- I: Hm, warum genau?*
- B: Nja eben um [...] um der, ich sag jetzt einfach mal, um der Wirtschaft hier so schnell wie möglich auf die Beine zu helfen, (I: hm hm, hm hm) und um dieses na ja dieses riesen Loch, was jetzt nach der Wende entstanden ist, irgend so schnell wie möglich zu stopfen, (I: hm) weil's dann ja, wenn das gestopft ist, allen besser geht. (2, 10f)*

Die Frage der Unterstützung der Neuen Bundesländer ist für Britta keine Frage der Gerechtigkeit, sondern beruht auf rationalen Erwägungen. Sofort zu helfen, ist demnach kostengünstiger. Ziel ist, die Wirtschaft möglichst schnell und effizient ins Laufen zu bringen, Fragen der Gerechtigkeit müssen zurückstehen; sie lösen sich ferner von selbst, wenn es am Ende des Prozesses *"allen besser geht."*

#### Zusammenfassung

Die Grundlinie von Brittas Solidaritätsorientierung besteht in ihrem Bestreben, alle auftretenden Probleme an die Sichtweise eines marktkonformen Liberalismus zu assimilieren. Sozialintegration kann demnach nur durch Systemintegration gewährt werden. Dabei schwebt ihr ein ökonomischer Idealzustand mit hoher innovativer und konkurrenzfähiger Produktivität vor, in der jeder, der willens ist, die entsprechenden Anforderungen zu erfüllen, seinen Platz in der Gesellschaft bekommt. Dieser "Idealzustand" beinhaltet allerdings große soziale Unterschiede, die im Namen der Systemeffizienz in Kauf genommen werden müssen; eine weit auseinanderklaffende Einkommensskala versteht sich in diesem Zusammenhang von selbst und stellt für Britta kein Problem dar. Was zählt, sind die Gehälter, die der Markt bietet, und Eingriffe in diese Sphäre sind nicht gerechtfertigt, denn sie führen nur zu Verfälschungen und Verzerrungen. Die Frage, ob man von den Beträgen auch leben kann, gerät dabei nicht in Brittas Blickfeld, denn aufgrund der systemkonformen Überblicksperspektive, die sie einnimmt, sieht sie leicht über die Schicksale einzelner hinweg. Vor allem in Krisenzeiten bzw. im Falle Ostdeutschlands muß zuerst die Wirtschaft möglichst schnell und effizient ins Laufen gebracht werden. Fragen der Gerechtigkeit und des sozialen Zusammenhaltes müssen unter diesen Umständen zumindest für eine gewisse Zeit zurückstehen; sie lösen sich ferner von selbst, wenn es am Ende des Prozesses auf der Grundlage einer funktionierenden Ökonomie *"allen besser geht."* In diesem Zusammenhang ist auch die Höhe des Sozialhilfesatzes in erster Linie ein funktionales Problem. Da auch schlecht bezahlte harte Arbeiten verrichtet werden müssen, werden Unterstützungszahlungen weitgehend abgelehnt. Überhaupt sollte der Staat nur eine sehr marginale Rolle spielen, denn es ist der Markt, der das optimale Prinzip der Güterverteilung verkörpert. Staatliche Unterstützung ist schädlich, da sie den Anreiz nimmt, sich ökonomiekonform zu verhalten. Sie dient daher nur in wenigen Ausnahmefällen oder bei äußerster Not zur Überbrückung, bis im Vertrauen auf die ökonomischen Selbstheilungskräfte der ökonomische Idealzustand der Vollbeschäftigung eingetreten ist.

Vor diesem Hintergrund tritt zu Brittas Orientierung als zweite Säule das Leistungsprinzip, und zwar in der Variante der Wettbewerbsperspektive, hinzu. Dieses Gerechtigkeitsprinzip und die systemischen Operationen des Marktes befinden sich aus Brittas Sicht in weitgehender Übereinstimmung. Einerseits sollen nämlich nur arbeitende Menschen Einkünfte erhalten, und zwar gemäß ihrer Leistung, wobei Britta davon ausgeht, daß das marktwirtschaftliche System diesem Prinzip im Großen und Ganzen gerecht wird, jedenfalls wenn man es frei walten läßt. Andererseits ist ihrer Auffassung nach ökonomische Effizienz ohne den Anreiz einer angemessenen Honorierung von Leistung gar nicht zu haben. Welche Honorierung angemessen ist, wird dabei wiederum durch den Markt definiert. Wichtig ist nur, daß alle eine Chance erhalten. Das wettbewerbsorientierte

Leistungsprinzip ist somit funktional im Rahmen einer ökonomischen Gesamtrationalität. Das Gleichheitsprinzip wird dagegen explizit abgelehnt. Anders als das Leistungsprinzip ist es nämlich hochgradig dysfunktional, denn es nimmt der Marktgesellschaft die Leistungsanreize, ohne die das System ineffizient ist und daher keinen dauerhaften Bestand haben kann. In konsequenter Affirmation des Leistungsprinzips räumt Britta die negativen Aspekte und Tendenzen dieses Prinzips - nämlich die Gefahr der Unterversorgung von Leistungsschwächeren - aus und schreibt die Ursachen für vorfindliche Benachteiligungen wiederholt den Betroffenen selbst zu. Gründe, die für andere Prinzipien sprechen könnten, z.B. die Ausschaltung von sozialen Notlagen, kommen Britta gar nicht erst in den Sinn.

Die einzigen Momente, in denen sie das Leistungsprinzip zur Disposition stellt, sind dann gegeben, wenn sich Kollisionen mit dem ökonomischen System ergeben. Die Deckung beider Bereiche ist nämlich dann problematisch, wenn trotz des Primats der Marktwirtschaft Arbeitswillige vom Produktionsprozeß und damit vom Wohlstand ausgeschlossen werden. Leistungswillige Personen haben dann keine Chance, sich ihr eigenes Auskommen zu erarbeiten. Hier kann man die jeweilige Situation nicht individuell zurechnen und die Befolgung des Leistungsprinzips *allein* hilft den Betroffenen noch nicht aus ihrer Notlage. Die Deckung bzw. die komplementäre Ergänzung von Markt und Leistungsprinzip ist also im Fall der Exklusion leistungsbereiter Personen in Frage gestellt. Diese Problematik stellt gewissermaßen eine Achillesferse von Brittas Solidaritäts- bzw. Gerechtigkeitsorientierung dar. Da für sie, wie gezeigt wurde, das Primat des Marktsystems gilt, wird das Leistungsprinzip wiederholt in die zweite Reihe gedrängt. Dennoch entsteht eine Ambivalenz, zu deren Bewältigung bestimmte Reparaturmechanismen dienen, die die entstandene Diskrepanz überbrücken sollen.

Der *erste dieser Reparaturmechanismen* besteht im schon bekannten Bestreben, die Marktkräfte zu forcieren. Durch die konsequente Befolgung ökonomiekonformen Handelns soll eine Situation herbeigeführt werden, in der alle (leistungsbereiten) Menschen wieder in das ökonomische System integriert werden können. Solange bzw. sofern aber dieses Ziel nicht erreicht wird, verschärfen viele der notwendigen Maßnahmen - Lohnspreizung, Geringhalten der Unterstützungszahlungen etc. - noch die Problematik, insbesondere sind eben auch die Leistungsbereiten den verschärften Härten ausgesetzt. Ein *zweiter Reparaturmechanismus* besteht daher in der Unterscheidung in die "guten" arbeitswilligen und die "schlechten" arbeitsunwilligen Arbeitslosen. Nur erstere stellen für Britta ein - allerdings wiederkehrendes - Problem dar. Die zweite Gruppe dagegen ist moralisch diskreditiert und sollte nicht zuletzt deswegen materiell möglichst kurz gehalten werden; sie hat sich die negativen Folgen der ökonomiekonformen Maßnahmen selbst zuzuschreiben, ihre Situation stellt daher für Britta kein Problem dar. Diese Gruppe spielt im Zuge von Brittas Argumentation eine wichtige Rolle, denn ihrer Ansicht nach gehören die Exkludierten in der überwiegenden Zahl dieser Gruppe an. Daher kann Britta das Gros materieller Notlagen individuell zurechnen, wodurch der Aspekt einer systemisch bedingten Arbeitslosigkeit in den Hintergrund tritt. Leistungsprinzip und ökonomische Rationalität geraten dadurch wieder in den Bereich einer größeren Deckung. Zwar soll auch aus der Gruppe der arbeitsunwilligen Exkludierten niemand in extreme materielle Not geraten, aber Britta

entringt sich dieses Zugeständnis nur mit großer Mühe. Ausdrücklich gesteht sie Hilfe für diesen Personenkreis nur zu, wenn es um das reine Überleben geht, und es soll auch keine darüber hinausgehende Hilfe gewährt werden. Wegen der Notwendigkeit einer Trennung von Unterstützungswürdigen und nicht Unterstützungswürdigen müßte jede weitere Hilfe mit strengen Gerechtigkeit verbürgenden Kontrollen verbunden sein, die aber nicht in ausreichendem Maße gewährleistet werden können. Dabei ist Britta letztlich die Sanktionierung der Leistungsunwilligen wichtiger als die Ungerechtigkeit, die den exkludierten Leistungswilligen widerfährt. Zwar ist es bedauerlich, daß diese ebenfalls getroffen werden, aber eine Unterstützung von Arbeitsverweigerern über die bloße Subsistenz hinaus wäre völlig inakzeptabel. Aber auch diese Lösung befriedigt Britta nicht vollständig, das Restproblem der unverschuldet Benachteiligten läßt sie nicht los. Daher sucht sie in einem *dritten Reparaturmechanismus* die Ursache für die Nichtdeckung von Markt und Leistungsprinzip der Ineffektivität von Staat und Bürokratie zuzuschreiben. Beide sind nämlich nach ihrer Auffassung für die Unterstützung der Arbeitswilligen zuständig. Da aber auch sie es nicht vermögen, zwischen Arbeitsbereiten und Arbeitsunwilligen zu unterscheiden, bleibt eine Gerechtigkeitslücke übrig, die nicht geschlossen werden kann. Immerhin hat Britta auf diese Weise ihr Problem externalisiert. Die exkludierten Leistungswilligen sind nun nicht mehr *ihr* Problem.

All diese Strategien befriedigen Britta aber nicht wirklich. Für sie ist das Problem erst dann wirklich gelöst, wenn der Markt alle Arbeitswilligen integriert hat, was sie als wichtige Aufgabe ansieht. Bedingung hierfür ist, dem Marktgeschehen optimale Bedingungen zu verschaffen, womit der gesamte Argumentationsgang wieder von vorn beginnt. Es handelt sich hier um die Selbstreproduktion einer bestimmten Denkweise, die durch das Bedürfnis, Markt und Leistungsprinzip in Einklang zu bringen, in Gang gehalten wird. Wichtig ist hier trotz aller Ambivalenz die Asymmetrie, die immer wieder zugunsten des Marktprinzips ausschlägt. Die *Erhaltung des funktionalen Mechanismus* bleibt *stets im Vordergrund*, während das allgemeine Gerechtigkeitsprinzip und auch Fragen der sozialen Integration in die zweite Reihe treten.

Die Genese und Reproduktion von Brittas ausgeprägter Marktorientierung selbst einschließlich des beigeordneten Leistungsprinzips ist aus der Solidaritätsanalyse nicht zu entnehmen, sondern wird erst in der folgenden biographischen Analyse ersichtlich.

## **Biographie**

### **Strukturgenese**

#### *A. Familienhintergrund*

##### 1) Väterliche Linie

Die *Großeltern väterlicherseits* besaßen einen Friseurbetrieb, der ihnen eine relativ sichere ökonomische Basis verschaffte, was in den krisengeschüttelten zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts nicht zu unterschätzen war. Für damalige Verhältnisse auffällig ist die relativ späte Geburt von Brittas Vater, ihrem einzigen Kind. Der Großvater ist zu dieser Zeit bereits 27 Jahre alt. Vermutlich folgte die Geburt aus einer entsprechend spät geschlossenen Ehe. Der Großvater stößt demnach erst spät auf die richtige Frau, die ihm auch im Geschäft kraftvoll unter die Arme greifen kann. Es ist auch

denkbar, daß die Eltern planvoll handelten und beabsichtigten, erst ihr Geschäft fest zu etablieren, bevor sie sich Nachkommen erlaubten.

Brittas *Vater* wird 1940 geboren. Er wächst nach dem Krieg in eine Gesellschaft hinein, in der die Weichen in Richtung Sozialismus gestellt werden. Obwohl sich seine Mutter entschlossen hat, in der DDR zu bleiben, wird sie angesichts der Tatsache, daß sie die verbliebene Besitzerin eines kleinen Privatbetriebes war - der Großvater ist im Krieg gefallen - massive Vorbehalte gegenüber dem neuen System gehabt haben.<sup>209</sup> Wahrscheinlich ist daher eine Grundhaltung der skeptischen Distanz zum System, wobei man sich jedoch vordergründig arrangiert und der offene Konflikt vermieden wird. Dies ist, wie sich im folgenden zeigen wird, nicht ohne Wirkung auf den Sohn geblieben.

Brittas *Vater* verfügt offenbar über einen ausgeprägten Ehrgeiz. Er wird Elektroingenieur in einer Zeit, in welcher sich dieser Tätigkeitsbereich in der DDR gerade erst zu entwickeln beginnt, in der aber schon deutlich ist, daß er eine Zukunft hat. Somit läßt er sich zum Spezialisten in einem zukunftssträchtigen Beruf ausbilden und kann sich damit eine entsprechende Autonomie sichern. Nach einigen Jahren der Berufstätigkeit in einer Kleinstadt, die zu den Zentren der damaligen DDR-Elektronik zählte, wechselt er in einen anderen Betrieb, um dort eine Tätigkeit als Buchhalter aufzunehmen. Zu dieser Zeit beginnt man, in den größeren Betrieben sogenannte Organisations- und Rechenzentren einzurichten, die mit Großrechnern ausgestattet wurden, so daß der Vater vermutlich mit diesbezüglichen Aufgaben betraut war. Nach einigen Jahren erfolgte wieder ein Wechsel, der ein Höchstmaß an unabhängigem Arbeiten versprach, nämlich zum Leiter einer GST-Technikabteilung. Hier war er alleiniger Herrscher über einen ganzen Bereich. Er war damit frei von jeglicher Bevormundung und befand sich in einer Position, die eine gewisse Strukturanalogie zum Selbständigdasein der Großeltern aufwies.

Wegen Nichtmitgliedschaft in der SED wird er allerdings dieser Stelle enthoben. Offensichtlich wollte sich der Vater keiner parteilichen Bindung unterziehen, die seinem Autonomiestreben widersprochen hätte. Eine tiefergehender Konflikt mit dem System hat jedoch augenscheinlich nicht stattgefunden, denn kurz darauf wird er stellvertretender Chef, anschließend sogar Chef eines CNT-Geschäftes. Nach einem kurzen Rückschlag wird also unbeirrt die Linie einer möglichst autonomem Berufsexistenz weiterverfolgt. Nach der Wende wurde der Betrieb geschlossen. Der Vater war danach für ca. zwei Jahre arbeitslos, absolvierte aber in dieser Zeit einen Anpassungslehrgang und läßt sich auf Grundlage seiner bisherigen Ausbildung (zu diesem Zeitpunkt ist er bereits 50 Jahre alt) als Diplomingenieur für Elektrotechnik anerkennen, wertet also seine berufliche Ausbildung formal auf. Über eine weitere Berufstätigkeit hiernach ist uns nichts bekannt. Immerhin gibt der Vater nicht auf und verfällt nicht - als de facto Einheitsverlierer - in eine Post-Wende-Verbitterung, sondern unternimmt weitere Selbstbehauptungsversuche.

Als durchgängige Bewegung läßt sich beim Vater ein fortgesetztes Autonomiebestreben ausfindig machen, das begleitet ist von latenter Systemskepsis bei Vermeidung offener Konflikte mit dem System - eine Linie, die bereits bei der Großmutter ihren Anfang genommen haben dürfte. Dieses

---

<sup>209</sup> Zu den teilweise massiven Problemen, die der Gruppe der Selbständigen in der DDR bereitet wurden, siehe Wollé (1998: 196).



Ziel vor Augen ist es aus der Sicht des Vaters sehr rational, nicht auf der Fortführung des Friseurladens zu beharren, denn dies hätte ständige Auseinandersetzungen mit den Behörden, mithin Ärger und Restriktionen beinhaltet, da Selbständige in der DDR einen schweren Stand hatten. Stattdessen wird stringent auf einen Arbeitsraum hingearbeitet, der in der vorgefundenen Gesellschaftsformation ein möglichst hohes Maß an Freiheit und Autonomie verspricht. Rückschläge führen dabei kaum zu Irritationen, sondern lösen im Gegenteil erneutes Autonomiebestreben aus. Individuelle Ziele bestimmen das Handeln. Soziales oder gar politisches Engagement kommen dagegen als Handlungsfelder überhaupt nicht in Betracht.

## 2) Mütterliche Linie

Die Geschichte der *Großeltern mütterlicherseits* scheint zunächst in einem krassen Gegensatz zu der Familie des Vaters zu stehen. Aus dem Sudetenland stammend, verloren sie durch die Zwangsaussiedlung nach dem Zweiten Weltkrieg neben Hab und Gut auch ihre territoriale und soziale Verwurzelung. Für sie galt es, praktisch noch einmal von vorn anzufangen. Während das Friseurgeschäft der väterlichen Seite durch Krisen und Kriege kontinuierlich weitergeführt werden konnte und wahrscheinlich auf eigenen Entschluß aufgegeben wurde, ist nicht klar, wie sich die Großeltern mütterlicherseits als Buchhalter und Gemeindeschwester zurechtfinden. Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Familien bestehen immerhin darin, daß beide dem mittelständischen Milieu angehörten und daß Bildung in beiden Familien als die größte Chance zum gesellschaftlichen Aufstieg gewertet wurde - dies folgt zwar für die väterliche Seite nicht zwangsläufig aus dem Besitz eines Friseurladens, wird aber spätestens angesichts der Bildungsbiographie des Vaters deutlich.

Brittas *Mutter* wird als jüngste von drei Töchtern geboren. Sie lernte technische Zeichnerin, einen Beruf also, der eher an die Berufstätigkeit des Großvaters anknüpft als an die mit einer hohen sozialen Komponente versehene Tätigkeit der Großmutter. Später baut sie ihre berufliche Kompetenz noch aus und qualifiziert sich zum Teilkonstrukteur. Auch die Mutter ergreift also einen technischen Beruf. Ihr Autonomiestreben ist dabei nicht ganz so stark ausgeprägt wie beim Vater, jedoch mit diesem kompatibel.

Nach der Geburt von Britta arbeitet sie halbtags, folgt also eine familiären Orientierung, ohne die berufliche Schiene ganz aufzugeben.

## 3) Soziale Prozesse in der Herkunftsfamilie

Brittas Vater heiratet wie schon der Großvater väterlicherseits im Verhältnis zu seiner sozialen Umgebung relativ spät, nämlich mit 30, und hat mit seiner Frau zusammen ebenfalls nur ein Kind. Die Mutter arbeitet nach der Geburt nur halbtags und holt ihre Tochter nachmittags von der Schule ab, so daß Britta nicht oder nur kurz in den Kinderhort ging. All dies deutet darauf hin, daß Britta in der Familie einen zentralen Platz einnimmt und ihr als Einzelkind viel Aufmerksamkeit zuteil wird.

Über das Zusammenleben in Brittas Familie ist ansonsten nicht viel bekannt. Britta erzählt hierüber nur wenig und leitet schnell zu neuen Themen über. So beginnt sie z.B. das Interview sogleich mit der Kindergartenzeit, ohne dabei ihre Familie zu erwähnen.

Die erste Reaktion auf die Nachfrage nach ihren Eltern soll im folgenden zitiert werden:

*Ja meine Eltern, meine Eltern. [...] Was soll ich von meinen Eltern erzählen? ... Und ja, meine Eltern, zu den ich en ganz tolles Verhältnis, mit den konnt' ich alles besprechen, und die ham auch immer erzählt, was auf Arbeit los war und so. ... ja, das war eigentlich hm [...] soweit auch, ich sag mal nichts Besonderes (lachen beide kurz) an der ganzen Eltern-Kind-Beziehung, nur daß sie vielleicht besser war als bei manch anderen. Ich hab mich da manchmal gefragt, wenn wenn andere Kinder von ihren Eltern erzählt ham und von dem Frust mit ihren Eltern erzählt haben. Das also konnt ich zum Teil gar nich verstehen, weils das bei mir nich gab, weil da wirklich immer en gutes Verhältnis geherrscht hat (I: hm) ja. (2,3)*

Der soziale Raum der Familie war für Britta unproblematisch und wird auch heute noch ohne jede Kritik oder Distanz betrachtet. Sie konnte ihren Eltern *"alles erzählen"* und dies war für sie *"nichts Besonderes"*. In der Familie wurde sie akzeptiert, ohne diese Akzeptanz selbst erzeugen zu müssen. Als Einzelkind hatte Britta keine Geschwister, die die Beziehung zu den Eltern irritieren konnten; in der Familie lag für sie auch keine Notwendigkeit vor, einen Beitrag zur Reproduktion des sozialen Zusammenhanges zu leisten. Eine intakte Familie, die sie umsorgt, ist für Britta daher eine völlige Selbstverständlichkeit. Getreu der Devise, daß Menschen dazu neigen, das Wesentliche zu übersehen, weil es sich direkt vor ihren Augen befindet, hat sie keine Vorstellung davon, wie voraussetzungsreich eine solch intakte Familie ist. Symptomatisch für diesen selbstverständlichen Bezug zur Familie ist bereits die Tatsache, daß sie die Familie selbst im Interview nur auf Nachfrage erwähnt.

Was bei Britta ferner weitgehend fehlt, ist das Moment des Ablösungsprozesses. In der Regel treten mit der Pubertät Konflikte auf, die zu eigenen Bewußtseins- und Selbstfindungsprozessen führen. Brittas starke Elternbindung - besonders an den Vater - weist darauf hin, daß solche Prozesse kaum stattgefunden haben. Es scheint vielmehr ein starkes weitgehend harmonisches Passungsverhältnis zwischen ihr und der Familie vorzuliegen.

*I: Hm hm, okay. Äh wie is heute der Kontakt zu Deinen zu Deinen Eltern?*

*B: Nach wie vor gut.*

*I: Fährst Du jedes Wochenende (B: ja ) hin? (2,2)*

Jedes Wochenende nach Hause zu fahren, ist zwar bei ostdeutschen Studenten weit verbreitet, stellt jedoch ein weiteres Indiz zum bisher Ausgeführten dar.

Die Elternbindung geht so weit, daß sie zu wichtigen öffentlichen Ereignissen, die indirekt auch sie selbst betreffen, noch keine eigene Meinung gebildet hat, sondern auf die Deutungsangebote zurückgreift, die in der Familie erzeugt werden:

I: *Wie haben Sie denn die Wende erlebt?*

B: *ich hatte Spätdienst, bin nach Hause gekommen, un meine Eltern ham mir erzählt, die Mauer is offen. (1,11)*

*Jetzt im Moment, bezieh ich also die Sache bezieh ich jetzt auf die Familie ... Ja [...] also wir ham das schon irgendwie so wie das jetzt is, vor- vorausgesehen, (I: hm) zumindest in Ansätzen (1,12f)*

Interessanter als der Inhalt der Äußerung, auf den an dieser Stelle noch nicht eingegangen werden soll, ist die Tatsache, daß sie die Wendeereignisse - Britta ist zu diesem Zeitpunkt 19 Jahre alt - ausschließlich aus der Sicht der Familie beschreibt. Ein eigener Meinungsbildungsprozeß zu einem öffentlichen Vorgang, der ihr Leben wie das aller DDR-Bürger in außerordentlicher Weise betraf, hat offenbar bis zum Zeitpunkt des Interviews noch nicht stattgefunden. Insgesamt scheint damit ihre Bindung an die Eltern bis heute sehr stark zu sein und dürfte auf Kosten ihrer persönlichen Autonomie gehen.

*B. Kindergarten und Schule*  
Kindergarten:

*Kindergartenzeit in in P-Stadt, die mir als wirklich wunderschöne Kindheit in Erinnerung geblieben is. ... es war einfach ne wunderschöne Zeit. (1,1)*

Während Brittas Kindergartenzeit erfolgte ein Umzug nach T-Stadt:

*das war wirklich es war en en ganz tolles Verhältnis und kam dann hier nach T-Stadt, und irgendwie mochte ich die Kindergärtnerin nich, sie mich nich, das hat man irgendwie so gemerkt, auch gespürt, und äh da kam ich damit nicht zurecht. ... Es war so'n so'n großer Gegensatz. Mit der Zeit ging das dann. (1,5)*

Britta spricht hier von einer wunderschönen Kindheit. Es ist wieder die Struktur des umhегten Kindes, das sich wohlfühlt und daher seine Umgebung unhinterfragt, da unproblematisch, hinnimmt. Am Ende der Passage ist ein Muster erkennbar, das im folgenden immer wieder auftauchen wird: die Heilung durch die Zeit. Ohne verändernd in die Umstände eingreifen zu müssen, unter denen Britta (zeitweise) leidet, sitzt sie die mißlichen Umstände einfach aus und wartet darauf, daß sich die Dinge von selbst bessern.

Schule:

*Ja doch, man hat sich dann auch an die Leute gewöhnt und die kennengelernt, besser (I: hm hm) kennengelernt, un dann ging das auch. Und wir hatten noch ne ganz tolle Klassenlehrerin, muß ich sagen, (I: hm hm) die war wirklich super, und [...] da war das dann schon ganz gut. (1,6)*

*Das Lernen machte mir eigentlich so wie ich mich jetzt erinnern kann recht viel Spaß. ... hatte ich immer das Gefühl oder auch schon vorher das Gefühl, daß das Niveau dieser dieser POS-Klasse relativ niedrig war. (I: hm hm) Man hatte unwahrscheinlich viele schlechte Schüler, die ja da versucht wurden ähm durchzuziehen mit Macht und Gewalt ... Un das hat natürlich das Niveau gedrückt, un ich hab mich dann wirklich über lange Strecken gelangweilt in der (I: hm) in der Schule. ... gleich danach bin ich auf die EOS gekommen, un da fand ich das dann schöner. ... Ich hab das auch zum Teil gemerkt, daß andre wesentlich bessere Voraussetzungen als ich, vielmehr vielmehr Grundlagen hatten, aber so schlimm war das dann nich, (I: hm) und mir is das das Lernen da auch nich sonderlich schwer gefallen (1,1)*

Auffällig ist hier, daß Britta wiederholt *nicht* gestaltend in ihre soziale Umgebung eingreift, die Bewältigung von auftretenden Problemen ereignet sich vielmehr immer wieder wie von selbst. Wenn ihr die Welt zu chaotisch erscheint, steckt sie zurück und sitzt das Problem aus. Die Kontexte, in denen sie sich befindet, werden dabei fraglos akzeptiert, eventuell auftretende Mißlichkeiten in Kauf genommen, ohne die Notwendigkeit ihres Vorhandenseins in Frage zu stellen. Wird die Umgebung positiv empfunden, dann entfaltet sich Brittas Leistungshaltung; außer Erfolgsmeldungen erwähnt sie keine individuellen Besonderheiten. Britta steht auf der Gewinnerseite und zeigt wenig Verständnis für Leistungsschwache, beklagt sich sogar über diese Mitschüler, weil die den Fortgang des Unterrichts aufhalten. Sie selbst geht in den Kontexten auf und erfüllt fraglos die an sie gestellten Forderungen.

Auffällig ist auch, daß die in der Erzählung erwähnten Einzelpersonen ausnahmslos Autoritätspersonen bzw. höhergestellte Erwachsene, kurz Vertreter von Institutionen, sind, die ihr sagen, was sie zu tun hat: Eltern, Kindergärtnerinnen und Lehrer. Dagegen werden keine Freunde erwähnt. Britta orientiert sich lieber an Autoritätspersonen, die ihr Vorgaben machen und dadurch für Orientierung sorgen.

### *C. Diffuse Sozialbeziehungen*

Um ein genaueres Bild über Brittas Haltung innerhalb diffuser Sozialbeziehungen<sup>210</sup> zu gewinnen, ist ein Blick auf ihre Freundschafts- und Partnerbeziehungen aufschlußreich. Dabei wird ihre fehlende Strukturierungskompetenz in sozialen Beziehungen besonders deutlich.

*Tja man hatte hatte Freunde, mit denen man gespielt hat, Geschwister hab ich keine, und [...] tja, da gibts nich viel zu erzählen, muß ich gestehen. ... Das warn Klassenkameraden, das warn Leute aus'm Wohngebiet, mhh die meisten zu den meisten hat man dann natürlich später den Kontakt verloren. (1,3)*

*I: Hm hm, hm, und wie war das so mit Spielkameraden, hatten Sie so ne beste Freundin oder so was?*

*B: Ja doch, die hat zwar die hat zwar dann irgendwann mal gewechselt, (lacht) aber die gabs, doch die gabs eigentlich [...] die gabs eigentlich immer. Mmm vielleicht vielleicht war das Verhältnis nich ganz so ganz so innig, wie man das von anderen so hört (1,5)*

*I: Hm, und so die Kinder untereinander? Wie wie ging das jetzt in in der Unterstufe?*

*B: Ach Schreck, das is schon wieder so lange her, [...] hmm [...] die Kinder untereinander, [...] kann ich mich nich mehr dran erinnern. (1,6)*

*Es gab da auch [...] en Verein Mädchen, die die sich irgendwie, tja weiß nich, wie soll ich das ausdrücken, [...] die die sich äh aufgespielt haben als wären sie was Besseres (I: hm) eben mit nem größeren Selbstvertrauen, sag ich jetzt ja, (I: hm) die eben mehr Selbstvertrauen als als andere und haben dann eben mehr oder weniger die die Klasse na ja geleitet vielleicht nich, aber auch en bissel tyrannisiert und und da halt der ganzen Klasse ihren Willen aufgedrückt. ... Und es gab auch da bis auf eben eine relativ feste Gruppe dann nich so feste Bindungen. (I:*

<sup>210</sup> Die Unterscheidung zwischen diffusen und spezifischen Sozialbeziehungen findet sich bei Parsons (1959: 65ff). Spezifische Sozialbeziehungen fordern von den involvierten Personen ein systemspezifisches Rollenhandeln ein, beispielsweise Lernen und Wiedergabe des Gelernten im Rahmen des Erziehungssystems. Diffuse Sozialbeziehungen beziehen dagegen weite Teile der Person bzw. die ganze Person mit ein. Dabei handelt es sich beispielsweise um die Eltern-Kind-Beziehung, Peer-Groups, Geschlechtsbeziehungen, Freundschaften etc.

*hm) Die die andern, die warn dann na ja in so nem losen Verbund immer, mal mit dem (I: hm) zusammen, mal mit dem (1,7)*

Freundschaften und Bekanntschaften werden zwar mitgelebt, aber nicht mitgestaltet. Britta hat auf diesem Feld offenbar wenig Kompetenzen und keine eigene strukturierende Kraft entwickelt. Allgemein scheinen Freundschaften für sie kaum relevant zu sein. Sie erwähnt - nicht ohne latenten Neid - eine dominierende Clique von Mädchen, zu denen sie aber keinen Zugang findet. Insgesamt liegt wenig Reflexion über ihre Freundschaften vor. Sie hat keinen sehr ausgeprägten kognitiven Zugang zu diesem Themenfeld, sondern ergeht sich vor allem in Topoi und Schlagworten. Zum Gesamtbild paßt auch ihre geringe Freizeitorientierung. So ist sie nach eigenen Äußerungen während ihrer Jugend- bzw. Studienzeit kaum ausgegangen.

Auf die gering ausgeprägte Kompetenz innerhalb der Dynamik diffuser Sozialbeziehungen weist auch das Warten auf den "*Traumprinz(en)*" bei der Partnerwahl hin:

*I: Gabs da mal en Freund?*

*B: (lacht kurz) Gab hin und wieder mal jemanden, aber so richtig fest auch nich. (lacht kurz) ... Na ja, das sin dann immer so ne Sachen, die man dann so gerne verdrängt, wenn das alles wieder vorbei is. (lacht) ... Wenn man dann jetzt wieder so Single is und sich gut fühlt, dann dann dann, weiß nich, dann is das auch irgendwie en tolles Gefühl, un dann sagt man sich, Mensch, da kannst du machen was du willst un und kannst bist auf keinen mußt auf keinen Rücksicht nehmen ... Ich warte drauf, daß der Traummann auftaucht, der Traumprinz, un wenn der da is, dann kann man sicherlich auch über ne Familie nachdenken (I: hm) und wenn er nich kommt, dann halt nich. (1,19f)*

Sie hat keinen festen Freund, und Partnerschaften werden rasch aufgegeben, wahrscheinlich bereits, wenn erste Schwierigkeiten auftauchen. Emotionale Nähe und Reziprozität spielen für sie offenbar eine zu geringe Rolle, um die Nachteile, etwa den Verzicht auf individuelle Freiheitsgrade, Beziehungsprobleme, Konflikte etc., in Kauf zu nehmen.

Ihrer Vorstellung nach muß sich eine Beziehung vielmehr so unproblematisch ergeben und tragen, wie sie dies im Rahmen ihrer Familie gewohnt ist. Man erinnere sich an die wohlfunktionierende Familie und die Harmonie, die sie darin empfindet. Der Gedanke, daß man Zeit und Mühe in eine Beziehung investieren muß, daß es Ambivalenzen auszuhalten gilt etc. scheint ihr fremd. Insofern sie Interesse an einer Beziehung hat, muß diese wohlstrukturiert und prästabilisiert sein. Weiter hat sie über Beziehungen noch nicht nachgedacht. Hier scheint auch die Fortführung einer Linie von väterlicher Seite (späte Verheiratungen) vorzuliegen.

Diffuse Sozialbeziehungen sind in hohem Maße unstrukturiert, verlangen also von den in ihnen verstrickten Akteuren ein hohes Maß an Eigenleistung bei ihrer Ausgestaltung. Dies gilt in besonderem Maße für Geschlechtsbeziehungen, in denen die vorgegebenen Handlungsroutinen ein sehr geringes Maß aufweisen und weiter im Verschwinden begriffen sind.<sup>211</sup> Hieran scheitert Britta, die offenbar nicht über ausreichende Kompetenzen verfügt, entsprechende Eigenstrukturierungsleistungen zu vollbringen. Britta selbst sah sich nämlich bisher nicht in der Situation, ihre

<sup>211</sup> Siehe Beck u. Beck-Gernsheim (1990).

sozialen Beziehungen aktiv mitgestalten zu müssen: Das Elternhaus war strukturiert durch die Eltern, die Schule durch die Lehrer bzw. das Bildungssystem und eine Praktikumsstelle, die sie im Altersheim absolvierte, durch die vorhandene Routine. Später tritt noch das straff organisierte VWL-Studium hinzu.

#### *D. Wende für Britta*

Objektiv steht bei der Wende für Britta mit dem alten Gesellschaftssystem auch der ganze bisher unhinterfragt vorgefundene Sinnzusammenhang in Frage - wenn man von ihrer Familie einmal absieht. Dies ist ihr aber nicht bewußt, und sie hat auch keinen Zugang zu den Auslösern und Ereignissen der Wende. Sie steht mithin den Ereignissen ohne die Fähigkeit, diese zu begreifen, gegenüber.

*in dem Jahr war dann auch diese Wendezeit. Man hat das dann so äh voll miterlebt, auch diese diese ganze Umwandlung da und das Reagieren der grade der alten Leute [in dem Altersheim, in dem sie ihr Praktikum zu diesem Zeitpunkt absolvierte. PS] da drauf, das war schon zum Teil ja widersprüchlich, oder man hat gemerkt, sie komm' damit nich so richtig zurecht, oder andere freuen sich drüber, und es war wirklich, mhh ja, manche hat das überhaupt nich gestört. Es war interessant, das so grade an der Stelle mitzuerleben. (1, 2)*

*I: Wie haben Sie denn die Wende erlebt?*

*B: ... wir [Brittas Familie PS] ham eigentlich relativ bald oder gleich nach der Grenzöffnung gesagt, es es war ja diese Hoffnung da noch en zweiten deutschen Staat in diesen Grenzen der DDR (I: hm) irgendwie errichten zu können äh mit demokratischem äh Ideal. Und irgendwie hing man dieser dieser DDR in ihren Grenzen auch an, wenn man da- (I: hm) damit groß wird, und wir hatten dann auch irgendwie, na ja vielleicht en bißchen die Hoffnung, das klappt, aber wir ham relativ zeitig, wir ham uns ja ooch unterhalten vor allem innerhalb der Familie. (1, 12)*

Britta ist keineswegs auf den DDR-Staat hin orientiert, sondern bevorzugt als Hintergrund für die Beurteilung auch von großen Entwicklungen die Kontexte ihrer jeweiligen unmittelbaren Umgebung. Im Zusammenhang mit der Wende ist dies ihre Familie und die Praktikumsstelle im Altersheim. Dagegen scheint sie keinen adäquaten kognitiven Zugang zu den Ereignissen auf der gesellschaftlichen Makroebene zu haben. Die Wende ist daher für sie einerseits unproblematisch, da ihre unmittelbaren Kontexte vorerst unangetastet bleiben, andererseits übersteigen die vor sich gehenden Veränderungen ihr Fassungsvermögen. Eine Orientierung erfolgt in dieser Situation zudem erst sekundär über die zu betreuenden Alten in der Praktikumsstelle und über die eigene Familie.

#### *E. Erste Studienfachwahl: Psychologie*

*wollt ich eigentlich schon immer Psychologie studieren. Hatte mich dafür auch beworben, und alle alle Welt hat gesagt, um Gottes willen, den Studienplatz kriegste ja eh nich, das is viel zu sinnlos. ... Und hab warum auch immer, kann ich mir bis heute nich erklären, diesen Studienplatz gekriegt. (1,2)*

Britta folgt der Figur einer Erfolgsgeschichte, wonach es ihr allen Widrigkeiten zum Trotz gelingt, für das gewünschte Studienfach eingeschrieben zu werden.

*I: Wie kam das denn, dieser Wunsch, also wie sind Sie auf die Psychologie gekommen?*

*B: einfach einfach die Idee heraus, man könne mit dem Fach äh dahinterkommen, warum oder weshalb andere Menschen irgendwas Bestimmtes tun oder nicht tun ... daß man das allerdings nicht lernen kann, das hab ich jetzt auch mitgekriegt. (lacht kurz) (1,11)*

Britta will ihr Wahrnehmungsvermögen für soziale Probleme schärfen bzw. ausbilden. Dies bedeutet, daß sie ihr diesbezügliches Defizit zumindest latent selbst wahrgenommen hat. Allerdings nimmt sie zur Behebung dieses Defizites eine instrumentell geprägte Perspektive ein: Durch den Erwerb psychologischen Wissens erhofft sie sich, eine Expertenperspektive im Zugriff auf soziale Räume zu erwerben. Ein weiterer wichtiger Grund mag für sie darin gelegen haben, daß man sich zu DDR-Zeiten durch das Psychologiestudium besonders konnte, es war nämlich nur schwer zu erlangen, man lernte in kleinen Kollektiven und stellte daher eine ausgewählte Elite dar.

Vor dem Beginn eines Psychologiestudiums war in der DDR ein obligatorisches einjähriges Praktikum zu absolvieren. Während Britta dieses Praktikum ableistete, ereignete sich die Wende.

*Jedenfalls hing dieses eine Jahr Praktikum da dran, un das hab ich dann in nem Altersheim (I: hm hm) gemacht. (1,2)*

*Also es war zum zum Heulen. Ich hab immer gedacht, oh Gott, wie hältst du dieses Jahr nur durch. Es war dann aber nach diesen zwei Wochen eigentlich kein Problem mehr. ... un das hat wirklich Spaß gemacht. Und da war ich schon ein bißchen traurig, als dieses Jahr vorbei war, und ich mußte dann anfangen zu studieren. (1,2)*

Wieder ist die bekannte Figur auszumachen, wonach Probleme durch die Zeit geheilt werden. Nach einer Startphase mit massiven Anfangsschwierigkeiten fühlt sie sich wohl in dem überschaubaren vorgegebenen Kontext - auch dies eine bekannte Figur.

Das anschließende Psychologiestudium stellt jedoch einen harten Kontrastfall dar.

*Es warn viel mehr Leute aufgenommen, viel, also nicht nicht nur die paar begrenzt und die Praktikum gemacht hatten, sondern ne ganze Menge Leute. Und man hatte damit ja nicht gerechnet. ... Schlimm für mich war eigentlich bloß dieser dieser Schnitt, jetzt wieder was zu lernen und eigentlich nichts sinnvolles zu machen, ... Un dann kommt man auf einmal hierhin zu diesem Studium und merkt, ja der is gar nichts, du wirst da nicht gebraucht, du lebst da irgendwie für dich hin ... Und ja und dann stürzte ich da während dieses Einjahres-Psycho-Studium von einer Krise in die nächste, ... Un da hab ich überlegt, was machste, irgendwas mußte anders machen, irgendwas irgendwas muß passieren. (1,2)*

*Da mit dem Zusammenbruch der DDR die Zugangsbeschränkung eines absolvierten Praktikums wegfiel, wurde Brittas Praktikum und die aufgewendete Zeit auf einen Schlag entwertet. Ihr Studienfach ist dadurch nicht mehr so exklusiv, wie sie erwartet hatte. Vor allen Dingen handelt es sich beim Psychologiestudium nicht mehr um einen kleinen, überschaubaren Kontext.*

An der Universität ist ihre soziale Situation unklar und durch die inzwischen vollzogene Wende ist auch ihre zukünftige Situation ungewiß. Es liegen keine klaren Direktiven vor und man leistet keine praktische Arbeit, sondern befaßt sich mit Theorien. Des weiteren sind Universitäten anonym: Man wird in ihnen nicht gebraucht und das Studium stellt hohe Selbstgestaltungsansprüche an die Studierenden; Studenten müssen ihr eigenes Sinngefüge definieren, selbst Prioritäten setzen und eigene Orientierungsleistungen vollbringen. Eine Alternative hierzu könnte eine starke Identifikation mit den Lehrsätzen des gewählten Faches bieten. Das Forschungsparadigma der Psychologie führt

jedoch zu einer theoretischen Vielfalt und einem Nebeneinander von Lehrsätzen, die kaum geeignet sein dürften, Britta Orientierungshilfe zu bieten.

Beides, hohe Anteile an Eigenorganisation und die innere Vielfalt des Faches, führt bei Britta zum Fortfall des Selbstverständlichen und zu Orientierungslosigkeit. Britta versucht zuerst ihrem bisherigen Problembewältigungsmuster folgend, die aufkommenden Probleme auszusitzen. Schließlich bemerkt sie jedoch, daß sie nicht endlos lang warten kann, bis sich ihre Lage von selbst konsolidiert. Es wird ihr klar, daß sie die Gegebenheiten nicht einfach hinnehmen muß und daß aktives Handeln erforderlich ist, um ihre Situation zu ändern. In der Folge wechselt sie zwar mit ihrem Studienfach den Kontext, aber ohne sich näher mit den Gründen ihres Scheiterns auseinanderzusetzen.

#### *F. VWL-Studium*

*und irgendwie hab ich dann oder meine Mutter mich drauf gebracht, im Radio kam das wohl mal, daß se hier in K-Stadt auch Volkswirtschaftslehre anbieten, und da hab ich gedacht, nun gut, was is das, mal gekuckt und dachte, ja, das kann vielleicht ganz interessant werden. ... und da hab ich mich dann umgemeldet, ... und hab dann mit dem neuen Semester in VWL angefangen. (1,2)*

Der Wechsel zur VWL erfolgt nicht aufgrund einer gründlichen Suche, sondern eher durch eine Gelegenheit, die sich zufällig ergeben hat: Eine Chance bot sich an und wurde genutzt, ohne sich darüber hinaus der Vielfalt der Optionen zu vergewissern. Britta dürfte jedenfalls zu Beginn kaum intrinsisch für ihr neues Studienfach motiviert gewesen sein.

*I: (räuspert sich) Jetzt noch zu Ihrem Studium, jetzt ja VWL ja. Was hat Sie denn am an diesem Studium VWL angesprochen?*

*B: Hm [...] sehen, was die Welt im Innersten zusammenhält, (lachen beide kurz) nee irgendwie irgendwie schon äh zu lernen, irgendwie diese Abläufe in der in der Volkswirtschaft un zwischen den Menschen und der Industrie und den ganzen also wirklich auch diese Abläufe zu lernen und das mitzubekommen und tja die Hoffnung, da auch wieder was über [...] über das Verhalten jetzt nich unbedingt der Menschen sondern überhaupt der, ich sag jetzt mal Wirtschaftssubjekte, weil das so'n geflügeltes Wort bei uns is mhh zu erfahren, und es war es war mehr ne Entscheidung aus'm Bauch raus. (1,13)*

Das VWL-Studium stellt für Britta organisierten Sinn bereit. Die bisherige mit fatalistischen Zügen versehene Passivität wird nun durch die zielgerichtete ökonomische Orientierung abgelöst. Vor dem Wirtschaftsstudium verfügte Britta über kein begriffliches Instrumentarium zur Erfassung komplexer Zusammenhänge. Die Wissenschaft stellt den ersten Ort außerhalb der Familie dar, der ihr diese Art von Orientierung verschafft: hier liegt ein klarer Reduktionismus vor, der den Anspruch hat, jeden relevanten Vorgang mit einem präzisen Begriffsapparat erfassen und einordnen zu können, wobei die Relevanz selbst auf der Grundlage des angewandten Paradigmas festgelegt wird.

Offen bleibt, ob Britta sich bereits zuvor eine Übersichtsleistung von diesem Studiengang versprochen hatte oder ob diese erst im nachhinein zugeschrieben wird. Wahrscheinlicher erscheint zweiteres, denn die Anregung durch die Mutter und die Zufälligkeit der Wahl spricht eher für eine Notlösung und anfängliche Orientierungslosigkeit. Das VWL-Studium hat sich somit für Britta als Glücksfall herausgestellt.



*I: Hm, ja und was warn dann so Ihre Erfahr- Erfahrungen mit dem VWL-Studium?*

*B: gleich von Anfang an war diese straffe Organisation ... Man hat gemerkt, die die Zeit verging nich nur im Rumgammeln, nur ins Kino gehen, sondern man mußte wirklich äh sich ranhalten, man mußte was tun, un das hat mir doch ganz gut getan, äh und dieses Fertigwerden (1,13)*

Das Wirtschaftsstudium ist wieder straff organisiert, wie es Brittass bisheriger Erfahrung und auch ihren Ansprüchen entspricht. Die Last eigener Organisations- und Orientierungsleistungen, die sie während des Psychologiestudiums zu erdrücken drohte, ist damit von ihr genommen. Sie genießt geradezu die strengen Anforderungen, die an sie gestellt werden.

*Un dann grüßen einen natürlich auch die Dozenten und Professoren auf der Straße und die Assistenten, weil se einen eben kennen. (1,14)*

Die Orientierung an Vertretern von Institutionen, die bereits aus Brittass Kindergarten- und Schulzeit bekannt ist, setzt sich weiter fort. Während die entsprechenden Personen von Britta automatisch genannt werden, äußert sie sich, wie man sich erinnert, zu Personen aus dem privaten Bereich nur auf Nachfrage und weiß hier auch nicht viel zu berichten.

### **Fallstruktur**

Brittass Biographieverlauf besteht aus zwei aufeinanderfolgenden Phasen, zwischen denen eine Transformation stattgefunden hat. Phase a) bezieht sich auf ihre Biographie bis zum Beginn des VWL-Studiums. In dieser Zeit gewinnt sie ihre Orientierung schwerpunktmäßig aus lebensnahen Kontexten (Familie, Schulklasse, Praktikumsstelle) und beschränkt ihren Erfahrungshorizont weitgehend auf diesen Bereich. Urteile und Stellungnahmen über Sachverhalte, die über diesen hinausgehen, sind durch den Filter der lebensnahen Kontexte geprägt und werden nahezu unreflektiert übernommen. Phase b) bezieht sich auf die Zeit während des VWL-Studiums und (prospektiv) danach. Durch die Axiomatik der Wirtschaftswissenschaften gewinnt Britta eine Orientierungsgrundlage, die über den engen Horizont der lebensnahen Erfahrungen und Kontakte hinauswirkt, die aber andererseits auf eine ganz spezifische Art und Weise präformiert ist. Phase b) folgt nicht zwangsläufig determiniert aus Phase a), schließt aber logisch und nachvollziehbar an sie an. Dabei wird aus der Geschichte von Britta auch ersichtlich, wie die neue Gesellschaftsstruktur Möglichkeiten für eine Revision der biographischen Orientierungsmuster eröffnet.

#### *a) Vor dem VWL-Studium*

Britta sah sich bis zu ihrer Erfahrung mit dem Psychologiestudium kaum vor die Herausforderung gestellt, selbst etwas zur Gestaltung der sozialen Situationen, in denen sie sich wiederfand, beitragen zu müssen. Das Elternhaus war strukturiert durch ihre Eltern (und weitgehend frei von störenden Einwirkungen), die Schule durch die Lehrer, den Unterrichtsplan sowie weitere Spezifika des Bildungssystems, und ihre Praktikumsstelle im Altersheim durch die vorhandene Routine. Engere Beziehungen zu Personen außerhalb des Familienkreises (Peer group, Freundinnen, Geschlechtspartner) haben allenfalls geringes Gewicht oder sind nur sehr sporadisch vorgekommen. Überhaupt fällt es Britta schwer, Situationen, in denen eine offene Gestaltbarkeit vorliegt und die

diesbezügliche Eigenleistungen von den Beteiligten verlangen, zu bewältigen. Ist das Situationsgefüge nämlich nicht hinreichend geordnet und diffus, dann tritt bei Britta eine Haltung in den Vordergrund, die einer unbeteiligten Zuschauerperspektive gleichkommt; sie wartet dann ab, bis sich die Bewältigung von Problemen von selbst oder jedenfalls ohne ihre Mitwirkung vollzogen hat. Solche "Selbstheilung" tritt auch immer wieder ein, was Britta in ihrer Haltung bestätigt. Ihr Bestreben ist auf optimale Integration, nicht auf Konfrontation, Infragestellung oder Auseinandersetzung ausgerichtet. Ist die Situation klar definiert, tritt ihre Erfolgsorientierung in den Vordergrund, wobei sie unter Erfolg die optimale Bewältigung der an sie gestellten Aufgaben versteht. Dies ist die einzige Zielvorstellung, die sie bis zu diesem Zeitpunkt entwickelt hat. Britta ist damit in letzter Konsequenz Einzelkämpferin. Nirgendwo wird berichtet, daß sie Solidarität mit anderen geübt oder mit anderen gemeinsam Aktionen geplant und umgesetzt hätte. Von ihr ist auch keine freiwillige Zugehörigkeit zu Gruppen zu erwarten, zu deren Erhalt sie selbst einen Beitrag leisten müßte. Ein weiteres Indiz sowohl für ihre geringe Kompetenz als auch für die fehlenden Ambitionen, ihre soziale Umgebung mitzugestalten, ist ihre primäre Orientierung an Autoritätspersonen. In ihren Schilderungen kommen nur Eltern, Lehrer und Kindergärtnerinnen als signifikante Personen vor, nicht aber Freundinnen, Partner, Peers etc. Autoritätspersonen leisten Vorgaben und strukturieren auf diese Weise Brittas Leben. Statt sich auf eine kommunikative Aushandelbarkeit von sozialen Situationen einzulassen, sucht sie lieber einen Beziehungstyp, der einem vorgegebenen Regelwerk entspricht.

Je ungewisser eine Situation ist, um so eher begibt sich Britta in ihre Beobachterposition. So zeigte sie auch folgerichtig kein Engagement in der Wende. Eine solche Haltung birgt aber auch die Gefahr einer mangelnden Aufarbeitung von Problemen in sich, die zuerst latent bleiben mögen, später jedoch größer werden und unter Umständen nicht mehr bewältigt werden können. Genau einer solchen Situation sah sich Britta im Psychologiestudium ausgesetzt. Als ihr Rückzug auf sich selbst nicht zur Bewältigung der Problematik ausreicht, ergreift sie die Flucht aus einer prekären Situation, die sich offenbar und erstmals in Brittas Erfahrung nicht von selbst bereinigt. So wechselt sie zwar mit dem Studienfach ihren Kontext, setzt sich aber nicht näher mit den Gründen ihres Scheiterns auseinander.

#### *b) Während und nach dem VWL-Studium*

Das VWL-Studium ist strukturiert durch einen straffen Lehrplan, einen Umstand, der für Britta eine gute Ausgangsbedingung darstellt. Wichtiger noch ist, daß dieser Studiengang ihr eine Weltsicht vermittelt, wonach ein bestimmtes Regelwerk im Prinzip auf das ganze Spektrum möglicher Erfahrungen und Themen angewendet werden kann. Während ihre Handlungsorientierung früher rein situativ geprägt war und nur griff, wenn die Umgebung für Britta hinreichend geordnet war, ist sie nun in der Lage, selbst Ordnungsleistungen mit Hilfe der wissenschaftlichen Theorie zu erbringen und daraus handlungsleitende Orientierung zu gewinnen. Damit bekommt das herrschende wissenschaftliche Paradigma der Volkswirtschaftslehre für Britta einen orientierungsstiftenden Charakter. Mit seiner Hilfe hat sie nicht nur Handlungssicherheit bzw. Orientierung gewonnen, sie kann sich auf seiner Grundlage sogar neue Räume kognitiv erschließen, was sich auch daran zeigt, daß sie selbst stärker als zuvor eigene Standpunkte vertritt. Mit Hilfe des VWL-Studiums erwirbt

Britta einen Wissensvorrat, mit dem sie etwa auch ihrem Vater etwas entgegenzusetzen hat. Damit ist eine Grundlage für die Einleitung eines Ablösungsprozesses von den Eltern - und auch von der Orientierung an Autoritäten - gelegt:

*I: Hm, fühlst Du Dich da manchmal auch äh kompetent ihn mit Deinen jetzigen Erfahrungen, die de auch in K-Stadt machst, ihn [ihren Vater PS] da zu kritisieren oder oder einfach ooch zu sagen, du das is so nich richtig, wie du das siehst?*

*B: Ob ich dazu kompetent bin, weiß ich nich, ich machs halt einfach. (2,2)*

Nun kann sie sich eine Meinung zu sozialen Vorgängen bilden, ohne auf die Einstellungen der Eltern, hier des Vaters, rekurren zu müssen. Mit den fachspezifischen Theoremen hat sie einen Rahmen gewonnen, der nicht räumlich begrenzt, sondern expansiv ist und den Anspruch hat, alle relevanten Vorgänge erfassen zu können. Hiermit hat sie sich aber auch das Problem der systemischen Blindheit (Luhmann) eingehandelt und damit die Neigung, Phänomene nur so wahrzunehmen, wie sie auf den Schirmen der ökonomischen Theorie abgebildet werden. So pflegt sie etwa die Denkfigur des "Homo oeconomicus", der allein der wirtschaftlichen Vernunft verpflichtet ist. Die Fragen nach dem Ziel des Wirtschaftens finden ihre Antworten allein in den ökonomischen Systemgesetzen. Ihr starkes Vertrauen in Selbstheilungskräfte, das schon von Beginn an bei ihr angelegt ist, kann sie ohne große Mühe auf den Grundsatz von den "Selbstheilungskräften des Marktes" übertragen. Was hinter diesem Rahmen liegt, bleibt tendenziell außerhalb ihres Gesichtsfeldes. Die Sicherheit, die sich aus der Bestätigung des Universalanspruchs der von ihr benutzten Orientierungshilfe ergibt, hat damit ihren Preis in der systemspezifischen Blindheit.<sup>212</sup>

Weiterhin hat sie kaum Bindungen im Rahmen lebensweltlicher Zusammenhänge. Eine Einbindung in ein Milieu fehlt völlig, und sie meidet geradezu Gemeinschaftsaktivitäten. Die Bindungslosigkeit im lebensweltlichen Bereich und die affirmativ besetzte Vermeidung von Freizeitaktivitäten ist nämlich für Britta eine wichtige flankierende Maßnahme zur strikten Orientierung auf das Ausbildungsziel. So entwickelt sich komplementär zur Öffnung neuer biographischer Möglichkeiten eine Schließungstendenz, die dazu führt, daß das Fehlen lebensweltlicher Bindungen nicht einmal als besonderer Verlust erscheint.

Nicht zuletzt können die Möglichkeiten der Lebenspraxis durch eigene Aufwärtsbewegungen, sprich Karriereabsichten, gesteigert werden. Damit verkörpert die Wende, auch wenn Britta dies seinerzeit nicht erkannt hat, einen Freisetzungsprozess biographischer Handlungsmöglichkeiten. Eine tiefere biographische Verankerung der eigenen Orientierung im untergegangenen Gesellschaftssystem ist nicht vorhanden. Durch die im VWL-Studium erworbene Orientierung und die Freiheit des Gesellschaftssystems der BRD - insbesondere für monetär günstig positionierte Personen - kommt eine an persönlicher Freiheit und Optionenvielfalt orientierte Selbstentfaltungsdynamik zum Tragen, die Britta auch konsequent ausleben möchte:

*I: Okay. Was heißt für Dich Freiheit?*

*B: [...] Wenn ich will, Buschpilot in Kanada zu werden. ... die Möglichkeit zu haben, das zu machen, wenn ich nicht durch irgendwelche Grenzen beschränkt zu sein. (2,6)*

[Umweltschutz:]

*B: Was was Autos betrifft, halt ich's nicht für gut, einfach, weil ich selber Auto fahr, und wenn dann die Spritpreise noch mehr angezogen werden. ... Es gibt keine andere Alternative im Moment (2,7)*

Paradigmatisch für ihre Freiheitsvorstellung ist der Wunsch, Buschpilotin zu werden. In ihrem Freiheitsstreben will sie nicht *"durch irgendwelche Grenzen"* eingeschränkt sein. Freiheit ist damit für Britta ein unverzichtbares und stark besetztes Gut, hängt für sie stark zusammen mit individueller Selbstentfaltung und wird nachdrücklich verteidigt auch gegen die Erhebung von Geltungsansprüchen bezüglich der Wahrung kollektiver Güter (Umweltschutz). Die Frage nach der Erhöhung der Benzinpreise stößt bei ihr daher zwar nicht auf Unverständnis, wird aber mit Hinweis auf den Erhalt eigener Freiheitsspielräume abgelehnt. Das Passungsverhältnis zwischen Marktorientierung und individuellem Freiheitsstreben, das mit einer affirmativ besetzten Bindungslosigkeit einhergeht, ist das eines wechselseitigen Steigerungsverhältnisses. Indem das System expandiert, kann das vorliegende Freiheitsideal besser verwirklicht werden. Leistungsfähigkeit und -bereitschaft dienen dabei sowohl dem Erwerb der Mittel, die die eigenen Freiheitsspielräume vergrößern, als auch der Unterstützung der Expansion des Gesamtsystems. Damit steht die Vereinseitigung der biographischen Orientierung in einem strukturellen Passungsverhältnis zu der funktionalen Differenzierung in der Gesellschaft und insbesondere zu seinem ökonomischen System.

#### **Zusammenhangsanalyse**

Die Genese und Reproduktion von Brittass ausgeprägter Marktorientierung, wie sie in der Solidaritätsanalyse herausgearbeitet wurden, gehen mit geradezu überraschender Deutlichkeit aus ihrem Biographieverlauf hervor. Wie im Vergleich mit den folgenden Fällen deutlich werden wird, stellt nämlich der Umstand eines inhaltlichen und nicht "bloß" strukturellen Passungsverhältnisses von biographischer und solidarischer Orientierung einen eher seltenen Fall dar.

Die Übernahme des wirtschaftswissenschaftlichen Paradigmas kann als biographische Transformation im Sinne Oevermanns aufgefaßt werden, bei der aber auch einige durchgehende Kontinuitätslinien zu verzeichnen sind. Gestützt auf den sicheren Hintergrund des familialen Kontextes handelt Britta nämlich schon immer als Einzelkämpferin und in Konkurrenz zu anderen. In dieser Ungebundenheit und in der Besonderheit der von ihr individuell erreichten Position realisiert sie ihre Freiheit. Während ihr dabei früher ein situationsüberspannender Zugriff auf soziale Vorgänge fehlte, so sind solche Momente heute nur relevant, soweit sie den systemischen Prozessen, genauer gesagt den ökonomischen, förderlich bzw. hinderlich sind. Weitergehende Fragen fallen wie eh und je hinter Brittass Wahrnehmungshorizont. Für ihre Gerechtigkeitsorientierung bedeutet dies, daß das Leistungsprinzip den obersten Rang einnehmen muß, weil es eng an die Logik der Systeme anschließt. Dabei besteht für sie keine Differenz zwischen dem Leistungsprinzip und der Regulierung der Einkommen durch den Markt. Hinzu tritt der fehlende Bezug zu leistungsschwachen Mitgliedern ihrer unmittelbaren Umgebung: Mitleid, Empathie oder andere Formen des Bedauerns gegenüber leistungsschwachen Personen kannte sie schon früher nicht. Auch ihr starkes Vertrauen in

Selbsteilungskräfte ist schon von Beginn an bei Britta angelegt und kann ohne große Mühe auf den Grundsatz von den "Selbsteilungskräften des Marktes" übertragen werden.

Heute orientiert sich Britta in einer Vielzahl von Belangen am gängigen ökonomischen Paradigma. Auf dem ökonomischen Handlungsfeld hat Britta nämlich eine Sicherheit und eine Situationskontrolle entwickelt, die ihr eine souveräne identitätsvermittelnde Inkorporation anderer Sinnhorizonte in ökonomische Denkstrukturen ermöglicht. Im Rahmen dieser Inkorporation hat sie einen expansiven kognitiven Zugriff auf andere soziale Bereiche erlangt. Ihr Gewinn ist ein drastisch erweiterter Horizont, der allerdings auf der Grundlage einer stark spezialisierten und vereinseitigten Orientierung beruht. Beim Übertritt in die reale Welt neigt nämlich die ökonomische Modellbildung wie jede systemspezifische Sichtweise<sup>213</sup> dazu, die Relevanz des Kontextwechsels zu verdecken; ein Phänomen, das auch im Falle Brittas deutlich wird. Die Gesamterfassung der sozialen Welt erfolgt somit auf der Grundlage einer bornierten Systemrationalität. Auf diese Weise wird der Einzelne zum Systemagenten und nur noch als solcher wahrgenommen. Es handelt sich um Prozesse einer expansiven Öffnung, wobei das zugrundeliegende ökonomische Prinzip selektiert, was in die expansiven Steuerungsprozesse, die Brittas biographische Entwicklungsprozesse kennzeichnen, aufgenommen wird. Dadurch werden nur Inhalte zugelassen, die dem Steuerungsprinzip entsprechen. Durch diese systemspezifische Verknüpfung von Offenheit und Schließung erschließt sich Britta einen Steuerungs- und Akkumulationsprozeß, durch den ihre Biographie einen ganz bestimmten gerichteten Verlauf annimmt. Schließungstendenzen entstehen auch in Form der Weigerung, lebensweltliche Bindungen einzugehen, deren Fehlen Britta nicht einmal als besonderer Verlust erscheint.<sup>214</sup> Der Verweis auf die Anforderungen des Systems (und des Wachstums) bahnt vielmehr den Weg zu einer monologischen Festlegung der gerechten Distribution, was auch dadurch gefördert wird, daß der Bezug zu einem Gegenüber in ihrer Biographie fehlt. Damit kann dieses Gegenüber aber auch keine Relevanz beanspruchen: Gegenüber dem "unvernünftigen" Kritiker haben die Systemtechniker ein Interpretationsmonopol.

Fragen der sozialen Integration rangieren für Britta weit hinter ökonomischen Erfordernissen und sollen, sofern sie überhaupt wahrgenommen werden, im Rahmen der Bedienung ökonomischer Erfordernisse gleich miterledigt werden. Sie lösen sich demnach von selbst, wenn es am Ende eines harten ökonomischen Konsolidierungsprozesses auf der Grundlage einer funktionierenden Ökonomie *"allen besser geht."* Damit kommt aber nicht zur Geltung, daß jedes gesellschaftliche Mitglied seine legitimen Interessen befriedigen können muß. Mit Brittas Version des Leistungsprinzips kann vielleicht der gesamtwirtschaftliche Nutzen maximiert werden, aber es ist kein Angebot für diejenigen, die auf der Grundlage dieses Prinzips exkludiert werden. Tatsächlich geht es hier auch gar nicht um den Bezug auf individuelle Personen, sondern auf "Mitproduzenten", was konsequenterweise zur Diskriminierung der Non-deserving poor führt. Da Britta im Kern ihrer Lebenspraxis an systemische Prozesse anschließt und dort ihre Freiheit erfährt, dagegen zu sozialen Zusammenhängen, in denen sozialintegratives Handeln gefragt ist, keine Beziehung hat, muß für sie

---

<sup>213</sup> Jedenfalls sofern es sich um ein kontextneutralisierendes System handelt. Siehe hierzu Giegel (1993).

<sup>214</sup> Ein ähnlicher Fall findet sich bei Giegel (1995: 222ff).

die Sicherung der Systemexpansion das Primat haben. Für ihre Solidaritätsorientierung bedeutet dies, daß Ansprüche auf Integration bzw. Inklusion der Systemexpansion nicht im Wege stehen dürfen. Wenn sie sich auf der einen Seite kaum Rechenschaft über die destruktiven Konsequenzen der von ihr als gerecht anerkannten Systemoperationen ablegt, werden auf der anderen Seite die Konsequenzen von stärker sozialintegrativ wirkenden Gerechtigkeitsprinzipien bzw. solidarischen Orientierungen übertrieben pessimistisch dargestellt. Selbst das von ihr bevorzugte Leistungsprinzip wird, wenn auch unter Schwierigkeiten, im Bedarfsfall zugunsten des ökonomischen Primats in die zweite Reihe gedrängt.

Das Passungsverhältnis zwischen Marktorientierung und individuellem Freiheitsstreben, wobei letzteres unter anderem mit einer affirmativ besetzten Bindungslosigkeit einhergeht, ist ein wechselseitiges Steigerungsverhältnis. Indem das System expandiert, kann das vorliegende Freiheitsideal besser verwirklicht werden. Leistungsfähigkeit und -bereitschaft dienen dabei sowohl dem Erwerb der Mittel, die die eigenen Freiheitsspielräume vergrößern, als auch der Unterstützung der Expansion des Gesamtsystems. Damit steht die Vereinseitigung der biographischen Orientierung in einem strukturellen Passungsverhältnis zu der funktionalen Differenzierung in der Gesellschaft und insbesondere zu seinem ökonomischen System.

#### **Verhältnis zur bestehenden gesellschaftlichen Ordnung**

##### Beziehung zur politischen Ordnung

Dem politischen System der DDR begegnete Britta stets mit skeptischer Reserviertheit. Dabei übernahm sie zwar klaglos die an sie herangetragenen Verpflichtungen, wich aber ansonsten (wie schon ihr Vater) dem System weitgehend aus. Dominierender Grundzug ist ihr Desinteresse. Während diese Haltung zu DDR-Zeiten weitgehend latent blieb, findet sie nach der Wende auf der Grundlage der im Studium erlernten Wirtschaftstheorie eine Artikulationsmöglichkeit, aufgrund derer sie das System der DDR und den Sozialismus generell als ökonomisch insuffizient einstufen kann.

Die verschiedenen Momente, die Britta am politischen System der BRD kritikwürdig findet, sind folgende: Zwischen alten politischen Kadern und heutigen Politikern in den Neuen Bundesländern besteht eine Kontinuität. Da diese schon die DDR ruiniert haben und noch dazu kompetentere Personen entlassen wurden, steht Schlimmes zu befürchten. Weitere Vorwürfe sind Intransparenz, Inkompetenz und Selbstbedienungsmentalität der Politiker. Damit kontiniert ihre grundlegende Skepsis gegenüber dem gesellschaftlichen Teilsystem der Politik bis in die Zeit der Bundesrepublik hinein, wobei sich ihre Kritik neben einem grundlegenden Mißtrauen gegenüber Politikern als Personen heute weitgehend auf ökonomische Momente bezieht. Sie befindet sich damit (in Anlehnung an Luhmann) in einer Position, in welcher sie die Politik aus der Sicht des ökonomischen Systems beobachtet; die Eigenrationalität der Machtkalküle wird dagegen nicht wahrgenommen und daher auch nicht in Rechnung gestellt; zum politischen Engagement hat Britta keinerlei Neigung. Dagegen hat sie eine Affinität zur Expertokratie: auch in der Politik soll man auf kompetente Fachleute hören, wobei man vermuten darf, daß Britta hier insbesondere Ökonomen im Blick hat. Partizipation wird dagegen sehr mißtrauisch betrachtet, insbesondere direkte Demokratie würde

nach ihrer Auffassung zu unvernünftigen Entscheidungen führen. Der Sozialstaat hat allenfalls noch residuale Funktionen.

#### Einstellung gegenüber der Dynamik gesellschaftlicher Teilsysteme

Bei Britta hat die Übernahme des Marktmodells der etablierten Wirtschaftswissenschaften über die fachliche Identifikation hinaus auch in anderen Lebensbereichen orientierungsstiftende Funktion. Die Übernahme der gängigen Theorien hat für sie die folgenden Vorzüge: Freisetzung aus dem Zwang, auf Leistungsschwache Rücksicht nehmen zu müssen, da diese aus der Sicht der Wirtschaftslehre den Fortgang des Gesamtsystems behindern; überhaupt die Tendenz, alles, was die wirtschaftliche Dynamik behindert, primär als Störphänomen aufzufassen. Hieraus resultiert wiederum für Britta die nahezu bedenkenlose Freisetzung der eigenen Leistungsdynamik, die als Erlangung einer größeren Freiheit empfunden wird; nicht zuletzt geht ihres Erachtens die eigene Leistungsbereitschaft mit der Leistungsfähigkeit des Gesamtsystems konform, indem sie diese befördert.

Insgesamt darf man konstatieren, daß Britta der Expansion der Teilsysteme Wirtschaft und hiermit zusammenhängend auch Wissenschaft und Technik äußerst positiv gegenübersteht. Systemen, die als ineffizient gelten und die restriktive Potentiale bezüglich der ökonomischen Entwicklung bergen - hierbei hat Britta vor allem das Politiksystem im Auge -, sowie etwaigen "Störpotentialen" aus dem Bereich der Lebenswelt steht sie dagegen äußerst mißtrauisch gegenüber.

#### **Reichweite der Solidaritätsbeziehung**

Brittas Solidaritäts- bzw. Gerechtigkeitsorientierung ist insofern nicht partikularistisch, als Nähe, Bindungen, die eigene Nation etc. für sie kein Kriterium für Solidarität darstellen. Überraschenderweise ist es angesichts der Problematik der Dritten Welt die Bedürftigkeit der Betroffenen, die für sie zentral ist. Konkret sollen Besitzanteile an Entwicklungshilfeprojekten verkauft werden, so daß entsprechende Gewinnaussichten zur "Hilfe" motivieren. Damit tritt das Bedürfniskriterium, auch wenn es weiterhin eine gewisse Rolle spielen mag, immer weiter in den Hintergrund, es wird nämlich im Endeffekt zugunsten marktförmigen Handelns zurückgedrängt. So führt die unbiegsame Härte der funktionalen Mechanismen am Ende dazu, daß Solidaritätsorientierungen nur dann eine Chance auf Verwirklichung haben, wenn sie mit den Mechanismen (d.h. der Ökonomie) konform gehen und entsprechend angepaßt werden. Ferner gilt: Sobald das Marktsystem einmal etabliert ist, kommt Solidarität allenfalls mit denjenigen in Betracht, die einen festen Willen zur Arbeitsaufnahme zeigen, und selbst in diesem Fall gibt sich Britta sehr zwiespältig.

#### ***Kurzdarstellung: Michael (Medizin)***

Ein ganz ähnlich gelagerter Fall wie Britta ist der von *Michael*, einem Medizinstudenten, der im folgenden kurz vorgestellt werden soll. Auch ihm erscheint ein funktionierender, möglichst wenig restringierter Markt als die beste Lösung, um die Steuerungs- und Verteilungsprobleme moderner Gesellschaften zu bewältigen.

### Solidaritätsorientierung

In hohen *Einkommensunterschieden* zwischen den Beschäftigungsgruppen sieht auch Michael kein Problem:

- I: *Hm. Und die ganzen Einkommensdifferenzierungen, die man ja beobachten kann [...] doch recht große Diskrepanz zwischen Großverdienern und fast armen Leuten, also findest du das akzeptabel?*
- M: (5 s) *Das ist ein schwieriges Problem. [...] Ich glaube, daß die Bundesrepublik Deutschland sehr sehr stark leistungsorientiert ist. Grade wegen dem Wirtschaftswachstum, was du vorhin hattest (I: hm) oder so. Daß sich dieses Wachstum nur so realisieren läßt, bin ich der Meinung (I: hm) ja. ... es ist wahrscheinlich tatsächlich so, nur so lange wie die, ne bestimmte Gruppe so viel verdient, wird sie natürlich ihr Geld immer wieder ausgeben. Und die werden 's halt nicht zuletzt ausgeben, um irgendwie um irgendwie wieder neu zu verdienen, also das anzulegen. Und dadurch werden letztendlich schon Arbeitskräfte geschaffen und nicht anders ... Es ist sicherlich bitter für viele Leute, die halt jeden Tag arbeiten gehen um zu sehen, daß andere Leute das Zehnfache verdienen [...] oder das Zwanzigfache oder so. Und daß da häufig wahrscheinlich auch nicht alles irgendwie reell und gerecht zugeht und juristisch einwandfrei oder so. (I: hm) [...] Andererseits halte ich halt ja [...] diesen Standard, der wirtschaftlich ja immer noch gehalten wird, und dem wir's ja trotzdem immer alle zu verdanken haben, daß daß es daß wir noch ein ganz gutes Leben wahrscheinlich führen oder so. ...*
- I: *Also was wäre denn so Deine These vielleicht, daß durch diese Ungleichheit zwischen arm und reich ja, daß es aber letztendlich dadurch allen besser geht, als wenn man's irgendwie egalitärer organisieren würde. [...] Oder hab ich Dich da falsch verstanden?*
- M: *Ja ein bißchen hast du schon richtig verstanden. Ich muß aber wirklich dazu sagen, daß ich da mich nicht kompetent fühle, weil ich mich auch über das kon- Problem konkret nicht nachgedacht habe. [...] Aber das halt ich für möglich, daß die Dynamik, die halt dieses Wirtschaftssystem Bundesrepublik Deutschland hat, dadurch zustande kommt (I: hm) ne. (2,14)*

Nach Michaels Überzeugung läßt sich wirtschaftliches Wachstum nur durch eine Differenzierung der Einkommensklassen realisieren und zwar *"nur so realisieren"*. Erst die Aussicht auf hohe Einkommensbezüge, die in ihrem Gefolge eine hohe Lohnspreizung mit sich führt, bringt ein innovatives und leistungsstarkes Unternehmertum hervor, das neben dem eigenen Konsum auch Investitionen tätigt und auf diese Weise Wohlstand und Arbeitsplätze schafft. Michael lenkt damit seine Argumentation gänzlich auf den Systemgesichtspunkt. Auch der Einwand fehlender Gerechtigkeit kann ihn in seiner grundlegenden Bejahung des marktwirtschaftlichen Systems nicht irritieren, denn es geht ihm nicht primär um eine gerechte Verteilung, sondern darum, die Dynamik des Wirtschaftssystems zu gewährleisten. Für Michael stellt das Eigeninteresse der Individuen den Motor der ökonomischen Entwicklung dar, der nur mit dem Treibstoff hoher Einkommensdifferenzen läuft. Letztere bilden das funktionale Fundament einer Ökonomie, die große Gütermengen und Wohlstand produziert. Mit anderen Worten: Soziale Ungleichheit hat eine Wachstumsfunktion. Dieses Prinzip ist eine unbedingt notwendige Bedingung für das Funktionieren der Gesellschaft. Negativ ist zwar die damit zusammenhängende Bitternis für Einkommensschwächere, aber solche Effekte sind im Namen einer ökonomischen Gesamtrationalität in Kauf zu nehmen, denn letztlich wird durch diese Funktionsweise für alle ein gutes Leben garantiert. An dieser wie auch an vielen anderen Textstellen argumentiert Michael, wie er selbst immer wieder von sich sagt, unter der Bedingung begrenzten Wissens. Das hindert ihn aber nicht daran, eine klare Position zu beziehen, und auch nicht daran, auf das ökonomische System zu bauen.



Die Inklusion bedürftiger Gruppen, also etwa von *Sozialhilfeempfängern und Arbeitslosen*, kann und soll nach Michaels Auffassung allein durch die Stärkung der Marktkräfte erfolgen:

*I: Hm. Wie sollte die Gesellschaft denn dann mit na meinetwegen jetzt den Massen von Arbeitslosen oder Sozialhilfeempfängern umgehen?*

*M: ... ich glaube halt, wenn ich das Geld irgendwo anders wegnehme, wird es dort fehlen, und ich glaube auch, daß daß dadurch wesentlich Dynamik verloren gehen wird äh der Entwicklung und so, daß also [...] ich glaube so ne Gleichmacherei ja, ... daß das unter Umständen etwas kurzsichtig sein könnte. ... oder so, (I: hm hm) daß ich schon dafür sorgen muß, daß es vielleicht die Arbeitslosen nich mehr gibt irgendwann, oder weniger wieder gibt ne. Das heißt, ich muß, die Leute glauben äh vorrangig für ne Entwicklung sorgen zu müssen, die die Arbeitslosen so wieder aufnimmt ne. Und da k- muß ich sagen, daß das für mich ne gewisse Vernunft in sich birgt, so bitter das vielleicht für den einzelnen is ja. (2,14)*

Eine Umverteilung der vorhandenen Mittel zugunsten der Exkludierten würde in der Konsequenz in ein Negativsummenspiel einmünden und zu einer Gleichverteilung auf niedrigem Wohlstandsniveau führen, weil dadurch die ökonomische Dynamik beeinträchtigt würde. Die Geldmittel sind dagegen nach Michaels Auffassung besser in der Erhaltung der Dynamik des Gesamtsystems angelegt. *"Gleichmacherei"*, d.h. die Umverteilung an Ärmere, ist dagegen kontraproduktiv und kurzsichtig. Ferner besteht durch einen anzustrebenden wirtschaftlichen Aufschwung die Chance, daß die Benachteiligten wieder integriert werden. Soziale Härten müssen angesichts dieses Zieles in Kauf genommen werden, *"so bitter das vielleicht für den einzelnen is"*. Michael folgt hiermit einer marktliberalen Position, die von realisierbarer Vollbeschäftigung ausgeht und - ebenso wie *Britta* - an die Selbstheilungskräfte des Marktes glaubt. Das Problem der Arbeitslosigkeit wird damit in erster Linie aus einer funktionalen Perspektive gesehen. Wichtiger als die Zahlung von Unterstützungsleistungen ist die langfristige Integration von Arbeitssuchenden, die nur möglich ist, wenn das System mit all seinen Härten effizient funktioniert.

Michaels Argumente beziehen sich, wie eindeutig erkennbar wird, nicht auf Forderungen sozialer Gerechtigkeit oder Integration, sondern werden in erster Linie aus der Perspektive von funktionalen Erfordernissen des ökonomischen Systems gesehen. Eine florierende Wirtschaft, darauf setzt Michaels Institutionenvertrauen, ist der einzige Garant für *allgemeinen* Wohlstand, andere soziale Fragen sind demgegenüber sekundär.

Entwicklungshilfemaßnahmen für die *Dritte Welt* dürfen nach Michaels Meinung auf keinen Fall so weit gehen, daß damit für die deutsche Bevölkerung Einbußen im Lebensstandard verbunden wären. Für die Zumutung einer solchen Verzichtshandlung, so Michaels Grundüberzeugung, ist nämlich die menschliche Natur nicht ausgelegt: Das *"Bewußtsein des Einzelnen is nich danach"* (2,17). Nach seiner Auffassung wäre der soziale Friede im eigenen Land gefährdet, wenn man die Dritte Welt in den Solidarbereich miteinbeziehen und entsprechende Konsequenzen ziehen würde. Er selbst glaubt nicht, daß die Mehrheit der Gesellschaft mit anderen teilen will, und zählt auch sich selbst zur Gruppe derer, die hierzu nicht bereit sind. Letztlich steht nämlich für jeden, auch für ihn selbst, das eigene Wohlergehen im Vordergrund. Die Bereitstellung finanzieller Mittel kann ferner nur im Rahmen effektiver und projektgebundener Maßnahmen auf der Grundlage von Mildtätigkeit (also

freiwilligen Abgaben) akzeptiert werden. Eine *Pflicht* zur Hilfe gegenüber Entwicklungsländern kann und will er nicht akzeptieren. Damit wendet Michael seinen Verteilungsgrundsatz nicht so konsequent und universell an wie *Britta*: Anders als für *Britta* gehört für Michael die Dritte Welt nicht mehr zum Solidarbereich, in dem man allen Menschen die gleiche Chance gewähren muß.

Gleichsam als Fazit seiner Solidaritätsorientierung umreißt Michael an der folgenden Stelle, die sich ganz am Ende des Interviews findet, seine Grundüberzeugung, die man als "evolutionär-biologisch" bezeichnen könnte und die von der biologischen Verfaßtheit des Menschen und ihren evolutionären Grundlagen handelt:

*M: Also ich glaube, wenn ich also an Darwinismus, den für für realistisch halte, dann muß ich Dir sagen, daß sich die Menschen entwickelt ham ja aus'm Tierreich. Von den Anthropoiden, menschenähnlichen Affen oder so ja, (I: hm) ham se sich entwickelt. Und dann muß ich doch auch irgendwie zur Kenntnis nehmen, daß es unter diesen diesen Tieren bestimmte Mechanismen gibt des Zusammenlebens gibt, bestimmte soziale Verhaltensweisen ja, Aggression, Abgrenzung, (I: hm) aber auch Kontakt zu andern, ja. Und da muß ich doch akzeptieren, daß das Dinge sind, die sin eher da gewesen als menschliches Bewußtsein, die sind phylogenetisch, also entwicklungsge-schichtlich älter. (I: hm) Also muß ich auch wiederum sagen, das sin Dinge, die sin im Menschen wahrscheinlich nicht verloren gegangen, (I: hm) das Bedürfnis sich abzugrenzen, für den persön-lichen Vorteil zu sorgen, für das persönliche Wohlergehen zu sorgen, einfach auch im Sinne, daß sich der Fortsetzung der der Fortbestehens der Art ja. Sich fortzupflanzen, sich ein Vorteil zu ver-schaffen ja und seine seine seine Keimzellen weiterzugeben ne ... Weil wir glauben, wir ham mit unsern Gedanken und unserm vorsätzlichen Denken ja, ham wir das im Griff. Aber ich bin der Meinung, das ist nicht so. Ich mein, daß wir uns das niemals bewußt machen, wie sehr wir von un-serm von unserm äh Triebleben, von unserm von unsern ja, von so verdeckten Sachen irgendwie, ich, das ist ein doofes Wort, gesteuert werden oder so ja. (2,27)*

Michaels Argumente zielen auf einen fatalistischen Naturalismus, der in seiner Konsequenz ausgesprochen skeptisch gegenüber der Möglichkeit sozialer Reformen ist. Grundlagen der Gesellschaft sind aus seiner Sichtweise unveränderbare Naturtatsachen, die man akzeptieren muß und mit denen bestenfalls bestimmte Arrangements möglich sind, die aber nur wenig oder gar nichts mit Humanismus oder Moralität zu tun haben. Gegenüber dieser Haltung erscheinen moralische Geltungsansprüche als weltfremd und wirkungslos, häufig sogar als schädlich. Zusammen mit der folgenden Textstelle ergibt sich eine Gesamtfigur, wonach sich eine rechtsstaatlich gerahmte Ökonomie als die beste für ihn denkbare Gesellschaftsform erweist:

*M: Vervollkommenung oder ne Weiterentwicklung der Gesellschaft hin zu ner gerechteren Gesell-schaft oder hin zu ner erstrebenswerteren Gesellschaft, die mir erstrebenswerter erscheint ja. Schon irgendwie gerechter ne, (I: hm) aber nicht vornehmlich wirtschaftlich gerecht, sondern ich denke mehr halt dran, daß die Menschen äh daß die Menschen juristisch gleichgestellt sind in der Gesellschaft, moralisch gleichgestellt, rassisch gleichgestellt sind, daß sind für mich Sachen, die die gesellschaftliche Qualität bedeuten. Das andre ist, glaub ich, Lebensstandard und so ne Dinge, daß ist also ist für mich kein gesellschaftlicher Fortschritt oder so. Das is, weiß nicht, also das hab ich irgendwie damit nicht verbunden. (2,16)*

Michaels Ideal einer erstrebenswerten Gesellschaft beruht primär auf formalrechtlicher Gleichstellung, während soziale Anrechte bewußt und explizit ausgeklammert werden. Die biologisch vorgegebene Aggressivität soll dabei so geleitet werden, daß sie keinen Schaden anrichtet und nutzbringend eingebunden werden kann. Die Gesellschaft, insbesondere Rechtsstaat und ein stratifiziertes

Wirtschaftssystem, kanalisiert die dem Menschen qua Natur eingeschriebene Antriebsbasis einer eigennutzenorientierten Selbstbehauptung in Richtung einer hohen Gütermengen produzierenden Ökonomie. Extreme soziale Ungleichheiten sind auf diese Weise quasi naturgesetzlich begründet und müssen daher toleriert werden. Gleichheit zwischen den Menschen jenseits der formalrechtlichen Gleichstellung hält Michael für prinzipiell unmöglich. Daher hat es auch keinen Sinn, an die Gesellschaft weitergehende Forderungen der Gerechtigkeit heranzutragen. Allenfalls das *Leistungsprinzip* erscheint mit dem ökonomischen System kompatibel, aber auch dieses hat eher eine flankierende Funktion, denn wichtig ist in erster Linie, daß das System funktioniert, auch wenn es dabei nicht gerecht zugeht. Das wichtigste Ziel ist eine hohe Produktivität, in deren Gefolge auch Benachteiligte wieder inkludiert werden können. Damit befürwortet Michael ebenso wie Britta einen markoliberalen Funktionalismus.

Bezüglich der Möglichkeit gesellschaftlicher Steuerung ist Michael ein ausgesprochener Skeptiker. Für ihn ist die gegenwärtige Gesellschaftsform die bestmögliche, die er sich vorstellen kann. Sie ist allerdings labil und Eingriffe in die Systemabläufe können daher gravierende Folgen zeitigen, von denen alle - und die Armen womöglich am schlimmsten - betroffen wären. Gegen das gegenwärtige Arrangement, das die aggressive Natur des Menschen optimal einbindet, läßt sich jedenfalls kaum ansteuern, schon gar nicht mit den Mitteln der Sozialpolitik.

#### Kurzbiographie

Betrachtet man die väterliche Linie, so handelt es sich bei Michael um das vorläufig letzte Glied einer "Dynastie" von Medizinern. Dennoch liegt hier anders als bei Britta keine generationenüberschreitende familiär habitualisierte Grundorientierung vor, denn die familiäre Traditionslinie mit ihrer für Ärzte in der DDR typischen Affinität zum Bildungsbürgertum<sup>215</sup>, wie sie noch durch Michaels Großvater verkörpert wird, bricht bereits mit dem Übergang vom Großvater zum Vater ab. Dies geschah aus mehreren Gründen, unter anderem gesundheitlichen Problemen und bestimmten systemspezifischen Hürden, die dem Vater bei seiner Berufswahl in den Weg gelegt wurden, wobei die Verheiratung mit Michaels Mutter, die einem proletarischen Milieu entstammte, die größte Rolle gespielt haben dürfte. Michaels Elternhaus zeichnete sich nicht zuletzt aus diesem Grunde durch extreme Polarisierungen aus. Während die Mutter durch geringes Selbstbewußtsein und eine ausgeprägte Vertrauensseligkeit charakterisiert wird, ist das Verhalten des Vaters durch Selbstisolation und durch sein Auftreten als strenger und zugleich unbeherrschter Erzieher geprägt. Beide Elternteile können Michael keine überzeugenden Identifikationsangebote machen. Seine Identitätsbildung ist daher von Anfang an erheblichen Belastungen ausgesetzt, was ihn in tief reichende Angstzustände versetzt. Die krisengeschüttelte und durch massive Divergenzen gekennzeichnete Ehe wird geschieden, als Michael sieben Jahre alt ist.

Die tiefe Unsicherheit, deren Grundstein in der zerrütteten Binnenstruktur seiner Familie gelegt wurde, verstärkt sich durch Erfahrungen, die Michael im gesellschaftlichen Umfeld der DDR macht.

---

<sup>215</sup> Siehe Kleßmann (1994: 256). Ärzte bildeten neben Geistlichen eine "Enklave ständischen Lebens" (Engler 1999: 187, 197), welche die DDR überdauert hat.

Ein Schlüsselerlebnis, das sich bereits in früher Kindheit zuträgt, besteht aus einer Episode, die Michael im Kindergarten erlebt hat. Als er vom Interviewer nach den ersten politischen Erfahrungen gefragt wird, fällt Michael ein bezeichnendes Erlebnis ein, das ihm mit sechs Jahren widerfuhr. Beim NVA-Tag im Kindergarten wird er gefragt, was er denn beim Militär machen wolle. Er gibt zur Antwort *"Panzerfahrer"* und begründet seine Entscheidung damit, daß Panzer, wie er damals glaubt, *"ganz sicher seien"*. Er erntet von Seiten der Kindergärtnerin Unverständnis und Empörung, weil er - wie sie ihm vorwirft - an seine eigene Sicherheit denke, statt freudig den Heldentod sterben zu wollen. Für Michael, der sich unverstanden, bloßgestellt und ausgegrenzt fühlt, ist dies ein prägendes Erlebnis, das ihm bis heute in Erinnerung geblieben ist als erster Indoktrinationsversuch einer Diktatur.

Bedrohlich ist vor allem, daß der Staat seine Intervention als *Sippenhaft* praktizieren konnte. Dies erlebt Michael plastisch, als der Bruder des Vaters, ebenfalls ein Arzt, zusammen mit seiner Ehefrau wegen Fluchtversuchs<sup>216</sup> zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt wird. Der Vater bekommt jedesmal prompt Schwierigkeiten in seiner Dienststelle, wenn er von dem vierteljährlichen Besuchsrecht Gebrauch macht. Für Michael stellt die in der DDR rechtsstaatlich kaum gezähmte Praxis, von staatlicher Seite direkt in die Verhältnisse der Privatleute einzugreifen, eine spürbare und schwere Belastung dar. Er entwickelt ein feines Gespür für die Mechanismen der Unterdrückung, mit denen der Staat operiert, und für die Grenzen des gerade noch Erlaubten:

*Aber ich wußte ganz genau, bis hierhin und dann haun die dir auf die Finger ja, bis hierhin und dann fängt an weh zu tun, da fängts an, dann machste hier 'n, also dann kannst du dir 'n Job suchen, der halt, (bei oben auf'm Friedhofsgärtnern?) oder oder oder Steinmetz machen oder so weißte, also [...] Du die hätten dir echt deine Sozialität genommen, das hätten die gemacht ja. (1,12)*

*ich hab in'er so-, in'er Diktatur gelebt ja und hab mich dort gnadenlos angepaßt und hab also auch vieles mitgemacht und auch aktiv teilweise und so ne. Ich mußte mich engagieren, damit ich meinen Studienplatz kriege oder so, das hat mein Vater mir immer gesagt, und ich hab das auch gemacht. Das war also mit nem extremen Unwohlsein verbunden, das geb ich zu ja. (1,17)*

Das erlernte Grenzgängertum und die ritualisierte Heuchelei werden geradezu eine Kunst, denn je undurchschaubarer die Mechanismen sind, die die ideologische Semantik, aber auch die Verteilung von Menschen auf Positionen und positionsbedingte Handlungschancen regeln, um so stärker verwandeln sich die Akteure in psychisch dauerüberlastete Spurenleser von Mit- und Nebenbedeutungen.<sup>217</sup> Auf diese Weise erreichte das System eine enge Verzahnung der individuellen Bewußtseinsstrukturen mit der gesellschaftlichen Semantik. Michael wird Perfektionist in der Anpassung. Aber auch damit ist er nicht entlastet, sondern vielmehr bedeutet dies eine weitere Verschärfung der extremen Anspannung, unter der er lebt.

Ein wichtiger Versuch, Geborgenheit zu finden, bestand darin, daß sich Michael seit seinem zwölften Lebensjahr in der jungen Gemeinde engagiert. Grundlegend war dabei für ihn die Erfahrung, daß er

<sup>216</sup> In dieser Hinsicht ist Michaels Familie nicht untypisch: Ärzte hatten in der Fluchtstatistik der DDR einen besonders hohen Anteil. (Kleßmann 1994: 256) Der Bruder des Vaters wurde übrigens nach zweieinhalb Jahren von der BRD freigekauft.

<sup>217</sup> Siehe Engler (1992: 29) und von Wensierski (1994: 26ff).

ohne Vorbedingungen, einfach wie er ist, akzeptiert und in ein soziales Netz eingebunden wird. Dafür steht der Begriff der *"Gemeinschaft"*, an anderer Stelle spricht er von *"Menschlichkeit"* und *"Wärme"*. Zum Selbstverständnis der Gruppe gehört auch eine ausgeprägte Aggressionshemmung, die jedoch in eine repressiv durchgesetzte Konfliktlosigkeit innerhalb der Jungen Gemeinde umschlägt, die Michael, der für subtile Unterdrückungsmechanismen stark sensibilisiert ist, nach einer gewissen Zeit sehr deutlich wahrnimmt. Ferner fühlt Michael sich bisweilen im Hinblick auf das von ihm verlangte Glaubensbekenntnis unter Druck gesetzt. So stellt die junge Gemeinde zwar eine gewisse Schutzzone gegenüber dem Staat dar, ist aber selbst von erheblichen Spannungen durchzogen. Und nicht zuletzt bleibt die Tatsache bestehen, daß es sich nicht um einen echten Schutzraum handelt, da die latente Bedrohung durch den Staat weiterhin besteht. So wird für Michael das Ausgeliefertsein gegenüber Willkür, Aggressivität und repressiven Kontrollmechanismen zu einem fundamentalen Problem, das ihm immer wieder begegnet. Für ihn kann es in allen Kontexten aufbrechen und hält sogar in den Schutzraum der jungen Gemeinde Einzug.

Das vielleicht wichtigste Resultat der gesellschaftlichen Transformation, die mit der Wende einsetzt, ist für Michael die Demokratisierung und der Einzug des Rechtsstaates. Dieser beinhaltet nämlich eine staatliche Selbstbeschränkung im Hinblick auf Eingriffe in das Leben seiner Bürger, die für Michael einen kaum zu überschätzenden Gewinn darstellt. Jetzt kann er nämlich die Heuchelei beenden und die Phänomene der Unterdrückung, der Willkür und der Aggression explizieren und sich über sie schonungslos Klarheit verschaffen. So gelingt es ihm selbst, das spezifische Problem seiner sozialisatorischen Entwicklung zum Ausdruck zu bringen: das Problem allgegenwärtig drohender Aggressivität. Damit hat er zwar die Prägung, die auch ihm selbst widerfuhr, erkannt und will sich von ihr lösen, aber er kann die angestrebte Freiheit, jedenfalls fürs erste, nur negativ denken. Durch die Wende hat sich nicht das Grundproblem geändert, von dem Michaels Leben durchdrungen ist, aber mit der Wende erhält er eine neue Möglichkeit, mit ihm umzugehen. Er bildet in diesem Zusammenhang auch eine tiefgehende und grundsätzliche *habituelle Skepsis* gegen alle lebensweltlichen Deutungsangebote und Sinnstiftungen aus, die mit einer unerfüllten Sehnsucht nach Identifikation einhergeht:

*Ich weiß nich, wem ich mich eigentlich zugehörig fühle. (I: hm) Eigentlich so so richtig äh letztendlich niemandem und so. Ich bin ganz gern alleine und. (7s) So richtig zugehörig an ner Sache fühl ich mich nich. (2,6)*

Sein Hauptaugenmerk liegt nun darin, den anthropologischen Wurzeln der Aggression nachzugehen. Je mehr sich Michael dieser Problematik zuwendet, um so grundlegender erscheint sie ihm. Am Ende verankert er sie dort, wo sie als hartes Faktum prinzipiell nicht eliminierbar ist, nämlich *"in der Natur des Menschen"*. Er ist davon überzeugt, daß diese unveränderbar ist und einen beträchtlichen Anteil an Aggression enthält, der nicht vermeidbar, höchstens kanalisier- und eingrenzbar ist. Damit wird auch der Geltung einer scheinbar humanen Moral, wie er sie in der Jungen Gemeinde erfahren hat, die Geltung eines Wahrheitsanspruches entgegengestellt, der für Michael in der unverrückbaren aggressiven "Natur" des Menschen besteht. Im Zuge seiner Überlegungen wird die Problemlösung

durch Gemeinschaft, wie er sie noch in der DDR suchte, letztlich durch die verfahrensmäßige Kontrolle des Rechtsstaates abgelöst. Gemeinschaften wie die Junge Gemeinde kanalisieren die Sinnbildungen der ihnen angehörigen Individuen durch moralische Direktiven und engen auf diese Weise den Entfaltungsspielraum für Individualisierungsprozesse erheblich ein. Außerdem verirren sie sich in Idealismen, die sich der Härte der Gesellschaft und der überall drohenden Unsicherheit nicht stellen, worin Michael eine starke Tendenz zur Verleugnung der harten Realität von Aggression sieht. Die extreme Bedrohung durch die Michael überall begegnende Aggressivität wird dagegen viel besser in der Regie des Rechtsstaates diszipliniert. Die in der Gesellschaft qua Menschennatur vorliegende Aggressivität wird dabei durch die Regie des Staates diszipliniert und so kanalisiert, daß sie keinen Schaden anrichtet. So gewinnt der Staat, mit welcher Härte er auch immer auftreten mag, einen freiheitsverbürgenden Charakter.

#### **Zusammenhangsanalyse**

Letztlich handelt es sich bei Michael um einen Typus, der bei seiner Identitätsbildung ganz auf sich allein gestellt ist. Bindungslosigkeit und skeptischer Habitus schlagen sich in einer besonderen Betonung der notwendigen Sicherung der ordnungsstabilisierenden Funktionssysteme nieder. Wenn die Erfahrung eigener Unsicherheit biologistisch in Form einer ungezähmten und aggressiven Menschennatur hypostasiert wird, gewinnt die bloße Systemerhaltung und -stabilisierung eine zentrale Bedeutung. Eine der Kanalisierungen von Aggressivität, wie sie der Staat als Rechtsstaat gewährleistet, ist die Freisetzung des kapitalistischen Konkurrenzmechanismus. Die rechtsstaatliche Flankierung der ökonomischen Systemoperationen soll sicherstellen, daß die Akteure innerhalb eines rechtlich festgesetzten Korridors streng nach ökonomischen Effizienzkriterien handeln und, wenn möglich, leistungsadäquat entlohnt werden. Dadurch kann ein allgemeines Wohlstandsniveau erzielt und ebenso können langfristig alle Akteure inkludiert werden, wobei sie sich allerdings mit systemspezifischen Härten abfinden müssen. Statt wie immer moralisch gerechtfertigten Gerechtigkeitsprinzipien zu folgen, empfiehlt Michael, sich an den Wohlstandsgewinnen, die auf der Grundlage von Systemstabilität erzielt werden, zu orientieren.

Ein wichtiger Aspekt, in dem Michael nicht mit Britta übereinstimmt, betrifft die Grundstimmung. In Michaels Argumentation herrscht ein düsterer Fatalismus gegenüber der gesellschaftlichen Entwicklungslogik vor. Michael glaubt nicht an das Gute im Menschen und gesellschaftliche Entwicklung funktioniert seiner Auffassung nach nur durch die Vehikel einer gesellschaftlichen Eigendynamik, die unter anderem Triebverdrängung und soziale Ungleichheit beinhaltet. Letztere ist ein wichtiger Faktor, um die ökonomische Dynamik in Gang zu halten. *Brittas* Orientierung ist dagegen deutlich optimistischer; sie verkörpert eine offensive Variante des marktliberalen Funktionalismus und vermag problemlos an die Sinnangebote des marktliberalen Paradigmas anzuknüpfen, während es Michael mehr um die Zurückdrängung destruktiver Potentiale geht, bei denen im günstigsten Fall bestimmte biologische Triebkräfte im Namen der Ökonomie instrumentalisiert werden können.

### **Verhältnis zur bestehenden gesellschaftlichen Ordnung**

#### Beziehung zur politischen Ordnung

Michaels politische Einstellung ist von einer auffälligen moralischen Emphase gekennzeichnet, mit der er die Offenheit des Systems und die von diesem gebotene Gewähr korrekter Verfahren beschreibt. In seinem Verhältnis zum politischen System steht die Orientierung an dem formalen Regelwerk von Rechtsstaat und Demokratie im Vordergrund. Es ist vor allem die Offenheit, Freiheit und prozedurale Gerechtigkeit dieser Institutionen, die ihm positiv erscheinen. Diese Momente werden von ihm im wesentlichen aus dem Gesichtspunkt der Abwehr staatlicher bzw. gemeinschaftlicher Zumutungen, wie er sie in der DDR erfahren hat, verstanden.

Andererseits legt er eine enorme Skepsis, was die Fähigkeit der "Mehrheit" anbelangt, sachlich angemessene politische Lösungen zu erzeugen, an den Tag. Stattdessen sollen für den Umgang mit komplexen Problemen ausgebildete Eliten die entscheidenden Positionen besetzen. Für die Normalbevölkerung bleibt lediglich die Aufgabe, im Rahmen der Wahlen zu entscheiden, welcher bestimmten Gruppe von diesen Eliten für begrenzte Zeit und im Rahmen der verfassungsgemäßen Ordnung die Entscheidungsmacht zufällt. Da ihm die negative Freiheit der Abwesenheit von Zwang und der Einrichtung korrekter formaler Verfahren vollauf genügt, sieht er keinerlei Bedarf, stärker in den politischen Raum hineinzuwirken.

#### Einstellung gegenüber der Dynamik gesellschaftlicher Teilsysteme

Michaels Auffassung ist stark durch die Vorstellung von der Übermacht einer im Kern barbarischen Menschennatur bestimmt. Von hier aus gesehen kann Gesellschaft nichts anderes sein als der immer wieder unternommene Versuch, die menschliche Natur in einen stark abgesicherten Raum hineinzudrängen, in dem sie sich betätigen kann, ohne daß die ihr innewohnende Destruktivität zum Zuge kommt. In diesem Sinne kann Fortschritt nur in der Kanalisierung einer destruktiven Menschennatur bestehen, bei der rechtliche Gleichstellung auf der Basis eines staatlichen Gewaltmonopols und produktive Nutzbarmachung durch eine konkurrenzgesteuerte Ökonomie miteinander Hand in Hand gehen. Insofern haben insbesondere die marktförmigen Konkurrenzmechanismen und das damit verbundene Leistungsprinzip eine wichtige Funktion. Eine lebensweltlich begründete Solidarität, die über dieses Grundmuster von Ordnungssicherung und Produktivität hinausgeht, hat hier keinen Platz.

#### **Reichweite der Solidaritätsbeziehung**

Anders als für Britta gehört für Michael die Dritte Welt nicht mehr zum Solidarbereich, in dem man allen Menschen die gleiche Teilhabechance an der Sphäre der Leistungserbringung gewähren muß. Entwicklungshilfemaßnahmen dürfen nach seiner Meinung auf keinen Fall so weit gehen, daß damit für die deutsche Bevölkerung Einbußen im Lebensstandard verbunden wären. Für einen solchen Verzicht ist nämlich die menschliche Natur nicht ausgelegt, so daß im Endeffekt der soziale Frieden ernsthaft durch eine unbedachte Ausweitung des Solidarbereiches gefährdet würde. Letztlich steht nämlich für jeden, auch für ihn selber, das eigene Wohlergehen im Vordergrund. Die Bereitstellung

finanzieller Mittel darf allenfalls in Maßen erfolgen, wobei nur effektive und projektgebundene Maßnahmen im Rahmen von freiwilliger Mildtätigkeit akzeptiert werden, eine moralische Pflicht zur Hilfe sieht er dagegen nicht.

### ***Typ b) Leistungsgerechtigkeit mit restriktiver Unterstützung Benachteiligter***

**Hartmut (Chemie)**

#### **Solidaritätsanalyse**

#### Einkommensdifferenzen

I: Ähm gibt es Deiner Meinung nach Gruppen, also ich mein jetzt so vorrangig ja Berufsgruppen, die ein höheres Einkommen haben als ihnen zusteht? ...

H: Hm. Die Politiker ganz vorne ran.

I: (lacht kurz) Ah ja, hm. Und äh in andern Bereichen?

H: Äh (lacht kurz) [...] ich mein, mer muß es immer mit der Verantwortung sehn, die dahintersteckt, nich mit der Arbeitsleistung, ja. Wenn ich jetzt beispielsweise sehe, die Institutsdirektoren bei uns, was die nach Hause schleppen jedes jeden Monat ja, dann sin das Unsummen. (I: hm) Wenn ich dran denke, daß en C4-Professor, der bei uns 's Institut leitet, daß der in etwa mit zehn- bis fünfzehntausend Mark Brutto nach Hause geht im Monat ja, dann is das für mich einfach zuviel, muß ich mal so sagen. Wenn mer dann dadrüber nachdenkt, was dahinten dran hängt für'n für ne Verantwortung ja. Ich mein, dem sind ja dann so und soviel hundert Mitarbeiter unterstellt, (I: hm) da scheint es wieder gerechtfertigt. Genau das gleiche is es, wenn de en Architekt bist oder so, ne, die kriegen ja auch en Schweinegeld für für ihre Arbeit. (I: hm) Bloß wenn de dann denkst, was was da nun dahinter steckt, ja, wenn die irgendwie en Gebäude planen oder so, un das muß ja dann ooch funktionieren. (2,10f)

Bei den Gruppen, die zuviel verdienen, ordnet Hartmut Politiker ganz vorne ein. Damit folgt er einem Stereotyp, das sich in vielen der erhobenen Interviews wiederfindet. Daß sie seines Erachtens "ganz vorne ran" stehen, deutet darauf hin, daß ihm der höhere Verdienst anderer Einkommensgruppen, etwa bestimmter Sportler oder Manager, nicht bekannt ist. Wahrscheinlich ist er noch an der Einkommensverteilung der DDR orientiert, in der politische Kader die privilegierteste Stellung innehatten. Gleichzeitig drückt er mit seiner Äußerung ein großes Mißtrauen gegenüber der politischen Führungsschicht aus, ebenfalls ein Zug, der sich aus der DDR-Zeit bis heute erhalten hat. Hartmut bringt dann mit Blick auf andere Berufsgruppen das Kriterium der Verantwortung ins Spiel und erwähnt stellvertretend zwei Berufsgruppen, für die gilt, daß sie zwar auf der einen Seite eine verhältnismäßig geringe Arbeitsleistung erbringen, aber auf der anderen Seite eine sehr große Verantwortung tragen.

In dieser Überlegung steckt jedoch ein Kohärenzproblem: "(bezüglich der Professoren) is das für mich einfach zuviel, muß ich mal so sagen. Wenn mer dann dadrüber nachdenkt, was dahinten dran hängt für'n für ne Verantwortung (...) da scheint es wieder gerechtfertigt." Hartmut vollzieht, während er spricht, einen Perspektivwechsel und stellt zwei gegensätzliche Positionen einander gegenüber. Derselben Argumentationsstruktur folgt er auch im Beispiel der Architekten: auf den ersten Blick verdienen sie zuviel, auf den zweiten wird dagegen die Verantwortung ins Spiel gebracht und der hohe Verdienst erscheint wieder gerechtfertigt. Dies ist im Grunde die Kernaussage Hartmuts. Er bringt selbst das Kriterium der Verantwortung, die eine Person zu tragen hat, ins Spiel,



wobei er der Struktur folgt, erst die verhältnismäßig geringe Arbeitsleistung zu erwähnen, um anschließend die Verantwortung, die hiermit verbunden ist, dagegen zu setzen.

Die Vermittlung zwischen diesen beiden Aspekten bleibt jedoch eigentümlich brüchig. Seltsam erscheint, daß Hartmut im ersten Zug das Urteil des "zuviel" äußert, um im zweiten Zug dagegen zu argumentieren, ohne aber zu einer Synthese zu gelangen, in der das zuvor genannte Urteil ("zuviel") aufgehoben oder zumindest relativiert würde. Dieser Widerspruch läßt sich aber wie folgt auflösen: Das "zuviel" dient offenbar vor allem als Selektionskriterium, mit dem er aus der Masse der Berufe seine Beispiele auswählt, worauf dann anschließend eine Rechtfertigung des hohen Verdienstes durch das Verantwortungsmoment erfolgt. Daß das "zuviel" im Gegensatz zu dem hier eher angebrachten "sehr viel" eine Wertung beinhaltet, fällt ihm dabei nicht auf.

Ferner dürfte hier Hartmuts eigene Zukunftsperspektive mit hineinspielen. Da er für die Zukunft selbst eine verantwortungsvolle - und damit gutbezahlte - Position anvisiert, schwankt er zwischen (gegenwärtigem) Neid und (zukünftiger) Rechtfertigung. Das Kriterium der Verantwortung nimmt in diesem Fall einen Zwittercharakter an: es ist zwar ein Argument, das prinzipiell unabhängig von der eigenen Interessenlage Gültigkeit innehat, geht aber auch mit Hartmuts Interesse zusammen, selber einmal von ihm zu profitieren.

Als weitere Kriterien für Einkommensdifferenzen benennt Hartmut im zwei Jahre später geführten dritten Interview: "(W)as erwirtschaftet wird" (3,13) und den Bildungsgrad (3,18). Bei ersterem handelt es sich um eine Spezifikation: es reichen weder das reine Bemühen noch ein gutes Arbeitsergebnis (etwa Qualität und Quantität der Produkte) aus. Man muß das Resultat außerdem noch gut verkaufen können. In diesem Sinne bringt Hartmut Gerechtigkeitsprinzip und Marktwirtschaft zur Deckung. Der Bildungsgrad schließlich stellt eine persönliche Investition dar, die der Einzelne getätigt hat, um sich zur Erbringung der entsprechenden Leistung instandzusetzen. Dieser Aspekt soll entsprechend gewürdigt werden. Außerdem schlägt er für Hartmut selber positiv zu Buche: er selbst ist mittlerweile Diplomchemiker und erfüllt damit genau dieses Kriterium.

*H: Äh ja was ich ooch noch sehe, sin die Zahnärzte. Die verdienen meiner Meinung nach auch zu viel. Die sin auch Spitzenverdiener, stehn ganz vorne ran. Find ich nich gerecht, was die so verdienen. (I: ah ja) Das seh ich an meiner meiner Familie. Bei mir meine Cousine, ja Cousine is das für mich, die is Zahnärztin. Die hat hier in Deutschl- in der DDR studiert un is dann ausgereist, un macht da drüben jetzt ne Praxis auf. Un hat sich anfangs, wie das so üblich is, also enorm äh mit Krediten verschuldet. (I: hm) Und äh jetzt fährt se schon en dicken Benz, ja. (2,11)*

Hartmut neigt zu Mißmut, wenn er sieht, wie gewisse andere Personen sehr gut verdienen. Das Unmutsmoment, dem offenbar ein starkes moralisches Gefühl gegen Extra-Einkünfte, die ihm nicht wirklich verdient zu sein scheinen, zugrundeliegt, hat sich oben schon bei anderen Berufsgruppen angedeutet und schlägt im Bezug auf die Cousine völlig durch. Hätte Hartmut ein Lebenskonzept, in dem materieller Wohlstand nur eine geringe Rolle spielt, dann könnte er hier gelassener bleiben.

*I: Hm. [...] Ah ja. [...] Meinste, daß man da vielleicht ähm von der Politik her irgendwie Beschränkungen erlassen sollte?*

*H: Ja, würd ich würd ich schon so sagen. Ham se jetzt, grade bei den Stomatologen ham se ja jetzt angefangen mit, daß die nich mehr so viele Zahln abrechnen dürfen ne. (I: hm) Gibts ja schon diese Beschränkung. Daß dann zum Ende des Jahres hin, wenn die Summe von ner von ner*

*Versicherung gedeckt wird, ab- überschritten is, daß se dann nich mehr behandeln dürfen, so theoretisch jetzt ne. (I: hm hm ja) Gibts ja schon. Aber ich mein, auch trotzdem wer'n die sich noch ne goldene Nase verdienen. Hab ich also keine Bedenken (2,11)*

Hartmut folgt dem Vorschlag des Interviewers, bestimmte Berufsgruppen in ihrem Verdienst zu beschränken. Im Zuge seiner Argumentation führt er ein Beispiel ein, in dem der Mehrverdienst durch betrügerisches Handeln (*"so viele Zahln abrechnen"*) erzielt wird. Gegenmaßnahmen können durch entsprechende Kreativität unterlaufen werden: *"(T)rotzdem wer'n die sich noch ne goldene Nase verdienen"*.

Seine Meinung über Ärzte hat sich einige Zeit später (im dritten Interview) geändert:

*H: Das Prinzip is leistungsorientiert geworden. (I: hm) Das is das is meiner Meinung nach richtig. [...] in ner also in ner freien Wirtschaft is es is es leistungsorientiert, un das is günstiger, denk ich (I: hm) Derjenige, der was leistet und der gute Sachen leistet, kann ooch viel Geld damit verdienen. (I: hm) Das denk ich, so muß es sein (I: hm) ne. Also wenn en Arzt beispielsweise, der hat ne sehr hohe Verantwortung und äh arbeitet sehr viel un kriegt en Haufen Kohle dafür, is okay, (I: hm) denk ich. (3,7)*

Das Verantwortungskriterium schlägt zu guter Letzt auch hier durch. Die Übereinstimmung von Leistungsprinzip und Marktwirtschaft wird hier explizit benannt. Letztere belohnt gute Leistungen durch entsprechendes Einkommen und realisiert auf diese Weise das Leistungsprinzip.

*Äh den Politikern auf'n Leib auf'n Leib zu rücken, kannst meiner Meinung nach vergessen. Die machen ja die Gesetze selber. Wenn die jetzt sagen, okay, jetzt ham mer keene Nullrunde mehr, jetzt erhöh'n mer mal unsre Diäten, dann machen se das. So jetzt wie in [Bundesland a] hier, ja. (I: hm) Da kriegen se ooch noch en bissel Kohle nachgeschoben. (2,11)*

Politiker unterliegen erst gar keiner Aufsicht, da sie selbst die Kontrolleure stellen, was sie in der Regel auch ausnutzen, um der Selbstbedienung zu frönen. Hartmut bringt hier ein weiteres Mal sein Ressentiment gegenüber der politischen Führungsschicht zum Ausdruck. Das Verantwortungskriterium kommt an dieser Stelle nicht mehr zum Zuge. Da Hartmut selbst kein Aspirant auf die an dieser Stelle diskutierten Berufe ist und anders als beim Chemieprofessor auch über keine Innenansicht verfügt, ist weder eine antizipierende Verteidigung erforderlich noch erfahren die Stereotype, die sich bei Hartmut gebildet haben, eine Widerlegung. Seine Sichtweise ist daher offenbar von gewissen partikulären Momenten geprägt. Zwei Jahre später ist Hartmut allerdings auch in bezug auf die Politiker vorsichtiger geworden:

*I: Hm, ja. (H: hm) Und wie denkst Du über diese Spitzenverdiener?*

*H: Ähmm bei Sportlern seh ich's nicht ein, (I: hm) die die verdienen' meiner Meinung nach zu viel Geld. (I: hm) Äh bei den Politikern bin ich eigentlich auch der Meinung, daß se zuviel verdienen. Aber das hängt wahrscheinlich damit zusammen, daß ich mich nich so richtig in die Position eines Politikers hineinversetzen kann. (I: hm) Also da kann ich also ich hab da kein Empfinden dafür, welche Verantwortung er trägt. (3,17)*

Jetzt räumt er immerhin ein, daß er über die Verantwortungslast, die Politiker zu tragen haben, nicht Bescheid weiß. Er ist nur noch *"eigentlich"* der Meinung, daß Politiker zuviel verdienen, nimmt also etwaige Kritik schon im Zuge der eigenen Äußerung vorweg. Wieder ist es das Kriterium der Verantwortung, dem Hartmut großes Gewicht beimißt.

*Äh findest Du die momentanen Einkommensunterschiede gerecht?*

*H: [...] Das das Gefälle? (I: hm) Hm nee im Prinzip nich. [...] Äh ja und nein. Es wird (I: hm) wird großteils das nach nach Leistung bezahlt. Das (kann mer verantworten?), das is richtig. Aber 's Gefälle is is einfach bissel zu groß, (I: ah ja) find ich ne.*

*I: Hm. Wo sollte man da einschränken. Sollte man dann das deckeln, zum Beispiel sagen, bestimmtes Maximum is genug oder sollte man unten was zu oder wie stellst Du Dir das vor? (3,15)*

(Auf die Frage des Interviewers hin wird auf verschiedene Weise erörtert, wie man die Einkommensspanne limitieren könnte; diese Diskussion führt aber zu keinem Ergebnis, so daß Hartmut am Ende zu dem Schluß kommt:)

*H: [5 s] Ja es im Prinzip im Prinzip kann man kann man's nich limitiern, (I: hm) weil das ne Beschneidung des des der der persönlichen Freiheit wieder irgendwo wäre [...] man man is ja eigentlich da bestrebt, so viel wie möglich zu verdienen (I: ah ja) und so viel wie möglich Geld zu machen (3,15f)*

Die persönliche Freiheit ist höher einzustufen als jede Reglementierung. Letztere führt nur zu immer neuen Folgeproblemen, die nicht tolerabel sind. Daher sollte man Eingriffe in die Einkommensverteilung besser unterlassen und große Unterschiede in Kauf nehmen. Zum ökonomischen System gehört eben auch ein Expansionsmoment, das sich für den Einzelnen darin niederschlägt, daß es für diesen keine Grenze im persönlichen Bedarf gibt. Beschränkende Regelungen würden den Anreiz nehmen, sich ökonomisch zu engagieren, und dem Gesamtsystem schaden.

Hartmut sieht aber durchaus auch die Problematik, die aus den wachsenden Einkommensdifferenzen entsteht:

*H: Äh bloß die Spirale zwischen zwischen den Reichen und den Armen wird immer, sagen wir, die Schere zwischen reich und arm wird immer weiter. (I: hm, ja) Das is das das is das Unschöne dabei. (I: hm) Äh [...] hab ich keene Idee dazu (I: hm) so richtig. (3,16)*

*H: Im Prinzip ja. (I: hm) Also 's is so ne Spirale, die wird ohne Ende. Das merkt man ja an dem Gefälle zwischen zwischen den Einkommen. (I: hm) 's wird ja immer größer (I: hm) ne. Und da arbeiten wir ooch kräftig dran mit. (...) viel Arbeit viel Geld (I: hm hm) ne. Und das is das is, [...] irgendwann gehts dann aber nich mehr. [...] Also rein, wenn ich wenn ich's mir wünschen dürfte aus mei- von meim Standpunkt aus, (I: hm) würd ich mir würd ich mir äh ne Gesellschaft wünschen, in der ich arbeite, (I: hm) in der ich für meine Arbeit gut bezahlt werde, (I: hm) aber nich äh an der Spirale drehn, daß es immer enger wird (I: ah ja, hm) ne. Daß ich einfach für meine für meine Leistung, die ich erbringe, bezahlt werde. (3,21)*

Hartmut sieht die Problematik der herrschenden Entwicklungstendenz. Dadurch tut sich für ihn ein Dilemma auf. Einerseits darf man die persönliche Freiheit der Akteure und die darauf beruhende ökonomische Dynamik nicht beschneiden, andererseits führt eben dieses Handeln zu einer problematischen Entwicklung, nämlich der wachsenden Einkommensschere. Hartmut selbst gesteht ein, daß er nicht weiß, wie er dieses Dilemma auflösen soll. Die wachsende Einkommensschere führt schließlich gar zur Blockierung des Gesamtsystems: "(I)rgendwann gehts dann aber nich mehr". Die andere Seite des Dilemmas ist nun nicht mehr nur für die Niedrigverdienenden bedrohlich, sondern für alle. Hartmut selber wünscht sich eine Gesellschaft, in welcher er für seine Arbeit gut bezahlt wird, und möchte die fatale "Spirale" vermeiden. Obwohl er diese Problematik sieht, geben seine persönlichen Präferenzen den Ausschlag. Da er das Dilemma selbst sowieso nicht auflösen

kann, schluckt er lieber das Horn der drohenden Selbstblockade als auf die Aussicht auf ein gutes Einkommen zu verzichten.

Trotz gewisser Entwicklungen im Detail ist Hartmuts Grundlinie hinsichtlich der Einkommensentwicklung im Laufe der geführten Interviews (die eine Spanne von gut zwei Jahren umfaßt) konstant geblieben, so daß als Fazit zu diesem Themenfeld ein grundsätzliches Statement aus dem ersten Interview herangezogen werden kann:

*I: Frage so nach den Einkommensdifferenzierungen (...) was hältst Du davon? Daß das jetzt so auseinanderklafft?*

*H: ... Ist gerechtfertigt. Weil äh diese diese hohen Verdienste erzielen Leute, die wichtige Positionen bekleiden, mit viel Verantwortung. Und deshalb find ich .. muß jeder nach seiner Leistung die er bringt bezahlt werden. Find ich richtig. Ich mein ich möchte mich später auch nicht mal, wenn ich als Diplomchemiker wenn ich ne leitende Position einnehme, einnehmen sollte. Schön wärs, mit äh mit mit weniger Geld zufriedengeben als die Position äh wirklich erbringen könnte. Ich mein warum? Ich mein also, es ist nur richtig wenn jeder das bekommt, was er leistet. Ich mein sonst schaffen wir ja wieder so n so ne Sache, .. daß äh Leute arbeiten, [...] oder sagen wer mal Leute Geld verdienen .. Leute Geld bekommen für Arbeit, die eigentlich äh mehr oder weniger wert ist. Ich mein das muß ja nun nicht sein. Sondern da muß man schon richtig gucken was leistet jeder einzelne und danach muß auch bezahlt werden. (1,29)*

Trotz aller Einwände, Einsichten und Bedenken gelangt Hartmut zu guter Letzt immer wieder zu diesem Standpunkt: Gute Leistung, d.h. verantwortungsvolle Tätigkeit, die Bewährung auf dem Markt und ein hoher Bildungsgrad, sollen gut bezahlt werden. Man könnte sich zwar mit weniger Geld zufriedengeben, aber dieser Punkt ist nicht wesentlich, da er das Entsprechungsverhältnis von Einkommen und Leistung nicht würdigt. Bedenken sind zwar vorhanden, letztlich obsiegt aber immer das eigene Interesse an einem "guten" Leben, was für Hartmut bedeutet: Er ist willens und in der Lage, gute Leistungen zu erbringen, und erwartet hierfür eine angemessene gute Bezahlung.

#### Sozialhilfe

Bei der folgenden Textstelle wurde Hartmut zuvor anhand der Erläuterung verschiedener Parteiprogramme gefragt, welches sozialpolitische Konzept er selbst befürworten würde.

*H: Das ist [...] ist schwierig zu sagen weil bei uns trifft trifft son Fall ein wahrsch oder ist eingetreten schon bei meiner Großmutter und äh ist auch perspektivisch denkbar bei meinen Eltern [...] daß äh [...] die die Hilfe von mir beziehungsweise meiner Schwester in Anspruch nehmen werden müssen [...] weil sie es einfach selber nicht schaffen und da äh da ist es dann einfach so daß ich [...] äh [...] das nicht so sonderlich toll finde [...] daß äh der Staat meine Eltern dann allein läßt und daß wir dann als Kinder dann im Prinzip für die Eltern sorgen müssen.*

*IH: Das tritt ja dann ein wenn die die Eltern ein Einkommen haben was (H: Ja) unter dem Sozialhilfesatz liegt [...]*

*H: Ja Ren die Rente beispielsweise die reicht dann nicht aus.*

*IH: Und dann muß das aufgestockt werden nach dem Bundessozialhilfegesetz und die direkten Verwandten in aufsteigender und absteigender Linie sprich die Kinder und die eigenen Eltern sind dann äh nach Maßgabe dessen was sie können [...] (H: Hm) unterhaltspflichtig [...] [...] so stehts im Gesetz und ähm da sagen Sie eigentlich wäre das die Angelegenheit der Gesamtgesellschaft Sie sagten Staat. (1,21)*

Die Frage des Interviewers zielte allgemein auf Sozialpolitik, Hartmut geht aber gar nicht auf dessen Ausführungen ein, sondern antwortet aus der Betroffenenperspektive. Er thematisiert und verbleibt bei der Problemlage seiner Eltern und bringt seine Befürchtung ihrer eventuellen zukünftigen

Sozialhilfeabhängigkeit, die ihnen aufgrund ihrer geringen Rente droht, zum Ausdruck. Mittelbar wäre er selbst davon betroffen, denn er würde in diesem Falle zu Unterhaltszahlungen verpflichtet werden. Hartmut ist der Auffassung, daß der Staat in solch einem Fall zuständig sein sollte, während die Familie dagegen nicht zur Beihilfe verpflichtet werden sollte. Dabei fällt auf, daß Hartmut keine generalisierten Aussagen trifft, sondern in seiner Argumentation ganz im Rahmen der eigenen Familie bleibt. Die Verallgemeinerung erfolgt erst durch den Interviewer, der Hartmuts Wiedergabe direkter Erfahrungen in den Rechts- bzw. Verwaltungscode übersetzt.

*IH: Jetzt kann doch jemand sagen ja wieso sorgen die Leute nicht rechtzeitig vor? [...]*

*H: Ja da frag ich dann wie? [...] Hm ich sehe bei meinen Eltern [...] wie hätten meine Eltern vorsorgen sollen? Dagegen daß se später so wenig Rente bekommen? Die hatten doch gar keine andere Wahl. Aus ihrem Betrieb da wurden se im Prinzip mehr oder weniger rausgeschmissen [...] und dann mußten se mit dem letzten Gehalt was se hatten eben leben. [...] Im Gegensatz die kämpfen sogar jetzt noch drum, daß sie äh ich sag mal durch die schlampige Organisation was so die ganze Sache mit dieser Rentenabrechnung [...] äh was jetzt benötigt wird das se das alles vollständig haben die ganzen Lohnsteuerkarten und Arbeitsbescheinigungen und so daß ist ja zu früheren Zeiten nachm Krieg was ja da im Prinzip [...] noch gar nicht so geregelt war [...] weil es das alles noch gar nicht gab [...] darum kämpfen meine Eltern jetzt daß die das anerkannt bekommen [...] ja und äh eigentlich also bei mir in meinem bei meinen Eltern die können weniger für das was se da jetzt wahrscheinlich äh ich sag mal unter diese diesen finanziellen Level rutschen [...] (1,21)*

Hartmut folgt dem Interviewer nicht auf die generelle Ebene, sondern verbleibt weiterhin im engeren Rahmen der eigenen Familie, verläßt also die partikulare Perspektive nicht. Seine Eltern waren gar nicht in der Lage, selbst vorzusorgen; erschwerend kommt in ihrem Fall hinzu, daß sie außerdem mit großen Schwierigkeiten bürokratischer Natur zu kämpfen haben: "(J)a und äh eigentlich also bei mir in meinem bei meinen Eltern die können weniger für das was se da jetzt wahrscheinlich äh ich sag mal unter diese diesen finanziellen Level rutschen." Formuliert man aus diesen partikularen Äußerungen ein allgemeines Prinzip, so würde dies etwa lauten: Hilfe ist nur dort angebracht, wo sie wirklich notwendig ist und wo die Leute nicht für sich selbst sorgen können bzw. konnten. Wo aber Leistungsfähigkeit besteht, dort sollen die Leute auch für sich selbst sorgen. Eventuell würde Hartmut auch der Auffassung des Interviewers folgen, daß jeder eigene Vorsorge für den Lebensunterhalt zu tragen habe, aber im Falle seiner Eltern handele es sich ja um fremdverursachte Bedürftigkeit. Hartmut kann dem Interviewer nicht in der Rigorosität des angesprochenen Grundsatzes folgen, denn er hat die konkrete Lage seiner Eltern vor Augen und ist hier gewissermaßen biographisch an seinen Argumentationsstandpunkt gebunden.

*IH: Halten Sie das für angemessen daß die Kinder äh da heran gezogen werden oder meinen Sie das geht sie nichts an? [...]*

...

*H: Ja wenn wenn man dann verpflichtet ist was zu was geben zu müssen. Ich mein gesetzt den Fall es käme so weit bei meinen Eltern, ich würde rein aus aus Menschlichkeit meinen Eltern [...] na ja dann nie nie so weit kommen lassen, daß se äh sagen wer mal mit dem Geld nicht mehr auskommen oder mit der Rente nicht mehr auskommen, daß es daß das dann irgendwann nicht nicht mehr reicht oder so dann wär ich immer für sie da. Wär für mich keine Frage. [...] Ja aber ich find es nicht nicht richtig daß man dann vom Gesetzgeber dazu gezwungen wird. (IH: Mhm) Ja.*

*IH: Aber jetzt könnt man natürlich nen anderen Fall konstruieren. Angenommen in der Nachbarschaft wäre äh wären eben auch zwei Leute, die eben auch Sozialhilfebedürftig sind von ihrem*

*Einkommen her. Die ham, einmal im Monat werden die von ihrem Sohn [...] besucht der hat n 280er Mercedes fährt dann vor, und aber für die Eltern äh kommt [...] die Gemeinde auf [...] per Bundessozialhilfegesetz [...] und jetzt sagen die Nachbarn ja die haben son reichen Sohn und wir müssen denen die Sozialhilfe bezahlen. [...] Ist das gerecht? (Pause)*

*H: Ja sicher irgendwo nicht ne. (1,22)*

Hartmut unterscheidet zwischen innerfamiliärer Solidarität, die auf Freiwilligkeit beruht, und einer Verpflichtung zur Unterstützung, die vom Staat festgelegt wird. Selbst fühlt er zwar eine innere Verpflichtung zur Solidarität mit seiner Familie, was auch beinhaltet, seine Eltern im Bedarfsfall zu unterstützen: er würde es *"nie nie so weit kommen lassen"*, daß seine Eltern in Armut leben müßten. Andererseits wäre es ihm aber lieber, wenn der Staat diese Last schultern würde. Dieser legt aber stattdessen die Pflicht zur Unterstützung durch Angehörige fest. Durch diesen Verpflichtungscharakter aber wird die Unterstützung zur Zumutung und beschädigt in seinen Augen den Charakter der *inneren* Verpflichtung.

Um von Hartmuts spezieller Situation wegzuführen und zur Verdeutlichung der möglichen Folgen von Hartmuts Ansinnen, die Familie aus der Unterstützungspflicht zu befreien, konstruiert der Interviewer das Beispiel eines reichen Sohnes, der die Unterhaltskosten für seine Eltern, die er leicht bezahlen könnte, auf die Allgemeinheit abwälzt. Diese logische Konsequenz aus Hartmuts eigenem Ansinnen - die Möglichkeit, daß sehr wohlhabende Personen die eigenen Eltern trotz ihres Reichtums vom Staat alimentieren lassen könnten - findet Hartmut auch nicht gerecht. Spannend wäre es, jetzt zu sehen, wie Hartmut mit diesem Dilemma umgehen würde. Leider bekommt er diese Gelegenheit nicht vom Interviewer.

Festzuhalten bleibt, daß Hartmut hier an keiner Stelle von seiner eigenen Situation bzw. der seiner Eltern abstrahiert, d.h. keine allgemeingültige Perspektive einnimmt. Deutlich wird dies auch durch die Wortwahl, die den subjektiven Charakter seiner Äußerungen noch unterstreicht: *"ich für meinen Teil f-für meine private Situation"*, *"ich find es nicht nicht richtig."* etc. Verallgemeinerungen bleiben bis zuletzt aus. Damit wird die angesprochene Problematik nicht aus einer allgemeingesellschaftlichen Perspektive beleuchtet, sondern immer nur aus einer partikularen Position heraus betrachtet.

Im zweiten und dritten Interview wird Hartmut zur Thematik der Grundrente befragt:

*üblich is ja dann eigentlich, daß wenn du alle Viere grade sein läßt, kriegst du dann vom Staat Unterstützung. (I: hm hm) ... wenn man damit aus- auskommen kann, dann äh (lacht kurz) könntest ja sagen, okay, ich hör auf zu arbeiten, laß mich dann vom Staat bezahln. Ich weiß nich, ob das geht. (I: hm, ah ja) Das würde das würde ja, glaub ich, das das Loch in der Haushaltskasse noch en bissel vergrößern, wenn de so was machen würdest ne. (2,11f)*

*Und da stellt sich die Frage, na warum solln denn die arbeiten, damit die andern leben können davon. (I: hm) Oder warum warum soll ein Teil so viel arbeiten (I: hm) und die andern nich. (3,21)*

Eine staatliche Grundunterstützung würde zu drei Problemen führen: die Alimentierten sähen keinen Anlaß mehr zu arbeiten, der Staat könnte dies gar nicht finanzieren und die arbeitende Bevölkerung wäre nicht bereit, die entsprechenden Unterstützungszahlungen zu leisten. Hartmut sieht hier vor

allein die Probleme, aber nicht die positiven Konsequenzen für die Betroffenen. Im Grunde nimmt er genau die Gegenposition zu der vorangehenden Textstelle ein, in welcher er die Betroffenenperspektive nicht verlassen hat, um die Problematik allgemeiner diskutieren zu können. Außerhalb dieser Perspektive tendiert er zu der Haltung, daß jeder für sich selber zu sorgen hat.

#### Arbeitslose

*H: Ja und äh [...]. das hat aber auch wiederum gezeigt [...]. die sagen wer mal die [versteckten PS] Arbeitslosen ham wieder gezeigt daß äh dieses System des Sozialismus nicht hätte überleben können. Weil es war zwar für jeden Arbeit oder es gab für jeden nen Arbeitsplatz, [...] aber nicht für jeden Arbeit. [...] Aber wir haben jeden bezahlt für seinen Arbeitsplatz. [...] Und das war falsch. Wir haben im Prinzip äh gezahlt und dafür nicht genug Leistung erhalten. [...] Und jetzt in der ich sags mal so in der Leistungsgesellschaft bekommt jeder das was er leistet, und äh nur so nur so kann das auch richtig funktionieren. Ich mein, [...] da gibts dann sicherlich wieder Fälle die [...] die dann davon betroffen sind, daß se halt sagen wer mal nicht so können wie se wollen weil es sagen wer mal in ihrer in ihrer Berufsgruppe nicht so die Möglichkeiten gibt [...] sich zu etablieren wie es vielleicht bei anderen Berufsgruppen [...] der Fall ist [...] und die dann äh [...]. absinken [...] oder [...]. aber ich denk mal das ist ist der richtige Weg daß wir dieses Leistungsdenken übernommen haben [...] und äh (Pause) das hätte auch nicht anders (Schlucken) vor sich gehen können glaub ich nicht. (1,26)*

Das System der DDR war als Ganzes nicht überlebensfähig, weil darin Geld ohne Gegenleistung vergeben wurde, insbesondere in Form von versteckter Arbeitslosigkeit. Leistungsadäquater Lohn ist dagegen für Hartmut das entscheidende Kriterium. Die Leistungsgesellschaft ist für Hartmut nicht nur die bessere, sondern die einzige Alternative. Es gibt gar keinen anderen Weg: "(N)ur so nur so kann das auch richtig funktionieren". Zwar bedenkt er durchaus, daß auch Problemgruppen existieren, die sich etwa in einer ungünstigen Berufssparte befinden, aber solche Bedenken stechen letztlich nicht, da das Leistungsprinzip der einzige Weg ist, eine Gesellschaft bzw. ihre Ökonomie überhaupt zu organisieren.

*Wenn wenn kein Weg ranführt, denjenigen Mitarbeiter zu motiviern oder irgendwie an die Arbeit heranzuführn, äh weil er's nich will, weil er sich wirklich querstellt, (I: hm) dann müßte man sich von ihm trennen. (I: hm) Weil ich denk, da dafür sin wir zu sehr in ner Marktwirtschaft, wir ham vierzig Jahre lang dieses dies geduldet, daß wir Leute mit durchgezerrt ham, die einfach nur faul warn, sag ich mal. Und äh das gibts heut nich mehr. (I: hm) Das kann das kann sich kein kein Betrieb leisten, daß er Leute nur auf also auf auf Menschlichkeit basierend einstellt (I: hm) un die die Beschäftigten bezahlt. (I: hm) Geht nich. (3,5)*

Im Gegensatz zur Zeit der DDR besteht jetzt die Möglichkeit, Beschäftigte zu entlassen. Menschlichkeit ist nun für die Wirtschaft kein grundlegendes Kriterium mehr, sondern wurde vollständig von der ökonomischen Effizienz abgelöst. Damit hat sich Hartmut die Logik des ökonomischen Funktionssystems selbst zu eigen gemacht.

Im Kontrast zum rein ökonomischen Effizienzdenken steht jedoch eine eigentümliche Figur, die Hartmut im ersten Interview entwickelt hat:

*H: Ja [...] ich würde würde schon denken, daß die Gesellschaft versuchen sollte die die nicht in der Lage sind ich sag mal vergleichbare Arbeitsleistung zu erbringen wie vielleicht ich sag mal n gesunder [...] oder n anderer Mensch, daß diesen Leuten auch die Chance eingeräumt werden sollte auch zu arbeiten [...] keine Frage. [...] Nur äh ist das nicht ne Frage der Gesellschaft sondern ne*

*Frage der Industrie, weil die stellt ja die Arbeitsplätze [...] und äh [...]. die Indus die Industrie muß versuchen oder soll sollte versuchen solchen Menschen zu helfen. [...] Denn wir gewinnen ja im Prinzip nichts, wenn der Steuerzahler Arbeitsplätze für solche sagen wer mal weniger arbeitsfähigen Leute finanziert. (1,26)*

Auch Personen, die aus der Leistungsgesellschaft herausfallen, müßten eine Chance eingeräumt bekommen, ihren eigenen Lebensunterhalt zu verdienen. Besonders im Falle von Behinderungen setzt sich Hartmut für eine Integration durch Arbeit ein. Die Betroffenen sollen immer mit dem Ziel ihrer Inklusion ihren Fähigkeiten entsprechend eingesetzt werden. Zur Festlegung der Zuständigkeit für diese Arbeitsplätze führt Hartmut die Unterscheidung zwischen Gesellschaft und Industrie ein. Die Last der Finanzierung soll von der Industrie getragen werden. Offensichtlich nimmt Hartmut den Topos, wonach es die Aufgabe der Wirtschaft ist, die Arbeitsplätze zu stellen, sehr ernst: "(D)ie stellt ja die Arbeitsplätze" und sie "sollte versuchen solchen Menschen zu helfen". Sie ist demnach im Rahmen der gesellschaftlichen Aufgabenverteilung definitiv dazu verpflichtet, Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Dies ist ihre Aufgabe.

*IH: Ja im Augenblick ist die Situation aber die, daß zwar die Nischenarbeitsplätze aufgebaut werden von der Gesellschaft. Das sind dann Werkstätten für Behinderte ... Das heißt: Sie sagen das ist die Aufgabe der Industrie auch diese sozialen Aktivitäten [...] äh äh zu bezahlen und äh in Wirklichkeit ist es so, daß die Gesellschaft also der der Rentenversicherungsträger der [...] äh äh die Arbeitslosenversicherung Krankenkassen und der Sozialhilfeträger diese Arbeitsplätze finanzieren. [...] Also anders als Sie sich das denken.*

*H: Mhm ja ich bin der Meinung die Industrie sollte das finanzieren (1,26)*

Entgegen der von Hartmut aufgestellten Norm weist der Interviewer auf die Tatsache hin, daß die Arbeitsplätze für Behinderte de facto von den Sozialversicherungen bezahlt werden; Hartmut insistiert jedoch weiter darauf, daß die Industrie diese Arbeitsplätze finanzieren sollte.

Viele andere Interviewte stellen in entsprechenden Textpassagen Forderungen an den Staat. Hartmut hingegen trägt einen moralischen Anspruch an die Industrie heran, die er als zuständiges gesellschaftliches Teilsystem für dieses Problem ansieht. Er faßt - mit Luhmann gesprochen - die Wirtschaft offenbar so auf, daß sie durch den Code der Beschäftigung mit dem Ziel einer weitgehenden Inklusion und nicht durch den Geldcode mit dem Ziel einer Steigerung von Zahlungsfähigkeit (selbst-)gesteuert wird.

*IH: Die Industrie wird Ihnen aber sagen: Ja Moment wir sind dafür da Kapital sinnvoll einzusetzen Gewinne zu erwirtschaften, und auf dem international internationalen Markt sind wir nicht konkurrenzfähig, wenn wir auch noch Sozialhilfaufgaben übernehmen sollen. Und Amerikaner machen wie bisher weiter und dann?*

*(Pause v. 8 sek.)*

*H: Ja [...] äh [...] es kann doch aber auch nicht Aufgabe des Staates sein [...] oder der Gesellschaft sein die ich sag mal weniger arbeitsfähigen Menschen zu beschäftigen, nur damit ihnen gezeigt wird äh sie werden doch gebraucht. ... es kann doch nicht sein daß daß solche Leute, nur weil sie halt körperlich behindert sind nicht mehr von der Industrie akzeptiert werden können. [...] Ich mein gut*

*IH: Ja wie soll mans dann machen?*

*H: Das das man kann nur solche Leute in der Industrie beschäftigen die [...] äh ich sag mal die die nötige Qualifikation für n gewissen Arbeitsplatz erbringen keine Frage (.)*

*IH: ... also jetzt konkreter Fall: ist einer [...] äh Elektroniker, hat Fernsehgeräte repariert, ist daneben noch Radrennfahrer, hat einen Unfall, Querschnittslähmung ungefähr auf der Höhe. Das heißt, ist aufn Rollstuhl angewiesen [...] und äh den Arbeitsplatz behindertengerecht ein-*



zurichten würde 200 000 Mark kosten. Das ist jetzt n effektives Beispiel. Wer soll die 200.000 Mark übernehmen?

(Pause v. 8 Sek.)

H: Äh [...] da bin ich der Meinung müßten sich müßten sich beide einteilen [...] der Staat oder die Gesellschaft müßte n Teil mitfinanzieren und auch die Industrie. Ich mein es, äh wenn ich jetzt sagen würde oder wenn man sagen würde die Industrie [...] muß jetzt den vollen Betrag für diese Ausrüstung des behindertengerechten Arbeitsplatzes erbringen, dann würde das ja im Prinzip bedeuten, daß die Industrie [...] äh dafür verantwortlich gemacht wird daß er n Unfall hatte [...] und ihn jetzt im Prinzip dafür entschädigt und das das kann ja nicht Sinn und Zweck der Sache sein. Deshalb würd ich denken, wär es gerechtfertigt, wenn sich zu gewissen Anteilen, die natürlich festgelegt werden müßten, sich sich beide Teile für die Finanzierung solcher Arbeitsplätze äh da (genau abwägen?) müßten. (1,26f)

Der Interviewer setzt die der Wirtschaft zugeteilte Aufgabe ins rechte Licht. Diese besteht vorrangig darin, rentabel zu wirtschaften, und nicht darin, allen Arbeitssuchenden einen Arbeitsplatz zu verschaffen. Es scheint fast so, als wäre sich Hartmut der Widersprüche zwischen betriebswirtschaftlichem Kalkül und dem Anspruch einer weitgehenden Inklusion gar nicht bewußt gewesen.

Angesichts des Beispielfalles schlägt er schließlich einen Kompromiß vor, wonach auch der Staat bzw. die Gesellschaft herangezogen werden könnten, um als ergänzende Finanzquellen zu fungieren. Interessant wäre es zu erfahren, was Hartmut für den Fall sagen würde, daß sich die 200.000 DM nicht amortisieren, d.h. die Beschäftigung von Behinderten ein reines Zuschußgeschäft bliebe, und es viel billiger wäre, sie z.B. in Pflegeheimen unterzubringen. Würde er dann eher dem volkswirtschaftlichen Kalkül folgen und von seinem Vorschlag zur Beschäftigung von Behinderten abrücken oder würde er weiter behaupten, daß es auf die Leistungserbringung aus Prinzip ankommt, genauer gesagt auf die Integration der Behinderten durch Beteiligung an der Produktion? Dem Eindruck zufolge, den Hartmut bisher hinterlassen hat, würde er wahrscheinlich für letzteres plädieren.

IH: De facto ist es so, daß der [...] äh [...] die Gesellschaft die Kosten für diesen Platz übernimmt und der Betrieb dann diese 200 Mark im Monat nicht mehr bezahlen muß. [...] Äh das Arbeitsamt gibt dann oft auch noch Zuschüsse für den laufenden Lohn wenn die Leistung reduziert ist, so daß also den weitaus größten Anteil äh die Versichertengemeinschaft also sprich die Gesellschaft übernimmt. So wie sieht das denn aus.

H: Das das heißt doch aber jetzt, daß die Vers, daß die Gesellschaft [...] die Industrie dafür bezahlt daß sie den Behinderten noch beschäftigt (')

IH: Ja.

H: Und so sollte es nicht sein. (.) ... Es müßte doch das Interesse dasein, auch noch, äh [...] ich sag mal oder sagen wer mal, man müßte sich noch auf diesen äh einzelnen Menschen äh dann konzentrieren nicht nur sagen ich brauche Deine Arbeitskraft, sondern ich brauche den Menschen

IH: Ja da wird Ihnen der Vorstandsvorsitzende dieser Firma halt sagen: Ich bin nicht Sozialarbeiter, ich bin Unternehmer.

H: Das ist richtig. Das da ist doch der Haken bei der ganzen Sache, weil die Industrie einfach nicht nicht die nötigen Geldmittel dafür hat, um das äh [...] das äh Projekt dann möglichst so so durchzusetzen, daß es behindertengerecht wird und das ist das ist für den Staat oder für die Ges Gesellschaft äh (1,27)

Der Interviewer macht klar, daß letztlich die Gesellschaft, genauer gesagt Institutionen, die aus öffentlichen Mitteln finanziert werden, allein für die Einrichtung der Beschäftigungsplätze Behinderter

aufkommt. Das von Hartmut vorgeschlagene Kompromißmodell einer geteilten Finanzierung ist also in der Realität so nicht vorhanden. Hartmut beantwortet hier auch die Frage, die oben erörtert wurde: eine echte Integration jedes Einzelnen in den Wirtschaftsprozeß ist für Hartmut basal. Er will keine bloße Alimentation der Betroffenen, sondern sie sollen in die Lage versetzt werden, so weit es geht, selbst für ihren Lebensunterhalt zu sorgen. Die Wirtschaft darf in diesem Zusammenhang nicht einfach nur Leistungen abfordern, sondern muß hierzu auch die Bedingungen bereitstellen und zwar unter allen Umständen. Das funktionale Prinzip des Kapitalerwerbs in der Industrie hat Hartmut offensichtlich gar nicht vor Augen, ihm geht es vielmehr um ein Komplementärverhältnis von leistungswilligen Arbeitnehmern und einer Wirtschaft, deren Aufgabe es ist, Leistungen zu ermöglichen und zu vergüten: *"Das da ist doch der Haken bei der ganzen Sache Weil die Industrie einfach nicht nicht die nötigen Geldmittel dafür hat um das äh [...] das äh Projekt dann möglichst so so durchzusetzen daß es behindertengerecht wird"*. Hartmut hat damit eine sehr unkonventionelle Vorstellung von der Marktwirtschaft, nach der die Industrie zwar die Absicht, nicht aber die notwendigen Mittel hat, die Behinderten zu integrieren. Es liegt der Gedanke nahe, daß Hartmut noch gewisse paternalistische Züge, die der DDR-Staat aufgewiesen hat, im Rahmen der neuen Gesellschaftsordnung in die Industrie projiziert und von ihr ein entsprechendes Verhalten erwartet. In den späteren Interviews verschiebt sich jedoch die Last, für Beschäftigung zu sorgen, mehr und mehr in Richtung der Arbeitnehmer bzw. Arbeitslosen:

*(Zu Arbeitslosen:) Äh man man sollte ihnen en gewisses ja gewisse Leistung zubilligen, (I: hm) Leistung also jetzt in irgendwelcher Form äh mit mit dem mit dem Hinweis darauf, daß se sich engagieren müssen. (3,18)*

Arbeitslose sollen zwar nicht einfach vergessen werden, aber der Normalfall ist für Hartmut, daß die Betroffenen selbst für ihren Unterhalt zu sorgen haben, worauf man sie auch immer wieder hinweisen soll. Die Brechung der rein ökonomischen Logik wird nur begrenzt gebilligt und den Betroffenen soll auch deutlich gemacht werden, daß sie sich in einer Ausnahmesituation befinden. Im Grunde gilt immer noch das Leistungsprinzip, das allenfalls vorübergehend ausgesetzt wurde.

*Es kann nicht sein, daß äh auf Kosten anderer, Leute sich sich sich durch- durchfüttern lassen. (I: hm) Also beispielsweise jetzt, daß wenn man arbeitslos is oder sich nicht bemüht in irgend ner Weise wieder integriert zu werden, (I: hm) so daß mer sagt, ach mir gehts mit dem mit dem Sozialgeld, Sozialhilfe oder mit dem Arbeitslosengeld gehts mir viel besser (I: hm) ne. Solche solche Fälle kenn ich auch ne. (I: hm) Äh [...] das is das is nich (I: was) nich in Ordnung. [...] Man müßte da härtere Bandagen anlegen*

*I: Hm. Okay. Und was soll man mit Personen tun, die nicht arbeiten wollen?*

*H: Man sollte 's vielleicht mit Sachleistungen machen, daß se gezwungen werden, wenn se wirklich noch was anders haben wolln, daß se sich dann drehn müssen. (3,11)*

*H: Na ja wenn ich wenn ich meine Linie durchfahre, da dürften die kein Geld mehr bekommen irgendwann. (I: hm) Oder dann müßten die so wenig bekommen, daß se nicht existieren können. (3,20)*

Hartmut führt hier seine Linie, die Unterstützung von Arbeitslosen als Ausnahme von der Regel des Leistungsprinzips aufzufassen, konsequent fort. Betroffene, die die Unterstützung als Regelfall ansehen, also nicht wieder in das Arbeitsleben zurückkehren wollen, sollen entsprechend sanktioniert

werden. Regeln des "Anstands" halten Hartmut davon ab, für eine vollständige Streichung der Unterstützung zu plädieren, aber diese soll doch so weit gehen, daß ein Zwang zur Arbeitsleistung entsteht.

*I: Was können Deiner Meinung nach Arbeitslose tun, wenn wenn sie halt trotz Anstrengung keinen Job mehr bekommen?*

*H: Äh das is ne gute Frage. (lacht kurz) [...] Das is die Frage, inwieweit se sich angestrengt haben un inwieweit sie ihre Möglichkeiten wirklich ausgeschöpft haben. Wenn de jetzt davon ausgehst, was wenn se alle Möglichkeiten ausgeschöpft ham, (I: hm) weeiß ich ooch nich, was mer da tun sollte. (I: hm) [...] Hab ich aber ich bin der Meinung, mer findet immer noch irgendwie ne Möglichkeit zu Geld zu kommen, also en Job zu finden oder so. (I: hm) Auch wenn's dann berufsfremd is oder so. (I: hm) Oder wenn mer sich dann äh, sag mer mal, ich mein gut, das setzt natürlich ne gewisse Flexibilität voraus, wenn mer sich dann im Ausland umsieht oder so. (2,11)*

*Aber äh ich denke schon, man muß da ooch bereit sein, fürn Arbeitsplatz en bissel weniger hinzunehmen. (3,10)*

Hartmut verlangt von den Arbeitslosen hohe Anstrengungen bei der Arbeitssuche. Damit findet sich das Leistungsprinzip auch auf dem Feld der Arbeitssuche selbst wieder. Den Fall, daß jemand trotz aller Anstrengung keine Arbeit finden könnte, möchte er nicht anerkennen. Er verlangt entsprechende Eigeninitiative und Flexibilität und ist davon überzeugt, daß es *immer* eine Möglichkeit, Arbeit zu finden, gibt. Bleiben die Anstrengungen erfolglos, dann müssen eben die Ansprüche an den Arbeitsplatz zurückgefahren werden.

*I: Hm. [...] Ja man kann das ja so sehn, also 's gibt einfach nich so viele Arbeitsplätze wie's wie's halt Leute gibt, die Arbeitsplätze suchen. (H: hm) Und wenn sich jetzt alle anstrengen, dann gibts trotzdem immer Verlierer. (H: hm) Also irgendwen wirts immer geben, der keinen kriegt. Man kann zwar sozusagen den den die Konkurrenz verstärken, intensiviern. Aber 's wird dann immer noch die geben, die's (H: na ja, aber) die's nich schaffen.*

*H: Das is natürlich richtig, ja. Tja, das weeiß ich nich. Da kann mer sich nur en Strick nehmen. (I: na, lacht kurz) Na, was willste da machen? Da kriegste ne Zeitlang Sozialhilfe, dann is 's vorbei. Dann sitzt'ste auf der Straße irgendwo. (I: hm) 's is halt so'n Manko, das ich nich so schön finde, nich gut finde. [...] (2,11)*

Hartmut stimmt den Schlußfolgerungen des Interviewers zu und kommt zu dem Schluß: *"Da kann mer sich nur en Strick nehmen."* Die Möglichkeit, daß Leute aus dem Arbeitssystem exkludiert werden, wird durchaus gesehen. Hinsichtlich derjenigen, die trotz Befolgung seines Kanons bei der Arbeitssuche erfolglos bleiben, gehen ihm die Ideen aus. Hartmut nimmt immer noch keine andere Perspektive als die des Einzelnen ein. Denkbar wären ja auch Formen des solidarischen Handelns oder das Infragestellen der Arbeitsgesellschaft. Solche oder ähnliche Optionen sieht Hartmut aber nicht. Sind die individuellen Auswege nicht mehr gangbar, dann sind seines Erachtens alle Möglichkeiten ausgeschöpft und es bleibt nur noch die Resignation. Hartmut sieht also ausschließlich den individuellen Ausweg aus der Situation, traut diesem aber auch sehr viel zu. Die Last ruht damit allein auf den Individuen, wobei Hartmut im großen und ganzen der Meinung ist, daß diese auch in der Lage sind, sie zu tragen. Ist dies jedoch nicht der Fall, so haben die Betroffenen eben Pech gehabt. Die Existenz dieser Möglichkeit ist für Hartmut jedoch kein Grund, sich von seinem Grundprinzip abzuwenden. Wie schon im Themenfeld der Einkommensunterschiede hat Hartmut die

Tendenz, der Systemlogik zu folgen und die Folgeprobleme, die hierdurch erzeugt werden, beiseite zu lassen. Dabei wird die Gefahr der Exklusion durchaus gesehen; die eigene Neigung, sich in diesem System zu plazieren und auch dessen Logik weitgehend zu internalisieren, sind jedoch so groß, daß Hartmut sich dieser Probleme, obwohl er sie wahrnimmt(!), nicht annimmt, sondern sie beiseiteschiebt.

#### Ost-West-Unterschiede

- I: Bist Du der Meinung, daß der Osten noch stärker vom Westen unterstützt werden sollte?*  
*H: [...] Nich unbedingt. Das is ne Frage, wo die Unterstützung hingeht. Also äh [...] nee, nich nich un- nich unbedingt. Weil ich mein, irgend- irgendwann gewöhnt mer sich ja dann an die Unterstützung oder so. (I: hm) Nee. [...] Würd ich sagen, muß muß nich muß nich sein, daß noch stärker unterstützt wird. (2,12)*

Unterstützung erzeugt Abhängigkeit, denn sie lähmt die Bereitschaft, Eigenleistungen zu erbringen. Als Starthilfe mag sich Hartmut Unterstützungsleistungen vielleicht noch vorstellen können, aber im Prinzip sollte alles, was man erhält, auf Eigenleistung beruhen, die für Hartmut einen sehr hohen Stellenwert innehat.

- I: Hm. Und hältst Du die Forderung für gerechtfertigt, daß die Menschen in den in den neuen Bundesländern mehr verd-, äh nich mehr, sondern genauso viel verdienen solln, wie die in den alten?*  
*H: Na, warum 'n nich?*  
*I: Hm. Ja 's is halt nur die Frage, inwiefern's dann, also ähm ein Grund wäre zum Beispiel, daß äh daß es dann für Unternehmen nich so attraktiv wäre, sich hier anzusiedeln, wenn die Löhne genauso groß sind, weil die Infrastruktur ja noch nich so gut is oder was weiß ich, (H: na ja, gut) die die Zulieferfirmen sin dann weiter weg und so weiter.*  
*H: Ja, gut. Das is richtig. Nur äh ginge das ja dann zu Lasten der Bevölkerung. Ich mein, (I: hm) Du kannst das, das wär dann dann wär der Osten ja im Prinzip, wenn wenn en en en Billig- en Billiggebiet ja (I: ja) so wie's, was weiß ich jetzt jetzt, Asien oder so ja, (I: hm hm) wo se ihre Chips herstelln fürn fürn (I: hm) Computer oder Mikrotechnik oder so. (I: na ja, klar) Das wär dann dasselbe im Prinzip mit'm nee. Ich mein, wenn mer ein Deutschland sin, dann müßte müßte eigentlich auch überall äh das das das Niveau angeglichen werden. (2,12)*

Seine erste Erwiderung auf die Frage des Interviewers ("Na, warum 'n nich?") läßt die Selbstverständlichkeit erkennen, mit der Hartmut für beide Landesteile das gleiche Lohnniveau fordert. Gegenüber den Sachargumenten, die daraufhin folgen, entwirft er ein pessimistisches Szenario, in dem Ostdeutschland eine Billiglohnregion vergleichbar mit Ostasien wird. Implizit stellt er damit die Norm der Chancengleichheit und der Gleichbehandlung für alle Regionen auf. Das Moment der Realisierbarkeit spielt für Hartmut keine Rolle und wird ausgeblendet, denn die Probleme, die der Interviewer genannt hat, wurden nicht von Hartmut widerlegt. Die zugrundeliegende Norm scheint zu lauten, daß man für gleiche Leistungen auf jeden Fall die gleiche Vergütung verdient. Hinsichtlich des Leistungsprinzips nimmt Hartmut also die Aufwandsperspektive ein: gleiche Vergütung für gleichen Aufwand unabhängig davon, welcher Ertrag erwirtschaftet wurde und welche Marktchancen für das betreffende Gut bestehen.

- I: *Hm. Aber Du würdest Dich dann so voll hinter die Forderung der Gewerkschaften stelln, äh hundert Prozent im Osten?*
- H: *Äh ja. [...] Klar, warum nich. Ich mein, mich betrifft's ja selber. (I: hm) Ich krieg ja auch bloß BA-BAT-Ost. (2,12)*

Hartmut bekräftigt auf Nachfrage noch einmal sein Ansinnen, gleiche Löhne in Ost und West einzuführen. Nun führt er jedoch kein verallgemeinerungsfähiges Argument an, sondern artikuliert sein eigenes Interesse an einer solchen Regelung.

### Dritte Welt

- I: *Ham wir der Dritten Welt gegenüber eine Verpflichtung, unsere Industrienation?*
- H: *Ja, auf jeden Fall. Also äh wenn ich als Chemiker denke, is auf jeden Fall Umwelt- Umwel-tchem- also rein umweltmäßig betrachtet auf jeden Fall. (I: hm) 's kann nich sein, daß daß daß die Industrie aus Deutschland rausgelagert wird, (I: hm) um, sag wir mal, gewisse Normen un Barrieren zu umgehn. Un dann laden wir unsern Dreck in der Dritten Welt ab oder so. Das geht nich. Un dann bin ich der Meinung, sollte man den Ländern da unten, die's ohnehin schon schwer ham, ooch unter die Arme greifen. Find ich find ich okay, (I: hm) ja. (2,12)*

Hartmut äußert spontane Bejahung zur Hilfe für die Dritte Welt. Zunächst argumentiert er von seinem beruflichen Selbstverständnis als Chemiker ausgehend auf der Ebene des Umweltschutzes. Die Auslagerung der deutschen Industrie, insbesondere von chemischer oder sonstiger riskanter Produktion, in die Dritte Welt könnte demnach zu einer Umgehung wichtiger Umweltnormen und auf diese Weise zu einer erheblichen Umweltschädigung in diesen Ländern führen. Sie muß daher unbedingt verhindert werden. Aber auch über diese berufsbedingte Sichtweise hinaus spricht Hartmut sich dafür aus, der Dritten Welt auf jeden Fall zu helfen. Da die Betroffenen es "*ohnehin schon schwer ham*", ist er vorbehaltlos für eine entsprechende Unterstützung.

Man hätte hier eigentlich die für Hartmut typischen Einwände erwarten können, wonach die Hilfe in eine Abhängigkeit führen und die Eigeninitiative in den betreffenden Ländern lähmen könnte. Für wirklich Bedürftige sieht er aber Hilfe nicht nur als zulässig, sondern als unbedingt erwünscht an. Seine Solidarität wirkt damit deutlich über den Horizont des eigenen Landes hinaus und er bezieht alle Menschen in die Sphäre der Solidarität mit ein. Nicht geographische Nähe, sondern Bedürftigkeit ist hier das entscheidende Kriterium.

Deutlich wird auch eine Parallele zur Thematik der Sozialhilfe, wo die antizipierte Notlage seiner Eltern als Beispiel dient. In beiden Fällen ist die Notlage unverschuldet; auch Eigeninitiative scheint in beiden Fällen nicht zu helfen, so daß der Einwand, Hilfe lähme die Eigeninitiative, nicht angebracht wäre. In solchen Fällen scheint für Hartmut eine Unterstützung unproblematisch und geboten.

### Zusammenfassung

Bei Hartmut finden wir eine Auffassung, die von der Übereinstimmung von Leistungsprinzip und Marktwirtschaft ausgeht. Leistung setzt sich dabei für ihn aus den Komponenten Einsatzbereitschaft, Bildungsstand, Verantwortung und erzieltm Gewinn zusammen. Besonders mit letzterem ist ein guter Anschluß an das System der Marktwirtschaft gegeben. Hartmut geht ferner davon aus, daß dieses System auch funktioniert, und zwar genaugenommen, daß es *nur* so funktioniert. Das

Leistungsprinzip ist für ihn der einzig realistische Weg für eine effiziente Wirtschaft, die wiederum wesentlich für das Funktionieren der Gesamtgesellschaft ist. Außerdem ist es, alles in allem, gerecht. Zwar existieren durchaus Einwände, die aber vom System nicht aufgenommen werden können und letztlich nicht zählen. In einigen wenigen Fällen könnte Hartmut sich zwar Kompromisse vorstellen, z.B. den Abbau von Überstunden, um mehr Arbeitsplätze zu schaffen; hierin geht er aber nie sehr weit. Schon Arbeitszeitverkürzungen zum selben Zweck erscheinen ihm nicht finanzierbar und daher inakzeptabel.

Nach Hartmuts Auffassung ist das Leistungsprinzip in der Bundesrepublik weitgehend verwirklicht. Ein Problem, wenn auch eher ein marginales, stellen lediglich bestimmte Berufsgruppen dar, die mehr bekommen als ihnen zusteht (Politiker und bestimmte Fachärzte); diese sitzen an besonderen Positionen, in denen sie Selbstbedienung pflegen (Politiker) oder betrügerisch mehr einnehmen, als ihnen zusteht (Ärzte, die unnötige Leistungen am Patienten erbringen). Es gibt außerdem auf der anderen Seite Personen, die nicht soviel leisten können, wie sie wollen und daher sozial absteigen. Diese Probleme sind zwar ärgerlich, aber nicht so gravierend, daß sie das Gesamtsystem in Frage stellen würden.

Zum ökonomischen System gehört auch ein Expansionsmoment, das sich für den Einzelnen darin niederschlägt, daß es für diesen keine Grenze im persönlichen Bedarf gibt. Einschränkungen in der Höhe des Einkommens wären außerdem schon von daher nicht akzeptabel, daß die persönliche Freiheit letztlich höher einzustufen ist als jede Reglementierung. Hartmut sieht zwar die Problematik dieser Entwicklungstendenz, nämlich die sich anbahnende Selbstblockierung des Systems durch eine zu weite Öffnung der Einkommensschere, dieser Einwand wird aber letztlich ignoriert, denn seine eigene Präferenzstruktur wird vom derzeitigen ökonomischen System bedient und er selbst sieht sich offenbar gar nicht dafür zuständig, dieses Problem zu beheben. Trotz aller Einsichten und Bedenken gelangt Hartmut immer wieder zu dem Standpunkt: gute Leistung muß gut bezahlt werden. Das Kriterium der Verantwortung ist für ihn in diesem Zusammenhang nicht nur universelles Argument, sondern geht auch mit seinem Partikularinteresse zusammen, da er absehbar selbst einmal hiervon profitieren wird. Das gleiche gilt für das Kriterium des Bildungsgrades. Seine persönlichen Präferenzen geben den Ausschlag bei der Überlegung, wonach er für seine Arbeit in Zukunft bezahlt werden möchte. Fatale Entwicklungen, die hiermit zusammenhängen, werden ausgeblendet, da für ihn die sich bietenden Chancen offensichtlich schwerer wiegen als das antizipierte Bedrohungsszenario.

Auch das drängende Problem der Arbeitslosigkeit ist nur auf der Grundlage des Leistungsprinzips zu lösen, wobei Hartmut besondere Anstrengungen von den Arbeitslosen verlangt. Durch entsprechende Eigeninitiative, Flexibilität und gegebenenfalls das Zurückfahren der eigenen Ansprüche wird sich seiner Meinung nach schon eine Arbeit finden lassen. Für Hartmut existiert damit ausschließlich der individuelle Ausweg aus solchen Situationen, für den er jedoch gute Chancen sieht. Regeln des "Anstands" halten Hartmut davon ab, in Fällen hartnäckiger Leistungsverweigerung für eine vollständige Streichung der Unterstützung zu plädieren, aber diese soll doch so weit gehen, daß ein Zwang zur Arbeitsaufnahme entsteht. Dabei wird die Möglichkeit

der Exklusion von Menschen aus dem System durchaus gesehen (etwa erfolglose Arbeitssuchende, die sich nur noch einen *"Strick nehmen"* können). Dies ist aber ebenfalls kein grundsätzlicher Einwand, denn es gibt letztlich keinen anderen Weg, eine leistungsfähige Gesellschaft aufzubauen. Kollektive Aktionen etwa der Gewerkschaften, politische Steuerungsansätze etc. befinden sich nicht im Bereich des für ihn Denkbaren. Zugrunde liegt eine Haltung, wonach jeder für sich selbst sorgen und auf eigenen Füßen stehen soll. Andernfalls fehlen in der Gesellschaft die Leistungsanreize, was letztlich in Gewöhnung und Abhängigkeit resultiert; gesamtgesellschaftlich führt dies auf eine schiefe Ebene und letztlich - wie am Beispiel der DDR zu sehen - in den Untergang.

Leistungsunabhängige Unterstützung gilt nur als Ausnahme von der Regel und ist nur dort angebracht, wo sie wirklich notwendig ist. Das heißt konkret: entweder vorübergehend für Arbeitslose, die sich aber um eine Wiederaufnahme der Arbeit bemühen müssen, im Falle der Sozialhilfe für bedürftige Rentner oder etwa für die Dritte Welt, um dort Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten. Nur hier darf ohne (Gegen-)Leistung unterstützt werden. Wo aber Leistungsfähigkeit besteht, dort sollen die Leute auch für sich selbst sorgen. Hier gilt also gewissermaßen ein eingeschränkter Floor constraint ausschließlich für Leute, die selbst nicht in der Lage sind, etwas zu leisten.

Seltsam mutet die Auffassung an, die Hartmut im ersten Interview äußert, wonach die Wirtschaft dazu verpflichtet sei, allen Leistungswilligen Chancen einzuräumen und jedem von ihnen Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Er folgt damit augenscheinlich der *Sinnfigur eines Komplementärverhältnisses von Individuum und Wirtschaft*: ersteres muß leistungsbereit, mobil und flexibel sein sowie Eigeninitiative zeigen, letztere muß Beschäftigungsmöglichkeiten bereitstellen, sprich jeden mit Arbeit versorgen. Den faktischen Widerspruch zu ihrem primären Ziel, nämlich Kapital zu erwirtschaften, nimmt Hartmut nicht wahr. Ähnlich wie der Staat zu Zeiten der DDR hätte die Wirtschaft hier eine gewisse paternalistische Funktion.<sup>218</sup> Auch wenn Hartmut immer wieder die Eigenlogik der Wirtschaft betont, stellt sie offenbar für ihn kein ausdifferenziertes soziales System mit Eigenrelevanz (Kapitalvermehrung) im eigentlichen Sinn dar, sondern ist noch stark mit der Lebenswelt verklammert. Diese Klammer besteht für ihn in Form des Leistungsprinzips (für die Arbeitnehmer) bzw. der Bereitstellung von Chancen (von Seiten der Wirtschaft). Damit sind ökonomischer Code (Erwerb) und Moral (Leistungsprinzip) aus seiner Sicht kaum differenziert. Dabei trägt seine Argumentation zwar Züge der Verallgemeinerung, aber die Einwirkung des eigenen biographischen Hintergrundes ist kaum zu übersehen, der vor allem in der Dominanz der eigenen Aspirationen auf eine gutbezahlte Stelle besteht. Hartmut hat daher nur eine geringe Neigung, die Position derjenigen einzunehmen, die im System scheitern. Nur wenn er selbst betroffen ist wie im Falle seiner Eltern, die in die Sozialhilfebedürftigkeit zu geraten drohen, bringt er Bedürfnisgesichtspunkte stärker ins Spiel. Hartmut ist hier biographisch an seinen Argumentationsstandpunkt gebunden, und die Lage der Eltern könnte, wenn man so will, ein Gegengift zu dem von ihm ansonsten vertretenen Leistungsdenken darstellen, wobei allerdings keine

---

<sup>218</sup> Diese Denkfigur erinnert auch an das japanische Wirtschaftssystem, in dem die Angestellten lange Zeit in Analogie zu einer Familienmitgliedschaft geführt wurden. Auch hier bestand also gewissermaßen eine moralische Verpflichtung von Seiten des Arbeitgebers, für seine Beschäftigten zu sorgen.

Neigung besteht, von diesem konkreten Einzelfall ausgehend zu generalisieren. Es ist auch zu bedenken, daß diese Figur nur im ersten Interview entwickelt wurde und in den späteren Gesprächsterminen keine Erwähnung mehr findet. Immer mehr ist Hartmut dagegen bereit, notwendig erscheinende Härten des Leistungsprinzips zu akzeptieren.

### **Biographie**

#### **Strukturgenese**

##### *A. Familienhintergrund*

Hartmuts Vater wird 1931 in Schlesien als einziges Kind seiner Eltern geboren. Gegen Ende des zweiten Weltkriegs flieht seine Familie aus der Heimat, läßt sich vorübergehend in einer sächsischen Kleinstadt nieder und zieht schließlich nach Leipzig. Die Männerberufe sind auf der väterlichen Seite von einer langen Tradition der Tätigkeit als Ofensetzer bestimmt. Diese reicht so weit zurück, wie sich Hartmut, und das bedeutet in diesem Zusammenhang, seine Familie, entsinnen kann. Es handelt sich um eine starke berufliche Kontinuität, die auf eine traditionelle Orientierung schließen läßt. Sie findet erst mit Hartmuts Vater, der zu DDR-Zeiten in einem Privatbetrieb<sup>219</sup> gearbeitet hat, ihren Abschluß. An Wochenenden reparierte dieser unter der Hand Kachelöfen und hatte auf diese Weise eine günstige Position in der Schattenwirtschaft der DDR. Nach einem Motorradunfall im Jahre 1984 wechselt er aus Gesundheitsgründen zum Beruf eines Sicherheitsinspektors bei der HO, wo er verantwortlich war für Arbeitssicherheit und Brandschutzmaßnahmen. Damit nimmt der Vater eine Kontrollfunktion ein, in welcher er eine gewisse Macht über andere Personen ausüben kann. Als im Jahre 1990 die Wende in vollem Gange ist, geht er in den Vorruhestand.

Auch als Vorstandsmitglied im Schrebergartenverein, wo er unter anderem für die Sauberkeit der Wege, die Pflege der Hecken etc. zuständig war, hatte der Vater eine Kontrollfunktion inne, was auf eine gewisse Affinität zu solchen sozialen Stellungen hindeutet. Zusammen mit seinen anderen Freizeitaktivitäten, Angeln und Handballspielen, verschafft er sich in seiner freien Zeit ferner einen Ausgleich zur ungesunden und schmutzigen Berufsarbeit. Dabei spielen sich sämtliche Tätigkeiten in Vereinen ab.<sup>220</sup> Auch das Angeln wird nicht etwa wegen damit verbundener Rückzüge in die Natur praktiziert, sondern vor allem, um gemeinsam mit anderen etwas zu unternehmen. Den Anglerverein verläßt der Vater später mit der Begründung, daß die Mitgliederzahl stark abgenommen hat.

Auf der *mütterlichen Seite* handelt es sich ebenfalls um eine Flüchtlingsfamilie. Der Großvater ist im Zweiten Weltkrieg gefallen, die Großmutter flieht gegen Kriegsende mit ihren drei Kindern aus Schlesien nach Leipzig. Hartmuts Mutter wird 1931 als jüngere von zwei Töchtern geboren, ihr elf Jahre jüngerer Bruder starb 1951 im Alter von neun Jahren. Sie erlernte den Beruf der Industrie- und Handelskauffrau und war in den Stadtwerken von Leipzig als Leiterin der Finanzabteilung tätig. Dort konnte sie aufgrund ihrer Position die besten Ferienplätze für die Familie aussuchen. Etwa zur

---

<sup>219</sup> Es ist zu bedenken, daß selbständige Handwerker in der DDR eine prekäre Existenz hatten. Hartmuts Vater hat sich dennoch in eine solche relativ unsichere Umgebung hineinbegeben, was wohl mit daran gelegen haben dürfte, daß er sich der traditionellen beruflichen Herkunft seiner Familie verbunden fühlte.

<sup>220</sup> Nach Metz (1998: 198f) sind das städtische Vereinswesen und solidaritätsstiftende Raumbeziehungen wie z.B. Nachbarschaften typische Elemente der Arbeitersolidarität.



selben Zeit wie der Vater geht auch sie in den Vorruhestand. Besonders auffällig ist, daß in der Familie der Mutter die Männer früh verstorben sind. Hierdurch könnte für die Mutter leicht der Eindruck entstanden sein, daß Männer leicht verschwinden können und man daher besonders acht auf sie geben muß.

Die Heirat der *Eltern* findet innerhalb des landsmannschaftlichen Milieus statt. Beide sind Schlesier, Protestanten und stammen aus Handwerkerfamilien. Da sie Heimatvertriebene sind, könnte ihre Anbindung an die Umgebung eher schwach sein; dagegen spricht allerdings, daß der Vater häufig von zu Hause abwesend ist. Von der Arbeit kehrt er meist sehr spät heim und geht dann den genannten Vereinsaktivitäten und den Arbeiten unter der Hand nach. Durch diese Tätigkeiten dürfte er Anschluß an das örtliche Milieu gefunden haben. Die Mutter gestaltet dagegen primär das innerfamiliäre Leben. Nicht zuletzt aufgrund der häufigen Abwesenheit des Vaters geht der entscheidende Einfluß auf die familiäre Gesamtorientierung eher von der Mutter aus. So gibt sie unter anderem ihre religiöse Orientierung an die Kinder weiter, was sich in feiertäglichen Kirchenbesuchen und den Konfirmationen der Kinder äußert, während der Vater, der Religion indifferent gegenüberstehend, sich in diesen Angelegenheiten zurückhält. Auch hinsichtlich der Berufsorientierung setzt sich die Mutter in einem wichtigen Aspekt durch. Während die väterliche Linie sich durch einen starken Traditionalismus auszeichnete (berufliche Tradition als Ofensetzer), hat die Mutter durch ihren Beruf in der öffentlichen Verwaltung eine Transformation der Familie hin zu einer Aufstiegsorientierung eingeleitet. Diese Bewegung wird durch die familiäre Erstakademisierung der beiden Kinder, Hartmut und seiner älteren Schwester, fortgesetzt, wie sich weiter unten zeigen wird.

*H: [...] Ja, sie ham sich angepaßt, würd ich sagen. Also in ner Partei warn se beide nich. Äh sie ham halt geschimpft über über das, was was was nich schön war. Mit den Vorteilen da lernt mer ja sowieso sehr schnell zu leben ne. ... Den Annehmlichkeiten, mit den Annehmlichkeiten denkt man sehr selten drüber nach ja. (I: hm) Und über die Sachen, die nich gepaßt ham, da ham se halt geschimpft. Aber ansonsten ähm war eigentlich zu Hause wenig Diskussion über über diese diese Themen. ... man hat sich halt angepaßt. (I: hm) [...] Das is das, was die große große Masse getan hat im Prinzip. (I: ja) 's warn ja nur sehr wenige, die sich da äh aufgelehnt haben dagegen, (I: hm) ne. (2,7)*

Hartmuts Familie fährt mit der Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit eine ganz typische Überlebensstrategie, die in der DDR weit verbreitet war. Zwischen dem staatlichen Anspruch auf Kollektivierung und dem privaten Rückzug wird eine Balance gefunden, indem man sich bei Bedarf in die Nischengesellschaft zurückzieht. In dieser werden die traditionellen Momente der Religion, des landsmannschaftlichen Hintergrundes und der Beibehaltung der Handwerkertradition gepflegt; der Vater findet ferner durch seine Schwarzarbeit als Ofensetzer Anschluß an den DDR-typischen Tauschhandel im Rahmen der Schattenwirtschaft. Es werden aber auch spezifische Optionen der DDR wahrgenommen: die Mutter nutzt etwa ihre Position in den Stadtwerken, um für die Familie günstige Urlaubsplätze zu erlangen. Dabei besteht keine besondere Beziehung zur offiziellen Staatsdoktrin oder der sozialistischen Idee, aber auch keine signifikante Differenz zu ihr. Das politische System wird vielmehr als Umfeld aufgefaßt, mit dem man sich pragmatisch arrangiert, indem man die Gelegenheiten, die sich bieten, zu nutzen versteht. Auf diese Weise wird nicht zuletzt

eine ganz spezifische Doppelstruktur zwischen häuslichem Rückzug einerseits und der Nutzung der Chancen des Systems andererseits kultiviert.

Hartmut *Schwester* wird 1960 geboren. Nach dem Abitur beginnt sie ein Chemiestudium und ergreift damit als erste aus Hartmut's Familie eine akademische Laufbahn.<sup>221</sup> Sie trägt auf diese Weise den beruflichen Wandlungs- und Aufstiegsprozeß der Mutter weiter und steigert damit den familiären Transformationsprozeß. Inzwischen ist sie verheiratet, hat zwei Kinder und ist nicht mehr berufstätig, da ihr der Wiedereinstieg nach einer erziehungsbedingten Pause nicht mehr gelingt. Hartmut macht auf diese Weise nach den Frühverrentungen der Eltern in Rahmen seiner Kernfamilie eine weitere Erfahrung mit der Möglichkeit von Berufsblockaden, die nach der Wende Einzug in die Neuen Bundesländer gehalten hat.

*Hartmut selbst* wird 1968 in Leipzig als zweites und jüngstes Kind seiner Familie geboren. Als Junge dürfte er der Mutter, die schon zwei Verluste von Männern in ihrer Familie erlebt hat, besonders kostbar und verletzlich erschienen sein. Sie wird ihn daher sehr umsorgt haben. Darauf deutet auch die geschlechterkreuzende Bindungsstruktur zwischen Eltern und Kindern: *"(I)m Prinzip wars so, daß meine Schwester war so mehr mehr zu meim Vater hingezogen, un ich bin zu meiner Mutter so'n bissel."* (2,3). Der Vater verkörpert demgegenüber die autoritäre Ordnungsmacht, die ihn einer stärkeren Kontrolle unterwirft. Wie schwierig der Ablösungsprozeß für Hartmut ist, zeigt die Tatsache, daß der Vater immer noch als *"Oppositionspartner"* (2,2) gilt und Hartmut eine besondere Genugtuung daraus zieht, daß er ihm aufgrund seines universitär erworbenen Wissens jetzt in vielen technischen Fragen überlegen ist. In seiner Berufswahl und der Struktur der persönlichen Kontakte, die er aufbaut, reproduziert Hartmut, wie sich unten zeigen wird, Muster, die sich schon beim Vater finden.

#### *B. Schule und FDJ*

Hartmut durchläuft mit POS und EOS, die er mit dem Abitur abschließt, die übliche Schullaufbahn. Seine Äußerungen zur Schulzeit sind insgesamt sehr knapp gehalten, vor allem äußert Hartmut keine Besonderheiten:

*Ja ich habe also die ganze normale Laufbahn der Ausbildung wies damals in der DDR üblich war durchschritten. Also ich hab z-zehn Klassen polytechnische Oberschule absolviert, anschließend daran die zweijährige erweiterte Oberschule habe dann das Abitur abgelegt. [...] (1,2)*

Damit ist die Schulzeit für Hartmut durch die bloße Erwähnung abgehakt. Auf die selbe Weise verfährt er mit der Thematik des obligatorischen Durchgangs durch die Kinder- und Jugendorganisationen der DDR, über die man von ihm ebenfalls keinerlei Besonderheiten erfährt.

---

<sup>221</sup> Erstakademisierung von Familien sind häufig in technischen bzw. techniknahen Studiengängen vorzufinden, wie Engler (1993: 64) insbesondere für die Studiengänge Elektrotechnik und Maschinenbau nachweisen konnte.

*da war ich in der elften Klasse war ich FDJ-Gruppensekretär. Und äh [...] in der zwölften, da war ich nee da ich da war ich nich mehr, da war ich dann nur noch normales Mitglied in ner FDJ. (I: hm) Und vorher an der normalen an ner normalen Oberschule, weeiß ich nich mehr genau zu sagen, aber da war ich auch einige Jahre lang äh FDJ-Gruppensekretär. (2,5)*

Die obligatorischen Ämter<sup>222</sup> werden als Pflichtübung absolviert; Hartmut zeigt wenig Engagement, legt aber auch keine kritische Haltung an den Tag. Die familiäre Linie des Arrangements mit dem System der DDR wird somit weiter beibehalten, ohne sich in besonderem Maße einzubringen oder auch über das geforderte Maß hinaus nur Interesse zu zeigen. Zum Wendegeschehen, das mit seinem Studienbeginn zusammenfällt, merkt er an:

*Äh ja grundlegend befreiend für mich war daß der ganze .. äh .. ML-Scheiß weggefallen ist. Tschuldigung wenn ich das so formuliere. (.) Das war für mich der absolute Horror (.) ja. (1,19)*

Eine Identifikation mit den obligatorischen Verpflichtungen liegt offensichtlich nicht vor, aber Hartmut vermeidet Konflikte und macht sich im Grunde kaum Gedanken über die abverlangten Pflichtübungen. Auch wenn echte Zumutungen dabei sind ("ML-Scheiß"), so werden diese doch als zum Alltag gehörig hingenommen und durchgestanden.

*I: Du gehörtest nich zu den Leuten, die da auf der Mauer getanzt haben oder so sondern  
H: Nee, würd ich auch nich machen. (I: hm, ja) Äh weil, weeiß nich, so, nee, könnt könnt ich mir gar nich vorstelln. (I: hm) Weil ich nich nich mit so viel Frust hinter der Mauer gesessen hab.  
(I: ja) Na, ich war war damals eigentlich, sag mer, mit dem mit dem, was ich so gehabt hab, relativ zufrieden. (2,9)*

Anlaß zur Freude über die Wende besteht nicht, da man zuvor auch kein Leid empfunden hat. Man hatte sich eingerichtet und die obligatorischen Pflichten erfüllt, ohne sich zu sehr preiszugeben. Im Interview gebraucht Hartmut allerdings sehr oft die Wendungen "heute würde ich sagen, heute würde man sagen, heutzutage etc." und "das wußten nicht viele" bzw. "erst im nachhinein". Hieraus kann man eine Distanzierung von der DDR aus der heutigen Perspektive entnehmen. Diese Wendungen enthalten gleichzeitig eine Entschuldigung und die Bitte um Verständnis für damaliges Handeln. Hartmut hat demnach mittlerweile eine Neuorientierung vollzogen, wie er auf diese Weise zu verstehen geben möchte und wiederholt beteuert.

Diese Anpassungsleistungen stellen jedoch, wie sich bereits in der familiären Doppelstruktur angedeutet hat, nur eine Seite der Sinnstruktur dar. Die andere Seite besteht aus einer traditionellen Komponente, die sich bei Hartmut am offensichtlichsten in einem religiösen Moment zeigt, das er nicht aufgibt. Als Schulkind hat er ca. zwei Jahre lang die Christenlehre besucht und 1982 wird er, kurz nach der Jugendweihe, konfirmiert. Ferner war er lange Zeit Mitglied bei der jungen Gemeinde, ohne dort aber wie mancher andere in politischer Hinsicht engagiert zu sein. Anders als *Michael* sucht er in ihr auch keinen besonderen Schonraum. Die Tatsache, daß sowohl Konfirmation als auch Jugendweihe vollzogen werden, weist wieder auf die oben skizzierte Doppelstruktur hin: die

<sup>222</sup> Wie von Studenten einhellig und wiederholt mitgeteilt wurde, wurden die Ämter im Rahmen der FDJ turnusgemäß an die Schüler mit den besten Noten vergeben und sagen daher nichts über die Identifikation der Schüler mit dieser Organisation aus.

Orientierung an der Herkunft wird niemals ganz aufgegeben, aber die Familie arrangiert sich auch mit ihrer Umgebung.

### *C. Sportliche Linie*

Schon früh, mit sieben Jahren, beginnt Hartmut Sport zu treiben. Zuerst versucht er sich zwei Jahre im Ringen, das er aus orthopädischen Gründen aufgeben muß, anschließend praktiziert er zwei Jahre lang Sportschießen, was er wegen einer Trommelfellverletzung nicht fortsetzen kann. Die wiederholten gesundheitlichen Rückschläge führen aber nicht zur Aufgabe dieser Art von Freizeitbetätigung, sondern zu einer Neuorientierung in diesem Feld. Nachdem er weitere zwei Jahre diversen Sportarten nachgegangen ist, legt er sich auf Tennis fest, das er noch heute in einem Sportclub seiner Universitätsstadt spielt. Hier ist er in einer Mannschaft, die sich in der Landesliga befindet, was darauf schließen läßt, daß Hartmut selbst ein guter Spieler ist. Ferner spielt er zum Zeitpunkt des Interviews in einem studentischen Fußballverein mit.

*mitm Sport da war ich ja immer unterwegs [...] damals schon als Schüler oder als als als Jugendlicher. (IH: mhm) da warn ja öfters mal Wochenenden wo man dann von Freitags bis Sonntags unterwegs gewesen ist zu irgendwelchen Wettkämpfen oder so [...] das war in der ganzen DDR damals [...] daß ich ja gut kann auch nich Urlaub nennen an sich [...] also da war ich auch viel viel unterwegs (.) damals gabs kaum ein Wochenende wo ich zu Haus gewesen bin. (1,10)*

Sport wird neben dem Bildungsgang zum Lebensschwerpunkt. Ähnlich wie sein Vater ist auch Hartmut jetzt die meiste Zeit außer Haus und geht mit dem Vereinssport einer Freizeitbeschäftigung nach, der er bis heute anhängt.

### *D. Wehrpflicht bei der Bereitschaftspolizei*

Seit 1982 spielt Hartmut Tennis beim Polizeisportverein:

*H: Ja das ergab sich dann aus meiner Mitgliedschaft beim beim Polizeisportverein weil die einfach gesagt ham während meiner Armeezeit wärs ganz günstig, wenn ich dem Sportverein weiter zur Verfügung stehen könnte, weiter spielen könnte. Deshalb ham die das halt gedreht, daß ich halt bei der Bereitschaftspolizei geblieben bin. (1,7)*

Von 1987 bis Mitte 1989 leistet Hartmut seinen Wehrdienst bei der Bereitschaftspolizei in Leipzig ab. Er kann auf diese Weise dem unattraktiveren Wehrdienst bei der NVA entgehen und in seiner Heimatstadt wohnen bleiben. Ferner ist die Dienstzeit kürzer als die für angehende Studenten übliche Dauer von drei Jahren. Diese Chance nutzt er sogleich. Vom Dienst wird er ferner oft für Wettkämpfe im Tennis freigestellt. Hartmut bekommt noch zu seiner Dienstzeit die ersten Anfänge der Wende mit, es kommt aber nicht zum Einsatz seiner Einheit.

*das ging los bei Schlagstöcken über Handschellen Fußfesseln und etcetera und äh da stand jeweils die Frage was macht man nun wenn wirklich schlägt man zu oder schlägt man nicht zu? (..) Und ich war ehrlich gesagt froh, daß ich die Frage im Ernstfall nicht hab entscheiden müssen. (..) weil ich mein ne auf der einen Seite war das für mich ne Frage der Menschlichkeit daß ich doch nicht auf die Leute mit denen ich mich eigentlich gedanklich doch irgendwo identifizieren kann,*

*daß ich auf die drauf einschlage, (...) zum anderen würde dann aber wiederum die Befehlsverweigerung dagegenstehen, was für natürlich persönlich auch wieder erhebliche Konsequenzen nach sich gezogen hätte. (1,9)*

Zu Beginn dieser Passage zählt Hartmut die Instrumente auf, die er im Polizeidienst handzuhaben lernte und die er eventuell auch hätte einsetzen müssen. Er schildert ferner sein persönliches Dilemma für den Fall, daß es zum Einsatz gekommen wäre. Eigentlich ist er dem Einsatz gegenüber abgeneigt, aber seine Berufung auf den Befehlsnotstand läßt den Schluß zu, daß er den Anordnungen gefolgt wäre. Auf der anderen Seite des Dilemmas steht für ihn die *"Frage der Menschlichkeit"*; er hat sich dagegen weniger mit den Inhalten der Demonstrationen auseinandergesetzt. Nicht das öffentliche Anliegen einer der beiden Seiten affiziert ihn, sondern er als Individuum wäre in dieser Situation in einer mißlichen Entscheidungslage gewesen. Das Problem lautet für ihn nicht "Systemkritik versus Systemtreue", sondern "Menschlichkeit versus Gehorsam".

#### *E. Wende*

Im Wintersemester 1989 tritt Hartmut ein Physikstudium an, so daß er die Höhepunkte der Wende bereits als Student erlebt. Er selber hat an keinen Wendeaktivitäten teilgenommen und bis heute auch keine Kenntnis davon, was in dieser Hinsicht in K-Stadt, dem Standort seiner Universität, passiert ist. Er selber ist der Ansicht, daß hier gar keine Aktivitäten von Initiativgruppen stattgefunden haben, was aber doch der Fall war, wie aus der Literatur (z.B. Wolle 1998: 324) und auch von *Heiner* (siehe unten), der in der selben Stadt studiert, zu erfahren ist.

*H: Ich mein, an die an die Annehmlichkeit da hat mer sich sehr schnell gewöhnt, die der Westen mitgebracht hat ja. Nee also tauschen möchte nich nich mehr, muß ich ehrlich sagen. (I: hm) Un ich hab ooch gelernt, mich jetzt durchzuboxen, [...] meine Fähigkeit zu nutzen, daß ich vorwärts komme. (I: hm) Nee jetzt tauschen würd ich nich mehr unbedingt wolln. Aber ich würde ganz gerne einige einige äh Vorteile des des Sozialismus hätt' ich gern hier übernommen, aber ich mein*

*I: Hm. Was da so zum Beispiel?*

*H: En sicherer Arbeitsplatz beispielsweise, ja. (I: hm) Daß de nich drum drum bangen mußst, daß de später mal dastehst un hast hast nix zu tun oder so. Das das seh ich würd würde ich gerne übernommen sehn. Aber (I: ah ja, hm) 's is ja illusorisch. (2,8)*

*Da ham ja viele gesagt äh, [...] um dieses Lebensniveau zu erreichen machen wir diesen Schritt von Osten nach Westen [...] und machen diesen Schritt halt schneller als wenn wir warten, daß der Westen nach dem Osten kommt. [...] Also äh, ich denk mal das das war der richtige Weg [...] wies wies passiert ist. [...] Ich mein hat natürlich auch viele Leute hart getroffen, die dann auf einmal von heute auf morgen äh ohne was dastanden ohne Arbeitsplatz. (1,26)*

*dieses Gemeinschaftsgefühl untereinander ist einfach nicht mehr da, jeder ist mehr nur für sich da und jeder ist im Prinzip, äh. n ganz gemeiner Egoist [...] und de denkt größtenteils nur an sich und ich mein wenn ich da meinen eigenen Standpunkt sehe ja was die K-K.-stadter Perspektive betrifft nehm ich mich da nicht aus. [...] Ja (1,24)*

Hartmut selber hat keine Anpassungsprobleme, gewöhnt sich sehr schnell an das neue System einschließlich der neuen Anforderungen. Er kennt bereits die Spielregeln und glaubt sie zu beherrschen, vor allem hat er gelernt, sich *"durchzuboxen"* und seine *"Fähigkeit zu nutzen"*. Hierin drückt sich auch eine kämpferische Haltung aus. Ähnlich wie sich seine Familie nach der Flucht in

der DDR eingelebt und zurechtgefunden hat, so hat Hartmut sich in das System der BRD eingefunden. Hierzu paßt auch die Tatsache, daß Hartmut im gesamten Interview sehr häufig die Topoi "Flexibilität", "Mobilität" und verwandte Ausdrücke verwendet, die in der neuen Gesellschaftsform eine zunehmende Rolle spielen.

Dabei ist er sich allerdings auch der Gefahren, die ihm gerade als Ostdeutschen in der "Ellbogengesellschaft" drohen, bewußt: *"Daß man da eventuell ... nicht da Fuß faßt und dann sonstwo irgendwo landet"*. Die Schritte, mit denen er sich auf ein neues Terrain wagt (darunter auch ein Praktikum im Westen und ein USA-Aufenthalt), führen "ins Ungewisse" und bereiten ihm teilweise auch "Angst".

Von daher ist es nicht verwunderlich, daß er, wenn er auf die DDR zurückblickt, in allererster Linie die Arbeitsplatzsicherheit vermißt. Vom Fehlen der Arbeitsplatzgarantie ist immerhin außer Hartmut selbst die ganze Familie betroffen: die Eltern wurden noch im Zuge der Wende entlassen und sind nun Vorruheständler; der Schwester ist es nach der Erziehungszeit, die sie ihren Kindern gewidmet hat, nicht gelungen, sich wieder in das Arbeitsleben einzugliedern. Damit ruht gewissermaßen die ganze Last der Familie, sich im neuen System auch beruflich zu bewähren, auf Hartmut. Dennoch herrscht der Wille vor, diese Anforderungen auch zu bewältigen. Offene Protest- oder Kritikpotentiale sind bei Hartmut und seiner Familie nicht zu finden, Mißmut wird allenfalls durch eigene direkte Betroffenheit erregt - Gefahr der Arbeitslosigkeit, wegbrechende soziale Kontakte, fehlendes Gemeinschaftsgefühl - und bleibt auf Bekundungen im kleinen Kreis beschränkt. Insgesamt ist Hartmut der Ansicht, daß es keine Alternative gegeben hat. Hinsichtlich dieser Äußerung muß man sich aber vor Augen halten, daß diese Meinung erst nach der Wende entstanden ist. Zuvor hatte er sich gut in der DDR eingerichtet. Nach der Wende orientiert er sich dagegen neu und ist von dieser Neuorientierung auch selbst überzeugt. Eine biographische Verankerung der eigenen Orientierung im untergegangenen Gesellschaftssystem ist damit offensichtlich nicht vorhanden. Im Gegenteil: Hartmut verfügt über biographische Ressourcen, die eine problemlose Integration in verschiedene institutionelle Strukturen ermöglichen.

#### *F. Studium*

Wie bereits erwähnt, beginnt Hartmut das Studium in K-Stadt im Wintersemester 1989, also zur Zeit des Wendegeschehens. Zuerst studiert er zwei Semester Physik, muß jedoch bald erkennen, daß er mit den hohen mathematischen Anforderungen dieses Studienganges überfordert ist. Zum Wintersemester 1990 wechselt er daher zum Studium der Chemie über. Studienschwerpunkt ist neben organischer Chemie die Umweltchemie. Zum Zeitpunkt des Interviews hat Hartmut bereits mehrere Praktika absolviert. Am Institut ist er als studentische Hilfskraft im Labor beschäftigt und im Rahmen seiner Diplomarbeit arbeitet er mit einem Betrieb zusammen. In Zukunft möchte er am liebsten im Bereich der Umweltchemie arbeiten. Während des Interviews schildert Hartmut in zahlreichen Textstellen (die hier nicht wiedergegeben werden sollen) ausgedehnt und detailreich von den technischen Aspekten seines Studiums, wobei er die Tendenz hat, sich im Fachjargon zu

verlieren. Auch in Zusammenhängen, die nicht mit seiner Ausbildung zu tun haben, kommt er immer wieder auf chemische Aspekte zu sprechen.

Hartmut hat bereits eine berufsbezogene Identität ausgebildet und ist bezüglich seiner Zukunftsaussichten optimistisch. Dieser Befund steht in einem gewissen Konflikt mit dem Umstand, daß er die Ablösung von der Herkunftsfamilie noch nicht ganz vollzogen hat. Die familiären Beziehungen dürfte Hartmut nämlich aus der Perspektive des umsorgten einzigen Sohnes erlebt haben, wodurch bestimmte Bindungen generiert wurden und reproduziert werden, die noch heute wirksam sind. Die Orientierung am gesellschaftlichen Kontext nimmt dagegen die Form des angestrebten Erfolges im technischen Berufsfeld an. Eine vollständige Ablösung wird absehbar erst in dem Moment erfolgen, in dem er sich im Berufsleben etabliert hat.

#### *G. Freundschaften und Beziehungen*

Sowohl Hartmuts Freundschafts- als auch seine Geschlechtsbeziehungen sind immer in irgendeiner Weise mit dem institutionellen Gefüge verknüpft, in dem er sich gerade befindet. So lernt er viele frühere Freundinnen im Zusammenhang mit seinen sportlichen Aktivitäten kennen. Zur Zeit des ersten Interviews hat er eine Freundin, die im gleichen Wohnheim wenige Türen weiter wohnt und ebenfalls eine Stelle als studentische Hilfskraft im Institutslabor hat. Freundinnen sind damit praktisch immer in nächster Nähe, wobei allerdings stets auch eine gewisse Distanz beibehalten wird. Das kommt auch in der Vorstellung zum Ausdruck, daß er sich keine Kinder wünscht, sondern lieber einen Hund halten möchte. Bei einem Hund ist die Reziprozitätsverpflichtung vergleichsweise gering und er ist bedeutend pflegeleichter als ein Kind. In gewisser Weise reproduziert Hartmut hiermit die Beziehungsstruktur, wie sie sein Vater gegenüber der Familie hatte. Erst zum Zeitpunkt des dritten Interviews, nachdem er eine Partnerin kennengelernt hat, zu der er sich eine lebenslange Beziehung vorstellen kann, macht er sich mit dem Gedanken einer möglichen Heirat vertraut, den er zuvor kategorisch zurückgewiesen hat. Nun beschäftigt er sich mit Fragen der Familienplanung, die er aber auffällig kühl und mit Zügen einer fast "technischen" Regulierung angeht. Zum Zeitpunkt des ersten Interviews dürften sich seine Bedürfnisse nach engen persönlichen Kontakten noch nicht ganz aus der familialen Konstellation abgelöst haben. Ein Hinweis darauf könnte die Tatsache sein, daß Hartmut damals noch eine große Stofftiersammlung hatte und eines dieser Tiere, einen fast lebensgroßen Stoffhund, während des gesamten Interviews im Arm hielt und streichelte. Diese Stofftiersammlung war dagegen zum Zeitpunkt des dritten und letzten Interviews aus der Wohnung verschwunden: ein wichtiges Indiz für weitere Schritte zum Erwachsenendasein, die in der Zwischenzeit erfolgt sind.

Andere Kontakte stehen ebenfalls im institutionellen Zusammenhang. Diese pflegt Hartmut vor allem zu Bekannten aus dem Sportverein, dem Studiengang und zu Mitbewohnern des Studentenwohnheims. Hier engagiert er sich immer wieder in der Planung der Instituts- und Wohn-

heimfeten. Er nimmt bei solchen Aktivitäten gern eine zentrale Position ein und hat eine hohe Selbstdarstellungskompetenz.<sup>223</sup>

### **Fallstruktur**

Hartmuts Herkunftsfamilie ist durch die Doppelstruktur der Beibehaltung traditioneller Orientierungen einschließlich einer starken familiären Kohäsion einerseits und dem Bemühen um Einordnung in den jeweils gegebenen gesellschaftlichen Kontext andererseits gekennzeichnet. Zur Mehrung des familiären Nutzens arrangiert man sich mit den Umständen, sofern alte Gewohnheiten und Rückzugsräume dafür nicht aufgegeben werden müssen. Ergeben sich Gelegenheiten, Vorteile für die Familie zu erringen (Schwarzarbeit, Ausnutzung der privilegierten Stellung, um an bessere Urlaubsplätze zu gelangen etc.), dann werden diese gern und ohne große Skrupel wahrgenommen. Eingebacht von Seiten der Mutter und weitergetragen durch Hartmut und seine Schwester wird ferner eine berufliche Aufstiegsorientierung, durch die eine Transformation des familiären Habitus eingeleitet wird. Eine Aufstiegsorientierung ist nämlich offensiver als die bloße Einordnung, wobei sich allerdings die Gefahr vergrößert, daß der traditionelle Kern familiärer Identitätsbildung in Frage gestellt wird.

Hartmut selbst war als jüngster und einziger männlicher Nachkomme in einer bevorzugten Position, in welcher ihm sehr viel Aufmerksamkeit zukam. Unter anderem dies dürfte dazu geführt haben, daß sich Hartmut zum Zeitpunkt des Interviews noch nicht ganz von seiner Herkunftsfamilie abgelöst hat. Die Aufstiegsorientierung hat bei ihm Niederschlag in Form einer naturwissenschaftlich-technischen Ausrichtung gefunden. In dieser Hinsicht ist auch die kognitive Bildung seiner Persönlichkeit am weitesten ausgeprägt, er folgt nämlich häufig der Denkweise technischer Rationalität und hat eine entsprechende berufsbezogene Identität ausgebildet. Gewissermaßen als "homo faber" vermag Hartmut auf dem naturwissenschaftlich-technischen Handlungsfeld Sicherheit und Situationskontrolle zu entwickeln und eine souveräne leistungsorientierte Handlungsstruktur aufzubauen. Dabei hat er die Neigung, außertechnische Kontexte unter die naturwissenschaftlich-technische Rationalität zu subsumieren, was auch für seine Vorstellungen von sozialer Ordnung zutrifft. Ferner denkt er pragmatisch und verhält sich neuen Anforderungen gegenüber flexibel. Er will seine Chancen nutzen und ist bemüht, sich sowohl in der DDR als auch in der BRD seinem Umfeld anzupassen. Zusammen mit dieser herkunftsbedingten Anpassungsbereitschaft bilden seine technischen Kompetenzen das Standbein für die Bewältigung der gesellschaftlichen, vor allem der beruflichen Anforderungen, die er auf sich zukommen sieht. Dagegen erscheint die Entwicklung diffuser emotionaler sozialer Beziehungen verzögert. So bevorzugt er lange Zeit im privaten Bereich lieber unproblematische Substitute (Stofftiere, Hunde), statt sich mit den Problemen zwischenmenschlicher Beziehungen, etwa zu einer Ehefrau oder eigenen Kindern, auseinandersetzen zu müssen. Auch heute noch wünscht er sich für die private Zukunft lieber Konstellationen, die sich mit eher kühler, planender Rationalität

---

<sup>223</sup> Diesen Umstand konnte der Interviewer zufällig beobachten, als er Hartmut zum Zweck der Terminabsprache auf einer Wohnheimversammlung antraf.



bewältigen lassen und die ihn weniger mit der Vielschichtigkeit und Uneindeutigkeit, wie sie sozialen Beziehungen innezuwohnen pflegt, belasten.

#### **Zusammenhangsanalyse**

Hartmut folgt der elterlichen Linie, sich dem Rahmen der Gesellschaftsform, in der man sich jeweils wiederfindet, weitgehend anzupassen. Von der Mutter her ist zugleich der Kern einer Transformation in Richtung Aufstiegsorientierung angelegt. Diese hat bei Hartmut eine spezielle Form angenommen, die mit der Bezeichnung "homo faber" gekennzeichnet werden kann. Auf dem Gebiet des Sports wurde das Muster kompetitiver Selbstbehauptung bereits erfolgreich praktiziert; die Regelung durch strikte Vorgaben, wie er sie im Studium kennenlernt, unterstützen diese biographische Entwicklung. Dabei gibt es einerseits gewisse Unsicherheiten beim Übergang vom familialen Binnenraum in die Welt systemischer Prozesse, andererseits ist die Durchsetzung der eigenen Positionswünsche der zentrale Gesichtspunkt, von dem die eigene biographische Entwicklung bestimmt ist. Neben dem familialen Binnenraum gibt es nur wenig intensive Beziehungen zu Kollegen und Sportsfreunden. Zu einer wirklichen Berührung mit Fremden kommt es dagegen nicht. Von daher fehlt für eine auf Kommunikation ausgerichtete Solidaritätsorientierung die Grundlage. In der Konsequenz erhält die berufliche Identität ein starkes Übergewicht, so daß auch die Neigung besteht, außertechnische Kontexte unter die naturwissenschaftlich-technische Rationalität zu subsumieren. Über eine harte Strukturanalogie damit verbunden ist die Einschließung anderer sozialer Sinnhorizonte in eine leistungsorientierte Handlungsstruktur, denn beide Denkfiguren - die technische und die ökonomische - folgen einer instrumentellen Logik, wonach relativ einfache zentrale Mechanismen bzw. Prinzipien die Grundlage einer komplexen Prozeßstruktur darstellen. Das Leistungsprinzip erscheint Hartmut als Garant und einzige realistische Grundlage einer effizienten Wirtschaft, die wiederum die zentrale für das gesellschaftliche Gesamtsystem ist. So wird die Frage der sozialen Integration auf die Frage der ökonomischen Effizienz reduziert, während lebensweltliche Geltungsansprüche, darunter insbesondere auch Fragen der Gerechtigkeit und der Solidarität, wenn sie auch nicht gänzlich unter den Tisch fallen, so doch stark in den Hintergrund rücken. Von zentraler Bedeutung ist es demnach, alle Leistungsreserven zu mobilisieren. Auf sozialstaatliche Momente muß so weit wie möglich verzichtet werden, denn diese schwächen die Leistungsbereitschaft.

Hartmut hat sich zwar auch einen gewissen Sinn für Exklusionsprozesse, die durch Marktprozesse herbeigeführt werden, bewahrt; allerdings kann eine Unterstützung von schwächeren sozialen Gruppen nur erfolgen, wenn dies die Dynamik der Systeme nicht blockiert. Von Hilfsbedürftigen ist deshalb zu verlangen, daß sie mit aller Konsequenz die Chancen der eigenverantwortlichen Reproduktion suchen. Deshalb sollte auch nur minimale Unterstützung gewährt werden.

Neben diesen weitgehenden Universalisierungsleistungen sind wiederholt Rückfälle in partikularistische Orientierungen auszumachen, was zu eigentümlichen Ambivalenzen führt. Denn anlässlich ganz spezifischer Themen und Fragestellungen brechen unvermutet Geltungsansprüche hervor, die im Widerstreit mit dem Leistungsprinzip stehen. Teils bleiben diese unvermittelt neben dem Leistungsprinzip stehen, teils verdrängen sie es aber auch. So zeigt sich im Gesamtbild eine

eigentümliche Melange aus Leistungsprinzip und Urteilen auf der Grundlage von Kategorien, die dem lebensweltlichen Nahraum entstammen. Während das Leistungsprinzip, auf der technischen Rationalität des "homo faber" fußend, vergleichsweise klar und konsequent vorgetragen wird, auch wenn hier noch weitere Rationalisierungsschritte (etwa von der Aufwands- hin zur Wettbewerbsperspektive) denkbar und erwartbar sind, so wirken die unerwartet hervorbrechenden lebensweltlichen Geltungsansprüche wenig rational, partikularistisch und kaum reflektiert. Gerade in solchen Fällen entfaltet die eigene (bzw. familiäre) Interessenlage eine starke meinungsprägende Kraft, so daß die hiermit einhergehende partikuläre Perspektive im Konfliktfall nicht verlassen wird. Die Argumentation behält dann zwar formal die Gestalt eines allgemeinen Anspruchs, de facto wird aber der Versuch unternommen, allgemeine Grundsätze so zu formulieren, daß sie der eigenen Bedürfnislage angemessen sind. Bestimmten Lebensrisiken in der neuen Gesellschaftsordnung würde Hartmut nämlich gerne durch eine autoritäre Instanz begegnen, die durch eine quasi-paternalistische Versorgung Sicherheit bietet, wobei die Wirtschaft in der neuen Gesellschaftsordnung die Position einnehmen soll, die im Kontext der DDR der Staat innehatte. Hartmut nimmt auf diese Weise kontrafaktisch an, daß Systeme eine sozialintegrative Tendenz aufweisen.<sup>224</sup>

So steht Hartmut in seinen Solidaritätsurteilen mit einem Fuß auf der Grundlage von Partikularinteressen, insbesondere denen einer tradierten, wenn auch schon teiltransformierten, Familienorientierung, die aufgrund seiner spezifischen Stellung im Familiengefüge mit Zügen der verzögerten Ablösung einhergeht; mit dem anderen Fuß bewegt er sich vor dem Hintergrund eines technisch geprägten Denkansatzes in Richtung einer systemkompatiblen Rationalität. Letztere bezieht sich, vermittelt über das Leistungsprinzip, primär auf das ökonomische System. Zwar kann er sich vorstellen, daß dieses selbstdestruktive Prozesse in Gang setzen kann, aber diese sind eventuell im Rahmen des Systems selbst, nämlich durch richtig eingesetzte technokratische Rationalität, umzukehren.

#### **Verhältnis zur bestehenden gesellschaftlichen Ordnung**

##### Beziehung zur politischen Ordnung

Auch Hartmut hegt wie *Britta* das Stereotyp von der "Selbstbedienungsmentalität" der Politiker. Politik wird ferner von der Effizienz der Entscheidungen her beurteilt; Aspekte legitimer Machtakquisition und der Koordinierung konfligierender Interessen spielen dagegen keine

---

<sup>224</sup> In den späteren Interviews erfolgen inhaltliche Bewegungen in Richtung einer Verallgemeinerung des Leistungsprinzips. Dies wohl nicht zuletzt auch, weil Hartmuts Eltern ihre Rentenansprüche mittlerweile durchgesetzt haben und sich die Befürchtungen einer drohenden Sozialhilfeabhängigkeit als unbegründet erwiesen haben.

Rolle. Dies drückt sich unter anderem darin aus, daß Hartmut die Einteilung der politischen Führungsschicht in Regierung und Opposition suspekt findet. Ihm wäre es lieber, wenn alle an einem Strang zögen, da es seines Erachtens letztlich nur einen richtigen Weg gibt, den Staat zu lenken. Auch angesichts kritischer Aspekte, etwa auf dem Themenfeld von Umweltfragen, gilt seine Sorge nicht der Suche nach gesellschaftlichen Alternativen, sondern in erster Linie der technischen Bearbeitung von Problemen. Wie schon *Michael* und *Britta* strebt er damit ein Expertentum an, das an den Schaltstellen der Macht etabliert werden soll.

#### Einstellung gegenüber der Dynamik gesellschaftlicher Teilsysteme

Hartmut selbst gelingt es, sich rasch an den neuen Anforderungen zu orientieren. Die Strategie, sich dem gesellschaftlichen Gesamtsystem gegenüber opportun zu verhalten, wird beibehalten, und es erfolgt auch kein Innehalten oder Nachdenken über die neue Situation. Stattdessen wird sofort auf die Strategie der tätigen Bewältigung gesetzt. Man konzentriert sich auf die Anforderungen, die einem gestellt werden, und die Chancen, die sich bieten. Besonders die Topoi "mobil" und "flexibel" spielen nun für Hartmut eine wichtige Rolle. Er selbst will von den Chancen des neuen Systems profitieren und selber einmal viel verdienen, wodurch er an die Steigerungsdynamik der funktionalen Systeme anzuknüpfen und sich hierin zu bewähren sucht. Gesellschaftliches Engagement oder Kritikpotentiale sind bei Hartmut (und seiner Familie) nicht ausgeprägt, Mißmut wird allenfalls durch eigene direkte Betroffenheit erregt, nicht aber durch öffentliche Mißstände. Selbst dann beläßt man es bei Unmutsbekundungen im kleinen Kreis.

#### **Reichweite der Solidaritätsbeziehung**

Hartmut spricht sich uneingeschränkt dafür aus, der Dritten Welt dabei zu helfen, auf eigenen Beinen zu stehen. Er bezieht folglich alle Menschen in die Solidaritätssphäre mit ein, geographische Grenzen sind für ihn in diesem Zusammenhang irrelevant. Ferner muß prinzipiell jeder die Chance erhalten, Leistungen zu erbringen; wer aber aufgrund seiner besonderen Situation keine Leistungen erbringen kann, ist berechtigt, Unterstützung zu beziehen, die jedoch soweit wie möglich der Inklusion der Betroffenen in den Bereich der Leistungserbringung dienen soll und deshalb nicht zu hoch ausfallen darf.

#### ***Kurzdarstellung: Susanne (Jura)***

In den selben Typus läßt sich auch der im folgenden vorgestellte Fall, Susanne, einordnen. Sie weist zwar, wie sich zeigen wird, gewisse Differenzen auf, bezüglich der Solidaritätsorientierung führt ihre Grundstruktur jedoch in eine große Nähe zu Hartmut.

#### **Solidaritätsorientierung**

Zunächst fällt an Susanne ein interessantes Komplementärverhältnis bei ihren Bewertungen von BRD und DDR auf. Die eine Gesellschaftsform wird jeweils vor dem Hintergrund der anderen beurteilt, wodurch beide wechselseitig zu Kontrastfolien der Betrachtung werden. Die Stärke der BRD liegt

für Susanne darin, politische und persönliche Freiheiten zu garantieren, die DDR hatte dagegen eine stärkere sozialpolitische Komponente vorzuweisen. Wiederholt betont Susanne in diesem Zusammenhang, daß ihr früher der Mangel an bürgerlichen Freiheiten nicht bewußt war: *"Bloß zu der Zeit, da wußt ich das ja noch gar nicht. Da dacht ich sowieso, alles, was die machen is in Ordnung"* (2,2). Erst im nachhinein sieht sie sich in der Lage, sich die kritikwürdigen Momente der DDR vor Augen zu führen. Susanne distanziert sich aber aus der gegenwärtigen Perspektive nicht so stark vom alten System wie *Hartmut*.

In sozialpolitischer Hinsicht wurde ihres Erachtens in der DDR häufig zuviel des Guten getan:

- S: *'s war vielleicht auch en Fehler eben von den Leuten, den Schwächeren so viel zuzustecken, weil die dann gar nicht mehr (I: hm) versucht haben, (I: hm) irgendwie rauszukommen aus der Gosse. (I: hm) 's war wahrscheinlich zu viel. (I: hm) (2,5)*

Die staatliche Hilfe war zu üppig, die Empfänger wurden dadurch in ihrer Eigeninitiative gelähmt, was zu dem Folgeproblem führte, daß der Status als Hilfsempfänger verfestigt wurde. Während auf diese Weise das Moment der Eigenverantwortung in der DDR einen zu niedrigen Stellenwert innehatte, erscheint dagegen für Susanne das *Sozialhilfeniveau* in der BRD zu niedrig, denn gewisse elementare Bedürfnisse werden nicht ausreichend berücksichtigt (2,14). Aber auch hier kann eine Anhebung dazu führen, daß kein selbständiges Auskommen mehr gesucht wird. Damit beschreibt Susanne ein Dilemma zwischen Unterversorgung und Lähmung der Eigeninitiative. Es kommt daher einer Gratwanderung nahe, das richtige Maß an Unterstützungsleistungen zu bestimmen. Dabei ist im Text auffällig, daß sich Susanne auf dem Themenfeld der Sozialhilfe sehr unsicher bewegt, wie sich der häufigen Verwendung des Ausdrucks *"wahrscheinlich"* und ähnlicher Begriffe entnehmen läßt. Das *Arbeitslosengeld* sollte ihrer Meinung nach auf der Grundlage des Gleichheitsprinzips vergeben werden:

- S: *viele Leute wollen auch gerne Arbeit und kriegen keine. (I: hm) Aber 's heißt ja immer so schön, wer Arbeit will, der kriegt auch welche. (I: hm) Weil die Leute sin aber die Leute sin aber nicht bereit unter ihm Niveau zu arbeiten. (I: hm) Is ja auch dumm, wenn se's machen un dann wieder rausfliegen, kriegen se ja nur noch Arbeitslosengeld in Höhe (I: hm) äh äh prozentual gesehen in Höhe von dem, was se eben grade vorher gemacht haben. (I: hm hm) Un da machen se's natürlich nicht. Also das sollte man vielleicht irgendwie ändern. Daß das Arbeitslosengeld für alle gleich is. (2,16)*

- S: *Also ich finde Arbeitslosengeld müßte ungefähr für jeden gleich sein. (I: hm) ... Wenn er arbeitslos is, dann soll er sich wieder ne Arbeit suchen in dem Niveau, wenn ihm das nich reicht. (2,15)*

Es stellt sich wie im Falle der Sozialhilfeempfänger das Problem, daß die Arbeitslosen bei zu hoher Unterstützung nicht wieder aus ihrer Situation heraus wollen. Das gilt vor allem für hochbezahlte Arbeitslose. Ein weiteres durch die Strukturlogik vorgegebenes Problem besteht darin, daß es geradezu unklug wäre, eine schlechter bezahlte Stelle anzunehmen, da sich dadurch der Anspruch auf Unterstützung bei erneuter Arbeitslosigkeit verringert. Gleiches Arbeitslosengeld für alle würde dagegen den Anreiz erhöhen, auch eine schlechter bezahlte Stelle als die vorherige anzunehmen, da keine Verschlechterung des Anspruches mehr eintreten könnte. Wie auch beim Thema der Sozialhilfe

bleibt das angemessene Niveau der Zahlungen wieder unklar. Gemäß dem Argumentationsmuster müßten sich diese eigentlich auf einem mittleren bis niedrigen Niveau bewegen, um der Aufnahme auch einer gering entlohnnten Beschäftigung nicht im Wege zu stehen, denn sonst würde wieder die Gefahr lauern, daß die Eigeninitiative der Leistungsempfänger gelähmt wird.

Bei *Einkommensunterschieden* besteht nach Susannes Vorstellung in der BRD eine starke Tendenz zur Statusverfestigung, denn während sozial Schwache ohne Möglichkeit des sozialen Aufstiegs bleiben, nutzen die Bessergestellten ihre Mittel, um ihre Position zu zementieren:

*S: Leute, die's Geld haben, die werden halt bevorteilt. Also wenn mer's einmal geschafft hat, da hat mer's eben geschafft hier in diesem Staat. (I: hm) Wenn mer einmal oben dran is, (I: hm) dann bleibt mer das auch (2,12)*

Es herrscht das Matthäus-Prinzip: Wer hat, dem wird gegeben. Susanne diagnostiziert für die BRD eine starke Stratifizierung bei geringer sozialer Mobilität. Sie hegt ferner einen gewissen Affekt gegen Eliten und kommt immer wieder auf pathologische Entwicklungen zu sprechen. Aber diese haben - genau wie im Falle *Hartmuts* - kein so großes Gewicht, daß ihre Vorbehalte in eine weitergehende Systemkritik umschlägt.

*S: Also ich denk mal, wenn man sich anstrengt hier, dann kann mans auch schaffen, mal viel Geld zu kriegen, wenn man das will. (I: hm) Das liegt halt, wie gesagt, an jedem selbst. Aber warum das jetzt solche Unterschiede sin, weiß ich nich. (I: hm) Weil eben die Arbeit von nen Fließbandarbeiter nich so angesehn is wie eben die Arbeit von nem, was weiß ich, von nem Steuerberater oder von nem Rechtsanwalt. Ich meine, das liegt hängt auch damit zusammen, daß das eben alles hier privater Kram is. (I: hm) In der D- in der DDR war ja alles staatlich irgendwie, (I: hm) die ganzen Betriebe, und hier is halt privat, und (I: hm) da zahlt mer eben dem dem dem Fließbandarbeiter nich soviel, (I: hm) also (I: hm) das is halt irgendwie. (2,13f)*

Es existiert zwar das Moment der Eigenleistung und man hat sogar die Chance, zu den höheren Einkommensschichten aufzusteigen, aber auch bei gleicher Anstrengung kommt es zu Einkommensunterschieden, die mit dem Status der Tätigkeiten in Verbindung stehen. Dieser wiederum wird durch die Grundstruktur des ökonomischen Systems bestimmt: während der Fließbandarbeiter in der DDR ein relativ hohes Ansehen genoß und dementsprechend gut bezahlt wurde, steht er in der BRD am unteren Ende der Rangskala und wird daher schlecht bezahlt. Bei Susanne schwingt implizit das (aufwandsbezogene) Leistungsprinzip mit, das sie eigentlich angemessen fände. Im Rahmen der Privatwirtschaft finden jedoch eigentümliche Verzerrungen statt (Matthäus-Prinzip, Bezahlung der Arbeit nach sozialem Status), die dieses Prinzip schwächen bzw. außer Kraft setzen und daher zu Ungerechtigkeiten führen. Dem selben Muster folgt Susanne bei der Bewertung der *Lohnunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland*. Hier soll ebenso das Prinzip "gleiches Geld für gleiche Leistung" gelten und auch hier wird das Prinzip durch einen Statusunterschied ausgehebelt. Diese Tatsache stellt für Susanne eine klare Ungerechtigkeit dar.

Sie gibt jedoch mehrere Gründe an, aufgrund derer man das vorherrschende Verteilungsmuster nicht ändern kann. Erstens sind bestimmte Differenzierungen gerechtfertigt: es gibt unterschiedliche Leistungen, die zu berücksichtigen sind, was besonders deutlich wird, wenn es zur Übernahme von

Verantwortung kommt. Zweitens würden die Bessergestellten niemals freiwillig etwas abgeben. Drittens kann man das Verteilungsmuster nicht staatlich vorschreiben. Susanne geht nämlich davon aus, daß die ökonomischen Geldströme das entscheidende Verteilungsmuster darstellen und daß es viertens außerhalb von diesem Grundmodus keine abweichende konzeptionelle Grundlage gibt, von der aus man überzeugend gegen die konstatierten Ungerechtigkeiten agieren könnte.

*S: Also ich weiß nich wie, mer kann so was ja nich staatlich äh vorschreiben, wieviel Geld wer kriegt. Also jetzt, (I: hm) glaub ich nich, daß man das irgendwie ändern kann überhaupt, weil das eben so is im Kapitalismus, daß eben viele also viele wenig haben und wenige viel haben. (I: hm) Also mer kann das auch jetzt nich irgendwie umverteilm. Nach welchen Kriterien sollte das denn eigentlich gehn? (2,14)*

Eigentlich kann man gar nichts gegen die herrschenden Verhältnisse ausrichten, denn es gibt gar keine Grundlage für die Formulierung entsprechender Geltungsansprüche. Daher kann auch keine Reformperspektive eingenommen werden. Aus diesem Grunde kann dem Systemfunktionalismus kein Prinzip entgegengesetzt werden, schon allein deshalb nicht, weil man gar nicht sagen könnte, welches Prinzip das eigentlich sein sollte: *"Also mer kann das auch jetzt nich irgendwie umverteilm. Nach welchen Kriterien sollte das denn eigentlich gehn?"* Damit sieht Susanne weder eine Chance noch überhaupt eine Grundlage für Umverteilungsmaßnahmen.

*S: Also 's kapitalistische System an sich, find ich ja nich so toll. Aber äh die Menschen sin halt nich für was andres geschaffen. (I: hm) Also die die sind halt wie die T- die sagen zwar immer, sie sin intelligenter als die Tiere, aber sie benehmen sich doch manchmal wie wie doofe Affen oder so, also wenn's wenn, mer siehts ganz deutlich, wenn's irgendwo was umsonst gibt, dann (I: hm) egal ob ich's brauche oder nich, die nehmen's halt. Die nehmen's halt einfach mit. Das is (I hustet) also das das regt mich immer auf so was, (I: hm) wenn's irgendwo nee. (I: hm) Dann möglichst viel erhaschen un (I: hm) also das find ich unmöglich. Aber das is der Mensch. Kommt eben aus'm Tierreich. (lacht kurz) Benimmt sich auch so. (lachen) Ja, [...] ich finds so schon ganz in Ordnung, also mir gehts auch gut. (I: hm) Aber für die Leute, denen's eben jetzt eben so ziemlich schlecht geht, die arbeitslos sin, (I: hm) also da find ich's schon schlimm. (I: hm) Da wars in ner DDR natürlich besser. Aber mer kann das nich man kann nich nur das Gute nehmen. 's gibt halt immer zwei Seiten. (2,9)*

Das kapitalistische Wirtschaftssystem kommt der biologischen Verfaßtheit des Menschen am weitesten von allen Alternativen entgegen. Die Menschen handeln nämlich in aller Regel kurzsichtig und zu ihrem eigenen Nutzen und verlieren dabei die langfristige bzw. kollektive Perspektive aus den Augen. Auf dieser Grundlage gelangt man zwangsläufig zum kapitalistischen Wirtschaftssystem, da es den Egoismus der Menschen sogar für die eigene Dynamik zu nutzen versteht. Da es auf der "Menschennatur" gründet, hat es wenig Sinn, sich Gedanken über Reformen oder Veränderungen zu machen, denn es erscheint schlichtweg unrealistisch, Normen oder Prinzipien an das System heranzutragen, und weil diese Möglichkeit nicht besteht, hat sich auch gleich die Frage, ob Änderungen überhaupt geboten wären, miterledigt. In ihrer biologistischen Auffassung vom Wesen des Menschen findet sich bei Susanne eine auffällige Parallele zu *Michael*.

Bezüglich der Problematik der *Dritten Welt* vertritt Susanne die Dependenzthese:

S: *wir arb- wie leben ja auf den Kosten (I: hm) also auf den Kosten der Leute in den Dritten in der Dritten Welt. Ich mein, das das is ja eigentlich so ziemlich klar ne. (I: hm hm) Un deswegen ham wir auch ne gewisse Verpflichtung. ... Bloß wie das jetzt im einzelnen is, weiß ich eben auch nich, wie man das am besten machen könnte. (I: hm) Weil die Länder lassen sich eben auch nichts vorschreiben. (I räuspert sich) Na ja könn' mer ja auch nich, ham mer nich das Recht dazu. (I hustet) (2,17)*

Der Reichtum der Industrienationen gründet auf der Armut der Dritten Welt. Aus dieser Tatsache folgt eine Verpflichtung zur Hilfe, da erstere der letzteren Wiedergutmachung schuldig sind. Auch hier liegt jedoch eine dilemmatische Struktur vor, denn Susanne will die betreffenden Länder auch in ihrer jeweiligen kulturellen Eigenart akzeptieren. Hilfe kann jedoch leicht zur Beeinträchtigung dieser Eigenarten führen. So gilt zwar der Grundsatz der Solidarität aufgrund einer zu begleichenden Schuld, aber wie die Hilfe ohne Bevormundung aussehen könnte, das ist ein spezifisches Problem, für das Susanne keine Lösung weiß.

*Alles in allem* läßt sich feststellen: das Gerechtigkeitsprinzip, dem Susanne anhängt, ist das Leistungsprinzip aus der Aufwandsperspektive. Demnach sollte der Grundsatz "Gleiches Geld für gleiche Leistung" gelten. Das würde sich ihrer Vorstellung nach in einem compressed range der Einkommensverteilung ausdrücken. Allerdings ist sie sich auch wieder unsicher, ob es überhaupt gut begründbare Konzeptionen einer alternativen Verteilungsstruktur gibt, so daß sie schon konzeptionell der herrschenden Verteilung kaum etwas entgegensetzen kann. Wo das aufwandsbezogene Leistungsprinzip nicht anwendbar ist, etwa im Falle der Sozialhilfeempfänger, soll das Bedürfnisprinzip gelten, das aber auf Mindestbedürfnisse beschränkt bleiben muß, um nicht den Anreiz dafür zu nehmen, den Bereich aufzusuchen, in dem das Leistungsprinzip gilt. Allerdings schlägt Susannes Gerechtigkeits- und damit auch ihre Solidaritätsorientierung nicht durch, denn sie geht davon aus, daß diese den systemischen Erfordernissen der kapitalistischen Ökonomie zuwiderlaufen. Insgesamt gilt daher für Susanne (frei nach Churchill), daß der Kapitalismus das schlechteste Wirtschaftssystem ist abgesehen von allen anderen. Der Kapitalismus ist einerseits dem Menschen angemessen und gewährt außerdem die Möglichkeit, sich ein gutes Leben zu ermöglichen, sofern man nur leistungsbereit ist. Andererseits stellt er aber auch einen Nährboden für ungünstige Entwicklungen dar, etwa der Selbstreproduktion des Reichtums. Von diesen zwei Seiten kann man aber nicht einfach die bessere haben wollen und die andere vernachlässigen. Ferner gibt es zu ihm keine realistische Alternative. Damit ist zwar Susannes Unbehagen größer als bei *Hartmut*, aber letztlich kommt sie zu den selben Ergebnissen. Anders als die drei bisher vorgestellten Fälle steht sie zwar nicht ohne Vorbehalte auf dem Boden des kapitalistischen Systems, hält es aber immer noch für die beste Alternative. Primat hat für sie ein unvermeidliches in der Menschennatur verankertes System, dem gegenüber ihre sozialintegrativen Impulse kraftlos bleiben.

### Kurzbiographie

In Susannes Familie gehen spätestens seit der Großelterngeneration sowohl die Männer als auch die Frauen Dienstleistungsberufen im Rahmen öffentlicher Einrichtungen nach, die zum größeren Teil eine akademische Ausbildung zur Voraussetzung haben. Die *Großväter* waren beide leitende Angestellte im Staatsdienst. Insofern kann man von einer staatstragenden Linie sprechen, die in Susannes *Vater*, der SED-Mitglied und Parteisekretär war (was eine Voraussetzung für seinen Posten als Betriebsdirektor darstellte), ihren Höhepunkt findet. Der Vater identifizierte sich stark mit den Inhalten des Systems, auch wenn es gelegentlich zu Konflikten kam.<sup>225</sup> Die jeweiligen Anpassungen an die Änderungen der politischen Rahmenbedingungen verlaufen in jeder Generation, von den notwendigen Umschulungsmaßnahmen abgesehen, weitgehend bruchlos. Auch dem Vater gelingt nach dem Zusammenbruch der DDR eine rasche Neuorientierung; zum Zeitpunkt des Interviews ist er wieder auf dem alten Berufsfeld bei einer westdeutschen Stadt angestellt.

Susanne und ihre sechs Jahre jüngere Schwester wachsen behütet in einer mutterzentrierten Familie mit sehr jungen und verständnisvollen Eltern auf. Die *Mutter* kann aufgrund ihrer Tätigkeit als Gemeindeschwester ihre Arbeitszeit flexibel den Bedürfnissen der Familie anpassen und ist diejenige, die die Markierungspunkte im Tagesablauf setzt.

*Also wir hatten total, tolles Zuhause. Ich versteh mich mit meinen Eltern bombig. Also meine Eltern ham uns sich wirklich um uns bombig gekümmert. Ja war eigentlich auch immer jemand da. (1,2f)*

Susannes Darstellung ihrer Familie ist durchgehend und geradezu überschäumend positiv; sie kommt auch im gesamten Verlauf des biographischen Interviews wiederholt und oft unerwartet auf ihre Familie zu sprechen. Ganz im Gegensatz zu *Michael* wächst Susanne in einer hochintegrierten harmonischen Familie auf, die den Kindern viel Zeit und Raum widmet. Auch heute noch sind die Beziehungen innerhalb der Familie intensiver als zu außenstehenden Personen. So wird etwa Susannes Jugendweihe im Kreis der Familie gefeiert und nicht, wie üblich, im Rahmen der Peer Group. Ferner zieht Susanne, nachdem sie zwei Jahre im Studentenwohnheim gewohnt hat, wieder in die elterliche Wohnung zurück. Der zaghafte Beginn einer Ablösung wird damit schnell wieder abgebrochen.<sup>226</sup> Ihr Leben ist bis heute sehr familienzentriert, alle intensiven Kontakte finden innerhalb der Familie statt, wo Nähe und umfassendes Vertrauen herrschen. Die berufsbedingte Abwesenheit des Vaters fällt dabei kaum ins Gewicht:

*Und also meine beste Freundin is eigentlich meine Mutter un meine Schwester, weil wir zu dritt nun äh die Wohnung da (I: hm) praktisch haben. (I: hm) Und wenn wir Abendbrot essen oder wenn wir uns da eben zu Hause treffen nach der Schule, nach'm Studium, nach der Arbeit, (I: hm) dann wird halt also alles bequatscht. (I: hm) Also wir können uns wirklich über alles unterhalten, un da brauch ich eigentlich gar nich so (I: hm) jetzt ne feste Freundin, (I: ja) wie's das wie's das eigentlich gibt. (I: hm) Is mir auch neulich aufgefalln, daß ich so was gar nich habe, (I: hm) daß ich Freunde habe, (I: hm) aber so ne Freundin eigentlich nich. (1,5)*

<sup>225</sup> Im Nachhinein stellte sich heraus, daß über den Vater eine Stasi-Akte angelegt worden war.

<sup>226</sup> Hier muß allerdings angemerkt werden, daß nach Wächter (1997: 98) im Jahre 1989 noch 84 v.H. der Studenten eines Jahrgangs im Haushalt der Eltern lebten.



Im außerfamiliären Raum gibt es dagegen keine signifikante Bezugsperson abgesehen von ihrem Freund, wobei Susanne starke Bestrebungen hat, ihn in die eigene Familie zu integrieren:

*S: Also der is völlig integriert in unsre Familie. Der is für meine Schwester eigentlich fast wie en Bruder. Das is (I: hm, hm) er sagt bloß noch nich Du zu mein Eltern. Aber ich denk, das dauert nich lange, (lachen beide kurz) das kommt vielleicht auch noch. (I: hm, hm) Mal sehn, (I: hm) wie's so wird. (1,5f)*

Der Freund füllt freie Valenzen in der Familie aus, indem er zum "Bruder" gemacht wird. Damit überformt die Familie in bedenklicher Weise die Struktur der sexuellen Partnerbindung.

Gegenüber ihrer sechs Jahre jüngeren Schwester ist Susanne häufig als "*Gouvernante*" (1,2) aufgetreten. Susanne nahm damit eine Vermittlungsposition zwischen Eltern und jüngerer Schwester ein, die sich in Analogie zu den Berufsprofilen der Eltern- und Großelterngeneration verhielt: man leitet Anweisungen von oben nach unten weiter und steht dafür in der Verantwortung, daß diese auch befolgt werden.

In der Schule gehörte Susanne durchgehend zu den Klassenbesten: "*s gab eigentlich kein Fach, was ich nich gerne gemacht habe.*" (1,4) Diesem Muster der vorbildlichen Erwartungserfüllung folgt sie auch im Rahmen der Pionierorganisation und der FDJ. Sie nimmt darin jeweils frühestmöglich die altersgemäßen Spitzenpositionen (Gruppenratsvorsitzende) ein, wobei sie ihr Engagement im Gegensatz zu vielen anderen Interviewpartnern nicht im Sinne eines zu absolvierenden Pflichtprogrammes darstellt. Sie folgt vielmehr einer Sinnfigur, wonach man sich in diesen Feldern zu bewähren hat. Noch heute schildert und erlebt sie ihre Gruppenleitertätigkeiten als Erfolgsgeschichte. Susanne war damit zu DDR-Zeiten nahezu vollständig in ihr soziales Umfeld einschließlich der politischen und obrigkeitsstaatlichen Momente integriert.

*Also ich fand das alles in Ordnung, was der Staat gemacht hat. (2,4)*

*Also bis zuletzt war ich noch an der Seite der DDR. (2,7)*

Natürlich ist eine vollständige Integration nicht wirklich möglich, schon allein deswegen nicht, weil Sozialisationsprozesse zwangsläufig auch konflikthaft verlaufen, aber bemerkenswert ist an dieser Stelle, daß Susanne die konfliktträchtigen Momente offenbar kaum wahrgenommen hat oder jedenfalls nicht erinnert. Sie wirkt, wenn sie über ihre Vergangenheit in der DDR erzählt, authentisch und ungebrochen, wobei Konflikte heruntergespielt und Positives hervorgehoben wird. Kritik wird von ihr erst dann geäußert, wenn sie explizit den gegenwärtigen (Post-Wende-)Standpunkt einnimmt. Versetzt sie sich dagegen wie meist in den Schilderungen ihrer Kindheit und Jugend in ihre damalige Sichtweise zurück, dann dominiert der für diese Sichtweise typische Duktus und sie läßt keine nachträglichen Distanzierungen erkennen.

Susanne bevorzugt offensichtlich klar strukturierte Handlungsfelder, in denen sie genau weiß, was von ihr erwartet wird. Diese Erwartungen werden internalisiert und dann an andere, etwa ihre Schwester, herangetragen. Daher ist sie auch gut für Leitungsfunktionen ("*Gouvernante*", Gruppenratsvorsitzende, FDJ-Sekretärin) geeignet.

Ihr Berufswunsch vor der Wende war, Deutschlehrerin zu werden. Damit hätte sie wesentliche Charakteristika der männlichen und weiblichen Berufe ihrer Familie vereinigt, nämlich die menschenzugewandte Perspektive der Frauen- mit dem staatstragenden Charakter der Männerberufe. Die spezifischen Opportunitätsstrukturen der DDR entfallen jedoch mit der Wende. Ähnlich wie bei *Britta* ist auch die Fallstruktur von Susanne aufgrund des Zusammenbruches der DDR zweigeteilt. Anders als für *Britta* führt dies für Susanne jedoch nicht zu Orientierungsgewinn, Erweiterung des Optionenspielraumes und größerer Handlungssicherheit, sondern umgekehrt zu Orientierungsverlust und geringerer Handlungssicherheit, wobei die Vergrößerung des Optionenspielraumes eher als Bedrohung erfahren wird. In der DDR hatte Susanne keine Probleme, die gesellschaftlich vorgegeben Ziele zu befolgen und sich auf dieser Grundlage zurechtzufinden, während das Leben in der BRD eine Reihe von Irritationen für sie bereithält. Susanne sieht sich allerdings nach dem Zusammenbruch auch in der DDR getäuscht, da sie inzwischen über Informationen verfügt, die ihr die damaligen Mißstände vor Augen führen. Diese Ent-Täuschung geht aber nicht so tief, daß sie einen radikalen Schlußstrich unter ihre DDR-Erfahrung zieht. Der Lerneffekt besteht vielmehr darin, künftig der Politik generell, d.h. auch derjenigen der BRD, ein besonders hohes Maß an Mißtrauen entgegenzubringen.

Zur Wende äußert sie ferner:

*S: Also ich bin selbstbewußter geworden. Ich merk das. ... das is ja die Hauptsache. (I: hm hm) Man muß ja nur dreist sein, (lacht kurz) dann kommt man in der Gesellschaft durch. Also ich will nich sagen, daß ich dreist bin, aber (I: hm hm) Selbstbewußtsein das braucht man. Das is ganz wichtig. (1,17)*

Selbstbewußtsein ist ihres Erachtens eine wichtige Schlüsselqualifikation für das Überleben in der neuen Gesellschaftsform. "*Dreist*" will Susanne dagegen nicht werden, denn damit würde sie einen Bereich moralischer Integrität verlassen, dem sie sich selber weiterhin verpflichtet fühlt. Darin drückt sich eine Distanz zur neuen Gesellschaftsordnung aus, die gegenüber der DDR in dieser Form nicht vorhanden war. So ist Susanne zwar bereit, notwendige Anpassungsleisten zu vollbringen, will aber nicht so weit gehen, bestimmte Formen der persönlichen Integrität aufzugeben. Eine analoge Gefahr bestand für Susanne im Rahmen der DDR nicht, denn ihre biographische Verankerung fußte auf einer engen wertorientierten Übereinstimmung mit dem alten Gesellschaftssystem. Ihr individuelles Orientierungs- und Handlungsmuster war darin an die vorgefundenen Normen einer formierten Gesellschaft gekoppelt, die sie als moralisch geordnete soziale Welt aufgefaßt hat.<sup>227</sup> Der ehemals absehbare und sichere Biographieverlauf sowie die klare Orientierung gehen mit der Wende verloren. Davon ist auch der ursprünglich angesteuerte Lehrerberuf betroffen, der ihr nun nicht mehr genug Zukunftssicherheit bietet. Der Prozeß der beruflichen Neuorientierung findet recht zügig statt, denn das herausragende Auswahlkriterium steht bereits fest: es lautet Arbeitsplatzsicherheit. Das Fach Jura, angeregt durch ihren Vater und bestärkt durch die Wahl zweier Mitschüler, scheint diese Bedingung zu erfüllen. Im Jurastudium macht Susanne aber einige irritierende Erfahrungen:

<sup>227</sup> Siehe auch Wensierski (1994: 366), Wollé (1998: 83).

*mer schreibt seine Klausuren und seine Hausarbeiten, aber du weißt nich, wie de eigentlich stehst. (1,4)*

*jetzt sagt mir keiner mehr, wo ich hingehn muß, was ich machen muß. Jetzt steh ich auf einmal ganz alleine da ... Aber jetzt hab ich mich also wirklich aufgerafft und hab mir im Sommer gesagt, du mußt jetzt durchziehn, weil ich eben keine Lust mehr hab, länger hier noch rumzuhocken. (1,7)*

Die Verpflichtung, Entscheidungen selbst treffen zu müssen, empfindet Susanne als enorme Belastung, der Mangel an Strukturen und konkreten Handlungsvorgaben macht ihr schwer zu schaffen und vor allem die Last, sich selbst einschätzen zu müssen, ist erdrückend. *"(D)u weißt nich, wie de eigentlich stehst"*: das ist Susannes Grundproblem. Ein permanenter Abgleich mit äußeren Vorgaben, an denen sie sehen könnte, ob sie auch alles richtig macht, käme ihr viel eher entgegen.

Die relativ monolithische und vorgeformte Umwelt, die im Kontext der DDR gegeben war, ist nun verloren, die Zukunft nicht mehr gebahnt und alles erscheint offen. In der unübersichtlich gewordenen Umwelt entstehen für Susanne Orientierungsprobleme, denn nun steht nicht mehr zweifelsfrei fest, was richtig und was falsch ist. Zwar hat sie immer noch den Wert der Pflichterfüllung internalisiert, aber es ist nicht mehr klar, welche Pflichten es eigentlich sind, die es zu erfüllen gilt. Die Fähigkeit, die ihr in der DDR zugute kam, nämlich eigene Ambitionen an die jeweils gestellten Erwartungen anzupassen, wird nun zum Nachteil, da von außen keine klaren Erwartungen mehr gestellt werden.

*S: ich weiß eben, daß ich später mal viel Geld verdienen kann. Und ich will das auch. (I: hm) Und ich will dann auch gut leben. ... also schlechter möchte ich auf keinen Fall leben. (1,16f)*

*Ich weiß nich, ob ich da als Richter vielleicht mal irgendwann was will ich mal was Bessres machen. Und die Jugendlichen vielleicht erziehn oder ich weiß es auch nich. ... Wenn ich nich Richter werde, dann werd ich Staatsanwalt oder so. (1,17)*

Susanne legt auch großen Wert auf materiellen Wohlstand und ist entsprechend karriereorientiert. Von ihrem Lebensstandard möchte sie keine Abstriche machen. Dabei steckt sie sich ein berufliches Ziel, das eine sichere Laufbahn im geordneten Feld der Rechtspflege verspricht. Hier geht es um kodifizierte Regeln, die feststehen und nur noch umgesetzt werden müssen. Ferner wäre sie als Richterin oder Staatsanwältin im Staatsdienst tätig. Sie hätte einen finanziell gut dotierten Beruf und einen sicheren Arbeitsplatz (Beamtenstatus), könnte also die Risiken des freien Marktes umschiffen. Im Bereich des Jugendstrafrechts hätte sie auch wieder eine Erziehungsfunktion inne, bei der sie festgesetzte Regeln von oben nach unten weitergeben und durchsetzen könnte.

*Ja und also politisch engagiert bin ich eigentlich überhaupt nich (I: hm hm) momentan. (I: hm) Ich weiß auch nich, ob ich das vorhab, weil ich das alles Lug und Trug finde. (1,1)*

Susanne spricht das Thema politisches Engagement von selbst an, ohne daß sie danach gefragt wurde. Es handelt sich für sie zwar um eine wichtige Thematik, aber andererseits bringt sie wiederholt ihr Mißtrauen und ihre Enttäuschung zum Ausdruck. Mit der Pauschalisierung *"Lug und Trug"* wird das eigene Nichtengagement festgeschrieben und begründet. Solch ein Urteil erspart auch die Mühen der Informationsbeschaffung und Urteilsbildung, die mit politischem Engagement

zusammenhängen. Ihr politisches Engagement zu DDR-Zeiten bestand ja primär in der Befolgung der Direktiven und war daher gerade nicht mit Informations- bzw. Orientierungsaufwand verbunden; Engagement im politischen Feld der BRD ist dagegen nicht vorstrukturiert, sondern unübersichtlich und mit Mühe, Unsicherheit und einem hohen Informationsaufwand verbunden, den Susanne offenbar lieber meidet.<sup>228</sup>

*S: Bei Greenpeace war ich äh ein Jahr mal. Hab ich zwanzig Mark äh Mitgliedsbeitrag bezahlt. (I: hm) Bin ich dann aber auch wieder ausgetreten. Warum eigentlich, weiß ich gar nicht. Die ham mich jetzt immer belegt, (I: hm) ham immer Briefe geschrieben. Ich find das einfach schwachsinnig, daß die jetzt andauernd den Leuten Briefe schreiben un dafür das Geld ausgeben. ... aber man hat auch keine Kontrollmöglichkeiten, ob das nun alles Lug un Trug is, was die da eigentlich machen, (I: hm) ob die auch nur auf ihrn Profit aus sin. ... Man kann im Endeffekt kann man keinem mehr vertrauen, (I: hm) niemandem mehr glauben. (I: hm) Mer muß halt so dahinwurschteln. (I: hm) Was weiß ich, (I: hm) 's is halt alles verworren. (I,16)*

Mit Greenpeace hat Susanne - wahrscheinlich in Analogie zur FDJ - eine Organisation aufgesucht, die ihr Orientierungshilfe bieten sollte. Stattdessen muß sie aber feststellen, daß es sich um eine relativ anonyme Großorganisation handelt, die unter anderem mit ganz profanen Problemen, etwa der Mittelakquirierung, beschäftigt ist. Insbesondere die Bettelbriefe machen auf sie den Eindruck, daß es sich im Grunde um "Lug und Trug" handelt, wie sie ihn auch in anderen Politikbereichen vermutet.

Susanne stößt wiederholt auf das Vertrauensproblem, wenn es um Themenfelder geht, die ein gewisses Maß an Übersichtlichkeit übersteigen. Einen wesentlichen Anteil an dieser Vertrauensproblematik dürfte ihre Ent-Täuschung hinsichtlich der DDR haben. Ihr dadurch generiertes Mißtrauen gegenüber Institutionen bleibt nicht auf die zusammengebrochene Herkunftsgesellschaft beschränkt, sondern wird generalisiert und führt zu Mißtrauen auch gegenüber der BRD und ihren gesellschaftlichen bzw. politischen Kontexten. Die in der DDR geprägte Skepsis gegenüber dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und das generalisierte Mißtrauen gegenüber jedweden unüberschaubaren sozialen Kontext gehen auf diese Weise eine eigentümliche Koalition ein. Susanne verlangt eindeutige und nachvollziehbare Beweise für die Vertrauenswürdigkeit von Institutionen, die aber ohne entsprechende Bildungsschritte nicht zu bekommen sind. Durch ihr mangelndes Vertrauen wird sie ja gerade davon abgeschreckt, diesen Schritt zu unternehmen. Hochsensibel reagiert sie stattdessen auf geringste Hinweise für fehlende Vertrauenswürdigkeit, was im Ergebnis dazu führt, daß sie letztlich dort kein Vertrauen ausbilden kann, wo sie nicht über die unmittelbare Kontrolle

---

<sup>228</sup> Heiner dagegen läßt sich ganz auf das politische Feld ein und versucht, die filigranen Linien nachzuzeichnen, die darin auszumachen sind. Er vertritt die Ansicht, daß es unmöglich ist, alles zu wissen; aber man habe immer die Möglichkeit, sich in bestimmte Felder einzuarbeiten. Susanne ist sich zwar auch ihres geringen Wissens bewußt, sie verliert aber offenbar im Rauschen der Informationen den Überblick und ist nicht in der Lage, darin klare Linien auszumachen.

Auch Rolf ist hier interessant, der von stark moralisch besetzten politischen Forderungen ausgeht. Auch er versucht, auf seine unmittelbare Umgebung einzuwirken. Rolf besitzt jedoch ein tieferes Sendungsbewußtsein. Zwar scheitert er mit seinen Vorsätzen meistens schon im Ansatz, was mit zyklisch wiederkehrenden Depressionen verbunden ist, aber er versucht es immer wieder von neuem und gibt sein Engagement nicht - wie Susanne - explizit auf.

verfügt. Vertrauen in abstrakte Systeme ist die Vorbedingung der raumzeitlichen Abstandsvergrößerung<sup>229</sup>, die Susanne aber nicht vollziehen kann.

Ihre Haltung kann man *insgesamt* als sicherheitsbedürftig beschreiben. Eine zentrale Rolle spielt für Susanne die Familie, die als Reaktion auf die zunehmende Undurchschaubarkeit der Welt eine Tendenz hat, sich nach außen abzuschließen und sich auf sich selbst und ihren eingeschliffenen Alltag zurückzuziehen, um sich gegen den Zwang zur ständigen Neuorientierung zu immunisieren.<sup>230</sup> So zieht sich auch Susanne in ihre Herkunftsfamilie zurück und möchte diese erst verlassen, wenn die Gründung einer eigenen Familie ansteht. Gleichsam wie die Pseudopodien eine Amöbe tastet sie sich von der Familie ausgehend in den Bereich der umfassenderen Gesellschaft vor. Dabei kommt ihr die familiäre Tradition der beruflichen Plazierung im öffentlichen Dienst entgegen. Sie verfolgt eine Defensivstrategie, in der es um die sichere Plazierung im System möglichst unter Umgehung des Marktes geht. Mit dem angestrebten Beruf in der Rechtsprechung hofft sie ferner, ihre eigenen Wertvorstellungen mit der beruflichen Sphäre zur Deckung zu bringen. Im Rahmen des Richterberufes würde sie gesatzte Regeln entgegennehmen und ausführen bzw. nach unten weitergeben. Sind die Regeln nämlich bereits vorhanden und institutionell gestützt, dann kann sie sich die Macht der setzenden Institution entleihen, um diese durchzusetzen. Während sie so im privaten Kontext zur Bevorzugung fester und eindeutiger Bindungen im Rahmen der Familie neigt, strebt sie in beruflicher Hinsicht ein sicheres Umfeld mit guten Verdienstmöglichkeiten an. Bleibt noch zu erwähnen, daß sie im politischen Handlungsfeld extrem verunsichert ist, was sich in einem drastischen Vertrauensdefizit ausdrückt.

#### **Zusammenhangsanalyse**

Susanne bevorzugt soziale Kontexte, die sich durch eine weitgehende Vorstrukturierung auszeichnen, wie sie in der überschaubaren Welt des Realsozialismus mit ihren gebahnten Lebensläufen vorgeherrscht hat. So wird die Annäherung an neue Lebensbereiche primär als Anpassungsleistung an bereits vorhandene Bahnungen aufgefaßt, was ihr allerdings große Probleme bereitet mit dem Pluralismus und der Komplexität moderner Gesellschaften, die ein hohes Maß an eigenen Orientierungsleistungen verlangen. Daher hat sie einen extrem ambivalenten Bezug zum Gesellschaftssystem der BRD: einerseits sieht sie es als hoch funktional an und ist auch der Überzeugung, daß man es durch eigene Initiative schaffen kann, im System seinen Platz zu finden, andererseits kann sie sich aber nicht (wie etwa *Britta*) voll auf die Systemdynamik einlassen, denn im Gegensatz zur Sicherheit bietenden familialen Gemeinschaft ("*tolles Zuhause*") erscheinen ihr die Operationen gesellschaftlicher Funktionssysteme als chaotisch und fremd. So befindet sich Susanne den funktionalen Systemen gegenüber in einer Art Halbdistanz, wodurch ungehemmt frei flottierende moralische Sentimente in die Wahrnehmung dieser Systeme einfließen. In diesem Sinne kann sie auch die Verletzbarkeit gesellschaftlicher Akteure und die Vorstellung, daß Schwächere über das

<sup>229</sup> Siehe Giddens (1995: 133, 142).

<sup>230</sup> Siehe Hildenbrand (1983: 24), Keupp (1997: 304).

Bedürfnisprinzip unterstützt werden müssen, anerkennen. Das (aufwands- bzw. ergebnisorientierte) Leistungsprinzip dient dann dazu, die überdurchschnittlich hohen Einkommen, die als Ergebnis von kriminellen Aktivitäten gedeutet werden, zu kritisieren, und erhält damit eine egalitäre Tendenz. Susanne kann diese Distanzierung aber nicht bruchlos durchhalten, da sie sonst über keine sozialen Bezüge verfügt, die als Grundlagen einer aktiven Gestaltung von Gesellschaft wirksam werden könnten. Letztlich führt dies dazu, daß ihre kritischen Überlegungen folgenlos bleiben. So geht Susanne, wenn es hart auf hart kommt, davon aus, daß Gerechtigkeit und Solidarität sich nicht durchsetzen können. Über den familialen Binnenraum hinaus erscheint Susanne der Andere nämlich nicht als jemand, mit dem man eine solidarische Beziehung aufnehmen kann, sondern vielmehr als jemand, dessen aggressive egoistische Natur man zähmen muß. Das gilt vor allem für die kriminellen Eliten, aber auch die schwächeren gesellschaftlichen Gruppen erscheinen ihr als irrational. Daraus ergibt sich für sie schließlich, daß das gegebene System als einziges mit der gefährlichen "egoistischen Menschennatur" kompatibel ist. Es ist der biologischen Verfaßtheit des Menschen angemessen und bietet, sofern man die entsprechende Leistungsbereitschaft mitbringt, auch die Möglichkeit, ein gut ausgestattetes Leben zu führen. Da für Susanne eine andere Grundlage der Vergesellschaftung nicht gegeben ist, muß sie aus ihrer Unsicherheit heraus daran interessiert sein, daß die Grundlage des Systems intakt bleibt, auch wenn dieses moralisch hoch problematische Züge aufweist. An dem primären Ziel der Systemsicherung prallen alle zu weitgehenden sozialintegrativen Forderungen ab. Zwar ist das System auch der Nährboden für pathologische Entwicklungen, etwa einer ungerechten Selbstreproduktion des Reichtums mit einer Tendenz zur Statusverfestigung bei hochgradiger Stratifizierung, aber ganz abgesehen davon, daß Susanne nicht an eine realistische Alternative zum Kapitalismus glaubt, steht sie auf dem Standpunkt, daß man nicht nur das Positive eines Systems bekommen und das Negative auslassen kann.

Auch für sich selbst ist Susanne zu dem Schluß gekommen, daß sie strategisch handeln muß, um sich zur Sicherung ihres eigenen (möglichst guten) Lebensunterhaltes in der Gesellschaft zu plazieren. Ihr eigenes Ziel ist nämlich, in einer möglichst sicheren Nische im System der BRD unterzukommen. So nimmt sie in der modernen Gesellschaft zwar gravierende anomische<sup>231</sup> Tendenzen wahr, wählt aber hierin selbst die Option der möglichst günstigen Selbstplatzierung. Mittlerweile orientiert sich Susanne primär an der kleinen überschaubareren Welt des Familienlebens und der soliden Welt des gesatzten Rechts, in der sie ihre künftige Berufstätigkeit ausüben möchte. Damit gelangt sie schließlich doch zur Bindung an die vorgefundene Gesellschaftsstruktur. Während sie sich selbst zu Zeiten der DDR solidarisch im Rahmen des Systemkonformismus verhalten hat, achtet sie in der BRD im Grunde ebenfalls systemkompatibel darauf, daß es ihr selbst gut geht und sie nicht zu kurz kommt. Dabei bevorzugt sie allerdings den vergleichsweise schonenden vorstrukturierten Raum des öffentlichen Dienstes. Es ist nicht die freie Wildbahn der Marktwirtschaft, der sie sich aussetzen will, sondern eher ein residualer Raum, in dem sie noch dazu gewisse Momente ihrer moralischen Grundorientierung (Jugendstrafrecht) vorzufinden hofft.

---

<sup>231</sup> Siehe auch Dahrendorf (1994a: 432).

### **Verhältnis zur bestehenden gesellschaftlichen Ordnung**

#### Beziehung zur politischen Ordnung

Dem System der DDR stand Susanne ausnehmend positiv gegenüber, was sich insbesondere an ihrem Engagement in den obligatorischen Kinder- und Jugendorganisationen gezeigt hat. Politische Organisationen der BRD oder Verbände der bundesrepublikanischen Zivilgesellschaft betrachtet sie dagegen mit ausnehmender Skepsis.

Im politischen Kontext stößt sie auf ein dreifaches Problem: sie hat *erstens* ein *Orientierungs- bzw. Informationsproblem*. Das politische Feld wird von ihr nicht als komplexes Feld erfaßt, das es entsprechend differenziert zu betrachten gilt, vielmehr kapriziert sie sich auf besonders hervorstechende Mißstände, die sie ohne Würdigung des Gesamtzusammenhanges, in dem diese stehen, verurteilt. Mit dem Orientierungsproblem eng zusammen hängt *zweitens* das *Vertrauensproblem*: sie ist sich unsicher, welchen Informationen sie trauen soll; schon geringe Hinweise lösen bei ihr das Gefühl aus, hinters Licht geführt zu werden. *Drittens* macht sie wiederholt die *Erfahrung, nichts bewirken zu können*, nicht einmal im Rahmen von Face-to-Face-Beziehungen. Am Ende bleiben ihr diffuses Unbehagen und eine generalisierte Skepsis sowohl gegenüber den originär politischen Institutionen der BRD als auch gegenüber zivilgesellschaftlichen Akteuren.

#### Einstellung gegenüber der Dynamik gesellschaftlicher Teilsysteme

Susanne hat angesichts der Komplexität und Unübersichtlichkeit moderner Gesellschaften ein Orientierungsdefizit, das in eine skeptische Grundhaltung gegenüber den ausdifferenzierten Funktionssystemen der neuen Gesellschaftsordnung einmündet, deren Eigenlogik auf sie fremd und bedrohlich wirkt. Am liebsten würde sich Susanne nach dem Zusammenbruch des vertrauten Umfeldes, das ihr im Rahmen der DDR geboten wurde, in kleine lebensweltliche Nahbereiche, insbesondere in ihre Familie zurückziehen. Da ihr selber klar ist, daß dies nicht realistisch ist, verfolgt sie für sich selbst eine Defensivstrategie, bei der sie eine sichere ökonomische Plazierung, am liebsten als Juristin im Öffentlichen Dienst anstrebt.

Resultat dieser defensiven sicherheitsorientierten Haltung ist eine skeptische distanzierte Systemorientierung. So sieht Susanne im Kapitalismus zwar kein positiv besetztes Gesellschaftssystem, aber es ist für sie (ähnlich wie für *Michael*) das einzige, das angesichts einer unveränderlichen egoistischen Menschennatur realisierbar ist. Das beinhaltet auch, daß sich der Staat gegenüber einer autonomen Ökonomie zurückzuhalten hat, da seine Eingriffe dazu tendieren, den Gang der Marktwirtschaft zu beeinträchtigen. Die Lebenswelt fungiert in Susannes Verständnis nur in Form ihrer traditionellen Komponenten als Rückzugsraum, das Konzept einer rationalisierten Lebenswelt mit offensiven und engagierten Akteuren bleibt ihr dagegen fremd.

#### **Reichweite der Solidaritätsbeziehung**

Die *Reichweite der Solidaritätsbeziehung* erstreckt sich auf alle Menschen, mit denen die Industrieländer Austauschbeziehungen hatten und haben. Die Dritte Welt ist daher in den Solidarbereich mit einbezogen, insbesondere weil die Beziehungen in der Vergangenheit durch Ausbeutung bestimmt

waren. Aufgrund dieser Interdependenz besteht eine uneingeschränkte moralische Verpflichtung, der Dritten Welt zu helfen. Ferner soll Hilfe in Fällen gewährt werden, in denen das Leistungsprinzip nicht greifen kann; sie sollte jedoch auf Mindestbedürfnisse beschränkt bleiben, um nicht den Anreiz zur Arbeitsaufnahme zu nehmen.

## Kritiker

### *Typ c) Rationaler Typ*

#### *Axel (Physik)*

#### **Solidaritätsanalyse**

##### Einkommensdifferenzen

In vielen Fällen, in denen das Einkommen überdurchschnittlich ist, etwa bei Akademikern, rechtfertigt sich dieser Umstand schon allein aufgrund des ausbildungsbedingten Verdienstaufhalles:

- A: *en Arbeiter, der macht ne Berufsausbildung (im allgemeinen ?) zwei Jahre, vielleicht drei, dann arbeitet er. Als Akademiker hat man im allgemeinen noch Abitur zu machen, geht schon länger zur Schule, anschließend noch Studium. Das sind doch einige Jahre, die da sozusagen verdienstlos äh ins Land gehn, wo mer überhaupt keine Möglichkeit hat, was zu verdienen, wo mer eigentlich nur ausgibt. (3,4)*

Darüber hinaus haben Besserverdienende mehr Verantwortung und höhere Risiken zu tragen, was ebenfalls das höhere Einkommen rechtfertigt.

- A: *Also äh für Leute, die ne große Verantwortung übernehmen, (I: hm) die ham ja ooch äh noch en gewisses Risiko zu tragen. (I: hm) Für die is, denk ich, das auch auf jeden Fall gut, wenn die mehr verdienen (I: ja) als wie en normaler Arbeiter. Das sollte sich dann schon herausheben. (3,4)*

Am schwersten wiegt jedoch der Aspekt, daß die Angehörigen der betreffenden Gruppe Leitungsfunktionen einnehmen und den höheren Verdienst zur sozialen Distinktion benötigen. Höheres Einkommen bedeutet nämlich auch höheres Prestige und damit mehr Autorität, unter anderem indem es dem Erwerb von Statussymbolen dient.

- A: *Ich denke eben bloß an (räuspert sich) bei führenden Positionen, muß man was repräsentieren, (I: hm) um auch äh wirklich äh den Arbeitern was äh, Anweisungen geben zu können (I: hm) und die auch äh nicht unbedingt immer im Interesse des Arbeiters liegen. (I: ja) En Arbeiter muß nicht immer um über jede Entscheidung nachdenken. Als Führungskraft muß man das schon (I: hm) und muß 's auch vertreten. (I: ja ja, okay) Deshalb denk ich schon, man muß was darstellen. (I: hm) Und äh das is im allgemeinen, wenn man was darstellen will, heute auch mit Geld verbunden. (3,5)*

- A: *Ich finds natürlich nicht unbedingt, (räuspert sich) daß mer jetzt übermäßig äh viel Geld verdienen muß wie in na ja manchen Positionen doch. (I: hm) Na ja, andre Seite is natürlich, man möchte den Leuten von der Firma her viel Geld bezahlen, damit se sich nicht bestechen lassen ne. (räuspert sich) Das is auch noch so ne Sache. (I: zum Beispiel ja) Daß auch wirklich alles im Interesse der Firma läuft, (I: ja) nicht noch im eigenen Interesse. (3,5)*

Zwar sollte der Verdienst nach Axels Dafürhalten auch in Spitzenpositionen nicht exorbitant hoch sein, aber ein zu geringes Einkommen von Verantwortungsträgern würde, so sein letztes Argument,



das Risiko der Bestechlichkeit erhöhen. Daraus ergibt sich für Spitzenverdienste zwangsläufig eine bestimmte Einkommenshöhe, die zwar nicht begrüßenswert ist, aber hingenommen werden muß.

A: *Daß das im Lebensstandard natürlich Auswirkungen auch hat, is natürlich ne andre Sache. (I: hm) Das is aber, glaub ich, in dieser Gesellschaft äh wahrscheinlich nich anders zu regeln. (lacht kurz) (I: ja) Das is so. Sonst hätten wir wieder Kommunismus. (lacht kurz) (3,5)*

Allen Argumenten, die für Lohndifferenzen sprechen, ist zu eigen, daß sie auf funktionalen Überlegungen beruhen. Niemand würde eine längere Ausbildung auf sich nehmen, wenn dies nicht finanziell zumindest ausgeglichen würde; Verantwortungs- bzw. Risikobereitschaft und die damit korrespondierenden Leitungsfunktionen sind nicht ohne finanzielle Distinktion zu haben und auch Verlässlichkeit (in diesem Zusammenhang das Gegenteil von Bestechlichkeit) hat ihren Preis. Für all diese Momente gibt es gute Gründe, die aber alle auf der Grundlage des Systemerhaltes stehen. Aus einer Solidaritätsperspektive ist es eigentlich für Axel bedauerlich, daß diese Umstände zu Differenzen im Lebensstandard führen, aber diese Folge ist leider nicht zu vermeiden, wenn man will, daß das Gesamtsystem funktioniert.

Die Unterschiede, die sich aus dem bisher Gesagten für den Lebensstandard ergeben, sind eher ungewollte Nebeneffekte. Man kann herauslesen, daß Axel diesen Umstand eigentlich bedauerlich findet und selbst ein stärker angeglichenes Lebensniveau der verschiedenen Beschäftigtengruppen für richtig hielte; aber die materiellen Differenzen stellen eben den Preis für das gegenwärtige auch von ihm selbst gewollte Gesellschaftsmodell dar. Gleicher Lohn für alle würde das Wirtschaftssystem der BRD ruinieren und ist daher nicht machbar.

Dieser Linie entspricht auch die Tatsache, daß sich Axel für das Leistungsprinzip ausspricht, bei dem der Verdienst als Ansporn fungiert. Bei genauerer Betrachtung handelt es sich damit um das Leistungsprinzip aus der Wettbewerbsperspektive.<sup>1</sup> Es bringt nämlich begrüßenswerte funktionale Vorteile mit sich, während er das Gleichheitsprinzip für dysfunktional hält und folglich ablehnt.

*Ja gleicher Lohn für alle, das würde total das System ruinieren, (lacht kurz) (I: hm) das ginge in diesem System nich. Nö, also tja 's [...] das is eigentlich systembedingt, daß, wer es versteht, halt viel Geld verdienen kann. (2,10)*

*Der Leistungsdruck bringt natürlich auch en bißchen was. Is ja nich bloß wirtschaftlich, 's bringt ja auch überall in der Gesellschaft. (2,19)*

In Axels Wortwahl "Leistungsdruck" und der Einschränkung "bißchen was" fallen aber auch Momente skeptischer Distanzierung auf. Daß die Zustimmung zum Leistungsprinzip schon vom Ansatz her von Skepsis begleitet ist, kommt auch an anderen Textstellen immer wieder zum Ausdruck. Etwa an folgender:

*sollte schon ne gewisse Differenzierung sein ja. (3,10)*

Einkommensdifferenzierungen werden bejaht, aber ein gewisses Unwohlsein schwingt dennoch immer bei Axels Äußerungen mit. Vor allem müssen die Differenzen innerhalb gewisser Grenzen bleiben. Insbesondere Niedrigstlöhne lehnt Axel ab:

*es is ja so, daß keiner groß jetzt äh unterhalb der Masse, die ja so en gewissen Lebensstandard hat, leben möchte. (I: hm) Und das find ich auch schon in Ordnung. (3,6)*

Bei den unteren Einkommen sollte niemand unter dem Lebensstandard "der Masse" liegen. Zieht man die obige Äußerung hinzu: *"Ich finds natürlich nich unbedingt, (räuspert sich) daß mer jetzt übermäßig äh viel Geld verdienen muß wie in na ja manchen Positionen doch."* (3,5), dann reiht sich Axel von seinem Wunschbild her in die lange Reihe der Befürworter des Compressed-Range-Prinzips<sup>1</sup> ein. Mit den meisten anderen Interviewpartnern teilt er jedoch die Ungenauigkeit, die meist bei der Nennung dieses Prinzips mitschwingt, denn der Korridor der akzeptablen Einkommensdifferenzen bleibt relativ unbestimmt. Ferner mag Axel der Tatsache sehr hoher Einkommen aus (den oben genannten) funktionalen Gründen heraus nichts entgegensetzen. Auch ansonsten stellt Reichtum für Axel (anders als für Heiner) kein Problem dar. Erbschaften beispielsweise sind für ihn unproblematisch: *"Im allgemeinen hat man ja was dafür getan"* (3,8).<sup>1</sup> Sein Blick richtet sich in stärkerem Maße auf diejenigen Bevölkerungsgruppen, die weniger gut ausgestattet sind. Was letztlich bleibt, ist die Forderung, daß niemand unter einem gewissen Mindeststandard verdienen soll (Floor-Constraint-Prinzip). In diesem Zusammenhang weist Axel auch auf bestimmte Folgeprobleme der gegenwärtigen Einkommensverteilung hin, die durch das Leistungsprinzip mitverursacht werden, z.B. die beeinträchtigten Bildungschancen für die Kinder von Geringverdienenden. Die Durchschnittseinkommen sind nämlich seiner Auffassung nach zu niedrig, um das Studium der Kinder von Normalverdienern finanzieren zu können.

A: *Ich finde, (räuspert sich) es wäre gerecht, daß jeder der möchte und auch die Veranlagung dazu hat, ooch die Möglichkeit erhalten soll zu studieren. Unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten, die er hat. (3,8)*

A: *Ja, etwas ungerecht is es schon, wenn die äh das Studium schon an den an den finanziellen Grenzen (I: hm) einfach abgeblockt wird. Von daher okay, die Reichen, für die is das überhaupt kein Problem, (I: ja) die können studieren ohne Probleme. Die können sich's leisten. Und Leute, die halt wenig verdienen, tja entweder die sparn sich's vom Munde ab, oder sie müssen's halt bleiben lassen. Das is in der Sache schon bißchen ungerecht. (I: ungerecht) Daß man da doch die Leute ziemlich einschränkt. (3,8)*

Der Zugang zum Studium soll allein durch die Befähigung reguliert werden, während monetäre Faktoren eine inakzeptable Störgröße darstellen; Bildungskarrieren dürfen mit anderen Worten nicht an fehlenden Geldmitteln scheitern. Auffällig sind hier jedoch die Vorsicht und das Zögern, mit denen

<sup>233</sup> Siehe hierzu S. 118 der vorliegenden Arbeit.

<sup>234</sup> Da dieses "man" zwar auf den Erblasser, nicht aber auf den Empfänger des Vermögens zutrifft, wäre eigentlich ein Zusatzargument erforderlich (etwa daß es ein gutes Recht ist, die eigenen Nachkommen so weit wie möglich zu versorgen, und daß sich dieses Recht auch auf die eigene Hinterlassenschaft erstreckt). Dieses liefert Axel aber nicht.

Axel sich äußert: *"Ja, etwas ungerecht is es schon"* könnte auch so verstanden werden, daß die Ungerechtigkeit nur geringfügig ist, so daß Interventionen nicht angezeigt sind.

Axel sieht auch keine Notwendigkeit für steuernde Eingriffe in den Lohnsektor, sondern vertraut vielmehr auf marktwirtschaftliche Selbstregulation. Arbeitgeber, die zu geringe Löhne zahlen wollen, würden demnach gar keine Arbeitnehmer finden:

*Der der Arbeitgeber is sicherlich immer bestrebt, so wenig wie möglich (I: ja) zu bezahlen. Und er wird immer versuchen, die Grenze so tief wie möglich zu halten. ... ich denke, das regelt sich en bißchen selbst. ... man muß halt ne gewisse (I: ja) äh Level bezahlen, um jemand zu finden. (3,6)*

Axel bedenkt hier nicht, daß der Sozialstaat Rahmenbedingungen setzt, die einen großen Einfluß auf die Parameter der Selbstregulation haben. Auf weitere Nachfrage hin sieht er aber auch, daß der Selbstregulationsmechanismus nur in gewissen Grenzen funktioniert. Dies wird deutlich, als der Interviewer, indem er den Gedanken der wirtschaftlichen Selbstregulation auf die Spitze treibt, eine Erwiderung hervorlockt:

*I: Wenn man die Ökonomie sich so richtig entfalten lassen würde, 's wird ja gibt ja manchmal Leute, die sagen, man redet da viel zu viel rein (A: hm) und irgendwie würde von sich aus so aus der Ökonomie heraus mehr Gerechtigkeit realisiert?*

*A: Hm. Das glaub ich eigentlich nich. Weil äh die wirtschaftlichen Interessen äh der Unternehmen, die wirken ja en bißchen den Interessen der Arbeiter und breiten Teilen der Bevölkerung entgegen in dem Sinne, daß die Unternehmen ja mehr verdienen möchten, was natürlich im Endeffekt weniger Verdienst für die Arbeiter bedeutet, geringerer Lebensstandard für die Arbeiter. Die Differenzen nun doch äh ziemlich schnell anwachsen. ... En gewisses Maß an Regulierung sollte doch da sein. (3,13)*

*Das sollte man dann über Mehrheitsentscheidungen machen. ... Aber deshalb sinds ja solche Entscheidungen, solche grundlegenden, in der breiten Masse in der Bevölkerung äh notwendig, also (I: ja) über Volksentscheid, weiß der Geier was wie oder wie man da macht. (3,9)*

*was nun als gerecht angesehen wird, is doch mehr gesellschaftlich bedingt, was halt die Mehrheit so als (I: ja ja) gerecht ansieht. (3,10)*

Im unregelten Zustand wachsen ökonomische Differenzen schnell und stark an. Dies lliege in erster Linie daran, daß die Unternehmer zuviel Macht hätten, die sie dazu einsetzen würden, die finanziellen Mittel bei sich selbst zu konzentrieren und den abhängig Beschäftigten zu entziehen. Daher ist der Staat dazu aufgerufen, regulierend einzugreifen. Axel setzt auf ein Konzept, das dem der deliberativen Politik sehr nahe kommt: legitimiert und gestützt durch das Mehrheitsprinzip, welches gleichzeitig als Gütekriterium für Gerechtigkeit und Solidarität dient, vermittelt die Politik zwischen den Desiderata sozialer Integration und den ökonomischen Erfordernissen.

*A: Die Politik die Politik muß auch abwägen zwischen den wirtschaftlichen Interessen, die die Unternehmen nun mal haben, (I: hm) die die Gesellschaft nun mal tragen (I: hm) und der Bevölkerung, die die Unternehmen trägt. (lacht kurz) ... Die Politiker ham eben vor allem die Aufgabe zu vermitteln (I: ja) zwischen den verschiedenen Interessen, die immer vorhanden sind. (I: ja gut) Die besten Mittel, den besten Weg finden, das is das Problem, (I: na ja, aber) was ich beim Politiker sehe ... Das is sicherlich ne Frage der Politiker, äh jetzt da en richtigen Konsens zu finden zwischen den wirtschaftlichen Interessen der Unternehmer und den Interessen der Bevölkerung (3,12f)*

Die Aufgabe der Politik besteht darin, zu wohlerwogenen Urteilen zu kommen und auf dieser Grundlage adäquate Maßnahmen zu ergreifen, die allen zugute kommen. Dabei muß sie zwischen verschiedenen Ansprüchen, insbesondere solchen, die auf Mehrheitsentscheidungen beruhen, einerseits und wirtschaftlichen Erfordernissen andererseits abwägen und vermitteln.

Die Politik muß die wirtschaftlichen Interessen jedoch nicht nur besonders berücksichtigen, sondern sie ist darüber hinaus auch in sehr hohem Maße von ihnen abhängig:

A: *Wenn zum Beispiel ooch äh sehr hohe äh finanzielle Verluste für die Wirtschaft entstehn, da wird sich auch in der Politik nich viel äh tun. Politik is von der Wirtschaft abhängig (2,10)*

Gegen die Interessen der Wirtschaft kann die Politik nichts erreichen, so daß hier letztlich ein ähnliches Machtungleichgewicht wie das zwischen den abhängig Beschäftigten und der Wirtschaft vorherrscht. Bei der Implementation politischer Maßnahmen kann also nicht allzu sehr gegen die Wirtschaft agiert werden. Während die Politik die eigentliche Sphäre ist, die für soziale Integration und Gerechtigkeit zuständig ist, wird deren Aufgabe durch die wirtschaftlichen Interessen massiv erschwert oder sogar konterkariert. Im Falle eines Konfliktes setzt sich nämlich die Wirtschaft gegen die Politik durch.

Es gibt jedoch noch eine dritte Kraft, die jedoch erst in Extremsituationen in Erscheinung tritt:

A: *Ich glaub, die wirtschaftlichen Verhältnisse hier in der Bundesrepublik, das is ja jetzt allgemein so jetzt im Moment, in der Welt so ausgelegt, was nich viel Geld einbringt, das is halt erstmal oder von der Wirtschaft her erstmal bißchen an den Rand gedrängt, so lange halt bis sich äh doch das Aufbegehren in der Bevölkerung sehr groß wird, daß mer's dann halt nich mehr an den Rand drängen kann ... Also 's is 's is halt schon en bißchen en durch die Medien gegeben, durch die Wahlen, wo die Medien auch en sehr großen Einfluß drauf haben. Un die Medien spiegeln ja doch en bißchen auch das äh die die Meinung der Bevölkerung wieder. Und dadurch, ich glaube schon, daß man also wirklich die, daß wirklich die wenn in der Bevölkerung allgemein en Unbehagen über sozial über irgendwelche soziale äh Bedingungen ziemlich groß wird, das wird über die Medien schon verbreitet. Und auch en bißchen so was wird dann von den Medien halt auch aufgegriffen, verbreitet. Und wenns äh sehr groß wird, der Druck auch von der Medien her, un dann muß halt ooch die Politik was machen. Un irgendwann muß halt auch mal die Wirtschaft klein begeben, (1: hm) kann mans allgemein beschreiben. (2,10)*

Die Wirtschaft drängt alle Geltungsansprüche, die den ökonomischen Imperativen entgegenstehen, an den Rand. Erst wenn sie hierin ein gewisses Maß überschreitet, realisiert sich die Möglichkeit, daß die Öffentlichkeit auf den Plan tritt. Den Medien fällt in diesem Zusammenhang die wichtige Aufgabe zu, relevante Informationen weiterzugeben und damit den Druck auf die Politik und über diese letztlich auf die Wirtschaft zu verstärken. Dabei liegt im Widerstandspotential der Bevölkerung eine letzte Grenze, die gegenüber der Ökonomie gezogen werden kann, wenn diese allzu sehr über die Stränge schlägt. Eine wichtige Gegenkraft zu den Wirtschaftsinteressen besteht daher in Bewußtseinsbildungsprozessen der Bevölkerung. Damit tritt eine dritte Kraft auf den Plan, deren Eingreifen jedoch einen Ausnahmefall darstellt.

Im gewöhnlichen Tagesgeschehen gilt dagegen die Dominanz der Wirtschaft, die auch nach dem Ausnahmezustand des massiven Bürgerprotestes wieder an der Tagesordnung sein wird.

### Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe

- A: *Ich würde die Richtung pf begrüßen, (I: hm) daß die Arbeitslosen bißchen mehr Unterstützung kriegen. (I: hm) Aber günstiger wärs natürlich, den Arbeitslosen eher en bißchen mehr Arbeit zu verschaffen. (lacht kurz) Das is den den Leuten lieber als wie mehr Unterstützung zu haben, also die wenn man arbeitslos is, dann geht man doch lieber arbeiten, auch wenn man nich viel mehr kriegt als wie Arbeitslosenunterstützung, weil man halt doch en andres Umfeld hat, weil man nich mehr so alleine zu Hause sitzt. (I: hm) Is is is sehr belastend für die Menschen, allein zu Hause zu sitzen und nichts zu tun zu haben, (I: hm) sich irgendwie überflüssig vorzukommen, vor allem ooch kein Geld zu haben, um was zu unternehmen, weil man von der Brigade her und von der Arb- Umgebung, die man off Arbeit hat, ja auch nich irgendwie eingebunden is, (I: hm) also sich irgendwo selber irgendwie amüsieren möchte.*
- I: *Also, Du meinst also, die Politik sollte mehr tun auch für die Arbeitslosen, soll Arbeitsplätze schaffen.*
- A: *Ja, Arbeitsplätze schaffen. (I: hm hm) Das sollte immer die Hauptrichtung in der Politik sein meiner Meinung nach, in der Innenpolitik. [. ] (2,13)*
- A: *Was soll mer machen? Tja im Endeffekt, wenn man irgendwo was abzweigt, das schlägt sich doch bloß wieder auf en armen Arbeiter rüber. So is das ja nun mal. So läuft das ja hier. (3,5)*

Die Formulierung, nach der Axel eine Anhebung der Arbeitslosenunterstützung begrüßen würde, ist wieder etwas vage und mit einer abwertenden Lautgeste "pf" versehen. Dieser Punkt ist ihm nicht allzu wichtig, er distanziert sich von ihm fast schon im gleichen Atemzug, in dem er ihn nennt. Wichtiger als die rein materielle Versorgung erscheint ihm die *soziale* Integration der Betroffenen, indem sie eine Arbeitsstelle bekommen. Die Höhe der Unterstützung ist dagegen für Axel zweitrangig, denn sie löst nicht das Problem des mangelnden sozialen Eingebundenseins. Arbeit ist nämlich aus Gründen der eigenen Identitätsbildung - Anerkennung erlangen, die Einbindung in das Arbeitsumfeld erfahren, sich nicht überflüssig Vorkommen - und nicht zuletzt des materiellen Aspektes wegen sehr wichtig. Sie wird nicht allein wegen der Entlohnung aufgenommen. Arbeitslosen sollte daher vor allem Arbeit verschafft werden. Auch bei geringer Bezahlung ist diese aus den genannten Gründen gegenüber bloßer finanzieller Unterstützung zu bevorzugen. Auffällig ist hier übrigens das relativierende Füllwort "*bißchen*", das sowohl im Bezug auf die Höhe der Leistungen als auch der Arbeitsvermittlung verwendet wird.

Dazu kommt noch, daß das Arbeitslosengeld von den Beschäftigten, die ebenfalls nicht viel haben, aufgebracht wird. Dieses Dilemma - Axel möchte keiner der beiden Gruppen weitere Opfer zumuten - wird seines Erachtens nur gelöst, wenn der Zustand der Arbeitslosigkeit selber abgeschafft wird. Auch aus diesem Grunde ist eine aktive Arbeitsmarktpolitik einer Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung vorzuziehen.

Eine ganz ähnliche Haltung legt er gegenüber Sozialhilfeempfängern an den Tag.

*wenn man äh für Randgruppen ne bessere soziale Absicherung hätte. Aber na ja, man sieht ja 's geht halt alles schleppend voran, weil das kostet halt bloß und bringt eigentlich so gut wie nichts ein. ... Das wird halt gemacht, so lange wie's äh nich unbedingt, so lange es vertretbar is, daß nich zu machen, wirds halt nich gemacht, weils halt was kostet, Randgruppen irgendwie äh Einkommen oder so zu sichern oder so oder zu verbessern jetzt, daß 's denen halt en bißchen besser geht, sozial und so. (2,10)*

Randgruppen - Thema sind an dieser Textstelle Behinderte und chronisch Kranke, die aufgrund ihrer fehlenden Leistungsfähigkeit aus dem Erwerbsleben ausgeschlossen sind - sollten zumindest gut unterstützt werden, wünschenswert wäre aber eigentlich die Integration in das Berufsleben. In der BRD werden die Betroffenen jedoch in aller Regel aus dem Erwerbsleben ausgeschlossen. Auch dieser Umstand ist auf die Tatsache der Dominanz der Wirtschaft in der Bundesrepublik zurückzuführen.

Auffällig ist, daß Axel davon ausgeht, daß die Integration von Individuen primär durch die Beteiligung am Arbeitsleben gewährleistet wird. Diese Auffassung war in der DDR selbstverständlich und wird auch heute noch von den meisten Bürgern der Neuen Bundesländer vertreten.<sup>1</sup> Axel setzt damit voraus, daß die Betroffenen zwar arbeiten *wollen*, aber nicht *können*, etwa aufgrund der Arbeitsmarktlage oder einer Behinderung. Er thematisiert keine Gruppierung, deren Lebensentwurf die Ablehnung von Erwerbsarbeit beinhaltet (besonders auffällig in dieser Hinsicht ist *Britta*). Das Ideologem, wonach das Gros der Arbeitslosen gar nicht arbeiten will, ist bei ihm nicht vorzufinden. Andererseits erfährt man aber auch nicht, ob seine Solidarität angesichts einer solchen Gruppe nicht doch an Grenzen stieße.

#### Ost-West-Unterschiede

- A: *das Problem is doch, das liegt unter anderem äh am System von dem andern wirtschaftlichen System in Westdeutschland. Das is nun mal auf äh Profitstreben ausgelegt. Also mer möchte natürlich, die möchten natürlich was verkaufen. 's war ja Hauptinteresse, daß se Ostdeutschland überhaupt äh zu Westdeutschland eingegliedert haben, also angeschlossen haben. Wenn die da keinen Gewinn damit erzielt hätten, wär das überhaupt nich passiert. (lacht kurz) Dann hätten se die Mauer stehngelassen. Deshalb äh ging's eigentlich nur darum, hier en neuen Absatzmarkt zu finden. Die Wirtschaft im Westen noch en bißchen dadurch wieder en bißchen anzukurbeln. ... also die Politik alleine kann nich viel machen, wenn die wirtschaftlichen Interessen dagegen sprechen. ... da is war viel Geld im Spiel, un da hat äh die Wirtschaft hat sehr viel zu sagen gehabt. Un die Interessen warn eigentlich eindeutig. (2,8)*

Axel ist davon überzeugt, daß die Vereinigung der beiden deutschen Staaten von westdeutscher Seite her auf Betreiben der Wirtschaft hin erfolgte. Die Wende war demnach ein primär ökonomisches Unternehmen und aus der Perspektive der Bundesrepublik war ihr eigentlicher Grund Gewinnstreben. Ohne zugrundeliegende ökonomische Interessen, vor allem die Erschließung neuer Absatzmärkte, hätte die Vereinigung dagegen nicht stattgefunden. Noch eindeutiger als zuvor erscheint hier die Politik von der Wirtschaft dominiert und eigentlich nur noch als Feigenblatt bzw. Erfüllungsgehilfin wirtschaftlicher Triebkräfte.

- I: *Äh und wenn die Unternehmer dann sagen, na ja also gut, wir zahlen achtzig Prozent. Ist das gerechtfertigt?*
- A: *[.] Von der Politik her, denk ich schon. Wirtschaftlich gesehn ooch en bißchen, ... die Kosten so, die allgemeinen Kosten sind eigentlich äh gleich, bleiben eigentlich nur die Lohnkosten übrig. (I: hm) Irgendwie muß man den Osten ja aufbauen. Da die Entwicklung nun im Osten nich so schön verlaufen is, wie mer sich das noch vor paar Jahren gedacht hat, is natürlich irgendwie is natürlich klar, die Arbeiten man möchte natürlich endlich, daß das endlich angeglichen wird nach so vielen Jahren. (I: ja) Aber andererseits, wenn ich das nun wirtschaftlich*

---

235      Siehe S. 161 der vorliegenden Arbeit.

*sehe, nicht unbedingt vom Standpunkt des Arbeiters, dann äh muß das eigentlich eigentlich noch so sein ja, (I: hm) daß die Lohnkosten niedriger sind hier, (I: hm) um doch noch vielleicht doch noch ein oder andern Unternehmer hier rüberzubringen. (3,7)*

Da für Axel ansonsten alle Faktoren in Ost und West gleich sind und er folglich im geringeren Lohnniveau die einzige Stellschraube ausmachen kann, um die Attraktivität ostdeutscher Wirtschaftsstandorte zu vergrößern, ist eine Differenz des Lohnniveaus zwischen Ost- und Westdeutschland akzeptabel. Die niedrigeren Lohnkosten im Osten sind aus seiner Sicht nämlich der einzige denkbare Anreiz für Betriebe, sich im Osten anzusiedeln. Wieder überwiegen, wie schon bei der Thematik der Lohndifferenzen, die funktionalen Argumente andere Erwägungen. Der "Standpunkt des Arbeiters" klingt hier zwar an, ist aber angesichts der funktionslogischen Erfordernisse nicht relevant.

- I: Es gibt ja jetzt im Westen manchmal Stimmen, die sagen, also gut, wir ham jetzt ne Zeitlang doch einiges gegeben, aber ph wir wollen eigentlich nich mehr so viel zahlen. (A: tja) Wird das von Osten aus als ungerecht angesehen?*
- A: In gewisser Weise schon, weil äh ph hier im Osten hat man ja nich diese Entwicklung gehabt wie im Westen. Im Westen is das alles gewachsen, (I: ja) hat sich das im Laufe der Jahre so entwickeln können. (I: hm) Is ja nun en schrittweiser Prozeß, den man nun nich unbedingt von heute auf morgen übern Daumen brechen kann. (I: hm) Das geht ja nun mal nich. ...*
- I: Glauben Sie, daß man die Westler überzeugen kann in dem Punkt?*
- A: Tja, ich weiß nich, ob die das so sehn. Leute, die äh kaum nich im Osten zu tun haben oder hier auch äh kaum Leute kennen, die hier arbeiten, wissen nich, wie die Arbeitslosigkeit so is. (räuspert sich) In den Nachrichten hört man ja so über lokale Arbeitslosigkeit doch nich so viel. (I: hm hm) Ich weiß nich, ob die das überhaupt einsehn würden so, (I: hm) weil bei ihnen zu Hause, da geht ja alles seinen Gang. (I: hm) Is sicherlich sehr schwierig. Ich wüßte nich erstmal, wie man das so einem Westler so richtig vermitteln kann, (I: hm) der da gar nich so in der Materie drinsteckt. (3,7)*

Die Fortsetzung der Transferzahlungen ist für Axel gerecht, da der Westen Deutschlands seine Wirtschaftskraft kontinuierlich und ungestört über einen langen Zeitraum entwickeln konnte, was im Osten nicht der Fall war. Die Transferzahlungen sind daher ein gerechtes Mittel, um diese Chancendifferenz auszugleichen, und sie sind aufgrund funktionaler Erfordernisse auch noch über einen längeren Zeitraum unverzichtbar.

Andererseits kann Axel aber auch nachvollziehen, daß die Westdeutschen kein Verständnis mehr dafür haben, weiterhin zu Zahlungen herangezogen zu werden. Es ist nämlich seines Erachtens schwierig, ihnen die spezifische Lage im Osten, etwa die hiesige Problematik der Arbeitslosigkeit, zu vermitteln. Besonders augenfällig ist hier Axels Fähigkeit zur Perspektivübernahme, indem er versucht, sich hinsichtlich der West-Ost-Transfers in die Sichtweise der Westdeutschen hineinzusetzen. In diesem Maße war diese Haltung noch bei keinem anderen der bisher vorgestellten Fälle anzutreffen.

### Dritte Welt

- I: Hm hm. [...] Und heute, glaubst Du, daß wir zur sogenannten Dritten Welt irgendwelche Verpflichtungen haben als Industrieland, als Industriemacht?*
- A: Ich denk schon. Wir leben schließlich alle off'm selben Planeten. Also 's is nich so, daß wir daß die jetzt aus der Welt sind. Also heutzutage is das so, daß alles daß alles dichter zusam-*

*mengerückt is. ... Und äh ich denk schon, daß mer denen helfen muß. Über die Probleme, die ja auch äh viel durch die Industriestaaten mit verursacht werden. (2,18)*

Es besteht eine moralische Verpflichtung, der Dritten Welt zu helfen. Dies gilt schon allein deshalb, weil alle Menschen in einer Welt leben. Darüber hinaus werden viele Probleme der Dritten Welt von den Industrieländern verursacht, so daß gemäß dem Verursacherprinzip auch eine Schuld und eine daraus resultierende Pflicht zur Wiedergutmachung besteht. Neben einer allgemeinen Solidarität der Menschen untereinander, die durch die Tasache, *"daß alles dichter zusammengerückt is"* noch verstärkt wird, gilt somit für Axel auch die Dependenzthese.

*I: Wie könnte so ne Hilfe aussehn, was glaubst Du?*

*A: Tja, wie man da helfen soll? 's günstigste is immer Hilfe zur Selbsthilfe, wenn die sich selber helfen können. Damit hilft man den Leuten am besten. Das is natürlich nich immer möglich. Tja, 's größte Problem is für mich einfach, was ich so empfinde in der Dritten Welt, das Bevölkerungswachstum. Das is eines der größten Probleme. In der Sache müßte halt eigentlich äh noch mehr Aufklärungsarbeit gemacht werden. Sind viele, was man sieht, [...] sind wohl viele, also Indien und so, daß die Bevölkerung halt wächst. (I: hm) Und es fehlt vor allem Aufklärungsarbeit, müßte viel mehr gemacht werden. (2,18)*

Hilfe zur Selbsthilfe ist die beste Form der Hilfe, diese ist aber nicht immer möglich. Wie viele andere folgt Axel einem gängigen Topos, der häufig im Zusammenhang mit der Dritten Welt genannt wird und der mittlerweile in den Alltagsgebrauch der Sprache diffundiert ist.

Das größte Problem der Dritten Welt liegt nach Axels Auffassung im hohen Bevölkerungswachstum, das einzig durch entsprechende Aufklärungsarbeit eingedämmt werden kann. Insgesamt zeichnet sich Axels Haltung gegenüber der Dritten Welt und den dort lebenden Menschen dadurch aus, daß er sie als gleichberechtigte und mündige Gegenüber auffaßt, die in den Inklusionsbereich hereingeholt werden sollen, was mit den adäquaten Mitteln zu bewerkstelligen ist.

#### Zusammenfassung

Axel nennt viele Gründe, die für die Beibehaltung der vorherrschenden Verteilungsstruktur sprechen. Diese sind durchweg aus funktionalen Überlegungen abgeleitet wie etwa der Gedanke an den Ausgleich ausbildungsbedingten Verdienstaufschlags oder die Überlegung zu verantwortungsvollen Leitungsfunktionen, die mit dem Erfordernis monetärer Distinktion und der Abwehr von Bestechungsversuchen einhergehen. In diesem Zusammenhang scheint Axel auch das Leistungsprinzip aus der Wettbewerbsperspektive opportunistisch. Letzteres bringt nämlich da viele begrüßenswerte Vorteile mit sich, wo das Gleichheitsprinzip nur dysfunktional und schädlich wäre. Aus einer Solidaritätsperspektive erscheint es Axel bedauerlich, daß dies zu teils großen Differenzen im Lebensstandard der Bevölkerung führt, aber diese Folge ist leider nicht zu vermeiden, wenn man will, daß das Gesamtsystem funktioniert. Allerdings schwingt in diesen Zugeständnissen immer ein gewisses Unwohlsein mit. Äußert Axel sich einmal aus der Perspektive der Gerechtigkeit bzw. sozialen Integration, dann bringt er Vorsicht und Zögern zum Ausdruck; er flüchtet dann immer wieder relativierende Füllwörter wie *"etwas"*, *"schon"*, *"ziemlich"*, *"bißchen"*, *"gewisse"* u.ä. ein. Wichtig ist ihm, daß Einkommensdifferenzen innerhalb gewisser Grenzen bleiben, insbesondere Niedriglöhne werden kategorisch abgelehnt, wodurch Axel im Ergebnis zum Verfechter des Floor-



Constraint-Prinzips wird. Ferner liegt ihm daran, die Integration von Individuen primär durch ihre Beteiligung am Arbeitsleben zu gewährleisten, eine Einstellung, die charakteristisch für die DDR war und auch heute noch in den neuen Bundesländern weit verbreitet ist.

Auffällig bei Axel sind nicht nur in diesem Zusammenhang Momente der Perspektivübernahme und der Empathie: *"Ja das fühlt man doch etwas als etwas als ungerecht, daß die Leute halt das, daß es ooch viele Leute sin, die jetzt off der Ar- off der Straße sitzen"* (2,7). Axel sieht dabei von seiner eigenen Situation ab und versetzt sich in die Lage anderer. Seine Bereitschaft zur Relativierung der eigenen Perspektive macht sich noch in einer weiteren Hinsicht bemerkbar: statt einer bestimmten durchgängigen inhaltlichen Auffassung von gesellschaftlicher Integration zu folgen, schlägt Axel vielmehr ein bestimmtes Entscheidungsverfahren, nämlich das Mehrheitsprinzip, vor:

A: *Das sollte man dann über Mehrheitsentscheidungen machen. (...) Aber deshalb sinds ja solche Entscheidungen, solche grundlegenden, in der breiten Masse in der Bevölkerung äh notwendig, also (I: ja) über Volksentscheid, weiß der Geier was wie oder wie man da macht. ... was nun als gerecht angesehen wird, is doch mehr gesellschaftlich bedingt, was halt die Mehrheit so als (I: ja ja) gerecht ansieht.*(3,9f)

Dabei traut er den Menschen prinzipiell auch zu, von ihrer eigenen Perspektive abstrahieren und eine allgemeinere Perspektive einnehmen zu können:

A: *Ich denke, bei den meisten Menschen is äh en gewisser Gerechtigkeitssinn, en gewisses Verständ- nis ooch da, sie überzeugen zu können. 's gibt mag immer wieder Ausnahmen geben. (3,9)*

Wenn man auch konstatiert, daß Axel gegenüber dem Mehrheitsprinzip etwas blauäugig sein mag, indem er etwa übersieht, daß die Minderheitsmeinung dabei zu kurz kommen könnte, so muß doch hervorgehoben werden, daß er bereit ist, seine eigenen Präferenzen gegenüber dem Ergebnis eines solchen Verfahrens zurückzustellen. Es bleibt also festzuhalten, daß Axel ein prozedurales Prinzip höher gewichtet als seine eigenen inhaltlichen Vorstellungen, wobei er auf einen gewissen Gerechtigkeitssinn in der Bevölkerung setzt.

Da Axel das Mehrheitsprinzip favorisiert, ist der angemessene Ort der Umsetzung für ihn folgerichtig die Politik. Diese soll beispielsweise auf die Schaffung von Arbeitsplätzen hinwirken. Politik hat ferner und vor allem die Aufgabe, zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Interessengruppen zu vermitteln. Während sie sich die Legitimation für diese Aufgabe durch das Mehrheitsprinzip beschafft, besteht ihre Leistung darin, sich einen Überblick über die gesellschaftlichen Problemfelder zu verschaffen, was vor allem bedeutet, das Gemeinwohl gegenüber Partikularinteressen zu vertreten und in mögliche Interessenkonflikte regulierend bzw. ausgleichend einzugreifen. Axel setzt damit auf ein Konzept, das dem der deliberativen Politik sehr nahe kommt: legitimiert und gestützt durch das Mehrheitsprinzip, welches gleichzeitig als Gütekriterium für Gerechtigkeit und Solidarität dient, vermittelt die Politik zwischen den Desiderata sozialer Integration und den funktionalen bzw. systemischen Erfordernissen in der Gesellschaft.

Diese Aufgabe kann die Politik jedoch nicht unbeeinträchtigt verfolgen. Eine Sondergruppe von Interessen kommt nämlich aus der Sphäre der Wirtschaft, die wiederum unentbehrliche Grundlagen für die Gesamtgesellschaft bereitstellt und daher weder einfach überstimmt noch in ihren Ansprüchen

zugunsten des Gemeinwohls zurückgedrängt werden kann. Mit anderen Worten: die Politik selbst ist in hohem Maße von der Wirtschaft abhängig und diese Abhängigkeit ist so evident, daß die Politik bei der Implementation ihrer Maßnahmen kaum gegen die Wirtschaft agieren kann. Während daher die Politik die eigentliche Sphäre ist, die unter anderem für soziale Integration und Gerechtigkeit zuständig ist, wird deren Aufgabe durch die wirtschaftlichen Funktionsimperative massiv erschwert und nicht selten konterkariert. Es existiert aber noch eine dritte Kraft, die jedoch erst in Extremsituationen in Erscheinung tritt. Quasi als ultima Ratio, die erst in extremen Ausnahmesituationen aktiviert wird, besteht nämlich die Möglichkeit, daß eine kritische Öffentlichkeit auf den Plan tritt und so massiven Druck ausübt, daß vermittelt über Medien und Politik sogar die wirtschaftlichen Interessen in ihre Schranken verwiesen werden können. Während also der Normalfall die Dominanz der ökonomischen Imperative über Politik und Lebenswelt ist, kann letztere - wenn auch *nur* in Ausnahmesituationen - in Form einer aktivierten und von den Medien unterstützten Öffentlichkeit gegen eine überbordende wirtschaftliche Dominanz aktiv werden.

Gerade *weil* die korrektiven Mechanismen einer deliberativen Politik und einer kritischen Öffentlichkeit bereitstehen, findet Axel den gegenwärtigen Zustand der Gesellschaft weitgehend akzeptabel. Er faßt nämlich die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit als selbstregulierendes Gleichgewichtsmodell mit eingebauter Notbremse, einer kriseninduzierten kritischen Öffentlichkeit, auf, das trotz aller Mängel insgesamt recht gut funktioniert. Er selbst vertraut weitgehend auf das Funktionieren der genannten Verfahren und Korrekturmodi, so daß er trotz eines gewissen Unwohlseins keinen Anlaß für eigenes Handeln sieht.

### **Biographie**

#### **Strukturgenese**

##### *A. Familienhintergrund*

Axels *Großeltern väterlicherseits* fliehen nach dem Zweiten Weltkrieg aus Schlesien nach Sachsen. Ein weiterer Umzug drei Jahre später innerhalb Sachsens ist mit dem Erwerb einer Gastwirtschaft am Rande einer mittelgroßen Stadt verbunden. Wie zur Unterstreichnung ihres Zuwandererstatus' nehmen die Großeltern damit eine geographische Stellung an der Peripherie ihrer neuen Umgebung ein, wobei der Erwerb des Lebensunterhaltes darin besteht, Gäste zu bewirten, während man ansonsten unter sich bleibt. Daß keine tiefere Verwurzelung in die neue Umgebung stattgefunden hat, wird später auch daran ersichtlich, daß die Großeltern, als sie sich 1986 zur Ruhe setzen, die Gastwirtschaft verkaufen und ein Haus in einem 30 km entfernten Ort erwerben. Daß sie noch im Alter so einfach ihren Wohnort wechseln, deutet darauf hin, daß der damit einhergehende Abbruch von Kontakten nicht schwer gewogen haben dürfte. Die Großeltern haben damit bis zum Lebensabend einen gewissen "Nomadenstatus" bewahrt.

Axels *Vater* wird als der Jüngere von zwei Söhnen im Jahr 1944 geboren. Er verläßt die Linie der Selbständigkeit im Rahmen eines in sich geschlossenen Familienbetriebes, der die Eltern gefolgt sind, und erlernt den Beruf des Schweißers. Während die Großeltern sich offenbar weder in ihre Umgebung (Randlage) noch in den neuen Staat (Selbständige im "Arbeiter- und Bauernstaat")

integriert haben, gewinnt man im Falle des Vaters den Eindruck, er suche als Facharbeiter die Zugehörigkeit zur in der DDR bevorzugten Bevölkerungsgruppe und passe sich entsprechend an. Dabei bewahrt sich der Vater jedoch durchaus seinen Eigenwillen, der sich etwa darin ausdrückt, daß er den Wahlen in der DDR einige Jahre lang fernbleibt, was übrigens keine weiteren Folgen nach sich zieht. Anders als gegenüber Angehörigen des akademischen Milieus - diese konnten degradiert (z.B. *Gerds* Vater; siehe unten) oder "zur Bewährung in die Produktion" geschickt werden - hatte der Staat gegenüber dem Arbeitermilieu wenig Sanktionsgewalt.<sup>1</sup> Hierin deuten sich Momente eines proletarischen Habitus an, für den sich unten weitere Hinweise zeigen werden.<sup>1</sup>

Axels *Großvater mütterlicherseits* arbeitete in einem Sägewerk, die *Großmutter* war von Beruf Näherin. Axels Mutter ist das zweite von vier Kindern, von denen jedoch zwei früh starben, nämlich das älteste und das dritte Kind. Obwohl Axels Mutter damit das älteste verbliebene Kind darstellt, befindet sich das Haus heute im Besitz des verbliebenen jüngeren Bruders, was auf patriarchale Strukturen hindeutet, da das Geschlecht bei der Vermögensübertragung stärker als die Geburtsreihenfolge gewichtet wird.

Axels *Mutter* wird 1942 geboren. Damit ist sie älter als Axels Vater, was diesen jedoch nicht davon abgehalten hat, die Mutter zu dominieren. Damit reproduziert sich das Verhältnis der Mutter zu ihrem jüngeren Bruder, der sich als einziger überlebender männlicher Nachkomme wahrscheinlich gegenüber der großen Schwester einige Freiheiten herausnehmen durfte. Axels Mutter hätte sich somit nach der Hochzeit in einer gewohnten Konstellation wiedergefunden. Wie schon die Großmutter arbeitet sie erst als Näherin, später als Putzfrau im Clubhaus des Werkes, in dem auch der Vater beschäftigt ist.

Axels *Eltern* lernen sich auf einer Tanzveranstaltung kennen. Im Jahr 1965 heiraten beide und am Ende des gleichen Jahres wird Axel geboren, vier Jahre später seine jüngere Schwester. Bis 1969 wohnt die Familie bei den Großeltern mütterlicherseits. Nach zwei Umzügen innerhalb des Dorfes erfolgt ca. 1978 der Umzug in eine größere Stadt, wo der Vater eine Arbeit in seinem angestammten Beruf annimmt, während er zuvor in anderen Funktionen beschäftigt war. Dort haben die Eltern auch einen kleinen Schrebergarten.

A: *Mein Vater hat die ganze Familie dominiert.*

I: *Ja? Wie wie drückte sich das denn aus?*

A: *Nja ph was Vater sagte, wurde gemacht. (3,1)*

A: *Wenn der Vatter was gesagt hat, und äh ich hab eigentlich nich nich das gemacht, was er wollte, dann ja dann wurd ich irgendwie bestraft in irgend ner Form. (I: wirds schwierig) Dann wurde's sehr schwierig. (I: hm) Da lief halt nix. (I: hm hm) Und bei Mutter, na ja, wenn*

<sup>236</sup> Jedenfalls solange die Betroffenen unterhalb einer Schwelle blieben, jenseits welcher sie kriminalisiert und damit den Organen des Strafvollzugs zugeführt werden konnten.

<sup>237</sup> Hier ließe sich spekulieren, ob der proletarische Habitus durch die Flucht der Großeltern suspendiert bzw. in den Hintergrund gedrängt wurde, oder ob er sich bei Axels Vater erstmalig ausgeprägt hat. Wahrscheinlicher ist ersteres, jedoch ließ sich in dieser Frage aufgrund des Materials keine weitere Klärung herbeiführen.

*irgendwas äh anstand, daß irgendwas halt da schiefgelaufen is, dann ging se halt zum Vatter.  
(I: hm) Und dann gings eben auch übern Vatter also. (3,1)*

Der Vater folgt einem patriarchalischen Verhaltensmodus, was gemeinsam mit der Berufswahl auf einen proletarischen Habitus hindeutet. Die schnelle Aussprache, die Axel hier an den Tag legt und die sich sogar im Schriftbild ausdrückt ("*nix*", "*Vatter*"), deutet auf eine saloppe Umgangsweise hin, die ebenfalls in das Arbeitermilieu paßt. Axel beschränkt sich hier auch weitgehend auf eine beschreibende Wiedergabe, ohne den Vater im Zuge seiner Äußerung zu kritisieren, was darauf hindeutet, daß seine eigene Distanz zum Herkunftsmilieu nicht ausgeprägt ist. Axel bezeichnet auch selbst an anderer Stelle seine Familie als eine "*ganz normale Arbeiterfamilie*" (1,1) und sich selbst: "*Ich bin halt en Sohn einer Arbeiterfamilie.*" (2,19).

Seine Mutter beschreibt Axel als eine sehr zurückhaltende Persönlichkeit:

*A: Zurückhaltend. (I: hm?) Zurückhaltend.*

*I: Zurückhaltend ja. Freundlich?*

*A: Freundlich, ja freundlich war se ooch. (I: und so die) Hat aber ooch eigentlich nie die Meinung geäußert so. (I: ah ja, aha) Völlig untergeordnet. (3,1)*

Damit verhält sich die Mutter komplementär zum Vater und reproduziert eine Positionierung als untergeordnete Frau, die sie wahrscheinlich schon in ihrer Herkunftsfamilie innehatte.

Ca. 1983 verläßt der Vater die Familie wegen einer anderen Frau, die Scheidung erfolgt noch vor der Wende. Nach der Wende, die die Abwicklung seines Betriebes mit sich bringt, hat er verschiedene Arbeitsstellen, heute lebt und arbeitet er in Berlin. Er hat wieder geheiratet, wobei nicht bekannt ist, ob es sich dabei um dieselbe Frau handelt, wegen der er die Familie verlassen hat.

Axel selber hat sich mit diesen Vorgängen offenbar noch nicht sehr eingehend beschäftigt, was sich etwa in lapidaren Sätzen wie: "*Hat er sich halt ne andre Frau gesucht.*" (3,2) ausdrückt. Im Interview findet sich keine andere Stelle, in der Axel sich mit diesem einschneidenden Ereignis eingehender beschäftigt. Allerdings ist er selbst zum Zeitpunkt der Scheidung bereits volljährig.

Die Mutter hat nach der Abwicklung ihres Betriebs eine Stelle in einem anderen Werk desselben Ortes inne, bis auch dieses abgewickelt wird. Ca. Ende 1990 wird sie arbeitslos. In ihrem Wohnort gibt es aufgrund der Betriebsschließungen immer weniger Arbeitsplätze, so daß sie zwei Jahre später ebenfalls nach Berlin zieht, wo sie zum Zeitpunkt des letzten Interviews eine ABM-Stelle innehat.

Axels *Schwester* absolviert eine Lehre als Facharbeiterin für Technisches Zeichnen, später nimmt sie ein Fachstudium für Maschinen- und Anlagenbau auf, das sie mit dem Diplom als Ingenieurin abschließt. Zum Zeitpunkt des letzten Interviews (1998) ist sie verheiratet und hat eine Tochter. Ihr Ehemann hat ein Haus geerbt und die Familie hat - jedenfalls nach Axels Dafürhalten - einen guten Lebensstandard.

*B. Kinderkrippe, Kindergarten, Schule*

*Hm. Geboren bin ich auch, (I: hm) sechzehnten zehnten 1965. (1,1)*

Hier zeigt sich Axels salopper Redestil, der bei ihm häufig anzutreffen ist. Bei der zitierten Stelle handelt es sich um die Einleitung des Interviews. Axel dürfte sich an dieser Stelle noch recht unsicher darüber sein, wie das Interview im folgenden verlaufen und ob er alles richtig machen wird. In die saloppe Art verfällt er, wie sich im Laufe des Interviews zeigt, insbesondere dann, wenn er etwas unsicher ist, womit er latent die Absicht verfolgt, die Situation aufzulockern und zu entspannen.

*Also Kindergarten bin ich gegangen bei uns im Dorf, wo mer zuerst gewohnt haben damals, P-Dorf (1,1)*

Diese Passage schließt sich direkt an die Äußerung zu seiner Geburt an. Axel geht dabei recht lax mit der Grammatik um, indem er Präposition und Artikel "in den" (Kindergarten) wegfallen läßt. Durch diese absichtlich unkorrekte Sprechweise versucht er eine Atmosphäre der Kumpelhaftigkeit mit dem (in den ersten beiden von drei Interviews) gleichaltrigen Interviewpartner herzustellen.

*ich war so'n bißchen Lausejunge. (I: ach ja) Ich hab alle Ecken kennengelernt des Kindergartens. In allen Ecken hab ich mal gestanden (1,4)*

An dieser späteren Textstelle ist die Vertraulichkeit in einem gewissen Maße hergestellt und Axel erzählt von eher peinlichen Details, die man jedoch angesichts der lange verstrichenen Zeitspanne als amüsante Momente des eigenen Lebens wiedergeben kann, mit denen sich auch ein gewisser Grad an Intimität herstellen läßt.

*Dort bin ich auch zur Schule gegangen, eingeschult mit sieben Jahr'n. Bis zur siemten Klasse bin ich dort in dem Dorf zur Schule gegangen. Dann sin mer umgezogen nach F-Stadt, das is bei B-Stadt. Tja, da hab ich die Schule weiter besucht bis zur zehnten Klasse. Dann ja, zehnte Klasse hab ich mit Eins abgeschlossen, also mit "sehr gut". Nachdem ich da etwas durch den damaligen Klassenlehrer motiviert wurde, (lacht kurz) zum Lernen sozusagen. Aber zur EOS konnt ich nich gehn, weil das zu meiner Zeit noch nach der achten Klasse war. In der achten Klasse hatt' ich aber auf'n Zeugnis bloß eine Drei. (lacht kurz) Also da war noch nich so was mit Lernen, hatte mer so gar nich die Lust. Das hab ich dann erst in der neunten, zehnten Klasse halt en bißchen mich angestrengt. (1,1)*

Axel setzt die Ersterzählung mit der Aufzählung seiner schulischen Laufbahn fort. Jetzt scheint er ein ganz normaler unauffälliger Schüler zu sein. Auch in Wortwahl und Satzbau ist Axel jetzt korrekter als zu Beginn. Die Rahmung des Formalen stiftet für ihn offenbar Sicherheit, auch die Zäsur des Umzuges läßt sich leicht einfügen. Er beendet die Passage vorläufig mit der Wiedergabe eines Erfolgserlebnisses: "mit Eins abgeschlossen". Dieser Erfolg ist jedoch stark getrübt, denn zur EOS wurde er nicht zugelassen, da die Entscheidung hierfür bereits in der achten Klasse fiel und er damals nur einen Notendurchschnitt von "befriedigend" vorweisen konnte.

Motiviert zur Leistungssteigerung nach der achten Klasse wurde er "etwas" durch einen Klassenlehrer. Der personale Bezug war offenbar sehr wichtig für ihn, wobei verwundert, daß dieser

recht lapidar dargestellt und damit tendenziell herabgewürdigt wird. Ist es Axel vielleicht peinlich, daß eine Beziehung auf der rein menschlichen Ebene eine so große Wirkung auf ihn hatte?

*A: Nee, also in F-Stadt bin ich ja noch zur off der Oberschule damals, (I: hm) hatt' ich ne gute Klassenlehrerin, (I: aha) echt motivierend, (I: hm) hm. Sonst würd ich heut nich hier sitzen. (1,4)*

*Die Klasse war ooch ne gute Truppe, die Klassenlehrerin hat das geschafft, die Klasse so so wie so'n Team so en bissel zusammenzumachen ja. (1,4)*

Später kommt Axel noch einmal auf die Klassenlehrerin zurück, die sich erst jetzt als Frau herausstellt, während sie zuvor durch Axels Ausdrucksweise derart anonym dargestellt wurde, daß sogar das Geschlecht hinter der Formulierung verschwand. Hier geht Axel in der Würdigung der Lehrerin bedeutend weiter: *"gute Klassenlehrerin", "Sonst würd ich heut nich hier sitzen"*. Der menschliche Bezug war für Axel offensichtlich wichtig, denn er legte keine reine Leistungsorientierung an den Tag (wie etwa *Britta*). Aber auch hier schleicht sich wieder eine abwiegelnde Bemerkung ein: *"(S)o en bissel zusammenzumachen"*. Es drängt sich der Gedanke auf, daß Axel als zukünftiger Naturwissenschaftler solchen weichen Faktoren nur wenig expliziten Respekt zu zollen vermag. Vielleicht ist es ihm aber auch peinlich, daß eine Außeneinwirkung von anderen Personen für ihn wichtig war, weil sie in seinem Selbstverständnis auf mangelnde Autonomie hindeutet.

### *C. Pioniere, FDJ, Beziehungen zum DDR-System*

*Ach so sehr für die FDJ hab ich mich nie interessiert, also ich weiß nich. Das einzige, das war halt ganz günstig, man konnte halt mal (?) wegfahrn (lacht kurz) über Jugendtourist. Man kam ja nich weg, hat man auf diese Weise ab un zu mal en paar Reisen gekriegt. ... Das eine Mädels, die Beate, die hat sich sehr sehr für die FDJ enga- also engagiert und na ja, sie hat da öfters auch mal was gekriegt. Die hatte da ooch beim Kreisvorstand so zu tun. Un na ja, und über die hab ich ab und zu en hab ich damals mal ne Reise geschenkt gekriegt. Sie hatte zwei sie hatte zweie geschenkt gekriegt und wußte mit der zweiten nichts anzufangen un hat se mir gegeben. Ich war halt mal in Kiew in der Gegend Kiew, (?) un so mit'm Zug zwei Wochen. Vor Tschernobyl (lacht kurz) war das damals. (1,4f)*

Die FDJ spielte für Axel keine große Rolle. Da er über lange Strecken ein sehr durchschnittlicher Schüler war, dürfte er wenig mit Aufforderungen behelligt worden sein, tragende Rollen im FDJ-Kader zu übernehmen, denn diese waren in der Regel für die guten Schüler vorgesehen. Seine Ambitionen auf ein Studium sind erst später geweckt worden, so daß er sich auch nicht genötigt sah, aus diesem Grunde ein entsprechendes Wohlgefälligkeitsverhalten an den Tag zu legen. Wie sein Vater, der sich einige Zeit der Teilnahme an den Volkskammerwahlen verweigert hatte, kann und will er sich offenbar der Übernahme bestimmter Verpflichtungen entziehen und sich weitgehend im Hintergrund halten, wobei er sich allerdings weniger konfliktorientiert als der Vater verhält. Dagegen nutzt er durchaus seine privaten Kontakte innerhalb der FDJ, um sich in Form des Reiseangebots einen Vorteil zu verschaffen. Er hat also offenbar keine Skrupel, sich das Angebot einer (immerhin oktroyierten) Organisation zu erschleichen, ohne sich für diese über das Mindestmaß hinaus zu engagieren. Ferner zeigt sich hier auch eine Kompetenz, private Kontakte als Ressource zu nutzen.

*Noch mal ooch über Jugendtourist, kurz vor der Wende, noch mal gefahrn. Also en paar Tage vor kurz bevor ich zur Armee gekommen bin, bin ich noch mal gefahrn, nach Mittelasien. (...) Taschkent und so. (1,5)*

Auslandsreisen spielen für Axel eine wichtige Rolle. Statt sich wie viele andere über die mangelnde Reisefreiheit der DDR zu beklagen, nutzt er die Chancen, welche sich im System ergeben. Diese Haltung wird anhand der folgenden Textstelle noch deutlicher:

*A: Man konnte ganz gut in der DDR leben. [...] So schlecht fand ich das eigentlich gar nich. Ich habs nich so unbedingt als schlecht empfunden. Ich bin ja nun ooch irgendwie in d- in das die Gesellschaft reingeborn worden. Also ich hab ja nie groß was andres kennengelernt. Für mich war das halt so alles gegeben, (I: hm) Grenze im Westen, mhh na das war halt Westen und das wars. (1,15)*

*ich bin in die Sache in dieses System reingewachsen, für mich war das eigentlich so selbstverständlich so. Ich hab ooch keine negativen Erfahrungen von dem System gemacht. (2,2)*

Axel findet sich in das Leben innerhalb der DDR mit seinen Beschränkungen gut ein. Dazu sind für ihn weder die weitgehende Integration, wie sie etwa *Susanne* praktiziert hat, noch spezifische Distinktionen (wie sich weiter unten bei *Barbara* zeigen wird) erforderlich, sondern er führt nach eigenem Selbstverständnis ein ganz gewöhnliches Leben, arrangiert sich, ohne Engagement an den Tag zu legen, aber auch ohne sich abzugrenzen. Die DDR mit ihren Beschränkungen und spezifischen Möglichkeiten und Gegebenheiten stellt für ihn eine unhinterfragte und unproblematische Normalität dar, ohne daß er sich aber mit den eingeschliffenen Ritualen und Organisationen identifizieren würde. Seine Auslandsaufenthalte machen dagegen deutlich, daß er gegebene Freiheitsspielräume zu nutzen verstand. Anders als *Susanne* empfindet er heute auch keine Enttäuschung, da er sich gegenüber der DDR immer eine gewisse Nüchternheit bewahrt hat.

Selbst die zentrale Figur des Erich Honecker betrachtet er noch heute eher verständnisvoll und wohlwollend als kritisch:

*Er hat da halt das Beste draus gemacht, (lacht kurz) er konnte ja alles. Ja er hat halt alles ausgenutzt, was er hatte. Hätt' ich vielleicht auch so gemacht, weiß nich. (1,16)*

Der Bundesrepublik Deutschland war er wegen der Armut der unteren Bevölkerungsschichten, wie er sie durch die ostdeutschen Medien vermittelt bekam, abgeneigt. Die DDR zu verlassen und in den Westen zu gehen, kam für ihn daher nie in Betracht. Obwohl er sich nicht für seinen Staat engagierte, was eigentlich obligatorisch gefordert wurde, stand Axel ihm offenbar alles in allem eher positiv gegenüber. Diese Haltung konveniert in hohem Maße mit einem proletarischen Habitus, dem die DDR eine recht unproblematische, wenn auch nicht unbedingt geliebte Heimstatt war.

#### *D. Berufsausbildung*

Nach dem Schulabschluß besucht Axel zwei Jahre lang die Berufsschule in D-Dorf und absolviert eine Ausbildung zum Lebensmittelchemielaboranten.

*Bin ich dann Lebensmittelchemielaborant geworden. Ursprünglich wollt ich mal bei der Post als Fernmeldetechniker gehn. Das ging nich, hat nich geklappt. Da ich mich etwas später noch mal beworben habe, bin ich halt Lebensmittelchemielaborant geworden am Bezirkshygieneinstitut F-Stadt. War zwei Jahre Ausbildung zum Facharbeiter in D-Dorf bei Q-Stadt, an ner das is en typi-*

*scher Mädchenberuf, (lacht kurz) also all zu viele Jungs warn mer dort nich an der Schule, also bei meinen Mädchen da. Zeitweise war ich sogar alleine, hatt' ich en Einzelzimmer, (lacht kurz) da hatt' ich meine Ruhe, na ja mehr oder weniger. (1,1)*

Eine erste Bewerbung führt für Axel nicht zum Ziel. Mittlerweile möchte man glauben, daß er routiniert in biographischen Brüchen ist: die vielen Umzüge der Familie, die Scheidung der Eltern (die etwas später erfolgen wird), die Ablehnung durch die EOS (die EOS wurde vielleicht nicht von vornherein angestrebt, aber der später entwickelte Ehrgeiz ließ die Ablehnung doch zumindest im Nachhinein bedauerlich erscheinen). Axel weiß um mögliche Blockierungen im Leben und reagiert hierauf mit einer spezifischen eigenen Bescheidenheit. Er sucht sich eher unter den Angeboten, die er für erreichbar hält, diejenigen aus, die ihm noch am attraktivsten erscheinen, und bringt nicht die Zähigkeit einer hartnäckigen Zielverfolgung auf, wie sie beispielsweise *Britta* hinsichtlich des angestrebten Psychologiestudiums an den Tag legt. Er wählt dann den Beruf des Chemielaboranten, in welchem er als nahezu einziger männlicher Lehrling eine Außenseiterrolle einnimmt. Aber diese hatte auch ihre Vorteile: "(D)a hatt' ich meine Ruhe, na ja mehr oder weniger".

In den Jahren 1984 und 1985 arbeitet Axel zwei Jahre lang am Bezirkshygieneinstitut. Sein Verdienst ist hier eher gering:

*Zu DDR-Zeiten war das äh na ja, etwas unterm Durchschnitt, aber (lacht kurz) man war ja kein Schwerstarbeiter. (I: hm) Man hatte halt en ruhigen Job dorte. (I: hm) Man hat halt gearbeitet, wie die Arbeit kam. Manchmal kam keine Arbeit, hat man nich gearbeitet. Und schlecht war die Arbeit ja auch nich. Man hatte ja alles. (1,6)*

Hier drückt sich wieder Bescheidenheit aus: "*Man hatte ja alles.*" Axel erscheint nicht sehr ambitioniert, sondern sucht sich für die Bewertung seiner Tätigkeit die wenigen positiven Momente heraus. Nun hätte an dieser Stelle seine Karriere bereits fast am Ende sein und er sich mit dieser bescheidenen ökonomischen und sozialen Situation abfinden können. Aber auch ohne ausgeprägte Karriereambitionen wird Axel nach einiger Zeit mit der reinen Routinetätigkeit unzufrieden:

*Jeden Tag dasselbe machen, das war auch nichts für mich. Ich hatte immer bißchen was Nebenbeschäftigung gesucht, um en bißchen Abwechslung reinzukriegen in den tristen Alltag. Na ja, [. ] na ja, und so toll, tägliche Arbeit im Labor, ja. Ich hatte halt nach zwei Jahren en bißchen so keine Lust mehr. (1,6)*

Axel entwickelt am Ende doch Ambitionen auf eine anspruchsvollere Beschäftigung. Auffällig ist, wie schon oben bei der Klassenlehrerin, der beschwichtigende und abwiegelnde Gestus, der sich vor allem in der häufigen Verwendung des Wortes "*bißchen*" ausdrückt. Axel tritt hier nicht bestimmt oder gar aggressiv auf, sondern erscheint eher als jemand, der vorsichtig und tastend seine Möglichkeiten sucht.

*E. Astronomie: Das Hobby, das zum Beruf wurde*

*A: Ja ich war schon immer schon etwas astronomieinteressiert. Eigentlich war das schon in der Schule. Ich hab schon in der fünften un sechsten Klasse mir Bücher über Astronomie geholt, (I: ja) ooch Literatur gelesen drüber. (3,3)*



*In Vorort [B-Stadt] gabs direkte Schulsternwarten, wo's auch so ne Gruppe gab von Hobby-astronomen, da bin ich mal hingefahrn, ... da standen Fernrohre rum. Ich hatte mir en großen Feldstecher gekauft, damit ich auch mal in Himmel gucken kann. ... Über die Sternwarte hatt' ich dann von Bekannten da dann noch en eignes Fernrohr vermittelt gekriegt, (I: hm?) so richtiges richtiges Teleskop, en großes. Hab ich da gekauft, preiswert. (1,5)*

Ab etwa dem elften Lebensjahr beschäftigt sich Axel in seiner Freizeit mit Astronomie. Diesem Hobby geht er sehr intensiv nach. Dabei nimmt sich Axel in seiner Wortwahl zwar wieder tendenziell zurück ("etwas"), spielt hiermit die Bedeutung, die das Hobby für ihn hat, herunter und drückt eine gewisse Bescheidenheit aus, aber immerhin hat er nicht nur Bücher gelesen, sondern sogar die Sternwarte aufgesucht und sich selbst optische Geräte zur Sternbeobachtung besorgt. All dies deutet auf eine große Leidenschaft für sein Hobby hin.

Statt selbst zu reisen, was Axel ja innerhalb der beschränkten Möglichkeiten der DDR ebenfalls tut, blickt er in die Tiefe des Alls, und überbrückt dadurch gewissermaßen Entfernungen, die er selbst niemals zurücklegen könnte, wodurch auch die eingeschränkten Reisemöglichkeiten der DDR weiter relativiert werden. Hier erschließen sich ihm, zumindest in einem übertragenen Sinne, Freiräume und Distanzen, welche ihm andere Lebensbereiche kaum zu bieten vermögen. Die Vermittlung eines billigen effizienten Teleskops verläuft wieder über persönliche Kontakte, die er ein weiteres Mal als Ressource zu nutzen versteht. Für seinen weiteren Lebenslauf wird die Astronomie eine entscheidende Rolle spielen; unter anderem ist er durch sie auf indirektem Wege doch noch dazu gekommen, sein Abitur nachzuholen.

#### F. Abitur

*Na ja, nach'm Jahr arbeiten, dann hab ich 's Abitur (räuspert sich) an ner Volkshochschule angefangen, nachdem ich nachdem mir ein Freund den Tip gegeben hatte, versuch's doch mal. Weil ich immer so ne Art Hobbyastronom war, hab viel mit Astrophysik gemacht, meinte der doch, ich könnt doch mal zur Volkshochschule gehn, die bieten da viele Lehrgänge an, vielleicht auch Astronomie so. Un na ja, bin ich da halt hingegangen. Un na ja, Astronomie hatten se nich, Physik hätt' ich ja machen können, hatten se aber bloß en Abiturlehrgang für Physik. Ham se mich halt überzeugt, daß ich gleich 's ganze Abitur mache oder so, (lachend) warum soll ich bloß Physik machen, kann ich den Rest auch gleich mitmachen. Hab ich en Rest gleich mitgemacht, Abitur gemacht an der Abendschule. (1,1)*

*Das Abitur gemacht mit Auszeichnung. (I: hm hm) Ja Abitur is mir eigentlich recht leicht gefallen. (1,5)*

In den Jahren 1986 bis 1988 holt Axel sein Abitur an der Volkshochschule nach, den Abschluß macht er mit Auszeichnung. Damit ist er endgültig auf die Bahn einer Aufstiegsbewegung eingeschwenkt, die sich gegen Ende der POS bereits angedeutet hatte.

Während der Anstoß zu dieser Entwicklung intrinsischer Natur war, ist der Verlauf selbst stark von Zufälligkeiten geprägt. Der Rat eines Freundes stellt den Anstoß dar; dieser bezog sich eigentlich nur auf Axels Hobby (Astronomie), dem er im Rahmen der Volkshochschule nachzugehen gedachte. Aus der doppelten Mangelsituation, daß kein entsprechender Lehrgang vorhanden war und ein möglicher Ersatz mit dem Abitur verbunden war, ergibt sich für Axel die Entscheidung, sein Abitur nachzuholen. Um diesen auf seltsamen Wegen herbeigeführten Entschluß noch abzurunden,

absolviert Axel dann gleich ein vollständiges Abitur statt eines, das nur fachspezifisch beschränkt ist. Aus dem Vorhaben, sich nebenbei in einem Hobby fortzubilden, ist damit der Entschluß geworden, das Abitur nachzuholen. Wenn man ferner bedenkt, daß der gute POS-Abschluß hier sicher auch eine entscheidende Rolle gespielt haben dürfte, dieser aber nur durch das Engagement der Klassenlehrerin zustande kam, dann kommt noch eine weitere Zufallskomponente ins Spiel.

Axel bedient sich hier wieder seiner saloppen, sehr lässigen Ausdrucksweise. *"Meinte der doch", "na ja, bin ich da halt hingegangen", "Hab ich en Rest gleich mitgemacht"*. Er gibt sich dabei sehr gelassen und kumpelhaft; man möchte fast meinen, daß er mit einer anderen Entwicklung ebenfalls zufrieden gewesen wäre. Es ging ihm offenbar kaum darum, auf Biegen und Brechen sein Milieu zu verlassen und eine bestimmte Karriere anzustreben. Zwar folgt er einem innengeleiteten Antrieb, seinen Interessen, die über bloße Routine hinausgehen, dem Ort, an den ihn dieser Antrieb hinführt, kann Axel aber gelassen entgegensehen. Hier drückt sich eine ganz spezifische Genügsamkeit aus, die ihn vor möglichen Enttäuschungen feilt, denn wer nichts Bestimmtes erreichen will, der kann auch kaum enttäuscht werden.

Dies heißt aber nun nicht, daß seine Handlungsstruktur eher durch Passivität geprägt ist. Innerhalb der Kontexte, in denen er sich bewegt, stellt Axel sich in praktischer Hinsicht eine Fülle von Aufgaben, z. B. Modellbau, Verbesserung der Computertechnologie, Beobachten von Sternen, intensive Wohnungsrenovierung usw., durch deren Bewältigung er seine technischen Fähigkeiten offenbar kontinuierlich verbessern kann.

#### G. Armee

Aufgrund seiner Teilnahme an der Volkshochschule wurde Axel vom Wehrdienst zurückgestellt, *"wodurch ich natürlich erst mit vierundzwanzig zur Armee kam"* (1,1). Von 1988 bis Januar 1990 absolvierte er dann seinen Wehrdienst bei einer Funkeinheit des Verteidigungsministeriums. Weil man ihn, ohne ihn zuvor hierüber aufzuklären, einer Geheimeinheit zuordnete, wurde er in die entsprechenden Sicherheitsmaßnahmen mit einbezogen:

*Durft'st kein Kontakt zur Außenwelt haben, drei Wochen lang, während der Grundausbildung. Erst nach der Vereidigung, dann duften mer schreiben. ... Auf jeden Fall warn wir dort alle Leute ohne Westkontakte. ... ich glaub schon, die Stasi hatte da uns schon bißchen unter die Lupe genommen, bevor se uns dort einberufen hatten. (1,7f)*

*Das hab ich alles zu stark übertrieben gefunden. Ich war erstmal bißchen entsetzt eigentlich drüber, daß mer so was äh davorgesetzt kriegt ohne da ehm irgendwie gefragt wird oder so. Wurde halt zur Armee einberufen, und du bist jetzt so und dann na ja war schon en bißchen sehr vor'n Kopf gestoßen. (2,3)*

Aufgrund der zufälligen Eigenschaft, selber keine Westkontakte<sup>1</sup> zu haben, wird Axel zum Angehörigen einer Einheit mit Geheimhaltungsstatus und hierdurch in die Pflicht genommen, sich den

<sup>238</sup> Geheimnisträger zu sein, lief im Prinzip auf eine komplette Kontaktsperre zur Bundesrepublik hinaus, denn die dieser Sperre unterliegenden Personen durften weder Post und Besuch aus dem Westen empfangen noch Reisen in dringenden Familienangelegenheiten beantragen. Selbst das Ausscheiden aus dem Betrieb oder die Berentung führten nicht automatisch zur Entlassung aus dem Geheimnisträger-Status, dessen Kreis sich bis in die achtziger Jahre hinein ausdehnte und schließlich ungefähr 180 000 Personen umfaßte. (Wolle 1998: 140)

entsprechenden Statuten und Prozeduren zu unterwerfen. Hierüber ist Axel sehr ungehalten, da seine Zustimmung nicht eingeholt wurde. Während er angesichts der anderen Entwicklungen seines Biographieverlaufes sehr gelassen bleiben konnte, so wird nun doch allzu direkt über ihn verfügt, was ihn selbst massiv stört. Hier wird auch noch einmal besonders deutlich, daß keine ausgeprägte Systemloyalität vorhanden war, welche die Empörung aufzufangen oder vielleicht sogar Stolz hervorgerufen hätte. Sein Protest bleibt aber stumm, insgesamt stellt sich Axel hier auf eine Duldung der Zumutungen ein. Einen Vorteil konnte Axel immerhin darin sehen, daß der allgemeine Dienst in dieser Armeeinheit insgesamt recht lässig gehandhabt wurde. So wurde zum Beispiel eine angekündigte Geländeübung bei schlechtem Wetter abgesagt oder über offensichtliches Desinteresse bei obligatorischen politischen Lehrgängen hinweggesehen.

*Fuffzehn Monate hab ich Wache gestanden bei der Armee. Nach fuffzehn Monaten war dann die Wende da, (lacht kurz) un da ham se uns bei der Armee rausgeschmissen, weil die Wehrzeit auf'n Jahr herabgesetzt wurde und wir schon fuffzehn Monate da warn, durften wir also gehn. (1,1)*

Ähnlich unverhofft und ungefragt, wie die Zuweisung von Standort und Art der Einheit erfolgte, so endet auch die Armeezeit, die sich in Axels Biographie wie ein Intermezzo ausnimmt, das ohne Folgen für sein weiteres Leben bleiben soll. Axel war zwar in dieser Zeit eher unzufrieden, aber mit seiner gelassenen und bescheidenen Haltung hat er sie ohne Blessuren überstanden.

#### *H. Wende*

Die Wende ereignete sich während Axels Armeezeit, so daß er von den eigentlichen Wendeereignissen nicht viel mitbekam. Innerhalb seiner Kaserne wurde aber eine Resonanz auf diese Ereignisse ausgelöst, die darin bestand, daß die Soldaten eines Nachts Kerzen in ihre Fenster stellten und so ihrem Kommando zu verstehen gaben, daß sie über die Ereignisse besser informiert werden wollten. Kurz darauf bekamen sie einen Fernseher zur Verfügung gestellt, auf dem sie auch die Westprogramme verfolgen konnten.

*Ham wir halt auch mal protestiert. Ham wir Kerzen auf die Fenster gestellt (...) Ja auf jeden Fall ham mer dann en Fernseher gekriegt (...) plötzlich auch die ganzen Westsender hier durften dann jeguckt werden. (1,8)*

Axel verschwindet in der Äußerung hinter dem "wir" und er spricht nicht davon, eine herausragende Rolle in diesem Protest gespielt zu haben, woraus ex negativo geschlossen werden kann, daß er lediglich ein einfacher Beteiligter gewesen ist. Seine Gelassenheit hat aber immerhin ausgereicht, um am Protest ohne allzu große Ängste und Befürchtungen teilzunehmen.

- I: *Hättst Du was anders vorstellen können, ne andre Möglichkeit, wie die Wende ablaufen hätte können?*
- A: *Die hätte nich anders ablaufen können. Das war eigentlich äh, wenn so was, daß die Wende auf aufgetreten is, daß halt irgend en, es gab eigentlich bloß die Möglichkeit, daß Ostdeutschland von Westdeutschland (lacht kurz) sozusagen vereinnahmt wird, also hätte gar nich anders gehn können. Wie hätte 's anders gehen solln? Kann ich mir nich vorstellen, daß es anders gehen soll. (2,8)*

Zur Wende selbst hat Axel auch im Nachhinein keine Vorstellungen, die über den bloßen Ablauf der Ereignisse hinausgehen. Diese stellen sich für ihn gewissermaßen wie ein Programm oder eine Versuchsanordnung dar, die abgespult werden mußte und keine alternativen Abläufe zuließ. Daher bestand für ihn auch kein Bedarf, sich weiter mit diesem Prozeß auseinanderzusetzen oder gar eine eigene differenzierte Meinung hierzu auszubilden. Axel bringt damit den großen gesellschaftlichen Veränderungen gegenüber eine Indifferenz auf, die eine Analogie zur Gelassenheit darstellt, die er gegenüber dem eigenen Biographieverlauf an den Tag legt. Diese Indifferenz gegenüber der Wende wird noch bestärkt dadurch, daß diese für sein eigenes Leben eine relativ geringe Bedeutung hatte:

*I: Hm. Hast Du Dich mit der Wende verändert oder seit der Wende?*

*A: Nee, ob mit oder ohne Wende hat sich nichts weiter geändert. Ich würde auch ohne Wende - ohne Wende studieren, also da wär nichts viel anders. (I: hm, hm) [...] Die Berufsaussichten wärn wahrscheinlich noch besser gewesen. (lacht kurz) 1,14)*

Später auf dieselbe Frage:

*A: Also bis in bis jetzt eigentlich kaum, weil ich hätte ich war ja schon zugelassen an der Uni, war eigentlich schon klar. Ich hab mich ja schon vor der Armeezeit beworben hier in K-Stadt. 's war eigentlich klar, daß ich jetzt, ich war schon zugelassen. Also daß ich da studiert hätte, wär klar gewesen. Ich hätte hier Physik studiert so oder so. also pf ob mit oder ohne Wende. (2,6)*

Für seinen Lebenslauf hat die Wende bisher keine Rolle gespielt. Beruf bzw. Studium stehen für Axel hier eindeutig im Vordergrund; die in den meisten anderen Interviews typischen Topoi über die gewonnene Reise- und Meinungsfreiheit äußert er hier nicht. Da er in der DDR diesbezüglich keine wesentlichen Beschränkungen gespürt hat, haben diese Punkte für ihn keine große Bedeutung. Die wenigen Reiseangebote in der DDR verstand Axel ja gut zu nutzen, und die Meinungsfreiheit mag für ihn geringer ins Gewicht fallen als die berufliche Sicherheit sowie die generelle Sicherheit vor Arbeitslosigkeit und Armut, die ihm in der DDR garantiert waren. Man erinnere sich hier auch an seine oben geschilderte Wahrnehmung zur Armut in der BRD. Andererseits schlägt aber in seiner Beurteilung das Pendel auch nicht zu Ungunsten der BRD aus. Das Physikstudium stellt offenbar eine Insel dar, die durch die Wende kaum tangiert wird, und Axel selbst bewegt sich mit seinen Interessen in Sphären, die sich entweder nur unwesentlich verändern oder in denen die Anpassung an die neuen Umstände recht leicht fällt.

### *I. Studium*

Nach seiner plötzlichen Entlassung aus der Armee im Januar 1990 überbrückt Axel die Zeit bis zum Antritt des Studiums mit einer Arbeitsstelle am Bezirkshygieninstitut. Im Herbst des selben Jahres beginnt er schließlich sein Physikstudium.

*Beworben hatt' ich mich ja noch vor der Armeezeit hier in K-Stadt, also noch zu DDR-Zeiten. Und jetzt nach der Wende wollt ich das ooch nich mehr wechseln, also bin ich hier in K-Stadt geblieben, studier ich halt inzwischen vier Jahre, schon über vier Jahre hm hm Physik. Eigentlich studier ich mehr Physik, weil ich eigentlich noch mal studieren wollte. (beide lachen kurz) Und Physik hat sich halt angeboten, war also mein Interesse, wollt eigentlich schon immer mal studiern. Na ja, weil weil ich mal noch mal Student sein wollte. Fünf Jahre arbeiten hat gereicht.*

*(lacht kurz) (I: hm) Irgendwie hab ich mir gedacht, das wars noch nich. [...] Da wollt ick noch mal en bißchen was vom Leben haben sozusagen, mal en bissel 's Leben als Student genießen (1,2)*

Axel setzt mit dem Beginn des Studiums die Aufstiegsbewegung aus dem Arbeitermilieu heraus, die mit dem Abitur begonnen hat, fort. Das Interesse am Studium begründet Axel hier vor allem mit dem Bedürfnis, den Lebensstil eines Studenten zu (er-)leben. Er erweckt hier fast den Eindruck, als wäre es im gleichgültig, was er studiert; Physik liegt ihm demnach zwar wegen der eigenen Interessenstruktur am nächsten, aber eigentlich hätte es auch ein anderes Fach sein können: *"Physik hat sich halt angeboten"*. Die alltägliche Routine eines gewöhnlichen Arbeitsverhältnisses wurde Axel zu eintönig, seine Vorstellung von einem guten Leben beinhaltet auch eine gewisse nichtmaterielle Genußkomponente, wie er selber sagt: *"(M)al en bissel 's Leben als Student genießen"*. Axel führt hier nicht die besseren Verdienstmöglichkeiten an, die ihm ein Studium zumal nach der Wende eröffnet, sondern es geht ihm um den Lebensstil und die Erweiterung seines Erfahrungshorizontes. Ferner spielt hier die Bescheidenheit eines Menschen herein, der sich nicht ganz vom Arbeitermilieu lösen mag. Überhaupt scheint die Erweiterung des eigenen Horizontes ein wichtiges Bewegungsmoment für Axels Biographie darzustellen. Es geht ihm weniger um gesellschaftlichen Status oder eine gute materielle Ausstattung, sondern um die Verfolgung und Ausweitung von Tätigkeiten, die ihm interessant erscheinen. Wenn dies auch zuerst auf Umwegen erfolgt, so bricht es sich schließlich doch seine Bahn.

*Das erste Studienjahr is mir nich allzuleicht gefallen, weil das war doch en ganz schöner Schritt von der Abendschule zum Studium. (1,11)*

*Na im zweiten Jahr ging das dann en bisschen besser, hat mer da so bißchen mit Vorlesungen mehr beschäftigt und is halt mal in die Studentenclubs gegangen in die Sexte und nach Vorort [K-Stadt] rausgefahren und so. War schon eher was (1,12)*

Auch an anderen Textstellen äußert Axel, daß die Studienanforderungen für ihn doch sehr hoch sind und er oft vor lauter Lernarbeit hinaus zu nichts anderem mehr kommt. Hier zeigt sich, daß es nicht der reine Spaß am lockeren Studentenleben ist, der ihn antreibt; wenn er auch spezifische Freizeitangebote wahrnimmt, so verfolgt er doch allen Schwierigkeiten und Mühen zum Trotz sein Studienziel.

Die Finanzierung des Studiums ist prekär, denn Axels Vater hätte es lieber gesehen, daß sein Sohn einem *"richtigen handkräftigen Beruf"* (3,2) nachgeht, woran sich auch zeigt, daß Axel sich seinem Herkunftsmilieu langsam entfremdet:

A: *Er hat mir ooch von Anfang gesagt, also finanzielle Unterstützung groß wird er mich nich geben fürs Studium. (I: hm) Aber da ich ja äh vorher gearbeitet habe und die Armeezeit mit zum Bafög zugerechnet wurde, hab ich volles Bafög gekriegt. Ich war so (I: gut) (?) noch gar nich gefördert, (I: hm) sonst wär die Sache Sache wahrscheinlich etwas schwierig geworden (I: ja) mit dem Studium. (3,2)*

Der Vater führt sich noch über das Zerbrechen der Familie hinaus als Patriarch auf, hat aber keinen wirklichen Einfluß mehr auf Axel, da dieser nicht mehr auf die finanzielle Unterstützung seines Vaters angewiesen ist. Dadurch, daß Axel sein Studium durch den Bafög-Höchstsatzz finanziert bekommt,

lernt er auch den Sozialstaat der BRD von einer positiven Seite kennen, was seine in der DDR geprägte Haltung ein Stück weit relativieren dürfte. Andererseits häuft er jedoch durch das Bafög Schulden auf, so daß diese neue Erfahrung mit dem Sozialstaat nicht ganz ungetrübt sein dürfte.

*J. Berufs- und Zukunftsvorstellungen*

*I: Welche Aussichten hast'n eigentlich als diplomierter Physiker dann beruflich also?*

*A: Als diplomierter Physiker sind se schon schlecht. Als diplomierter Astrophysiker fast aus-  
äh aussichtslos. (lachen beide) (1,13)*

Wieder zeigt sich, daß Axels Studium weniger karriereambitioniert ist, sondern vielmehr die Verfolgung seiner spezifischen Interessenstruktur zur Grundlage hat. Er hat sich bisher offenbar auch wenig Sorgen über seine berufliche Zukunft gemacht und auch Geld scheint für Axel nur eine geringe Rolle zu spielen. Momente persönlicher Entfaltung, wenn auch stark durch Zufälle beeinflusst, haben für ihn eindeutig größeres Gewicht.

*Als Doktorand irgendwie hab ich ehr ne Möglichkeit unterzukommen, weil Doktoranden brauchen nich so viel bezahlt wer'n un so, un die wer'n ehr mal genommen für irgendwelche Forschungszwecke. (I: hm) Vielleicht noch ne Möglichkeit en bißchen sich noch mit Physik zu beschäftigen und danach, mein Gott, weiß ich auch nich. (1,14)*

Auch für die Zukunft hofft Axel, der Bahn seiner spezifischen Interessen weiter folgen zu können. Andere Lebensprojekte, etwa die Gründung einer Familie in Angriff zu nehmen, sich beruflich zu etablieren oder Interessen zu verfolgen, für die man größere Geldbeträge benötigt, sind für ihn zweitrangig. Axel betreibt seine Wissenschaft aus Leidenschaft und hofft, dies noch möglichst lange tun zu können; andere Zukunftsfragen spielen für ihn keine große Rolle.

Nach dem Diplom arbeitet Axel im Zusammenhang mit seiner Dissertation im Fach Physik auf einer Drittel-Universitätsstelle auf der Sternwarte in U-Stadt. Hier verdient er nicht besonders viel Geld und pflegt einen bescheidenen Lebensstil.

*I: Also Sie meinen, wenn man etwas mehr Geld bekommt, dann hat man auch mehr Autorität?*

*A: So is das wohl heute in der Gesellschaft so anzusehn. So seh ich da heut (I: ja, aha) (vom Prinzip her?). (I: ja aha ja) Jemand, der was zu sagen hat, der hat meistens en dickes Auto oder so. (I: ja) Das meiste sind zwar bloß Firmenwagen, aber 's is ja (I: ja ja) en bißchen, um was zu repräsentieren. (...) Es is äh ich finde nich unbedingt die Priorität drauf zu achten, daß ich daß man viel Geld verdient im Berufsleben. (I: hm, ja) Für mich is es nich so, also (räuspert sich) (I: ja) Ich verdiene auch fast nix da draußen. Ich arbeite auch fast für umsonst. (I: ja) (beide lachen kurz) Jeder Arbeiter verdient mehr als ich. (I: ja) Also äh darum darum gehts eigentlich weniger so. (3,5)*

Nach Axels Einschätzung hat Geld besonders in der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland eine große Bedeutung für das Ansehen und den Status, den man genießt. Dies gilt besonders für das Statussymbol "Auto". Hierzu merkt er aber auch sogleich abwiegelnd an, daß es sich meist bloß um Firmenwagen handelt. Momente der Täuschung spielen hier also eine große Rolle. "So is das wohl heute in der Gesellschaft so anzusehn": dieser Satz beinhaltet eine Distanzierung. Es ist nicht die Sache Axels, sich dieser Einstellung anzuschließen. Ihm selber geht es nicht ums Geld, sondern

darum, eine Arbeit zu verrichten, die seinen Leidenschaften entspricht. Obwohl statusniedrigere Personen ("*jeder Arbeiter*") mehr Geld verdienen, will er auf jeden Fall bei dem Arbeitsbereich Astronomie bleiben. Insgesamt kann man also festhalten, daß es Axel selbst hinsichtlich seiner Zukunftsvorstellungen mehr um Selbstentfaltung als um materielle Werte geht.

#### *K. Diffuse Sozialbeziehungen*

Freundschaften:

A: *Aus andren Studienfächern kenn ich eigentlich Sebastian. (lachen beide kurz)*

I: *Hm, Dein Zimmergenosse?*

A: *Meinen Zimmergenossen. (lacht kurz) Ja ansonsten eigentlich Physiker vor allem, mit den man zusammen studiert hat, is nich viel da, (I: hm) weil die meisten ham inzwischen aufgehört oder sind woanders hingegangen. Mer hat se halt ehm bißchen verlorn mit der Zeit. Die meisten von meinen Freunden sind jetzt irgendwo anders. Kennengelernt hab ich se aber alle alle größtenteils hier, (I: hm) ja hm. Sin mer dann zusammen in Studentenclubs gegangen und so, ham dort zusammen die Abende verbracht. (lacht kurz) (1,10f)*

Der Bekanntenkreis setzt sich vor allem aus Angehörigen seines unmittelbaren Wohn- und Studenumfeldes zusammen. Damit ist eine Parallele zum Arbeitermilieu, bei dem sich das soziale Umfeld aus Nachbarschaft und Arbeitskollegen zusammensetzt, festzustellen. Wie der typische Arbeiter seine außerhäusliche Freizeit häufig in der Eckkneipe verbringt, so sucht Axel ferner bevorzugt Studentenclubs auf.

Auch viele andere Betätigungen laufen für Axel über persönliche Kontakte bzw. wichtige Personen: man denke etwa an das Abitur, bei welchem der erste Anstoß vom Tip eines Freundes ausging; die Reise, die ihm durch eine Bekannte vermittelt wurde; den Erwerb des Fernrohrs und die Klassenlehrerin, die als erste Axels Ambitionen auf bessere schulische Leistungen erwecken konnte. Kontakte sind damit nicht nur auf die Freizeit beschränkt, sondern gehen aus dem engeren Betätigungsumfeld hervor und wirken auch auf dieses zurück. Axel internalisiert auch nicht die dominierenden Züge einer technischen Intelligenz, hebt sich nicht vollends ab oder sucht auch in anderen Lebensbereichen nach (quasi-)technischen Wirkprinzipien - wie etwa Hartmut das Leistungsprinzip als fundamentales Prinzip in der modernen Gesellschaft ausmacht -, sondern bei ihm wirkt vielmehr eine lebensweltliche Bremse, die sich aus den symbolischen Ressourcen des Arbeitermilieus speist.

#### *L. Selbstbild*

*Ooch so von der Astrophy- Astronomie schon von meim Hobby früher, was ich so gemacht habe, die Leute, die ich da kannte, warn eigentlich ooch alles mehr so bißchen Eigenbrödlers so, (I: hm) so für sich. Hobbyastronomen so, die sin ooch en bißchen, weiß ooch nich.*

I: *Findest Du das hinderlich, so eigenbrödlisch, schüchtern zu sein?*

A: *Das kommt immer drauf an, was man machen will. (lacht kurz) Weiß nich, also im Moment find ich's nich unbedingt als hinderlich. [...] Und da mein Umgang eigentlich ooch meistens so war, mit den Leuten, die so ähnlich sind wie ich, kommt man ganz gut zurecht, (lacht kurz) eigentlich. (1,13)*

Astronomie beinhaltet auch einen Rückzug aus dem Beisammensein mit anderen. Axel stellt hier selber fest, daß es ihm bei seinen Beschäftigungen weniger um den Umgang mit Menschen geht als um die Bearbeitung und Lösung technischer Probleme. Wenn er mit anderen Menschen zusammen ist, dann sollten sie eher gleichartig sein, während er sich offenbar auf Differenzen weniger gern einläßt.

*Wenn mer sich überall behaupten will, muß man immer en bißchen besser sein als andere. Hat sich da immer schon, weiß auch nich, äh mer hat ja ooch schon mich im Hygieneinstitut war ooch schon so ne gängige Meinung, daß ich immer en bißchen schlauer war als andre. Ich hab mich zwar nich unbedingt als schlauer gehalten, aber vielleicht war ich in dem Sinne intelligenter, weil ich irgendwie mehr Interesse hatte für andre Sachen und ooch äh bißchen besser mit Technik un so zurechtkam mit, ich kam ja bei allen Dingen etwas besser zurecht als andere. (1,13)*

Hier kommt ein komparatives Moment ins Spiel, das bei Axel bisher gar nicht in Erscheinung trat. Wenn es um praktisch-technische Zusammenhänge geht, kann er auch im Urteil seiner Umwelt den Beweis für besondere Fähigkeiten erbringen. Im Studium hingegen macht er oft die gegenteilige Erfahrung:

*'s gibt viele Studenten, die sin wesentlich schlauer als ich. (lacht kurz) (I: ja) (räuspert sich) Un was meine Intelligenz betrifft, weiß ich nich. Jedenfalls sin se schlauer. (lacht kurz) Ob se nun besser im Leben zurechtkommen oder nich, das weiß ich nich. (1,13)*

Hier klingt Axel wieder viel bescheidener. Er ist keine Kämpfernatur, die sich mit anderen messen und dabei unbedingt eine Spitzenposition erreichen will. Vielmehr findet er sich mit der Position, die ihm zufällt, ab. Er unternimmt zwar Versuche, um den Intelligenzvorsprung der anderen auszugleichen ("So ne große Leuchte bin ich halt auch nich. (lacht kurz) Ich muß halt en bißchen mehr lernen als andre" 1,11), aber auf einen Konkurrenzkampf läßt er sich nicht wirklich ein. Außerdem weist er darauf hin, daß aus einem Intelligenzvorsprung nun nicht unbedingt die Kompetenz folgt, das Leben besser meistern zu können. Solange er sich selbst einigermaßen gut plazieren kann, findet sich Axel mit seiner Position ab.

Welches auch immer die von ihm eingenommene Position sein mag, wichtig ist ihm, daß in dem, was er tut, seine Autonomie zur Geltung kommt.

*aber ich finds eigentlich ganz gut, daß man viel jetzt viel mehr Freiheiten hat als zu DDR-Zeiten, also viel so von sich aus machen muß und so, machen kann ....  
So wie's jetzt is, habs schon immer so gehalten, eigentlich mehr das zu machen, was ich ooch äh eigentlich machen will. Eigentlich nich irgendwie mich in irgendwas reinzwingen zu lassen, sondern ich hab eigentlich schon immer mehr so gemacht, was ich eigentlich selber wollte un bin ich immer ooch drauf hingearbeitet. (2, 13)*

### **Fallstruktur**

Axel weist deutliche habituelle Züge auf, die auf seine Herkunft aus einem Arbeitermilieu hindeuten. Er findet sich leicht in ihm vorgegebene Verhältnisse hinein und versucht, das Beste daraus zu machen, ohne daß er von dem Ehrgeiz bestimmt wäre, eine besonders herausgehobene Position zu erlangen. Wenn er über die autoritär-patriarchalischen Verhältnisse in seiner Herkunftsfamilie spricht,



deutet nichts darauf hin, daß er sich kritisch von diesem Hintergrund distanzieren würde. Es ist, als ob er es als aussichtslos oder zu mühsam ansehen würde, gegen vorgegebene Bedingungen, selbst wenn diese hoch problematisch sind, zu rebellieren. Da er sich aus eigenem Antrieb nur schwer von einem geltenden Muster lösen kann, sind Kontakte mit Personen wichtig, die ihm teils in Form eines punktuellen Anstoßes (der Freund, der ihm die Teilnahme an einem Volkshochschulkurs vorschlägt), teils indem sie länger anleitend auf ihn einwirken (seine ehemalige Klassenlehrerin), entscheidende Entwicklungsimpulse vermitteln. Bei seinen Kontakten handelt es sich jeweils um Personen aus seinem unmittelbaren Lebensumfeld; Axel sucht nicht etwa in strategischer Absicht neue soziale Räume auf, um dort gezielt seine Interessen zu verfolgen, sondern beschränkt sich auf diejenigen Kontakte, die sich von selbst ergeben.

Des weiteren läßt sich bei ihm auch eine habituell verankerte Genügsamkeit ausmachen, die unter anderem dazu führt, daß ihm Zumutungen, die von außen an ihn herangetragen werden, in der Regel unproblematisch erscheinen, jedenfalls so lange sie einen bestimmten Rahmen des Erträglichen nicht überschreiten. Diese spezifische Genügsamkeit feilt ihn auch vor möglichen Enttäuschungen, da seine Ambitionen nicht von besonderem Ehrgeiz geprägt sind: wer nichts Bestimmtes erreichen will, der kann auch kaum enttäuscht werden. Daher kommt Axel auch in jedem der beiden Gesellschaftssysteme gut zurecht und findet in keinem Grund zur Klage. Er konnte in der DDR gut leben und hat auch heute kaum etwas an ihr zu beanstanden. Ebenso ist er klaglos bereit, die mit der neuen Gesellschaftsordnung Einzug haltenden Anforderungen der Flexibilität und Mobilität zu erfüllen. So lange eine bestimmte Zumutbarkeitsgrenze nicht überschritten wird, findet sich Axel mit seiner eigenen Position ab. Unannehmlichkeiten erscheinen unproblematisch, solange sie im Rahmen bleiben. Den großen gesellschaftlichen Veränderungen gegenüber, wie sie mit der Wende eingetreten sind, bringt er eine gewisse Indifferenz auf; er läßt, wenn auch nicht ganz ohne Kritik, den gesellschaftlichen Entwicklungen ihren Lauf und nimmt die Rolle eines zwar skeptischen sich jedoch nicht einmischenden Beobachters ein. Mit derselben Haltung, mit der er von der Sternwarte aus den Kosmos betrachtet, kann er sich den gesellschaftlichen Ereignissen aus einer beobachtenden Perspektive heraus zuwenden; er ist zwar nicht unberührt, sieht aber auch keinerlei Handlungsbedarf. Allerdings ist seine Duldsamkeit auch nicht grenzenlos. Wenn bestimmte Grenzen der Zumutbarkeit überschritten werden, insbesondere wenn seine Autonomie infrage gestellt wird, wechselt er von einer Haltung des geduldigen Abwartens und Hinnehmens hin zu einer aktiven Auseinandersetzung mit den vorgegebenen Bedingungen.

Auch wenn es ihm fremd ist, sich mit anderen zu messen oder eine Spitzenposition anzustreben, setzt er dennoch eine Aufstiegsbewegung in Gang, die ihn Schritt für Schritt von der proletarischen Herkunft wegführt. Dieser Prozeß ist nur bedingt von ihm selbst gesteuert, denn an entscheidenden Weichenstellungen in seiner Biographie haben kontingente Faktoren den maßgeblichen Anteil, insbesondere Personen und die spezifische Gelegenheitsstruktur, die über das beinahe zufällige Abitur an der Volkshochschule schließlich zum Doktoranden der Astronomie führt. Axel ist dabei zwar eine Platzierung in der Gesellschaft angenehm, in welcher er seinen spezifischen Interessen nachgehen kann, dennoch verfolgt er nicht verbissen seine Ziele, sondern nimmt schlicht die Chancen

wahr, die sich ihm auf tun. Leistung ist nicht Selbstzweck, sondern Axel ist stark intrinsisch motiviert, und so wird schließlich seine Leidenschaft für die Astronomie zum Beruf. Extrinsische Motive, etwa Status oder ein hohes Einkommen, spielen für ihn dagegen keine Rolle, was sich deutlich daran zeigt, daß er sich mit einer Drittelle an der Universität begnügt. Zur Zeit ist Axel stark auf seinen Studiengang eingespart und persönliche Kontakte spielen eine zunehmend geringere Rolle. Das Schwergewicht verschiebt sich damit weg von den Zügen proletarischer Kumpelhaftigkeit in Richtung einer wissenschaftlichen Professionalisierung. In Verbindung mit seiner herkunftsbedingten Genügsamkeit wird er jedoch tendenziell zum Opfer, z.B. indem er sich mit einer Drittelle und einem geringen materiellen Standard zufriedengibt. Astronomie führt so auch zu einem Rückzug aus der Verfolgung eigener Interessen. Axel beschränkt sich auf seine Profession, findet hierin seine Passion und vernachlässigt darüber andere Relevanzen. Dies heißt aber nun nicht, daß seine Handlungsstruktur eher durch Passivität geprägt ist. Innerhalb der Kontexte, in denen er sich bewegt, stellt er sich in praktischer Hinsicht eine Fülle von Aufgaben, durch deren Bewältigung er seine technischen Fähigkeiten offenbar kontinuierlich verbessern kann. Er selber sieht hier seine große Stärke. Und auch wenn in seine Biographie heteronome Einflüsse hineinspielen, so achtet er immer stärker darauf, sich nicht in etwas "hineinzwingen" zu lassen. Letztlich hat sich seine biographische Entwicklung so gestaltet, daß sie auf die Realisierung seines tiefsten Interesses hin ausgerichtet ist und in diesem Sinn seine Autonomie zur Geltung bringt.

Darin zeigt sich eine Doppelstruktur, die einerseits durch eine herkunftsspezifische Genügsamkeit und bestimmte soziale Kompetenzen - kumpelhafter Umgang, sicherer Instinkt für die Möglichkeiten, die sich ihm in seinem spezifischen sozialen Umfeld bieten, bei insgesamt eher geringen Ambitionen -, andererseits durch eine spezifische wissenschaftliche Leidenschaft geprägt ist. Zwischen beiden Momenten besteht nur eine geringe Spannung, vielmehr handelt es sich um ein wechselseitiges Ergänzungsverhältnis, aus dem einerseits die lebensweltlichen Ressourcen, andererseits die berufliche Orientierung erwachsen. Letztere tendiert mehr und mehr dazu, die Führung über die Biographiesteuerung zu übernehmen. Die Orientierung geht damit mehr und mehr in Richtung einer wissenschaftlichen Professionalisierung. Dabei ist es für Axels Zukunft noch offen, ob diese ihm eine gesicherte Existenz vermitteln kann.

### **Zusammenhangsanalyse**

Axel kommt aus einem Sicherheit bietenden autoritär strukturierten Elternhaus. Von hier aus eröffnen sich ihm zunächst begrenzte berufliche Möglichkeiten, die er aufgrund der persönlichen Ressourcen, über die er verfügt, ohne jede Mühe realisiert. Schrittweise erschließt er sich von hier aus ambitionierte Projekte, was ihn schließlich bis zur Promotion führt. Mit seinem proletarischen Habitus einher geht eine spezifische Genügsamkeit, die ihn vor möglichen Enttäuschungen feilt. Diese kommt auch darin zum Tragen, daß er klaglos bereit ist, die mit der neuen Gesellschaftsordnung Einzug haltenden Anforderungen der Flexibilität und Mobilität zu erfüllen. Bei seiner Karrierebewegung bleibt er gelassen und bescheiden, auch weil er seine Fähigkeiten sehr kritisch einschätzt. Alles in

allem nimmt Axel eine duldsame und abwartende Haltung ein, wichtig ist ihm aber auch die Autonomie in seinen Zielsetzungen.

Die Gelassenheit, mit der er sein eigenes Lebensprojekt verfolgt, schafft bei ihm einen Sinn dafür, daß Solidarität und Gerechtigkeit nicht einfach auf den Präferenzen bzw. Perspektiven bestimmter Gruppen beruhen können, sondern auf die kritische Erörterung in deliberativen Verfahren angewiesen sind. Von dieser Warte aus entwickelt er sowohl ein Gefühl dafür, daß Leistungsträger gut verdienen müssen, weil dies ihre Funktionsposition stärkt, als auch dafür, daß schwächere Mitglieder der Gesellschaft nicht einfach fallengelassen werden dürfen. Wie in seiner eigenen Lebenspraxis ist er im Hinblick auf die Stellung der Deprivilegierten der Auffassung, daß gewisse problematische Bedingungen ertragen werden müssen, daß es aber auch einen Punkt des Bisherher-und-nicht-weiter gibt, an dem Gegenmaßnahmen erfolgen müssen. Dabei ist es für Axel von großer Wichtigkeit, daß bei den Einkommen keinesfalls eine nicht näher charakterisierte Armutsgrenze unterschritten wird. Hier findet sich das aus der Biographie schon bekannte Moment der Untergrenze des Zumutbaren wieder, das er offenbar nicht nur für sich, sondern für alle einfordert. Dadurch markiert er einen Mindeststandard dessen, was jedem Bürger in einem Gemeinwesen zustehen muß. Wichtig ist ihm ferner die Integration der Individuen, die primär durch die Beteiligung am Arbeitsleben erfolgen soll, weswegen eine aktive Arbeitsmarktpolitik der Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung vorzuziehen ist.

Wie man sieht, urteilt Axel nicht nur aus seiner eigenen Perspektive heraus, sondern kann in seine Überlegungen auch die Sicht anderer einbeziehen. Damit gewinnt in seiner Solidaritätsorientierung Intersubjektivität eine Bedeutung nicht nur in dem Sinn, daß die materiellen Ansprüche anderer, insbesondere die der schwächeren gesellschaftlichen Mitglieder, Berücksichtigung finden müssen, sondern auch insofern, als die solidarischen Konzepte zu ihrer Klärung auf einen dialogischen Prozeß angewiesen sind. Axel sieht die Eigengesetzlichkeit der funktionalen Teilsysteme der Gesellschaft. Gleichzeitig hat er aber auch einen Sinn für die Berechtigung der Ansprüche, die aus lebensweltlichen Kontexten heraus auch und insbesondere von schwächeren Akteuren erhoben werden. Sein Vertrauen in seine gesellschaftliche Umwelt läßt ihn Selbstregulierungsprozesse in den funktionalen Teilsystemen wahrnehmen, die teilweise auch den Erfordernissen sozialer Integration entgegenkommen. Auf der anderen Seite rechnet er aber auch mit Konflikten. Die hier aufbrechenden Gegensätze können nicht einseitig aufgelöst, sondern müssen von den Beteiligten gemeinsam einer Lösung zugeführt werden. Bereits innerhalb des rein ökonomischen Bereiches rechnet er damit, daß sich die Gehaltswünsche der abhängig Beschäftigten und das Gewinnstreben von Unternehmern so aufeinander einpendeln, daß in aller Regel angemessene Gehälter gezahlt werden. Sofern die rein ökonomischen Gleichgewichtsprozesse nicht zu erwünschten Resultaten führen, ist in einem nächsten Schritt die Politik gefragt, deren Aufgabe darin liegt, auf der Legitimationsbasis des Mehrheitsprinzips zu wohlervogenen Urteilen zu kommen und auf dieser Grundlage adäquate Maßnahmen zu ergreifen, die letztlich allen zugute kommen. Da die Politik schließlich durch die öffentliche Meinung Rückendeckung bekommen kann, bestehen Chancen für die Durchsetzung von Solidaritätsorientierungen in funktionalen Zusammenhängen. So faßt Axel die

Gesellschaft der Bundesrepublik in ihrer Gesamtheit als selbstregulierendes Gleichgewichtsmodell auf, das bei allen Mängeln einschließlich eines tendenziellen Übergewichts des ökonomischen Systems insgesamt recht gut funktioniert.

### **Verhältnis zur bestehenden gesellschaftlichen Ordnung**

#### Beziehung zur politischen Ordnung

Axel verfolgt zwar das politische Tagesgeschehen: *"Ich lege Wert drauf, Nachrichten zu hören oder zu sehen im Fernsehen"* (1,12), aber es hat für ihn keine weitergehende Bedeutung: *"(D)aß das direkt Auswirkungen hat, irgendwelche politische Themen, glaub ich erstmal nich, also mein momentanes Leben bisher, Studium, eigentlich weniger."* (2,1) Die primäre Verfolgung seiner spezifischen Begabungen und Interessen bewirkt, daß Axel in Bezug auf aktuelle politische Entwicklungen weitgehend indifferent bleibt.

Seiner tagespolitischen Karenz steht jedoch eine insgesamt affirmative politische Grundorientierung gegenüber. So ist er sich darüber im klaren, daß die Interessenvermittlung zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, wobei den Wirtschaftsinteressen eine herausragende Bedeutung zukommt, eine zentrale Rolle in der Sphäre der Politik spielt. Ferner ist das Mehrheitsprinzip für Axel von fundamentaler Bedeutung und für den Fall, daß die Politik, wie er nicht ausschließt, zu sehr von der Wirtschaft dominiert wird, zählt er als *Ultima Ratio* auf das Eingreifen einer kritischen Öffentlichkeit, wobei den Medien eine entscheidende Funktion zufällt. Insgesamt steht er damit der politischen Ordnung der BRD positiv gegenüber. Seine proletarische Herkunft begründet zwar eine bis heute kontinuierende positive Grundhaltung gegenüber der DDR, aber, wie gezeigt, kann er auch der BRD starke positive Seiten abgewinnen. Beide Systeme nimmt er nicht in erster Linie als Antagonisten wahr, vielmehr enthalten beide für ihn ihre spezifischen "Opportunity structures".<sup>1</sup>

#### Einstellung gegenüber der Dynamik gesellschaftlicher Teilsysteme

Axel sieht die Gefahr einer ungehemmten Expansion des Wirtschaftssystems: *"En gewisses Maß an Regulierung sollte doch da sein."* (3,13) und betont, daß die Interessengegensätze, die dem Wirtschaftssystem immanent sind, gegenwärtig zum Nachteil für die Arbeiter tendieren. Dieser Haltung liegt eine Skepsis gegenüber den "Kapitalisten" zugrunde, die durch seine Herkunft bedingt ist: er entstammt dem proletarischen Milieu und bezieht hieraus Orientierungsmomente, die ihn daran gemahnen lassen, daß es Interessengegensätze gibt, die durch eine Laissez-Faire-Ökonomie zu sehr für eine Seite ausschlagen. Hier ist, wie im vorangehenden Abschnitt deutlich wurde, das politische System oder im Extremfall gar eine kritische Öffentlichkeit gefragt, die regulierend eingreifen.

### **Reichweite der Solidaritätsbeziehung**

Axel spricht sich für weltweite Solidarität aus und bezieht die Dritte Welt hierin mit ein: *"Wir leben schließlich alle off'm selben Planeten."* (2,18) Er schließt auch keine bestimmte gesellschaftliche

---

239 Zum Ausdruck "Opportunity structures" siehe etwa Peters (1993: 79).

Gruppe aus der Sphäre der Solidarität aus und zeichnet sich insbesondere durch explizit geäußerte Empathie und Perspektivübernahme mit den Benachteiligten aus.

### **Kurzdarstellung: Heiner (Geschichte)**

#### **Solidaritätsorientierung**

*I: Gabs denn hier in der DDR Deiner Meinung nach benachteiligte Gruppen ... was so Einkommensdifferenzierung betrifft und so?*

*H: Doch auf jeden Fall, ja doch ganz klar, also also sogar ziemlich stark, denk ich. Das das darf man eben in einer Gesellschaft, wo die Leute eh nun nicht grade besonders äh reich sind, darf man das nicht unterschätzen. Also wenn sozusagen ehm [...] tja wenn da sozusagen das das Durchschnittsniveau schon relativ knapp oberhalb dessen liegt, was eigentlich äh wo die Unzumutbarkeit anfängt, (räuspert) dann sind Leute, die nur dicht da drunter liegen schon ziemlich hart dran. (2,11f)*

Wenn das Durchschnittseinkommen einer Bevölkerung knapp über dem Existenzminimum liegt, dann können schon geringe Abweichungen nach unten soziale Not bedeuten. In der DDR war dies der Fall. Daraus folgt, daß der "Income floor" in der DDR in Heiners Augen keine angemessene Lebensgrundlage geboten hat.

*H: ich würd eben schon sagen, das, was sozusagen in der DDR angeboten wurde als das, was erstmal jedem garantiert war, sozusagen das täglich Brot und Milch, na gut, aber ich würd sagen, jemand der nur das hat, gehört trotzdem schon zu ner benachteiligten Gruppen irgendwo. (I: hm hm) Ja, also das äh kann vielleicht sagen, na gut, äh das is vielleicht nicht zu vergleichen mit Obdachlosen im Westen. Da würd ich sicher (I: ja) recht geben, daß das daß das so nicht is. Und insofern is die Benachteiligung vielleicht tatsächlich nicht so extrem. Aber es is trotzdem ooch en würdeloses Leben. (I: hm hm) Ja und äh [...] Rentner oder so, (I: hm) ja die ham wirklich nicht toll gelebt. (I: hm) Also denk ich schon. Ja, das das wäre letztlich dann zu diskutieren, inwieweit man daraus nun dem Staat nun en Riesenvorwurf zimmern kann. Aber 's wäre zumindestens falsch, hier so das Bild, daß 's nun allen gut ging oder so (I: hm hm) vorzugaukeln. (2,12)*

Das soziale Netz der DDR war nicht engmaschig genug, um ihre Bürger in allen - noch nicht einmal in allen fremdverschuldeten - Lebenslagen vor gravierenden materiellen Folgen zu bewahren. Gesichert war nur ein Minimum, das "*täglich Brot und Milch*". Zwar mußte niemand hungern oder im Gegensatz zum Westen obdachlos sein, aber Heiner legt die Meßlatte für eine Abwesenheit sozialer Benachteiligung höher an. Aus dieser Sicht war kein DDR-Bürger davor gefeit, in den Status sozialer Benachteiligung abzurutschen, mehr noch, diese war kein Randphänomen, sondern trat in der letzten Phase des Lebenslaufes durchgängig auf, denn der Weg in die Benachteiligung erfolgte nicht nur durch Zufälle des Lebens, sondern auch etwa beim Übergang in den Ruhestand. Dabei geriet nämlich nahezu jeder Normalverdiener in der DDR unter das durchschnittliche Einkommensniveau und damit entsprechend dem von Heiner angelegten Maßstab in den Bereich des Unzumutbaren.<sup>1</sup> Heiners Sicht auf die sozialen Rahmenbedingungen der DDR erweist sich damit als

<sup>240</sup> Der Übergang von der Berufsarbeit zur Rente bedeutete in der Tat einen erheblichen Einschnitt in die Lebens- und Konsumgewohnheiten. Im Durchschnitt lagen die Renten im Jahre 1988 bei 380,17 Mark (Wolle 1998: 181), eine Summe, die trotz niedriger Mieten und gestützter Preise ein Leben am Rande des Elends bedeutete. Zur Situation von Rentnern in der DDR siehe Friedrich (1989), Kohli (1994: 45), Wolle (1998: 181f) sowie S. 156 dieser Arbeit.

eine sehr kritische. Von einer Vorbildlichkeit des Sozialsystems der DDR, wie sie etwa von *Barbara* oder *Susanne* geäußert wird, kann seines Erachtens keine Rede sein. Das Sozialsystem erweist sich damit unter dem Strich auch als unsolidarisch, denn gerade in Lebenslagen besonderer Bedürftigkeit griff der Staat nicht effizient ein.

*I: da könnten wir an sich hier ooch gleich anschließen und mal fragen, ja wie wie empfindest Du das jetzt in der Bundesrepublik äh mit der sozialen Gerechtigkeit. Äh gibts Gruppen, die na extrem benachteiligt sind? Gibts wiederum Gruppen, die mehr bekommen als ihnen zusteht?*

...

*H: Ja also mit, oh Gott, sozialer Benachteiligung hm. [...] Also das is natürlich ooch mal ne Frage, wen man so kennt. Also das is letztlich ich ich bin da ooch dagegen, so was so aus'm äh äh, sagen wir mal, so aus'm völlig theoretischen Hintergrund zu beantworten. (I: ja) Also ich kann eben nur sagen, ich kenn keene, wo ich jetzt sagen würde, (I: hm) die leben jetzt so, daß ich daß daß es mir wirklich wirklich um die leid tut oder so. ... Äh da könnte man natürlich fragen, na gut, die sehn sich vielleicht selber nich so, aber vielleicht sind se's doch oder so. (2,13)*

Heiner will die ihm gestellte Frage nicht primär aus einer theoretischen Sicht beantworten, denn Theorien wohnt die Tendenz inne, gegenüber der komplexen Realität zu versagen. Vielmehr beginnt Heiner auf der alltäglichen Ebene nach Beispielen bzw. konkreten Fällen zu suchen nach dem Motto: "Nur wenn ich konkrete Beispiele kenne, habe ich einen Zugang zu den wesentlichen Fakten." Auf diese Weise wird einer theoretischen Perspektive die der konkreten lebensweltlichen Erfahrung entgegengestellt.

*"Äh da könnte man natürlich fragen, na gut, die sehn sich vielleicht selber nich so, aber vielleicht sind se's doch oder so."* Diese Unterscheidung von Selbst- und Fremdwahrnehmung deutet auch darauf hin, daß Heiner die Haltung der Perspektivübernahme nicht fremd ist.

In den folgenden Argumentationsschritten arbeitet Heiner sich dann weiter an der Thematik sozialer Benachteiligung ab. Als Ausgangspunkt wählt er, was er im Laufe des Interviews öfter tut, den konkreten Fall seiner Eltern, um aus dieser Perspektive die Thematik in einer allgemeineren Hinsicht zu beleuchten.

*H: na wie gesagt, mein mein mein Vadder, der is noch in Lohn und Brot. Da würd ich natürlich sagen, klar, wenn der, nehmen wir mal an, der wäre jetzt geschmissen worden, (I: hm) äh aus wirklich so'n puren äh äh äh Schema F, wie's hier ja ooch wirklich teilweise ooch gelaufen is, dann würd ich sagen, das is dann schon ne soziale Benachteiligung. Also da könnte man schon mal einen Punkt festmachen, wo ich denke, da wird, da is garantiert genügend äh ooch Holz abgehackt worden, was was nich tot war. (I: ja) Also nich, ich bin nich prinzipiell dagegen, daß man daß man da so aus- äh gemistet hat. Aber äh da is garantiert ooch viel mies gelaufen. (2,13)*

Unter die Thematik der sozialen Benachteiligung fällt für Heiner auch die Abwicklung ehemals in der DDR beschäftigter Arbeitnehmer, wodurch er eine Verbindung zum Themenfeld der Arbeitslosigkeit herstellt. Bezugsmaßstab ist zunächst der Vater, der noch *"in Lohn und Brot"* ist. Und das zu Recht, er gehört nämlich nicht zum "toten Holz, das abgehackt zu werden verdient". Der kontextneutralisierende Schematismus<sup>1</sup>, der auf viele angewendet wurde, ging glücklicherweise an ihm vorbei. Das Schema wurde wahllos, also gerade nicht aufgrund der Leistungsfähigkeit, und damit

<sup>241</sup> Zu diesem Begriff siehe Giegel (1987, 1992: 98ff; 1993).

nicht gerecht angewandt. Das heißt nicht, daß Heiner prinzipiell etwas gegen ein "Ausmisten" hätte; dieses Wort legt ein konsequentes Durchforsten der Beschäftigten nach Leistungskriterien nahe.

*H: na ja, klar, natürlich sind Arbeitslose irgendwo beschissen dran. (I: ja) Aber das kannst du irgendwie mit dem Begriff soziale Benachteiligung von Gruppen ooch nich fassen, sag ich mal. Das is ja dann doch was, ja, nich grade Schicksal, aber aber irgendwie, also wenn ich irgendwie dieses System hier habe und dann ooch halbwegs dazu stehe, dann muß ich das ooch als Schicksal äh gewissermaßen mit einkalkulieren. (I: hm) Also 's is da kannst du kannst nur sagen, okay, da da mußte an dem Problem dranbleiben. Aber du kannst es ooch nich so völlig so hoch- hochreden. (2,13f.)*

*Arbeitslosigkeit* ist kein Zeichen für die Abwesenheit von Solidarität, sondern vielmehr *systembedingtes Risiko*, mit dessen Eintreten jeder zu rechnen hat, der in der Marktwirtschaft lebt. Das heißt für Heiner aber wiederum nicht, daß es keine Verpflichtung zur Problembearbeitung gibt; eine Dramatisierung bzw. Moralisierung des Problems hält Heiner jedoch für unangemessen: "*kannst du nur sagen, okay, da da mußte an dem Problem dranbleiben. Aber du kannst es ooch nich so völlig so hoch- hochreden*". Insgesamt zeichnen sich die Konturen einer differenzierten Sichtweise ab, die pauschalisierende Urteile zu vermeiden sucht.

*I: Wie is das äh so ganz generell schätzt Du das ein, die Differenzierungen so zwischen oben und unten?*

*H: [Oben] sind Leute, die unten anfangen und sich hocharbeiten. Das das akzeptier ich auch immer irgendwo. ... ich hab eben nur die Vermutung, daß es eben doch so was gibt, äh was eben was eben doch völlig anders is. (I: hm) Also sozusagen so dieser Kreis von Leuten ... die also Millionen erben oder so (I: hm) ja. Äh wirklich das is also, ich weeiß nich, das äh also irgendwelche Leute, gar nich mal so die sich sozusagen jetzt selber hochgearbeitet haben, (I: hm) die mein ich gar nich so. (2,15)*

Durch "*(R)einknien*" (2,15) kann man Spitzenpositionen erreichen, prinzipiell kann es also jeder schaffen, nach oben zu kommen. Von dieser Figur grenzt Heiner scharf einen anderen Typus der Oberschicht ab, die Millionenerben. Diese haben ihren Reichtum bzw. ihre gesellschaftliche Position nicht selbst erarbeitet, sondern beide sind ihnen ohne eigenes Zutun, nämlich durch den glücklichen Umstand, das Kind reicher Eltern zu sein, zugefallen. Dieser Umstand stimmt nicht mit Heiners Auffassung akzeptabler sozialer Differenzen überein. Nur den Leuten, die unten angefangen und sich aus eigener Kraft hochgearbeitet haben, bringt Heiner Respekt entgegen. Seine Argumentation impliziert das Bild einer sozial mobilen Gesellschaft, in der jeder die Chance bekommt, den eigenen Leistungen entsprechend seinen Weg zu gehen. Eine differenzierte Status- und Vermögensstruktur ist demnach gerecht, wenn Chancengleichheit gegeben ist; dann nämlich beruhen Einkommens- und Statusunterschiede auf individuellen Leistungen.

Etwas später wird das Thema "soziale Differenzierungen" noch einmal angesprochen. Hier geht es primär um die Frage der Sicherung eines garantierten Mindesteinkommens. Heiner erläutert im folgenden das Konzept des "*Bürgergeld(es)*" (2,15), dem er selber anhängt:

*H: Ja, also irgendwie so, daß de bis daß de immer auf jeden Fall jeder Bürger en Anspruch hat, erstmal auf ein Mindesteinkommen, (I: hm) ja. Und das wird dann dieser dieser Zuschuß vom Staat wird dann mit zunehmenden Einnahmen langsam runtergeschrumpft, aber so, daß es sich natürlich lohnt noch Zusatzeinnahmen zu haben. ... das geht ja auch nich darum, äh die Leute da*

*üppig zu versorgen oder so, sondern eben wirklich nur so'n so'n gewisses Level, (I: ja) daß sie erstmal daß de erstmal menschenwürdig überleben kannst, wenn de eben wirklich mal nischt hast. (I: hm) Und was letztlich, denk ich, auch für viele, ooch normale Leute, dann auch die Chance böte, ooch mal zu sagen, also eh ich jetzt hier, was weeß ich, so'n Scheißjob weitermache, der mich völlig kaputtmacht, (I: hm) da geh ich mal raus, äh überlasse das Feld einem der vielen, die jetzt sowieso mal Arbeit suchen und versuche für mich selber en neuen Weg zu finden (2,15f.)*

Mit der Idee des Bürgergeldes hat er sich bereits im Argumentationskontext der Bündnisgrünen beschäftigt. Dieser Idee entsprechend bekommt jede Person unabhängig davon, ob arbeitslos, arbeitswillig, -unwillig oder arbeitend, in Form eines garantierten Einkommens einen Mindestbetrag, der ein "menschenwürdiges Überleben" sichern soll. Wer selber etwas hinzuverdient, bekommt nicht, wie es zur Zeit bei der Sozialhilfe der Fall ist, einen gleich hohen Betrag von der Transferleistung abgezogen, sondern nur einen Teil davon. Damit wird sichergestellt, daß das Gesamteinkommen von Berufstätigen stets über demjenigen der bloßen Leistungsempfänger liegt, denn Eigenleistung soll sich lohnen. Ab einer bestimmten Einkommenshöhe (dem "*Umschlagpunkt*" (2,15)) wird man schließlich wieder vom Leistungsempfänger zum (regulären) Steuerzahler.

Darüber hinaus böte das Bürgergeld auch die Chance, aus bestimmten stark belastenden Berufen auszusteigen und Moratorien einzulegen oder ganz neue Wege zu gehen. Auf diese Weise würde das Bürgergeld eine entlastende Funktion auf alle Gesellschaftsmitglieder ausüben, denn es wäre weder zeitlich befristet noch bedürfte es langwieriger Bewilligungsprozeduren oder bürokratischer Auflagen. Es verkörperte ferner einen eindeutig zugeschnittenen *Floor constraint*, welcher in den Zahlungen bestünde, die ein reiner Leistungsempfänger erhalten würde. Daß auch arbeitsunwillige Personen hiervon profitieren könnten, ist für Heiner (im Gegensatz zu Britta) überhaupt kein Problem, sondern sogar von Vorteil, da dies berufliche und anderweitige Neuorientierungen ermöglicht.

Wie kann dieses Konzept finanziert werden?

*H: Es is das is schon en Problem. Also erstens würd ich natürlich sagen, allein ne Vereinfachung des Steuersystems äh würde allein schon mal sehr viel bringen. ... ooch Ökosteuern und so. Auch mit der ganzen Diskussionsbreite, hoch interessante Diskussion, also Ökosteuern ja, also nun einfach zu sagen, wir besteuern den Dreck äh und werden dadurch reich. Dann man will ja man hat dann sozusagen en Zielkonflikt, weil auf der einen Seite äh willste ja als Staat über Steuern sichere Einnahmen haben, off der andern Seite willste ja durch Ökosteuern äh im Prinzip die Einnahmen mit der Zeit verringern, weil du willst ja, daß der Dreck dann auch weggeht (2,16)*

Heiner schlägt in einem ersten Schritt zwei auf "*grüne Parolen*" (2,16) zurückgehende Strategien vor: Vereinfachung des Steuersystems und Einführung der Ökosteuer. Neben den Einspareffekten aus der ersten Maßnahme sollen zweitens Unternehmen danach besteuert werden, wie schwer sie die Umwelt belasten. Dabei stößt man allerdings auf das Dilemma der Ökosteuer: entweder gewinnt der Staat durch die Verschmutzung der Umwelt zusätzliche Geldmittel oder die neue Steuer führt in der Wirtschaft zur Umsetzung von Umweltschutzmaßnahmen, was einen Rückgang der Steuereinnahmen zur Folge hätte; ein Aspekt geht auf Kosten des anderen, man kann nicht beides zugleich haben. Damit steht auch die Finanzierung des Bürgergeldes durch die Ökosteuer auf tönernen Füßen.



Was durch die Ökosteuer und den Umbau des Steuersystems nicht abgedeckt wird, so argumentiert Heiner anschließend (2,16), das muß nach herkömmlicher Art der Einkommensbesteuerung eingeholt werden. In diesem Zusammenhang sieht Heiner allerdings das Problem, daß keine gesellschaftliche Gruppe, egal wie hoch ihr Einkommen ist, schlicht zuviel Geld hat, denn Einnahmen und materieller Aufwand für den daraus resultierenden Lebensstil korrelieren so stark, daß höhere Steuern für alle Einkommensgruppen schmerzliche Einschnitte bedeuten würden: *"Ja und insofern is kann man also nich einfach sagen, na der, der achttausend hat, der äh dem muß es ja jetzt ganz leicht fallen, (I: hm) zweitausend Mark abzugeben, dem fällt's natürlich auch verdammt schwer ja"* (2,16). Insofern bringt Heiner für alle, auch für die oberen Einkommensgruppen, Verständnis auf und folgt nicht einfach der Figur des reichen Mannes, auf dessen Vermögensbestände bzw. Einkünfte die Allgemeinheit beliebig zugreifen darf. Im übrigen werden die Einkommensunterschiede von Heiner nirgendwo in Frage gestellt. In beiden Punkten unterscheidet er sich stark von vielen anderen Befragten, etwa von *Carsten*, *Susanne* oder *Barbara*. Andererseits will Heiner aber doch einen Schnitt machen:

*H: Ja also also 's is das ansonsten würd ich dann aber sagen, okay, dann würd ich dann wahrscheinlich erstmal keine Gnade kennen und sagen, wir bemühen uns auch um das. (I: hm) Aber äh jetzt müssen erstmal die Leute, die, was weiß ich, so und so viel, sehr viel verdienen ooch einfach mal was abgeben. (I: ja) Und im Endeffekt es wird ja auch viel sinnlos verkonsumiert. Also 's is kann mir doch keener erzählen. (2,16)*

Bei allem Verständnis für diese Gruppe sind es doch die Wohlhabenderen, die primär als Geldgeber anvisiert werden. Diese Vorstellung läuft tendenziell auf einen (wenn auch relativ schwachen) *Compressed range* hinaus<sup>1</sup>; im Vordergrund steht allerdings die Idee, ein Grundeinkommen zu sichern, während die Dämpfung der oberen Einkommen eher eine Nebenfolge darstellt. Es geht dabei um die Durchsetzung einer - unter der Perspektive sozialer Gerechtigkeit ausgezeichneten - Solidarität, die von öffentlichen Institutionen durchzusetzen ist. Als weitere Rechtfertigung für die Einkommensbeschneidung der Besserverdienenden erwähnt Heiner, daß *"auch viel sinnlos verkonsumiert"* wird. Hier macht er ein Geldpotential aus, das man einer sozial sinnvolleren Verwendung zuführen könnte.

Insgesamt ist Heiner optimistisch bezüglich der Gestalt- und Reformierbarkeit der Gesellschaft. Dabei sind die von ihm formulierten Solidaritätsorientierungen alles in allem und unter Einbeziehung der gesellschaftlichen Tatsachen wohlherwogen, wobei er auch keinen grundsätzlichen Widerstreit zu den gegebenen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen sieht.

Zu den *Transferzahlungen* äußert sich Heiner wie folgt: gegen die Stimmen aus dem Westen, die behaupten, es würde zuviel Geld von West nach Ost transferiert, führt Heiner (wie auch *Carsten* und *Barbara*) ins Feld, daß sich große Teile der transferierten Summen letztlich im Profit westlicher Unternehmen niederschlagen: *"(I)s ja dann letztlich klar, äh daß es auch wieder dorthin*

<sup>242</sup> Genaugenommen handelt es sich hier eher um eine Dämpfung und nicht um eine Deckelung (wie sie das Compressed-Range-Prinzip eigentlich vorsieht) der oberen Einkommen.

zurückgeht, wo's herkommt, da brauchen brauch sich also die Westseite in gewisser Hinsicht auch nicht zu beschwern." (2,17) Im übrigen sind die Transferzahlungen "nun mal der Preis der der Einheit." (2,17) Als nächsten Punkt spricht Heiner "die Ostvariante von dem Gejammer um den Transfer" (2,17) an, die im Deutungsmuster einer Kolonialisierung des Ostens durch den Westen (2,17) kulminiert. Heiner weist die Opferperspektive, die viele Ostdeutsche seines Erachtens einnehmen, zurück, der gegenüber er den zentralen Einwand erhebt, daß es nicht die Frage ist, "wem's jetzt mal ganz konkret gehört, sondern äh wie die Leute eben unter diesen Verhältnissen leben." (2,17) Nicht wem die Endprodukte in der vereinten Gesellschaft gehören, ist die entscheidende Frage, sondern der erreichte Lebensstandard. So geht es den Westdeutschen durch die Wiedervereinigung nicht wirklich schlechter und auch die neuen Lebensbedingungen in Ostdeutschland sind besser als zuvor. Damit sind letztlich die hohen Transferzahlungen gerechtfertigt. Zur Frage der *Angleichung der Löhne in Ost und West* äußert Heiner, daß die Forderung, die ostdeutschen Löhne auf Westniveau zu heben, im Grunde zu befürworten ist. Er legt das Grundprinzip *gleicher Lohn für gleiche Arbeit* zugrunde, um sich dann zu fragen, wie dieses Prinzip umsetzbar ist ohne negative Folgewirkungen, etwa die Gefährdung der Produktivität, in Kauf zu nehmen. Demnach kann eine Angleichung zwar nicht sofort erfolgen, sollte aber dennoch ziemlich schnell realisiert werden. Heiner befürchtet ansonsten nämlich sowohl gerechtigkeitsrelevante ("*Lohndrücker Methoden*" (2,17)) als auch funktional negative Folgewirkungen (eine unproduktive und innovationshemmende Wirtschaftsweise (2,17)). Durch ein niedriges Lohnniveau wird der Standort Ostdeutschland also auf Dauer nicht attraktiver. Ferner können die niedrigeren Löhne sowieso mühelos von der Konkurrenz aus Osteuropa unterboten werden. Die Zielperspektive liegt für Heiner in der Aufgabe, die ostdeutsche Wirtschaft auf Westniveau zu bringen. In einer funktionierenden gesunden Ökonomie wird damit die wesentliche Grundlage für die Realisierung der angestrebten Solidaritäts- und Gerechtigkeitsforderungen gesehen.

Hinsichtlich der Unterstützung der *Dritten Welt* durch die reiche **Bundesrepublik** gibt Heiner zunächst zu bedenken, daß diese Frage mit der Frage der Unterstützung der Marginalisierten im eigenen Land eng verbunden ist. Auf beiden Feldern gibt es berechnete Forderungen nach Angleichung der Lebensverhältnisse. Die Folgewirkungen wären jedoch fatal, wenn die Bundesrepublik im Alleingang beide Handlungsfelder konsequent bearbeiten würde: "*Ich finde beide Forderungen sind absolut legitim. Aber 's is natürlich (I: hm) total schwierig, auf der einen Seite äh eben auch in der Spitzenklasse zu bleiben*" (2,17). Zunächst würde die **Bundesrepublik**, so das funktionalistische Argument, ihre weltweite Konkurrenzfähigkeit verlieren und somit ihren finanziellen Handlungsspielraum; am Ende könnte sie dann weniger Entwicklungshilfe leisten als zuvor: "*Dann bin ich selber Dritte Welt*" (2,17), denn unter ökonomischen Gesichtspunkten dürfen Gewinne nicht an Bedürftige abgeführt werden, sondern müssen reinvestiert werden. Andernfalls sind Absatzeinbußen, technischer Rückstand und letztlich weitgehende Handlungsunfähigkeit die Folgen. Im Alleingang eines Staates sind gerechtere Lebensverhältnisse also nicht zu haben. Heiner hält es ferner (wie auch Carsten und Barbara) für verfehlt, ohne

Rücksicht auf die lokalen Bedürfnisse Großprojekte in der Dritten Welt zu realisieren. Der angemessenere Weg wäre ein *allmähliches* Heranführen an westliche Standards, das würde aber wiederum einer zentralen weltpolitischen Steuerung bedürfen, die in absehbarer Zeit nicht zur Verfügung steht. Nicht zuletzt würde eine solche Entwicklung auch einen gestiegenen Verbrauch ohnehin schon knapper bzw. gefährdeter Umweltressourcen bedeuten. Heiner kann hier zum ersten Mal keinen rechten Optimismus aufbringen: "*Also da denk ich ooch immer lieber gar nich drüber nach.*" (2,18) Diese Verdrängung ist dem sonst eher zuversichtlichen Heiner eigentlich fremd. Aber offenbar sieht er die Weltlage in dieser Hinsicht in einer echten Sackgasse.

*Alles in allem* ist deutlich erkennbar geworden, daß Heiner eine sehr differenzierte Sichtweise zu eigen ist, die pauschale Urteile zu vermeiden sucht. Besonders kritisch steht er der blinden Verfolgung vereinfachender Theorien und der unterschiedslosen Anwendung standardisierter Handlungsschemata ("*Schema F*") gegenüber. Für ihn selber folgt daraus, daß er darauf achtet, bei seinen Urteilen die Bodenhaftung zu behalten, indem er sich nach Möglichkeit eine rationale lebensweltliche Perspektive zu verschaffen sucht. Da es ihm meist an eigener Erfahrung bezüglich der angesprochenen Problemlagen mangelt, geht Heiner ersatzweise den Weg kontrafaktischer Annahmen, in denen seine eigene Familie zum Kreis der Betroffenen gehört, denn auf diese Weise kann er sich am ehesten die konkreten Folgen bestimmter Solidaritätsstandards bzw. -mängel vergegenwärtigen. Auch die Haltung der Perspektivübernahme ist ihm nicht fremd. Im Laufe seiner Argumentation zum Themenfeld der Einkommensunterschiede etwa versucht Heiner für alle, und damit auch für die oberen Einkommensgruppen, Verständnis aufzubringen und vermeidet so die Verfolgung von Figuren, die mit Maßnahmen auf Kosten bestimmter sozialer Gruppen (etwa der "Reichen" (wie bei *Carsten*) oder der "Arbeitsunwilligen" (siehe *Britta*)) verbunden sind.<sup>1</sup> Auf diese Weise versucht Heiner, die jeweils angesprochene Problematik von allen Seiten zu beleuchten und ihr möglichst gerecht zu werden.

Bei allen angesprochenen Themenfeldern sieht Heiner legitime Forderungen nach Solidarität und insofern besteht auch überall Handlungsbedarf. Gleichzeitig bedenkt er jedoch auch immer mit, was passieren könnte, wenn man dem jeweiligen Handlungsbedarf bedingungslos nachgeben würde. Die auf die beschriebene Weise gefundenen Prinzipien müssen nämlich nicht nur gerecht und solidarisch, sie müssen auch umsetzbar sein. Keinesfalls darf man daher, wie Heiner besonders ausführlich auf dem Themenfeld der Dritte-Welt-Problematik demonstriert, die Folgewirkungen aus dem Auge verlieren, die eintreten, wenn man einer Solidaritätsforderung folgt; auch hier kann nämlich ein Vorgehen nach "*Schema F*" verheerende Folgen nach sich ziehen, denn es gibt gewisse funktionalistische (vor allem ökonomische) Grundbedingungen, denen Tribut zu zollen ist. Insbesondere ist eine gut funktionierende Ökonomie die unverzichtbare Grundlage, um überhaupt auf

---

<sup>243</sup> Ein gewisser Bruch mit dieser Haltung tritt jedoch an der Stelle ein, wo Heiner trotz allen Verständnisses die Wohlhabenderen als die primären Geldgeber für angestrebte sozialpolitische Maßnahmen anvisiert, was - wenn auch "nur" als Nebenfolge - auf eine Dämpfung der oberen Einkommen hinausläuft. Dabei ist es weniger die Tatsache, daß er diese Gruppe am meisten belasten möchte, die ins Auge springt, als vielmehr die ungewohnte Spontaneität und die schwache Begründung, mit denen er diese Forderung erhebt.

lange Sicht handlungsfähig zu sein und damit nicht zuletzt auch die Imperative der gefundenen Solidaritäts- und Gerechtigkeitsorientierungen verfolgen zu können.

Inhaltlich präferiert Heiner das Modell einer sozial hochmobilen Gesellschaft mit fairer Anwendung des Leistungsprinzips und einem Mindesteinkommen, das unbürokratisch vergeben wird und ein menschenwürdiges Leben ermöglicht. Jeder soll die gleiche Chance bekommen, den eigenen Leistungen entsprechend seinen Weg zu gehen. Eine differenzierte Status- und Lohnstruktur ist nämlich gerecht, sofern die Unterschiede auf individuellen Leistungen beruhen. Diese Wettbewerbsstruktur muß allerdings durch einen Income floor abgesichert sein, der allen, die Leistungsunwilligen eingeschlossen, ein "menschenwürdiges Überleben" sichert. Insgesamt ist Heiner mit Ausnahme der Dritte-Welt-Problematik recht optimistisch bezüglich der Gestalt- und Reformierbarkeit der Gesellschaft. Dabei sind die von ihm formulierten Solidaritätsorientierungen unter Einbeziehung der gesellschaftlichen Tatsachen wohlwogen, wobei er auch keinen grundsätzlichen Widerstreit zu den gegebenen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen sieht.

### Kurzbiographie

Heiner beginnt das Interview mit einem äußerst kurz gefaßten Durchlauf durch seine Lebensgeschichte, der primär in der Auflistung formaler Daten besteht. Nach der Nennung seiner eigenen Geburtsdaten - März 1968 - werden die Eltern mit Geburt und Berufsstand eingeführt. Die *Mutter*, Jahrgang 1931, ist in der DDR Buchhändlerin, der *Vater*, Jahrgang 1934, Direktor in einem archäologischen Institut gewesen. Auch die *beiden Schwestern* werden in Kurzform präsentiert: Geburtsjahrgang (1958 und 1960), Berufstätigkeit (ohne genauere Angaben) sowie Familiengründung werden erwähnt.

Nachdem die familiären Rahmenbedingungen auf diese Weise abgehandelt wurden, kommt Heiner auf den eigenen Lebenslauf zu sprechen, der zunächst "*als allgemeiner Ablauf, so typisch DDR*" (1,1) eingestuft wird. Er handelt zunächst die typischen Stationen eines männlichen Jugendlichen in der DDR ab: Kindergarten, POS, EOS, NVA und Studium. Eine Abweichung vom Normalfall stellt der Übergang in die Russischschule nach der dritten Klasse dar, die in aller Regel einen starken Effekt auf die zukünftige Laufbahn ihrer Absolventen hatte. So wurde lebensgeschichtlich früh eine Differenz zwischen leistungsstarken und weniger leistungsstarken Jugendlichen sowohl institutionalisiert als auch internalisiert. Verbale Distinktionen, die vorwiegend eine Differenz zwischen Intelligenzen, Akademikern, Leistungsträgern einerseits und "Blöden", "Arbeitern", Leistungsschwachen andererseits allgemein wiedergeben und kultivieren, äußert Heiner im Verlauf des Interviews immer wieder, worin er eine gewisse Gemeinsamkeit mit *Barbara* aufweist, der es inhaltlich allerdings eher um Geschmack und Stilfragen als um Bildung geht.

Die Auslese der Leistungsstarken in der Russischschule hatte zur Folge, daß die Klasse sich aus Schülern aller Stadtteile zusammensetzte. Das in der DDR ausgeprägte regionale Moment bei der Zusammensetzung der Schulklassen war hier zugunsten der Leistungsfähigkeit aufgehoben. Auf diesen Umstand führt Heiner die fehlende "*Zusammengehörigkeit*" (1,1) in der Klasse zurück. Die Folge war ein "*leerer Individualismus*" (1,1), eine aus Heiners Sicht defizitäre Form des

Zusammenlebens. Durch die frühe Weichenstellung kommt Heiner ohne weitere Hindernisse auf die EOS und bewältigt die zwei Jahre ohne Probleme.

Diese Erfolgsgeschichte wird zwar mit dem Übergang in die Russischschule sichtbar, ist lebensgeschichtlich aber schon früher angelegt, denn bereits der Kindergarten wies privilegierende Merkmale auf, die Heiner verinnerlichte und die ihn schon bald von den *"normale(n) Leute(n)"* (1,5) unterschieden. Dabei strukturiert Heiner seine Schilderung als Aufstiegsbewegung, indem er die Momente hervorhebt, die seines Erachtens präferenzbildend gewirkt haben, insbesondere das intellektuelle Milieu und die guten Erzieherinnen. Immer wieder besieht er sich das im Kindergarten ausliegende Buch "Krieger, Landsknecht und Soldat" von Ludwig Renn, einem damals führenden Militärgeschichtshistoriker, bis er das Buch von seinen Eltern geschenkt bekommt. Auch später liest er Bildbände und Reisebeschreibungen, statt mit den anderen Kindern auf seiner Straße Fußball zu spielen.

Die Genese der Abgrenzung von weniger intellektuellen und erfolgreichen Personen ist zusätzlich durch die geschwisterliche Konstellation bedingt. Leistung scheint in seiner Familie ein zentrales Kriterium zu sein, und so werden auch die Schwestern über Leistung definiert. Die eine *"das is die Gute, (I: hm) das is die Erfolgreiche, äh die Fleißige"* (2,2), die andere nicht. Heiner, der Jüngste, soll sich nicht durch die Faulheit und Mißerfolge der zweiten Schwester beeinflussen lassen und will es auch selbst nicht. Recht distanzlos übernimmt er das Deutungsmuster von der "guten" und der "schlechten" Schwester, um sich auf die Seite der Gewinnerin zu stellen.

Die Linie einer sich anbahnenden Erfolgsgeschichte ist durch die günstige Konstellation von fördernder Umgebung einerseits und intrinsischer Motivation sowie Fokussierung der eigenen Interessen andererseits geprägt. Über Bücher erwirbt sich Heiner überdurchschnittliche Kenntnisse in Geschichte, Geographie und Kunstgeschichte und schließlich reift der Wunsch heran, Geschichte zu studieren. Der Vater redete Heiner jedoch den Wunsch eines Geschichtsstudiums aus, denn seiner Ansicht nach würde dieser Studiengang keine berufliche Perspektive eröffnen. Er überzeugt Heiner dahingehend, besser Physik zu studieren, ein Fach, in dem Heiner ebenfalls gute Leistungen erzielt hatte. Die Inhalte des ursprünglich angestrebten Studienfaches, Arbeitergeschichte, *"ML und Pipapo"* (1,7), erschienen zudem bei genauerer Betrachtung als so unattraktiv, daß Heiner bestärkt wurde, dem Wunsch seines Vaters zu folgen.

Zunächst mußte jedoch der Militärdienst absolviert werden. Der Einberufungstermin zur NVA fiel allerdings auf einen so späten Zeitpunkt, daß Heiner eine Zeit von acht Monaten zu überbrücken hatte. Über persönliche Kontakte vermittelte ihn sein Vater an ein physikalisches Institut, an dem Heiner die Computerschulung des Personals übernehmen sollte. So bekam er Gelegenheit, einen völlig neuen Arbeitsbereich kennenzulernen, denn Computer kamen in der DDR zu dieser Zeit gerade neu auf. Nachdem er selbst intensiv geschult worden war, war er unter anderem dafür zuständig, das Fachpersonal an den Umgang mit Computern heranzuführen. Die positive Rückerinnerung an diese Zeit ist sehr eindrücklich besonders wegen des großen Freiraums zum Experimentieren ohne Termindruck. Aber auch der besondere Status als ungelehrter technischer Assistent wird deutlich:

H: *Du kamst dorthin und hast sozusagen nur dein Verstand mitgebracht, und und es war und das war eigentlich das Schöne, daß man irgendwie 's Gefühl hatte, man man konnte was machen. Ich hab dann irgendwelchen äh gestandenen Doktoren und Professoren dann nach'm nach'm Vierteljahr hatteste das alles im Griff mit der Computerei und dann haste denen was erzählt, auf deinem Sektor natürlich. (1,2)*

Hinter der Bemerkung, daß man nur den Verstand mitgebracht habe, steckt auch Heiners Hang zur Distinktion, der als Motiv immer wieder auftaucht, hier als Bestätigung, zu den intelligenten Menschen zu gehören.

Mit viel Ironie gibt Heiner dann seinen Übergang zur NVA wieder. Die Superlative, die er gebraucht (*"Un da sollt ich erst auf eine Troposphärenfunkstation kommen, die berühmte R vierhundertzwölf, (lacht kurz) irgendwie so ne Dinger mit Mickymausohren ... un da machste dann funkste irgendwas in die Troposphäre und dann klack kommt das wieder runter. Das war so das Neuste vom Neuen aus der (I: ja) russischen Geheimkiste."* 1,3), sollen die Provinzialität der Nachrichtentruppe unterstreichen. Von Anfang an versuchte Heiner, sich aus der Situation des durchschnittlichen Troposphärenfunkers herauszuwinden, und nahm im Rahmen der NVA Kontakte zu einflußreichen Personen auf, die Interesse an Computerarbeit hatten: erst ist es ein Unteroffizier, dann ein Oberleutnant, die ihm kleine Freiheitsspielräume verschaffen. Entscheidend aber war die Beziehung zu einem Oberst, dem Vater seiner Freundin. Heiner hatte ihm davon erzählt, daß er lieber seine Computerkenntnisse anwenden und weiterentwickeln würde, als auf der Funkstation zu arbeiten, woraufhin besagter Oberst für Heiner eine Versetzung in einen Stab, der sich mit neuen Computern ausrüsten wollte, bewirkte. Die neuen Arbeitsbedingungen schildert Heiner in einem ausnahmslos positiven Licht (1,4). Er lernt neue Programmiersprachen kennen, arbeitet eigenständig Programme aus und steht mit seinen Vorgesetzten in kollegialer Verbindung. Wieder einmal kann Heiner mit Hilfe eines fördernden Umfeldes seine eigenen Interessen und Fähigkeiten zur Geltung bringen. Das vergleichsweise anspruchsvolle Tätigkeitsprofil und deren erfolgreiche Bewältigung gehen in sein Selbstbild ein und bestärken ihn darin, seinen weiteren Lebensweg auf der Basis eines entsprechend erfolgsgewohnten Deutungsmusters wiederzugeben.

Vor der Aufnahme des Studiums muß Heiner erneut einen Zeitraum von zehn Monaten überbrücken. Ein früherer Studienbeginn in K-Stadt war aufgrund ausgeschöpfter Kapazitäten nicht möglich. Das Angebot, an einem anderen Hochschulort zu studieren, das ihm sein Vater über einen einflußreichen Bildungsfunktionär vermitteln konnte, wollte Heiner nicht annehmen, denn er hatte sich bereits auf K-Stadt festgelegt: *"so rein landschaftlich (...) ooch mit der Physik war einfach mal bekannter"* (1,15) und überbrückte die zehn Monate wieder am physikalischen Institut. Im September 1989 beginnt Heiner schließlich mit dem Physikstudium in K-Stadt und kommt hier den obligatorischen sozialistischen Routinen eines Erstsemesters nach: Reserveoffiziersverpflichtung, Kartoffelernte, Rote Woche. Zunächst sind in seine Erzählung die politischen Veränderungen dieser Zeit nur eingeflochten, dominieren dann aber schon bald den Erzählablauf. Aus den weitschweifigen und detaillierten Schilderungen läßt sich deutlich eine biographische Transformation erkennen: die zunehmende Einbindung in politische Handlungsfelder.

Zu DDR-Zeiten verhielt sich Heiner loyal, was er noch aus der heutigen Perspektive als Selbstverständlichkeit empfindet:

*H: Und nun war ja auch diese Diskussion hier mit Peking im Frühjahr, da muß ich sagen, da hab ich eigentlich ooch noch nicht so dagegen gehalten. Also ich bin treu un brav zur Kommunalwahl gezottelt und hab die Zettel gefaltet und und Peking na ja, da gabs dann irgendwann noch so'n Film da von irgend so ner, die dann bei uns übertragen wurde, hier diese von so ner der dann von den Chinesen gemacht (I: hm hm) worden war, wo die nun mehr oder weniger das so darstellten, na ja, das warn ja alles äh Verbrecher (I: hm) und so und man hat's akzeptiert. (1,16)*

Heiner war es gewohnt, Fach- und Führungskräften der DDR in seinem Elternhaus zu begegnen, und wiederholt konnte er erleben, wie der Vater seinen Einfluß für ihn geltend machte. Auch seine Mitschüler an der Russischschule waren im Regelfall akademisch und sozialistisch orientiert. Dieser gebildete und beruflich erfolgreiche Personenkreis stellte das biographische Modell für den weiteren Lebensweg dar. Bis zur Wende deutete alles darauf hin, daß sich Heiner in beruflicher Hinsicht integriert und dabei mit der Politik arrangiert hätte. Auch ein Eintritt in die SED hätte für ihn kein Problem dargestellt; er hätte ihn (wie *Carsten*) aus Karrieregründen vollzogen. Heiners Verhältnis zur DDR war ganz ähnlich dem seiner Mutter, die er als loyal und staatsbejahend, aber politisch nicht engagiert einstufte. Anders dagegen der Vater, der zur Aufbaugeneration der DDR gehörte und eine hohe Verbundenheit mit dem Staatssozialismus aufwies.

Mit dieser Konstellation und dem darauf abgestimmten Biographieverlauf trat Heiner das Studium zu einem Zeitpunkt an, in dem politische Veränderungen und Umbrüche im rasanten Tempo aufeinander folgten. Im Rahmen der "Roten Woche", in der sich bereits erste politische Lager bildeten, bezog Heiner noch Partei für die DDR. Wie die meisten Studenten ging auch er zu Kundgebungen und Demonstrationen, war allerdings bedacht, sich nicht zu weit "*aus dem Fenster raus(zu)hängen*" (1,17). Eine um Distanz und Beobachtung bemühte Grundhaltung herrschte vor, und so stand er anfänglich buchstäblich zwischen den Lagern:

*H: Die lustigste Demonstration war hier, da zottelten dann, das war dann schon nach der Maueröffnung äh erst en Block, alternative Republik ham se so gebrüllt und so. Also die Linken so, studentische Linke oder was weiß ich, was da alles schon so gegründet war. Und dann kam irgendwann mal, war dann mal so'n Abstand von fünf bis zehn Meter, und äh dann kam so'n Riesenspruchband und äh Deutschland einig Vaterland, dann standen se, dahin rannten se dann dahin, Deutschland gesungen und ich hab mich so amüsiert, vorne ja vorne alternative Republik, was ich ooch albern fand. (I: hm) Ja und hinten bedrohend ein- bedrohlich eigentlich schon (I: hm) Deutschland einig Vaterland, und dann sangen die da das Deutschlandlied. Doch da hab ich einfach aus, hab ich mich in die Mitte gestellt, hab dann so aus äh einfach nur so aus Jux, äh das hat ja die gleiche Melodie hier, Gott erhalte Franz den Kaiser, gesungen ja (1,18)*

Statt sich mit seiner kritisch-distanzierten Haltung isoliert zu fühlen, demonstriert Heiner Autonomie, indem er sich offen von den dominierenden Parolen absetzt. Auch ist Heiner in dieser Zeit bedacht, seinen Studienpflichten nachzukommen, und selbst nach dem Mauerfall besucht er noch pflichtbewußt die mittlerweile nicht mehr obligatorischen ML-Vorlesungen. Nach den ersten beiden Semestern muß er jedoch feststellen, daß das Niveau des Physikstudiums und die zu bewältigenden Studieninhalte einen immer höheren Arbeitsaufwand erforderlich machen, für den er nicht das notwendige Interesse und die erforderliche Disziplin aufbringen kann: einerseits minimieren sich die

Gestaltungsfreiräume, andererseits ist er für die Lehrinhalte nicht ausreichend intrinsisch motiviert, eine Situation, die für Heiner ungewohnt ist. Anders als viele andere Kommilitonen seiner Generation (vergleiche etwa *Britta*) war er gerade nicht darauf aus, nach möglichst vorstrukturierten Lehrplänen zu studieren, sondern Inhalte und Ziele des Lernstoffes mitzubestimmen.

Anfang 1990 entwickelte Heiner Interesse an politischen Reformveranstaltungen an der Universität. Dabei kam er mit einer Gruppe von Studenten ins Gespräch, die eine Universitätszeitung gegründet hatte:

*H: Im März ... war dann so'n Treffen äh über äh über die Mitarbeiterzeitung hier, über's Tintenfaß. Und bin ich halt hingegangen und hab dann erstmal rumgeschimpft, weil da war grad die Nummer Eins und Nummer Zwei warn grad erschienen. Und die Nummer Eins, die war dann so schlecht. Und rumgeschimpft und is nich gut die Zeitung, der Name is schlecht, das Layout is schlecht, (I: hm) die Texte sind schlecht. Und äh na ja und da kam dann, ich weeiß gar nich, wer das jetzt eigentlich war..., und der meinte dann, na wenn das so schlecht is, dann mach doch mit. (I: hm) So das alte äh die alte Argumentation, und da bin hab ich dann wirklich mitgemacht. ... ich weeiß gar nich, warum hab ich mitgemacht, wahrscheinlich hat hat mich ooch die Physik in der Situation schon nich mehr (I: hm) so richtig befriedigt. Auf jeden Fall sagen wir mal so, es war erstmal genug Zeit da, und die Zeit wollte ich mir auch nehmen, da jetzt erstmal mitzumachen. Und ich bin da also immer mal hingezottelt, und da war dann also dann als nächstes gings erstmal darum, jetzt wird das Tintenfaß erstmal reformiert (1,20)*

Heiner ist in das Zeitungsprojekt eher ungewollt hineingeraten; doch weil das Studium keine attraktive Betätigungsform bot, verfügte er über freie Kapazitäten und so konnte er sich versuchsweise bei der Studentenzeitung ausprobieren. Durch sein in der Umbruchszeit gewecktes Interesse für gesellschaftliche Prozesse, die vielfältigen Eindrücke auf Diskussionsveranstaltungen und Demonstrationen sowie die ausgiebigen Reflexionen in einem "politischen Tagebuch", das er damals führte, hatte Heiner einiges mitzuteilen. Bereits beim Erstkontakt mit den Redakteuren des Tintenfaß nutzte er diese Möglichkeit: gemessen an seinen eigenen Niederschriften im "politischen Tagebuch" fand er die Inhalte ungenügend, auch das Layout erschien ihm dilettantisch im Vergleich zu eigenen graphischen Arbeiten, die er am physikalischen Institut angefertigt hatte. In der Tat entwickelte Heiner allmählich Begeisterung für die Arbeit am Tintenfaß. Die Studentengruppe hatte es sich zum Ziel gesetzt, die Zeitung von Grund auf neu zu gestalten. Positiv hebt Heiner für diese Phase die zwischenmenschlichen Kontakte hervor. Hier baute er zum ersten Mal intensive Beziehungen zu Gleichaltrigen und Gleichrangigen auf; an seinen ehemaligen Klassenkameraden hatte er noch den "leeren Individualismus" kritisiert, an seinen Kommilitonen am physikalischen Fachbereich die fehlende Orientierung über das Studium hinaus. Nach einem ersten Erfolgserlebnis mit einer Sonderausgabe ihrer Zeitung, die auf einer Kundgebung verteilt wurde, ging das Interesse an regelmäßiger Arbeit jedoch bei vielen der Beteiligten zurück, was das Projekt "Tintenfaß" gefährdete. Heiner setzte jedoch seinen eigenen Optimismus dagegen und wertete die kleinen Fortschritte deutlich positiver als die anderen Beteiligten:

*H: Und wie gesagt, da fing dann also, es is eigentlich (lacht kurz) wirklich komisch, aber mein erster richtiger Artikel im Tintenfaß hieß, äh Demokratie ist Arbeit. Und äh und is nun wahrlich nich sehr berühmt, aber irgendwie hab ich immer noch das Gefühl, daß da so'n Credo drinnesteckt, was bis heute irgendwie bei bei also bei mir hier an dieser Uni geltend geblieben is. ... dieses Credo mit der, daß eben daß eben die Sache dann eigentlich, sagen wir mal so, die Mühen der*



*Ebene, daß das eigentlich das Problem is, das war irgendwie da. (I: hm) Und auf der andern Seite is ja nun noch diese Mühen der Ebene sind aber noch die überschaubareren. (I: hm) Also wie gesagt so in diesen revolutionären Wirren äh is man eigentlich nur noch en Objekt und kann eigentlich gar, man bildet sich vielleicht ein, Subjekt zu sein und zu agieren. (I: hm) Aber im Prinzip is man durch die Schnelligkeit der Ereignisse absolut zu äh, kann man nur reagieren. (1,21)*

Vergleicht man diese Passage mit seinem Bericht über den gespaltenen Demonstrationszug, bei dem Heiner sich in die Mitte gestellt und lustig gemacht hat, wird der mittlerweile durchlaufene Prozeß des Engagements in politischen Aktivitäten deutlich. Wichtig erscheint vor allem Heiners persönliches "Credo", in den Mühen der Ebene durchzuhalten und Demokratie als harte Arbeit zu verstehen. Diesen Mühen gewinnt er einen wesentlich positiven Zug ab: man hat die Möglichkeit, etwas konzeptionell zu gestalten, gerade weil sich die Rahmenbedingungen nicht wie am Höhepunkt der Wende andauernd ändern. Im Gegensatz zu vielen anderen setzt Heiners politisches Engagement erst am Ende der Wende ein. Auf diese Weise erlebt er gerade nicht wie so viele andere die Frustration der Veralltäglichung bewegter Zeiten: *"die andern Leute warn nun alle noch so verwöhnt von ihrn Anfangszeiten, wo se vor vollen Sälen und äh offenen Mündern äh äh sich produzieren konnten, (I: hm) und nun waren sie plötzlich auf sich selbst zurückgeworfen (I: hm) Und äh warn dadurch einfach mal (schnalzt) frustriert, (I: hm) und äh das hat mich überhaupt nich jestört" (1,21).*<sup>1</sup>

Mit der Zeitung hat sich ein neues Betätigungsfeld aufgetan, das die biographischen Verluste seit der Wende nicht nur kompensiert, sondern auch einen neuen Orientierungsrahmen ermöglicht, der sich bereits über das Zeitungsprojekt hinaus verselbständigt hat. Es sind vor allem politische Aktivitäten, die Heiner aus seiner Grundstudiumszeit eingehend schildert, das Studium verläuft dagegen nebenher und wird nur grob skizziert. Erst die bevorstehende Vordiplomsprüfung veranlaßt ihn, sich noch einmal eingehend mit dem Studium auseinanderzusetzen.

*H: Also im Prinzip war mir klar, Physik finito. Gabs immer noch die Konflikte mit den Eltern, die warn nun natürlich mächtig, um Gottes willen, (I: hm) äh weil ich nun sagte, ich will ja zur Geschichte (I: hm) ja, un da gabs nun gleich mehrere Argumente. ... eigentlich sprach so ziemlich alles dagegen, und und ich stand nun da und mit meiner Meinung und war nun so zum bißchen äh zwischen zwei Entscheidungen. ... Und nun war nun erstmal nun wollte ich noch die Vordiplomprüfung machen, das war nun noch irgendwie noch so für mich selbst die Bestätigung, daß ich's trotzdem könnte. (I: hm) Und es war ooch noch so'n bißchen ne gewisse Alibifunktion gegenüber den Eltern so nach der Devise, na ja laßt mal, äh wenn ich dann das Tintenfaß mache, vielleicht sag ich dann doch, ich mach dann bei der Physik weiter, (I: hm) um den Leuten so den Wechsel so'n bißchen zu erleichtern. ... Und habe dann in ner Matheprüfung einfach mal Riesenglück und Vordiplom mit "gut". (I: hm) Also das war dann für mich eigentlich einfach so ein würdiger Abschluß. (1,23f)*

<sup>244</sup> In Zeiten "gesellschaftlicher Gärung" (dieser Begriff stammt ursprünglich von Durkheim 1970), wie sie zweifellos die Wende in der DDR dargestellt hat, verwerfen die Individuen die gesellschaftlich vorgegebenen Regeln, die ihnen als fremd, oktroyiert und falsch erscheinen. Mit dieser Negativität verbindet sich der Glaube an ein nichtentfremdetes, authentisches Leben, das nun an die Stelle des alten gesetzt werden könne. Dieser Glaube geht mit Evidenz- und Hochgefühlen einher, die mit der zunehmenden Etablierung neuer Regeln und Routinen Gefühlen der Ernüchterung und Enttäuschung weichen. (siehe Schlöder 1993: 134) Diese typische Stimmungskurve gesellschaftlicher Umbruchssituationen nimmt bei Heiner einen geradezu diametral entgegengesetzten Verlauf. Dabei kann zwar bei Heiner nicht unbedingt von "Hochgefühlen" gesprochen werden, bemerkenswert ist aber die enorme identitätsstiftende Kraft, die seiner Neuorientierung am Politischen trotz oder vielleicht gerade wegen aller Ernüchterungen innewohnt.

Von den Vorgaben seiner Eltern bzw. seines Vaters kann Heiner sich schrittweise lösen. Er muß sich jedoch erst einmal vor ihnen beweisen und durch sein gutes Vordiplom zeigen, daß er kein bloßer Studienabbrecher ist.

Der herangezogenen Textstelle folgt eine Passage, die von seiner Tätigkeit als Chefredakteur handelt. Zwischenzeitlich war die konzeptionelle Neugestaltung der Zeitung durch beachtliche Erfolgserlebnisse gekrönt: die Beiträge wurden von Studenten, Hochschuldozenten und den verschiedenen Gremien der Universität stärker zur Kenntnis genommen. So mancher Artikel gab die Grundlage zu Stellungnahmen und universitätsinternen Diskussionen ab. Auf diese Weise stieg auch die Auflage und der Chefredakteur - also Heiner selbst - sollte künftig mit 600 DM von der Universität bezahlt werden und außerdem die Möglichkeit erhalten, sich für ein Jahr vom Studium beurlauben zu lassen. Hier ist der Prozeß des Hineinwachsens in politische Betätigungsfelder erkennbar und die Kontaktaufnahme mit immer neuen Kommilitonen. Heiner begreift den Redaktionsposten mit den damit verbundenen Freisemestern auch als Moratorium für seine weitere Laufbahn und nicht zuletzt als Gewinn von Selbständigkeit gegenüber seinen Eltern. Bei den Grünen war man ferner auf Heiners Geschick als Layouter aufmerksam geworden und bot ihm für monatlich 700 DM den Posten als Layouter bei der Parteizeitung an, den Heiner im Januar 1992 übernimmt. Auch bewirbt er sich in dieser Zeit um ein Stipendium bei einer Stiftung. Mit dem neuen finanziellen Standbein bei den Grünen und dem in Aussicht gestellten Stipendium setzt sich Heiner gegenüber den Eltern durch und beginnt das Geschichtsstudium mit den Nebenfächern Jura und Politikwissenschaft. Letztere tauscht er nach einem Semester durch Philosophie aus. Inhaltlich rückt in seinen Schilderungen von nun an das Studium stärker in den Vordergrund. In Geschichte und Philosophie kommt Heiner bereits nach den ersten beiden Semestern in näheren Kontakt mit einigen Hochschulprofessoren. Er gründet zusammen mit anderen Studenten eine seminarbegleitende Platon-Arbeitsgruppe, die Professor Tiefberger zu einer Sitzung einlädt und von diesem für sehr gut befunden wird. Professor Braun wird auf Heiner im Zusammenhang mit einer Hausarbeit zum Thema "Rom im Mittelalter" aufmerksam und stellt ihm eine spätere Promotionsarbeit in Aussicht:

*H: da gabs dann immer so'n Streit zwischen Tiefberger und Braun um mich so ungefähr, (lacht kurz) hat dann Tiefberger so nach der Devise, sie sind doch viel zu schade für die Geschichte, komm' sie doch zur Philosophie. Und Braun eben, nein nein, also um Gottes willen, bleiben sie bloß hier ja, also das haben muß dann irgendwie, also is ja auch alles so'n Tratschhaufen. Die hatten das dann schon untereinander auch ausgewertet. Das is natürlich, das das freut einen natürlich, (I: hm, hm) wenn die sich so äh wenn wenn denn wenn in dieser Art über einen auch mal getratscht wird. (I: hm) Aber äh Philosophie wär's nun, glaub ich, wirklich nicht. (I: hm) Aber Geschichte könnt ich mir vorstellen, und ich hab noch en eigenes Projekt, das hab ich noch aus der Tintenfaßzeit mitgeschleppt, und das is eigentlich äh hat sich erstaunlich entwickelt. (I,27f)*

Als Chefredakteur hatte Heiner ein historisches Projekt über den Selbstmord eines Universitätsrektors in der DDR begonnen und auf der Basis von Archivmaterialien veröffentlichte er eine Artikelfolge in dem Studentenblatt. Es gelang ihm, einige überraschende Befunde herauszuarbeiten und er wurde, bereits in Geschichte eingeschrieben, für einen Vortrag am Institutskolloquium eingeladen, konnte an einer Tagung mit einem Kurzbeitrag teilnehmen und darüber hinaus mit einer Reihe von Hochschullehrern und Betroffenen in Kontakt treten.

Zum Zeitpunkt des Interviews (im Jahre 1994) steht für Heiner die politische Arbeit immer noch an erster Stelle. Mittlerweile engagiert er sich auch in der Hochschulpolitik und arbeitet sich bis in den Vorstand des Studentenrats vor. Allerdings stellt er in Rechnung, daß er früher oder später eine Entscheidung für einen der beiden Schwerpunkte - Studium oder Politik - treffen muß. Bezüglich der Politik könnte er sich durchaus vorstellen, in der Kommunalpolitik für die Grünen tätig zu werden, aber auch die akademische Laufbahn erscheint ihm reizvoll, denn inhaltlich ist er von der geschichtswissenschaftlichen Arbeit gefesselt, wenngleich er bei manchen Historikern weltfremde Elemente ausmacht, die ihn bedenklich stimmen.

#### **Zusammenhangsanalyse**

Heiners Darstellungsmodus ist ausgesprochen selbstbewußt. Es sind vor allem die Erfolgsgeschichten, auf die er sich in der Wiedergabe seiner Biographie konzentriert, Mißerfolge oder schlechte Lebensphasen bilden dagegen allenfalls Randthemen und kommen nur zur Sprache, sofern ihre Benennung unvermeidbar ist. Darin spiegelt sich eine grundlegend optimistische Haltung gegenüber dem eigenen Leben wider; Mißerfolge oder schlechte Zeiten gehen gerade nicht in Heiners Selbstbild ein. Charakteristisch für diese Art der Selbstdarstellung ist die Thematisierung der fördernden und begünstigenden Lebensumstände: zunächst das Elternhaus, dann Vorgesetzte wie der Vater der Freundin als ranghoher Offizier, mehrere Hochschulprofessoren etc. Heiner versteht es offensichtlich, sich immer wieder in näheren Kontakt mit einflußreichen Personen zu begeben und sich dadurch gewisse Vorteile zu verschaffen. Auf diesen Erfahrungen beruht Heiners selbstbewußte Haltung, aber auch die Distinktion gegenüber bestimmten Personengruppen. Hinzu tritt eine Haltung, sich selbst im Griff zu haben, gekoppelt mit überlegtem Handeln, das zu erfolgreicher Zielverwirklichung führt.

Der Prozeß des allmählichen Hineinwachsens in politische Betätigungsfelder, der im Verlauf der politischen Umbruchphase in Gang gesetzt wurde, ist als wichtiger Transformationsprozeß anzusehen. Dabei gelingt es Heiner einerseits, mit diesem neuen Handlungsfeld an seine biographische Grundorientierung anzuschließen, nämlich an die selbstbestimmte Mitgestaltung seines Handlungskontextes und die Anerkennung durch renommierte Personen. Andererseits kommt etwas spezifisch Neues hinzu: die ausgiebige Beschäftigung mit basisdemokratischen Fragestellungen im Rahmen hochschulpolitischer und kommunaler Mitbestimmung haben Heiners Orientierung in Richtung eines engagierten Politikverständnisses geöffnet. Darüber hinaus ist er in verständigungsorientierte Sozialbeziehungen mit Statusgleichen, nämlich anderen politisch interessierten Kommilitonen, einbezogen. Daher wäre es auch nicht (mehr) zutreffend, Heiner auf seiner Suche nach Anerkennung als bloßen Karrieristen einzustufen. Das allmähliche Hineinwachsen in politische Handlungsfelder hat nämlich dazu geführt, daß die gegenüber gesellschaftlichem und politischem Geschehen eher hinnehmende und desinteressierte Haltung aus der DDR-Zeit aufgegeben wurde und eine Öffnung in Richtung eines engagierten Politikverständnisses stattgefunden hat, das zugleich mit einer Praxis verständigungsorientierter Sozialbeziehungen verbunden wird. Im gleichen Zuge wird die zuvor "reine" Aufstiegs- und Distinktionsorientierung auch durch Momente

des sozialen Engagements und der Resonanzfähigkeit für die Situation benachteiligter Gruppen angereichert.

Auf dieser Grundlage beruht die in der Solidaritätsanalyse herausgearbeitete Haltung, nach der Heiner unabhängig von seiner eigenen (gegenwärtigen und zu erwartenden) sozialen Position die Aspekte von Solidarität und sozialer Gerechtigkeit reflektiert, insbesondere die komplexe Beziehung von sozialer Integration, Verteilungsprinzipien und sozialer Wirklichkeit. Wiederholt versucht er dabei, eine allgemeinwohlorientierte Perspektive stark zu machen, in der besonders die Position der Einkommensschwächeren reflektiert wird, etwa mit der Idee des Bürgergeldes. Gerade in diesem weiten und differenzierten Verständnis von Solidargemeinschaften manifestiert sich seine Resonanz für sozial schwache Gruppen. Aber obwohl er einen nicht geringen Umverteilungsbedarf sieht, verhält er sich dennoch kritisch gegenüber einer rein solidaritätsorientierten Haltung. Zustimmungsfähige Prinzipien müssen nämlich nicht nur gerecht und solidarisch, sie müssen auch umsetzbar sein und dürfen keine desaströsen Folgewirkungen zeitigen. Daher konstatiert er, daß es gewisse funktionalistische (vor allem ökonomische) Grundbedingungen gibt, denen Tribut zu zollen ist, insbesondere dann, wenn man auf lange Sicht handlungsfähig bleiben will. So sind die von ihm formulierten Solidaritätsorientierungen unter Einbeziehung der gesellschaftlichen Tatsachen alles in allem wohlwogen, wobei Heiner keinen grundsätzlichen Widerstreit zu den gegebenen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen sieht; allerdings gilt für ihn auch hier wie in seinem eigenen Leben die Devise des überlegten Handelns als Grundlage für erfolgreiche Zielverwirklichung.

#### **Verhältnis zur bestehenden gesellschaftlichen Ordnung**

##### Beziehung zur politischen Ordnung

Bei Heiner ist ein biographischer Prozeß des Hineinwachsens in politische Betätigungsfelder festzustellen, der durch die politische Wende in der DDR ausgelöst wird und der ihn zunehmend in verschiedene politische Handlungsfelder involviert. Sein persönliches Credo besteht darin, in den Mühen der Ebene durchzuhalten und Demokratie als harte Arbeit aufzufassen. In diesem Sinne ist er insgesamt optimistisch bezüglich der Gestalt- und Reformierbarkeit der Gesellschaft. Die von ihm formulierten Gerechtigkeitsvorstellungen und Solidaritätsorientierungen sind unter Einbeziehung der gesellschaftlichen Tatsachen wohlwogen, wobei er auch keinen grundsätzlichen Widerstreit zu den gegebenen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen sieht.

##### Einstellung gegenüber der Dynamik gesellschaftlicher Teilsysteme

Heiners Sicht auf die sozialen Rahmenbedingungen ist ausgesprochen differenziert, wobei er versucht, pauschale Urteile zu vermeiden. Sein Bild der Gesellschaft ist das einer sozial äußerst mobilen Gesellschaft, in der jeder die Chance bekommt, den eigenen Leistungen entsprechend seinen Weg zu gehen. Dementsprechend sind Einkommens- und Statusunterschiede durchaus gerechtfertigt, sie müssen allerdings auch wirklich verdient sein. Ferner hält Heiner einen Einkommensfloor für unverzichtbar.

Ein demokratischer Staat ist ferner auf eine engagierte Öffentlichkeit bzw. Zivilgesellschaft angewiesen, die allerdings Politik und Ökonomie nicht in ihrer Reproduktion stören darf. Im Endeffekt würde nämlich eine ausschließliche Befolgung solidarischer Zielsetzungen dazu führen, daß eine dramatische Verschlechterung für alle eintreite, denn es gibt gewisse funktionalistische, vor allem ökonomische Grundbedingungen, denen Tribut zu zollen ist.

#### **Reichweite der Solidaritätsbeziehung**

Für Heiner ist die Frage nach der Unterstützung der Dritten Welt eng mit der Frage der Unterstützung der Marginalisierten im eigenen Land verbunden. Auf beiden Feldern gibt es legitime Forderungen nach einer Angleichung der Lebensverhältnisse und insofern besteht dringender Handlungsbedarf. Allerdings existieren aus funktionalistischer Perspektive gewichtige Einwände. Unter ökonomischen Gesichtspunkten dürfen nämlich Gewinne nicht an die Dritte Welt oder sozial schwache Gruppen abgeführt werden, sondern müssen sofort reinvestiert werden; andernfalls sind Absatzeinbußen sowie technischer Rückstand die Folgen und letztlich würde die Bundesrepublik selbst zum Dritte-Welt-Land und könnte weniger Entwicklungshilfe leisten als zuvor. Im Endeffekt hätte also eine konsequente Befolgung des solidarischen Prinzips zur Folge, daß eine reale Verschlechterung für alle eintreten würde. Ein Ausweg bestünde allein darin, daß sich alle Länder auf ein verbindliches gemeinsames Vorgehen, sprich auf eine *internationale Solidarität*, einigten. Dafür sieht Heiner jedoch keine reelle Chance.

#### ***Typ d) Solidarität durch zentrale politische Steuerung***

**Carsten (Psychologie)**

##### **Solidaritätsanalyse**

##### Einkommensunterschiede

*I: Und Gruppen, die zuviel bekommen?*

*C: Ja, die gibts viel mehr als früher. (lacht kurz) Im Prinzip kann man sagen, jeder Selbständige. 's gibt ja unzählige Berufsgruppen heute, wo man nur en Kopf schütteln kann. Also ich kenn auch persönlich Leute, die ham so'n Büro, verkaufen, na die verkaufen ja nich, die verhandeln den ganzen Tag über Eigentum, das ihnen nich gehört, Immobilien und kriegen noch, was weiß ich, zehn bis zwanzig Prozent vom Verkaufswert für sich. Das is irgendwie en bißchen unangemessen, dafür daß se da vier Stunden am Tag was machen und soviel verdienen wie en Arbeiter im ganzen Jahr. (2,12)*

Es ist für Carsten geradezu ein Allgemeinplatz, daß es zu viele Leute gibt, die mehr verdienen, als ihnen zusteht. Ihm reicht die bloße Erwähnung: *"Ja, die gibts viel mehr als früher"*, gefolgt von einem kurzen Lachen. Einer weiteren Begründung bedarf es für diese Auffassung offenbar gar nicht. Ein gemeinsames Merkmal besagter Personengruppen besteht darin, daß sie selbständig sind. Viele von ihnen erbringen gar keine Leistung, sondern jonglieren nur mit Anlagewerten und schöpfen hieraus ihren Vorteil.

*I: Die arbeiten nich genug für das Geld?*

*C: Nee, das was die die arbeiten ja teilweise sehr hart und ham vielleicht en längeren Arbeitstag als andere. Aber das, was se dafür kriegen is im Verhältnis zu andern Leuten, die auch hart*

*arbeiten viel zu viel. Weil das ja schon Dimensionsunterschiede sind, das geht ja bis ins Zehn-, Zwanzigfache. Das is ja schon überhaupt nicht mehr vertretbar. (2,12)*

Der Interviewer fragt noch einmal nach dem Verhältnis von geringer Arbeitsleistung und überhöhten Einkünften. Carsten korrigiert seine Annahme, soweit sie den Leistungsaspekt betrifft, die Kritik am unangemessen hohen Einkommen wird dagegen nochmals bekräftigt. Da nach der neuen Lesart alle, auch die unteren Einkommensschichten, hart arbeiten, ist die empirisch vorfindliche Differenz (range) in den Einkommensunterschieden nicht zu rechtfertigen: *"(D)as geht ja bis ins Zehn-, Zwanzigfache. Das is ja schon überhaupt nicht mehr vertretbar."*

Implizit legt Carsten hier- wie auch *Susanne*- das Leistungsprinzip (aus der Aufwands- oder Ertragsperspektive)<sup>1</sup> zugrunde und kommt zu dem Schluß, daß daraus eine Obergrenze der Einkommen folgen müßte, die sich aus der natürlichen Leistungsgrenze der betreffenden Person ergibt. Einkünfte, die darüber hinausgehen, sind buchstäblich unverdientes Geld. Er folgt dem Muster, das Leistungsprinzip gegen die Besserverdienenden zu wenden. Aber im Gegensatz zu *Susanne* oder *Hartmut* blendet Carsten weitere Dimensionen, die solche Einkommensunterschiede rechtfertigen könnten, wie etwa Verantwortung oder ausbildungsbedingte Verdienstauffälle, aus.

[Carsten bezieht sich in der folgenden Textpassage darauf, daß es in der Bundesrepublik keine obere Einkommensgrenze und wachsende finanzielle Unterschiede gibt]

*C: Und sie werden noch größer. Na weil im Prinzip den Leuten, die das unbedingt wollen, die irgend so'n Trieb im Kopf haben, daß se alles Geld der Welt haben wollen, nich die Hände gebunden sind. Wer einmal en kleinen Vorsprung hat und irgendwas ins Spiel reinwerfen kann, kann dadraus so unwahrscheinlich viel machen, wie's ihm beliebt.*

*I: Is es akzeptabel?*

*C: Nee, das nich, aber ich wüßte nich, wie ich's ändern soll. Durch ne soziale Gesetzgebung und diese dieses Streben nach wirtschaftlichem Wachstum in sozialen Grenzen zu halten, aber die Richtung in der Realität is ja eine andere. Daß das mehr in Richtung freie Marktwirtschaft geht, also daß die Unterschiede immer noch größer werden. (2,12f)*

Ein geringer Startvorteil in der Vermögensverteilung gegenüber den Mitwettbewerbern kann im Rahmen der Marktwirtschaft geradezu aberwitzig anwachsen. Anstatt Chancengleichheit herzustellen und verschiedene Ausgangspositionen auszugleichen, werden hier Unterschiede fast automatisch immens vergrößert. Dieser Umstand begünstigt eine Personengruppe, die nach Carstens Schilderung durch einen psychopathologischen Zug charakterisiert ist: es sind Personen, *"die irgend so'n Trieb im Kopf haben, das se alles Geld der Welt haben wollen"*. Die richtige Maßnahme gegen diese inakzeptable Symbiose aus fragwürdigem Wirtschaftssystem und abartiger psychischer Disposition bestünde in einer Gesetzgebung, die das wirtschaftliche Wachstum in Grenzen hält und den triebhaften Kapitalakkumulatoren "die Hände bindet". Carsten konstatiert im Anschluß sofort, daß die Realität eine andere ist. Zur Begründung wiederholt er das zuvor Gesagte, nämlich *"daß die Unterschiede immer noch größer werden."* Ganz offensichtlich sieht er für eine Umsetzung seines Vorschlags keinerlei Chance und bricht die Argumentation resigniert ab.

<sup>245</sup> Siehe S. 114 dieser Arbeit. Für welche dieser beiden Perspektiven er sich entscheiden würde, ist schwer zu sagen; seine Äußerungen lassen implizit sowohl auf das eine als auch auf das andere schließen. Wichtig ist, daß ganz entschieden die Wettbewerbsperspektive abgelehnt wird.

Auch an anderer Stelle bringt Carsten seine äußerst kritische Haltung gegenüber dem System der Marktwirtschaft zum Ausdruck:

*C: Marktwirtschaft kann ja nur existieren, wenn sie ständig expandiert. Und da, wo das nicht geht, muß es eben an die na Lebensbedingungen der Werktätigen gehn, und deswegen kann im Prinzip ne größere Bilanz kein Fortschritt für die Allgemeinheit sein. Man hat dann zwar en höheren Profit, also derjenige, der das gemacht hat, aber letztendlich hat das keinen sinnvollen Nutzen. Daß man sagen kann, schön, wir ham noch mehr produziert, noch mehr Autos, davon hat doch keiner was. So in dem Sinne is das kein Fortschritt. (2,10f)*

Die Eigendynamik des ökonomischen Systems, insbesondere seine immanente Wachstumsdynamik, kann unter günstigen Umständen zwar einen Fortschritt für alle Gesellschaftsmitglieder bedeuten, wenn aber der wirtschaftliche Expansionsprozeß ins Stocken gerät, dann *"muß es eben an die na Lebensbedingungen der Werktätigen gehn"*. Besonders auffällig sind hier marxistische Termini, die Carsten offenbar aus DDR-Zeiten beibehalten hat. So führt der Gegensatz zwischen *"Werktätigen"* und den Eigentümern von Produktionsmitteln zu einer Dynamik, von der alles in allem nur eine Seite profitiert, während sich für die andere die Situation tendenziell verschlechtert.

Die Wertung *"letzendlich hat das keinen sinnvollen Nutzen"* beinhaltet noch eine ganz andere Dimension: es ist die reine Anhäufung materieller Güter, in der Carsten *"keinen sinnvollen Nutzen"* erkennen kann. Die Marktwirtschaft führt also nicht nur zu großen sozialen Disparitäten, sondern ist auch irrational, weil keine echten Gebrauchswerte erzeugt werden.

*I: Was wär nun für Dich en bessres Konzept?*

*C: Na ich bin halt ich hab mal en Interview gehört mit dem Gregor Gysi. Da wollte man ihn wieder ärgern und hat gesagt, ja, wenn sie die Wahl gewinnen, dann gibts dann VEB Mercedes und so. Un da hat er gesagt, das is nich entscheidend, wem das gehört und wieviel der hat, sondern was er damit machen darf. Also der die soll das von mir aus besitzen. Der soll'n zehn Betriebe ham, aber man muß ihnen vorschreiben dürfen, was sie da machen. (2,13)*

Der Interviewer legt seinen Finger genau auf die wunde Stelle und fragt Carsten, was denn angesichts der von ihm aufgezeigten Problematik zu tun sei. Carsten schlägt vor in Anlehnung bzw. Auslegung eines Interviews mit dem PDS-Politiker Gregor Gysi, private Betriebe in einen Rahmen planwirtschaftlicher Elemente zu stellen. Dabei soll den Eigentümern von Betrieben nahezu jede Entscheidungsfreiheit über ihr Unternehmen genommen werden, so daß sie sich vorschreiben lassen müssen, was mit ihrem Vermögen geschieht. Das Problem, daß beide Momente - freie Marktwirtschaft und das Vorschreiben der Unternehmensstrategie von außen - sich in einem Widerspruch zueinander befinden und kaum zu vereinen sind, wird von Carsten nicht gesehen. Zu vermuten ist, daß sich Carsten für den Fall, daß dieser Widerspruch auf die Spitze getrieben würde, eher für die planwirtschaftliche Variante ausspräche.

*I: Und wer soll das vorschreiben?*

*C: ... die gewählten Volksvertreter ... Ob die da nun Panzer bauen oder oder Krankenhäuser, das sollte man ihnen dann doch schon vorschreiben können. Und was als Gewinn übrig bleibt, soll'n se von mir aus verprassen, wenn se's brauchen. (2,13)*

Carsten will über die *"gewählten Volksvertreter"*, also über die Politik, Einfluß auf die Produktpalette der Unternehmen ausüben lassen. Auf diese Weise würde ein demokratisches Moment

in die angestrebte Wirtschaftsform eingebaut. Hinsichtlich des gewählten Beispiels (*"Panzer bauen oder oder Krankenhäuser"*) ist es schwer, ihm direkt zu widersprechen, denn hier werden ethische Fragen angesprochen, wodurch im gleichen Zuge auch dem gegenwärtigen Gang der Wirtschaft der Vorwurf gemacht wird, gegenüber solchen Fragen blind zu sein. Damit legt Carstens recht eindeutiges Beispiel nahe, daß es sich in der Wirtschaft meist um einfache Entscheidungen handelt, die einzig wegen der Interessenlage der Akteure problematisch ausfallen, nicht aber aufgrund der Komplexität der Materie. Demnach lautet die primäre Frage für Carsten, ob man reinen Eigeninteressen in der Form von Unternehmerentscheidungen im Rahmen der Marktwirtschaft oder ob man kollektiven Interessen durch gewählte Volksvertreter im Rahmen einer parlamentarischen Demokratie den Vorzug gibt. Die reine Sachlage erscheint ihm dagegen leicht durchdringbar und die Entscheidungsfindung daher lediglich als eine Frage von Präferenzen.

Der "übriggebliebene" Gewinn darf von den Eigentümern "verpraßt" werden. Nachdem die Unternehmer in ihrem Handlungsspielraum nahezu entmündigt wurden, werden sie von der Gesellschaft nur noch ausgehalten und ihr pathologischer Trieb gewissermaßen geduldet; sie werden zur marginalisierten Randgruppe, die ihrer Obsession nachgehen darf. Hierin wird auch noch einmal deutlich, daß Carsten die Dominanz des Geldmediums gegen die Dominanz des Machtmediums austauschen will, wobei allerdings das Moment der demokratischen Legitimation eine größere Rolle spielen soll als zu Zeiten der DDR. Aus einer harten Konkurrenz auf der Verteilungsebene würde damit zugleich ein kollektives Entscheiden auf der politischen Ebene.

I: Ist das dann noch freie Marktwirtschaft?

C: Nee, soll's ja auch nicht unbedingt sein.

I: Warum?

C: Weil die Vertreter der freien Marktwirtschaft behaupten immer, daß man daß in der Marktwirtschaft das hergestellt wird, na wo's gebraucht wird, also entsprechend dem Bedarf. Das is aber nich so. 's wird produziert um jeden Preis, und kurz vorher wird irgend en Bedarf geschaffen, der im Prinzip gar nich da is. Also 's wird im Prinzip en quantitativ en Riesenumsatz erzeugt, der gar nich notwendig is. ... Man redet den Leuten irgendwelche Bedürfnisse ein und auf dem ganzen Feld, und nich nur der direkten Werbung, eben irgendwie. Daß man irgend en neuen Trend produziert, und jeder wills dann haben. (2,13)

Der Interviewer verdeutlicht, daß Carsten mit der vorgeschlagenen Konstruktion das Konzept der freien Marktwirtschaft verlassen hat. Daraufhin bekennt Carsten offen, daß die freie Marktwirtschaft auch nicht seinem Gesellschaftsideal entspricht. Vielmehr strebt er eine kontrollierte Wirtschaft mit starkem Gemeinwohlbezug an.

Ein wichtiges Argument besteht für ihn in der Tatsache, daß es in der Marktwirtschaft nicht, wie immer behauptet, um eine optimale Güterverteilung bzw. Bedürfnisbefriedigung geht, sondern daß die Wirtschaft vielmehr die Bedürfnisse künstlich erzeugt, die ihrer Produktionsweise entsprechen, wobei *"man irgend en neuen Trend produziert, und jeder wills dann haben"*. Dagegen ist Carsten offenbar der Meinung, es gäbe einen objektiv festlegbaren Bedarf an Konsumgütern, der jedoch durch die Dynamik der Marktwirtschaft überdeckt bzw. verdrängt wird.

I: Is dann die Planwirtschaft besser?

C: Kommt drauf an, wer die Pläne macht (2,13)



Der Interviewer fragt nach der bekannten Alternative zur Marktwirtschaft, der Planwirtschaft. Carsten hütet sich davor, die Frage sogleich zu bejahen, denn die Erwiderung, daß mit der DDR soeben ein planwirtschaftlich organisiertes Gesellschaftssystem eindeutig versagt hat, liegt auf der Hand. Um diesem Einwand vorsorglich zu begegnen, legt Carsten nahe, daß es gute und schlechte Planer gibt. Sofern man jedoch kompetente Experten für die Planung fände, wäre die Planwirtschaft eine ernsthafte Alternative zur Marktwirtschaft.

I: *Ja wie stellst Du Dir das denn vor?*

C: *Na ne Planwirtschaft kann was Schönes sein, wenn die Pläne sinnvoll sind. Ich weiß nur nicht, inwieweit das umsetzbar is. (2,13)*

Wieder läßt der Interviewer nicht locker, und Carsten wird nun dazu gedrängt, der Planwirtschaft ausdrücklich zuzustimmen. Nochmals betont er allerdings, daß die Pläne gut bzw. *"sinnvoll"* sein müssen und distanziert sich damit indirekt von der DDR. Über diese Distanzierung hinaus eröffnet er sich noch eine weitere Rückzugsoption: *"Ich weiß nur nicht, inwieweit das umsetzbar is."* So gibt er zu verstehen, daß seine eigene Kompetenz sich erschöpft hat und er bei aller Sympathie für das Modell zugeben muß, daß er in dieser Frage kein Experte ist.

I: *Wer müßte dann die Pläne machen?*

C: *Na auf keinen Fall die (räuspert sich) na die Besitzer der Produktionsmittel. Die dürften das im Prinzip nicht machen. Bei denen is es ja im Prinzip egal, was se herstellen, Hauptsache sie setzen's um. Müßten eben andre Leute machen. Natürlich kann nicht jeder einbezogen werden. Aber, wie ich schon gesagt hab, gewählte Volksvertreter, was immer das auch sein mögen, die sich an irgendwelchen realen Bedürfnissen orientieren. Ich weiß jetzt nicht, wie man das umsetzen kann, daß die das dann auch so machen, und ob se auch objektiv dazu in der Lage sind. Aber 's wär zumindest en besserer Weg als wenn jeder irgendwas auf'n Mark schmeißt und weil's ja im Prinzip gleichgültig is, was man verkauft, die Leute kaufen's immer. (I: hm) 's is wirklich so. (lacht kurz) [. ] (2,13)*

Wenn Carsten die Frage der konkreten Umsetzung schon abdelegieren möchte, dann soll er dem Interviewer doch zumindest die Gruppe nennen, die er mit dieser Aufgabe zu betrauen gedenkt. Ex negativo macht Carsten zunächst deutlich, daß auf jeden Fall die Eigentümer der Produktionsmittel (Carsten greift wieder einen Terminus der Marxschen Kapitalismusanalyse auf) aus dem Entscheidungsprozeß ausgeschlossen bleiben müssen. Diese sind keine geeigneten Akteure, da sie nur im eigenen Interesse handeln und damit wieder die Logik des Kapitals mit all den damit verbundenen Problemen einführen würden. Egoistische Interessen müssen daher unter allen Umständen ausgeklammert bleiben. Dieses Kriterium darf auch angenommen werden, wenn Carsten sagt: *"Natürlich kann nicht jeder einbezogen werden."* Ausgeschlossen werden muß demnach jeder, bei dem klar ist, daß er nicht im Sinne des Gemeinwohls entscheidet. Carsten geht es vielmehr um die Orientierung an den *"realen Bedürfnissen"* der Menschen. Diese kann nur durch verbindliche zentrale Entscheidungen demokratisch legitimierter Repräsentanten bewerkstelligt werden. Das anarchische Laissez Faire der freien Marktwirtschaft, in welchem *"jeder irgendwas auf'n Mark schmeißt"*, ist in Carstens Augen jedenfalls die schlechtere Alternative.

Nach dem klaren Statement für die Planwirtschaft, die selbst bei schlechter Umsetzung noch die bessere Wirtschaftsform für Carsten darstellt, wechselt der Interviewer das Thema:

- I: *Aber wenn wir noch mal zu den Differenzierungen gehn. Ähm, is ja is Differenzierung überhaupt gut oder was wäre denn zum Beispiel mit gleichem Lohn für alle?*
- C: *Na theoretisch gibts eigentlich keinen Grund, warum für einen bestimmten Beruf mehr Geld bezahlt wird als für einen andern. Aber das is die eine Sache, die ich mir sage. Andererseits sag ich mir, wer halt viel Geld haben will, der soll sich halt nehmen, solange alle andern genug haben und das (?). Die Unterschiede sollten zumindest nich so groß sein, daß verschiedene Möglichkeiten des Lebens daraus entstehen. (I: hm hm) Aber wenn alles soviel haben, daß se sich im Prinzip, na ja irgendwie entwickeln können und bilden können und sonst was und en bißchen Spaß haben können, dann sollen die paar Leute, die so raffgierig sind, sich den Rest halt zusammennehmen und dran ersticken, is mir egal. (lacht kurz) Aber solange das nich so is, und 's is ja nich so, dann is es schon en bißchen krass diese Unterschiede. (2,13)*

In einem ersten Zug bejaht Carsten die Frage des Interviewers nach dem Grundsatz des gleichen Lohnes für alle: *"Na theoretisch gibts eigentlich keinen Grund, warum für einen bestimmten Beruf mehr Geld bezahlt wird als für einen andern."* Nach solch einer Einleitung folgen für gewöhnlich praktische Einwände, die den theoretischen Grundsatz wieder einschränken. Diesem Muster folgt Carsten aber nicht. Aus dem Folgenden ergibt sich vielmehr, daß nicht etwa gute praktische Gründe für eine Einschränkung des theoretischen Grundsatzes sprechen (etwa bildungsbedingte Ausfallzeiten, Verantwortung etc.), sondern es scheint sich vielmehr um eine Frage der *Duldung* von Einkommensunterschieden zu handeln: *"Andererseits sag ich mir, wer halt viel Geld haben will, der soll sich halt nehmen, solange alle andern genug haben"*. Es gibt also für Carsten keine guten Gründe, die für differenzierte Einkommen sprechen, sondern er ist lediglich bereit, einem krankhaften Drang gegenüber Toleranz zu üben. Ein solches Gewährenlassen der Hochverdiener ist aber nur dann angebracht, wenn alle gut versorgt sind. Sofern es niemandem an etwas mangelt, dürfen sich die Besserverdienenden wie auf einer Spielwiese austoben. Dies impliziert einen *Floor constraint*, der zuerst einmal gewährleistet sein muß, bevor von monetären Differenzen überhaupt auch nur die Rede sein darf. Die Grundversorgung (floor) muß relativ hoch zu liegen kommen: wenn alle normalen menschlichen Bedürfnisse - persönliche Entwicklung, Bildung, ein bißchen Spaß oder mit einem Begriff, den Carsten oben verwendet hat, alle *"realen Bedürfnisse"* - jedoch erfüllt sind, muß ein darüber hinausgehendes Bedürfnis per definitionem krankhaft sein: Wer mehr will, sind *"die paar Leute, die so raffgierig sind"* und die sollen *"dran ersticken"*.

Carsten argumentiert hier wie aus einer Position der Stärke heraus: er scheint die große Mehrheit hinter sich zu wissen, denn auf der Gegenseite stehen nur ein *"paar Leute, die so raffgierig sind"*. Ferner meint er eine grundlegende Wahrheit auf seiner Seite zu haben, denn er traut sich zu sagen, wann eine Haltung krankhaft ist, und glaubt die realen Bedürfnisse der Menschen zu kennen. Der Gedanke legt sich nahe, daß er als Psychologiestudent unter Einbeziehung von Einsprengseln aus der marxistischen Theorie - der kommunistische Endzustand des *"Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen"* schwingt im Hintergrund mit - zu wissen meint, was wahr und richtig ist. Ferner beruft sich Carsten wieder auf die Evidenz der Empörung, was sich deutlich in seinem Vokabular (*"raffgierig"*, *"ersticken"*) ausdrückt.

### Sozialhilfeempfänger

- C: *Ja man is erstmal von vornherein benachteiligt, wenn man nich mehr selber in der Lage is für seinen Unterhalt aufzukommen, weil man einfach keine Arbeit hat. Daß es dann einfach als selbstverständlich abgetan wird, daß jemand, der von der Sozialhilfe lebt, im Prinzip keine Ansprüche haben darf. Das is schon ne sehr starke Beeinträchtigung. (2,12)*

In der Arbeitsgesellschaft führt der Verlust des Arbeitsplatzes in den deprivilegierten Status des Arbeitslosen bzw. Sozialhilfeempfängers und damit in Abhängigkeit und Benachteiligung. Dabei werden insbesondere die Möglichkeiten der Selbstbestimmung stark beschnitten. Die Folgen der Arbeitslosigkeit beschränken sich mit anderen Worten nicht nur auf den ökonomischen Aspekt, sondern greifen auf wesentliche andere Elemente der sozialen Existenz über. Man ist dann von "vornherein benachteiligt": ökonomische Inklusion ist basal und sobald man aus dieser Sphäre exkludiert wurde, folgen die anderen Bereiche automatisch.

- I: *Und äh wenn man heute die reale Situation nimmt, wird da für die Unteren, also zum Beispiel Sozialhilfeempfänger, ausreichend gesorgt?*

- C: *Meinst Du in diesem Land? (I: ja) Nee, der Trend is ja eigentlich, daß man ihnen immer mehr wegnimmt. Also ich kann nich sagen, daß man ausreichend für die sorgt. Das kommt immer mal so nach und nach, so daß es immer nich so ganz schlimm is und daß sich keiner drüber aufregt. Aber der Trend is eigentlich, daß man ihnen immer mehr wegnimmt. (I: hm hm) Das betrifft aber im Prinzip alle Gruppen, die irgendwas haben wollen vom Sozialstaat, nich nur Sozialhilfeempfänger, 's können auch Studenten sein oder sonst was (I: hm) oder ganz normale Kassenpatienten. Das, was die von ihrer Kasse erwarten dürfen, wird ja auch immer weniger. Im Prinzip einfach jeder, der was haben will, weil's einfach sein Recht is, das zu haben. (2,14)*

Zentral ist die Aussage: "der Trend is eigentlich, daß man ihnen immer mehr wegnimmt.", die Carsten zur Bekräftigung wiederholt. Der Sozialstaat wird demnach immer weiter abgebaut. Von dem wenigen, das die Sozialhilfeempfänger noch haben, und das, wie Carsten oben zu verstehen gegeben hat, bereits in solch essentiellen Bereichen wie der Gesundheitsversorgung unterhalb des Zumutbaren liegt, wird immer noch etwas fortgenommen. Ferner wird durch das strategisch geschickte Vorgehen der "kleinen Schritte" das Widerstandspotential möglichst gering gehalten. Doch nicht nur Marginalisierte werden systematisch benachteiligt, auch dem Normalbürger wird - in Carstens Beispiel wieder auf dem Feld der Gesundheitsversorgung - immer mehr von dem genommen, was ihm rechtmäßig zusteht, obwohl es "einfach sein Recht is, das zu haben." Wieder einmal erscheinen Carsten die eigenen Gerechtigkeitsvorstellungen so evident, daß ihm die einfache Benennung ausreicht, um das Einverständnis von Seiten seines Gesprächspartners für selbstverständlich zu halten. Ferner geht Carsten davon aus, daß sich auf der Gegenseite anonyme Akteure ("man") befinden, die den beschriebenen Prozeß gewollt haben und mit großem Geschick in Gang halten, nicht etwa blinde systemische Prozesse.

Auf diese Weise entwickelt Carsten vor dem Hintergrund seiner eigenen Solidaritätsorientierung ein negatives Bild von der Gesellschaft, denn an den Schalthebeln vermutet er eben die oben genannten Akteure mit ihren unlauteren Absichten, die den Lauf der Gesellschaft gerade von dem fortsteuern, was er selber und, wie er annimmt, jeder mit gutem Willen und gesundem Menschenverstand für erstrebenswert halten muß.

### Arbeitslose

- I: Jetzt. (C räuspert sich) Ja, (räuspert sich) also wir warn bei den Arbeitslosen stehengeblieben, (C: hm) und ich hatte gefragt, was Du von Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich zum Beispiel halten würdest<sup>1</sup>.
- C: [...] Na ja also bei solchen Berufsgruppen, wo's vertretbar is, ginge das vielleicht. Das muß man müßte man im Einzelfall entscheiden. Also wenn manche Leute nur noch, sagen wir mal, zwei Drittel ihrer Arbeitszeit haben und dann auch nur zwei Drittel des Einkommens hätten, dann wird's vielleicht für manche en bißchen knapp. (2,14)

Der Vorschlag einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich erscheint Carsten durchaus erwägenswert, er gibt jedoch zu bedenken, daß der verbleibende Lohn noch zum Lebensunterhalt ausreichen muß, da sonst lediglich ein Mangel umverteilt würde. Wenn die Ressourcen jedoch groß genug wären - also in Carstens eigenen Worten alle ihre *"realen Bedürfnisse(n)"* (2,13) erfüllen könnten -, dann hätte er gegen die vorgeschlagene Maßnahme nichts einzuwenden. Allerdings scheint er von der Idee nicht besonders angetan (*"ginge das vielleicht"*), und es sind eher die fehlenden Einwände, die ihn zur Zustimmung nötigen.

- I: Und daß die Arbeitenden zum Beispiel von ihrem Einkommen abgeben?
- C: (räuspert sich) Prinzipiell is das schon mal gut, aber wenn man weiß, daß es Leute gibt, die noch viel mehr abgeben könnten, das aber nich machen wollen und auch nich machen müssen, weil se die teilweise diejenigen sind, die die Gesetze beschließen, sehe ich das eigentlich nich ein, warum die Arbeitenden mehr abgeben sollten. 's gibt ja genug Leute, denen man da ohne weiteres was wegnehmen könnte, ohne daß es ihnen weh tut. (I: hm) Aber das is schwer durchzusetzen, wenn man sich mal anguckt, wie sich der Bundestag zusammensetzt oder andere Gremien, die Gesetze beschließen. Wenn Bundestagsabgeordnete nebenbei noch Aufsichtsräte in irgendwelchen Betrieben sind, dann werden se wohl kaum solchen Gesetzen zustimmen. (2,14)

Hier wird Carstens eigentlicher Einwand deutlich: natürlich hat er nichts gegen eine (Arbeiter)Solidarität einzuwenden, die die Form gegenseitiger Hilfe annimmt. Aber die eigentlichen Ressourcen für eine Umverteilung werden von ihm ganz woanders verortet, nämlich bei solchen Personen, *"denen man da ohne weiteres was wegnehmen könnte, ohne daß es ihnen weh tut."* Demnach liegt es für ihn klar auf der Hand, daß man vordringlich auf die Ressourcen dieser Bevölkerungsgruppe zugreifen sollte nach dem Motto: Wer viel hat, der kann und soll auch viel abgeben. Das dahinterstehende Prinzip könnte lauten: Angleichung der Einkommen bzw. Compressed Range, wenn Carsten nicht gar, was an dieser Stelle aber undeutlich bleibt, das Gleichheitsprinzip anstrebt.

Die Unterscheidung zwischen den beiden Gruppen, den Gutverdienenden und den einfachen Leuten, hat einen tendenziell binären Charakter: Überschüsse werden bei sehr Reichen Personen vermutet, eine Mittel- oder sonstige Übergangsschicht taucht in Carstens Überlegungen an keiner Stelle auf. Dieses Fehlen der Übergänge deutet darauf hin, daß seine Unterscheidung mehr auf einem Klassen- als auf einem Schichtenmodell beruht. Diese Zweiteilung der Einkommensgruppen wird durch die

---

<sup>246</sup> Dieser Textstelle ging ein Bandwechsel voran, daher rekapituliert der Interviewer hier einen teilweise nicht protokollierten Text.

Annahme einer Verfilzung von Politik und Wirtschaft (*"Bundestagsabgeordnete (sind) nebenbei noch Aufsichtsräte"*) gestützt, eine Konstellation, die in Carstens Augen eine solidarische und gerechte Verteilungspolitik verhindert. Während Carsten bei allen anderen Themenfeldern die Frage nach gesellschaftlichen Widerständen gar nicht erst thematisiert, kommt sie hier einseitig und in äußerster Zuspitzung zum Zuge. Es geht demnach um grundlegende strategische Interessen, die einzig auf der Grundlage politischer Macht durchgesetzt bzw. verteidigt werden. Das Vorhandensein guter Gründe auf der Gegenseite kann Carsten sich nicht vorstellen. Folglich wäre auch rationale Kommunikation kein probates Mittel, um etwa - immer unter der Voraussetzung, eventuell auch seine eigene Position revidieren zu müssen - durch Überzeugung die Gegenseite zu gewinnen. Diese Gegenseite, die ihre Interessen mit politischer Macht durchsetzt, kann im Grunde nur durch entsprechende Gegenmacht überwältigt und so von ihrem Tun abgebracht werden. Kommunikation wäre in dieser Situation allenfalls dazu geeignet, die Angehörigen der schlechtverdienenden Seite zu einen. Solidarität wäre demnach, wenn überhaupt, Kampfsolidarität und Gerechtigkeit folgerichtig keine Verfahrens-, sondern einzig eine Durchsetzungsfrage.

#### Ost- u. Westdeutschland

- I: Also, ja hast Du hast Du ne Vorstellung, wieviel Geld von West- nach Ostdeutschland geht?
- C: Ich hab da schon Zahlen gehört, aber ich könnte jetzt keine reale Zahl sagen. Ich meine, so'n gewisser Teil bleibt natürlich hier. (räuspert sich) Man sieht es auch, daß da irgendwas geschehen ist, aber das is nich alles, was herkommt bleibt auch hier.
- I: Wie was heißt das?
- C: Na ja wenn jemand hier irgendwie Geld investiert, und irgendwie gehts dann halt doch wieder zurück, beziehungsweise dorthin wo's investiert wird, das gehört mittlerweile irgendwelchen, ja ich sag mal Personen oder Betrieben, die im Westen sind. Und alles was da an Gewinn is, geht im Prinzip an die große Hauptfirma, die im Westen sitzt. Deswegen is es manchmal sinnlos, wenn man so ne so ne Nostalgie verbreitet, kauft Ostprodukte. Das sind zwar Ostprodukte, aber die gehören irgendwelchen, die drüben wohnen. Was hat man davon? (lacht kurz) (2,15)

Carsten konstatiert, daß die vom Westen transferierten Gelder zum größten Teil wieder dorthin zurückfließen. Daher ist die vorgebliche Ost-West-Differenz - etwa in den Produkten - für ihn reine Augenwischerei, denn die Besitztitel liegen zum allergrößten Teil in der Hand westdeutscher Firmen. Zahlen sind für ihn zweitrangig, denn viel wichtiger ist die genannte Grundstruktur, und so kommt er mittelbar wieder auf den Gegensatz von Kapital und Arbeit zu sprechen, der sich hier vor einem auf regionalem Hintergrund abspielt: die wahre Anhäufung von Reichtum findet nämlich im Westen statt, wo die Eigentümer der Produktionsmittel sitzen, während die Bewohner Ostdeutschlands lediglich die Chance bekommen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen.

- I: Denkst Du, daß die Forderung gerechtfertigt is, daß die Leute hier genauso viel verdienen, wie in den alten Bundesländern?
- C: Auf jeden Fall, ich weiß keinen Grund, warum für dieselbe Arbeit weniger bezahlt werden soll. (I: hm) Denn in vielen Berufen kann man's ja nich mit der Leistung begründen. Lehrer kann man ja nich nach ihrer Leistung bezahlen zum Beispiel oder Krankenschwestern. Warum die dann grundsätzlich na vierzig Prozent weniger kriegen sollen, gibts eigentlich keinen Grund dafür. (2,15)

Carsten ist überzeugt davon, daß für gleiche Arbeit auch der gleiche Lohn zu zahlen ist. Diese prinzipielle Forderung (*"ich weiß keinen Grund, warum für dieselbe Arbeit weniger bezahlt werden soll."*) sollte sofort ohne Umschweife erfüllt werden. Gründe für die vorhandenen Differenzen (z.B. die Kompensation von ostdeutschen Strukturdefiziten, lange Anfahrtswege etc.) spielen für Carsten keine Rolle: *"Gibts eigentlich keinen Grund dafür"*. Dabei zieht er Beispiele heran, die seine Argumentation eindeutig unterstützen. Sie entstammen dem Dienstleistungsbereich und sind insofern gut gewählt, als man ihnen kaum mit dem Argument der niedrigeren Produktivität, schwacher Infrastruktur etc. entgegenen kann.

I: Und wer soll das bezahlen?

C: (lachend) Wer bezahlt's denn drüben?

I: Ja wo soll das Geld herkommen?

C: Ja das is schon da, man will's nur nich bezahlen. Also wenn man das Gesetz beschließen würde, müßte man's bezahlen. Da würde man's irgendwo hernehmen. Man versucht natürlich zu sparen, um diese Angleichung so weit wie möglich hinauszuzögern. Aber irgendwann wird se nich hinauszuzögern sein. Deswegen gib- gibts da auch keinen Grund, warum man das nich sofort machen soll.

I: Ja, wie wo wo wo soll das sein? Also das versteh ich jetzt nich.

C: Was?

I: das Geld. Wo könnte man's hernehmen?

C: (räuspert sich) Na, ich sag mal die die Lehrer, die in Hessen bezahlt werden, die verursachen sicher auch en riesiges Loch, das immer größer wird in ner Staatskasse. Aber die werden eben bezahlt, weil's Gesetz is. Und wenn's in Thüringen und Sachsen und sonstwo Gesetz wäre, daß Lehrer soundso oder alle anderen Angestellte und andre Berufsgruppe soundsoviel Geld kriegen, dann würden die das auch kriegen, egal ob woanders Schulden entstehen. Ich meine diese Ungleichbehandlung, die dürfte nich sein, egal ob das Geld (I: hm) nun da is oder nich.

I: Aber 's müßte vom Staat kommen oder?

C: Ja zumindest das Gesetz (I: hm) über die Gleichbezahlung.

I: Also zahlen müßten's dann die Länder.

C: Na ich weiß nich, inwieweit das in den einzelnen Berufsgruppen von wo kommt. Bei normalen Berufen kommts vom Betrieb. Aber wenn's natürlich kein Gesetz gibt, das den Unternehmer dazu verpflichtet genauso zu fi- äh genauso viel zu bezahlen, dann wird er's auch nich von alleine machen. (2,15)

Man gewinnt fast den Eindruck, daß die beiden Gesprächspartner in dieser Passage aneinander vorbei reden. Während der Interviewer Carsten dazu bewegen will zu sagen, wo er denn die nicht gerade geringen Mittel vermutet, die bei Erfüllung seiner Forderungen fällig würden, läßt sich Carsten kaum auf diese Frage ein. Die Formulierung: *"Ja das is schon da, man will's nur nich bezahlen."* hält er bereits für ausreichend, um sie zu beantworten. Auch sein Lachen, mit dem er dem Interviewer zu Beginn entgegnet, deutet darauf hin, daß er die Frage nicht recht ernst nimmt. Sie ist für ihn unwesentlich, weil er, wie er wiederholt betont, der festen Meinung ist, daß nicht Geld, sondern Macht die entscheidende Ressource zur Mittelverteilung darstellt, folglich die Politik nur ein Gesetz über die Gleichbezahlung erlassen müßte: *"Also wenn man das Gesetz beschließen würde, müßte man's bezahlen. Da würde man's irgendwo hernehmen."* Als Beispiel dient ihm, wie gehabt, die Bezahlung von Lehrern; Lehrer im Westen, *"die werden eben bezahlt, weil's Gesetz is."* Die Frage der Mittelherbringung oder auch der Zwang, Schulden aufzunehmen, der sich aus der Verpflichtung zur Zahlung ergibt, stellen für Carsten kein Problem dar: *"(D)ann würden die das auch kriegen, egal ob woanders Schulden entstehen."*

Das Prinzip der Gleichbehandlung wiegt für Carsten offensichtlich schwerer als alle Fakten, die seiner Realisierung im Wege stehen könnten: *"Ich meine diese Ungleichbehandlung, die dürfte nicht sein, egal ob das Geld (I: hm) nun da is oder nich."* Diesen Anspruch macht er nicht nur, wie sein Beispiel nahelegt, für den öffentlichen Dienst geltend, sondern auch für den Bereich der freien Wirtschaft. Da Arbeitgeber nicht freiwillig die Löhne angleichen werden, müssen sie demnach per Gesetz dazu gezwungen werden. *"Aber wenn's natürlich kein Gesetz gibt, das den Unternehmer dazu verpflichtet genauso zu fi- äh genauso viel zu bezahlen, dann wird er's auch nich von alleine machen."* Offenbar besitzt Carsten nur geringe Kenntnis vom Prinzip der Tarifautonomie, und so blendet er in diesem Zusammenhang die Gewerkschaften als wesentliche Mitakteure völlig aus. Carsten geht hier vielmehr vom klaren und eindeutigen Primat der Politik aus, wobei ihre Aufgabe darin besteht, das Gerechtigkeitsprinzip mit Macht und gegen alle Einwände durchzusetzen. Damit wiegt die Gerechtigkeitsorientierung auch schwerer als alle Fragen der Umsetzbarkeit oder eventueller gesellschaftlicher Widerstände.

#### Wende

- I: *Und hier also zwischen den Leuten, ihr Umgang miteinander hat sich da was geändert in der früheren DDR? Also weil man ja auch beklagt, daß diese Solidarität nich mehr da is zwischen den Menschen.*
- C: *[.] Na teilweise is die vielleicht noch da, aber 's gibt eben bestimmte Leute, die für sich selber irgendwas entschieden haben, wo solche Sachen keine Rolle spielen können. Die eben sich die ganz große Karriere wollen, auch wenn's am Ende nur ne kleine Karriere is, sich dabei aber ganz groß fühlen. Die können auf so was, nach ihren eigenen Vorstellungen keine Rücksicht mehr nehmen, Solidarität oder so was. Das is schon ne Veränderung. (2,11f)*

Carsten pflichtet der Diagnose des Interviewers, *"daß diese Solidarität nich mehr da is zwischen den Menschen"*, nicht einfach bei. Es gibt seines Erachtens immerhin noch eine Restgruppe von Personen, auf welche dies nicht (ganz) zutrifft: *"Na teilweise is die (Solidarität) vielleicht noch da"*. Diese Gruppe ist jedoch nur *"teilweise"* und *"vielleicht noch"* solidarisch; auch sie befindet sich bereits in einer Rückzugsposition und im Auflösungsprozeß, denn wenn die Solidarität *"noch da"* ist, dann impliziert das auch: in einer nicht allzu fernen Zukunft ist sie *nicht mehr* da.

Insbesondere das Karrierebestreben, also der Versuch, sich im ökonomischen System individuell günstig zu positionieren, steht für Carsten im diametralen Gegensatz zur Solidarität, denn Leute, die wirklich Karriere machen wollen, *"können auf so was, nach ihren eigenen Vorstellungen keine Rücksicht mehr nehmen, Solidarität oder so was."* Die Gelegenheitsstrukturen der Bundesrepublik führen also zur Genese einer neuen Einstellung und damit zum Anwachsen einer neuartigen Personengruppe, für die der Wert der Solidarität nur hinderlich ist und damit zur Disposition gestellt werden kann. So wird der Zusammenhalt aus Zeiten der DDR durch ökonomisch motivierte Individualisierungsprozesse abgelöst. Dabei erliegen viele einer Täuschung auf der Grundlage einer falschen Verheißung, indem sie an die *"große Karriere"* glauben und letztlich nur eine *"kleine Karriere"* erreichen.

Für Carsten selber sind die Karriereaussichten, ob groß oder klein, nicht den Preis der sozialen Atomisierung und Entsolidarisierung wert. Er nimmt eine Haltung ein, als wüßte er es im Grunde besser als die Getäuschten, womit er sich von einer verführten Masse abhebt.

### Dritte Welt

- I: *Hm. Wie is das mit der Dritten Welt? Haben wir äh Verpflichtungen der Dritten Welt gegenüber?*
- C: *(räuspert sich) Ja mehr moralische Verpflichtungen. Ich weiß nich, inwieweit sich da der einzelne verpflichtet fühlt. Auf jeden Fall verhindern wir ja auch teilweise, daß sich diese Leute aus eigenen Stücken entwickeln können. Wenn die sich entwickeln können, dann ja nur, wenn man ihnen das gewährt. Meistens hat das dann ja solche Ausmaße, daß mit einer Entwicklungshilfe ne gewisse Abhängigkeit verbunden is hinterher. [...] Also ne Verpflichtung wäre schon da. (2,16)*

Die moralische Verpflichtung zur Hilfe wird, so nimmt Carsten an, nicht unbedingt von allen Menschen verspürt. Darüber hinaus ist die Beziehung zur Dritten Welt problematisch, denn "wir" verhindern, gewollt oder ungewollt, daß sie sich autonom entwickelt. Auffällig ist das "(W)ir" der Verpflichtung: alle bisher so zentralen (Klassen-)Schränken und Differenzen innerhalb der Industrieländer scheinen im Rahmen der Dritte-Welt-Problematik auf einmal aufgehoben. Nicht zuletzt sind Eingriffe in die Dritte Welt problematisch, denn dabei entsteht leicht eine Abhängigkeit, welche die Beseitigung der Probleme in der Dritten Welt behindert und damit selber zum Problem wird. Carstens Ansicht nach muß Entwicklungshilfe kompetent erfolgen und darf nicht einfach aus unbedachten Zahlungen oder unreflektierter Hilfe bestehen.

- I: *Hm. Und wenn die Grundbedürfnisse der Deutschen befriedigt sind, also wenn Wohnung da is, Arbeit und so weiter, sollte man dann vielleicht den Überschuß für Einwanderer oder für die Dritte Welt verwenden?*
- ...
- C: *Na ja aber nich für irgendwelches Brot oder so. Wenn man da irgendwas aufbauen kann, daß die Leute selber in der Lage sind, na ja nach ihrem eigenen Willen sich zu entwickeln. Außerdem is das ne Frage des Willens, ob man wie man den Leuten helfen will. Wenn man natürlich nur hilft mit irgendwelchen wirtschaftlichen Hintergedanken, dann wird man's nich so machen. 's is ja nich unbedingt so, daß die Leute alle so'n schlechtes Klima haben und zu dumm sind, die könnten das schon, wenn man ihnen etwas gibt. (I: hm) Mit gewissen Voraussetzungen, dann könnten die auch von alleine irgendwas machen. [...] Aber ich würde's auf jeden Fall sinnlos finden, wenn man jedes Jahr soundsoviel hinschickt, und am Ende wird bleibt die Situation immer die gleiche. Das is dann nich so toll. Also was Du sagst, was über die Grundbedürfnisse hinausgeht, (I: hm) daß man das dahin schickt, wenn das dann wenn da keine Veränderung da eintritt, dann is es irgendwo doch sinnlos gewesen. (2,16)*

Mit dem Ausdruck "Überschuß" (an materiellen Gütern) hat Carsten kein Problem, entspricht er doch seinem eigenen Denkansatz, welcher von objektiv feststellbaren "realen Bedürfnissen" ausgeht. Die Zumutbarkeit von Abgabeleistungen, eventuelle Widerstände in den Industrieländern etc. sind daher für ihn keine erwägenswerten Probleme, sondern er wendet sich sofort der Frage zu, wofür konkret die aus der Abgabe des Überschusses resultierenden Mittel eingesetzt werden sollen. Die geleistete Entwicklungshilfe soll effektiv und dauerhaft sein, "nich für irgendwelches Brot oder so", und den Empfängern zur Selbständigkeit verhelfen. Des weiteren darf die Hilfe nicht verdeckten



wirtschaftlichen Interessen dienen. Carsten befindet sich mit diesem Anspruch in diametralem Gegensatz zu *Britta*, die sich Entwicklungshilfe am besten im Rahmen von Wirtschaftsbeteiligungen, mit anderen Worten in Verbindung mit dem Eigeninteresse von Investoren, vorstellen kann. Anzustreben ist Hilfe zur Selbsthilfe, die die Empfänger in der Dritten Welt in die Autonomie führt. Solidarisches Handeln für die Dritte Welt setzt damit neben der kategorischen Ausklammerung egoistischer Interessen ("*irgendwelchen wirtschaftlichen Hintergedanken*") das Bemühen voraus, mögliche negative Folgen von gutgemeinten Veränderungen und Hilfestellungen mitzubedenken.

#### Zusammenfassung Solidarität

Carsten entwickelt ein recht düsteres Bild von der Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland, das sich in seiner Vorstellung zudem künftig wohl noch weiter verschlechtern wird. Er sieht in der Gesellschaft eine falsche Setzung von Prioritäten am Werk. Die Dynamik der Ökonomie, die damit verbundene Manipulation der Bedürfnisse und der dadurch ausgelöste Wachstumsprozeß treiben die Gesellschaft in eine falsche Richtung. Demnach unterliegen die Werktätigen einer hohen und zunehmenden Ausbeutung, insbesondere am unteren Ende der Einkommensskala herrschen Not und Elend, und im Verein mit einem zunehmenden Sozialabbau wird den weniger gut Gestellten zunehmend das Nötigste, etwa eine angemessene Gesundheitsversorgung, verweigert. Carsten hat das Bild einer maßlosen Bewegung vor Augen, in welcher alles dem System des Kapitalismus untergeordnet wird und somit eine Entwicklung in Gang gesetzt ist, die letztlich eine Zweiteilung der Bevölkerung in eine Klasse von Besitzlosen in wachsender Armut und eine Klasse von Besitzenden mit steigendem Reichtum mit sich bringt. Von dieser Entwicklung sind keinesfalls nur Randgruppen betroffen, sondern auch Normalbürger zunehmend bedroht. Im Zentrum von Carstens Betrachtungen stehen ökonomische Prozesse, denn die Inklusion der Menschen in diesen gesellschaftlichen Bereich ist basal, da sie alle weiteren Teilhabemöglichkeiten an der Gesellschaft begründet. Um so wichtiger wäre angesichts des negativen Entwicklungstrends ein gut ausgebauter kompensierender Sozialstaat, der eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte, in der Realität aber immer weiter zurückgefahren wird.

Diese Diagnose fußt teils auf einer marxistisch eingefärbten Gesellschaftskritik, teils auf der Berufung auf alltagsweltliche Plausibilitätsannahmen. Letzteres drückt sich darin aus, daß Carsten immer wieder Fakten benennt, von denen er wie selbstverständlich ausgeht, daß sie Empörung hervorrufen. Dabei erscheinen ihm die eigenen Solidaritäts- und Gerechtigkeitsvorstellungen vor dem Hintergrund eines vermeintlich allgemeingültigen *Common sense* so evident, daß ihm die einfache Benennung bestimmter Indizien ausreicht, um vom Einverständnis des Rezipienten auszugehen: jeder, der über einen gesunden Menschenverstand verfügt und guten Willens ist, müßte ihm beipflichten. Die *marxistisch inspirierte* kritische Grundhaltung zeigt sich besonders deutlich in der häufigen Verwendung von Topoi wie "*Besitzer der Produktionsmittel*" (2,13), "*Werktätige*" (2,10) und in der objektivistischen Vorstellung der "*realen Bedürfnisse*" (2,13) etc. Dabei differenziert Carsten selber nicht zwischen beiden Grundlagen, vielmehr fallen sie in seinem Selbstverständnis zusammen.

Echter Fortschritt und wahre Freiheit sind für Carsten nur gegeben, wenn jedes Gesellschaftsmitglied daran Anteil hat, und das bedeutet vor allem, daß die dazu notwendigen materiellen Mittel gleichmäßiger verteilt werden, als dies gegenwärtig der Fall ist. Daher ist auch sein bevorzugtes Gerechtigkeitsprinzip eigentlich das Gleichheitsprinzip; meist aber gelangt Carsten aus verschiedenen Richtungen und im Rahmen verschiedenster Themenbereiche immer wieder zum *Compressed-Range-Prinzip*. Dieses soll eine geringe Spannweite (range) aufweisen: der Einkommens- bzw. Vermögenskorridor soll so lange eng gefaßt sein, bis auch bei den untersten Einkommensschichten die "*realen Bedürfnisse*" erfüllt sind. Aus der gegenwärtigen Situation starker Ungleichverteilung folgt also, daß Umverteilungsmaßnahmen erforderlich sind, die nach dem Motto "Wer viel hat, der kann und soll auch viel abgeben." von statten gehen sollen.

Interessant ist, daß Carsten von allen drei Grundprinzipien (nach Deutsch 1975)<sup>1</sup> ausgehend zum Compressed-Range-Prinzip gelangt. Vom *Bedürfnisprinzip* her hat jeder das Recht auf umfassende Bildung, Selbstentfaltung und die Erfüllung seiner sonstigen Grundbedürfnisse. Vom *Gleichheitsprinzip* ausgehend gilt für Carsten ein gleicher Anspruch auf Grundgüter, etwa eine angemessene Gesundheitsversorgung. Hieran wird ersichtlich, daß für Carsten Gleichheits- und Bedürfnisprinzip kaum differenziert sind, was darauf zurückzuführen ist, daß er bei allen Gesellschaftsmitgliedern von den gleichen "*realen Bedürfnissen*" ausgeht, womit beide Prinzipien nahezu kongruent werden.<sup>1</sup> Das *Leistungsprinzip* schließlich gilt in der Sphäre der Arbeit. Hier zählt nur der reine Arbeitsaufwand, nicht aber die Art der Tätigkeit oder der damit zu erzielende Marktgewinn als Kriterium. Da die reine Arbeitsleistung, die ein Mensch erbringen kann, sich für Carsten innerhalb bestimmter natürlicher Grenzen bewegt, von denen die realen Einkommensverhältnisse jedoch stark abweichen, resultiert daraus automatisch das Compressed-Range-Prinzip. (Parallelfälle, die sich ebenfalls dieser letzteren Figur bedienen, sind *Susanne* und (der weiter unten vorgestellte) *Frank*).

Carstens Gerechtigkeitsorientierung zeichnet sich zwar durch die Einnahme einer kollektiven Perspektive aus, seine Position hat jedoch trotz dieses Zuges keineswegs universalistischen Charakter, denn er nimmt ausnahmslos die Position der Geringverdiener ein, während die Gegenseite der Vermögenden bzw. Hochverdiener für ihn per se moralisch diskreditiert ist. Was Gerechtigkeit ist und wie Fragen der Solidarität zu klären sind, das wird für Carsten nicht im Rahmen eines Diskurses, eines demokratischen Entscheidungsfindungsprozesses oder ähnlicher Verfahren festgestellt, sondern liegt seines Erachtens objektiv klar auf der Hand. Statt sich mit möglichen guten Gründen der Gegenseite für ihr Handeln inhaltlich auseinanderzusetzen oder solche auch nur zu vermuten, identifiziert Carsten seine möglichen Gegner vielmehr als Verursacher der vorherrschenden Disparitäten, die aus purem Egoismus handeln, wofür er keinerlei Verständnis aufbringen kann. Dabei bemüht er wiederholt die Figur des reichen Mannes bzw. das Bild von Personen, "*denen man da ohne weiteres was wegnehmen könnte, ohne daß es ihnen weh tut.*" (2,14) Diese Figur

<sup>247</sup> Siehe auch S. 112ff dieser Arbeit.

<sup>248</sup> Lediglich im Zusammenhang mit Behinderten spricht er sich für gründliche Therapien aus, die nicht durch finanzielle Erwägungen restringiert werden dürfen (2,12). Aufgrund eines Sonderbedarfs fallen also hier die beiden Prinzipien auseinander, und Carsten entscheidet sich für das Bedürfnisprinzip.

tritt im Zuge seiner Argumentation immer wieder auf, denn hier vermutet er die Mittel, die zur Realisierung der angestrebten Umverteilungsmaßnahmen gebraucht werden. Er läßt auch keinen Zweifel daran, daß er auf der Seite der *"Werk tätigen"* und der marginalisierten Gruppen steht. Carsten kann gewissermaßen stellvertretend für sie über Gerechtigkeit reden, weil es diesen Akteuren um die Befriedigung *"realer Bedürfnisse"* geht. Dagegen fehlt die Basis für eine Verständigung mit denen, die wie die Unternehmer (*"Produktionsmittelbesitzer"*) *"raffgierig"* sind. Diese sind denn auch gemeint, wenn Carsten davon redet, daß bei einer vernünftigen Planung *"nicht jeder einbezogen werden"* (2,13) könne.

So sieht Carsten für seine Solidaritätsorientierung auch keinerlei Erkenntnis-, sondern einzig ein Durchsetzungsproblem. Sie kann nämlich, so glaubt er, einzig auf der Grundlage politischer Macht durchgesetzt werden. Dabei unterliegt für ihn auch die Frage, ob das ökonomische Teilsystem der Gesellschaft marktwirtschaftlich oder planwirtschaftlich verfaßt sein soll, einzig und allein dem politischen Willen. So konstatiert er zwar, daß die Marktwirtschaft in der Bundesrepublik sich durchgesetzt hat, drückt aber zugleich aus, daß dieser Umstand grundsätzlich umkehrbar ist. Die entscheidende soziale Ressource ist für ihn nämlich Macht. Geld ist dieser in ihrer Wirkmächtigkeit untergeordnet und auch Solidarität spielt für ihn als Einflußgröße im Rahmen sozialer Prozesse keine Rolle. Mit anderen Worten: die Politik stellt für Carsten Spitze und Zentrum der Gesellschaft dar, die auch die Ökonomie bzw. deren Akteure zwingen kann, ihren Anordnungen zu folgen. Widerstand aus der Sphäre der Wirtschaft ist daher nur (allerdings massiv) aufgrund der Verfilzung von Wirtschaft und Politik zu erwarten. So ist es auch dieser Umstand (*"Bundestagsabgeordnete (sind) nebenbei noch Aufsichtsräte"* (2,14)), der eine solidarische und gerechte Umverteilungspolitik verhindert. Es befindet sich also gegenwärtig eine Minderheit von egoistisch motivierten Akteuren an den Schalthebeln der Macht, bedient sich aus den Quellen der Wirtschaft und manipuliert gleichzeitig geschickt den Rest der Bevölkerung, auf deren Kosten sie sich bereichert. Wie zugunsten der egoistischen Interessen dieser herrschenden Klasse das Allgemeinwohl verschlechtert wird, das ist Carstens Thema und seines Erachtens die grundlegende Problematik, die in vielen Variationen und vor dem Hintergrund verschiedenster Themenbereiche immer wiederkehrt.

Dabei kann er sich gesellschaftliche Veränderungen auch nur im Rahmen eines benevolenten Staates vorstellen, der seine Macht einsetzt, um die richtigen Gerechtigkeitsprinzipien durchzusetzen und auf diese Weise Solidarität bzw. soziale Integration zu stiften. Der Staat verfügt in diesem Modell über die zur Lenkung der Wirtschaft notwendigen Informationen, was die Kenntnis der *"realen Bedürfnisse"* der Bürger einschließt, die es zu bedienen gilt. Erstrebenswert wäre für Carsten daher eine neue Variante der Planwirtschaft, die sich von derjenigen Form, wie sie in der DDR praktiziert wurde, vor allem darin unterscheidet, daß die Entscheidungsträger demokratisch legitimiert sein sollen. Ferner soll den Unternehmern nicht das Eigentum als solches, sondern lediglich die Entscheidungsbefugnis genommen werden. Eine Steuerungsproblematik innerhalb komplexer moderner Gesellschaften sieht er nicht. Die Eigengesetzlichkeit der Wirtschaft wird nicht wahrgenommen und ihre zentrale Lenkung erscheint als problemlos.

Diese nach Carstens Dafürhalten relativ leicht zu bewerkstelligende (Rück-)Transformation der Gesellschaft wirft ein besonders deutliches Bild darauf, daß er die systemischen Zwänge einer ausdifferenzierten modernen Gesellschaft erkennt. Vielmehr erscheinen ihm die funktionalen Mechanismen sehr biegsam, so daß es ausreicht, wenn sich guter Wille und gesunder Menschenverstand mit der politischen Macht paaren, um eine gerechte und solidarische Gesellschaftsordnung zu verwirklichen. Die Probleme werden einzig durch die Widerstände und Machenschaften bestimmter gesellschaftlicher Akteursgruppen verursacht, die ihre egoistischen Ziele verfolgen und sich dabei auch skrupellos unlauterer Mittel bedienen.

Die Genese dieser Haltung soll im folgenden im Rahmen der biographischen Analyse geklärt werden.

### **Biographie**

#### **Strukturgenese**

##### *A. Familie, Kindheit, Kindergarten und Schulzeit*

Carstens Großeltern väterlicherseits leben bis heute im ländlichen Milieu. Der Großvater war Ingenieur in einem Schiffsbauwerk, die Großmutter betrieb neben ihrer Hausfrauentätigkeit Landwirtschaft. Der Großvater mütterlicherseits war Bergmann, die Großmutter Verkäuferin. Außer den Berufen und Wohnorten ist nichts über die Großeltern bekannt.

Carstens leiblicher Vater hat Architektur und Bauwesen studiert, seine Mutter ist Hortnerin bzw. Unterstufenlehrerin.

*C: Hm, ich bin also ich wurde 1969 geboren, in X-Stadt, in der Zeit ham meine Eltern noch studiert (klappern) (1,1)*

Carstens Eltern haben zum Zeitpunkt seiner Geburt noch studiert, so daß er in seiner Kindheit einen großen Teil des Tages in den staatlichen Erziehungseinrichtungen verbracht hat. Kurz vor Carstens Einschulung erfolgt ein berufsbedingter Umzug, da der Vater in einer anderen Stadt eine Arbeitsstelle bekommt. Dieser erste Bruch in Carstens Biographie erhält deswegen ein nicht geringes Gewicht, weil Carsten viel Zeit im Kindergarten verbracht hat und es seinerzeit üblich war, die Gruppen aus den Kindergärten direkt in Schulklassen zu überführen. Carsten wurde folglich aus einer vorgesehenen Kontinuität gerissen. Auf diesen ersten Bruch folgt nach kurzer Zeit ein zweiter, tiefergehender:

*nach einem Jahr [...] ging die Ehe kaputt (1,1)*

Diese Textstelle schließt direkt an die oben wiedergegebene an. Carsten drückt sich bei der Erwähnung dieses tiefen Einschnitts sehr lakonisch aus. Durch die sehr kurze und knappe Weitergabe wirkt die Information um so drastischer, denn sie erfolgt sehr plötzlich; "kaputt" ist in diesem Zusammenhang ein sehr hartes Wort, schlägt ein wie eine Bombe, wobei Carsten weitere Erläuterungen offenbar für unnötig hält, was zu der Vermutung Anlaß gibt, daß Carsten selbst bis heute keinen tieferen Zugang zu dieser Problematik hat.

*ich blieb bei meiner Mutter, z- zog nach B-Stadt, (...) na und nach zirka zwei Jahren hat meine Mutter wieder geheiratet [...] meinen jetzigen Vater (1,1)*

Übrig bleibt nach allen Veränderungen die Mutter als einzige biographische Konstante. Der zweite Bruch wird durch einen weiteren Umzug gewissermaßen vollendet, womit auch eine geographische Entfernung zum (leiblichen) Vater entsteht. Den zweiten Ehemann der Mutter bezeichnet Carsten als *"meinen jetzigen Vater"*; er ist mit ihm also offensichtlich eine Vater-Sohn-Bindung eingegangen, die Familie ist nun wieder vollzählig und einer weiteren Konsolidierung der Situation dürfte eigentlich nichts mehr im Wege stehen.

Der *"jetzige(n) Vater"* ist ebenso wie die Mutter Lehrer, was zu Vermutungen über den Grund der Trennung der leiblichen Eltern Anlaß gibt: während der erste Ehemann der Mutter technisch orientiert war, geht der zweite wie die Mutter selbst dem menschenzugewandten Lehrerberuf nach. Hierdurch erhält die Annahme, daß Differenzen in den Mentalitäten der Berufsgruppen nicht ganz unwesentlich waren, Nahrung. Carstens späterer Familienkonstellation dürfte die Prägung eines pädagogischen Milieus innegewohnt haben.

*I: Hm [...] hast Du Geschwister?*

*C: Nee, Geschwister hab ich überhaupt nich. (1,1)*

Carsten ist Einzelkind, was ihn die Brüche bis zum siebten Lebensjahr vermutlich noch stärker spüren ließ, denn es fehlten kontinuierstiftende Geschwisterbeziehungen. Hierin dürfte auch ein weiterer Grund für seine sehr lakonische und oberflächliche Erzählweise liegen. Dadurch, daß er keine Geschwister hat, ist er weniger gewohnt, seine Bedürfnisse gegenüber anderen zu artikulieren, und dürfte eher dazu neigen, Probleme mit sich selber auszumachen.

*"(Ü)berhaupt nich"* ist als Äußerung ähnlich drastisch und zugleich kurz und knapp wie bei der Ehe der Eltern, die *"kaputt"* ging. Die Information über solche Tatsachen, von denen man annehmen darf, daß Carsten sie sehr bedauerlich fand, wird auf diese Weise sehr eindringlich mitgeteilt, wobei gleichzeitig vermittelt wird, daß Carsten hierüber keine weiteren Überlegungen anzustellen wünscht. Der Rezipient hat das Mitgeteilte als Tatsache zu akzeptieren und damit genug; Reflexionen wären Carsten offenbar unangenehm.

*I: Warst Du im Kindergarten oder?*

*C: Im Kindergarten war ich im [...] teilweise in X-Stadt, aber auch in C-Stadt, weil meine Mutter während ihrer, also als se dann ihr Studium beendet hatte in C-Stadt gearbeitet hat im Hilfsschulheim, un ham teil- nebenbei noch in C-Stadt gewohnt und da war ich dort im Kindergarten, und die erste Klasse hab ich dann schon in E-Stadt besucht. (I: hm) (1,1)*

Carsten führt hier noch eine weitere Stadt ein, die im Laufe seiner Biographie eine Rolle gespielt hat. Dort ist er auch in den Kindergarten gegangen. Bis zu seinem siebten Lebensjahr ist damit die Umgebung, in der Carsten aufwuchs, sehr fragmentiert. Die Bindungslosigkeit wird noch durch die Mutter, die sich erst abends und am Wochenende ihrem Kind widmen kann, verstärkt. Auch hierin könnte eine Wurzel bestimmter Defizite liegen, die sich weiter unten zeigen werden.

*I: Hm also, ich mein, sin doch oft noch irgendwelche Sachen aus der Kindheit irgendwie in Erinnerung. die für einen oder für einen selber irgendwie besonders waren oder?*

*C: Ja, die gibts sicher schon, zum Beispiel daß das Haus, wo wir in X-Stadt gewohnt ham, ziemlich verfallen war, (I: hm) das steht heut gar nich mehr, (1,2)*

Für gewöhnlich wäre jetzt die Schilderung eines bestimmten (punktuellen oder wiederkehrenden) Ereignisses zu erwarten. Dagegen erzählt Carsten vom Zustand einer Sache, nämlich des Hauses, in dem er seine Kindheit verbracht hat. Er tut sich hier wieder schwer, etwas zu erzählen, was ihn selbst innerlich bewegt, und führt lieber von seiner eigenen Person weg. Das verfallende Haus weist auf einen fatalistischen Grundzug hin: man hat nichts gegen den Verfall unternommen, es nicht gerettet, sondern letztlich seinen Untergang hingenommen. Es steht symbolisch für die eigene zerrissene Kindheit.

*na, wie gesagt, das war ziemlich baufällig, und in der letzten Nacht, bevor wir umgezogen sind, ist die Decke runtergekommen, (lacht kurz) da warn wir aber nich mehr drinne. (1,2)*

Carsten und seine Eltern sind gerade noch rechtzeitig davongekommen. Er ist an dieser Stelle an den Höhepunkt und Abschluß seiner Schilderung angelangt, welcher die Form einer traurigen Pointe annimmt. Es handelt sich also vielmehr um die Wiedergabe einer Anekdote als um die Schilderung persönlicher Eindrücke. Damit wäre die vorliegende Textpassage gar nicht spontan erzählt und noch nicht einmal in erster Linie von Carsten selbst, sondern vielmehr von seiner Familie geprägt. Die Zeit als Vorschulkind war jedenfalls abrupt beendet, und dies spiegelt sich im plötzlichen Einsturz des ehemaligen Wohnhauses wider.

*[..] Na und in E-Stadt dann wars halt sicher erstmal schwer so, weil ich da niemand kannte und kam dort in die Schule und die andern kannten sich alle, aber das hat sich dann eigentlich ziemlich rasch gegeben (1,2)*

Carsten läßt sich hier ein erstes mal tiefer auf die Wiedergabe seiner Kindheitseindrücke ein. Dabei tritt er selbst erstmalig als Person auf, die ein Problem zu bewältigen hat und selber handeln muß. Statt nun aber detaillierter von dem Problem zu erzählen, in den geschlossenen Bekanntenkreis der anderen Schüler aufgenommen zu werden, handelt er die Bewältigung dieses Problems sehr schnell ab ("rasch gegeben") und beendet das Thema mit der sattsam bekannten Abruptheit. Dabei tritt er auch nicht als handelndes Subjekt auf, sondern das Problem hat sich vielmehr von selbst gelöst.

*Un nach diesem Jahr in E-Stadt muß' ich halt schon wieder umziehen nach B-Stadt, da war die Umstellung wieder entsprechend (1,2)*

Carsten hatte gar keine Gelegenheit, richtig in E-Stadt Fuß zu fassen, denn die Scheidung der Eltern veranlaßt einen neuerlichen Umzug.

Auffällig an Carstens Ausdrucksweise ist der substantivierte Stil ("Umstellung"): hierdurch bekommen die Vorgänge einen leblos anmutenden Charakter. Die Tatsache, daß sich die Ereignisse vielmehr in der Sphäre menschlichen Handelns und Erlebens abspielen, was durch die Verbform adäquater wiedergegeben würde, wird so tendenziell ausgeblendet. Auf diese Weise verlieren die Beteiligten ihren Charakter als Subjekte und ebenso gehen hierdurch Feinheiten in der Darstellung verloren.

*[.] und hab dann noch mal innerhalb von B-Stadt die Schule gewechselt, als meine Eltern umgezogen sind. (1,2)*

Das Stakkato biographischer Brüche setzt sich immer noch weiter fort. Die Konsolidierung des Lebenslaufes gelingt bisher nur innerfamiliär, außerfamiliär erfährt Carsten aufgrund weiterer Umzüge und Schulwechsel weiterhin starke Veränderungen. Er erwähnt an dieser Stelle nicht, daß es sich hier schon nicht mehr um die ursprüngliche Familie handelt, sondern um die zweite Ehe der Mutter. Dies weist ein weiteres Mal auf den hohen Integrationsgrad der späteren Familie hin, der sich in Carstens Ausdrucksweise niederschlägt.

Carsten erzählt insgesamt sehr versachlicht, knapp und oberflächlich und strebt auf diese Weise eine schnelle Bewältigung der angesprochenen Themen an. Offenbar fällt es ihm sehr schwer, sich sensiblen Inhalten zu öffnen. Der eigene Zugang zu tieferen biographischen Schichten scheint damit relativ beschränkt zu sein. Eine mögliche Erklärung hierfür könnten die verschiedenen Ortswechsel sein: die Mutter und der später hinzugekommene "jetzige Vater" stellen den einzigen Hort an Kontinuität und Sicherheit dar. Dieser Umstand kann aber auch zu dem problematischen Resultat geführt haben, daß Carsten auf der einen Seite einzig die mütterliche Zuwendung als kontinuierlichen Faktor erlebt hat, die jedoch aufgrund berufsbedingter Abwesenheit ebenfalls fragmentiert war, während auf der anderen Seite nur die brüchige und unzuverlässige Außenwelt stand.

Für diese Annahme spricht auch die Tatsache, daß die Kernfamilie für ihn bis heute einen zentralen Bezugspunkt des alltäglichen Lebens darstellt. Carsten hat zwar inzwischen eine eigene Wohnung, diese befindet sich jedoch nicht am Studienort, sondern wie die seiner Eltern in B-Stadt, und er sucht täglich die elterliche Wohnung auf:

*I: Hm, und wie ist das, hast Du viel Kontakt (C räuspert sich) zu Deinen Eltern?*

*C: Na, dadurch daß sie in derselben Stadt wohnen, also jeden Tag wenn ich nach B-Stadt fahr, fahr ich eigentlich immer dort vorbei, [...] allein schon weil gewisse Dinge, die die mache ich zu Hause nich, weil sich's nich lohnt wie waschen oder kochen ich fahr eigentlich meistens zu meinen Eltern." (1,4)*

In der Herkunftsfamilie wird er bis heute gut bedient, insbesondere die basale Versorgung ("waschen oder kochen") wird immer noch durch diese gewährleistet.

Die Erfahrung einer unzuverlässigen und brüchigen Außenwelt hat offenbar eine recht fatalistische Grundhaltung erzeugt, wonach es kaum die eigenen Handlungen sind, auf die es ankommt, um seine Probleme zu bewältigen, sondern vielmehr äußerliche Schicksalsbewegungen, gegen die man selber kaum angehen kann.

*So das fällt mir schon irgendwie ein, daß ich ziemlich viele Umstellungen, nach der Schule wieder den Ort gewechselt nach H-Stadt, dort wieder gelernt, drei Jahre, dann wieder zur Armee, (1,2)*

Carsten benennt jetzt selbst das immer wieder auftauchende Merkmal der Erzählung: die "Umstellungen", denen sein bisheriges Leben unterworfen war. Erstmals taucht hier ein selbstreflexiver Zug bei ihm auf, wobei er diese Einsicht gerade im Augenblick des Erzählens spontan zu gewinnen scheint. Vielleicht ruhte diese Erkenntnis bisher unbewußt in ihm, und so konnte er sich die Schwierigkeiten, die sich aus den Wechseln ergaben, bisher noch nicht vor Augen führen.

Nach der Schule geht es mit den häufigen Ortswechseln weiter, sie werden praktisch zu einem durchgehenden Kennzeichen von Carstens Biographie; die verhältnismäßig kontinuierliche Schulzeit wird eher zur Ausnahme von der Regel. Damit einher scheint eine eigentümliche Bindungsschwäche zu gehen, denn bisher ist außer der Familie noch keine signifikante Person, etwa ein Peer, erwähnt worden.

*[...] un was teilweise en bißchen schwer war, ich hab ja nun in H-Stadt gelernt und hab dann irgendwie gemerkt, daß die Leute, mit denen ich früher so zusammen war, da war dann wohl kein Verhältnis mehr da irgendwie, weil man sich da auseinandergelebt hat (1,2)*

Endlich ist Carsten von seiner formalen Erzählweise losgekommen, und wenn seine Äußerungen auch immer noch einen starken Widerfahrnischarakter haben, so ist er doch immerhin ein gutes Stück persönlicher geworden. Bevor sich Carsten hier äußert, stockt er kurz und hält inne. Diese Pause läßt auf eine Verlegenheit oder Zurückhaltung schließen; es scheint ihm etwas unangenehm zu sein, über seine Bindungsprobleme zu sprechen.

*"(W)eil man sich da auseinandergelebt hat"*: Carsten empfindet den schleichenden Prozeß des Auseinanderbrechens seines Freundeskreises als Verlust und ist enttäuscht, daß die Beziehung nicht stabiler ist. Auffällig ist der Grad der Anonymisierung, wenn er über die alten Beziehungen spricht; seine Freunde werden nicht namentlich in die Erzählung eingebracht. Möglicherweise waren die alten Beziehungen auch nicht besonders intensiv, sondern ihre Bedeutung erhöhte sich erst aus dem Kontrast des Verlustes heraus. Die Art, wie Carsten beschreibt, daß er seinen alten Umgangskreis aus der Schulzeit verloren hat, zeugt von Enttäuschung, der er aber nichts entgegenzusetzen hat.

*Un das is im wesentlichen auch so geblieben, daß man nich jetzt nich mehr so viele Bekannte hat, wie vor der Lehre oder in der Schulzeit, wo man als ziemlich große Gruppe unterwegs war. (I:hm)[...] (1,2)*

Auch hier bleibt der Freundeskreis anonym. Immer noch werden keine Namen genannt, und es handelt sich auch nurmehr um *"Bekannte"*, nicht um Freunde. Man gewinnt fast den Eindruck, als würde die Vereinsamung, die sich bis in die Gegenwart erstreckt, als Normalität empfunden. Wenn Carsten sich auf diese Weise in einen allgemeinen Prozeß einordnet, kann er zugleich ein Moment der Selbstentlastung mittransportieren: durch den Prozeß des Auseinanderlebens lohnen sich weitere Anstrengungen, Kontakte zu knüpfen, sowieso nicht. Als Markierungspunkte in seinem Leben stehen die Verluste, von denen einer den anderen bedingt: die Trennung der Eltern hat zum Wechsel der Wohnorte geführt, dadurch kam es zum Verlust der Freundeskreise.

#### *B. Pioniere und FDJ*

Die obligatorische Teilnahme an den staatlichen Kinder- und Jugendorganisationen ist Carsten schon sehr früh durch ein in seiner Wahrnehmung einschneidendes Erlebnis vergällt worden:

*Ja dann (räuspert sich) Thälmannpionier is man dann auch geworden, das war aber damals so, daß nur, ich weiß nich die artigsten, besten Kinder, die ersten zehn besten Kinder ihr Halstuch gekriegt ham, da war ich nich dabei, und ich fand das immer irgendwie damals schon albern, also ich hab mich da nich irgendwie geärgert, wenn ich da zugucken mußte, (lacht) wenn zehn andre nun ihr Halstuch kriegen. [...] (1,2)*



Carsten verwendet hier das verallgemeinernde *"man"*, womit er selbst in der größeren Gruppe verschwindet. Daß zuerst nur die zehn *"artigsten, besten Kinder"* ihre Halstücher erhalten, also eine kleine Gruppe vor den anderen Kindern hervorgehoben wird und ein begehrtes Symbol ausgehändigt bekommt, scheint Carsten zutiefst zu verletzen. Statt der selbstverständlichen und ungeteilten Zuwendung für das Einzelkind, das mit Konkurrenzsituationen bisher kaum Erfahrungen gemacht hat, erlebt er nun, wie er der großen Gruppe der Nichtbevorzugten angehört. Die Institution hat ihn durch diese Ausschlußerfahrung bitter enttäuscht und fortdauernde Distanz sowie latente Ablehnung bei ihm hervorgerufen. *"(I)rgendwie damals schon albern"*: wenn Carsten es *"damals schon"* albern fand, dann impliziert dies, daß er es später erst recht albern fand, d.h. man kann aus dieser Formulierung schließen, daß er im weiteren Lebenslauf noch in dieser Auffassung bestätigt wurde.

*"(A)lso ich hab mich da nich irgendwie geärgert"*: Formulierung und Kontext strafen diese Aussage Lüge; Carsten hat sich sogar sehr geärgert, und zwar so sehr, daß er das geschilderte Ereignis bis heute nicht vergessen hat. Die verweigerte Anerkennung hat seine Beziehung zu der Pionierorganisation nachhaltig getrübt, und statt die Möglichkeit, sich Auszeichnungen zu erwerben, als Ansporn zu begreifen, überwiegt für ihn die Bedrohung des Ausschlusses. Leistungsbezogene Differenzierung spaltet nämlich die Gruppe und beinhaltet Ausschlüsse und Blockaden. Das damit verbundene Gefühl von Unsicherheit kennt er aufgrund seiner biographischen Brüche nur allzu gut. So ist Carsten durch seine bisherigen Erfahrungen empfindlich geworden und hat Verlustängste entwickelt, die er verdrängen möchte, z.B. indem er seinen Ärger leugnet. Auch sein Wunsch nach Kontinuität im Rahmen der Gruppe kollidiert scharf mit der Erfahrung der Leistungsabhängigkeit der Zugangsbedingungen.

Wie schon weiter oben deutlich wurde, verkleidet Carsten weiterhin seinen schwierigen Umgang im zwischenmenschlichen Bereich in einer oberflächlichen Sprache und überdeckt auf diese Weise innere Erlebnisse, die eigentlich intensive Spannungen und Unbehagen in ihm erzeugen.

*Hm zu diesen Dingen hatte ich eigentlich immer irgendwie alles was so Uniformen sind auch mit FDJ dann, ich fand das eigentlich immer irgendwie blöd, also ich war da nich stolz, daß ich dann irgendwann 's Halstuch hatte oder später en Blauhemd. (I: hm) [...] (1,2)*

Die Bemerkung erweckt vordergründig den Eindruck, daß Carsten die Uniformierung unabhängig von seinen Erfahrungen kritisiert und ihr sowie den anderen Insignien der organisierten Kinder- und Jugendkultur mit guten Gründen negativ gegenübersteht. Näher liegt aber die Deutung, sein Erlebnis mit den Thälmann-Pionieren als Auslöser aufzufassen: er hätte seinerzeit gern zum Kern der Gruppe gehört und kann die Ausschlußerfahrung einfach nicht verwinden.

### *C. Berufsausbildung*

*Also so nach nach der Schulzeit hab ich Berufsausbildung mit Abitur gemacht in H-Stadt, Beruf war [...] äh Bergbautechnologie, das Ganze dauerte drei Jahre (1,1)*

Anders als die meisten anderen Befragten geht Carsten nach der Schule nicht zur EOS, sondern absolviert eine Berufsausbildung mit Abitur. Der gewählte Beruf knüpft direkt an denjenigen des Großvaters mütterlicherseits an, der ebenfalls Bergmann war. Ferner nähert er sich damit der Linie des leiblichen Vaters und Großvaters an, indem er nicht nur einen technikhnen Beruf ergreift, sondern auch mit der Option für ein späteres Studium auf die Schiene der technisch-akademischen Berufe einspurt.

*ich hatte eigentlich nie vor dann auch in dem Beruf zu studieren, das wurde mir im Laufe der Lehre dann klar, durch die Arbeit, die man da so gemacht hat (1,1)*

Carsten distanziert sich von seinem Lehrberuf und berichtet davon, daß diese Distanz sich erst im Verlauf der Lehre entwickelt hat. Ein Versuch, sich vom Lehrermilieu der Eltern abzugrenzen, findet somit sein Ende.

*[.] hm, hatt' ich mich mal entschlossen, Kriminalist zu werden (lacht kurz) und hatte auch im Prinzip nichts damit zu (wagen?) in den Bereichen, en sicheren Studienplatz, bin dann entsprechend zur Armee in F-Stadt, Bereitschaftspolizei, fünfzehn Monate durch die Wende, und aber [.] die Fachrichtung hat sich dann nich mehr so gehalten, ich wollte dann doch lieber was anderes machen, ich wußte aber noch nich was, und da hab ich erstmal ein Jahr im Pflegeheim gearbeitet, mich beworben zu verschiedenen Sachen, Krankenpfleger in F-Stadt hatte ich ne Stelle, K-Stadt hab ich mal zufällig ans Institut geschrieben, Psychologie, ne Einladung erhalten, en Gespräch erfolgreich und dann im März 91 angefangen zu studieren. (1,1)*

In seiner beruflichen Entwicklung bewegt sich Carsten mehr und mehr von der (leiblich-) väterlichen Linie fort und gelangt in die Richtung der mütterlichen Berufstätigkeit bzw. derjenigen seines "jetzigen Vater(s)". Als Kriminalist beschäftigt man sich mit Menschen, statt wie im Bergbau mit der groben Materie. Jedoch geht es überwiegend um ihre negativen Seiten, denn, indem man sie eines Verbrechens überführen will, sind sie potentielle Gegner. Im Hinblick auf dieses Berufsziel hat Carsten die entsprechenden Schritte unternommen, sich auf den Studienplatz beworben, ist zur Bereitschaftspolizei gegangen und, wie er erst später im Interview zugesteht, Mitglied der SED geworden.

Mit der Arbeit im Pflegeheim wechselt er dann endgültig in das Feld der sozialen Berufe über. Seine Tätigkeit dort nutzt er als Moratorium, um sich beruflich neu zu orientieren, vor Ortswechseln scheut er dabei nicht zurück.

Seine Darstellungsweise hat sich parallel zu den Inhalten der geschilderten Biographie geändert. Seit er inhaltlich die Steuerung über seine Biographie in höherem Maße selbst übernommen hat, fällt es ihm auch leichter, freier über sich zu sprechen. Es bleibt aber immer noch dabei, daß er sich fast ausschließlich zu objektiven Veränderungen äußert, während eigene Handlungen eine sehr eigentümliche Form annehmen, die in der Äußerung: "hab ich mal zufällig ans Institut geschrieben" kulminiert. Daß eine eigene bewußte Handlung als "Zufall" bezeichnet wird, ist ein Paradox. Vielleicht will Carsten damit sagen, daß er einen Zufallstreffer gelandet hat. Bezeichnenderweise scheint danach alles automatisch weiterzugehen. Ich komme auf diesen interessanten Punkt weiter unten zurück, möchte mich jedoch zuvor noch einmal Carstens erster Berufsentscheidung (Kriminalistik) zuwenden, die sehr abenteuerlich anmutet:

I: *Hm, wie bist Du da überhaupt drauf gekommen?*

C: *(räuspert sich) Teilweise wars ne gewisse Verlegenheit, weil, als ich noch in H-Stadt gelernt hab, da fanden da Gespräche statt, daß aus jeder, das warn zwei Abiturklassen pro Jahr, daß aus jeder Klasse zwei Leute geholt wurden, und mit denen wurde dann en Gespräch geführt, ob man nich in Rußland studieren will. (I: hm) Und irgendwie hab ich da zumindest erstmal Interesse gezeigt und wollte wissen, was da los is, un die ham das falsch gewertet un ham mich dann nich wieder rausgelassen un dann so'n bißchen gesagt, ich muß das jetzt machen, und da wollt- hab ich mir irgendwas einfallen lassen, was stärker is .... und da dacht ich na ja, weil ich ja irgendwie interessiert hat mich das, aber was man so aus Filmen kennt, das Kriminalistische, was ja im Prinzip gar nich so is in der Wirklichkeit, aber auf jeden Fall fand ich das so von der Sache her erstmal interessant. Und ich wußte auch genau, wenn ich damit komme, man hat en Gespräch geführt mit Leuten, die dann auch sagen, ja wir würden sie nehmen, daß die dann nichts machen können, genauso wenn ich jetzt gesagt hätte, ich will Offizier werden, hätten sie auch nichts machen können. Und so wars ja im wesentlichen auch. (1,17f)*

Carsten verstrickt sich hier nach eigener Darstellung versehentlich in eine "Selbstverpflichtung" für ein Studium in Rußland und akzeptiert bereitwillig die Verstrickung, auch wenn der Verpflichtungscharakter seltsam unklar bleibt: *"dann so'n bißchen gesagt, ich muß das jetzt machen"*. Carsten selber schwenkt jedenfalls auf die systemimmanente Logik ein und macht sie sich zunutze, indem er einen Beruf mit noch stärkerer Dignität anvisiert, so *"daß die dann nichts machen können"*. Statt sich also gegen den dubiosen Gang des Entscheidungsverfahrens selbst zu stellen, läßt er sich erst recht auf die eigentümliche Logik ein und macht sie sich zunutze, wodurch er sich allerdings geradezu in den Beruf des Kriminalisten gedrängt sieht.

*daß ich Kriminalist werde. Das war mal so (I: hm) ne kindliche Abenteuerlust. (2,4)*

An dieser späteren Textstelle wird deutlich, daß die Berufswahl durchaus einem gewissen eigenen Interesse entsprach, das jedoch sehr unreif begründet wird, nämlich mit *"kindliche(r) Abenteuerlust"*. Carsten ist offenbar leicht durch das Versprechen auf ein interessantes Leben verführbar, das ihm ein Ende der bisherigen Tristesse in seinem Leben verheißt. Schon seine erste Berufswahl (Bergbautechniker) begründete er mit Abenteuerlust (*"daß man so Jules-Verne-mäßig unter der Erde rumkrabbelt"* (1,4)), wobei er jedoch feststellen mußte: *"so spannend is das dann gar nich"* (1,4). Für Carsten geht es jedoch nicht so sehr um den reinen Wunsch nach *Freiheit* und *Abenteuer*, denn in diesem Fall stünde zu erwarten, daß er auch gern nach Rußland gegangen wäre, um einmal etwas anderes zu erleben. Ihm geht es vielmehr um ein abenteuerliches Leben mit Netz und doppeltem Boden, also gewissermaßen ein angeleitetes abenteuerliches Leben vergleichbar vielleicht mit einem Erlebnispark. In diesem Sinne verspricht gerade der Polizeidienst zugleich *Abenteuer* und *Sicherheit* - wo ist man schließlich sicherer aufgehoben als bei der Polizei?

Mit diesem Berufswunsch war die Mitgliedschaft in der SED obligatorisch verbunden.

C: *Ich war auch in der Partei, das war ja mit diesem Studienwunsch verbunden. (I: ach so, hm) Das ging eigentlich mehr automatisch, gings das ging genauso, alles mit einmal, wie's auch alles mit einmal aufgehört hat, als ich da an'n Minister geschrieben hab. (1,16)*

Sich dem "Angebot" der Parteimitgliedschaft zu verweigern, hätte den Verzicht auf die angestrebte Berufsoption bedeutet: hier hat es sich wieder nicht um eine autonome Entscheidung gehandelt: *"Das*

ging eigentlich mehr automatisch". Die eigentümliche Verstrickung in die "Selbstverpflichtung zum Rußlandstudium" zeitigt somit eine weitreichende Folgenkette. Der "mehr automatisch(e)" Eintritt wird im selben Zug mit der Tatsache genannt, daß "auch alles mit einmal aufgehört hat". Der Austritt erfolgte damit nahezu genauso automatisch wie der Eintritt; insgesamt stellt sich also die Parteimitgliedschaft als vorübergehende Episode dar. Mit dieser Darstellungsweise entgeht Carsten auch einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit diesem Schritt. Die Parteimitgliedschaft wird für ihn wie bisher alle Ereignisse in seinem Leben zum reinen Widerfahrnis, für das man selber genauso wenig kann wie etwa für eine vorübergehende Krankheit.

*I: Hm, das war dann auch kein Problem, in die Partei zu gehen?*

*C: Ich ich fands einfach nur nervig irgendwie, weil da nichts passiert is, wenn ich den Leuten so zugehört hab bei ihrer Versammlung, das das ging wirklich nur immer über die Tagesordnung un mehr nich, daß die eingehalten wurde un pünktlich ne. (1,16)*

Die Zeit als Parteimitglied fand er "nervig"; die "graue Ödnis der endlosen Parteiversammlungen" (Wolle 1998: 107) erscheint ihm inhaltsentleert und wird einfach ausgesessen, wobei er sich selbst, wie angesichts des bisherigen Kenntnisstandes nicht anders zu erwarten, überwiegend indifferent gegenüber dem Ablauf verhält. Das Aussitzen löst zwar Mißmut und Kritik aus, aber vorrangig mußte Carsten sich mit der Partei gutstellen, wobei ihm seine bewährte Überlebensstrategie, die passive Distanz zum Geschehen, zugute kam.

#### *D. Armee*

*Wo's mich dann massiv gestört hat war bei der Armee, da mußten wir in ziemlich jeden Verband bei- eintreten, den 's gab, also schon am ersten Tag wurden einem da Mitglieds- nee Beitrittserklärungen gereicht von DSF und DTSB und alles mögliche und alle mögliche Tageszeitungen zu abonnieren, das hat mich eigentlich ganz schön genervt immer. (I: hm) War halt nich zu vermeiden. [...] (1,2)*

In der Armee (genaugenommen in der Bereitschaftspolizei) werden die Soldaten zur Mitgliedschaft in politischen Freundschafts- und Sportvereinen gedrängt. All dies läßt Carsten zwar über sich ergehen, aber seine innere Distanz wird hierdurch noch gesteigert. So zeigt sich die durchgehende Figur bei Carsten an dieser Stelle besonders deutlich: eine Erduldungsstruktur regelt seinen Weg durch die Institutionen, wobei er sich vordergründig auf alle obligatorischen Zumutungen einläßt, gleichzeitig aber seine innere Distanz verstärkt. Er geht den Weg der inneren Kündigung, zieht sich in sich selbst zurück, kooperiert so weit wie nötig und so wenig wie möglich und dies alles ohne innere Anteilnahme.

*Na und die [...] besten Erinner- Erinnerungen hab ich eigentlich an die Armeezeit, weil das eigentlich ziemlich einschneidend war. (I: hm) Das war drastisch, weil die Kaserne war mitten in der Stadt in F-Stadt un wenn mer aus'm Fenster geguckt hat, hat mer so das normale Leben gesehen, und da drinne wars halt total chaotisch und mit mit militärischen Drill un so, [...] (1,2)*

*also wenn man irgendwie keine physische Freiheit hat. Das hab ich ja schon mal erlebt bei der Armee, wenn man im Prinzip weiß, ich kann jetzt hier nich raus, ich muß jetzt hierbleiben. (I: hm) Das is irgendwie noch frustrierender, wenn man irgendwie festgehalten wird. (2,10)*

Mit *"besten"* Erinnerungen meint Carsten nicht etwa die "schönsten", wie man spontan vermuten möchte, sondern vielmehr die eindrucklichsten, intensivsten, deutlichsten, faktisch die schlimmsten. Die höchste Erinnerungsqualität kommt also ausgerechnet der offenbar negativsten Erfahrung in seinem bisherigen Leben zu. Sie ist gekennzeichnet durch den harten Kontrast zwischen der abgeschirmten totalen Institution *"Kaserne"* und dem Alltagsleben der Stadt. Dieses Gefühl des Eingesperrtseins hat unauslöschbare Erinnerungsspuren hinterlassen. Carsten ist hier in einer Zuschauerperspektive gefangen, (*"aus'm Fenster geguckt hat"*) und betrachtet ein Leben, an dem er selbst nicht Teil hat. Die Situation ist analog zu einem Gefängnisarrest. Das einzige, was ihm bleibt, ist das Erdulden und Aussitzen dieser Zeit und der Rückzug auf sich selbst. Eine Wahrnehmung von Chancen, die sich ihm innerhalb des Militärs etwa geboten hätten, oder die Ausprägung einer spezifischen Kameradschaftlichkeit zu den anderen Soldaten, welche die Situation erträglicher hätte machen können, scheinen ihm charakterlich verwehrt zu sein.

*und (räuspert sich) na auch schon die ganze Grundausbildung war ziemlich [...] unsinnig hart und blanke Schikane, und das hat sich dann irgendwann na zum halben Jahr doch gegeben. [...] (1,2)*

Einerseits ist *"blanke Schikane"* wohl eine gängige Floskel zu Armeeverhältnissen, womit sich die Betroffenen in ein positiveres Licht rücken können, indem sie ihr Durchstehvermögen und ihre Belastbarkeit beweisen. Andererseits räuspert Carsten sich an dieser Stelle, bricht ab und springt sofort zum Ende der Grundausbildung über. Es tritt kein Stolz auf, daß er die Armeezeit hinter sich hat, sondern er betrachtet diese Zeit vielmehr sehr distanziert und greift auf seine *"Fähigkeit"*, innerlich abzutauchen, zurück und wartet solange ab, bis die Zeit die Probleme löst, was erfahrungsgemäß immer eintritt: *"das hat sich dann (...) doch gegeben"*.

Während der Wende schreibt Carsten ein Entlassungsgesuch und wird nach 15 Dienstmonaten vorzeitig aus der Bereitschaftspolizei entlassen.

#### *E. Wende*

*Un danach war dann halt en bißchen aufgeregt die Zeit, weil mer nich so wußte, was wird und was man machen soll und wie sich das Land so entwickelt. [...] Is denn die Euphorie jetzt so gewichen so allmählich im ganzen Land also jetzt nich (bloß?) für mich. (räuspert sich) (1,2)*

Die Wende wird auf eine nüchterne Minimalform gebracht: zuerst war es eine aufregende zukunfts offene Zeit mit vielen Ungewißheiten, inzwischen läuft alles wieder in geordneteren Bahnen und die Euphorie hat sich gelegt. Carsten war demnach selbst eine gewisse Zeit lang euphorisch, aber selbst dies wird im Nachhinein herabgestuft, die Zeit war nämlich nur ein *"bißchen aufgeregt"*.

*C: Hm, ich hatte eigentlich so die Stimmung, die mal eine Zeitlang da war eine Zeitlang da war, und daß vieles möglich würde und auch möglich war, aber enttäuscht war ich, als ich's erste Mal im Westen war und die ganzen Schlangen gesehen hab die nur ihre hundert Mark geholt ham und dann die Taschen vollgeschlagen ham und wieder heimfahen, da konnt ich mir dann schon das en bißchen vorstellen, wie das läuft, daß die Leute nun zufrieden sind und ihre D-Mark haben, wie's politisch weiterläuft, das ham se andern Leuten überlassen, (I:hm) wie's ja danach gekommen is. (1,2f)*

Hier beschreibt er die Euphorie näher; es handelt sich dabei um die *"Stimmung ... daß vieles möglich würde und auch möglich war"*. Carstens Erleben der Wende ist zu Beginn von Optimismus und Hoffnung geprägt, er erahnt neue Möglichkeiten und Perspektiven. Dabei ist alles noch recht vage und abstrakt und er macht selber keinerlei Andeutungen, inwiefern sich etwas ändern sollte. Die Hoffnung war für ihn selber unbestimmt, vorherrschend das allgemeine Gefühl, daß sich ein Ausweg aus der bisher erlebten Enge auftun würde. Diese Hochstimmung erfährt einen plötzlichen Abbruch, war offenbar nur von kurzer Dauer und wurde sogleich wieder von der Enttäuschung eingeholt. Carsten erweckt den Eindruck, als habe er eigentlich schon auf die Ernüchterung gewartet, die sich dann auch prompt einstellt. Schließlich war bisher Freude für ihn noch nie von langer Dauer und warum sollte es diesmal anders sein?

Auch in der politischen Dimension, die hier zum erstenmal zur Sprache kommt, sind die Perspektiven für Carsten trist und hoffnungslos. Er kritisiert die Konsumorientierung und die politische Apathie, welche die anderen Menschen an den Tag gelegt haben. Ausdrücke wie: die Leute haben sich *"die Taschen vollgeschlagen"* und *"nur ihre hundert Mark geholt"* drücken Empörung und Enttäuschung aus. Er selber behält die sattsam bekannte Zuschauerperspektive bei und hat sich in keiner Weise an der Wende beteiligt. Auch die hier geschilderten Beobachtungen, die ihn ja offensichtlich sehr berühren, stellen für ihn keinen Anstoß dar, sich selbst in irgendeiner Weise zu engagieren. *"(D)as ham se andern Leuten überlassen, (I:hm) wie's ja danach gekommen is"*: dieser Vorwurf trifft ja auch auf Carsten selbst zu.

- I: Und wenn Du jetzt die Gewinne und Verluste abwägst gegeneinander, was überwiegt da?  
 C: Ich finde das (räuspert sich) insgesamt als, für für die Wende kann man das nich entscheiden, das muß jeder, das muß man bei jedem einzelnen sehen. Ich kann da nur für mich selber sagen, daß es vielleicht doch mehr en Gewinn is. Das kann nich jeder sagen.  
 I: Ja, 's geht aber jetzt um  
 C: Aber ich kann's sagen. (2,12)

An anderer Stelle wird Carsten nochmals zur Wende befragt und aufgefordert, Bilanz zu ziehen. Er will aber keine allgemeingültige Aussage machen, sondern nur für sich selber sprechen und gesteht letztlich trotz aller Kritik zu, daß die Wende für ihn persönlich einen Gewinn darstellt, aber: *"Das kann nich jeder sagen."* Er ist damit zwar auf der Seite derjenigen, die mehr Gewinn als Verlust gemacht haben; im allgemeinen jedoch steht er der Wende weiterhin eher skeptisch gegenüber. Er versucht, die Ambivalenz zwischen eigener Verbesserung und Wendeskepsis gering zu halten, indem er die Perspektive des allgemeinen Wohls höher zu gewichten trachtet als die des eigenen, worin er sich übrigens von *Britta* und *Hartmut* unterscheidet.

#### F. Studium

- I: Und Du wolltest dann nich mehr Kriminalistik studieren un hast überlegt, was Du machen willst dann?  
 C: Na in meiner Begründung für die Entlassung damals hab ich eigentlich geschrieben, daß ich in irgend nem Pflegeberuf mal arbeiten oder studieren wollte. (I: hm) Das is ja dann auch so ungefähr gekommen, also zumindest das Jahr, was ich dann noch verbracht hab in so ner kirchlichen Pflegeeinrichtung. (1,5f)

Wiederum ändert sich Carstens Berufsorientierung. Dabei offenbart sich die Tendenz einer zunehmenden Zuwendung zum Menschen. Auch hier erlebt sich Carsten nicht als Herr seiner eigenen Biographie, wie sich an der Wendung *"Das is ja dann auch so ungefähr gekommen"* und der eigentümlichen Begründungsstruktur für seine Berufswahl ausdrückt. Er selbst setzt allenfalls Impulse und auch diese noch notgedrungen, indem er sein Entlassungsgesuch begründen muß; alles weitere scheint wieder einmal dem Schicksal überlassen.

*erst wollte ich ja nur Krankenpflege aber nich reine Krankenpflege sondern [...] mehr in die Richtung noch en [...] na ne Art Therapie, daß man Beschäftigungstherapie oder oder irgend, daß mer sich mit den Leuten beschäftigt und nich nur das rein Medizinische, und dadurch bin ich auch eigentlich auf die Psychologie gekommen, und hab hier in in K-Stadt angefragt, was es da so gibt un bin dann praktisch so ins Studium reingerutscht. (1,6)*

Professionelle Hilfe und Zuwendung zu anderen Menschen wurde für Carsten zu einer wichtigen sinnstiftenden Option, die er beruflich verfolgen wollte. Die genaue Ausformung des Berufes wird jedoch durch den Zufall bestimmt: *"so ins Studium reingerutscht"*. Carstens Passivität bestimmt ein weiteres mal den Fortgang des Lebenslaufes.

*C: es war eigentlich ganz toll, nich so sehr fachlich, aber das Studentenleben.*

*I: Was heißt das, das Studentenleben?*

*C: Na ja, daß man (räuspert sich) also ich find das sehr wichtig, daß ich na ja noch selber entscheiden kann, was ich mache, ohne daß ich nich den ganzen jeden Tag, äh daß ich heute noch mhh nich weiß, daß ich morgen für'n paar Mark ne bestimmte Arbeit en ganzen Tag verrichten muß, das find ich irgendwie schon ganz gut, ich weiß nich, ob man für's Studium muß ich auch irgendwas machen, um irgendwann mal en Abschluß zu kriegen ne, ganz so is das nun doch nich. (I: hm) (1,6)*

Hier vollzieht Carsten einen plötzlichen Themenwechsel. Zuerst erweckt er den Eindruck, seine Studienwahl sei besonders glücklich gewesen, *"es war eigentlich ganz toll"*; dieser Eindruck wird aber in der folgenden Einschränkung richtiggestellt. Es ist nämlich weniger der Studieninhalt selber als vielmehr das studentische Leben. Das Wichtigste daran ist für Carsten die zwangsfreie und selbstbestimmte Zeit, womit sich der universitäre Raum in seinen Augen durch bestimmte Freiheiten auszeichnet, die ihn von der Berufswelt unterscheiden. Aber das Studium verlangt auch Engagement, das zwar nicht zeitlich streng strukturiert ist, aber dennoch irgendwann erbracht werden muß. Carsten führt diesen Einwand, der die genannten Vorteile teilweise entkräftet, erst am Ende an und würde ihn wohl am liebsten ganz beiseite schieben.

*I: Äh wie wie hast Du denn das Studium erfahren, hat sich das mit Deinen Erwartungen gedeckt, was Du an das Studium hattest so?*

*C: Na im wesentlichen nich also, [...] es gibt einige wenige Leute, die einem wichtige Anregungen geben können, als mehr ne Anregung zum Selberrnachdenken, aber ansonsten bin ich eigentlich sehr abgestoßen von diesem streng methodischen [...] Verfahren innerhalb dieser Wissenschaft, (I: hm) wo eigentlich nur die Methode zählt und vollkommen egal is, was man da erforscht hat, sondern es is richtig statistisch, das stößt mich schon ab ... Gegenstand der Wissenschaft, das sollte ja eigentlich der Mensch sein und nich die Methode, und dadurch bleib ich eigentlich auch ganz hoffnungsvoll, daß ich da irgendwann mal was finde, was eigentlich auch Spaß machen kann. ... Bloß wo das genau is und wa- was es eben genau is, das weiß ich noch nich, vielleicht erfahr ich's durch, ich mach jetzt im Sommer en Praktikum, vielleicht erfahr ich da irgendwie mal en bißchen mehr und krieg ne bessere Vorstellung. (1,6f)*

Die negativen Erfahrungen mit dem Studienfach überwiegen die positiven. Im *"wesentlichen"* sind Carstens Erwartungen nicht erfüllt worden. Er lehnt vor allem die rein methodische Ausrichtung und die damit verbundene technische Disziplinierung ab: *"Gegenstand ... sollte ja eigentlich der Mensch sein und nicht die Methode"*. Seine Hoffnung auf Inhalte, die sich auf seine eigenen Interessen beziehen, hat er jedoch bis heute nicht aufgegeben. Momentan richten sich diese auf ein Praktikum, welches er absolvieren muß: *"vielleicht erfahre ich da irgendwie mal ein bißchen mehr"*. Immer noch überwiegen die Hoffnung und das passive Ausharren, daß es vielleicht in Zukunft einmal besser wird. Die Anbindung an die Fachkultur ist recht gering ausgeprägt. Enttäuschungen, die sich auf sein Fach beziehen, werden durch zukunftsbezogene Hoffnungen kompensiert.

Auch in seine Berufe scheint Carsten eher zufällig hineinzurutschen. Abgesehen von einer groben Vorstellung im Bezug auf die Richtung spielen eigene Absichten und Ziele nur eine sehr unbedeutende Rolle. Carsten steht selbst nicht für seinen eigenen Lebenslauf und die eigene Biographie ein, die daraus folgende Außensteuerung erfolgt in seiner Wahrnehmung primär durch Zufälle und Gelegenheiten. Er selbst setzt allenfalls bei biographischen Weichenstellungen - vor allem in der Berufswahl - Impulse, deren weitergehende Wirkungsgeschichte aber zugleich wieder von einem ungewissen Schicksal abhängig zu sein scheint. So kann insgesamt der Befund einer heteronomen Biographiesteuerung gestellt werden.

#### *G. Freundschaftsbeziehungen und künstlerische Aktivitäten*

Aufgrund der Tatsache des Einzelkinddaseins und vor allem weil durch den häufigen Wechsel des Wohnortes Freundschaften immer wieder abgebrochen wurden, war Carsten oft mit sich allein beschäftigt.

*C: Ich hab ziemlich oft allein gespielt, dadurch daß ich eben keine Geschwister hatte, (I: hm) hab da aber immer was gefunden, was mir Spaß gemacht hat [...] (I: hm) und immer was mir immer Spaß gemacht hat, mit irgendwas zu fahren, wenn mer ooch älter is (??) eben Roller, (lacht) Fahrrad, Moped, Auto und alles so früh wie möglich, so Auto mit dreizehn Jahren. (lacht) [...] Ja und und Musik hören, Musik is sehr wichtig für mich, keine bestimmte eben, so verschiedenartig.*

*I: Warum wichtig?*

*C: Na, weiß nich irgendwie, [...] also ich hör jedenfalls sehr gerne Musik (I: hm) und manchmal auch so zwei Stunden und kann da so zuhören und denk mal nach über bestimmte Gefühle oder was weiß ich einordnen das is schon irgendwie toll. (I: ...,lacht) Nein, meistens hat man im nachhinein dann wenn ich jetzt die Musik höre, die ich vor zehn Jahren gehört hab, da fällt einem dann ein, wann man die 's erste Mal gehört hat und wie man sich da grad so gefühlt hat irgendwie gut oder. (I: hm) (1,4)*

Über die Musik eröffnet er sich einen Zugang zu seiner Gefühlswelt. Auch eine andere künstlerische Aktivität wird genannt, die für ihn unter den frustrierenden Bedingungen der Lehrlingsausbildung wichtig wird und die ihm offenbar tiefer reichende soziale Beziehungen vermittelt.

*was in der Zeit wichtig war, war eben als Kontrast zu der Arbeit, so die Tätigkeit im Theater, weil man dort ganz andere Leute kennengelernt hat, wo man dann nächtelang gefeiert hat und so, das*



*fand ich eigentlich ziemlich wichtig, die Leute kenne ich auch jetzt noch und fahr da manchmal hin [...] allerdings seltener. (1,3)*

Auf die Frage nach signifikanten Freundschaften nennt Carsten lediglich einen zehn Jahre älteren Onkel (einen jüngeren Bruder des leiblichen Vaters) sowie einen langjährigen Freund, den er seit der neunten Klasse kennt. Während der ersten "Freundschaft" schon aufgrund des Altersunterschiedes ein stark asymmetrischer Charakter innegewohnt haben dürfte, erfährt die Erwähnung der zweiten langjährigen Freundschaft eine massive Eintrübung, denn Carsten betont sogleich, daß sie heute nur noch auf dem Fundament reiner Gewohnheit beruht. Ähnlich wie bei seinen Bekannten vom Theater wird die Bindung immer schwächer.

Wirkt er hierdurch schon recht kontaktarm, was intensivere Beziehungen betrifft, so erhärtet sich dieser Eindruck, wenn er seine Haltung zum Thema Freundschaften zum Ausdruck bringt:

*Na ansonsten hat man immer so die Bekannten, wie sich's ergibt, da wo mer immer grad is, in der Studiengruppe, gewisse Leute findet man sympathisch, mit den redet man immer so und freut sich so. (I:hm) [...] Also da kann ich jetzt keinen irgendwie, [...] das is nur der eine so oder die eine un die anderen nich, das is manchmal schon normal. (lacht kurz) (1,4)*

*im wesentlichsten sind (I räuspert sich) das eigentlich meistens Leute, die man entweder aus Gewohnheit trifft oder oder oder durch Zufall. Die kommen eben alle zusammen und sind alle da im selben Moment. Also das is nich so, daß wenn man sich verabredet (I: hm) zumindest von meiner Seite aus nicht erstmal. [...] (1,23)*

Die Eingliederung in informelle Gruppen ergibt sich zufällig, intensivere Kontakte entspringen daraus aber nicht. Innerhalb dieser vergänglichen Zufallsgruppen nimmt Carsten weder eine herausgehobene Position ein noch entwickelt er weiterführende Kontakte. So gestaltet er an keiner Stelle selber die sozialen Kontexte mit, in denen er sich befindet. Carsten grenzt sich sogar von eigenen Bemühungen ab: "Also das is nich so, daß wenn man sich verabredet (I: hm) zumindest von meiner Seite aus nicht erstmal". Gerade in studentischen Kreisen läßt sich die Intensität persönlicher Bindungen fast beliebig variieren, was Carsten, der dahin tendiert, sie eher gering zu halten, offenbar entgegenkommt. Man kann davon ausgehen, daß er sich aufgrund der vielen Umzüge und der Scheidung der Eltern mit festen Bindungen schwertut, wahrscheinlich um drohende Verlusterfahrungen zu vermeiden.

Auch hier kleidet Carsten seine Probleme in eine Sprache der Verharmlosung. Die seltsame Formulierung, mit der Carsten den gegenwärtigen Zustand als "manchmal schon normal" bezeichnet, läßt darauf schließen, daß er selbst mit diesem Zustand nicht recht zufrieden ist, andererseits aber nicht genügend Anlaß für Änderungen sieht, es ist eben "schon normal". Hierin zeichnet sich eine Spannung zwischen Wunsch und Normalität ab, die Carsten aber aufgrund seines ausgeprägten passiven Habitus nicht auflösen vermag. Diese Spannung trifft beileibe nicht nur auf das Themengebiet Freundschaften zu, sondern zieht sich durch Carstens gesamte Biographie.

Eine ähnliche Struktur weist die Begegnung mit einer Frau auf, zu der er eine heftige Neigung verspürt.

I: *Hm, und Frauen?*

C: *Ja das is so (lacht kurz) so ne Sache. Meinst Du jetzt, ob ich ne Frau hab oder was? (I: ja) Na ja, es gibt zur Zeit ne Frau, die mag ich eigentlich sehr, ich weiß nur nich, ob die das mag und wo ich glaube zu wissen, daß daß die das nich erwidern kann. Ja das weiß ich ziemlich sicher und muß man sich ja erstmal so allmählich drüberweg. Ich weiß ja, (lacht kurz) ich könnte ja nicht böse sein dafür. (I: hm) Ich kann ja nich verlangen, daß die mich auch toll findet, na und [...] so was gibt sich dann sicher oder was noch, irgendwie en bißchen in der Heftigkeit, (unverst.) runterkommt, (lacht kurz) (I: hm) daß das mehr so auf kameradschaftliche Ebene runterkommt, (I: hm) aber das liegt ja an mir, ich kann ja nich noch von irgendwelchen ander'n Leuten was verlangen.*

I: *Aber das möchtest Du schon, heiraten?*

C: *Ja, ich denk eigentlich, daß irgendwann mal der Tag kommt und die Frau kommt, wo ich sage, ja ich will. (lacht kurz) (I: hm) [...] Aber daß ich nun krampfhaft suche danach und das das is ja jetzt sicher nicht so das richtige. Manche Leute ham ja da so'n eigenen Katalog, so was der Partner haben muß an Eigenschaften und (I: hm) auch an materiellen (lacht kurz) Eigenschaften, die er mitbringt un ham dann schon so'n vorbereiteten Ehevertrag, das find ich dann eigentlich ziemlich bekackt. (lacht) [...] Das muß sich einfach irgendwie ergeben, und (unverst.). (lacht kurz) (1,21)*

Es bleibt unklar, ob Carsten gegenüber der erwähnten Frau überhaupt seine Zuneigung kommuniziert oder ob er aufgrund der befürchteten Ablehnung geschwiegen hat; wahrscheinlicher erscheint letzteres. Um auf einen Menschen, den man liebt, zuzugehen und sich zu seiner Liebe zu bekennen, bedarf es eines hohen persönlichen Engagements. Man ist verletzlich und begibt sich in die Gefahr, abgelehnt zu werden. Dieses hohe Risiko möchte Carsten, der sich auch sonst sehr risikoavers verhält, am liebsten vermeiden, und so gibt er sich stattdessen lieber äußerst genügsam (*"Ich kann ja nich verlangen, daß die mich auch toll findet"*), nimmt den Fall der Ablehnung bereits vorweg und tröstet sich mit dem Erhalt der *"kameradschaftliche(n) Ebene"*. Carsten fürchtet sich offenbar massiv vor Enttäuschungen und vergibt lieber eine Chance, als die mit ihr verbundenen Risiken einzugehen. Daß er überhaupt an die Möglichkeit denkt, daß man von einem anderen Menschen Liebe "verlangen" könnte, macht deutlich, wie sehr er wünscht, von der riskanten und für ihn bedrohlichen Situation entlastet zu werden. Zwar hatte Carsten frühere Beziehungen, aber: *"Ich fand das eigentlich immer am besten, wenn sich das irgendwie zufällig ergeben hat, also ich mags nich, wenn ich jetzt sage, ich find die toll un die mach ich jetzt an, bis se bis se endlich auch will."* (1,21) Auch hier dominiert wieder die Figur der nicht initiativ gesteuerten Biographie. Die Äußerung weist auch darauf hin, daß es für ihn leichter ist, sich in Kommunikationen zu öffnen, wenn nicht so viel auf dem Spiel steht.

#### H. Selbstbild

I: *Wie würd'st Du Dich denn selbst charakterisieren?*

C: *Das kann ich nich so richtig, weil ich [...] keine eindeutige Meinung hab, ich finds immer nur spannend, immer mehr neue Sachen zu entdecken, die sich auch teilweise widersprechen können. Aber ich denk immer, daß ich nich immer derselbe bin, es kommt drauf an, mit wem ich zusammen bin. Es gibt ja Leute, die sind immer dieselben ne. Bei mir hängt das en bißchen davon ab, mit wem ich grad zusammen bin, daß mer sich auf die Leute einstellt (1,17)*

Dem Bild, das Carsten von sich selbst hat, liegen Charakterzüge, die ihn als richtungslos, formbar und anpassungsfähig erscheinen lassen, zugrunde. Es erweckt den Eindruck, daß er sich mit einer fast

chamäleonartigen Anpassungskompetenz auf alles und jeden einstellen kann. Damit hat er eine bestimmte Facette der Sinnstruktur annäherungsweise selbst erkannt, allerdings schreibt er sich diese als eher positive Eigenschaft gut und verkennt damit die Kosten, die ihm diese Haltung abverlangt.

### **Fallstruktur**

Carstens Leben ist durch eine ständige Folge von biographischen Brüchen geprägt, die seit seinem sechsten Lebensjahr eingesetzt haben und seitdem nicht mehr völlig abgerissen sind. Daher erfährt er sein eigenes Leben immer wieder als eine durch Widerfahrungen und äußere Einwirkungen determinierte Ereigniskette, auf die er nur geringen Einfluß hat.

In der Familie, die aus der zweiten Ehe der Mutter resultiert, gelingt zwar eine gewisse Konsolidierung, die sich aber lediglich auf den innerfamiliären Raum erstreckt. Das hat zu dem nicht ganz unproblematischen Ergebnis geführt, daß zwar von dieser Seite die selbstverständliche elterliche Zuwendung als kontinuierstiftendes Moment erlebt wird; auf der anderen Seite steht dem aber eine sehr brüchige, unzuverlässige Außenwelt gegenüber. Erschwerend kommt hinzu, daß Carsten Einzelkind ist, so daß er innerfamiliär kaum Anstöße erfährt, seine Bedürfnisse gegenüber anderen zu artikulieren. So war einerseits die elterliche Zuwendung relativ leicht zu bekommen, während die außerfamiliäre Umwelt sich unabhängig von den eigenen Handlungen ständig, nicht selten unerwartet, veränderte. Letztere erscheint ihm daher unbeständig und nicht verlässlich. Auf diese Weise hat das Erleben eines Zusammenhanges zwischen eigenen Handlungen und entsprechenden Konsequenzen in der außerfamiliären Welt keinen ausreichenden Niederschlag bei ihm gefunden. Dadurch erscheint das eigene Leben als kaum planbar und weitgehend zufallsabhängig. Leistungsabhängige Zugangsbedingungen in institutionellen Zusammenhängen werden in diesem Zusammenhang primär hinsichtlich der drohenden Ausschlüsse bei Leistungsversagen und nicht als Chancen, etwas zu erreichen, wahrgenommen; sie wecken daher vor allem Bedrohungsgefühle in Carsten. Dies führt auch dazu, daß Chancen nicht gesucht oder ergriffen werden. Die auf diese Weise ausbleibende Erfahrung eines eigenen Einflusses auf das Leben führt dazu, daß Carsten kaum auf den Gedanken kommt, steuernd in die eigene Biographie einzugreifen. So ist seine gesamte biographische Struktur durchgängig defensiv angelegt und von einer ausgesprochenen Passivität gekennzeichnet.

Carsten wirkt häufig wie ein unbeteiligter Betrachter des eigenen Lebens. Die sprachliche Ebene verrät dabei mehr als die inhaltliche: wenn Carsten über die erfahrenen Brüche, Umstellungen und Schicksalsschläge spricht, dann sind seine Sätze entweder äußerst kurz und lakonisch oder werden schlicht abgebrochen. Das Bewußtwerden der eigenen Involviertheit oder gar Reflexionen sind ihm sehr unangenehm. Selbst die wenigen Momente der Eigeninitiative werden so interpretiert, als würden sie durch den äußeren Rahmen hervorgetrieben. Durch diese Haltung entsteht auch der Eindruck von Tristesse, der häufig in Carstens Äußerungen mitschwingt, und eine insgesamt recht düstere Stimmungslage. Vor allem aber verschließt sich Carsten auf diese Weise vor sich selber und verstärkt damit wiederum die Blockaden, die der Übernahme der eigenen Biographiesteuerung im Wege stehen.

So kann insgesamt der Befund einer heteronomen Biographiesteuerung gestellt werden. Dabei zieht sich durch Carstens gesamte Biographie eine Spannung zwischen latenten Wünschen und manifester Wirklichkeit, die er aufgrund seines ausgeprägt passiven Habitus‘ nicht auflösen vermag. Diese erwächst auch aus der Erwartungshaltung, ohne Engagement etwas zu bekommen, die er in seiner Herkunftsfamilie entwickelt hat, wo er als einziges Kind im Mittelpunkt stand und gut bedient wurde. Gezielte Zuwendung erwartet er auch in anderen Kontexten und ist massiv verunsichert, wenn diese nicht eintritt. Faktisch wird er mit dieser Haltung erwartungsgemäß immer wieder enttäuscht. Hierauf wiederum reagiert er, indem er eine extreme Form der Unsicherheitsabsorption durch Vermeidungsverhalten an den Tag legt. Seine Biographie nimmt dadurch die Form einer Erleidensstruktur an, der nahezu jede eigene Initiative fehlt. Im Grunde sehnt er sich nach einem interessanten, "abenteuerlichen", aber zugleich angeleiteten Leben. Es soll zugleich ereignisreich und sicher sein - ein Paradox, das er selbst nicht auflösen vermag. Ob die wenigen Momente der Selbsterkenntnis (etwa die plötzliche Erkenntnis der nicht abreißen Kette biographischer Brüche: *"ziemlich viele Umstellungen"* (1,2); die Studienfachwahl, in der sich auch ein Bedürfnis nach Selbsterforschung ausdrückt etc.) mächtig genug werden, eine Transformation dieser Struktur herbeizuführen, was eine steigende Übernahme der biographischen Selbststeuerung beinhalten würde, ist nicht abzusehen, erscheint aber zumindest für die nahe Zukunft eher unwahrscheinlich. Die wenigen Ansätze von Reflexion gehen nämlich (noch?) nicht so weit, daß sie die eigene Persönlichkeitsformation in sich mit einbeziehen.

#### **Zusammenhangsanalyse**

Während im Verlauf der biographischen Analyse der Eindruck einer alles überschattenden Passivität und Erleidensstruktur überwiegt, verwundert zunächst das Kritikpotential, das Carsten im Solidaritätsteil entwickelt und mit Verve vertritt. Anhand der biographischen Analyse allein hätte man eine solch dezidiert kritische Stellungnahme kaum erwartet. Man kann aus dem biographischen Material allerdings rekonstruieren, worauf diese Haltung beruht.

In seinem eigenen Leben hat Carsten mit massiven Unsicherheits- und Bedrohungsgefühlen zu kämpfen. Dabei fällt ihm nicht nur der Aufbau intensiver personaler Beziehungen schwer, er ist auch nicht zu einem strategisch kalkulierten Ausgriff auf die systemische Umwelt in der Lage. Häufig durch Anstöße von außen oder durch diffuse Phantasien (*"kindliche Abenteuerlust"* (2,4)) geleitet, driftet er in wichtige biographische Entscheidungssituationen hinein. Die Gefahr, verletzt zu werden, die er überall sieht, macht ihn schließlich äußerst risikoavers, worauf er mit einer extremen Form der Unsicherheitsabsorption durch Vermeidungsverhalten reagiert. Unter diesen Bedingungen soll der Staat - ähnlich wie zu Hause die Eltern - dafür sorgen, daß alles seinen geregelten Gang geht und vor allen Dingen Lebensrisiken minimiert werden. Ihm scheint die neue Gesellschaftsordnung aber genau in die entgegengesetzte Richtung zu führen. In seiner Zeitdiagnose entwickelt Carsten ein sehr düsteres Szenario von der Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland, das sich künftig insbesondere in wirtschaftlicher und sozialpolitischer Hinsicht noch weiter verschlimmern wird. Am Ende dieser Entwicklung steht die Zerteilung der Bevölkerung in eine Klasse von Besitzlosen in

wachsender Armut einerseits und eine Klasse von Besitzenden mit steigendem Reichtum andererseits. Sein ausgeprägter Sinn für die destruktiven Folgen systemischer Prozesse veranlaßt Carsten dazu, solche Orientierungen in den Mittelpunkt zu stellen, die den potentiellen Opfern eine Sicherheitsbasis bieten. Daher und auch aus seiner spezifischen Bedürfnislage heraus - er sieht sich nämlich selber eher auf der Verliererseite stehen - erscheint ihm die DDR in einem günstigeren Licht. Das Leben in ihr war zwar auch mit Unsicherheiten verbunden, aber diese konnten durch Wohlverhalten dem Staat und seinen Organen gegenüber verhältnismäßig leicht umschifft werden. Die Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik dagegen beinhaltet Risiken, die ihm nahezu unberechenbar erscheinen. "Anständiges" Verhalten und die Befolgung allgemeiner Normen schützen hier keineswegs vor massiven Unsicherheiten, zumal solchen ökonomischer Natur. Im Gegenteil: Carsten muß es so vorkommen, daß die eigene Unsicherheit durch moralisches Verhalten eher noch erhöht wird.

Sein eigener Entwurf sieht dagegen im Sinne der Minimierung von Lebensrisiken eine basale ökonomische Homogenität vor, in der zuerst die *"realen Bedürfnisse"* der Menschen erfüllt sein müssen, bevor überhaupt materielle Differenzen zulässig werden. In einem ersten Schritt müssen zunächst die unteren Einkommensschichten erheblich besser gestellt werden, als dies gegenwärtig der Fall ist. Eng mit dem Konzept der *"realen Bedürfnisse"* zusammen hängt die Brandmarkung egoistischer Zielverfolgung: statt sich mit möglichen guten Gründen der vermeintlichen Gegenseite für ihr Handeln inhaltlich auseinanderzusetzen oder solche auch nur zu vermuten, identifiziert Carsten die von ihm ausgemachten Gegner vielmehr als Verursacher der vorherrschenden Disparitäten, die aus purem Egoismus handeln. Diese Minderheit von Egoisten befindet sich an den Schalthebeln der Macht und manipuliert von dieser Position aus die Bevölkerung, auf deren Kosten sie sich bereichert. Wie zugunsten der egoistischen Interessen dieser herrschenden Klasse das Allgemeinwohl zurückgedrängt wird, das ist auf der manifesten Ebene eine zentrale Thematik, die bei Carsten in vielen Variationen und vor dem Hintergrund verschiedenster Themenbereiche immer wiederkehrt. Die Personifizierung systemischer Prozesse in den Kategorien "raffgieriger" unmoralischer Täter und ohnmächtiger ausgebeuteter Opfer läßt keinen Raum für eine diskursive Auseinandersetzung. Verstärkt wird diese Haltung durch Vorstellungen des substantiell Richtigen (eben der *"realen Bedürfnisse"*), das eine objektive Grundlage für politische Entscheidungen bieten soll. Wie Fragen und Probleme der Solidarität zu klären sind, das bedarf folglich keines Verfahrens, sondern liegt für Carsten bereits klar auf der Hand. Dabei erscheint ihm die eigene Solidaritätsorientierung vor dem Hintergrund eines Amalgams aus marxistisch inspirierter Gesellschaftskritik und sich empörendem Alltagsverstand als so evident, daß ihm meist die bloße Erwähnung von Indizien reicht, um das Einverständnis mit den jeweiligen Adressaten seiner Äußerungen vorauszusetzen.

Carstens Solidaritätsvorstellungen können nach eigenem Dafürhalten einzig mit den Mitteln politischer Macht durchgesetzt werden. So ist Solidarität zwar Zielperspektive, hat jedoch als gesellschaftliche Ressource selber kein Gewicht. Eine Änderung des gegenwärtigen Zustandes kann sich Carsten nur im Rahmen eines benevolenten Staates vorstellen, der seine Macht einsetzt, um ein gerechtes und solidarisches Zusammenleben zu erzwingen: im Rahmen einer Planwirtschaft soll die Konkurrenz auf

der Verteilungsebene stillgestellt und damit die allgemeine Lebenssicherheit (nicht zuletzt für Carsten selbst) erhöht werden. Denn wenn die Probleme systemischer Prozesse moralisch zugerechnet werden, dann folgt daraus für Carsten im Umkehrschluß, daß eine richtige Moral in der Lage ist, den Systemen ihre Logik aufzuzwingen. Statt sich über die Möglichkeiten von Reformprozessen unter systemischen Bedingungen Klarheit zu verschaffen, scheint es daher ausreichend, vernünftige Akteure an die Macht kommen zu lassen. Aus der Perspektive der Absorption von Unsicherheit heraus spielen für die Durchsetzung von angemessenen Solidaritätsorientierungen gemeinschaftliche Zusammenhänge charakteristischerweise keine Rolle: es ist nicht die Selbstaktivität der Bürger, sondern eine höhere autoritäre Macht, der die Aufgabe übertragen wird, das Gemeinwohl für alle durchzusetzen.

### **Verhältnis zur bestehenden gesellschaftlichen Ordnung**

#### Beziehung zur politischen Ordnung

Carsten stellt hohe Ansprüche an das Feld der Politik und ist mit ihrer gegenwärtigen Form weitgehend unzufrieden. Die Partizipationsmöglichkeiten beschränken sich nämlich auf die Wählerstimme, mit der man zugleich Verantwortung und Einfluß für die Dauer der Legislaturperiode buchstäblich abgibt. Fundamentale Entscheidungen werden darüber hinaus in undurchsichtigen nicht nachvollziehbaren Verfahren getroffen und sind so der Kontrolle entzogen. Nicht zuletzt hält Carsten die Ergebnisse parlamentarischer Wahlen für fragwürdig: *"Na ja, Menschen sind so leicht zu beeinflussen. ... Und das geschieht dann meistens ganz kurzfristig, kurz bevor das Stimmvieh an die Urne gebeten wird, kommen dann irgendwelche Meinungsmacher, und dann kreuzen alle, und dann wird's gut."* (1,17) Die Wähler werden nicht nur gezielt manipuliert, sondern folgen darüber hinaus irrationalen Tendenzen, *"zum Beispiel, daß viele Leute grundsätzlich die Partei wählen, von der sie denken, daß sie gewinnen wird. ... Und deswegen ist das irgendwie ein bißchen fraglich immer."* (2,20) Fazit: parlamentarische Wahlen sind eine fragwürdige Veranstaltung und verfügen in Carstens Augen über keine echte Legitimität.

Carsten plädiert dagegen für die Alternative einer bürgernahen Basisdemokratie, in der die Menschen vor Ort die wichtigen Entscheidungen treffen. Solche Formen direkter Demokratie werden jedoch faktisch behindert: *"Wenn jetzt wirklich Leute irgendwas machen wollen und sich Gehör verschaffen wollen und ne Aktion machen wollen, dann kann ja irgendwo wieder jemand am Schreibtisch sitzen und sagen, das ist gegen Paragraph soundso. Ihr könnt das Projekt jetzt nicht machen, und das ist dann ne Demokratie, die sich selbst erstickt mit ihren Tausenden von Gesetzen."* (1,17). Ferner sieht er in der gegenwärtigen politischen Verfassung *"ne Diktatur des Kapitals"* (1,17). Demzufolge reichen ökonomische Imperative so weit in die politische Sphäre hinein, daß in der letzteren kaum eigenständige Entscheidungen getroffen werden können.

Einstellung gegenüber der Dynamik gesellschaftlicher Teilsysteme

Gegenüber dem ökonomischen Fortschritt, bei dem er enorme soziale (und natürliche) Folgekosten konstatiert, ist Carsten äußerst skeptisch eingestellt. Die inhärente Expansionsdynamik der Marktwirtschaft stößt nämlich früher oder später an Grenzen, was nicht etwa zu einer sinnvollen Selbstbeschränkung führt, sondern darin einmündet, daß die Expansion mittels einer Externalisierung ihrer Kosten weiterbetrieben wird, indem etwa aus Gründen der Kostenersparnis die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen verschlechtert werden. Obendrein ist der Nutzen der hergestellten Produkte in vielen Fällen äußerst zweifelhaft: *"s wird produziert um jeden Preis, und kurz vorher wird irgend en Bedarf geschaffen, der im Prinzip gar nich da is ... nur, daß davon möglichst viel umgesetzt werde."* (2,15) Der Umsatz ist in der Marktwirtschaft Selbstzweck und das Produkt nur Vehikel, um den Kapitalzyklus in Gang zu halten. Wirtschaftlicher Fortschritt stellt daher noch keinen allgemeinen Fortschritt dar, erst recht keinen Fortschritt für alle Bevölkerungsschichten, da die Tendenz besteht, die wirklichen Bedürfnisse der Menschen zu mißachten und die Folgekosten dieser Wirtschaftsweise auf sie abzuwälzen.

Darüber hinaus besteht eine enge Verbindung der Minderheit wirtschaftlich gut situierter Akteure mit dem Personal, das sich an den Schalthebeln der Macht befindet: *"Bundestagsabgeordnete (sind) nebenbei noch Aufsichtsräte"* (2,14). Wie zugunsten der egoistischen Interessen dieser herrschenden Klasse das Allgemeinwohl verschlechtert wird, das ist Carstens eigentliches Thema. Den einzigen Weg für eine grundlegende Veränderung dieser Situation sieht er in der Übernahme der politischen Macht, seines Erachtens die einzige Grundlage, die *"realen Bedürfnisse"* (2,13) der Menschen durchzusetzen bzw. zu verteidigen.

Carstens Wunsch, von dem er weiß, daß er kaum zu verwirklichen ist, ist eine neue Variante der Planwirtschaft, die sich von der in der DDR praktizierten Form vor allem darin unterscheidet, daß die Entscheidungsträger demokratisch legitimiert sein müssen. Diese nach Carstens Dafürhalten in "technischer" Hinsicht relativ leicht zu bewerkstellende (Rück-) Transformation der Gesellschaft von der Marktwirtschaft zur Planwirtschaft wirft ein besonders deutliches Licht darauf, daß er die systemischen Zwänge einer ausdifferenzierten modernen Gesellschaft erkennt. Ihm erscheinen die funktionalen Mechanismen so durchschaubar und biegsam, daß es ausreicht, wenn sich guter Wille und gesunder Menschenverstand mit der politischen Macht paaren, um eine gerechte und solidarische Gesellschaftsordnung zu verwirklichen. Steuerungsprobleme sieht er nicht und die zentrale Lenkung der Wirtschaft erscheint ihm problemlos umsetzbar. So gesehen werden die gegenwärtigen sozialen Probleme letztlich durch die Widerstände und Machenschaften bestimmter gesellschaftlicher Akteursgruppen verursacht, die ihre egoistischen Ziele verfolgen und sich dabei skrupellos ihrer Mittel, allen voran der Manipulation der politischen Macht, bedienen.

### Reichweite der Solidaritätsbeziehung

Gegenüber der Dritten Welt sieht Carsten eine prinzipielle Verpflichtung zur Hilfe. Diese Verpflichtung gründet auf einem Bedürfnisprinzip, wonach Schwache bzw. Bedürftige grundsätzlich einen Anspruch auf Hilfe haben. Diese muß zum Ziel haben, die Hilfsempfänger letztlich in die Autonomie zu führen; bloße in ihrer Tendenz fortlaufende Alimentation würde dagegen nur die Abhängigkeit der Dritten Welt besiegeln. Hilfe setzt ferner das Bemühen voraus, mögliche negative Folgen von gutgemeinten Veränderungen und Hilfestellungen mitzubedenken; und nicht zuletzt ist eindeutig zu klären, ob die Hilfe nicht mit wirtschaftlichen Hintergedanken verbunden ist. Fazit: alle Menschen sollen in die Sphäre der Solidarität mit einbezogen werden. Außerdem stehen grundsätzlich jedem Menschen ohne Ansehen von Person oder Status die Mittel zu, die er zur Entwicklung seiner Persönlichkeit benötigt.

### Kurzdarstellung: Barbara (Psychologie)

#### Solidaritätsorientierung

Der Fall von Barbara, die ebenfalls Psychologie studiert, weist viele Parallelen zu Carsten auf, sie bleibt aber insgesamt moderater.

- I: *Wenn Du nun die Einkommensdifferenzierung in der DDR und in der BRD nimmst, wo wo is die denn stärker gewesen, zwischen oben, also zwischen den, die viel verdienen und die wenig verdienen?*
- B: *Hm, jetzt.*
- I: *Hm, warum?*
- B: *[30 s] Weil die Chefs jetzt halt Chefs sin un aus ihren Betrieben wohl hm nehmen wollen nehmen können, vielleicht nich so viel wie se wollen, aber halt doch ne ganze Menge. (2,8)*

"(J)etzt" sind die Chefs im Gegensatz zu Zeiten der DDR keine Verwalter staatseigener Betriebe mehr, sondern Eigentümer freier Unternehmen und können sich daher - so Barbaras Ansicht - nach Gutdünken aus dem Vermögen ihres jeweiligen Betriebes bedienen. Dabei bekommen sie "vielleicht nich so viel wie se wollen". Von objektiven Beschränkungen abgesehen, etwa dem Erhalt des notwendigen Betriebskapitals, herrscht offenbar bei den "Chefs" Maßlosigkeit vor, während die Arbeitnehmer das Nachsehen haben. Soziale Ungleichheit resultiert damit aus einer Ungleichheit im Zugriff auf die zentralen Ressourcen, nämlich auf die Produktionsmittel. Hierin deutet sich ein Muster der gesellschaftlichen Zweiteilung an, wonach auf der einen Seite die Nutznießer, auf der anderen die Übervorteilten stehen. Ein ähnliches Bild einer Zweiklassen-Gesellschaft hat sich auch bei Carsten gefunden. Eine weitere Parallele zu diesem besteht in der Personifizierung, bei der das Vorhandensein von Disparitäten auf Akteure zurückgeführt wird, während systemische Aspekte unterbelichtet bleiben.

- B: *[...] Und halt die Politiker die Gesetze machen, sie wer'n keine Gesetze machen un keine Regelungen schaffen, ähm durch die sie weniger verdienen und [. ] (2,8)*

Neben der Selbstbedienung in der Wirtschaft existiert auch eine Selbstbedienung in der Politik. Auch hier nutzt die jeweilige Elite ihre Position zum eigenen Vorteil aus. Ferner kann man dieser Äußerung die implizite moralische Forderung entnehmen, daß Politiker ihre eigenen Einkünfte reduzieren



sollten. Anders als *Carsten*, der von häufiger Personalunion ausgeht, zieht Barbara jedoch keine Verbindung zwischen politischen und wirtschaftlichen Akteuren.

*I: Ist das akzeptabel?*

*B: Daß sie die Gesetze nicht machen?*

*I: Daß das so läuft? (lacht kurz) (2,8)*

*B: Daß das so läuft, hm, [...] schafft viel Unmut unter den kleinen Leuten, (I: hm) [...] hm sind die Steuergelder von den kleinen Leuten, ich denke, das ist dann eher nicht akzeptabel. (2,8)*

Barbara verlangt in ihrer ersten Nachfrage: *"Daß sie die Gesetze nicht machen?"* implizit Veränderungen von Seiten der politischen *Akteure*. Der Interviewer macht dagegen deutlich, daß er nach der Akzeptabilität des *Prozesses* (*"Daß das so läuft?"*) fragt. Damit geht es ihm eher um die funktionalen Mechanismen und weniger um die Akteure. Barbara dagegen bekommt auch nach seiner Frage den Aspekt der Prozeßhaftigkeit nicht in den Blick. Sie benennt in ihrer Antwort vielmehr die Gruppe der Verlierer, nämlich die *"kleinen Leute(n)"*, wobei man den Eindruck gewinnt, es sei allein diese Bevölkerungsgruppe, die Steuern bezahlt. Sie hält also weiter an ihrer Personifizierungstendenz fest.

Der Interviewer fragt im Folgenden nach konstruktiven Vorschlägen, wie man mit dieser Problematik umgehen sollte:

*B: [40 s]Man könnte theoretisch zum Beispiel Mindestlöhne einführen, aber nicht allzu tiefliegende Mindestlöhne für ne bestimmte Tätigkeit. (I: hm) (2,8)*

Wieder gönnt sich Barbara vor der Beantwortung der Frage eine sehr lange Pause. Mindestlöhne bedeuten einen Floor constraint, welcher die Differenzierung ein Stück weit einebnen würde: die Arbeitnehmer würden in ihren Einkünften aufholen, die Unternehmer könnten sich weniger hemmungslos bedienen und würden daher Mittel verlieren. Damit strebt Barbara einen staatlich verordneten Ausgleich der gegenwärtigen Einkommensdifferenzen an. Fragen der Realisierbarkeit werden hier von ihr selbst nicht gestellt. Vielmehr geht sie davon aus, daß die Regelung der Mindestlöhne einfach per Gesetz beschlossen und mit staatlicher Macht durchgesetzt werden könnte.

*B: Wenn ich die Gehälter der Politiker anguck, die entziehn sich völlig der Kontrolle des Volkes, (lacht kurz) (I: hm) also wenig zu machen. (2,8)*

Im Fall der Politiker besteht allerdings keine Eingriffsmöglichkeit, denn diese sind selber im Besitz der Macht. Politik kann demnach zwar in die Wirtschaft eingreifen, die politischen Akteure selber aber sind unangreifbar.

*B: die, die die geistige Arbeit tun, die ham oft auch ein bißchen mehr Verantwortung, also [...] der Architekt hat ja wesentlich mehr Verantwortung für das Haus, was da gebaut wird oder der Bauleiter als der der Bauarbeiter, der da ein Stein auf'en andern setzt. (I: hm) [...] Hm, (?) im gewissen Sinne sicherlich ooch honoriert werden.*

*I: Aber nicht gleicher Lohn für alle. (B: hm) Die Verantwortung wäre zum Beispiel en Kriterium für'n Höherverdienst?*

*B: Ja, zum Beispiel. (2,8f)*

Verantwortung ist für Barbara ein guter Grund zur Rechtfertigung von Einkommensdifferenzen. Letztere werden also - anders als von *Carsten* - nicht in Bausch und Bogen abgelehnt, müssen allerdings gerechtfertigt sein. Daß erbrachte Leistung bei Barbara auf Anerkennung stößt und einen guten Grund für Einkommensdifferenzen darstellt, das wird auch anhand anderer Textstellen deutlich:

- I: Ja, die umgekehrte, also ob's Leute gibt (B: ach so) oder Gruppen gibt, die zu viel bekommen.  
B: [...] Mm schon interessant zu sehen, wieviel Geld ABM-Kräfte verdienen, denk, daß die ne ganze Menge kriegen dafür, daß se ja nur en bißchen Straße kehren oder Beet jäten. (2,8)*

Überraschend ist Barbaras Äußerung, wonach die Entlohnung auch für die unteren Einkommensgruppen leistungsadäquat sein soll. Sie verlangt offenbar auch hier eine enge Kopplung von Leistung und Einkommen aneinander. Dies wirft ein neues Licht auf ihren Vorschlag zur Einführung von *"nicht allzu tiefliegende(n) Mindestlöhne(n) für ne bestimmte Tätigkeit."* (2,8) Mindestlöhne dürften nämlich wiederum auch nicht zu hoch sein, sondern müßten der Tätigkeit auch vom Aspekt der geleisteten Arbeit her entsprechen: es dürfte nicht *"ne ganze Menge"* sein *"dafür, daß se ja nur en bißchen Straße kehren oder Beet jäten."*

Somit kann bisher festgehalten werden, daß Barbara das Leistungsprinzip (tendenziell aus der Aufwands- oder Ertragsperspektive) mit starker Kopplung von Leistung und Einkommen bevorzugt, wobei Verantwortung ein wichtiges Leistungskriterium darstellt. Barbara zollt aber auch dem Floor-Constraint-Prinzip Tribut, indem sie die Einführung von Mindestlöhnen fordert. Dabei bleibt allerdings unklar, in welcher Höhe diese Mindestlöhne angesetzt werden sollen; es herrscht insgesamt der Eindruck vor, daß sie nicht allzu hoch ausfallen dürften.

Nicht leistungsbedingte, also privilegierte Zugänge zu Einkünften, wie sie Barbara bei den gesellschaftlichen Eliten in Politik und Wirtschaft ausmacht, sind dagegen nicht akzeptabel. Die Eliten nutzen nämlich lediglich ihre besondere Stellung zur Mehrung des eigenen Wohlstandes aus, während andere das Nachsehen haben. Die privilegierten Gruppen verhalten sich somit unsolidarisch, weil ihre Handlungen auf Kosten anderer gehen. Als Maßnahme gegen Verteilungsungerechtigkeiten schlägt Barbara jedoch lediglich Mindestlöhne vor. Adressat für diesen Vorschlag ist die Politik, die steuernd in die Wirtschaft eingreifen soll.

Barbaras Äußerungen zum Thema Sozialhilfe bleiben spärlich (*"Kenn ich mich zu wenig mit den Regelungen aus."* (2,9)) und resultieren in der allgemein gehaltenen Formulierung: *"menschenwürdig sollte das wohl noch bleiben."* (2,9) Das Heranziehen von Sozialhilfeempfängern zu kommunalen Arbeiten wäre für Barbara akzeptabel, ohne daß sie näher auf diesen Punkt eingehen würde (*"Ja (I: hm) [...] denk schon, ja."* (2,9)). Im Themenfeld Arbeitslosigkeit blendet sie die Verteilungsfrage weitgehend aus. Sie entwirft das Bild der Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit ausgeht: *"die Finanzlage un die Wirtschaftslage"* (2,9) lassen demnach keine Inklusion der Arbeitslosen auf breiter Front zu. Man sollte nicht darauf verfallen, *"Statistiken zu kaschiern"* (2,9) und damit zu suggerieren, die Zielperspektive einer Vollbeschäftigung sei realistisch. Ihrer Meinung nach *"sollt man auch wo ganz anders ansetzen."* (2,9) Im Zentrum ihrer Überlegungen steht ganz ähnlich wie bei *Carsten* mehr die psychische Situation von Arbeitslosen. Das Problem der Inklusion

ist nicht durch die (nicht realisierbare) Verteilung materialer Chancen zu lösen. Vielmehr sollte man die von Arbeitslosigkeit Betroffenen jeweils individuell *"von Lebenszielen her umorientieren"* (2,9), indem man *"den Leuten Alternativen ... aufzeigt"* (2,9), wobei auch auf psychologische Unterstützung (2,9) nicht verzichtet werden sollte. Die Betroffenen sollen dabei zu der Erkenntnis angehalten werden, *"daß es die Möglichkeit gibt, auch mal arbeitslos zu sein und daß dann halt nich alles zusammenbricht"* (2,9). Auf diese Weise thematisiert Barbara den psychologisch unterstützten je individuellen Ausstieg aus der Arbeitsgesellschaft, ohne allerdings die materiellen Sorgen einer solchen Aussteigergruppe mitzubedenken. Sie blendet nämlich völlig aus, woraus die Betroffenen ihren Lebensunterhalt bestreiten sollen.

Die postmaterialistische Grundhaltung, die sich hier andeutet, äußert sich auch in einer kritischen Haltung gegenüber einer vorherrschenden Konsumorientierung sowohl in Ost- als auch Westdeutschland. Zur Haltung vieler DDR-Bürger, die mit zum Zusammenbruch der DDR geführt hat, äußert sie, es *"war vielleicht manchmal die Konsumsucht ihrer Bevölkerung etwas größer als das Angebot."* (2,4) Konsum war auf Seiten der Ostdeutschen eine der Leitorientierungen für eine schnelle Wiedervereinigung. Barbara selbst nimmt sich hiervon aus: *"Ich hätte auch nich diesen riesen Konsumschwapp gebraucht ich persönlich, (I: hm) der so auf uns draufgeschwappt is."* (2,7) und stellt sich somit als jemand dar, der an grundlegenden Werten orientiert ist.

I: Hm, [...] ich hab mal ne Frage zum Verhältnis zwischen Ost- und Westdeutschland. Hast Du ne Vorstellung wieviel Geld von West nach Ost fließt?

B: Nee, (lacht kurz) keine Ahnung. Also selbst wenn da jetzt Zahlen genannt werden würden, die irgendwo ganz toll klingen, dann mmm soll man vielleicht mal gucken, ob die nich eigentlich über Ost nach West fließen. (2,9)

Ganz ähnlich wie Carsten ist Barbara nicht an Zahlen interessiert und weist dagegen vielmehr auf den Aspekt hin, wonach Westdeutsche stärker von den Transferzahlungen profitieren als Ostdeutsche. Westimporte etwa von *"Verwaltungsangestellten oder Politikern oder Professoren oder Firmenverwalten -verwaltern"* oder *"im Osten äh vertreibenden Westfirmen"* (2,9) schöpfen nämlich den Rahm ab, während für die Ostdeutschen nur wenig übrigbleibt. Auf Nachfrage des Interviewers gibt sie einen detailliert geschilderten Modellfall wieder:

B: Ja, daß [...] na ja, so'n so'n Wessi kommt hierher und nimmt hier en Job an. (I: hm) Und er wird dann von Westgeldern sozusagen bezahlt, von irgendwelchen Subventionsgeldern, die hier reinfließen und is ja aber eigentlich en Wessi und hat vielleicht auch noch sein Hauptwohnsitz in den Altbundesländern. ... er nimmt das Geld und fährt ehm wieder am Wochenende nach Hause und gibt das dann auch eigentlich drüben wieder aus. (I: hm) Und dann is das Geld aber ja über'n Osten in den Westen geflossen. (2,9)

Auf diese Weise kommt die Ostförderung in hohem Maße Westdeutschen zugute, die im Osten beschäftigt sind. Um diesem Effekt entgegenzuwirken, sollen Transfergelder sinnvoll eingesetzt werden, indem schwerpunktmäßig öffentliche Güter, z.B. Infrastruktur und Kultur, gefördert werden. Allerdings werden auch in diesem Rahmen Gelder häufig sinnlosen Maßnahmen zugeführt, wenn etwa, wie Barbara selbst erfahren hat, neue Möbel für das Studentenwohnheim angeschafft wurden,

obwohl die alten noch brauchbar waren. (2,9) Hier müßte eine strengere Kontrolle der Verwendungszwecke erfolgen.

*I: Findest Du, daß die Forderung der Ostdeutschen, äh gleichen Lohn zu bekommen, gerechtfertigt ist?*

*B: Ja. [...] Wir müssen die gleichen Steuern zahlen, (I: hm) und wir leben nun mal im gleichen Land. Ich denk schon. (2,10)*

Bezüglich der Löhne in Ost und West hängt Barbara einem strikten Gleichheitsprinzip an. Da alle Deutschen den gleichen finanziellen Belastungen ausgesetzt sind, sollen sie auch die gleichen Einkünfte haben. Dies könnte zwar dazu führen, daß Firmen in Osteuropa investieren, wenn ihnen die Löhne in Ostdeutschland zu hoch sind (2,10), aber trotz dieses von ihr selbst eingeführten Einwandes bleibt Barbara bei dem Prinzip, wonach für gleiche Arbeit gleicher Lohn zu zahlen ist.

*I: Zu zur Dritten Welt, (räuspert sich) denkst Du, daß wir ihr gegenüber Verpflichtungen haben?*

*B: [...] Ja, mhh un weil wir einfach viel zu lange viel zu viel rausgeholt haben. (I: hm) Wenn se jetzt am liebsten mit den Problemen, die se dadurch haben, alleine lassen wird. (I: hm) [...] Aber ich denke, Entwicklungshilfeprogramme sollten sehr sehr sehr behutsam sein. ... also man hilft den Leuten mitunter überhaupt nich, wenn man denen en Staudamm hinbaut, (I: hm) und und plötzlich versiegen da irgendwo irgendwelche andern Flüsse, und man richtet wesentlich mehr Schaden damit an. Aber man versucht sie dann ehm ihnen dann Sachen aufzuzwängen, die völlig der westeuropäischen Lebenskultur entsprechen und mit der die Menschen dort überhaupt überhaupt nich zurechtkommen, (I: hm) ne. Wird auch wieder mehr zerstört, als daß man gutmacht. (2,10)*

Es gilt das Prinzip der Wiedergutmachung einer zuvor stattgefundenen Ausbeutung, "weil wir einfach viel zu lange viel zu viel rausgeholt haben." Allerdings ist zu bedenken, daß Großprojekte der Entwicklungshilfe, etwa Staudämme, mehr Schaden anrichten als Nutzen stiften und daher zu vermeiden sind. Barbara bevorzugt vielmehr behutsame Maßnahmen, welche auch die Schonung der Umwelt und der lokalen Kultur beinhalten.

Insgesamt will Barbara einen compressed range realisiert sehen. Zwar soll die Verteilung materieller Güter mit Hilfe des Leistungsprinzips differenziert werden, aber dies soll durch menschenwürdige Mindestlöhne und die Absicherung marginalisierter Gruppen moderiert sein. In diesem Sinne fordert Barbara die Festlegung von Mindestlöhnen für Beschäftigte, ferner soll Sozialhilfeempfängern ein würdiges Leben ermöglicht werden, Arbeitslosigkeit nicht als hartes Schicksal gelten (sondern die Betroffenen müßten Alternativen aufgezeigt bekommen) und Behinderte sollen eine Chance erhalten, am Erwerbsleben teilzunehmen, sowie in jeder anderen Hinsicht in die Gesellschaft inkludiert werden. Diese Momente weisen darauf hin, daß es nach Barbaras Ansicht für alle Einwohner garantierte und leistungsunabhängige Mindeststandards geben müßte. Im Gegenzug dürfen aber beispielsweise Sozialhilfeempfänger durchaus zu kommunalen Arbeiten herangezogen werden, d.h. aus Leistungen, die man empfängt, entspringt auch eine entsprechende Verpflichtung der Gesellschaft gegenüber. Andererseits soll, wer über hohe Einkünfte verfügt, entsprechende Leistungen erbringen, wobei auch Verantwortung und Qualität der Arbeit als Leistungskriterien gelten. Das so verstandene Leistungsprinzip dient Barbara insbesondere dazu, überhöhte Einkommen zu kritisieren.

Zwar bringt Barbara oft eine Haltung der Solidarität zum Ausdruck, aber es gibt eigentlich nicht viele gesellschaftliche Akteure, die ihre Vorstellungen teilen könnten. Im Rahmen ihrer Zeitdiagnose herrschen zwei Gruppen von Personen vor, nämlich die Profiteure - vor allem Eliten, die falsche Prioritäten setzen, indem sie ihre privilegierte Stellung ausnutzen, um sich materiell besser zu stellen; ferner Westdeutsche, denen die Transferzahlungen zugute kommen - auf der einen und *"die kleinen Leute"* auf der anderen Seite, zu denen Barbara eine therapeutische Haltung mit dem Ziel der Ausbildung einer richtigen, nämlich postmaterialistischen Orientierung einnimmt. Lediglich die Mitglieder der früheren Oppositionsbewegung aus der Umbruchszeit sieht sie auf ihrer Linie. Die Ursache für Disparitäten wird in den herrschenden Eliten gesehen, womit Barbara diese zum eigentlichen Grund für die bestehenden Ungerechtigkeiten stilisiert: insgesamt ist es für sie der *"egoistische und habgierige"* Charakter dieser Menschen, der die Gerechtigkeitsprobleme erzeugt. Dabei stellt sie sich eine Politik vor, die sich aus der herrschenden (Un-)Kultur der Eliten befreit und anschließend das von ihr benannte *"richtige"* Ziel verfolgen kann. Um dies zu gewährleisten, wären staatliche Eingriffe in das ökonomische System notwendig. Im Staat müßten dazu die richtigen Akteure an den entscheidenden Stellen sitzen, um eine bessere Politik zu ermöglichen, d.h. diejenigen, die die Wende in der DDR eingeleitet haben, *"die hätte man versuchen lassen sollen, vielleicht auch mal den den [...] den Staat zu führen"* (2,7). Faktisch ist jedoch *"wenig zu machen."* (2,8) Während Barbaras Gerechtigkeitsvorstellungen relativ differenziert sind, stellen sich die funktionalen Mechanismen für sie eher vereinfacht dar. Für Mißstände macht sie meistens Einzelpersonen verantwortlich, worin sich ihre Tendenz zu einer personifizierenden Sichtweise ausdrückt, die ihr den Weg verstellt, sich mit komplizierteren und tiefergehenden sozialen Sachverhalten zu beschäftigen. Auch Folgeprobleme, die sich aus ihren Vorschlägen ergeben würden, bleiben weitgehend unreflektiert. Mögliche Finanzierungsprobleme für weitergehende soziale Maßnahmen werden zwar gesehen, aber nicht ernst genommen.

Neben der Veränderung der materiellen Verteilung finden sich bei Barbara Ansätze, eine Kultur der postmaterialistischen Selbstbegrenzung zu fördern. Es geht ihr nicht nur um die richtige Verteilung, sondern auch um die richtige Kultur und den richtigen Lebensstil, wobei sie eine Tendenz hat, die Dringlichkeit, die materiellen Problemen gerade in prekären Lebenslagen innewohnt, auszuklammern. Letztlich zielt Barbara nicht auf eine radikale Durchsetzung ihrer Gerechtigkeitsvorstellungen, sondern bleibt hier, auch im Vergleich etwa zu *Rolf* und *Carsten*, eher vorsichtig.

### Kurzbiographie

Barbaras *Großeltern väterlicherseits* bewirtschafteten gemeinsam einen Bauernhof in H-Stadt (120 Einwohner), den die Großmutter in die Ehe eingebracht hatte. Später wurde dieser Hof einer LPG angegliedert. Barbaras *Vater*, der Jüngere von zwei Söhnen, wurde 1952 geboren, erlernte den Beruf des Kfz-Schlossers und betätigte sich ferner als Nebenerwerbslandwirt und Imker in besagter LPG. Die *Großeltern mütterlicherseits* lebten im Nachbardorf. Der Großvater war, wie sein Schwiegersohn, Kfz-Schlosser. Die Großmutter hatte zwar keinen Beruf erlernt, arbeitete aber zuerst als ungelernte Verkäuferin, später als Versicherungsvertreterin. Barbaras *Mutter* wurde 1952

als einziges Kind geboren, erlernte den Beruf der Industriekauffrau und arbeitet bis heute als Bankangestellte.

Barbaras Eltern orientierten sich bei ihrer Partnerwahl offensichtlich nicht weit über den dörflichen Rahmen hinaus, denn beide gingen bereits in dieselbe Schulklasse. Sie heirateten 1973 und wohnen seitdem und bis heute im Bauernhaus der Großeltern väterlicherseits. Ein Jahr nach der Hochzeit wird Barbara als erste von zwei Töchtern geboren; die Schwester ist fünf Jahre jünger, wurde wie Barbara konfirmiert und ging wie diese zuvor auf ein Internat. Zur Zeit der Wende sind Barbaras Eltern 37 Jahre alt. Ihre Altersgruppe befand sich zwar einerseits in der Gefahr, zu den Wendeverlierern zu gehören, war aber andererseits gerade noch jung genug, sich beruflich neu zu orientieren. Der Vater macht sich 1990 als Imker selbständig (leider ist nicht bekannt, wie erfolgreich er ist), die Mutter holt im Jahre 1993 die Ausbildung zur Bankkauffrau nach und kann so an ihrer bisherigen Arbeitsstelle verbleiben.

Die bisherigen Daten deuten darauf hin, daß die Eltern der DDR eher skeptisch gegenübergestanden haben dürften: immerhin wurde der Hof der Großeltern einer LPG angegliedert; ferner wurden beide Töchter konfirmiert, ein Indiz für eine religiöse und damit tendenziell systemferne Orientierung.

Barbara selbst verhielt sich, soweit dies nötig war, strategisch:

*B: Ja ich hab die Jugendweihe auch mitgemacht, aber nur weil ich ähm studieren wollte ne, (I: hm) da keine Probleme haben wollte, ich gebs auch zu (I lacht kurz) hm. Und dann noch FDJ und in dieser deutsch-sowjetischen Freundschaft gewesen, um den Platz auf der damals noch EOS zu kriegen. (1,6)*

Sie ist ferner einige Zeit Mitglied der FDJ-Leitung der Schule gewesen. Da sie beste Schülerin der Klasse war, hätte sie sich kaum entziehen können. Ebenfalls war sie Mitglied in der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft (DSF). All diese Mitgliedschaften erfolgten aus dem strategischen Kalkül heraus, sich scheinbar auf die DDR-typischen Organisationen einzulassen und sich so keine Zukunftschancen zu verbauen. In dieser Haltung unterscheidet sich Barbara übrigens besonders deutlich von Susanne, welche den genannten Institutionen affirmativ und ohne Distanz gegenüberstand.

Insgesamt war Barbara dem System der DDR gegenüber jedoch desinteressiert und skeptisch eingestellt:

*B: Ja un offizielle Sachen, die von der DDR kamen, die warn meist ziemlich uninteressant (1,12)*

*Ich glaub auch, daß ich [...] ziemlich früh schon mitbekommen hab, daß an diesem DDR-System, dem offiziellen, sehr viel Lüge war, also durch meinen politikinteressierten Vater, der seltsamerweise also sehr viel weiß, obwohl er selber nie im volkseigenen Betrieb gearbeitet hat und irgendwie sehr viel über Stasi weiß und so was und er das auch nich vor mir versteckt hat. (1,12)*

Hier findet sich die obige Vermutung einer skeptischen Distanz der Familie gegenüber der DDR und ihren Institutionen bestätigt, denn vor allem vermittelt über den "politikinteressierten Vater" werden Kritikpotentiale in Barbara angelegt.

*Obwohl mich das als Kind sehr gestört hat, die diese Mauer und das Eingengegte, (I: hm) wollt ich dann eigentlich später bewußt auch hier leben, hier bleiben. Ja und so, ich denk, wir ham zumindest nicht schlecht gelebt, wir ham immer gut gegessen, (lacht kurz) ein, zwei Jahr- ein- zweimal im Jahr in den besten in besten Restaurants, die's gab, in diesen Interhotels oder so was die verrücktesten Sachen gegessen. Zu meiner Jugendweihe hab' ich sogar mit meiner Familie im Hilton in M-Stadt übernachtet, warn dort in der Oper, also im Gegensatz zu all den anderen Leuten, die dann immer gefeiert haben und sich 's erste Mal richtig besoffen haben, sin wir in die Oper gefahrn und ham im besten Haus am Platz übernachtet, (lacht kurz) 's war total toll. Das sin halt so Sachen. (1,17)*

Nachdem sich Barbara, wie sie selber sagt, in ihrer Jugend mit der Existenz der Mauer abgefunden hat, akzeptiert sie die Tatsache, in der DDR zu leben. Die *"Uridee"* (1,16) des Kommunismus findet Barbara sogar sympathisch, sie befürwortet jedoch die DDR-Politik nicht, da sie durch ihren Vater soweit informiert war zu wissen, daß sich nicht alles in der Weise verhielt, wie es proklamiert wurde. Sie hatte jedoch nicht vor, den Staat zu verlassen, wollte sogar *"bewußt auch hier leben"*. Nachdem diese Entscheidung getroffen war, versuchen sie und ihre Familie nicht nur, das Beste daraus zu machen, sondern wenden sich bewußt den Vorzügen zu. Die Jugendweihe wird zum Anlaß genommen, mit der ganzen Familie in die Oper zu gehen und im Hilton-Hotel zu übernachten, statt an den üblichen Feiern mit den anderen Jugendlichen teilzunehmen, *"also im Gegensatz zu all den anderen Leuten, die ... sich 's erste Mal richtig besoffen haben"*. Die grobe Art der *"anderen"* wird dezidiert zurückgewiesen und man geht selber feineren und erleseneren Genüssen nach. Diese Haltung wird ganz offensichtlich in der gesamten Familie kultiviert und setzt sich bei Barbara selbst fort.

Die Familie Barbaras pflegt ferner eine religiöse Tradition, was sich äußerlich im Kirchenbesuch an hohen Feiertagen ausdrückt. Barbara selbst nimmt während ihrer Kindheit und Jugend viermal an Rüstzeiten der Evangelischen Kirche teil. Später erhält sie Konfirmandenunterricht und hat 1989 ihre Konfirmation. Gerade in der Teilnahme an Rüstzeiten der Evangelischen Kirche drückt sich ein besonderes Interesse aus, das über eine rein passive Teilnahme an der Institution Kirche hinausgeht. Es ist nun aber nicht so, daß Barbara außerordentlich religiös wäre. Es ist eher ihre Aufgeschlossenheit und ihr Interesse an der Möglichkeit, ganz andere soziale Umfelder kennenzulernen, was hier zugrunde liegt. Sie selbst äußert, daß sie die Rüstzeiten als Mittel sah, das enge Dorfumfeld zu verlassen.

So hat man sich alles in allem in der DDR im Rahmen der Möglichkeiten angenehm eingerichtet und man sieht trotz eines zumindest ambivalenten Verhältnisses zur DDR der Wende mit großer Skepsis entgegen:

*also wir hatten zumindest das Gefühl, das müßte so kommen, wie's jetzt is und daß es halt sehr viele Arbeitslose geben wird, ähm daß die Leute einfach verblendet sind. Wir hatten auch Freunde drüben, ähm na so kurz vor der Wende kennengelernt über die Kirche, ganz normale Familie, und durch die ham mer halt auch gewußt, also is nich alles so toll und alles so glänzend, und so gut gehts denen auch nich, un die müssen sehr hart arbeiten. Ja also ich habs als sehr schade empfunden, daß die Wiedervereinigung so schnell kam und daß nich versucht wurde irgendwie alleine was zu machen (1,7)*

*Hm das warn bloß so'n paar Wochen, die so wirklich richtig gut warn, wo man sich wirklich richtig frei fühlen konnte. Hm, sehr sehr bitter wurde das dann, als Kohl diese hundert Mark*

*irgendwie versprochen hat jedem. Da is das irgendwie umgekippt, jedenfalls so ja so auch in mir drin so umgekippt, so in Erinnerung. (1,10)*

Die Westbekanntschaft wird als privilegierter Informationskanal aufgefaßt, aus dem Barbara und ihre Familie - so jedenfalls Barbaras heutige Deutung - bereits früh entnehmen konnten, daß die Deutsche Einheit besonders im Hinblick auf die Entstehung gesellschaftlicher Randgruppen mit enormen Nachteilen verbunden sein würde. Dementsprechend schätzt Barbara im Nachhinein vor allem das soziale Netz der DDR (2,4). Auch selber war man offenbar wenig auf Änderungen erpicht. Zwar wird die Anfangszeit der Wende noch positiv erlebt, wobei es sich um die kurze Zeitspanne gehandelt haben dürfte, in der die Entwicklungsrichtung noch offen schien, jedoch spätestens zu dem Zeitpunkt, an dem symbolisiert durch das Begrüßungsgeld (das Barbara fälschlich Helmut Kohl zuschreibt) die Dominanz materieller Orientierungen sichtbar wird, distanziert man sich von der Entwicklung.

Die Grundhaltung der Distinktion von der breiten Masse (*"daß die Leute einfach verblendet sind"*) greift in Barbaras persönlicher Entwicklung schon recht früh Raum. In ihrem kleinen Herkunftsort mit seinen 120 Einwohnern fühlt sich Barbara nicht recht wohl; mit dem Einsetzen ihrer Pubertät wird ihr das Leben dort zu eng:

*So ich glaub mit zwölf, dreizehn, dreizehn, vierzehn, also da ich glaub das is ne Zeit, da is Dorf-leben ganz ganz bedrückend, so hab ichs zumindest empfunden, weil wir sehr weitab wohnten, und ich kann ja von hieraus nich auch nich weg konnte nich raus konnte. Ähm besser wars dann, als ich mit fünfzehn endlich Moped fahren durfte, na gut, da konnt ich dann weg. [...] Aber so als Kind war 's schwer (1,1)*

Die anderen Kinder (bzw. Jugendlichen) im Dorf sagen ihr nicht zu, können ihren distinkten Ansprüchen nicht gerecht werden, teilen ihren Geschmack nicht etc. Hier fällt Barbaras Hang besonders auf, sich von dem, was sie als "gewöhnlich" auffaßt, zu distanzieren. Dieser ist offenbar tief in ihr verankert, und sie empfindet große Erleichterung, als sie sich mit Hilfe des Mopeds räumlich vom Dorf ablösen kann.

*Also ich hab schon gemerkt, daß ich anders war, und ich hab ähm schon ganz ge- bewußt die Musik gehört, die ich wollte und nich, weil 's halt alle anderen machen, irgendwelche andern Sachen und bin dann halt ooch mit andern Sachen rumgelaufen, hab mir meine Haare nich abschneiden lassen, hab mir keine Locken eindrehn lassen. Un [...] bin dann halt in relativ schlabbrigen Klamotten rumgelaufen, wo andre vielleicht im Blüschen gekommen sind. (1,4)*

Barbara distanziert sich von bestimmten äußeren Normalitätsmerkmalen (Kleidung, Haartracht, Musik) und besondert sich, indem sie herrschende Trends geradezu konterkariert. Zuviel Normalität ist Barbara ein Greuel, sie distanziert und distinguert sich lieber hiervon, womit sie die eine elterliche Linie aufgreift und weiter ausbaut, indem sie dezidiert vom Gewöhnlichen abweicht.

Dieser Hang zur Distinktion, zum "Anders-Sein-Wollen", wird auch durch ihre schulischen Erfolge gestützt, die sie ohne Anstrengung erzielt. In der Dorfschule ihres Heimatortes ist sie ab der dritten oder vierten Klasse Klassenbeste, ohne sich nach eigenem Dafürhalten besonders anstrengen zu müssen. Ihr Leistungsniveau ist so hoch, daß sie 1988 von ihrer Schule für die mathematisch-naturwissenschaftliche Spezialschule in I-Stadt vorgeschlagen wird; dort besteht sie aber die



Aufnahmeprüfung nicht. Die Ablehnung nimmt sie gelassen hin, denn die Aufnahme an die EOS scheint ihr schon von der sechsten Klasse an sicher. 1990 geht Barbara auf die EOS in Q-Dorf (20 km von ihrem Heimatort entfernt) und wohnt dort im Internat.

*Das totale Gegenteil [zu ihrem Heimatdorf PS] war dann dieses Gymnasium (I: hm, räuspert sich). Das warn, glaub ich, die zwei schönsten Jahre überhaupt, un da warn die meisten unwahrscheinlich interessant, alle irgendwie anders. ... Das warn wirklich nich alles so, ganz andre Charaktere und [...] jeder mit seim eignen Kopf, aber irgendwie mit genug Toleranz, den anderen zu akzeptieren. (1,5)*

Die "Flucht" aus dem Dorf ist endlich gelungen, nun befindet sich Barbara in einer interessanten Umgebung und genießt die Vielfalt der Menschen, denen sie dort begegnet. Hier ist hinzuzufügen, daß es sich bereits um eine Zeit nach der Wende handelt und es von daher durchaus denkbar ist, daß die wahrgenommene Vielfalt nicht zuletzt auf den neuen Freiheiten beruht, die im größeren Ort des Gymnasiums schneller Einzug gehalten haben dürften als auf dem Land. Auffällig ist, daß Barbara ihr Leistungsniveau anders als viele andere Befragte nun nicht mehr von sich aus anspricht. Offenbar sind ihr die neuen Erfahrungen wichtiger als ihre Leistungen.

Auch die Wahl des Studiengangs vollzieht sich ohne Probleme. Barbara wollte vor der Wende Mathematik studieren, folgt aber später ihrem Interesse, die interessanten Aspekte an Menschen kennenlernen zu wollen: *"Irgendwie is mir dann noch die Psychologie in Kopf gekommen, und ich bin jetzt sehr glücklich damit."* (1,8) Nach der Studentenszene ihres Studienortes gefragt, äußert sie zwar *"Ich denk, ich steh da im Moment eher draußen"* (1,13), dies bedeutet aber keineswegs, daß sie sozial isoliert ist, denn sie hat keinen geringen Freundeskreis. Barbara kann sehr offen und aufgeschlossen von ihren Beziehungen sprechen. Trotz ihres Distinktionsbedürfnisses ist sie nicht sozial isoliert, sondern ihre Kontakte scheinen im Gegenteil reichhaltig und unproblematisch zu sein (1,15). Die Distinktionstendenz drückt eher Barbaras Bedürfnis aus, sie selbst zu sein und sich nicht durch Konventionen vorschreiben zu lassen, wie sie zu leben hat.

Die Linie der Selbstentfaltung hat sie bereits in der DDR verfolgt. Es verhält sich bei Barbara also nicht so wie etwa bei *Britta*, die ihre Autonomie erst nach der Wende richtig auslebt. Anders als Britta kann Barbara durchaus in beiden Umfeldern autonom agieren. Der Wechsel der Gesellschaftssysteme hat daher auf ihre biographische Sinnstruktur nur einen sehr geringen Einfluß, sie steht jedem der beiden Gesellschaftssysteme mit einer gewissen Distanz gegenüber.

Die Ablösung von der Familie scheint noch nicht abgeschlossen zu sein, was aber angesichts ihres Alters (20) nicht ungewöhnlich sein muß. Dies drückt sich nicht nur in der häufigen Verwendung des Personalpronomens "wir" aus, womit sie ihre Familie meint; Barbara möchte auch explizit bestimmte Lebensauffassungen ihrer Familie weiterführen und ausbauen: *"Zum Beispiel wird bei uns sehr wenig ferngesehen und solche Sachen, mehr Handarbeit und so was gemacht"* (1,19), was von einer recht hohen Familienintegration zeugt, von der sie sich jedoch immerhin soweit gelöst hat, daß sie ein Studium gewählt hat, mit dem der Vater, wie sie an anderen Textstellen erwähnt, ganz und gar

nicht einverstanden ist. Auch ansonsten besteht Distanz zum Vater, worin sich dann doch Ablösungstendenzen ausdrücken:

*Ah ich glaub, bei vielen Sachen da würd ich einfach die könnt ich vermutlich nicht übernehmen, so arbeiten bis zum Umfallen, das geht nich. An meiner Mutters Stelle wär ich wahrscheinlich auch schon lange davon gerannt. (lacht kurz) (1,19)*

Der Vater widmet sich nach der regulären Arbeit zuerst der Landwirtschaft und seiner Bienenzucht. Dies zeigt seine ausgeprägte, von den Notwendigkeiten der Landwirtschaft bestimmte Arbeitsorientierung. Von ihm erwartet Barbara auch später kein Verständnis für ihr Psychologiestudium, woraus geschlossen werden darf, daß den Vater eine ausgeprägte Bodenständigkeit kennzeichnet.

*Insgesamt* ist für Barbara eine Doppelorientierung typisch. Vor dem sicheren Hintergrund familialer Sozialisation verfügt sie über alle Ressourcen, um in systemischen Zusammenhängen erfolgreich operieren zu können (gute Schulleistungen, mathematische Begabung, souveräne Entscheidungsfindung in Berufsfragen etc.), andererseits tritt diese Kompetenz in ihrer Relevanz ganz zurück hinter den Aufbau persönlicher Beziehungen und der Erprobung eines distinguierten, nicht-konventionellen Lebensstils. Die distinktive Grundhaltung, mit der sowohl Barbara selbst als auch ihre Familie der Umwelt gegenüberstehen, hat sich wahrscheinlich in Reaktion auf die Zwangseingliederung des familieneigenen Bauernhofes in die LPG entwickelt. Während die Familie als Eigentümerin eines Bauernhofes einen gewissen Status in dem kleinen Dorf innegehabt haben dürfte, kann dieser nun lediglich durch eine Verlagerung auf das Feld des kulturellen Kapitals weiter gepflegt werden. Für Barbara selbst hat dieses "Abheben vom Gewöhnlichen" spätestens mit der Pubertät eingesetzt und wird bis heute unter anderem durch die Wahl des Studienfaches fortgeführt. Insbesondere allem Neuen gegenüber ist Barbara sehr aufgeschlossen, vom Gewöhnlichen, insbesondere vom Konformismus, wendet sie sich dagegen entschieden ab. Wichtig ist ihr der Kontakt mit anderen interessanten und individuierten Personen sowie das Erleben außergewöhnlicher Dinge. Vor dem Hintergrund dieser Leitorientierung verfolgt sie souverän ihre eigenen Interessen und gibt sich dabei sehr wählerisch, wobei sie sich die Möglichkeiten einer alternativen Kultur zu erschließen sucht. Ihre distinktive Grundhaltung behält sie durch den Wechsel des politischen Systems hindurch bei, so daß sie sowohl dem System der DDR als auch dem der BRD gegenüber eine gewisse Distanz pflegt.

#### **Zusammenhangsanalyse**

Barbara ist durch eine Doppelorientierung gekennzeichnet: einerseits entfaltet sie auf dem sicheren Hintergrund familialer Sozialisation alle Ressourcen, um in systemischen Zusammenhängen erfolgreich operieren zu können (gute Schulleistungen, mathematische Begabung, souveräne Entscheidungsfindung in Berufsfragen etc.), andererseits tritt diese Kompetenz in ihrer Relevanz ganz zurück hinter den Aufbau persönlicher Beziehungen und die Erprobung eines distinguierten, nicht-konventionellen Lebensstils. Vor dem Hintergrund dieser Leitorientierung verfolgt Barbara souverän

ihre eigenen Interessen, wobei sie sich sehr wählerisch gibt. Wichtig ist für Barbara der Kontakt mit anderen interessanten und individuierten Personen sowie das Erleben ungewöhnlicher Dinge. Dabei hat sie nicht nur zu Gleichgesinnten, sondern auch zu Akteuren mit ganz anderen, aber gleichfalls unkonventionellen Orientierungen Kontakt; auch zur ehemaligen Oppositionsbewegung in der DDR spürt sie eine Affinität. Dagegen steht sie in einer deutlichen Distanz zur Normalkultur mit ihren falschen Prioritäten (Konsumorientierung). Folgerichtig schließt sie sich nicht der eher systemorientierten Arbeitsethik des Vaters an, sondern sucht die Möglichkeiten einer alternativen Kultur zu erproben. Dies hat auch einen Einfluß auf die Zielsetzung, mit der sie ihr Psychologie-Studium betreibt, wobei es ihr aber wiederum (anders als *Carsten*) nicht schwer fällt, den harten methodischen Seiten des Faches gerecht zu werden.

Barbaras Doppelstruktur spiegelt sich in ihrer Solidaritätsorientierung insofern wider, als sie einerseits über das Bedürfnisprinzip die sozialintegrativen Aspekte von Verteilungsprozessen betont, andererseits aber auch dem Leistungsprinzip eine positive Funktion zuerkennt. Eine Distanz zu systemischen Prozessen zeigt sich dabei sowohl darin, daß sie in diesen nur die Tendenz des Egoismus und der Korruption erkennen kann - in Form von Eliten, die ausgiebig ihren privilegierten Zugriff auf die materiellen Mittel nutzen, während die *"kleinen Leute"* das Nachsehen haben -, als auch darin, daß sie sich bei materieller Deprivilegierung für einen Ausweg aus der jeweiligen sozialen Lage durch individuelle Neuorientierung ausspricht, wobei sie zuvor benannte staatliche Möglichkeiten der Modifikation ungerechter Verteilungsstrukturen beiseiteschiebt. Dieser Individualansatz wird besonders deutlich, wenn Barbara eine vorherrschende Konsumorientierung sowohl in Ost- als auch Westdeutschland diagnostiziert, der sie eine postmaterialistische Grundhaltung entgegensetzen will. Diese soll sich in der Form des je individuellen Ausstiegs aus der Arbeits- und Konsumgesellschaft ausdrücken, wobei jedoch die Frage, woraus die marginalisierten Gruppen dann ihren Lebensunterhalt bestreiten sollen, ausgeklammert bleibt. Aus der Distinktheit ihres spezifischen Lebensstils heraus reflektiert Barbara nämlich kaum, ob ihre Solidaritätsorientierung für andere gesellschaftliche Mitglieder akzeptabel sein könnte. Daran ändert auch die universalistische Einstellung nichts, mit der sie Solidaritätsfragen behandelt.

Weil tieferliegende soziale Sachverhalte und die Eigenlogik systemischer Prozesse nicht in ihr Blickfeld geraten, bleiben auch Fragen der Realisierbarkeit oder gesellschaftlicher Widerstände ausgeklammert. Insgesamt führt dies dazu, daß die Forderung nach einer solidarischen Neugestaltung der Gesellschaft unverbunden neben der Kritik an der Korruption des Systems stehen bleibt. In diesem Nebeneinander von Befürwortung staatlicher Eingriffe einerseits und einem gewissen Desinteresse an materiellen Fragen im Rahmen der Befürwortung einer individuellen Neuorientierung andererseits drückt sich aus, daß das Leitbild der Besonderung auch eine tendenziell disparate Haltung in Fragen der Solidarität mit sich führt, wobei insgesamt die Befürwortung staatlicher Eingriffe in die Verteilungsstruktur leicht überwiegt.

### **Verhältnis zur bestehenden gesellschaftlichen Ordnung**

#### Beziehung zur politischen Ordnung

Von der Wende hat sich Barbara ursprünglich die Etablierung des *"wirklichen Sozialismus"* (1,17) erhofft;<sup>1</sup> diejenigen, *"die die Wende eingeleitet haben ... die hätte man versuchen lassen sollen, vielleicht auch mal den den [...] den Staat zu führen"* (2,12). Diese Hoffnungen haben sich jedoch schnell zerschlagen. Stattdessen haben ganz andere Prozesse Raum gegriffen, denen Barbara sehr kritisch gegenübersteht. Auch andere häufig genannte positive Momente wie etwa die gewonnene Meinungsfreiheit, die häufig als Vorzug der BRD angeführt wird, beurteilt sie sehr skeptisch. Denn gerade am Arbeitsplatz, wo der Druck im Vergleich zu früher viel größer geworden ist, gilt dieser Grundsatz nicht. Vor diesem Hintergrund erscheint sogar die DDR in positivem Licht, denn dort konnte man sich im Betrieb frei äußern, ohne etwas befürchten zu müssen. An eine "echte" Demokratie - was die Bundesrepublik ihres Erachtens nicht ist - stellt Barbara ferner sehr hohe Ansprüche, insbesondere kritisiert sie an der BRD das Fehlen von Volksabstimmungen. Letztlich hat ihrer Meinung nach die Industrie *"die Fäden in der Hand"* (2,13), eine unabhängige und demokratische Politik existiert demnach gar nicht.

#### Einstellung gegenüber der Dynamik gesellschaftlicher Teilsysteme

Primär ist für Barbara das Muster einer Teilung der Gesellschaft in zwei Gruppen entscheidend, wonach auf der einen Seite Nutznießer, auf der anderen Übervorteilte stehen. In dieser "Klassengesellschaft" setzen sich erstere zusammen aus den Eliten in Politik und Wirtschaft, die ihre privilegierte Stellung ausnutzen, um sich materiell besser zu stellen, zweite sind *"die kleinen Leute"*, die das Nachsehen haben. Die privilegierten Zugänge der Eliten zu Einkünften und Ressourcen sind für Barbara inakzeptabel. Um angesichts dieses Zustandes Abhilfe zu schaffen, wären direkte staatliche Eingriffe in das ökonomische System notwendig und zu diesem Zweck müßten im Staat die richtigen Akteure an den entscheidenden Stellen sitzen.

Ein ähnliches Bild einer Zweiklassen-Gesellschaft hat sich bereits bei Carsten gefunden. Eine weitere Parallele zwischen den beiden besteht in ihrer Personifizierungstendenz, indem das Vorhandensein von Disparitäten auf Akteure zurückgeführt wird, während systemische Aspekte weitgehend ausgeblendet bleiben. Da sich Barbara nicht von der Akteursperspektive lösen kann, bleibt ihr der Weg verstellt, sich mit den komplizierteren sozialen Verflechtungszusammenhängen zu befassen. Zwar sieht sie, daß es der Marktwirtschaft immanent ist, Gewinnstreben zu fördern, ihr Bild von den funktionalen Systemen ist jedoch allenfalls rudimentär. Letztlich ist es der Mensch als solcher, der egoistisch denkt: *"Also ich glaube, daß es mit den Menschen einfach nich machbar is, da is der Mensch zu egoistisch, zu habgierig, also um die Ideen [Barbara meint hier die "Uridee" des Sozialismus. PS] wirklich durchzusetzen."* (1,16) Es sind nicht die funktionalen Mechanismen,

---

<sup>249</sup> Nach Bütow (1995: 88) votierten im November 1989 88 v.H. der Jugendlichen für einen "besseren, reformierten Sozialismus", aber nur fünf v.H. für einen kapitalistischen Weg. Bütow (ebenda) kommt daher zu dem Schluß, daß die Abkehr vom Sozialismus und dessen theoretischer Begründung im Marxismus-Leninismus im Verlaufe der achtziger Jahre primär eine Abkehr vom realen Sozialismus in der DDR war, weniger jedoch eine Abkehr von der positiv bewerteten Grundidee des Sozialismus.

sondern die Menschen selbst, die einer solidarischeren Gesellschaftsordnung im Wege stehen. So sieht Barbara auch keine lebensweltlichen Potentiale zur Förderung ihrer Vorstellungen, nur der Staat mit den richtigen Akteuren an der Spitze böte eine Chance.

Insgesamt distanziert sich Barbara sowohl im Rahmen der DDR als auch der BRD von der jeweiligen Gesellschaftsordnung. Ebenso bleibt ihre Haltung in beiden Fällen auf der Handlungsebene konsequenzenlos. Ferner macht sie sich wenig Gedanken um die Folgewirkungen bzw. Umsetzungsprobleme ihrer Solidaritätsforderungen; diese werden aber auch nicht radikal gestellt, sondern fallen im Vergleich zu *Carsten* recht moderat aus.

### **Reichweite der Solidaritätsbeziehung**

In die Solidaritätssphäre werden alle Menschen mit einbezogen, mit denen die Industrieländer Kontakt hatten. Es geht Barbara dabei (ähnlich wie im Falle *Franks* (siehe unten)) primär um die Pflicht zur Wiedergutmachung für die in der Vergangenheit stattgefundene Ausbeutung der Dritten Welt. Zu bevorzugen sind behutsame Maßnahmen, die insbesondere die Schonung der Umwelt und der lokalen Kultur beinhalten. Generell geht Hilfe, die geleistet wird, mit Reziprozitätsverpflichtungen einher. So sind etwa Sozialhilfeempfänger für die empfangenen Leistungen zu Gegenleistungen verpflichtet und dürfen daher beispielsweise zu kommunalen Arbeiten herangezogen werden.

### ***Typ e) Emotional-Gemeinschaftsbezogener Typ***

#### ***Rolf (Theologie)***

##### **Solidaritätsanalyse**

##### **Benachteiligte Bevölkerungsgruppen, Einkommensungleichheit**

I: *Hm hm, äh gibt es heute benachteiligte Gruppen? [...] Und wenn ja, welche?*

R: *... Also alles was was arbeitslos is zum ersten, (I: hm) die Rentner zum zweiten, die Kinder zum dritten, die äh Obdachlosen, die ach, was weiß ich, (I: hm hm) die Reihe ließe sich unheimlich fortsetzen. Die sind einfach in Hintern getreten. (2,10)*

Rolf beantwortet die Frage mit einer Aufzählung - *Rentner, Kinder, Obdachlose* -, wobei er nicht näher auf die Spezifik der jeweiligen Benachteiligungsmomente eingeht. Vielmehr schließt er gleich mit einer saloppen und zugleich lapidaren Bewertung der Situation dieser Bevölkerungsgruppen an: *"Die sind einfach in Hintern getreten."*, womit er die Situation der Benachteiligung mit so großer Selbstverständlichkeit konstatiert, als ob dies keiner weiteren Erläuterung bedürfte. Indem Rolf keinerlei Differenzierung in seiner Aufzählung vornimmt, sondern sie im Gegenteil für alle erdenklichen weiteren Möglichkeiten offen hält (*"die Reihe ließe sich unheimlich fortsetzen"*), wird der Begriff der Benachteiligung äußerst diffus.<sup>1</sup>

R: *Ich denke ich denke eben einfach so an Obdachlose oder so was. (I: hm) So was darf nicht sein. (I: hm) Also da wird einfach zu wenig für ausgegeben. (2,11)*

<sup>250</sup> Dabei scheint er übrigens im Fall der Rentner nicht über die Erkenntnis zu verfügen, daß insbesondere diese Gruppe vom Systemwechsel profitiert hat. (Siehe Friedrich 1989, Kohli 1994: 45, Wollé 1998: 181f sowie S. 156 dieser Arbeit)

Im Falle der Obdachlosen ist die Armut besonders krass und deutlich. Ein solches Schicksal dürfte es eigentlich gar nicht geben. Damit stellt Rolf zwar eine klare Forderung: die Gesellschaft ist hier zuständig und zum Eingreifen verpflichtet, einen genaueren Adressaten (etwa Bevölkerung, Politik, Kirche) dieser Forderung benennt er allerdings noch nicht.

*I: Hm, auch wenn noch mehr Schulden gemacht wird, soll dann?*

*R: Wer macht Schulden?*

*I: Na, das Land verschuldet sich doch noch mehr.*

*R: Bei beim bei wem?*

*I: Bei den Banken. Das ist doch*

*R: Ja na gut, äh ist die Frage, wofür ich mein Geld ausbe. Ich ich seh im Vergleich immer, 's wird sich aufgeregt im Volk, daß für Ausländer soviel ausgegeben wird. Zum Beispiel für Ausländer werden drei Milliarden im Jahr ausgegeben. Für's Militär werden fünfzig Milliarden ausgegeben. (I: hm) Und das ist einfach ooch ne Sache, da sag ich, schmeißt das Militär raus, (I: hm) dann habt dann habt ihr's Geld frei. Und wenn ich bei auch auch bei Besserverdienenden kappen würde oder so, dann (I: hm) also Geld ist genug da, ich glaube nicht, daß wir irgendwie unter Geldnot zu leiden haben. 's ist immer nur die Frage, wofür gibt man's aus. Und wenn ich noch breitere Straßen baue und noch bessere Autobahnen, ist das auch irgendwo an der falschen Stelle. (2,11f)*

Auf den Einwand des Interviewers, ob denn staatlicherseits "*noch mehr Schulden gemacht werden*" sollen zum Zwecke der Bekämpfung von Obdachlosigkeit, reagiert Rolf zuerst mit einer Nachfrage. Dabei ist jedoch kaum anzunehmen, daß er wirklich keine Kenntnis von der Verschuldung des Staates hat. Vielmehr will Rolf wohl zum Ausdruck bringen, daß er die Relevanz von Staatsschulden für marginal hält. Das wird auch an seiner Frage nach den Gläubigern deutlich: Rolf möchte Auskunft bekommen, wie evident die Verpflichtung zur Rückzahlung eigentlich ist. Nachdem er auf seine Frage Antwort erhalten hat, realisiert er, daß der Staat sich nicht problemlos - etwa qua Machtentscheid - von seinen Schulden dispensieren kann. Diese Einsicht führt aber nicht dazu, die Finanzierung für ein Problem zu halten, vielmehr schlägt Rolf nun den alternativen Weg ein, im Staatshaushalt überflüssige Kosten (Militär, Straßenbau) auszumachen, die problemlos eingespart werden könnten, um mit den freiwerdenden Mitteln die Bekämpfung der Obdachlosigkeit zu finanzieren. Ferner fordert er, Geld bei den Besserverdienenden einzutreiben.

Nach seiner Auffassung ließe sich Armut relativ leicht bekämpfen: es gibt große Geldbeträge im gesellschaftlichen Gesamtvermögen, die in die falschen Kanäle fließen und relativ einfach in die richtige Richtung umgeleitet werden könnten. Nicht fehlendes Geld, sondern dessen falsche Verteilung ist das eigentliche Problem. Rolf hat offensichtlich ein relativ einfach gestricktes Bild von der Gesellschaft und insbesondere von ihren Verteilungsprozessen. So übersieht er etwa funktionale Gewinne, die aus der Ungleichverteilung von Einkünften, Geld, Vermögen etc. resultieren, beispielsweise die Anreizfunktion zur Erbringung von Leistung. Und Folgeprobleme, die sich aus seinen finanziellen Forderungen ergeben würden, löst er durch die Vermutung von Geldbeständen (unnötige Rüstungsausgaben, Figur des reichen Mannes), die man lediglich anzapfen und in die richtige Richtung leiten müßte. Für Rolf ergeben sich damit konkrete Handlungsanweisungen direkt aus dem solidarischen Prinzip, während ihm Fragen der funktionalen Folgen oder möglicher gesellschaftlicher Widerstände zweitrangig und leicht lösbar erscheinen.

- I: *Hm, hm, und gibt es umgekehrt Gruppen, die mehr bekommen als es ihren Leistungen entspricht, [...] heute?*
- R: *Hm, also mehr als, sag ich, was heißt Leistung entspricht. Ich sag mal lieber als angemessen is. (I: hm, gut) Ähm, die Pfarrer als erste.*
- I: *Die Pfarrer?*
- R: *Ja. Es is nich angemessen, daß also Pfarrer nach'm Beamtentarif zu bezahlen, bloß weil se Beamte sind. (I: hm hm) Ich finde, das is äh ne Bürokratie an der falschen Stelle. Die kriegen so viel, daß also jetzt, wenn se viele Dienstjahre natürlich haben ne. Das is also zu Anfang ja nich gleich. Aber ich denke, wesentlich weniger würde auch reichen. Und das is einfach so'n Staat-Kirche-Komplott, äh na ja, die sind nun mal Beamte und müssen deswegen so bezahlt werden oder so. Ich finde überhaupt nich, daß die soviel kriegen müssen. (I: hm) Ich denk, Pfarrerberuf muß irgendwie en bißchen Idealismus dabei haben, sonst sonst gehts gar nich. ... Also (I: hm) ich hab jetzt ooch keen keen Modell im Kopf irgendwie, wie's wie's nun gehen könnte. Aber es muß einfach weniger sein. (2,11)*

Rolf setzt dem Begriff der Leistung den der Angemessenheit entgegen, womit er deutlich machen will, daß es für ihn eben nicht das Kriterium der Leistung ist, das der Bemessung von Einkünften zugrunde liegen sollte. Als Beispielfall für eine Gruppe, die zuviel erhält, nennt Rolf die Pfarrer, womit er auf seinen unmittelbaren Erfahrungshorizont zurückgreift, nämlich auf den Beruf seines Vaters, der überdies in seiner Familie eine lange Tradition hat und der für Rolf selbst (als Student der Theologie) die primäre Berufsoption darstellt.

Dabei mutet der Vorwurf der *"Bürokratie an der falschen Stelle"* seltsam an, denn die Bezahlung der evangelischen Pfarrer ist zwar am Beamtentarif orientiert, damit sind sie aber noch keine Beamten, sondern weiterhin Angestellte der Kirche. *"Wesentlich weniger würde auch reichen"*: diese Aussage trifft Rolfs eigentliches Anliegen. Es geht ihm weniger um die Verzahnung mit dem Staat, als vielmehr darum, daß Pfarrer aufgrund des Beamtentarifes zuviel verdienen. Ein *"bißchen Idealismus"* sollte nämlich das eigentliche Kennzeichen, ja die *Essenz* der Profession sein, ohne die der Beruf gar nicht adäquat ausgeübt werden kann. Rolf kommt damit zu dem Schluß, daß Pfarrer ihren eigenen Ansprüchen nicht gerecht werden, wenn sie über ein (zu) hohes Einkommen verfügen. Damit wird auch etwas deutlicher, was Rolf mit dem Begriff *"angemessen"* eigentlich sagen will: nicht auf der Grundlage von "Leistung", sondern ausgehend von einem spezifischen *Berufsethos* soll die *"angemessen(e)"* Entlohnung festgelegt werden. In diesem Zusammenhang gilt, daß ein zu hoher Verdienst das idealistische Moment zu sehr beeinträchtigt: *"Es muß einfach weniger sein"*, und als Richtgröße dient die Orientierung am Durchschnittseinkommen.

- I: *Hm, (R: also) noch andere, die mehr kriegen aus Deiner Sicht, mehr als angemessen?*
- R: *Politiker kriegen viel zu viel. (I: hm) Also 's unvorstellbar, sie ham zwar ne riesen Verantwortung, aber äh die nutzen sie ja auch kräftig für sich aus. (I: hm) Das das geht nich. (I: hm) Also da oben is en is en Kreis, der sich in sich bewegt und äh für sich Gesetze macht, wie's ihm paßt. Und äh zum Beispiel denk ich auch, daß daß Politikern, die in im Bundestag sitzen oder so, nie in irgendwelchen Vorständen von von irgendwelchen Betrieben sitzen dürften. (I: hm ja) Weil das en weil das is en Teufelskreis, und das das geht gar nich, äh wenn man ne demokratische Politik machen will. Das müßte verboten werden einfach. (lacht kurz) (2,11)*

Politiker verdienen ebenfalls zuviel. Damit geht Rolf zwar über seinen unmittelbaren Erfahrungskontext hinaus, greift aber mit großer Selbstverständlichkeit zu einem verbreiteten Klischee, nämlich dem der *"Selbstbedienungsmentalität der Politiker"* (vergleiche auch *Hartmut, Carsten* und

Barbara). Zwar gesteht er ihnen zu, daß sie große Verantwortung zu tragen haben, aber die mit dieser Verantwortung verbundene Macht wird zum eigenen Vorteil mißbraucht.

Wenn Politiker in den Vorständen von Betrieben sitzen, so ist dies für Rolf ein *"Teufelskreis"*. Dabei erläutert er nicht, *inwiefern* es sich denn hier um einen solchen handelt. Ein Teufelskreis ist ein Mechanismus mit mehreren verknüpften Elementen, bei denen eine negative Entwicklung durch Rückkopplungseffekte selbstverstärkend vorangetrieben wird. Dieser Zusammenhang müßte angegeben werden, ferner seine Voraussetzungen, Kontextbedingungen und Folgen. All dies unterläßt Rolf. Ähnlich wie bei der *"Bürokratie an der falschen Stelle"* und dem *"Staat-Kirche-Komplot"* hat der Begriff vor allem eine abwertende Funktion, indem er als Etikett zur Negativkennzeichnung fungiert. Wie schon bei der Berufsgruppe der Pfarrer sieht Rolf hier offenbar eine Gefahr der Verquickung, die durch die Aufhebung der Trennung zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Sphären<sup>1</sup> entsteht: die eigentliche Tätigkeit wird durch die Gleichstellung mit Beamten (Pfarrer) bzw. durch die Mitgliedschaft in Aufsichtsräten (Politiker) kontaminiert und daher nicht mehr angemessen ausgeführt. Man beugt sich den Imperativen einer anderen Sphäre als derjenigen, der man eigentlich angehört, und vernachlässigt zugunsten eines höheren Einkommens die Aufgaben, für die man eigentlich zuständig ist.

*Äh na und überhaupt würd ich sagen, is die äh is die Spanne zwischen sehr gut Verdienern und sehr wenig Verdienenden viel zu groß. (I: hm) Das müßte viel zurückgeschraubt werden. (I: hm) Das is nich schlecht, wenn manche viel verdienen und manche wenig. Aber äh so wie das jetzt is bei uns hier im Land, is das einfach unangemessen. (2,11)*

Hier können erstmals Schlüsse auf ein näher bestimmbares Gerechtigkeitsprinzip gezogen werden. Zwar hält Rolf die gegenwärtigen Einkommensunterschiede für zu groß, aber er geht nicht so weit, sie völlig abschaffen zu wollen. Er ist vielmehr Anhänger des *Compressed-Range-Prinzips*, also der Reduzierung der Bandbreite von Einkommen. Dabei soll diese Spanne im Vergleich zu anderen Interviewpartnern (etwa *Susanne*, *Heiner*) sehr eng ausfallen: *"Das müßte viel(!) zurückgeschraubt werden."* Leider fehlt auch hier wieder eine weitergehende Argumentation, in der Rolf die Gründe für die gewünschte Reduzierung angeben könnte. Zwar nennt er wieder das bekannte Kriterium *"unangemessen"*, dessen Inhalt aber unklar bleibt. Vermutlich beruht dieser Inhalt auf einem intuitiven Verständnis von Angemessenheit, bei dem Rolf davon ausgeht, daß es der Interviewer ohne Schwierigkeiten nachvollziehen kann.

Eindeutig argumentiert Rolf bisher (ganz im Gegensatz zu *Britta* und *Michael*) gerade *nicht* funktionalistisch<sup>1</sup>, sondern auf der Basis lebensweltlicher Plausibilitätsannahmen, von denen Rolf überzeugt ist, daß sie sein Gegenüber mit ihm teilt. Diese weisen jedoch einen auffällig geringen Grad an Explizitheit und damit an lebensweltlicher Rationalisierung auf. Es sind vielmehr rein intuitive "Evidenzen", die Rolf wie selbstverständlich sowohl bei seinem Gesprächspartner als auch, davon darf man ausgehen, bei anderen potentiellen Rezipienten voraussetzt. Spannend ist die Frage,

<sup>251</sup> Zum Begriff der Sphäre siehe Walzer (1992).

<sup>252</sup> Funktionalistische Züge lassen sich allenfalls im Zusammenhang mit einer klaren Sphärentrennung ausmachen, aber auch diese steht nicht im Dienste einer höheren Effizienz des Gesamtsystems. Auch hier liegt vielmehr die inhaltlich unterdeterminierte Zielperspektive der "Angemessenheit" zugrunde.



inwieweit Rolf überhaupt bereit und in der Lage ist, die Perspektive potentieller Gegner seiner Ansichten einzunehmen, und inwiefern er die Folgewirkungen seiner Forderungen in Rechnung stellt. Bisher deutet alles darauf hin, daß beide Momente eher unterbelichtet bleiben.

#### Sozialhilfeempfänger

*R: Ich kenn ich kenn Sozialhilfeempfänger, die die mit dem, was se kriegen und ähm mit was se auskommen müssen auch zurechtkommen. Das sind aber Leute, die erstens in nem in nem Heim untergebracht sind, wo se nich sehr viel Miete bezahlen müssen, zweitens auch Kleidung gestellt kriegen und das was was insgesamt heißt, daß se mit dem bißchen Geld, was se kriegen natürlich, (I: hm) daß se das ooch für sich haben (I: hm) oder so. Aber 's gibt ja ooch Leute, die die dann mit Miete und so zu kämpfen haben und und dann einfach rausfliegen und auf der Straße sitzen.*

*I: Ja Miete wird mitbezahlt, wenn man Sozialhilfeempfänger is.*

*R: Ach so. Na ja, oder aber ich*

*I: Aber alles andre halt nich. (2,12)*

Rolf möchte zu verstehen geben, daß der Sozialhilfesatz angesichts der Anforderungen des normalen täglichen Bedarfs zu niedrig ist. Wieder argumentiert er auf der Grundlage von Wissensbeständen, die er durch eigene Lebenserfahrung (in diesem Falle persönliche Kontakte) erworben hat. Dabei kommt er zu dem Ergebnis, daß ein bestimmter Personenkreis gut mit der Sozialhilfe auskommt, weil die Betreffenden lebenswichtige Güter (Kleidung, Wohnung) gestellt bekommen und nicht selbst bezahlen müssen. Andere, die nicht über solche zusätzlichen Ressourcen verfügen, kommen dagegen mit den geringen Beträgen der Sozialhilfe nicht zurecht. Rolf weiß offensichtlich nicht, daß die Unterstützung auch einen Anspruch auf Wohngeld beinhaltet, worauf ihn schließlich der Interviewer hinweist. Interessant ist in diesem Zusammenhang weniger, daß Rolf nicht genau über die Regelungen der Sozialhilfe informiert ist, denn das ist typisch für nahezu alle Menschen, die selber noch nicht in der Situation waren, Sozialhilfe beziehen zu müssen. Interessant ist dieser Umstand vielmehr in Verbindung mit der *vorgeblichen Informiertheit*, die Rolf an den Tag legt, während ihm tatsächlich wesentliche Details entgangen sind. Dies paßt zu der bisherigen Figur, wonach ungeprüfte Annahmen völlig ausreichend erscheinen, um zu abschließenden und *schwerwiegenden* Schlußfolgerungen zu gelangen. Im Vergleich mit *Heiner* sind Rolfs Informationsquellen zwar genau komplementär<sup>1</sup>, aber anders als jener nimmt Rolf die Einseitigkeit seiner Informationen nicht als Defizit wahr.

#### Arbeitslose

*I: Ja. [...] Was soll man für Arbeitslose tun? Sollten die Arbeitenden von ihrem Einkommen abgeben?*

*R: [...] Ich hab mir mein Sparprogramm noch nicht überlegt, (lachen beide kurz) aber äh das is das is auf alle Fälle sicher richtig. Also wer wer viel hat, soll auch viel abgeben. Ähm [...] ich würde sagen, man muß auch die Arbeitszeit verkürzen. Es is es is en bißchen schwierig, wenn äh, ich denke, daß die die Automatisierung bei uns hier sehr weit (I: hm) vorangeschritten is, und und es dadurch ja wirklich auch äh Arbeitsplatzeinbußen gibt. Nur es is die Frage, wie*

<sup>253</sup> Zur Erinnerung: Heiner verfügt primär über einen theoretischen Zugang zu den angesprochenen Themenbereichen, findet diesen aber selbst defizitär und strebt daher eine Ergänzung seines Wissens durch Alltagserfahrungen bzw. den Versuch, sich in die Lage der Betroffenen hineinzusetzen, an.

*kann wie kann Deutschland auf'm Weltmarkt mithalten, wenn ähm wenn's das nich hätte, so ne, wenn's also nich schnell genug (I: hm) arbeitet. (I: hm) Aber Deutschland steht nun mal schon irgendwo ganz schön weit oben. Ich weiß nich, ob dieser dieser Stand sein muß unbedingt. (I:hm hm) Deswegen [...] ich weiß es nich, ich würde wahrscheinlich dafür sein, die Arbeitszeit en bißchen zu kürzen. (2,12)*

"Also wer viel hat, soll auch viel abgeben": diese Äußerung rekurriert auf die Idee einer definitiven Verpflichtung der Reichen gegenüber den Armen. Rolf macht hier eine Äußerung, die eigentlich nicht in den Kontext der Frage paßt, denn es geht um die Verteilung von Arbeit und nicht um die Verteilung von Geld, und so entsteht der Eindruck einer Faustregel, die etwas unpassend appliziert wird. Vor dem Hintergrund dieses Leitsatzes befürwortet Rolf jedenfalls eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung.

Anschließend thematisiert er das funktionale Erfordernis der Automatisierung, die notwendig erscheint, damit sich Deutschland auf dem Weltmarkt bewähren kann. Diese führt zu Arbeits einsparung und damit zu Arbeitsplatzverlusten. Für die Automatisierung spricht daher die Erhaltung der weltweiten Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie, gegen sie jedoch, daß durch sie das Gesamtarbeitsvolumen vermindert wird. Da Rolf bezüglich der deutschen Konkurrenzfähigkeit nicht auf einem Spitzenplatz besteht, spricht er sich für eine Akzentverschiebung zugunsten der Erhaltung von Arbeitsplätzen aus. Rolf ist offensichtlich nicht wettbewerbsorientiert, sondern fürsorglich eingestellt, denn es geht ihm nicht um eine optimale Platzierung im Rahmen einer (weltweiten) Konkurrenz, sondern vielmehr darum, daß nach Möglichkeit niemand exkludiert wird: *"Ich weiß nich, ob dieser dieser Stand [Deutschlands auf dem Weltmarkt] sein muß unbedingt."* Ferner hält er den funktionalen Mechanismus der Ökonomie für biegsam genug, um Effizienzeinbußen zugunsten der Inklusion Benachteiligter durchzusetzen.

*I: Ohne Lohnausgleich?*

*R: Was heißt was heißt ohne Lohnausgleich?*

*I: Na ja, es wird doch Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich gefordert. Das heißt, daß man dann praktisch weniger arbeitet und trotzdem bezahlt kriegt.*

*R: Dafür bin ich eigentlich nich. Also 's kommt drauf an, wieviel man verdient. (I: hm) Und das hängt dann ooch wieder von Mieten ab und was weiß ich, (I: hm) wieviel man Miete bezahlt. Und das is natürlich schwierig ne. Aber wenn wir zehn Prozent Arbeitslose haben, oder wie auch immer, äh das heißt äh, andre neunzig Prozent arbeiten. Und wenn wenn wenn neun Leute irgendwie insgesamt was abgeben und einem Arbeitslosen zur Verfügung stellen, dann is das ja auf die neun Leute ja nich so sehr viel. (I: hm) Also wenn wenn neun Leute, was weiß ich, en fünfzig Mark-Schein abgeben, is es für den Einzelnen nich so viel, weil ja, na ja gut, fünfzig Mark, (I: hm, unverst.) das sagt sich leicht. Na, obwohl wenn ich das als Student zahle, wenn ich jetzt fünfzig Mark abgeben müßte, doch würde gehn, würd ich machen. (I: hm) Ähm dann dann is es für den Einzelnen nich so viel, aber für den äh für den der's kriegt, is es ja dann doch schon wieder irgendwo, (I: hm hm) sin ja dann schon na ja, vierhundertfünfzig Mark. (2,12)*

Nachdem der Begriff "Lohnausgleich" geklärt wurde, spricht Rolf sich dagegen aus, gibt jedoch zu bedenken, daß die Lohnempfänger noch in der Lage sein müssen, den Verzicht zu verkraften, um insbesondere weiterhin ihre materiellen Notwendigkeiten, z.B. die Zahlung ihrer Mieten, bedienen zu können. Rolf erscheint dieses Problem anhand des modellhaften Rechenexempels leicht lösbar. Mit der Annahme einer Arbeitslosenrate von 10 v.H. geht er davon aus, daß ein entsprechender Einkommensverzicht tragbar wäre. Dabei versetzt er sich selbst ausgehend von seiner gegenwärtigen

Situation in eine ähnliche Lage und kommt zu dem Schluß, daß er selber den notwendigen Verzicht leisten würde. Auch hier tritt die Neigung, Sachfragen auf der Informations- und Entscheidungsgrundlage lebensnaher Kontexte zu beantworten - diesmal ähnlich wie bei *Heiner* durch Konstruktion einer kontrafaktischen Situation - wieder hervor. Dabei stellt Rolf die Forderung nicht nur an andere, sondern bezieht auch sich selbst mit ein.

Auffällig ist, daß Rolf hier nicht in Kategorien von Interessengruppen, Schichten, Klassen etc. denkt, sondern das vorliegende Problem vielmehr so auffaßt, als handele es sich in der Gesellschaft um eine Gruppe Gleichgestellter, die sich auf Augenhöhe begegnen und eine gemeinsame Lösung anstreben. Damit wird die Bevölkerung gleichsam zu einer großen Gruppe von gleichrangigen solidarischen Personen, die sich recht spontan zu fürsorglichen Handlungen entschließen können.

*I: Hm, Du würdest auch, wenn Du dann Pfarrer bist, falls Du Pfarrer wirst, (R: ja) würdest Du dann auch, meinetwegen en Arbeitslosen noch mit oder würdest Du eben auch Arbeitslosengeld (R: ja) geben?*

*R: Ich ich bin, also ich man muß natürlich auch sehen, wie man's verteilt, ne. Also ich hätte Lust unheimlich viel davon abzugeben, und ich werd das sicherlich auch machen. (2,12)*

Der Interviewer fragt nach, ob Rolf auch in seinem späteren Beruf eine Neigung hätte, etwas von seinem Einkommen abzugeben. Für Rolf wäre dies ein Akt, der ihm sogar Freude bereiten würde: *"Also ich hätte Lust unheimlich viel davon abzugeben, und ich werd das sicherlich auch machen."* Diese Wortwahl bringt eher eine fast kindliche Freude als ein reflektiertes Urteil zum Ausdruck. Die Position des Gebenden ist für Rolf sehr positiv besetzt und es scheint ihm mehr um den Akt des Gebens selbst zu gehen als um die Folgen seines Handelns.

*I: Aber Du bist der Meinung, daß die, die viel verdienen, abgeben müssen*

*R: Ja (2,12)*

Die Anschlußfrage des Interviewers zielt auf eine Generalisierung dieser Haltung. Dabei ereignet sich eine sehr wichtige Akzentverschiebung. Während nämlich Rolf zuvor von einer freiwilligen Leistung gesprochen hat, stellt der Interviewer hier die Frage, ob eine verbindliche Forderung an alle erhoben werden soll. Im ersten Fall handelt es sich um eine Frage des guten Lebens, die jeder für sich selbst zu entscheiden hat, im zweiten um eine verbindliche Forderung an alle, also um eine Frage der Gerechtigkeit. Für Rolf spielt diese Akzentverschiebung offenbar keine Rolle.

#### Ost-West-Unterschiede und Dritte Welt

*I: Hh, [...] äh soll der Reichtum von Westdeutschen zwischen Ost und West aufgeteilt werden? (R lacht kurz) [...] Is eigentlich (R: hm) die Umverteilungsgeschichte vorhin.*

*R: Hm, [...] ähm is immer die Frage, ob se überhaupt was abgeben können. (räuspert sich) Also*

*I: ob Du denkst, daß die Westdeutschen abgeben sollten.*

*R: Ja, (I: hm) das is schwierig. Also ich denke, wir ham hier ooch genug Potentiale, uns uns viele Sachen selbst zu erarbeiten und äh wenn da en paar Finanzspritzen kommen oder so, die die nebenbei auch abfallen, ich denke, hier is ne große Eigendynamik noch drin. 's muß sicherlich unterstützt werden. Aber 's muß jetzt nich irgendwie die die vielen die die großen Summen, die noch dahinter stehen irgendwie, die müssen glaub ich nich, das muß nich sein. (I: hm, hm) Glaub ich nich, das soll lieber noch (I: hm) woanders hingegeben werden. (2,13)*

Rolf glaubt offensichtlich, daß a) der westliche Teil Deutschlands Probleme hat, Ressourcen für Ostdeutschland zur Verfügung zu stellen (*"ob se [die Westdeutschen] überhaupt was abgeben können"*), und b) daß Ostdeutschland genügend eigene industrielle Potentiale hat, sich *"viele Sachen selbst zu erarbeiten"*. Damit geht Rolf von einer (zumindest potentiellen) wirtschaftlichen Autonomie der neuen Bundesländer aus. Angesichts des tatsächlichen Sachverhaltes und vor dem Hintergrund des bisher Interpretierten darf bezweifelt werden, daß Rolf wirklich über diese Dinge informiert ist. Die Selbstverständlichkeit, mit der er dennoch zu seinen Schlüssen gelangt, ist jedoch ein weiteres Mal bemerkenswert.

Es stellt sich die Frage, ob Rolf, wenn er von *"genug Potentiale(n)"* spricht, *"viele Sachen selbst zu erarbeiten"*, überhaupt materiellen Wohlstand meint. Rolf hat als Vertreter einer Haltung des Verzichts eventuell ganz andere Zielvorstellungen vom guten Leben. Bereitschaft zum Verzicht liegt nämlich auch seiner Äußerung zugrunde, daß die Not woanders größer ist und Hilfsmittel, die bisher dem Osten zur Verfügung gestellt wurden, eher dort angebracht wären. Überschüssige Mittel sollen demnach da eingesetzt werden, wo sie am ehesten gebraucht werden, weniger für Länder bzw. Landesteile, die von der Volkszugehörigkeit her näherliegen.<sup>1</sup> Dementsprechend antwortet Rolf auch auf die Frage, ob die Bundesrepublik Verpflichtungen gegenüber der Dritten Welt hat:

R: *Ja, ja, also zum Abgeben und vor allen Dingen auch damit aufhören unsern Reichtum daraus zu schöpfen. [...] Das is, glaub ich, das Wichtigste, und daß wir uns hier irgendwie bewußt uns werden, inwiefern sitzen wir auf deren Schultern. (I: hm) Inwiefern is es einfach nötig, hier zu lernen, was kann ich tun, da- damit ich nich der Ausbeuter eigentlich bin. (I: hm) Denn es is eigentlich unheimlich schlimm, oder oder äh viele sind sich dessen ja gar nich oft bewußt, wie wie direkt man zum Ausbeuter wird. (I: hm) Also auch wenn man wenn man hier sehr wenig hat ne, (I: hm) is man ja trotzdem irgendwo, sitzt man ja da noch drauf auf ihnen und is mit Schuld am am Hunger anderer. Sicher indirekt, aber (I: hm) hmm [...] umdenken [...] und vor allen Dingen irgendwo bereit werden en kleines bißchen dafür herzugeben von dem, was man besitzt, [...] daß heißt, daß ich beim Kaffee anfang. ... wenn man seinen Kaffee, was weiß ich, im Welt-Laden kauft, (I: hm) das würde schon sehr viel helfen. Wenn das alle machen würden, da wäre da würde's auch sich sehr schnell, denk ich, was bewegen. (2,13)*

Rolf vertritt hier (wie bisher *Susanne, Barbara* und *Axel*) die Dependenzthese, wonach der Reichtum der Industrieländer auf der Armut der Dritte-Welt-Länder beruht. Dabei werden zwar auch hier nicht - genausowenig wie an anderen Textstellen - die zugrundeliegenden funktionalen Mechanismen benannt, aber immerhin nimmt Rolf die ungerechten Folgen wahr, die aus ihrem Wirken resultieren. Da er die funktionalen Mechanismen in ihrer Eigenrelevanz aber weiterhin ausblendet, gelangt Rolf lediglich zu der Ansicht, daß jeder einzelne Einwohner der reichen Länder, auch er selbst, gewollt oder ungewollt ein Ausbeuter der Dritten Welt ist. So sieht Rolf zwar die negativen Folgen des Wirkens funktionaler Mechanismen, insbesondere der ökonomischen Verflechtungen, kann sich aber nicht vorstellen, inwiefern man an diesen zur Verbesserung der Lage

<sup>254</sup> Während das Nähe-Kriterium die Solidarität an existierende Beziehungen bindet, schlägt etwa das Kriterium der *Bedürftigkeit* einen anderen Weg ein: hier leitet sich die Prioritätensetzung solidarischer Zuwendung aus dem Grad der Beeinträchtigung des Solidaritätsbedürftigen ab: je gravierender die Notsituation, desto dringlicher die Solidarität. Wegen der extrem schlimmen Armut in der Dritten Welt hat die weltweite Solidarität in einer solchen Argumentation einen besonders hohen Stellenwert. (Rottländer 1997: 132)

der Menschen in der Dritten Welt ansetzen könnte. Handlungsmöglichkeiten macht er lediglich bei den Individuen aus. Jeder kann und soll demnach seinen Beitrag leisten, indem er beispielsweise seinen Kaffee im Dritte-Welt-Laden kauft, denn auf diese Weise bekommen die Kaffeebauern in der Dritten Welt ein faires Entgelt für ihre Arbeit. Eingriffe auf höheren sozialen Aggregationsstufen, etwa Organisationen oder Staaten, thematisiert Rolf dagegen nicht. Hier wird seine Neigung, mit Änderungsvorstellungen immer bei alltäglichen bzw. unmittelbaren lebensweltlichen Kontexten anzusetzen (hier beim Einkaufsverhalten der Individuen), besonders deutlich.

### **Zusammenfassung**

Ganz offensichtlich sieht Rolf in *Verzichtsleistungen* zugunsten Benachteiligter einen Weg zum guten Leben. Dabei neigt er dazu, die Grenze zwischen seiner persönlichen Entscheidung für diese opferbereite Lebensweise einerseits und moralisch verbindlichen Forderungen - sprich Gerechtigkeitsfragen - andererseits zu verwischen. Wenn nämlich, so meint er, *alle* seiner Vorstellung vom guten Leben folgten, dann würden sich sämtliche Probleme der sozialen Integration und der Verteilungsgerechtigkeit sowohl innerhalb Deutschlands als auch weltweit von selber lösen: "*wer viel hat, soll auch viel abgeben*" (2,12): das ist Rolfs Credo im Bezug auf Verteilungsfragen. Das gesellschaftliche Vermögen ist falsch verteilt und muß entsprechend neu organisiert werden; so wie er selber zugunsten der Armen auf materielle Güter verzichten will, verlangt er dies auch von anderen, insbesondere von Gutverdienenden.

Ein weiterer auffälliger Zug, der sich in Rolfs Äußerungen häufig wiederholt, ist das Moment der vorgeblichen Informiertheit, bei der er dazu neigt, Unkenntnis und Wissenslücken bezüglich des jeweils angesprochenen Themenfeldes nicht einzugestehen, sondern vielmehr Sachkundigkeit vorzutäuschen. Dabei scheinen ihm eigene Erfahrungen bzw. solche auf der Basis von Bekanntschaften mit Betroffenen als Grundlage für die eigene Beurteilungskompetenz zu genügen, obwohl ihm dabei faktisch sowohl wichtige Details als auch eine Gesamtsicht der Probleme entgehen. Ferner ist so gut wie keine vertiefende Argumentation vorzufinden weder in der Sache noch in der Erläuterung der vorausgesetzten Solidaritätsorientierungen. Rolfs Äußerungen zeichnen sich vielmehr durch Allgemeinplätze, Plausibilitätsunterstellungen, die nur einen geringen Grad an Explizitheit aufweisen, und Forderungen aus, bei denen er offenbar gar nicht auf den Gedanken kommt, daß sie begründungspflichtig sein könnten. So sind zentrale Begriffe - "*Benachteiligung*", "*angemessen*" etc. - sehr unscharf gefaßt und bleiben im Bereich des Diffusen. Rolf geht vielmehr davon aus, sich auf konsensuelle Bestände bzw. gemeinsame Auffassungen mit dem Gegenüber beziehen zu können, die keiner weiteren Erläuterung bedürfen. Dabei sieht er gar nicht das Erfordernis sprachlicher Klarheit und differenzierter Erläuterungen, sondern geht von einem geteilten Wertebestand aus, der keiner näheren Explikation bedarf. Es ist nicht kommunikative Gerechtigkeit oder die wohlbegründete Solidarität einer rationalisierten Lebenswelt, sondern vielmehr intuitive "Evidenz", die Rolf wie selbstverständlich sowohl in der Gesellschaft wie auch bei seinem jeweiligen Gegenüber voraussetzt. Hierin zeigt sich seine Orientierung an einem Gemeinsinn, wie er in kleinen Gruppen vorfindlich ist. Mitglieder solcher Gemeinschaften teilen aufgrund einer gemeinsamen Praxis

und eines geringen Differenzierungsgrades die meisten Grundüberzeugungen, da sie häufig gar nicht über die Potentiale zur Ausbildung unterschiedlicher Auffassungen verfügen. Hierin liegt nicht von ungefähr eine Nähe zum Durkheimschen Konzept der mechanischen Solidarität bzw. zum geteilten Wertekosmos, von dem die Kommunitarier ausgehen. Eine nach Leistung vorgenommene Verteilung muß dabei dem Gedanken der Gemeinschaft abträglich sein:

R: *Ich ich möcht's ja am liebsten (lacht kurz) en bißchen umgehn. Also (I: hm) also ich möcht mich nich nich so drauf einlassen, daß wenn ich sag, Moment ich hab jetzt viel gearbeitet, sondern un du hast wenig gearbeitet. (I: hm) Es es geht ja es geht es sollte ja danach gehn, ja jeder hat so nach seinen Fähigkeiten gearbeitet. ... Es sollte eben nich verteilt werden müssen. Es (I: na ja) klingt immer so, du machst das, du machst das, du machst das. (4,26)*

R: *Na soziale Gerechtigkeit wäre, daß äh wäre jeder macht das, was so in seinen Möglichkeiten steht (I: hm) und wozu er also wozu er fähig is, (I: hm) und und das wird zusammengetragen, (I: hm) un der Nutzen daraus is für alle derselbe. (I: ah ja) Das heißt, einer der der der unheimlich gut organisieren kann, der soll organisieren. Und der der eben nich viel kann, weil er behindert is oder so, ... **[Bandwechsel]** ... der sollte schuften, wenn er's gerne macht. (I: hm) Un jemand der Musik macht, der macht halt Musik und so, (I: hm) alles wird zusammengetragen. (I: hm) Un un daraus ergibt sich dann die Gesellschaft.*

I: *Okay. Und die Verteilung erfolgt dann wie? Bekommt dann jeder einfach den gleichen Anteil?*

R: *Nee, jeder nimmt sich was er braucht. (lacht kurz)*

...

I: *das würde uns dann zu der Frage führn, ... wie soll man denn festlegen, was die Bedürfnisse eines Menschen sind?*

R: *Wie machen das die Vögel? Die die fressen sich satt, und 's is trotzdem genug da. (3,15f)*

Hier wird die angestrebte innere Umkehr von einer leistungs- und konsumzentrierten Gesellschaft zu einer Gemeinschaft von brüderlich handelnden Menschen besonders deutlich. Auf das beharrliche Nachfragen des Interviewers hin gelangt Rolf explizit zu einer Position, der "Brüderlichkeitsethik" (Weber).<sup>1</sup>

Entsprechend werden Fragen der gerechten Verteilung und der sozialen Integration so aufgefaßt, als handele es sich bei der Gesamtbevölkerung eines Landes (oder gar der Welt) um eine große Gruppe gleichrangiger wohlwollender und solidarischer Personen, die sich relativ spontan zu fürsorglichen Handlungen entschließen können. Damit extrapoliert Rolf eine Handlungsweise, die im Kleinen durchaus ihre Gültigkeit haben mag, auf den viel größeren gesamtgesellschaftlichen Rahmen und übersieht dabei die Brüche bzw. das Hinzutreten wesentlicher neuer Elemente, die mit einer solchen Übertragung einhergehen.<sup>1</sup> Die auf einem unreflektierten lebensweltlichen Nahraum gründenden vermeintlichen "Evidenzen" erscheinen ihm völlig ausreichend, um mit ihrer Hilfe zu schwerwiegenden Schlußfolgerungen und Forderungen an die Gesellschaft zu gelangen. Rolf kommt gar nicht erst auf

255     "'(D)er Christ tut recht und stellt den Erfolg Gott anheim'. Damit aber wird bei wirklich konsequenter Durchführung das eigene Handeln gegenüber den Eigengesetzlichkeiten der Welt zur Irrationalität der Wirkung verurteilt. Angesichts dessen kann die Konsequenz einer sublimierenden Heilssuche zu einer Steigerung des Akosmismus bis dahin führen, das zweckrationales Handeln schon rein als solches (...) als weltgebunden und gottfremd abzulehnen, wie dies (...) (im) biblischen Gleichnis von den Lilien auf dem Felde (...) geschah." (Weber 1988 [1920]: 553)

256     "Wie das ökonomische und das politische rationale Handeln seinen Eigengesetzlichkeiten folgt, so bleibt jedes andere rationale Handeln innerhalb der Welt unentrinnbar an die brüderlichkeitsfremden Bedingungen der Welt, die seine Mittel und Zwecke sein müssen, gebunden und gerät daher irgendwie in Spannung zur Brüderlichkeitsethik." (Weber 1988 [1920]: 544).

den Gedanken, daß es auch Personen mit entgegengesetzten Ansichten und Interessen geben könnte, die diese vehement und mit (mehr oder weniger guten) Gründen vertreten würden. Insofern zieht Rolf auch keine seiner Ansicht entgegengesetzten Perspektiven in Betracht, ganz zu schweigen von deren Übernahme. Ferner sieht er auch nicht das Problem, daß seine Forderungen Folgewirkungen haben könnten, die es in Rechnung zu stellen gilt. Beide Momente - gesellschaftliche Widerstände und Folgeprobleme - bleiben vielmehr außerhalb seiner Wahrnehmung. Entsprechend scheint auch sein Kenntnisstand bezüglich der funktionalen Mechanismen gering bzw. die Komplexität der Gesellschaft und ihrer funktionalen Teilsysteme insgesamt recht unterbelichtet zu sein. Zwar läßt sich eine rudimentäre Systemperspektive ausmachen, die sich aber in folgenlosen Andeutungen erschöpft. Rolf geht nicht so weit, die gesellschaftlichen Teilsysteme in Bausch und Bogen zu verdammen, schon allein deswegen nicht, weil er sie kaum wahrnimmt, aber er hat eine starke Neigung, ihre Relevanz, ihre Leistungen und vor allem ihre "Härte" zu unterschätzen. Vielmehr hält er sie, auch und insbesondere das ökonomische System, für biegsam genug, um etwa problemlos und ohne Widerstände Effizienzeinbußen zugunsten der Inklusion Benachteiligter in Kauf zu nehmen.

## **Biographie**

### **Strukturgenese**

#### *A. Familienhintergrund*

Sämtliche männlichen Verwandten Rolfs (beide Großväter und der Vater) gehen, soweit bekannt, dem Pfarrerberuf nach bzw. befinden sich gerade im Theologiestudium mit der Absicht, Pfarrer zu werden (Rolfs älterer Bruder). Die weiblichen Familienmitglieder sind, sofern sie einem Beruf nachgehen, entweder Religionslehrerin (die Großmutter väterlicherseits) oder haben einen Pflege- bzw. Heilberuf ergriffen. Es handelt sich hier also offensichtlich um eine Pfarrersfamilie mit einer hohen Selbstrekrutierungsrate, was auf einen entsprechenden familiären Habitus mit starker Bindung an die Kirche schließen läßt.<sup>1</sup> Die Aufnahme eines afrikanischen Kleinkindes - dessen Eltern an der nahegelegenen Universität studiert haben und innerhalb der Woche nicht in der Lage waren, das Kind zu versorgen - in die eigene Familie, die sich über drei Jahre (zwischen 1978 u. 1981) erstreckt hat, verdeutlicht ferner die hohe Bedeutung, die der Dienst am Nächsten in Rolfs Familie hat. Immerhin wird selbst der innerfamiliäre Raum zur Verfügung gestellt und einer nicht unerheblichen Belastung ausgesetzt.

Rolfs Vater ist in seiner Gemeinde sehr engagiert, im Rahmen seiner Verpflichtungen häufig außer Haus und in der Familie entsprechend selten präsent. Oft ist er depressiv, wobei auch das Spezifische seiner Berufstätigkeit, insbesondere die fehlende Grenze zwischen Berufsverpflichtungen und persönlichen bzw. familiären Bedürfnissen, eine Rolle spielen dürfte: nach Kleßmann (1994: 265) galt der Pfarrer in der DDR als Repräsentant einer kultivierten christlichen Lebensführung und

---

<sup>257</sup> Dies ist gar nicht untypisch: ein Viertel aller Pfarrer waren 1950 Pfarrerssöhne, ein fünftel der Pfarrersfrauen Pfarrerstöchter. Durchschnittlich folgte etwa jeder fünfte Pfarrerssohn dem Beruf des Vaters (21,6 v.H.); die Selbstrekrutierungsrate des Pfarrerberufs lag damit sehr hoch. Ferner haben sich einschließlich von Fürsorgerinnen und Kindergärtnerinnen mehr als ein Drittel der Pfarrerstöchter der Jahrgänge 1921 bis 1930 für den Pflegebereich entschieden. (Kleßmann 1994: 263)

sein Handeln war nicht selten Maßstab des Verhaltens für die Gemeindemitglieder. Wenn es, worauf einiges hindeutet, dem Vater nicht in ausreichendem Maße gelang, eine Grenze zwischen eigenen Bedürfnissen und Berufsanforderungen zu ziehen, dann konnte er leicht in eine Situation geraten, in der er die berufstypischen moralischen Anforderungen als nicht erfüllt erlebte, sie daraufhin immer weiter trieb und die einzig für ihn mögliche Grenze der Selbstbeanspruchung in der Erschöpfung bzw. in der Depression zum Ausdruck brachte. Hinzu tritt in solchen Momenten leicht ein Gefühl des Versagens, das wiederum die Depression verstärkt.

So sprechen viele Indizien dafür, daß der familiäre Habitus durch hohe religiöse und moralische Selbstansprüche gekennzeichnet ist. Die Familie befindet sich damit in einem Spannungsfeld zwischen eigenen Bedürfnissen und Pflichten, deren Wahrnehmung in Fleisch und Blut übergegangen ist, wodurch ihre Außengrenze eine Verflüssigung erfährt. Anders ausgedrückt: religiös motivierte (Selbst-)Verpflichtungen befinden sich besonders für den Vater, aber auch für die anderen Familienmitglieder, im Dauerkonflikt mit eigenen Bedürfnissen.

Rolf selbst wird 1969 als zweites von sechs Kindern geboren<sup>1</sup> und wächst in der ländlichen Gemeinde auf, in der sein Vater vom Beginn seiner Laufbahn an bis heute tätig ist. Die Mutter ist ständig zu Hause, so daß Rolf nicht die Kinderkrippe besucht, später allerdings im Kindergarten untergebracht wird.

Zu seiner Familie befragt äußert Rolf vorwiegend negative Eindrücke:

*und es war überhaupt nicht wichtig, ob ich nun da war oder nicht. Ich mußte eben einfach nur (lacht kurz) zu Hause sein. Ich weiß noch, ich bin immer nach Hause gekommen aus der Schule und hab so erzählt, was los war in der Schule, aber es kam nie irgendwie die Gegenfrage oder so, na ja erzähl doch mal hier das genauer oder so, (I: hm) und das interessiert mich mal oder so. Das ich hab ich hab einfach nicht nicht so das Interesse gespürt und so, also se ich hatte immer das Gefühl, sie wollen gar nicht reden, und das hat sich jetzt halt in letzten Jahren noch verstärkt, daß ich daß ich das so so fühle. ... weil weil ich sehe im Prinzip jetzt von außen äh, daß das, was mit uns drei großen Geschwistern äh passiert ist durch meine Eltern jetzt mit denen auch eigentlich genauso läuft, äh also diese diese Distanz dieses dieses Nicht-miteinander-reden-können äh oder das das Abtun von irgendwelchen Problemen. (1,4)*

Die Familie scheint in Rolfs Wiedergabe durch eine eigentümliche Kommunikationsarmut und fehlende Zuwendung gekennzeichnet, unter der er leidet. Hier dürfte die nicht unerhebliche Belastung des familiären Binnenraumes eine Rolle gespielt haben. Der Vater war stark in seine Tätigkeit als Pfarrer eingebunden, die Mutter dürfte unterstützend für ihn tätig gewesen sein, so daß Zeit in Rolfs Familie ein äußerst knappes Gut war. Hinsichtlich der elterlichen Zuwendung dürfte den Kindern nicht selten der Eindruck vermittelt worden sein, daß es Probleme gibt, die der Aufmerksamkeit der Eltern dringender bedürfen als die Kinder. Indem die Eltern in diesem Setting Rolfs Probleme abtun, scheiden sie aus ihrer Sicht Wesentliches von Unwesentlichem, vernachlässigen aber de facto ihre

---

<sup>258</sup> Die Kinder kamen gewissermaßen in zwei "Schüben" mit jeweils drei Kindern zur Welt. Wenn Rolf im folgenden von seinen "kleinen" Geschwistern spricht, meint er die drei aus dem zweiten "Schub", nicht aber seine jüngere Schwester (das dritte Kind).



Kinder. Für Rolfs Empfinden verschlechtert sich die Lage noch, als seine jüngeren Geschwister geboren werden:

*Ja meine kleinen Geschwister sind in ner Zeit geboren, wo ich meine Eltern viel gebraucht hätte. Also da war ich [...] elf, als meine kleine Schwester geboren is. Und dann kamen ja noch zweie hinterher. (lacht kurz)(1,5)*

Rolf empfindet die drei später geborenen Geschwister als Konkurrenten, die sich zwischen ihn und seine Eltern schoben und den Großteil der verbleibenden Zeit beanspruchten. Für Rolf blieb nur wenig Aufmerksamkeit übrig. Nun muß er sich als zweites von den drei im ersten "Schub" geborenen Kindern nicht nur gegen die jüngere Schwester und den älteren Bruder behaupten, sondern auch noch gegen drei weitere jüngere Geschwister.

Rolfs Äußerungen zur Familie sind bisher auffällig einseitig und kehren fast nur die negativen Momente hervor. Er bringt lediglich seine eigene Perspektive zur Geltung und versucht nicht, sich in die Lage seiner Eltern zu versetzen, Verständnis aufzubringen oder wenigstens entlastende Momente zu benennen. Stattdessen beschreibt er ausschließlich, wie er selbst unter den beschriebenen Zuständen gelitten hat, ohne die positiven Momente, die es sicherlich auch gegeben hat, zu würdigen. Vom Verhältnis zur Familie wird weiter unten noch die Rede sein. Zur Wiedergabe der Entwicklungslogik ist es jedoch angezeigt, zunächst andere biographische Stationen zu behandeln.

#### *B. Schule und Beziehung zur politischen Ordnung*

Rolf wird im Kindergarten erstmals - unter anderem in Form von Kinderliedern - mit der sozialistischen Staatsdoktrin konfrontiert. Seine Familie wirkt jedoch den offiziellen Vereinnehmungsversuchen spätestens zu dem Zeitpunkt entgegen, als es um die Aufnahme in die Pionierorganisation geht:

*War denn ja immer so üblich in die Pionierorganisation einzutreten, und das äh davon ham mir aber meine Eltern abgeraten un ham gesagt, nee, das äh is is eigentlich nich gut, wenn du das machst. ... Na ja ich hab also von Anfang an eigentlich immer das das, was die Pioniere gemacht ham, hab ich eigentlich immer mitgemacht so irgendwelche Aktionen un so alles, also hab ich mich dann auch nich rausgenommen (1,1)*

Rolf hört auf den Rat der Eltern und wird selber kein Jungpionier. Die Intervention der Eltern mag zwar auch einem gewissen rigoristischen Moment innerhalb der Familie geschuldet sein, auffällig im Vergleich zu vorangehenden Äußerungen ist jedoch, daß Rolf affirmativ auf den Vorschlag der Eltern Bezug nimmt. Allerdings nimmt er dennoch an den Aktivitäten der Pionierorganisation teil. Es dürfte ihm dabei vor allem darum gegangen sein, mit anderen Kindern zusammen etwas zu unternehmen, statt sich für den Zeitraum, den die anderen in der Pionierorganisation verbracht haben, in die Isolation zu begeben.

Diese Verhaltensweise, die einerseits zwar von der Ablehnung der formalen Mitgliedschaft, aber andererseits de facto von der Teilnahme an Aktionen der staatlichen Organisationen gekennzeichnet ist, führt Rolf auch später konsequent fort. So verweigert er auch die Mitgliedschaft in der FDJ, obwohl er von Seiten der Schule mehrmals zum Eintritt in diese Organisation aufgefordert wird. Sein

durch die Weigerung entstandenes Risiko dürfte im Vergleich zu anderen in seiner Altersgruppe relativ gering gewesen sein, da er als Pfarrerssohn auf Milde hoffen konnte. Von Pfarrerskindern wurde nämlich nicht unbedingt eine FDJ-Mitgliedschaft oder die Jugendweihe erwartet (siehe Wensierski 1994: 57).<sup>1</sup> Rolf selbst spricht von einem *"Freibrief"* (2,7), als er gefragt wird, warum er aufgrund seiner vielen Verweigerungen gegenüber dem Staat keine Schwierigkeiten bekommen hat. Zur FDJ entwickelt er ein ähnliches Verhältnis wie zur Pionierorganisation, er wird also auch hier zum "inoffiziellen Teilnehmer" an vielen Aktionen. Bei einer Sekundärrohstoffsammlung erweist er sich als drittbester Teilnehmer seiner Schule und bekommt sogar eine Urkunde von der FDJ überreicht. Ein weiteres Mal übertrumpft er die regulären Mitglieder, als er die Leitung des FDJ-Singecubs auf der EOS übernimmt:

*ja ich war in der also in der elften und zwölften Klasse denn äh im FDJ-Singeklub, also wo man so rote Lieder gesungen hat und äh die Partei hat immer Recht und (lacht kurz) (I: hm) und so was ... war ich sogar Chef von dem von dem Singeklub ... ich als Nicht-FDJler und und die als nu- die Rote Front, und wir konnten gut miteinander (1,10)*

Seinen anderthalbjährigen Militärdienst verbringt Rolf als Bausoldat, und obwohl fast jedem, der in der DDR studieren wollte, zu verstehen gegeben wurde, daß er - quasi als Gegenleistung für den Studienplatz - einen mindestens dreijährigen Armeedienst zu versehen hätte, wird ihm dennoch ein Studienplatz zugesagt. Auch hier kommt Rolf neben seinen guten Noten offenbar wieder der Sonderstatus als Angehöriger einer Pfarrersfamilie zugute. Als 1990 im Zuge der Wende der Zivildienst eingeführt wird, leistet er den Rest seiner Dienstzeit als Zivildienstleistender im Pflegebereich eines Krankenhauses ab.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß hier im Vergleich zu *allen anderen Interviewpartnern* die weitgehendste Abweichung von der Normalfigur des institutionellen Werdeganges eines Jugendlichen in der DDR vorzufinden ist. Bezeichnenderweise nahm Rolf dennoch sehr engagiert an Betätigungen teil, die im Rahmen der Organisationen stattfanden, deren offizielle Mitgliedschaft er nicht zuletzt auf Wunsch seiner Eltern verweigert hatte. Sein Umgang mit dieser Problematik nahm einen fast spielerischen Charakter an; man gewinnt den Eindruck, daß es ihm zwar auch um einen Akt des Widerstandes ging, woraufhin aber sogleich eine Annäherung folgt, bei der er sich gar besonders hervortut. Diese Figur hat allerdings einen zweischneidigen Charakter: man könnte es auch als partiellen Sieg der Doktrin auffassen, wenn ein Pfarrerssohn rote Lieder singt.

---

<sup>259</sup> Diese Linie hatte sich offenbar innerhalb weniger Jahre geändert, denn noch auf seinen älteren Bruder wurde zuvor massiv Druck ausgeübt, der schließlich darin resultierte, daß diesem der Besuch der EOS verwehrt wurde.

C. Wende für Rolf

Rolfs erste Eindrücke von der Wende sind zwar durchaus positiv: *"ich hab's als wohltuend empfunden"* (1,14); über den weiteren Gang der Ereignisse äußert er sich aber weit weniger zufrieden:

*Obwohl ich mich dann wirklich geärgert hab, als dann äh so die die erste Wahl, ... Un das war dann wirklich so'n so'n hoffnungsloses Ergebnis, da hab ich da war ich wirklich deprimiert ... die materielle Sache, die stand ja wirklich an erster Stelle bei dieser Wahl (1,17)*

Durch die letzte (und gleichzeitig erste freie) Volkskammerwahl der DDR werden die Weichen für eine schnelle Vereinigung der beiden Landesteile gestellt und es wird deutlich, daß diese unter dem Vorzeichen des bundesrepublikanischen Gesellschaftssystems vollzogen wird. Rolf konstatiert in diesem Zusammenhang den Sieg der *"materielle(n) Sache"* und *"so'n hoffnungsloses Ergebnis"*, das ihn *"deprimiert"*. Viele andere Entwicklungsmöglichkeiten sind damit ausgeschlossen, etwa eine durchdachtere und auf größere Eigenständigkeit abhebende Entwicklung Ostdeutschlands. Unter anderem schwinden auch Rolfs insgeheime Hoffnungen auf eine weniger materiell orientierte Lebensform: er selber hätte nämlich eine weniger konsumorientierte Gesellschaftsordnung bevorzugt, in der Selbstentfaltungswerte und Egalität ein höheres Gewicht innegehabt hätten als das Streben nach materiellen Gütern. Letzterem steht er eindeutig negativ gegenüber und für die Zeit nach der Wende stellt Rolf fest:

*das war zwar schön, nun Bananen zu essen und was weiß ich alles, aber äh dann ooch die die Kehrseite der Me- Medaille, was weiß ich, wenn man dann die Zeitung gelesen hat, ja Rentnerehepaar hat soundsoviel Versicherungen abgeschlossen und sich hoffnungslos verschuldet und also so die ganzen üblen Sachen eigentlich, wo uns hier was was überrollt hat, wo mer gar nich mehr zurechtkommen konnte. ... Also das war für mich total erschreckend die dann so so richtig irgendwie schleimige Versicherungsvertreter geworden sind (1,15)*

*und irgendwo so Kameradschaftlichkeit wird nich in erster Linie Wert äh Wert gelegt ne (1,17)*

Versicherungsvertreter repräsentieren gewissermaßen idealtypisch die Negativauswüchse der neuen Ordnung. Rolf ist von ihrem strategischen Agieren abgeschreckt. Offenheit und Ehrlichkeit stellen für diese Personengruppe keine wesentlichen Merkmale dar, sondern es ist eben das *"(S)chleimige"*, das sie im Kern ausmacht. Der Gegenhorizont wird mit dem Begriff *"Kameradschaftlichkeit"* gekennzeichnet, welcher solidarisches Handeln und gegenseitiges füreinander Einstehen meint, während Rolf dem strategischen Agieren aus materiellen Motiven schärfste Ablehnung entgegenbringt.

*Wenn ich sehe, wie meine Geschwister jetzt, wie die aufwachsen, mit was für Zeug, wo wo wir früher noch selbst was mit uns machen mußten oder so, ähm also einfach im Zwischenmenschlichen, (I: hm) sitzen die jetzt am Computer und machen Computerspiele und das, ich seh einfach, wie tödlich das is, wenn se sich dann wegen diesen Dingen da streiten, und da kommt eigentlich nur so Aggression raus. Und 's wird gar nich gelernt, miteinander umzugehen. (I: hm) Und damit werd ich, na ja, Probleme haben. (I: hm) Und das werd ich auch, denk ich, bekämpfen wollen oder wie auch immer. (2,5)*

Rolf wendet sich ein weiteres Mal gegen auffällige Erscheinungsformen der materialistisch orientierten Lebensweise, die nach der Wende Einzug hält. Computerspiele und ähnliche verführerische Produkte schaden den sozialen Beziehungen der Menschen untereinander, die nicht mehr lernen, *"miteinander umzugehen"*. Wieder handelt es sich um die Figur der Gemeinschaft, die vom gestiegenen materiellen Wohlstand zurückgedrängt wird. Opfer der Wende sind für Rolf primär Personengruppen, die wehrlos erscheinen: alte Leute, die von Versicherungsvertretern hereingelegt werden, und Kinder, die sich von der Unterhaltungselektronik verführen lassen.

Sich selbst nimmt er dagegen als souverän und keineswegs verführbar wahr:

*also mer hätte's anders machen können, aber ich bin ooch jetzt nich pessimistisch oder so, ich ich seh einfach, daß ich jetzt mit den Möglichkeiten, die ich jetzt hab äh anfangen kann ... ich war über Weihnachten in New York, ach über Weihnachten und Silvester in in den USA, da hab ich so New York gesehen (1,15)*

Für sich selber sieht Rolf keine Probleme, vielmehr fühlt er sich in der Lage, autonom zu agieren und die neuen Optionen für sich zu nutzen. Es sind nur die *Anderen*, die gefährdet sind, er selbst nutzt dagegen die neuen Möglichkeiten und hat *"New York gesehen"*. Rolf selbst erscheint damit als der souveräne Entscheider, der Chancen zu nutzen weiß, ohne sich von der negativen Hauptströmung erfassen zu lassen. Er ist derjenige, der mit seiner Umwelt souverän umzugehen weiß, während die anderen einem Konsum unterliegen, der das Gefüge der zwischenmenschlichen Beziehungen verarmt.

#### *D. Studium*

Bei der Wahl des Studienfaches, die DDR-üblich noch in die Zeit der POS fällt, entscheidet sich Rolf für Physik, die neben Mathematik und (vor allem) Musik sein Lieblingsfach ist. Seine erste Wahl wird jedoch abgelehnt, stattdessen bekommt er ein Mathematikstudium in K-Stadt angeboten, das er im Wintersemester 1990 antritt. Nach zwei Semestern wird jedoch deutlich, daß sich Rolf den Anforderungen in diesem Fach nicht gewachsen fühlt:

*und hatte aber schon seit ziemlich langer Zeit so so im Hinterkopf, na ja Theologie wär's eigentlich. ... ich will mal so sagen, ich bin aus ner ziemlich äh gläubigen Motivation eigentlich äh auf Theologie umgestiegen. (1,3)*

Nun kommt der religiös geprägte Familienhabitus zum Zuge und mit dem Theologiestudium knüpft Rolf an die berufliche Traditionslinie seiner Familie an. Zum neuen Fach äußert er eine ambivalente Haltung: einerseits gefällt es ihm, *"weil man damit viel machen kann"* (1,3), andererseits distanziert er sich jedoch aus zwei Gründen von der Form, wie das Fach ihm an der Universität begegnet. Zum einen ist es die Tatsache des geringeren wissenschaftlichen Exaktheitsgrades, der ihm im Kontrastvergleich mit der Mathematik (letztere ist *"wirklich ne klare Sache"* (1,3)) auffällt. In der Theologie, so empfindet es Rolf, wird dagegen ohne eindeutige Beweisbarkeit spekuliert und *"oft mehr geschwätzt [...] als als eigentlich sein muß"* (1,3), was Rolf als weltferne Diskussionen empfindet. Zum anderen ist die Theologie ihm zu wenig praxisorientiert. Am späteren Arbeitsplatz eines werdenden Pfarrers, der Gemeinde, ist nämlich das theologische Wissen weitgehend nutzlos: *"da zählen andre Sachen irgendwie."* (1,3) Rolf nimmt hier vor dem Hintergrund seiner

Erfahrungen aus dem Elternhaus den Praxisschock, den Akademiker bei Aufnahme ihrer Berufstätigkeit für gewöhnlich erleben, vorweg.

Beide Kriterien führen für Rolf zur Entwertung des Theologiestudiums: es handelt sich weder um eine exakte Wissenschaft noch wird verwertbares praktisches Wissen vermittelt und wenn doch, dann in zu geringem Ausmaß. Ferner hat Rolf Probleme mit der fachspezifischen Interpretationsweise der überlieferten Texte:

*also dieses diese Glaubens- das Glaubensbekenntnis un die ganzen Bekenntnisschriften, das war'n ja unheimliche Kraftakte, daß die Leute sich dann äh zusammengefunden haben dabei, un das vermiß ich halt jetzt, (I: hm hm) daß man eigentlich Sachen übern Haufen wirft, un jeder interpretiert für sich selbst (1,13)*

Rolf nimmt die Menschen, die sich in den Urgemeinden zusammengefunden haben und mit "unheimlichen Kraftakten" eine gemeinsame religiöse Praxis begründet haben, zum Vorbild eines Umgangs mit dem Glauben, den er selbst gern praktizieren würde. Stattdessen werden im Studium "Sachen übern Haufen" geworfen und "jeder interpretiert für sich selbst". Das Gegenbild stößt jedoch ebenso auf Rolfs Ablehnung:

*Und weil ich aber nun merke, wie (räuspert sich) mit welchem mit welchem Absolutheitsanspruch das Christentum eigentlich hier so in der Welt existiert äh und und welche welche Probleme dadraus entstehen, äh hab ich da ooch en bißchen Frust entwickelt und merke eigentlich, wie's wie wie jetzt mein mein biblischer Glaube oder wie auch immer äh wie der wie der flöten geht einfach. Also wo das wo das einfach kaputt geht und ich einfach nur noch sage, na ja gut, ich mach Theologie, aber Pfarrer kann ich nicht werden. (I: hm hm) So ganz einfach, knallhart, weil weils weils innerlich einfach nich geht. (I: hm) Ich muß mich da auf auf irgendwelche Lehren verpflichten, die äh wo ich jetzt genau weiß, ich ich kann das nich. Das wär unehrlich von mir, wenn ich wenn ich das mache, also wenn ich wenn ich diese Lehre verkünde un glaub da doch nich dran. (1,3)*

Rolf sucht weder die akademische Exegese, die in eine Pluralität von Lesarten einmündet, noch ist er mit einer verbindlichen Dogmatik und der Verpflichtung auf eine reine Lehre einverstanden. Während die an der Universität gelehrteten Inhalte zu unverbindlich und zum Großteil *in der Praxis unbrauchbar* sind, handelt das praktizierte Christentum nach außen ohne Sensibilität und Rücksichtnahme und verfolgt damit eine *falsche Praxis*. Daß sich ein dilemmatisches Spannungsfeld zwischen den beiden Polen Dogmatik und Pluralismus für eine Theologie in postmetaphysischen Zeiten unvermeidlich ergibt, nimmt Rolf nicht wahr. Er stößt sich zu einem Zeitpunkt nur an jeweils einem der beiden Momente, ohne sich des Zusammenhanges zwischen beiden bewußt zu werden.

Jedenfalls stehen beide Momente seinem innigen Wunsch nach einer verbindlichen religiös begründeten und gemeinschaftlichen Lebensform entgegen. Seine Zielvorstellung ist die eines gemeinschaftlich gefundenen Glaubens als Grundlage für eine gelebte authentische Praxis. Diese kann er in den Erscheinungsformen des Glaubens in seiner näheren Umgebung nicht auch nur ansatzweise finden und er erwägt in der Konsequenz, nicht Pfarrer zu werden. Hierin wird auch deutlich, daß Rolf bisher weder auf den Abschluß des Studiums noch auf einen baldigen Berufseinstieg zielt. Vielmehr ist er noch mit der Suche nach der eigenen Orientierung beschäftigt. Aus diesem Grunde hält er weiter nach Beispielen gelungener religiöser Praxis, insbesondere gelebter Fürsorge und

Gemeinschaftlichkeit, Ausschau. Dabei schweift sein Blick in die Ferne, konkret strebt er einen Auslandsaufenthalt in Mittelamerika an:

R: *Also ich erhoffe mir eigentlich von dem Auslandsaufenthalt, daß ich en bißchen en andern Zugang kriege. Ich hab mich ne ganze Weile jetzt mit lateinamerikanischer Theologie beschäftigt (I: hm) und empfinde diese ganze Sache viel freier als das, was hier passiert ... die gucken auch, was die was die Leute glauben und äh und was für Probleme da sind und un machen da nich so'n Wischiwaschi von Erlösung und Heil und so, (I: hm hm) da geht's konkret erstmal, daß die Leute was was zu essen haben irgendwie ne. Und so was wird halt theologisch bearbeitet un ooch, un da erhoff ich mir einfach, daß ich da en andern Zugang kriege un dann hier auch mit anderm Elan rangehen kann. (I: hm) [. ] Und vielleicht kann ich dann auch Pfarrer werden. (lacht kurz) (1,18)*

Rolf sucht den Zugang zu einer praxisorientierten Theologie, die anders als die Erscheinungsformen, die er bisher kennengelernt hat, mitten im Leben steht. Diesen hofft er in Mittelamerika zu finden, denn statt mit abstrakten Deutungsprozessen bzw. einer rigoristischen Dogmatik hat man es dort mit handfesten Problemen zu tun. Diese springen unbezweifelbar ins Auge, es bedarf also zu ihrer Bewältigung keiner Diskussion, da sie direkt und unmittelbar handlungsleitend wirken. Auf diese Weise, so jedenfalls Rolfs Erwartung, stellt sich das Problem der Diskrepanz von Theorie und Praxis erst gar nicht. Was ihn demnach reizt, ist die Eindeutigkeit und Überschaubarkeit der Probleme. Tatsächlich hat Rolf aber noch keinerlei Erfahrung mit der Religionsausübung in Dritte-Welt-Ländern, vielmehr verfügt er lediglich über enorme und keinesfalls durch Enttäuschungen belastbare Erwartungen.

Es ist und bleibt eine Suche nach dem guten Leben, einer verbindlichen und gemeinschaftlichen Lebensform, die den Prüfstein für die Qualität der angetroffenen Glaubenspraxis abgibt. Trotz vielfältiger Erschütterungen orientiert Rolf sich weiterhin an christlichen Glaubensinhalten, denen er die Aufgabe zudenkt, eine feste Basis für ein gutes und richtiges Leben abgeben zu können. Insgesamt findet sich also bei Rolf weder das Streben nach einem zügigen Studienabschluß noch das Muster einer konventionellen, auf Sicherheit und Kontinuität setzenden Lebensplanung, sondern ganz im Vordergrund steht die Suche nach gelebter Gemeinschaft auf religiöser Basis.

#### *E. Musik als Nebenlinie und späterer Studienwunsch*

Bei der folgenden Textstelle befindet Rolf sich mitten in seinen Äußerungen zum Theologiestudium, die abrupt zugunsten der Schilderung der musikalischen "Nebenbei-Strecke", wie er sie selbst nennt, unterbrochen werden:

*Na ja, ja und jetzt muß ich noch die die Nebenbei-Strecke erzählen. Ich bin also in der ersten Klasse äh bin ich zur Musikschule gegangen un hab dort äh Geigenunterricht gekriegt, un das hab ich bis zur achten Klasse durchgehalten, hab dann en Grundstufenabschluß gemacht, hab bis zur zehnten Klasse noch richtig regelmäßig Unterricht weiter genommen un bis zur zwölften Klasse dann so sporadisch, und nach der Armeezeit noch mal richtig äh drei Monate un hab dann den Oberstufenabschluß gemacht, wo ich dann auch viel geübt hab und so, daß ich das auch schaffe und so. Un das war dann ooch sehr gut. (I: hm hm) Äh und da muß ich halt sagen, Musik is so das Hobby an sich für mich, so also ich sing jetzt in in zwei Chören mit hier in K-Stadt und mach halt mit meiner Geige viel, hab dann noch äh jetzt an der Fakultät einmal bei uns so'n Doppelquartett, wo ich halt für, irgendwann letztes Jahr bin ich da eingestiegen und hab das dann auch musikalisch so'n bißchen in meine Hand genommen. Und das is halt für mich so ne Strecke, wo ich mich äh total ausprobieren kann. (1,3)*

Für Angehörige höherer Bildungsschichten - und Rolfs Familie dürfte sich als zugehörig aufgefaßt haben<sup>1</sup> - ist es üblich, ein Musikinstrument zu lernen. Rolf beläßt es aber nicht bei dem rein obligatorischen Akt, sondern findet hier vielmehr eine Betätigung, in welche er mit Beflissenheit einen nicht unerheblichen Teil seiner Freizeit investiert. Die Bedeutung, die Rolf der musikalischen Aktivität in seinem Leben einräumt, wird durch die Plazierung dieser Passage - nämlich mitten in die ambivalente, eher mißerfolgsgeprägte Schilderung seines Studienverlaufes - noch verstärkt. Es drängt Rolf hier offensichtlich dazu, das Thema zu wechseln, um zum Ausgleich eine erfolgreiche Passage zu erzählen. Nach diesem Einschub kehrt er übrigens ohne Umschweife wieder zum Thema "Theologiestudium" zurück.

Auffällig ist Rolfs unterschiedliche Haltung zur Theologie und zur Musik. Während er im Rahmen des Theologiestudiums wie ein distanzierter Beobachter erscheint, zeigt er im Rahmen seiner musikalischen Aktivität Engagement, Begeisterung und befindet sich buchstäblich mittendrin. Er übernimmt Verantwortung und auch Führungspositionen (als Leiter des FDJ-Singecubs und im Doppelquartett). Neben der Leidenschaft für die Musik und seinen Führungsqualitäten gibt es für ihn noch mindestens zwei weitere Gründe, welche die Musik für ihn zu einer wichtigen Angelegenheit machen:

*Äh erstens so im menschlichen Umgang, (I: hm hm) also wie man wie man Leute motiviert äh so in den Gesang auch Ausdruck reinzulegen und das nich nur einfach runterzu- runterzu- äh -bläken, (I lacht kurz) äh sondern da eben wirklich was draus zu machen und so. Un un da hab ich halt en bißchen noch'n Perfektionsanspruch (1,3)*

Hier kommt eine Begeisterung zum Ausdruck, die Rolf für das Studium gerade nicht aufbringen kann. Hauptgründe sind der *"menschliche Umgang"* und die expressiven Momente (*"Ausdruck reinzulegen"*), die beide in der Musik eine wichtige Rolle spielen. Während Rolf im Theologiestudium eher desillusioniert und enttäuscht agiert, ist er in der Musik äußerst engagiert, ehrgeizig und entwickelt einen *"Perfektionsanspruch"*. Er findet in ihr einen Gegenhorizont zur Theologie, in dem die Defizite, die er bei seinem Studienfach ausmacht, geradezu "spielend" bewältigt werden. Zwar hat die Musik nicht den Anspruch, explizite Lebensorientierung zu bieten, und hierin dürfte wahrscheinlich aus Rolfs Perspektive ihr größter Mangel liegen, aber dafür ist sie in jeder anderen Hinsicht der Theologie überlegen: statt einer babylonisch anmutenden Kakophonie von Deutungen und Interpretationen spielen Harmonie und Einklang die zentrale Rolle, man zieht an einem Strang und vollbringt einen gemeinsamen expressiven Kraftakt, den Rolf in der Theologie vergebens sucht. Darüber hinaus übernimmt Rolf in musikalischen Kontexten leicht eine dominierende Rolle, bei der alles auf ihn ausgerichtet ist. So verwundert es nicht, daß sich hier anders als in anderen Lebensbereichen (Familie, Studium, Jugendorganisationen) praktisch keine Ambivalenzstruktur, sondern eine nahezu eindeutige Hinwendung zeigt. Schon zum Zeitpunkt der beiden ersten Interviews trägt Rolf sich mit Gedanken an einen Fachwechsel:

<sup>260</sup> Laut Kleßmann (1994: 256) hatten Pfarrer eine ausgeprägte Affinität zum Bildungsbürgertum. Sie bildeten - neben der Ärzteschaft - in der DDR eine "Enklave ständischen Lebens". (Engler 1999: 187, 197)

*Also wenn ich wenn ich was finde, was mir tollen Spaß macht, so wie Musik oder Theaterspielen ... , dann würd ich das sofort machen. Und äh mit Musik hab ich jetzt in letzter Zeit die Erfahrung gemacht, äh ich könnte mir ich Richtung Musik was vorstellen, aber nur in in Gruppenarbeit. Wir ham also zwei Chöre an unsrer Fakultät, und na ja die sin sin einfach spitzenmäßig (2,6)*

Einer weiteren künstlerischen Aktivität geht Rolf nach, wenn er als Laiendarsteller bei einer Theateraufführung im Rahmen des Theologenballs mitwirkt. Dabei spielt er selbst die Hauptrolle, während sein bester Freund die Regie führt. Auch hier ziehen wieder viele an einem Strang, produzieren miteinander ein harmonisches Ganzes und wieder nimmt Rolf eine zentrale Rolle ein. So verstärkt sich der Eindruck, daß Rolf sowohl ein gewisses Talent als auch ein ausgeprägtes Bedürfnis hat, sich in solchen Kontexten in den Mittelpunkt zu stellen.

Er überlegt, eventuell die Richtung seiner Ausbildung zu wechseln. Immerhin ist er für die Option, einen künstlerischen Ausbildungsgang zu beschreiten, offen, *"aber nur in in Gruppenarbeit."* Später, zum Zeitpunkt des dritten Interviews, das ca. zweieinhalb Jahre später erfolgte, ist Rolf entschlossen, die Theologie zugunsten eines Musikstudiums aufzugeben:

*Ich hab äh mitgekriegt, daß das Studium, was ich also für das ich jetzt eingeschrieben bin, doch nicht so das richtige is. (I: Theologie ne) Hm hm. (I: hm) Und äh hab daraufhin angefangen, Klavier zu spielen und äh im letzten also im im Juni jetzt, versucht ne Eignungsprüfung für Musik zu machen, (I: hm) die ich aber nich bestanden hab, weil ich erst en dreivierteil Jahr Klavier gespielt hab und einfach noch nicht so gut war, (I: hm) wie ich hätte sein müssen, um um das zu schaffen da. Also ich wollte ich hatte mich für für Chorleitung beworben. (I: hm) Un so die andern Sachen bei der Eignungsprüfung, die Teilprüfungen, die liefen alle ganz gut, (I: ah ja) aber Klavier hat hat halt mir en Stock zwischen die Beine geworfen. ... Ja un das Ziel verfolg ich jetzt weiter (I: hm) und werde das im nächsten Jahr also wieder probiern. (I: hm) Denke auch, daß daß also ich hab einfach gemerkt, daß Musik ehm nich nur en Hobby is, sondern daß das schon das hat vorher schon die meiste Zeit in Anspruch genommen und und also ich ich denke, es is es is völlig legitim, (I: hm) wenn ich das dann zu meinem Beruf (I räuspert sich) mache und (I: na ja klar) hab da auch viel Freude dran. (3,1)*

*also der der Hauptgrund is, daß daß mir die daß mir die Musik einfach da da da da leb ich auf, wenn ich (I: hm) wenn ich Musik mach, un un da da ich wer' ich munter. (3,1)*

*Un dazu kam noch, daß mich die Theologie einfach mal dann irgendwann so angekotzt hat, weil weil mir vieles so so schwammig war, (I: hm) so so unehrlich und so unkonkret ... 's gibt eben eben Leute, die ... machen einen ganz knickrig, weil man ja so'n armer Sünder is, un un da da hebt sich (I: hm) bei mir der Hut. Weil ich denke, wir sind zum Leben auf der Welt (I: hm) und nich zum nich zum na auf Knien gehn. (3,2)*

[Es folgt eine lange Textpassage, in der Rolf sich ausgiebig und sehr kritisch mit den Inhalten des Theologiestudiums auseinandersetzt.]

Nach langer Zeit - Rolf hat mittlerweile schon zehn Semester Theologie studiert, wobei er zugesteht, wegen seiner künstlerischen Aktivitäten effektiv nur ca. vier Semester studiert zu haben - hat er sich endlich zu einem Studienfachwechsel durchgerungen. Er hat lange geschwankt, ob er etwas Begonnenes abbrechen könne, kommt aber letztlich zu dem Schluß, daß Theologie doch nicht das Richtige für ihn ist. Letztlich erscheint sie ihm zu lebensfeindlich und weltfremd (*"auf Knien gehn"*, *"das is ihre Argumentation, daß die ganze Welt schlecht is (3,2)"*). Dagegen steht die ungebrochene und affirmative Lebensfreude, die ihm die Musik vermittelt: *"(D)a leb ich auf"*, *"da ich wer' ich munter"*.



*F. Eigenbewegungen in der Familie*

In den folgenden Passagen schildert Rolf seine jüngsten Versuche, innerhalb seiner Familie ein höheres Maß an gegenseitiger Zuwendung einzuführen.

*Bei meiner Mutter hab ichs eben halt jetzt geschafft, daß ich mal, sie hatte jetzt letztens Geburtstag, un da hab ich ihr ein Buch geschenkt und hab dazugeschrieben, also muß ich dazusagen wir hatten ähm wie wir ham jetzt grad en Buch parallel gelesen, also wir ham dasselbe Buch gelesen, un das äh un ham uns dadrüber unterhalten. ... Un das war irgendwo so'n Gefühl, was ich vorher auch noch nich hatte, daß wir uns daß wir uns da eben ganz nah waren. (I: hm hm) Hab ich ihr jetzt en Buch geschenkt und hab dazugeschrieben, das is das zweite Buch, das wir jetzt parallel lesen werden, und das hat se so mit so ner lachenden Bewegung noch so ab- abgetan. Aber ich hab gemerkt, daß das irgenwie daß wir uns da sehr sehr nahe waren (I: hm hm) also wie wie's wir's überhaupt nich gewöhnt sind eigentlich. Un das war ne sehr gute Erfahrung eigentlich. (1,4)*

Als Rolf die Erfahrung der Verbundenheit auf der Grundlage gemeinsamer Buchlektüre wiederholen möchte, tut die Mutter dies *"mit so ner lachenden Bewegung"* ab, was darauf hindeutet, daß sich die ursprüngliche Erfahrung nur zufällig ergeben hat. Die Durchbrechung der eigentümlichen Kommunikationsarmut und fehlenden Zuwendung, die Rolf in seiner Familie empfindet, läßt sich nicht so einfach wiederholen. Auffällig ist der gefühlsbetonte Ernst, mit dem Rolf diese Wiederholung einer *"sehr gute(n) Erfahrung"* anstrebt. Im Vordergrund steht jedoch sein eigenes Bedürfnis nach Zuwendung, nicht die Reflexion der familiären Situation. So sehr es einerseits bedauerlich sein mag, daß die Mutter diesen Versuch der Kontaktaufnahme in Rolfs Wahrnehmung nicht angemessen würdigt, so fällt doch andererseits auf, daß Rolf nicht die Perspektive seiner Mutter einnimmt. Ein weiterer Versuch Rolfs, die Beziehungen innerhalb der Familie zu intensivieren, besteht in der Hinwendung zu seinem jüngeren Bruder. Als dieser sich in ein Mädchen aus seiner Klasse verliebt, bekommt Rolf zufällig mit, wie er einen Liebesbrief formuliert:

*und ich ihm gesagt hab, also hier pass mal off, das kannst de nich so schreiben un so. Un hab ihm einfach mal gesagt, äh einfach mal mit ihm drüber geredet, (I: ja) un das hat da hat der mich wirklich angeguckt (lacht kurz) äh also völlig äh na ja wie sagt man das, völlig völlig weg irgendwie, so ganz erstaunt. (1,5)*

Der kleine Bruder ist über die unerwartete Zuwendung erstaunt, was Rolf sichtlich genossen hat. Mit seinen sporadischen, aber ernstgemeinten Versuchen, das Familiengefüge unter eigener Regie zu modifizieren, tendiert Rolf jedoch dazu, sich selbst zu überfordern. Wie er schon bald zu spüren bekommt, überschätzt er nämlich die Grenzen seiner Möglichkeiten:

*Ja und zu meinem kleinen Bruder, mit dem mit dem ich halt en bißchen besser zurechtkomme, dadurch daß er merkt, daß ich äh mit ihm gut kann und äh ihm zuhöre un ihm auch eigentlich Zeit widmen möchte, da beansprucht er mich natürlich auch, wenn ich zu Hause bin. (I: hm hm) Und es ist oft einfach zu viel, un dadurch entsteht dann Streit, weil ich auch meine Ruhe brauche (1,5)*

Rolf befindet sich jetzt zwar in der Position, selber derjenige zu sein, der Aufmerksamkeit und Zuwendung spendet, aber an der Einlösung der Selbstverpflichtung, seinem Bruder als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen, hindert ihn nicht nur die Tatsache, daß er als Student selten zu Hause ist, sondern vor allem hat er selbst nur ein begrenztes Kraftpotential. Rolf bemerkt, daß er

gar nicht imstande ist, so großzügig mit dieser Ressource umzugehen, wie es seine eigenen Ansprüche erfordern würden. Mit der Geste der Zuwendung hat Rolf nicht sofort eine selbsttragende herzliche Beziehung gestiftet, sondern vor allem die Erwartung erzeugt, als Ansprechpartner bereitzustehen. Mit dieser Folgeerwartung kann Rolf nicht adäquat umgehen, er spürt vielmehr die Gefahr einer Dauerinanspruchnahme, der er sich schon bald zu entziehen versucht. So wird sein Bemühen nicht entschlossen weitergeführt, sondern verläuft schließlich im Sande.

Ganz abgesehen davon, daß es schon aus psychologischen Gründen kaum möglich sein dürfte, die eigene Herkunftsfamilie konstruktiv umzugestalten, käme das Vorhaben, in eigener Regie die Gemeinschaft in der Familie zu intensivieren, einer Herkulestat gleich. Diese Tatsache wird aber von Rolf verkannt, der meint, diese selbstgesteckte Aufgabe durch verhältnismäßig geringfügige Verhaltensänderungen bewältigen zu können.

Eine Situation, in der Rolfs Selbstüberschätzung eindeutig am weitesten geht, ergibt sich, als der Vater wieder einmal in einer depressiven Stimmung ist:

*Und es gab ne Situation, wo er also ziemlich am Boden war. Und da hat ich Glück, weil meine Mutter und meine große Schwester, un die ham halt irgendwie un- unverständlich reagiert und da hat er se gleich, hat er gesagt, ach ihr versteht das sowieso nich, und aber da war er wirklich richtig krank, (I: hm hm) also da war er nich ganz bei sich. Und äh da hat ich Glück, ich kam nach Hause, un meine Mutter hat mir das erzählt. Hab ich gedacht, na ja erstmal gucken und hab dann mit ihm geredet und hab ihm zugehört, bin auf ihn eingegangen und und dadurch hatt' ich dann wenigstens, also konnt ich ihm sagen, also pass off, wir gehn jetzt mal zum Arzt. Und das müssen wir mal nachhaken und so, und da hat er auf mich gehört. Das war in der Situation eigentlich ungeheuer wichtig, weil er weil das da auf jede Sekunde eigentlich ankam. (1,5)*

Die Äußerung, daß Rolf "Glück" hatte, als der "Vater ziemlich am Boden war", ist befremdlich. Warum sollte jemand von Glück sprechen, wenn der Vater krank ist und die engsten Angehörigen hierauf nicht adäquat reagieren? Gerade in dieser Situation konnte Rolf seinen Vorsatz, nämlich der Familie die Wichtigkeit von persönlicher Zuwendung zu demonstrieren, verwirklichen. Dabei hat sein Auftreten den Charakter eines schnellen Hilfeinsatzes in einer außeralltäglichen Situation; er spielt gewissermaßen den "Feuerwehrmann". Nicht zuletzt mag das Erleben der Schwäche des Vaters ihm selber ein Gefühl der Überlegenheit verschafft haben.

Alles in allem haben Rolfs Versuche, das innerfamiliäre Beziehungsgefüge zu intensivieren, einen sehr spontanen Charakter. Das lange und mühselige Arbeiten an einer Sache, die Mühen der Ebene, sind dagegen (ganz im Gegensatz zu *Heiner*) seine Sache nicht. Je mehr stetigen Aufwand er betreiben müßte, um so mehr würden ihm Zeit und Kraft für andere Dinge fehlen. So fühlt sich Rolf zwar in Ausnahmefällen zum Handeln berufen, für langfristige Projekte fehlt ihm jedoch die Ausdauer, nicht zuletzt deshalb, weil er sich stark in der Größendimension seiner "Projekte" überschätzt.

Das seinem Handeln zugrunde liegende Ziel ist die Hervorbringung eines besseren menschlichen Zusammenlebens. Ein solches würde er am liebsten durch einmalige beispielhafte Handlungen in Gang setzen, wonach es sich selbst tragen müßte, so daß keine Notwendigkeit bestünde, es weiter mühevoll in Gang zu halten und zu pflegen. Ferner wäre er in solche Gruppenzusammenhänge gern

selbst als zentrales Mitglied eingeschlossen, wobei er aus ihnen nicht nur weitere Kraft, sondern vor allen Dingen Anerkennung schöpfen könnte. Damit ausgestattet könnte er sodann entweder den Gesamtprozeß der Vergemeinschaftung weiter befördern oder auch in anderen Kontexten Startanreize für entsprechende selbsttragende Prozesse setzen. Der folgende Abschnitt bezieht sich auf Rolfs Versuche, auch außerhalb der Familie solche Impulse zu setzen. Faktisch mündet der Gemeinschaftsmythos, dem Rolf anhängt, jedoch in Selbstüberforderung und Weltfremdheit nicht zuletzt deshalb, weil Rolf weder die Binnenlogik der Kontexte, in denen er agiert, reflektiert noch eine Beziehung zu umfassenderen Handlungszusammenhängen herstellt.

#### *G. Spontane Akte sozialen Engagements*

Rolf vollführt auch Akte der Solidarität, die über sein unmittelbares Lebensumfeld hinausgehen. Auch diese haben spontanen Charakter. So hat er beispielsweise im Rahmen der "Kindernothilfe" eine Patenschaft für ein Kind in Brasilien übernommen, die eine monatliche Spende von 50 DM für dieses Kind miteinschließt. An die entsprechende Information ist er durch die zufällige Lektüre eines Kalenders der Kindernothilfe gelangt. Damit folgt er selbst konsequent seiner Fürsorgelinie, wobei das finanzielle Opfer angesichts der Mittel eines Studenten sicherlich für ihn spürbar sein dürfte. Eine noch konkretere Aktion bestand darin, daß Rolf mit einem VW-Bus nach Rumänien fuhr, um Kleidung dorthin zu bringen:

*Und äh da ham se halt [Rolfs Eltern PS], was weiß ich, (lacht kurz) wieviel wieviel Skianzüge für Kinder mitgebracht (I lacht kurz) und ham gesagt, na ja, wer weiß, wo mer se noch mal verschenken können oder so. (I: hm, hm) Und wir hatten das dann im Gottesdienst irgendwie so beim Rausgehen hab ich's mir dann eingefallen und hab dann gesagt, weißte was, wir könnten's eigentlich nach Rumänien bringen. [...] Gesagt getan, vier Wochen später oder so was, warn wir in Rumänien und ham dann Riesen- so'n VW-Bus voll Zeug hingebraht. (I: hm, hm, hm) Und so was, das is halt so meine Welt, da irgendwie da mal schnell mitzumachen und (I: hm) das was ich habe irgendwo einzubringen. (2,15)*

Mit der Idee, die Skianzüge nach Rumänien zu bringen, führt Rolf die Sammelaktion der Eltern einem Höhepunkt zu. Hilfe wird hier ganz konkret, ist mit physischem Einsatz und unmittelbarem Kontakt zu den Betroffenen verbunden. Auch hier bringt Rolf wieder spontanes Engagement auf und sagt sogar mit eigenen Worten, daß dies für ihn ganz typisch ist: "(D)as is halt so meine Welt, da irgendwie da mal schnell mitzumachen und (I: hm) das was ich habe irgendwo einzubringen." Rolf macht keine Umwege, etwa eine theoretische Annäherung an die Probleme, zieht auch Institutionen etc. gar nicht in Betracht. Es erfolgt keine systematische Suche nach den Stellen, wo Hilfe am dringendsten gebraucht oder Ressourcen am effektivsten eingesetzt werden könnten. Es finden sich ferner keine Überlegungen bezüglich der Ursachen der Bedürftigkeit. Primär geht es Rolf vielmehr um den *Akt des spontanen Helfens* und um den unmittelbaren *Kontakt von Mensch zu Mensch*. Bezeichnenderweise spielen auch die Eigenrelevanzen der Hilfsempfänger gar keine Rolle. Deren eigenes Bild von der Situation wird gar nicht in Betracht gezogen. Ganz offensichtlich geht es Rolf in allererster Linie darum, sein Selbstbild als Helfer zu bestätigen, koste es, möchte man fast sagen, was es wolle.

So sucht sich das Engagement im Falle Rolfs die befristete kleine Initiative, keineswegs die dauerhafte Bindung oder die ausdauernde Bemühung. Ein solchermaßen unreflektiertes Engagement steht jedoch in der Gefahr, zu einem ausschließlich auf die rasche Zielerreichung ausgerichteten Aktivismus zu werden, der sowohl die Bedingungen zur Erreichung des Ziels als auch die möglichen Begleit- und Folgeerscheinungen einer Handlung vernachlässigt. Um solchen unüberlegten Handlungen in sozialen Kontexten vorzubeugen, bedürfte es der Reflexion auf individueller und gemeinsamer Basis, damit eine kritische Überprüfung der Aktion in ihren sozialen Auswirkungen stattfinden kann. (siehe Kleine 1992: 166f) Solche Bemühungen läßt Rolf jedoch vermissen.

#### *H. Beziehungen*

Rolfs Erzählungen zur Thematik der Partnerbeziehungen nehmen im Interview enorm viel Raum in Anspruch. Da die zentralen Momente jedoch ein wiederkehrendes Muster aufweisen, genügt eine relativ kurze Passage zur Darstellung der Grundfigur.

Rolf hat eine nicht abreißende Kette von Beziehungen vorzuweisen, wobei es wiederholt räumliche Distanzen, vorzugsweise Auslandsaufenthalte sind, die zur Lösung der alten Beziehung bei gleichzeitigem Beginn einer neuen Partnerschaft führen. Aus der Perspektive des räumlichen Abstands erscheint ihm die jeweils aktuelle Partnerschaft nicht fortführbar. Im Zentrum steht dabei immer das eigene psychische Befinden; wie es den jeweiligen Partnerinnen ergeht, wird dagegen nicht reflektiert:

*Da war ich in Frankreich für ne Woche äh und hatte mal Ruhe und war mal dr- und mal richtig raus aus allem. (räuspert sich) Un da hab ich halt [...] ne junge Frau kennengelernt, mit der ich wieder sehr gut klarkam, und da wurde eben auch was draus. Dadurch ward war denn das andre Schluß, und da war denn auch viel Streit jetzt, und äh die beiden so warn richtig giftig gegeneinander, (I: hm) obwohl se sich gar nich kannten. Also wenn se sich gekannt hätten, da wärn se vielleicht nich so gewesen. Ja und das war aber in ner Zeit, wo ich wirklich arge psychische Probleme hatte, als ich die kennengelernt hab und [...] hab dann [...] irgendwie in ihr ooch die die Helferin gesucht also in der größten Not, kam mit ihr sehr gut klar un hab se auch sehr gemocht<sup>1</sup> (1,8)*

Rolf kann die Rivalität zwischen den beiden Frauen nicht nachvollziehen, deren Anlaß er doch selbst gestiftet hat. Umgekehrt erwartet er aber ein hohes Maß an Verständnis für seine emotionale Lage. Er sieht offenbar nur eigene Probleme - im Grunde müßten alle Ressourcen der Beziehung ausschließlich für ihn bereitstehen. Daß sein Gegenüber eigene Bedürfnisse hat, entgeht ihm dagegen offenbar völlig. Somit stellt sich Rolf auch in den Partnerschaften in den Mittelpunkt und macht keinerlei Anstalten, die Dinge aus der Perspektive der Partnerin zu sehen. Während seine Offenheit bezüglich eigener Probleme zu Beginn noch anziehend wirken mag, erkennen seine Partnerinnen zunehmend, daß Rolf eher selbstbezogen agiert und daher in vielerlei Hinsicht keine echte Reziprozität in der Partnerschaft vorliegt. Dies führt früher oder später zu (meist latent bleibenden) Konflikten, denen sich Rolf durch Beginn einer neuen Partnerschaft entzieht. Somit herrscht auch hier

<sup>261</sup> Die Betreffende wird übrigens beim folgenden Auslandsaufenthalt gegen eine neue Partnerin "eingewechselt".

das Muster des spontanen Aktionismus und der Ablehnung kontinuierlicher Mühe zur Weiterführung des Begonnenen vor. Rolfs Beziehungen sind letztlich nicht von Dauer.

### **Fallstruktur**

Mit der Geburt in eine Pfarrersfamilie mit hoher Selbstrekrutierungsrate war Rolf Angehöriger einer staatlicherseits tolerierten Enklave eines "Standes" mit religiöser Prägung. Die Familie sieht sich in der Pflicht, eine kultivierte christliche Lebensführung zu repräsentieren, zu der auch eine Haltung des Dienstes am Nächsten gehört, deren Beanspruchungen bis in den familiären Binnenraum hineingetragen werden. Da die Eltern die obligatorischen Verpflichtungen eines Pfarrhaushaltes stark internalisiert haben, wird Zeit für sie zu einem äußerst knappen Gut, so daß Rolf und seine Geschwister früh zu spüren bekommen, daß ihre Bedürfnisse in der Familie nicht immer an erster Stelle stehen. In diesem Berufsethos ist eine Entgrenzung der persönlichen Beanspruchung angelegt, die etwa beim Vater nicht selten in Erschöpfung und Depressionen resultiert.

Auch für Rolf selber ist auf dem Weg seiner Orientierungssuche eine - teils religiös begründete - Hinwendung zum Mitmenschen zentral, die noch durch die Zielperspektive einer gelebten Gemeinschaft Gleichgesinnter ergänzt wird. Mit diesem Entwurf im Hinterkopf stellt Rolf die konkreten Erscheinungsformen, in denen ihm die christliche Religion begegnet, auf den Prüfstand. Obwohl er sich gerade in dieser Hinsicht wiederholt enttäuscht sieht, kann er sich lange Zeit nicht von ihr abwenden, sondern sucht sein Idealbild gelebter Religiösität stattdessen in fernen Ländern (Mittelamerika). Erst sehr spät kommt für ihn zumindest mit Blick auf die spätere Berufstätigkeit ein Wechsel vom Theologie- zum Musikstudium in Frage.

Ferner will er selbst seinen Ansprüchen in der Praxis gerecht werden, indem er eine fürsorgeleistende Person zu verkörpern versucht, die mit gutem Beispiel vorangeht, wenn es darum geht, zu helfen bzw. eine fürsorgliche Gemeinschaft zu stiften. Durch spontane Hilfsaktionen bzw. Akte der emotionalen Zuwendung möchte Rolf selbsttragende Prozesse der Gemeinschaftlichkeit in Gang setzen, aus denen er neben einer zentralen Position im Gruppengefüge für seine Person auch die Kraft für ein weiteres Agieren beziehen möchte. Die angestrebten Gemeinschaften bedürfen, so glaubt Rolf, lediglich eines wohlmeinenden initialen Anstoßes, worauf sie sich von selber weitertragen. Faktisch führen die zuwendenden Handlungen allerdings eher dazu, beim Gegenüber Erwartungen auf künftige Hilfe und Zuwendung zu wecken. Werden diese für Rolf zu groß, dann wendet er sich vom laufenden Projekt ab und zieht sich zurück. Das momentane Projekt wird ebenfalls abgebrochen, wenn die akute Hilfsbedürftigkeit vorüber ist und in den Modus der täglichen Mühe übergeht. So fühlt sich Rolf zwar in Notlagen und Ausnahmefällen zum Handeln berufen, für einen langfristigen Einsatz fehlt ihm jedoch die Ausdauer nicht zuletzt deshalb, weil er sich stark in der Größenordnung seiner Projekte überschätzt. Sobald dies offensichtlich wird, fühlt sich Rolf schnell überlastet und begibt sich rasch auf den Weg zu neuen Projekten. Ein zähes und ausdauerndes Ringen gegen alle Widerstände liegt ihm fern, die Mühen der Ebene sind (im Gegensatz zu *Heiner*) seine Sache nicht. So mündet der Gemeinschaftsmythos, dem Rolf anhängt, in Selbstüberforderung und Weltfremdheit nicht zuletzt deshalb, weil er weder die Binnenlogik der Kontexte, in denen er

agiert, reflektiert noch eine Beziehung zu umfassenderen Handlungszusammenhängen herstellt. Bezeichnenderweise deutet Rolf seine im Sande verlaufenden Vorhaben nicht als Hinweis auf Selbstüberschätzung und ein überhöhtes Anspruchsniveau, sondern ganz im Gegenteil als Positivbeispiele für gelungene Anstöße des ihm vorschwebenden gemeinschaftsförmigen Lebens. Daß die eigentliche Arbeit erst nach dem ersten Schritt anfängt, wird von Rolf völlig übersehen und daher halten ihn die fortlaufenden Abbrüche auch nicht vom Beginn neuer Projekte ab.

Neben der fehlenden Beharrlichkeit und der überzogenen Dimensionierung seiner Projekte liegt ein weiteres Defizit in der fehlenden Wahrnehmung der Bedürfnisse und der spezifischen Situation seines jeweiligen Gegenübers, nicht nur der angedachten Empfänger von Hilfe, sondern auch seiner Beziehungspartner. So stellt Rolf nicht in Rechnung, daß die angedachten Hilfsempfänger eventuell ganz andere Bedürfnisse haben als die Zuwendungen, die er ihnen zukommen lassen möchte.<sup>1</sup> Der Akt des Helfens selber bzw. die Helferrolle haben für Rolf einen Eigenwert; sie korrespondieren mit seinem Selbstbild, das es in Taten umzusetzen gilt. Damit wird Helfen zum Selbstzweck und Rolf kommt mit seiner Handlungsweise dem, was gemeinhin als "Helfersyndrom" bezeichnet wird, bedenklich nahe.<sup>1</sup>

Im Wechsel von "Hinwendung zum Mitmenschen (bzw. spontaner Hilfsaktion) - Überforderung und Abbruch - positive Umdeutung des abgebrochenen Projektes - Beginn eines neuen Projektes" liegt der basale Kreislauf der Selbstreproduktion der biographischen Sinnstruktur. Einen ganz ähnlichen Verlauf nehmen Rolfs Partnerbeziehungen: auch hier findet sich die zirkuläre Grundstruktur von Hinwendung, (vermeintlicher) Überforderung, Abbruch und Beginn einer neuen Beziehung.

Aber nicht immer kann er sich ohne weiteres abwenden und etwas Neues beginnen:

*Also ich hab ich hab dann ooch ziemlich mit Depressionen zu kämpfen öfter mal. Das kommt von Zeit zu Zeit dann, war ooch mal ganz schlimm un so, aber äh ich denk ich ich ha- ich kämpf irgendwie dagegen (1,6)*

In solchen Situationen ist Rolf in einem Dilemma gefangen: sein Selbstbild, das ihm ein hohes Maß an Altruismus abfordert, setzt ihn unter einen enormen Druck, dem häufig nur durch die eigene Erschöpfung Grenzen gesetzt sind. Nicht zuletzt aus diesem Grunde ist auch in jedem seiner Projekte das Scheitern am eigenen Anspruch vorprogrammiert: "Es ist nicht so wie bei den natürlichen

<sup>262</sup> Diese Struktur widerspricht der "Empathie-Altruismus-Hypothese" (nach Batson 1994: 606), jedenfalls sofern man den Begriff der Empathie nicht durch einen definitorischen Akt verengen will. Unter *Empathie* versteht Batson (1994: 605f) Gefühle, die auf andere orientiert sind und die sich auf das wahrgenommene Wohl der anderen Person beziehen. Dabei versucht man sich vorzustellen, wie es dem anderen in seiner spezifischen Situation ergeht. Empathie mit Bedürftigen ist laut der "Empathie-Altruismus-Hypothese" *das* Motiv für altruistisches Verhalten. (Siehe auch Montada u. Bierhoff 1991: 4)

<sup>263</sup> "Gerade das prinzipielle Scheitern der Brüderlichkeitspostulate an der lieblosen Realität der ökonomischen Welt, sobald in ihr rational gehandelt wird, steigert hier die Forderung der Nächstenliebe zu dem Postulat der schlechthin wahllosen "Güte", die nach Grund und Erfolg der absoluten Selbsthingabe, nach Würdigkeit und Selbsthilfefähigkeit des Bittenden überhaupt nicht fragt und das Hemd gibt, wo der Mantel erbeten ist, für die aber eben deshalb in ihren letzten Konsequenzen auch der einzelne Mensch, für den sie sich opfert, sozusagen fungibel und in seinem Wert nivelliert wird, der "Nächste" der jeweils zufällig in den Weg Kommende ist, relevant nur durch seine Not und seine Bitte: eine eigentümliche Form mystischer Weltflucht in Gestalt objektlos liebender Hingabe nicht um des Menschen, sondern um der Hingabe, der "heiligen Prostitution der Seele" (Baudelaire), willen" (Weber 1980 [1921]: 355, siehe auch Weber 1988 [1920]: 546).

Pflichten, daß man sich ihrer irgendwann entledigt hätte" (Rawls 1975: 139). Die Depressionen und generell Befindlichkeiten, die sich dem Zugriff eigener Entscheidungsmacht entziehen, schützen ihn wie schon den Vater vor Selbstüberforderung. Schließlich erschöpfen sich die Depressionen, die moralischen Ansprüche kommen wieder zum Zuge und der Kreislauf kann wieder von Neuem beginnen. Dabei unterliegt der Konflikt zwischen überhöhtem Anspruch und begrenzten Ressourcen einer Reflexionssperre, wird also selber nicht wahrgenommen.

Sein Ziel einer gelebten Gemeinschaftlichkeit erreicht Rolf am ehesten in künstlerischen Kontexten (Musik und Laientheater). Hier kann er bewirken, was ihm woanders nicht gelingen will: unter seiner Anleitung wird in einem gemeinschaftsförmigen Kontext eine große gemeinsame Anstrengung unternommen, die Rolf mit großem Perfektionismus anleiten und zu befriedigenden Ergebnissen - den Darbietungen - führen kann. So verwundert es nicht, daß Rolf nach langem Zögern schließlich ernsthafte Schritte unternimmt, ein Musikstudium zu beginnen.

*Insgesamt* pflegt Rolf das Bild einer überschaubaren sozialen Welt, die durch den guten Willen aller Beteiligten zu einer besseren gemacht werden könnte. Primär geht es ihm um den *Akt des spontanen Helfens* und den unmittelbaren *Kontakt von Mensch zu Mensch*, wobei allerdings die Eigenperspektive des jeweiligen Gegenübers effektiv keine Rolle spielt. Ferner kommt es faktisch nur zur spontanen und befristeten Initiative, keineswegs aber zu dauerhaften Bindungen oder Bemühungen. Es erfolgt keine theoretisch reflektierte Annäherung an die Probleme, keine systematische Suche nach dem Ort, an dem die vorhandenen Ressourcen am effektivsten eingesetzt werden könnten. Ferner geht es Rolf nicht um gemeinsam zu entwickelnde Perspektiven, die in universalistischen Verfahren ermittelt werden, vielmehr meint er bereits zu wissen, was gut und richtig ist, und hält dies für so selbstverständlich, daß es keiner kommunikativen Vermittlung bedarf. Rolf tendiert aufgrund dieser (Selbst)-Gewißheit zur Führungspersönlichkeit, die sich dazu berufen glaubt, ihre Umwelt in ein harmonisches Gefüge überführen zu müssen. Daraus wird ersichtlich, daß es Rolf in allererster Linie darum geht, sein teils narzistisches, teils selbstquälerisches Selbstbild als Helfer bzw. Stifter tragfähiger Gemeinschaften zu bestätigen. Gegenüber seinem Dominanzstreben muß Rolf aber ein hohes Maß an Latenz aufrechterhalten, da er sich sonst in einen Widerspruch zur Gemeinschaft Gleichgesinnter - innerhalb derer ja jeder gleichberechtigt sein soll - begibt.

### **Zusammenhangsanalyse**

Nur in wenigen Fällen resultiert die Solidaritätsorientierung aus einem so engen Zusammenhang mit der biographischen Struktur wie bei Rolf.<sup>1</sup> Er wächst in einer Familie auf, in der die Sicherung eines Binnenraums gemeinschaftlicher Beziehungen und karitativer Aktivitäten gegenüber einer Welt, die durch die Eigenlogik systemischer Prozesse beherrscht wird, die Grundlage einer ethisch-religiös interpretierten Lebensform bildet. Er intensiviert diese Idee einer gemeinschaftlichen Praxis, indem er die Praxis der Gemeindearbeit gegen die theologische Wissenschaft, die Einheit der Gemeinde gegen

<sup>264</sup> Von den in dieser Arbeit vorgestellten Fällen trifft dies in dieser Eindeutigkeit nur noch auf *Britta* zu, die auf dem Feld der Solidarität geradezu diametral entgegengesetzt orientiert ist.

die Pluralität der Deutungen zur Geltung bringen will. Seine biographische Struktur ist daher eng verknüpft mit den wechselnden Helferrollen bzw. zentralen Positionen im Kontext angedachter Gemeinschaften gegenseitiger Fürsorge. Die Rolle des Helfers demonstriert dabei vorbildhaft die fürsorgliche Haltung, die alle Angehörigen einer solchen Gemeinschaft annehmen sollen. Im Grunde erscheint Rolf die Gesellschaft als große Gemeinschaft oder zumindest als Bündel von Gemeinschaften, in denen alle Menschen miteinander auf Augenhöhe stehen. Dabei können sie, so glaubt er, ohne lange Reflexions- oder Aushandlungsprozesse rasch zur Einsicht in das Gute und Richtige gelangen und auf dieser Grundlage ihr Verhalten problemlos modifizieren. Kategorien wie Interessengruppen, Organisationen oder Öffentlichkeit spielen in diesem Bild von Gesellschaft keine Rolle, denn für Rolf ist der Andere prinzipiell ein Mitglied in der Gemeinschaft Gleichgesinnter. Die Gemeinschaft kann auch auf größere Zusammenhänge ausgeweitet werden, so daß es im Prinzip keinen exkludierten Fremden gibt. Differenzen treten nur auf, insoweit Mitglieder schlechter ausgestattet sind - ihnen muß geholfen werden - und insoweit Akteure unberührt vom Gebot der Brüderlichkeit in den expansiven Systemprozessen eigene Interessen zu realisieren versuchen - diese Egoisten müssen bekehrt werden. Dabei bedarf es keiner dialogischen Praxis. Entsprechend holzschnittartig ist auch Rolfs Auffassung von den funktionalen Mechanismen bzw. gesellschaftlichen Teilsystemen, mit der er ihrer tatsächlichen Komplexität nicht einmal ansatzweise gerecht wird. So hält er diese für biegsam genug, um etwa problemlos und ohne Widerstände ökonomische Effizienzeinbußen zugunsten der Inklusion Benachteiligter in Kauf nehmen zu können. Rolfs Brüderlichkeitspostulate stehen, wenn man Max Weber folgt, jedoch faktisch in einer unauflösbaren Spannung zum Kosmos der rationalisierten funktionalen Teilsysteme der Gesellschaft. Aus der Distanz heraus, in der Rolf zu diesen Systemen steht, kann er zwar die Spannungen spüren, die der Versuch der Ausweitung gemeinschaftlicher Beziehungen über den Nahbereich hinaus mit sich bringt, aber zu einem wirklichen Verständnis der Bedeutung systemischer Operationen und der mit ihnen verbundenen Rationalitätsgewinne gelangt er nicht. Die Stärke seiner Wertorientierung und die Intensität seiner Sinnsuche schlagen in den Optimismus um, daß die Gesinnung, wenn sie nur stark genug ist, sich die Voraussetzungen ihrer Realisierung zu schaffen vermag. Von daher ist es fast unausweichlich, daß er die "Härte" systemischer Prozesse ausblendet und ihre weitgehende Formbarkeit nach moralischen Prinzipien behauptet.

Faktisch sind Rolfs Vorstellungen zur Problematik von Solidarität und Gerechtigkeit auf Überschaubarkeit und kurze Handlungsketten angewiesen, denn je komplexer die Handlungszusammenhänge werden, um so weniger lassen sie sich durch eine gemeinschaftliche Sichtweise erfassen, geschweige denn steuern. So handelt es sich bei Rolfs "Projekten" in der Tat um einen auf rasche Zielerreichung ausgerichteten Aktivismus, der sowohl die Bedingungen zur Erreichung des Ziels als auch die möglichen Begleit- und Folgeerscheinungen vernachlässigt. Um dem vorzubeugen, bedürfte es der Reflexion auf individueller und gemeinsamer Basis, damit eine kritische Überprüfung der Aktion in ihren sozialen Auswirkungen stattfinden könnte. Solche Bemühungen läßt Rolf jedoch vermissen. Selbstlosigkeit und Gemeinschaft regulieren vermeintlich problemlos alle potentiellen Konflikte und Probleme, womit Rolfs Zielvorstellung dem sehr nahe kommt, was Rawls (1975: 152)



als "Gemeinschaft der Heiligen" bezeichnet: in einer solchen "Gemeinschaft von Heiligen, die einem gemeinsamen Ideal huldigen, würden, falls es eine solche Gemeinschaft geben könnte, keine Streitfragen über die Gerechtigkeit entstehen. Jeder würde sich selbstlos für das eine Ziel einsetzen, das die gemeinsame Religion bestimmt, und im Hinblick auf dieses (falls es klar definiert ist) würden sich alle Fragen nach dem Rechten lösen." (ebenda) Abgesehen davon, daß bei nüchterner Betrachtung nicht einmal im Ansatz zu erkennen ist, wie eine solche Gemeinschaft die Leistungen differenzierter Teilsysteme substituieren könnte, ist in dem Konformitätszwang und den damit verbundenen starken normativen Forderungen einer solchen Gemeinschaft eine enorme Überforderung der Individuen angelegt, die Rolf selber schon im Kleinen wiederholt erfährt, auch wenn er sie aufgrund einer Reflexionssperre nicht als solche erkennen kann.

### **Verhältnis zur bestehenden gesellschaftlichen Ordnung**

#### Beziehung zur politischen Ordnung

Rolf gehört (wie schon *Britta, Hartmut, Carsten* und *Barbara*) zu denjenigen, die bei Politikern eine Selbstbedienungsmentalität ausmachen. Ihre eigentliche Tätigkeit sieht er durch die Mitgliedschaft in Aufsichtsräten kontaminiert. Damit beugen sie sich den Imperativen einer anderen Sphäre als der politischen und vernachlässigen die Ziele, für die sich einzusetzen, sie vom Bürger beauftragt wurden. Wichtig ist Rolf allerdings die Differenz zwischen politischer Verfassung, die er für unbedingt bewahrenswert hält, und den falschen Orientierungen der meisten etablierten Politiker bzw. Parteien, die er ablehnt. Ferner konstatiert Rolf das Vorhandensein (nicht näher benannter) starker "*oppositioneller Kräfte*" (2,16), die fehlgeleitete Beschlüsse ändern oder wenigstens behindern können. So ist er zwar gegenüber politischen Entscheidungen skeptisch eingestellt, sieht jedoch gleichzeitig Gegenkräfte und Einflußchancen. Insgesamt steht er dem politischen System der BRD positiv gegenüber und geht davon aus, daß genügend Potentiale für positive Änderungen bereitstehen. Dabei folgt er auch auf diesem Feld weitgehend der Einstellung, daß es primär auf den guten Willen jedes einzelnen Menschen ankommt, während er den Zustand der politischen Institutionen bzw. generell den systemischen Aspekt für zweitrangig hält.

#### Einstellung gegenüber der Dynamik gesellschaftlicher Teilsysteme

Rolf ist in seiner Denkweise nahezu ausschließlich *gemeinschaftsorientiert*, traut sich vor dem Hintergrund dieser Orientierung jedoch Schlüsse und Urteile zu, für die er auch im Rahmen der gesamten *Gesellschaft* Anspruch auf Geltung erhebt. Dabei extrapoliert er eine Denkweise, die im kleinen Rahmen ihre Gültigkeit haben mag, auf einen viel umfassenderen Kontext und übersieht die Brüche bzw. das Hinzutreten wesentlicher neuer Elemente, die sich bei dieser Operation ergeben.

Rolf ist zwar nicht unsensibel für die negativen Folgen funktionaler Mechanismen, hat aber keinen kognitiven Zugriff, der ihm eine Erklärung dafür liefern könnte, inwiefern die erkannten Probleme auf dieser Ebene höherer gesellschaftlicher Aggregation entstehen. Sie erscheinen ihm vielmehr als Defizite des guten Willens einzelner Menschen. Der Ansatzpunkt für positive Impulse zur Entwicklung einer lebenswerteren Gesellschaft ist für Rolf daher in den ganz alltäglichen,

lebensweltlichen Kontexten verortet und liegt letztlich in der Hand der Einzelindividuen. Jeder kann und soll demnach seinen Beitrag für eine bessere Welt leisten, indem er z.B. seinen Kaffee im Dritte-Welt-Laden kauft. Alle Probleme lassen sich nach dieser Denkweise lösen, indem die Menschen einen guten Willen entwickeln und entsprechend konsequent handeln. Zielvorstellung ist das Zusammenleben in einer großen letztlich weltumspannenden Gemeinschaft, in der gegenseitige Zuwendung, Rücksichtnahme und Fürsorge im Mittelpunkt stehen sollen. Dabei geht Rolf von selbstverständlichen und leicht vermittelbaren Idealen für eine solche Lebensform aus, die - gewissermaßen a priori - von allen Menschen geteilt werden. Verständigung im Rahmen einer (rationalisierten) Lebenswelt spielt hier keine Rolle, denn jeder Mensch verfügt bereits über die notwendige Grundhaltung, die gegebenenfalls leicht einsehbar gemacht werden kann; für tiefere Reflexionen sieht er keine Notwendigkeit. Auf diese Weise drängt sich eine unreflektierte Solidaritätsorientierung derart mächtig in den Vordergrund, daß die komplexe Dynamik funktionaler differenzierter Gesellschaften und die damit verbundene Steuerungsproblematik gänzlich übersehen wird, da alle Ereignisse auf der Grundlage der Prämisse ausgeweiteter Gemeinschaftlichkeit beurteilt werden.

#### **Reichweite der Solidaritätsbeziehung**

Rolf ist ein weiterer Vertreter der Dependenzthese, wonach der Reichtum der Industrieländer auf der Armut der Dritte-Welt-Länder beruht. Ganz abgesehen davon wohnt jedoch der von ihm anvisierten umfassenden Gemeinschaft insofern ein universeller Charakter inne, als sie letztlich die gesamte Menschheit umgreifen soll und nicht etwa nur eine gewisse Teilgruppe. Ein solcher die gesamte Menschheit umgreifender Ansatz folgt nach Rottländer (1997: 131) der Logik des Samariters, der dort hilft, wo die Not am größten ist. Genau dieser Impuls ist auch bei Rolf auszumachen. Hilfspotentiale sind demnach genau dorthin zu kanalisieren, wo sie am ehesten gebraucht werden, und nicht etwa in Länder bzw. Landesteile, die aufgrund von vorhandenen Bindungen oder Zugehörigkeiten näher liegen.

#### ***Kurzdarstellung: Frank (Betriebswirtschaftslehre)***

##### **Solidaritätsorientierung**

Im Gegensatz zu Rolf behält Frank durchaus die *Perspektive der funktionalen Mechanismen* im Auge. Als er etwa gefragt wird, ob er die Einkommensunterschiede in der **Bundesrepublik** für gerechtfertigt hält, antwortet er:

*F: Na ja diese These dieser Marktwirtschaft oder dieser sozialen Marktwirtschaft ist ja, daß die Differenzierung der Einkommenklassen ... daß es so ne Anreizfunktion (I: hm) is, ganz einfach unternehmerisch tätig zu werden und besonderen Einsatz zu leisten. ... allerdings find ich's für'n sozialen Frieden gefährlich, diese (I: hm) großen Differenzierungen. (2,19)*

Frank argumentiert zunächst aus einer funktionalen Perspektive. Einkommensunterschiede haben demnach, so "diese These dieser Marktwirtschaft", eine "Anreizfunktion", welche die Menschen dazu veranlassen soll, "unternehmerisch tätig zu werden" und einen hohen Arbeitseinsatz zu

erbringen. Damit benennt Frank implizit das aufwandsbezogene Leistungsprinzip als Grundlage für Verteilungsfragen, wonach Leistung und Entlohnung eng aneinander gekoppelt wären. Allerdings ist auf der sprachlichen Ebene, insbesondere in der spezifisch distanzschaffenden Verwendung des Wortes "dieser" ("*diese These dieser Marktwirtschaft*"), eine latente Ablehnung der wiedergegebenen Sichtweise zu erkennen. Vor allem findet Frank "*diese großen Differenzierungen*", die er in der realen Marktwirtschaft ausmacht, für den sozialen Frieden gefährlich. Demnach resultieren aus der Einkommensdifferenzierung nicht nur Vorteile (Anreizfunktion, Innovation), sondern auch erhebliche Nachteile (Gefährdung des sozialen Friedens). Am Beispiel der großen Differenz zwischen der Verdienstspanne von Topmanagern einerseits und Menschen mit einem Durchschnittseinkommen, "*die wirklich ihre ganze Kraft und Energie für diesen Job aufbringen*" (2,19), andererseits stellt Frank schließlich im Anschluß an die wiedergegebene Textstelle die "*These dieser Marktwirtschaft*" ganz in Frage: trotz gleich hohen Einsatzes bestehen nämlich in der Realität enorme Einkommensungleichheiten. Damit ist die Gerechtigkeitsnorm des aufwandsbezogenen Leistungsprinzips eindeutig verletzt, und folglich sind die gegebenen hohen Einkommensunterschiede ungerecht. So vollzieht Frank in seinem Argumentationsgang eine schrittweise Distanzierung von den Verteilungsstrukturen der neuen Gesellschaftsform.

Auf die naheliegende Frage, ob man angesichts dieser ungerechten Verteilungsstruktur nicht das Prinzip des gleichen Lohns für alle einführen sollte, lautet Franks funktionalistisches Argument, daß hiermit der Ruin der sozialen Marktwirtschaft verbunden wäre: "*(E)s ist nicht machbar ökonomisch*" (2,19). Aber wäre es nicht dennoch wünschenswert?

F: *Ja wünschenswert, wenn ich jetzt aus moralischen Aspekten argumentier ja, (I: hm) aber für die Gesellschaft wär's tödlich, andererseits bin ich kein Fan dieses Kapitalismus oder dieser Marktwirtschaft, und deswegen kann ich eigentlich leichten Herzens sagen, ja, es wäre wünschenswert, (I: hm) daß zumindestens ein Angleich stattfindet. (2,19)*

Moralisch bejaht Frank das Gleichheitsprinzip, macht jedoch gleichzeitig deutlich, daß man, solange man aus dem Kontext des real vorfindlichen Kapitalismus heraus argumentiert, die aus moralischen Gründen erstrebenswerte Gleichheit der Gehälter ablehnen muß. Hier wird ganz deutlich, daß Frank bei seinen Äußerungen über zwei Perspektiven verfügt: einerseits die der Realität der gegebenen Gesellschafts- bzw. Wirtschaftsordnung, andererseits die moralische.

Überraschend ist die Selbstcharakteristik: "*ich bin kein Fan dieses Kapitalismus oder dieser Marktwirtschaft*", so daß Frank die Lohnangleichung "*eigentlich leichten Herzens*" begrüßen können müßte. Aber eben nur "*eigentlich*", denn im Gegensatz zu Rolf ist ihm klar, daß man die gesellschaftliche Realität weder ignorieren noch ohne weiteres umgestalten kann. Allerdings scheitern Vermittlungsversuche zwischen beiden Perspektiven an der unbiegsamen Härte der gesellschaftlichen Realität. Auf der sprachlichen Ebene ist es wiederholt das widerspenstige "*eigentlich*", das dies verdeutlicht, wie sich im Anschluß an die wiedergegebene Textstelle zeigt: eine Angleichung der Löhne "*soll's ja eigentlich auch*" (2,19) geben, aber "*was eigentlich verwirklicht wird, ist doch ein Unterschied*" (2,19).

So bemüht sich Frank zwar, aus der Perspektive der gegebenen Faktizität heraus zu argumentieren, jedoch kommt eine tiefsitzende innere Ablehnung *dagegen* immer wieder zum Ausdruck und beansprucht eigene Dignität. Besonders starkes Gewicht hat dabei der Einwand, daß das aufwandsorientierte Leistungsprinzip, das ja Franks Auffassung nach der *"These dieser Marktwirtschaft"* zugrundeliegt, eigentlich zu stärkerer Gleichheit der Einkommen führen müßte. Faktisch ist Gleichheit jedoch *"ökonomisch nicht machbar"*, vielmehr tendiert das System in Richtung geradezu exorbitanter Einkommensdifferenzen, was auf einen Selbstwiderspruch im marktwirtschaftlichen System hindeutet. Ein weiterer Angriffspunkt besteht in der hohen Arbeitslosenzahl, die für Frank eindeutig ein systeminduziertes Problem darstellt:

*also die Arbeitslosen, das is ja, kann man ja nun, also das is en Versagen der Gesellschaft nich, man kann's nich jetzt 'm bestimmten einzelnen Individuum anlasten, daß die heute keine Arbeit haben, (I: hm) (?) gut, teilweise schon, vielleicht im Einzelfall zu prüfen, (I: hm) aber is doch elementar, das Versagen dieser dieses Systems. (2,18)*

Frank spricht von einem regelrechten *"Versagen .. dieses Systems"* und betont, daß die vorherrschenden individualistischen Ansätze an der Realität vorbeigehen. Für den kollektiv verursachten Chancenverlust besteht vielmehr auch eine kollektive Verantwortung. Seine bisherige Zurückhaltung ist verschwunden und hier bricht sich eine Grundhaltung Bahn, die er bisher mehr oder weniger unter der Decke einer vordergründig nüchternen Analyse halten konnte, nämlich ein grundlegendes Mißtrauen gegenüber dem System der Marktwirtschaft bzw. des Kapitalismus, dem er trotz aller Kenntnis seiner inneren Logik insgeheim zutiefst mißtraut.

Für Frank gibt es aber überraschender Weise noch einen ganz anderen Grund für die fehlende Solidarität innerhalb der neuen Gesellschaftsordnung, nämlich die *Engherzigkeit und Eigennutzenorientierung des westdeutschen Bevölkerungsteils*. Noch einmal zurück zur Frage des gleichen Lohns für alle:

*I: also es gibt diese diese diese These, gleicher Lohn für alle, (F: hm) dann wäre alles wieder in Butter.*

*F: Hm, also ich glaub, da wird man ganz großer Anfeindung aus'm westlichen Teil dieser Republik bekommen, denn wer möchte gerne schon auf Einkommen verzichten (I: hm) zugunsten anderer (2,19)*

Der Interviewer spricht die Idee einer radikalen Egalisierung der Einkommen an. Frank prognostiziert heftige Ablehnung, wobei er interessanterweise nur den *"westlichen Teil dieser Republik"* im Auge hat. Man gewinnt so fast den Eindruck, daß die Idee der Einkommensangleichung im Osten Deutschlands gutgeheißen, im Westen dagegen angefeindet würde. Auch an anderen Stellen im Interview sind es für Frank die Westdeutschen, die sich gegen Maßnahmen zugunsten einer egalitären Gesellschaft wenden (würden). Als er gefragt wird, ob eine Umverteilung der Arbeitseinkommen zugunsten Arbeitsloser denkbar wäre, antwortet er etwa:

*F: Pff [...] weiß nich, 's is glaub ich, schwer durchsetzbar, ... ich hab en in drei Monate in Westdeutschland gearbeitet, und man hielt mir ständig vor, daß man zu dem Solidaritätsbeitrag herangezogen wird und was das für sie kostet ... und daß sich aufgrund dessen Familien kein zweites*

*Auto mehr leisten können. Un das war ne ernsthafte Diskussion, un das man hat mich richtig angefeindet in dieser Diskussion. Und ich denk, es wird doch Geld zu sozialen Unruhen und na ja der soziale Friede wird en bißchen gestört werden, wenn die Politik sagt, zwei Prozent oder drei Prozent des Einkommens wird jetzt abgezogen zum Osten, (I: hm) um den äh Arbeitslosen mehr zu bezahlen. (2,20)*

Mit seiner Auffassung, daß die vorgeschlagene Form der Umverteilung von Mitteln den sozialen Frieden stören würde, bezieht sich Frank primär auf seine eigenen Erfahrungen in Westdeutschland, wo er wegen der Solidaritätsabgabe angefeindet wurde. Wieder ist es *dieser* Teil der Republik, in welchem den Umverteilungsprozessen Widerstand entgegengesetzt wird, wo man - im Wohlstand lebend - nicht auf ein zweites Auto verzichten will. Die eigene Herkunft aus dem östlichen Landesteil ist dagegen wenn auch mit einer gewissen Ambivalenz bezüglich des Gleichheitsideals der offiziellen DDR-Politik positiv besetzt:

*also ich bin froh, daß ich in der DDR aufgewachsen bin, dieses (I: hm) dieses na ja Kollektiv, Kollegiale, dieses, es war sicherlich irgendwie ne nivellierende Wirkung, ... war sicherlich nich richtig. Aber dadurch entstand auch so'n gewisser Zusammenhalt, fand ich. (1,12f)*

Einerseits räumt Frank dem Effekt eines gesteigerten sozialen Zusammenhaltes, der aus der angeglichenen Einkommensstruktur in der DDR resultierte, einen hohen Stellenwert ein, andererseits kann er eine äußerlich auferlegte Nivellierung nicht wirklich gutheißen. Sein Gesamturteil fällt jedoch positiv aus.

*Ressourcen für Veränderungen* im neuen System macht Frank, wenn überhaupt, nur *beim Staat* aus. Er kommt wiederholt auf das Aktionsfeld der Wirtschaftspolitik zu sprechen, in deren offizieller Version die Angleichung der Lebensverhältnisse ein zentrales Ziel darstellt. Faktisch ist ihre Funktion aber bestenfalls eine kompensatorische:

*es wär wünschenswert, (I: hm) daß zumindestens en Angleich stattfindet. Un das soll's ja eigentlich auch, das is ja auch so, die Wirtschaftspolitik vertritt ja schon, daß es en Angleichen is, daß es also nich solche riesige äh Auswüchse annimmt, aber in der Wirtschaftspolitik un dann, was eigentlich verwirklicht wird, is doch en Unterschied. (2,19)*

Am Grundproblem der Ungleichheit vermag die Wirtschaftspolitik nichts zu ändern, denn weitergehende Maßnahmen wären der Ruin der marktwirtschaftlich geprägten Gesellschaft; faktisch vermag sie kaum die Auswüchse einzudämmen.

*I: Glaubst Du, daß da irgendwie (räuspert sich) daß da die Politik irgendwie was was tun könnte in der Richtung, um das Problem anzugehen, also?*

*F: Nee, das glaub ich nich, was sollte, welchen Punkt sollte die Politik betreiben? Dieser springende Punkt is ja das Geld, das die Dominanz des Geldes in dieser Gesellschaft.*

*I: Na ja nun gut, da könnte man sagen, die Politik könnte in den Geldkreislauf irgendwie eingreifen da.*

*F: Das würde aber bedeuten, daß das kapitalistische System abgeschafft wird, dann hätten wir wieder sozialistische Verhältnisse, da hatte nich das Geld oder dieses Primat lag nich auf dem Geld sondern auf anderen Dingen, (I: hm) und hier is nun Geld grade das Allokationsmittel, um diesen ganzen Kreislauf Wirtschaftskreislauf am Leben zu erhalten, (I: hm) Anreizfunktion und so weiter für diese für Unternehmertum, und das geht alles über das Geld, und ohne dieses Geld funktioniert dieses System nich. (2,17)*

Franks Skeptizismus hinsichtlich der Gestaltbarkeit der Gesellschaft wird in der Antwort auf die Frage nach politischen Eingriffsmöglichkeiten deutlich: *"was sollte, welchen Punkt sollte die Politik betreiben?"* Verhindert werden kann die Entwicklung nur durch eine ganz andere Gesellschaftsform, den Sozialismus, in welchem das Geld nicht mehr das Primat hat. Solange aber das System ein marktwirtschaftliches ist, in welchem Geld die dominante Rolle spielt, ist das politische System zu mehr als zu kompensatorischen Modifikationen nicht in der Lage. Ein Systemwechsel kommt für Frank jedoch nicht in Betracht und so bleibt es in der Wirtschafts- bzw. Sozialpolitik bei enormen Differenzen zwischen Anspruch und Wirklichkeit, für deren Eindämmung er kaum Chancen sieht.

Aktionen der Betroffenen selber schließt Frank als effektives Mittel aus:

*Man hört ja immer wieder von diesen Protestkundgebungen in Bonn, (räuspert sich) [...] ich weiß es nich, ob es so viel Sinn hat, ich hab mir noch nie Gedanken darüber gemacht. ... Aber was der einzelne Arbeitnehmer äh der einzelne Arbeitslose tun kann, ob er durch Protestbewegung mehr erreicht, (I: hm) sicherlich machen se sich machen se darauf aufmerksam, aber man hat's ja in Bischofferode gesehen mit Hungerstreik und so weiter, ... also das angestrebte Ziel (I: hm) is doch verfehlt worden. (2,21f.)*

Frank ist hier durch und durch skeptisch. Die Übermacht des Faktischen läßt ihn fragen: *"Was sollen sie für Aktionen starten?"* und im Grunde sieht Frank sie von vornherein zum Scheitern verurteilt. Selbst öffentlichkeitswirksame Aktionen wie der Hungerstreik in Bischofferode verfehlen letztlich das angestrebte Ziel. Sein implizites Fazit: Protest, Widerstand, Streik etc. lohnen nicht wirklich der Mühe und erreichen nicht ihren Zweck. Selbst würde Frank nicht kämpfen, sondern im Ausland nach Arbeit suchen (2,21). Damit kann man im Falle Franks zwar Unzufriedenheit konstatieren, gleichzeitig aber keinerlei Handlungspotential.

Auf die Frage, ob die Forderung, daß die *ostdeutschen Arbeitnehmer genauso viel verdienen sollen wie die westdeutschen*, gerechtfertigt ist, antwortet Frank:

*Ich denk hier is äh doch ne gewisse Solidarität der Arbeitnehmer gegenüber dem Arbeitgeber abverlangt, daß man sagt, man sollte doch versuchen, erstmal ne gewisse Zeit mit achtzig Prozent ... auszukommen (2,22)*

Die Lohnunterschiede folgen aus einer unterschiedlichen Produktivität zwischen Ost und West. Die Zurückhaltung von Lohnforderungen bzw. der Angleichung an den Westen soll auf der Basis einer *interessengeleiteten Solidarität* der Arbeitnehmer mit den Arbeitgebern stehen. Wenn nämlich hohe Lohnforderungen zum Bankrott führen, dann fallen auch die Arbeitsplätze weg, und insofern haben Arbeitgeber wie Arbeitnehmer ein Interesse an günstigen Standortbedingungen, zu denen auch niedrige Löhne gehören. Ferner sieht Frank gar keinen Bedarf für eine sofortige Angleichung:

*Also daß, wenn ich da rausgucke un seh, wieviel Autos da stehen, dann denk ich, mein Gott, wie gut geht's eigentlich den Ostdeutschen schon, daß man doch gewisse Sachen ... darauf verzichtet, un sagt, man sollte erstmal hier ne starke Wirtschaft und sich herausbilden lassen, en starkes Unternehmertum. (2,22)*

Aus der Tatsache, daß es den Ostdeutschen finanziell eigentlich recht gut geht, sowie der Notwendigkeit eines starken Unternehmertums heraus sieht Frank es als vollkommen gerechtfertigt an, die Gehaltsunterschiede zwischen Ost und West vorerst bestehen zu lassen. Allerdings sollten die Lebenshaltungskosten durch staatliche Subventionen geringer gehalten werden: *"Das wäre für meine Begriffe ne gute Lösung gewesen"* (2,22). Wieder ist es die Politik, die für eine bedarfsgerechte Güterverteilung Sorge zu tragen hat.

Abschließend noch zur Thematik der Dritten Welt:

- I: Glaubst Du, daß die Bundesrepublik als reiches, (F: hm) is is ja en reiches Land, daß die Verpflichtungen hat gegenüber den Ländern, (F: hm) den armen Ländern?
- F: Ja denk ich, denn die ganzen Rohstoffimporte, diese sin so billig bezogen ... Ich weiß es, daß die da unten ausgebeutet werden, daß nach frühkapitalistischen äh Weise ausgebeutet werden, (I: hm) und ich denk schon, daß die Bundesrepublik also moralisch verpflichtet is, hier Entwicklungshilfe oder überhaupt Transferzahlungen in den Entwicklungsländer und Schwellenländer zu tätigen. (I: hm) Und sie is wohl auch eine der größten oder hat wohl auch das größte äh Budget für Entwicklungsgelder, (I: hm) wenn mich nich alles täuscht, jedenfalls mit eines der größten in der Welt. (I: hm) Also sie man kann ihr da wohl nich so'n großen Vorwurf machen, gleichzeitig fließen viele Entwicklungsgelder wahrscheinlich auch wieder zurück, daß (I: hm) man da Investitionen tätigt. (2,23)

Frank gibt wie schon viele andere Interviewpartner (*Susanne, Axel und Rolf*) inhaltlich die Dependenzthese wieder, wonach die von den Industrieländern abhängigen armen Länder für ihre Produkte systematisch unterbezahlt werden und unterentwickelt bleiben, wogegen die reichen Länder von diesem Arrangement profitieren. Damit hängt eng zusammen, daß dort frühkapitalistische Methoden der Ausbeutung vorherrschen. Eindeutig ist hier die Dritte Welt in den Solidarbereich mit einbezogen, insbesondere weil eine moralische Verpflichtung zum Ausgleich der bisherigen ausbeuterischen Beziehungen besteht. Dies bedeutet eine moralische Verpflichtung zur Entwicklungshilfe, welcher die Bundesrepublik in den Augen Franks auch nachkommt, indem sie eines der weltweit größten Entwicklungshilfebudgets aufbringt. Dabei fließen allerdings viele Entwicklungsgelder *"wahrscheinlich"* wieder zurück. Insgesamt ist Franks Urteil über die deutsche Entwicklungshilfe im weiteren Verlauf des Interviews jedoch zwiespältig. (2,23) Zwar bringt die Bundesrepublik im internationalen Vergleich einen hohen Beitrag auf, aber gemessen am Wohlstand des Landes nimmt sich dieser recht bescheiden aus.

### Kurzbiographie

Franks *Kindheit und Jugend* bewegt sich zwischen den Polen unbekümmerter Nachmittage, an denen er von seiner Großmutter behütet wird - ein *"leichte(s) Leben"* (1,3), an das er sich noch heute sehr gern erinnert -, und anstrengender Abende, die beginnen, sobald die strengerer Eltern von der Arbeit heimkehren und er dem Vater beispielsweise beim Hausbau handwerklich zur Seite stehen muß.

Aus heutiger Sicht fügt er seiner Kindheit noch eine weitere ganz anders gelagerte Facette hinzu:

*Ja so, ich weiß nich, früher also, ich laß mich, glaub ich, ziemlich leicht beeinflussen. Das war, dieser Umgang in S-Stadt, also es war ja en ganz normaler, so Kleinstadtmilieu ... Also, so, na ja,*

*weiß ichs, wie soll wie soll man sich das bezeichnen? Also keinen weiteren, keine künstlerischen Ambitionen oder so was, sondern dieses ganz normale profane Kinderverhalten hatte ich angelegt ... daß vielleicht in der Stadt und durch den Einfluß anderer weitaus intelligenterer Leute, daß es sich schon, daß es sich schon in der Schule anzeigt, daß man da beeinflusst werden konnte. Das war bei mir überhaupt nich. (I: hm) Also ich wurde eher negativ durch Faulheit beeinflusst. (1,1)*

Frank legt im Resümee seiner Kindheit die Figur einer verpaßten Chance zugrunde: im "Kleinstadtmilieu" seiner Kindheit wurden "keine künstlerischen Ambitionen" vermittelt, so daß er lediglich "dieses ganz normale profane Kinderverhalten" an den Tag gelegt hat. Dazu im Kontrast steht die Stadt, in der ihm "weitaus intelligenter(e) Leute" ein wesentlich besseres Umfeld hätten bieten können. Dieser Schluß in Verbindung mit der ersten Aussage des Textstückes ("ich laß mich ... ziemlich leicht beeinflussen") deutet auf eine gewisse Schwäche der eigenen Handlungsorientierung hin, bei der die Optionen der eigenen Lebensgeschichte stark durch äußere Bedingungen bestimmt erscheinen.

Deutlich wird, daß Frank in seiner Kindheit aus heutiger Perspektive genau das vermißt, wonach er heute strebt, nämlich nach künstlerischer Tätigkeit und sinnvollen "nichtprofane(n)" Handlungsvollzügen. Seine Äußerung ist letztlich stark von der Grundfigur einer verpaßten Chance geprägt.

In der *Schule* ist Frank wenig um gute Leistungen bemüht, vielmehr ein mittelmäßiger Schüler, der, wie seine Lehrer und Eltern sagen, mehr leisten könnte, wenn er nur wollte (1,2). Frank jedoch verbringt seine Freizeit lieber damit, mit Schulfreunden zu spielen und Sport zu treiben. Ab der achten Klasse beginnt er aber, sich von den Freunden abzulösen. Diese verfolgen nämlich zunehmend Aktivitäten - Rauchen, Gespräche über Mädchen, obligatorische Mutproben -, denen Frank sich nicht anschließen will: "(I)ch fand es da so eintönig und so nichtssagend" (1,1). So wird er vorübergehend zum Einzelgänger, bis er andere Gleichaltrige kennenlernt, die ihn zur Lektüre von zeitgenössischer Literatur sowie Theater- und Kinobesuchen anregen. Hierauf gründet sich für ihn ein neuer Freundeskreis. Während er durch diese Neuorientierung eine weitere Nähe zur Großmutter entwickelt, die selbst künstlerisch aktiv ist, indem sie Klavier spielt und Interesse an Literatur hat, entfernt er sich weiter von seinen Eltern, insbesondere seinem Vater ("er is ... mehr so'n rationaler Mensch" (1,3)).

Die in der DDR typische Notwendigkeit, sich früh für einen Ausbildungsgang entscheiden zu müssen, kommt gerade für Frank eigentlich zu früh. Der Vater macht in dieser Phase seinen Einfluß geltend. Selbst Bauingenieur, weist er Frank beruflich die Richtung, die durch Ausrichtung am stufenweisen Werdegang von Berufsausbildung mit Abitur, Studium, Beruf gekennzeichnet ist: "wobei dieser Baufacharbeiterberuf eigentlich nie mein Traumziel gewesen wäre. ... Das war eigentlich die Intention meines Vaters, und ich schloß der mich dann auch an." (1,4) Frank läßt sich die handwerklich-praktische Seite des Vaters bereitwillig aufdrängen, unter der er doch in seiner Kindheit und Jugend gelitten hat.



Die Ausbildung beginnt im Jahre 1984 und Frank freut sich *"eigentlich drauf ... Das war mit geschlossenem Internat ... und rauszukommen und neue Leute kennenzulernen."*(1,4) Er freut sich offensichtlich weniger auf die Ausbildung als auf ihre Begleitumstände: den Auszug aus dem Elternhaus und die neuen interessanten Leute. Der Einstieg ist allerdings zunächst sehr schwer, denn Frank muß mit mehreren Kollegen das Zimmer teilen, es herrscht ein strenges Internatsreglement, der Unterrichtsstoff ist bedeutend schwieriger als in der POS, die Arbeit auf dem Bau anstrengend und eintönig. Dann folgt aber eine unverhoffte Wende, als die Zimmergenossen ihr gemeinsames Interesse an Literatur, Kunst und Theater entdecken.

*F: Das war immer so lustig, und wir warn so'n sch- ja Kollektiv hieß das ja mal und so ne, das war so ne intensive Freundschaft, daß das eigentlich diese Freude, mit denen zusammen zu sein (I: hm) über diese Stumpfsinnigkeit der Arbeit hinwegtröstete. (I: hm) Also das war irgendwie auch ein Erlebnis, die jeden Tag wieder zu treffen zur damaligen Zeit. ... aber es war unangenehm (I: hm) im großen und ganzen. (1,7)*

Die Freundschaften nehmen einen so hohen Stellenwert ein, daß die Möglichkeit oder auch nur der Gedanke, die Ausbildung abzubrechen, nicht erwogen wird. Vielmehr fügt man sich gemeinsam in das Gegebene.

Nach Abschluß der Ausbildung und der Ausmusterung aus der Armee aufgrund von Herzrhythmusstörungen<sup>1</sup> schreibt sich Frank zusammen mit einem Freund für das Studienfach der Informationsverarbeitung im Bauwesen ein.

*F: Ja das also das war ein Beeinflussung durch ein Freund ... der hatte sich da auch umgehört und hat gesagt, da gibt's ne Verquickung Bauingenieur und Informatik, (I: hm) und ich hatte schon so diese Vorahnung, daß das doch mit viel Mathematik verknüpft sei. ... er hat mir so viel Mut gemacht, daß ich gedacht hab, mein Gott, man kann's doch mal probieren. Und irgendwie hatt' ich dann auch noch meinen, ach man kann ja auch zur Not dann noch zu dem Bauingenieur überwechseln, (I: hm) wenn man's nicht schafft, und das wäre immer möglich, hatte man ihm versichert. Und da hab ich das dann draufgeschrieben, gutgläubig wie ich war, (lacht kurz) und es klappte auch. (I: hm) Und dann später stellt sich heraus, daß das ja eigentlich ne Fehl- entscheidung war. (2,6)*

Aus dieser Textpassage geht deutlich hervor, daß Frank keine Studienrichtung erwogen hat, die seinen eigentlichen künstlerisch orientierten Interessen entsprochen hätte, sondern auf der Schiene bleibt, auf der er sich bereits durch die Berufsausbildung befindet. Die leichte Modifikation geht nicht auf Frank selbst zurück, sondern beruht auf der Beeinflussung durch den Freund, dem Frank die Erkundung des Feldes überläßt. Die anfänglichen Bedenken erweisen sich jedoch als berechtigt, die Studienfachwahl ist eine Fehlentscheidung. Der Stoff ist schwer zu bewältigen und außerdem uninteressant. Wieder sind es die intensiven Sozialkontakte, drei Zimmernachbarn, und nicht der Ausbildungsgang selbst, die Frank in seiner biographischen Schilderung positiv hervorhebt:

<sup>265</sup> Die Ausmusterung kommt jedoch erst nach einer Intervention des Vaters zustande. Wieder ist es nicht Frank selber, der in dieser entscheidenden Frage seine Interessen für sich durchsetzt.

*Aber dieses, ja es war wieder dieses Studium hatte mich nich so interessiert, aber es war schön mit diesen Freunden zusammen zu sein. ... Wir wollten alle vier aufhören, weil uns dieses Studium nich gefiel. (1,10)*

Für Frank ist der Druck aufzuhören größer als bei den Freunden, dennoch kann er sich allein nicht durchringen: *"Und ich hab also wirklich anderthalb Jahre da gekämpft, irgendwas anderes zu machen."* (1,10) Es sind sehr lange Zeiträume, die Frank sowohl in der Lehre als auch während des Studiums aussitzt, ohne etwas zu unternehmen, und sich vielmehr mit den Sozialbeziehungen vertröstet, die er in der jeweiligen Ausbildungssituation vorfindet. Zum Studiumswechsel aus eigener Entscheidung kommt es nicht mehr, denn inzwischen ereignet sich der Zusammenbruch der DDR. Die vier Freunde fahren nach Westdeutschland, um die dortigen Universitäten zu begutachten.

*Wir sind irgendwie zu den Wirtschaftswissenschaftlern geraten. Und die, ich weiß gar nich warum, ob da einer dabei war, der sich dafür interessierte, aus welchem Grunde auch immer. Jedenfalls warn wir dort, und die guckten sich das so an. ... Also wir ham das ham wir uns ne Vorlesung oder zwei Vorlesungen angehört, und so ganz uninteressant fand ich 's nicht, muß ich zugeben (I: hm) und entschloß mich dann, in L-Stadt [Westen] Betriebswirtschaft, oder damals hieß es Wirtschaftswissenschaften, (I: hm hm) dieses Studium da zu beginnen. (1,11)*

Deutlich wird hier, daß es Frank weder damals noch heute ganz klar ist, wie er eigentlich zu den Wirtschaftswissenschaften gekommen ist. Der Anstoß kam von den Freunden (*"die guckten sich das so an"*) und Frank schloß sich an.<sup>266</sup>

Im neuen Studienort in Westdeutschland sieht sich Frank mit einem Grundtypus von Lebensentwürfen konfrontiert, der ihn sehr stark befremdet; er nimmt nämlich bei den Westdeutschen vorwiegend eine alles überdeckende Konsumorientierung wahr. Selber braucht er den Konsum nicht, denn er läßt ihm den Geist *"träge werden"* (2,30). Vielmehr sucht er nach intensiven Erlebnissen in Natur und Kunst und fühlt sich damit einem Ideal verpflichtet, das gegen die allgemeine aus dem Westen kommende Entwicklung bewahrt werden muß. Seine Kritik an der westdeutschen Lebensform ist insofern nicht politisch, sondern vielmehr in der allgemeinen Einstellung zum Leben begründet. Ferner setzt Frank sich gegenüber einer westlichen Zumutung anderer Art ab, nämlich gegen die anmaßende Haltung der Westdeutschen, sich selbst auf das *"Siegerpodest"* zu stellen, obwohl sie gar nicht miterlebt haben, wie das Leben in der DDR und ihr Ende wirklich war.

Zwar räumt er ein, daß in der DDR *"viel Unrecht passiert"* (1,12) ist, *"(a)ber für meine Begriffe, also ich bin froh, daß ich in der DDR aufgewachsen bin"* (1,12). Entscheidend ist für Frank dabei das *"Kollektiv, Kollegiale"* (1,12), der *"Zusammenhalt"* (1,12), mit anderen Worten eine Qualität der Sozialbeziehungen in der DDR, wie sie ihm in der Bundesrepublik als kaum möglich erscheint und die er im Rahmen der neuen Gesellschaftsordnung auch im Osten zunehmend bedroht sieht. Frank kann zwar die politische Verfaßtheit der DDR nicht gutheißen, entscheidend ist für ihn

<sup>266</sup> Um die Wiedergabe der Biographie, die an dieser Stelle verlassen wird, zu vervollständigen: Franks negative Erfahrungen in L-Stadt [Westen] veranlassen ihn dazu, nach relativ kurzer Zeit zur Universität in K-Stadt [in den Neuen Bundesländern] zu wechseln. Zum Zeitpunkt des Interviews studiert er dort Betriebswirtschaftslehre im neunten Semester, steht kurz vor dem Abschluß und spielt mit dem Gedanken, eventuell mit einem Freund ein Architekturbüro aufzumachen.

jedoch vielmehr der positive Erfahrungsbezug, der ihm auch im nachhinein nicht mehr genommen werden kann. Insofern ist sein Bekenntnis *"Ich bin eigentlich so'n bekennender DDR-Bürger"* (1,12) als eine Grundhaltung der Selbstbehauptung gegenüber der Aburteilung aus dem Westen zu verstehen.

Zwar war er vor der Wende *"so'n passiver DDR-Bürger ne, (I: hm) der, [...] ja in der DDR die die Fahne hochgehalten hat. ... Es war so'n, ja so'n gleichgültiges, so'n Akzeptieren, es mußte ganz einfach so sein"* (2,22), seine positive Grundeinstellung zur DDR speist sich aber aus ganz anderen Quellen, nämlich aus dem Miteinander im Kollektiv, den Selbstentfaltungsmöglichkeiten im Kontext einer Gemeinschaft Gleichgesinnter und nicht zuletzt aus der Bindung an die heimatliche Landschaft: *"Ich war richtig glücklich, wenn ich Brandenburg mit dem Fahrrad befahren konnte (I: hm) oder an die Ostsee ... das mußte nich das Mittelmeer sein"* (2,23). Es war der lebensweltliche Rahmen, durch den sich Franks Verbundenheit mit der DDR charakterisieren läßt. Anders als in der Bundesrepublik gab es in ihr keine allzu großen sozialen Differenzierungen und Geld war nicht das Hauptmedium der Gesellschaft, an dem sich ein kompetitiver Individualismus oder eine Konsumorientierung, wie Frank sie jetzt im Westen beobachtet, hätten entzünden können. Insofern hält Frank auch die Sozialpolitik der DDR für *"mustergültig"* (2,12), die weitgehende staatliche Politisierung der Gesellschaft und die Bekämpfung von oppositionellen Bestrebungen dagegen für falsch. Der "dritte Weg" schien ihm daher als optimaler Ausweg: *"Ja also ich hatte schon an diesen dritten Weg geglaubt."* (2,27) So sind auch die Hauptanliegen der Protagonisten des "dritten Wegs"<sup>267</sup> in Franks Argumentation immer wieder vorzufinden, insbesondere der Erhalt der "mustergültigen Sozialpolitik" und eine für lebensweltliche Ansprüche sensible und gestaltbare Demokratie, die nicht einfach an den Westen adaptiert, sondern selber von der Basis her entwickelt wird. Frank war in dieser Zeit der Bewegung *"richtig politikbegeistert"* (1,31) und nahm - allerdings eher vorsichtig - im Rahmen von universitären Diskussionsgruppen und Foren Anteil an diesem *"Erneuerungsprozeß"* (2,16).

Faktisch kam jedoch *"dann en System, was übergestülpt worden is"* (2,16), *"wir haben nichts Eigenes aufgebaut. Was hier entsteht, das is alles mit westlichem Geld finanziert, und wir können uns nich damit identifizieren, wir können hier keine eigene Grundlage bilden."* (2,27f) Die Vorteile des neuen Systems sind zwar *"der Freiheitsgewinn, ... der is wahrscheinlich sehr positiv zu beurteilen"* (2,17), aber mit der neuen Freiheit ist verknüpft, daß man *"so rausgerissen (ist) aus so in dieser Gesellschaft, die eigentlich doch en gewissen, ja so dieses Kollektiv war"* (2,17), man wird *"Einzelkämpfer"* (2,17) und steht *"dieser Marktwirtschaft im Prinzip alleine gegenüber"* (2,17).

Freiheit durch Herausgerissensein aus der Gemeinschaft der Kollektive und Hineingeworfensein in die Gesellschaft der Einzelkämpfer: das ist die Bilanz, die Frank nach der Wende zieht. Die sozialen

---

<sup>267</sup> Dabei ist allerdings zu bedenken, daß (nach Bütow 1995: 88) im November 1989 88 v.H. der Jugendlichen für einen "besseren, reformierten Sozialismus", also implizit für den Dritten Weg votierten, aber nur fünf v.H. für einen kapitalistischen Weg.

Bedingungen des für Frank positiv konnotierten Miteinanders in der DDR sind nun unwiderruflich zerstört. An ihre Stelle ist die zwangsindividualisierende Marktwirtschaft getreten.

*F: also ich seh eigentlich mehr die Nachteile, daß diese zwischenmenschlichen Beziehungen sehr gelitten haben ... dieses Ausgerichtetsein auf dieses Geld, auf diesen diesen monetären Sektor, daß man ja versucht, ständig sein Geld zu vermehren ... Das find ich alles eigentlich sehr negativ diese ganze Entwicklung, (I: hm) das alles fokussiert sich auf dieses Geld. (2,17)*

Die zunehmende Ausrichtung der Lebenswelt auf den *"monetären Sektor"* versetzt die Menschen in eine kompetitive Situation und spaltet die Gesellschaft in unterschiedliche Einkommensschichten. Franks Sichtweise, die gleichsam eine Kontrastfolie zum gegenwärtigen Zustand darstellt, ruht dabei nicht auf einer expliziten Gegenideologie auf, sondern in erster Linie auf einer lebensgeschichtlichen Erfahrungsbasis, dem Leben in einer Gemeinschaft Gleichgesinnter.

#### **Zusammenhangsanalyse**

Was Franks biographische Orientierungsfindung betrifft, so ist der eindeutige Befund zu stellen, daß Frank eine Person ist, die allein hochgradig entscheidungsunfähig ist, ohne Anregungen anderer keine Orientierung entwickelt, ja ohne sie nicht einmal in der Lage ist, unbefriedigende Situationen zu beenden. Durch dieses Angewiesensein auf nahestehende andere ist Frank für die Gefahr der Erosion von Gemeinschaften in einer durchmonetarisierten und (zwangs-) individualisierten Gesellschaft, die er diagnostiziert, nicht nur besonders sensibel, sie erscheint ihm auch äußerst bedrohlich. Frank ist stark auf Gemeinschaften Gleichgesinnter hin orientiert und so entwirft er das Ideal einer Gesellschaft, in der solidarische Lebenszusammenhänge und basisdemokratische Institutionen mehr zählen als Geld. Dieses Gesellschaftsbild korrespondiert mit seinen egalitären Vorstellungen einer auf Sozialintegration zielenden Güterverteilung und einer gerechten Arbeitsentlohnung und bildet zugleich den Gegenhorizont gegenüber der neuen marktdominierten Gesellschaftsform, in welcher Geld das zentrale gesellschaftliche Medium darstellt. Dabei folgt Frank seiner am egalitären Ideal ausgerichteten Solidaritätsorientierung anders als *Rolf* nicht mit realitätsfernem Leichtsinn, sondern er stellt - nicht zuletzt bedingt durch sein Studienfach - die spezifische institutionelle Verfaßtheit der gegebenen Gesellschafts- bzw. Wirtschaftsordnung in Rechnung. Allerdings überwiegen tiefsitzendes Mißtrauen und Ablehnung gegen die gegebene Faktizität, die sich nicht zuletzt aus dem Selbstwiderspruch des marktwirtschaftlichen Systems - nämlich seine eigene legitimatorische Grundlage, das Leistungsprinzip, zu unterminieren - speist. So vollzieht Frank selbst dann, wenn er die Perspektive der funktionalen Mechanismen einnimmt, eine schrittweise Distanzierung von den Verteilungsstrukturen der neuen Gesellschaftsform. Es ist die unbiegsame Härte eines im Kern ungerechten Marktsystems, das in seiner Folge eine Durchmonetarisierung der sozialen Beziehungen mit sich bringt, die Basis lebensweltlicher Solidarität zerstört, das demokratische bzw. sozialstaatliche Potential der Politik unterminiert sowie soziale Disparitäten erzeugt, und es sind ferner die über Jahrzehnte an dieses System adaptierten Westdeutschen, die sich, gekennzeichnet durch Engherzigkeit und Eigennutzenorientierung, grundlegenden Eingriffen entgegenstellen. Demgegenüber ist für Frank die eigene Herkunft aus dem

östlichen Landesteil positiv besetzt, insbesondere der größere soziale Zusammenhalt, der nicht zuletzt Ergebnis der angeglichenen Einkommensstruktur in der DDR war. Mit dem Siegeszug der neuen Gesellschaftsordnung (bzw. der alten der Bundesrepublik) sind jedoch aus seiner Sicht die Chancen einer humaneren gemeinschaftsorientierten Gesellschaftsform vertan und entsprechende Visionen haben weitgehend an Kraft verloren.

### **Verhältnis zur bestehenden gesellschaftlichen Ordnung**

#### Beziehung zur politischen Ordnung

Franks Politikverständnis beinhaltet eine umfassende Sozialpolitik mit bedarfsgerechter Güterverteilung und Integration sozial schwacher Gruppen, eine Basisdemokratie, die politische Kommunikationsprozesse gewährleistet, und einen politischen Institutionenaufbau, der den ostdeutschen Bedürfnisstrukturen gerecht wird. Tatsächlich reduziert sich seines Erachtens die Rolle der Politik im Rahmen der BRD auf kompensatorische Maßnahmen, wobei sie allerdings vielfach der Macht des Geldes (Korruption und Orientierung auf die einkommensstarken Gesellschaftsschichten) erliegt.

#### Einstellung gegenüber der Dynamik gesellschaftlicher Teilsysteme

Die ökonomische Sphäre wird besonders kritisch beurteilt, da die Notwendigkeiten wirtschaftlichen Wachstums, die hohen Mobilitätsanforderungen und Geld als dominantes Gut eine enorme Belastung der menschlichen Beziehungen darstellen. Hier entzündet sich ein kompetitiver Individualismus: die Rolle der Politik reduziert sich auf kompensatorische Maßnahmen, wobei sie häufig der Macht des Geldes unterliegt. Das gesellschaftliche Primat des Geldmediums läßt somit die lebensweltlichen Grundlagen von Solidarität erodieren und verhindert vielfach eine allgemeinwohlorientierte Politik.

### **Reichweite der Solidaritätsbeziehung**

Die Dritte Welt ist in den Solidarbereich mit einbezogen, weil die Beziehungen in der Vergangenheit von Seiten der Industrieländer durch Ausbeutung bestimmt waren (zu dieser Figur siehe auch *Susanne*). Aufgrund dieser Interdependenz besteht eine uneingeschränkte moralische Verpflichtung, der Dritten Welt zu helfen.

## **Unentschiedene**

### ***Typ f) Diffuser Typ***

#### ***Gerd (Bauingenieur)***

#### **Solidaritätsanalyse**

#### Rückblick auf die DDR, Ankunft im Kapitalismus

Auf die Frage, was er an der DDR positiv fand, antwortet Gerd:

*diese soz- sozialen Vergünstigungen, daß es wirklich für den Menschen gemacht wurde, nicht um den gesellschaftlichen Titel da, dem sozialen Titel gerecht zu werden, (I: hm) sondern einfach weils wirklich für die Menschen gemacht wurde, denk ich. (1,25)*

*Also eins is Fakt, das das ich hätte früher nie nie darüber nachgedacht, weils selbstverständlich erschien, man is damit offgewachsen, aber es wurde sich off jeden Fall viel intensiver um die Menschen gekümmert. (I: hm) Was was wir damals, was was mir jetzt im nachhinein gefällt an der an der Sache, daß es daß es es ging einfach nich ums Geld, (I: hm) 's ging einfach nich ums Geld. 's hat zwar nich funktioniert, aber 's war eben das, was mir was mir jetzt im nachhinein daran gefällt (2,6)*

Im mittlerweile untergegangenen Staat wurden die sozialen Einrichtungen und Regelungen ernsthaft betrieben, sie dienten nicht zur bloßen Aufrechterhaltung einer Fassade, vielmehr war es aufrichtige und entschiedene Sorge um den Menschen, die sich hierin ausgedrückt hat. Dies wird von Gerd für gut befunden, auch wenn das System als Ganzes nicht funktioniert hat und am Ende zusammengebrochen ist. Mit dem Zusammenbruch kommt ein wichtiger Aspekt ins Spiel, denn bei allem guten Willen muß es auch einen funktionierenden Gesamtzusammenhang geben, der die angestrebte Sorge um den Menschen gewährleisten kann. Es müssen mit anderen Worten dauerhafte funktionale Mechanismen vorhanden sein. Der Gegenpol zu einer Gesellschaft, die sich intensiv um den Menschen kümmert, ist eine, bei der es vor allem *"ums Geld"* geht:

*a ich hab mal ne ganze Zeitlang so gedacht kurz nach der Wende, [...] ja, das is ehm die Welt, is so hart, (I: hm) Hammer oder Amboß sein. Aber na ja, das kanns nun ooch nich sein. (I: hm) Denn 's gibt irgendwie Schwächere und Stärkere, und das is das is ehm das, was was es immer geben wird. Und irgendwie, daß es dann eben so funktionieren sollte, daß es daß es dann doch irgendwie ne Art von Hilfe, auf ner Hilfe basieren sollte die ganze Sache, (I: hm) daß es ehm so war. (2,6)*

Die Situation nach der Wende stellt sich für Gerd als Kontrastbild dar. Das Soziale ist nun verschwunden, nun ist *"die Welt .. so hart, Hammer oder Amboß sein"*; man kann sich jetzt nur noch entscheiden, auf welcher Seite einer rücksichtslosen Gesellschaft man stehen will. Gerd kommt zwar zu dem Schluß: *"das kanns nun ooch nich sein"*, aber das soziale Miteinander aus DDR-Zeiten, in denen man den Schwächeren Hilfe gewährleistet hat, existiert nicht mehr.

*weil wir nich mehr wußten, wo was was überhaupt Kapitalismus is. Jetze könn' mer's viel besser bewerten oder ich kanns viel besser bewerten, weil ich jetzt weiß, was es heißt, in ner Leistungsgesellschaft zu stehn (I: hm) un mit mit Füßen selber zu treten, (I: hm) um nach oben zu komm'n (I: hm) oder zu bestehn. (2,7)*

Den Bürgern der DDR - darunter Gerd selber - fehlte das Verständnis für die alltäglich gelebte Realität im Kapitalismus. Inzwischen ist dieses Defizit aufgeholt. Gerd selber weiß nun, worum es geht, vor allem was er tun muß, um *"Hammer"* zu sein. Fast gewinnt man den Eindruck, er sei der Ansicht, daß man sich selbst nur den jeweils gegebenen Rahmenbedingungen anpassen kann - also entweder soziales Handeln in der DDR oder kompetitives in der BRD an den Tag legen kann - und in der jeweiligen Gesellschaft gar nicht die Wahl hat, diesem etwas entgegenzusetzen. Diese Haltung könnte mit einer Fortsetzung eines in der DDR häufig anzutreffenden Habitus' verbunden sein, wonach man die offiziellen sozialen Regeln befolgt und gleichzeitig auf innere Distanz geht; dabei hat letztere keinen wesentlichen Einfluß auf das öffentliche Handeln und man befolgt mehr oder weniger zähneknirschend, was einem abverlangt wird.

Bevorzugte und benachteiligte Gruppen, Einkommensdifferenzen

- G: *Es gibt nur wenige, also ne ne kleene Schicht, die wirklich äh denen's wirklich gut geht. (I: hm) Dann gibts welche, die müssen wahnsinnig knüppeln, daß es ihnen einigermaßen geht. Ich würde sagen, das sind wahnsinnig viele. (I: hm) Und dann gibts noch ne ne relativ geringe Schicht, denen's schlecht geht (I: hm) hier in Deutschland. (2,11)*

Gerd gibt hier inhaltlich das gängige sozialstrukturelle Modell der "Bevölkerungszwiebel" wieder: ein sehr breiter Mittelstand ("wahnsinnig viele") wird oben und unten von einer jeweils sehr kleinen Ober- bzw. Unterschicht begrenzt. Eine breite Mittelschicht mildert den Druck der gesellschaftlichen Stratifizierung, da sich die meisten Bürger hier wiederfinden und diesen Zustand als Normalität erleben. Wirklich gut geht es jedoch nur den Oberen, die Angehörigen der Mittelschicht dagegen "müssen wahnsinnig knüppeln, daß es ihnen einigermaßen geht". Dieser Gegensatz deutet auf eine sehr ungleiche Lastenverteilung und Vergütung hin, so daß der Schluß naheliegt, daß Gerd diese Verteilung für sehr ungerecht hält. Schlimmer noch:

- G: *denen den's gut geht, das sin die, die's schon vor dreißig Jahren geschafft ham. ... Ich glaube, daß es nur sehr nur sehr wenigen aus der Mittelklasse gelingt, sich in die in die in die obere Klasse hochzuarbeiten. (2,11)*

Der Eindruck der Ungerechtigkeit verdichtet sich weiter, denn da für die Mittelschicht kaum noch eine Chance besteht, die eigene Position zu verbessern, gibt es praktisch keine soziale Mobilität, womit eine zentrale Voraussetzung für Chancengleichheit fehlt. Bürger aus den neuen Bundesländern sind hiervon überdies besonders betroffen, da sie vor "dreißig Jahren" gar nicht die Möglichkeit hatten, eigenen Reichtum zu erwirtschaften.

- I: *Un kannst da kannst da irgend'ne Ungerechtigkeit entdecken? Ich meine, wenn se wenn wenn da oben?*  
 G: *Nee, kann ich nich. (I: hm) Denn [...] ich seh's jetzt immer noch so blauäugig, daß ich sagen muß, die Leute, die geben den den andern Leuten Arbeit. (I: hm) Die versuchen natürlich in in in in in jeder Art und Weise, noch mehr Geld zu scheffeln und die abzuzocken. (I: hm) Da is es natürlich gut, daß es Gewerkschaften gibt, die versuchen äh das Ganze in Grenzen zu halten. Aber mhh das sin (lacht kurz) unsre Brötchengeber. (I: hm) Ich meene, wir könnten genauso was machen. Viele machen's nich, weil se sich den Streß nich offbür-, -bürden wolln (2,11)*

Der Interviewer geht mit seiner Frage den vorangegangenen Andeutungen auf eine vorliegende Ungerechtigkeit nach, bekommt jedoch überraschenderweise eine gegenteilige Antwort. Gerd kann hier gerade keine Ungerechtigkeit entdecken, denn die einerseits schmale reiche und unzugängliche Oberschicht stellt andererseits auch die Arbeitgeber für die große Zahl der anderen Einwohner dar. Mit diesem funktionalistischen Argument scheint die Frage der Gerechtigkeit für Gerd gleich miterledigt. Dabei tritt die reiche Schicht nicht einmal aus Menschenfreundlichkeit als Arbeitgeber auf, sondern um "noch mehr Geld zu scheffeln und die (hart arbeitende Mittelschicht) abzuzocken"; glücklicherweise treten die Gewerkschaften als Gegenspieler auf und halten solche Bestrebungen in akzeptablen Grenzen. Gerd behauptet hier im Grunde folgendes: selbstverständlich sind die Bestrebungen der Oberschicht maßlos, aber erstens funktioniert die neue Gesellschaftsordnung nur auf diese Weise, und zweitens gibt es Gegenkräfte, die diese Maßlosigkeit

in Grenzen halten. Dies wäre mit Blick auf die funktionalen Mechanismen argumentiert und bezieht sich nicht auf ein Gerechtigkeitsprinzip oder auf Solidarität.

Als weiteres Argument für die "Gerechtigkeit" der vorliegenden Stratifikation und Verteilung führt Gerd an, daß ja jeder als Arbeitgeber auftreten und so handeln könnte wie die Besitzenden. Hier fällt ihm offensichtlich der Widerspruch zu seiner vorherigen Äußerung gar nicht auf, wonach es heutzutage kaum mehr möglich sei, noch zu dem entsprechenden Reichtum zu gelangen. Wenn Gerd nun davon ausgeht, daß im Grunde jeder die Chance hat, die Fronten zu wechseln und als Arbeitgeber aufzutreten, dann ist die bestehende Gesellschaftsordnung gerecht (im Sinne des Prinzips der Chancengleichheit), da es ja letztlich an jedem selbst liegt, welche Position er in ihr bezieht. Weil die Oberschicht ferner dafür sorgt, daß es überhaupt Arbeit gibt, besteht keinerlei Anlaß zur Änderung der gegenwärtigen Verteilungsordnung. Leider erläutert Gerd nicht den Widerspruch zu obiger Äußerung, wonach der Zugang zur Oberschicht - und damit implizit zum Arbeitgeberstatus - nahezu völlig verschlossen ist. Seine weiteren Erwägungen nehmen eine ganz andere Richtung:

*ich will mein Leben nich kaputtmachen. 's is so. (I: hm) Ich will mit äh ich will nich erst mit siebzig off- offhören un dann äh [...] ja*

*I: Sterben.*

*G: Sterben. Und dann, wenn de endlich fertig bist, das schwäbsche Gedicht, dann schlag das Arschloch zu. So is es doch. (beide lachen kurz) Nee, irgendwann muß ooch mal der Punkt sein, wo man dann sagt, okay, jetzt weeiß ich, wofür ich's gemacht hab. (2,11)*

Gerd vollzieht eine abrupte thematische Wende zu seiner eigenen Situation. Durch diese subjektive Perspektive bewegt er sich weg von Gerechtigkeits- und Solidaritätserwägungen und widmet sich vielmehr der Frage des eigenen guten Lebens. Er selber kann sich kein Leben vorstellen, das ausschließlich der Erwerbsarbeit gewidmet ist. Seine Hauptsorge scheint darin zu liegen, die eigenen Vorstellungen vom guten Leben mit der vorgefundenen gesellschaftlichen Situation in Einklang zu bringen, wobei er erstere nicht aufgeben will und zweitere nicht verändern kann. Die Frage, wie er sein eigenes gutes Leben in der gegebenen Gesellschaftsordnung führen kann, ist für ihn vorrangig, wogegen Solidarität nebensächlich bleibt. Überlegungen in bezug auf letztere würde erfordern, daß Gerd von seiner eigenen Situation abstrahiert, was für ihn jedoch kein primäres Anliegen ist.

#### Benachteiligte, Sozialhilfeempfänger

*I: Hm. Wie sieht das mit den Leuten aus, die ganz unten in der Gesellschaft existieren? Sollte man mehr für die tun? ...*

*G: Also ich hab mich jetzt mit dem hier der Patrick, der da drinne war, (I räuspert sich) der war zum Beispiel jetzt in ner in ner Zi- in ner in ner Zivildienst, (I: hm) Zivildienst, (I: hm) war er in so'm Obdachlosenasyll, (I: hm) äh in so'm Obdachlosenheim. (I: hm) Und da hat er ooch einiges erzählt, was es da für was es da so für Typen gibt, also daß 's wirklich Leute gibt, die wirklich faul sind, die es einfach die einfach nich wollen. (2,11)*

Auf die Frage, was man für die Schlechtergestellten tun kann, greift Gerd auf die Erfahrungen eines Freundes zurück. Auf dieser Grundlage kommt er zu dem Schluß, daß es viele Benachteiligte (im Beispiel: Obdachlose) gibt, die ihr Schicksal selbst zu verantworten haben, "die wirklich faul sind,



*die es einfach die einfach nicht wollen". Insofern sieht er in der Situation von Benachteiligten, jedenfalls sofern sie aus eigener Schuld in ihre Lage geraten sind, kein Gerechtigkeitsproblem.*

*Was nun genau gemacht werden kann? Klar ich bin auf jeden Fall der Meinung, also rein das das das das Emotionale, wenn ich jetzt irgendwelche Leute sehe, die hier rumschleichen, daß man sagt, okay, denen möchte ich gerne helfen. (I: ja) Aber ich weiß nicht, wie se in die Situation rein-geraten sind. Das wär mal ne Sache, die würde mich noch mal interessieren, um um da irgendwie [...] um da irgendwie Möglichkeiten zu finden oder Gedanken sich einfach zu machen, was es da noch zu machen gibt. (I: hm) Das kann ich Dir nicht sagen, nee (2,11)*

Rein emotional betrachtet wünscht Gerd, daß den Betroffenen geholfen wird; primär ist für ihn jedoch erst einmal Ursachenforschung zu betreiben. Dabei bleibt unklar, ob es ihm darum geht, die Effektivität der Hilfeleistung zu garantieren, oder nicht vielmehr erst einmal darum sicherzustellen, daß es sich nicht um Leute handelt, *"die wirklich faul sind"*, so daß sie eigentlich gar keine Hilfe verdienten. Gerd kann und will sich hier offenbar nicht eindeutig zwischen Hilfe für Bedürftige und dem Prinzip der Eigenverantwortung entscheiden. Erstere wäre seines Erachtens lediglich emotional begründet, aber auf das zweite allein möchte er sich auch nicht festlegen. Weitere Ansätze werden jedoch erst gar nicht benannt, konkretere Vorstellungen hat er nicht.

#### Arbeitslose

- I: Hm hm. Wie sieht das äh mit den Arbeitslosen aus? Sollte man mehr für sie tun? Sollten sie mehr tun, um irgendwie wieder rauszukommen?*  
*G: Sie sollten mehr tun. (I: hm) Und ich meine, wenn man wenn man sieht, daß daß daß es en ne logische Sache is, die se da machen, dann wird sich die die die die Breite der Bevölkerung schon dahinterstellen. Weil ich denke, daß man daß daß jeder sich en Kopf macht, um um um die Arbeitslosen, die 's gibt. (I: hm) Weil's ja, 's betrifft fast in jeder Familie irgend jemand, kann man sagen. (2,12)*

Nach Gerds Auffassung sollte weniger *für* die Arbeitslosen getan wird, vielmehr sollten sie *selbst* etwas unternehmen. Handelt es sich dabei um ein stimmiges Konzept, dann würde die restliche Bevölkerung diesem Sympathie entgegenbringen, schon allein deshalb, weil fast jede Familie Betroffene in ihren eigenen Reihen hat. Hier denkt Gerd offenbar vor allem an Ostdeutschland, denn in Westdeutschland ist nicht jede Familie betroffen. Es bleibt undeutlich, ob Gerd die Gesamtheit der Arbeitslosen als kollektiven Akteur im Blick hat, der ein Konzept gegen die Arbeitslosigkeit erarbeiten soll, oder ob sich jeder Arbeitslose selber hierum kümmern sollte. Der folgende Beitrag des Interviewers geht in Richtung einer Klärung dieser Frage:

- I: Na ja, wenn Du off off die politische Ebene gehn gehn willst, dann mußte dich schon irgendwie ooch natürlich mußte ne Gruppe finden, denn alleine erreichste ja dort nichts. (G: hm) Denk ich mir. Das wäre dann schon*  
*G: Ja, so könnt ich mir's denken, (I: aha) hm.*  
*I: Aha, daß die also sich praktisch zu Wort melden (G: ja) irgendwo, daß man auf sie aufmerksam wird, (G: hm) hm hm. (2,12)*

Gerd stimmt dem Konzept, gemeinsam mit anderen zu handeln, durchaus zu. Über die Schwierigkeiten eines solchen gemeinsamen Handelns - noch dazu bei Arbeitslosen, denen in der Regel sowohl das Selbstbewußtsein als auch die Mittel zu öffentlichen Aktionen fehlen - geht er aber

leichtfertig hinweg. Gerd argumentiert hier vielmehr leichten Herzens und scheint sich der Problematik, einen kollektiven Willen zu formulieren und zu organisieren, gar nicht bewußt zu sein.

*G: Aber auch darüber hab ich mich, hab ich mir keine tiefsinnigen Gedanken gemacht. Also diese Frage kommt ziemlich aus der Pistole geschossen. (2,12)*

Gerd gesteht hier ein, daß ihm die Thematik der Arbeitslosigkeit nicht vertraut ist, und macht dem Interviewer den Vorwurf, daß die Frage zu plötzlich, eben *"aus der Pistole geschossen"* kommt; dieser Vorwurf wird erhoben, obwohl er weiß, daß es im Interview um genau solche Fragen geht.

*I: Hm, meinst Du, daß daß mer den Leuten, ich meine, Arbeitslosigkeit is nich mehr wegzudenkender Fakt in Deutschland, im Augenblick zumindest.*

*G: Auf jeden Fall, also mit dem System auf jeden Fall, (I: ja) ja.*

*I: Sollte man den Leuten, die's getroffen hat, irgendwie mehr Unterstützung geben?*

*G: [...] Ja, (I: hm) keine Frage. Also die Verteilung von dem, was so, hast Du schon gefragt, äh wer sind die Reichen, wer sind die Armen, (I: hm) es muß irgendwie ne andre Verteilung da sein, (I: hm) also, daß daß jeder en paar Teile abkriegt. (I: hm) Und ich weiß nich, wie's funktionieren soll, echt nich. Es is das System an sich baut bloß darauf auf, daß es einfach en paar Bessere gibt und en paar Schlechtere und dadurch äh Sachen erwirtschaftet wern, und natürlich will der dann nischt nischt abgeben, klar. (I: hm) Aber allein vom vom vom vom Ego heraus sag ich, daß 's daß das ne andere Umverteilung geben müßte.*

*I: Hm, bloß wie, das*

*G: Wie das zu realisieren, is die Frage, ja. (2,12)*

Der Interviewer läßt sich von Gerds Vorwurf nicht beirren und setzt noch einmal von neuem an. Spontan stimmt Gerd der These, wonach die Arbeitslosigkeit ein nicht wegzudenkendes Faktum ist, zu. Die Ursache liegt für ihn im *"System"*, d.h. der Marktwirtschaft. Anders als in der zuvor interpretierten Textstelle (wo die Betroffenen *selber* mehr tun sollten), spricht sich Gerd nun für eine erhöhte Unterstützung der Arbeitslosen *durch andere* aus.

Einerseits ist Gerd nun der Auffassung, daß eine gleichmäßigere Einkommensverteilung wünschenswert wäre, was die Bevorzugung des Compressed-Range-Prinzips bedeuten würde. Dies hätte aber schwerwiegende Folgen, denn das gesamte System - darin vor allem das ökonomische Subsystem - ist auf einer ungleichen Verteilung der Ressourcen aufgebaut. So sieht Gerd letztlich keine Möglichkeit, das ihm vorschwebende Gerechtigkeitsprinzip zu realisieren, denn da Produktivität im Kapitalismus auf Ungleichverteilung beruht, muß er es aller Sympathie zum Trotz verwerfen.

Gerd malt im Anschluß an die letzte Äußerung ein apokalyptisches Szenario aus, in welchem Deprivilegierte sich Massenvernichtungswaffen beschaffen und diese auch einsetzen würden, da sie keine andere Chance sähen, ihre Lage zu verbessern:

*I: Ich meine, Atomkrieg is nun nich mehr das nich (G: doch also) unbedingt das Thema.*

*G: Bin ich voll davon überzeugt, daß es immer noch das das Thema is. (I: ja?) Ja. (I: hm) [...] Na was'n, das der Unterschied von arm zu reich wird immer größer immer größer. Und irgendwann laß mal irgendeenen Dummen von der ärm- von der ärmeren Schicht äh was Gefährliches in die Hand bekommen, der macht damit Unsinn. (2,12)*

Aus der diffusen und komplexen Thematik der Arbeitslosigkeit erwächst eine ganz konkrete und einfach strukturierte Gefahr; Gerd hat mit seinem Gedankenspiel eine komplexe Problemstruktur gegen eine sehr einfache ausgetauscht. Die Lösung der Problematik ergibt sich sodann geradezu kausal aus genau dieser Einfachheit:

G: *Ja ja. Irgendwann wirds dann mal vor fünf vor Zwölf stehen, und ich denke, dann wern die Leute sagen, ja klar, genau, 's is so. Ja, so is das. Das müss' mer machen. (I: hm) Ich weeiß zwar jetzt nich was, aber (I: hm, hm) daß es, also sprich ich. (I: hm) Ich mache ooch nischt dafür, daß der Regenwald abgeholzt wird. Ich hab einfach keene Zeit, so is es. (2,13)*

Sobald die zuvor abstrakten und diffusen Bedrohungen zu konkreten und greifbaren Gefahren kondensieren, d.h. kurz bevor es zu spät ist, werden die notwendigen Maßnahmen erkannt und ergriffen. Mit der Ergänzung des Bedrohungsszenarios um das Thema Regenwald wird ein weiteres eindeutiges Szenario eingeführt. Beide legen eine konkrete letztlich technokratische Lösung nahe. Komplexe gesellschaftliche Probleme werden auf diese Weise einerseits zu einfach strukturierten - wenn auch von außerordentlicher Größendimension -, andererseits werden moralische Probleme auf diese Weise zu pragmatischen (im Sinne von Habermas 1991: 100ff). Damit erhalten sie endlich, nämlich um "fünf vor Zwölf", eine höhere Dignität als die jetzt noch übermächtigen funktionalen Mechanismen. Erst dann ist der Anstoß zum verändernden Handeln groß genug, und die verfahrenere Situation kann endgültig bereinigt werden.

Zum Schluß gelangt Gerd thematisch wieder zu sich selbst: *"Ich mache ooch nischt dafür"*. Er selbst ist nicht besser als all die anderen, er hat *"einfach keene Zeit"*.

#### Ost-West-Vergleich

I: *Glaubst Du, daß die Forderungen hier im Osten nach äh gleichem Lohn gerechtfertigt sind, hundert Prozent?*

G: *Nee, sind se nich. Ich en Beispiel zum Beispiel (lacht kurz) en Beispiel is, daß ich mich im Rahmen meiner Bewerbung, also um darauf jetzt mal ne Antwort zu geben, (I: hm) innerlich damit zufrieden gegeben habe, daß ich hier im Schnitt locker anderthalbtausend Mark weniger verdient habe hätte, (I: hm) als wie ich's jetzt in in im Westen verdienen würde. ... also ich hätte fürn Osten hätt' ich als Diplomingenieur TH, hätte ich Vier in Kauf genommen Vier Brutto. (I: hm) Und wenn's ne Sache gewesen wäre, was wirklich wo ich gesagt hätte, das is genau das, was ich immer machen wollte (I: ja) un un un bombastisch mit ner Freundin alles drum und dran, Dienstwagen, (lacht kurz) nehme wirs mal einfach so, dann Drei fünf. (2,13)*

Die Forderung nach gleichen Löhnen in Ost- und Westdeutschland wird von Gerd brüsk abgewiesen. Zur Begründung folgt jedoch kein Argument, vielmehr wechselt Gerd spontan in die Perspektive der eigenen Situation über - eine mittlerweile vertraute Figur. Da er sich *selber* mit dem Ostlohn zufriedengeben würde und sich auch entsprechend verhält, sieht er die Lohnunterschiede als unproblematisch für *alle* Betroffenen an. Gerd geht nicht den schwierigen Weg, sich in die Situation anderer zu versetzen, etwa in die von Arbeitnehmern, für die ein entsprechender Verzicht eine soziale Härte bedeuten würde. Zur Begründung reicht ihm allein die Generalisierung der eigenen subjektiven Entscheidung: weil er selbst bereit ist, auf gleichen Lohn zu verzichten, können und sollen alle so handeln.

Der Interviewer hakt jedoch im folgenden nach (2,13f), da sich der inhaltliche Fokus zu sehr auf Gerd selbst verschoben hat. Darauf antwortet Gerd, die niedrigeren Löhne seien gerechtfertigt, weil im Osten auch weniger erwirtschaftet wird. Der Osten würde zum größten Teil durch Transferzahlungen finanziert, was ein Indiz für die wirtschaftliche Schwäche Ostdeutschlands ist. (2,14) Dementsprechend ist gleicher Lohn erst in einer fernen Zukunft denkbar, wenn der Osten eine entsprechende Wirtschaftskraft entwickelt haben wird:

*I: zumindest sieht das ganz so aus, daß daß das in den nächsten zehn Jahr'n nicht erreicht wird, also der Gleichstand in der Produktion oder so, (G: hm) also daß immer solche Leistungen nötig sein werden. Bloß is auf Dauer so'n so'n Verhältnis dann ooch in den in den so'n Lohngefälle is das überhaupt (G: oh ja) noch akzeptierbar?*

*G: Doch,*

*I: Glaubst Du?*

*G: Ich glaube, damit werden sich die Leute abfinden, weil se einfach ne Hoffnung ham, daß es besser wird. (I: hm) Ich gloobe, die Hoffnung is es, das was alles überwiegt. Weil irgendwo is is is dieses is die Grundstimmung hier im Osten vorhanden, daß irgendwann wern se's erreichen, irgendwann wern mer's erreichen, daß mer daß mer daß mer gleichziehn werden. (I: hm) Also zumindest hab ich's in meiner Familie so kennengelernt, daß das so gedacht wird. (2,14)*

Zur Akzeptanz des Lohngefälles befragt, führt Gerd den Faktor "Hoffnung" auf Besserung der Verhältnisse in der Zukunft an, wonach die Löhne letztendlich - wenn auch erst nach langer Zeit - angeglichen werden. Grund für diese Hoffnung ist wieder die eigene Erfahrung, diesmal die eigene Familie, die sich auch von dieser Hoffnung nährt.

### Dritte Welt

Zum Thema der Solidarität mit der Dritten Welt wurde Gerd leider nicht explizit befragt. Es gibt im Interview nur eine einzige kurze Textstelle, in welcher Gerd von selbst auf diese Thematik zu sprechen kommt:

*wenn man wenn man de- wenn man bedenkt, daß man doch erst auf Kosten anderer lebt (I: hm) ja, auf Kosten der Dritten Welt, (I: hm) dann (I räuspert sich) dann wurmt eenen das, daß das es daß man das alles bloß off, also die daß das Politische alles nur an an dem an dem äh Wirtschaftlichen orientiert is (2,8)*

Gerd vertritt wie nahezu die Hälfte der Interviewpartner die Dependenzthese, wonach die Armut der Dritte-Welt-Länder eng mit dem Wohlstand der Industrieländer zusammenhängt. Die wünschenswerte Fairneß gegenüber der Dritten Welt hat aber keinerlei Chance auf Realisierung, denn die dafür zuständige Politik folgt den dominanten wirtschaftlichen Interessen, so daß im Ergebnis der ungerechte Status Quo beibehalten wird.

### Zusammenfassung

Gerds Orientierungsmuster im Hinblick auf die Thematik sozialer Solidarität stellt sich ausgesprochen schillernd dar. Dabei geschieht es im Zuge seiner Argumentation zu einem Themenfeld schon einmal, daß sich wesentliche Inhalte seiner Äußerungen in ihr Gegenteil verkehren. So behauptet er etwa, daß heutzutage praktisch kein Zugang zur wohlhabenden Schicht der Arbeitgeber mehr möglich ist, äußert aber nur wenig später, daß doch im Grunde jeder diese Position erreichen könne, es folglich

in der jeweils eigenen Verantwortung liege, welche Stellung man in der Gesellschaft einnimmt. So widersprechen sich Gerds Beispiele, Schlüsse und Urteile nicht selten in kurzer Folge. Insbesondere schwankt er zwischen scharfer Kritik am gegenwärtigen (bundesrepublikanischen) Gesellschaftssystem einerseits und seiner klaren Befürwortung andererseits. Im Grunde ist Gerd der Ansicht, daß man sich selbst nur dem gegebenen Rahmen anpassen kann und gar nicht die Wahl hat, diesem etwas entgegenzusetzen. Daher sind auch egalitäre Gerechtigkeitsnormen von vornherein zum Scheitern verurteilt. Die Wirtschaft, für Gerd der Ort, an dem sich alles Relevante abspielt, hat die extremen Ungleichverteilungen zur Grundlage; sie führen nämlich zu einer hohen Produktivität. Das relativ egalitäre Miteinander aus DDR-Zeiten gehört der Vergangenheit an, und jetzt muß man sich entscheiden, auf welcher Seite man stehen will: derjenigen der rücksichtslosen Gewinner oder derjenigen der bedauernswerten Verlierer. Und so übernimmt Gerd die Normen der neuen Gesellschaftsordnung, denn der Wirkmächtigkeit ihrer funktionalen Mechanismen gegenüber fühlt er sich machtlos, ist vielmehr bestrebt, sich ihnen zu fügen. Fragen der Solidarität bleiben dennoch latent vorhanden. Wenn auch unterdrückt, wirken sie dennoch im Untergrund weiter. Skepsis und Abneigung gegenüber der Verteilungsstruktur in der BRD bleiben so weiterhin bestehen; sie brechen sich immer wieder Bahn, auch wenn für sie kein fester Ort mehr besteht, an dem sie sich verwirklichen ließen. So ist die widersprüchliche Mischung aus verschiedenen Solidaritätsorientierungen, Gerechtigkeitsprinzipien und der Orientierung an funktionalen Momenten Ausdruck eines spezifischen Spannungsverhältnisses, über das sich Gerd selbst keine Rechenschaft ablegt.

Die Spannung, die durch seinen ambivalenten Systemfatalismus hervorgerufen wird, kann Gerd zumindest prospektiv reduzieren, indem er diesen durch die Vision einer Katastrophe, auf die das gesamte System hintreibt, konterkariert. In dem apokalyptischen Szenario, in dem sich Deprivilegierte einer Massenvernichtungswaffe bemächtigen, verwandeln sich die bis zu diesem Zeitpunkt abstrakten und daher mindergewichtigen Probleme sozialer Solidarität plötzlich in eine Überlebensfrage; erst jetzt betreten sie als relevante Fakten die Bühne. Gleichzeitig sind sie jedoch von einer moralischen Frage auf die Ebene einer pragmatischen heruntergeholt worden. Hierdurch wird die ganze Problematik gewissermaßen vom technischen Aspekt dominiert; bezeichnenderweise sieht Gerd erst jetzt eine Chance für einen Zugriff auf diese Thematik und eine Besserung der Umstände, denn erst jetzt ist die Frage der Solidarität so wirkmächtig, daß sie gegen die etablierten funktionalen Mechanismen in Stellung gebracht werden kann. Den bis zu diesem Zeitpunkt dominanten funktionalen Mechanismen wird gewissermaßen ein noch mächtigerer "Mechanismus" in Form von Massenvernichtungswaffen entgegengestellt.

Zur Verwirrung trägt der Umstand bei, daß Gerd häufig aus der Perspektive allgemeiner Solidaritäts- und Gerechtigkeitsfragen in die Perspektive der Erkundung eigener Präferenzen und Befindlichkeiten zurückfällt, wobei er davon ausgeht, daß die aus dieser Perspektive gezogenen Schlüsse problemlos generalisiert werden können und für alle Menschen gelten. Aufgrund solch naiver Verallgemeinerungen bleibt der Universalisierungsgrad von Gerds Auffassungen sehr niedrig, denn die Einbeziehung möglicher anderer Auffassungen wird auf diese Weise gerade nicht vollzogen.

Damit einher geht ein relativ geringes Informationsniveau, das primär aus eigenen Erfahrungen, Erlebnissen von Freunden und allgemeinen Topoi gespeist ist. Gleichzeitig möchte Gerd gern klug und kompetent erscheinen, geht jedoch faktisch eher assoziativ vor, wobei fast der Eindruck entsteht, daß er selbst der Kompetenzillusion, die er produziert, erliegt.

*Insgesamt* deuten ein relativ geringer Informationsstand, die geringe Differenzierung zwischen eigenen Präferenzen und universeller Problematik sowie auffällig sprunghafte Meinungswechsel auf eine noch nicht abgeschlossene Meinungsbildung (nicht nur) hinsichtlich der Solidaritätsthematik hin. Eine entschiedene Reflexion dieser Thematik wäre jedoch nicht nur mit einem hohen Informationsaufwand verbunden, den Gerd erst noch nachzuholen hätte, sondern auch ein Prozeß der Universalisierung wäre erforderlich, in welchem Gerds eigene Vorstellungen vom guten Leben einer Kritik ausgesetzt werden könnten. Beides ist jedoch bei Gerd nicht vorzufinden, und so schließt er sich in der Grundtendenz den dominanten Prinzipien der jeweiligen Gesellschaft an. Das schützt allerdings nicht vor ambivalenten Spannungen, die Gerd bearbeitet, indem er sich auf ein zukünftiges apokalyptisches Szenario kapriziert, das in einer nicht näher bezeichneten Zukunft zur Bewältigung der latenten Spannungen und Probleme der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung führen soll.

### **Biographie**

#### **Strukturgenese**

##### *A. Familienhintergrund*

Der *Großvater väterlicherseits* wurde 1904 in einem Dorf in Schlesien geboren. Er wuchs ohne Vater (der früh gestorben war) als Einzelkind auf. Später studierte er Zahnmedizin und eröffnete in E-Dorf (Sachsen) eine eigene Praxis. Der Vater seiner Ehefrau (der Großmutter) war Bürgermeister von E-Dorf, so daß er durch die Heirat einer lokalen Honoratiorentochter seine soziale Stellung im Dorf weiter ausbauen konnte. Beide Großeltern sind ca. 1990 gestorben.

Gerds *Vater* wurde 1939 als zweites von drei Kindern geboren. Seine Jugendzeit fiel in die optimistische Aufbauphase der DDR, die ihn stark geprägt hat. Nachdem er zuerst den Beruf des Schlossers erlernt hatte, bildete er sich weiter zum Diplomingenieur für Heizungstechnik und trat in die SED ein. 1967 wechselte er mit der inzwischen gegründeten eigenen Familie den Wohnort nach C-Dorf, um dort die Position des stellvertretenden Produktionsdirektors in einer Fabrik einzunehmen, welche die größte ihrer Art in der DDR darstellte. Damit vollendete der Vater den Übergang vom bildungsbürgerlich geprägten Berufsstand des Großvaters zum technischen Kader der sozialistischen Elite. Im Betrieb war er sehr stark engagiert und arbeitete oft die ganze Nacht hindurch: "(E)r hat für's Werk gelebt" (1,7). Nach der Wende nimmt der Vater die Stelle des Bauamtsleiters von E-Dorf ein und wohnt mit seiner Familie im Haus der verstorbenen Großeltern; er kann sich also nach dem Systemwechsel etablieren und sogar trotz SED-Mitgliedschaft im Staatsdienst behaupten.

Die *Großeltern mütterlicherseits* wurden beide im Jahr 1920 geboren. Zusammen hatten sie zwei Kinder, von denen Gerds Mutter das jüngere war. Der Großvater war Berufssoldat (Hauptfeldwebel) und ist während des Zweiten Weltkrieges 1941 in Rumänien gefallen.

Gerds *Mutter* wurde 1942 geboren, wuchs also wie der Vater als Halbwaise auf. Gelernt hat sie den Beruf der Köchin, danach absolvierte sie eine weitere Ausbildung in V-Stadt und besetzte dort eine Stelle in einem Büro, das sich mit der Planung von Konsum-Läden beschäftigt hat; später wurde sie dort Abteilungsleiterin. Damit hat sie wie ihr Ehemann nach einer ersten handwerklichen Berufsausbildung eine weitere absolviert und nahm aufgrund dieser ebenfalls eine Führungsposition - wenn auch geringeren Grades - ein. Nach der Wende bekam sie eine ABM-Stelle im Fremdenverkehrsverein von E-Dorf.

*Gerds Eltern* heiraten 1959; noch im gleichen Jahr kommt das erste Kind, Gerds Schwester, zur Welt; Gerds älterer Bruder wird 1965, Gerd selber 1967 geboren. Im selben Jahr zieht die Familie in einen Neubaublock nach C-Dorf, wo der Vater seine Arbeit als stellvertretender Betriebsleiter aufnimmt.

Gerds *Schwester* wächst in ihren ersten Lebensjahren bei den Großeltern väterlicherseits auf und wird primär von diesen betreut. Später versucht sie an die berufsbiographische Linie des Großvaters anzuknüpfen, indem sie ein Studium der Zahnmedizin beginnt. Dieses bricht sie jedoch ab, als sie einen mexikanischen Sportstudenten kennenlernt, den sie schließlich heiratet und dem sie im Jahr 1984 nach Mexiko folgt, wo das Ehepaar bis heute lebt.

Das Verhältnis des Vaters zu Gerds Schwester war ein sehr problematisches, was ihren Fortgang in einem besonderen Licht erscheinen läßt:

*Mein Vater, ich hab manchmal gedacht, der haßt die. ... Kann ich mich noch an eene Episode erinnern, wo mein Vater so quer übern Tisch gelangt hat mit em Löffel und ihr voll off'n Kopp gehauen hat. Ey das fand ich dermaßen daneben. (1,7)*

Die handgreifliche Aggression deutet darauf hin, daß es in der Familie erhebliche Konflikte gegeben hat. Dabei ist nicht undenkbar, daß die Schwester die Abneigung des Vaters durch ihr Verhältnis zum Großvater auf sich zog. Letzterer hat unter widrigen Umständen eine beachtliche Laufbahn vollzogen und nimmt gar dem Vater in der ersten Zeit einen Großteil der Vaterpflichten ab. Die Schwester dürfte daher in der Familie eine ständige Reminiszenz an einen geradezu herkulisch wirkenden Großvater dargestellt haben, was offenbar zu latenten Aggressionen von Seiten des Vaters beigetragen hat, die in der geschilderten Situation manifest geworden sind. Der Konflikt wird durch den Fortgang auf eine für die DDR sehr ungewöhnliche Weise aufgelöst. Der Familienzusammenhang wird hierdurch nachhaltig erschüttert:

*Also das war ein großes einschneidendes Erlebnis, daß damals die Mexikaner weggegangen sind, die jetzigen Mexikaner. Das hat eigentlich dieses ganze Familienleben überschattet, ... daß eh wirklich die Gedanken mehr sind bei denen, wo de nich weißt, wie's den genau geht (1,14)*

Gerd selbst kommt im Interview immer wieder und oft unerwartet auf den Weggang der Schwester zu sprechen; offensichtlich beschäftigt ihn dieses Thema bis heute. Vor dem Hintergrund eines Landes, das kaum verlassen werden konnte, bekommt dieser Umstand ein besonders schweres Gewicht, denn die Trennung hat einen nahezu endgültigen Charakter: wer aus der DDR ausreiste, nahm bewußt in Kauf, Eltern, Freunde und Verwandte auf unabsehbare Zeit nicht mehr

wiederzusehen (siehe Wolle 1998: 283); die große geographische Entfernung trat erschwerend hinzu. Dieser Bruch wird zum Dauerthema innerhalb der Familie.

Ferner erleidet die Lebenslaufplanung des Vaters, seine aufstiegsorientierte Integration in das Gesellschaftssystem der DDR, durch die Ausreise seiner Tochter einen Schaden. Der Vater wird drei Jahre später - im Jahr 1987 - vom Betriebsdirektor auf eine Abteilungsleiterstelle degradiert. Wenn diese Degradierung auch in großem zeitlichen Abstand zur Ausreise erfolgt, so wird doch zumindest von Seiten der Familie selber ein Zusammenhang hergestellt, den Gerd wie folgt wiedergibt:

*Damals wo die Ingrid weggegangen is, da is mein Vater rigoros abgesägt worden (I: hm) von seim Posten, (I: hm) also vom Betriebsdirektor off'n off'n off'n off'n Abteilungsleiter. (I: hm) Und ich weeiß nich, ob's da irgend'ne Äußer- Äußerung gegeben hat, wo er sich mal vermault hat in der Parteiversammlung. (1,12)*

Daß der Vater "*sich mal vermault hat in der Parteiversammlung*", mag das Faß, das durch die Ausreise der Tochter in ein westlich orientiertes Land bereits bis zum Rand gefüllt war, zum Überlaufen gebracht haben. Alles in allem wird dieses Vorkommnis jedoch leidlich gut verkraftet und der Vater tritt erst nach der Wende aus der Partei aus.

In der Familiengeschichte spielen drei Personen - in jeder Generation eine - eine so große Rolle für Gerd, daß sie, zum Teil wiederholt, wichtigen Einfluß auf seine Orientierungsfindung nehmen: der Großvater, der Vater und die Schwester.

Der *Großvater väterlicherseits* wurde in der Familie als starke Persönlichkeit gehandelt, die unter widrigen Umständen mit großer Selbstdisziplin eine beachtliche Laufbahn vollzogen hat. Und obwohl der Vater sich von ihm berufsbiographisch durch eine Laufbahn im Rahmen des DDR-Regimes entfernt hat, wirkt der Großvater durch die Generationen hindurch auf die Berufswahl seiner Enkel fort. So wird, nachdem Gerds Schwester ihr Zahnarztstudium abgebrochen und der ältere Bruder keine akademische Laufbahn ergriffen hat, schließlich an Gerd der Wunsch herangetragen, an den Beruf des Großvaters anzuknüpfen:

*Ich sollte damals von meinen Eltern aus, mein Großvater war Zahnarzt, sollte Zahnarzt wern ... meine Eltern ehm wollten, daß ich Zahnarzt werde ... Und ich sollte, wie gesagt, Zahnarzt wern und war dann so an der EOS, daß du da ja gute Noten mitbringen mußtest, un die hab ich ja nich mitgebracht, un da gabs ne Ablehnung. Gott sei Dank, kann ich nur sagen, ich wollte nämlich nie Zahnarzt wern, ich ich geh ooch ungern zum Zahnarzt. (lacht kurz) (1,4)*

Gerd selber hat es zwar nicht zuwege gebracht, sich dem familiären Drängen hinsichtlich einer zentralen und schwerwiegenden Lebensentscheidung entgegenzustellen, er hatte aber das "*Glück*", nicht die Voraussetzungen für das Studium, zu dem er gedrängt wurde, zu erfüllen. Die wiederholten Versuche in der Familie, den medizinischen Berufsstand in der Familiengeschichte zu re-etablieren, scheitern damit letztlich.

Für den *Vater* rangierte die Arbeit in der persönlichen Präferenzfolge noch vor der Familie und in dieser Hinsicht möchte Gerd es dem Vater gleichtun:



*er hat für's Werk gelebt ... stürzt sich voll dort rein, (I: hm) find ich ooch okay, also das is in der Beziehung is er wirklich mein Vorbild. (1,7)*

Der Respekt vor dem Vater nimmt jedoch Schaden, als Gerd den Eindruck gewinnt, daß dieser ihm gegenüber gar kein Interesse aufbringt:

*irgendwo haste so viel Respekt vor den Eltern, daß de denkst, na die Alten ham mehr Erfahrung, un wenn de dann merkst, daß der der Vater keen großes Interesse zeigt, das kommt nur von der Mutter aus, (I: hm) dann wird die Sache mit der Zeit unglaublich irgendwie weeßte. (I: hm) Un [.] ich mein, Vater hat der hat nie gefragt, nie, was denkst'n du. (1,12)*

Der Vater interessiert sich nicht für Gerd oder jedenfalls erlebt Gerd dies so. Bestimmte Aspekte der Vater-Sohn-Beziehung werden nur mangelhaft erfüllt. Es ist vielmehr die Mutter, welche die Familie zusammenhält und das Zentrum darstellt. Gerd hat jedoch Angst, ein "Muttersöhnchen" (1,12) zu werden, und obwohl er ein gewisses Unwohlsein gegen die "übertrieben männlich(e)" (1,2) Erziehung des Vaters an den Tag legt, will er sich lieber an diesem orientieren, spürt auch immer wieder eine gewisse Nähe, etwa als sich der Vater später einmal zur dreijährigen Armeezeit von Gerd äußert:

*G: Jetzt hat er paarmal gesagt, Mensch, verlorne Zeit Junge, verlorne Zeit, jetze erst. (I: hm) Also ich bilde mir manchmal ein, wir wir wir stimmen genau in den Zeitpunkten un in den Gedanken überein, also das is wirklich. (I: hm) Das merk ich manchmal, wenn ich nach Hause komme, daß er sich darüber genau über das Gedanken macht, worüber worüber du dir auch gerade Gedanken machst. (1,16)*

So übt Gerd einerseits Kritik am Vater, andererseits entdeckt Gerd zunehmend Gemeinsamkeiten, die ein Gefühl der Nähe hervorrufen.

Der Fortgang der Schwester schließlich, die seit 1984 in Mexiko lebt, ist ein schwerer Einschnitt in der Familiengeschichte, der bis heute nicht ganz verwunden scheint:

*G: meine Schwester, die wohnt in Mexiko, (I: hm hm) die ist 84 dahin gezogen, un das war en ganz schöner Schnitt bei uns in der Familie. (1,2)*

*I: Was heißt für Dich Freiheit?*

*G: Kann ich mit einem Satz ausdrücken. (I: hm hm) Mit fünfzig Jahren en break zu machen, nach Südamerika zu gehn, (lacht kurz) und dort äh 's Leben zu genießen. (2,9)*

Im Geiste folgt Gerd noch heute dem Weg der Schwester und will in dieselbe Richtung auswandern; Südamerika ist Wunschort eines Aussteigerszenarios. Hinzu tritt, daß die Schwester gerade wegen ihres Fortganges ein noch höheres Gewicht in der Familie erlangt hat, mit dem Gerd kaum konkurrieren kann. Er selbst hat bis heute eine enge und gleichzeitig äußerst ambivalente Bindung an seine Familie und damit die Ablösung noch nicht wirklich vollzogen. Nicht zuletzt deshalb können die

genannten Personen, insbesondere der Vater (direkt) und die Schwester (indirekt), einen starken strukturierenden Einfluß auf Gerd's Biographie nehmen.<sup>268</sup>

*B. Kindheit, Jugend, Schule*

Seine Kindheit erlebt Gerd als glückliche und idyllische Zeit.

*Also in unserm Haus warn fünf Eingänge und zwee Eingänge nebenander, da war das ehm grad so, daß wir da insgesamt eins zwo drei vier fünf sechs sieben, sieben Jungs warn, (I: hm) die was losgemacht ham. (I: hm) Un da gabs immer irgendwas äh mit Bude baun, un da wars mal ne Zeit lang, wo mer Bude gebaut ham un so, (I: hm) das hat höllischen Spaß gemacht. (1,6)*

Kontakt sucht Gerd zu den Jungen aus der großen Hausgemeinschaft ("fünf Eingänge") im Neubau. Es ist die natürliche Umgebung, welche die Möglichkeiten für seine Aktivitäten bereitstellt ("Bude baun"), deren malerische Kulisse allerdings durch das riesige Werk (die Arbeitsstelle seines Vaters) eigentümlich gebrochen wird. Es handelt sich gewissermaßen um eine Idylle im Schatten der Schlote.

Die erste Schulklasse verbringt Gerd im Nachbarort, die zweite bis zehnte Klasse in der POS in C-Dorf, die sich direkt neben der Wohnung der Familie befand.

*Ich war so ne Art Klassenkasper dann in in der Schule gewesen, (I: hm) un wenn du eenmal damit angefangen hast, dann hast de dich schlecht schlecht wieder aus der Situation rauskatapultiert (1,10)*

In der Schule erwirbt er mit dem "Klassenkasper" eine fragwürdige Position, in der ihm aber immerhin die Aufmerksamkeit der anderen sicher ist. Auf diese Weise reproduziert er seine Position als jüngster in der Familie, in welcher man ebenfalls oft im Mittelpunkt steht und sich dabei für "den Größten" hält, obwohl man faktisch der Kleinste ist. Ihm ist spätestens heute klar, daß er sich damit in eine Sackgasse manövriert hat, aus der man nur sehr schwer wieder herausfindet. Seine Schulnoten waren dennoch, jedenfalls in der ersten Zeit, nicht schlecht:

*ich war bis zur siemten Klasse, glaub ich, der Klassenbeste, (lacht kurz) zumindest von den Kerlen. Und ab der siemten Klasse dann stürzte das total ab, na ja dann dann kam die Zeit mit Jugendclub und so, (I: hm) keen richtiges Interesse mehr gehabt zumindest, ich vermute mal oder bin mir sicher, daß es die Gedanken warn, die dann im Kopf äh Kopf rumgeschossen sind, die dann nich die nich mehr die Schule in Vordergrund gerückt ham, sondern wirklich (I: hm) die Sachen, die drumrum sind ne, das Leben. ... da war ich eigentlich immer so Mittelmaß, also wenn mer's mal in Drittel einteilen, würd ich sagen, unteres zweites Drittel(1,2)*

"Und ab der siemten Klasse dann stürzte das total ab": auf der sprachlichen Ebene erweckt Gerd den Eindruck, als hätte er selbst auf den Prozeß der Verschlechterung seiner Noten keinen Einfluß gehabt, als wäre vielmehr eine schicksalhafte Entwicklung eingetreten. Diese hat ihn auch nicht besonders bekümmert, wichtiger waren ihm nämlich "die Sachen, die drumrum sind ne, das

<sup>268</sup> Zur Familiengeschichte kann ferner angeführt werden, daß Gerd sich im Vergleich zu allen anderen Interviewpartnern ausgesprochen gut in seiner Familiengeschichte auskennt. So ist er etwa der einzige, der imstande ist, Angaben zu seinen Urgroßeltern zu machen.

*Leben*". Die schulischen Leistungen waren letztlich nicht bedrohlich schlecht, immerhin haben sie sich auf dem unteren Mittelmaß eingependelt.

*Und tja im Sommer immer so, dann sagen mer mal, ab der achten Klasse oder ab, vielleicht schon ab der siemten wars so, daß ich daß mer dann schon immer alleine weggefahren sind also mit mit Kumpels, (I: hm) hier wie gesagt hier, wo ich vorhin gesagt hab mit den zwei Eingängen, wo die neuen Leute drinne wohnen, da warn mer dann so ne Vierertruppe und ham mer DDR-Rundfahrt gemacht mit Mopeds, (I: hm) mal dahin an See zelten gefahrn oder so, (I: hm) 's war nich schlecht. (I räuspert sich) Das hat echt Spaß gemacht. (1,18)*

Er geht in dieser Zeit ferner in den Jugendclub und fährt regelmäßig am Wochenende zur Diskothek in O-Dorf. Damit nimmt er die Freizeitangeote, die für seine Altersgruppe in der DDR bereitstanden, in vollen Zügen wahr. Pioniere und FDJ werden dagegen im Interview nur am Rande erwähnt. Ähnlich wie bei *Hartmut* erfährt man auch von Gerd nichts über seine Zeit in diesen Organisationen, die zwar als unumgänglicher Pflichtkanon durchgemacht werden, aber für Gerd offenbar nicht zum richtigen "*Leben*" zählen. Er erschließt sich vielmehr eigene Erlebnisräume und weitet diese möglichst stark aus, was ihm sehr wichtig ist.

Sein Abitur macht Gerd auf der EOS in V-Stadt, wohin er täglich mit dem Bus fahren muß. Der oben geschilderte Leistungsabfall hat offenbar keinen nachhaltigen Charakter, denn beide Abschlüsse - sowohl der POS als auch der EOS - werden mit "Gut" benotet. Weiterhin sieht Gerd aber "*nich mehr die Schule in Vordergrund gerückt*" (1,2), sondern sucht das eigentlich interessante Leben woanders.

#### *C. Armee*

Gerd verpflichtet sich, wie es inoffiziell von allen studierwilligen jungen Männern der DDR verlangt wurde, für drei Jahre zur Armee. Ab 1986 verbringt Gerd seine Dienstzeit in O-Stadt. Er will dort zu einer Kfz-Einheit, um in ihr seinen Führerschein zu erwerben, was ihm auch gelingt. Dennoch blickt er sehr unzufrieden auf diese Zeit zurück und hat bis heute nicht verwunden, sich widerstandslos in den Armeedienst eingegliedert zu haben. Er äußert großes Bedauern über die verlorene Zeit und auch darüber, daß er nicht wenigstens versucht hat, sich auf eine kürzere Dienstzeit herabstufen zu lassen:

*Das war das war einfach ne verlorne Zeit, (I: hm hm) einfach ne ne Fehlentscheidung, die überhaupt nich durchdacht war, (I: hm) die ich dann halt runtergerasselt hab und und und ooch nich versucht habe, während der Armeezeit da was dran zu rütteln, daß daß daß ich abkühle oder so weeßte, daß ich off anderthalb Jahre runtergestuft werde, (I: hm) auch nich. (1,16)*

*ich hatte damals wirklich unwahrscheinliche Probleme gehabt mit mir selbst an im ersten halben Jahr, und ich hab das danach erstmal analysiert, warum das so war. Also das war eigentlich diese Unterordnung, daß de dich unterordn- daß de dich unterordnen mußtest und hast das einfach nich verkraftet verkraftet, hast es nich analy- analysieren können un hast irgendwelche andern Probleme in Vordergrund gestellt un dachtest, die Probleme sin dran schuld. (1,3)*

Durch die militärisch geprägte Umgebung gerät Gerd in eine Identitätskrise. Er kann sich hier nicht einfach entziehen, den unangenehmen Seiten aus dem Weg gehen oder den Dienst abbrechen. Daher fühlt er sich der nahezu totalen Institution Armee ausgeliefert, erkennt aber erst nach und nach, nachdem er es *"erstmal analysiert"* hat, daß seine negative Befindlichkeit auf die Situation in der Armee zurückzuführen ist.

#### D. Studium

*Und ich sollte, wie gesagt, Zahnarzt wern und war dann so an der EOS, daß du da ja gute Noten mitbringen mußtest, un die hab ich ja nich mitgebracht, un da gabs ne Ablehnung. Gott sei Dank, kann ich nur sagen, ich wollte nämlich nie Zahnarzt wern ... Jedenfalls [...] war dann so'n Bogen, wurde mir angeboten, wo noch sozusa- sogenannte Umlenkstudien angeboten wurden ne, (I: hm) und das, was ich hier mache, is en Un- Umlenkstudium. (I: hm) Mittlerweile hat sich's so vertieft, daß ich daß ich sagen kann, es is en schönes Fachstudi- Fachstudium geworden ne. (1,4)*

Nachdem seine Bewerbung zum Studium der Zahnmedizin abgelehnt wurde (siehe oben), bietet man ihm von behördlicher Seite ein Umlenkstudium an, was sich im nachhinein als äußerst positiv herausstellt.

*I: Aber mit dem mit der Studienwahl, das haste noch nich genau erklärt, warum de nun grad zu dem Bau gekommen bist?*

*G: Warum ich zum Bau gekommen bin. Also da hab ich mich damals, da gings nun um den Ernst der Sache, da hab ich mich mit meim Vater mal beraten, was mach ich'n nu. Un da hat er gesagt, paß off, geh zum Bau, (I: hm) Bau is immer gut, und da hab ich off mein Vater gehört. Hab ich gesagt, okay das mach ich, un da ham mer uns dann für die Baugesch- für die Bausache entschieden. Warn noch tausend andre Sachen im Angebot da bei diesen Umlenkstudien. (I: hm) Und eben diese diese Baugeschichte, dieses Baustudium (1,19)*

Im Rahmen des Umlenkstudiums steht ein größerer Fächerkanon zur Auswahl. Diesen begrenzten Freiraum kann Gerd jedoch nicht für eine eigene Entscheidung nutzen, sondern es sind wiederum die Eltern (genaugenommen der Vater), die seine Berufswahl entscheidend beeinflussen. Diese erfolgt somit vollständig auf der Grundlage einer biographischen Außensteuerung; Gerd ist bis zu diesem Zeitpunkt keineswegs eine Person, die wichtige Entscheidungen souverän in die eigene Hand nimmt, sondern er wird bei nahezu völliger Passivität wie ein Stück Treibholz an das Ufer seines Berufes angeschwemmt und liefert sich dabei ganz widerstandslos den Strömungen der Außeneinflüsse aus.

*G: Äh damals, m wo ich so überlegt hab, ob de hier wirklich richtig bist in der ganzen Kiste, (I: hm) war, als sich wirklich nur mit Beton beschäftigt wurde. (I: hm) Un jetzt is nu so, daß mer uns mit historischen Gebäuden beschäftigen, (I: hm) der Sanierung von den Gebäuden, (I: hm) Sanierungskonzepte und so was, ah das is is interessant und macht Spaß ... und jetzt kommt ooch was, es kommen Erfolge weefste, (I: hm) das das tut em dermaßen gut. Und und wenn de das hast, dann dann haste ooch Möglichkeiten äh selber Mut zu entwickeln zu zu zu neuen Gedanken. (I: hm) Denn ansonsten, wenn de nur Mißerfolge hast, krepelst de nur rum, also da kommt nisch. (1,18f)*

Das Arbeiten mit Beton ist ihm unangenehm, Gerd ist offenbar kein reiner Homo technicus; positiver wird das Berufsbild für ihn in dem Moment, als durch die Arbeit an historischen Gebäuden eine ästhetische Komponente hinzutritt. Er beschäftigt sich nun speziell mit entsprechenden Sanierungskonzepten für historische Gebäude und schreibt über dieses Thema auch seine

Diplomarbeit. Zum Zeitpunkt des zweiten Interviews hat Gerd bereits eine Zusage für eine Stelle in Westdeutschland.

Auf Anfrage bejaht Gerd, daß ihm der Berufsabschluß, der sogleich mit einer Berufsoption verknüpft wird, ein wichtiges Moment seiner persönlichen Weiterentwicklung liefert:

*jetzt bin ich stolz drauf, un ich ich freu mich darauf, da ooch Ingenieur zu sein (I: hm) un mal wirklich ne große Fresse zu ham, was beßres zu sein als die andern (I: hm) [...] und mal wirklich den Fähigkeiten nachgehn, die ich in mir spüre. (1,20f)*

*trau ich mir ne Menge zu, was berufsmäßig vor mir steht. (1,27)*

Der berufliche Glücksfall - die Tatsache, daß Gerd einen anregenden Arbeitsbereich auf der Grundlage seines Ausbildungsganges finden konnte - hat ihm zumindest in berufsbiographischer Hinsicht zu Selbstbewußtsein verholfen. Er ist stolz auf einen Beruf, der gesellschaftliche Anerkennung genießt, und antizipiert, daß sich dies für ihn auszahlt. Neben der äußeren Anerkennung und persönlichen Aufwertung empfindet er nun die Möglichkeit eines besseren Zugangs zu seinen inneren Begabungen. Damit scheinen erstmals Beruf und innere Bedürfnisse übereinzustimmen. Gerd hat großes Glück gehabt, daß sich sein Studium am Ende doch als das Richtige für ihn erwiesen hat.

#### *E. Selbstbild*

*Ich hab immer eigenartigerweise das weggesteckt, was ich was ich eigentlich wollte, (I: hm hm) komisch, irgendwie aus der Furcht heraus, irgendwas falsch zu machen. (I: hm) Es könnte doch irgendwo en Haken dran sein, so weëßte nach dem Motto, bissel übervorsichtig. [...] (1,12)*

Die Angst, daß die eigenen Entscheidungen falsch sein könnten, überwiegt das Bedürfnis nach Selbstständigkeit; dieser Grundzug, der - wie zu sehen war - in biographischer Außensteuerung resultiert, konnte im bisherigen Gang der Interpretation insbesondere am Beispiel der Berufswahl verdeutlicht werden. Damit wird ein gelingendes eigenes Leben Glückssache, denn bei faktischer Bevorzugung der Außensteuerung ist Gerd gleichzeitig ein scharfer Kritiker, der sich die Folgen der getroffenen Entscheidungen selber anlastet. Biographische Weichenstellungen sind daher für ihn besonders heikle Momente.

Obwohl er im Defizit beim Treffen autonomer Entscheidungen selbst eines seiner zentralen Probleme sieht, äußert er weiterhin den Wunsch nach Außensteuerung bzw. klaren Vorgaben von Seiten anderer. Nachdem sich etwa der Sportverein seines Wohnortes, in dem Gerd bisher viel Zeit verbracht hat, im Zuge der Wende auflöst, fällt für Gerd eine wichtige Freizeiteinrichtung fort:

*Dann dann fing diese diese Eigenbö- Eigenbrödlerei richtig an ne. (I: hm) Das is total krankhaft, un da sollten die Eltern nachgehn. Genau in dem Pu- Punkt sollten se einhaken un den Kindern bissel Dampf zu machen oder gute gute Ratschläge zu geben, (I: hm) Mensch, such dir was hier. (1,12)*

Gerd ringt offenbar mit sich selbst um Autonomie. Letztlich scheint er den paradoxen Wunsch zu hegen, daß er von außen zur Souveränität gezwungen wird. Das wird auch an anderen Textstellen deutlich:

*Was ich eigentlich gut finde jetzt is, daß dir mehr Perspektiven offenstehen durch diese sogenannte Leistungsgesellschaft, (I: hm) daß de wirklich was machen mußst und dir automatisch mehr Gedanken machst. ... also da bin ich eigentlich froh drüber, daß ich da und ich fürchte mich ooch nich davor, im Gegenteil also, ich freu mich schon drauf. (1,5)*

Der äußere Zwang zum Handeln wird von Gerd positiv aufgefaßt, hierin sieht er gar Anstöße zur Selbstfindung. Sie verheißt ihm einen Lösungsweg aus dem Paradox außengesteuerter Autonomieentwicklung, weil man sich *"automatisch mehr Gedanken"* macht, was für Gerd offenbar schwerer wiegt als das Risiko des Versagens, das die Leistungsgesellschaft ebenfalls mit sich bringt. Der Entscheidungsdruck könnte ferner ebensogut bewirken, daß Gerd noch stärker auf Momente der Außensteuerung zurückgreifen muß. Beide Gefahren sieht er jedoch selber nicht.

Zurück zu den Eltern:

*Na ja es gat- ooch gab ooch oft Sachen, wo se oft, wo se wirklich recht hatten, aber manchmal ja doch oft altklug, also wo sich herausgestellt hat, daß du mit deiner eigenen Entscheidung genauso gut zurechtgekommen wärs. (I: hm, hm) Vielleicht is das ooch en Grund dafür, daß ich erst mit zweiundzwanzig, weeiß nich ob das unnormal is, wirklich in der in der Lage war, real selber zu entscheiden, alleine zu leben, selber zu entscheiden. (1,8)*

An einer anderen Textstelle äußert Gerd wieder, daß ihn seine Eltern zu sehr dominiert haben. Die Thematik, selbst Entscheidungen treffen zu müssen und zu können, seine eigene Fähigkeit bzw. Unfähigkeit hierzu ist im Interview ein häufig wiederkehrendes Thema. Fehlende Entschlußkraft und sein Bedauern über falsche Entscheidungen sind offenbar ein zentraler Zug bei Gerd. Gerd charakterisiert sich ferner selbst als *"en Mensch, der brauch lange, um irgendwelche Dinge zu verarbeiten."* (2,9). Und weiter:

*Auf jeden Fall, daß ich mehr persönliche Probleme hatte, als daß ich mich um um gesellschafts-politische Probleme (I: hm) kümmern konnte (I: hm hm) kümmern konnte. (2,9)*

Gesellschaftliche Probleme würden ihn überfordern, da er noch nicht einmal mit sich selber klarkommt. Die Tatsache, daß Gerd das Themenfeld gesellschaftlicher Probleme überhaupt (und wiederholt) erwähnt, deutet darauf hin, daß er hier zumindest ein Defizit wahrnimmt, dem er jedoch keine weitergehende Aufmerksamkeit widmen kann, da es für ihn zuerst gilt, die eigenen Probleme zu überwinden. Hierin dürfte auch die Antriebsenergie für seine ständig mitlaufenden Reflexionen liegen, die jedoch nie an ein Ziel gelangen, sondern ihn vielmehr massiv in seiner Entscheidungsfindung behindern.

### **Fallstruktur**

Gerd weist in den Einstellungen, Werthaltungen und Normen, die er vertritt, sowie in den Zielen, die er verfolgt, einen sehr hohen Grad an Ambivalenz auf. Seine diesbezüglichen Äußerungen sind

assoziativ und sprunghaft, dabei nicht selten inkonsistent und widersprüchlich. Grund ist eine ständig mitlaufende Selbstreflexion, die niemals an ein Ziel gelangt, ihn vielmehr massiv in seiner Entscheidungsfindung behindert und letztlich in Unentschlossenheit und Selbstlähmung einmündet.

Die mangelnde Souveränität sowohl bei der Bestimmung des eigenen Lebensweges als auch im Finden allgemeingültiger Urteile hat ihre Wurzeln in einer Ambivalenzstruktur, die bereits in der Familie angelegt ist. Diese Ambivalenz schwingt zwischen den Polen eines Vaters, der zugleich unzugänglich und Vorbild für Gerd ist - eine schwierige Beziehung, die durch den übermächtigen Großvater, der durch die Generationen hindurch fortwirkt, noch verstärkt wird - einerseits und der Schwester andererseits, deren Fortgang als einschneidendes Erlebnis bis heute Spuren hinterlassen hat. Letztere symbolisiert Freiheit und Unabhängigkeit und ist damit auf ihre Weise ebenfalls ein unerreichbares Vorbild. Dieser Gegensatz zwischen einer hochambivalenten Bindung an den Vater und der radikalen Ablösung der Schwester, die einen Weg beschritten hat, den Gerd selber lange Zeit nicht gehen konnte, erzeugt eine enorme Spannung, an der Gerd sich bis heute abarbeitet.

Vor diesem Hintergrund versucht Gerd, sich eine eigenständige Orientierung durch fortlaufende Introspektion zu erschließen. Im Interview kommt dieser Anspruch in der Vertraulichkeit und Nähe seiner Äußerungen, die sich gleichzeitig einzig um ihn selbst drehen, zum Ausdruck: *"(D)a reichen schon manchmal drei oder vier Sätze aus, um da wirklich die Birne wieder frei zu blasen ne. (I: hm) Ah aber deswegen hab ich mich gefreut, daß Du heute kamst hier."*(1,5); dieser Anspruch zeigt sich ferner darin, daß Gerd - selbst von entlegensten Themen ausgehend - immer wieder auf seine eigenen Befindlichkeiten zu sprechen kommt. Lebenspraktisch bricht sich das Bedürfnis nach einem freien und selbstbestimmten Leben nur im Freizeitbereich Bahn. Hier bleibt es jedoch bei letztlich folgenlosen Ausflügen; Gerd laboriert gewissermaßen nur an der Oberfläche herum. Die ständig mitlaufende Reflexion eröffnet also keinen Zugang zu den grundlegenden Prozeßstrukturen und Defiziten; sie setzt keine Transformation in Gang, sondern resultiert lediglich in fruchtloser Selbstbespiegelung. Weil auf diese Weise wichtige Entscheidungsprozesse gelähmt werden, ist das Ergebnis eine außengesteuerte Biographie. Gerd findet auch dann nicht aus der quälend-selbstreflexiven Perspektive heraus, wenn es darauf ankäme, wichtige Entscheidungen zu treffen. Die Angst, daß die eigenen Entscheidungen falsch sein könnten, überwiegt das Bedürfnis nach Selbstständigkeit, so daß sein Lebenslauf im Ergebnis von anderen Personen, allen voran dem Vater, bestimmt wird. Gemäß des Duktus der Selbstbespiegelung ist folgerichtig auch die Thematik, selbst Entscheidungen treffen zu müssen und zu können, ein im Interview häufig wiederkehrendes Thema. Dies führt wiederum zu dem seltsam paradoxen Wunsch nach einer Außensteuerung, die ihn zum Treffen eigener Entscheidungen zwingen soll. So verspricht er sich etwa vom Leistungsprinzip einen anregenden Handlungsdruck. Solange er jedoch weiterhin auf eine Lösung von außen wartet, vollzieht sich nichts anderes als eine weitere Selbstreproduktion der biographischen Struktur.

### **Zusammenhangsanalyse**

Vor dem Hintergrund der biographischen Analyse läßt sich klären, warum Gerds Äußerungen zur Thematik sozialer Solidarität ausgesprochen schillernd, inkonsistent und widersprüchlich sind. Klar

wird auch, warum er häufig aus der Perspektive allgemeiner Solidaritäts- und Gerechtigkeitsfragen in die Perspektive der Erkundung eigener Präferenzen und Befindlichkeiten zurückfällt.

Gerd ist ausgesprochen selbstzentriert, verfällt dabei aber (anders als etwa *Rolf*) nicht auf einfache Lösungsmuster, sondern befindet sich vielmehr im Duktus einer ständigen fast selbstzerfleischenden Selbstbespiegelung. Gesamtgesellschaftliche Problemstellungen überfordern ihn, der erst einmal zu einer autonomen Biographiesteuerung finden müßte, völlig: *"Auf jeden Fall, daß ich mehr persönliche Probleme hatte, als daß ich mich um gesellschaftspolitische Probleme kümmern konnte"* (2,9). Daher nimmt es auch nicht Wunder, daß Gerd sowohl im Hinblick auf das Informationsniveau als auch angesichts des Universalisierungsgrades seiner Positionen hohe Defizite aufweist. Gleichwohl möchte Gerd ein sowohl kluger als auch kompetenter Gesprächspartner sein und strickt in diesem Sinn an einer Kompetenzillusion, der er in gewisser Weise selbst erliegt.

Faktisch ist seine primäre Sorge, erst einmal das eigene (gute) Leben mit der vorfindlichen gesellschaftlichen Realität in Übereinstimmung zu bringen. Daher bleiben auch Fragen der Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit für ihn nebensächlich, denn ihre adäquate Beantwortung würde erfordern, daß Gerd von der eigenen Situation abstrahiert, was ihm aber bei dem gegenwärtigen Stadium seiner Persönlichkeitsentwicklung nicht gelingen kann.

Zwar weisen die latenten Andeutungen zur Ungerechtigkeit auf eine gewisse innere Distanz zur gegenwärtigen Gesellschaftsordnung hin, aber die biographische Außensteuerung setzt sich auch hinsichtlich der Wirkmächtigkeit der funktionalen Mechanismen fort. Ihnen und ihrem rücksichtslosen Operieren gegenüber weiß Gerd keine Alternative, so daß er sowohl für sich selbst als auch für andere nur die Möglichkeit sieht, sich dem Rahmen, den sie stiften, anzupassen. Daher ist auch die Erwägung von egalitären Gerechtigkeitsnormen für ihn von vornherein zum Scheitern verurteilt, wenn sie auch latent vorhanden bleiben. Im Grunde handelt es sich hierbei um die Fortsetzung einer DDR-typischen Habitusform, bei der die offiziellen sozialen Regeln befolgt werden, während man gleichzeitig auf innere Distanz geht. Für egalitäre Verteilungsstrukturen und ein solidarisches Miteinander existiert dabei zwar kein Ort mehr, Skepsis und Abneigung gegenüber der Verteilungsstruktur in der BRD bestehen jedoch latent weiter. Daher rührt auch die in sich widersprüchliche Mischung aus verschiedenen Solidaritätsorientierungen, Gerechtigkeitsprinzipien und funktionalen Momenten. Sie ist Ausdruck eines spezifischen Spannungsverhältnisses, dessen fiktive Auflösung in der Vision eines apokalyptischen Szenarios besteht, in welchem die Frage der Solidarität buchstäblich materielle Gewalt erhält, wodurch sie gegen die etablierten funktionalen Mechanismen in Stellung gebracht werden kann. Damit ist sie jedoch gleichzeitig von einer moralischen Frage zu einer pragmatischen geworden. So bleiben Fragen der Solidarität alles in allem ohne Auswirkung auf Lebensführung und Entscheidungsfindung.

#### **Verhältnis zur bestehenden gesellschaftlichen Ordnung**

##### Beziehung zur politischen Ordnung

Gerds grundlegende Ambivalenz gilt auch für sein Verhältnis zum jeweils aktuellen politischen System. Im Bezug auf die DDR betont er etwa einerseits seine gegen dieses System gerichtete



Skepsis: *"bloß en Gehabe un Gemache [bei dem] ... unterm Strisch Strich nischt rauskommt"* (1,24), andererseits lobt er emphatisch die Sozialpolitik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellte (1,24). Drittens wiederum möchte er heute gern einen Schlußstrich ziehen: *"Das Ding ist gegessen. Alle mitgegangen"* (1,24). Kurz darauf folgt schließlich eine Textpassage, in der Gerd eine Phantasie äußert, wonach er früher oder später mit dem System in Konflikt geraten und wahrscheinlich im Gefängnis gelandet wäre (1,25). So kann am Ende festgestellt werden, daß Gerd an vier kurz aufeinanderfolgenden Textpassagen vier verschiedene, zum Teil diametral entgegengesetzte Statements zur DDR abgibt. Auch hinsichtlich allgemeinpolitischer Fragen zur **Bundesrepubli k** gibt Gerd in kurzer Folge widersprüchliche Ansichten von sich, ohne daß er dies auch nur thematisieren würde. Während er beispielsweise zuerst (2,16) die Behauptung aufstellt, daß Elemente direkter Demokratie zur DDR zurückführen würden (was er nicht will), äußert er sich kurz darauf (2,17) äußerst positiv zu Volksentscheiden. So gewinnt man zunehmend den Eindruck, daß Gerd von Augenblick zu Augenblick spontan von sich gibt, was ihm gerade in den Sinn kommt, und sich nicht darum schert, was er noch kurz zuvor gesagt hat.

Zu seinem Wahlverhalten gefragt, gibt sich Gerd expertenorientiert: er will diejenigen Politiker wählen, die die meiste Kompetenz für anstehende Sachfragen mitbringen, wobei er die Problemdefinition den Politikern selbst überläßt. Letztlich führt seine Unentschiedenheit auch auf dem Feld der Politik dazu, daß er der Faktizität bzw. den herrschenden Auffassungen das Feld überläßt, ohne selber Stellung zu beziehen.

#### Einstellung gegenüber der Dynamik gesellschaftlicher Teilsysteme

Die gleiche Ambivalenz findet sich auch hinsichtlich der Dynamik gesellschaftlicher Teilsysteme. So findet es Gerd einerseits sehr gut, *"daß dir mehr Perspektiven offenstehen durch diese sogenannte Leistungsgesellschaft"* (1,5). Zwar ist die Leistungsgesellschaft nur eine *"sogenannte"* - bereits im Zuge der Affirmation schwingt ironische Distanz mit -, aber die Anstöße und Handlungszwänge, die mit ihr einhergehen, werden als Chance wahrgenommen und wiegen schwerer als die drohende Exklusion weniger Begünstigter, Talentierter etc. Andererseits findet Gerd auch Momente, die seiner Einschätzung eine ganz andere Richtung geben: *"daß mit den mit Beginn der unbegrenzten Möglichkeiten dann ooch dieser Neid da wächst, (I: hm) der Neid off das Geld ... also ich versuche also so lange wie möglich en Verfechter von dem zu bleiben, daß mich das mit dem Materiellen nich so juckt"* (1,25). Gerd versucht, sich selbst gegenüber einer überbordenden Orientierung am Faktor Geld zu verwahren, indem er bemüht ist, für sich selbst möglichst lange eine postmaterialistische Haltung zu pflegen. Kurz darauf heißt es jedoch: *"diese Konflikte, die immer mehr entstehen, diesen diesen Unterschied zwischen arm und reich, (I: hm) der immer größer wird, (I: hm) un daß das überhaupt nich mehr bewältigt wird. ... Und ehrlich gesagt möcht ich's jetzt auch gar nich, weil ich nämlich selber reich werden will."* (1,26) Gerd hat durchaus ein Gespür für die sich verschärfenden Disparitäten, ein Problem, das in der Gesellschaft kaum bearbeitet wird. Er selber weiß aber keine Abhilfe, sinnt eigentlich auch auf

gar keine, denn er zählt sich selbst zu den (potentiellen) Gewinnern dieses Prozesses. Keine Spur mehr von postmaterialistischer Orientierung, vielmehr will er "*selber reich werden*".

Auch hier bleibt festzustellen, daß Gerd aufgrund seiner Unentschiedenheit letztlich den dominanten Prozessen das Feld überläßt; selbst harsche Kritik wird schnell wieder durch entgegengesetzte Äußerungen neutralisiert.

#### **Reichweite der Solidaritätsbeziehung**

Gerd ist ein weiterer Vertreter der Dependenzthese. Die Ausbeutung der Dritten Welt ist nicht akzeptabel; die wünschenswerte Fairneß und Chancengleichheit für die Dritte Welt hat jedoch keinerlei Aussicht auf Realisierung, denn die dafür zuständige Politik folgt den dominanten wirtschaftlichen Interessen. Letztlich bleibt also der ungerechte Status Quo erhalten. Da Gerd keine weitere Notwendigkeit sieht, hiergegen einzuschreiten, bleibt sein weitgefaßter Solidaritätsbegriff letztlich konsequenzenlos.

#### ***Kurzdarstellung: Jana (Lehramt Deutsch / Latein)***

##### **Solidaritätsorientierung**

Gefragt nach dem Gerechtigkeitsgrundsatz, welcher der Einkommensverteilung zugrundeliegen sollte, befürwortet Jana eindeutig das Leistungsprinzip. Da die *Einkommensdifferenzen* in der Bundesrepublik ihres Erachtens auf Leistung basieren, hält sie diese im Großen und Ganzen für gerecht. Allerdings stellt sie auch erhebliche Gerechtigkeitslücken fest. Insbesondere Politiker bzw. Staatsdiener überhaupt verdienen ihrer Ansicht nach zuviel (ein gängiger Topos, der von sehr vielen Interviewten vertreten wird). Zentral ist für Jana das Kriterium der Verantwortung - insbesondere hinsichtlich der Tragweite von Entscheidungen - und der persönlichen Opfer, die der Beruf abverlangt. Ergänzt wird das Leistungsprinzip allerdings durch das Bedürfnisprinzip, das in Kraft treten soll, wenn die Betroffenen nicht arbeiten können, also keine Möglichkeit haben, Leistungen zu erbringen, wie etwa Behinderte oder Langzeitarbeitslose. Für *Arbeitslose* sollte möglichst viel getan werden (zum Beispiel mehr ABM-Stellen); die *Gehaltsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland* sind auszugleichen, denn hier wollen Jana die vorhandenen Einkommensdifferenzen nicht als gerechtfertigt erscheinen, da sie nicht auf Leistungsunterschieden beruhen; der *Dritten Welt* sollten "*wir*" (2,12) (wer genau, das bleibt im Unklaren) mehr für ihre Leistungen (Rohstoffe, Früchte etc.) zahlen, um das Ziel einer fairen Gegenleistung zu verwirklichen. Die Dominanz ökonomischer Kalküle in den Industrieländern verhindert ferner, daß Warenüberschüsse in die Dritte Welt transferiert werden, weil deren Vernichtung billiger ist.

Der *Staat* ist für Jana die Institution, die für die Inklusion aller Menschen zuständig ist. In dieser Funktion soll er Bedürftige finanziell unterstützen, berufliche Perspektiven ermöglichen, aber etwa auch arbeitsfähige Personen zu kommunalen Arbeiten verpflichten. Die Lebenswelt taucht dagegen nicht als mögliche gegensteuernde Kraft an ihrem Vorstellungshorizont auf: weder als Impulsgeber gegenüber Politik und Ökonomie, um gerechte Verteilungsergebnisse zu realisieren, noch als Bürgergesellschaft, die eine Neudefinition von Arbeit, Bedürftigkeit, Mitmenschlichkeit etc.

vorantreibt. Ebenso wenig wie die Lebenswelt spielt auch die Ökonomie bei ihren Erwägungen zur Solidarität eine Rolle. Mögliche *Folgewirkungen* oder gesellschaftliche Widerstände, die die entsprechenden Forderungen im Falle ihrer Realisierung nach sich ziehen könnten, reflektiert Jana nicht. Auf diese Probleme angesprochen (etwa eine höhere Staatsverschuldung aufgrund des Zahlungsaufwandes, den ihre Forderungen mit sich bringen würden), zieht Jana sich auf die Position derjenigen zurück, die nicht weiß, was genau zu tun sei: *"ich hab jetzt en schwarzes Loch im Kopf"* (2,11), *"ich weiß nich, ob die [Sozialhilfeempfänger] mehr bekommen müßten"* (2,11), *"vielleicht ne Lösung sich Arbeitsplätze zu teilen [...] Hm weiß nich."* (2,11) Wenn Jana nicht nach Umsetzungsproblemen gefragt wird, setzt sie sich auch nicht mit diesem Aspekt auseinander. Es ist ihr zwar ein spezifisches Anliegen, sich mehr Wissen anzueignen (2,1), aber im Interview zeigt sich, daß ihr die Materie über den Kopf wächst und die Fragen entweder zu abstrakt oder zu detailliert sind, um sie beantworten zu können. So bleiben ihre allgemeinen Solidaritätsforderungen und die vorfindlichen Handlungsmöglichkeiten bzw. -beschränkungen letztlich unvermittelt nebeneinander stehen. Jana insistiert zwar nicht konsequent auf ihrer moralischen Position, zieht diese aber auch nicht zurück; eine Vermittlung zwischen Anspruch und Wirklichkeit kann sie nicht leisten. Ein zentrales Anliegen ist für Jana - nicht zuletzt aufgrund von eigener Betroffenheit - die im Folgenden entwickelte Perspektive: im gegenwärtigen Gesellschaftssystem herrschen kompetitiver Individualismus und Geld als Steuerungsmedium vor, was zur Dominanz ökonomischer Kalküle, zu veränderten zwischenmenschlichen Beziehungen und zur Umdefinition menschlicher Werte führt; an erster Stelle steht der jeweilige Status bzw. die Klassenzugehörigkeit, die in der öffentlichen Wahrnehmung den Wert eines Menschen bestimmen. Diese Art der Differenzierung ist für Jana das eigentlich Problematische an den bestehenden Einkommensdifferenzen. Sie plädiert dagegen für die Berücksichtigung der gleichen Wertigkeit jedes Menschen und für die Anerkennung seiner jeweils individuellen Einzigartigkeit, die nicht in ökonomisch bestimmbaren Kategorien wie Klasse, Einkommenshöhe etc. gemessen werden darf. Diese angestrebte Umwertung verbindet Jana aber nicht mit einer möglichen Reformperspektive, sondern sie erscheint viel eher als defensiver Zug in ihren Überlegungen, gewissermaßen als eine letzte Rückzugsposition.

So entfaltet Jana letztlich keine klar strukturierte, schon gar keine universelle Solidaritätsorientierung, sondern sie hangelt sich vielmehr an Partikularforderungen, die primär aus ihrem persönlichen Erfahrungsumkreis stammen, entlang. Ihr Bezugspunkt für gleiche Löhne in Ost und West etwa ist der Lehrerberuf, den sie selber anstrebt; sie ist ferner für ABM-Stellen, weil sie sieht, daß in ihrem Dorf Arbeitslose davon profitieren; und die angestrebte Umwertung der Werte erfolgt primär aus einer wiederholt subjektiv empfundenen Minderwertigkeit heraus. So fehlt es Jana letztlich an klarer Strukturierung, Universalisierung und generell am nötigen Detailwissen.

### **Kurzbiographie**

Janas Heimatdorf liegt im katholisch geprägten Eichsfeld. Ihr Vater ist 1943 im selben Dorf geboren und gelernter Maurer, ihre Mutter (Jahrgang 1946) stammt aus einem Nachbardorf und ist gelernte Köchin. Beide Elternteile entstammen einem traditionellen katholischen ländlichen Milieu, dem sie

Zeit ihres Lebens verbunden bleiben. Ihr Wohnort ist agrarisch geprägt und liegt in einer ausgesprochenen Randlage, etwa eine Autostunde entfernt von der nächsten Kleinstadt. Familienbildung und allgemeine Lebensführung verlaufen nach einem Muster, das typisch für die Region ist: frühe Eheschließung, kinderreiche Familie, erwerbstätiger Mann, haushaltführende Frau, kirchliche Bindung, keine über den Dorfkontext hinausweisenden Freizeitaktivitäten, Hausbau.

Janas Vater setzt als Maurer die handwerkliche Linie seines Vaters fort. Zudem erlernt er verschiedene Blasinstrumente und ist Mitglied des traditionsbewußten dörflichen Bläservereins. Auch die kirchliche Eheschließung im Alter von 23 Jahren - die Mutter ist zu diesem Zeitpunkt 20 Jahre alt - und der Einzug der Mutter ins Haus ihrer Schwiegereltern weisen auf den hohen Grad der traditionellen Orientierung der Eltern hin. Die Mutter lernt immerhin den Beruf der Köchin und ist halbtags in einer Werkskantine tätig. Mit einer Ausnahme folgen sämtliche Brüder und Schwestern von Janas Eltern dem selben traditionellen Muster der Lebensführung. Einzig ein Bruder der Mutter verläßt das Eichsfeld, durchläuft eine akademische Ausbildung und arbeitet in einer mittelgroßen Stadt.

*Jana* wird 1972 als zweites von drei Kindern geboren. Ihre Geschwister sind ein zwei Jahre älterer Bruder und eine vier Jahre jüngere Schwester. *Jana* wächst im Hause ihrer Großeltern väterlicherseits auf, besucht Krippe und Kindergarten und wird 1979 im Alter von sechs Jahren eingeschult. Ab der zweiten Klasse geht sie im Nachbardorf in die Schule, nimmt an den obligatorischen politischen Jugendorganisationen teil und erhält die Jugendweihe. Parallel besucht sie die Kirche und den Kommuniionsunterricht; allerdings spielen kirchliche Aktivitäten in der Familie - wie überhaupt im Dorf - eine abnehmende Rolle.

Der Vater ist kein sehr familiärer Typ, sondern arbeitet viel auf dem Bau und nimmt an den Aktivitäten im Dorf teil; zu Hause kümmert er sich kaum um die Kinder. Janas Mutter wendet sich primär dem dritten Kind zu. Wichtigste Bezugsperson ist daher für *Jana* die Großmutter väterlicherseits. *Jana* fühlt sich von ihrer Familie nicht angenommen, sondern hat vielmehr den Eindruck, daß sie sich ihren Platz erkämpfen muß. Das versucht sie vor allem durch überdurchschnittlich gute schulische Leistungen. Dadurch wird sie zwar Lieblingsschülerin der Lehrer, ihre Eltern jedoch erkennen die Leistungen nur verhalten an. Dennoch fungiert die eigene Leistungsfähigkeit für *Jana* als Bestätigung dafür, etwas zu können und wert zu sein. Sie ist auch deshalb ihre wichtigste und fast einzige Außenstütze, weil sie keine intensiveren Bindungen zu ihren Mitschülern entwickelt. Seit sich ihre einzige Freundin mit dem Schulortwechsel in der zweiten Klasse von *Jana* abgewandt hat, gelingt es ihr bis zur zehnten Klasse nicht mehr, den Anschluß an eine Schülergruppe oder eine Freundin zu finden. Ihren Äußerungen ist zu entnehmen, daß sie hohe Ansprüche an eine Freundschaft stellt und ihre Freundin seinerzeit (ganz ähnlich wie *Susanne*) ganz für sich haben wollte. Weil ihr dies nicht gelingt, ist *Jana* Außenseiterin in ihrer Klasse: "(S)ozial war ich ne echte Niete" (1,2). *Jana* selbst spricht davon, daß sie in ihrer Kindheit außer der Großmutter keine Bezugspersonen, sondern nur "Bezugstiere" (1,7) hatte: Hunde, Katzen, Hühner, Gänse.

Als in der neunten Klasse die Entscheidung über die berufliche Zukunft ansteht, ist dies der Anlaß zu schweren Auseinandersetzungen. Jana selbst hat keine konkreten Vorstellungen, der Vater versucht, sie dazu zu bewegen, eine Ausbildung bei der Post zu machen, um eine solide und heimatgebundene Existenz aufzubauen. Der oben erwähnte akademisch gebildete Onkel meldet sich jedoch zu Wort und drängt darauf, daß Jana angesichts ihrer schulischen Leistungen eine weiterführende Schule besucht. Schließlich überzeugt er Jana gegen den Willen des Vaters, es mit der EOS zu versuchen.

Mit dem Besuch der EOS zum Schuljahr 1989/90 in der nächstgelegenen Kleinstadt erschließt sich für Jana eine neue Welt. Sie lebt fortan im Internat und kommt nur noch am Wochenende nach Hause. Nach einer schwierigen Eingewöhnungszeit, in der sich ihre Leistungen deutlich verschlechtern und sie sich gegenüber den städtisch geprägten Kindern vorwiegend akademischer Eltern unterlegen fühlt, findet sie allmählich Anschluß und erzielt insbesondere im Bereich der Sprachen gute Leistungen. Die Wende erscheint in dieser Zeit als biographisches Randereignis und stellt für Jana im Grunde nur die Fortsetzung des seit dem Ortswechsel begonnenen Freisetzungsprozesses aus der Enge des dörflichen Milieus dar.

Unmittelbar nach dem Schulabschluß schreibt sich Jana für das Wintersemester 1991 im Magisterstudium Anglistik/Germanistik in einer mehrere Stunden von ihrem Heimatdorf entfernten Universität in Ostdeutschland ein. Dieser verhältnismäßig rasche Entschluß gründet nicht zuletzt auf der Abneigung gegen eine Rückkehr in ihr Heimatdorf, wo sie gegenüber ihren Eltern immer noch die Stellung eines unselbständigen Kindes innehat. Der Beginn des Studiums ist mit den gleichen Schwierigkeiten behaftet wie seinerzeit der Übergang in die EOS. Wieder fühlt sich Jana umgeben von einem fremden Milieu der Wissenden und empfindet sich selbst als minderwertig; auch das Studium selbst vermittelt ihr keine Perspektive. Ab dem zweiten Semester wählt sie zusätzlich das Studienfach Latein, weil sie sich von diesem ausgesprochenen Lernfach eine vorgegebene Struktur, an die man sich halten kann, erhofft.

Nach Abschluß des zweiten Semesters geht sie als Au-pair-Mädchen nach Dublin. Ihre Gastfamilie wirkt jedoch mit ihrem intellektuell-distanzierten Habitus auf Jana befremdlich und auch die Anonymität der Metropole macht ihr zu schaffen; generell findet sie dort nirgendwo Anschluß. Abrupt bricht Jana dieses Projekt ab und kehrt an die Universität zurück, wo sie sich jetzt für das Lehramtsstudium Deutsch/Latein einschreibt. Damit markiert Jana zwar eine eindeutige Berufsperspektive, konfrontiert sich aber nicht mit den schlechten Berufsaussichten von Lehrern. Dafür faßt sie jetzt im Studienbetrieb besser Fuß, erzielt in den Folgesemestern gute Leistungen und macht eine Reihe von Bekanntschaften. Sie hospitiert ferner im Rahmen des Studiums in einer Schule und knüpft erste Kontakte zu Dozenten. Dennoch bleibt eine wesentliche Differenzierung zu ihren Kommilitonen und überhaupt zum intellektuellen Milieu bestehen. Jana fühlt sich trotz ihrer fachlichen Erfolge nicht wirklich integriert in dieses Milieu, das ihr fremd bleibt. Sie investiert jedoch selber keine Zeit darin, Anschluß an andere Menschen im Rahmen außeruniversitärer Aktivitäten zu finden, lediglich in einem Chor singt sie regelmäßig mit, der ihr ein wenig das Empfinden vermittelt, einer größeren Gemeinschaft anzugehören; individuelle Kontakte schließt sie dagegen keine, auch einen

Freund hatte Jana bislang nicht. Ihr Studium will sie möglichst rasch beenden, sie begreift es mittlerweile nur noch als Mittel zum Zweck.

Jana vermittelt insgesamt den Eindruck einer innerlich Getriebenen, die immerzu lernt und dabei bis an ihre physischen Grenzen geht, was sich in häufigen Kopfschmerzen und Ermattungsgefühlen zeigt. Sie bezeichnet sich selbst als *"(e)hrgeizig bis ins Letzte, perfektionistisch, [...] womit alles gesagt is."* (2,1) Für erstrebenswert hält sie das Ideal des authentischen in sich ruhenden und autonomen Menschen, der frei ist von den selbstauferlegten Zwängen einer distinguierenden Lebenspraxis. Mit diesem Entwurf greift sie auf den religiösen Bereich zu und ist von der Vorstellung echter religiöser Bindung fasziniert, sie sieht für sich selbst aber keinen Weg zu einem authentischen Glauben. Auch entdeckt Jana ihre dörfliche Heimat neu und idealisiert sie in Teilen sogar. Das dörfliche Leben vermittelt ihr aus der Perspektive der Besucherin das Gefühl einer in sich ruhenden Einheit, in der das Leben gemächlich und frei von Hektik, Abgrenzung, Konkurrenz und großstädtischen Allüren seinen Gang nimmt. Auch findet Jana einen neuen Zugang zu ihrer Mutter. Sie unterhalten sich über populäre Psychologiebücher, wobei Jana auch etwas über die Ängste der Mutter vor Veränderung und öffentlichen Auftritten - zum Beispiel im Elternbeirat in der Schule - erfährt. Angesichts dieser Thematik ist Jana diejenige, die es geschafft hat, ihre Angst vor dem Neuen und Unvertrauten zu überwinden. In ihrem Dorf braucht sich Jana nicht mehr zu bewähren, aber gleichzeitig weiß sie, daß sie nicht mehr dazugehört und auch nicht mehr dort leben will. Eine neue Heimat hat sie jedoch noch nicht gefunden.

#### **Zusammenhangsanalyse**

Janas Lebenslauf ist geprägt von einer durchgängigen Erfahrung des Nicht-dazu-Gehörens bei gleichzeitiger Suche nach Zugehörigkeit. Auf diese Spannung reagiert sie kompensatorisch durch Demonstration der eigenen Leistungsfähigkeit, die sie bis zur völligen Erschöpfung praktiziert, um Anerkennung vor sich selbst und anderen zu erwerben. An dieser Handlungsorientierung bemerkt sie allerdings selber, daß sie ruinös wirkt, was sie nachdenklich stimmt. Daher versucht sie immer wieder Orte der Ruhe, die Zugehörigkeit, Sicherheit, Kontinuität und Orientierung stiften, zu finden, auf die sie sich aber wiederum nicht vertrauensvoll genug einzulassen vermag. Das traditionsbestimmte Dorfmilieu kann ihr nur sehr gebrochen ein Gefühl der Zugehörigkeit vermitteln, aber auch die Bedingungen einer sich individualisierenden städtischen und akademischen Kultur bleiben ihr fremd. Es ist nicht zuletzt die Erfahrung einer bedrohlichen, unzugänglichen und übergroßen Umwelt, die ihr, aus einer überschaubaren wenn auch zu eng gewordenen ländlichen Umgebung stammend, sehr zu schaffen macht. So ist sie in ihrer Identitätsbildung letztlich ganz auf sich allein gestellt. Entsprechend stellt die Figur des authentischen zu sich selbst gekommenen Menschen, die sie zum Ideal erhebt, einen ersehnten Gegenhorizont dar. Da sie aber keinen Zugang zu anderen Menschen findet, die zur Erreichung und Stabilisierung dieses Ideals unentbehrlich sind, verfällt sie immer wieder kompensatorisch in ihr Leistungsideal und versucht dabei, sich durch besondere Leistungen als wertvolle Person zu erweisen. Auf diese Weise reproduziert sich die biographische Struktur *des*

*kompensatorischen leistungsbetonen Agierens und der gleichzeitigen Blockade von Zugehörigkeit.*

Aus diesem Grunde bildet Jana auch einen sehr ambivalenten Bezug zum Leistungsprinzip aus: einerseits liegt in ihm bisher ihr einziges Potential zu einer autonomen Biographiesteuerung, andererseits erkennt sie in der übertriebenen Leistungsorientierung die Gefahr einer ruinösen Überbeanspruchung, die es ihr zudem weiterhin verunmöglicht, Anschluß an Kontexte der Zugehörigkeit zu finden. Ihrer biographischen Grunddisposition gemäß nimmt Jana auch die neue Gesellschaftsordnung wahr. Diese scheint ihr vor allem geprägt durch einen kompetitiven Individualismus, der zu veränderten zwischenmenschlichen Beziehungen, und durch das Steuerungsmedium "Geld", das zur Dominanz ökonomischer Kalküle führt. Beides macht sich in gestörten zwischenmenschlichen Beziehungen und dem gesellschaftlichen Ideal der Leistungserbringung fest; nun sind es primär Statuspositionen bzw. Klassenzugehörigkeiten, die in der öffentlichen Wahrnehmung den Wert eines Menschen bestimmen. Diese Art der Differenzierung ist für Jana der problematische Kern von Einkommensdifferenzen. Sie selbst plädiert dagegen für die Berücksichtigung der gleichen Wertigkeit eines jeden Menschen und für die Anerkennung seiner jeweils individuellen Einzigartigkeit, die sich gerade nicht in ökonomischen Kategorien wie Klasse, Schicht oder Einkommenshöhe ausdrücken läßt. Erkennbar entspringt Janas Argumentation ihrem individuellen Erleiden derartiger Erfahrungen.

Die angedachte Umwertungsperspektive verbindet sie aber nicht mit einer möglichen Reformperspektive, sondern sie erscheint viel eher als defensiver Zug. Wie in ihrem eigenen Leben weiß Jana auch gesellschaftsweit nicht, wie sie die Anerkennung als Person und das Leistungsprinzip miteinander in Einklang bringen soll. Im Rahmen ihrer Erwägungen zur Solidarität ergänzt sie zwar das Leistungsprinzip durch ein Bedürfnisprinzip, das in Kraft treten soll, sobald die Betroffenen über keine Möglichkeit mehr verfügen, Leistungen zu erbringen; ihr mangelndes Vertrauen in nichtinstitutionelle soziale Kontexte führt allerdings dazu, daß die Lebenswelt nicht als mögliche (gegen-)steuernde Kraft gesellschaftlicher Prozesse in ihrem Vorstellungshorizont auftaucht. Einzig der *Staat* ist für Jana die Institution, die für die Inklusion aller Menschen zuständig ist. Ferner setzt sie sich nicht mit den Aspekten der Umsetzung und der eventuellen sozialen Widerstände gegen die von ihr vorgeschlagenen Maßnahmen auseinander; nicht zuletzt fehlt es ihr an klarer Strukturierung, Universalisierung und generell am nötigen Detailwissen. Die Materie wächst ihr über den Kopf; ihre Ankündigungen, sich mehr Wissen anzueignen, dürften schon allein an den Leistungsgrenzen scheitern, die sie bereits im Rahmen ihrer privaten Problembearbeitung ständig überschreitet. So bleiben ihre allgemeinen Solidaritätsforderungen und die vorfindlichen Handlungsmöglichkeiten bzw. -beschränkungen unvermittelt nebeneinander stehen. Eine Vermittlung beider Aspekte wird sie in absehbarer Zeit aufgrund ihrer prekären Grunddisposition kaum leisten können.

### **Verhältnis zur bestehenden gesellschaftlichen Ordnung**

#### Beziehung zur politischen Ordnung

Der Staat ist für Jana die zuständige und gleichzeitig einzige Institution, die für die Inklusion aller Menschen in die Gesellschaft zuständig ist. In dieser Funktion soll er Bedürftige finanziell unterstützen, berufliche Perspektiven ermöglichen, aber auch arbeitsfähige Personen zu kommunalen Arbeiten verpflichten. Ökonomie und Lebenswelt spielen dagegen bei ihren Erwägungen zur Solidarität keine Rolle. Gleichzeitig meint sie allerdings, nur Belangloses über Politik und Gesellschaft sagen zu können; sie beklagt ihre politischen Wissenslücken, kann sich aber trotzdem nicht dazu durchringen, sich regelmäßig zu informieren, da sie mit der Bearbeitung ihrer eigenen Probleme schon permanent überlastet ist.

#### Einstellung gegenüber der Dynamik gesellschaftlicher Teilsysteme

Wenn Jana nicht nach Umsetzungsproblemen ihrer Solidaritätsorientierungen gefragt wird, setzt sie sich auch nicht mit diesem Aspekt auseinander, was damit zusammenhängt, daß die Eigendynamik und die damit verbundene Sperrigkeit der gesellschaftlichen Teilsysteme in ihrer Wahrnehmung keinen signifikanten Faktor darstellen. So bleiben ihre allgemeinen Solidaritätsforderungen und die vorfindlichen Handlungsmöglichkeiten bzw. -beschränkungen unvermittelt nebeneinander stehen, eine Vermittlung beider Aspekte kann sie nicht leisten.

#### **Reichweite der Solidaritätsbeziehung**

Der Dritten Welt sollte mehr für ihre Erzeugnisse gezahlt werden, schon allein um dem Prinzip der Fairneß Genüge zu tun. Ferner sollten Warenüberschüsse in die Dritte Welt transferiert werden, statt diese - wie bisher - zu vernichten, nur weil letzteres billiger als der Transport in die armen Länder ist. Vom Prinzip der Fairneß abgesehen, kann sich Jana jedoch nicht zu verallgemeinerbaren Prinzipien hinsichtlich der Hilfe für die Dritte Welt durchringen.



## VII. ERGEBNISSE

Im vorangehenden Teil dieser Arbeit wurde in zwölf Einzelfallanalysen nicht nur die fallspezifische Solidaritätsorientierung herausgearbeitet, sondern auch jeweils aufgezeigt, wie diese aus dem Biographieverlauf hervorgegangen ist. In diesem Teil werde ich über die Einzelfallanalyse hinausgehend den Blick auf das Untersuchungsfeld als Ganzes richten. Der nächste Schritt besteht darin, einen Überblick über die Gesamtheit der in der Untersuchungsgruppe vorhandenen Ausprägungen hinsichtlich des Solidaritätspotentials und der ihnen zugrundeliegenden biographischen Strukturen zu gewinnen. Damit die vorliegende Varianz nicht als ungeordneter "Haufen" von Einzelfallanalysen erscheint, ist es notwendig, die Fälle zu *Typen* zusammenzufassen und für diese Typen die jeweils charakteristische Fallstruktur zu bestimmen. Zu diesem Zweck werden Fälle mit ähnlicher Struktur zu Gruppen typischer Ausprägung zusammengefaßt. Dazu sind Abstraktionen von den spezifischen Besonderheiten der Einzelfälle erforderlich. Weil nämlich ein Typenbegriff als logischer Allgemeinbegriff weniger Informationen enthält als die Darstellung der jeweiligen Einzelfälle, bedeutet die Operation der Abstraktion eine Generalisierung, die mit einem Informationsverlust verbunden ist; es geht dabei das Spezifische des jeweiligen Einzelfalles verloren. Man hat dann in der Gesamtheit dieser Typenstrukturen zwar nicht mehr alle in den Einzelfällen auftretenden spezifischen Merkmalsausprägungen, aber doch alle im Feld vorhandenen "*wesentlichen*" Unterschiede - wesentlich im Bezug auf die Solidaritätsorientierung - in den Merkmalsausprägungen erfaßt.

Zunächst gilt es also, die vorgestellten Einzelfälle aufgrund der Fragestellung, welche Ausprägung von Solidarität bei ihnen vorfindlich ist oder gegebenenfalls welche Orientierung die Stelle der Solidarität bei ihnen einnimmt und welche Konsequenzen dies hat, verschiedenen Typen zuzuordnen. Die Typologie wurde dabei selbst aus dem vorhandenen Material gewonnen. In einem zweiten Schritt soll dann geklärt werden, welche biographischen Momente der Solidaritätsorientierung zugrundeliegen und in welcher Weise sie mit ihr verknüpft sind.

### A. Kategorien zur Bildung der Solidaritätstypen

Zur Typenbildung ist es angeraten, die Struktur der einzelnen Fälle nach allgemeinen Kategorien zu gliedern, um auf diesem Wege einen systematischen Vergleich der Strukturen verschiedener Fälle zu ermöglichen. Zunächst sollen daher im folgenden kurz die Kategorien und Subkategorien, die sich im Laufe der Untersuchung für diesen Zweck als sinnvoll erwiesen haben, vorgestellt werden. Diese Kategorienbildung erfolgte auf der Grundlage der am Ende des Theorieteils herausgearbeitete Definition des Solidaritätsbegriffes unter Einbeziehung weiterer Gesichtspunkte, die sich aus dem Datenmaterial ergeben haben.

<b>Grundorientierung:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Solidaritätsorientierung</li> <li>- bevorzugte Gerechtigkeitsprinzipien</li> <li>- Reichweite der Solidaritätsbeziehung</li> </ul>
<b>Gesellschaftsbild:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Wahrnehmung der gesellschaftlichen Teilsysteme</li> <li>- Bewertung der gesellschaftlichen Teilsysteme</li> <li>- Bedeutung anderer Akteure</li> </ul>
<b>Konsequenzen:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Forderungen</li> <li>- Realisierungssphäre real / ideal</li> <li>- Folgereflexion der angestrebten Maßnahmen</li> <li>- Relevanz im eigenen Leben</li> </ul>

Die Kategorie der *Grundorientierung* besteht aus den Subkategorien *Solidaritätsorientierung* und *bevorzugte Gerechtigkeitsprinzipien*. Die jeweilige Gesamtheit, auf die sich die Solidaritätsorientierung bezieht, kann ferner sehr verschieden abgegrenzt werden, was zu der Frage nach der maximalen *Reichweite der Solidaritätsbeziehung* führt.

- Die *Solidaritätsorientierung* stellt gewissermaßen ein auf das Wesentliche konzentriertes, stichpunktartiges Fazit des Ergebnisses der Solidaritätsanalyse dar, worin die Kernorientierung des jeweils Befragten möglichst knapp und präzise wiedergegeben wird. Dabei geht es implizit auch um die Frage, worin man die basalen Gemeinsamkeiten mit anderen sieht, welche grundsätzlichen Teilhaberechte an der Gesellschaft man ihnen zuerkennt und ob man nicht eventuell leichtfertig bereit ist, die Verbundenheit mit anderen leichtfertig aufzukündigen.
- Die *bevorzugten Gerechtigkeitsprinzipien*: Wie im Theorieteil dieser Arbeit dargelegt wurde, besteht ein enger Zusammenhang zwischen der Thematik der Solidarität und derjenigen der sozialen Gerechtigkeit. Wer nämlich nicht nur ein situativ begründetes, spontanes solidarisches Handeln will, der muß Gerechtigkeitsvorstellungen mobilisieren bzw. zur Begründung heranziehen. Daher beinhaltet das angeführte Gerechtigkeitsprinzip wichtige Hinweise für die Rekonstruktion der Solidaritätsorientierung des jeweils Befragten, wenn auch die Beziehung zwischen diesen beiden Teilaspekten keine der einfachen bzw. eindeutigen Ableitbarkeit darstellt; dies nicht zuletzt, weil Gerechtigkeit, genauso wie Solidarität ein äußerst komplexes und ins sich stark differenziertes Konzept ist.
- Bei der *Reichweite der Solidaritätsbeziehung* geht es um die Frage, wie hoch die maximale Ausdehnung der Sphäre ist, innerhalb derer die Befragten bereit sind, Solidarität zu gewähren. Um dies herauszufinden, bietet sich die Frage nach der Solidarität mit der Dritten Welt an. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, ob auf der Grundlage des Nähekriteriums entschieden wird, ob man also Solidarität an existierende Beziehungen bindet, oder ob man das Kriterium der Bedürftigkeit zugrundelegt. Im zweiten Fall leitet sich die Solidarität direkt von der Dringlichkeit ab.<sup>269</sup>

---

<sup>269</sup> Zu dieser Unterscheidung siehe Rottländer (1997: 132).

Im Rahmen des *Gesellschaftsbildes* des jeweiligen Befragten stellt sich die Frage, in welchem sozialen Zusammenhang er Fragen der sozialen Integration bzw. der Solidarität verortet. Dem entsprechend sollen hier Hauptaspekte sozialer Integration bzw. störende Momente aus der Sicht des jeweiligen Interviewpartners benannt werden. Dabei ist es sinnvoll, zwischen einem *Wahrnehmungsaspekt* und einem *Bewertungsaspekt* hinsichtlich der gesellschaftlichen Teilsysteme zu unterscheiden.<sup>270</sup> In diesem Zusammenhang ist auch die *Bedeutung*, die der Befragte *anderen Akteuren* zuspricht, relevant.

- Der Unteraspekt der *Wahrnehmung der gesellschaftlichen Teilsysteme* befaßt sich mit der Frage, wie die gesellschaftlichen Bedingungsgefüge mit Blick auf die Solidarität wahrgenommen werden. Welches Bild machen sich die Befragten in dieser Hinsicht von den gesellschaftlichen Teilsystemen? Welche Aspekte stehen im Vordergrund, welche im Hintergrund, welche werden gänzlich übersehen? Werden beispielsweise vornehmlich die Prozesse im Rahmen der Wirtschaftsdynamik wahrgenommen; schreibt man der Politik eine herausragende Position zu; setzt man auf kleine Gemeinschaften oder bezieht man sich primär auf eine (rationalisierte) Lebenswelt? Werden noch andere gesellschaftliche Teilbereiche ausgemacht oder geht der Befragte von einer bestimmten Kombination dieser Momente aus? Werden eventuell destruktive Tendenzen bzw. Teilmomente wahrgenommen?
- Bei der Frage der *Bewertung* der gesellschaftlichen Bedingungsgefüge geht es um das Verhältnis des Befragten zur bestehenden gesellschaftlichen Ordnung und zwar vor dem Hintergrund des Bildes, das er von ihr hat. Mit dem wahrgenommenen Bedingungsgefüge ist man entweder einverstanden oder nicht, aber auch im ersteren Fall können dem Befragten Verbesserungen wünschenswert erscheinen. Im zweiten Fall werden in der Regel Veränderungen, Reformen oder gar ganz andere Formen von Gemeinwesen angestrebt.
- Der Teilaspekt der *Bedeutung anderer Akteure* bezieht sich auf den Umstand, daß die eigene Solidaritätsorientierung auch stark von den Dispositionen abhängt, die man bei den anderen Gesellschaftsmitgliedern ausmacht. Nimmt man diese etwa vorrangig als unsoziale Egoisten, konkurrierende Marktakteure, gleichrangige Staatsbürger, passive Leistungsempfänger oder als Mitglieder einer Gemeinschaft wahr?

Bei den *Konsequenzen* geht es um die Frage, welche *Forderungen* sich für die Befragten aus dem Vorangegangenen ergeben. Dabei beziehen sich Forderungen, die in sozialen Zusammenhängen gestellt werden, immer auf eine oder mehrere *Realisierungssphären*, in denen die angestrebten solidarischen Maßnahmen *realiter* implementiert werden können. Sind diese nicht real vorhanden oder unzureichend, dann wird in der Regel ein *Ideal* der Realisierungssphäre ausgebildet, das man aber (zumindest in absehbarer Zeit) nicht für realisierbar hält. Daran anschließend stellt sich die Frage, ob und in welcher Weise die Befragten die *Folgen* mitbedenken, die sich aus der Umsetzung der geforderten Konsequenzen ergeben (würden) und inwieweit Solidarität bloß allgemein verlangt wird oder ob eine *Relevanz im eigenen Leben* besteht, d.h. ob selbst entsprechend gehandelt wird.

---

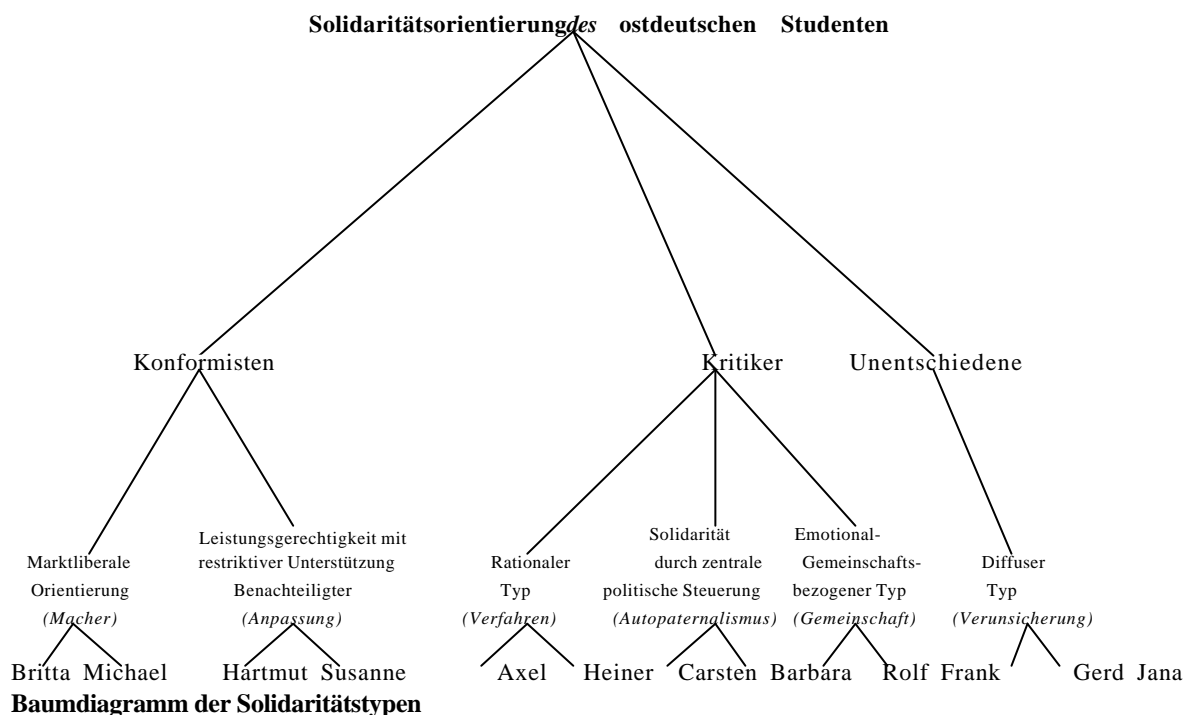
<sup>270</sup> Siehe auch Braun und Kolosi (1994: 45).

- Aus der jeweiligen Diagnose der Interviewpartner ergeben sich spezifische *Forderungen*, die auf jeweils individuellen Vorstellungen von den Desiderata einer solidarischen - oder zumindest funktionierenden - Gesellschaft beruhen. Dies kann bedeuten, daß man die Dinge so weiterlaufen lassen möchte, wie sie sich gegenwärtig gestalten, da sie für den Betreffenden die beste aller realisierbaren Welten darstellen; man kann aber auch fordern, daß benachteiligte Personen durch Ressourcen anderer bzw. durch bestimmte (meist staatliche) Institutionen besser gestellt werden sollen; ferner könnte man sich auch selber bereit erklären, Ressourcen für andere bereitzustellen.
- Bei der Frage nach der *Realisierungssphäre* geht es um den Hauptort, von dem solidarische Maßnahmen ausgehen *können*. Setzt der Interviewte auf einen funktionierenden Markt, auf ausgleichende Sozialpolitik, auf eine fürsorgliche Gemeinschaft, auf eine engagierte Öffentlichkeit, die sich aus den kommunikativen Ressourcen einer rationalisierten Lebenswelt speist, oder auf ganz andere Quellen? Diejenigen Befragten, die davon ausgehen, daß zur Zeit keine reale Realisierungssphäre für ihre Solidaritätsvorstellungen vorhanden ist, verfügen zum Teil über ein Konzept von einer idealen Realisierungssphäre. Es handelt sich dabei um den (fiktiven) Hauptort, von dem solidarische Maßnahmen ausgehen *sollten*, wobei man sich zugleich darüber im klaren ist, daß die diesbezüglichen Forderungen gegenwärtig unrealistisch sind. Aber entweder glaubt man, daß sie zuvor (meist im Rahmen des Wendegeschehens) einmal eine Chance hatten oder in (meist ferner) Zukunft einmal bekommen könnten. Tendenziell wird damit eine andere Form von Gemeinwesen bevorzugt.
- An das Vorangehende schließt sich die Frage an, inwiefern die Befragten eine *Folgereflexion* vornehmen. Werden die möglichen Folgen mitbedacht, die eintreten, wenn die gestellten Forderungen wirklich umgesetzt werden? Inwiefern rechnen die Befragten mit Widerständen von Seiten derjenigen, die negativ von den vorgeschlagenen Maßnahmen betroffen sind, bzw. von Seiten Dritter?
- Nicht zuletzt interessiert im Zusammenhang mit den Solidaritätsformen natürlich die Frage, welche *Relevanz* die jeweilige Solidaritätsorientierung *im eigenen Leben* einnimmt. Genaugenommen ist damit die Handlungsrelevanz gemeint. Ist dem Befragten Solidarität bzw. soziale Integration wichtig, zeigt er eigene Initiative, oder hält er soziale Integration für irrelevant?

Auf der Grundlage dieses Kategorienschemas konnte eine Typologie der Solidaritätsorientierungen ostdeutscher Studenten gewonnen werden, die im folgenden Kapitel dargestellt wird.

## B. Solidaritätstypen

Im Folgenden wird die Typologie dargestellt, die aus der empirischen Analyse gewonnen wurde. Die analytische Gliederung der Sinnmuster erfolgt dabei nach den tragenden Kategorien und Subkategorien, die im vorangehenden Kapitel expliziert wurden. Jeder Typus ist durch zwei Typenrepräsentanten vertreten, die sich in den wesentlichen - eben den typenspezifischen - Zügen decken, aber nicht in allen Einzelheiten. Wäre Letzteres der Fall, hätte man es - im soziologischen Sinne - mit Doppelgängern zu tun, die sich haargenau gleichen. Die Typenbildung findet vielmehr auf einem höheren Abstraktionsgrad statt, so daß die Fallstruktur eines Typus eine allgemeinere Form hat als die eines Einzelfalles. Dabei geht das Spezifische des jeweiligen Einzelfalles verloren. Aus diesem Grunde gebe ich im Anschluß an jeden Typus noch einige wichtige Spezifika der zugeordneten Einzelfälle wieder. Dies geschieht nicht zuletzt, um zu veranschaulichen, daß einige Fälle sich nahe an der Grenze zu anderen Typen bewegen - und damit sogenannte Grenztypen repräsentieren.



Prinzipiell können Typologien auf unterschiedlichen Abstraktionsniveaus gebildet werden. Je höher das Abstraktionsniveau, um so mehr Fälle umschließt jeweils ein Typus. Im einen Extremfall erhält man auf diese Weise eine sehr allgemeine für das gesamte Untersuchungsfeld geltende Fallstruktur; im anderen Extremfall, also dem niedrigsten Abstraktionsniveau, findet man sich dagegen auf der Ebene der Einzelfälle wieder. Um sowohl Überschaubarkeit zu gewinnen als auch den spezifischen Ausprägungen gerecht zu werden, ist ein mittleres Abstraktionsniveau angeraten. Bei genauerer Betrachtung sind in dem Baumdiagramm, das die gewonnene Solidaritätstypologie wiedergibt, vier Abstraktionsebenen zu erkennen: Die beiden Extreme einer a) allgemeinen für alle im Untersuchungsfeld vorhandenen Fälle geltenden Fallstruktur bzw. b) die Ebene der Einzelfälle. Eine relativ grobe Einteilung ist c) die Unterscheidung in Konformisten, Kritiker und Unentschiedene.

Schließlich ist d) der für die Untersuchungszwecke optimale mittlere Grad der Verallgemeinerung der Fallstrukturen. Dieser erlaubt einerseits, möglichst viele Fälle in einer Gruppe zusammenzufassen, andererseits gibt er die für die Fragestellung wesentlichen Unterschiede wieder.

### ***Konformisten***

Die Angehörigen der beiden Typen, die man dem Obertypus der "Konformisten" zuordnen kann, zeichnen sich dadurch aus, daß sie dem gegenwärtigen Gesellschaftsmodell weder etwas entgegensetzen wollen noch grundlegende Reformen anstreben. Diese Haltung kann resignativ oder affirmativ begründet sein, in der Konsequenz führt sie zur weitgehenden Anpassung an das Vorgefundene. Insbesondere das ökonomische System in seiner marktwirtschaftlichen Verfaßtheit wird als tragende Säule der Gesellschaft aufgefaßt, während die Auffassungen zu anderen Subsystemen bzw. zur Lebenswelt differieren. Insgesamt handelt es sich für die Vertreter dieses Obertypus bei der konkreten Ausgestaltung der Gesellschaft um eine weitgehend (sozial)technische Frage; die dominanten Prozesse und Zielsetzungen werden nicht hinterfragt, Momente sozialer Gestaltbarkeit und die Aushandelbarkeit von Interessen spielen praktisch keine Rolle.

### **Typ a) Marktliberale Orientierung**

Die Vertreter dieses Typus akzeptieren das vorherrschende Muster der Systemintegration nicht nur, sie begrüßen es sogar. Sozialintegration kann dieser Auffassung nach nur durch Systemintegration gewährleistet werden. Es ist insbesondere eine als alternativlos aufgefaßte ökonomische Systemlogik, die schlechthin befolgt werden muß; andere Formen des Allgemeinwohls spielen dagegen, sofern sie überhaupt wahrgenommen werden, keine Rolle. Aus diesem Grunde werden Gerechtigkeitsvorstellungen und Integrationsbestrebungen, die die ökonomische Dynamik limitieren könnten, abgelehnt.

Damit stehen die Angehörigen dieses Typus voll und ganz auf der Seite des vorherrschenden vertikalen Differenzierungsmusters, und wenn nötig, soll dieses noch verschärft werden. Ökonomische Effizienz und Wirtschaftswachstum sind nach dieser Auffassung ohne den Anreiz einer angemessenen Honorierung von Leistung gar nicht zu haben, und es gilt, das Eigeninteresse der Individuen auf der Basis eines harten Leistungswettbewerbs und hoher Einkommensdifferenzen für die ökonomische Dynamik nutzbar zu machen. Durch diese Konzentration auf die ökonomische Gesamtrationalität kommt die Frage, ob bzw. in welcher Höhe das Ausmaß der Einkommensdifferenzen aus der Sicht der unteren Einkommensgruppen angemessen ist, erst gar nicht in den Blick. Was zählt, sind die Preise, Löhne, Gehälter etc., die der Markt bietet. Dies bedeutet auch eine - wenn überhaupt - nur geringe staatliche Versorgung Bedürftiger (also Arbeitsloser und Sozialhilfeempfänger). Zur deren Unterstützung sind nur minimale Transferzahlungen akzeptabel und auch diese nur bei nachgewiesener Leistungsbereitschaft, denn die Kosten des Wohlfahrtsstaates sind zugunsten einer unbeeinträchtigten ökonomischen Expansion zu minimieren. Im Grunde sollen nämlich alle die Rolle von kompetitiven Akteuren übernehmen, selbst diejenigen, die sich unverschuldet in Armut befinden. Die Inklusion bedürftiger Gruppen kann nach dieser Auffassung

allein durch die Stärkung der Marktkräfte erfolgen, in deren Folge Investitionen getätigt sowie letztlich Wohlstand und Arbeitsplätze geschaffen werden.

	Britta	Michael
<b>Grundorientierung</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Solidaritätsorientierung</li> <li>• bevorzugte Gerechtigkeitsprinzipien</li> <li>• Reichweite der Solidaritätsbeziehung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Sozialintegration durch Systemintegration: Inklusion ins ökonomische System wird durch freies Walten des Marktes ermöglicht; Bedürftige müssen leistungsbereit sein, sonst kein legitimer Anspruch auf Hilfe</li> <li>• nahezu Deckung von Leistungsprinzip (Marktperspektive) und Marktwirtschaft; im Konfliktfall ist ökonomische Effizienz wichtiger als Gerechtigkeit; allenfalls minimale Unterstützung für Leistungsbereite bei ökonomischen Krisen</li> <li>• weltweite Solidarität, Dritte Welt soll ökonomiekonform unterstützt werden und selber funktionierende Ökonomien entwickeln; Hilfe nur für Leistungsbereite, selbst hier Bedenken, ob dies marktkonform ist</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Sozialintegration durch Systemintegration: hohe Produktivität sorgt für Wohlstand, Inklusion allein durch die Marktkräfte</li> <li>• hohe Produktivität ist wichtiger als soziale Gerechtigkeit; allenfalls Leistungsprinzip, das aber lediglich flankierende Funktion hat</li> <li>• Solidarbeziehung ist auf das eigene Land beschränkt; Solidarität wird gleichgesetzt mit der Inklusion in das ökonomische System</li> </ul>
<b>Gesellschaftsbild</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wahrnehmung der gesellschaftlichen Teilsysteme</li> <li>• Bewertung der gesellschaftlichen Teilsysteme</li> <li>• Bedeutung anderer Akteure</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• freie Marktwirtschaft sorgt für Wohlstand, hohe Einkommensdifferenzen; Staat und Verwaltung sind oft ineffizient</li> <li>• Marktwirtschaft ist positiv, sollte noch freier wirken können, Einkommensdifferenzen sind notwendig und stellen kein Problem dar; staatliche Eingriffe in die Geldsphäre reduzieren</li> <li>• Marktakteur (Homo oeconomicus)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• politisch und rechtlich gerahmte Wirtschaftsdynamik; hohe Einkommensdifferenzen garantieren ökonomische Dynamik und Produktivität</li> <li>• alles, was zu hoher Produktivität führt, ist zu begrüßen</li> <li>• aggressive Menschennatur, die in die Bahnen egoistischen Markthandelns kanalisiert wird</li> </ul>
<b>Konsequenzen</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Forderungen</li> <li>• Realisierungssphäre</li> <li>• Folgereflexion der angestrebten Maßnahmen</li> <li>• Relevanz im eigenen Leben</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• freies Walten der Marktkräfte, jeder ist zur Leistungserbringung angehalten; politische Eingriffe führen nur zu Verzerrungen u. paradoxen Folgen; Unterstützung allenfalls von Leistungsbereiten, da man diese aber nicht sauber von Leistungsunwilligen trennen kann, nur minimale Unterstützung</li> <li>• Markt als optimales Medium der Güterverteilung; allenfalls residualer Sozialstaat; Lebenswelt ist kein Thema</li> <li>• das Gesamtsystem funktioniert mit einem freien Markt am besten, gesellschaftliche und andere Folgen (etwa Verschärfung der Ungleichheit) sind hinnehmbar; Widerstände werden nicht erwartet</li> <li>• Engagement ist hier gleichbedeutend damit, sich selbst gut im ökonomischen System zu plazieren</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• hohe Einkommensdifferenzen motivieren die egoistischen Individuen</li> <li>• möglichst wenig restringierter Markt, wichtig ist, daß das ökonomische System trotz aller seiner Härten funktioniert; flankierender Rechtsstaat; keinerlei Vertrauen in die Lebenswelt</li> <li>• solidarische Defizite, insbesondere soziale Härten sind zwar bedauerlich, aber unvermeidlich; Funktionssysteme sind unbedingt zu schützen, da ihre Beeinträchtigung katastrophale Folgen nach sich ziehen würde</li> <li>• berufliche Professionalisierung als Arzt</li> </ul>

Fragen der sozialen Integration rangieren also weit hinter ökonomischen Erfordernissen und werden im Rahmen der Bedienung ökonomischer Desiderata gleich miterledigt; man setzt voll und ganz auf die Dynamik des ökonomischen Systems, das früher oder später alle, die es sich verdienen, in sich einschließen wird. Bezeichnenderweise lassen die Angehörigen dieses Typs keine besondere Bestrebung erkennen, Chancengleichheit zu gewährleisten, vielmehr sollen die (potentiellen) Leistungsträger selber ihre Chancen suchen. Ferner spielen Lohnniveau und Lebensstandard der

unteren Einkommensgruppen keine Rolle; wichtig ist einzig, daß sie sich ihren Lebensunterhalt selbst verdienen.

Es handelt sich hier um eine *markoliberalen Position*, die von realisierbarer Vollbeschäftigung ausgeht und an die Selbstheilungskräfte und Innovationsfähigkeit des Marktes glaubt. Man fordert die unbedingte Unterstützung dieser Kräfte und rechtfertigt auch hohe Einkommensdifferenzen als funktional notwendige Bedingung für diesen Prozeß. Auf diese Weise sollen auch sämtliche Steuerungs- und Verteilungsprobleme moderner Gesellschaften bewältigt werden. Dabei werden ernstzunehmende Bedenken, etwa der Umstand der Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätzen, nicht zur Kenntnis genommen. Die Bezugsparameter resultieren aus der Perspektive der funktionalen Erfordernisse des ökonomischen Systems, und die Vertreter dieses Typs weisen einen starken Zug auf, alle auftretenden Probleme in eine marktkonforme Sichtweise zu assimilieren. Wichtig erscheint dabei, das Marktsystem von Belastungen einer lebensweltlichen Solidarität zu befreien. Diese Haltung bedeutet größere Effizienz und ist der Inkorporation von ökonomischen Denkmustern und der vorausgesetzten Dominanz des Geldmediums geschuldet. Sollten sich Probleme der gesellschaftlichen Steuerung nicht schlicht von allein durch die ökonomischen Selbstheilungskräfte erledigen, dann setzt man auf den Einsatz von Experten in Politik und Wirtschaft. Öffentliches Engagement und zivilgesellschaftliche Momente werden dagegen nicht ernstgenommen, demokratische Verfahren dienen lediglich zur Bereitstellung des Rahmenwerkes für eine unbeeinträchtigte Ökonomie und moralische bzw. lebensweltrelevante Fragen erscheinen angesichts der Relevanz des Erfordernisses der Marktkonformität allenfalls als sekundär.

In ihrer Orientierung zeigen die Vertreter dieses Typus eine klare Tendenz zu einer partikularistischen, genauer, einer eigennutzenorientierten Perspektive: sie sehen sich selber als anschlussfähig an das Marktsystem, das als expandierendes Operationsfeld bejaht wird. Dessen Expansion kommt nämlich auch - vor allem durch Mehrung von Optionen - der Steigerung der eigenen Autonomie zugute. Eigene Vorstellungen vom Guten Leben sind demnach in der vorherrschenden Gesellschaft zu verwirklichen, deren ausdifferenzierte Teilsysteme insbesondere Freiheit und Individualismus garantieren.

Zwischen den beiden Typenvertretern Britta und Michael existieren zwei gravierende *Unterschiede*: a) Die Achillesferse der markoliberalen Orientierung besteht darin, daß faktisch trotz des Primats der Marktwirtschaft Arbeitswillige vom Produktionsprozeß und damit vom Wohlstand ausgeschlossen bleiben (Deserving poor). Britta reagiert auf dieses Problem mit einer ausgeprägten Ambivalenz; sie legt Verlegenheit und Unsicherheit an den Tag und flüchtet sich schließlich in eine Denkfigur, wonach eine ineffiziente Bürokratie für die unzureichende Versorgung dieser Gruppe verantwortlich zu machen sei. Ferner müsse notfalls die Benachteiligung der Deserving poor in Kauf genommen werden, um Undeserving poor nicht unberechtigtweise mitzuversorgen. Die solchermaßen zurückgedrängte Gerechtigkeitsfrage kann Britta aber nicht gänzlich beiseite schieben, vielmehr wird sie von ihr selbst wiederholt thematisiert; Brittas Ambivalenz reproduziert sich daher, so lange das besagte empirische Faktum besteht. Michael dagegen kann das Defizit, das im Ausschluß einer Gruppe Arbeitswilliger besteht, in seiner grundlegenden Bejahung des



marktwirtschaftlichen Systems keineswegs erschüttern. Die starke Unempfindlichkeit Michaels gegenüber diesem spezifischen Aspekt der Exklusion hängt eng mit der zweiten Differenz zusammen: b) Bei *Michael* herrscht ein düsterer Fatalismus gegenüber der gesellschaftlichen Entwicklungslogik vor. Seiner biologistischen Grundüberzeugung zufolge muß der egoistischen Menschennatur im Rahmen der Marktwirtschaft eine Gelegenheit zum Austoben verschafft werden, bei der diese keinen Schaden anrichtet, sondern vielmehr nutzbringend eingebunden wird; andernfalls drohe die Zerstörung des zivilen Zusammenlebens. Dieses Arrangement erscheint Michael jedoch äußerst labil,

### Typ b) Leistungsgerechtigkeit mit restriktiver Unterstützung Benachteiligter

	Hartmut	Susanne
<b>Grundorientierung</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Solidaritätsorientierung</li> <li>• bevorzugte Gerechtigkeitsprinzipien</li> <li>• Reichweite der Solidaritätsbeziehung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• soziale Integration durch Inklusion aller in die Arbeitssphäre; Neigung, Partikularinteressen in den Vordergrund zu stellen, wenn die eigene Familie betroffen ist</li> <li>• Leistungsprinzip (aus der Marktperspektive) mit Verantwortung als Kriterium; nur bei unverschuldeter Not Bedürfnisprinzip</li> <li>• weltweite Solidarität; Bedürftigkeit als Kriterium in unverschuldeten Notlagen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• trotz eines Grundgefühls von Ungerechtigkeit Orientierung am kapitalistischen System, da keine Alternative existiert; lebensweltlicher Nahbereich (Familie) als Rückzugsraum</li> <li>• aufwandsbezogenes Leistungsprinzip, daneben Mindestbedürfnisse berücksichtigen; letztlich Tendenz zum Laissez Faire, da keine objektiven Verteilungskriterien existieren</li> <li>• Dritte Welt ist in den Solidarbereich miteinbezogen, weil die Beziehungen in der Vergangenheit durch Ausbeutung bestimmt waren; ferner Hilfe für alle Bedürftigen, aber nur Minimalversorgung</li> </ul>
<b>Gesellschaftsbild</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wahrnehmung der gesellschaftlichen Teilsysteme</li> <li>• Bewertung der gesellschaftlichen Teilsysteme</li> <li>• Bedeutung anderer Akteure</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• die Gesellschaft kann nur auf der Basis von Leistung richtig funktionieren</li> <li>• systembedingte Leistungsanforderungen sind richtig und notwendig</li> <li>• leistungsbereite, flexible und mobile Marktteure mit Eigeninitiative</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Privatbesitz von Produktionsmitteln und geringe soziale Mobilität führt zur Verfestigung großer sozialer Unterschiede, Leistungen werden nach Status und nicht nach Aufwand entlohnt</li> <li>• die wahrgenommenen Bedingungsgefüge werden zwar abgelehnt, aber dennoch akzeptiert, da Susanne keine realistische Alternative sieht</li> <li>• egoistische Menschennatur verhält sich komplementär zum kapitalistischen System</li> </ul>
<b>Konsequenzen</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Forderungen</li> <li>• Realisierungssphäre</li> <li>• Folgereflexion der angestrebten Maßnahmen</li> <li>• Relevanz im eigenen Leben</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Implementierung des Leistungsprinzips; die hiervon profitierende Ökonomie sollte im Gegenzug Arbeitswillige inkludieren</li> <li>• Ökonomie soll alle Arbeitswilligen auch Problemgruppen (z.B. Behinderte) inkludieren; Politik wird eher mißtrauisch beäugt</li> <li>• bestimmte Berufsgruppen sind benachteiligt, das ist aber hinnehmbar; Partikularforderungen, sofern die eigene Familie betroffen ist</li> <li>• Anstreben einer möglichst guten beruflichen Plazierung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• es gibt keine Grundlage, auf der man gegen die konstatierte Schieflage agieren könnte; faktisch Duldung der gegenwärtigen Situation</li> <li>• das kapitalistische Wirtschaftssystem ist das entscheidende Verteilungsmuster, dem nichts entgegengesetzt werden kann</li> <li>• zuviel Unterstützung lähmt die Eigeninitiative der Leistungsempfänger</li> <li>• lebensweltliche Nahbereiche (Familie) als Schutzraum; Erstreben einer sicheren beruflichen Plazierung mit hohem Einkommen</li> </ul>

und aus dieser defensiven Grundhaltung gegenüber den destruktiven Potentialen der Menschennatur erklärt sich seine bedingungslose Konsequenz bei der Verteidigung der gegenwärtigen Gesellschaftsform. Angesichts der drohenden Gefahr des Zusammenbruchs stellt der unverdiente

Ausschluß bestimmter Personen eine hinnehmbare Notwendigkeit dar. *Brittas* Orientierung ist dagegen deutlich optimistischer. Sie verkörpert eine offensive Variante des marktliberalen Funktionalismus und vermag problemlos an die Sinnangebote des marktliberalen Paradigmas anzuknüpfen; eben dieser Optimismus wird allerdings, wie gezeigt, durch die Existenz der Deserving poor getrübt. Die Angehörigen dieses Solidaritätstypus zeichnen sich durch eine hohe Bereitschaft zur Anpassung an die Erfordernisse des jeweils vorfindlichen Gesellschaftssystems aus. Sie streben danach, sich in jedem System gut einzurichten, und suchen sich darin jeweils einen Platz, an dem es sich, den Umständen entsprechend gut leben läßt. Die eigene Positionierung erfolgt primär aus Gründen der Sicherung heraus; in der heutigen Zeit kommt es folglich vor allem darauf an, einen sicheren Arbeitsplatz zu haben bzw. finanziell abgesichert zu sein.

Der Markt stellt für die Angehörigen dieses Typus zwar die tragende Säule der Gesellschaft dar, auf Seiten der Gesellschaft wird aber anders als bei den Angehörigen des marktliberal orientierten Typs auch eine Pflicht gesehen, gewisse soziale und natürliche Kontingenzen auszugleichen; man hat nämlich auch das Schicksal der Ausgeschlossenen vor Augen und kann sich davor nicht so konsequent verschließen wie die Vertreter des Marktliberalen Typus. Wo etwa das ansonsten bevorzugte Leistungsprinzip nicht anwendbar ist - beispielsweise im Falle von leistungsbereiten Arbeitslosen -, da soll das Bedürfnisprinzip gelten, das allerdings auf die Erfüllung von Mindeststandards beschränkt bleiben sollte. Ferner ist den Vertretern dieses Typus Chancengleichheit wichtig; außerdem soll der Normalbürger aufgrund seiner Arbeit gut leben können, und darüber hinaus entwickelt man ein starkes moralisches Gefühl gegenüber hohen Einkünften z.B. von Politikern, bei denen nicht klar ist, worin eigentlich die entsprechende Leistung für die hohe Vergütung besteht: wer nämlich viel einnimmt, der soll auch eine entsprechende Gegenleistung erbringen. Überhaupt ist bei diesem Typus auffällig, daß seine Angehörigen zwar der Systemstruktur nichts entgegensetzen und sich weitestgehend konformistisch verhalten, andererseits neigen sie aber stark dazu, über moralische Probleme zu lamentieren.<sup>271</sup>

Bei genauerem Hinsehen fällt auch auf, daß sozialpolitische Forderungen eher vorsichtig gestellt und tendenziell zurückgenommen werden, teilweise indem man die Hilfe problematisiert (eine beliebte Argumentationsfigur ist die "Lähmung der Eigeninitiative"), teilweise indem man Forderungen angesichts "realistischerer", d.h. an Systemerfordernissen orientierter Einschätzungen in den Hintergrund stellt.

Von der *Lebenswelt* werden schwerpunktmäßig die traditionellen Komponenten wahrgenommen, was sich bei den Vertretern dieses Typus besonders in Form einer ausgeprägten Familienorientierung ausdrückt. Reflexive Züge bzw. Überlegungen in Richtung auf eine kommunikative Rationalisierung der Lebenswelt sind dagegen kaum anzutreffen. Die traditionelle Orientierung bleibt zwar im Rahmen

---

<sup>271</sup> Solche Zugeständnisse an einen Floor constraint, eine gewisse Rücksichtnahme auf Benachteiligte, die Erwähnung von ungerechtfertigten Einkünften, die nicht auf echter Leistung beruhen ("Selbstbedienungsmentalität von Politikern" und andere populäre Topoi sind bei dieser Gruppe sehr beliebt), und eine gewisse Sensibilität für die negativen Begleiterscheinungen von Individualisierungsprozessen (Entwertung sozialer Gemeinschaften, sich ausbreitender Egoismus etc.) führen leicht dazu, daß die letztlich marktkonforme Grundhaltung dieser Gruppe bei oberflächlicher Betrachtung verschleiert bleibt.

der Überlegungen zur gesellschaftsweiten Solidarität meist latent, schießt aber häufig unerwartet in die Äußerungen zu den Solidaritätsproblemen ein und zwar immer dann, wenn im Laufe der Diskussion diejenigen Rückzugsräume tangiert werden, in denen die traditionelle Orientierung angesiedelt ist, eben vor allem die Familie.<sup>272</sup> *Hartmut* etwa stellt bezüglich der Sozialhilfe recht weitgehende Forderungen, die aber nicht auf allgemeinen Überlegungen beruhen, sondern vielmehr auf der Tatsache, daß er seine eigenen Eltern von Armut bedroht sieht. Für *Susanne* ist die Familie als Schutz- und Schonraum äußerst wichtig. Beide abstrahieren nicht von der familialen Perspektive, so daß angesprochene Problematiken, sobald die Familie ins Spiel kommt, nicht aus einer allgemeingesellschaftlichen Perspektive beleuchtet, sondern nur aus einer partikularen Position heraus betrachtet werden.<sup>273</sup> So gehen starke und zahlreiche partikularistische Elemente in die Urteilsfindung ein und die Universalisierungsleistung fällt alles in allem recht dürftig aus.

Während *Hartmut* stark dahin tendiert, sich auf der Grundlage seines naturwissenschaftlich-technischen Bildungsganges weitgehend in die Leistungssphäre hineinzubegeben und sich dabei absehbar immer weiter von seinen herkunftsmäßigen lebensweltlichen Bindungen, darunter insbesondere von seiner Familie, ablösen wird, versucht *Susanne* dagegen, innerhalb der systemisch gegliederten Gesellschaft gewisse Schutzräume - in ihrem Fall ein öffentliches Amt als Richterin oder Staatsanwältin - ausfindig zu machen, in welchen sie gewisse Parallelen zu ihrem Familienleben, insbesondere die Vermittlung moralischer Konventionen, zu finden hofft. Im Gegensatz zu *Hartmut* geht sie ferner davon aus, daß ihre Solidaritätsorientierung den systemischen Erfordernissen der kapitalistischen Ökonomie zuwiderläuft. Letztere stellt nämlich einen Nährboden für ungünstige Entwicklungen dar, die sie ablehnt, beispielsweise für eine funktionslose Selbstreproduktion von Reichtum. Sie sieht aber auch keine realistische Alternative, denn nicht zuletzt ist es die problematische Natur der habgierigen und vom Herdentrieb determinierten Menschen, zu welcher sich das System komplementär verhält.<sup>274</sup> Damit ist das kapitalistische Wirtschaftssystem von allen realistischen Lösungen eine Gesellschaft zu organisieren, die beste.<sup>275</sup> So ist zwar ihr Unbehagen größer als bei *Hartmut*, aber letztlich kommt sie zu denselben Ergebnissen.

### ***Kritiker***

Alle Angehörigen des Obertypus der "Kritiker" stimmen darin überein, daß sie gegenüber der vorfindlichen gesellschaftlichen Realität und ihren Solidaritätsorientierungen eine Differenz empfinden. Sie sind sensibel für die negativen Begleiterscheinungen vertikaler Differenzierungsprozesse, etwa die größere Unsicherheit, die Entsolidarisierung, die Entwertung sozialer Gemeinschaften und einen

---

<sup>272</sup> *Britta* hätte hier stehen bleiben können, hat sich aber im Zuge ihrer biographischen Transformation weit genug von ihrer vormals familialen Orientierung abgelöst.

<sup>273</sup> Man kann hierin durchaus Züge eines "amoralischen Familismus" (Thome 1998: 241; Putnam 1993: 144, 175) ausfindig machen. Dieser Figur zufolge sieht man aus Gründen der Vorteilsnahme zugunsten der eigenen Familie oder einzelner ihrer Mitglieder kein Problem darin, rücksichtslos auf die Ressourcen eines umfassenderen Gemeinwesens zuzugreifen.

<sup>274</sup> Hierin weist sie eine klare Parallele zu *Michael* auf.

<sup>275</sup> Anders als die anderen drei Vertreter des Obertypus der "Konformisten" steht sie damit nicht ohne Vorbehalte auf dem Boden des kapitalistischen Systems, hält es aber immer noch für die beste Alternative.

zunehmenden Egoismus der Akteure. Das aktuelle Gesellschaftsmodell soll daher mindestens bis zu

### Typ c) Rationaler Typ

	Axel	Heiner
<b>Grundorientierung</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Solidaritätsorientierung</li> <li>• bevorzugte Gerechtigkeitsprinzipien</li> <li>• Reichweite der Solidaritätsbeziehung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ambivalenz zwischen Funktionsimperativen und Integrationsproblemen: diese schlägt zwar tendenziell zugunsten ersterer aus, aber die Sorge um zweite kann nicht ausgeräumt werden; Gewährleistung von Teilhabe aller an der Gesellschaft, insbesondere am Arbeitsleben</li> <li>• Rahmenbedingungen auf der Basis des Mehrheitsprinzips abstecken; inhaltlich: Leistungsprinzip (Wettbewerbsperspektive) mit Ausbildung, Verantwortung und Risiken als Kriterien, daneben Compressed range mit großer Spannweite, Chancengleichheit</li> <li>• umfaßt die ganze Welt, da "<i>alles dichter zusammengerückt ist</i>"; alle Menschen (auch diejenigen der Dritten Welt) als Gleichberechtigte, die mit adäquaten Mitteln in den Inklusionsbereich zu holen sind</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• sehr differenzierte Sichtweise: sozial mobile Gesellschaft mit Grundsicherung, für letztere müssen im Bedarfsfall die Bessergestellten herangezogen werden; gesunde Ökonomie ist Voraussetzung für solidarisches Handeln</li> <li>• Leistungsprinzip (nicht näher spezifiziert) plus Einkommensfloor, der auch Auszeiten erlaubt; Bürgergeldmodell: Leistung muß sich in jeder Situation lohnen</li> <li>• weltweite Solidarität, aber enorme Umsetzungsprobleme, da sich alle Länder auf ein verbindliches Vorgehen einigen müßten; bis zu einem Minimum (floor) Solidarität ohne jede Einschränkung</li> </ul>
<b>Gesellschaftsbild</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wahrnehmung der gesellschaftlichen Teilsysteme</li> <li>• Bewertung der gesellschaftlichen Teilsysteme</li> <li>• Bedeutung anderer Akteure</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• die systemischen Erfordernisse haben ihren Preis in Form großer Einkommensunterschiede; ferner Selbstregulation der Löhne, gerahmt durch deliberative Politik, die zwar von der Wirtschaft abhängig ist, bei zu großer Dominanz monetärer Interessen tritt jedoch eine kritische Öffentlichkeit auf den Plan</li> <li>• hohe Einkommensdifferenzen sind zwar bedauerlich, müssen aber hingenommen werden, positiv sind funktionierende deliberative Politik und kritische Öffentlichkeit, welche die Ungleichgewichte einer Laissez-Faire-Ökonomie dämpfen</li> <li>• Leistungsmotivation durch materielle Vergütung; Potential zur Teilhabe an kritischer Öffentlichkeit und zur Perspektivübernahme, Gerechtigkeitssinn</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• soziale Marktwirtschaft beinhaltet spezifische Risiken, z.B. Arbeitslosigkeit; hohe soziale Mobilität; Gesellschaft ist gestaltbar, was aber entsprechenden Einsatz fordert</li> <li>• Existenz von Risiken ist kein Argument gegen das System; hoher Status, sofern er auf Eigenleistung beruht, wird anerkannt, Millionenerben sind dagegen abzulehnen; Gestaltbarkeit ist positiv</li> <li>• engagierter, kritischer und flexibler Bürger</li> </ul>
<b>Konsequenzen</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Forderungen</li> <li>• Realisierungssphäre</li> <li>• Folgereflexion der angestrebten Maßnahmen</li> <li>• Relevanz im eigenen Leben</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• fordert höheren Einkommensfloor, dieser ergibt sich jedoch von selbst durch wirtschaftliche Selbstregulation plus staatliche Rahmung; Inklusion aller in das Arbeitsleben; Entscheidungen auf der Grundlage des Mehrheitsprinzips</li> <li>• deliberative Politik vermittelt auf der Basis des Mehrheitsprinzips zwischen funktionalen und solidarischen Erfordernissen, ist allerdings von der Wirtschaft abhängig; kritische Öffentlichkeit tritt auf den Plan, wenn die Wirtschaft zu invasiv agiert</li> <li>• zu geringe Spitzeneinkommen bzw. gleiche Löhne würden das Wirtschaftssystem ruinieren, zu geringe Mindesteinkommen beeinträchtigen die Chancengleichheit</li> <li>• sieht bei aller Skepsis keinen Anlaß für erhöhte Aufmerksamkeit oder gar eigene Aktivität</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• systembedingte Härten (z.B. Arbeitslosigkeit) müssen pragmatisch bearbeitet werden; Einkommensfloor durch Bürgergeld; allgemein starker Handlungsbedarf, da viele berechnete Forderungen nach Solidarität bestehen</li> <li>• soziale Marktwirtschaft; Politik greift modifizierend in Verteilungsströme ein (z.B. durch Bürgergeld), engagierte Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft, die aber Ökonomie und Politik nicht in ihren basalen Operationen stören dürfen</li> <li>• Finanzierung des Bürgergeldes muß gut kalkuliert werden, nötigenfalls Spitzenverdiener stärker belasten; Solidaritätsforderungen müssen umsetzbar sein, insbesondere muß die Ökonomie als wichtige Grundlage handlungsfähig bleiben</li> <li>• zunehmende Involvierung in politische Handlungsfelder, Politik als Bohren dicker Bretter mit Augenmaß und Leidenschaft</li> </ul>

einem gewissen Grad korrigiert werden; einige sprechen sich gar für grundlegende Systemveränderungen aus. Man ist sich ferner weitgehend darin einig, daß die Situation der Benachteiligten in aller Regel nicht von diesen selber verschuldet ist und ihnen nicht als prinzipielles Defizit zugesprochen werden kann. Hierin kommt eine Solidarität zum Ausdruck, die sich zumindest in Grundzügen an der Einbeziehung des Anderen orientiert.

Dies ist der einzige Typ, der zwischen systemischen Zwängen und Solidaritätsanforderungen vermitteln will. Einerseits sieht man auf allen Themenfeldern legitime Forderungen nach Solidarität und insofern besteht auch überall Handlungsbedarf. Andererseits bedenkt man jedoch auch immer mit, was passieren würde, wenn man diesem bedingungslos nachgeben würde; gefundene Prinzipien müssen nämlich nicht nur gerecht und solidarisch, sie müssen auch umsetzbar sein. Eine konsequente und ausschließliche Befolgung der solidarischen Zielsetzungen würde im Endeffekt dazu führen, daß eine dramatische Verschlechterung der Lebensbedingungen für alle einträte. Und so gibt es viele Gründe, die für die Beibehaltung der vorherrschenden Verteilungsstruktur sprechen. Insbesondere gewährleistet diese bzw. die ihr zugrundeliegenden funktionalen Mechanismen überhaupt erst die Bedingungen der Möglichkeit, solidarisch zu handeln.

In diesem Zusammenhang ist eine funktionierende, gesunde Ökonomie unverzichtbare Grundlage, um überhaupt auf lange Sicht handlungsfähig zu sein und damit nicht zuletzt die Imperative der gefundenen Solidaritäts- und Gerechtigkeitsorientierungen verfolgen zu können. In diesem Sinne ist auch das Leistungsprinzip funktional. Die Vertreter dieses Typus folgen daher dem Modell einer sozial mobilen Gesellschaft mit fairer Anwendung des Leistungsprinzips. Jeder soll die gleiche Chance bekommen, den eigenen Leistungen entsprechend seinen Weg zu gehen. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, ist die differenzierte Status- und Lohnstruktur gerecht. Diese Wettbewerbsstruktur soll allerdings durch einen Income floor abgesichert sein, der allen, auch leistungsunwilligen Personen, gewisse Mindeststandards gewährt. Soziale Integration soll damit *auch* durch den Sozialstaat gewährt werden nicht zuletzt deshalb, weil Niedriglöhne, die man kategorisch ablehnt, auf diese Weise konterkariert werden. Systembedingte Härten sollen pragmatisch bearbeitet werden, im äußersten Fall sogar durch Zugriff auf Vermögensbestände von Bessergestellten. Die entscheidende Differenz zum folgenden Typ d) ("Solidarität durch zentrale politische Steuerung") liegt darin, daß der Staat zwar ein gewisses Minimum garantieren soll, das auch über dem derzeitigen Sozialhilfesatz liegen soll, aber für eine umfassende Daseinsfürsorge oder gar für die Umsetzung des Gleichheitsprinzips soll er nicht zuständig sein, denn Leistung muß sich auch immer lohnen. Ferner sollen die Bürger aktiv ihre Beziehungen zum Staat und untereinander mitgestalten. Die Vertreter des Rationalen Typus sind nämlich überzeugte Demokraten und gehen davon aus, daß man durch politisches und gesellschaftliches Engagement die bundesrepublikanische Gesellschaft mitgestalten kann. Dabei kann und muß man zwar in einem gewissen Rahmen die ökonomischen Prozesse frei laufen lassen, aber Kontrolle durch Politik und eine engagierte Öffentlichkeit ist erforderlich, um die Balance zwischen Solidarität und Systemerfordernissen zu gewährleisten. Beide Aspekte müssen in sinnvoller Weise begrenzt und miteinander in Einklang gebracht werden.

Die Fähigkeit, verschiedene teils entgegengesetzte Belange zu berücksichtigen, bezieht sich nicht nur auf das Verhältnis von Solidarität und funktionalen Erfordernissen, sondern auch auf die Übernahme verschiedener Akteursperspektiven: man ist in der Lage, von der eigenen Situation abzusehen und die eigene Perspektive zu relativieren. Im Rahmen dieser Perspektivübernahme versucht man, für alle, z.B. sowohl für die oberen als auch für die unteren Einkommensgruppen, Verständnis aufzubringen und vermeidet damit die Sinnfiguren, die auf Maßnahmen zu Ungunsten bestimmter sozialer Gruppen - etwa der "Reichen" (*Carsten*) oder der "arbeitsscheuen Leute" (*Britta*) - hinauslaufen.

*Axel* ist in seinen Äußerungen insgesamt bedeutend verhaltener und vorsichtiger als *Heiner*. Es ist die Spannung zwischen Funktionsimperativen und Integrationsproblemen, für die *Axel* eine gewisse Sensibilität aufbringt. Diese Spannung bearbeitet er mittels der Figur eines starken Vertrauens in gesellschaftliche Selbstregulationsmechanismen. Demnach ist zwar die Dominanz der ökonomischen Imperative über Politik und Lebenswelt der Normalfall; sofern dies jedoch zu fragwürdigen Resultaten führt, ist in einem nächsten Schritt die Politik gefragt, die auf der Legitimationsbasis des Mehrheitsprinzips wohlerrungene Eingriffe vornehmen soll. Als dritte Kraft und letzte Möglichkeit kann auch die Lebenswelt in Form einer aktivierten und von den Medien unterstützten Öffentlichkeit gegen eine überbordende wirtschaftliche Dominanz einschreiten. Dieses Eingreifen stellt jedoch einen Ausnahmefall dar, der erst eintritt, sobald, mit Habermas gesprochen, ein bestimmtes Maß an lebensweltlicher Kolonialisierung überschritten wird. Sich selber bezieht *Axel* nicht in seine Überlegungen mit ein; sein starkes Vertrauen in gesellschaftliche Selbstregulationsmechanismen hat vielmehr die Funktion, ihn von der Notwendigkeit eigener Initiative zu entlasten. Denn gerade *weil* die korrektiven Mechanismen einer deliberativen Politik und einer kritischen Öffentlichkeit bereitstehen, sieht *Axel* trotz leichten Unwohlseins und bei aller Skepsis keinen Anlaß für eigenes Handeln. Insofern enthält seine Haltung auch das partikularistische Moment des Desinteressierten, der alles seinen geordneten Gang gehen sieht. *Heiner* folgt hingegen einer sehr differenzierten Sichtweise, in die er sich selber mit einbezieht. Besonders kritisch steht er der blinden Anwendung vereinfachender Theorien und Handlungsweisen ("*Schema F*") gegenüber. Vielmehr versucht er, Probleme von allen Seiten zu beleuchten und ihnen möglichst gerecht zu werden. Gemäß seinem Motto "Demokratie ist Arbeit" widmet er sich elaborierten politischen Konzepten, die er differenziert betrachtet und bearbeitet. In diesem Sinne wird er auch selber sehr aktiv. Hier liegt eine starke Kongruenz mit seiner beruflichen Professionalisierung im Rahmen politischer Kontexte vor; wenn man so will, kann man auch hierin einen gewissen Partikularismus ausmachen, denn er selber eröffnet sich damit nicht nur eine Berufsperspektive, sondern distinguert sich außerdem auf diese Weise von den bloßen "Konsumenten" der Politik.

#### **Typ d) Solidarität durch zentrale politische Steuerung**

Nach Auffassung der Angehörigen dieses Typus ist der Staat für die Existenzsicherung seiner Bürger zuständig. Politische Institutionen, die sich der Lösung aller vitalen gesellschaftlichen Probleme annehmen, sollen demnach die soziale Integration aller Gesellschaftsmitglieder gewährleisten. So ist

	Carsten	Barbara
<b>Grundorientierung</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Solidaritätsorientierung</li> <li>• bevorzugte Gerechtigkeitsprinzipien</li> <li>• Reichweite der Solidaritätsbeziehung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• "<i>reale Bedürfnisse</i>" der Menschen sind objektiv leicht feststellbar, diese müßten und könnten relativ problemlos durch einen zentralen politischen Akteur (Planwirtschaft) bedient werden</li> <li>• Gleichheitsprinzip, dies fällt nahezu mit dem Bedürfnisprinzip zusammen, da sich die "<i>realen Bedürfnisse</i>" der Menschen nicht unterscheiden, weitere Einkünfte werden lediglich geduldet</li> <li>• alle Menschen sollen in die Sphäre der Solidarität miteinbezogen werden; grundsätzlich sollten jedem ohne Ansehen von Person, Status oder Herkunft die Mittel zustehen, die er zur Entwicklung seiner Persönlichkeit benötigt.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Politik muß Mindestversorgung gewährleisten und die Eliten strenger kontrollieren</li> <li>• "menschenwürdiger" Floor constraint; Leistungsprinzip (Aufwands- oder Ertragsperspektive) mit Verantwortung als Leistungskriterium</li> <li>• Solidarität mit allen Menschen, mit denen wir (d.h. die Industrieländer) Kontakt hatten; behutsame Maßnahmen mit Schonung der Umwelt und der lokalen Kultur; generell geht Hilfe mit Reziprozitätsverpflichtungen einher</li> </ul>
<b>Gesellschaftsbild</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wahrnehmung der gesellschaftlichen Teilsysteme</li> <li>• Bewertung der gesellschaftlichen Teilsysteme</li> <li>• Bedeutung anderer Akteure</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• kleine monetäre Unterschiede führen langfristig zu immensen sozialen Differenzierungen; Marktwirtschaft muß ständig expandieren, daraus folgende Krisen gehen zu Lasten der Werktätigen; ferner haben viele Produkte keinen echten Nutzen; Sozialstaat wird immer weiter abgebaut</li> <li>• es gibt zuviele Personen, die ohne adäquate Leistung über hohe Einkommen verfügen; fehlende Chancengleichheit; wachsende soziale Unterschiede; reine Geldvermehrung, die an den "<i>realen Bedürfnissen</i>" vorbeigeht; Sozialabbau ist inakzeptabel</li> <li>• habgierige (und in diesem Sinne pathologische) Eliten stehen einer leicht manipulierbaren Masse gegenüber</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• soziale Ungleichheit resultiert aus unterschiedlichen Zugriffsmöglichkeiten auf Produktionsmittel; personifizierende Sichtweise - Prozeßhaftigkeit wird dagegen nicht gesehen; Anfang vom Ende der Arbeitsgesellschaft</li> <li>• privilegierte Zugriffsmöglichkeiten bzw. Selbstbedienung der Eliten aus den ihnen anvertrauten Ressourcen ist nicht akzeptabel</li> <li>• Eliten, die sich aus den Ressourcen, die ihnen anvertraut sind, selbst bedienen (Chefs, Politiker); "<i>kleine Leute</i>" haben das Nachsehen; Menschen sind ferner egoistisch und habgierig, was sich in ihrer hohen Konsumorientierung zeigt</li> </ul>
<b>Konsequenzen</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Forderungen</li> <li>• Realisierungssphäre</li> <li>• Folgereflexion der angestrebten Maßnahmen</li> <li>• Relevanz im eigenen Leben</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Carsten fordert eine soziale Gesetzgebung, durch die die enormen Vermögensunterschiede scharf begrenzt werden, Einführung einer (demokratisch legitimierten) Planwirtschaft und einer bürgernahen Basisdemokratie</li> <li>• Politik ist mit der Wirtschaft verfilzt und verschafft ihr daher günstige Bedingungen; Trend, den Bedürftigen immer mehr wegzunehmen; "<i>Diktatur des Kapitals</i>" / Ideal: soziale Gesetzgebung und Einführung der Planwirtschaft auf der Grundlage politischer Macht, letztere ist die alles entscheidende Ressource; Lebenswelt spielt keine Rolle, die Ökonomie muß streng gezügelt werden</li> <li>• findet nicht statt; die gesellschaftlichen Probleme scheinen mit der Vereinigung von politischer Macht und guten Absichten leicht zu bewältigen; Widerstände werden auf der Grundlage einer von der Ökonomie dominierten Politik erwartet</li> <li>• kein eigenes Engagement</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Mindestlöhne einführen, Unterstützung von Sozialhilfeempfängern, die im Gegenzug gemeinnützige Arbeiten verrichten sollen</li> <li>• Politik muß entsprechende Gesetze beschließen, faktisch geschieht jedoch zu wenig, da die Politik zu stark mit der Wirtschaft verflochten ist / Ideal: auf Akteure fokussiert: die Personen, die die Wende eingeleitet haben, müßten an den Schalthebeln der Macht sitzen</li> <li>• keine Folgereflexion: Maßnahmen können mit staatlicher Macht durchgesetzt werden; Politiker selber können jedoch nicht beschränkt werden und werden ihre Privilegien verteidigen</li> <li>• kein eigenes Engagement</li> </ul>

Solidarität zwar die Zielperspektive, hat jedoch als gesellschaftliche Ressource selber kein Gewicht. Wie Fragen und Probleme der Solidarität zu klären sind, das liegt für die Angehörigen dieses Typus klar auf der Hand. Dabei besteht insbesondere eine Tendenz, Gleichheitsprinzipien - oder zumindest

die Forderung nach einem relativ hohen Grundeinkommen - gegen das gegenwärtige System in Stellung zu bringen. In diesem Sinne wird nicht nur Chancen-, sondern auch Ergebnisgleichheit gefordert. Die Integration der Gesellschaftsmitglieder soll durch einen gut ausgebauten Sozialstaat geleistet werden. Dabei werden die gegenwärtigen Unterstützungssätze als unzumutbar niedrig angesehen, zumal angesichts des allgemeinen Wohlstands in Deutschland und insbesondere des Wohlstands der Spitzenverdiener. Eine Erhöhung der Unterstützungsleistungen für Bedürftige erscheint daher mehr als angemessen. Gleichzeitig muß man wahrnehmen, daß der Sozialstaat de facto immer weiter abgebaut wird, was als Skandal erscheint. Diese Nichterfüllung der eigenen Forderungen weckt Empörung und in der Konsequenz wird gegenüber der herrschenden Realität eine klare Differenz gezogen. Man geht sowieso davon aus, daß man das wahre Leben nicht im gegenwärtigen System führen kann, glaubt aber andererseits nicht wirklich, es verändern zu können. Im Rahmen des Bildes einer Klassengesellschaft geht man von einer Teilung der Gesellschaft in zwei Gruppen aus, nämlich die Profiteure bzw. maßlosen Eliten, die, ohne echte Arbeitsleistung zu erbringen, hohe Gehälter beziehen auf der einen Seite und die "*kleinen Leute*" auf der anderen. Die Minderheit der egoistisch motivierten Elite steht an den Schalthebeln der Macht und manipuliert von dieser Warte aus die Bevölkerung, auf deren Kosten sie sich bereichert, mit großem strategischen Geschick. Wie unter den egoistischen Interessen der herrschenden Eliten das Allgemeinwohl leidet, das ist Thema und grundlegende Problematik, die aus der Sicht dieses Solidaritätstypus in vielen Variationen immer wiederkehrt. So erscheint etwa die Erfüllung der weitgesteckten sozialpolitischen Forderungen deswegen als unrealistisch, weil die "Perversion" der Gegner hierzu keine Chance läßt. Alles in allem erscheint den Vertretern dieses Typus die Nichterfüllung ihrer Forderungen als Skandal und gegensätzliche Positionen per se als unmoralisch. Selbst versetzt man sich ausnahmslos in die Position der Geringverdiener, während die Gegenseite der Vermögenden bzw. der Hochverdiener als moralisch diskreditiert gilt; auch Ansprüche von Leistungsträgern werden nicht akzeptiert. Wie gesagt, können sich die Angehörigen dieses Typus gesellschaftliche Veränderungen nur im Rahmen eines benevolenten Staates vorstellen, der seine Macht einsetzt, um die richtigen Gerechtigkeitsprinzipien durchzusetzen und auf diese Weise Gerechtigkeit und Solidarität zu stiften. Die Frage, ob und inwiefern dies überhaupt realisierbar ist, wird nicht gestellt. Im Grunde glaubt man nämlich, daß es ausreicht, wenn sich guter Wille und gesunder Menschenverstand mit der politischen Macht paaren, um eine gerechte und solidarische Gesellschaftsordnung zu verwirklichen. Geld ist der politischen Macht an Wirkmächtigkeit untergeordnet und auch Solidarität spielt als Einflußgröße im Rahmen sozialer Prozesse keine Rolle. Probleme werden aus dieser Sicht einzig durch die Widerstände und Machenschaften bestimmter gesellschaftlicher Akteursgruppen verursacht, die die politische Macht für ihre eigenen Zwecke mißbrauchen. Man geht also von der prinzipiellen Realisierbarkeit der eigenen Ziele aus. Probleme bestehen demnach nur aufgrund des Wirkens unmoralischer Gegner.

*Carsten* ist der eindeutigere Vertreter dieses Typus. Er folgt dem Bild einer maßlosen Bewegung, in welcher letztlich alles dem System des Kapitalismus untergeordnet wird, einer Entwicklung, die am

**e) Emotional-Gemeinschaftsbezogener Typ**



	Rolf	Frank
<b>Grundorientierung</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Solidaritätsorientierung</li> <li>• bevorzugte Gerechtigkeitsprinzipien</li> <li>• Reichweite der Solidaritätsbeziehung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• tief ansetzende Umwertungsperspektive: Verzicht zugunsten Benachteiligter, fürsorgliches Miteinander im Rahmen von gemeinschaftsförmigen Kontexten, die aber durchaus die ganze Menschheit umfassen können</li> <li>• zentral ist gegenseitige Fürsorge (Bedürfnisprinzip); daneben wird ein Compressed range mit geringer Spannweite angestrebt</li> <li>• weltweit: Hilfe soll sich nach der Größe der Not und nicht nach dem Kriterium der Nähe richten; Solidarität ohne Vorbedingungen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• eigentlich eine humane u. gemeinschaftsorientierte Gesellschaftsform, mehr Gleichheit und eine auf Sozialintegration zielende Güterverteilung; für all dies sieht er aber keine Chance</li> <li>• aufwandsbezogenes Leistungsprinzip (gerechte Entlohnung für erbrachte Leistungen); am liebsten Gleichheitsprinzip, dies hält Frank aber nicht für realistisch</li> <li>• Solidarität mit allen, mit denen man jemals in Kontakt stand, daher auch mit der Dritten Welt, insofern weltweite Solidarität</li> </ul>
<b>Gesellschaftsbild</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wahrnehmung der gesellschaftlichen Teilsysteme</li> <li>• Bewertung der gesellschaftlichen Teilsysteme</li> <li>• Bedeutung anderer Akteure</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• große Geldbeträge befinden sich an den falschen Orten; Wirtschaft verführt zu überflüssigem Konsum und zur Verarmung zwischenmenschlicher Beziehungen; kritisiert wird aber eher die Einstellung der Menschen, weniger das Verteilungsmuster selbst; das politische System ermöglicht die Tätigkeit oppositioneller Kräfte</li> <li>• falsche Geldverteilung ist nicht akzeptabel, materielle Güter sind nicht im gegenwärtigen Umfang notwendig; die politische Verfassung der BRD ist positiv besetzt, die gegenwärtige Politik dagegen nicht</li> <li>• mitfühlende und altruistische Menschen in gemeinschaftsförmigen Kontexten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Dominanz des Geldes, starke vertikale soziale Differenzierungen mit exorbitanten Einkommensdifferenzen; hohe Arbeitslosigkeit</li> <li>• Differenzierungen haben eine Anreizfunktion für ökonomisches Engagement, gefährden aber den sozialen Frieden; Entlohnungen sind nicht gerecht, da sie nicht nach erbrachtem Leistungsaufwand erfolgen; Distanzierung vom Kapitalismus, der im Kern ungerecht ist und die Basis lebensweltlicher Solidarität zerstört; Arbeitslosigkeit ist ein Versagen des Systems</li> <li>• Einteilung in West- u. Ostdeutsche: Engherzigkeit und Eigennutzenorientierung bei ersteren, Kollegialität, Herzlichkeit und größerer sozialer Zusammenhalt bei zweiten</li> </ul>
<b>Konsequenzen</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Forderungen</li> <li>• Realisierungssphäre</li> <li>• Folge reflexion der angestrebten Maßnahmen</li> <li>• Relevanz im eigenen Leben</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• weitgehende Umverteilungsmaßnahmen des gesellschaftlichen Vermögens sowohl bezüglich des Staatshaushaltes als der Privatvermögen; vor allem aber soll jeder Mensch im Alltag solidarisch und mitmenschlich handeln</li> <li>• Staat soll Umverteilungsmaßnahmen exekutieren, vor allem aber sollen die Einzelakteure im Alltag ihren Beitrag für ein solidarisches Miteinander in Gemeinschaften (auch größerer Reichweite) leisten; Gesellschaft scheint voluntaristisch leicht steuerbar</li> <li>• Folgeprobleme erscheinen zweitrangig und leicht lösbar, auch Widerstände sieht er keine; insgesamt leichtfertiger Optimismus bezüglich der Umsetzbarkeit der geforderten Maßnahmen: bei entsprechender Einsicht scheint alles möglich</li> <li>• sehr aktiv, aber lediglich in Form spontaner Aktionen ohne Langsicht und Ausdauer</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• der Staat sollte Wettbewerb und soziale Disparitäten stärker begrenzen, faktisch erfolgen nur relativ geringe Ausgleichsleistungen zur Dämpfung der Extreme</li> <li>• Staat sorgt für eine gewisse Dämpfung der großen sozialen Unterschiede, weitergehende Maßnahmen wären jedoch der Ruin der Marktwirtschaft; Aktionen von Betroffenen bringen nichts / Ideal wäre ein konsequent handelnder Staat auf der Grundlage basisdemokratischer Institutionen, im kleinen Bereich solidarischer Gemeinschaften</li> <li>• gleiche Löhne sind ökonomisch nicht machbar, man kann die gesellschaftliche Realität nicht problemlos umgestalten, da sonst der Ruin der Marktwirtschaft droht; Widerstände von Seiten der Westdeutschen gegen egalitäre Bestrebungen</li> <li>• keine Handlungsrelevanz, Frank zieht für sich lediglich individuelle Auswege in Betracht</li> </ul>

Ende in die Zweiteilung der Bevölkerung in eine Klasse von Besitzlosen in wachsender Armut **Typ** einerseits und in eine Klasse von Besitzenden mit steigendem Reichtum andererseits führt. Als

Gegenmaßnahme visiert er eine moderate Variante der Planwirtschaft an, die, demokratisch legitimiert, zwar keine Enteignungen vornimmt, in der aber alle wichtigen ökonomischen Entscheidungen von zentraler staatlicher Seite getroffen werden sollen. Der Staat verfügt nämlich nach Carstens Auffassung über die zur Lenkung der Wirtschaft notwendigen Informationen und deshalb könne eine vernünftig begrenzte Bedürfnisbefriedigung im Rahmen einer sozial integrierten Gesellschaft durchgesetzt werden. Allerdings geht er davon aus, daß sein Konzept angesichts der herrschenden Interessen nicht durchsetzbar ist. Probleme der Realisierbarkeit in der Sache vermutet er dagegen nicht. *Barbara* dagegen ist bedeutend moderater als Carsten. Ihre einzigen klaren Forderungen bestehen in der Einführung staatlich festgelegter Mindestlöhne und in einer stärkeren Kontrolle der Eliten. Ferner wünscht sie sich, im Staat würden diejenigen Akteure an den entscheidenden Stellen sitzen, die die Wende in der DDR eingeleitet haben, weiß aber zugleich, daß dies unrealistisch ist.

Auch hier wird gegenüber der herrschenden Realität eine Differenz gesehen, die bei den Vertretern dieses Typus in hohem Maße emotional begründet ist. Vorherrschend ist ein kommunitäres Leitbild, wonach man davon ausgeht, daß im Grunde alle Beteiligten nur der eigenen Vorstellung vom guten Leben folgen müßten, woraufhin sich sämtliche Probleme der sozialen Integration und der Verteilungsgerechtigkeit von selber lösen würden. Ferner hält man, meist ohne lange nachzudenken, in Verfolgung des Gleichheits- oder Bedürfnisprinzips eine Erhöhung von staatlichen Unterstützungsleistungen für unproblematisch und angemessen. Die gegenwärtigen Unterstützungssätze werden auch hier als unzumutbar niedrig angesehen, zu niedrig jedenfalls angesichts des allgemeinen Wohlstands in Deutschland. Insbesondere Menschen, die viel besitzen, sollten viel abgeben. Außerdem sollten vorhandene Ressourcen im Staatshaushalt zugunsten sozialer Belange umgeschichtet werden.

Die Typenrepräsentanten sind besonders sensibel für die negativen Begleiterscheinungen von Individualisierungsprozessen wie Entsolidarisierung, Entwertung sozialer Gemeinschaften, Egoismus etc. Ferner lehnt man eine Orientierung am Konsum und die Monetarisierung von Sozialbeziehungen ab. Man orientiert sich vielmehr am Gemeinschaftssinn und an der Norm einer generalisierten Reziprozität, wie sie häufig in kleinen Gruppen vorzufinden sind. Überhaupt stehen Face-to-Face-Situationen und die Gemeinschaftlichkeit überschaubarer Kleingruppen Modell für die Wünsche, die man an die Gesellschaft heranträgt. Mitglieder solcher Gemeinschaften teilen aufgrund einer gemeinsamen Praxis die meisten Grundüberzeugungen und in diesem Sinne pflegt man das Idealbild einer Gesellschaft, in der solidarische Lebenszusammenhänge - unter Mithilfe sozialstaatlicher Institutionen - mehr zählen als Geld. Es ist nicht kommunikative Gerechtigkeit oder die wohlbegründete Solidarität einer rationalisierten Lebenswelt, sondern vielmehr intuitive "Evidenz", die bei allen Menschen als selbstverständlich vorhanden und inhaltlich weitgehend identisch vorausgesetzt wird. Durch eine solchermaßen garantierte allgemeine Zustimmung zu den "richtigen" Solidaritätsvorstellungen soll sich sodann deren Realisierung von selbst ergeben. Die funktionalen Teilsysteme der Gesellschaft erscheinen dagegen weit weg oder leicht überwindbar, außerdem geht

man davon aus, daß die anvisierten Netzwerke gegenseitiger Fürsorge und Hilfe sie leicht ersetzen könnten.<sup>276</sup>

Daß diese Haltung starke partikularistische Züge enthält, indem man seine eigenen Vorstellungen vom guten Leben gleichsam in alle anderen Menschen hineinprojiziert, wird nicht gesehen. Es geht den Betreffenden um emotionale Nähe und gegenseitige Zuwendung, nicht um universalisierbare Ansprüche oder Prinzipien; man denkt auch nicht in Kategorien von Interessengruppen, Schichten, Klassen etc., sondern sieht die Gesellschaft vielmehr wie eine Gruppe Gleichgestellter, die sich auf Augenhöhe begegnen und leicht eine gemeinsame Lösung finden könnten, wenn sie nur wollten. Damit wird die Bevölkerung gleichsam zu einer großen Gruppe von gleichrangigen und gleichgesinnten solidarischen Personen, die sich relativ spontan zu fürsorglichen Handlungen entschließen können. Dabei kommt man (wie *Rolf*) entweder gar nicht erst auf den Gedanken, daß es auch Personen mit entgegengesetzten Ansichten und Interessen gibt, oder diese werden per se als unmoralisch betrachtet (etwa die Westdeutschen, so wie *Frank* sie sieht).

*Rolf* ist einschlägiger Vertreter dieses Typs. Er generalisiert seine eigene altruistische und fürsorgliche Grundhaltung, versetzt sich dabei nicht in die Lage Andersdenkender und neigt stark dazu, die Grenze zwischen seiner persönlichen Entscheidung für eine opferbereite Lebensweise einerseits und allgemeinen moralisch verbindlichen Forderungen andererseits zu verwischen. Desweiteren erhebt er seine Forderungen ohne weitere Reflexion über die Realisierungschancen oder die gesellschaftlichen Widerstände und Folgeprobleme, die sich aus ihrer Umsetzung ergeben würden. Er hält die funktionalen gesellschaftlichen Teilsysteme, auch und insbesondere das ökonomische System, für biegsam genug, um beispielsweise wirtschaftliche Effizienzeinbußen zugunsten der Inklusion Benachteiligter durchzusetzen. *Frank* ist zwar ebenfalls an Gemeinschaften Gleichgesinnter orientiert und hegt ferner eine tiefsitzende Abneigung gegen die gegebene gesellschaftliche Faktizität, folgt jedoch seiner egalitären Solidaritätsorientierung anders als *Rolf* nicht mit realitätsfernem Leichtsinn, sondern stellt die soziale Realität der gegebenen Gesellschaftsordnung, darunter auch gewisse Vorteile, in Rechnung. Dieser Umstand macht ihn übrigens tendenziell zum Grenztyp zum oben erläuterten Typ c) ("Rationaler Typ"). Da er einerseits eine nicht unerhebliche Bedrohung lebensweltlicher Solidarität wahrnimmt, ihm jedoch andererseits die gegebene gesellschaftliche Faktizität unüberwindlich scheint, spaltet sich seine Orientierung in Wunsch und Wirklichkeit. Er hält seine Wünsche nach basisdemokratischen Institutionen und solidarischen Gemeinschaften für nicht realisierbar, denn mit dem Siegeszug der neuen Gesellschaftsordnung (bzw. der alten der Bundesrepublik) scheinen ihm die Chancen eines humanen und gemeinschaftlichen Zusammenlebens weitgehend verlorengegangen. *Frank* teilt ferner die Bevölkerung ein in die systemkompatiblen eigennutzenorientierten Westdeutschen und die Ostdeutschen, die sich - bedingt vor allem durch eine angegliche Einkommensstruktur in der DDR - durch stärkeren sozialen Zusammenhalt und ein

---

<sup>276</sup> Zoll (1993) bezieht sich in seiner Untersuchung auf die Vertreter dieses Typus. Ihm ist offenbar entgangen, daß es sich hier lediglich um eine Teilmenge der Solidaritätsorientierungen Jugendlicher handelt. Siehe auch S. 124ff dieser Arbeit.

positiv konnotiertes Miteinander auszeichnen, was aber im Zuge der Verwestlichung zunehmend verloren zu gehen droht.

### ***Unentschiedene***

Der Obertypus der "Unentschiedenen" beinhaltet lediglich den "Diffusen Typus", der im folgenden vorgestellt werden soll.

#### **Typ f) Diffuser Typ**

Die Grundorientierung des Diffusen Typs ist, sofern man von "Orientierung" sprechen kann, von tiefer Verunsicherung geprägt. Man ist sowohl bezüglich der Lebenswelt als auch der Systeme desorientiert, beide erscheinen in der Wahrnehmung nicht hinreichend konsistent, um handlungsleitend zu wirken. So sind die Probleme der eigenen Lebensführung und Orientierungssuche so tiefgreifend und gravierend, daß man keine Reserven für die Beschäftigung mit gesellschaftsweiten Problemen erübrigt. Zwar scheint manchmal eine gewisse Differenz gegenüber der vorfindlichen Realität durch, diese nimmt aber aufgrund der eigenen Verunsicherung keine konsistenten Züge an. Andererseits zeigt sich auch eine gewisse Anpassungsbereitschaft gegenüber gesellschaftlichen Erfordernissen, und so frönt man einerseits einem ambivalenten Systemfatalismus, befindet sich jedoch andererseits im Prozeß einer quälenden Suche, die durch Unentschlossenheit und diffuses Unbehagen gekennzeichnet ist.

Hinsichtlich der Solidaritätsorientierung fehlt es an klarer Strukturierung und generell am nötigen Wissen. Man verfügt über keine klare, schon gar keine universelle Solidaritätsorientierung, sondern stellt vielmehr Partikularforderungen, die aus dem persönlichen Erfahrungskreis stammen bzw. der eigenen Bedürfnisstruktur entgegenkommen. Insgesamt deuten ein geringer Informationsstand, fehlende Differenzierung zwischen eigenen Präferenzen und universeller Problematik sowie auffälliger sprunghafter Meinungswechsel auf eine noch nicht abgeschlossene Meinungsbildung nicht nur hinsichtlich der Solidaritätsthematik hin. Entschiedene Reflexionsleistungen wären jedoch mit einem hohen Informationsaufwand verbunden, für den angesichts der Probleme mit der eigenen Orientierungsfindung gar keine Ressourcen bereitstehen.

*Gerd* schließt sich in der Grundtendenz den dominanten Prinzipien der jeweiligen Gesellschaft an und stellt daher tendenziell einen Grenztyp zum Typ b) (Marktorientierung mit geringer Unterstützung Benachteiligter) dar. Für *Jana* ist der Staat die Institution, die für die Inklusion aller Menschen zuständig ist, die Lebenswelt taucht dagegen nicht als mögliche gegensteuernde Kraft an ihrem Vorstellungshorizont auf. Sie plädiert ferner für die Berücksichtigung der gleichen Wertigkeit jedes Menschen und für die Anerkennung seiner jeweils individuellen Einzigartigkeit, die nicht in ökonomisch bestimmten Kategorien gemessen werden darf. Diese Umwertungsperspektive verbindet sie jedoch nicht mit einer möglichen Reformperspektive, sondern sie entstammt vielmehr dem Bedürfnis, selber respektiert zu werden.

	Gerd	Jana
<b>Grundorientierung</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Solidaritätsorientierung</li> <li>• bevorzugte Gerechtigkeitsprinzipien</li> <li>• Reichweite der Solidaritätsbeziehung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• ausgesprochen schillernd und inkonsistent, Meinungsbildung ist noch nicht abgeschlossen; zwar schließt er sich den herrschenden Grundtendenzen weitgehend an, Forderungen nach stärkerer Integration und Egalität brechen aber immer wieder hervor</li> <li>• Leistungsorientierung, Schwanken zwischen Hilfe für Bedürftige bzw. Compressed range und dem reinen Prinzip der Eigenverantwortung</li> <li>• die Solidaritätssphäre umfaßt die ganze Welt; Kriterium ist Eigenverantwortung, hierzu müssen aber jedem die Voraussetzungen garantiert werden.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Sicherung der ökonomischen Inklusion aller, Berücksichtigung der gleichen Wertigkeit und individuellen Einzigartigkeit jedes Menschen, insgesamt keine klare Orientierung, sondern Stückwerk aus Partikularforderungen</li> <li>• Leistungsprinzip; Bedürfnisprinzip, wenn Leistungserbringung nicht möglich ist</li> <li>• weltweite Fairneß und Abgabe von Überschüssen; Hilfe für diejenigen, die keine eigenen Leistungen erbringen können</li> </ul>
<b>Gesellschaftsbild</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wahrnehmung der gesellschaftlichen Teilsysteme</li> <li>• Bewertung der gesellschaftlichen Teilsysteme</li> <li>• Bedeutung anderer Akteure</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• das ökonomische System ist auf einer ungleichen Verteilung der Ressourcen aufgebaut und dominiert die Politik; wachsende Disparitäten, die in der Gesellschaft kaum bearbeitet werden; Abpufferung durch breite Mittelschicht und (tendenziell schwache) Gegenkräfte</li> <li>• hochambivalentes Schwanken zwischen scharfer Kritik und klarer Befürwortung: einerseits wachsende Disparitäten und Konkurrenzdruck, andererseits funktioniert es nicht anders, daher auch keine Ungerechtigkeit, allerdings wohnt der Entwicklung eine autodestruktive Tendenz inne</li> <li>• Menschen reagieren nur auf gesellschaftliche und ökonomische Entwicklungen, sind meist passiv</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• eingestandene Wissensdefizite; Dominanz ökonomischer Kalküle; Politik bearbeitet negative Folgewirkungen (Exklusionen); ökonomischer Erfolg definiert den Wert eines Menschen</li> <li>• der Wert eines Menschen sollte nicht durch seinen ökonomischen Status bestimmt werden; die staatlichen Maßnahmen sollten ausgebaut werden</li> <li>• kompetitiver Individualist, der sich an ökonomischen Kategorien orientiert (was Jana ablehnt)</li> </ul>
<b>Konsequenzen</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Forderungen</li> <li>• Realisierungssphäre</li> <li>• Folgereflexion der angestrebten Maßnahmen</li> <li>• Relevanz im eigenen Leben</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• überläßt aufgrund seiner Unentschiedenheit letztlich den dominanten systemischen Prozessen das Feld; Solidaritätserwägungen sind Nebensache</li> <li>• Gegenkräfte (Gewerkschaften) halten die wachsenden Disparitäten in gewissen Grenzen, ansonsten keine Realisierungssphäre; erst angesichts einer drohenden Katastrophe erfolgt kollektives Umdenken</li> <li>• die funktionalen Mechanismen sind so evident, daß ihnen nichts entgegenzusetzen ist, das Gesamtsystem steuert allerdings auf eine Katastrophe zu</li> <li>• will sich selbst im Gesamtsystem günstig positionieren, sich selber den gegebenen Bedingungen anpassen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Sicherung der Inklusion von Arbeitslosen und Bedürftigen, im Gegenzug sollen eigene Anstrengungen bzw. gemeinnützige Arbeiten erbracht werden</li> <li>• Staat ist für die Inklusion aller Menschen zuständig (Ökonomie und Lebenswelt spielen keine Rolle)</li> <li>• Folgen werden nicht reflektiert; Solidaritätsforderungen und Realisierungschancen bleiben unvermittelt nebeneinander stehen</li> <li>• keine; primär ist die eigene Orientierungssuche</li> </ul>

### Fazit

Vor dem Hintergrund der am Ende des Theorieteiles zum Begriff der Solidarität aufgestellten Definition läßt sich die solidarische Orientierung dieser Typen folgendermaßen charakterisieren:

Für die Angehörigen des **Markoliberal Orientierten** Typus besteht die basale Gemeinsamkeit mit anderen weitgehend darin, alle Gesellschaftsmitglieder als Marktteilnehmer aufzufassen. Vor diesem Hintergrund stehen jedem nur die Ressourcen zu, die er sich selbst erwirtschaftet, während sonst

kaum eine Verbundenheit mit anderen Personen gesehen wird; allenfalls die größte Not Bedürftiger sollte aufgefangen werden. Bei den Vertretern des Typus ***Leistungsgerechtigkeit mit restriktiver Unterstützung Benachteiligter*** beziehen sich basale Gemeinsamkeiten, die über die Grundbedingungen des Marktgeschehens hinausgehen, lediglich auf konkrete kleinräumige Bindungen, die man zudem noch schwinden sieht. Insofern besteht keine generelle Verbundenheit mit anderen Gesellschaftsteilnehmern. Allerdings ist man aufgrund der eigenen biographischen Spezifik in einem gewissen Maß sensibel für das Schicksal von Benachteiligten. Daher wird auf der Seite der Gesellschaft auch eine gewisse Pflicht gesehen, soziale und natürliche Härten auszugleichen. Dabei geht es den Typenvertretern allerdings weniger um die Sicherung von Teilhaberechten, als vielmehr um die Erfüllung basaler Bedürfnisse der Menschen. Die Vertreter des ***Rationalen Typs*** verfügen über eine Resonanzfähigkeit für das Desiderat einer basalen Gemeinsamkeit in modernen Gesellschaften. Sie erkennen jedem Teilhaberecht an der Gesellschaft zu, daher soll der Staat jedem auch ein gewisses Minimum an materieller Versorgung garantieren, das spürbar über dem derzeitigen Sozialhilfesatz liegen müßte. Andererseits sollen Leistungsträger auch angemessen entlohnt werden. Außerdem sollen die Bürger aktive Beziehungen zum Staat und untereinander pflegen. Dementsprechend wird die Verbundenheit untereinander keineswegs leichtfertig aufgekündigt. Nach Auffassung der Anhänger einer ***Solidarität durch zentrale politische Steuerung*** sollen basale Gemeinsamkeiten, Teilhaberechte an der Gesellschaft und die Verbundenheit mit anderen durch den Staat garantiert werden. Allerdings neigt man dazu, Gegner der eigenen Auffassung per se als unmoralisch aufzufassen und die Verbundenheit mit ihnen aufzukündigen. Hier handelt es sich um eine passive Solidaritätsorientierung, denn nach dieser Auffassung ist die politische Macht die alles entscheidende Ressource bei der Gestaltung einer Gesellschaft. Die Angehörigen des ***Emotional-Gemeinschaftsbezogenen Typs*** gehen von einer weitgehenden, nicht nur basalen Gemeinsamkeit und Verbundenheit der Menschen untereinander aus. In dem angedachten engen Zusammenhang im Rahmen von gemeinschaftsförmigen Bindungen erscheint es unproblematisch, die Bedürfnisse eines jeden festzustellen und ihm jeweils zukommen zu lassen, was er braucht. Auch hier wird - wie bei den Vertretern des Typus "Solidarität durch zentrale politische Steuerung" - die eigene Auffassung verabsolutiert und entgegengesetzten Positionen jegliche Geltung abgesprochen. Die Vertreter des ***Diffusen Typs*** schließlich sind nur schwer zuzuordnen, da sie keine Ressourcen für die Beschäftigung mit gesellschaftsweiten Problemen erübrigen können.

Die Angehörigen des Obertypus der Konformisten sind folglich weitgehend unsolidarisch, da sie Gemeinsamkeiten, Bindungen und Teilhaberechte dem Wunsch nach einer hohen Produktivität nachordnen. Die Angehörigen der Obertypus der Kritiker zeigen sich dagegen auf jeweils spezifische Art und Weise solidarisch orientiert. Allerdings tragen sowohl die Vertreter des "Emotional-Gemeinschaftsbezogenen Typus" als auch des Typus der "Solidarität durch zentrale politische Steuerung" Züge einer *problematischen Solidarität* an sich, da sie mit einer zu ihrer eigenen Auffassung entgegengesetzten Position nur schwer umgehen können und diese entweder zu Vereinnahmungen trachten, ohne sich näher mit ihren Gründen auseinanderzusetzen, oder sie per se als

unmoralisch diskreditieren. Lediglich die Vertreter des "Rationalen Typs" verfügen über einen Grundmodus, mit diesem Problem umzugehen und die Gründe möglicher Gegner ernsthaft in Erwägung zu ziehen.<sup>277</sup>

### C. Systematische Zusammenhänge zwischen Biographie und Solidarität

In diesem Kapitel geht es um die zentrale Frage, wie Biographie und Solidaritätsorientierung miteinander zusammenhängen. Je intensiver Mitglieder einer Gesellschaft neuartigen Situationen ausgesetzt sind, für die sie (noch) keine adäquaten Normen herausgebildet haben, desto mehr werden Bedingungen individueller Situationswahrnehmung und -interpretation zur Erklärung sozialer Phänomene wichtig. Damit gewinnen Erklärungsversuche an Relevanz, die die biographischen Ressourcen von Individuen miteinbeziehen. Dies gilt in besonderem Maße für die Angehörigen einer Transformationsgesellschaft, für die entsprechende Dissonanzerfahrungen bedeutend härter ausfallen als für Mitglieder "normaler" moderner Gesellschaften. Dabei interessiert im Rahmen dieser Arbeit an zentraler Stelle die Frage, in welcher Weise die jeweilige biographische Sinnstruktur zu welchen Solidaritätsorientierungen führt.

Zum Zwecke der Vergleichbarkeit ist es auch hier angeraten, mit Übersichtsschemata zu arbeiten, denn auch die in Einzelfallanalysen rekonstruierten komplexen Fallstrukturen sind nur dann systematisch miteinander zu vergleichen, wenn sie in eine einheitliche Form gebracht werden. Zugunsten dieses Abstraktionsschrittes, bei dem die Sinnstruktur der Fälle systematisch nach zentralen Aspekten aufgegliedert wird, gehen unvermeidlich bestimmte *fallspezifische Verknüpfungselemente* der biographischen Selbstreproduktion der jeweiligen Sinnstruktur verloren, die jedoch im Rahmen der Falldarstellungen zu Genüge wiedergegeben wurden. Andererseits wird hierdurch erst ermöglicht, *allgemeine Zusammenhänge* von biographischer Struktur und Solidaritätsorientierung zu rekonstruieren.

Im Zuge der Verwertung des Materials hat sich gezeigt, daß die Entwicklung einer deckungsgleichen biographischen Typologie zu den Solidaritätstypen sehr umständlich wäre und dahin tendieren würde, Unterschiede einzuebneten, wo differenzierende Darstellungen angemessener wären. Es wurde nämlich deutlich, daß sich die Beziehung zwischen Biographie und Solidaritätsorientierung äußerst komplex gestaltet. Sinnvoller als die Erstellung von Biographietypen erscheint mir daher die Bestimmung zentraler biographischer Determinanten und ihrer Auswirkung auf die Solidaritätsorientierung. Aus diesem Grunde werden in den folgenden Abschnitten vier Aspekte systematisch herangezogen, um die Beziehung der biographischen Struktur zur Solidaritätsorientierung zu bestimmen. Dabei handelt es sich um die *Sicherheitsgrundlage der biographischen Entwicklung*, die *Bedeutung und Struktur sozialer Beziehungen*, die *Studienorientierung* und die *Einstellung zum jeweiligen Gesellschaftssystem*. Auf diese Weise

---

<sup>277</sup> Der Aspekt, inwiefern die Befragten bereit sind, die Solidaritätssphäre im Bedarfsfall auf zuvor ausgeschlossene auszudehnen, wurde hier ausgespart, da er sich nicht in der Spezifik der Typen niederschlägt. Er wird im Rahmen des Themas "Reichweite der Solidaritätsbeziehung" im dritten Kapitel des letzten Teiles dieser Arbeit abgehandelt (siehe S. 524ff).

lassen sich, wie sich zeigen wird, die wesentlichen biographischen Determinanten bei der Ausbildung des jeweiligen Solidaritätstypus bestimmen.

<i>Fall</i>	<b>Sicherheitsgrundlage der biographischen Entwicklung</b>	<b>Bedeutung und Struktur sozialer Beziehungen</b>	<b>Studienorientierung</b>	<b>Einstellung zum Gesellschaftssystem: DDR: BRD:</b>
<b>Britta</b> (VWL)	eigene Leistungen, VWL bietet dabei gleichzeitig Orientierung und berufliche Optionen  <i>zielstrebige fachbezogene Kompetenzsteigerung; autonomes, erfolgsorientiertes Einfädeln in die ökonomische Sphäre</i>	Orientierung fast ausschließlich an spezifischen Sozialbeziehungen (Lehrer, Professoren); Peer- und Partnerbeziehungen äußerst rudimentär; konfliktloser Familienhintergrund, Einzelkind	starke Identifikation mit dem Fach, seinen Erklärungsangeboten und den Zukunftschancen, die es eröffnet	DDR: indifferent: Versuch, möglichst gut zu leben und eigenen Neigungen nachzugehen  BRD: affirmativ: Wende als Freisetzung individueller Möglichkeiten; vor allem das ökonomische System ist positiv besetzt; Demokratie als Expertokratie
<b>Michael</b> (Medizin)	andauernde Reflexionen, tiefe habitualisierte Skepsis, Anstreben von Handlungssicherheit, Orientierung an harten Realitäten, Berufsorientierung  <i>auf sich selbst gestellte Identitätssuche zwischen ärztlicher Professionalität und (vergeblicher) Suche nach Zugehörigkeit</i>	zerrüttete Herkunftsfamilie; (vergebliche) Suche nach Zugehörigkeit, Menschlichkeit und Wärme; große Probleme, sich auf intime Bindungen einzulassen; die habituelle Einsamkeit wird verallgemeinert durch das Bild einer egoistischen Menschennatur	zwischen engagierter Anbindung an das Studienfach und Motivationseinbrüchen, streckenweise Zweifel an eigener professioneller Kompetenz als Arzt	DDR: tiefe Ablehnung der staatlichen Eingriffsmöglichkeiten, strategische Anpassung  BRD: äußerst positiv: Rechtsstaatlichkeit bietet Schutz vor Willkür; Marktwirtschaft bindet und nutzt die Energien der aggressiven Menschennatur
<b>Hartmut</b> (Chemie)	Identifikation mit dem angestrebten Beruf, Leistungsfähigkeit und -bereitschaft, Aussicht auf eine gute berufliche Plazierung; instrumentelles, technisch orientiertes Problemlösen  <i>fachbezogene Professionalisierung, hohe Anpassungs- und Leistungsbereitschaft</i>	lockere Sozialkontakte im Freizeit- und Ausbildungsbereich; unvollständige Ablösung von der Herkunftsfamilie; gemeinsame Zukunftsplanung mit aktueller Freundin	hochmotiviert, starke Identifikation mit Lehrinhalten und Labortätigkeit, das Fach prägt eigene Wahrnehmung und Interessen stark	DDR: wird als Umfeld aufgefaßt, mit dem man sich problemlos und pragmatisch arrangiert  BRD: affirmativ besetzt, besonders das Leistungsprinzip wird als effektives Wirkprinzip geschätzt
<b>Susanne</b> (Jura)	Herkunftsfamilie bietet Sicherheit und Orientierung, hat Vorbildfunktion für gewünschte eigene Familiengründung; sicherer Beruf mit gutem Verdienst  <i>traditionelle Orientierung mit defensivem Charakter; beruflich Anpassungsbereitschaft</i>	im Vordergrund steht die Herkunftsfamilie, der Beziehungspartner wird darin assimiliert (" <i>Bruder</i> "), Freundschaften nur als Dyaden, in denen Susanne Exklusivität und Dominanz beansprucht	Fach wurde der beruflichen Sicherheit und der Verdienstmöglichkeiten wegen gewählt, wenig intrinsische Motivation, Berufsziel Jugendrichterin entspricht dem erzieherischen Impetus	DDR: affirmativ, bei Pionieren u. FDJ sehr engagiert und häufig Leitungsfunktionen; im Nachhinein enttäuscht, fühlt sich betrogen  BRD: Skepsis, traut politischem und ökonomischem System nicht; in der Praxis indifferent



<i>Fall</i>	<b>Sicherheitsgrundlage der biographischen Entwicklung</b>	<b>Bedeutung und Struktur sozialer Beziehungen</b>	<b>Studienorientierung</b>	<b>Einstellung zum Gesellschaftssystem: DDR: BRD:</b>
<b>Axel</b> (Physik)	technisch talentiert und leistungsfähig; biographischer Entwicklungsverlauf durch zufällige Impulse geprägt; intrinsisch motiviert, flexibel und mobil; ausgeprägte Genügsamkeit und Bereitschaft, sich mit Zumutungen abzufinden, Einkommenshöhe relativ unwichtig  <i>fachbezogene Professionalisierung; Genügsamkeit</i>	kumpelhaft, Anstöße von Einzelpersonen geben oft entscheidende Entwicklungsimpulse; bisher noch keine Partnerbeziehung; grundsätzlich: Autonomie behaupten	intrinsisch motiviert, fachlich sehr engagiert, zeitlich stark eingespannt, kann in diesem Rahmen sein Hobby (Astronomie) zum Beruf machen	DDR: politisch desinteressiert, konnte in der DDR gut leben, vorhandene Möglichkeiten ausgiebig genutzt  BRD: Wende hatte kaum Auswirkung auf das eigene Leben; Demokratie ist positiv, zwingt den Staat, Einklang herzustellen, aber starke ökonomische Dominanz
<b>Heiner</b> (Geschichte)	sich besondern und Anerkennung erwerben; Zielverwirklichung durch Selbstdisziplinierung und überlegtes Handeln; politisches Engagement verbunden mit fachlichem Interesse  <i>fachliche Professionalisierung, Hineinwachsen in politische Kontexte</i>	reziproke Beziehungen zu gebildeten und engagierten Personen; förderliche Kontakte zu einflußreichen Personen (Professoren, Kommunalpolitiker etc.)	großes Interesse, Engagement und Eigeninitiative für das Studienfach, angestrebte Promotion; Zeit- und Aufwandskonflikt mit politischem Engagement	DDR: früher: loyal und staatsbejahend, aber nicht engagiert; heute: "vorbildlicher Sozialstaat" als Mär, faktisch gab es große soziale Unsicherheiten  BRD: Würdigung der Partizipationsmöglichkeiten, Demokratie als Arbeit
<b>Carsten</b> (Psychologie)	zieht sich in sich selbst zurück, vermeidet Konflikte, erwartet, daß sich Probleme von selber lösen, das Leben erscheint nicht planbar und zufallsabhängig  <i>ausgeprägte Unsicherheitsabsorption und Risikoaversion; heteronome Biographiesteuerung</i>	größtenteils lockere Kontakte, nur ein langjähriger Freund, das Verhältnis ist aber inzwischen auch abgekühlt; Probleme, auf das andere Geschlecht zuzugehen; würde gerne engere Beziehungen entwickeln	Ablehnung der strengen wissenschaftlichen Methode, wünscht sich mehr Praxisbezug; stärkere Orientierung am außeruniversitären Studentenleben	DDR: einerseits innere Distanz gegenüber Pionieren, FDJ, Armeedienst, faktische Indifferenz, andererseits keine Probleme mit Eintritt in die SED, als dieser notwendig wird  BRD: Freiheit ist positiv, aber starke Ablehnung der Dominanz des ökonomischen Systems
<b>Barbara</b> (Psychologie)	Distinktion vom Gewöhnlichen; schulische und Studienleistungen kein Problem; verfolgt souverän ihre eigenen Interessen und Neigungen  <i>reflexive Erweiterung biographischer Möglichkeiten</i>	Familie ist wichtig, aber auch der Erhalt alter Freundschaften, insbesondere Beziehungen zu Gleichgesinnten und unkonventionelle Kommunikationsbeziehungen	interessiert, meistert die verschiedenen Anforderungen des Faches; Betonung der humantherapeutischen gegenüber den akademischen Seiten des Faches	DDR: ambivalent: einerseits Distanz, " <i>viel Lüge</i> ", andererseits Sicherheit verbürgender unproblematischer gesellschaftlicher Zusammenhang  BRD: beklagt Dominanz der Wirtschaft; hätte " <i>dritten Weg</i> " und " <i>wirklichen Sozialismus</i> " bevorzugt

<i>Fall</i>	<b>Sicherheitsgrundlage der biographischen Entwicklung</b>	<b>Bedeutung und Struktur sozialer Beziehungen</b>	<b>Studienorientierung</b>	<b>Einstellung zum Gesellschaftssystem: DDR: BRD:</b>
<b>Rolf</b>  (Theologie; Studienabbruch)	Suche nach einer verbindlichen gemeinschaftlichen Lebensform; hohe Selbstdar- stellungskompetenz; häufig Selbstüberbeanspruchung und Scheitern (Abbrüche)  <i>ganzheitliche Integration; Gemeinschafts- orientierung mit Tendenz zu episodalem Agieren</i>	formale Sozialbezie- hungen sind zweitrangig, starke Orientierung auf unmittelbare lebensweltliche Bezie- hungen, dabei dominante Rolle (Partnerbeziehungen, Gruppen, Freundschaften)	empfindet Theologie- studium als lebensfern, weil theoretisch überfrachtet; Diskussionen zu dogmatisch und bibelfixiert; versucht, kritisch dagegen anzusteuern und Nächstenliebe zu praktizie- ren; plant Wechsel zu einer musikalischen Ausbildung	DDR: Ablehnung formaler Mitgliedschaft in Pionierorganisation und FDJ; Bausoldat  BRD: Ablehnung der Dominanz der Ökonomie, sucht gemeinschaftliche, nicht gesellschaftliche Integration; begrüßt politische Verfassung und Möglichkeit der Opposition
<b>Frank</b>  (BWL)	erhebliche Schwäche der eigenen Orientierung, außengesteuerte Biographie; eingeschlagene Laufbahnen werden trotz Unzufriedenheit weitergeführt  <i>defensiver Idealismus mit starker Gemeinschaftsbin- dung</i>	Gemeinschaft gleichgesinnter Freunde zentral, diese fungieren neben den Eltern (insbesondere dem Vater) als lebensgeschichtlich treibendes und strukturie- rendes Moment	fühlt sich nicht zugehörig zu bornierten karriere- und konsumfixierten BWL- Studenten, eher Verortung im kunstgeschichtlichen Kontext; Studium als Fehlentscheidung	DDR: politisch neutral und desinteressiert; positiver Bezug zur Lebenswelt und zur Sozialpolitik  BRD: kritisch insbe- sondere gegenüber überzogener Konkurrenz, monetärer Dominanz und Konsumorientierung
<b>Gerd</b>  (Bauingenieur)	ausgeprägte Selbstdarstel- lung; stetig mitlaufende Reflexion, die häufig zu Blockaden führt; beruflicher Erfolg, den er zwar nicht angestrebt hat, der ihm aber jetzt viel bedeutet  <i>überbordende Reflexivität führt zu Lähmung, daher letztlich heteronome Biographiesteuerung</i>	erlebnisorientierte Freundschaften, Versuche zu tiefergehenden Beziehungen werden wiederholt unternommen, jedoch stets abgebrochen, wenn es zu persönlich wird	kein reiner Homo technicus: beruflich ist ihm eine ästhetische Komponente wichtig, der technisch orientierte Studiengang ("Beton") stößt ihn ab, Gerd findet aufgrund von Praktika eine Nische in der Restaurierung von historischen Gebäuden	DDR: hochambivalent: findet sowohl positive, negative als auch indifferente Momente, keine konsistente Stellungnahme  BRD: ebenfalls ambiva- lent: ganz leichtes Überwiegen der affirmativen Kompo- nente (insbesondere Chancen und Freiheit)
<b>Jana</b>  (Lehramt Deutsch / Latein)	Ablösung aus dem dörfli- chen Milieu; eigene Lei- stungsfähigkeit als wichtigste und fast einzige Stütze, dabei innerlich getrieben, häufig Selbst- überbeanspruchung  <i>kompensatorische Leistungsorientierung; tiefempfundene Heimatlo- sigkeit in einer unüber- schaubaren und bedrohli- chen Welt</i>	kein Anschluß an Gruppen, weder Freundschaften noch Partnerbeziehungen, fühlt sich statusmäßig unterlegen und minder- wertig	Studium als Mittel zum Zweck, Jana erbringt gute Leistungen, fühlt sich aber nicht in das fachliche Milieu integriert, kaum außeruniversitäre Aktivitäten	DDR: indifferent: Wende als Randereignis  BRD: Ablehnung der Dominanz von kompe- titivem Individualismus und Monetarisierung der Sozialbeziehungen

**Tabelle:** Überblick über die biographischen Aspekte

### ***Sicherheitsgrundlagen der biographischen Entwicklung***

Hier geht es um die Frage, auf welchen Grundlagen das jeweilige biographische Projekt steht. Neben den Werten, Orientierungen und Zielsetzungen der Befragten geht es dabei vor allem um die persönlichen Ressourcen, die ihnen dafür zur Verfügung stehen, und die Frage, welche Chancen bestehen, das jeweilige biographische Projekt auch tatsächlich zu verwirklichen.

Wie im Schaubild dargestellt wird, lassen sich die Ergebnisse mittels einer zweifachen Unterteilung einordnen. Zum einen geht es dabei um die Frage, ob es sich um eine relativ sichere biographische Entwicklung handelt oder um eine, in der der Entwicklungsprozeß erhebliche Unsicherheiten aufweist. Zum anderen ist von Interesse, ob sich dabei konventionelle oder reflexive biographische Strukturen zeigen. Das sieht im Ergebnis wie folgt aus:

<b>sichere biographische Entwicklung</b>		<b>erhebliche Unsicherheiten</b>	
<b>a) konventionelle Strukturen</b>	<b>b) reflexive Strukturen</b>	<b>c) konventionelle Strukturen</b>	<b>d) reflexive Strukturen</b>
<i>Britta, Hartmut</i>	<i>Rolf, Barbara, Axel, Heiner</i>	<i>Susanne, Carsten</i>	<i>Michael, Frank, Gerd, Jana</i>

**Schaubild:** Sicherheitsgrundlagen der biographischen Entwicklung

#### ***1. Sichere biographische Entwicklung***

Die Fälle, die sich der Charakterisierung "sichere biographische Entwicklung" zuordnen lassen, zeichnen sich dadurch aus, daß der Anschluß an die biographischen Wechselfälle - auch etwa an die neue Gesellschaftsordnung - relativ problemlos gelingt. Aber auch in diesem Fall stellt sich die Frage, ob sich die jeweilige biographische Orientierung auf der Grundlage einer autonomen Steuerung entwickelt hat oder ob einfach nur Vorgaben übernommen wurden. Im letzteren Fall hat der Betreffende die Vorgaben aus seinem biographischen Umfeld reflexionslos übernommen, was daran zu erkennen ist, daß sich die Kausalität der äußeren Einwirkung unerreichbar für Reflexionsprozesse im jeweiligen Einzelfall fortsetzt. Im ersteren Fall besteht aus unterschiedlichen Gründen eine Distanz zu den äußeren Vorgaben, wobei man sogar in gewissem Umfang den eigenen Präferenzen mißtraut, sofern sie durch die Vorgaben angesprochen werden.<sup>278</sup>

##### *a) Konventionelle Strukturen*

Konventionelle Strukturen bedeuten in diesem Zusammenhang, daß man in erster Linie einen möglichst problemlosen Anschluß an die Bahnungen und Chancen seines gesellschaftlichen Umfeldes sucht und dieses Vorgehen weder im allgemeinen noch speziell für sich selbst in Frage stellt.

Während **Brittas** biographische Orientierung früher durch die Anpassung an vorgegebene soziale Kontexte geprägt war, in denen sie ihre Erfolgsorientierung auslebte, setzt eine Änderung dieser Grundhaltung mit der Aufnahme des VWL-Studiums ein. Sie knüpft problemlos an die Sinnangebote des marktliberalen Paradigmas an und verkörpert dessen Funktionalismus in einer ausgesprochen

<sup>278</sup> Vergleiche hierzu insbesondere Giegel (1988: 216).

offensiven Variante. Eine wesentliche Konstante zwischen früherer und heutiger Orientierung besteht dabei in ihrem starken Vertrauen auf Selbstheilungskräfte, das ein Strukturanalogon zwischen eigener biographischer Struktur und dem marktliberalen Paradigma darstellt. Auf dem ökonomischen Handlungsfeld hat Britta eine Sicherheit und eine Situationskontrolle entwickelt, die ihr eine souveräne identitätsvermittelnde Inkorporation anderer Sinnhorizonte in eine leistungsorientierte Handlungsstruktur ermöglicht. Dieser drastisch erweiterte Horizont beruht allerdings auf der Grundlage einer stark spezialisierten und vereinseitigten Orientierung. Als Zielvorstellung schwebt Britta die uneingeschränkte individuelle Freiheit des Erfolgreichen vor, der einer erlebnisorientierten und expansiven Haltung ohne Rücksicht auf kollektive Belange nachgeht. Dies beinhaltet auch eine freigesetzte Leistungssteigerung unter Stillstellung von Reflexionen, die Zeit und Kraft bei der Verfolgung sowohl der Leistungsvorgaben als auch der eigenen Ziele rauben könnten. Diese Vereinseitigung der biographischen Orientierung steht in einem strukturellen Passungsverhältnis zu der funktionalen Differenzierung in der Gesellschaft, insbesondere zu seinem ökonomischen System. So wirft sich schon allein aus "Kostengründen" nicht die Frage nach einer eventuellen Änderung der eigenen Verhaltensdispositionen und Wertorientierungen auf.

Indem **Hartmut** einen naturwissenschaftlich-technischen Beruf ergreift, führt er die familiäre vor allem von der Mutter begründete Aufstiegslinie fort. In der naturwissenschaftlich-technischen Hinsicht ist auch die kognitive Bildung seiner Persönlichkeit am weitesten ausgeprägt. Hier vermag er Sicherheit und Situationskontrolle zu entwickeln, die ihm eine souveräne identitätsvermittelnde Erschließung anderer Sinnhorizonte ermöglicht. Dabei hat er eine starke Neigung, außertechnische Kontexte unter die naturwissenschaftlich-technische Rationalität zu subsumieren und einer entsprechenden Problembearbeitung zuzuführen. In diesem Sinne erscheint ihm auch das Leistungsprinzip als solide "sozialtechnische" Grundlage für eine produktive, effiziente und damit lebenswerte Gesellschaft. In diesem Sinne will Hartmut auch selber mobil und flexibel sein und sich wirtschaftlich gut plazieren, indem er durch eigenen Erfolg auf dem technischen Berufsfeld zugleich seinen Beitrag zu einer prosperierenden Gesellschaft leistet.

Anders als Britta verfolgt Hartmut diese Haltung aber nicht ungebrochen, denn bei ihm bestehen spezifische Verklammerungen an die lebensweltliche Sphäre fort, die sich insbesondere in einer fortgesetzten Familienbindung äußern. Das Spannungsverhältnis zwischen dieser Bindung und seiner Einfädelungsstrategie bleibt ihm jedoch weitgehend verschleiert. Es tritt auch nur selten zutage, und so kann er in der Regel ohne größere Probleme den Weg verfolgen, sich beruflich günstig zu positionieren.

#### *b) Reflexive Strukturen*

Reflexive Strukturen bedeuten, daß man zwar insgesamt bezüglich der eigenen biographischen Entwicklung recht sicher ist, sich jedoch ständig und beharrlich mit dem Vorgefundenen auseinandersetzt, da man sich damit nicht vorbehaltlos einverstanden erklären kann und dies auch

weiß. Gleichzeitig verfügt man über ein - nicht unbedingt realistisches - eigenes<sup>279</sup> biographisches Projekt, das man unbeirrt verfolgt. Wie der erste Fall *Rolf* zeigt, bedeutet der Umstand, daß dieses Projekt problematisch ist, nicht automatisch, daß man bei seiner Verfolgung unsicher sein muß. Realistischer sind dagegen die Projekte von *Axel*, *Heiner* und *Barbara*.

*Rolf* geht es um die Verwirklichung einer Alternative zu den Sinnangeboten der umfassenden Gesellschaft, die ihm unsozial, oberflächlich und konsumorientiert erscheinen. Auf dem Weg seiner Orientierungssuche ist für ihn eine aus dem religiösen Familienhintergrund generierte Hinwendung zum Mitmenschen zentral, die er am liebsten im Rahmen einer Gemeinschaft Gleichgesinnter ausleben würde. Um diesem Anspruch selbst gerecht zu werden, agiert Rolf immer wieder selber als zugewandte und Fürsorge spendende Person, wodurch er bei seinen Gegenübern Erwartungshaltungen generiert, die er kaum auf längere Zeit bedienen kann und die regelmäßig im Abbruch seines jeweiligen Versuches enden. So münden die Gemeinschaftsorientierung und die "Brüderlichkeitsethik" (Weber), denen er anhängt, immer wieder in Selbstüberforderung und Weltfremdheit. Lebenspraktisch erreicht Rolf das Ziel einer gelebten Gemeinschaftlichkeit am ehesten in den künstlerischen Kontexten von Musik und Laientheater. Hier wird in einer Gemeinschaft von Darstellern eine große gemeinsame Anstrengung unternommen, die Rolf mit Perfektionismus anleiten und zu befriedigenden Ergebnissen, den Aufführungen, führen kann. Mit seiner jüngsten Orientierung auf eine Musikstudium hin eröffnet sich ihm die Chance, sein biographisches Projekt auf einen solideren Boden zu stellen, auf dem er dann Projekte, die ihm am Herzen liegen, planvoll zu einem Ende führen kann, anstatt immer wieder in spontanen Aktionismus zu verfallen.

*Barbara* verfügt vor dem sicheren Hintergrund familialer Sozialisation über alle Ressourcen, um in systemischen Zusammenhängen erfolgreich operieren zu können (gute Schulleistungen, mathematische Begabung, souveräne Entscheidungsfindung in Berufsfragen etc.), andererseits tritt diese Kompetenz in ihrer Relevanz ganz zurück hinter den Aufbau persönlicher Beziehungen und die Erprobung eines distinguierten, nicht-konventionellen Lebensstils. Barbara ist allem Neuen gegenüber sehr aufgeschlossen, wobei ihr insbesondere der Kontakt mit anderen interessanten und individuierten Personen sowie das Erleben interessanter Dinge wichtig ist. Vor dem Hintergrund dieser Leitorientierung verfolgt sie unbeirrt ihre eigenen Interessen und gibt sich sehr wählerisch<sup>280</sup>, wobei sie sich die Möglichkeiten einer alternativen Kultur zu erschließen sucht. Dagegen steht sie in einer deutlichen Distanz zur Normalkultur mit ihren falschen Prioritäten (Konsumorientierung). Dies hat auch einen Einfluß auf die Zielsetzung, mit der sie ihr Psychologie-Studium betreibt, dahingehend, daß es ihr nicht schwer fällt, den harten methodischen Seiten des Faches gerecht zu werden.

---

<sup>279</sup> "Eigenes" biographisches Projekt bedeutet in diesem Zusammenhang, daß man Ziele verfolgt, die sich nicht einfach auf äußere Vorgaben zurückführen lassen, sondern aus der Auseinandersetzung mit diesen heraus entwickelt werden.

<sup>280</sup> Interessant ist Barbaras distinktive Haltung auch vor dem Hintergrund, daß in der Theorie häufig davon ausgegangen wird, daß in der DDR für ein solches Ansinnen gar nicht die notwendigen Distinktionsmittel bereitstanden. Diese Annahme trifft mit Blick auf Barbara (und auch Heiner) offensichtlich nicht zu, denn, wie beide Fälle verdeutlichen, waren unter anderem auf dem Weg der Bildung hohe Distinktionen möglich und auch andere Ausdrucksmöglichkeiten standen bereit, etwa die Kleidung, die gerade in einer konformistischen Umgebung aufgrund der stärkeren Kontrastwirkung einen hohen Distinktionswert erhalten konnte.

**Axel** hat deutliche habituelle Züge einer proletarischen Herkunft, aber trotz aller damit verbundenen Vorsicht und passiver Elemente weist er eine starke Autonomie in seinen Zielsetzungen auf, die ihn nach und nach von seiner Herkunft weg hinein in die akademische Sphäre und schließlich bis zur Promotion führt. Zwar kann er sich aus eigenem Antrieb nur schwer von einem geltenden Muster lösen, aber entscheidende Anstöße und begleitende Hilfe durch andere Personen vermitteln ihm im Laufe seiner Biographie immer wieder entscheidende Entwicklungsimpulse, die er sehr wohl umzumünzen weiß. So weist sein Lebenslauf zwar wenig Planung, aber nichtsdestotrotz eine kluge Umsetzung der sich bietenden Chancen auf. Auch wenn in seine Biographie heteronome Einflüsse hineinspielen, achtet er zunehmend darauf, sich nicht in etwas "hineinzwingen" zu lassen. Letztlich hat sich seine biographische Entwicklung so gestaltet, daß sie auf die Realisierung seines tiefsten Interesses hin ausgerichtet ist und in diesem Sinn seine Autonomie zur Geltung bringt. Dabei ist Axel zwar ein vorsichtiger, eher defensiver Typ, was auch eine habituell verankerte Genügsamkeit einschließt, das sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß seine Duldsamkeit keinesfalls grenzenlos ist: wenn bestimmte Grenzen der Zumutbarkeit überschritten werden, insbesondere wenn seine Autonomie in Frage gestellt wird, wechselt er von einer Haltung des geduldigen Abwartens und Hinnehmens zu einer aktiven Auseinandersetzung mit den vorgegebenen Bedingungen über.

**Heiner** verfolgt von Kindheit an ein biographisches Projekt, wonach er sich selber den Kreisen der "Besseren" und "Gebildeteren" zugehörig fühlt. Auf seinen zahlreichen Erfahrungen fördernder und günstiger Lebensumstände beruht Heiners selbstbewußte Haltung, die auch die Distinktion gegenüber bestimmten Personengruppen beinhaltet. Hinzu tritt eine Grundhaltung, sich selbst im Griff zu haben, gekoppelt mit überlegtem Handeln, das zu erfolgreicher Zielverwirklichung führt. In der politischen Umbruchzeit kommt es schließlich zu einem allmählichen Hineinwachsen in politische Betätigungsfelder, wobei die vormals "reine" Aufstiegs- und Distinktionsorientierung - ohne daß Heiner diese aufgeben würde - durch die reflexiven Momente eines kommunikativen Denkstils angereichert wird. Die Bearbeitung komplexer Problemlagen im politischen Handlungsfeld entspricht Heiners Neigung, Probleme als Herausforderungen aufzufassen und sich ihrer mit großer Ausdauer anzunehmen. Dabei folgt er wie auch in seinem eigenen Leben der Devise des überlegten Handelns als Grundlage für erfolgreiche Zielverwirklichung.

## ***2. Erhebliche Unsicherheiten***

Viele biographische Strukturen zeichnen sich durch erhebliche Unsicherheiten aus. Einige dieser fundamentalen Unsicherheiten sind durch die Wende hervorgerufen worden, anderen hingegen liegen davon unabhängige lebensgeschichtliche Ursachen zugrunde. Auch im Falle der unsicheren biographischen Strukturen kann zwischen konventionellen und reflexiven Tendenzen unterschieden werden. Erstere gehen von - wenn auch sehr unterschiedlichen - Normalitätsannahmen aus, die es zu befolgen gilt, zweitere reflektieren dagegen den Umstand, daß auch um die Frage, was eigentlich "Normalität" bedeutet, gerungen werden muß.

### c) Konventionelle Strukturen

**Susanne** würde eigentlich eine soziale Umgebung (einschließlich der umfassenden Makrostrukturen) mit festgefügtten Rahmenbedingungen und klaren Regeln bevorzugen, so wie sie in der überschaubaren Welt des Realsozialismus und seinen gebahnten Lebensläufen gegeben war. Entsprechend erfolgt bei ihr die Annäherung an neue Lebensbereiche primär als Anpassungsleistung an bereits vorhandene Bahnungen. Daher hat sie immense Probleme mit dem Pluralismus und der Komplexität moderner Gesellschaften, die ein hohes Maß an eigenen Orientierungsleistungen verlangen. Dieser Umstand wirkt auf Susanne fremd und bedrohlich. Für sich selbst ist Susanne zu dem Schluß gekommen, daß sie zur Sicherung ihres eigenen (möglichst guten) Lebensunterhaltes strategisch handeln muß, um sich vor allem in beruflicher Hinsicht möglichst günstig zu plazieren. Dabei bevorzugt sie den vergleichsweise schonenden und vorstrukturierten Raum des öffentlichen Dienstes mit dem soliden Bedeutungshintergrund des gesatzten Rechts, in dem sie ihre künftige Berufstätigkeit ausüben möchte. Auf diese Weise wird ihr unter Vermeidung der freien Wildbahn der marktwirtschaftlichen Sphäre aller Wahrscheinlichkeit nach die Eingliederung in die gegebene Gesellschaftsstruktur gelingen.

**Carsten** hat sein eigenes Leben bisher als eine durch äußere Einwirkungen determinierte Ereigniskette erfahren, auf die er selbst nur geringen Einfluß hat. Durch Anstöße von außen oder durch diffuse Phantasien geleitet, driftet er wiederholt in wichtige biographische Entscheidungssituationen hinein. Die Gefahr, verletzt zu werden, die er überall sieht, macht ihn äußerst risikoavers, worauf er mit einer extremen Form der Unsicherheitsabsorption durch Vermeidungsverhalten reagiert. Nahezu jede eigene Initiative fehlt, und so ist seine gesamte biographische Struktur durchgängig defensiv angelegt und von einer ausgesprochenen Passivität gekennzeichnet. Die Spannung zwischen seinem Wunsch nach einem erfüllteren Leben und einer tristen Wirklichkeit vermag Carsten aufgrund seines ausgeprägt passiven Habitus nicht aufzulösen und daher überwiegt der Eindruck einer alles überschattenden Passivität und Erleidensstruktur. So kann nur der Befund einer heteronomen Biographiesteuerung gestellt werden. Die wenigen sporadischen Ansätze von Reflexion, die nur bei genauerem Hinsehen auszumachen sind, gehen nicht so weit, daß sie die eigene Persönlichkeitsformation in sich miteinbeziehen. Vor allem verschließt sich Carsten vor sich selber und verstärkt damit wiederum die Blockaden, die der Übernahme der eigenen Biographiesteuerung im Wege stehen. Eine besondere Abneigung hegt Carsten gegenüber Wettbewerbssituationen. Sie wecken in ihm vor allem Bedrohungsgefühle, denn er sieht in ihnen ein Gefahrenpotential, das er in seiner Diagnose der gesellschaftlichen Entwicklungstendenz hin zu einer forcierten Leistungsgesellschaft mit zunehmenden Sozialabbau nicht zuletzt für sich selbst ausmacht. Und so richten sich seine Erwartungen nicht an die eigenen Kräfte, sondern an die regulative Kompetenz eines zentralen und starken Staates, von dem er zugleich weiß, daß dieser seinen Erwartungen weder gerecht werden kann noch will. Er möchte sich im Grunde an ein Gesellschaftssystem anpassen, aber es müßte das *richtige* sein.

#### *d) Reflexive Strukturen*

**Michael** ist bei seiner Identitätsbildung ganz auf sich selbst gestellt. Für ihn ergeben sich außerordentliche Probleme, seine biographische Entwicklung an einen übergreifenden sozialen Zusammenhang anzubinden: der Staat der DDR wurde als Diktatur wahrgenommen und schied daher aus, seine zerrüttete Familie konnte ihm keine überzeugenden Sinnangebote liefern, und in Gruppen Gleichaltriger ist sein Mißtrauen aufgrund seiner bisherigen Erfahrungen, insbesondere der empfundenen Schärfe gruppeninterner Regelungen, zu groß. Nach dem Zusammenbruch der DDR schlagen Bindungslosigkeit und skeptischer Habitus sich in einer besonderen Betonung der notwendigen Sicherung der ordnungsstabilisierenden Funktionssysteme und des freiheitsgarantierenden Rechtsstaates nieder. Die weiterhin bleibende Erfahrung tiefer Unsicherheit schlägt sich nun im Bild von der ungezähmten und aggressiven Menschennatur nieder: Michael glaubt nicht an das Gute im Menschen, vielmehr geht es ihm um die Zurückdrängung destruktiver anthropogener Tendenzen durch einen freiheitsgarantierenden, aber auch ordnungsstiftenden und hart durchgreifenden Rechtsstaat. Daneben besitzt für Michael die Ausbildung einer professionellen Berufskarriere als angehender Mediziner einen hohen Stellenwert. Allerdings ist dieser Bezug nicht ungebrochen: er durchlebt Phasen von an Arbeitsstörung grenzenden Motivationseinbrüchen, hinzu kommen Unsicherheitsgefühle, was die Fähigkeit betrifft, die angestrebte berufliche Tätigkeit mit voller Verantwortung ausführen zu können. Ferner versucht er, sein professionelles Handeln durch Züge mitmenschlicher Zuwendung (Streicheln von bewußtlosen Patienten, Balint-Seminare) zu ergänzen, die für Experten eher eine Belastung darstellen und für gewöhnlich aus dem Rollenverständnis ausgegliedert werden. So gesehen ist Michael im Kern seines professionellen Selbstverständnisses zwiespältig. Allerdings vollzieht er nicht wie etwa *Rolf* den Übergang zur Rolle eines von altruistischen Motiven bestimmten Helfers der Menschheit, dies schon aus dem Grunde nicht, weil er die den besser gestellten Schichten offenstehenden Konsummöglichkeiten zur eigenen Selbstbestätigung benötigt.

**Frank** ist eine Person, die allein hochgradig entscheidungsunfähig ist, ohne Anregungen anderer keine Orientierung entwickelt, ja ohne sie nicht einmal in der Lage ist, unbefriedigende Situationen zu beenden. Durch dieses Angewiesensein auf nahestehende Personen - insbesondere in Peer groups - ist er für die Gefahr der Erosion von Gemeinschaften in einer durchmonetarisierten und zwangsindividualisierten Gesellschaft, die er diagnostiziert, nicht nur besonders sensibel, sie erscheint ihm auch äußerst bedrohlich. Bei ihm, der sich außerdem von konsumtiven Genüssen weitgehend fernhalten will, überwiegen daher ein tiefsitzendes Mißtrauen und die Ablehnung der gegebenen gesellschaftlichen Faktizität einer marktwirtschaftlich dominierten Gesellschaft. Franks Sichtweise, die gleichsam eine Kontrastfolie zum Jetzt-Zustand darstellt, ruht dabei nicht auf einer expliziten Gegenideologie auf, sondern in erster Linie auf der lebensgeschichtlichen Erfahrungsbasis mit Gemeinschaften Gleichgesinnter. Auf dieser Grundlage entwirft er das Idealbild einer Gesellschaft, in der solidarische Lebenszusammenhänge mehr zählen als Geld. Diese Vorstellung speist sich zum Teil auch aus der eigenen Herkunft aus dem östlichen Landesteil. Positiv besetzt ist hier nicht das untergegangene politische System, sondern der größere soziale Zusammenhalt, der nicht zuletzt



Ergebnis einer angeglichenen Einkommensstruktur war. Mit dem Siegeszug der neuen Gesellschaftsordnung sieht Frank jedoch die Chancen einer humaneren Gesellschaftsform unrettbar verloren. Was bleibt, ist widerwillige äußerliche Anpassung an die Gegebenheiten, wobei jedoch immer wieder heftige Ablehnung durchschlägt.

**Gerd** ist in seinen Einstellungen, Haltungen und Zielen ausgesprochen assoziativ, sprunghaft, und verwickelt sich dabei nicht selten in Widersprüche. Der Grund hierfür liegt in einer ständig mitlaufenden Introspektion, die niemals ans Ziel gelangt und Gerd massiv in der eigenen Entscheidungsfindung behindert. Dabei ist er ausgesprochen selbstzentriert und folgt dem Duktus einer fast selbstzerfleischenden Selbstbespiegelung, die ihm jedoch keinen Zugang zu den grundlegenden Prozeßstrukturen und Defiziten seiner Biographie eröffnet und daher auch keine Transformation in Gang setzt. Das Gleiche gilt für die Vertraulichkeit und Nähe zu anderen, die er ständig sucht, deren Inhalte sich jedoch einzig um ihn selbst drehen. Beide - Introspektion und Vertraulichkeit - werden nämlich genau dann abgebrochen, wenn die Inhalte für Gerd zu heikel bzw. zu intim werden. Er möchte zwar reflektieren und tut dies auch ständig, aber es darf nicht zu schmerzhaft werden. Diese Verfaßtheit der Biographie mündet letztlich in Unentschlossenheit und Selbstlähmung ein. Weil auf diese Weise auch wichtige anstehende Entscheidungsprozesse gelähmt werden, ist das Ergebnis eine außengesteuerte Biographie. Die Angst, falsche Entscheidungen zu treffen, überwiegt das Bedürfnis nach Selbstständigkeit, so daß Gerd's Lebenslauf im Ergebnis von anderen Personen - allen voran seinem Vater - bestimmt wird. Gemäß des selbstbespiegelnden Duktus ist auch die Problematik, eigenständige Entscheidungen treffen zu müssen und zu können, für Gerd ein zentrales Thema. Dies wiederum führt zu dem seltsam paradoxen Wunsch, zum Treffen eigener Entscheidungen gezwungen zu werden. In jüngster Zeit gelingt Gerd durch den biographischen Glücksfall der richtigen Berufswahl und der Erschließung eines interessanten Tätigkeitsfeldes (mit der Renovierung alter Gebäude) das Einfädeln in Normalkarrieren. Vor dem Hintergrund dieser jüngsten Ereignisse könnte man ihn also im Rahmen der hier angewandten Einteilung (siehe das Schaubild "Sicherheitsgrundlagen der biographischen Entwicklung") auch Hartmut zugesellen. Dies gilt aber nur unter der Voraussetzung, daß das berufliche Standbein die herausragende Sicherheitsgrundlage seiner biographischen Entwicklung wird. Das ist nicht unwahrscheinlich, gilt jedoch erst für die jüngste Zeit, so daß sich diese Entwicklung noch nicht in der biographischen Struktur niederschlagen konnte.

**Jana's** Lebenslauf ist geprägt von einer durchgängigen Erfahrung des Nicht-Dazu-Gehörens bei gleichzeitiger Suche nach Zugehörigkeit. An dieser Spannung arbeitet sie sich kompensatorisch durch Demonstration der eigenen Leistungsfähigkeit ab, die sie bis zur völligen Erschöpfung praktiziert, um Anerkennung vor sich selbst und anderen zu erwerben. Sie bemerkt selbst, wie ruinös sich diese Handlungsweise auswirkt. Daher versucht sie immer wieder, Orte der Ruhe, die Sicherheit und Orientierung stiften, zu finden, auf die sie sich aber wiederum nicht vertrauensvoll einzulassen vermag, da sie keinen Zugang zu anderen Menschen findet, der jedoch zur Erreichung und Stabilisierung dieses Ideals unentbehrlich wäre. So verfällt sie letztlich immer wieder in ihr Leistungsideal, denn hierin liegt bisher ihr einziges Potential zu einer autonomen Biographiesteuerung. Es ist nicht zuletzt

die Erfahrung einer bedrohlichen, fremden, unzugänglichen und übergroßen Umwelt, die ihr, aus einer überschaubaren, wenn auch zu eng gewordenen ländlichen Umgebung stammend, schwer zu schaffen macht. Während es in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung primär Statuspositionen und Einkommenshöhe sind, die in der öffentlichen Wahrnehmung den Wert eines Menschen definieren, plädiert sie selbst für die Berücksichtigung der gleichen Wertigkeit jedes Menschen und für die Anerkennung seiner jeweils individuellen Einzigartigkeit, die sich gerade nicht in ökonomischen Kategorien ausdrückt. Diese Haltung entspringt nämlich Janas eigenem Erleiden derartiger Erfahrungen.

### Fazit

Bei fast allen Solidaritätstypen sind anhand der Einzelfälle sowohl sichere als auch unsichere biographische Entwicklungen zu finden. Mit der Einführung dieser Dimension könnte man also, wenn man wollte, das Feld nahezu noch einmal verdoppeln:

Solidaritätstyp p Haltung	Typ a	Typ b	Typ c	Typ d	Typ e	Typ f
sichere biographische Entwicklung	Britta (VWL)	Hartmut (Chemie)	Axel (Physik) Heiner (Geschichte)	Barbara (Psychologie)	Rolf (Theologie)	
unsichere biographische Entwicklung	Michael (Medizin)	Susanne (Jura)		Carsten (Psychologie)	Frank (BWL)	Gerd (Bauingenieur) Jana (Lehramt Deutsch/Latein)

**Schaubild:** Solidaritätstypen und Sicherheitsgrundlage der biographischen Entwicklung

Die Sicherheitsgrundlage der biographischen Entwicklung bietet somit nur bedingt Hinweise auf die Solidaritätsorientierung der Betroffenen. Immerhin gibt es bei den Typen zwei wichtige Ausnahmen, deren Vorhandensein insofern kaum zufallsbedingt sein dürfte, als man sich bei ihnen auch inhaltlich plausibel machen kann, warum eine eindeutige Zuordnung zwischen der Sicherheitsgrundlage der biographischen Entwicklung und der Solidaritätsorientierung naheliegt. Dabei handelt es sich einerseits um den Diffusen Typus f, dessen Angehörige offensichtlich durch tiefe Verunsicherungen gekennzeichnet sind. Auffällig ist dabei, daß beide reflexiv eingestellt sind. Angehörige des Diffusen Typus sind sich offenbar bewußt, daß sie Probleme haben, sie sind aber (noch) nicht imstande, einen adäquaten Lösungsweg zu beschreiten.<sup>281</sup> Andererseits handelt es sich um den voraussetzungsvollen rationalen Solidaritätstypus c: man muß sich seiner nicht nur relativ sicher sein, sondern es bedarf auch eines gewissen Reflexionsvermögens, um eine so differenzierte und elaborierte Solidaritätsorientierung zu entwickeln, wobei man auch die Fähigkeit besitzt, die relevanten Aspekte

<sup>281</sup> Eine Lösung deutet sich bei Gerd durch den biographischen Glücksfall an, am Ende doch in dem gewählten Beruf eine interessante Tätigkeit ausfindig gemacht zu haben. Damit wird dieser absehbar zum sicheren biographischen Standbein.

von allen Seiten zu beleuchten und sich nicht einfach auf diejenige plausible Deutung festzulegen, die dem eigenen Interesse am weitesten entgegenkommt.

Ferner könnte man noch einwenden, daß die Dimension Unsicherheit / Sicherheit auch insofern von Bedeutung ist, als man beachtet, *worauf* die Sicherheit beruht (bzw. wodurch ein entsprechender Mangel kompensiert wird): vertraut sich der Betreffende primär einer Gemeinschaft an, versucht er, Sicherheit im Rahmen funktionaler Teilsysteme zu finden, oder werden die Beziehungen zur Umgebung souverän zwischen beiden Momenten ausbalanciert? Dieser Einwand führt aber bereits zum nächsten Aspekt der biographischen Grundlagen von Solidaritätsorientierungen, nämlich der Bedeutung und Struktur sozialer Beziehungen.

### ***Bedeutung und Struktur sozialer Beziehungen***

Die Kategorie der Bedeutung und Struktur sozialer Beziehungen bezieht sich auf die Frage, von welcher Art die sozialen Beziehungen des Betreffenden sind und welchen Stellenwert sie für ihn haben. Vertraut man sich beispielsweise primär einer Gemeinschaft an oder ist man bestrebt, seinen Weg im Rahmen eines Anschlusses an die funktionalen Teilsysteme zu finden; werden die eigenen Beziehungen zwischen beiden Momenten ausbalanciert; bleibt man primär familienorientiert oder will einem dies alles nicht so recht gelingen? Mit dieser Problematik werde ich mich im folgenden befassen.

Die Zuordnung der Einzelfälle wird durch das folgende Schaubild wiedergegeben.

Vereinzelung kompensiert durch Systemorientierung	Familie und unmittelbare Umgebung	Selbstbestimmte Beziehungsgefüge	Gemeinschafts- orientierung	nur oberflächliche Kontakte
<i>Britta, Michael</i>	<i>Hartmut, Susanne</i>	<i>Barbara, Axel, Heiner</i>	<i>Rolf, Frank</i>	<i>Carsten, Gerd, Jana</i>

**Schaubild:** Bedeutung und Struktur sozialer Beziehungen

#### *a) Vereinzelung kompensiert durch Systemorientierung*

Die Einzelfälle, die dieser Ausprägung zugeordnet werden können, zeichnen sich durch den Versuch aus, Sicherheit im Rahmen funktionaler Teilsysteme zu finden.

Gestützt auf den sicheren Hintergrund des familialen Kontextes, handelt **Britta** schon immer als Einzelkämpferin und in Konkurrenz zu anderen. Abgesehen vom Familienhintergrund beschränken sich ihre Beziehungen weitgehend auf spezifische Sozialbeziehungen (Kindergärtnerinnen, Lehrer, Professoren) in den vorstrukturierten Kontexten von Bildungssystem und Beruf; andere Bindungen, insbesondere zu Gleichaltrigen (Freundinnen, Peers etc.), kommen dagegen allenfalls sporadisch vor und bedeuten ihr nicht viel. Auch ihre wenigen bisherigen Partnerbeziehungen waren nicht von Dauer und wurden aufgegeben, sobald sich erste Schwierigkeiten abzeichneten. Gerade in dieser Ungebundenheit realisiert Britta ihre Freiheit, und durch die Übernahme ökonomischer Deutungsmuster hat gar noch eine weitere Desensibilisierung gegenüber solchen und anderen

lebensweltlichen Belangen stattgefunden. Bindungslosigkeit im lebensweltlichen Bereich und die Vermeidung von Freizeitaktivitäten sind nämlich für Britta eine wichtige flankierende Maßnahme zur strikten Orientierung auf das Ausbildungsziel hin, das auf gute Studienerfolge und optimale Integration in das Erwerbsleben gerichtet ist. Zwar bemerkt Britta gewisse Defizite bezüglich ihrer Bindungsfähigkeit, sie sieht hierin aber kein Problem. Der einzelne wird schwerpunktmäßig als Systemagent und damit als Konkurrent auf dem Markt wahrgenommen.

**Michael** fühlt sich keiner Person oder übergreifendem sozialen Zusammenhang, die ihn in seiner biographischen Entwicklung stützen könnten, zugehörig. Seine Herkunftsfamilie ist durch innere Zerrissenheit und starke Widersprüche in den Lebensorientierungen der beiden Elternteile gekennzeichnet. Die in der DDR übliche Praxis, von staatlicher Seite direkt in die Verhältnisse der Privatleute einzugreifen wie sie seine Familie zu spüren bekam, stellte für ihn eine schwere Belastung dar, die ihn dazu trieb, ein feines Gespür für die Mechanismen der Unterdrückung zu entwickeln und zum Perfektionisten der Anpassung zu werden, was letztlich eine weitere Verschärfung seiner Bindungsprobleme bedeutete. Die Junge Gemeinde schließlich erfuhr er primär als von erheblichen Spannungen durchzogen, gekennzeichnet durch rigide Einengung von Sinnbildungen und Entfaltungsspielräumen. Außerdem verirrte sie sich in Idealismen, die sich der Härte der Gesellschaft und der überall drohenden Unsicherheit nicht stellten. Für Michael dagegen ist das Ausgeliefertsein gegenüber Willkür, Aggressivität und repressiven Kontrollmechanismen ein fundamentales Problem, das ihm immer wieder begegnet und in allen Kontexten aufbrechen kann. So fühlt er sich letztlich bei seiner Identitätsbildung ganz auf sich selbst gestellt und gestaltet seine Biographie aus der Situation des vereinzelt und vereinsamt Individuums heraus. Außerdem hypostasiert er die Erfahrung eigener Unsicherheit in Form des anthropologischen Deutungsmusters einer ungezähmten und aggressiven Menschennatur, die es zurückzudrängen gilt. Für ihn ist es diese harte Realität von Aggression, die nach der Wende vorbildlich in der Regie des Rechtsstaates diszipliniert und im Namen einer produktiven Ökonomie instrumentalisiert wird. Auf diese Weise schlagen sich Bindungslosigkeit und skeptischer Habitus in einer besonderen Betonung der notwendigen Sicherung der ordnungsstabilisierenden Funktionssysteme nieder, deren Erhaltung und Stabilisierung für Michael eine überragende Bedeutung gewinnt. Ähnlich wie Britta, wenn auch aus ganz anderen Beweggründen wendet er sich also den Systemen zu und entfernt sich dabei noch weiter als zuvor von lebensweltlichen Bindungen.

#### *b) Familie und unmittelbare Umgebung*

In den beiden hier vorgestellten Fällen - Hartmut und Susanne - hat noch keine vollständige Ablösung von der Herkunftsfamilie stattgefunden. Gleichzeitig befinden sich beide auf halbem Wege in die Berufssphäre, was mit dem familiären Ablösungsprozeß eng verbunden ist. Mit anderen Worten: man steht zwischen einer traditionellen Familienorientierung und einer systemkonformen Rationalität.

**Hartmut** weist eine Familienorientierung auf, die aufgrund seiner spezifischen Stellung im Familiengefüge - einziger Sohn einer Mutter, die Vater und Bruder durch den zweiten Weltkrieg

bzw. seine Folgen verloren hat - mit Zügen der verzögerten Ablösung einhergeht. Andererseits befindet er sich, vor dem Hintergrund eines technisch geprägten Denkansatzes, auf halbem Wege in die Leistungssphäre, hat entsprechende materielle Aspirationen und verlangt eine ökonomiekonforme Gesellschaftsstruktur. Aus dieser Spannung ergeben sich gewisse Unsicherheiten beim Übergang vom familialen Binnenraum in die Welt systemischer Prozesse. Hartmut trägt mit anderen Worten einerseits eine auf Nähe und Sorge gerichtete Familienorientierung, andererseits einen auf Systemrationalität orientierten Leistungsethos in sich, die er nur schwer miteinander vereinbaren kann. Dieses Grunddilemma ist ihm allerdings selber nicht bewußt. Die dominante Entwicklung deutet darauf hin, daß auf längere Sicht die Systemorientierung obsiegen wird schon allein deshalb, weil Hartmut sich selber beruflich günstig plazieren möchte. Neben dem familialen Binnenraum beschränken sich Hartmuts Kontakte auf Beziehungen zu Kommilitonen und Sportsfreunden, womit er sich an einem Muster solidaritätsstiftender Raumbeziehungen - etwa Nachbarschaften und Vereinswesen - orientiert, die einst typische Elemente der Arbeitersolidarität waren. (Metz 1998: 198f) Dabei engagiert er sich zwar stark in der Planung von Gemeinschaftsaktivitäten, bei denen er mit hoher Selbstdarstellungskompetenz zentrale Positionen einnimmt, zu einer wirklichen Berührung mit Fremden kommt es aber nicht.

Auch **Susanne** ist in ihrer Orientierung bis heute sehr familienzentriert und zwar in erheblich höherem Maße als Hartmut. In der Familie, insbesondere in der Beziehung zu Mutter und Schwester, verortet sie ihre intensiven Beziehungen, hier findet sie Vertrauen, "Freundschaft" und Sicherheit. Während sie früher allenfalls dyadische Freundschaftsbeziehungen hatte, in denen sie selber Exklusivität und eine dominierende Rolle beanspruchte, hat sie gegenwärtig, von ihrem Freund abgesehen, keine außerfamiliären Bezugspersonen. Selbst bei ihrem Freund ist sie bestrebt, ihm eine Rolle in der Familie zuzuweisen: indem sie ihn zum "Bruder" machen will, soll er gewissermaßen freie Valenzen ausfüllen, womit die Familienstruktur in bedenklicher Weise die sexuelle Partnerbindung überformen würde. Gleichzeitig befindet sich Susanne auf halbem Wege in die Berufssphäre. Dabei verfolgt sie eine Defensivstrategie, in der sie einen sicheren Platz im geordneten Feld der Rechtssprechung möglichst unter Umgehung des Marktes anstrebt. So ist Susannes Haltung insgesamt von einem starken Sicherheitsbedürfnis geprägt, was auf dem Feld der persönlichen Beziehungen in einem nahezu vollständigen Rückzug in die Herkunftsfamilie resultiert und sich auf dem Feld der Berufswahl im Anstreben einer von der ökonomischen Rationalität weitgehend befreiten Nische im öffentlichen Dienst äußert.

### *c) Selbstbestimmte Beziehungsgefüge*

Barbara, Axel und Heiner gelingt es, wenn auch mit unterschiedlichem Erfolg, ihre jeweiligen Beziehungen zur Umgebung mehr oder weniger zwischen Systemen und lebensweltlichen Belangen auszubalancieren und dabei recht souverän zu gestalten.

**Barbara** entfaltet einerseits vor dem sicheren Hintergrund ihrer familialen Sozialisation alle Ressourcen, um in systemischen Zusammenhängen erfolgreich operieren zu können (gute Schulleistungen, mathematische Begabung, souveräne Entscheidungsfindung in Berufsfragen etc.),

andererseits tritt diese Kompetenz in ihrer Relevanz ganz zurück hinter den Aufbau persönlicher Beziehungen und die Erprobung eines distinguierten, nicht-konventionellen Lebensstils. Schon früh fühlt sie sich in ihrem kleinen Herkunftsort mit seinen 120 Einwohnern unwohl und sobald ihr dies möglich ist, nutzt sie jede Gelegenheit, sich möglichst häufig aus dem Dorf zu entfernen. Wichtig ist ihr der Kontakt mit anderen interessanten und individuierten Personen sowie das Erleben interessanter Dinge. Hierin äußert sich auch das Bedürfnis, sie selbst zu sein und sich nicht durch Konventionen vorschreiben zu lassen, wie sie zu leben hat, wobei sie sich die Möglichkeiten einer alternativen Kultur zu erschließen sucht. Dabei hat sie nicht nur zu Gleichgesinnten, sondern auch zu Akteuren mit ganz anderen, aber gleichfalls unkonventionellen Orientierungen Kontakt; auch zur ehemaligen Oppositionsbewegung in der DDR spürt sie eine Affinität. Dagegen steht sie in einer deutlichen Distanz zur Normalkultur mit ihren falschen Prioritäten (Konsumorientierung). Ihre distinktive Grundhaltung behält sie durch den Wechsel des politischen Systems hindurch bei, so daß sie sowohl dem System der DDR als auch der BRD gegenüber eine gewisse Distanz pflegt.

Für *Axel* haben persönliche Kontakte immer wieder eine entscheidende Rolle gespielt. Wiederholt gaben sie dem Verlauf seiner Biographie eine entscheidende Wendung. Die wichtigsten Beispiele dafür sind das nachgeholte Abitur auf der Volkshochschule, das durch den Ratschlag eines Freundes angestoßen wurde, und die Klassenlehrerin, die in der POS eine deutliche Verbesserung seiner schulischen Leistungen bewirken konnte. Auf diese Weise ergaben sich in Axels Biographie bestimmte Chancen, die auf ganz bestimmte Einzelpersonen aus dem unmittelbaren Lebensumfeld zurückzuführen sind. Später - im Laufe des Studiums - verschiebt sich das Schwergewicht dann in Richtung wissenschaftlicher Professionalisierung. Nicht nur sind die Studienanforderungen so hoch, daß Axel häufig keine Zeit für die Pflege von Kontakten hat, sondern diese beschränken sich zunehmend auf den Kreis seiner Fachkommilitonen. Axel weiß es außerdem zu schätzen, seine Ruhe zu haben, und nicht zuletzt stellt er selber fest, daß es ihm bei seiner Arbeit im Rahmen der Astronomie in erster Linie um die Bearbeitung wissenschaftlicher Probleme geht, so daß er sich zunehmend nur mit Personen auseinandersetzen will, die seine Interessen teilen. So weist Axel bezüglich seiner persönlichen Kontakte die eigentümliche Form einer eigenen, wenn auch seltsam latent bleibenden Biographiesteuerung auf. Für seine Beziehungen zu anderen Menschen bedeutet dies salopp gesagt: Axel kommt auch gut alleine klar, aber seine Mitmenschen sind ihm wichtig.

*Heiners* Selbstbewußtsein gründete früher stark darauf, daß er sich in seinem Selbstverständnis als intelligenter Bildungsbürger von "Blöden", "Arbeitern" etc. unterscheiden konnte. Er verfügte über die privilegierenden Merkmale eines intellektuellen Herkunftsmilieus, die er verinnerlicht hat und ein Kernelement seines Selbstverständnisses ausmachen. Darüber hinaus ist ihm damals wie heute die ausgeprägte Kompetenz zu eigen, förderliche Kontakte zu einflußreichen Personen (ranghohe Offiziere, Hochschulprofessoren, Kommunalpolitiker etc.) aufzubauen. Durch biographische Transformationsprozesse, die aufgrund seiner Erfahrungen im Rahmen der politischen Umbruchssituation evoziert werden, lernt Heiner nicht nur, zunehmend eigene Positionen inhaltlich zu vertreten und durchzuhalten, sondern auch und vor allem reziproke Beziehungen zu gebildeten und engagierten Personen herzustellen. Er begibt sich immer weiter in eine Praxis

verständigungsorientierter Sozialbeziehungen und zwischenmenschlicher Kontakte mit Statusgleichen, vor allem mit politisch interessierten Kommilitonen, wodurch die zuvor reine Distinktionsorientierung ergänzt wird durch intensive Beziehungen zu Gleichaltrigen und Gleichrangigen. Diese neue Kompetenz kann er darüber hinaus mit der bereits erwähnten Fähigkeit, förderliche Kontakte zu einflußreichen Personen zu knüpfen, verbinden, indem er etwa studentische Arbeitsgruppen mitbegründet, die auch von Professoren goutiert werden. So versteht sich Heiner zwar mittlerweile selbst als reflexive und verständigungsorientierte Person, gleichzeitig führt er jedoch eine Praxis fort, weiter nach Besonderungen zu streben. Diesen Umstand reflektiert er aber nicht, vielmehr gibt und erlebt er sich selber als durchgängig kommunikativ und reflexiv. So bleibt das über den Lebensverlauf durchgängig wiederkehrende Streben nach Besonderung und Distinktion latent.

#### *d) Gemeinschaftsorientierung*

Gemeinschaftsorientierung zeichnet sich, wie der Name sagt, durch das Bestreben aus, Sicherheit in Gemeinschaften Gleichgesinnter zu finden. Während Rolf dabei sehr offensiv agiert, stellen die Gemeinschaften für Frank mehr einen Rückzugsraum dar.

Für **Rolf** ist auf dem Weg seiner Orientierungssuche eine letztlich auf seiner religiösen Herkunft begründete fürsorgliche Hinwendung zum Mitmenschen zentral, die er im Rahmen einer gelebten Gemeinschaft Gleichgesinnter realisieren möchte. Damit folgt er den Maximen der "Brüderlichkeitsethik" bzw. einer "Gemeinschaft der Heiligen", wie sie von Max Weber (1980: 350ff, 1988a: 546ff) bzw. John Rawls (1975: 152) beschrieben werden. In der alltäglichen Praxis will Rolf diesem Anspruch gerecht werden, indem er selber immer wieder die Rolle des spontanen Helfers einnimmt, mit gutem Beispiel vorangeht und sich zugewandt und fürsorglich gibt. Die Rolle des Helfers demonstriert dabei vorbildhaft die fürsorgliche Haltung, die alle Angehörigen der angestrebten Gemeinschaft annehmen sollten. Diese Gemeinschaft kann, so glaubt Rolf, auch auf größere soziale Kontexte ausgeweitet werden. Rolfs Brüderlichkeitspostulate stehen jedoch, wenn man Max Weber folgt, faktisch in einer unauflösbaren Spannung zu den rationalisierten funktionalen Teilsystemen der Gesellschaft. Aus der Distanz heraus, in der Rolf zu diesen Systemen steht, kann er die Spannungen, die der Versuch einer Ausweitung gemeinschaftlicher Beziehungen über den Nahbereich hinaus mit sich bringt, zwar spüren, aber zu einem wirklichen Verständnis der Bedeutung systemischer Operationen und der mit ihnen verbundenen Rationalitätsgewinne gelangt er nicht. Die Stärke seiner Wertorientierung und die Intensität seiner Sinnsuche schlagen vielmehr in den Optimismus um, daß die Gesinnung, wenn sie nur stark genug ist, sich die Voraussetzungen ihrer Realisierung zu schaffen vermag. Von daher ist es fast unausweichlich, daß er die "Härte" systemischer Prozesse ausblendet und ihre weitgehende Formbarkeit nach moralischen Prinzipien behauptet. Für ihn selbst mündet seine Orientierung immer wieder in Selbstüberforderung, denn faktisch folgt Rolf dabei einem auf rasche Zielerreichung ausgerichteten Aktivismus, der sowohl die Bedingungen zur Erreichung des Ziels als auch möglichen Begleit- und Folgeerscheinungen vernachlässigt. Rolf ist jedesmal aufs Neue rasch überlastet und flüchtet sich dann geradezu in neue Projekte.

So kommt es de facto nur zur spontanen und befristeten Initiative, keineswegs aber zu dauerhaften Beziehungen.

Für **Frank** fungieren Gemeinschaften gleichgesinnter Freunde - neben gelegentlichen Interventionen der Eltern, insbesondere des Vaters - als lebensgeschichtlich treibendes und strukturierendes Moment. Immer wieder, in Schule, Ausbildung und Studium, ist es eine Gruppe von Freunden, die für den Verlauf seiner Biographie eine entscheidende Rolle spielt. Frank ist nämlich so stark auf diese Gemeinschaften Gleichgesinnter hin orientiert, daß er bis hinein in studien- bzw. berufsrelevante Entscheidungen ohne diese nahezu entscheidungsunfähig und noch nicht einmal in der Lage ist, unbefriedigende Situationen zu beenden. Dadurch verstrickt er sich allerdings immer wieder in berufsbezogene Kontexte bzw. Bildungsgänge, die seiner Grundorientierung auf künstlerische Aktivitäten hin regelrecht zuwiderlaufen. Durch dieses Angewiesensein auf andere ist Frank für die Gefahr der Erosion von Gemeinschaften, die er diagnostiziert, nicht nur besonders sensibel, sie erscheint ihm auch äußerst bedrohlich. Er nimmt nämlich in der neuen Gesellschaftsordnung eine zunehmende Ausrichtung der Lebenswelt auf den monetären Sektor wahr, welche die Menschen in eine kompetitive Situation versetzt und in unterschiedliche Einkommensschichten spaltet. Franks Sichtweise beruht dagegen auf seiner lebensgeschichtlichen Erfahrungsbasis eines Lebens in Gemeinschaften von Gleichgesinnten. Vor diesem Hintergrund spielt für Frank auch die Herkunft aus dem östlichen Landesteil eine wichtige Rolle. Sie ist für ihn äußerst positiv besetzt, denn in der ehemaligen DDR macht er eine Qualität der Sozialbeziehungen aus, wie sie ihm in der Bundesrepublik kaum mehr möglich erscheint und die er im Rahmen der neuen Gesellschaftsordnung auch im Osten zunehmend bedroht sieht. Er schätzt insbesondere den größeren sozialen Zusammenhalt und die Gemeinschaft der Kollektive, die nicht zuletzt Ergebnis der angeglichenen Einkommensstruktur in der DDR waren. An ihre Stelle sieht Frank nun zunehmend eine zwangsindividualisierende Marktwirtschaft treten, die die Menschen in eine Gesellschaft von Einzelkämpfern hineinzwingt und gleichzeitig die sozialen Bedingungen des für Frank positiv konnotierten Miteinanders unwiderruflich zu zerstören droht.

#### *e) Nur oberflächliche Kontakte*

Den drei hier aufgeführten Individuen gelingt es weder, dauerhafte und intensive Kontakte zu anderen herzustellen, noch können sie (wie Britta und Michael) Sicherheit im Rahmen der gesellschaftlichen Teilsysteme finden.

Für **Carsten** entsteht nach der zweiten Heirat der Mutter ein stabiles und integriertes Familiengefüge, das er als kontinuiertsstiftendes Moment erlebt. Davon abgesehen wirkt Carsten insgesamt, was persönliche Beziehungen betrifft, eher kontaktarm. Signifikante Freundschaften bestanden in der asymmetrischen Beziehung zu einem zehn Jahre älteren Onkel sowie zu einem langjährigen Freund. Solche und andere Bindungen werden jedoch nicht gepflegt und verlieren daher im Laufe der Zeit an Bedeutung. Gegenwärtig verfügt Carsten in seinem Studium nur über sehr lockere Kontakte im Rahmen informeller und kurzlebiger Gruppen bzw. flüchtiger Begegnungen, aus denen keine intensiveren Bindungen oder Freundschaften erwachsen. Ferner hat er, obwohl er gern eine engere



Beziehung entwickeln würde, große Probleme, auf das andere Geschlecht zuzugehen. Das Risiko, als Erwiderung auf ein Eingeständnis seiner Liebe eine Ablehnung zu erfahren, möchte Carsten, der sich auch ansonsten äußerst risikoavers verhält, vermeiden, und so nimmt er den Fall der Ablehnung vorweg und tröstet sich mit dem Erhalt der *"kameradschaftlichen Ebene"*. Auch hier dominiert wieder die Figur der nicht initiativ gesteuerten Biographie. Carsten fürchtet sich offenbar massiv vor Enttäuschungen und vergibt lieber eine Chance, als die mit ihr verbundenen Risiken einzugehen.

Ähnlich wie im Falle Michaels ist **Janas** Lebenslauf geprägt von der durchgängigen Erfahrung des Nicht-Dazu-Gehörens bei gleichzeitig bestehendem intensiven Wunsch nach Zugehörigkeit. Sie findet jedoch keinen Anschluß an Gruppen, außerdem weder Freundschafts- noch Partnerbeziehungen. Hierauf reagiert Jana kompensatorisch durch Demonstration der eigenen Leistungsfähigkeit, die sie bis zur völligen Erschöpfung praktiziert, um Anerkennung vor sich selbst und anderen zu erwerben. Sie zeigt damit eine Handlungsorientierung, von der sie selber bemerkt, daß sie sich ruinös auswirkt. Versuche, orientierungsstiftende Orte der Zugehörigkeit, Sicherheit und Kontinuität zu finden, scheitern jedoch. Das traditionsgeladene dörfliche Herkunftsmilieu kann ihr nur sehr gebrochen ein Gefühl der Zugehörigkeit vermitteln, aber auch die Bedingungen der sich individualisierenden städtischen und akademischen Kultur an ihrem Studienort bleiben ihr fremd. Letztlich ist sie in ihrer Identitätsbildung ganz auf sich allein gestellt; sie sitzt zwischen allen Stühlen und findet keine Umgebung, auf die sie sich vertrauensvoll einzulassen vermag. So verfällt sie letztlich doch immer wieder in ihr Leistungsideal und reproduziert auf diese Weise ihre biographische Grundstruktur. Anders als Britta und Michael kann sie jedoch auch keinen sicheren Anschluß an eine Systemorientierung finden. Da sie auch hier mit der Optionenvielfalt und den Freiheitsspielräumen nicht umgehen kann, kapriziert sie sich auf eine prekäre Fachwahl, bei der keineswegs gesichert ist, ob sie mit dieser ihren Weg in die Berufstätigkeit finden wird.

Der erste Eindruck, den **Gerd** erweckt, ist der eines Menschen, der Offenheit und Nähe sucht. Er artikuliert ein starkes Interesse an persönlichen Gesprächen, erwähnt seine vielen Bekanntschaften sowie zwei langandauernde Partnerbeziehungen, und nicht zuletzt ist er ehrenamtlich in Studentenclubs tätig, die ihm eine wichtige Quelle für Bekanntschaften und Freizeitaktivitäten sind. Gebrochen wird dieses Bild schon ansatzweise, indem sich Gerd selbst als Einzelgänger bezeichnet, vor allem jedoch fällt bei genauerer Betrachtung auf, daß seine Kontakte letztlich nur an der Oberfläche bleiben. Zwar äußert er großes Interesse an persönlichen problemorientierten Gesprächen, diese sind jedoch nicht durch Reziprozität gekennzeichnet, sondern bleiben weitgehend auf Gerd selbst zentriert. Zudem bricht Gerd seine Versuche, persönliche Vertrauensbeziehungen zu stiften, immer dann ab, wenn sie ihm zu heikel werden, was in der Regel recht früh eintritt. Immer wieder gibt es einen bestimmten, meist frühen Punkt, an dem er halt macht, weil er befürchtet, die Kontrolle über die Beziehung zu verlieren. So kann das der Kommunikation eigene Telos der Verständigung nicht erreicht werden, da die Angst vor Kontrollverlust schon bald so stark wird, daß sich Gerd nicht mehr dem Strom der Kommunikation überlassen kann. Was bleibt, ist der Aufbau neuer Kontakte, und so beginnt ein selbstreproduktiver Zyklus von Kontaktaufnahme - Intensivierung der Beziehung - Abbruch - neue Kontaktaufnahme immer wieder von vorn.

### Fazit

Insbesondere wenn man die beiden Fälle, die gemeinsam einen Solidaritätstypus vertreten, miteinander vergleicht, erscheint der Aspekt der "Bedeutung und Struktur sozialer Beziehungen" sehr ergiebig. Die Struktur der sozialen Beziehungen der Betroffenen bzw. die Bedeutung, die diese für sie haben, bietet somit wichtige Hinweise auf die Solidaritätsorientierung der Befragten. Mehr dazu wird weiter unten, im Abschnitt "Der Zusammenhang von Biographie und Typen der Solidaritätsorientierung" gesagt.

### Studienorientierung

Als nächstes soll das jeweilige Studienfach in seiner Relevanz für die Orientierung der Befragten untersucht werden. Laut Susanne Engler (1993: 9) findet die "Sozialisation" von Studierenden als Studierende in je fachspezifischen Umwelten statt, strahlt in die alltagskulturellen Praxen aus und führt zu unterschiedlichen Denk-, Wahrnehmungs-, Wertungs- und Handlungsmustern. Hier geht es um die Frage, ob und inwiefern dies auf ostdeutsche Studierende zutrifft.

primär berufsorientiert		primär inhaltlich orientiert		
berufsorientiert und karrierebewußt	berufsorientiert bei innerer Distanz zum Studienfach	professionell	enttäuscht trotz wertorientierter Fachwahl	interessegeleitet, aber prekär
<i>Britta, Michael, Hartmut</i>	<i>Susanne, Frank, Gerd<sup>282</sup></i>	<i>Axel, Heiner, Barbara</i>	<i>Carsten, Rolf</i>	<i>Jana</i>

**Schaubild:** Studienorientierung

#### a) Berufsorientiert und karrierebewußt

Insgesamt schätzen die Angehörigen der Gruppe der berufsorientiert-karrierebewußten Studenten ihre Berufsaussichten positiv ein, richten ihr Studium stark an der späteren Berufstätigkeit aus und unternehmen auch außeruniversitär viel (vor allem Praktika), um ihre Berufschancen zu verbessern. Materielle Werte sind ihnen sehr wichtig, daher visieren sie für das zukünftige Berufsleben verantwortungsvolle und gutbezahlte Tätigkeiten an. Sie haben ferner Vertrauen in die eigene Flexibilität und Mobilität, wogegen sie sozialen Kontakten, Kindern und Familienleben eher geringe Bedeutung beimessen.

Im Falle **Brittas** hängt die Sicherheitsgrundlage der biographischen Entwicklung, wie weiter oben bereits deutlich wurde, stark mit dem gewählten Studienfach der Volkswirtschaftslehre und einer eng an den Lehrinhalten angelehnten Lebensorientierung zusammen. Britta hat einen Fachwechsel von der Psychologie, die sie noch zu DDR-Zeiten beharrlich und trotz aller Hindernisse angesteuert hatte, zur

<sup>282</sup> Erst in jüngster Zeit ist das Studienfach für Gerd interessant geworden, indem er mit der Renovierung alter Gebäude einen Arbeitsbereich gefunden hat, der sein Interesse weckt.

Volkswirtschaftslehre vollzogen. Vor ihrer Studienaufnahme ereignet sich die Wende; Britta war schon bald mit der vergleichsweise geringen Strukturiertheit und theoretischen Uneinheitlichkeit des Psychologiestudiums unzufrieden. Zufällig erfährt sie, daß der Fachbereich Wirtschaftswissenschaften an ihrem Studienort eingerichtet wird, woraufhin Britta den Wechsel zur Volkswirtschaftslehre vollzieht. Abgesehen davon, daß ihr Betriebswirtschaftslehre noch stärker entgegengekommen wäre, was sie aber erst später erfährt, ist sie heute mit dem VWL-Studium sehr zufrieden. Unter anderem goutiert sie den straffen und klar strukturierten Lehrplan. Mittlerweile hat Britta mehrere Praktika durchlaufen und plant ihre Karriere mit dem Ziel, Bankkauffrau zu werden oder einen vergleichbaren Beruf zu ergreifen. Neben den Zukunftschancen ist für Britta entscheidend, daß sie auf der Grundlage des wirtschaftswissenschaftlichen Paradigmas eine Sicherheit und eine Situationskontrolle entwickeln kann, die ihr eine souveräne identitätsvermittelnde Inkorporation anderer Sinnhorizonte in eine leistungsorientierte Handlungsstruktur ermöglicht. Der drastisch erweiterte Horizont, der daraus resultiert, beruht allerdings auf der Grundlage einer stark spezialisierten und vereinseitigten Orientierung. Die Erfassung der (sozialen) Welt erfolgt dadurch nämlich auf der Grundlage einer bornierten Systemrationalität, die systemspezifische Schließungstendenzen aufweist, auch und insbesondere die weitgehende Weigerung, lebensweltliche Bindungen einzugehen, deren Fehlen Britta nicht einmal als besonderer Verlust erscheint. Diese affirmativ besetzte Bindungslosigkeit steht in einem wechselseitigen Steigerungsverhältnis mit einer vordringlichen Konzentration auf das Studium sowie einer marktliberalen Orientierung, die sich vornehmlich aus den Inhalten des Studienfaches generiert. Dadurch nimmt Brittas Biographie einen ganz bestimmten gerichteten Verlauf, wobei ihr als Zielvorstellung die uneingeschränkte individuelle Freiheit des Erfolgreichen vorschwebt, der seiner konsum- und karriereorientierten Haltung ohne Rücksicht auf kollektive Belange nachgehen kann.

**Michael** entstammt auf der väterlichen Linie einer Dynastie von Ärzten und orientiert sich selbst sehr früh am Studienfach Medizin. Auch bei ihm besitzt die Ausbildung zu einer professionellen Berufskarriere einen hohen Stellenwert, und es ist abzusehen, daß er seine Ausbildung mit Erfolg abschließen wird. Anders als bei Britta ist der Bezug auf die berufliche Karriere jedoch nicht ungebrochen. Michael durchlebt nämlich auch Phasen fehlender Motivation und einer an Arbeitsstörung grenzenden Lustlosigkeit, hinzu kommen Unsicherheitsgefühle, was seine Fähigkeit betrifft, die angestrebte Profession mit voller Verantwortung ausführen zu können. Darüber hinaus besitzt für ihn die angestrebte Expertenrolle nicht die ihr im allgemeinen zugestandene Unantastbarkeit. Michael stellt sie zwar nicht grundsätzlich in Frage, versucht sie aber mit Zügen moralisch gefärbter Interaktionsmuster (Streicheln von bewußtlosen Patienten, Balint-Seminare) anzureichern, die faktisch eine Belastung des Expertenstatus bedeuten und daher für gewöhnlich aus dem Rollenverständnis ausgegliedert werden. So schwankt er letztlich zwischen engagierter Anbindung an das Studienfach und streckenweisen Motivationseinbrüchen, die starke Zweifel an der eigenen professionellen Kompetenz als Arzt beinhalten. Er wird jedoch schon aus dem Grund daran gehindert, diesen Zweifeln allzusehr nachzugeben, weil er die den besser gestellten Schichten offenstehenden Konsummöglichkeiten zu seiner Selbstbestätigung benötigt.

Nach der acht Jahre älteren Schwester, die Chemie studiert hat, trägt **Hartmut** die von der Mutter in die Familie eingebrachte Aufstiegsorientierung ebenfalls in Form der Akademisierung innerhalb eines technisch-naturwissenschaftlichen Studienganges weiter. Zuerst studiert er zwei Semester Physik, muß jedoch bald erkennen, daß er mit den hohen mathematischen Anforderungen, die hier verlangt werden, überfordert ist. Daraufhin wechselt er zum Studium der Chemie. Zum Zeitpunkt der ersten beiden Interviews hat Hartmut bereits mehrere Praktika absolviert, ist am Institut als studentische Hilfskraft im Labor beschäftigt und arbeitet im Rahmen seiner Diplomarbeit mit einem großen Betrieb zusammen. Als das dritte Interview ca. zweieinhalb Jahre später geführt wird, ist er Doktorand der Chemie. Er ist fachlich hochmotiviert und hat eine starke Identifikation mit den Lehrinhalten und der Labortätigkeit ausgebildet. In dieser naturwissenschaftlich-technischen Ausrichtung ist auch die kognitive Bildung seiner Persönlichkeit am weitesten ausgeprägt, Hartmut folgt nämlich häufig der Denkweise technischer Rationalität und hat eine entsprechende berufsbezogene Identität ausgebildet. Mit Blick auf seine Zukunftsaussichten ist er sehr optimistisch.

*b) Berufsorientiert bei innerer Distanz zum Studienfach*

Die Angehörigen dieser Gruppe betreiben ihr Studium wegen der erwarteten guten Berufsaussichten, und sie sind eher durch die Einwirkung anderer Personen als durch eigene Entscheidung an ihr Studienfach geraten. Aus diesen beiden Gründen sind sie in der Regel extrinsisch motiviert, identifizieren sich nicht mit den Inhalten ihres Studienganges und fühlen sich häufig überfordert. Privat haben sie andere Präferenzen, die mit den Studieninhalten wenig zu tun haben.

Zu Zeiten der DDR strebte **Susanne** an, Lehrerin für Deutsch und Geschichte zu werden, wobei für diese Wahl die Tatsache eine zentrale Rolle spielte, daß bei dieser Kombination eine Zusage für das Studium nahezu sicher war. Mit der Wende entfielen jedoch noch vor dem Studienantritt die Umstände, die diese Wahl günstig erscheinen ließen. Vor allem bot Susanne der ursprünglich angestrebte Lehrerberuf nicht mehr genügend Zukunftssicherheit. Die berufliche Neuorientierung fand recht zügig statt, da das entscheidende Auswahlkriterium der Arbeitsplatzsicherheit von vornherein feststand. Das Fach Jura, angeregt durch den Vater und bestärkt durch die Wahl zweier Mitschüler, schien diese Bedingung zu erfüllen. Im Jurastudium empfindet Susanne jedoch einen großen Mangel an vorgegebenen Strukturen und konkreten Lernvorgaben. Vor allem die Last, sich selbst einschätzen zu müssen, ist für sie erdrückend, denn die Leistungsbewertungen im Studium erscheinen ihr zu dünn gesät. All dies drückt schwer auf ihre Leistungsmotivation, so daß ihr primäres Ziel mittlerweile nur noch darin besteht, das Studium so schnell wie möglich zu beenden, wobei sie allerdings mit der mangelnden Motivation zu kämpfen hat. Immerhin entspricht ihr Berufsziel, Jugendrichterin zu werden, dem erzieherischen Impetus, den sie auch in anderen Kontexten an den Tag legt.

Auffällig ist bei **Frank** die durchgängige Figur, sich in zentralen biographischen Fragen immer wieder den Entscheidungen anderer (erst dem Vater, später seinen Freunden) anzuschließen, während er allein hochgradig entscheidungsunfähig ist. So folgt er widerstandslos der Intention seines Vaters, wie dieser Bauingenieur zu werden, obwohl dies niemals sein eigenes "*Traumziel*" war. Im Rahmen der

Berufsausbildung mit Abitur stellt sich die Arbeit auf dem Bau als anstrengend und eintönig heraus, ausdrücklich positiv empfindet Frank dagegen die vielen Gemeinsamkeiten mit den Zimmergenossen, mit denen er sein Interesse an Literatur, Kunst und Theater teilt. Nach Abschluß der Ausbildung schreibt sich Frank zusammen mit einem Freund für das Studienfach der Informationsverarbeitung im Bauwesen ein. Er trifft damit eine Wahl, die sich als Fehlentscheidung erweist, denn der Stoff ist schwer zu bewältigen und uninteressant. Wieder sind es die interessanten Zimmernachbarn, die ihn bei der Stange halten. Nach der Wende beginnt er schließlich mit einem der Zimmergenossen in L-Stadt (Westen) ein Studium der Wirtschaftswissenschaften. Seine negativen Erfahrungen am neuen Studienort veranlassen ihn bald dazu, nach relativ kurzer Zeit zur Universität in K-Stadt (Ostdeutschland) zu wechseln. Zum Zeitpunkt des Interviews studiert er dort Betriebswirtschaftslehre im neunten Semester. Bis heute ist er sich selber nicht ganz im klaren darüber, wie er eigentlich zum Studium der Wirtschaftswissenschaften gekommen ist, und hat zu den Inhalten des Studiums ein sehr zwiespältiges Verhältnis. Einerseits inkorporiert er sie, andererseits kann er sich nicht wirklich vorstellen, in Zukunft in den sich anbietenden Berufsfeldern zu arbeiten.

**Gerd** wurde von Seiten der Eltern ursprünglich dazu gedrängt, durch die Aufnahme eines Zahnmedizinstudiums an die berufliche Linie des Großvaters väterlicherseits anzuknüpfen. Er wird jedoch aufgrund schlechter Schulnoten abgelehnt, worüber er selbst insgeheim sehr froh ist. Als ihm daraufhin im Rahmen eines Umlenkstudiums ein größerer Fächerkanon zur Auswahl gestellt wird, sind es wiederum die Eltern, genaugenommen der Vater, der die Entscheidung für ihn trifft. Die zweite Wahl, der sich Gerd ebenfalls widerstandslos anschließt, lautet "Bauingenieur mit Vertiefungsrichtung Baustoffverfahrenstechnik." Zuerst stößt ihn der primär technisch orientierte Studiengang (Stichwort "Beton") ab, als deutlich positiver wird der Bildungsgang jedoch von dem Moment an empfunden, als Gerd für sich im Rahmen eines Praktikums durch die Arbeit an historischen Gebäuden eine mit starken ästhetischen Gesichtspunkten besetzte Nische ausfindig macht. Von da an arbeitet er speziell an entsprechenden Sanierungskonzepten und schreibt über dieses Thema seine Diplomarbeit. Zum Zeitpunkt des zweiten Interviews hat Gerd bereits eine Zusage für eine Stelle in Westdeutschland. Der berufsbiographische Glücksfall, im Rahmen der Ausbildung einen anregenden Arbeitsbereich zu finden, hat ihm zumindest in beruflicher Hinsicht zu mehr Selbstbewußtsein verholfen. Damit scheinen für Gerd erstmals Beruf und Bedürfnisse übereinzustimmen, und letztlich hat er großes Glück gehabt, daß sich sein Studium am Ende doch als das richtige für ihn erwiesen hat. Außerdem ist er stolz auf einen Beruf, der gesellschaftliche Anerkennung genießt, und antizipiert, daß sich dies für ihn auch materiell auszahlen wird. Die geschilderte positive Wendung hat sich jedoch erst in der jüngsten Zeit ergeben, so daß diese Entwicklung sich noch nicht in der biographischen Struktur niederschlagen konnte. Aus diesem Grunde wird Gerd hier noch in der Rubrik der innerlich vom Studienfach Distanzierten und nicht bei den Karriereorientierten aufgeführt.

### *c) Professionell*

Für diese Grundform sind die Bildungsinhalte mit großem Interesse an der Sache selbst besetzt, während Karrierechancen, wenn überhaupt, nur von zweitrangiger Bedeutung sind.

**Axel** wird als Schüler von der EOS abgelehnt, da seine Schulnoten zum entscheidenden Zeitpunkt (im achten Schuljahr) zu schlecht sind. Auch die enorme Verbesserung seines Notendurchschnitts gegen Ende der Schulzeit kann hieran nichts mehr ändern. Eine erste Bewerbung auf einen Ausbildungsberuf (Fernmeldetechniker) wird abgelehnt, schließlich absolviert Axel eine Ausbildung zum Lebensmittelchemielaboranten und arbeitet danach zwei Jahre am Bezirkshygieneinstitut. Sein Verdienst ist zwar unterdurchschnittlich, aber es ist nicht dieser Umstand, sondern vielmehr die Langeweile der Routinetätigkeit, die in Axel Ambitionen auf eine anspruchsvollere Berufstätigkeit weckt. Seit dem elften Lebensjahr beschäftigt sich Axel leidenschaftlich mit seinem Hobby, der Astronomie; aus dem Vorhaben, sich darin an der Volkshochschule fortzubilden, ergibt sich fast zufällig, daß Axel das Abitur nachholt und zwar aufgrund der Tatsache, daß "lediglich" ein Abiturskurs im Fach Physik angeboten wird. Er macht in diesem Kurs seinen Abschluß mit Auszeichnung, womit er auf die Bahn einer Bildungskarriere eingeschwenkt ist, die sich bereits gegen Ende der POS angedeutet hatte. Auf der Universität sind die Anforderungen im gewählten Studienfach Physik sehr hoch, oft kommt Axel vor lauter Lernarbeit zu nichts anderem mehr. Dennoch verfolgt er beflissen sein Studienziel, denn er ist stark intrinsisch motiviert und stark auf seinen Studiengang eingespart. Extrinsische Motive, etwa Status oder ein hohes Einkommen, spielen für ihn dagegen keine Rolle, auch bei seiner Karrierebewegung bleibt er gelassen und bescheiden, nicht zuletzt deshalb, weil er seine Fähigkeiten sehr kritisch einschätzt. Nach dem Diplom arbeitet Axel im Zusammenhang mit seiner Dissertation im Fach Physik auf einer Drittel-Universitätsstelle auf der Sternwarte in U-Stadt. So ist es ihm letztlich gelungen, ein leidenschaftlich betriebenes Hobby, nämlich die Astronomie, zum Beruf zu machen. Allerdings verdient er dabei nicht besonders viel Geld und pflegt einen bescheidenen Lebensstil, was ihm aber nicht als großes Problem erscheint, denn andere Lebensbereiche, etwa eine Familie zu gründen oder sich dauerhaft beruflich zu etablieren, erscheinen ihm bisher als zweitrangig. Er betreibt seine Wissenschaft aus Leidenschaft, folgt einer fachbezogenen Professionalisierung, die durch eine ausgeprägte Genügsamkeit in bezug auf andere Lebensbereiche flankiert wird, und hofft, dies noch möglichst lange tun zu können.

**Heiner** erwirbt sich schon von Kindheit an überdurchschnittliche Kenntnisse in Geschichte, Geographie und Kunstgeschichte. Den ursprünglichen Wunsch, Geschichte zu studieren, redet ihm der Vater jedoch aus, denn die primär an Arbeitergeschichte und der marxistisch-leninistischen Weltansicht orientierten Studieninhalte im Rahmen der DDR erscheinen so unattraktiv, daß Heiner lieber ein Studium in Physik - einem Fach, in dem er ebenfalls gute Schulleistungen erzielt hat - in K-Stadt beginnt. Nach zwei Semestern muß er jedoch feststellen, daß die zu bewältigenden Inhalte einen immer höheren Arbeitsaufwand erforderlich machen, wofür Heiner nicht genügend Interesse und Disziplin aufbringen kann. Heiner leitet schließlich einen geordneten Rückzug ein, indem er das Vordiplom mit der Note "gut" abschließt, um anschließend ein Geschichtsstudium mit den Nebenfächern Jura und Politikwissenschaft zu beginnen. Das letztere Fach tauscht er nach einem

Semester durch Philosophie aus. In Geschichte und Philosophie kommt Heiner bereits nach den ersten beiden Semestern in näheren Kontakt mit einigen Hochschulprofessoren, von denen ihm einer aufgrund einer sehr gelungenen Hausarbeit eine spätere Promotionsarbeit in Aussicht stellt. Ferner gründet er zusammen mit anderen Studenten eine seminarbegleitende studentische Arbeitsgruppe, die auch von Professoren goutiert wird. Daneben kommt es zu einer zunehmenden Einbindung in politische Handlungsfelder. Bei einem Studentenzeitungsprojekt nimmt Heiner bald eine zentrale Position ein und kann beachtliche Erfolge mit Berichten erzielen, die nicht nur bei Studenten, sondern auch bei Professoren und über die Universität hinaus diskutiert werden. Später engagiert er sich auch in der Hochschulpolitik und arbeitet sich bis in den Vorstand des Studentenrats vor. Ferner ist er Mitglied der Grünen Partei. Gegenwärtig weiß er noch nicht, für welchen seiner beiden Schwerpunkte - Studium oder Politik - er sich entscheiden soll. Im Rahmen der Politik könnte er sich durchaus vorstellen, in der Kommunalpolitik für die Grünen tätig zu werden, aber auch die akademische Laufbahn erscheint reizvoll, denn inhaltlich ist er von der geschichtswissenschaftlichen Arbeit gefesselt, wenngleich er bei manchen Historikern weltfremde Elemente ausmacht, die ihn bedenklich stimmen.

Zu Zeiten der DDR strebte **Barbara** ein Studium der Mathematik (mit Orientierung auf Wirtschaftsmathematik) an. Während sie noch die EOS besuchte, ereignete sich jedoch die Wende, was Barbara zum Anlaß nahm, ihre Studienpräferenz noch einmal zu überdenken und schließlich ein Psychologiestudium anzutreten. Sie war nämlich, wie sie selber sagt, immer schon an "*sozialen Berufen*" interessiert, ging aber davon aus, daß Psychologie in der DDR ideologisch zu einseitig ausgerichtet war. Mittlerweile fühlt sich Barbara mit dem Psychologiestudium sehr wohl, wobei ihr in methodischen Fragen die mathematische Begabung zugute kommt. Sie ist schwerpunktmäßig therapeutisch orientiert und konzentriert sich dementsprechend auf den Teilbereich Klinische Psychologie. Für die Zeit nach dem Studium erwägt sie eine Zusatzausbildung zur Therapeutin, ist sich aber noch nicht ganz sicher, ob sie mit Blick auf damit verbundene finanzielle Schwierigkeiten eine bedriedigende Lösung finden wird.

#### *d) Enttäuscht trotz wertorientierter Fachwahl*

Für die Angehörigen dieser Ausprägung nimmt die eigene Selbstverwirklichung eine zentrale Position ein. Sie gehen mit vorgefaßten Wertorientierungen in das Studium hinein und hoffen, diese im Rahmen der Ausbildung besser verfolgen zu können. Finanzielle Aspekte spielen dabei keine Rolle, überhaupt sind materielle Werte sowie Status oder Karriere nicht sonderlich wichtig. Man ist von daher auch wenig bereit, sich im Studium einem Leistungsdruck zu unterwerfen, was allerdings auch die Wahrscheinlichkeit erhöht, vom Studienfach enttäuscht zu werden.

Wie in anderen Lebensbereichen, so erweckt **Carsten** auch hinsichtlich seiner Bildungsbiographie den Eindruck einer primär außengeleiteten Steuerung. Häufig durch Anstöße von außen oder durch diffuse Phantasien ("*Abenteuerlust*" (1,4)) geleitet, driftet er in wichtige biographische Entscheidungssituationen hinein. Nach der POS absolviert er eine dreijährige Berufsausbildung mit Abitur in der Fachrichtung Bergbautechnologie. Danach wechselt er die Berufsrichtung und visiert ein

Studium der Kriminalistik an; dazu unternimmt er auch die obligatorischen Schritte, indem er im Rahmen der Wehrpflicht zur Bereitschaftspolizei (statt zur Armee) geht und Mitglied der SED wird. Die Berufsentscheidung wird jedoch hinfällig, weil sich während seiner Dienstzeit in der Bereitschaftspolizei die Wende ereignet. Carsten arbeitet daraufhin ein Jahr als Hilfskrankenpfleger in einem Pflegeheim und bewirbt sich anschließend für ein Studium der Psychologie, in das er wieder eher zufällig hineinzurutschen scheint. Auf ein Anschreiben hin wird er nämlich sofort angenommen und fühlt sich geradezu zur Aufnahme dieses Studiums gedrängt, weil der Studentenstamm nach der Wende drastisch aufgestockt werden sollte und man sich entsprechend um Carsten bemüht hat. Er läßt sich zwar nicht lange bitten, seine Einstellung zum Studienfach bleibt jedoch eigentümlich ambivalent; obwohl sich in seiner Studienfachwahl auch ein Bedürfnis nach Selbsterforschung ausdrückt, sind es weniger die Studieninhalte als vielmehr das studentische Leben sowie der von unmittelbaren Zwängen freie Kontext, für die sich Carsten nach den Erfahrungen von Wehrdienst und geordnetem Berufsalltag erwärmen kann. Insgesamt überwiegt ein negativer Eindruck: Carsten lehnt im Psychologiestudium die rein methodische Ausrichtung und die damit verbundene technische Disziplinierung des Studienganges ab, die ihm den Eindruck vermitteln, daß es nicht der Mensch, sondern vielmehr Theorie und Methode sind, die im Studium im Mittelpunkt stehen.

**Rolf** entstammt gewissermaßen einer "Theologendynastie", denn alle männlichen Vorfahren waren (soweit bekannt) als Pfarrer tätig. Selbst entscheidet er sich zuerst für das Fach Physik, diese Wahl wird jedoch abgelehnt und stattdessen wird ihm ein Mathematikstudium in K-Stadt angeboten, das er im Wintersemester 1990 antritt. Bald stellt sich jedoch heraus, daß sich Rolf den Anforderungen in diesem Fach nicht gewachsen fühlt, und so knüpft er nach zwei Semestern doch noch an die berufliche Traditionslinie seiner Familie an, indem er auf Theologie umsattelt. Hier baut Rolf jedoch nach kurzer Zeit eine starke Distanz zum Studienfach auf, die er auf zweierlei Weise begründet: zum einen macht er einen geringen wissenschaftlichen Exaktheitsgrad aus, zum anderen ist ihm das Studium zu wenig praxisorientiert. Beides entspricht nicht seinem innigen Wunsch nach einer verbindlichen religiös begründeten Praxis gelebter Brüderlichkeit. Diese kann er im Studium nicht auch nur ansatzweise finden, und so schweift sein Blick in die Ferne, besonders in die Dritte Welt, wo er hofft, eine sowohl praxisorientierte als auch orientierungsstiftende Lesart der Theologie vorzufinden, die seinen Wünschen entspricht. Tatsächlich hat Rolf nie Erfahrungen mit der dortigen Religionsausübung gemacht, sondern verfügt lediglich über enorme und keinesfalls enttäuschungsfeste Erwartungen. Insgesamt findet sich bei Rolf weder das Streben nach einem zügigen Studienabschluß noch das Muster einer konventionellen, auf Sicherheit und Kontinuität setzenden Lebensplanung. Im Vordergrund steht dagegen die Suche nach dem guten Leben im Rahmen einer verbindlichen und gemeinschaftlichen Lebensform auf religiöser Basis. Ferner liegt ihm der Gedanke an einen weiteren Studienwechsel nicht fern, und zum Zeitpunkt des dritten Interviews ist Rolf in der Tat dabei, die Theologie aufzugeben, und sich um eine Ausbildung zum Chorleiter auf einer Musikfachhochschule zu bewerben.



*e) Interessegeleitet, aber prekär*

Dieser Typus, hier lediglich durch Jana vertreten, hat zwar auch gewisse Probleme im Studium, antizipiert jedoch vor allen Dingen schlechte Berufsaussichten für die eigene Fächerkombination. Obwohl **Jana** überdurchschnittlich gute schulische Leistungen an den Tag legte, mußte sie den Besuch der EOS mit Hilfe eines akademisch gebildeten Onkels gegen den am ländlichen Leben orientierten Vater durchsetzen. Unmittelbar nach dem Abitur schreibt sich Jana für das Wintersemester 1991 im Magisterstudium Anglistik/Germanistik ein. Dort fühlt sich Jana umgeben von einem ihr fremden Milieu der Wissenden, empfindet sich selbst als minderwertig und auch das Studium selbst vermittelt ihr keine Perspektive. Ab dem zweiten Semester wählt sie zusätzlich das Studienfach Latein, weil sie sich von diesem ausgesprochenen Lernfach eine vorgegebene Struktur, an die man sich halten kann, erhofft. Als sie auch dies nicht zufrieden zu stellen vermag, pausiert sie, indem sie als Au-pair-Mädchen nach Dublin geht. Sie findet jedoch keinen richtigen Anschluß zu ihrer Gastfamilie und hat ferner Probleme in der großen Metropole, woraufhin sie kurzerhand an die Universität zurückkehrt, an der sie sich dann für das Lehramtsstudium Deutsch/Latein einschreibt. Damit orientiert sie sich zwar auf eine eindeutige Berufsperspektive, kauft sich aber gleichzeitig auch die schlechten Berufsaussichten von Lehrern ein. Dafür faßt sie jetzt im Studienbetrieb besser Fuß und erzielt in den Folgesemestern gute Leistungen. Sie fühlt sich aber trotz ihrer fachlichen Erfolge nicht wirklich integriert in das akademische Milieu, das ihr fremd bleibt. Individuelle Kontakte schließt sie auch weiterhin keine; auch einen Freund hatte Jana bislang nicht. Ihr Studium will sie möglichst rasch beenden und begreift es mittlerweile nur noch als Mittel zum Zweck.

*Fazit*

Von einer "Sozialisation" der Studierenden in ihre je fachspezifischen Umwelten, wie Engler (1993: 9), die eingangs dieses Kapitels zitiert wurde, sie sieht, kann nicht ohne Einschränkungen die Rede sein. Vor allem sind in allen Fällen eindeutige Verbindungen mit einem vorgeprägten Habitus auszumachen. Stark vorangetrieben und dabei fachspezifisch in einer Weise ausgeformt, die ohne den Einfluß des Studienfaches nicht zu erwarten gewesen wäre, wurde dieser Habitus *eindeutig* nur im Falle Brittas, weniger eindeutig bei Hartmut; ein gebrochenes Verhältnis herrscht bei Michael vor. Ein souveräner Umgang mit dem Studienfach und in diesem Sinne ein "kompatibler" sowie wechselseitiger Anschluß an den vorher ausgeprägten Habitus gelingt Axel, Heiner und Barbara im Rahmen ihrer Fachorientierung. In allen sechs Fällen kann man von einer subjektiven Anbindung an das Fach sprechen. Die sechs übrigen Fälle weisen dagegen erhebliche Probleme bzw. Widerstände auf, sei es, daß man das Fach zwar berufsorientiert gewählt hat, aber keinen inneren Anschluß im Sinne einer Orientierungsstiftung an das Fach findet (Susanne, Frank, Gerd<sup>283</sup>), sei es, daß man nicht die Orientierungsstiftung erfährt, die man sich zuvor vom Studienfach versprochen hat (Carsten, Rolf), und hierauf mit innerer Distanzierung reagiert oder daß das Fach zwar bei der Kompensation

---

<sup>283</sup> Wie schon erwähnt, kann Gerd in allerjüngster Zeit (d.h. zum Zeitpunkt des letzten Interviews) eher der Gruppe der Berufsorientiert-Karrierebewußten zugeordnet werden, da sich seine innere Distanz zum Studienfach aufgrund einer interessanten Nische, die er für sich ausfindig machen konnte, verflüchtigt hat.

von persönlichen Defiziten eine enorme Rolle spielt, man dies jedoch selber weiß und im Grunde nicht gutheißt (Jana).

Auffällig ist ferner die Anzahl der Ausbildungsgangs- bzw. Studienfachwechsel. Zählt man ursprünglich angestrebte Studien- und Ausbildungsgänge sowie Ablehnungen der ursprünglichen Studienfachwahl von Seiten der zuständigen Institutionen hinzu, dann ist Michael der einzige, der von vornherein den Ausbildungsweg beschritten hat, den er schon immer beschreiten wollte.

### ***Einstellung zur neuen Gesellschaftsordnung***

Wie die Angehörigen der Untersuchungsgruppe die Wende erlebt haben und wie sie zum jeweiligen Gesellschaftstyp eingestellt sind, kann in drei Grundformen eingeteilt werden. Demnach hat man die Wende entweder als a) Freisetzungsprozess biographischer Handlungsmöglichkeiten erlebt, oder die Wende ist b) insofern ohne biographische Relevanz geblieben, als die wesentlichen Grundorientierungen (nahezu) unangetastet geblieben sind, oder die Wende wird c) als bedrohliches Hereinbrechen biographischer Gefährdungen erlebt.

#### **Wende:**

<b>als Freisetzungsprozess biographischer Handlungsmöglichkeiten</b>	<b>ohne biographische Relevanz</b>	<b>als bedrohliches Hereinbrechen biographischer Gefährdungen</b>
<i>Britta, Michael, Heiner, Barbara</i>	<i>Hartmut, Axel, Gerd, Rolf</i>	<i>Susanne, Carsten, Frank, Jana</i>

**Schaubild:** Biographische Relevanz der gesellschaftlichen Transformation

#### ***a) Wende als Freisetzungsprozess biographischer Handlungsmöglichkeiten***

Während sich der politische Zusammenbruch in der DDR ereignet und schließlich in die Vereinigung beider deutscher Staaten einmündet, steht **Britta** den Ereignissen indifferent gegenüber, da sie seinerzeit noch keine Verbindungslinien von diesen Prozessen zu ihrer eigenen Biographie ziehen konnte. Die Wende blieb aus dieser Perspektive zwar fürs Erste ohne Belang, Britta bekam die Veränderungen jedoch in dem Moment zu spüren, als das anvisierte Psychologiestudium, das zu DDR-Zeiten nur für einen kleinen und erlesenen Kreis vorgesehen war, auf einmal einer breiteren Masse zugänglich gemacht wurde. Dadurch sind nicht nur ihre bisherigen Bemühungen bei der Bewältigung vormaliger Zugangsbeschränkungen entwertet, sondern die starke Frequentierung des Faches trägt auch dazu bei, daß sie diesen Studiengang abbricht. Positiv dagegen erlebt sie nach dem Fachwechsel das VWL-Studium, denn auf der Grundlage des fachspezifischen Weltbildes gewinnt Britta eine Orientierungsgrundlage, die über den engen Horizont der lebensnahen Erfahrungen und Kontakte hinauswirkt. Nun kann sie die Möglichkeiten der eigenen Lebenspraxis durch Aufwärtsbewegungen, sprich durch die Verfolgung von Karrierezielen steigern. Durch die im VWL-Studium erworbene Orientierung, die Freiheit des Gesellschaftssystems der BRD und die allgemeine Aufforderung, sich am Markt zu bewähren, kommt eine an persönlicher Freiheit und Optionenvielfalt orientierte Selbstentfaltungsdynamik zum Tragen, die Britta konsequent verfolgt und selber ausleben

möchte. Damit bedeutet die Wende für Britta, auch wenn sie dies damals noch nicht geahnt haben mag, einen enormen Freisetzungsprozess biographischer Handlungsmöglichkeiten.

Auch für **Michael** bedeutet die Wende eine entscheidende Verbesserung. Er erlebt sie aber vor allem als Beendigung einer ständigen Bedrohung durch die Interventionen eines Unrechtsstaates, der direkt in die Privatverhältnisse seiner Bürger eingreifen konnte und dies auch tat, wie Michael es selber angesichts des gescheiterten Fluchtversuchs seines Onkels miterleben mußte. Das vielleicht wichtigste Ergebnis der gesellschaftlichen Transformation, die mit der Wende einsetzt, ist für Michael die Demokratisierung des Staates und insbesondere die Begrenzung, die sich der neue Staat als Rechtsstaat selber auferlegt. Vor allem die Offenheit, Freiheit und prozedurale Gerechtigkeit dieser neuen Institutionen erscheinen Michael äußerst positiv. Durch ihre Selbstbegrenzung wird ein Raum geschaffen, in dem die Individuen ihre spezifischen Sinnbildungen und Orientierungen frei entwickeln können. Darüber hinaus wird auch die dominante Form der Güterverteilung in seinen Augen über eine Ökonomie abgewickelt, die, flankiert durch den Rechtsstaat, sicherstellt, daß die Akteure innerhalb eines rechtlich gesetzten Korridors nach ökonomischen Effizienzkriterien handeln und dadurch ein allgemeines Wohlstandsniveau erzielen.

**Heiner** verhielt sich zu DDR-Zeiten loyal, was er noch aus der heutigen Perspektive als Selbstverständlichkeit empfindet. Er war gewohnt, Fach- und Führungskräften der DDR in seinem Elternhaus zu begegnen, und wiederholt konnte er erleben, wie der Vater seinen Einfluß für ihn geltend machte. Auch seine Mitschüler an der Russischschule waren im Regelfall sozialistisch orientiert. Dieser gebildete und beruflich erfolgreiche Personenkreis stellte das biographische Modell für den weiteren Lebensweg dar und bis zur Wende deutete alles darauf hin, daß sich Heiner in beruflicher Hinsicht integriert und dabei mit der Politik arrangiert hätte. Auch ein Eintritt in die SED hätte für Heiner kein Problem dargestellt. In der Umbruchszeit wurde jedoch die gegenüber gesellschaftlichen und politischen Prozessen weitgehend hinnehmende und desinteressierte Haltung aus der DDR-Zeit zugunsten einer Öffnung in Richtung eines engagierten Politikverständnisses aufgegeben. Anfang 1990 nahm für Heiner mit einem zunehmenden Interesse an politischen Reformveranstaltungen an der Universität ein Prozeß des allmählichen Hineinwachsens in politische Betätigungsfelder seinen Anfang. Die ausgiebige Beschäftigung mit basisdemokratischen Fragestellungen im Rahmen hochschulpolitischer und kommunaler Mitbestimmung haben Heiners Orientierung in Richtung eines engagierten Politikverständnisses geöffnet, in welchem er - neben der akademischen Schiene - auch eine mögliche Berufsoption erkennt. Neben diesem Transformationsprozeß, der durch die Wende in Gang gesetzt wurde, wurde für Heiner auch eine wichtige biographische Handlungsmöglichkeit freigesetzt. Ähnlich wie im Falle Barbaras hinsichtlich der Psychologie erschienen ihm nämlich die Inhalte des ursprünglich angestrebten Studienfaches Geschichte in der DDR (Arbeitergeschichte, Geschichte des Marxismus-Leninismus etc.) so unattraktiv, daß es für Heiner keine ernsthafte Option darstellen konnte. Dies ändert sich mit der Wende, und nach dem Vordiplom im ursprünglichen Studienfach Physik wechselt er zum Fach Geschichte über. So bedeutete die Wende für Heiner in mindestens zweierlei Hinsicht eine Erweiterung seiner Handlungsmöglichkeiten.

**Barbara** hat gegenüber beiden Systemen eine vielschichtige und differenzierte Einstellung eingenommen, in der Grundtendenz überwiegt aber beiden gegenüber Distanz. In der DDR verhielt sich Barbara nach außen hin strategisch, um sich als angehende Studentin keine Zukunftschancen zu verbauen, während sie insgeheim desinteressiert und skeptisch eingestellt war. Die offiziellen Verlautbarungen fand sie *"uninteressant"* (1,12) und stufte sie als *"sehr viel Lüge"* (1,12) enthaltend ein. Notgedrungen entschied sie sich dafür, bewußt in der DDR zu leben und das Beste daraus zu machen. Sie und ihre Familie suchten die Vorzüge und fanden sogar entsprechende Mittel, um der eigenen Neigung zur Distinktion zu folgen. Diesen Distinktionsbedürfnissen kam der konformistische Grundton des öffentlichen Lebens in der DDR sogar entgegen, denn vor solch einem Hintergrund konnte man auch mit geringen Mitteln starke Kontrastwirkungen erzielen. Dabei ging es Barbara keineswegs um einen Konflikt mit dem System, vielmehr versuchte sie sich bequem einzurichten. In der Bundesrepublik nehmen Distinktionsbestrebungen einen viel stärkeren Wettbewerbscharakter an, aber auch heute noch kann sie sich insbesondere aufgrund ihre Bildungsstandes weiterhin gut behaupten. Der Wende sah sie mit großer Skepsis entgegen. Hatte sie ursprünglich noch auf eine Etablierung des *"wirklichen Sozialismus"* gehofft, so zerschlugen sich die damit verbundenen Hoffnungen recht bald. Unter anderem sieht Barbara das Prinzip der Meinungsfreiheit nicht konsequent genug umgesetzt, denn gerade am Arbeitsplatz, wo der Druck im Vergleich zu früher viel größer geworden ist, gilt ihres Erachtens dieser Grundsatz nicht. Letztlich geht sie davon aus, daß in der Bundesrepublik die Industrie *"die Fäden in der Hand"* hält und demnach eine unabhängige und demokratische Politik gar nicht existiert. Objektiv profitiert Barbara jedoch vom Systemwechsel. Jetzt kann sie nämlich ihrem Interesse an einem Psychologiestudium nachgehen, einer Option, die sie im Rahmen der DDR nicht realisieren wollte, da sie - ähnlich wie Heiner für das Fach Geschichte - eine ideologische Überfrachtung befürchtete, die ihr das Fach unattraktiv erscheinen ließ. Dieser Umstand hat aber keinen Einfluß auf ihre Grundhaltung zur BRD. So kann insgesamt konstatiert werden, daß sich Barbara sowohl im Rahmen der DDR als auch der BRD von der jeweiligen Gesellschaftsordnung distanziert, diese Haltung jedoch in beiden Fällen auf der Handlungsebene konsequenzenlos bleibt. Damit hat der Wechsel der Gesellschaftssysteme zwar eine Chance eröffnet, die auch genutzt wird, auf Barbaras Grundeinstellung hat dies aber keinen Einfluß. Insofern stellt sie einen Grenzfall zur nächsten Grundform "Wende ohne biographische Relevanz" dar.

#### *b) Wende ohne biographische Relevanz*

**Hartmut's** Herkunftsfamilie folgte mit der Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit einer Alltagsorientierung, die in der DDR weit verbreitet war: man hatte keinen Wertbezug zur Staatsdoktrin, sah sich aber auch nicht in Differenz zu ihr, und mit der eigenen Teilnahme an der Schattenwirtschaft nahm man außerdem günstige Gelegenheiten wahr, wenn diese sich ergaben. Hartmut selbst kam den obligatorischen Verpflichtungen (Pioniere, FDJ, Wehrpflicht etc.) nach und machte sich generell wenig Gedanken über die abverlangten Pflichtübungen. Anlaß zur Freude über die Wende bestand nicht, da man zuvor kein Leid empfunden hatte. Andererseits hat Hartmut auch keine

Anpassungsprobleme an die neuen Verhältnisse, sondern will seine Chancen nutzen und meint, die neuen Spielregeln zu beherrschen, wenn er auch einige Dinge, etwa die Arbeitsplatzsicherheit oder bestimmte Formen der Gemeinschaftlichkeit vermisst. Insgesamt ist er der Ansicht, daß es keine Alternative zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten und damit zur Übernahme des westlichen Gesellschaftsmodells gab. Eine tiefere biographische Verankerung im untergegangenen Gesellschaftssystem war offensichtlich nicht vorhanden. Im Gegenteil: Hartmut verfügt über biographische Ressourcen, die eine problemlose Integration in verschiedene institutionelle Strukturen erlauben. Begünstigt wird diese Haltung durch den Umstand, daß er mit Chemie eine Fachrichtung studiert, deren Inhalte vom Systemwechsel unberührt bleiben und deren Zukunftschancen in beiden Gesellschaftsformen günstig sind.

Da *Axels* Ambitionen auf ein Studium recht spät geweckt wurden, sah er sich in seiner Kindheit und Jugend nicht genötigt, ein entsprechendes Wohlgefälligkeitsverhalten den staatlichen Institutionen gegenüber an den Tag zu legen. So ist er zwar Mitglied in den obligatorischen Jugendorganisationen, kann sich darin aber weitgehend im Hintergrund halten. Dagegen hat er keine Probleme damit, private Kontakte in Anspruch zu nehmen, um sich etwa eine günstige FDJ-Reise zu verschaffen. Auf diese Weise nutzt er, statt sich über mangelnde Reisefreiheit zu beklagen, die Freiheitsspielräume und Chancen, die sich ihm im Rahmen der DDR bieten. Die DDR mit ihren Beschränkungen und spezifischen Möglichkeiten und Gegebenheiten stellt für ihn eine unhinterfragte und unproblematische Normalität dar, ohne daß sich Axel mit den eingeschliffenen Ritualen und Organisationen identifiziert; stattdessen bewahrt er sich eine gewisse Nüchternheit. Das Land zu verlassen, kam für ihn nicht in Erwägung, die DDR war für ihn alles in allem eine recht unproblematische, wenn auch nicht unbedingt geliebte Heimstatt. Den Ereignissen der Wende gegenüber bringt er ein hohes Maß an Indifferenz auf, da er den Eindruck hat, daß sie für sein eigenes Leben nur von relativ geringer Bedeutung sind. In der Tat bewegt sich Axel mit seinen Interessen in Sphären, die sich entweder nur unwesentlich verändern oder in denen die Anpassung an die neuen Umstände recht leicht fällt. Sein Studium, das aufgrund seiner insulären Lage (Astronomie) vom politischen Wechsel nahezu unangetastet bleibt, steht für ihn eindeutig im Vordergrund. Und weil er selber in der DDR kaum Beschränkungen verspürt hat, fallen auch etwa die gewonnene Reise- oder Meinungsfreiheit für ihn kaum ins Gewicht. Die wenigen Reiseangebote der DDR verstand Axel, wie gesagt, gut zu nutzen, und die Meinungsfreiheit wiegt er gegen die verlorene Sicherheit vor Arbeitslosigkeit und Armut auf. Andererseits schlägt aber in seiner Beurteilung das Pendel auch nicht zu ungunsten der BRD aus. Alles in allem nimmt er gegenüber den großen gesellschaftlichen Veränderungen eine Haltung der Indifferenz ein und spielt, wenn auch nicht ganz ohne Kritik, die Rolle eines stillen Beobachters.

*Gerd's* Vater war als stellvertretender Produktionsdirektor eines riesigen Werks und aufgrund der damit verbundenen obligatorischen SED-Mitgliedschaft Angehöriger des technischen Kaders der sozialistischen Elite. Auch eine spätere, nicht ganz durchsichtige Degradierung veranlaßt ihn nicht dazu, seine Orientierung grundlegend in Frage zu stellen. Gerd selbst legt gegenüber beiden Gesellschaftsformen die für ihn typische ambivalente Haltung an den Tag. So betont er in rascher Folge eine gegen die leeren Phrasen und Parolen gerichtete Skepsis, lobt emphatisch die Sozialpolitik

der DDR, die den Menschen in den Mittelpunkt stellte, gleichzeitig würde er aber am liebsten einen Schlußstrich unter die DDR-Vergangenheit ziehen, da alle ihre Einwohner sowieso Mitläufer gewesen seien, und nicht zuletzt malt sich Gerd aus, daß er irgendwann mit dem System in Konflikt geraten und wahrscheinlich im Gefängnis gelandet wäre. So gibt Gerd in kurzer Folge vier unterschiedliche, zum Teil diametral entgegengesetzte Aussagen von sich und findet auch ansonsten zu keiner verbindlichen Stellungnahme. Auch hinsichtlich allgemeiner politischer Fragen zur Bundesrepublik gibt er in kurzer Folge widersprüchliche Ansichten von sich, ohne daß er dies auch nur thematisieren würde. Er stellt beispielsweise erst die Behauptung auf, daß Elemente direkter Demokratie in die DDR zurückführen würden (was er nicht will), äußert sich aber nur kurz darauf geradezu emphatisch zu Volksentscheiden. Auch hinsichtlich dieser Thematik kann also bilanziert werden, daß Gerd durch übergreifende bzw. gesamtgesellschaftliche Fragestellungen überfordert ist, da er selber primär mit dem Problem beschäftigt ist, zu einer autonomen Biographiesteuerung zu finden.

Mit der Geburt in eine Pfarrersfamilie hatte **Rolf** automatisch einen Sonderstatus als Angehöriger einer staatlicherseits tolerierten Enklave inne. Daher ist es nicht verwunderlich, daß er im Vergleich zu allen anderen Interviewpartnern die weitestgehende Abweichung von der Normalfigur des institutionellen Werdeganges eines Jugendlichen in der DDR aufweist. Rolf selbst entzieht sich mit Unterstützung der Eltern den für andere Jugendliche obligatorischen Teilnahmeverpflichtungen an den staatlichen Organisationen: Weigerung offiziell an der Pionierorganisation, der FDJ, dem Wehrkundeunterricht teilzunehmen, Armeedienst als Bausoldat. Sein Risiko war im Vergleich zu anderen Angehörigen seiner Altersgruppe gering, da er als Pfarrerssohn auf Milde hoffen konnte. Mit dem Gang der Ereignisse im Rahmen der Wende ist Rolf insgesamt unzufrieden. Vor allem sieht er ursprüngliche Hoffnungen auf eine weniger materiell orientierte Lebensform schnell wieder schwinden. Stattdessen sind überall verführerische Konsumoptionen (beispielsweise Computerspiele) aufgekommen, die dem sozialen Miteinander schaden und kommunikative Kompetenzen verkümmern lassen. Positiv konnotiert und wichtig ist Rolf die neue politische Verfassung, die aktuelle Tagespolitik lehnt er dagegen ab. Insgesamt hat sich für Rolf insofern wenig geändert, als er sich in beiden Systemen mit dem Umstand konfrontiert sieht, nicht das wahre sinnerfüllte Leben einer brüderlichen Ethik im Rahmen von Gemeinschaften Gleichgesinnter leben zu können. An dieser Grundorientierung hat sich für ihn durch die Wende nur wenig geändert, in beiden Gesellschaftstypen sieht er spezifische Probleme und Hindernisse, weswegen er ihnen eher distanziert gegenübersteht.

### *c) Wende als bedrohliches Hereinbrechen biographischer Gefährdungen*

In **Susannes** Vater, der SED-Mitglied und Parteisekretär war, verkörpert sich die familientypische staatstragende Linie, die schon in der Großelterngeneration ausgemacht werden konnte, auch im Kontext der DDR. Bei Susanne zeichnete sich ebenfalls bereits eine entsprechende Entwicklung ab. In diesem Sinne folgte sie einem Muster von vorbildlicher Pächterfüllung in Schule, Pionierorganisation und FDJ. Dort nahm sie jeweils frühestmöglich die altersadäquaten

Spitzenpositionen (z.B. Gruppenratsvorsitzende der FDJ) ein und war beflissen, sich erwartungsgemäß zu bewähren. Susanne war also sehr weitgehend in ihr soziales Umfeld einschließlich seiner politischen und obrigkeitsstaatlichen Momente integriert. Bis zuletzt, so bekundet sie noch heute, stand sie auf der Seite der DDR, einem Staat, der Susannes biographischer Grundstruktur der Bevorzugung klar strukturierter Handlungsfelder, in denen man genau weiß, was von einem erwartet wird, sehr entgegen kam. Diese spezifischen Opportunity structures entfallen jedoch mit der Wende und zwangsläufig hält das Leben in der Bundesrepublik eine Reihe von Irritationen für Susanne bereit. Der ehemals absehbare und sichere Biographieverlauf sowie die klare Orientierung gehen schlagartig verloren, die Zukunft erscheint nicht mehr gebahnt, sondern offen. In der unübersichtlich gewordenen Umwelt entstehen für Susanne massive Orientierungsprobleme. Weiterhin am Wert der Pflichterfüllung festhaltend, ist für sie nicht mehr klar, welche Pflichten es eigentlich sind, die es zu erfüllen gilt, und die Fähigkeit, die ihr in der DDR zugute kam, nämlich eigene Ambitionen an den Erwartungen, die an sie gestellt wurden, auszurichten, wird nun zum Nachteil, da von außen keine klaren Erwartungen mehr formuliert werden. Darüber hinaus sieht sie sich nach dem Zusammenbruch auch in der DDR getäuscht, denn inzwischen ist sie über viele der damaligen Mißstände aufgeklärt. Der Lerneffekt dieser "Ent-Täuschung" führt zwar auch zum Bruch mit der untergegangenen DDR, besteht aber vor allem darin, künftig *generell* übergreifenden Institutionen, also auch denen der BRD, ein hohes Maß an Mißtrauen entgegenzubringen. Wirtschaft, Politik, aber auch Verbände im Rahmen der Zivilgesellschaft (etwa Greenpeace) werden daher mit einer ausgeprägten Skepsis betrachtet. Auf diese Weise überträgt Susanne ihren massiven Vertrauensverlust, der eigentlich in erster Linie der DDR gelten müßte, mit äußerster Konsequenz auf die BRD und ihre Institutionen. Hinzu treten Probleme mit dem Pluralismus und der Komplexität moderner Gesellschaften, die ein hohes Maß an eigenen Orientierungsleistungen abverlangen, was auf Susanne fremd und bedrohlich wirkt. Am liebsten würde sie sich nach dem Zusammenbruch des präformierten und vertrauten Umfeldes, das die DDR für sie dargestellt hat, in die letzten Residuen einer überschaubaren und geordneten Welt zurückziehen, nämlich in den kleinen lebensweltlichen Nahbereich ihrer Herkunftsfamilie. Da ihr selber klar ist, daß dies allein zum Bestehen in der neuen Gesellschaft nicht ausreicht, verfolgt sie eine Defensivstrategie, in deren Rahmen sie einen sicheren beruflichen Platz am liebsten als Juristin im Öffentlichen Dienst anstrebt. So nimmt sie die neue Gesellschaftsform zwar als anomisch wahr, steuert aber hierin, auch weil sie von ihrem Lebensstandard keine Abstriche machen möchte, die Option der möglichst sicheren und verhältnismäßig gut bezahlten Nische als Richterin oder Staatsanwältin an. Sie versucht sich also trotz ihrer inneren Rückzugstendenz möglichst günstig zu platzieren.

**Carsten** reagiert auf Momente der Leistungsbewertung geradezu allergisch. So waren für ihn schon zu Zeiten der DDR die rein symbolischen Gratifikationen für die engagierteren Mitglieder der staatlichen Jugendorganisationen - z.B. das frühere Aushändigen von Pionierhalstüchern - mit dem Gefühl verbunden, selber ausgeschlossen zu sein. Diese frühe negative Erfahrung versetzt ihn selber bis zum Ende des Systems in den Zustand einer inneren Distanz zu diesen Organisationen. Dennoch hat er später wenig Probleme, der SED beizutreten, als dies mit seinem Berufswunsch - Kriminalist -

obligatorisch verbunden ist. Auch hier nimmt Carsten wieder eine randständige Position ein: Die Parteiversammlungen werden einfach ausgesessen, Carsten entwickelt keine weitergehenden Ambitionen. Der Austritt erfolgt bereits kurz nach der Wende, so daß sich insgesamt die Parteimitgliedschaft als vorübergehende Episode darstellt. Die Wende erlebt Carsten in ihren ersten Anfängen als aufregende und zukunfts offene Zeit, seine kurzfristige Hochstimmung erfährt jedoch schon bald einen Abbruch. Enttäuscht ist er vor allem über die Dominanz einer Konsumorientierung und einer politischen Apathie von Seiten der Bevölkerung, die in seiner Wahrnehmung das Geschehen bestimmen. In der Entwicklungstendenz der neuen Gesellschaftsordnung macht er vor allem aufgrund der im Vergleich zum alten System bedeutend höheren und forcierten Leistungsorientierung ein starkes Bedrohungspotential aus. Demnach reichen die ökonomischen Imperative so weit in die anderen sozialen Sphären hinein, daß in diesen kaum noch eigenständige Entscheidungen getroffen werden können. Dabei besteht die Tendenz, die wirklichen Bedürfnisse der Menschen sowohl in der Arbeitswelt wie im Konsum zu mißachten und ferner die Folgekosten dieser Wirtschaftsweise in Form von Arbeitslosigkeit und Niedriglöhnen auf die Arbeitnehmer abzuwälzen. Wie zugunsten der egoistischen Interessen ökonomischer Akteure das Allgemeinwohl verschlechtert wird, das ist im Bezug auf die Bundesrepublik das zentrale Thema für Carsten nicht zuletzt deshalb, weil er seine eigene Zukunft als ungewiß und prekär erlebt.

**Frank** sieht in sich auch heute noch einen bekennenden DDR-Bürger. Zwar räumt er ein, daß in der DDR viel Unrecht geschah, er ist aber trotzdem selber froh, dort aufgewachsen zu sein. Seine positive Grundeinstellung speist sich dabei nicht aus einer politischen Orientierung, sondern aus dem Miteinander im Kollektiv, den Selbstentfaltungsmöglichkeiten im Kontext einer Gemeinschaft Gleichgesinnter, wie er sie in der DDR erlebt hat, und nicht zuletzt aus einer Bindung an die heimatliche Landschaft. Entscheidend ist für ihn eine Qualität der Sozialbeziehungen, wie sie ihm im Rahmen der alten Bundesrepublik nicht möglich scheint und die er seit der Wende auch im Osten zunehmend bedroht sieht. Desweiteren hält Frank die Sozialpolitik der DDR für mustergültig, die weitgehende staatliche Politisierung der Gesellschaft und die Bekämpfung von oppositionellen Bestrebungen dagegen für falsch. Im Zuge der Wende hätte er selber (wie Barbara) den "Dritten Weg" bevorzugt, insbesondere eine Kombination der Sozialpolitik der DDR mit einer sensiblen und gestaltbaren Basisdemokratie. Faktisch, so erlebt es Frank, wurde Ostdeutschland jedoch ein fremdes System übergestülpt. Die dominierende ökonomische Sphäre wird darin besonders kritisch beurteilt, da die Notwendigkeiten wirtschaftlichen Wachstums, die hohen Mobilitätsanforderungen und Geld als dominantes Gut eine enorme Belastung der menschlichen Beziehungen darstellen. Die Rolle der Politik reduziert sich dabei auf kompensatorische Maßnahmen, wobei sie häufig der Macht des Geldes unterliegt. Die sozialen Bedingungen des für Frank positiv konnotierten Miteinanders in der DDR sieht er in diesem Zusammenhang unwiderruflich zerstört, denn an ihre Stelle ist eine zwangsindividualisierende Marktwirtschaft getreten, die die Menschen in verschiedene Einkommensschichten spaltet. Da Frank auf nahestehende Andere besonders angewiesen ist, erscheint ihm diese Erosion von Gemeinschaften äußerst bedrohlich, mit dem Siegeszug der neuen Gesellschaftsordnung (bzw. der alten der Bundesrepublik) sind jedoch aus seiner Sicht die Chancen



einer humaneren gemeinschaftsorientierten Gesellschaftsform weitgehend verlorengegangen. Dies ist nicht nur wegen der überbordenden Macht der Marktwirtschaft der Fall, sondern auch, weil Frank sich in den über Jahrzehnte an dieses System adaptierten Westdeutschen vorwiegend mit Lebensentwürfen konfrontiert sieht, die durch eine alles überdeckende Konsumorientierung und in diesem Zusammenhang durch Engherzigkeit und Eigennutzenorientierung gekennzeichnet sind, durch eine Entwicklung also, die nun auch dem Osten droht.

Mit dem Besuch der EOS zum Schuljahr 1989/90 in der nächstgelegenen Kleinstadt erschließt sich für **Jana** eine neue Welt, fern des kleinen Dorfes im katholisch geprägten Eichsfeld, wo sie keinen Anschluß fand. Die Wende ereignet sich in dieser Zeit und erscheint ihr zuerst nur als biographisches Randereignis, das sie allenfalls als Fortsetzung des seit dem Ortswechsel begonnenen Freisetzungsprozesses aus der Enge des dörflichen Milieus wahrnimmt. Dieser Freisetzungsprozeß ist jedoch nicht einfach positiv besetzt. Jana sie weiß mit den neugewonnenen Freiheiten wenig anzufangen, denn die Erfahrung einer bedrohlichen, fremden, unzugänglichen und übergroßen Umwelt macht ihr, die sie aus einer überschaubaren, wenn auch zu eng gewordenen ländlichen Umgebung stammt, enorm zu schaffen. Dieser biographischen Grunddisposition gemäß nimmt Jana auch die neue Gesellschaftsordnung wahr: sie scheint ihr geprägt durch einen kompetitiven Individualismus, der zu veränderten zwischenmenschlichen Beziehungen, dem Ideal des Leistungsprinzips sowie zur Dominanz ökonomischer Kalküle führt. Nun sind es primär Statuspositionen und Schichtzugehörigkeiten, die den Wert eines Menschen definieren. Erkennbar entspringt Janas Zurückhaltung gegenüber der neuen Gesellschaftsordnung ihrem individuellen Leiden an den Ausgrenzungserfahrungen als "Mädchen vom Lande". Zwar ist anzunehmen, daß diese Erfahrung fehlender Zugehörigkeit auch bei einem Fortbestehen der alten DDR eingetreten wäre - insofern bewegt sich Jana an der Grenze zu den Biographietypen, für welche die Wende ohne biographische Relevanz ist -, aber zweifellos wurde ihre Unsicherheit durch den Wechsel der Gesellschaftssysteme noch verstärkt.

### *Fazit*

Die Wende bzw. die gesellschaftliche Transformation nahm auf vielen verschiedenen Ebenen und in vielerlei Hinsicht Einfluß auf die Lebensorientierungen der von ihr Betroffenen. Zwei wesentliche Aspekte dieses Wandlungsprozesses sind die Freisetzung - in einigen Fällen (etwa bei Susanne oder Frank) auch der Fortfall - biographischer Handlungsmöglichkeiten und die Eröffnung ganz neuer Optionen in der Studien- bzw. Berufswahl. Auch wenn sich das Gros der Interviewten durch den Zusammenbruch der DDR am Anfang allenfalls indirekt betroffen fühlte, führten vor allem diese beiden Aspekte auf längere Sicht bei den meisten zu grundlegenden Veränderungen ihrer Lebenssituation. Selbst diejenigen, die hier unter der Rubrik "Wende ohne biographische Relevanz" eingeordnet wurden, haben gewisse Veränderungen in ihrem Leben zu spüren bekommen. Diese waren jedoch nicht so stark, daß sie grundlegend auf die biographische Struktur durchgeschlagen hätten.

In den biographischen Interviews wird der Vereinigungsprozeß von allen Befragten als Verbesserung der Rahmenbedingungen für Freiheit und individuelle Entfaltung wahrgenommen, - selbst von solch dezidiert skeptischen Betrachtern wie Carsten oder Rolf, die zwar von einer Verschlechterung für *andere* ausgehen, für sich *selber* aber mehr Vor- als Nachteile sehen. Differenzen liegen vielmehr im Stellenwert dieses Punktes im Vergleich zu anderen Aspekten, beispielsweise der beruflichen und sozialen Sicherheit.<sup>284</sup> Eindeutig ist niemand dabei, der sich die politischen Verhältnisse der DDR zurückwünscht; ferner sehen die meisten - außer Rolf und mit Einschränkungen Carsten<sup>285</sup> - keine Alternative zur bundesrepublikanischen Gesellschaftsform und suchen deshalb auch keine.<sup>286</sup>

### ***Der Zusammenhang von Biographie und Typen der Solidaritätsorientierung***

Um den Zusammenhang von biographischen Aspekten mit der Solidaritätsorientierung zu bestimmen, sind zwei Vergleichsdurchgänge sinnvoll. In einem ersten Durchgang sollen die beiden Vertreter eines Solidaritätstypus untereinander verglichen werden, um auf diese Weise ihre Gemeinsamkeiten und Unterschiede hervorzuheben. Danach werden in einem zweiten Durchgang "Cluster" bzw. "Bündel" von ähnlichen Biographien mit den Solidaritätstypen verglichen. Dabei wird sich zeigen, daß es zwar keine klare Eins-Zu-Eins-Abbildung von den Biographien auf die Solidaritätsorientierungen gibt, daß aber benennbare Zusammenhänge existieren, auf deren Grundlage sich Befunde formulieren lassen, die im anschließenden Gesamtfazit vorgestellt werden sollen.

#### *a) Biographischer Vergleich zwischen den Angehörigen der jeweiligen Solidaritätstypen*

In diesem ersten Durchgang sollen die beiden Angehörigen eines Solidaritätstypus direkt in ihren biographischen Aspekten miteinander verglichen werden. Immer wenn die beiden Vertreter eines Solidaritätstypus in einem Aspekt übereinstimmen, sind sie im folgenden Schaubild mit einer farbig markierten Ellipse unterlegt. Dabei wird deutlich, daß insbesondere der Aspekt der *Bedeutung und Struktur sozialer Beziehungen* sehr ergiebig ist. Aber auch die anderen drei Aspekte, die *Sicherheitsgrundlage der biographischen Entwicklung*, die *Wahrnehmung und Einbindung in die Fachkultur* und die *Einstellung zum jeweiligen Gesellschaftssystem* können für die Bestimmung des Zusammenhangs von Biographie und Solidaritätsorientierung hilfreich sein.

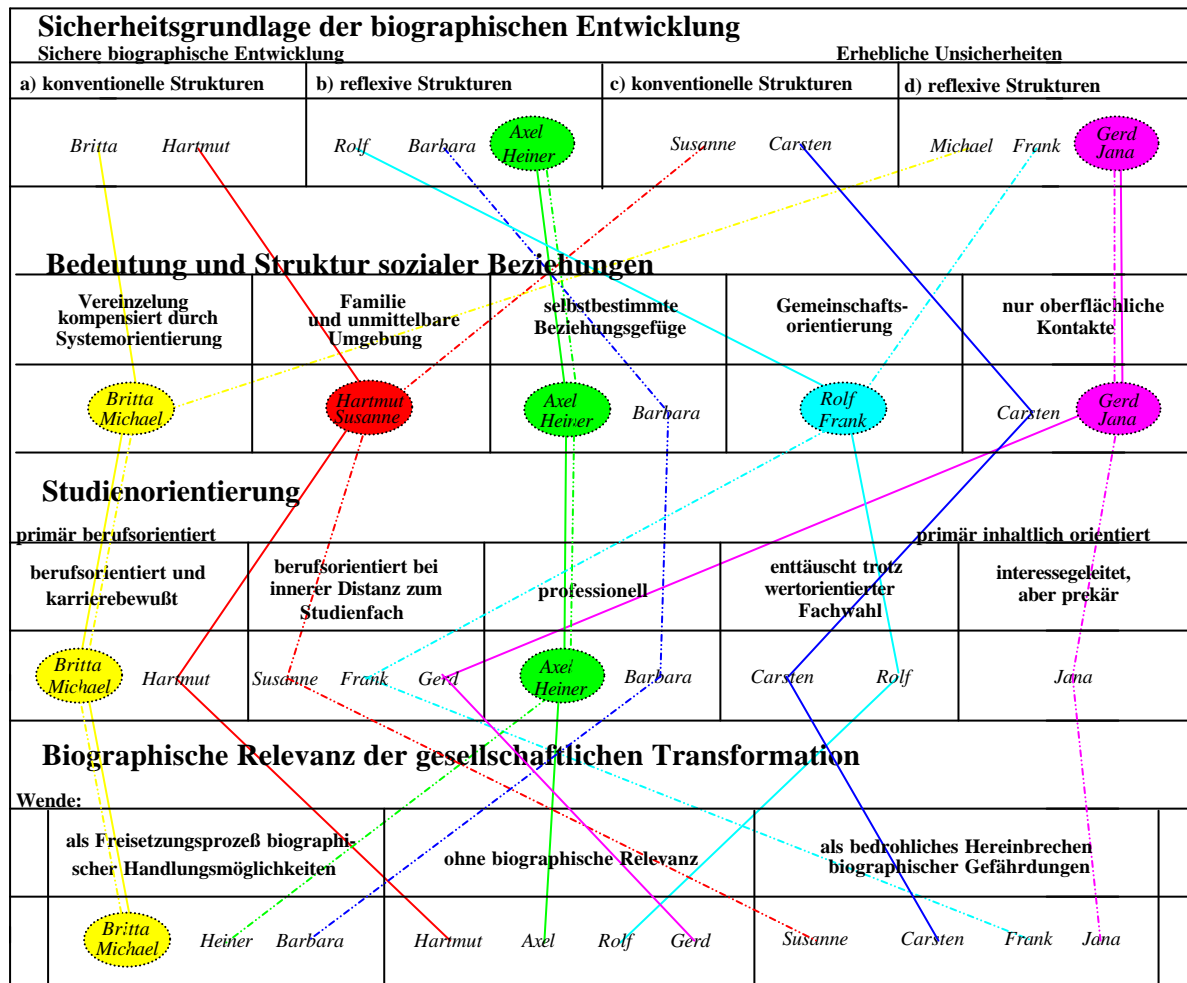
Die Vertreter der **Marktliberalen Orientierung** weisen klare Defizite in ihren lebensweltlichen Beziehungen auf, wobei diesem Umstand selbst wiederum ganz unterschiedliche Genesen zugrundeliegen. Während *Britta* schon immer als Einzelkämpferin und in Konkurrenz zu anderen

---

<sup>284</sup> Vergleiche auch Bütow (1995: 99).

<sup>285</sup> Rolf geht implizit, allerdings ohne die Schwierigkeiten zu reflektieren, davon aus, daß man die gesellschaftlichen Teilsysteme durch brüderliches gemeinschaftliches Handeln substituieren könnte. Carsten würde am liebsten eine demokratisch kontrollierte Planwirtschaft einführen, ist sich aber nicht sicher, ob dies funktionieren würde.

<sup>286</sup> Nach Ansicht von Frank und Barbara hätte zwar im Zuge der Wende eine Möglichkeit für den "Dritten Weg" bestanden, diese Chance sehen sie jedoch mittlerweile als vertan an.



**Gesamtübersicht:** Verknüpfung der vier biographischen Aspekte

handelt, weil sie sich, gestützt auf den sicheren Hintergrund des familialen Kontextes, um den Erhalt lebensweltlicher Bezüge niemals zu kümmern brauchte, ist es bei *Michael*, der aus einer zerrütteten Familie stammt, die vergebliche Suche nach Wärme und Zugehörigkeit, die ihn in die Vereinzelung treibt. Aus dieser Differenz ergeben sich die Unterschiede in der Sicherheitsgrundlage der biographischen Entwicklung. Wie gut oder schlecht aber die lebensweltliche Verankerung zuvor auch immer war, sie wird jedenfalls fast gänzlich zurückgedrängt, weil sich in beiden Fällen die Orientierung an funktionalen Teilsystemen in den Vordergrund schiebt. Die Systemerhaltung und -expansion gewinnt damit eine überragende Bedeutung vor allen anderen Orientierungen. Dies beinhaltet die ungehinderte Freisetzung des kapitalistischen Konkurrenzmechanismus sowie das Eingeständnis, selber eine kapitalistische Seele zu besitzen. *Britta* und *Michael* sind ferner beide stark berufs- und karriereorientiert sowie auf individuelles Freiheitsstreben und materiellen Konsum ausgerichtet. Auch die Wende wurde in diesem Sinne als Freisetzungszustand biographischer Handlungsmöglichkeiten erlebt. Die Vereinseitigung der biographischen Orientierung durch die weitgehende Inkorporation der Rationalität funktionaler Teilsysteme der Gesellschaft, besonders des ökonomischen Systems, steht damit in einem strukturellen Passungsverhältnis zu der funktionalen

Differenzierung der Gesellschaft und führt letztlich in eine hohe inhaltliche und strukturelle Übereinstimmung von biographischer und solidarischer Orientierung.

Beide Angehörige des Solidaritätstypus der **Leistungsorientierung mit restriktiver Unterstützung Benachteiligter** haben hohe materielle Aspirationen und erleben gleichzeitig aus nächster Nähe, daß lebensweltliche Bindungen mehr und mehr an Bedeutung verlieren. Anders als beim vorausgehend behandelten Typus waren diese lebensweltlichen Bindungen für die Betroffenen selbst jedoch einmal von zentraler Bedeutung. Mittlerweile konzentrieren sie sich in dieser Hinsicht stark auf die jeweilige Herkunftsfamilie, eventuell noch auf die unmittelbare Umgebung, wobei sie sich darüber im klaren sind, daß diese als Grundlage der Existenzsicherung nicht ausreichend sein können. Daher wird die Sicherheitsgrundlage der biographischen Entwicklung zunehmend in die berufliche Sphäre verlagert. Hier beginnen die Unterschiede zwischen den beiden Typenvertretern. Während *Hartmut* berufsorientiert und karrierebewußt operiert, sich stark mit seinem Studienfach identifiziert und sich den biographischen Herausforderungen, besonders den Leistungsanforderungen, die das neue System mit sich bringt, offensiv und affirmativ stellen will, bedeutet die Wende für *Susanne* ein bedrohliches Hereinbrechen biographischer Gefährdungen und massive Orientierungsverluste, wodurch auch die Sicherheitsgrundlage ihrer biographischen Orientierung weggebrochen ist. Die herbe Ent-Täuschung einer DDR, die sich nach dem Zusammenbruch als nur *scheinbar* heile Welt entpuppte, hat Susanne bis heute nicht verkraftet; sie fragt sich, ob das neue Gesellschaftssystem nicht ebenso auf "*Lug und Trug*" beruht. Nicht zuletzt kann sie sich nur wenig mit ihrem Studienfach identifizieren, das sie primär aufgrund der Berufsaussichten gewählt hat. Aus dem Grundgefühl der eigenen Unsicherheit heraus erwächst auch ihr Mitgefühl für die Schwächeren und Ausgeschlossenen. *Hartmut* vermittelt dagegen den Gesamteindruck einer eigentümlich unvermittelten Ambivalenzstruktur, die sich zwischen einer partikularistischen Familienorientierung und einer Affirmation des ökonomischen Systems einschließlich seiner immanenten Härten bewegt. Für *beide* ist die Orientierung an den funktionalen gesellschaftlichen Teilsystemen dominant, aber keineswegs so ungebrochen wie beim vorangehenden Typus, denn es bestehen auch noch starke Bindungen an eine Lebenswelt (primär die Familie), die allerdings als residual und auf dem Rückzug befindlich wahrgenommen wird. Daher hat die lebensweltliche Orientierung der beiden auch eher traditionellen Charakter und weist kaum Momente einer kommunikativen Rationalisierung auf. Dies ist auch der Grund, warum sowohl bei Susanne als auch bei Hartmut immer wieder überraschend partikularistische Elemente in die Solidaritätsorientierung einschließen.

Die Angehörigen des **Rationalen Typs** verfügen, indem sie sicher und bestimmt ihren Weg in die Gesellschaft gehen, über eine selbstbewußte, aber gleichzeitig reflexive biographische Grundlage. Sie strukturieren ihre sozialen Beziehungen in Form von selbstbestimmten Beziehungsgefügen, wobei sie sich vorzugsweise mit solchen Personen auseinandersetzen, die eine wechselseitige Befruchtung in fachlichen bzw. berufsbezogenen Fragen versprechen. Ferner sind beide intrinsisch stark für ihr Studienfach motiviert; ihnen gelingt nämlich eine sehr weitgehende Integration von eigenen Interessen und Studienfach, wobei die zukünftigen Verdienstmöglichkeiten von geringer Bedeutung sind. *Axel*

kann in beiden Gesellschaftstypen gut leben, weswegen die Wende für ihn von relativ geringer biographischer Relevanz bleibt. Er bringt allerdings auch eine nicht geringe Sensibilität für die Lage gesellschaftlicher Randgruppen auf, damit zusammenhängende Bedenken gegenüber der neuen Gesellschaftsform erfahren jedoch Entlastung durch das Vertrauen in gesellschaftliche Selbstregulationsmechanismen innerhalb von und zwischen Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit. Anders als Axel weist *Heiner* auch Momente des sozialen und politischen Engagements auf. Seine Orientierung beinhaltet ferner wie auch bei Axel die Resonanzfähigkeit für die Situation benachteiligter bzw. sozial schwacher Gruppen. Zustimmungsfähige Prinzipien und die daraus folgenden Handlungsorientierungen müssen aber nach Heiners Ansicht nicht nur gerecht und solidarisch, sondern auch umsetzbar sein und dürfen keine katastrophalen Folgewirkungen nach sich ziehen. Daher gilt für Heiner die Devise des überlegten Handelns als Grundlage für erfolgreiche Zielverwirklichung. *Beide* verfügen außerdem über die Fähigkeit der Perspektivübernahme und können sich in die Lage Benachteiligter versetzen. Dies macht sie offenbar resonanzfähig für deren Nöte. Gleichzeitig bleiben sie besonnen und verlangen keine Maßnahmen, die die Systeme in ihren Operationen gefährden könnten.

Der Typus der ***Solidarität durch zentrale politische Steuerung*** ist der einzige, bei dessen Angehörigen keine einzige biographische Übereinstimmung festgestellt werden kann. Selbst die sozialen Beziehungen, für alle anderen Typen ein nahezu eindeutiger Indikator, sind völlig unterschiedlich ausgeformt. Für *Carsten* wird die Wende und die mit ihr verbundene Etablierung einer dominanten Leistungsgesellschaft primär mit Blick auf das Risiko sozialer Spaltungen und Ausschlüsse wahrgenommen und verbindet sich auf diese Weise mit dem Grundgefühl basaler Unsicherheit, das seine gesamte biographische Struktur prägt. Carsten reagiert nämlich schon immer gegenüber möglichen biographischen Gefährdungen äußerst sensibel und legt ein Verhalten extremer Unsicherheitsabsorption an den Tag, das ihn auch dazu führt, im Rahmen seiner sozialen Kontakte äußerst zurückhaltend vorzugehen. Im Sinne dieser Unsicherheitsabsorption neigt er auch dazu, gesellschaftliche Probleme - einschließlich solcher der sozialen Integration - an die politische Sphäre abzudelegieren, ohne sich selber für diese Belange engagieren zu wollen, weder individuell noch im Rahmen kollektiver Aktionen. Gleichzeitig sind seine Forderungen eines radikalen Umbaus der Gesellschaft in Richtung Planwirtschaft sehr weitgehend. *Barbara* dagegen legt keinerlei Vermeidungsverhalten an den Tag, sondern folgt stringent ihren eigenen Interessen. Sie verfügt über eine sichere biographische Grundlage, ein selbstgeknüpftes Beziehungsnetz und bewegt sich in ihrer Studienfachwahl zwischen Orientierungssuche und hoher Identifikation mit der zukünftigen Berufstätigkeit, wobei die Wende ihr erst das entsprechende Psychologiestudium ermöglicht hat. Fast paradox mutet vor diesem Hintergrund ihre skeptische Distanz gegenüber dem neuen Gesellschaftssystem an. Barbara ist jedoch sensibel für soziale Disparitäten und plädiert daher für entsprechende politische Interventionen, die allerdings vorsichtig erfolgen sollen. Sie will das System anders als Carsten nicht völlig umbauen, sondern visiert lediglich gewisse Modifikationen an. Die Befürwortung politischer Eingriffe in Fragen der Solidarität bzw. der sozialen Integration resultiert

letztlich aus dem Bedürfnis, lästige Fragen nicht selber bearbeiten zu müssen, sondern abdelegieren zu wollen. Daneben plädiert Barbara - worin sich ihre distinktive Grundhaltung ausdrückt - auch für je individuelle Auswege aus der Arbeitsgesellschaft, die aber nicht konsequent zu Ende gedacht werden.

Wie sich zeigt, sind die biographischen Grundlagen der Solidaritätsorientierung beim Typus "Solidarität durch zentrale politische Steuerung" am disparatesten. Dies liegt offensichtlich daran, daß das Abdelegieren bestimmter Probleme an den Staat - darunter eben auch solcher der Solidaritätsproblematik - aus sehr verschiedenen Gründen erfolgen kann.

Die beiden Vertreter des *Emotional-Gemeinschaftsbezogenen Typs*, *Rolf* und *Frank*, stimmen vor allem in ihrer Orientierung auf Gemeinschaften Gleichgesinnter überein. Außerdem sind beide, wenn auch in verschiedener Hinsicht, mit ihrem Studienfach unzufrieden, was sie noch weiter in ihrer Orientierung bestärkt, da ihnen Gemeinschaften als Substitut für den prekären Weg in die Gesellschaft erscheinen. In der Sicherheitsgrundlage der biographischen Entwicklung differieren sie dagegen stark; zwar sind beide reflexive Typen, aber während Rolf sich seiner Sache sehr sicher ist und überhaupt sehr selbstbewußt auftritt, fühlt sich Frank stark verunsichert. Die Wende schließlich war für Rolf nahezu ohne biographische Relevanz, für Frank hingegen stellt sie eine massive Bedrohung dar, da er die Gemeinschaften Gleichgesinnter, auf die er stark angewiesen ist, im Rahmen der neuen Gesellschaftsordnung zunehmend schwinden sieht. Alles in allem ist die Gemeinschaftsorientierung für beide von derart zentraler Bedeutung, daß die anderen biographischen Aspekte demgegenüber stark zurücktreten. Der Emotional-Gemeinschaftsbezogene Typ ist gewissermaßen ein Komplementärtypus zum Typ der Marktliberalen Orientierung: während sich die marktliberal Orientierten primär auf das ökonomische System ausrichten, orientiert sich der Emotional-Gemeinschaftsbezogene Typ fast völlig auf einen ganz bestimmten Teilbereich der Lebenswelt, nämlich auf besagte Gemeinschaften Gleichgesinnter. Bei den einen wird die Lebenswelt nahezu völlig ausgeblendet und das System in den Mittelpunkt aller basalen Entscheidungen gerückt, bei den anderen verhält es sich genau umgekehrt. Allerdings muß in dieser Hinsicht mit Blick auf Frank eine Einschränkung gemacht werden. Eine grundlegende Differenz zwischen Rolf und Frank liegt nämlich in der Einschätzung der Bedeutung bzw. möglichen Kraft solcher Gemeinschaften. *Rolf* geht davon aus, daß gemeinschaftsförmige Strukturen sogar die Leistungen differenzierter Teilsysteme substituieren könnten; daß beispielsweise die Allokation knapper Güter statt auf dem Konkurrenzmechanismus ebenso auf der Basis rücksichtsvoller und verständnisgeleiteter Aushandlungsprozesse, bei denen die Beteiligten füreinander nur das Beste wollen, erfolgen könnte. *Frank* dagegen folgt seiner am egalitären Ideal ausgerichteten Solidaritätsorientierung nicht bedenkenlos, sondern stellt auch auf der Grundlage der Kenntnisse, die er in seinem Studienfach (BWL) erworben hat, die soziale Realität der gegebenen Gesellschafts- bzw. Wirtschaftsordnung in Rechnung. Er weiß zu letzterer keine Alternative, muß jedoch gleichzeitig mit ansehen, wie eben diese Wirtschaftsordnung die in ihr involvierten Subjekte in eine scharfe Konkurrenzsituation versetzt und dabei gemeinschaftliche Potentiale aufzehrt. Franks Gemeinschaftsorientierung beruht auf

Lebenserfahrungen, die er eindeutig im Kontext der DDR verortet und heute noch in den Ostdeutschen nachwirken sieht, während ihm die Westdeutschen nach 40 Jahren Kapitalismus stark deformiert erscheinen. Dieses Schicksal droht nun auch den Ostdeutschen.

Während sich also *beide* stark an Gemeinschaften orientieren und hierin die wahre und erstrebenswerte Lebensform sehen, unterscheiden sie sich drastisch hinsichtlich der sozialen Kraft, die sie diesen Gemeinschaften zuschreiben. Frank ist realistisch und gleichzeitig defensiv eingestellt, Rolf ist offensiv bei weitgehender Ausblendung der sozialen Realität. Letzterem hilft die dominante Stellung im Umgang mit anderen und sein spontaner Aktivismus meist, sich über die gesellschaftlichen Härten hinwegzutäuschen.

Die sozialen Beziehungen der Angehörigen des *Diffusen Typs* sind tendenziell eingeschränkt und bestehen allenfalls in Form oberflächlicher Kontakte: *Jana* verfügt über keine persönlichen Kontakte, *Gerd* bricht diese abrupt ab, wenn sie ihm zu persönlich werden. Diese Eigenschaft teilen die Typenvertreter zwar mit den Angehörigen des Marktliberalen Typus, anders als letztere verfügen sie aber nicht über die sichere Grundlage einer kompensierenden System- und karrierebewußten Berufsorientierung. Sie sehen sich vielmehr und nicht nur auf diesem Feld mit massiven biographischen Unsicherheiten konfrontiert. Dabei haben sie so gravierende Probleme mit der eigenen Orientierungsfindung, daß sie sich kaum in der Lage sehen, sich eingehender mit gesellschaftlichen Problemen zu befassen, die über ihre eigene Lage hinausweisen. Die Bearbeitung von Fragen der Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit würde erfordern, daß man von der eigenen Situation abstrahiert, was den beiden im gegenwärtigen Stadium ihrer Persönlichkeitsentwicklung nicht möglich ist. Daher bleiben solche Problemstellungen auch weitgehend ohne Auswirkung auf Lebensführung und Entscheidungsfindung. *Gerd* weiß keine Alternative zu dem rücksichtslosen Operieren der Teilsysteme, kann sich aber anders als etwa Britta und Michael nicht vorbehaltlos an ihnen orientieren. Lange Zeit stand er seinem Studiengang distanziert gegenüber. Dies hat sich erst in der letzten Zeit gebessert, weil er durch einen Glücksfall auf einen Teilbereich gestoßen ist, der ihn begeistert. Dies könnte für die Zukunft auch eine sichere Grundlage der biographischen Orientierung bedeuten, hat sich aber zum Zeitpunkt des Interviews weder in der biographischen Sinnstruktur noch in der Soliaritätsorientierung niedergeschlagen. *Jana* geht bei Fragen der Lebensbewältigung hart an ihre eigenen Leistungsgrenzen; sie zeigt ein Verhalten, das sie zur Kompensation ihrer biographischen Defizite an den Tag legt. Sich das nötige Wissen zur Formulierung einer differenzierteren Soli-  
daritätsorientierung anzueignen, scheitert daher schon allein an den Leistungsgrenzen, die sie bereits im Rahmen ihrer privaten Problembearbeitung ständig überschreitet. Darüber hinaus sind die Berufsaussichten ihres Studienganges prekär. Die Wende wurde eher als Vergrößerung der Unsicherheitspotentiale erfahren, was eine weitere Belastung bei der Bearbeitung ihrer Probleme bedeutet.

Alles in allem haben beide Angehörigen dieses Typus enorme Probleme mit der eigenen Orientierungs- bzw. Identitätsfindung und sind daher objektiv nicht in der Lage, sich mit gesellschaftlichen

Problemen zu befassen. Nicht zuletzt würde es ihnen hierzu auch an klarer Strukturierung, Universalisierungsfähigkeit und generell am nötigen Detailwissen fehlen.

**Fazit:** Vergleicht man jeweils die beiden Vertreter eines Typus miteinander, so zeigt sich, daß bis auf eine Ausnahme die Bedeutung und Struktur sozialer Beziehungen für die Ausprägung der Solidaritätsorientierung basal ist: Vertreter der *Marktliberalen Orientierung* kompensieren bzw. forcieren ihre Vereinzelung durch die Orientierung an funktionalen Systemen, Angehörige des Solidaritätstypus der *Leistungsorientierung mit restriktiver Unterstützung Benachteiligter* orientieren sich an ihrer Herkunftsfamilie und ihrer unmittelbaren Umgebung, wobei sie sich, diachronisch betrachtet, zunehmend von diesen fortbewegen und eine günstige Platzierung in den Systemen anstreben. Die Angehörigen des *Rationalen Typs* strukturieren ihre sozialen Beziehungen in Form von selbstbestimmten Beziehungsgefügen, die stark mit der angestrebten Berufstätigkeit zusammenhängen, der *Emotional-Gemeinschaftsbezogene Typ* orientiert sich auf Gemeinschaften Gleichgesinnter hin, und die Vertreter des *Diffusen Typs* haben entweder keine oder nur oberflächliche persönliche Kontakte, gleichzeitig vermögen sie dieses Defizit aber nicht durch eine gesteigerte Systemorientierung zu kompensieren.

Allerdings konnte für einen der sechs Solidaritätstypen, nämlich den Typus der *Solidarität durch zentrale politische Steuerung*, weder in diesem noch in den anderen Punkten eine Übereinstimmung in den biographischen Aspekten ausgemacht werden. Was diesen Typus kennzeichnet, das Abdelegieren bestimmter Probleme an den Staat, darunter eben auch solcher der Solidaritätsproblematik, kann offenbar aus sehr verschiedenen Gründen erfolgen.<sup>287</sup>

Die drei anderen biographischen Aspekte haben im Vergleich zur Bedeutung und Struktur sozialer Beziehungen nur partielle Erklärungskraft. Wie sicher oder unsicher die eigene biographische Entwicklung verläuft, ob man eine konventionelle Anbindung an vorstrukturierte Lebensbereiche sucht oder sich zuerst reflexiv seiner selbst vergewissern will und dabei eventuell neue Möglichkeiten erwägt, spielt offenbar nur beim Diffusen und beim Rationalen Typus eine wichtige Rolle, denn ansonsten kann innerhalb der Typen eine breite Streuung festgestellt werden. Beim Rationalen Typus handelt es sich um eine sehr voraussetzungsreiche Solidaritätsorientierung, die offensichtlich durch eine sichere, aber auch reflexive Grundlage der biographischen Entwicklung begünstigt wird. Für den Diffusen Typus dagegen ist eine unsichere biographische Struktur bei gleichzeitig mitlaufenden Reflexionen über gerade diese Unsicherheit charakteristisch.

Die Studienorientierung ist für den Marktliberal Orientierten und den Rationalen Typus von Bedeutung. Für den Rationalen Solidaritätstypus gilt dies schon allein deshalb, weil sich die sozialen Beziehungen stark an den beruflichen bzw. fachlichen Ambitionen ausrichten, aber auch, weil die mit einer professionellen Orientierung einhergehende Sicherheit offenbar eine günstige Voraussetzung für eine differenzierte Solidaritätsorientierung darstellt. Für den Marktliberalen Typus ist es dagegen

---

<sup>287</sup> Diese Solidaritätsorientierung könnte folglich vor dem biographischen Hintergrund noch weiter differenziert werden in einem Schritt, der einer eingehenderen Untersuchung bedürfte und in der vorliegenden Arbeit schon allein aus Platzgründen nicht mehr vollzogen werden kann.

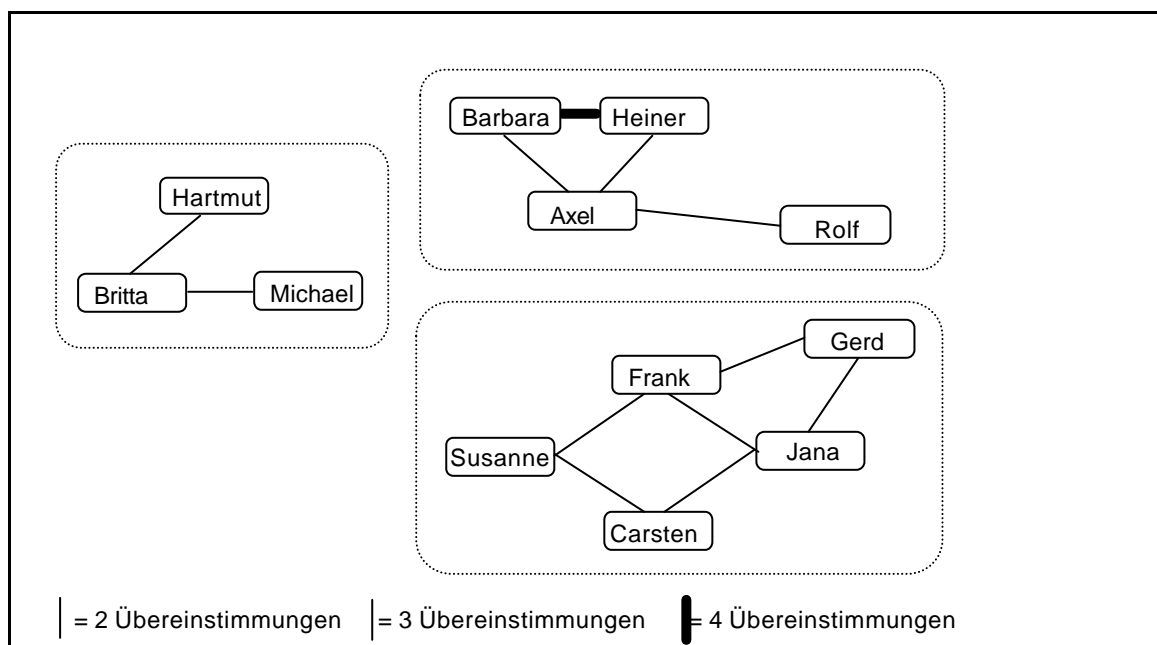


zentral, daß die eigene Existenz im Rahmen einer markliberal verfaßten Gesellschaft nicht nur gesichert sein muß, sondern daß die (künftige) eigene Berufstätigkeit auch die Nutzung der materiellen Angebote einer solchen Gesellschaft ermöglicht. In diesem Sinne - und damit komme ich zum letzten Aspekt - wird die Wende auch von den Angehörigen dieses Typus eindeutig als Freisetzungszustand biographischer Handlungsmöglichkeiten erlebt, während bei den anderen Solidaritätstypen wieder verschiedene Kombinationen auftreten. Der Umstand, wie man die Wende erlebt hat, spielt vor allem für den Marktliberalen Typus eine Rolle, der ja durch diese Entwicklung eigentlich erst ermöglicht wurde, während die anderen Typen ähnlich wie bei der Sicherheitsgrundlage der biographischen Entwicklung keine klare Zuordnung erkennen lassen.

Für diejenigen Solidaritätstypen, deren Typenvertreter sich nicht gemeinsam in einem Aspekt treffen, soll damit nicht behauptet werden, daß der jeweilige Aspekt gänzlich ohne Bedeutung ist, jedoch kann ex negativo geschlossen werden, daß er in diesem Fall keine notwendige Voraussetzung für die Ausbildung der jeweiligen Solidaritätsorientierung ist.

#### *b) Vergleich zwischen biographischen Clustern und den Solidaritätstypen*

In diesem Durchgang werden auf der Grundlage der vier biographischen Aspekte "Bündel" bzw. "Cluster" aus den Einzelfällen zusammengefaßt, um auf diese Weise Gruppen von ähnlichen Biographien zu bilden. Wie man sieht, gibt die folgende Darstellung drei klar voneinander getrennte Netzwerke von Übereinstimmungen wieder (wobei allerdings einfache Übereinstimmungen aus Gründen der Übersichtlichkeit weggelassen wurden)<sup>288</sup>:



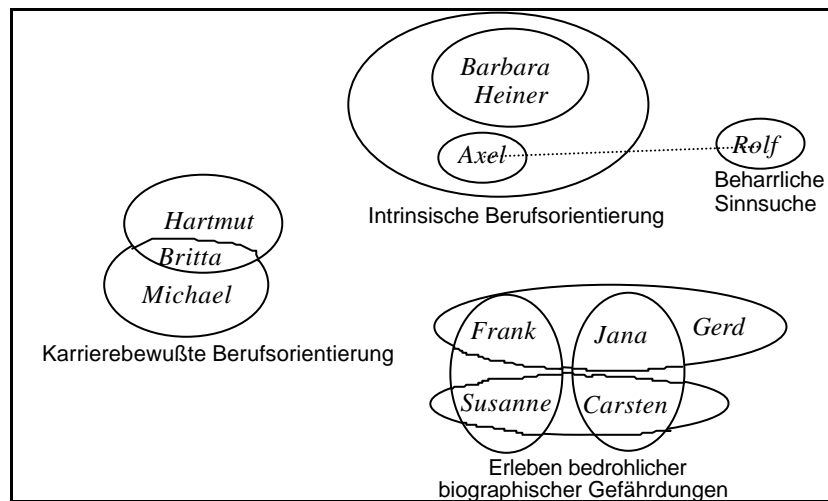
**Schaubild:** Muster der Übereinstimmungen in den biographischen Aspekten

<sup>288</sup> Hätte man auch die einfachen Übereinstimmungen hinzugefügt, dann wäre deutlich geworden, daß letztlich alle Fälle direkt oder indirekt miteinander zusammenhängen. Aber auch in diesem Fall kann man ein mit dem obigen Schaubild identisches Muster von "Bündeln" herausarbeiten.

Diese Netzwerke lassen sich in einem nächsten Schritt zu Bündeln bzw. Clustern zusammenfassen, die durch ihr wichtigstes gemeinsames Merkmal charakterisiert werden können. Dabei erscheint es im Fall von *Rolf* sinnvoll, ihm ein eigenes Cluster zuzuweisen, da die Verbindung zu Axel, Barbara und Heiner recht schwach ausgebildet ist. Außerdem differiert er auch inhaltlich stark von dieser Gruppe, so daß eine eigene Kennzeichnung angeraten ist.

Bei den Clustern "Erleben bedrohlicher biographischer Gefährdungen" und "Karrierebewußte Berufsorientierung" rechtfertigt sich die Gruppenzugehörigkeit aus der Verschränkungsstruktur der kleineren Kreise. Dabei wird das Prinzip der Familienähnlichkeit (nach Wittgenstein 1984: § 65ff) zur Bündelung von Gemeinsamkeiten herangezogen, denn hier übergreifen und kreuzen sich die verschiedenen Ähnlichkeiten, die zwischen den Gliedern einer Gruppe bestehen. (Vergl. ebenda: § 67)

Unter den Clustern bezeichnen im Schaubild kurze Charakterisierungen die Gemeinsamkeit, die alle im jeweiligen Cluster aufgeführten Fälle miteinander verbindet. Was also Frank, Jana, Gerd, Susanne und Carsten gemeinsam haben, ist das Erleben bedrohlicher biographischer Gefährdungen. Analoges gilt für die anderen Cluster: Hartmut, Britta und Michael zeichnen sich durch eine karrierebewußte Berufsorientierung aus; Barbara, Heiner und Axel durch eine intrinsische Berufsorientierung<sup>289</sup>; Rolf schließlich ist alleiniger Vertreter einer Haltung der beharrlichen Sinnsuche, die für ihn (wie wir wissen, in Form der Suche nach einer Gemeinschaft gelebter Brüderlichkeit) eine zentrale biographische Orientierung ausmacht.



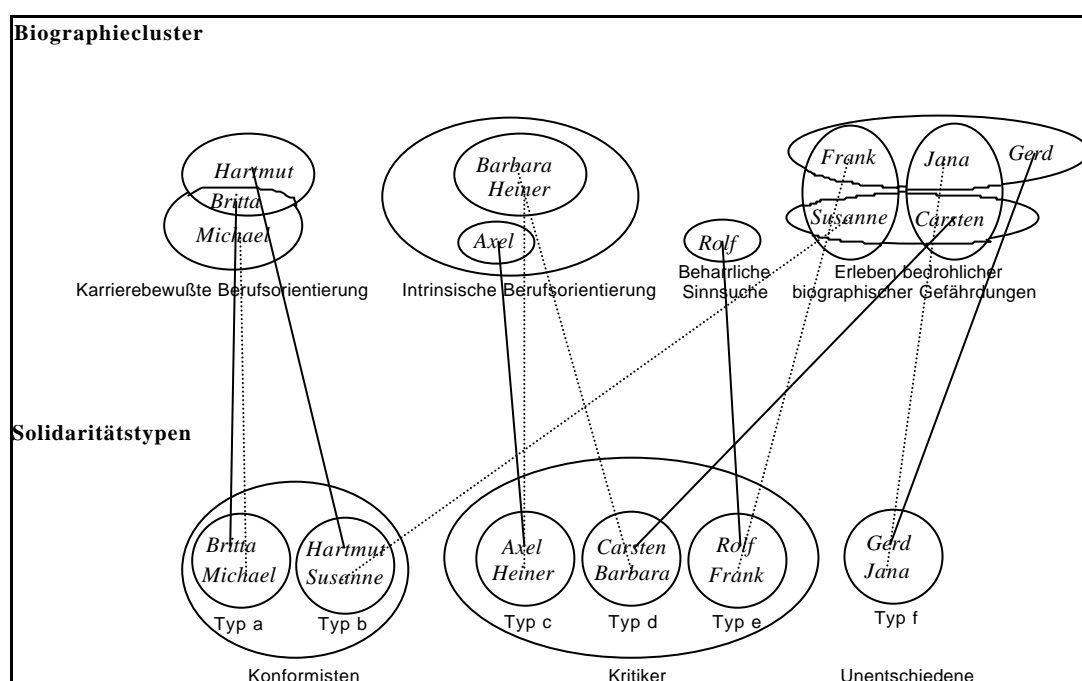
**Schaubild:** Clusterbildung auf der Grundlage der biographischen Aspekte

In einem weiteren Schritt können nun die Cluster mit den Solidaritätstypen verglichen werden, und zwar indem man jeweils zwischen jedem Einzelfall eine Verbindungslinie zieht und auf diese Weise einen Überblick darüber gewinnt, wie die biographischen Aspekte in ihrem Zusammenwirken mit den Solidaritätstypen verknüpft sind.

Auf den ersten Blick ist ersichtlich, daß keine klare Eins-Zu-Eins-Übereinstimmung zwischen Biographieclustern und Solidaritätstypen vorliegt. Immerhin gibt es jedoch einige *eindeutige*

<sup>289</sup> Im Fall von Barbara, Heiner und Axel handelt es sich nicht um Familienähnlichkeiten, sondern um eine Kern- und eine umfassendere Gruppe.

**Verbindungen**<sup>290</sup>: so sind 1) die Angehörigen des *Marktliberalen Typs a* durch eine karrierebewußte Berufsorientierung gekennzeichnet, die mit einer starken Tendenz zur Vereinzelung in den sozialen Kontakten einhergeht; gleichzeitig wurde die Wende von den Angehörigen dieses Typus als Freisetzungsprozess biographischer Handlungsmöglichkeiten erfahren. 2) Auch bei dem *Rationalen Typ c* ist die Verbindung ziemlich deutlich. Beide Typenrepräsentanten haben eine intrinsische, auf Professionalisierung ausgerichtete Berufsorientierung, ihre Sozialbeziehungen beruhen auf der Grundlage selbstbestimmter Beziehungsgefüge und beide weisen eine reflexive und sichere Grundhaltung auf. Schließlich hat 3) auch der *Diffuse Typ f* eine klare Zuordnung. Die Angehörigen dieses Typus erleben beide ihren Biographieverlauf als unsicher, außerdem haben sie entweder nur relativ oberflächliche oder gar keine persönlichen Sozialkontakte, finden aber gleichzeitig keine Substitute in einer Systemorientierung.<sup>291</sup>



**Schaubild:** Beziehung zwischen Solidaritätsorientierung und Biographieclustern

(Zur Erinnerung: Typ a = Marktliberale Orientierung; Typ b = Leistungsorientierung mit restriktiver Unterstützung Benachteiligter; Typ c = Rationaler Typ; Typ d = Solidarität durch zentrale politische Steuerung; Typ e = Emotional-Gemeinschaftsbezogener Typ; Typ f = Diffuser Typ)

Diesen eindeutigen Zuordnungen steht jedoch eine Anzahl **erklärungsbedürftiger Fälle** gegenüber:

1) *Hartmut* folgt zwar ebenso wie *Britta* und *Michael* einer karrierebewußten Berufsorientierung, kann eine Marktliberale Gesellschaft jedoch nicht vorbehaltlos gutheißen. Er tendiert dahin, sich selber weitgehend in die Leistungssphäre hineinzubegeben, und ferner stellt der Markt seiner Ansicht nach die tragende Säule der Gesellschaft dar, aber insbesondere die Tatsache, daß er seine Eltern

<sup>290</sup> Ich ziehe hier auch inhaltliche Gemeinsamkeiten heran, die nicht aus dem Schaubild hervorgehen, aber in den vorangehenden Abschnitten dieses Kapitels behandelt wurden.

<sup>291</sup> Interessanterweise ist *Gerd* gerade auf dem Feld der Karrierebewußten angekommen (im obigen Schaubild nicht wiedergegeben), was eine entsprechende "Nachrationalisierung" der Solidaritätsorientierung in Richtung auf den marktliberalen Typ zur Folge haben könnte. Immerhin finden sich auch entsprechende marktliberale Äußerungen innerhalb seiner diffusen Meinungsvielfalt.

von möglicher Armut bedroht sieht, läßt überraschend partikularistische Elemente in seine Solidaritätsorientierung einschließen. Auf Seiten der Gesellschaft wird daher anders als bei den Angehörigen des markoliberal orientierten Typs auch eine Pflicht gesehen, gewisse soziale und natürliche Kontingenzen auszugleichen. Hartmut hat aufgrund seiner biographischen Spezifik, insbesondere seiner Familienorientierung, das Schicksal der Benachteiligten vor Augen und kann sich davor nicht so konsequent verschließen wie die Vertreter des Marktliberalen Typus. Absehbar wird sich Hartmut jedoch immer weiter von seinen herkunftsmäßigen lebensweltlichen Bindungen, darunter insbesondere seiner Familie, ablösen und dabei eine günstige Platzierung in den Systemen anstreben, so daß er sich wahrscheinlich dem Marktliberalen Typus weiter annähern wird. Deutlich wird an seinem Fall, daß es nicht nur einer karrierebewußten Berufsorientierung, sondern zusätzlich einer Ignoranz gegenüber lebensweltlichen Belangen, insbesondere den Bedürfnissen Benachteiligter, bedarf, um eine Marktliberale Orientierung auszubilden.

2) *Barbara* entwickelt a) anders als Heiner und Axel, mit denen sie eine professionelle Berufsorientierung gemeinsam hat, keine rationale Solidaritätsorientierung, sondern empfindet Fragen der gesellschaftlichen Integration als lästige Probleme und ist daher bestrebt, diese an den Staat abzudelegieren. Eine gewisse Tendenz in diese Richtung läßt sich auch bei Axel ausmachen. Ansonsten widmet sie sich nicht zuletzt im Rahmen ihres Psychologiestudiums lieber Fragen der individuellen Orientierungsfindung und möchte sich dabei nicht lange mit sozialen Fragen aufhalten. Diesem Impetus liegt b) auch die *große biographische Differenz zu Carsten* zugrunde: Barbara möchte bestimmte Aufgaben dem Staat zuweisen, dies weniger, weil sie ein Bedürfnis nach Sicherheit, die der Staat ihr gewähren soll, hat, sondern vielmehr, weil ihr viele Probleme und Unwägbarkeiten, die den Bürgern zu DDR-Zeiten abgenommen wurden, lästig erscheinen. Carsten dagegen benötigt den Staat dringend als Garanten für eine biographische Sicherheit, die ihm seiner Ansicht nach niemand anders gewährleisten kann.

Nun kommen wir zum großen Bündel derjenigen, deren Erleben durch bedrohliche biographische Gefährdungen gekennzeichnet ist: 3) Besonders auffällig ist, daß *Susanne* anders als die anderen drei Vertreter des Solidaritäts-Obertypus der "Konformisten" (also der Typen a und b) nicht dem Cluster der karrierebewußten Berufsorientierung, sondern dem des krisenhaften Erlebens des eigenen Biographieverlaufs angehört. Dieser Umstand paßt immerhin gut zu dem Befund aus der Solidaritätsanalyse, wonach Susanne nicht ohne Vorbehalte auf dem Boden des marktwirtschaftlichen Systems steht, es aber immer noch für die beste aller Möglichkeiten, eine Gesellschaft zu organisieren, hält. Trotz der eigenen massiven Unsicherheit, die sie im Marktsystem für sich ausmacht, sieht sie keine andere Möglichkeit, als sich selber möglichst günstig hierin zu platzieren. Diese Zielorientierung, also die Suche nach einem möglichst guten Platz in der Gesellschaft für sich selbst, ist neben dem Rückzug in ihre Herkunftsfamilie ihre spezifische Art Weise, mit Unsicherheit umzugehen. 4) *Carsten* will sich - im Grundzug ganz ähnlich wie Susanne konventionalistisch orientiert - an ein System anpassen, aber es müßte das richtige sein, nämlich ein benevolenter Staat, der die Versorgung seiner Bürger weitgehend zentral organisiert, während Carsten sich im System der BRD massiv verunsichert fühlt. Ansonsten findet er Sicherheit weder in

Beziehungen zu anderen noch im gewählten Studienfach. Aus seiner Sicht bleibt nur der Staat als einziger möglicher Garant biographischer Sicherheit. 5) Wie Susanne weist auch *Frank* die Tendenz auf, sich auf einen kleinen lebensweltlichen Bereich zurückzuziehen. Unterschiede bestehen allerdings darin, daß es sich bei Frank um Peers, bei Susanne um die Herkunftsfamilie handelt. Beide sind mit ihrer Studienfachwahl eher unglücklich, Susanne geht jedoch konsequent den Weg der beruflichen Plazierung, während Frank seine zentrale biographische Tendenz, sich an Gemeinschaften zu orientieren nicht aufgeben kann, obwohl er weiß, daß hierin für ihn keine realistische Perspektive liegt. Gerade in seiner Gemeinschaftsorientierung unterscheidet er sich auch von Gerd und Jana, mit denen er ansonsten viel gemeinsam hat.

Besonders deutlich wurde bisher, daß die Angehörigen des Clusters "Erleben bedrohlicher biographischer Gefährdungen" auf ihr Problem mit völlig unterschiedlichen Strategien reagieren: während die einen verunsichert in Orientierungslosigkeit verharren (*Gerd, Jana*), andere sich nach einem benevolenten Zentralstaat (*Carsten*) oder verbindlichen Gemeinschaften zurücksehnen (*Frank*), wird nicht zuletzt auch die Option gesehen, eine marktförmige Orientierung (allerdings inklusive einer gewissen Unterstützung Benachteiligter) zu entwickeln (*Susanne*). Klar wird aber auch, daß aus dieser Verunsicherung heraus Positionen wie die rein Marktliberale oder die Rationale Orientierung nicht ausgebildet werden. Beide sind jeweils in ihrer spezifischen Weise voraussetzungsreich und werden daher aus einer Lage tiefer Verunsicherung heraus kaum ausgeprägt.

6) Rolf als biographischer "Einzelfall" ist weder in seiner biographischen Orientierung verunsichert noch agiert er im Rahmen seiner Identitätsfindung berufsorientiert. Die Sicherheitsgrundlage seiner Biographie beruht vielmehr auf einer eindeutigen, wenn auch nicht selten fragwürdigen Hilfsbereitschaft und der sozialen Kompetenz, sich in Gruppenzusammenhängen immer wieder in den Mittelpunkt zu stellen und dabei zentrale Positionen zu besetzen. Immerhin stellt letzteres in modernen Gesellschaften auch eine nicht unerhebliche Schlüsselqualifikation dar, die es wahrscheinlich macht, daß Rolf früher oder später seinen Weg findet. Insofern kann trotz prekärer Momente - darunter vor allem Rolfs halbherziges Studium mit geplantem Abbruch - von biographischer Unsicherheit keine Rede sein. Die Figur des "Beharrlichen Sinnsuchers" mit der brüderlichkeitsethisch (Weber) inspirierten Zielperspektive eines Lebens in Gemeinschaften Gleichgesinnter, die Rolf verkörpert, prädestiniert ihn zum Kritiker an gesellschaftlichen Mißständen. Ihm ist wichtig, Antworten auf Fragen des Lebenssinns und des Glaubens zu finden sowie bei sich und seinem Umkreis damit anzufangen, etwas zu verändern. Allerdings ist Rolf kein sehr differenzierter Kritiker, denn er sieht zwar die Differenz zwischen eigenen Ansprüchen und sozialer Realität, generalisiert aber unbekümmert seine eigene altruistische Grundhaltung, versetzt sich dabei nicht in die Lage Andersdenkender und neigt stark dazu, die Grenze zwischen seiner persönlichen Entscheidung für eine opferbereite Lebensweise und allgemeinen moralisch verbindlichen Forderungen zu verwischen. Des weiteren erhebt Rolf seine Forderungen ohne weitere Reflexion über die Realisierungschancen oder die gesellschaftlichen Widerstände und Folgeprobleme, die sich aus ihrer Umsetzung ergeben würden.

### Gesamtfazit

Bei der systematischen Untersuchung der Zusammenhänge zwischen Biographie und Solidarität auf der Grundlage der vier Aspekte "Sicherheitsgrundlage der biographischen Entwicklung", "Bedeutung und Struktur sozialer Beziehungen", "Studienorientierung" und "Biographische Relevanz der gesellschaftlichen Transformation" hat sich herausgestellt, daß der *zentrale Aspekt für die Ausprägung der Solidaritätsorientierung* ostdeutscher Studenten *in der Bedeutung und Struktur sozialer Beziehungen liegt*. Aber auch die drei anderen Aspekte spielen bei verschiedenen Typen eine gewisse Rolle. In diesem Zusammenhang ist auch die Bildung von Bündeln bzw. Clustern verschiedener Fälle auf der Grundlage der biographischen Aspekte aufschlußreich, denn hierbei wurde deutlich, daß bestimmte Solidaritätsorientierungen, nämlich die "Marktkliberale Orientierung", der "Rationale Typus" und der "Diffuse Typ", auf ganz bestimmte Ausprägungen der biographischen Aspekte angewiesen sind, während andere Solidaritätsorientierungen, die Typen "Leistungsorientierung mit restriktiver Unterstützung Benachteiligter", "Solidarität durch zentrale politische Steuerung" und der "Emotional-Gemeinschaftsbezogene Typ", aus verschiedenen biographischen Konstellationen resultieren können. Umgekehrt gilt dies nicht: Im Untersuchungsfeld führen weder bestimmte Ausprägungen der biographischen Aspekte noch bestimmte Aspektkombinationen zwingend zu einer *bestimmten* Solidaritätsorientierung. Dies deutet darauf hin, daß es sich hier nicht um eine klar determinierte Kausalbeziehung handelt; vielmehr stellen die spezifischen biographischen Strukturen wichtige Voraussetzungen, nicht aber hinreichende Bedingungen für die Ausprägung spezifischer Solidaritätsorientierungen dar.

Im einzelnen heißt dies:

- a. Die Angehörigen des Typus der *Liberalen Marktorientierung* weisen in ihren Sozialbeziehungen eine starke Vereinzelung auf, wobei sie sich weitgehend aus dem lebensweltlichen Bereich zurückziehen und sich stattdessen im Rahmen der Systeme berufsorientiert und karrierebewußt verhalten. Die Wende wird dabei als Freisetzungsprozeß biographischer Handlungsmöglichkeiten aufgefaßt, denn die Vertreter dieses Typus fühlen sich im neuen System sicher und sind bestrebt, die Möglichkeiten zur Steigerung von Freiheit und Optionen zu nutzen, insbesondere in materieller Hinsicht.
- b. Der Typ der *Leistungsgerechtigkeit mit restriktiver Unterstützung Benachteiligter* zeichnet sich schwerpunktmäßig durch wegbrechende lebensweltliche Residuen aus, die ihm wichtig sind und an denen er so lange wie möglich festhalten möchte. Gleichzeitig sind sich die Typenvertreter darüber im klaren, daß diese Residuen auf Dauer nicht als Grundlage der Existenzsicherung dienen können. Aus diesem Grunde wird die Sicherheitsgrundlage der biographischen Entwicklung zunehmend in die berufliche Sphäre und generell in die Sphäre der Systeme verlagert. Die Vertreter dieses Typus zeichnen sich durch eine konventionelle Orientierung aus, können aber, von der Familienbindung abgesehen, in den anderen biographischen Aspekten stark differieren. Es existieren sowohl Typenvertreter mit einer sicheren biographischen Grundlage und einer karrierebewußten Berufsorientierung als auch solche, die bedrohliche

biographische Gefährdungen erleben. Auch der Zusammenbruch der DDR und das neue Gesellschaftssystem werden sehr unterschiedlich wahrgenommen.

- c. Die Vertreter des *Rationalen Typs* stimmen in den biographischen Aspekten besonders stark überein. Beide verfügen über eine gefestigte und gleichzeitig reflexiv strukturierte Sicherheitsgrundlage der biographischen Entwicklung, über eine professionelle Berufsorientierung, und sie gestalten ihre sozialen Beziehungen in Form selbstbestimmter Beziehungsgefüge. Gleichzeitig läßt sich jedoch auf der Grundlage der biographischen Aspekte ein Fall aus einem anderen Typus bestimmen (nämlich Barbara), der dem einen der beiden Typenvertreter (Heiner) ähnlicher ist als dem anderen (Axel). Hieran zeigt sich, daß die grundlegenden biographischen Aspekte die Ausprägung der Solidaritätsorientierung nicht völlig determinieren, sondern vielmehr wichtige Voraussetzungen hierfür darstellen.
- d. Der Typus der *Solidarität durch zentrale politische Steuerung* ist der einzige, dessen Vertreter in keinem einzigen biographischen Aspekt übereinstimmen. Selbst der für die anderen Solidaritätstypen zentrale Aspekt der sozialen Beziehungen ist hier unterschiedlich ausgeformt. Während der eine Typenvertreter (Carsten) erhebliche biographische Gefährdungen erlebt und den Staat als Garanten seiner biographischen Sicherheit benötigt, möchte der andere (Barbara) bei äußerst sicheren biographischen Grundlagen vor allem lästige Problemstellungen externalisieren. So kann die Haltung des Abdelegierens solidaritätsspezifischer Probleme an den Staat offensichtlich aus sehr unterschiedlichen biographischen Grundlagen generiert werden.
- e. Der *Emotional-Gemeinschaftsbezogene Typ* gewinnt die entscheidende Ressource eindeutig aus seiner Gemeinschaftsorientierung, die nicht nur für seine solidarische, sondern auch für seine biographische Orientierung eine zentrale Rolle spielt. Die anderen biographischen Aspekte sind hier nebensächlich und so verwundert es auch nicht, daß die beiden Typenvertreter sich ansonsten durch sehr unterschiedliche biographische Muster auszeichnen.
- f. Die Angehörigen des *Diffusen Typs* zeichnen sich insbesondere durch das Erleben bedrohlicher biographischer Gefährdungen aus. Sie verfügen allenfalls über oberflächliche soziale Kontakte und zeichnen sich generell dadurch aus, daß sie nirgendwo, weder in den Systemen noch in der Lebenswelt, eine sichere Grundlage für ihre biographische Entwicklung zu finden vermögen.

Eindeutige biographische Grundlagen, auch wenn diese nicht automatisch den jeweiligen Solidaritätstypus aus sich hervortreiben, haben der Typ "*Liberale Marktorientierung*", der "*Rationale Typ*" und der "*Diffuse Typ*". Die anderen drei Typen weisen keine klaren biographischen Grundlagen auf. Vor allem können diese sowohl von sicheren als auch unsicheren Biographietypen gestützt werden.

Eindeutig kann daher festgestellt werden: wer unter den ostdeutschen Studenten seinen eigenen Biographieverlauf als primär bedrohlich und krisenbehaftet wahrnimmt, der bildet a) keine Marktliberale Orientierung aus, denn damit würde er ein bedrohliches Gefährdungspotential - nämlich einen freien und rücksichtslosen Markt, von dem die Gefahr ausginge, selber unter die Räder zu kommen - bejahen und seinen eigenen basalen Bedürfnissen zuwiderhandeln; der Betreffende

bildet b) aber auch keine rationale Orientierung aus, denn hier ist die unabdingbare Voraussetzung, daß jeder selbst eine möglichst elaborierte und differenzierte Orientierung entwickelt, wofür jedoch den Betroffenen nicht die biographischen Ressourcen in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. Dagegen werden c) hinsichtlich der Solidaritätsorientierung die vier anderen "Auswege" besprochen: man verbleibt in der Ausweglosigkeit (*Diffuser Typus*), man versucht, sich im neuen System möglichst günstig zu platzieren (*Leistungsorientierung mit geringer Unterstützung Benachteiligter*), oder man verlangt vom Staat, daß er die Sicherheitsgrundlagen der eigenen Biographie gewährleistet (*Solidarität durch zentrale politische Steuerung*), bzw. vertraut auf die Kraft von Gemeinschaften Gleichgesinnter (*Emotional-Gemeinschaftsbezogener Typ*). Während die erste Alternative eine resignative bzw. schlichtweg wenig elaborierte Haltung zum Ausdruck bringt, versprechen die übrigen drei gewisse externe Sicherheiten und damit eine Entlastung für die Betroffenen. Die *Leistungsorientierung mit geringer Unterstützung Benachteiligter* kann - neben den geringen Unterstützungsleistungen - gewisse Nischen für die Betroffenen implizieren, beispielsweise Arbeitsstellen im öffentlichen Dienst, durch die man den Härten des Marktes ein Stück weit zu entkommen hofft.<sup>292</sup> *Solidarität durch zentrale politische Steuerung* sowie der *Emotional-Gemeinschaftsbezogene Typ* setzen gewissermaßen auf "Agenturen" - entweder den Staat oder Gruppen Gleichgesinnter -, die einem die Last, eine selbstbestimmte Biographie zu leben, abnehmen sollen.

---

<sup>292</sup> Dieses Bestreben wird am Fall von *Susanne* besonders deutlich.



## VIII. SCHLUSSFOLGERUNGEN

Hinsichtlich der Solidaritätsorientierungen wurde auf Grundlage des Datenmaterials eine Typologie aufgestellt, die sich aus dem Obertypus der *Konformisten* (welcher die Typen "Markliberale Orientierung" und "Leistungsgerechtigkeit mit restriktiver Unterstützung Benachteiligter" umfaßt), dem Obertypus der *Kritiker* (mit den Typen "Rationaler Typ", "Solidarität durch zentrale politische Steuerung" und "Emotional-Gemeinschaftsbezogener Typ") sowie dem Obertypus der *Unentschiedenen* (mit dem Typus "Diffuser Typ") zusammensetzt.<sup>293</sup> Ferner konnte für die Einzelfälle die Einbettung und Genese der vorgefundenen Solidaritätsorientierung in die jeweilige biographische Struktur rekonstruiert werden. Auf der Abstraktionsebene der Typen traten diese Verbindungslinien zwar nicht ganz so eindeutig zutage, aber dennoch konnten grundlegende Zusammenhänge aus dem Material herauspräpariert werden. Ohne die Befunde aus dem unmittelbar vorangegangenen Abschnitt dieser Arbeit wiederholen zu wollen, sei noch einmal kurz erwähnt, daß der zentrale biographische Aspekt für die Ausprägung der Solidaritätsorientierung ostdeutscher Studenten in der *"Bedeutung und Struktur sozialer Beziehungen"* liegt, während den anderen drei Aspekten (*"Sicherheitsgrundlage der biographischen Entwicklung"*, *"Studienorientierung"* und *"Biographische Relevanz der gesellschaftlichen Transformation"*) zwar eine gewisse Aussagekraft innewohnt, wobei sie aber nur jeweils nur für einen Teil der Typen von Relevanz sind und sich daher zur Erschließung des gesamten Feldes nur bedingt eignen. Es wurde ferner deutlich, daß bestimmte Typen von Solidaritätsorientierungen - nämlich die "Markliberale Orientierung", der "Rationale Typus" und der "Diffuse Typ" - auf ganz bestimmten Ausprägungen<sup>294</sup> der biographischen Aspekte beruhen, während andere, nämlich die Typen "Leistungsorientierung mit restriktiver Unterstützung Benachteiligter", "Solidarität durch zentrale politische Steuerung" und der "Emotional-Gemeinschaftsbezogene Typ", aus verschiedenen biographischen Konstellationen resultieren können. Zum Abschluß dieser Arbeit können die Fragen, die sich am Ende des Theorieteils gestellt haben, einer Beantwortung zugeführt werden. Zur Erinnerung: Es handelt sich zum ersten um die Frage, wie die Angehörigen der Untersuchungsgruppe mit dem Spannungsverhältnis zwischen Rationalität, Motivation und Institutionen umgehen. Zum zweiten kann beantwortet werden, wie die Befragten den Zielkonflikt zwischen produktivitätsorientierten und solidarischen Gerechtigkeitsvorstellungen verarbeiten; dabei kann im gleichen Zug mitbeantwortet werden, welche Haltung gegenüber den ausdifferenzierten Teilsystemen, insbesondere der Ökonomie, besteht. Drittens kann ein kurzer Blick auf die Frage geworfen werden, welche Haltung gegenüber Außenstehenden und der Dritten Welt an den Tag gelegt wird.<sup>295</sup> Nicht zuletzt können einige interessante Ergebnisse hinsichtlich der (Nach-)

---

<sup>293</sup> Siehe hierzu das Schaubild auf S. 440.

<sup>294</sup> Im Fall des *Diffusen Typs* handelt es sich genau genommen um Defizite, weniger um Ausprägungen im eigentlichen Sinne des Wortes.

<sup>295</sup> Bei den mit diesen Fragestellungen verbundenen Durchgängen durch die Typologie lasse ich häufig den *Diffusen Typ* aus, denn abgesehen davon, daß die Angehörigen dieses Typs häufig hochambivalent sind und nicht über die persönlichen Ressourcen zur Ausprägung elaborierter Positionen verfügen, läßt sich wenig über sie sagen.

Wirkung der untergegangenen Gesellschaftsform auf die biographische Struktur der Befragten vorgestellt werden.

### **Zum Spannungsverhältnis zwischen Rationalität, Motivation und Institutionen**

Wie im Theorieteil angekündigt wurde, liegt ein besonderes Augenmerk auf der Frage, ob Chancen und Potentiale einer rationalisierten Lebenswelt, wie sie von Habermas postuliert werden, auszumachen sind. Ferner geht es um die Rolle von Traditionen und Gemeinschaftsbezügen sowie um die Bedeutung, die dem Staat in seiner Teilfunktion als Sozialstaat zugeschrieben wird.

Nach *Habermas* soll sowohl dem blinden Prozessieren der gesellschaftlichen Teilsysteme als auch dem Partikularismus von Interessengruppen, Traditionen, Teilgruppen etc. eine Solidarität entgegengesetzt werden, die sich aus einem kommunikativen Handeln speist, das zu einer rationalisierten Lebenswelt führt. Zu diesem Zweck muß, wie oben dargestellt wurde, der im Laufe der Entwicklung moderner Gesellschaften schrumpfende Bestand an tradierten Normen und Werten nach und nach durch bewußt erzielte Interpretationsleistungen der Kommunikationsteilnehmer ergänzt werden. Der bei diesem Prozeß generierten Solidarität soll dabei schon immer ein *universalistischer Charakter* innewohnen, da sowohl die Grundlagen des kommunikativen Handelns selbst als auch die Prinzipien, auf die man sich auf der Grundlage der lebensweltlichen Diskurse einigt, prinzipiell für alle Menschen Geltung beanspruchen. In aller Regel aber, so haben die Kritiker von Habermas bereits früh geäußert, verharrt jedoch die gesellschaftsweit zirkulierende Umgangssprache in persönlichen Interessen und partikulären Betrachtungsweisen, so daß es nur sehr selten zu einem kommunikativen Handeln im Sinne von Habermas kommt. Das gilt offensichtlich auch weitgehend für die im Untersuchungsfeld anzutreffenden Solidaritätsorientierungen allerdings in einer jeweils typenspezifischen Art und Weise.

Die Angehörigen des **Marktliberal Orientierten** Typus tendieren zum Partikularismus in Form einer eigennutzenorientierten Perspektive. Sie sehen sich selber als anschußfähig an das Marktsystem, dessen expansiver Zug dem eigenen Wunsch nach der Steigerung von persönlicher Freiheit und materieller Optionenvielfalt entgegenkommt. Bei den Vertretern des Typus **Leistungsgerechtigkeit mit restriktiver Unterstützung Benachteiligter** herrscht dagegen eine Ambivalenzstruktur vor, die sich zwischen einer familienzentrierten Orientierung und der Affirmation des ökonomischen Systems einschließlich seiner immanenten Härten bewegt. Von beiden Polen dieses Spannungsfeldes gehen jedoch partikularistische Elemente (einerseits gewisse Züge eines amoralischen Familismus, andererseits der Wunsch nach einem materiell gut ausgestatteten Lebens) in die Urteilsfindung ein. Für die Anhänger einer **Solidarität durch zentrale politische Steuerung** ist Solidarität zwar Zielperspektive, die durch das Handeln eines benevolenten Staates herbeigeführt werden soll, sie hat aber als gesellschaftliche Ressource selber kein Gewicht. Ferner liegt es nach Ansicht dieser Typenvertreter klar auf der Hand, wie Fragen und Probleme der Solidarität zu klären sind: die "wahren Bedürfnisse" der Menschen werden als bekannt vorausgesetzt und es wird lediglich ein Umsetzungsproblem konstatiert. Dabei werden gegensätzliche Positionen per se als unmoralisch

aufgefaßt. Auch hier besteht folglich keine Neigung, mit anderen in eine kommunikative Beziehung zu treten, um auf diesem Wege den Universalisierungsgrad der eigenen Forderungen auf die Probe zu stellen. In ähnlicher Weise enthält die Haltung der Angehörigen des **Emotional-Gemeinschaftsbezogen Typs** starke partikularistische Züge, indem die Typenvertreter ihre eigenen Vorstellungen vom guten Leben gleichsam in alle anderen Menschen hineinprojizieren. Sie fassen die Gesellschaft analog zu einer Gruppe Gleichgestellter auf, die leicht eine gemeinsame Lösung aller sozialen Probleme finden könnte, wenn dies nur alle wollten. Dabei kommen sie gar nicht erst auf den Gedanken, daß es auch Personen mit entgegengesetzten Ansichten und Interessen geben könnte. Auch hier wird also die eigene partikuläre Auffassung generalisiert und entgegengesetzten Positionen jegliche Geltung abgesprochen. Die Vertreter des **Diffusen Typs** sind derart tiefgreifend in die ungelösten Probleme der eigenen Lebensführung und Orientierungssuche verstrickt, daß sie keine Ressourcen für die Beschäftigung mit gesellschaftsweiten Problemen erübrigen können. Für Reflexionsleistungen, die für die Ausbildung einer universalistischen Orientierung erforderlich wären, sind also die Voraussetzungen gar nicht gegeben. Selbst die Vertreter des **Rationalen Typs** - einer sehr voraussetzungsreichen Solidaritätsorientierung, die einer sicheren und gleichzeitig reflexiven Grundlage der biographischen Entwicklung bedarf und die immerhin für eine differenzierte, mehrere Perspektiven einbeziehende Grundhaltung steht - weisen keine konsequente universalistische Orientierung auf. Sie verfügen zwar über eine Resonanzfähigkeit für Probleme der sozialen Integration und weisen deutliche Züge von Empathie für gesellschaftliche Gruppen auf, denen sie selber nicht angehören, aber im einen Fall (*Axel*) dient die Feststellung des Vorhandenseins von korrektiven Mechanismen in der Gesellschaft (einer deliberativen Politik und einer kritischen Öffentlichkeit) als Vorwand, sich selber von eigenem Engagement sowie weitergehenden Reflexionsleistungen zu suspendieren; im anderen Fall (*Heiner*) widmet man sich zwar einer sehr differenzierten Sichtweise und einer engagierten Praxis, wobei jedoch gleichzeitig eine starke Kongruenz mit der angestrebten beruflichen Professionalisierung im Feld der Politik sowie der Bedienung eines ausgeprägten intellektuellen Distinktionsbedürfnisses vorliegt: man eröffnet sich selber nicht nur eine Berufsperspektive, sondern distinguert sich außerdem auf diese Weise von den bloßen "Konsumenten" der Politik.<sup>296</sup>

*Insgesamt* fehlt es ganz offensichtlich bei der Mehrzahl der Angehörigen des Untersuchungsfeldes an einer Differenzierung zwischen den eigenen partikularen Präferenzen und der gesellschaftsweiten universellen Problematik. Reflexive Züge bzw. Überlegungen in Richtung auf eine kommunikative Rationalisierung der Lebenswelt sind in Ansätzen lediglich bei einem Typus anzutreffen und eine Teilnahme an der katalysatorischen Funktion assoziativer Kontexte der Zivilgesellschaft (Verbände und andere Institutionen der gesellschaftlichen Interessenpräsentation) findet sich gar nur in einem Fall, wobei sich diese Aktivitäten wiederum mit bestimmten Motiven verbinden. Mit Blick auf Habermas kann also eine Kluft zwischen Theorie und Praxis konstatiert werden: offenbar bedarf es

---

<sup>296</sup> Heiner stammt ferner aus einem bildungsbürgerlichen Familienhintergrund, was der Kritik von Eder (1995: 276) Nahrung gibt, wonach sich Habermas vorgeblich an einer zunehmend fragwürdig werdenden "Utopie bildungsbürgerlicher Diskursivität" orientiert (siehe auch S. 65 in dieser Arbeit).

nicht nur einer Alltagssprachenkompetenz, um die Erzeugung universalistischer Solidaritätsformen gewährleisten zu können. Insbesondere das Moment der Motivation spielt bei den Angehörigen des Untersuchungsfeldes eine nicht zu unterschätzende Rolle und muß unterstützend hinzutreten, um eine lebensweltliche Solidarität zu ermöglichen bzw. in Aktion zu setzen.

*Motivationen* treten mit einer größeren Vielfalt auf, als diese von den (oben vorgestellten) Vertretern der kommunitaristischen Theorielinie diskutiert werden. Das nichtsolidarische *Movens* des Eigeninteresses kommt anders als bei den Kommunitariern nicht nur in Form materieller Interessen vor, sondern auch nichtmaterielle Optionssteigerung, Distinktions- oder Sicherheitsbedürfnisse spielen eine wichtige Rolle. Ferner können die von den kommunitaristischen Theoretikern diskutierten und affirmativ besetzten gemeinschaftlichen (eben kommunitären) Orientierungen entweder in Form von Familismus oder von Gemeinschaften Gleichgesinnter auftreten; zwischen diesen beiden Unterarten kann anhand der Typen eine klare Differenzierungslinie konstatiert werden. Auffällig ist außerdem, daß in aller Regel versucht wird, den Typus sozialer Beziehungen, den man für sich selber bevorzugt, direkt auf die umfassendere Gesellschaft zu projizieren<sup>297</sup>, wodurch die jeweils eigenen Wünsche eines guten Lebens an die umfassendere Gesellschaft herangetragen werden.

So weisen die Vertreter der **Marktliberalen Orientierung**, die stark auf Eigeninteressen setzen, klare Defizite in ihren lebensweltlichen Beziehungen auf. Letztere werden fast gänzlich zurückgedrängt, während sich gleichzeitig die Orientierung an den funktionalen Teilsystemen in den Vordergrund schiebt. Auf diese Weise neigt man zunehmend einer Haltung zu, bei der die Marktlogik in weiten Teilen als eigene Handlungslogik verinnerlicht wird.<sup>298</sup> Insofern hier überhaupt von Solidarität die Rede sein kann, wird diese gleichgesetzt mit einer Inklusion aller allein durch die Marktkräfte. Die Vertreter einer **Leistungsgerechtigkeit mit restriktiver Unterstützung Benachteiligter** folgen zwar einer karrierebewußten Berufsorientierung und haben ebenfalls hohe materielle Aspirationen, können jedoch eine rein marktliberale Gesellschaft nicht vorbehaltlos gutheißen. Obwohl die Dominanz der Ökonomie als alternativlos wahrgenommen wird und soziale Integration vor allem durch Inklusion aller in die Arbeitssphäre gewährleistet sein soll, sehen die Vertreter dieser Gruppe nämlich von Seiten der Gesellschaft eine gewisse Pflicht, bestimmte soziale und natürliche Kontingenzen auszugleichen. Anders als beim vorausgehend behandelten Typus waren lebensweltliche Bindungen - insbesondere eine starke, wenn auch tendenziell abnehmende Familienbindung - für die Betroffenen selbst einmal von zentraler Bedeutung. Aufgrund der eigenen biographischen Spezifik ist man daher in einem gewissen Maß sensibel für das Schicksal von Benachteiligten und kann sich davor nicht so konsequent verschließen wie die Vertreter des Marktliberalen Typus.

---

<sup>297</sup> Teilweise wird in der umfassenderen Gesellschaft auch nach Substituten für eigene Defizite gesucht. Dies gilt etwa für *Michael*, dessen vergebliche Suche nach Zugehörigkeit und Schutz vor ubiquitär empfundener Bedrohung schließlich in die Affirmation des sich selbst beschränkenden Rechtsstaats einmündet.

<sup>298</sup> In diesem Sinne weist man auch eine Annäherung an die Inhalte von Rational-Choice-Theorien auf, die vor allem in Form gängiger wirtschaftstheoretischer Topoi verinnerlicht werden.

Interessanterweise zeigen die *beiden Formen des konformistischen Obertypus* eine klare Tendenz zu einer partikularistischen, genauer einer eigennutzenorientierten Perspektive. Sie betrachten sich selber nämlich als anschußfähig an das Marktsystem, das als expandierendes Operationsfeld bejaht wird.<sup>299</sup> In beiden Fällen stehen jedoch nicht bewußte strategische Kalküle im Vordergrund, sondern Werthaltungen in Form eines aufrichtigen Glaubens an die Markt- bzw. Konkurrenzprinzipien, denen sie selbst folgen. Es geht nach dem Selbstbild der Betroffenen also keineswegs um rein strategisches Handeln, dem man sich in Verfolgung eigener Interessen mehr oder weniger notgedrungen anschließt, sondern um eine Anpassung an neue soziale Regeln, die als begründet und als alternativlos aufgefaßt werden.<sup>300</sup>

Der *Obertypus der Kritiker* zeichnet sich dagegen allgemein dadurch aus, daß seine Angehörigen gegenüber der vorfindlichen gesellschaftlichen Realität eine Differenz empfinden. Sie sind, wenn auch aus ganz verschiedenen Gründen, sensibel für die negativen Begleiterscheinungen vertikaler Differenzierungsprozesse, etwa für die größere Unsicherheit, die Entsolidarisierung, die Entwertung sozialer Gemeinschaften und für den zunehmenden Egoismus der Menschen. Das aktuelle Gesellschaftsmodell soll daher zumindest bis zu einem gewissen Grad korrigiert werden.

Der *Emotional-Gemeinschaftsbezogene Typ*<sup>301</sup> ist dabei gewissermaßen ein Komplementärtypus zu dem Marktliberal Orientierten. Während sich letzterer primär auf das ökonomische System ausrichtet, orientiert sich der Emotional-Gemeinschaftsbezogene Typ fast völlig an einem ganz bestimmten Teilbereich der Lebenswelt, nämlich an Gemeinschaften Gleichgesinnter.<sup>302</sup> Vorherrschend ist dabei ein kommunitäres Leitbild, wonach eigentlich nur alle einer bestimmten Vorstellung vom guten Leben folgen müssen, damit sich sämtliche Probleme der sozialen Integration und der Verteilungsgerechtigkeit von selber lösen. Hier besteht eine gewisse Nähe zur kommunitaristischen Theorierichtung, für die Motivation und Moral weitgehend ineinsfallen: indem man von konkret existierenden Zugehörigkeiten ausgeht, fühlt man sich solidarisch mit Menschen, deren Überzeugungen man teilt. Im Untersuchungsfeld beruhen diese Zugehörigkeiten aber vor allem auf der Extrapolation von Peer-Gruppen- und Face-to-Face-Erfahrungen und nicht wie bei den

---

<sup>299</sup> Damit hat sich eine Vermutung von Putnam (1993: 183ff) eindeutig nicht bestätigt, wonach in den postkommunistischen Gesellschaften eine starke Abneigung des ökonomischen "Krieges aller gegen alle" zu erwarten sei. Vielmehr wurden mit den *"Marktliberal Orientierten"* und den Angehörigen der Auffassung einer *"Leistungsgerechtigkeit mit restriktiver Unterstützung Benachteiligter"* zwei Typen vorgefunden, die die Logik marktkonformen Handelns internalisiert haben und sie weitgehend bejahen.

<sup>300</sup> Diese Regeln haben, wie gesagt, eine Affinität zu den im Theorieteil besprochenen Rational-Choice-Theorien. Das Muster eines "aufgeklärten Egoismus" (Schulze 1994: 342f; Brock 1994: 71; Homann 1994: 34) - etwa die Vermeidung einer breiten Schicht sozial Deklassierter zur Erhaltung des sozialen Friedens aus egoistischen Sicherheitsinteressen - konnte übrigens im Untersuchungsfeld nicht vorgefunden werden. Keiner der Interviewpartner thematisiert Egoismus als Begründung solidarischen Handelns.

<sup>301</sup> Der *Emotional-gemeinschaftsbezogener Typ* entspricht dem Typus, den Zoll (1993) in seiner Untersuchung ausgemacht hat (siehe S. 124ff). Dieser Typus stellt aber, anders als Zoll diagnostiziert, nur eine *Teilmenge* in einem Feld unterschiedlicher Orientierungen dar. Ferner beruht Zolls Annahme, daß die vorgefundenen Formen von Vertrauen und Solidarität auch zur Integration größerer sozialer Zusammenhänge dienen könnten, lediglich auf einer Extrapolation der jeweils vorgefundenen Gruppensituation und ist daher höchst fragwürdig.

<sup>302</sup> Dabei kann die Kraft solcher Gemeinschaften sehr unterschiedlich eingeschätzt werden. Man kann davon ausgehen, daß gemeinschaftsförmige Strukturen sogar in der Lage sind, die Leistungen differenzierter Teilsysteme zu substituieren, oder Gemeinschaften lediglich als schwindende Rückzugsräume auffassen.

Kommunitariern, auf einer gemeinsame Geschichte oder republikanischen Gesinnung.<sup>303</sup> Ein zentraler Kritikpunkt am Kommunitarismus, der auch weitgehend auf diesen Solidaritätstypus zutrifft, ist das weitgehende Ignorieren der Zwänge, die von den gesellschaftlichen Funktionssystemen ausgehen. Die Frage nach dem moralisch richtigen Handeln wird auch hier fast vollständig auf die Frage des guten Willens und das richtige Bewußtsein reduziert.

Wie sich gezeigt hat, sind die biographischen Grundlagen und damit auch die Motive für die vorgefundene Solidaritätsorientierung beim Typus *Solidarität durch zentrale politische Steuerung* äußerst disparat. Mit anderen Worten: das Abdelegieren bestimmter Probleme an den Staat kann aus sehr unterschiedlichen Beweggründen erfolgen. Das Spektrum reicht von einer ausgeprägten Aversion gegen Lebensrisiken, wobei man den Staat in der Rolle des Garanten für die eigene biographische Sicherheit sieht, bis zum Abdelegieren lästiger Probleme, die man zwar wahrnimmt, für die man sich selber aber nicht zuständig fühlt. In jedem Fall geht man davon aus, daß der Staat für die Existenzsicherung seiner Bürger zuständig ist und diesen die Lösung aller vitalen gesellschaftlichen Probleme abnehmen soll. Dabei ist Solidarität zwar eine Zielperspektive, hat jedoch als gesellschaftliche Ressource selber kein Gewicht. Vielmehr ist die politische Macht die alles entscheidende Ressource bei der Gestaltung einer Gesellschaft, während die Lebenswelt keine Rolle spielt und die Ökonomie als problematische Seite aufgefaßt wird, weswegen sie in ihrem destruktiven Wirken streng gezügelt werden muß. Die Typenvertreter sind damit Vertreter einer passiven sozialstaatskompatiblen Solidaritätsorientierung.

Die Angehörigen des *Rationalen Typus* schließlich sind sich darüber bewußt, daß es nicht eine einzige schlechthin richtige Perspektive für Fragen der Solidarität gibt und versuchen daher, eine Übernahme verschiedener auch den eigenen Präferenzen entgegengesetzter Akteursperspektiven vorzunehmen. Während sie sich auf diese Weise eine breite lebensweltliche Perspektive erschließen, bleiben sie gleichzeitig besonnen und verlangen keine Maßnahmen, die die Systeme in ihren vitalen Operationen gefährden könnten. Insofern weist die vorfindliche Solidaritätsorientierung starke Momente auf, die nicht allein motivational begründet sind. Andererseits zeigt sich in einem Fall letztlich doch fehlendes Engagement und fehlende Informationsbeschaffungsbereitschaft, während im anderen Fall enge Verknüpfungen mit privaten, insbesondere beruflichen Interessen vorliegen. Es wird also deutlich, daß auch hier Motivationen eine wichtige Rolle spielen, vor allem wenn es um die Umsetzung der solidarischen Orientierungen in konkrete Handlungen geht.

*Fazit:* es gibt keinen Typus, bei dem Motivationen für die eigene Solidaritätsorientierung überhaupt keine Rolle spielen würden. Ferner haben diejenigen sozialen Beziehungen, die man jeweils als grundlegend wahrnimmt, eine zentrale Rolle inne: ob man von Marktakteuren ausgeht, die nur ihren Eigeninteressen folgen, ob man trotz dieser Grundhaltung noch lebensweltliche Residuen in seine Überlegungen miteinbezieht, ob man auf Gemeinschaften Gleichgesinnter oder einen benevolenten Staat rekurriert oder ob man sich auch entgegengesetzte Auffassungen und Perspektiven zu

---

<sup>303</sup> Immerhin kann jedoch zugestanden werden, daß bei den Angehörigen des Untersuchungsfeldes religiöse Grundlagen (Rolf) bzw. die gemeinsame Herkunft aus dem ostdeutschen Landesteil (Frank) von Bedeutung sind.

erschließen versucht, das alles hat jeweils einen entscheidenden Einfluß darauf, welche Solidaritätsorientierung man ausbildet, und hängt eng mit den eigenen Motiven zusammen.

Welche Bedeutung erlangt nun das dritte Moment der spannungsreichen Triade zwischen Rationalität, Motivation und Institutionen, sprich der *Sozialstaat*? Nach Ullrich (1996: 186) ist der dem Sozialstaat und seinen Einrichtungen zugrundeliegende Common sense Ausdruck eines institutionellen Sozialisationseffektes, durch den Einstellungen und Handlungsorientierungen erzeugt bzw. reproduziert werden, die zur Akzeptanz des Sozialstaates selber beitragen. Als Bestandteil einer unhinterfragten sozialpolitischen Kultur gelangen die zugrundeliegenden normativen Prämissen dann meist nicht mehr in das Bewußtsein der Betroffenen. Für die Untersuchungsgruppe leitet sich hieraus die Frage ab, ob die in der mittlerweile untergegangenen DDR "geeichte" sozialstaatliche Solidarität angesichts der transformationsbedingten Erfahrungen erodiert, reaktant behauptet wird oder ob es Potentiale gibt, die sozialstaatlichen Einstellungen angesichts der neueren Entwicklungen zu überdenken und auf eine reflektierte Basis zu stellen.

Den **Marktliberalen Orientierten** erscheinen Staat und Verwaltung für einen Eingriff in die Güterverteilung nicht geeignet. Letztere soll nach Möglichkeit rein marktkonform abgewickelt werden; allenfalls gesteht man einen residualen Sozialstaat zu, der die größte Not Bedürftiger auffängt, und selbst dies soll nur bei nachgewiesener Leistungsbereitschaft erfolgen, denn die Kosten des Wohlfahrtsstaates sind unbedingt zugunsten einer unbeeinträchtigten ökonomischen Expansion zu minimieren. Wichtig ist den Typenvertretern vielmehr, daß möglichst jeder selbst für den eigenen Unterhalt sorgt; ob dieser für ein gutes Leben ausreichend ist, erscheint ihnen dabei zweitrangig. Auch für den Typ **Leistungsgerechtigkeit mit restriktiver Unterstützung Benachteiligter** stellt der Markt die tragende Säule der Gesellschaft dar. Allerdings sieht diese Gruppe von Seiten der Gesellschaft auch eine Pflicht gegeben, soziale und natürliche Härten auszugleichen. Ferner ist den Vertretern dieses Typus Chancengleichheit wichtig und nicht zuletzt soll der Normalbürger aufgrund seiner Arbeit gut leben können.

Nach Auffassung der Angehörigen des **Rationalen Typs** soll der Staat zwar ein gewisses Minimum garantieren, das auch spürbar über dem derzeitigen Sozialhilfesatz liegen soll, aber für eine umfassende Daseinsfürsorge oder gar für die Umsetzung des Gleichheitsprinzips ist er nicht zuständig, denn Leistung soll sich auch immer lohnen. Ferner sollen die Bürger aktive Beziehungen zum Staat und untereinander pflegen. Die Angehörigen des Typs **Solidarität durch zentrale politische Steuerung** weisen große Unterschiede in der Radikalität ihrer Forderungen auf und müssen daher getrennt behandelt werden. Carstens Forderung nach einer "Restauration der Solidardisziplin" (Ullrich 1996: 186) beinhaltet eine moderate Variante der Planwirtschaft, die, demokratisch legitimiert, zwar keine Enteignungen vornimmt, in der aber alle wichtigen ökonomischen Entscheidungen von zentraler staatlicher Stelle getroffen werden sollen. Der Staat verfügt dieser Auffassung nach über alle zur Lenkung der Wirtschaft notwendigen Informationen. Ferner soll der einzelne von der Verantwortung für den eigenen Lebensunterhalt und der eigenen Vorsorgepflicht grundsätzlich freigesprochen werden. Insofern ist eine "autopaternalistische

Einstellung" (ebenda) am stärksten hier vorzufinden. Nicht zuletzt sollen die enormen Vermögensunterschiede scharf begrenzt und eine bürgernahe Basisdemokratie eingeführt werden. *Barbara* dagegen ist in ihren Forderungen bedeutend moderater. Ihre einzigen klaren Forderungen bestehen in der Einführung staatlich festgelegter Mindestlöhne und in einer stärkeren Kontrolle der Eliten. Entsprechende Gesetze sollten von der Politik beschlossen werden, was jedoch faktisch nicht geschehen wird, da die Politik eng mit der Wirtschaft bzw. entsprechenden Interessengruppen verflochten ist. Ihrer Auffassung nach sind auch die Leistungsempfänger zu einer gewissen Reziprozität verpflichtet. So soll etwa die Unterstützung von Sozialhilfeempfängern an die Verrichtung gemeinnütziger Arbeiten gekoppelt werden.<sup>304</sup> Für den ***Emotional-Gemeinschaftsbezogenen Typ***, der sich ja hauptsächlich auf Gemeinschaften Gleichgesinnter stützt, spielt der Sozialstaat eine nicht näher definierte Nebenrolle. In dieser soll er bestimmte Umverteilungsmaßnahmen exekutieren, wobei man, meist ohne lange nachzudenken, in Verfolgung des Gleichheits- oder Bedürfnisprinzips eine Erhöhung von staatlichen Unterstützungsleistungen für unproblematisch und angemessen hält. Finanziert werden soll dies durch weitgehende Umverteilungsmaßnahmen des gesellschaftlichen Vermögens, wofür sowohl bestimmte Posten des Staatshaushalts (vor allem Militärausgaben) als auch Privatvermögen heranzuziehen sind. In erster Linie soll aber, wie gesagt, jeder einzelne im Alltag solidarisch und mitmenschlich handeln.

Zur Frage nach dem Umgang mit dem *Spannungsverhältnis zwischen Rationalität, Motivation und Institutionen* kann am Ende dieses Abschnitts festgestellt werden, daß bei nahezu allen Interviewpartnern Fragen der Solidarität primär vor dem Hintergrund des jeweils eigenen angemessenen Lebens aufgefaßt werden. Das heißt, fast alle äußern sich über die erstrebenswerte Form des Gemeinwesens aus ihrer je spezifischen eigenen Sicht, während die Möglichkeit, daß andere Menschen andere Lebensformen erstrebenswert finden könnten, weitgehend unberücksichtigt bleibt. Dementsprechend treten universalistische Überlegungen gegenüber Gesichtspunkten, die durch die eigene Lebenslage, Zukunftsaussichten, Berufspläne etc. geprägt sind, stark zurück. Von einer distanzierten Betrachtung und Abwägung konkurrierender Ansprüche von einem unparteilichen Standpunkt aus kann daher kaum die Rede sein. Wesentliche Grundbedingungen für Diskurse (nach Habermas) sind damit nicht erfüllt: die Gesprächspartner sind nur selten bereit, ihre eigene Position zu hinterfragen sowie ihre persönlichen Interessen dem höheren Ziel der Verständigung unterzuordnen. Die Ausnahme von dieser Figur ist - mit gewissen Einschränkungen - der *Rationale Typ*, dessen Angehörige insbesondere mit dem Mittel der Perspektivübernahme arbeiten und dabei versuchen, sich in die Lage anderer zu versetzen. Wenn dies auf der Ebene abstrakter Erwägungen immerhin zu vergleichsweise universellen Orientierungen führt, hat dies auf der Handlungsebene entweder keine Konsequenzen (*Axel*) oder bedarf zur Aktivierung weiterer, äußerlicher Motive wie etwa des beruflichen Professionalisierungsbestrebens im Falle *Heiners*.

---

<sup>304</sup> Entgegen Bayertz' (1996, 1998) und Prischings (1996) Prognose von einer langfristigen Erosion der Solidarität sprechen beide Typenvertreter eher für Ullrichs (1996: 187) These einer Verfestigung und Unterstützung der sozialstaatlichen Institutionen, die auch und gerade dann einsetzt, wenn diese Institutionen in Bedrängnis geraten.



Daher ist insgesamt der Befund zu stellen, daß die bei Habermas vorgesehenen universalistischen Prozeduren zwar eine *theoretisch schlüssige* Begründung für eine Solidarität, die modernen Gesellschaften angemessen ist, liefern, aber *faktisch zu abstrakt und zu voraussetzungsreich* sind, um in Aktion zu treten, geschweige denn genügend starke Wirkungen hervorrufen zu können. Vor allem sind rationale Diskurse mit enormen Motivationsproblemen konfrontiert, die sie selber nicht lösen können. Zu deren Lösung bedarf es vielmehr weiterer, äußerlicher Motive. Da letztere, wie zu sehen war, in den Individuen eine stärkere Wirkkraft entfalten, resultiert Solidarität zu einem hohen Anteil aus den eigenen Vorstellungen vom guten Leben bzw. einem Mitgefühl, das wiederum selbst aus dieser Vorstellung hervorgeht.<sup>305</sup> Für die Ausprägung der jeweiligen Solidaritätsorientierung spielen dabei insbesondere die Formen sozialer Beziehungen, die man selbst jeweils als grundlegend wahrnimmt, eine wichtige Rolle. Darunter finden sich auch Einstellungen, die Solidarität mit anderen zum Ausdruck bringen; insbesondere wird häufig betont, daß die Deprivilegierten auch die Chance erhalten müssen, in der Gesellschaft zum Zuge zu kommen.

Im allgemeinen kann festgestellt werden, daß die Bereitschaft, *aktiv* an der Lösung von Problemen der sozialen Integration mitzuarbeiten, bei den Befragten eher am hinteren Ende der Lebensorientierungen rangiert. Immerhin konnten im Feld zwei aktive Fälle ausgemacht werden. Da wäre zum einen *Rolf* mit seinen spontanen Aktionen ohne Ausdauer und Langsicht, andererseits *Heiner*, der sich durch stetige Arbeit in den "Mühen der Ebene" auszeichnet. Dies beinhaltet auch (mit Habermas gesprochen) eine Teilnahme an der "katalysatorischen Funktion assoziativer Kontexte der Zivilgesellschaft", sprich in Verbänden und anderen Institutionen der gesellschaftlichen Interessenpräsentation. Heiner verbindet auch dies, wie gehabt, mit seiner speziellen Motivation einer Professionalisierung bzw. einer möglichen zukünftigen Berufstätigkeit.<sup>306</sup> Solidarität, zumal aktive Solidarität ist also ganz ohne Motivation nicht zu haben und auch universalistische Solidaritätsorientierungen entfalten erst dann ihre Wirkkraft, wenn sie sich in einem gewissen Ausmaß mit Motiven verbinden. Für die Untersuchungsgruppe stehen aber primär Probleme der eigenen Lebensgestaltung im Vordergrund, und so tendiert das Interesse an politischem Engagement außer bei Heiner stark gegen Null.<sup>307</sup> Die Frage, ob sich in der Untersuchungsgruppe neue

<sup>305</sup> Hier liegt ein klarer Gegensatz zu den Untersuchungsergebnissen von *Krettenauer* (1998) vor. Die Solidaritäts- bzw. Gerechtigkeitsurteile sind für die meisten anders als bei Krettenauer weder präskriptiv noch universell. Der universelle Typ, den Krettenauer in einem nicht geringen Quantum ausmacht - 41,7 v.H. der Befragten zeigten bei ihm sowohl ein präskriptives als auch ein universalisiertes moralisches Urteil (ebenda: 206) -, konnte im Material meiner Untersuchung kaum ausgemacht werden. Am ehesten entspricht ihm Heiner, aber selbst bei ihm kann ein gewisser Partikularismus festgestellt werden. Die meisten Befragten fühlen sich auch nicht zum Handeln verpflichtet; d.h. sie sind nicht bereit, sich selber gegebenenfalls auch zum eigenen Nachteil der eigenen Gerechtigkeitsnorm zu unterwerfen, wie Krettenauer (1998: 244) dies verlangt.

<sup>306</sup> Immerhin gilt es jedoch zu bedenken, daß Engagementbedürfnisse nach Franz u. Herbert (1986: 52) in einem beachtlichen Umfang in einem bewußten Latenzzustand gehalten werden können, indem man sie in die Zukunft verschiebt, um bei entsprechendem Anlaß auf sie zurückgreifen zu können. Aktives solidarisches Handeln ist demnach stark von gesellschaftlichen Zeitphänomenen abhängig und bei vielen dürften solidarische Aktivitäten daher nur in Zeiten "gesellschaftlicher Gärung" (Durkheim) zu erwarten sein.

<sup>307</sup> Dies stimmt mit dem Befund von Fritz-Vannahme (1995 II: 47) überein, wonach sich Studenten aus der einstigen DDR um Politik und Hochschulpolitik deutlich weniger kümmern als Studenten aus der alten Bundesrepublik und aus dem politisch-gesellschaftlichem Engagement nahezu ausgestiegen sind. Nach Bathke (1997: 135f) äußern heute lediglich noch 8 v.H. die Absicht, sich politisch zu engagieren, während für 80 v.H. von ihnen politisches Engagement nicht mehr von Interesse ist; 51 v.H. schließen es gar vollständig aus.

Solidaritätspotentiale entwickeln, kann ferner dahingehend beantwortet werden, daß keine originär neuen Solidaritätspotentiale ausfindig gemacht werden konnten.

Die Haltung zum Sozialstaat schließlich hängt eng mit den jeweiligen motivationalen Grundlagen zusammen. Dabei kann eine grobe Zweiteilung des Untersuchungsfeldes festgestellt werden, die der Unterscheidung zwischen den Obertypen *Konformisten* und *Kritiker* entspricht. Von ersteren wird der Sozialstaat weitgehend als dysfunktional aufgefaßt, von zweiteren bekommt er eine mehr oder weniger zentrale Rolle bei der Integration von Gesellschaften zugeschrieben. Die *Konformisten* stützen sich dabei auf das funktionalistische Argument, wonach staatliche Unterstützung die Eigeninitiative der Leistungsempfänger lähmt und auf diese Weise der Gesamtgesellschaft schadet. Der Sozialstaat bekommt daher allenfalls die Funktion zugesprochen, unmittelbare Bedrohungen - etwa durch Verhungern - abzuwenden (Marktliberale Orientierung), oder er soll zwar in einem gewissen Umfang Schicksalsschläge, ungleiche Startbedingungen und Ähnliches ausgleichen, aber auch konsequent zu Eigenleistungen anhalten (Leistungsgerechtigkeit mit restriktiver Unterstützung Benachteiligter). In beiden Fällen tritt die sozialstaatliche Solidarität, wie man sie aus der DDR gekannt hat, zugunsten einer marktkonformen Grundorientierung stark in den Hintergrund. Die *Kritiker* dagegen fordern in unterschiedlichem Umfang eine entschiedene und weitergehende Unterstützung Benachteiligter, wobei dem Sozialstaat eine wichtige Ergänzungs- bzw. Exekutionsfunktion für die Umsetzung der jeweiligen Solidaritätsforderungen zukommt.<sup>308</sup> Gleichzeitig betonen sie aber, bis auf eine Ausnahme, daß Leistung immer honoriert werden muß; der Staat soll demnach nicht grundlegend in die Verteilungsstrukturen eingreifen. Allerdings soll anders als nach der Auffassung der Konformisten kein Zwang zur Leistungserbringung ausgeübt werden. Während also zwischen Rationalität und Motivation bei jedem einzelnen Typus ein echtes Spannungsverhältnis konstatiert werden kann, das zu verschiedenen inhaltlichen Ergebnissen führt, wird die Rolle, die sie den Institutionen - sprich dem Sozialstaat - zuschreiben, dem jeweiligen Ergebnis, das sich aus dem Spannungsverhältnis von Rationalität und Motivation ergeben hat, weitgehend angepaßt. Die erwähnte Ausnahme stellt *Carsten* dar, der eine umfassende staatliche Daseinsfürsorge verlangt und dem Leistungsprinzip nahezu keine Bedeutung beimißt; hier kann man sagen, daß sozialstaatliche Solidarität vor dem Hintergrund einer in der DDR begründeten Vorstellung von der Rolle des Staates reaktant behauptet wird.

### **Zum Umgang mit dem Zielkonflikt zwischen produktivitätsorientierten und solidarischen Gerechtigkeitsvorstellungen**

Nun kommen wir zu der Frage, wie die Befragten mit dem *Zielkonflikt zwischen produktivitätsorientierten und solidarischen Gerechtigkeitsvorstellungen* umgehen. Der *Zielkonflikt* zwischen

---

Eine mögliche Erklärung hierfür stammt von Pollack (1992: 280). Demnach kann der "gelernte DDR-Bürger" nicht auf erfahrungsbedingtes Vertrauen in eine Bürgergemeinschaft zurückgreifen und bringt gegenüber Institutionen, Parteien, Verbänden etc. eine erfahrungsbegründete Skepsis mit. Aus diesen Gründen fällt es ihm schwer, sich in die Öffentlichkeit und in den Erfassungsbereich von Organisationen zu begeben.

<sup>308</sup> In der Tat ist der Sozialstaat zur Durchsetzung lebensweltlicher Solidarität, sofern sie mit materiellen Forderungen einhergeht, kaum substituierbar. Faktisch garantiert er den Löwenanteil materieller Daseinsfürsorge für Bedürftige und hier ist auch kein Substitut in Sicht.

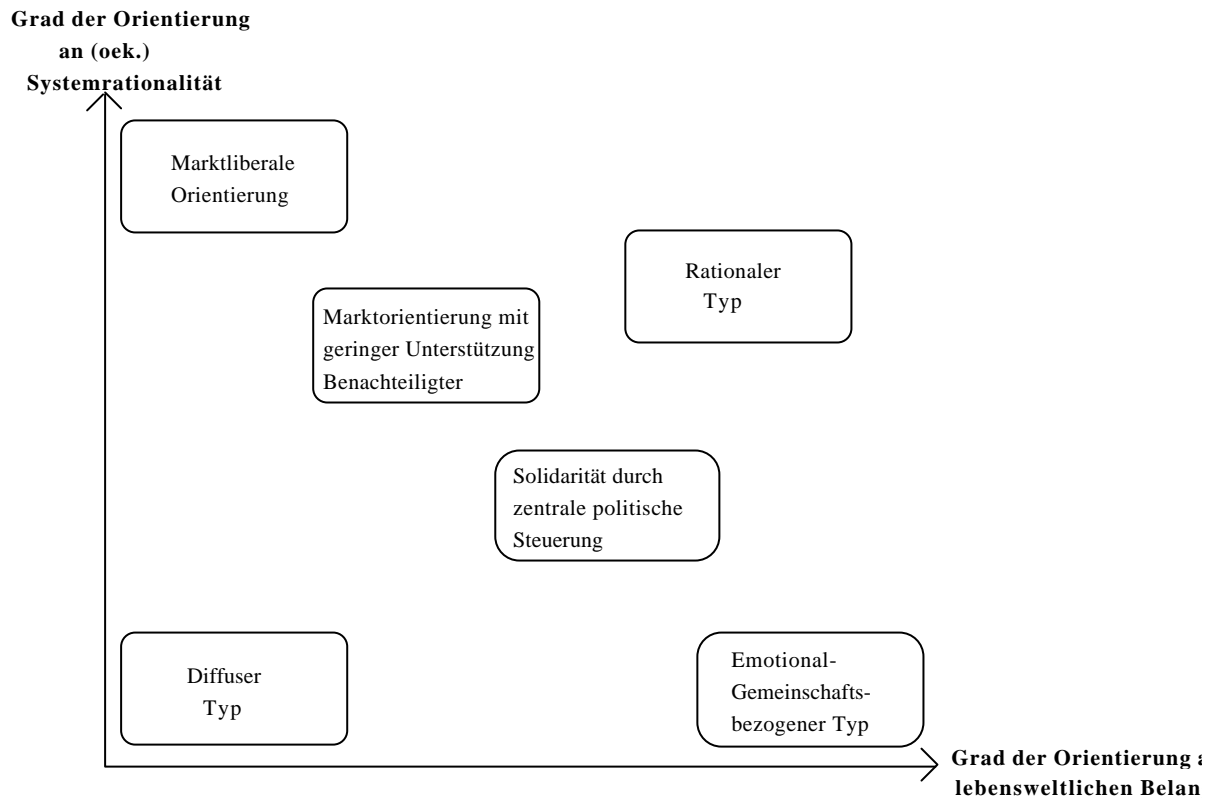
diesen beiden Gerechtigkeitsvorstellungen besteht darin, daß es sich beim Bedürfnis- bzw. Gleichheitsprinzip einerseits um Gerechtigkeitsformen handelt, die der Solidarität förderlich sind, da sie die Bindungen unter den Menschen verstärken, während die Frage der Produktivität, wenn überhaupt, als zweitrangig eingestuft wird. Das Leistungsprinzip andererseits führt zu hoher Produktivität, denn die Vergütung aufgrund von Leistung hat zur Folge, daß das Gesamtvolumen der hergestellten Güter erhöht wird. Diese Erhöhung ist aber nur um den Preis von ungleicher Verteilung möglich, da sonst der individuelle Leistungsanreiz entfielen. Damit steht das Leistungsprinzip solidarischen Bindungen tendenziell entgegen. In seiner gängigsten Version, dem Leistungsprinzip aus der Wettbewerbsperspektive, werden für gewöhnlich auch sehr hohe Einkommensunterschiede gerechtfertigt.<sup>309</sup> Welches Gerechtigkeitsprinzip man bevorzugt behandelt, entscheidet also, ob man eher produktivistisch oder eher distributiv (und damit solidaritätsfördernd) orientiert ist.

Diese Fragestellung ist eng verknüpft mit dem Verhältnis von System und Lebenswelt; dabei handelt es sich zwar um keine Eins-zu-Eins-Entsprechung, aber in der Mehrzahl der Fälle tritt das Leistungsprinzip im Verein mit einer stärkeren Systemorientierung auf, da es zur Rechtfertigung der auffälligen systembedingten Disparitäten herangezogen wird.<sup>310</sup> Lebensweltlich orientierte Auffassungen treten dagegen tendenziell im Verein mit dem Gleichheits- bzw. Bedürfnisprinzip auf, da diese der Sozialintegration dienlich erscheinen. Es geht also auch hier um die Frage, ob man sich vorwiegend an der materiellen Reproduktion der Gesellschaft oder an Fragen der Integration orientiert. Die verschiedenen Arten und Weisen, wie die Angehörigen des Untersuchungsfeldes bzw. die herausgearbeiteten Solidaritätstypen mit dem Spannungsverhältnis zwischen produktivistischen und solidarischen Gerechtigkeitsvorstellungen umgehen, wird am Schaubild "Einordnung der Solidaritätstypen im Spannungsfeld zwischen System und Lebenswelt" verdeutlicht.

---

<sup>309</sup> Zwei Sonderfälle des Leistungsprinzips, das aufwands- und das ertragsbezogene Leistungsprinzip, sind hierzu allerdings nicht geeignet, sondern werden vielmehr bei einem Drittel der Befragten (nämlich von *Susanne, Carsten, Barbara* und *Frank*) zur Rechtfertigung eines *Ceiling constraints* bzw. Einkommensdeckels (wonach Einkommen ein bestimmtes Maximum nicht überschreiten dürfen) herangezogen. Die Auffassung des aufwands- bzw. des ertragsbezogenen Leistungsprinzips liegt nämlich der häufig anzutreffenden Intuition zugrunde, wonach es ein bestimmtes Maximum an Leistung gibt, das eine Person erbringen kann. Demnach kann bei entsprechender Interpretation des Leistungsprinzips ein bestimmtes Maximum an Verdienst, welches der maximalen Leistungsfähigkeit des Menschen entspricht, gar nicht überschritten werden, wenn alles mit rechten Dingen zugeht. Ein darüber hinausgehender Verdienst gilt folgerichtig als ungerecht, da dieser nicht mehr auf Leistung beruhen kann. Diese Formen des Leistungsprinzips weisen folglich eine gewisse Affinität zum Gleichheitsprinzip auf und werden auch oft (nämlich von *Carsten, Barbara* und *Frank*) als Argument angeführt, um Gleichheitsforderungen Nachdruck zu verleihen.

<sup>310</sup> Im Extremfall kann man freilich die Gesellschaft mit Luhmann nur noch als ein im Großen und Ganzen reibungsloses Wechselspiel der verschiedenen Systeme auffassen und Fragen der normativen Rechtfertigung gänzlich ausblenden.



**Schaubild:** Einordnung der Solidaritätstypen im Spannungsfeld zwischen System und Lebenswelt

Der *Diffuse Typ* weist im Vergleich zu den anderen Typen lediglich eine rudimentäre inkonsistente Systemperspektive und keine klare lebensweltliche Orientierung auf. Insgesamt deuten ein geringer Informationsstand sowie auffällig sprunghafte Meinungswechsel auf eine noch nicht abgeschlossene Meinungsbildung nicht nur hinsichtlich der Gerechtigkeitsproblematik hin. Die Bearbeitung von entsprechenden Fragen würde erfordern, daß man in einem Grade von der jeweiligen eigenen Situation abstrahiert, der den Vertretern dieses Typus im gegenwärtigen Stadium ihrer Persönlichkeitsentwicklung (noch) nicht möglich ist. Die Angehörigen des *Marktliberal Orientierten* Typus, in deren Wahrnehmung die Lebenswelt keine relevante Größe darstellt, orientieren sich vornehmlich an einer funktionierenden Ökonomie, die letztlich auch die Inklusion der Individuen gewährleisten soll. Alles, was zu hoher Produktivität führt, ist demnach zu begrüßen, denn diese sorgt für Wohlstand und ist im Zweifelsfalle wichtiger als soziale Gerechtigkeit, wenn auch soweit wie möglich das Leistungsprinzip zur Rechtfertigung von sozialen Differenzen herangezogen wird. Ökonomische Effizienz und Wirtschaftswachstum sind nach dieser Auffassung ohne den Anreiz einer angemessenen Honorierung von Leistung gar nicht zu haben und es gilt, das Eigeninteresse der Individuen auf der Basis eines harten Leistungswettbewerbes und hoher Einkommensdifferenzen für die ökonomische Dynamik nutzbar zu machen. Die Marktlogik wird dabei in weiten Teilen als eigene Handlungslogik verinnerlicht; wichtig ist für die Betroffenen insbesondere, sich von den Zumutungen einer lebensweltlichen Moral zu befreien. Ähnliches gilt für den Typus der *Leistungsgerechtigkeit mit restriktiver Unterstützung Benachteiligter*, in dessen Wahrnehmung sich eine traditionell verfaßte Lebenswelt auf dem Rückzug befindet. Auch hier liegt ein Passungsverhältnis von systemischer und individueller Rationalität vor, das aber nicht so unproblematisch wie beim

vorangehenden Typus funktioniert, denn es liegen noch alte lebensweltliche Bindungen und Rücksichten vor, von denen man sich nicht einfach lösen kann, auch wenn diese in der Tendenz zunehmend schwächer werden. Man macht daher Zugeständnisse an einen Floor constraint und fordert eine gewisse Rücksichtnahme auf Benachteiligte<sup>311</sup>, aber letztlich geht man davon aus, daß es zum Operieren der Systeme und einer entsprechend unterstützenden Leistungsorientierung keine Alternative gibt, weswegen die Zugeständnisse an das Gleichheitsmoment auf ein Minimum reduziert werden. Für *beide Typen einer konformistischen Solidaritätsorientierung* spielt also die Leistungsbereitschaft und Eigenverantwortung der Solidaritätsempfänger eine zentrale Rolle.

Wird der Lebenswelt eine größere Bedeutung zugesprochen, dann folgt daraus in aller Regel, daß Benachteiligte einen moralischen Anspruch auf die Solidarität der Bessergestellten haben. Eine gewisse Zwischenstellung zwischen Systemorientierung und lebensweltlicher Orientierung nimmt dabei der Typus der ***Solidarität durch zentrale politische Steuerung*** ein. Vorherrschend ist zwar die Tendenz, Gleichheitsprinzipien oder zumindest die Forderung nach einem relativ hohen Grundeinkommen gegen das gegenwärtige System in Stellung zu bringen, aber es ist weniger die Lebenswelt, auf die man rekurriert, als vielmehr das "richtige" System, nämlich das *politische System* in Form eines benevolenten Staates, das sich durchsetzen müßte und für die Erfüllung von Gleichheitsforderungen Sorge zu tragen hätte. Dabei beruht die Begründung der eigenen Forderungen eigentümlicherweise auf lebensweltlichen Intuitionen, die für so evident gehalten werden, daß es zu ihrer Rechtfertigung keiner weiteren Begründung bedarf. Kritisiert werden vor allem wachsende soziale Unterschiede sowie eine reine inhaltslose Geldvermehrung im Rahmen des kapitalistischen Systems. Soziale Ungleichheit resultiert nach dieser Auffassung weniger aus Leistungsdifferenzen als aus unterschiedlichen Zugriffsmöglichkeiten auf Produktionsmittel und andere zentrale Ressourcen der modernen Gesellschaft. Dabei versetzt man sich ausnahmslos in die Position der Geringverdiener, während die Gegenseite der Vermögenden bzw. der Hochverdiener als moralisch diskreditiert gilt; auch Ansprüche von Leistungsträgern werden nicht akzeptiert. Durchgesetzt werden können die angestrebten Umverteilungen aber, so meinen die Betroffenen, nur mit Hilfe der Macht des Staates - trotz aller implizit unterstellten lebensweltlichen Evidenz. Der ***Emotional-Gemeinschaftsbezogene Typ*** geht zwar auch von einer lebensweltlichen Evidenz seiner Forderungen nach größerer sozialer Gleichheit aus, sieht aber die Lebenswelt selber in der Lage, in Form von gemeinschaftsförmigen Strukturen ein gerechtes und solidarisches Zusammenleben zu garantieren. Man kritisiert die Dominanz des Geldes sowie die starken vertikalen sozialen Differenzierungen mit ihren exorbitanten Einkommensdifferenzen. Ferner konstatiert man überflüssigen Konsum, ein Übermaß an materiellen Gütern und die Verarmung zwischenmenschlicher Beziehungen. Angestrebt wird dagegen eine humane und gemeinschaftsorientierte Gesellschaftsform mit weniger Konsum, mehr Gleichheit in Form eines Compressed range mit geringer Spannweite und eine auf Sozialintegration zielende Güterverteilung. Im übrigen hält man, meist ohne lange nachzudenken, in Verfolgung des Gleichheits- oder

---

<sup>311</sup> Diese Züge können übrigens bei oberflächlicher Betrachtung leicht dazu führen, daß die letztlich marktkonforme Grundhaltung dieser Gruppe verschleiert bleibt.

Bedürfnisprinzips eine Erhöhung von staatlichen Unterstützungsleistungen für unproblematisch und angemessen. Dies beinhaltet auch weitgehende Umverteilungsmaßnahmen des gesellschaftlichen Vermögens, vor allem aber soll jeder Mensch im Alltag solidarisch und mitmenschlich handeln. Dieser enorm starken Ausformung der Solidaritätsvorstellungen steht eine unterentwickelte Systemperspektive gegenüber. Im allgemeinen hält man die funktionalen gesellschaftlichen Teilsysteme, auch und insbesondere das ökonomische System, für biegsam genug, um etwa problemlos wirtschaftliche Effizienzeinbußen zugunsten der Inklusion Benachteiligter durchzusetzen zu können.<sup>312</sup>

Der *Rationale Typ* schließlich zeichnet sich dadurch aus, daß er als einziger lebensweltliche und systemische Belange gleichermaßen zu berücksichtigen trachtet und zwischen ihnen vermitteln will. So sieht man einerseits auf vielen Feldern legitime Forderungen nach Solidarität und insofern besteht auch überall Handlungsbedarf, gleichzeitig bedenkt man andererseits auch immer mit, was passieren würde, wenn man diesem Handlungsbedarf bedenkenlos nachgeben würde. Die entsprechenden Handlungsorientierungen müssen nämlich nicht nur gerecht und solidarisch, sondern auch umsetzbar sein und dürfen keine katastrophalen Folgewirkungen zeitigen. Eine konsequente und ausschließliche Befolgung der solidarischen Zielsetzungen würde nämlich im Endeffekt dazu führen, daß eine dramatische Verschlechterung für alle einträte. Vor allem eine gesunde Ökonomie erscheint den Angehörigen dieses Typus als unabdingbare Voraussetzung für solidarisches Handeln, da nur hier die notwendigen materiellen Mittel bereitgestellt werden können, um die Imperative der gefundenen Solidaritäts- und Gerechtigkeitsorientierungen zu befolgen. In diesem Sinne ist das Leistungsprinzip hoch funktional. Gleichzeitig soll aber durch einen Income floor gesichert sein, daß allen Personen gewisse Mindeststandards gewährt werden, für die im Bedarfsfall auch bessergestellte Personen herangezogen werden sollen. Bei der Organisation der Gesellschaft wird großer Wert auf faire Verfahren gelegt. Insbesondere eine deliberative Politik und eine kritische Öffentlichkeit sollen die Ungleichgewichte einer Laissez-Faire-Ökonomie dämpfen und für letztere bestimmte Rahmenbedingungen abstecken sowie modifizierend in ihre Verteilungsströme eingreifen. Dabei darf die Ökonomie aber nicht in ihren basalen Operationen gestört werden. Inhaltlich bedeutet dies die Befolgung des Leistungsprinzips, das allerdings durch einen Compressed range mit großer Spannweite, aber hohem Grundeinkommen und garantierter Chancengleichheit flankiert werden soll. Zu geringe Spitzeneinkommen würden nämlich das Wirtschaftssystem ruinieren, zu geringe Mindesteinkommen dagegen den Grundsatz der Chancengleichheit beeinträchtigen. Auf diese Weise versucht man, Solidaritätsvorstellungen mit den Systemen zu vermitteln, ohne letztere in ihrer

---

<sup>312</sup> Starke Bedenken finden sich allerdings bei *Frank*. Da er einerseits eine nicht unerhebliche Bedrohung lebensweltlicher Solidarität wahrnimmt, ihm jedoch andererseits die gegebene gesellschaftliche Faktizität unüberwindlich scheint, spaltet sich seine Orientierung in Wunsch und Wirklichkeit. Mit dem Siegeszug der neuen Gesellschaftsordnung scheinen ihm nämlich die Chancen eines solidarischen gemeinschaftlichen Zusammenlebens weitgehend verlorengegangen. Ferner teilt er die Bevölkerung ein in die systemkompatiblen eigennutzenorientierten Westdeutschen einerseits und die Ostdeutschen andererseits, die sich - bedingt vor allem durch eine angegliche Einkommensstruktur in der DDR - durch stärkeren sozialen Zusammenhalt und ein positiv konnotiertes Miteinander auszeichnen, was aber im Zuge der Verwestlichung zunehmend verloren zu gehen droht. Auch für den östlichen Landesteil sieht Frank also die Chancen für ein solidarisches Zusammenleben mehr und mehr schwinden.

Selbstreproduktion zu gefährden. Systeme und Lebenswelt sollen auf diese Weise jeweils in sinnvoller Weise begrenzt und miteinander in Einklang gebracht werden.

Der rationale Typ verdeutlicht auch, daß es sich - zumindest auf der Ebene der Personen - nicht einfach um ein Nullsummenspiel zwischen den beiden Polen des Spannungsfeldes zwischen Systemen und Lebenswelt handelt. Weder hält man an den Traditionen, Gefühlswerten oder sonstigen Elementen der Vergangenheit fest, noch übernimmt man einfach die Systemvorgaben, sondern man überprüft beide und arbeitet sich reflexiv an den aufbrechenden Konfliktlinien und zutage tretenden Problemen ab. Mit anderen Worten: die Orientierung zugunsten lebensweltlicher Belange geht nicht automatisch auf Kosten der Systeme oder umgekehrt. Vielmehr beweist das Vorhandensein dieses Typus, daß die Steigerung der Systemoperationen (zumindest auf der Ebene der Personen) mit einer Rationalisierung der Lebenswelt einhergehen kann.

*Fazit:* der Zielkonflikt zwischen solidaritäts- und produktivitätsorientierter Gerechtigkeit wird von den meisten Befragten nach einem Modell, das schon Frohlich, Oppenheimer und Eavey (1987) bzw. Frohlich und Oppenheimer (1990) nachgewiesen haben, bearbeitet, nämlich mit einer Kombination verschiedener Gerechtigkeitsprinzipien, die zwischen den Extrempolen einer reinen Produktivitäts- und einer reinen Solidaritätsorientierung angesiedelt ist. Den meisten der Befragten ist es einerseits wichtig, daß niemand in Armut lebt, andererseits sollen Personen, die hart arbeiten, auch entsprechende Vergütungen erhalten. Dies führt zu einer Mischform von Leistungs- und Gleichheitsprinzip in Form des *Floor-Constraint-Prinzips*.

Neben diesem Vermittlungsversuch findet sich aber auch das Muster der Negierung des jeweils entgegengesetzten Aspektes: auf der einen Seite setzen die Angehörigen des *Markoliberalen Typs* auf eine hohe Produktivität, wodurch alle, die willens sind, auf der Grundlage eigener Arbeit in das System integriert werden, auf der anderen Seite gehen insbesondere Rolf und Carsten (mithin der jeweils idealtypischere Vertreter des *Emotional-Gemeinschaftsbezogenen Typs* bzw. des Typs *Solidarität durch zentrale politische Steuerung*) davon aus, daß Überproduktion und eine pathologische Konsumorientierung vorherrschen, was die Frage der Produktivität in ihren Augen belanglos macht. Bis auf Gerd, der sich wie immer hochambivalent äußert, folgen alle anderen Befragten der Figur von Frohlich und Oppenheimer.<sup>313</sup> Nicht selten tritt diese zusammen mit einer Deckelung der Spitzeneinkommen auf, was dann zusammen das *Compressed-Range-Prinzip* ergibt: die besser verdienenden Gruppen sollen demnach weniger als bisher erhalten und die schlechter verdienenden mehr; allerdings bleibt die Frage nach der akzeptablen Differenzspanne zwischen den Einkommen weitgehend unbeantwortet. Bei den meisten Befragten existieren nämlich sehr große Einkommenskorridore, innerhalb derer eine enorme Bandbreite dessen, was als gerecht gilt,

---

<sup>313</sup> Insofern sind die Befunde von Frohlich, Oppenheimer und Eavey (1987) bzw. Frohlich und Oppenheimer (1990) (siehe auch S. 119f in dieser Arbeit) durch die vorliegende Untersuchung bestätigt worden. Dies ist eigentlich nichts Ungewöhnliches, die Befürwortung des Einkommenskorridors (*Compressed range*) ist (etwa nach Mau 1997: 63) vielmehr ein Muster, das sich in allen Ländern finden läßt und dabei auf breite Zustimmung stößt. Dies gilt übrigens nach Braun und Kolosi (1994: 60) auch bezüglich des Ost-West-Vergleichs: soweit es die Reduktion der höheren Einkommen betrifft, gibt es keine nennenswerten Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen. Eine ähnliche Tendenz zeigt sich in der Behandlung der schlechter Verdienenden; allerdings würden die Ostdeutschen diesen Gruppen *etwas* mehr zugestehen.

vorzufinden ist. In diesen Fällen ist die dem Compressed-Range-Prinzip innewohnende Tendenz zur Gleichheit so gering ausgeprägt, daß die Struktur der Einkommensverteilung bei Anwendung des Prinzips selber nicht verändert, allenfalls leicht gestaucht würde.<sup>314</sup>

### **Zur Haltung gegenüber Nichtzugehörigen**

Es konnte auch geklärt werden, inwiefern geographische Einheiten und andere gängige Momente der Grenzziehung (darunter etwa die Staatsangehörigkeit, Askriptionen oder die Leistungsbereitschaft der Betroffenen) für die Einbeziehung anderer in die Solidaritätssphäre eine Rolle spielen. Eindeutig besteht bei den Angehörigen der Untersuchungsgruppe (bis auf eine Ausnahme) keine Neigung zur Segmentierung der Menschen, denen man bereit wäre zu helfen, aufgrund von Staatsgrenzen oder askriptiver Merkmale, also etwa zur Einteilung der Menschen in Staatsbürger versus Ausländer oder Industrieländer versus Dritte Welt.<sup>315</sup> Dagegen spielt jedoch bei vielen die Frage des jeweiligen Eigenverschuldens der Betroffenen an ihrer schlechten Lage bzw. die Bereitschaft, selber etwas hieran zu ändern, eine enorme Rolle. Insofern teilt sich das Feld der Untersuchten klar in die Befürwortung einer Berücksichtigung der Ansprüche, Interessen und Bedürfnisse anderer, selbst wenn sich diese nicht durch Leistung legitimieren können einerseits, versus die Befürwortung einer Solidarität, die nur gewährt wird, sofern die Voraussetzung der Eigeninitiative erfüllt ist, andererseits. Auch hier verläuft die Trennlinie wie beim Thema Sozialstaat parallel zur Unterscheidung zwischen *Konformisten* und *Kritikern*.<sup>316</sup>

Bezüglich der Dritten Welt ist ferner das Selektionskriterium, das der Entscheidung über die Zuteilung von Hilfen zugrundeliegt, interessant. Das häufig benutzte Bild vom "Integrationsradius" - nach dem Muster: erst kommt die Solidarität mit unmittelbar nahestehenden Menschen, danach mit Freunden und Vereinigungen, dann innerhalb der Gesellschaft und am Ende Solidarität innerhalb und mit der ganzen Welt, wobei letztere allem anderen nachgeordnet ist (siehe etwa Vester 1997: 183) - ist dabei nicht unmittelbar zutreffend. Ein innerhalb der Untersuchungsgruppe häufig geäußelter Standpunkt besteht dagegen in der Auffassung, die in der Literatur als "Dependenzthese" bezeichnet wird. Demnach beruht der Reichtum der Industrieländer auf einer wirtschaftlichen Ausbeutung der Länder der Dritten Welt. Nach der Logik des Verursacherprinzips folgt hieraus eine Pflicht zur Wiedergutmachung bzw. zum Ausgleich der Nachteile. Dieser Auffassung hängt die Hälfte der Befragten an und sie zieht sich durch sämtliche Solidaritätstypen (außer den *Marktliberal*

---

<sup>314</sup> Die Spezifik zwischen den Fällen beginnt erst, sobald es darum geht, den Floor zu handhaben: gilt der Sozialhilfesatz? Soll es mehr oder weniger sein? Muß man noch einmal zwischen Arbeitswilligen und Arbeitsunwilligen unterscheiden? Etc. Fast niemand unter den Befragten sagt, daß man Hilfsbedürftige wirklich verhungern lassen sollte - in diesem Sinne ist eigentlich jeder für einen Floor constraint - nur *Michael* gelingt es, selbst hier einem Zugeständnis auszuweichen.

<sup>315</sup> Die einzige Ausnahme stellt *Michael* dar, für den die Dritte Welt nicht mehr zum Solidarbereich gehört, weil er das eigene Wohlergehen bzw. dasjenige Nahestehender in den Vordergrund stellt. So kann er für die Dritte Welt lediglich freiwillige Mildtätigkeit akzeptieren, eine moralische Pflicht zur Hilfe sieht er dagegen nicht.

<sup>316</sup> *Carsten* zeichnet sich hier ähnlich wie in der Thematik des Sozialstaates durch seine radikale Haltung aus, wonach grundsätzlich jedem Menschen - ohne Ansehen von Person, Status, Verhalten etc. - die Mittel zustehen, die er zur Entfaltung seiner Persönlichkeit benötigt.



*Orientierten*).<sup>317</sup> Ferner existiert die Auffassung, daß Hilfe in der Not in einem die gesamte Menschheit umgreifenden Ansatz schlechthin selbstverständlich ist und nicht von der Nähe, vorgängiger Geschichte oder anderen Kriterien abhängt.<sup>318</sup> Ins Extrem getrieben folgt daraus, daß Hilfspotentiale konsequent dorthin zu kanalisieren sind, wo sie am ehesten gebraucht werden: je gravierender die Notsituation, desto dringlicher ist demnach die Solidarität.<sup>319</sup>

Das Bild des Integrationsradius wird jedoch nicht selten implizit mitgedacht und liegt der häufig feststellbaren Tendenz zugrunde, sich im Laufe der Argumentation sukzessive von den Konsequenzen des zuvor genannten Grundsatzes freizusprechen. Die Solidaritätsansprüche der Dritten Welt werden dabei auf ein gewisses Minimum reduziert oder es werden bestimmte Folgeprobleme für die eigene Bevölkerung, das eigene Land etc. thematisiert, um den de facto geringen Hilfsumfang für die Dritte Welt zu erklären. Insofern ist die Bereitschaft, die Solidaritätssphäre auf zuvor ausgeschlossene Personen auszudehnen, letztlich doch Beschränkungen unterworfen.

### **Herkunftsspezifische Momente**

Nicht zuletzt kann auch die Frage beantwortet werden, wie sich der ostdeutsche Erfahrungshintergrund der Untersuchungsgruppe auf die Individuen und ihre Auffassungen zur Thematik der Solidarität auswirkt. Die ursprüngliche Erwartung war, es bei der Untersuchungsgruppe gewissermaßen mit einem doppelt sensiblen "Seismographen" für soziale Entwicklungen zu tun zu haben, nämlich erstens mit Ostdeutschen, die, mit einer hohen Sensibilität für Gleichheit und die Notwendigkeit von Solidarität ausgestattet, die buchstäblich *erlebten* Institutionen und Solidaritätsformen beider Gesellschaften auf ihre Vor- und Nachteile hin reflektieren, und zweitens mit Studenten, die sich in einer von Interessenlagen und Entscheidungszwängen entlasteten Lebenslage befinden und darüber hinaus über hohe kognitive Kompetenzen verfügen.

Zu den Erwartungen, die an die Befragten als *Studierende* gestellt wurden, kann festgestellt werden, daß sich viele von diesen nicht erfüllt haben. a) Die Behauptung, daß Studierende aufgrund ihrer Qualifikation häufig eine Affinität zu eher egalitären Gerechtigkeitsprinzipien ausbilden, kann jedoch nicht uneingeschränkt aufrechterhalten werden. Vielmehr konnte mit dem Obertypus der "Konformisten" eine Gruppe unter den Studenten ausgemacht werden, die Gleichheitsforderungen weitgehend ablehnend gegenübersteht. Eine höhere Affinität für Gleichheitsforderungen gilt nur für jene Studenten, die unter den Obertypus der "Kritiker" fallen. b) Ferner konnten die Begründungsanforderungen hinsichtlich komplexer Fragen der Solidarität von großen Teilen der Untersuchungsgruppe nicht erfüllt werden. Der entsprechenden Komplexität annähernd gerecht

<sup>317</sup> Bei den Betreffenden handelt es sich um *Susanne, Barbara, Axel, Rolf, Frank* und *Gerd*. Diese breite Streuung quer durch alle Solidaritätstypen ist nicht weiter verwunderlich: laut einer Umfrage von Infratest (1995: 32) hängen sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland 74 v.H. der Befragten der Auffassung an, daß der Reichtum der Industrieländer auf einer wirtschaftlichen Ausbeutung der Länder der Dritten Welt beruht.

<sup>318</sup> Dieser Ansatz wird mit unterschiedlichem Nachdruck von *Britta, Hartmut, Heiner* und *Jana* vertreten.

<sup>319</sup> Eine solche "Samariterlogik" (Rottländer 1997: 131) bzw. "Brüderlichkeitsethik" (Weber 1988 [1920]: 544ff) führt jedoch leicht zur Überforderung der Leistungsfähigkeit, was in der Untersuchung am Fall von *Rolf* deutlich wird, der einen starken Hang zur Selbstüberforderung hat und im Duktus eines "Retters der Menschheit" von einer solidarischen Aktion in die nächste taumelt, wobei er kaum eine davon konsequent zu Ende bringt.

wurde eigentlich nur der *Rationale Typus*. c) Nicht zuletzt traf auch die Analogie zur Rawlsschen Positionierungsgewißheit bzw. die Annahme einer nur wenig identitätsbildenden Beziehung zu der gesellschaftlichen Position, die die Befragten später einmal einnehmen werden, nicht zu. Vielmehr orientiert sich ein erheblicher Anteil der Befragten auf seine jeweilige spätere Berufstätigkeit sowie seine zukünftigen Lebenschancen hin und prägt bereits während des Studiums entsprechende Identitäten aus.

Was den Aspekt der *ostdeutschen Herkunft* betrifft, soll in einem ersten Schritt ein formaler Blick auf das Verhältnis der heutigen zur früheren Systembindung bei den Individuen geworfen werden. Dieses Verhältnis gibt das folgende Schaubild wieder.<sup>320</sup>

DDR \ BRD	Affirmativ	Neutral	Distanziert
Affirmativ	<i>Heiner</i>	<i>Britta, Hartmut</i>	<i>Michael</i>
Neutral		<i>Gerd, Axel</i>	
Distanziert	<i>Susanne, Frank</i>	<i>Carsten, Jana</i>	<i>Barbara, Rolf</i>

**Schaubild:** Kombinationen von heutiger und früherer Systembindung

Das Bild stimmt weitgehend mit dem Befund von Förster (1997: 215) bzw. Friedrich und Förster (1997: 50) überein, die auf der Grundlage einer quantitativen Längsschnittstudie eine *Nullkorrelation* zwischen heutiger und früherer Systembindung feststellen. Bei jungen Erwachsenen besteht demnach kein eindeutiger Zusammenhang zwischen den jeweiligen Systembindungen.<sup>321</sup> Ein wichtiger Unterschied zu Friedrich und Förster ist allerdings darin, zu sehen, daß hier diejenigen Befragten, die zuvor eine *eindeutige* Stellung zur DDR bezogen haben - egal ob affirmativ oder distanziert -, auch dem System der Bundesrepublik nicht einfach neutral gegenüberstehen. Mit

<sup>320</sup> Die dargestellte Kreuztabelle ist insofern nicht ganz unproblematisch, als eine neutrale bzw. distanzierte Haltung nicht unbedingt in beiden Systemtypen das selbe bedeutet. Während in der DDR der *politische* Systemaspekt völlig im Vordergrund stand und daher eine eindeutige Zuordnung möglich macht, ist das System der Bundesrepublik stärker ausdifferenziert. Deshalb kommt es häufig vor, daß ein Befragter beispielsweise die politische Verfaßtheit der Bundesrepublik begrüßt, die wahrgenommene Dominanz des ökonomischen Systems aber ablehnt (wie dies etwa bei *Rolf* und *Carsten* der Fall ist). In solchen Fällen bin ich davon ausgegangen, daß der als dominant eingestufte Aspekt (in den genannten Fällen also die abgelehnte ökonomische Dominanz) den Ausschlag für die Gesamthaltung gibt. Auch in der DDR kann Bindung bzw. Ablehnung auf verschiedenen Aspekten beruhen: während beispielsweise *Heiner* und *Susanne* deutlich auf das System hin orientiert und stark integriert waren, waren für *Frank* die lebensweltlichen solidarischen Bindungen sehr wichtig. Nicht zuletzt gibt es auch einen Zug zu einer DDR-Nostalgie, die eine Erinnerung an etwas ist, das seinerzeit kaum eine Rolle gespielt hat. In solchen Fällen habe ich versucht, soweit dies möglich war, von der damaligen Haltung auszugehen.

<sup>321</sup> Friedrich und Förster beziehen sich auf eine sächsische Längsschnittstudie, deren letzte Erhebung aus dem Jahre 1995 stammt (damals waren die Panelmitglieder 23 Jahre alt). Näheres siehe Friedrich u. Förster (1997). Vergleiche hierzu auch Ergebnisse der Münchner Forschungsgruppe (1999: 8), die sich allerdings auf die Grundgesamtheit sämtlicher Ostdeutscher bezieht.

anderen Worten: wer in der Vergangenheit eine klare Position zur DDR bezogen hat, der steht offenbar auch dem neuen System nicht indifferent gegenüber. Allerdings treten sämtliche Vorher-Nachher-Kombinationen von Distanzierung und Affirmation auf.<sup>322</sup>

Von einer Kontinuität der Systemorientierung oder einer allgemein nachvollziehbaren Transformationsgesetzmäßigkeit allein auf Grundlage der Systemorientierung kann bei der Untersuchungsgruppe keine Rede sein. Klar wird durch die Übersicht außerdem, daß das neue System nicht einfach die unangefochtene Unterstützung der Befragten erhält.

Zur weiteren Klärung der Frage, ob und in welchem Maße die Betreffenden an alten Orientierungen festhalten oder ob und inwiefern sie sich von diesen lösen und sich auf die neue Gesellschaftsform hin orientieren, soll in einem nächsten Schritt auf die verschiedenen Möglichkeiten eingegangen werden, mit denen die Angehörigen des Untersuchungsfeldes auf die Wende und die Installation eines völlig anders gearteten Gesellschaftssystems reagiert haben. Dabei haben sich die folgenden vier Aspekte als besonders aussagekräftig herausgestellt: a) es besteht die Möglichkeit, daß sich familiäre Habitusformationen durch die Zeit der DDR hindurch erhalten haben. Das würde bedeuten, daß während des Bestehens der DDR bei den Individuen Einstellungen und Kompetenzen vorhanden waren, die unter Umständen latent blieben, weil keine Gelegenheit zur ihrer Entfaltung bestand. Diese könnten aber jetzt unter den neuen Bedingungen aktiviert werden. b) Andererseits gehören Studenten einer Personengruppe an, die eher zu den Gewinnern der Einheit zählt. Daher besteht auch die Möglichkeit einer affirmativen Hinwendung zur neuen Gesellschaftsform. c) Es besteht aber auch die Möglichkeit, daß Leitbilder aus DDR-Zeiten fortwirken. Das könnte beispielsweise bedeuten, daß zur Lösung sozialer Probleme auf den Staat gesetzt wird, während es um die Bereitschaft zum eigenen Engagement eher schlecht bestellt ist. d) Nicht zuletzt könnte die Erfahrung von Umständen, die man als Ungerechtigkeiten, Exklusionen etc. wahrnimmt, bestimmte Solidaritätsorientierungen aus ihrer Latenz hervorheben. Demnach würde bei den Betreffenden eine gewisse Sensibilität für soziale Ungleichheiten bestehen. In welcher Kombination die genannten Aspekte bei den untersuchten Fällen vorzufinden sind, gibt das folgende Schaubild wieder:

---

<sup>322</sup> Hier könnte eine weitere Untersuchung mit der folgenden Ausgangshypothese ansetzen: wer zum DDR-System eindeutig Stellung bezogen hat, der kann der aktuellen Politik nicht neutral gegenüberstehen, denn persönliche Kosten bzw. eine entsprechend präformierte Biographie in der Vergangenheit lassen keine neutrale Haltung ohne Dissonanzgefühle zu.

	fortwirkender Familienhabitus	affirmativer Gewinner der Einheit	fortwirkende DDR-Leitbilder	Sensibilität für Ungleichheit
Britta	x	x	-	-
Michael	-	x	-	-
Hartmut	x	x	-	-
Susanne	x	-	-	(-)
Axel	(x) <sup>323</sup>	-	-	x
Heiner	(x)	x	-	x
Carsten	-	-	x	x
Barbara	x	-	-	x
Rolf	x	-	-	x
Frank	-	-	x	x
Gerd	-	-	-	?
Jana	-	-	-	x?

**Schaubild:** Kombinationen der vier Aspekte im Untersuchungsfeld (x = vorfindlich / - = nicht vorfindlich)

Ein Beispiel für die Erhaltung latenter familiärer Habitusformationen ist **Britta**. Sie konnte aufgrund des autonomieorientierten Familienhabitus problemlos an die Sinnangebote des markoliberalen Paradigmas anknüpfen, während sich ihr Vater zu Zeiten der DDR in seinem Autonomiestreben stärker zurückhalten mußte. Im Verein mit einer affirmativ besetzten Bindungslosigkeit kommt nun eine an persönlicher Freiheit und Optionenvielfalt orientierte Selbstentfaltungsdynamik zum Tragen, die Britta konsequent verfolgt und auslebt. Gegenüber den Folgen sozialer Ungleichheit bringt sie kaum Sensibilität auf, große soziale Unterschiede erscheinen ihr vielmehr als notwendiges Element

<sup>323</sup> Sowohl Axel als auch Heiner bauen auf dem vorfindlichen Familienhabitus auf, entwickeln diesen aber selbständig weiter.

des marktwirtschaftlichen Systems. **Michael** machte vor allem durch die unglückliche Konstellation seiner zerrütteten Herkunftsfamilie, aber auch von Seiten des DDR-Systems eine Reihe von traumatischen Erfahrungen, an denen er sich noch heute abarbeitet. Nach dem Zusammenbruch der DDR legt er großen Wert auf das Vorhandensein ordnungsstabilisierender Funktionssysteme und insbesondere auf einen freiheitsgarantierenden Rechtsstaat. In diesem Sinne bedeutet die Wende für Michael eine entscheidende Verbesserung. Soziale Ungleichheiten müssen seines Erachtens im Rahmen eines marktwirtschaftlichen Konkurrenzsystems hingenommen werden, das die unveränderliche aggressive Menschennatur optimal einbindet. Im Falle **Hartmuts** zeichnet sich der Familienhabitus durch hohe Anpassungsfähigkeit an die Erfordernisse des jeweils vorfindlichen Gesellschaftssystems aus. Er und seine Familie verfügen über biographische Ressourcen, die eine problemlose Integration in verschiedene institutionelle Strukturen ermöglichen. Indem Hartmut einen naturwissenschaftlich-technischen Beruf ergreift, führt er ferner die familiäre, vor allem von der Mutter begründete Aufstiegslinie fort. Dieser Aufstiegsorientierung kann er im Rahmen der Bundesrepublik besser folgen als zuvor in der DDR. Von einem Fortwirken von DDR-Leitbildern kann keine Rede sein. Auch gegenüber Gleichheitsforderungen tendiert Hartmut mehr und mehr zur Ablehnung, und immer mehr ist er bereit, notwendig erscheinende Härten des Leistungsprinzips zu akzeptieren.<sup>324</sup> Anders als die drei bisher dargestellten Fälle sieht sich **Susanne** nicht als Gewinnerin der Einheit. In ihrem Vater, der SED-Mitglied und Parteisekretär war, verkörpert sich die familientypische staatstragende Linie, die schon in der Großelterngeneration ausgemacht werden kann. Auch bei Susanne, die sich vorbildlich in den altersgeschichteten Formen der kollektiven Vergesellschaftung (Pionierorganisation, FDJ etc.) bewährte, war eine Orientierung auf den DDR-Staat auszumachen. Bis zuletzt, so bekundet sie noch heute, stand sie auf der Seite der DDR, einem Staat, der Susannes biographischer Grundstruktur der Bevorzugung klar strukturierter Handlungsfelder, in denen man genau weiß was von einem erwartet wird, sehr entgegen kam. Die nach der Wende erfolgte Aufklärung über zahlreiche Mißstände der DDR führt zwar zum Bruch mit dem untergangenen Staat, resultiert aber vor allem darin, künftig *generell* übergreifenden Institutionen, also auch denen der BRD, ein hohes Maß an Mißtrauen entgegenzubringen; insofern kann Susanne die Einheit nicht als Gewinn auffassen. Notgedrungen versucht sie, sich beruflich in der neuen Gesellschaft möglichst günstig zu platzieren. Indem sie eine Stelle als Richterin oder Staatsanwältin anstrebt, führt sie letztlich die durchgehende Tendenz der Familie, staatstragende Berufe zu ergreifen, fort. Eine gewisse Sensibilität für soziale Ungleichheiten ist zwar (noch) vorhanden, tritt aber tendenziell in den Hintergrund; sozialpolitische Forderungen werden eher vorsichtig gestellt und leicht wieder zurückgenommen.

**Axel** trägt zwar Züge eines familiär geprägten proletarischen Habitus, weist aber gleichzeitig eine starke Autonomie in seinen Zielsetzungen auf, die ihn nach und nach von seiner Herkunft weg hinein in die akademische Sphäre und schließlich zur Promotion führt. Die DDR mit ihren Beschränkungen und spezifischen Gegebenheiten stellte für ihn seinerzeit eine unproblematische Normalität dar,

---

<sup>324</sup> Dies wird besonders deutlich, wenn man das zweite Interview mit dem ca. zwei Jahre später geführten dritten Interview vergleicht.

gegenüber der er selber immer eine ausgesprochene Nüchternheit bewahrt hat. Mit seinen Interessen bewegt er sich in Sphären, die sich durch die Wende nur unwesentlich ändern, insbesondere sein Studium (Astronomie) bleibt vom politischen Wechsel nahezu unangetastet. Alles in allem nimmt er gegenüber den gesellschaftlichen Veränderungen eine Haltung der Indifferenz ein. Er gesteht zwar legitime Forderungen nach Gleichheit zu, gleichzeitig bedenkt er jedoch auch immer mit, was passieren würde, wenn man diesen bedingungslos nachgeben würde. **Heiner** verfügt über die privilegierenden Merkmale eines distinktierten intellektuellen Herkunftsmilieus, die ein Kernelement seines Selbstbewußtseins ausmachen. Bis zur Wende deutete alles darauf hin, daß sich Heiner in beruflicher Hinsicht integrieren und dabei mit dem System arrangieren würde; auch ein Eintritt in die SED hätte für ihn kein Problem dargestellt. Durch biographische Transformationsprozesse, die im Rahmen der politischen Umbruchssituation evoziert werden, lernt er jedoch nicht nur, zunehmend eigene Positionen inhaltlich zu vertreten, sondern auch, reziproke Beziehungen zu gebildeten und engagierten Personen aufzunehmen, wodurch die zuvor reine Distinktionsorientierung durch intensive Beziehungen zu Gleichaltrigen und Gleichrangigen ergänzt wird. Durch das allmähliche Hineinwachsen in politische Betätigungsfelder wird ferner die vormals "reine" Aufstiegs- und Distinktionsorientierung durch das Moment einer kommunikativen Orientierung angereichert. Der politische Umbruch brachte seines Erachtens klare Verbesserungen sowohl für ihn selbst als auch für andere mit sich. Nicht zuletzt ist Heiner sensibel für Probleme sozialer Ungleichheit, sieht aber gleichzeitig die Notwendigkeit, eine Balance zwischen Gleichheitsforderungen und Systemerfordernissen aufrechtzuerhalten. **Carsten** hat sein eigenes Leben bisher als Kette unberechenbarer biographischer Brüche erfahren. Eine spezifische Familienorientierung konnte er vor diesem Hintergrund kaum ausprägen. Die Gefahr, verletzt zu werden, die er überall sieht, macht ihn darüber hinaus äußerst risikoavers, worauf er mit einem ausgeprägten Vermeidungsverhalten reagiert. Eine besondere Abneigung hat er gegenüber Wettbewerbssituationen, die in seiner Wahrnehmung zum Ausschluß derjenigen führen, die sich als nicht leistungsfähig herausstellen. In der neuen Gesellschaftsordnung macht er daher aufgrund des im Vergleich zum alten System bedeutend höheren Leistungszwanges ein starkes Bedrohungspotential aus. Er selbst wünscht sich eine Gesellschaft mit nivellierter Entlohnung und Statuszuweisung und macht sich eine vom offiziellen Vokabular der untergegangenen DDR geprägte Argumentationsfigur zu eigen, wonach soziale Ungleichheit durch die Einführung einer demokratisch kontrollierten Planwirtschaft beseitigt werden sollte. So wirken an der DDR orientierte Leitbilder im Verein mit einer ausgeprägten Sensibilität für soziale Ungleichheiten fort. **Barbara** verfügt vor dem sicheren Hintergrund ihrer familiären Sozialisation über alle Ressourcen, um sich in beiden Gesellschaftsformen bewähren zu können. Diese Kompetenz tritt in ihrer Relevanz aber ganz hinter der Erprobung eines distinktierten Lebensstils zurück, der bereits in ihrer Herkunftsfamilie angelegt ist.<sup>325</sup> Barbara versucht sich insbesondere die Möglichkeiten einer alternativen Kultur zu

---

<sup>325</sup> Die distinktiven Grundorientierungen von *Heiner* und *Barbara* widerlegen übrigens die These von Wölle (1998: 231), wonach die fehlenden sozialen Vergleichsmöglichkeiten in der DDR alle Ambitionen letztlich in ein diffuses Gemeinschaftsgefühl einmünden ließen. Die nivellierte Entlohnung und Statuszuweisung lassen die DDR bei oberflächlicher Betrachtung zwar als eine wenig ausdifferenzierte Gesellschaft mit unterdrückten soziokulturellen Darstellungsmöglichkeiten erscheinen. Die nähere Betrachtung von *Barbara* und *Heiner*

erschließen und steht dabei in einer deutlichen Distanz zur Normalkultur mit ihren "falschen" Prioritäten von Konformismus, Konsumorientierung etc. Zwar nehmen Distinktionsbestrebungen in der Bundesrepublik einen stärkeren Wettbewerbscharakter an, aber auch heute noch kann sie sich insbesondere aufgrund ihres Bildungsstandes weiterhin gut behaupten. Sowohl im Rahmen der DDR als auch der BRD distanziert sie sich von der jeweiligen Gesellschaftsordnung. Beide Gesellschaften eignen sich auch nicht dazu, ihr Leitbilder zu vermitteln. Zwar verfügt Barbara über eine gewisse Sensibilität für soziale Ungleichheiten, sie ist aber gleichzeitig bestrebt, diese Frage, die ihr lästig erscheint, an das politische System abzudelegieren. Auch **Rolf** erscheinen beide Gesellschaftsformen nicht geeignet, Leitbilder zu stiften. In seiner Orientierungsfindung knüpft er als Pfarrerssohn vielmehr an die berufliche Traditionslinie seiner Familie an. Dabei erscheint ihm eine Form der Hinwendung zum Mitmenschen zentral, wie sie Max Weber (1988 [1920]: 544ff) idealtypisch mit dem Begriff der "Brüderlichkeitsethik" beschrieben hat. Vor diesem Hintergrund macht Rolf in beiden Gesellschaftsformen ein Defizit an Gemeinsinn aus. Nach der Wende haben sich ursprüngliche Hoffnungen auf eine weniger materiell orientierte Lebensform schnell zerschlagen; stattdessen sieht Rolf überall verführerische Konsumoptionen, die das soziale Miteinander der Menschen verkümmern lassen. Seine Sensibilität für Ungleichheit entwickelt Rolf aus den Postulaten der Brüderlichkeitsethik bzw. seiner religiösen Herkunft, nicht aus dem Gerechtigkeitsideal der untergegangenen Gesellschaftsform. Für **Frank**, der allein hochgradig entscheidungsunfähig ist, fungieren Gemeinschaften gleichgesinnter Freunde als lebensgeschichtlich treibendes und strukturierendes Moment. Durch dieses Angewiesensein auf nahestehende Personen ist er für die Gefahr der Erosion von Gemeinschaften in einer durchmonetarisierten und zwangsindividualisierten Gesellschaft, wie sie für ihn die Bundesrepublik darstellt, nicht nur besonders sensibel, sie erscheint ihm auch äußerst bedrohlich. Die Herkunft aus dem östlichen Landesteil ist für Frank dagegen positiv besetzt. Diese Grundhaltung speist sich aber nicht aus einer politischen Orientierung, sondern er schätzt an der DDR vor allem den größeren sozialen Zusammenhalt und die Gemeinschaft in den Kollektiven. Diese waren nicht zuletzt Ergebnis der angeglichenen Einkommensstruktur in der DDR, was Frank auch für die Thematik der sozialen Ungleichheit sensibilisiert. An die Stelle gemeinschaftsfördernder Kollektive sieht Frank nun zunehmend eine zwangsindividualisierende Marktwirtschaft treten, welche die Menschen in eine Gesellschaft von Einzelkämpfern hineinzwingt und gleichzeitig die sozialen Bedingungen eines menschlichen Miteinanders unwiderruflich zerstört.

Für die beiden Vertreter des diffusen Solidaritätstypus schließlich, *Gerd* und *Jana*, kann aufgrund der starken Ambivalenzen schwerlich davon gesprochen werden, daß alte Orientierungen fortwirken. Aber genauso wenig könnte man behaupten, daß sie sich auf die neue Gesellschaftsordnung hin orientieren. **Gerd** folgt primär dem Duktus einer fast selbstzerfleischenden Selbstbespiegelung, die letztlich in Unentschlossenheit und Selbstlähmung einmündet. Aus einer durch die Heirat und den Fortzug der Schwester nach Mexiko bis heute im Innersten verletzten Familie stammend, konnte

---

verdeutlicht aber, daß diese Diagnose so nicht zutrifft. Zwar standen kaum konsumtive Distinktionsmittel bereit, aber vor allem auf dem Wege der Bildung waren ausgeprägte Distinktionen möglich. Auch andere Ausdrucksmöglichkeiten standen bereit, etwa Kleidung, die gerade in einer konformistischen Umgebung aufgrund der stärkeren Kontrastwirkung einen hohen Distinktionswert erhalten können.

Gerd keine familiäre Kontinuitätslinie entwickeln. In seinen Einstellungen, Haltungen und Zielen ist er ausgesprochen assoziativ, sprunghaft und verwickelt sich dabei nicht selten in Widersprüche, die sowohl die Einschätzung der deutschen Einheit, die alten Leitbilder der DDR als auch seine Haltung zur sozialen Ungleichheit durchziehen. *Jana* schließlich sieht sich nach einem schwierigen bis heute unvollendeten Prozeß der Ablösung von der Familie und der beengenden ländlichen Umgebung mit einer bedrohlichen, komplexen und übergroßen Umwelt konfrontiert, die ihr schwer zu schaffen macht. Die Leitbilder der alten DDR sind für sie ohne Bedeutung, aber auch die neue Gesellschaftsordnung, die ihr durch einen kompetitiven Individualismus, das Ideal des Leistungsprinzips und die Dominanz ökonomischer Kalküle geprägt scheint, bleibt ihr fremd. Zwar äußert sie Sensibilität für soziale Ungleichheit, der eigentlich problematische Kern von Einkommensdifferenzen liegt für Jana aber in den Differenzierungen nach Statuspositionen, die sich hieraus ergeben. Sie selbst geht nämlich von der gleichen Wertigkeit und jeweiligen individuellen Einzigartigkeit eines jeden Menschen aus, die sich beide gerade nicht in ökonomischen Kategorien ausdrücken lassen. Diese Haltung wurde nicht in der DDR geprägt, vielmehr liegt ihr das Ideal des autonomen von den Zwängen einer materialistisch geprägten Lebenspraxis befreiten Menschseins zugrunde, das Jana für sich selber anstrebt.

*Fazit:* wie ersichtlich wird, treten die Versuche der DDR-Administration, auf die Werthaltungen ihrer Bürger (in diesem Fall ihrer Jugendlichen) Einfluß zu nehmen, in ihrer Wirkung deutlich hinter dem Fortwirken des *Familienhabitus* zurück. Bei einigen Fällen<sup>326</sup> treten zwar zu letzterem neue Elemente hinzu, die über diesen hinausweisen - beispielsweise eine akademisch geprägte Aufstiegsorientierung -, aber dennoch bleiben zentrale Züge des Familienhabitus darin aufgehoben. Die wenigen Fälle, in denen eine fortgesetzte Orientierung an *Leitbildern aus der DDR* über das Bestehen dieses Staates hinaus besteht, zeichnen sich interessanterweise gerade dadurch aus, daß eine familiär geprägte Grundorientierung bei ihnen schlecht Fuß fassen konnte. Der Umkehrschluß gilt jedoch nicht: nur ein Teil derjenigen, die keine familiär geprägten Orientierungen übernommen haben, haben Leitbilder der DDR inkorporiert oder halten an diesen fest.<sup>327</sup> Besonders entschieden behauptet *Carsten* Leitmotive des untergegangenen Staates, indem er seinen starken Aversionen gegen Wettbewerbssituationen durch den Wunsch nach Einführung einer (allerdings demokratisch kontrollierten) Planwirtschaft Ausdruck verleiht. Bei *Frank* dagegen wird ersichtlich, daß es sich bei solchen Leitbildern nicht unbedingt um diejenigen handelt, welche die damalige Administration zu vermitteln versuchte. Es ist nämlich nicht die Politik, sondern vielmehr die Gemeinschaftlichkeit in den Kollektiven, die er schmerzlich vermißt. Das glatte Gegenteil ihrer Intention haben die etatistischen Zugriffe des Staates übrigens bei *Michael* bewirkt. Seine Biographie ist zwar stark durch die Zerrüttung seiner Herkunftsfamilie geprägt, der ubiquitäre Staat, der jederzeit in das Leben seiner Bürger eingreifen konnte, wurde von ihm jedoch als zusätzliche Bedrohung erlebt und erzeugte eine besonders starke Abwehr. So wird alles in allem deutlich, daß der Versuch der DDR-Offiziellen, ihr

---

<sup>326</sup> Dies gilt für *Axel* und *Heiner*.

<sup>327</sup> Ferner soll hier nicht behauptet werden, daß das Fehlen familiärer Leitbilder eine notwendige Voraussetzung für eine Orientierung am untergegangenen System ist. Für solch einen Schluß reicht die vorhandene Datenbasis nicht aus.



etatistisches Gesellschaftskonzept in der Bevölkerung zu implementieren, wenig Früchte getragen hat. Obwohl sich nur ein Teil der Gesprächspartner als *Gewinner der Einheit* auffaßt, wünscht sich ferner niemand die DDR zurück. In den biographischen Interviews wird der Vereinigungsprozeß von allen Befragten als Verbesserung der eigenen Lebenssituation wahrgenommen, selbst von solch dezidiert skeptischen Betrachtern wie *Carsten*, *Rolf* oder *Frank*, die zwar von einer Verschlechterung der Lebenssituation durch die Wende für *andere* ausgehen, für sich *selber* aber mehr Vor- als Nachteile sehen. Selbst bei starken Ambivalenzen schlägt das Gewicht in allen Fällen zugunsten der neuen politischen und gesellschaftlichen Ordnung aus. Zur Frage der *Sensibilität für soziale Ungleichheit* läßt sich schließlich feststellen, daß zwar alle Befragten darin übereinstimmen, daß soziale Sicherheit in der DDR eher gewährleistet und viel umfassender war als in der Bundesrepublik, dieser Umstand wird aber sehr unterschiedlich bewertet. Während die Angehörigen des *konformistischen Obertypus* vor allem die hohe Dysfunktionalität und Ineffizienz betonen, die eine Folge der staatlichen Versorgung waren, vertreten die *Kritiker* die Auffassung, daß die Gesellschaft der Bundesrepublik Gerechtigkeitsdefizite aufweist, vor allem weil die Unterschiede zwischen Arm und Reich zu groß und nicht gerechtfertigt sind. Diese Haltung ist aber nicht in jedem Fall der sozialistischen Herkunftsgesellschaft geschuldet.<sup>328</sup> Es ist also alles in allem festzustellen, daß sich der ostdeutsche Erfahrungshintergrund der Untersuchungsgruppe letztlich nur in sehr begrenztem Umfang auf die Individuen und ihre Auffassungen zur Thematik der Solidarität ausgewirkt hat.

---

<sup>328</sup> *Rolf* z.B. vertritt diese Position vor dem Hintergrund einer religiös geprägten Brüderlichkeitsethik, *Axel* verfügt über einen proletarischen Habitus, den er aller Wahrscheinlichkeit nach auch in einem anderen Gesellschaftssystem aufweisen würde.

## LITERATUR

- Apel, K.-O.: Das Anliegen des anglo-amerikanischen "Kommunitarismus" in der Sicht der Diskursethik. Worin liegen die "kommunitären" Bedingungen der Möglichkeit einer post-konventionellen Identität der Vernunftperson? In: Brumlik, M., H. Brunkhorst (Hg.): Gemeinschaft und Gerechtigkeit. Frankfurt/Main 1993, S. 149-172
- Axelrod, R.: The Evolution of Cooperation. New York 1984
- Baecker, D.: Soziale Hilfe als Funktionssystem der Gesellschaft. In: Zeitschrift für Soziologie, 2, 1994, S. 93-110
- Bäcker, G.: Solidarität als knappes Gut. Der Wandel der Gesellschaft und die Zukunft der Sozialpolitik. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 7, 1993, S. 828-843
- Baringhorst, S.: Die mediale Erzeugung des Weltdorfs. Globale Solidarität in der Kommunikationsgesellschaft. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 1, 1999, S. 51-60
- Bathke, G-W.: Diplomierte Wendeopfer? - Gewendete Diplomierte? In: Schlegel, U., P. Förster (Hg.): Ostdeutsche Jugendliche. Vom DDR-Bürger zum Bundesbürger, Opladen 1997, S. 125-140
- Batson, D.: Why Act For the Public Good? Four Answers. In: Personality and Social Psychology Bulletin 20, 1994, S. 603-610
- Bayertz, K.: Staat und Solidarität. In: Bayertz, K. (Hg.): Politik und Ethik. Stuttgart 1996, S. 305-329
- Bayertz, K.: Begriff und Problem der Solidarität. In: Bayertz, K.: Solidarität. Begriff und Problem. Frankfurt/Main 1998, S. 11-53
- Beck, U.: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt/Main 1986
- Beck, U., E. Beck-Gernsheim: Das ganz normale Chaos der Liebe. Frankfurt/Main 1990.
- Bellah, R. N. u.a.: Gewohnheiten des Herzens. Individualität und Gemeinsinn in der amerikanischen Gesellschaft. Köln 1987
- Bendel, K.: Selbstreferenz und soziale Koordination. Zur Theorie der Autopoiesis sozialer Systeme bei Luhmann. Dissertation. Marburg 1993
- Benzler, S.: Chancen der Zivilgesellschaft in den neuen Bundesländern. In: Benzler, S., U. Bullmann, D. Eißel (Hg.): Deutschland-Ost vor Ort. Opladen 1995
- Bienfait, A.: Freiheit, Verantwortung, Solidarität. Zur Rekonstruktion des politischen Liberalismus. Frankfurt/Main 1999
- Bierhoff, H.-W., B. Küpper: Sozialpsychologie der Solidarität. In: Bayertz, K.: Solidarität. Begriff und Problem. Frankfurt/Main 1998, S. 263-296
- Blinkert, B.: Kriminalität als Modernisierungsrisiko? Das "Hermes-Syndrom" der entwickelten Industriegesellschaften. In: Soziale Welt 1988, S. 397-412
- Bluhm, K.: Wer darf mit ins West-Boot? Geteilte Integration in die westdeutsche Arbeitsgesellschaft. In: Hengsbach, F., M. Möhring-Hesse: Eure Armut kotzt uns an. Solidarität in der Krise. Frankfurt/Main 1995, S. 38-51
- Bohle, H. H.: Armut trotz Wohlstand. In: Heitmeyer, W.: Was treibt die Gesellschaft auseinander? Frankfurt/Main 1997, S. 118-155
- Bohnet I; B. Frey: Kooperation, Kommunikation und Kommunitarismus. Eine experimentelle Analyse. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 46 (1994), S. 453-463
- Bohnsack, R.: Rekonstruktive Sozialforschung. Einführung in Methodologie und Praxis qualitativer Forschung. Opladen 1993
- Bolz, M.: Solidarität - Herzenssache. Berlin (Ost) 1987

- Bourdieu, P.: Der Habitus als Vermittlung zwischen Struktur und Praxis. In: Bourdieu, P.: Zur Soziologie der symbolischen Formen. Frankfurt/Main 1970, S. 125-158
- Bourdieu, P.: Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, R. (Hg.): Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt, Sonderband 2, Göttingen 1983, S. 183-198
- Bourdieu, P.: Die biographische Illusion. In: Bios, 1, 1990, S. 75-82
- Braun, M., T. Kolosi: Wandel der Einstellungen zu sozialer Ungleichheit in Deutschland und Ungarn. In: Braun, M., P. Ph. Mohler (Hg.): Blickpunkt Gesellschaft 3. Einstellung und Verhalten der Bundesbürger, Opladen 1994, S. 42-69
- Brock, D.: Rückkehr der Klassengesellschaft? Die neuen sozialen Gräben in einer materiellen Kultur. In: Beck, U., E. Beck-Gernsheim (Hg.): Riskante Freiheiten. Frankfurt/Main 1994, S. 61-73
- Brose, H.-G., B. Hildenbrand: Biographisierung von Erleben und Handeln. In: Brose, H.-G., B. Hildenbrand (Hg.): Vom Ende des Individuums zur Individualität ohne Ende. Opladen 1988, S. 11-30
- Bude, H.: Rekonstruktion von Lebenskonstruktionen - eine Antwort auf die Frage, was die Biographieforschung bringt. In: Kohli, M., G. Robert (Hg.): Biographie und soziale Wirklichkeit. Stuttgart 1984, S. 7-28
- Bude, H.: Dynamische Gelegenheitssucher und defensive Einfädler. Gespräch mit Rudolf Woderich. In: Berliner Debatte INITIAL, 2, 1996, S. 3-10
- Bütow, B.: Jugend im Politischen Umbruch. In: Hoffmann-Lange, U.: Jugend und Demokratie in Deutschland, Opladen 1995, S. 85-107
- Dahrendorf, R.: Der Moderne soziale Konflikt. München 1994
- Denninger, E.: Verfassungsrecht und Solidarität. In: Bayertz, K.: Solidarität. Begriff und Problem. Frankfurt/Main 1998, S. 319-344
- Dettling, W.: Was heißt Solidarität heute? Mehr Geben als Nehmen. In: Die Zeit, 27. Dez. 1996, S. 1
- Deutsch, M.: Equity, Equality and Need: What Determines Which Value Will Be Used as the Basis of Distributive Justice? In: Journal of Social Issues 31, 1975, 137-149.
- Dubiel, H.: Unversöhnlichkeit und Demokratie. In: Heitmeyer, W.: Was hält die Gesellschaft zusammen? Frankfurt/Main 1997, S. 425-446
- Durkheim, E.: Soziologie und Philosophie. Frankfurt/Main 1970
- Durkheim, E.: Der Selbstmord. Frankfurt/Main 1973
- Durkheim, E.: Die elementaren Formen des religiösen Lebens. Frankfurt/Main 1981
- Durkheim, E.: Über soziale Arbeitsteilung. Frankfurt/Main 1988
- Eder, K.: Die Institutionalisierung sozialer Bewegungen. Zur Beschleunigung von Wandlungsprozessen in fortgeschrittenen Industriegesellschaften. In: Müller, H.-P., M. Schmid (Hg.): Sozial Wandel. Modellbildung und theoretische Ansätze. Frankfurt/Main 1995, S. 267-290
- Engler, S.: Fachkultur, Geschlecht und soziale Reproduktion. Eine Untersuchung über Studentinnen und Studenten der Erziehungswissenschaft, Rechtswissenschaft, Elektrotechnik und des Maschinenbaus, Weinheim 1993
- Engler, W.: Die zivilisatorische Lücke. Versuche über den Staatssozialismus. Frankfurt/Main 1992
- Engler, W.: Die ungewollte Moderne. Ost-West-Passagen. Frankfurt/Main 1995
- Engler, W.: So wäre es denn dreierlei, was Demokratien zusammenhält. In: Die Zeit, 20. Sept. 1997, S. 10
- Engler, W.: Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land. Berlin 1999

- Englisch, F., H.-J. Giegel: Michael - eine moderne Biographie im Prozeß der Transformation. In: Sahner, H., S. Schwendtner (Hg.): 27. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Gesellschaften im Umbruch. Sektionen und Arbeitsgruppen. Opladen 1995, S. 66-70
- Ettrich, F.: Solidarität - Liberalismus - Geist des Fin de siècle (Sammelrezension). In: Berliner Journal für Soziologie, 4, 1993, S. 569-579
- Forst, R.: Kontexte der Gerechtigkeit. Frankfurt/Main 1994
- Förster, P.: Der lange Weg vom DDR- zum Bundesbürger. In: Schlegel, U., P. Förster (Hg.): Ostdeutsche Jugendliche. Vom DDR-Bürger zum Bundesbürger, Opladen 1997, S. 207-224
- Frankenberg, G.: Solidarität in einer "Gesellschaft der Individuen"? Stichworte zur Zivilisierung des Sozialstaates. In: Frankenberg, G. (Hg.): Auf der Suche nach der gerechten Gesellschaft. Frankfurt/Main 1994
- Franz, G., W. Herbert.: Werttypen in der Bundesrepublik: Konventionalisten, Resignierte, Idealisten und Realisten. In: Franz, G., W. Herbert (Hg.): Werte, Bedürfnisse, Handeln: Ansatzpunkte politischer Verhaltenssteuerung. Frankfurt/Main 1986
- Franz, P.: Der "Constrained Choice"-Ansatz als gemeinsamer Nenner individualistischer Ansätze in der Soziologie. Ein Vorschlag zur theoretischen Integration. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 38, 1986, S. 32-54
- Frey, B. S., Stroebe, W.: Ist das Modell des Homo Oeconomicus "unpsychologisch"? In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 136, 1980, S. 82-97
- Friedrich, W.-U.: DDR. Deutschland zwischen Elbe und Oder. Stuttgart, Berlin, Köln 1989
- Friedrich, W.: Mentalitätswandlungen in der Jugend der DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16-17, 1990, S. 25-37
- Friedrich, W., P. Förster: Politische Orientierungen ostdeutscher Jugendlicher und junger Erwachsener im Transformationsprozeß. In: Sydow, H. (Hg.): Entwicklung und Sozialisation von Jugendlichen nach der Vereinigung Deutschlands, Opladen 1997, S. 17-74
- Fritz-Vannahme, J.: Die ZEIT-Umfrage Student 95, Teil I u. II: In: Die Zeit, 20. u. 27. Okt. 1995, S. 41-43 / 47-49
- Frohlich, N., J. Oppenheimer, C. Eavey.: Choices of Principles of Distributive Justice in Experimental Groups. In: American Journal of Political Science, 1987, S. 606-636
- Frohlich, N., J. Oppenheimer: Choosing Justice in Experimental Democracies with Production. In: American Political Science Review, 2, 1990, S. 461-477
- Gensicke, T.: Pragmatisch und optimistisch. Über die Bewältigung des Umbruchs in den neuen Bundesländern. In: Bertram, H. (Hg.): Ostdeutschland im Wandel; Lebensverhältnisse - politische Einstellungen. Opladen 1995, S. 127-154
- Giddens, A.: Konsequenzen der Moderne. Frankfurt/Main 1995
- Giddens, A.: Jenseits von Links und Rechts. Frankfurt am Main 1997
- Giegel, H.-J.: Individualisierung, Selbstrestriktion und soziale Ungleichheit. In: Giesen, B., Haferkamp, H.: Soziologie der sozialen Ungleichheit. Frankfurt/Main 1987, S. 316-368
- Giegel, H.-J.: Konventionelle und reflexive Steuerung der eigenen Lebensgeschichte. In: Brose, H. G., B. Hildenbrand (Hg.): Vom Ende des Individuums zur Individualität ohne Ende. Opladen 1988, S. 211-241
- Giegel, H.-J.: Diskursive Verständigung und systemische Selbststeuerung. In: Giegel, H.-J.: Kommunikation und Konsens in modernen Gesellschaften. Frankfurt/Main 1992
- Giegel, H.-J.: Kontextneutralisierung und Kontextoffenheit als Strukturbedingungen der gesellschaftlichen Risikokommunikation. In: Bonß, W., R. Hohlfeld, R. Kollek (Hg.): Wissenschaft als Kontext - Kontext der Wissenschaft. Hamburg 1993, S. 103-121

- Giegel, H.-J.: Strukturmerkmale einer Erfolgskarriere. In: Fischer-Rosenthal, W., P. Alheit (Hg.): Biographien in Deutschland. Opladen 1995, S. 213-231
- Giegel, H.-J.: Die Polarisierung der gesellschaftlichen Kultur und die Risikokommunikation. In: Giegel, H.-J.: Konflikt in modernen Gesellschaften. Frankfurt/Main 1998, S. 89-152
- Giegel, H.-J.: Gerechtigkeitsorientierungen in Zeiten des Umbruchs. Jena 1998a (unveröffentlichtes Manuskript)
- Giegel, H.-J.: Solidarität: Appelle und Politik. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 1, 1999, S. 15-22
- Giegel, H.-J., G. Frank, U. Billerbeck: Industriearbeit und Selbstbehauptung, Opladen 1988
- Gilligan, C.: In a Different Voice. Cambridge 1982
- Gorz, A.: Und jetzt wohin?. Nördlingen 1991
- Gouldner, A. W.: Die Norm der Reziprozität. Eine vorläufige Formulierung. In: Gouldner, A. W.: Reziprozität und Autonomie. Frankfurt/Main 1984, S. 79-117
- Grundlagen der marxistisch-leninistischen Philosophie. Berlin (Ost) 1971
- Gülich, Ch.: Die Durkheim-Schule und der französische Solidarismus. Wiesbaden 1991
- Habermas, J.: Theorie des kommunikativen Handelns. Frankfurt/Main 1981, 2 Bde.
- Habermas, J.: Moralbewußtsein und kommunikatives Handeln. Frankfurt/Main 1983
- Habermas, J.: Die neue Unübersichtlichkeit. In: Habermas, J.: Die neue Unübersichtlichkeit, Frankfurt/Main 1985, S. S. 141-166
- Habermas, J.: Wie ist Legitimität durch Legalität möglich?. In: Kritische Justiz 20, Bd. 1, 1987, S. 1-16
- Habermas, J.: Nachholende Revolution und linker Revisionsbedarf. In: Habermas, J.: Die nachholende Revolution. Frankfurt/Main 1990, S. 179-204
- Habermas, J.: Gerechtigkeit und Solidarität. Zur Diskussion über "Stufe 6". In: Habermas, J.: Erläuterungen zur Diskursethik. Frankfurt a. M. 1991, S. 49-76
- Habermas, J.: Vom pragmatischen, ethischen und moralischen Gebrauch der praktischen Vernunft. In: Habermas, J.: Erläuterungen zur Diskursethik. Frankfurt a. M. 1991a, S. 100-118
- Habermas, J.: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt/Main 1992
- Habermas, J.: Aufgeklärte Ratlosigkeit. Warum die Politik ohne Perspektiven ist. Thesen zu einer Diskussion. In: Wochenendbeilage "Zeit und Bild" der Frankfurter Rundschau, 30. Dez. 1995, S. 4
- Habermas, J.: Die Einbeziehung des Anderen. Frankfurt/Main 1996
- Habermas, J.: Die postnationale Konstellation. Frankfurt/Main 1998
- Häuser, I., Schenkel, M., W. Thaa: Legitimitäts- und Machtverfall des DDR-Sozialismus. Zum plötzlichen Ende einer einheitsverkörpernden Öffentlichkeit. In: Meyer, G., G. Riege, P. Strützel: Lebensweise und gesellschaftlicher Umbruch in Ostdeutschland. Jena 1992
- Hanesch, W. u.a.: Armut in Deutschland. Der Armutsbericht des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbands. Hamburg 1994.
- Hauser, R.: Die Verteilung der Einkommen in den neuen Bundesländern wird ungleicher! In: Berliner Journal für Soziologie, 4, 1994, S. 463-474
- Hechter, M.: Principles of Group Solidarity. Berkeley, Los Angeles, London 1987
- Hechter, M.: Nationalism as Group Solidarity. In: Ethnic and Racial Studies, Vol. 10, No. 4, 1987a, S. 415-426
- Hengsbach, F.: Mehr Beschäftigung durch eine andere Verteilung? In: Hengsbach, F., M. Möhring-Hesse: Eure Armut kotzt uns an. Solidarität in der Krise. Frankfurt/Main 1995, S. 117-143
- Heitmeyer, W.: Gibt es eine Radikalisierung des Integrationsproblems?. In: Heitmeyer, W.: Was hält die Gesellschaft zusammen?. Frankfurt/Main 1997b, S. 23-65

- Herbst, A., W. Ranke, J. Winkler: So funktionierte die DDR. (3 Bde.). Reinbek 1994
- Heuser, U. J.: Flucht aus dem Kollektiv. In: Die Zeit, 19. Sept. 1997, S. 15
- Heuser, U. J., G. Randow: Das Soziale, neu erfunden. In: Die Zeit, 25 März 1999, S. 25-27
- Hildenbrand, B.: Alltag und Krankheit. Ethnographie einer Familie. Stuttgart 1983
- Hildenbrand, B.: Vorwort zu: Strauss, A. L.: Grundlagen qualitativer Sozialforschung. München 1994, S. 11-18
- Hillmann, K., Pries, K.: Auch die "Freiheit von materieller Not" gehört zu den Menschenrechten. In: Frankfurter Rundschau, 09. April 1996, S. 1
- Hinrichs, K.: The Impact of German Health Insurance Reforms on Redistribution and the Culture of Solidarity. In: Journal of Health Politics, Policy and Law, Vol. 20, No. 3, Fall 1995, S. 653-687
- Hirschman, A. O.: Entwicklung, Markt und Moral. Abweichende Betrachtungen. Wien 1989
- Hochschild, J. L.: What's Fair. American Beliefs About Distribution Justice. Cambridge (Massachusetts), London 1981
- Hockerts, H. G.: Grundlinien und soziale Folgen der Sozialpolitik in der DDR. In: Kaelble, H., J. Kocka, H. Zwahr (Hg.): Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart 1994
- Höppner, R.: "Die Angst vor unregelmäßigen Zuständen sitzt tief in der Seele". In: Frankfurter Rundschau, 12. Mai 1997, S. 10
- Hoernig, E. M.: Aufstieg und Fall der "neuen" Intelligenz. In: Berliner Debatte INITIAL, 2, 1996, S. 21-32
- Homan, K.: Geld und Moral in der Marktwirtschaft. In: Hesse, H., O. Issing: Geld und Moral, München 1994, S. 21-40
- Hondrich, K. O., C. Koch-Arzberger: Solidarität in der modernen Gesellschaft. Frankfurt/Main 1992
- Honneth, A.(Hg.): Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften. Frankfurt/Main, New York 1993
- Honneth, A.: Desintegration. Bruchstücke einer soziologischen Zeitdiagnose. Frankfurt/Main 1994
- Infratest Burke Berlin: Student '95, Berlin 1995
- Joas, H.: Was hält die Bundesrepublik zusammen? Alte und neue Möglichkeiten der Integration. In: Hengsbach, F., M. Möhring-Hesse (Hg.): Eure Armut kotzt uns an. Solidarität in der Krise. Frankfurt/Main 1995, S. 69-82
- Kallscheuer, O.: Was heißt schon Kommunitarismus?. In: Forschungsjournal NSB, 3, 1995, S. 17-28
- Kaufmann, F.-X.: Solidarität als Steuerungsform - Erklärungsansätze bei Adam Smith. In: Kaufmann, F.-X., H.-G. Krüßelberg: Markt, Staat und Solidarität bei Adam Smith, Frankfurt/Main. New York 1989, S. 158-184
- Kersting, W.: John Rawls zur Einführung. Hamburg 1993
- Keupp, H.: Die Suche nach Gemeinschaft zwischen Stammesdenken und kommunitärer Individualität. In: Heitmeyer, W.: Was hält die Gesellschaft zusammen?. Frankfurt/Main 1997, S. 279-312
- Kleine, T.: Solidarität als Prozeß. Überlegungen zur Ermöglichung sozialen Handelns aus individueller und gesellschaftlicher Sicht. Neustetten 1992
- Kleines politisches Wörterbuch. Berlin (Ost) 1973
- Kleßmann, Ch.: Relikte des Bildungsbürgertums in der DDR. In: Kaelble, H., J. Kocka, H. Zwahr (Hg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 254-270
- Kohli, M.: Die DDR als Arbeitsgesellschaft? Arbeit, Lebenslauf und soziale Differenzierung. In: Kaelble, H., J. Kocka, H. Zwahr (Hg.): Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart 1994, S. 31-61

- Koschwitz, E., W. Mallock: Leistungsprinzip - warum und wie? Berlin (Ost) 1988
- Krämer, J.: Die Entwicklungsdynamik der wohlfahrtstaatlichen Versorgung: Der Aufstieg der Pseudo-Marktvorsorgung und das allmähliche Siechtum der traditionellen sozialstaatlichen Versorgung. In: Clausen, L. (Hg.): Gesellschaften im Umbruch. Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Halle an der Saale 1995. Frankfurt, New York 1996
- Krettenauer, T.: Gerechtigkeit als Solidarität. Entwicklungsbedingungen sozialen Engagements im Jugendalter. Weinheim 1998
- Kronauer, M.: Die Entbehrlichen der Arbeitsgesellschaft. Zur sozialwissenschaftlichen Diskussion um eine neue "underclass". In: Frankfurter Rundschau, 28. Nov. 1995, S. 10
- Küpper, B., H.-W. Bierhoff: Das "wie" und "warum" von Solidarität: Bedingungen und Ursachen der Bereitschaft zum Engagement für andere. Bochum 1996 (unveröffentlichtes Manuskript)
- Leibfried, St., E. Rieger: Wohlfahrtsstaat und Globalisierung. In: Die neue Gesellschaft - Frankfurter Hefte, 3, 43. Jg. 1996, S. 217-221
- Lengfeld, H., Liebig, S., Märker, A.: Deutschland auf dem Weg zu mehr sozialer Gerechtigkeit? In: Frankfurter Rundschau, 5. März 1999, S. 9
- Lerner, M. J.: The Belief in a Just World. New York 1980
- Letz, M.: Im Osten nichts neues? Ostdeutsche Solidaritätsgruppen vor und nach der Wende. In: Forschungsjournal NSB, 3, 1994, S. 49-62
- Lindner, B.: Sozialisation und politische Kultur junger Ostdeutscher vor und nach der Wende - ein generationsspezifisches Analysemodell. In: Schlegel, U., P. Förster (Hg.): Ostdeutsche Jugendliche. Vom DDR-Bürger zum Bundesbürger, Opladen 1997, S. 23-38
- Lockwood, D.: Soziale Integration und Systemintegration. In: Zapf, W.: Theorien des sozialen Wandels. Köln, Berlin 1969, S. 124-137
- Lübbe, H.: Politische Gleichheitspostulate und ihre sozialen Folgen. In: Kopp, R.: Solidarität in der Welt der 80er Jahre: Leistungs-Gesellschaft und Sozialstaat. Basel, Frankfurt/Main 1984, S. 61-78
- Luhmann, N.: Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat. München 1981
- Luhmann, N.: Soziale Systeme. Frankfurt/Main 1984.
- Luhmann, N.: Differenzierung von Interaktion und Gesellschaft. Probleme der sozialen Solidarität. In: Kopp, R. (Hg.): Solidarität in der Welt der 80er Jahre: Leistungsgesellschaft und Sozialstaat. Basel, Frankfurt/Main 1984a, S. 79-96
- Luhmann, N.: Arbeitsteilung und Moral. Durkheims Theorie. In: Durkheim, E.: Über soziale Arbeitsteilung. Frankfurt a. M. 1988, S. 19-38
- Luhmann, Niklas: Vertrauen. Ein Mechanismus zur Reduktion sozialer Komplexität. Stuttgart 1989
- Luhmann, N.: Inklusion und Exklusion. In: Berding, H. (Hg.): Nationales Bewußtsein und kollektive Identität. Frankfurt/Main 1994, S. 15-45
- Luhmann, N.: Die Gesellschaft der Gesellschaft. Frankfurt/Main 1997
- MacIntyre, A.: Ist Patriotismus eine Tugend? In: Honneth, A.: Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften. Frankfurt/Main 1994, S. 84-102
- MacIntyre, A.: Der Verlust der Tugend. Zur moralischen Krise der Gegenwart. Frankfurt/Main 1995
- Macneil, I. R.: Exchange Revisited: Individual Utility and Social Solidarity. In: Ethics 96, 1986, S. 567-593
- Martin, H.P., H. Schumann: Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand. Reinbek 1996

- Mau, S.: Ungleichheits- und Gerechtigkeitsorientierungen in modernen Wohlfahrtsstaaten. Ein Vergleich der Länder Schweden, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1997 (WZB-Paper)
- Meier, A.: Abschied von der sozialistischen Ständegesellschaft. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 16-17, 1990, S. 3-14
- Metz, K. H.: Solidarität und Geschichte. Institutionen und sozialer Begriff in Westeuropa im 19. Jahrhundert. In: Bayertz, K.: *Solidarität. Begriff und Problem*. Frankfurt/Main 1998, S. 172-194
- Meulemann, H.: Gleichheit hier - Leistung dort? Ein Blick auf den Wandel eines spannungsreichen Wertepaares. In: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, 11, 1999, S. 648-655
- Meuschel, S.: *Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR*. Frankfurt/Main 1992
- Meyer, T.: Solidarität und kulturelle Differenz. Erinnerung an eine vertraute Erfahrung. In: Heitmeyer, W.: *Was hält die Gesellschaft zusammen?*. Frankfurt/Main 1997, S. 313-333
- Meyer, T., M. Müller: Neuer Individualismus und Solidarität. Thesen zur Diskussion. In: *Die neue Gesellschaft - Frankfurter Hefte*, 10, 1988, S. 919-924
- Miller, D.: Distributive Justice: What the People Think. In: *Ethics*, 1992, S. 553-593
- Miller, M.: Ellenbogenmentalität und ihre theoretische Apotheose. In: *Soziale Welt* 45, 1994, S. 5-15
- Misselwitz, H.-J.: Wenn die Ostdeutschen stur und trotzig bleiben ... In: *Frankfurter Rundschau*, 23. April 1996, S. 10
- Möhring-Hesse, M.: Mit Schmarotzern solidarisch sein?. In: Hengsbach, F., M. Möhring-Hesse: *Eure Armut kotzt uns an. Solidarität in der Krise*. Frankfurt/Main 1995, S. 83-102
- Montada, L.: Gerechtigkeitsprobleme bei Umverteilungen im vereinigten Deutschland. In: Müller, H.-P., B. Wegener (Hg.): *Soziale Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit*. Opladen 1995, 313-333.
- Montada, L., H.-W. Bierhoff: Studying Prosocial Behaviour in Social Systems. In: Montada, L., H.-W. Bierhoff (Hg.): *Altruism in Social Systems*, Lewiston (NY) 1991, S. 1-26
- Müller, H.-P.: Gesellschaftliche Moral und individuelle Lebensführung. Ein Vergleich von Emile Durkheim und Max Weber. In: *Zeitschrift für Soziologie*, Jg. 21, Heft 1, 1992, S. 49-60
- Müller, H.-P.: Durkheims Vision einer gerechten Gesellschaft. In: *Zeitschrift für Rechtssoziologie*, 1, 1992a, S. 16-43
- Müller, H.-P.: Soziale Differenzierung und gesellschaftliche Reformen. Der politische Gehalt in Emile Durkheims "Arbeitsteilung". In: *Berliner Journal für Soziologie*, 3, 1993, S. 507-519
- Mueller-Münch, I.: Die Industrienation als Freizeitpark. In: *Frankfurter Rundschau*, 26. Sept. 1998, S. 3
- Münchner Forschungsgruppe Deutschland: Innere Einheit - Wozu? Memorandum der Münchner Forschungsgruppe Deutschland zum zehnten Jubiläum der friedlichen Revolution der DDR. In: *Frankfurter Rundschau*, 08. Nov. 1999, S. 8
- Muller, E., K. D. Opp: Rational Choice and Rebellious Collective Action. In: *American Political Science Review* 80 (1986), S. 471-489
- Nassehi, A.: Inklusion, Exklusion-Inklusion, Desintegration. Die Theorie funktionaler Differenzierung und die Desintegrationsthese. In: Heitmeyer, W.: *Was hält die Gesellschaft zusammen?*. Frankfurt/Main 1997, S. 113-148
- Nickel, H. M.: "Mitgestalterinnen des Sozialismus" - Frauenarbeit in der DDR, in: Helwig, G., H. M. Nickel (Hg.): *Frauen in Deutschland 1945-1992*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 1993, S. 233-256



- Nullmeier, F., G. Vobruba: Gerechtigkeit im sozialpolitischen Diskurs. In: Döring, D. u.a.: Gerechtigkeit im Wohlfahrtsstaat. Marburg 1995, S. 11-66
- Nunner-Winkler, G.: Entwicklungslogik und Wertwandel: ein Erklärungsansatz und seine Grenzen. In: Luthe, H.O., H. Meulemann (Hg.): Wertewandel - Faktum oder Fiktion. Frankfurt/Main 1988, S. 235-256
- Nunner-Winkler, G.: Zurück zu Durkheim? Geteilte Werte als Basis gesellschaftlichen Zusammenhalts. In: Heitmeyer, W.: Was hält die Gesellschaft zusammen?. Frankfurt/Main 1997, S. 360-402
- Nuscheler, F.: Nicht so sehr Ratlosigkeit, sondern Tatenlosigkeit ist das Problem. In: Frankfurter Rundschau, 10. April 1996, S. 12
- Nuscheler, F.: Globale Herausforderungen am Ende des 20. Jahrhunderts. In: Brieskorn, N. (Hg.): Globale Solidarität. Die verschiedenen Kulturen und die Eine Welt. Stuttgart, Berlin, Köln 1997, S. 1-23
- Oevermann, U. u. a.: Die Methodologie einer objektiven Hermeneutik und ihre allgemeine forschungslogische Bedeutung in den Sozialwissenschaften. In: Soeffner, H.G. (Hg.): Interpretative Verfahren in den Sozial- und Textwissenschaften. Stuttgart 1979, 352 - 433.
- Oevermann, U.: Fallrekonstruktionen und Strukturgeneralisierung als Beitrag der objektiven Hermeneutik zur soziologisch-strukturtheoretischen Analyse. Frankfurt/Main 1981 (unveröffentlichtes Manuskript)
- Oevermann, U.: Kontroversen über sinnverstehende Soziologie. Einige wiederkehrende Probleme und Mißverständnisse in der Rezeption der "objektiven Hermeneutik". In: Aufenanger, St., M. Lenssen (Hg.): Bedeutung und Anwendung der objektiven Hermeneutik. München 1986, S. 19-83
- Oevermann, U.: Klinische Soziologie. Konzeptualisierung, Begründung, Berufspraxis und Ausbildung. o.O. 1990 (unveröffentlichtes Manuskript)
- Oevermann, U.: Konzeptualisierung von Anwendungsmöglichkeiten und praktischen Arbeitsfeldern der objektiven Hermeneutik. (Manifest der objektiv hermeneutischen Sozialforschung). o.O. 1996 (unveröffentlichtes Manuskript)
- Offe, C.: Fessel und Bremse. Moralische und institutionelle Aspekte "intelligenter Selbstbeschränkung". In: Honneth, A. u.a.: Zwischenbetrachtungen. Frankfurt/Main 1989, S. 739-774
- Offe, C.: Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten. Frankfurt/Main, New York 1994
- Olson, M.: Die Logik des kollektiven Handelns. Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen. Tübingen 1992 [1965]
- Opielka, M.: Gemeinschaft als Ressource der Politik. Zur Relevanz der Kontroverse zwischen Liberalismus und Kommunitarismus für die Wohlfahrtsstaatsdebatte. In: Forschungsjournal NSB, 3, 1995, S. 54-62
- Parsons, T.: The Social System. Glencoe (Illinois) 1959 [1951]
- Perina, U.: Das Elend hat viele Gesichter. In: Die Zeit, 20. Jan. 1995, S. 19-20
- Peters, B.: Die Integration moderner Gesellschaften. Frankfurt/Main 1993
- Pfaff, A. B.: Zwischen Eigennutz und Solidarität: Soziale Utopie und politischer Pragmatismus. ZeS-Arbeitspapier Nr. 11/92. Bremen 1992
- Pollack, D.: Sozialstruktur und Mentalität in Ostdeutschland. In: Meyer, H. (Hg.): Soziologie in Deutschland und die Transformation großer gesellschaftlicher Systeme, Soziologentag 1991. Leipzig, Berlin 1992, S. 272-285

- Pope, W., B. Johnson: Inside Organic Solidarity. In: American Sociological Review, 1983, Vol. 48, S. 681-692
- Prisching, M.: Solidarität in der Moderne - zu den Varianten eines gesellschaftlichen Koordinationsmechanismus. In: Journal für Sozialforschung, 3/4, 1992, S. 267-281
- Prisching, M.: Das Ende der Solidarität? Zerfall und Rekonstruktion solidarischer Bindungen in der modernen Gesellschaft. In: Prisching, M.: Bilder des Wohlfahrtsstaates. Marburg 1996, S. 65-118
- Putnam, R. D.: Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy. Princeton (NJ) 1993
- Rawls, J.: Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt/Main 1975.
- Rawls, J.: Gerechtigkeit als Fairneß: politisch und nicht metaphysisch. In: Honneth, A.(Hg.): Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften. Frankfurt/Main, New York 1993, S. 36-67
- Rawls, J.: Die Idee des politischen Liberalismus. Frankfurt/Main 1994
- Reese-Schäfer, W.: Kommunitärer Gemeinsinn und liberale Demokratie. In: Gegenwartskunde, 3, 1992, S. 305-317
- Reese-Schäfer, W.: Was ist Kommunitarismus? Frankfurt/Main, New York 1994.
- Reichertz, J.: Verstehende Soziologie ohne Subjekt? Die objektive Hermeneutik als Metaphysik der Strukturen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1, 1988, S. 207-222
- Reis, H. T.: Levels of Interest in the Study of Interpersonal Justice. In: Bierhoff, H.-W., R. L. Cohen, J. Greenberg (Hg.): Justice in Social Relations, New York 1986, S. 187-209
- Riedmüller, B.: Sozialpolitik und Armut. ein Thema zwischen Ost und West. In: Beck, U., E. Beck-Gernsheim (Hg.): Riskante Freiheiten. Frankfurt/Main 1994, S. 74-88
- Riege, U.: Potentiale des Umbruchs - Soziale Ungleichheiten in der DDR. In: Meyer, G., G. Riege, P. Strützel: Lebensweise und gesellschaftlicher Umbruch in Ostdeutschland. Jena 1992
- Rössler, H., H. Schmidt, H. Seidl: Das ökonomische Gesetz der Verteilung nach der Arbeitsleistung. Die gesellschaftlichen Fonds der Konsumtion. Berlin (Ost) 1988 [1978]
- Rorty, R.: Kontingenz, Ironie und Solidarität. Frankfurt/Main 1989
- Rosa, H.: Die prozedurale Gesellschaft und die Idee starker politischer Wertungen. Zur moralischen Landkarte der Gerechtigkeit. Jena 1997 (unveröffentlichtes Manuskript)
- Rottländer, P.: Ethische Rechtfertigung weltweiter Solidarität. Deskriptive, normative und methodische Aspekte. In: Brieskorn, N. (Hg.): Globale Solidarität. Die verschiedenen Kulturen und die Eine Welt. Stuttgart, Berlin, Köln 1997, S. 117-142
- Rübner, M.: Student und Gerechtigkeit. Ordnungsbezogene Gerechtigkeitsvorstellungen von ostdeutschen Studierenden und die Bedeutung biographischer Orientierungen. Jena 1999 (Dissertation)
- Sally, D.: Conversation and Cooperation in Sozial Dilemmas. A Meta-Analysis of Experiments from 1958-1992. In: Rationality and Society, 7, 1995, S. 58-92
- Sandel, M.: Die verfahrensrechtliche Republik und das ungebundene Selbst. In: Honneth, A.: Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften. Frankfurt, New York 1993, S. 18-35
- Sander, U., W. Heitmeyer: Was leisten Integrationsmodi? Eine vergleichende Analyse unter konflikttheoretischen Gesichtspunkten. In: Heitmeyer, W.: Was hält die Gesellschaft zusammen?. Frankfurt/Main 1997, S. 447-482
- Schlöder, B.: Soziale Werte und Werthaltungen. Eine sozialpsychologische Untersuchung des Konzepts sozialer Werte und des Wertwandels. Opladen 1993
- Schmelter, J.: Solidarität: Die Entwicklungsgeschichte eines sozialetischen Schlüsselbegriffs. München 1991

- Schmid, M.: Arbeitsteilung und Solidarität. Eine Untersuchung zu Emile Durkheims Theorie der sozialen Arbeitsteilung. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 4, 1989, S. 619-642
- Schmidt, V. J.: Lokale Gerechtigkeit. Perspektiven soziologischer Gerechtigkeitsanalyse. In: Zeitschrift für Soziologie, 1, 1992, S. 3-15
- Schulze, G.: Jenseits der Erlebnisgesellschaft. Zur Neudefinition von Solidarität. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 45, 1994, S. 337-343
- Schwinger, T.: Gerechte Güter-Verteilungen: Entscheidungen zwischen drei Prinzipien. In: Mikula, G.: Gerechtigkeit und soziale Interaktion. Experimentelle und theoretische Beiträge aus der psychologischen Forschung. Bern, Stuttgart, Wien 1980, S. 107-140
- Seyfarth, C.: Wertwandel und gesellschaftliche Rationalisierung: Eine theoretische Diskussion aktueller Trendaussagen. In: Luthe, H.O., H. Meulemann (Hg.): Wertewandel - Faktum oder Fiktion. Frankfurt/Main 1988, S. 163-192
- Simmel, G.: Soziologie. Berlin 1968
- Simon, H. A.: Theories of Bounded Rationality. In: Radner, C. B., R. Radner Hg.): Decision and Organisation. Amsterdam 1972, S. 161-176
- Soeffner, H.-G.: Auslegung des Alltags - der Alltag der Auslegung. Frankfurt/Main 1989
- Solga, H.: Klassenlagen und soziale Ungleichheit in der DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 46, 1996, S. 18-27
- Solidaritätsappell des XI. Parteitags der SED. In: TRIBÜNE vom 21 April 1986, S. 1
- Steinvorth, U.: Kann Solidarität erzwingbar sein?. In: Bayertz, K: Solidarität. Begriff und Problem. Frankfurt/Main 1998, S. S. 54-85
- Stopp, K.: Wider die Raffgesellschaft oder wie der Sozialstaat noch zu retten ist. München 1994
- Strasser, J.: "Individualisierung" - eine Gefährdung der Solidarität?. In: Die neue Gesellschaft - Frankfurter Hefte, 2, 41. Jg., 1994, S. 118-123
- Strauss, A. L.: Grundlagen qualitativer Sozialforschung. München 1994
- Tajfel, H., J. C. Turner: The Social Identity Theory of Intergroup Behaviour. In: Worchel, S., W. Austin (Hg.): Psychology of Intergroup Relations. Chicago 1986, S. 7-24
- Taylor, Ch.: Negative Freiheit? Zur Kritik des neuzeitlichen Individualismus. Frankfurt/Main 1992
- Taylor, Ch.: Aneinander vorbei: Die Debatte zwischen Liberalismus und Kommunitarismus. In: Honneth, A.(Hg.): Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften. Frankfurt/Main, New York 1993, S. 103-130
- Thaa, W.: Grenzen der Politik. Vom Substanzverlust des Politischen beim "Einholen" transnationaler Vergesellschaftung. In: Leviathan, 2, 1999, S. 199-217
- Thome, H.: Soziologie und Solidarität: Theoretische Perspektiven für die empirische Forschung. In: Bayertz, K: Solidarität. Begriff und Problem. Frankfurt/Main 1998, S. 217-262
- Trapp, M.: Utilitaristische Konzepte in der Soziologie. Eine soziologische Kritik von Homans bis zur Neuen Politischen Ökonomie. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 15, Heft 5, 1986, S. 324-340
- Tugendhat, E.: Probleme der Ethik. Stuttgart 1984
- Tugendhat, E.: Vorlesungen über Ethik. Frankfurt/Main 1993
- Tyrell, H.: Emile Durkheim - Das Dilemma der organischen Solidarität. In: Luhmann, N. (Hg.): Soziale Differenzierung. Zur Geschichte einer Idee. Opladen 1985, S. 181-251
- Ullrich, C. G.: Solidarität und Sicherheit. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 25, Heft 3, Juni 1996, S. 171 - 189
- Veil, M.: Ungerechte und gerechte Ungleichheiten. Der Beitrag der Sozialpolitik zu einem neuen gesellschaftlichen Konsens. In: Hengsbach, F., M. Möhring-Hesse: Eure Armut kotzt uns an. Solidarität in der Krise. Frankfurt/Main 1995, S. 144-161

- Vester, M.: Kapitalistische Modernisierung und gesellschaftliche (Des-)Integration. Kulturelle und soziale Ungleichheit als Problem von "Milieus" und "Eliten". In: Heitmeyer, W.: Was hält die Gesellschaft zusammen? Frankfurt/Main 1997, S. 149-206
- Vobruba, G.: Individualisierung und Solidarität. In: Prokla 3, Jg. 19, 1989, S. 60-70 (ebenfalls in: Vobruba, G.: Arbeiten und Essen, Wien 1989, S. 163-179)
- Vobruba, G.: Arbeit und Einkommen nach der Vollbeschäftigung. In: Leviathan, 2, 1995, S. 154-164
- Vollbrecht, R.: Ost-westdeutsche Widersprüche. Ostdeutsche Jugendliche nach der Wende und Integrationserfahrungen jugendlicher Übersiedler im Westen. Opladen 1993
- Wächter, D.: StudienanfängerInnen der Friedrich-Schiller-Universität Jena im Jahr der Wende. In: Schlegel, U., P. Förster (Hg.): Ostdeutsche Jugendliche. Vom DDR-Bürger zum Bundesbürger, Opladen 1997, S. 95-104
- Walzer, M.: Kritik und Gemeinsinn. Drei Wege der Gesellschaftskritik. Berlin 1990
- Walzer, M.: Sphären der Gerechtigkeit. Ein Plädoyer für Pluralität und Gerechtigkeit. Frankfurt/Main, New York 1992.
- Walzer, M.: Die kommunitaristische Kritik am Liberalismus. in: Honneth, A. (Hg.): Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften. Frankfurt/Main, New York 1993, S. 157-180
- Watrin, Ch.: Geld - Maßstab für alles?. In: Hesse, H., O. Issing: Geld und Moral. München 1994, S. 167-179
- Weber, M.: Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen 1980
- Weber, M.: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie. Tübingen 1988 [1920]
- Wegener, B., St. Liebig: Eine Grid-Group-Analyse sozialer Gerechtigkeit. Die neuen und alten Bundesländer im Vergleich. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 4, 1993, S. 668-590
- Weigand, W.: Solidarität durch Konflikt. Zu einer Theorie der Entwicklung von Solidarität. München 1979
- Wensierski, H.-J. von: Mit uns zieht die alte Zeit. Biographie und Lebenswelt junger DDR-Bürger im Umbruch. Opladen 1994.
- Wiesenthal, H.: Rational Choice. Ein Überblick über Grundlinien, Theoriefelder und neuere Themenakquisition eines sozialwissenschaftlichen Paradigmas. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 16, Heft 6, 1987, S. 434-449
- Willke, H.: Ironie des Staates. Frankfurt/Main 1992
- Winter, S.: Junge Menschen stehen vor dem sozialen Abstieg. In: Thüringische Landeszeitung, 26. Sept. 1995, S. 5
- Wittich, D.: Momente des Umbruchs. Sozialstruktur und Lebensqualität in Ostdeutschland. Berlin 1994
- Wittgenstein, L.: Philosophische Untersuchungen. In: Werkausgabe Bd. 1, Frankfurt/Main 1984
- Wohlrab-Sahr: Biographische Unsicherheit. Opladen 1993
- Wolle, S.: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989. Berlin 1998
- Wolle, S.: Eine Nation - zwei politische Kulturen? In: Gewerkschaftliche Monatshefte, 11, 1999, S. 639-647
- Zapf, W.: Staat, Sicherheit und Individualisierung. In: Beck, U., E. Beck-Gernsheim (Hg.): Riskante Freiheiten. Frankfurt/Main 1994, S. 296-306
- Zapf, W.: Einige Materialien zu Gesellschaft und Demokratie. In: Zapf, W.: Modernisierung, Wohlfahrtsentwicklung und Transformation, Berlin 1994a

- Zapotoczky, K.: Probleme weltweiter Solidarität aus soziologischer Sicht. In: Meleghy u.a. (Hg.):  
Normen und soziologische Erklärung. Innsbruck, Wien 1987, S. 201-212
- Zoll, R.: Alltagssolidarität und Individualismus. Zum soziokulturellen Wandel. Frankfurt/Main 1993

## **Ehrenwörtliche Erklärung**

Ich erkläre hiermit, daß mir die Promotionsordnung der Fakultät für Sozial- u. Verhaltenswissenschaften bekannt ist.

Ferner erkläre ich, daß ich die vorliegende Arbeit selbst ohne unzulässige Hilfe Dritter angefertigt habe. Alle von mir benutzten Hilfsmittel, persönlichen Mitteilungen und Quellen sind in der Arbeit angegeben.

Bei der Auswahl und Auswertung folgenden Materials haben mir die nachstehend aufgeführten Personen in der beschriebenen Art und Weise geholfen:

Die in der Arbeit angegebenen Gruppeninterpretationen des empirischen Materials fanden unter Beteiligung meines damaligen Kollegen beim DFG-Projekt "Gerechtigkeitsorientierungen bei ostdeutschen Jugendlichen im Sinnkontext selbsterzählter Lebensgeschichten" an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Matthias Rübner, statt. Ferner wirkten in unterschiedlichen Zusammensetzungen die studentischen Hilfskräfte Monika Matthes, Sibylle Straub, Lars Gundtoft, Ines Luke und Arlett Müller mit. Von den genannten Personen wurden auch Interpretationsprotokolle verfaßt. Außerdem bestand die Aufgabe der studentischen Hilfskräfte darin, unter Anleitung von Matthias Rübner und mir die verschriftlichten Interviews auf einschlägige Textstellen ("Biographische Linien") durchzusehen.

Weitere Personen waren an der inhaltlich-materiellen Erstellung der Arbeit nicht beteiligt. Insbesondere habe ich hierfür nicht die Hilfe eines Promotionsberaters in Anspruch genommen und Dritte haben weder unmittelbar noch mittelbar geldwerte Leistungen von mir erhalten, die im Zusammenhang mit dem Inhalt der vorgelegten Dissertation stehen.

Die Arbeit wurde weder im In- noch Ausland in gleicher oder ähnlicher Form einer anderen Prüfungsbehörde vorgelegt.

Weder früher noch gegenwärtig habe ich an einer anderen Hochschule eine Dissertation eingereicht.

Ich versichere, daß ich nach bestem Wissen die reine Wahrheit gesagt und nichts verschwiegen habe.

Marburg, 02.12.2000

***Peter Samol***